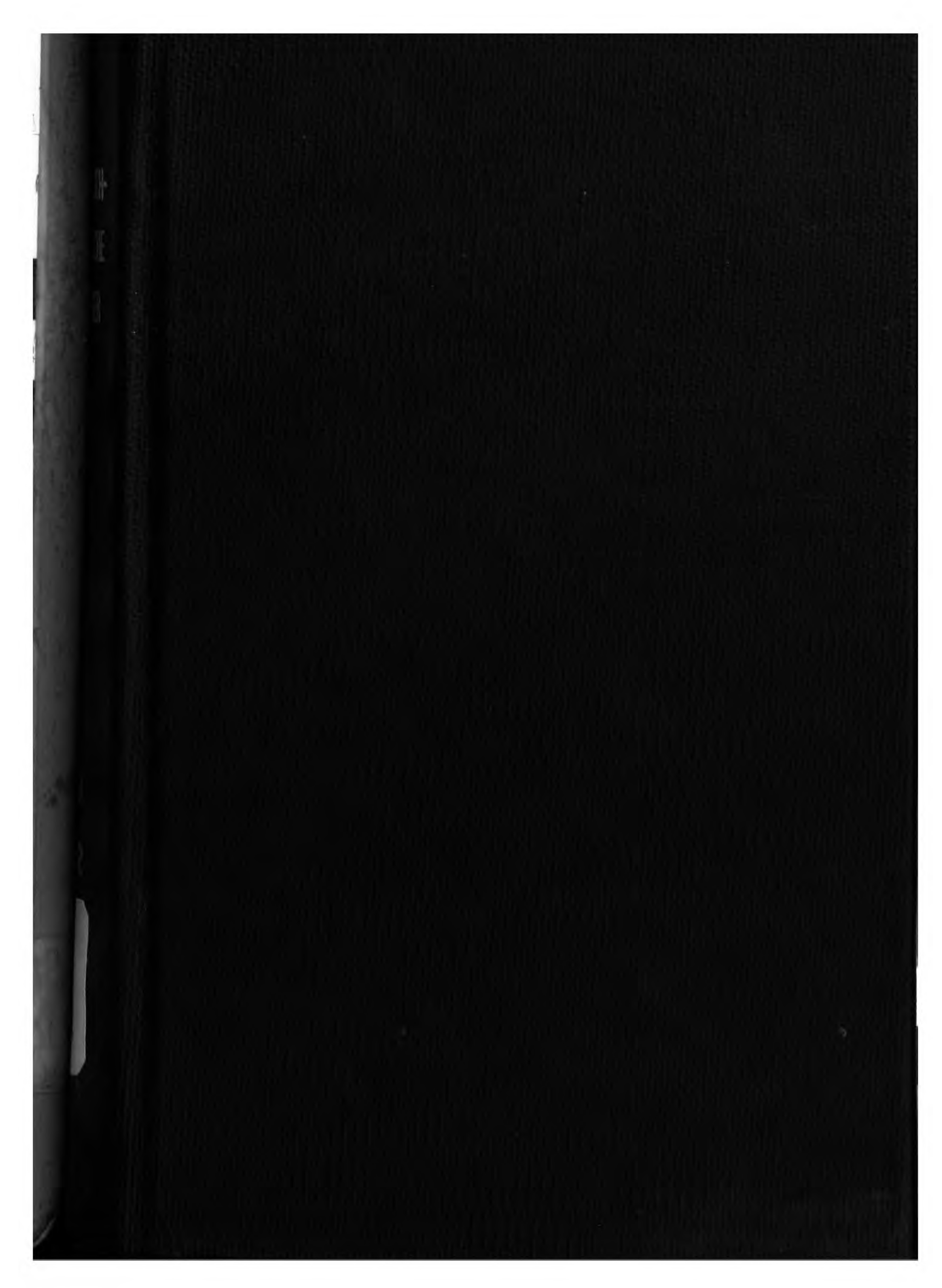
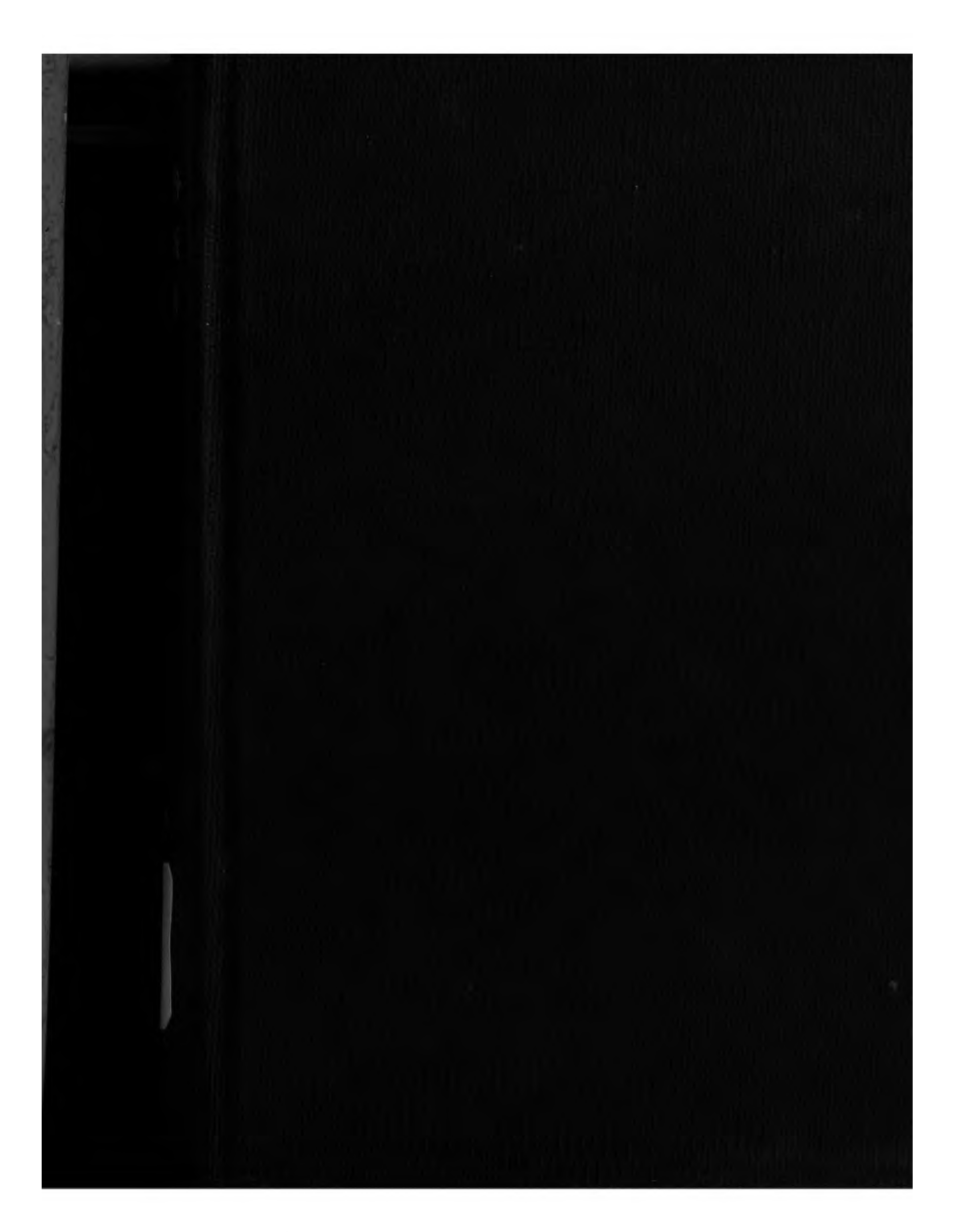

HISTORISCH-
POLITISCHE
BLÄTTER
169
1922
D
1
.H4










Digitized by Google



Historisch-politische Blätter

für das

katholische Deutschland.

Des Jahrganges 1922

Erster Band.





Historisch-politische
Blätter
für das
katholische Deutschland
herausgegeben
von 159/1922
Georg von Jochner.

(Gegründet von Joseph und Guido Görres.)

Hundertneunundsechzigster Band.

München 1922.
In Kommission von Theodor Riedels Buchhandlung



Inhaltsverzeichnis.












Digitized by Google



I.

Neujahr 1922.

Revolutionäre Verwirrung und Entwicklung.

„Sie tappen wie in der Finsternis und und nicht wie Menschen im Lichte, und der Herr läßt sie irren wie Trunkene."
(Job 12, 25.)

1. Wir treten mit der Jahreswende 1921/22 in das fünfte der dem Ende des Völkerkampfes gefolgten Jahre. Aber dem beendeten Kriege ist kein Friede, sondern nur ein Waffenstillstand nach außen und die andauernde Unruhe und Sorge im Innern gefolgt. Der Umsturz der Novembertage 1918 hat nur unhaltbare politische Formen, übereilte Ordnungen und geschichtswidrige Verfassungen geschaffen. Der innere Friede und die innere Sicherheit: die Existenzfähigkeit des Volkes und Reiches sind fort bedroht. Die Katastrophe zeigt sich als die gesteigerte Furcht des neuen Jahres und als das unfaßbare Gespenst der kommenden Tage.

„Revolutionen", sagt Graf de Maistre,[1]) nehmen ein Ende, aber der Geist, der sie erzeugte, überlebt sie." Die Revolution mit Barrikaden und Bajonetten, mit Kanonen und Maschinengewehren ist in kurzer Zeit erledigt, die Revolution der Geister: die geistige Verwirrung und die geistigen Gegensätze dauern durch unabsehbare Jahre.

1) Werke. Herausgegeben von Moriz Lieber. Frankfnrt a. M. 1822—25. Bd. III., S. 5.



Die größte Strafe, welche Gott über ein ihn und sein Gebot verleugnendes Geschlecht verhängt, ist außer der Vernichtung desselben der Irrtum, die geistige Revolutionierung und Verwirrung. Diesem Gottesgerichte der Verwirrung fiel beim Turmbau zu Babel die in ihrem Hochmute den Himmel herausfordernde Menschheit anheim; diese Verwirrung folgte der Renaissance und Reformation genannten Revolution, die unter den abendländischen Völkern fortdauert bis zur Stunde und bis in unabsehbare Zukunft fortzudauern scheint. Renaissance und Reformation waren nicht nur ein Bruch mit der christlichen nnd mittelalterlichen Weltanschauung und mit der christlichen Geschichte, sie waren auch der Anfang des bis heute nachwirkenden Sichnichtverstehens der Menschen, Völker, Familien und Individuen. Das Schauspiel auf der Ebene von Sennaar hat sich in vergrößertem Umfange und vertieften Wirkungen erneut.

Die unsichtbar schleichende, Jahrhunderte durchziehende Revolution ist schlimmer als die blutige und sichtbare Revolution. „Schlimmer als alle Revolutionen wirken die revolutionären Ideen, sobald diese einmal in das Gewand der ruhigen Wissenschaft gekleidet, zugleich als „öffentliche Meinung", des Volkes Geist und Leben beherrschen. Dann wird die Revolution aus einer akuten Krankheit zum chronischen Übel der Zeit, dehnt sich aus zu einer weiten, Jahrhunderte umspannenden Revolutionsperiode, die ihren Abschluß erst erreicht, wenn endlich das tötliche Gift, die schleichende Krankheit durch ein Eingreifen höherer Mächte überwunden oder aber die Nation als solche vom Schauplatz der Geschichte verschwunden ist."[1])

2. Die politische Revolution und die Erschütterung des Staates geht nicht von der Not, sondern von der Verirrung des Volkes aus. Der Zusammenbruch Deutsch-

1) H. Pesch S. J., Liberalismus, Sozialismus und christliche Gesellschaftsordnung, Freiburg i. Br. 1898. S. 13.



lands, der Sturz der staatlichen Formen und das rasche Vergehen und Vergessen des einst auf Frankreichs Schlachtfeldern errichteten Kaisertums war nicht zuletzt eine Folge jahrhundertelanger politischer Irrungen und Sünden: des wiederholten revolutionären Rechtsbruches politischer Gewalthaber und dienstwilliger Regierungen. Die Geschichte vor allem des preußischen Staates, der zum Träger des 1871 gegründeten Reiches wurde, steht bereits in ihrem Anfange, durch den Bruch des Ordensgelübdes seitens des Hochmeisters Albrecht von Brandenburg und die Verweltlichung des Ordenslandes Preußen, im Zeichen der Rechtsvernichtung, und diese Geschichte bleibt eine Kette von Rechtsbeugungen und rechtsverletzenden Eroberungen durch alle folgenden Tage. Die Politik König Friedrich II. schuf durch den Raub Schlesiens den unheilvollen Dualismus im alten Reiche und damit den Sprengstoff zu seinem baldigen Zerfalle. „Die preußische Politik", sagt Onno Klopp,[1]) „machte es möglich, daß Polen nach russischem Willen geteilt werden konnte. Sie bereitete durch den Frieden von Basel die Teilung Deutschlands nach dem Willen Frankreichs vor. Die preußische Politik des krankhaften Begehrungsvermögens und demgemäß der Unzuverlässigkeit und der Untreue hauptsächlich trägt die Schuld des Jammers der von 1795 an durch lange Jahre über die Menschen gekommen ist."

Die Habgier des Staates Friedrich des Großen annektierte im Jahre 1815, nachdem sie das ganze Königreich nicht bekommen konnte, das halbe Sachsen, behielt, im Gedanken an kommende kriegerische Beutezüge, nach der allgemeinen Abrüstung und im Widerspruch mit den übrigen Mächten die allgemeine Wehrpflicht bei, ließ mit Berechnung im Jahre 1859 Österreich im Stiche, verband sich im skrupellosesten aller Kriege, im Bruderkriege von 1866, mit dem Raubkönigtum Italien und mit den revolutionären Elementen

1) Kleindeutsche Geschichtsbaumeister. Freiburg i. Br. 1863. S. 280.

in Ungarn und Dalmatien, löste mit rechtswidrigem Schwerthiebe den Deutschen Bund, annektierte ganze Länder mit hundertjährigen Dynastien, stieß Österreich aus dem alten Deutschland hinaus und überlieferte es damit der Schwäche des 1867 kommenden Dualismus. Preußen bezw. dessen eiserner Kanzler provozierte durch die Düpierung Frankreichs im Jahre 1866 und durch die Fälschung der Emser Depesche den Krieg von 1870/71 und errichtete auf den Spitzen der siegreichen Bajonette das neue Preußen-Deutschland.

Das preußisch-deutsche Kaiserreich: das Endergebnis einer, milde ausgedrückt, fragwürdigen, einer zum Teil revolutionären Politik, mußte in seinem Werden und seiner Weiterentwicklung die politische Intelligenz moralisch verwirren und geistig revolutionieren. Wir schauen bei dieser Intelligenz eine stupide Verständnislosigkeit für das alte, übernationale Reich und seine der Gerechtigkeit und dem Frieden dienende Politik; wir schauen die millionenfache Anbetung des Baals des rechtswidrigen Erfolges, wir beobachten eine Geschichtsbaumeisterei, welche ganz im Banne der preußischen Macht- und Schwertpolitik steht, welche den Raub und die Revolution rechtfertigt[1]), die das friederizianische Preußen verherrlicht und das rechtschützende Österreich verunglimpft: eine Geschichtsbaumeisterei, welche bis zur Stunde nachwirkt und in allen Schulen weiterwirkt, die unsere studierende Jugend und unsere führenden Geister verwirrt und vergiftet uud über die ein neuer Geschichtsforscher das Urteil gefällt hat: daß sie ein Hohn auf die deutsche Wissenschaft und Wahrheit sei.

Dem neuen Reiche fehlte nicht nur die historische Rechts-, es fehlte ihm auch die christliche Grundlage. Es „ist ganz dem heidnischen Geist entsprungen, nämlich dem rein national-egoistischen Individualismus, der seit der Renaissance von dem politischen Denken der Menschen Besitz

1) Vgl. i. D. S. 187.

ergriffen hat"[1]). Die erste große Tat des Reiches war der Kulturkampf, seine folgende waren die Ausnahmgesetze. Seine Stütze waren nicht ideelle und sittliche, sondern materielle und Machtfaktoren. „Armee und Marine sind die Grundpfeiler des Reiches" erklärte Wilhelm II. im Jahre 1893 in Danzig. „Er wiederholte damit nur, was die preußischen Staatsgelehrten, Beamten, Junker und deren Presse seit mehr als Menschengedenken täglich beteuern. Man rechnet nur auf die äußere Gewalt. Von der iustitia fundamentum regnorum des alten Reiches entschwindet der Begriff."[1])

Das Reich erlag der Koalition der Feinde, weil auch die besten Bajonette und Geschütze und die vorzüglichsten Dreadnoughts und Unterseeboote den staatlichen Bestand, wenn die natürlichen und historisch-rechtlichen Voraussetzungen fehlen, nicht sichern können. Eine zweihundertjährige rechtsverletzende und darum revolutionäre Politik hat zur Gründung des neuen Reiches geführt; die Revolution hat es zerstört und die von ihr an die Oberfläche gespülten Staatsmänner können es niemals mehr aufrichten.

3. Unserer mit einer Katastrophe endenden politischen Entwicklung entsprach seit der Reichsgründung unsere soziale und wirtschaftliche. Ignorierte erstere vielfach das älteste staatliche und dynastische Recht, so letztere die soziale Gerechtigkeit und das sittliche Gebot. Sie stand seit Anbeginn unter dem Zeichen des Materialismus und Egoismus: des skrupellosesten Erwerbes.

Der innere Werdegang des Bismarck'schen Reiches begann wie mit dem antichristlichen Kulturkampf so auch mit dem antisozialen Gründertum, dessen Folge die Ausplünderung des leichtgläubigen Volkes und der große Krach von 1873 waren. Und der Tanz um das goldene Kalb, die „Auri sacra fames", setzte sich fort bis zur Stunde. Nur geld-

1) Fr. W. Foerster, „Die deutsche Jugend und der Weltkrieg". 3. Aufl. Leipzig 1916. S. 128.

1) Histor.-polit. Blätter Bd. 112, S. 126.

bringende Faktoren, vorab Handel und Industrie, schienen fortan etwas zu gelten. Ihrem Schutze mußten der militärische Riese und die wachsende Flotte, Politik und Gesetzgebung dienen. Es entwickelte sich in Preußen und dem übrigen Deutschland ein neuer Adel, zum Teil semitischen Gepräges, ein Parvenütum mit aller im In- und Auslande abstoßenden Überhebung und mit dem geschmacklosen Prunke einer niedergehenden Kunst, mit allen ungelenken Manieren und unsympathischen Eigenschaften eines solchen. Nicht zuletzt war es der erste Kanzler des Reiches, der dieses Emporkommen traditionsloser Geschlechter begünstigte.

„Alle Begriffe", schrieb damals Dr. Rudolf Meyer,[1]) „haben sich verwirrt. Die alte und allein richtige Vorstellung, daß der vornehme Mann sich in seinem Urteile über anständig wie unanständig niemals von Rücksicht auf Geld leiten lassen dürfe, wird täglich mehr in die Rumpelkammer der Vorurteile geworfen. Rohe Genüsse, um derentwillen kein Mensch auch nur um eines Schrittes breit von seinem geraden Wege abweichen sollte, machen Herzöge, Fürsten, Bürger, Kaufleute zu Sklaven."

Inmitten der sich besonders im Norden des Reiches bildenden Geldaristokratie wuchs mit unheimlicher Geschwindigkeit die Sozialdemokratie empor. „Unter euch", schrieb derselbe Schriftsteller im Jahre 1877,[2]) „geht ein täglich schwellendes Heer von bitterbösen Proletariern, die euch in Stille und Geduld, aber mit verbissener Entschlossenheit nach dem Leben und dem bischen Flittergolde trachten, was euch noch übrig geblieben ist." Fürst Bismarck, der gegenüber geistigen Bewegungen nur das Mittel der physischen Gewalt kannte, versuchte umsonst mit Ausnahmegesetzen den revolutionären Sozialismus zu überwinden.

Der materielle Reichtum Deutschlands wuchs unter

1) Politische Gründer und die Korruption in Deutschland. Leipzig 1877, S. 199.

2) Ebenda S. 199 f.



einigen Schwankungen und Krisen bis zum Völkerkriege, der eine neue Ernte des koalierten Kapitals bedeutete. Die kapitalistische Erwerbsgier zeigte sich während des Krieges und nach demselben in den abstoßendsten Erscheinungen und Gestalten. Während auf dem Schlachtfelde Hunderttausende verbluteten, bereicherten sich, vielfach mit staatlicher und militärischer Begünstigung, in der Heimat Tausende. Eine gewaltige Vermögensverschiebung war das innere wirtschaftliche Resultat des Krieges, ein förmlicher Umsturz des Besitzverhältnisses. Spekulationsfieber, Habsucht und Wucher ergriffen, wie einst im kaiserlichen heidnischen Rom, immer mehr Volksschichten, den Bauernstand wie die Geschäftswelt, die unchristlichen wie die christlichen Kreise. An die Stelle des ideallosen Gründers trat der gewissenlose Schieber. Geld und Genuß scheinen heute das einzig Erstrebenswerte des deutschen Volkes wie anderer Kulturvölker geworden zu sein.

Der Egoismus verwüstet die Länder, das Maß der Ungerechtigkeit ist bis zum Rande voll, die Liebe verschwindet — das Ende der Zeiten scheint zu nahen. —

4. Ein dem Wucher, der Habsucht und dem Genusse: dem praktischen Materialismus verfallenes Geschlecht büßt mit dem göttlichen auch die irdischen Ideale, die Ehrfurcht für das seit Generationen Bestehende und die Pietät für das Vergangene ein. Keine geheiligte, alte Institution, keine Liebe zum Herrscherhause und keine geschworene Treue ist mehr des Erhaltens wert. Erhaltenswert war darum auch unserem vermaterialisierten, gemütsleeren und durch den Krieg zermürbten Volke die *christliche Monarchie* nicht mehr. Es setzte an deren Stelle, in aktiver Tätigkeit oder in passiver Zuschauerrolle, die geschichtslose *demokratische Republik*, nach Rousseau'scher Idee und auf atheistischem Grunde.

Die moderne Demokratie: die Lüge von der „Selbstregierung der Völker“[1]), ist unhaltbar oder hat nur Fort-

1) In keiner Staats- und Regierungsform herrscht in Wirklichkeit der *Einzelne* mehr als in der modernen, individualistischen



bestand als **fortdauernde Revolution.** **Es ist etwas Wahres an dem Worte, das Kardinal Retz in seinen Denkwürdigkeiten niedergeschrieben: „Wer das Volk versammelt, setzt es in Aufruhr.“[1]) Und es ist ebenfalls zum Großteile wahr, wenn De Maistre[2]) im Anschlusse an dieses Wort ausführt, daß in der moralischen wie in der physischen Ordnung die Gesetze der Gärung dieselben sind, und daß auch jede Versammlung diesem Gesetze unterliegen wird, „wenn die Entwicklung desselben nicht durch die besonnene Kälte der Autorität aufgehalten wird, welche in die Zwischenräume der Menschenmassen eindringt und die Bewegung tötet“.**

Eine „freie“ demokratische Verfassung erträgt nur ein sittlich freies, d. h. von den Leidenschaften des Herzens und den Irrungen des Verstandes befreites Volk. Ehe man eine freie Verfassung, „ehe man Gesetze für ein Volk macht, muß man erst ein Volk für die Gesetze machen“. Es war das Verkehrte bei Schaffung der deutschen Republik und der Verfassung von Weimar, daß man in einem der staatlichen, sozialen und sittlichen Leitung mehr als vorher bedürftigen Volke sich selbst, d. i. durch seine Vertreter, Gesetze vorschreiben ließ, daß man den macht- und autoritäts-

---

Demokratie: der „Volksherrschaft“. Der Monarch des christlich-ständischen Staates ist an die Tradition seiner Familie, an das politische Herkommen, an seine Räte, an das verfassungsmäßige Verhältnis zu den Vertretern der Stände usw. gebunden. **Der Ministerpräsident oder Reichskanzler einer demokratischen Republik herrscht, so lange er im Amte ist, souverän; er ist im Wesentlichen nur an seine politische Überzeugung, an das bei seiner Wahl entwickelte Programm gebunden.** Trotz des Parlamentes entziehen sich viele seiner politischen Handlungen der öffentlichen Kontrolle. **Er ist mehr von geheimen Gesellschaften und Finanzmächten als von den Vertretern der Demokratie abhängig. Wir nennen nur Namen wie Wilson und Harding, Clemenceau und Briand, Lloyd George, Venizelos u. a.**

1) Nach De Maistre, Werke, Bd. I, S. 110.

2) Ebenda, Bd. I, S. 110.



losen „Freistaat" schuf, wo ein starkes Königtum allein Ordnung und Ansehen hätte aufrecht erhalten können.

Wie sich die Sünden der Einzelnen, der Familien und Geschlechter rächen, so rächen sich auch die Sünden der Völker. Die Kündigung der Treue seitens des Volkes gegenüber seinem Fürsten, die aktive oder passive Mitwirkung des ersteren beim Sturze tausendjähriger Dynastien erheischt Strafe oder Sühne; Strafe für die Führer, Sühne und Buße für die Verführten.

Die historische Regierungsform des deutschen Volkes ist die Monarchie. Man kann diese Form nicht opfern, ohne das Volk und Land dauernden Erschütterungen preiszugeben. Mag sich die Pflicht des Gehorsams gegen die vorhandene Regierung als Staatsnotwendigkeit ergeben: die Pflicht der Treue gegen die alte, von der Revolution gestürzte Dynastie besteht fort.[1]) Die wiederholte Behauptung: „Ob Monarchie oder Republik ist für die Kirche gleichgiltig; das Christentum verträgt sich mit jeder Regierungsform", ist, abgesehen von ihrer Pietätslosigkeit und Geschichtswidrigkeit, zum mindesten ungenau und zugleich irreführend. Wie die Dinge liegen, handelt es sich nicht einfach um das Dilemma: Republik oder Monarchie, sondern um: individualistische und atheistische Demokratie oder christliches, organisch und geschichtlich mit dem Volke verbundenes Königtum. Es handelt sich um verfassungsmäßig geschaffenes politisches Unrecht und um gebeugtes und im Trauerkleide vor uns stehendes historisches Recht.

Für die nächsten Tage handelt es sich indeß nicht um Republik oder Monarchie, sondern um die Diktatur in irgend einer Form. Jede tiefgehende Revolution, jede Erhebung der unzufriedenen Masse endigt, wie die Geschichte lehrt, in der Diktatur; sie ist in dem allgemeinen Chaos die einzig mögliche Regierungsform, der letzte Versuch den vollen Zusammenbruch der Nation oder des Reiches zu ver-

1) Vgl. Bischof Dr. S. Waitz im „Neuen Reich", Jahrg. IV, S. 29.

hüten. Sie ist berufen, eine Regiernng abzulösen, welche mit den revolutionären Organisationen liebäugelt, welche die schlimmsten Exzesse und die raffiniertesten Volksausbeutungen duldet, die nur den einen „Mut“ aufbringt: aus Furcht gegen die unteren, mit Streik und Umsturz drohenden Massen gegen die oberen, rechtsstehenden Kreise in gleicher Weise mit Drohungen vorzugehen, die durch stete Nachgiebigkeit gegen die Forderungen der Feinde ihre Dauer zu verlängern sucht, die selbst vor dem Verbrechertum in den Gefängnissen zittert und sich zu keinem tiefen Schnitte und scharfen Hiebe, sei es auf staatlichem oder sozialem Gebiete, zu entschließen vermag. Auch auf staatspolitischem Felde gilt das alte Wort: Weichliche Ärzte machen brandige Wunden; Wunden, welche das Übel verschlimmern, welche in kurzer Zeit zum Hinscheiden des von Fieberschauern erschütterten Reichskörpers führen müssen.

5. Der Zustand des Reiches ist die Folge des Vernichtungswillens der Feinde und der revolutionären Mächte; er ist aber auch das Ergebnis hundertjähriger Sünden. Ein kleines Volk kann von einem starken Nachbarn erdrückt werden; ein großes Volk und Reich wird aber niemals zusammenbrechen, wenn seine christlich-sittlichen Grundlagen, in staatlicher wie sozialer Hinsicht, gesunde und feste sind. Die Sünde macht elend die Völker und mit den Völkern auch elend und schwach die Staaten. „Der Übel größtes ist die Schuld.“

Das deutsche Volk ist bis heute noch zu keinem Schuldbewußtsein gekommen; es hat die Mitschuld am Weltkriege, wenn auch nicht im einzelnen, so doch im ganzen abgelehnt. Es erinnert sich auch nicht des Sündenregisters der Vergangenheit. Und weil kein Schuldbewußtsein, darum auch keine Gewissenserforschung, keine Besserung, keine Buße.

Man vermag sich bis heute in maßgebenden Kreisen nicht zu der Einsicht zu erschwingen, daß die Ursachen des Krieges und Umsturzes hundertfältige waren und auf ein Jahrhundert zurückgreifen. Man vermag insbesondere in

nationalen Zirkeln, dank der angedeuteten Geschichtsmißhandlung der letzten Jahrzehnte, nicht zu begreifen, daß die rechtsmörderische Bismarck'sche Politik und die Anbetung des Erfolges des Unrechts die schwersten politischen Konsequenzen und eine tiefgehende moralische Verwirrung der Nation heraufbeschwören mußte.

Man hat seit 1870, im Wetteifer mit dem westlichen Nachbarvolke, den dem deutschen Wesen widersprechenden nationalen Hochmut[1]) durch Schule und Presse gezüchtet. Man hat sich von der Vorzüglichkeit des deutschen Wesens, „an dem die Welt genesen wird", immer besser überzeugt, und man hielt es darum auch für ganz unmöglich, daß Gott ein den anderen Nationen moralisch und kulturell überlegenes Volk so schmerzhaft züchtigen könne. Man schien gegenüber gewissen, nicht weit zurückliegenden Vorgängen, das ganze Gedächtnis verloren zu haben. Man schien nichts mehr von dem sittlichen und religiösen Niedergang vor Kriegsbeginn zu wissen. Man erinnerte sich nicht mehr an die beängstigend zunehmende Dekadenz unserer großstädtischen Bevölkerung, an die zunehmenden Ehescheidungen und Verbrechen gegen das keimende Leben, an die Schönheitsabende mit Nackttänzen, an die ganze Simplizissimuskultur und an den ganzen perversen Seelenzustand unserer Modernsten. Man erinnerte sich nicht des moralischen Tiefstandes unserer periodisch erscheinenden und illustrierten Presse, an die Ausartungen unserer modernen Kunst, unseres Theaters und

1) „An Hochmut des Geistes", schrieben bereits im Jahre 1849 diese Blätter (Bd. 24, S. 432), „tut es der heutige gebildete Deutsche allen Geschlechtern und allen Zeiten zuvor." — In einer Studie „Die Kulturaufgabe des Katholizismus" bedauert Professor Dr. H. Schrörs, daß die deutschen Katholiken sich in das Gefolge der extremen nationalen Parteien begaben, und bemerkt: „Wie ganz anders ständen sie jetzt da, wenn sie . . . während des Krieges von dem extremen Nationalismus, der Verhimmelung der deutschen Kultur, der Befürwortung übertriebener Kriegsziele sich ganz frei gehalten hätten, so wie ihre religiösen Prinzipien es hätten gebieten müssen!"

unserer Mode, an die alles erfassende Vergnügungswut und Sonntagsschändung in Stadt und Land. Man dachte nicht mehr an die Gotteslästerungen alldeutscher und anderer Redner, an die Exzesse des Monismus und Freidenkertums in Berlin, München und anderen Orten, an die Einführung der Leichenverbrennung und die Entchristlichung unseres öffentlichen Lebens. Man dachte am allerwenigsten an den Einfluß unserer modernen, zum Pantheismus und Atheismus führenden Philosophie von Kant bis Hegel und Feuerbach, Schopenhauer und Nietzsche; man dachte auch kaum an die verheerende Wirkung unserer ungläubigen Naturwissenschaft und ihrer Popularisierung durch Vogt, L. Büchner und Häckel. Marx, Nietzsche und Häckel sind die modernen Koryphäen der von Deutschland ausgegangenen geistigen, moralischen und sozialen Revolution. — —

Selbsterkenntnis ist der Anfang der geistigen und sittlichen Genesung. Die heidnischen Völker, welche einst gerufen wurden, um am auserwählten Volke Gottes Strafgerichte zu vollziehen, waren gewiß nicht besser als letzteres, wie auch unsere Feinde nicht tugendhafter waren als wir. Aber Israel nahm in Ergebung in den Willen des Herrn und im Bewußtsein schwerer Schuld die Niederlage und Demütigung an, beschritt den steilen Weg der Buße und damit der neuen nationalen Erhebung. Das ist der einzige Rettungsweg wie für alle Völker so auch für das deutsche Volk. Weil wir, einst das erwählte Volk für die christlich-abendländische Kulturmission, getan haben, „was böse war in den Augen des Herrn", können wir mit Baruch, dem Vertrauten des Propheten Jeremias (I, 15 f.) sprechen, „darum hat Gott das Wort in Erfüllung gehen lassen, das er wider uns gesprochen hat, so daß ein solches Unheil über uns gekommen ist, wie es unter dem Himmel noch nicht geschehen ist. Er unterwarf uns unter die Macht aller Könige ringsumher, zur Schmach und zur Mißhandlung unter allen Völkern. Wir sind unterdrückt und nicht Herren, weil wir der Stimme des Herrn nicht gehorcht haben."

Wir wissen nicht, was uns das Jahr 1922 bringen wird. Die Zukunft ist uns verschleiert. Aber wir ahnen, daß wir am Vorabende großer, weltverändernder Geschehnisse stehen. Denn es hat niemals in der Welt große Ereignisse gegeben, sagt De Maistre [1]) im Anschlusse an Machiavell, die nicht auf irgend eine Weise wären angesagt worden. Nicht nur Papst Pius X. in seinen auf die Forderung „Alles erneuern in Christo" gestimmten Rundschreiben, sondern auch Papst Benedikt XV. in seiner Antrittsenzyklika geben zu erkennen, daß der Zusammenbruch der menschlichen Gesellschaft bevorzustehen scheint.

Die Katastrophe der Gesellschaft ist die Folge des Irrtums. Die Wahrheit, das Geschenk der göttlichen Gnade, rettet, der Irrtum, die Einflüsterung des Geistes der Unterwelt, tötet. Das Hauptmittel, das deutsche Volk und dessen Zukunft zu retten, ist die Verkündigung und Verwirklichung der Wahrheit. Der Wahrheit, welche im logisch-konsequenten Christentum, in demjenigen liegt, der von sich gesagt hat: „Ich bin der Weg, die Wahrheit und das Leben."

R. F. X. H.

II.

Zu H. St. Chamberlains Betrachtungen über Religion und Christentum.

Von P. Daniel Feuling O. S. B., Beuron.

In seinem Buche „Lebenswege meines Denkens" (München 1919) S. 5 u. 152 verhieß Houston Stewart Chamberlain eine selbständige Schrift über religiöse Fragen. Nun liegt diese Arbeit vor unter dem Titel: „Mensch und Gott. Betrachtungen über Religion und Christentum" (München 1921, F. Bruckmann). Viele werden darnach greifen, zumal

1) Vgl. i. D. Bd. V, S. 287.

man den neuen Chamberlain als „die reifste Frucht und Krone seines Denkens" anpreist.[1]) Wie wird das Buch auf jene wirken, für die es geschrieben ist, auf die Welt der mehr oder weniger gebildeten, aber mit den behandelten Stoffen nicht genau vertrauten Leser? Ich glaube, es wird vielfach große Verwirrung stiften. Denn viele nehmen die glänzend vorgetragenen Behauptungen und Konstruktionen Chamberlains mit dem arglosen Vertrauen des Sachunkundigen auf und wissen von dem mancherlei Zutreffenden und Schönen das Falsche und Schiefe nicht zu scheiden. Des Falschen und Schiefen aber ist in diesem Buche geradezu erstaunlich viel. Wer auch nur einigermaßen die Dinge kennt, von denen hier auf rund dreihundert Seiten gehandelt wird, der muß fast von Seite zu Seite, ja oft von Satz zu Satz und von Wort zu Wort Kritik üben, und zwar vielfach Kritik der radikalsten Art. Dies auszusprechen und wenigstens an einigen Beispielen weiteren Kreisen zu zeigen, ist Pflicht gegen die Wahrheit und die Seelen, zumal Chamberlain seine Behauptungen mit einem Sicherheitsgefühl ohne gleichen hinstellt und das schlechthin Falsche oder Unerweisliche dem weniger Urteilsfähigen verblüffend „selbstverständlich" macht. So greife ich denn aus dem Buche einige der wichtigeren Dinge heraus; denn um alles Falsche und Schiefe anzuführen und in das rechte Licht zu setzen, müßte ein eigenes dickes Buch geschrieben werden, was sich in diesem Falle nicht lohnt.

1.

Der große Kampf Chamberlains in „Mensch und Gott" richtet sich gegen das dogmatische Christentum und gegen die Kirche als die Vermittlerin und Hüterin der dogmatischen Wahrheit; also gegen die Überzeugung, daß uns der christliche Glaube den Zutritt zu einer objektiven Welt göttlicher

1) So die „Bücherrundschau", hrsg. für die Konzernssortimente des Verlags Kösel-Pustet, 1. Jhrg. S. 56.



Wahrheit eröffnet und uns von dieser Welt eine wahre, eindeutig bestimmte Kenntnis gibt, die unserm Verhältnis zu Gott voranleuchten soll. Diese Überzeugung sucht Chamberlain mit allen verfügbaren Mitteln zu entwurzeln. Sein Leitgedanke ist dieser: Gott und das Göttliche ist schlechthin unerkennbar, folglich kann von Gott und Göttlichem niemals etwas ausgesagt werden; da aber jedes Dogma den Sinn hat, von Gott etwas Erkanntes auszusagen, so ist jedes Dogma ein Unding.

„In Wirklichkeit ist alles Reden über Gott überflüssig, weil sinnlos", da „die Formen unseres Verstandes nicht ausreichen, um irgend etwas über die Gottheit auszusagen" (S. 240). Im Sinne Kants verficht Chamberlain die konzeptualistische Auffassung, daß unsere Begriffe, zumal unsere Begriffe übersinnlicher Gegenstände wie Tugend, Sünde, Freiheit, Unsterblichkeit, im Grunde genommen nur „Gedankengestalten" sind, Gegenstände nämlich, die unser Denken nicht vorfindet und erkennend erfaßt, sondern aus sich selbst heraus nach inneren Gesetzen gestaltet und formt (vgl. bes. S. 10 ff.). Folgerichtig ist dann unsere Gotteserkenntnis nicht die Erkenntnis einer unabhängig von uns existierenden und wirkenden göttlichen Wesenheit und Wirklichkeit, sondern der „erkannte" Gott ist eine „reine Gedankengestalt" oder „Idee", die mit Naturnotwendigkeit aus einer anderen Gedankengestalt, der Idee „Mensch" hervorwächst und im tiefsten Grunde nichts anderes als deren Korrelat ist (vgl. S. 20 ff.). Von diesem Gott sagt Chamberlain mit indischen Weisen, wir könnten davon „nichts aussagen — gar nichts, als daß wir Menschen seiner bedürfen" (S. 28). Mit dieser reinen Gedankengestalt des schlechthin unerkennbaren und unaussprechlichen Gottes steht im Widerspruch, was die Kirche von Gott dem Einen und Dreieinen lehrt (S. 29 ff.), und der reinen Gottesauffassung, die Gottes Unerforschlichkeit und Unaussprechlichkeit erkennt, „der reinen Gedankengestalt Gott" möchten unsere Kirchen am liebsten kein Heimatsrecht zugestehen (S. 34).

Ich kann hier natürlich nicht den Nachweis ausführen, daß uns Gott wirklich erkennbar ist als der Urheber aller



veränderlichen Wirklichkeit. Die grundlegende Vernunfterkenntnis: „Nichts ist ohne hinreichenden Grund," mit der anderen, darin unmittelbar wurzelnden Vernunfterkenntnis: „Alles Werden hat seine Ursache," führt mit Notwendigkeit zur Erkenntnis Gottes als der unveränderlichen, ewigen Ursache der Welt und des Geistes. Es ist nutzlos, mit Berufung auf Kant die Anwendung des Satzes vom Grund und der Ursache außerhalb der Erscheinungswelt zu bestreiten, da Kants Kategorienlehre selbst letzten Endes aufgebaut ist auf die selbstverständliche Anwendung des Satzes vom Grunde über die Grenzen der Erscheinungswelt hinaus. Auf dem Wege der Kausalität also gelangen wir zur Erkenntnis, daß Gott als die erste Ursache der Welt wirklich ist. Dann können wir aber auch manches aussagen über Gottes Wesen. Zunächst negativ, indem wir alles ausschließen, was und insofern es mit der Weltüberlegenheit der ersten Ursache unvereinbar ist, wie Zeitlichkeit, Veränderlichkeit, Körperlichkeit; sodann positiv, indem wir uns klar machen, daß die reinen Seins- und Geistesvollkommenheiten, die wir Gott zuschreiben, wie Ursächlichkeit, Geistigkeit, Sein, Güte, Erkennen, Wollen, in unaussprechlich höherer Weise sich in ihm finden als in der Welt unserer irdischen Erfahrung und unseres menschlichen Denkens. Das ist es, was Thomas von Aquin meint, wenn er von Gott sagt, er werde von uns aus den Geschöpfen erkannt, sofern er deren Ursache ist (secundum habitudinem principii), sowie durch höhere, vergeistigte Anwendung geeigneter Begriffe (per modum excellentiae) und Verneinung auf Gott unübertragbarer Begriffe (per modum remotionis)[1]).

Diese tiefe Auffassung vereinigt in sich das, was Chamberlain nicht zu verbinden weiß, was aber die Kirche stets verbunden hat: die Bejahung wahrer Gotteserkenntnis und zugleich die volle Anerkennung, daß Gottes Wesen von uns nicht adäquat und erschöpfend erkannt und bezeichnet werden kann. Nur kurz sei darauf hingewiesen, daß die Kirche auf dem 4. Lateran-

1) Summa theol. I. q. 13 a. 1: vgl. a. 10 add. 5.

konzil und auf dem Vatikanum ausdrücklich die Unbegreiflichkeit und Unaussprechlichkeit Gottes lehrt.[1] Es ist eine künstliche Konstruktion, wenn Chamberlain (S. 33 f. u. ö.) glauben machen will, die Kirche und ihre Väter und Theologen stünden unter dem Einfluß gegensätzlicher Denkweisen, indem sie gewöhnlich Gott als begreiflich und aussprechlich behaupteten, dann aber wieder, dank eines tieferen Instinktes und fast wider Willen, sich zur Unerforschlichkeit und Unaussprechlichkeit Gottes bekannten. Hätte Chamberlain über diese Dinge etwas besser Bescheid gewußt, so hätte er sich nicht so seltsam wundern können über das Wort des hl. Thomas: „Deutlicher ist uns inbezug auf Gott, was er nicht ist, als was er ist" (S. 34; doch mit Angabe einer falschen „Fundstelle"). Er hat eben den Sinn der kirchlichen und im besonderen der thomistischen Gotteslehre nicht erfaßt. Diese Gotteslehre besagt in schlichter, aber tiefer Unterscheidung: wir können wohl Gottes Dasein und gewisse Bedingungen seines Daseins erkennen, nie aber das innerste Wesen Gottes mit unserer natürlichen Vernunft schauen und begreifen und aussprechen. Viel stärker und bestimmter als an der von Chamberlain falsch zitierten Stelle sagt Thomas in der Summa theol. I q. 3 Einleitung, von der Behandlung des Daseins zum Wesen Gottes übergehend: „Weil wir inbezug auf Gott nicht erkennen können was er ist, sondern nur, was er nicht ist, so können wir auch nicht die Weise erkennen, wie Gott ist, sondern nur die Weise, wie er nicht ist". Oder Contra Gentes I c. 14: „Inbezug auf Gottes Wesen können wir nicht erfassen, was er ist, sondern wir werden damit nur einigermaßen bekannt, indem wir erkennen, was er nicht ist ...: eine unvollkommene Erkenntnis, weil unbekannt bleibt, was Gott in sich selbst ist." Und in wundervoll ergreifender Weise schreibt Thomas in Boëthius, de Trinitate, q. 1 a. 2 ad 1: „Es ist das Letzte in unserer Erkenntnis, daß wir Gott als den Unbekannten erkennen; denn unser Geist besitzt dann die vollkommenste Gotteserkenntnis, wenn er erkennt, daß Gottes Wesen

1) Vgl. Denzinger, Enchiridion [11] 428, 432, 1782.



über allem steht, was wir in diesem Leben erfassen können; sodaß wir zwar in Unkenntnis bleiben dessen, was Gott ist, dennoch aber wissen, daß er ist." Daß wir trotzdem vom Wesen Gottes eine freilich gar unvollkommene, aber doch wahre Erkenntnis haben und diese Erkenntnis in unvollkommener, aber sinnvoller Weise aussprechen können, dafür ist entscheidend, daß wir nicht nur auf dem Wege der Allegorie, die Chamberlain selbst erwähnt (Gott ist „Vater" u. dgl.), sondern vor allem auch auf dem Wege der metaphysischen Analogie, die Chamberlain völlig übersieht (verhältnismäßige, proportionale Übertragung des Seinsbegriffes und seiner transzendental-analogen Eigenschaften usw.), unsern Gottesbegriff klären, vertiefen und erfüllen können, ohne ihn auch nur im geringsten einzuschränken und zu vermenschlichen. Auch das hat Thomas immer wieder deutlich gezeigt, vor allem in der bedeutungsvollen 13. Quästion des ersten Teiles seiner Summa. Doch führen diese Gedanken weiter und tiefer, als hier zu gehen gestattet ist: es muß genügen, dem Suchenden den Weg gewiesen zu haben.

Übrigens nähert sich Chamberlain an mehr als einer Stelle unbewußt der Auffassung des hl. Thomas und der Kirche. Er spricht ja fort und fort von Gott: so muß er doch irgendwie wissen, was er meint, mithin einen, wenn auch unvollkommenen Begriff von Gott haben. Auch kennt er, wenn auch sehr unvollkommen, den Weg der Steigerung (via excellentiae) und Analogie, denn er schreibt S. 98 vom himmlischen Vater und seinem Reich: „Schon die Bilder ‚Vater' und ‚Gottesreich' sind Gleichnisse: nicht im menschlichen Sinne ist Gott unser Vater, vielmehr dient diese Vorstellung nur dazu, ein höchstes Maß an Zugehörigkeit, an Nähe, an liebender Fürsorge, an Nachsicht und Hilfsbereitschaft fühlbar zu machen". Wenn Chamberlain anderswo den Gottesbegriff in der Sprache schlichter Naturvölker umschreibt als „das gute Wesen, des Menschen Freund, der Vater im Himmel, der bei bösen Gedanken und Taten freundlich strenge mahnt und bei guten hilft und stützt" (S. 35), so sagt er dabei gewiß etwas, und zwar gleich sehr

viel von Gott aus, und zwar in eindeutig bestimmter, wenn auch nicht erschöpfender Weise; und wenn er hinzufügt: „Dieser Gott ist mir seit früher Jugend stets gegenwärtig; immer war mir zumute, als stünde ich auf seinem offenen Handteller und könnte darum, was auch geschehe, nie in den Abgrund stürzen; ohne dieses Bewußtsein wäre ich außer Stande gewesen, mein Leben zu leben“ — so enthält dieses Bekenntnis doch wirklich (mag Chamberlain es wollen oder nicht) das Bekenntnis zu Gott als dem Schöpfer und Erhalter unseres Seins, als der gütigen Allmacht und Weisheit, der Gerechtigkeit und Liebe, wirklich und wirkend, des Menschen Wesen und Sein und Leiden und Tun bedingend, unendlich erhaben über alle unsere Begriffe, aber doch wahrhaft bezeichnet und, wenn auch unvollkommen, erkannt! Denn was des Menschen Geist und Gemüt bedarf, um der Menschenwürde bewußt zu bleiben und ihr in Gesinnung und Tat zu entsprechen, das ist nicht eine im Nichts und in reiner Sinnlosigkeit zerflatternde Gedankengestalt, nicht ein Geschöpf des menschlichen Denkens und ein Korrelat der Idee Mensch, nein, das ist vielmehr durchaus und notwendigerweise die Gewißheit, daß Gott ist, daß er wirklich ist, und daß er in Wahrheit und Macht unser Vater und Helfer ist — eine Gewißheit, die auch erwachender Kritik gegenüber gesichert ist, weil sie ruht in den Grundfesten der Erkenntnis und des Gewissens und in den tiefsten Instinkten des menschlichen Geistes.

2.

Chamberlain ist nicht zufrieden, seinen Agnostizismus, die Behauptung von der Unerkennbarkeit Gottes, im eigenen Namen zu verkünden, er will uns auch glaubhaft machen, kein Geringerer als Jesus Christus selbst habe in seinem Sinne gelehrt und uns damit eine Religion gebracht, die ihrem Wesen nach „undogmatisch und antidogmatisch“ (S. 103) sei. Soll doch beispielshalber das wunderbare Wort des Heilands Matth 11,25: „Ich danke dir, Vater, Herr des



Himmels und der Erde, daß du dies verborgen hast vor den Weisen und Verständigen, und es den Kleinen geoffenbaret hast" — eine „nicht wegzudeutende Ablehnung aller Theologie", aller Dogmen sein (S. 293)!

Wollen wir Chamberlain glauben, so „besteht die große Botschaft Jesu aus zwei reinen Gottgedanken: Gott, unser Vater, und Gottes Reich ist gegenwärtig" (S. 98). Frägt man nach dem, „was der Heiland selber, nach dem Zeugnisse der Evangelien, uns über Gott lehrt", so meint Chamberlain, er müsse „als unbestreitbare Tatsache feststellen, daß er (Jesus) alles andere abweist und als bejahenden Inhalt dieses Begriffes uns einzig und allein die Vorstellung des Väterlichen schenkt — eine Vorstellung, die er nicht müde wird zu wiederholen und so mannigfaltig, so zart, so reich auszugestalten, daß sie die ganze sichtbare und unsichtbare Welt auszufüllen scheint und wir, solange der Heiland redet, nichts vermissen und nichts mehr zu verlangen wissen" (S. 117). Freilich steht es dann im Widerspruche zu Chamberlains Agnostizismus, wenn er gleich auf der folgenden Seite dafür einsteht, die Gotteslehre Jesu sei „mehr als eine bilderreiche Anregung für Menschen aus dem Volke", und wenn er einen englischen Gelehrten abweist, der die Lehre des Heilands als „gänzlich bar allen metaphysischen Inhalts" erklärt, oder wenn er sagt, in Wirklichkeit sei „des Heilands Lehre von Gott ebenso unergründlich an Tiefsinn wie göttlich an Einfalt" (S. 118). Aber immer wieder strebt Chamberlain zurück zu jener „reinen Gedankengestalt Gott" und sucht Jesu Gotteslehre in diese „reine Gedankengestalt" aufzulösen, indem er sich bemüht zu zeigen, „daß Jesus, der Gott so häufig nennt, sich fast ausschließlich auf das Bild des Vaters beschränkt und höchstens noch auf seine Güte, Barmherzigkeit, Fürsorge usw. leicht hindeutet — Eigenschaften, die ohnehin im Vaterbegriff enthalten sind" (S. 119). „Alles, was wir sonst über Gott aussagen, was wir ihm an Vollkommenheiten beilegen, beschränkt ihn in Wirklichkeit und zieht ihn zu uns Menschen herab, indem es ihn in die Grenzmauern unseres Verstandes einschließt" (S. 119). Chamberlain



läßt S. 122 seinen Leser die Frage stellen, ob Christus einen transzendenten oder immanenten Gott gelehrt habe, und gibt den Bescheid: „Eine derartige Frage ist hier völlig gegenstandslos, und man könnte höchstens antworten: der Vater, an den uns Jesus glauben läßt, ist zugleich transzendent und immanent. In Wirklichkeit läßt der Tiefsinn dieses Denkens (Jesu von Gott) jede derartige logische Klemme weit hinter sich". Den aufmerksamen Leser hat gewiß der Widerspruch der angeführten Sätze mit der agnostischen Grundthese überrascht: trotz der völligen Unerkennbarkeit hat hier der Gottesbegriff Jesu einen „bejahenden Inhalt", und obwohl die Frage, ob „immanent oder transzendent", „völlig gegenstandslos" ist, läßt sich doch eine Antwort geben und noch dazu sagen, daß diese Antwort das Wesen der Sache bei weitem nicht erreicht!

Obwohl also Chamberlain in Jesu Gotteslehre mehr gelten läßt, als er nach seiner Philosophie dürfte, gibt er uns von dieser Gotteslehre Jesu ein ganz entwirklichtes und entleertes Bild. Davon möge der Leser sich selbst überzeugen, indem er im Zusammhang sämtliche Reden Jesu in den vier Evangelien liest und dabei genau auf alles achtet, was Jesus über Gott aussagt, und wie er es sagt. Lediglich um die Aufmerksamkeit zu wecken, will ich eine annähernd vollständige Zusammenstellung der Stellen unter Andeutung ihres Inhalts machen, muß aber den Leser bitten, alles selbst zu lesen und zu überdenken, um so die Gotteslehre Jesu in ihrer ganzen wunderbaren Fülle sich gegenwärtig zu machen.

Nach den Worten Jesu, wie sie in den Evangelien stehen, ist Gott der Allerhöchste, Lk 6,35; der Anbetungswürdige, Lk 4,8; Joh 4,23; der Herr über Leben und Tod, Lk 12,20; der Schöpfer der Menschen, Mt 19,4; Mk 10,6; der Schöpfer aller Kreatur, Mk 13,19; der Lenker der Welt und der Zeiten, Mk 13,20; der Gott der Wunder, Mk 5,19; 11,22 f. Lk 8,39; 17,18; Joh 5,21; 5,36; der Herr der Engel, Mt 26,53; Gegenstand der Anschauung der Engel, Mt 18,10; der Allmächtige, Mt 19,26; 22,29; Mk 10,27; 12,24; 14,36; der

Herr über die Dämonen, Mt 12,28; der Erhalter und Lenker der Natur, der die Vögel nährt, Mt 6,26, Lk 12,24, das Gras der Felder kleidet, Mt 6,30, die Haare des Hauptes zählt, den Sperling schützt, Mt 10,29, Lk 12,7; der Herr des Himmels und der Erde, Mt 11,25, der im Himmel wohnt, Mt 6,9; 7,21 usw.; der eine wahre Gott, Joh 17,3; der Gott der Lebendigen, Mt 22,32, Mk 12,27, Lk 20,38, der das Leben in sich hat, Joh 5,26; 6,57; der Weise, Lk 11,49; der alles sieht im Verborgenen, Mt 6,4. 6. 8. 18; der den Tag des Gerichtes weiß, Mt 24,36, Mk 13,32; der Herzenskenner, Lk 16,15; der unsere Bedürfnisse weiß, Mt 6,32, Lk 12,30; der Vollkommene, Mt 5,48; der Gute schlechthin, Mt 7,11; 19,17, Mk 10,18, Lk 18,19; der heilige Vater, Joh 17,11: der Herr, dem wir dienen müssen, Mt 6,24, dessen Willen unser Gesetz ist, Mt 7,21; 12,50; der Gesetzgeber, Mt 15,3, 6; der Jahwe des Alten Bundes, Mt 15,4—8; 19,4; 22,37, Mk 7,8. 9. 13; 12,29; der Richter und Rächer des Bösen, Mt 18,35; der Vergeber der Sünden, Mt 6,12, 14, 15, Mk 11,25, Lk 11,4; Belohner des Guten, Mt 6,1, 6, 18; der Herr der Offenbarung, Mt 11,25; 16,17; der Urheber der Gnade, Mk 10,4; der Befreier vom Bösen, Mt 6,13; der unsere Bitten hört und erhört, Mt 7,7—11; 18,19, Jo 15,16; 16,23; der Herr der Ernte, Mt 9,38, der die Arbeiter sendet, 9,38; der Sender des Vorläufers, Mt 11,10, Lk 7,27, Jo 1,6; in seinem Urteil hocherhaben über Menschenweisheit, Lk 16,15; barmherzig, Lk 6,36, Jo 3,16; gütig selbst gegen Undankbare und Böse, Lk 6,35; König in seinem Reiche: vgl. alle Stellen vom Gottesreich oder Himmelreich, da ja besonders Lk 22,29; unser Vater, Vater der Menschen, bei Mt etwa 20 Stellen; Jesu Vater (mein Vater), bei Mt etwa 20 Stellen; der Dreieinige: Vater, Sohn u. Hl. Geist, Mt 28,19.

Das ist fürwahr ein wesentlich anderes Bild Gottes, seines Wesens, seiner Eigenschaften, seiner Macht und seines Wirkens, als die „reine Gedankengestalt“, zu der Chamberlain Gott verflüchtigen möchte — ihn verflüchtigen möchte auch noch in der Gotteslehre Jesu Christi selbst. Gewiß, das



Bild vom Vater tritt stark in den Vordergrund, etwa zwanzigmal wird Gott in den Reden Jesu bei Matthäus, der ausgiebigsten Quelle der Herrenworte, als der Vater der Menschen bezeichnet, während er etwa dreißigmal (darunter neun Zitate aus dem A. T.) „Gott" genannt wird. Aber man kann nicht gründlicher in die Irre gehen, als zu meinen es komme dem Heilande auf gar nichts anderes an als auf ein allem Denken und Erkennen fernestehendes Gefühl des Geborgenseins wie in einer väterlichen Macht, auf ein Gefühl des herzlichen Vertrauens, wie wenn über uns eine unendliche Vatergüte waltete. Nein, nach Jesu Worten ist Gott wahrhaft und wirklich Vater, nur in unendlich höherem Sinn als ein Mensch Vater sein kann, und er hat wahrhaft und wirklich all jene Vollkommenheit und Macht, ohne die er nicht in diesem höchsten Sinne Vater sein könnte: wahrhaft und wirklich ist er, und erkennt er als göttlicher Geist die Welt und die Menschen bis ins Innerste, wahrhaft und wirklich ist er ihr Gesetzgeber, der Belohner des Guten und der Rächer des Bösen, wahrhaft und wirklich besitzt er die Macht zu helfen durch seine göttliche Wirksamkeit; denn wahrhaft und wirklich ist er der Schöpfergott, der alles begründet hat und im Dasein erhält und zu seinem Ziele lenkt. Kurz, es ist der wahre und wirkliche Gott, und nicht eine bloße Gedankengestalt als Korrelat zu der anderen Gedankengestalt Mensch.

3.

Chamberlain entleert uns die Gotteserkenntnis der Vernunft und die Gotteslehre Christi. Er entleert uns auch das Wesen Jesu Christi selbst. Es ist merkwürdig: auch hier schillert die Darstellung Chamberlains in allen Farben, und was er an einer Stelle zu behaupten scheint, nimmt er alsbald wieder deutlich zurück.

Wie das klarste Bekenntnis zu Jesu Gottheit liest sich die Stelle S. 69: „Solange nicht der wahre Mittler zwischen Mensch und Gott auf Erden erschienen war — den Augen



sichtbar, den Ohren vernehmbar — solange hielt der Glaube nichts als leere Bilder in der Hand. Dieses Erscheinen hing aber von Gottes Willensentschluß ab, nicht von dem Sehnen der Menschen. Und siehe da! Gott erbarmte sich unser; das entscheidende Ereignis aller Menschheitsgeschichte geschah; der Mittler erschien, lehrte und lebte unter uns, starb — weil er Mensch war, und erstand wieder zum Leben — weil er Gott war." Und S. 88: „Gott der unwahrnehmbare, undenkbare wurde in Christo sichtbar und redete als Mensch uns vernehmbare Worte, deren überirdischer Klang uns heute ebenso in den Ohren tönt wie den Menschen vor zweitausend Jahren." Vielverheißende Worte unseres Verfassers! Umsomehr überrascht, was man weiterhin in dem Buche liest. Zusammenfassen läßt sich alles in die These, daß Jesus nichts von seiner göttlichen Wesenheit und seiner Gleichstellung mit dem Vater gelehrt habe, vielmehr „die ganze Botschaft Jesu aus zwei reinen Gottesgedanken" bestehe: „Gott, unser Vater, und Gottes Reich ist gegenwärtig" (S. 98). Im Grunde genommen ist es die These, die vor mehr als zwanzig Jahren A. Harnack in seinem „Wesen des Christentums" vertreten hat: Jesus gehört nicht in das Evangelium vom Gottesreich. Vor allem aber wird behauptet, daß Jesus die Gleichstellung mit dem Vater, also die Gotteswürde, bestimmt ablehne. „Auffallend ist z. B. der entschiedene Ton, in welchem Jesus selber seine Gleichstellung mit dem Vater wiederholt deutlich von sich weist" (S. 108) — wozu Stellen angeführt werden wie Mk 10,18: „Was nennst du mich gut? Niemand ist gut, außer dem einen Gott!" oder: „Den Tag und die Stunde (des Weltendes) weiß niemand . . . außer der Vater allein" Mt 24,36, „auch der Sohn nicht" Mk 13,32. — „Einen zweiten Hauptpunkt in Jesu Gotteslehre haben wir darin zu erblicken, daß er das Bild der Sohnschaft nicht für sich allein beansprucht, sondern immer von neuem auf alle Menschen anwendet, die an den Vater glauben: wer Gott als Vater empfindet, kann nicht anders denn sich als Sohn erkennen" (S. 109).

Bei diesen Aufstellungen zeigt sich ein Bestreben, das



für Chamberlain bezeichnend ist: das Bestreben, die Tatsachen im Sinne seiner Theorien möglichst zu „vereinfachen“, anders ausgedrückt, aus der Fülle der mannigfaltigen Wirklichkeit immer nur das herauszuheben, was zu seinen Theorien paßt, das übrige aber mit Stillschweigen zu übergehen, oder es doch so zu erwähnen, daß es dann im Gesamteindruck seiner Darstellung nur um so sicherer versinkt und verschwindet. So wird hier mit Stillschweigen übergangen alles das, was die Gleichstellung Jesu mit dem Vater beweist, sei es, daß es sie einschließt, sei es, daß es sie voraussetzt. Mit Stillschweigen wird auch übergangen alles das, was die entscheidende Stellung Jesu im Gottesreiche kundgibt, seine Zugehörigkeit zum Gottesreiche als dessen Heilsgut, Mittelpunkt, Hausvater und König.

Chamberlein selbst führt aus dem Johannesevangelium 20,17 die „ewig denkwürdigen Worte“ Jesu an: „Ich steige auf zu meinem Vater und eurem Vater, meinem Gott und eurem Gott.“ Man lese nun sämtliche Reden Jesu in allen vier Evangelien und man wird die Tatsache gewahren, daß Jesus die Vaterschaft Gottes sich selber gegenüber niemals auf gleiche Stufe stellt mit der Vaterschaft Gottes den Jüngern und den anderen Menschen gegenüber — eine Tatsache, die um so überraschender und bedeutungsvoller ist, als hier jede Spur des Ausgeklügelten fehlt. Niemals sagt er „unser Vater“ — nur die Jünger lehrt er so beten, er betet es nicht mit ihnen — immer sagt er in schärfster Trennung „mein Vater“ oder „euer Vater“, oder ohne nähere Bestimmung einfach „der Vater“, wobei sich jedesmal in ganz bestimmter Weise das „mein“ oder „euer“ aus dem Zusammenhang ergibt; wo er aber dennoch die Zugehörigkeit seiner Jünger zu ihm in Gott dem Vater aussprechen will, da setzt er eben das so bezeichnende: „mein Vater und euer Vater, mein Gott und euer Gott“. Durch diese wundervoll schlichte Unterscheidung bringt der Heiland in einzigartiger Weise zum Ausdruck, daß der Vater ihm in völlig anderer Weise Vater ist als den Jüngern und Menschen über-

haupt; daß also er selber in ganz anderer Weise Sohn ist, als die Jünger und übrigen Menschen es sein können.

Diese wesentliche Scheidung tritt in das volle Licht, wenn man mit geöffnetem Auge sich abermals in die Reden Jesu versenkt und nun, sämtliche Texte berücksichtigend, darauf achtet, was denn eigentlich Jesus alles von sich aussagt. Jesus erinnert mit Nachdruck an das große Gebot, das Gott im alten Bunde gab, an das Gebot der Liebe Gottes aus ganzem Herzen, aus ganzer Seele und aus ganzer Kraft (Dt 6,5; Mt 22,37). Genau die Stelle nun, die Gott für sich und die der Heiland für Gott verlangt, verlangt der Heiland auch für sich. Mich auf das Wichtigste aus dem Matthäusevangelium beschränkend, deute ich folgendes an: Jesus verlangt, daß man ihm nachfolge (z. B. 16,24), sein Jünger sei (10,24), Vater und Mutter, Bruder und Schwester, Haus und Acker verlasse um seinetwillen (19,29), der eigenen Angehörigen und noch der Toten vergesse, um ihm anzuhangen (8,21 f.), sich verfluchen und verfolgen lasse um seinetwillen, wie die Propheten des Alten Bundes um Gottes willen (5,11 f.), für ihn sein Leben hingebe (16,25); an Stelle des alttestamentlichen „Gott sprach", setzt er ohne Einschränkung sein oftmals wiederholtes „Ich aber sage euch" (5,22 ff.); er lädt ein zu ihm zu kommen in aller Not, Erquickung verheißend für die Seelen (11,28), fordert, daß man sein Joch trage (11,29), ihn zum Vorbild nehme (ebda.), auf sein Wort wie auf einen Felsen baue (7,24 ff.), ihn als einzigen Lehrer anerkenne, wie Gott als einzigen Vater (23,8, 10); er bezeichnet sich als den Richter am jüngsten Tag (7,22; 25,31), als den Belohner des Guten und den Bestrafer des Bösen (16,27), verlangt, daß man um seinetwillen alles tue, um seinetwillen die Kleinen aufnehme, um seinetwillen die Kleinen, die an ihn glauben, nicht ärgere (18,5 f.); er macht sich zum Beweggrund alles Guten (25,34 ff.), deutet alle Sittlichkeit und Nächstenliebe als auf ihn bezogen (ebda.) und als entscheidend für die Ewigkeit, weil auf ihn bezogen (ebda.); er setzt die Vollkommenheit in seine Nachfolge (19,21), verheißt für diese Nachfolge und für die seinetwegen gebrachten Opfer den größten



Sohn (19,27 ff.), spricht von sich als dem Bräutigam (9,15), für den der König des Himmelreiches Hochzeit hält (22,1 ff.), und den alle, den Jungfrauen gleich, mit brennenden Lampen erwarten müssen (25,1 ff.); er ist der Herr, dem man dienen, für den man allzeit bereit sein muß (24,42), er der Herr, dem man Rechenschaft zu geben hat über die Talente (25,14 ff.), der richten wird in Majestät (25,31), den zu verraten, die schlimmste aller Untat ist (26,24).

Man lese also die Reden Jesu — und zwar nicht nur im ersten Evangelium, das ich hier allein benützt habe — und achte auf die Stellung, die Jesus für sich in Anspruch nimmt; man achte beim zusammenhängenden Lesen darauf, wie der Vater, der in der Bergpredigt so ganz im Vordergrunde stand, immer mehr in Jesu Worten und Parabeln zurücktritt, um dem Sohne, dem Menschensohne Platz zu machen; man füge zu alledem die so deutlichen Worte des Johannesevangeliums im Zusammenhang mit der Stelle Mt 11,25 ff. — „alles ist mir übergeben von meinem Vater. Und niemand kennt den Sohn außer der Vater, und den Vater kennt niemand, außer der Sohn, und wem der Sohn es kundtun will" —; man nehme außerdem dazu, daß Jesus ohne Berufung auf den Vater, aus eigener Machtvollkommenheit seine Wunder wirkt (z. B. Mt 8,2 f. 7 ff.), in seinem eigenen Namen Macht gibt über die Dämonen und über die Kräfte der Natur (Mt 7,22; 10,1; 10,8), ohne Berufung auf Gott die Sünden nachläßt und seine Befähigung dazu durch ein augenfälliges Wunder bekräftigt (Mt 9,2 ff.): — und dann urteile man, alles zugleich überblickend, über das, was Chamberlain uns von Jesu Stellung zum Vater zu sagen weiß![1])

1) Zum näheren Studium verweise ich auf Esser und Mausbach Religion, Christentum, Kirche II, bes. S. 207 ff; Felder, Jesus Christus I,[2], Tillmann, Das Selbstbewußtsein des Gottessohnes aufgrund der synoptischen Evangelien (Bibl. Zeitfragen III 11,12), und ganz besonders auf die sorgfältige Untersuchung von Stanis-

Wer die großen Zusammenhänge überschaut, auf die wir hingewiesen haben, wird auch jene ganz wenigen Stellen verstehen lernen, die Chamberlain einseitig betont, um die Gleichstellung Jesu mit dem Vater zu leugnen. Aus der Gesamtlehre Jesu heraus versteht man Mt 24,36, Mk 13,32 ungezwungen vom Wissen Jesu formell als Offenbarungsträgers. Mk 10,17 ff. mit Parallelen aber besagt gar keine Unterordnung unter den Vater, sondern ist ein Beispiel dafür, wie Jesus manchmal unter Umgehung einer unmittelbaren Antwort durch ein überraschendes Wort auf einen tieferen, bedeutungsvollen Zusammenhang hinweist. Die Antwort Jesu: „Was nennst du mich gut? Keiner ist gut außer Gott," lenkt geradezu das Denken darauf: muß nicht dieser, dessen Heiligkeit so leuchtend strahlt, mehr sein als ein bloßer Mensch — zumal Jesus gerade dem fragenden Jüngling, dem er diese Antwort gibt, sogleich zu erkennen gibt, daß die Vollkommenheit nicht in der bloßen Befolgung der Gebote Gottes, sondern in der Nachfolge Jesu liegt (Mk 10,20 f.).

(Schluß folgt.)

---

laus v. Dunin-Borkowski im „Katholik" 1903a S. 289 ff. 395 ff. 481 ff.: „Blicke in das Selbstzeugnis und die Theologie Jesu Christi und des Völkerapostels", — eine Studie, die jeder auf das gründlichste durcharbeiten sollte, der sich mit diesen Fragen irgendwie beschäftigt.

III.

Die Loreto-Legende im Lichte der neuesten Kritik.

Von Dr. N. Paulus.

Nach einer allbekannten Legende soll in Loreto das Haus sich befinden, in dem die allerseligste Jungfrau Maria die Botschaft des Engels erhalten hat. Engel hätten es von Nazareth im Jahre 1291 zuerst nach Tersato bei Fiume in Dalmatien, und von dort am 10. Dezember 1294 nach der gegenüberliegenden Küste Italiens übertragen, wo es nach weiterem, zweimaligem Ortswechsel an der jetzigen Stelle stehen blieb. Über die Glaubwürdigkeit dieser Legende ist in dem Jahrzehnt vor dem Weltkrieg ein lebhafter Streit geführt worden. Während verschiedene Forscher die wunderbare Übertragung des hl. Hauses von Nazareth nach Loreto als ungeschichtlich darzutun suchten, bemühten sich andere, die überlieferte Anschauung zu verteidigen. Gegen die Legende trat namentlich der rühmlichst bekannte französische Gelehrte Kanonikus Ulysse Chevalier auf. Über sein Loreto-Buch vom Jahre 1906 wurde in diesen Blättern (CXXXVIII [1906] 188) folgendes Urteil gefällt: „Die Gesamtheit der Beweise Chevaliers ist von so überwältigender Wirkung, daß wohl kein geschulter Geschichtsforscher den Mut haben wird, den Versuch einer Entkräftung derselben zu wagen."

Wenn aber auch zahlreiche Kritiker, Ordensleute, Weltgeistliche und Laien, alsbald ihr Einverständnis mit Chevalier erklärten, so gab es doch viele andere, die nach wie vor für die alte Legende eifrig in die Schranken traten. Ja, was den Umfang der literarischen Erzeugnisse anlangt, war im ganzen das Übergewicht unleugbar auf seiten der Freunde der Überlieferung. Es war daher nicht überflüssig, daß die vielerörterte Frage nochmals von einem ernsten deutschen Forscher einer kritischen Prüfung unterzogen wurde. Im

Jahre 1913 veröffentlichte Professor Dr. Georg Hüffer den ersten Band eines größeren Werkes, von dem soeben der Schlußband erschienen ist.[1])

„Der Verfasser hat sich mit der ausgebreiteten Literatur bekannt gemacht und war bemüht, die Sache an der Hand des bezüglichen, schon bekannten, mächtigen Quellenstoffes innerlich zu durchdringen, diesen auch mit Neufunden, namentlich in Italien und Loreto-Recanati, zu bereichern. Die Zwischenfälle des Kampfes der letzten Jahre mit Spannung beobachtend, hat er zugleich den mancherlei in denselben auftauchenden, neuen Gesichtspunkten, deren Zahl kaum noch eine wesentliche Mehrung erfahren wird, nachgehen können. So dürfte seine Arbeit am Ende auch jetzt noch, ja vielleicht gerade jetzt, eben als Versuch, aus der gesamten seitherigen Bewegung die Summe zu ziehen, auf beiden Seiten mit Erfolg um Gehör bitten."

Dieser Bitte wird man um so bereitwilliger Folge leisten, da der Verfasser erklärt, er wolle versuchen, die Lösung des Loreto-Problems auf einem bisher noch unbegangenen Wege zu finden: durch streng methodische, in steter logischer Entwicklung stufenweise aufsteigende Beweisführung wolle er die Wahrheit zu ermitteln suchen. Sehen wir, wie er diesen Plan ausgeführt und welche Ergebnisse er dabei zutage gefördert hat.

Zunächst wird die heute herrschende Loreto-Legende an sich und aus sich heraus gewürdigt. Diese Legende, wie allgemein anerkannt wird, hat sich aus zwei Quellflüssen gebildet, dem sogenannten Teramanus-Bericht und der Loreto-Geschichte des Kanzlers von Recanati, Girolamo Angelita. Beider Anteil an der Legende ist allerdings sehr verschieden.

1) Loreto. Eine geschichtskritische Untersuchung der Frage des heiligen Hauses. Erster Band: Prüfung der heutigen Loreto-Legende und des Übertragungswunders. Münster i. W. Aschendorff'sche Verlagsbuchhandlung, 1913. VIII u. 288 S. gr. 8° Mk. 12. Zweiter Band: Prüfung der Legende aus den Nazareth-Quellen. Einzelfragen. Ebenda 1921. VIII u. 205 S. Mit 14 Abbildungen im Text. Mk. 36.—

Die jüngere Schrift des Angelita aus dem Jahre 1531 bietet wohl neue Einzelzüge, namentlich sehr genaue Zeitangaben. die dann in das Gemeingut der heutigen Legende übergegangen sind. Den Grundgedanken aber und wesentlichen Inhalt derselben entnimmt die Schrift, ihrer eigenen Aussage gemäß, dem Berichte des Teramanus. Als Verfasser dieses Berichtes nennt sich im Texte selber der 1473 verstorbene Propst der Wallfahrtskirche Loreto, Pietro di Giorgio Tolomei, aus Teramo gebürtig und daher Teramanus genannt. Ob dieser wirklich die ihm zugeschriebene Erzählung verfaßt habe, ist keineswegs sicher. Der leise Zweifel, den Hüffer hierüber äußert (S. 15), hätte wohl schärfer zum Ausdruck gebracht werden dürfen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß irgend ein Fälscher nach dem Tode Pietros dessen Namen sich angeeignet habe, um leichter Glauben zu finden. Aber wie dem auch sei, sicher ist, daß der Bericht von der wunderbaren Übertragung des hl. Hauses bereits im Jahre 1483 in der Basilika zu Loreto angeschlagen war und in den folgenden Jahren eine große Verbreitung gefunden hat. Bei einer genauen, bisher noch niemals stattgefundenen Prüfung dieses ältesten Schriftzeugen für die Legende kommt H. zu dem Ergebnis, daß der Wunderbericht, der sich vor allem auf das Traumgesicht eines ungenannten Gottesmannes stützt, offenbar Falsches enthält und folglich keinen Glauben verdient. Ähnlich verhält es sich mit der Loreto-Geschichte des Kanzlers Angelita, der verschiedener Fäschungen überführt wird und daher nicht als glaubwürdiger Gewährsmann gelten kann. So werden der Legende ihre beiden bisherigen Hauptstützen entzogen.

Hiermit ist aber die Frage der Wirklichkeit oder Unwirklichkeit des Wunders noch nicht völlig erledigt. Man hat immer noch mit einer von dem Teramanus-Bericht unabhängigen Möglichkeit der wunderbaren Übertragung zu rechnen. Es muß also untersucht werden, wie sich die beglaubigte alte Geschichte des Loreto-Heiligtums zu dem Wundergedanken verhalte. Verträgt die Legende von der Übertrag-



ung des hl. Hauses von Nazareth nach Loreto das Licht der Quellen oder nicht! Diese notwendige Quellenprüfung beschränkt H. sachgemäß auf die Zeit, die der Bekanntmachung des Teramanus-Berichtes vorangeht.



Zunächst werden mehrere alte Urkunden, die auf das Loreto-Kirchlein Bezug haben, einer Prüfung unterzogen. Von grundlegender Bedeutung ist eine Urkunde, die aus dem Jahre 1194 stammt, also genau hundert Jahre vor der angeblichen Übertragung ausgestellt wurde. Sie bezeugt, daß damals auf der Loreto-Flur eine Marienkirche bestand, die von dem Diözesanbischof an ein Kloster verschenkt wurde. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß diese Kirche identisch ist mit dem später so berühmt gewordenen Wallfahrtskirchlein. Befand sich aber die Kirche schon 1194 in Loreto, so kann sie nicht hundert Jahre später von Engeln dorthin gebracht worden sein. Diese Übertragung kann auch nicht, wie etliche meinen, vor 1194 stattgefunden haben. Der Diözesanbischof hätte ein so hohes Heiligtum nicht als eine gewöhnliche Kirche verschenken können, ohne auch nur mit einer Silbe ihren wunderbaren Charakter anzudeuten. Niemals wäre die Urkunde von 1194 erlassen worden, wenn die Loreto-Kirche das heilige Haus von Nazareth wäre. Das bloße Dasein dieser Urkunde ist die bündigste Widerlegung des Loreto-Wunders. Ähnliche Schlüsse zieht H. mit vollem Recht aus anderen Urkunden, vor allem aus einer Urkunde des Jahres 1315. Und so kann er auf Grund der ältesten Loreto-Zeugnisse schreiben:

„Die Kirche der hl. Maria von Loreto ist lediglich eine der zahlreichen Muttergotteskirchen auf der Flur von Recanati. Pfarrkirche des fundus Laureti am Ende des zwölften Jahrhunderts, erscheint sie im Beginn des vierzehnten auch als gern besuchter Wallfahrtsort. Aber kein Geheimnis umgibt ihr Wesen, kein Wunder ihren Ursprung. Auf lauretanischem Boden ist sie gleich allen Nachbarkirchen entstanden. Einzig die spätere Sage hat ihr den schimmernden Ehrenmantel vom Hause der Verkündigung umgeworfen."

Zu demselben Resultat führt eine genaue Prüfung der Schreiben, in denen mittelalterliche Päpste mit Loreto sich beschäftigten. Vor Beginn des 16. Jahrhunderts hat kein einziger Papst die Loreto-Kapelle als Haus der Verkündigung bezeichnet. Nichts in ihren Äußerungen, die sich im 15. Jahrhundert häufen, verrät auch nur irgendeine Fühlung mit der heutigen Loreto-Legende. In einer Bulle vom Jahre 1470 spricht wohl Paul II. von einer wunderbaren Übertragung des lauretanischen Gnadenbildes; von einer Übertragung des Hauses von Nazareth weiß er aber nichts. Dieser Stand der Dinge ändert sich erst mehrere Jahrzehnte nach dem Bekanntwerden der Teramanus-Legende. Im Jahre 1507 hat als erster Papst Julius II. einen Auszug derselben seiner Bulle vom 20. Oktober einverleibt. Er tat es mit den wohl zu beachtenden Geleitworten: „Wie man frommer Weise glaubt und das Gerücht geht.“ Späteren Bullen erscheint hingegen, nach verschiedenen merkwürdigen Schwankungen, die Nazareth-Herkunft der Loreto-Kirche schlechthin als Tatsache, deren besondere Heraushebung dann in ihnen bis auf unsere Tage regelmäßig wiederkehrt. Diese verschiedenartige Stellung des Papsttums zum Loreto-Heiligtum ist leicht zu erklären. „Die früheren Päpste schweigen von der Wundertatsache, weil es eine solche eben nicht gegeben hat. Die späteren bringen den sich festigenden Glauben ihrer Zeit an die Wahrheit der Teramanus-Erzählung erst rückhaltend, dann bedingungslos zum Ausdruck.“ (S. 209).

Die Bulle von 1507, worin die wunderbare Übertragung zum ersten Male von einem Papst erwähnt wird, enthält eine seltsame Angabe, die Hüffer, da sie für seine Beweisführung belanglos war, mit Stillschweigen übergangen hat. Es wird in der Bulle erklärt, das hl. Haus sei durch Engelhand von Bethlehem zuerst nach Dalmatien, dann nach Loreto übertragen worden. Chevalier bezeichnet es als „ungeheuren Irrtum“, daß der Papst die heiligen Erinnerungen, die in der Bulle aufgezählt werden, mit dem Hause von Bethlehem, und nicht mit demjenigen von Nazareth

verknüpfe.[1]) Allein von einem „Irrtum“ kann hier keine Rede sein. Man wird doch nicht annehmen können, daß der Papst sagen wollte, die Verkündigung des Engels habe in Bethlehem stattgefunden. Es geht auch nicht an, einen einfachen Schreibfehler anzunehmen, da der Text der Bulle, wie er sowohl im Vatikanischen Archiv, als im Archiv von Loreto erhalten ist, die Lesart Bethlehem aufweist. Des Rätsels Lösung bietet der französische Kaufmann Jacques de Saigne, der 1518 Loreto besucht hat. Er erzählt, in Loreto habe man ihm und den andern Pilgern gesagt, daß das hl. Haus, mit allem, was es enthalten habe, von Nazareth zuerst nach Jerusalem, und von dort nach Dalmatien und Italien übertragen worden sei.[2]) Die Bulle von 1507 verzeichnet ein anderes Gerücht, nach dem das hl. Haus von Nazareth nach Bethlehem, und von dort nach Loreto gekommen wäre. Das zeigt, wie schwankend und unsicher die Legende noch am Anfange des 16. Jahrhunderts gewesen ist.

Noch viel unsicherer war sie einige Jahrzehnte früher. Es ist bereits oben erwähnt worden, daß Paul II. im Jahre 1470 nur von einer wunderbaren Übertragung des lauretanischen Muttergottesbildes spricht. Daneben gab es aber in Loreto selbst um die Mitte des 15. Jahrhunderts noch eine andere Legendenform. Ein schriftliches Zeugnis, das davon Kunde gibt, ist erst in jüngster Zeit ans Tageslicht gefördert worden. Chevalier und Hüffer haben es noch nicht gekannt. Dies Zeugnis stammt von dem englischen Geistlichen William Wey, der in den Jahren 1458 und 1462 eine Wallfahrt nach dem Heiligen Lande gemacht und bei dieser Gelegenheit auch Loreto besucht hat. In der gleichzeitig verfaßten Beschreibung seiner Pilgerreisen berichtet Wey, daß in Loreto eine Marienkapelle sich befinde, die ehemals von der hl. Helena in Palästina erbaut und von dort durch Engel nach Loreto

1) Chevalier, Notre-Dame de Lorette. Paris 1906, 324.

2) Bei Chevalier 289.



gebracht worden sei.[1] Zu jener Zeit galt also die Loreto-Kapelle noch nicht als das hl. Haus von Nazareth. Bald nachher aber hat eine Umformung der Legende stattgefunden. Der Nazareth-Gedanke ist erst nach 1460 einer älteren, viel bescheideneren Legende rein äußerlich aufgesetzt worden. Man wird kaum irregehen, wenn man annimmt, daß bei dieser Umformung der phantastische Teramanus-Bericht eine Hauptrolle gespielt hat.

* * *

Während Hüffer im ersten Bande seines Werkes die Loreto-Zeugnisse im engeren Sinne, d. h. solche, die unmittelbar auf das Heiligtum von Loreto Bezug haben, einer kritischen Prüfung unterzieht, beschäftigt er sich im zweiten Bande eingehend mit den Nazareth-Quellen. Es sind dies Berichte und Beweisstücke über die Stätte der Verkündigung in der galiläischen Heimat des Herrn. Die Nazareth-Überlieferung verdient ganz besonders unsere Aufmerksamkeit, da sie nicht nur schriftliche, sondern auch Denkmals-Quellen besitzt. Gelten doch die monumentalen Zeugnisse wegen ihrer objektiven und unwandelbaren Sprache als Eckpfeiler geschichtlicher Beweise. H. war nun in der glücklichen Lage, für seine Studie sehr bedeutsame Entdeckungen verwerten zu können, die in jüngster Zeit zwei Franziskaner, Benedikt Vlaminck und Prosper Viaud, durch Grabungen im ganzen Umkreise der Verkündigungskirche in Nazareth gemacht haben. Diese Funde haben der geschichtskritischen Forschung über das Haus der Verkündigung ein ganz neues Licht angezündet, in dessen Scheine der Verfasser der reizvollen Aufgabe nähertreten konnte, die bauliche Gestalt dieses großen biblischen Heiligtumes in feste Umrißlinien zu legen. So ward es ihm möglich, aus dem Zusammenwirken der Schriftzeugen

1) The itineraries of William Wey. London 1857, 53 f. Auf dies Zeugnis hat zuerst aufmerksam gemacht H. Thurston in The Month, Juliheft 1912, 65 ff. Thurstons Notiz wurde in französischer Übersetzung veröffentlicht von Boudinhon in Revue du clergé français 72 (1912) 685 ff.



mit den neuerschlossenen monumentalen Quellen den unerschütterlichen Vollbeweis für die Unhaltbarkeit der alten Legende zu liefern. Es tritt uns auch hier wieder, wie im ersten Bande, eine streng methodische, in steter logischer Entwicklung stufenweis aufsteigende Beweisführung entgegen.

Der nazarethanischen Überlieferung gilt seit alten Tagen eine natürliche Felsgrotte als die Stätte der Verkündigung. Natürliche oder künstliche Grotten sind in Nazareth nach stetiger, noch heute geübter Landessitte nicht selten zu Wohnungszwecken benutzt worden, meistens so, daß man sie mit vorgelegten Steinbauten zu einem Hause verbunden hat. Die Grotte bildet nicht selten das an den vielen heißen Tagen des Jahres gern aufgesuchte, weil schattig kühle, innerste Gemach des Hauses. H. weist nun zuerst nach, daß die alte Überlieferung von dem Verkündigungsort vollen Glauben verdient. Frühzeitig, wohl schon in den Tagen Konstantins, wurde darüber eine Kirche errichtet. Die Verkündigungsgrotte wird dann näher beschrieben, wobei dargelegt wird, wie der gegenwärtige Zustand des Heiligtums von der früheren Beschaffenheit in verschiedenen Punkten abweicht.

Ein weiteres Kapitel ist dem Hause der Verkündigung gewidmet. Die Verbindung von Grotte und Steinbau zur Menschenwohnung war in Nazareth die Regel und Landesbrauch. So wird sie eben auch bei der Wohnung der Mutter Gottes stattgefunden haben. Daß dies tatsächlich der Fall war, haben die um die Grotte ausgeführten Grabungen festgestellt. Es wurde ein Mauerwerk bloßgelegt, das als Bestandteil des biblischen Marienhauses zu gelten hat. Auf Grund dieser neuen Funde konnte H. die Beschaffenheit des Hauses annähernd bestimmen. Mit berechtigter Freude schreibt er denn auch: „Man darf ohne Vermessenheit von einer förmlichen Wiederentdeckung des Marienhauses reden.“ (S. 106) Der von Menschenhand aufgeführte Steinbau stand in engster Verbindung mit der natürlichen Felsgrotte, sie umklammernd und überhöhend. Als im 11. Jahrhundert die große Basilika, welche die Grotte



umschloß, von den Sarazenen verwüstet wurde, muß auch das mit der Grotte verbundene Haus, falls es nicht schon von alters her als Ruine in die Basilika übernommen worden war, zerstört worden sein. Denn die Pilger, die im 12. Jahrhundert Nazareth besuchten, sprechen immer nur von der Grotte, nicht von einem Vorderbau. Sie haben eben kein Haus mehr vorgefunden. Deshalb hat auch später keine Übertragung des Hauses stattfinden können.

Dies wird im letzten Kapitel, welches das Verhältnis des Hauses von Nazareth zum Loreto-Heiligtum erörtert, näher ausgeführt. Es wird hier unter anderem gezeigt, wie es ganz unmöglich sei, daß die Grotte und das Loreto-Haus jemals zusammengehört hätten. Um als Bestandteil des Marienhauses angesprochen werden zu können, müßte die Loreto-Kapelle notwendigerweise im Süden vor der Grotte gestanden haben. Nun aber besaß ehemals die Verkündigungsgrotte nur einen einzigen Zugang. Gleicherweise steht fest, daß das hl. Haus in Loreto bis zu den baulichen Änderungen des 16. Jahrhunderts nur eine Türe hatte. Denkt man sich also Grotte und Loreto-Haus mit ihren Öffnungen voreinander gesetzt, dann würde man weder Haus noch Grotte betreten können. Zudem zeigt ein Vergleich der Nazareth-Maße mit dem Breitenmaß des Loreto-Hauses, daß letzteres nicht im Vorraum der Grotte gestanden haben kann. Denn die Santa Casa mit ihrer Breite von 5,21 m übertrifft nahezu um das Zweifache die Breite des nach den monumentalen Feststellungen in Betracht kommenden Grottenvorraumes. „Dieser Umstand aber schafft natürlich die absolute und greifbare, die körperliche Unmöglichkeit, daß unser Loreto-Haus hier jemals gestanden haben kann“ (S. 141).

Dazu kommt noch das Zeugnis der nazarethanischen Schriftquellen. Die Pilgerberichte aus der Zeit 1291 beschreiben nur die Grotte der Verkündigung, keiner von ihnen erwähnt einen vor der Grotte stehenden, ihm zugehörigen Hausteil, insbesondere keinen Bau von den Formen der Santa Casa. Diese Pilger haben also das Loreto-Haus



dort nicht mehr vorgefunden. Auch die Pilger des späteren Mittelalters, die nach der angeblichen Übertragung Nazareth besuchten, wissen nichts von einem Verschwinden des hl. Hauses. Sie beschreiben die Verkündigungsstätte ganz in derselben Weise wie die Pilger vor 1291. Der erste Pilger des Heiligen Landes, der zugleich Nazareth und Loreto erwähnt, ist der italienische Franziskaner Francesco Suriano. Dieser aber verwirft zuerst im Jahre 1485 und dann wieder im Jahre 1514 mit aller Entschiedenheit den legendarischen Loreto-Anspruch. Die Ansicht von der Herkunft des Loreto-Hauses aus Nazareth, erklärt er, ist unvereinbar mit der geraden Vernunft, wenn auch Gott noch Größeres wirken könnte (non e consonante a seno intellecto).

Daß der alte Ordensmann die lauretanische Legende mit vollem Recht abgelehnt hat, zeigen Hüffers tief schürfende Untersuchungen. Die inhaltsschwere Studie des hochangesehenen, katholischen Historikers, der ehrliche Wahrheitsliebe mit zartem religiösem Takt zu verbinden weiß, verdient volle Beachtung. Wer den kritischen Beweisgängen des gelehrten Verfassers aufmerksam folgt, wird mit ihm anerkennen müssen, daß die erst gegen Ende des 15. Jahrhunderts in Umlauf gebrachte Loreto-Legende nicht als geschichtliche Tatsache betrachtet werden kann.

Durch die Beseitigung der Sage vom Verkündigungshaus wird Loreto allerdings schwer getroffen. Es wird aber nichtsdestoweniger ein berühmter Wallfahrtsort bleiben. Das Vertrauen auf die Fürbitte der allerseligsten Jungfrau hängt nicht von der materiellen Tatsache der Übertragung der Santa Casa ab. Die Kapelle auf dem Loreto-Hügel war schon lange vor dem Aufkommen der Nazareth-Sage ein vielbesuchtes Heiligtum. Dies wird sie auch in Zukunft bleiben. Wie für die vergangenen Tage, wird auch in Zukunft gelten: „Manche schwere Bürde ward abgeworfen in Loretos Haus.“ [1]) So schließen wir unser Referat mit den Worten des Verfassers: „Das Verkündigungshaus ist gefallen, der Gnadenort bleibt unversehrt.“

1) Schiller, Die Braut von Messina, 4. Aufzug, 9. Auftritt.

IV.

Katholizismus und Protestantismus in Bayern (1800—1848).

Von Anton Doeberl.

I.

Unter der Regierung König Ludwigs I. verschiebt sich, wie in anderen deutschen Staaten und auch über Deutschland hinaus, das Verhältnis der Konfessionen zu einander. Die Ursachen dieses Wandels waren vorzüglich zwei: einmal war auch seit der Aufklärung der Friede unter den Konfessionen doch zu wenig fest gegründet. Das zeigte sich, als der Nebel des Indifferentismus verflog. Und dann ergaben sich Mißgriffe, weil die Burokratie wähnte mit der Staatsgewalt allein ließe sich jahrhundert alter Riß verklammern.

1. Die Aufklärung hatte, müde der Controversstreitigkeiten, die Toleranz gepredigt. Es war ihr unleugbares Verdienst, für den Frieden unter den Konfessionen einzutreten. Ihr Fehler war, die Eigenarten der Konfessionen zu nivellieren. Ein Teil der Aufklärung, der radikale, überschritt die Grenzen der bürgerlichen Toleranz und verfiel dem Indifferentismus. Die aufgeklärten Theologen am Münchner Lyzeum, ein Kajetan Weiller, ein Sebastian Mutscheller u. A. nannten den „Kirchenglauben" entbehrlich und priesen hoch und laut den „Religionsglauben", den reinen aus den Tiefen der rein menschlichen Vernunft stammenden Religionsglauben. Der Kirchenglaube habe nur „einen relativen und untergeordneten Wert", die Sakramente seien „bloß äußerliche Zeichen". Lorenz Hübner's „Bayerisches Wochenblatt" war bemüht, die dogmatischen Grenzpfähle auszuziehen. Die Toleranz, die diese Aufklärer predigten, war vielfach nur Kampf gegen die Kirche und den kirchlichen Geist. Auch an der Universität Würzburg zeitigte der herrschende Rationalismus seltsame Blüten des Indifferentismus. Auf Empfehlung Salats war der protestantische Rationalist



Paulus berufen worden. Die protestantischen Kandidaten in Jena hatten ihn nicht hören dürfen, aber die katholischen Theologie-Kandidaten sollten und wollten ihn hören. „Ist denn Paulus nicht katholischer Theologe?“ wagte ein Kandidat auf das Verbot des Regens zu erwidern. Das war die Frucht des verflachenden Rationalismus.

Gegen diese Art von „Toleranz“ reagierte das katholische Gewissen. Gerade einer, der nicht ohne Schuld war an dem Emporkommen des Würzburger Alumnatsgeistes, der frühere Rationalist und nunmehrige Weihbischof Gregor Zirkel, beleuchtete in einem für den Fürstbischof Georg Karl bestimmten Gutachten 1804 „richtig und scharf die antikatholischen Prinzipien der Staatsregierung und suchte nachzuweisen, daß das Bestreben derselben dahin gehe, Katholizismus und Protestantismus zu einer Staatsreligion zu verschmelzen“. Schon damals empfahl er als Gegengewicht gegen solche Bestrebungen den engeren Anschluß an Rom. In seinem Bericht an den apostolischen Stuhl 1805 beklagt er die bitteren Ausfälle der deutschen Protestanten gegen die katholische Kirche, sowie die Herrschaft protestantischen Geistes an den Hochschulen und Mittelschulen und im Staatskirchenrecht und erbittet die Hilfe des Papstes für die Erhaltung rein katholischer Universitäten.

Eine ähnliche Reaktion, aber in der Öffentlichkeit, zeigte sich bei den Kirchlichgesinnten in München. Wir kennen Ringseis Klage über die „Berufungen“ und die „unverkennbare Absicht der Regierung, Bayern zu dekatholisieren. Diese Absicht mußte die Gemüter empören.“ Dieser inneren Empörung hat L. Westenrieder im 9. Band seiner Beiträge Luft gemacht (1809). Auch der Klerus begann zu reagieren. Als 1812 der bayerische Schulrat und protestantische Rationalist Stefani in einer Schmähschrift „Catilina's Bundesmahl“ den katholischen Klerus eine Sammlung von Schurken und Heuchlern nannte, traten die Augsburger führenden Katholiken in Fühlung mit ihren Eichstätter Gesinnungsgenossen, arbeitete Karl Egger an einer Gegenschrift gegen



jenes Pamphlet. Das war der Nährboden, aus dem sich der Verein der Konföderierten bilden sollte. Die Katholiken waren in der Abwehr. Der polemische Katholizismus war berechtigt und notwendig gegenüber böswilligen Angriffen des protestantischen Rationalismus.

Aber neben dem Rationalismus gab es auch im Protestantismus noch zwei andere Richtungen, die orthodoxe und die pietistische. Diesen Richtungen suchte eine Gruppe im Katholizismus, die wissenschaftlich und gesellschaftlich mit ihnen in Fühlung stand, entgegenzukommen. Man wünschte ehrlich den Frieden unter den Konfessionen, ohne ein Wahrheitsgut der katholischen Konfession preiszugeben, man suchte den gemeinsamen Besitz der Konfessionen gegenüber dem Unglauben zu wahren. Typus dieser Art irenischer Apologeten ist J. M. Sailer. Sein irenisches Verhalten wird sowohl durch die Sache als durch die Zeitlage gerechtfertigt. „Nur völliges Übersehen dieser Zeitlage konnte Sailer des Indifferentismus beschuldigen". Man hat Sailer den Vorwurf gemacht, daß er die Lektüre protestantischer Auktoren seinen Zuhörern empfahl. Aber er hat nie schädliche Bücher empfohlen. Und nicht bloß er, auch andere Apologeten jener Zeit, darunter Männer von unangefochtener Kirchlichkeit, lasen und benützten die von gläubig gesinnten Protestanten abgefaßten Apologien des Christentums (Werner, Merkle). Man hat ihm vorgeworfen, daß er gewisse Unterscheidungslehren nicht betone. Das ist richtig, aber „wenn ein Brand die Kirche bedroht, rettet man zuerst das Sanktissimum, dann erst den Weihwasserkessel" (Stölzle). Die Orthodoxie Sailers beweisen seine Schriften von der über die Heiligenverehrung 1797 bis zu seinem letzten Hirtenbrief 1831, beweisen verschiedene Konversionen, die unter seiner Vermittlung sich vollzogen, ich nenne nur Eduard Schenk und Ludolf von Beckedorff. Der irenische Katholizismus war und ist berechtigt gegenüber denen, die eine gemeinsame Grundlage gelten lassen, der polemische Katholizismus war und ist berechtigt gegenüber denen, die dem



Katholizismus nicht Luft und Licht gönnen. Die irenische Art Sailers hat sicherlich der Kirche vielfach genützt, gesellschaftlich, wissenschaftlich und in der öffentlichen Meinung. Aber man darf die Ireniker nicht ausschließlich im Lager der Sailerianer suchen. Auch im Lager der Konföderierten wurden irenische Stimmen laut. Der Prüfeninger Exabt R. Kornmann stand, um nur ein Beispiel zu nennen, in Korrespondenz mit protestantischen Gelehrten, wie Schlichtegroll und Pallhausen. Und dann, wie die Dinge einmal sind, eine gewisse vornehme Polemik kann notwendig werden und kann für das höhere Ziel, die Wiedervereinigung, ersprießlich sein. Der Optimismus Sailers erlebte gerade zuletzt in den Vorgängen auf dem Landtag 1831 eine schmerzliche Enttäuschung.

Die irenische Richtung schien zu Beginn des 19. Jahrhunderts eine Zukunft zu haben. Der Darmstädter Hofprediger Stark veröffentlichte 1809 eine Schrift „Theoduls Gastmahl," in der er der Wiedervereinigung der beiden Konfessionen das Wort redete, nur so könne gegenüber dem Unglauben die christliche Offenbarungswahrheit gerettet werden. In wenigen Jahren erlebte die Schrift 8 Auflagen. Der Göttinger Kirchenhistoriker Plank glaubte zwar die Hoffnung auf eine Wiedervereinigung in nächster Zeit nicht teilen zu dürfen, aber auch er sprach 1809 „Worte des Friedens;" die Konfessionen sollten versuchen einander zu verstehen. Auch diese Schrift fand in Bayern günstige Aufnahme. Der frühere Abt von Michlfeld, M. Prechtl, begrüßte sie mit einer Gegenschrift „Friedensworte" (1810). Nur war er zu sanguinisch in seinen Hoffnungen; er hielt den Ausgleich aller Differenzen für „sehr leicht". Genützt hat wohl die Schrift Prechtls wenig, ebenweil sie die Schwierigkeiten verkannte. Aber als Zeichen irenischen Katholizismus in jenen Kreisen, die sich später Konföderierte nannten, ist sie immerhin bemerkenswert.

Die irenische Richtung verliert bald an Boden. Wiederum waren es Fehler des protestantischen Rationalismus,

die den Frieden störten und den polemischen Katholizismus zur Abwehr hervorrufen mußten. Schon in dem von Weihbischof Zirkel entworfenem Programm für den Verein der Konföderierten („literarischer Verein zur Aufrechthaltung, Verteidigung und Auslegung der römisch-katholischen Religion") war als Zweck des Vereins und der Vereinszeitschrift neben dem Kampf gegen den Rationalismus die Abwehr von „Ausfällen der protestantischen Schriftsteller" vorgesehen und als Motiv angeführt: „Die Protestanten feinden, wie von Anfang, die katholische Religion an und jetzt mehr wie sonst . . . Ihre Literatur überschwemmt ganz Deutschland. Sie entstellen absichtlich unsere Glaubenslehren und fachen, wo sie können, den alten Religionshaß an". Die polemische Stimmung im Lager der Konföderierten wuchs mit den Enttäuschungen, die an das Konkordat bezw. an die Verzögerung seiner Publikaton sich anknüpften. Man gab den Protestanten Schuld an der Verzögerung. „Mit unseren Konkordatis" schrieb L. Westenrieder an Abt R. Kornmann, „fängt es sich, wie es scheint, von vorne an . . . . Die Protestanten beherrschen uns und alles soll nach ihren Grundsätzen und Absichten gegründet und eingerichtet werden". Diese Animosität stieg auf die Höhe seit dem Reformationsjubiläum. Eine starke geistige Erregung durchzitterte Deutschland und machte auch vor Bayern nicht Halt. Mit der Jubelfeier des Wittenberger Thesenanschlags war das Selbstbewußsein des trotz Union sonst so uneinigen Protestantismus mächtig erwacht. Er sah überlegen herab auf den Katholizismus und ersparte ihm nicht die kränkendsten Vorwürfe. Eine Gegenflut gegen solche Strömungen setzte überall in deutschen Landen ein. Die Irenik schien verstummt. Derselbe Abt Max Prechtl, der 1810 „Friedensworte" gesprochen hatte, glaubte jetzt eine polemische Schrift „Seitenstück zur Weisheit Luthers" erscheinen lassen zu sollen. Sie erlebte in einem Jahr 3 Auflagen, ein Zeichen wie empfindsam die Katholiken geworden waren. Auch in Felders Literaturzeitung wurde der Ton seit dem Jubiläumsjahr oft



scharf, ja man ging zum Angriff wider Luther und Luthertum über. Es schien ein voller Umschwung gekommen. Die Polemik stand obenan.

Diese Art von Polemik mußte bei einem so zart besaiteten Ireniker wie Sailer Bedenken erregen. Der getreue Eckart mahnte und warnte. In einem Schreiben vom 8. März 1818 an den Redakteur Felder tadelte er das Vorgehen der Konföderierten überhaupt und insbesondere den derb polemischen Ton in konfessionellen Fragen. Er und seine Freunde in Landshut legten Wert darauf, in der Öffentlichkeit nicht als Kampfgenosse der Konföderierten zu gelten, er möchte aber auch den Konföderierten dringend raten, alles zu vermeiden, was das Zusammenleben von Katholiken und Protestanten in Deutschland erschweren könnte.

Die Confessionelle Spannung zitterte noch lange nach. Dem „Protestanten", der seit 1817 erschien, ließen 1820 die Mainzer den „Katholiken" folgen. Der „Religionsfreund" Benkerts redete von einem „Retorsionsrecht" der Katholiken gegen die Protestanten seit dem Reformationsfest. Dazu führte die Mischehenfrage schon damals da und dort zu Lokalkonflikten. Versuche der Rationalisten Salat und Weiller mit Indifferentismus den Bruch zu verkleistern, erwiesen sich nun als völlig wirkungslos. Sie erhielten die verdiente Antwort. Auch die kirchliche Wissenschaft nahm den Bruch des Burgfriedens ernst. Friedrich hat nicht Unrecht, wenn er bei Besprechung der Döllinger'schen Erstlingsschrift „die Eucharistie" sagt, trotz äußerer Duldung seien Protestatismus und Katholizismus im innersten Wesen doch unversöhnlicher gegenüber gestanden als je zuvor. So waren also schon unter der Regierung Max I. starke konfessionelle Gegensätze erwacht. Das Problem der Wiedervereinigung der Konfessionen erschien gerade am Ende der Regierungszeit Max I. einem Sailer, wie er in einem Gutachten es ausspricht, aussichtsloser als jemals wegen des Unglaubens der „Mehrzahl" der protestantischen Lehrer einerseits, wegen des Übereifers der führenden katholischen



„Ultra's" andrerseits. Und wie der Göttinger Historiker Plank, so glaubt auch Seiler nicht an eine nahe Wiedervereinigung, sondern bloß an eine Wegbereitung derselben im Geiste „der Eintracht, des Lichtes und der Liebe".

2. König Ludwig I., der Romantiker, fühlte sich als Schirmvogt der katholischen Kirche. Als Sprosse eines Hauses, das mit verschiedenen protestantischen Höfen in nächster Verbindung war, und als Regent des zu $^1/_3$ protestantischen Bayern war er aber gewillt, Parität zu üben. Dazu hatte ihm auch Görres in seiner Mahnrede geraten und auch die Protestanten, ein Thiersch, ein Feuerbach, gaben bald nach dem Regierungsbeginn der Paritätsliebe des neuen Königs Zeugnis. Religion war ihm das Wesentliche, aber er verleugnete sein selbstherrliches Empfinden auch nicht gegenüber der Kirche und den Konfessionen. Dieser selbstherrliche Wille des Königs hat zuweilen, so bei der Mischehenfrage gegenüber den Katholiken, bei der Kniebeugungsordre gegenüber den Protestanten den konfessionellen Frieden nicht erleichtert. Dabei rollte die Entwicklung des kirchlichen und staatlichen Lebens wie in Deutschland, so in ganz Bayern konfessionelle Fragen auf, die nur mit größter Behutsamkeit berührt werden durften, die aber vielfach zu Parteifragen und in den Lärm und Staub der Parteien hineingezogen wurden. Was sich in Bayern zutrug, darf nur als Ausschnitt jener konfessionellen Kämpfe gelten, die damals ganz Deutschland in Atem hielten.

Mit dem Regierungsantritt Ludwigs I. schien die irenische Richtung wieder gestärkt zu werden, war ja doch der erste Ratgeber des Königs in kirchlichen Fragen der milde, versöhnliche Bischof Sailer, der es sich zur Aufgabe machte, dem König „keinen Ultra" für wichtige kirchliche Stellen vorzuschlagen. Und doch sollte gerade Sailer hineingezogen werden in einen konfessionellen Streit, in den Mischehenstreit der 30er Jahre.

Immer stärker begann noch zu Sailers Zeiten die Mischehenfrage die deutschen wie die bayerischen Katholiken zu



beunruhigen. In Bayern hatte die Regierung seit dem 25. September 1814 von dem katholischen Pfarrer auch bei protestantischer Trauung die Proklamation des Eheversprechens und den Entlaßschein des katholischen Teils (Dimissorialien) verlangt. Sie hatte weiter in dem Erlaß vom 17. Juni 1820 die Bedingung katholischer Erziehung aller Kinder als verfassungswidrig erklärt. Nicht ohne Erfolg. In manchen Diözesen wurde sogar die katholische Trauung von Mischehen zugestanden, wenn nur nicht alle Kinder protestantisch würden. Sehr weit ging in solchen Zugeständnissen Bischof Chandelle (Remling). Ja die Bischöfe von München, Regensburg, Passau und Eichstätt glaubten an den Papst die Bitte richten zu sollen, „in besonders schwierigen und dringenden Fällen“ (vermutlich gab die Trauung der Prinzessin Elisabeth Anlaß zu dieser Bitte) gemischten Ehen assistieren zu dürfen, auch wenn alle Kinder protestantisch würden. Was Rom auf ein solches Ansinnen antworten mußte, leuchtet ein. Die Antwort mußte den Willen der Bischöfe stärken. Im selben Jahr 1825 gab der bekannte Trierer Bischof Hommer auf eine Anfrage Sailers den Bescheid, er und seine Nachbarbischöfe seien nicht gewillt, die preußischen Staatsgesetze über Mischehen zu erfüllen. Von nun an, sei es wegen der römischen oder trierischen Antwort oder wegen anderer Einflüsse, etwa Wittmanns, bekannten sich mehrere Ordinariate zu den kirchlichen Vorschriften. Sie gaben den Geistlichen den strengen Befehl, bei gemischten Ehen ohne Sicherung und Gewähr der katholischen Kindererziehung nicht nur die Copulation nach katholischem Ritus, sondern auch die Proklamation und die Dimissorialien zu verweigern. Daran änderte weder ein Reskript des Ministers Armansperg vom 30. März 1827 an die Erzbischöfe noch ein Reskript der Regierungen des Isarkreises und des Regenkreises an die Ordinariate von München bezw. Regensburg 16. Juni 1830 etwas. Ein Vorfall in der Diözese Regensburg sollte zum Konflikte führen.

Ein Hirtenbrief Bischof Sailers vom 17. August 1830



verbot Verkündigung, Entlaßschein und katholische Trauung ohne das Versprechung der katholischen Kindererziehung. Trotzdem segnete der Pfarrkurat von Mittendorf gegen das besondere Verbot des Ordinariats die Ehe des protestantischen Baron Thon-Dittmer mit der katholischen Baronesse von Rumel bedingungslos ein. Seine geistliche Behörde maßregelte den Ungehorsamen und bestand in einem neuen Erlaß an die Pfarrämter vom 4. Januar 1831 sachlich auf den einmal gegebenen Vorschriften. Nun griff das „konstitutionelle Bayern", ein liberales Blatt, ein und nannte das Regensburger Verfahren Verfassungsverletzung und Bedrohung der Gewissensfreiheit und forderte das Einschreiten der Staatsregierung gegen solche „geistliche Umtriebe". Vergeblich verteidigte Döllinger in mehreren Artikeln der „Eos" und in einer eigenen Schrift das kirchliche Verhalten Sailers. Im Landtag wiederholte der Abgeordnete Rabl die Vorwürfe des „konstitutionellen Bayern". Seine Beschwerde wegen Verfassungsverletzung wurde zwar abgewiesen, aber der Landtag glaubte an das Vorliegen von Gewissensverletzung und verlangte mit 66 gegen 37 Stimmen bei gemischten Ehen, auch ohne Erziehungsvertrag, Verkündigung, Entlaßschein und Assistenz des katholischen Pfarrers, während der Reichsrat und der Landtagsabschied Verkündigung und Entlaßschein forderten. Bischof Sailer und die Bischöfe von München-Freising und Passau blieben fest. Die anderen Bischöfe beugten sich. Um die Einheit herzustellen, rief der Münchener Erzbischof auf den Rat Sailers den Entscheid des Papstes an. Das päpstliche Breve „Summo jugiter" vom 27. Mai 1832 entschied im Sinne des † Sailer und seiner beiden bischöflichen Freunde und hatte zur Folge, daß auch die übrigen Bischöfe sich zu den streng kirchlichen Grundsätzen bekannten. Zum ersten Mal seit dem Konkordat unterzeichneten sämtliche Bischöfe im November 1832 ein Promemoria an den König in dem sie ihre streng kirchlichen Grundsätze im Sinne des päpstlichen Breve bekennen und auf die Folgen eines kirchlichen Kampfes hinweisen.

Minister Wallerstein war mit dem Breve und dem Promemoria wenig einverstanden. Beständig drang er deshalb in die Bischöfe, „Modifikationen“ des päpstlichen Breve von Rom zu erwirken. Auch der König sprach diesen Wunsch aus. Der Landtag 1834 verlangte unter neuen, heftigen Ausfällen den endlichen Vollzug des Landtagsabschieds vom Jahre 1831. Dazu fehlte es innerhalb des Episkopats selbst an der geschlossenen Einheit und Festigkeit gegenüber den Vorstellungen Wallersteins. Und so erbaten die Bischöfe im Juli 1834 vom Papste die Erlaubnis, gemischte Ehen, auch ohne Erziehungsvertrag zu verkünden (aber ohne zu sagen, zum Sakrament der Ehe, sondern nur: zur Ehe) und den Entlaßschein auszustellen (aber mit dem Vermerk, es sei das Hindernis der gemischten Ehe vorhanden). Zu gleicher Zeit suchte die Regierung in Rom Zugeständnisse für die Assistenz zu erreichen. Die Instruktion des Kardinalstaatssekretärs Bernetti vom 12. September 1834 gestattete die bedingte Verkündigung und den bedingten Entlaßschein und im äußersten Falle die passive Assistenz der Pfarrer, aber bloß als Zivilstandsbeamter. Sie warnte aber zugleich vor den Mischehen und verlangte, daß die Bischöfe Klerus und Volk auf die Gefahren der Mischehen verwiesen.

Im Sinne Wallersteins war aber auch diese Instruktion mit ihren Bedingungen und ihrer Verwarnung nicht. Wiederum suchte er auf die Bischöfe einzuwirken, um die Instruktion abzuschwächen. Sein Freund, Bischof Richarz, und Erzbischof Fraunberg taten ihm den Gefallen. Aber in streng kirchlichen Kreisen betrachtete man selbst die Instruktion als zu weitgehend und nicht durch die Verhältnisse des Landes gerechtfertigt. Die kirchlichen Kreise wurden unruhig und verlangten eine andere Lösung. Unter dem Ministerium Abel wurde sie ihnen nach dem Erleben der Kölner Wirren zu teil.

V.

Art und Tragweite des Irischen Problems.

Die Angelegenheiten, welche zwischen Irland und England noch in der Schwebe sind, berühren mittelbar, aber auf das stärkste, die Machtstellung Englands und somit auch das Schicksal Deutschlands. Wenn England in seiner Macht wesentlich geschwächt wird, so verliert der Anker, an den ein nicht kleiner Teil der Deutschen seine Hoffnungen knüpfen will, an Gewicht und Stärke. Das Gewicht Frankreichs auf dem Festlande würde in demselben Maße erhöht.

Die Rechnung deutscher Politiker, welche sich auf England stützen will, umschließt zwei Probleme, hinsichtlich welcher die Stellungnahme außerordentlich schwierig ist, indem dieselben unabsehbare Risiken einschließen. Wenn eine bedeutende Minderung der Macht und des Selbstvertrauens Englands sich auf der Bahn der ferneren Entwicklung einstellt, so verliert dieser Anker deutscher Politik an Leistungsfähigkeit, aber gleichzeitig mag das Bedürfnis Englands, auf dem Festland einen Bundesgenossen zu finden, wachsen.

Ob man in England will oder nicht: mit dem Versailler Frieden und der Selbstauflösung Deutschlands ist für England dieselbe Lage wieder entstanden, deren Beseitigung die sogenannte Politik König Eduards VII. sich zum Ziel gesetzt hatte. Dieses Ziel war (der König hat es oft betont) nicht die Zerstörung Deutschlands, sondern die Beseitigung der wirklichen oder vermeintlichen Bedrohung der britischen Weltmacht durch die auf dem Festlande vorherrschende Macht. Ehemals war es Spanien, dann Holland, dann Frankreich, dann Deutschland. Jetzt ist es wieder Frankreich. Nichts, gar nichts kann die Tatsache aus der Welt schaffen, daß die alte, historische Rivalität zwischen England und Frankreich wieder auf dem Plan erschienen ist. Sehr eifrig, klug, geschickt verhüllt durch die Politik der Gefolgschaft der Poincaré, Millerand, Briand, Lloyd George u. a., die, begreiflich,



unterstützt wird durch die namentlich in England noch lebhafte Erinnerung an gemeinsam bestandene Kämpfe und Gefahren und nicht minder durch die Dialektik, die in beiden Lagern in dem Bestreben aufgewendet wird, den gegenwärtigen „tolerierbaren Zustand“ möglichst so lange zu erhalten, bis Frankreich seinen Zielen ganz nahe gekommen ist und bis England sich aufs neue zum Widerstand oder gar zum Kampfe gegen die neue „alte Vormacht auf dem Kontinent“ fertig gemacht haben wird. Dieses „Fertigmachen“ schließt entweder eine Erholung Deutschlands oder die leistungsfähige Freundschaft der Amerikaner oder beider ein.

Für die sofortige Wiederaufnahme der Politik der beiden Pitt ist die Lage in England heute nicht reif. Hier können deutsche Politiker, die auf England rechnen, nur die spes longa zu ihren Gunsten buchen. Es ist in besonders hohem Grade fraglich, ob Mr. Lloyd George heute, morgen und übermorgen die Verantwortlichkeit auf seine Schultern nehmen will, welche eine Entfremdung von Frankreich mit sich führen würde.

Die Lage wäre natürlich anders, wenn, wie es ganz früh, in den ersten Stunden der Waffenstillstands-Unterredungen, der Generalissimus des englischen Heeres, Marschall Haig vorgeschlagen hat, die deutsche Waffenmacht zurückgedrängt, aber nicht völlig zerbrochen worden wäre. Wie die Dinge sich seit dem Erzberger'schen Werk entwickelt haben, findet der Wille und das Begehren Frankreichs nur an dem Willen Großbritanniens eine Grenze. Die Schwächung dieses Willens, womöglich seine Zerstörung, ist das Ziel der französischen Politik seit der Zerstörung der militärischen und politischen Kraft Deutschlands. In der ganzen Welt, in China und Sibirien, durch die Türkei und Indien bis an den Rhein, ist die geheime französische Politik an der Arbeit, die englischen Stellungen zu unterminieren.

In solchem Unternehmen ist eine der wichtigsten französischen Positionen: Irland. Es ist die Brücke oder das Einfallstor zwischen Frankreich und England. Alle Pläne



Frankreichs gegen England rechneten mit Irland. Seitens der französischen Politik ist Irland jene Rolle zugedacht gegenüber England, welche sie gegenüber Deutschland Polen übertragen hat. Man braucht sich nur eine Entwicklung vorzustellen, welche Irland zu einer autonomen Republik macht. Die französische Politik würde dafür zu sorgen wissen, daß die Republik Irland zur Pistole wird, die man jederzeit auf die Brust Englands setzen kann. Diese Gefahr hat man natürlich in London zu jeder Zeit erkannt. Wenn man dort die Gewißheit hätte, daß Derartiges nicht zu besorgen sei, daß die Republik Irland dem britischen Weltreich unter allen Umständen die Treue hielte, so würde man Irland die Autonomie längst zugestanden haben. Die Weigerung fließt aus der Erkenntnis, daß die Republik Irland stets Gefahr läuft, ein Werkzeug der französischen Politik gegen die britische Weltmacht zu werden. Eine solche Eventualität brauchte seitens der Irländer gar nicht einmal gewollt zu werden. Eine plan- und absichtslose Vernachlässigung der Küstenwache könnte genügen, ein französisches Heer nach Dublin und nach England zu bringen.

Die französische Politik hat auf diesen Gebieten weit bessere Karten in der Hand, als die deutsche Politik deren je besaß. Traditionen, Rasse, Religion, Volkscharakter sind Faktoren, welche seitens der französischen Politik angerufen werden können.

Eine weise und kluge Politik hat es verstanden, die Kirche dem Brennpunkte der Konflikte ferne zu halten. So lange der Glaube durch die protestantischen Sekten bedroht war und wo eine solche Bedrohung noch besteht, sieht man die katholische Kirche Irlands, Geistliche und Laien, für das Recht Irlands furchtlos eintreten. Es ist jedoch zu beachten, daß in dem jetzigen Zeitpunkt die Kirche Irlands für die Verständigung mit England eintritt und die Annahme der zwischen Lloyd George und dem „Dail Eiran“, der irischen Volksvertretung, getroffenen Vereinbarung empfiehlt. Diese Haltung entspricht sowohl der in



der Weihnachtszeit mit besonderer Deutlichkeit erklingenden Verheißung: „Friede den Menschen auf Erden, die eines guten Willens sind“ als der politischen und wirtschaftlichen Lage Irlands, dem als Glied der britischen Weltmacht große Vorteile gesichert sind. Im Schatten des Szepters Großbritanniens droht dem Samen des Glaubens zudem geringere Gefahr, als von dem in Frankreich leider herrschenden jakobinischen Geist und der unersättlichen Macht der französischen Loge, die unleugbar eine Brutstätte des bösen Geistes ist, der heute Europa verheert. Das Bild würde freilich ganz andere Züge haben, wenn Frankreich wirklich katholisch wäre.

Vor einer endgiltigen Ordnung der Angelegenheiten Irlands, so daß England von dieser Seite nichts zu besorgen hat, wird kein englischer Staatsmann, wer er auch sei, eine Art der Lösung der kontinentalen Probleme anders als auf dem Weg der Diskussion mit Frankreich versuchen. Es sei denn (das ist ja selbstverständlich), man würde zum äußersten getrieben. Der französischen Politik kann natürlich das irische Eisen nicht heiß genug bleiben. Sie hat noch immer die Möglichkeit, die Karten auf's neue zu mischen.

Das zwischen Lloyd George und dem „Dail Eiran“ vereinbarte Abkommen gibt Irland zwar Selbständigkeit, wie den Dominions aber nicht die unbeschränkte Autonomie. Auf letztere geht Devalera aus, der als erwählter Präsident der Irischen Republik berufen wäre, die Verständigung mit England gutzuheißen und das getroffene Abkommen zu unterzeichnen. Dessen weigerte sich Devalera. Er besteht auf der völligen Unabhängigkeit Irlands. Er hat soeben einen Aufruf erlassen und erklärt, daß zwei Mitglieder der von den Sinnfeinern eingesetzten Regierung, — der Minister des Inneren Burgers, und der Kriegsminister Stack seinen Standpunkt teilen.

Die Frage ist nun, was wird der „Dail Eiran“, der vom Volk zur Errichtung der Republik, mit Devalera als Präsidenten, erwählte Rat tun? Da, wie die Annahme



des Abkommens zeigt, in seinem Schoß verschiedene Meinungen walten, so rechnet man mit der Wahrscheinlichkeit, daß der „Dail Eiran" an das Volk appellieren und neue Wahlen ausschreiben wird. Das würde neue Aufregung schaffen. Es ist zu beachten, daß die Anhänger Devaleras über ein Heer von 200 000 Mann unter dem Befehl von Mulealy verfügen. Andererseits wird der Verständigung mit England das Wort geredet von dem größten Teil der irisch-nationalistischen Zeitungen, einschließlich „Freeman's Journal", „Irish Independent" und der weitgelesenen Sinnfein-Blätter „Echo" und „People".

Die katholische Geistlichkeit mahnt zu friedlicher Verständigung.

Der entschiedene Vertreter des Abkommens, der Irländer Collins, scheint übrigens auch das Abkommen als eine Etappe zu betrachten. Aus verschiedenen Äußerungen könnte man zu dem Schluß gelangen, daß er, ähnlich wie General Smuts, die Auflösung des ganzen britischen Reiches in eine Gemeinschaft der Dominions erstrebt, welcher sich dann die Vereinigten Staaten von Amerika anschließen sollten und nach der Meinung von Collins, Smuts anschließen würden. Das wäre u. a. der Beseitigung des englischen Königsthrones und schließlich der Vorherrschaft Englands in diesem Völker-Verein.

Diese Schatten der Zukunft lagern übrigens, vielfach nicht beachtet, über der Konferenz in Washington. Wäre es den Lords Beaconsfield, Salisbury u. a. in den Kopf gekommen, bei der Vertretung Großbritanniens auf einer internationalen Konferenz eine Dominion dort besonders vertreten zu lassen? Das wäre auch der heutigen englischen Regierung nicht eingefallen, aber General Smuts hat sie daran erinnert, daß Südafrika mehr Achtung verlange. So wird jetzt Süd-Afrika „durch den Chef der britischen Mission in Washington besonders vertreten" und die in Washington zu treffenden Abkommen werden der Regierung Süd-Afrikas zur Unterschrift d. h. zur Gutheißung vorgelegt werden.



Das ist doch wohl ein Schritt auf dem Weg zur Mitherrschaft des Dominions. Er gewinnt an Bedeutung durch die Vorgänge in Kanada. Dort ist bei den letzten Wahlen der Ministerpräsident Meighon und seine Partei unterlegen; unter anderem, weil er nicht bestrebt war, Kanadas besondere Vertretung in Washington zu erreichen, obgleich die Vereinigten Staaten die Einladung der kanadischen Regierung nahegelegt hatten. So heißt es in den englischen Zeitungen.

Man erkennt nach alledem die Irische Frage, wie sie sich heute darstellt, als Theil eines Komplexes an Problemen, die den Erdkreis umfassen. Ebenso wird klar, daß England zur Zeit nicht, wie in den Tagen Pitt's, seine ganze Aufmerksamkeit auf einen Hauptpunkt, wie z. B. ehemals Indien oder Flandern richten kann, und daß Deutschland nur einen bescheidenen Faktor in dem politischen Kalkül darstellt, das die Herren um den alten Kamin in Downing Street beschäftigt.

Demzufolge ist jede Rechnung, die sich auf England stützt, augenblicklich zerbrechlich. Wohlwollende Engländer können einem Deutschen kaum mehr sagen als „Help yourself".

M.

VI.

Das heutige Österreich.

Dezember 1921.

Ein so rechtes, ein wahres Unglückskind ist das heutige Österreich. Seine durch den sogenannten Volkswillen berufenen Vertreter wollten ursprünglich selber von diesem Österreich nichts wissen, sie wollten es Deutschösterreich genannt haben. Sie wollten nicht das Österreich schlechthin, nicht das historische Österreich, sondern ein solches Österreich, wie es in ihrem im alten Österreich gebildeten Parteisinn von Anbeginn hätte bestehen sollen, ein Partei-Österreich,



welches nur deutschsprachige Bewohner hätte, genauer gesagt: in welchem fast nur die Sprache Kant's, Hegel's, Nietzsche's und allenfalls auch Marx' gesprochen würde. Wem diese Definition erst recht unklar oder gar konfus erscheinen sollte, dem ist nicht zu helfen, er ist eben kein Deutschösterreicher.

Diesen gewünschten Namen hat dem Kind die Entente nicht gegönnt, jedenfalls nicht gestattet, es darf diesen Namen nicht führen, sondern es muß den Namen des großen, wenn vielleicht nicht weltberühmten, so jedenfalls weltbekannten Vorfahren Österreich tragen, einen Namen, dem es weder auch nur entfernt entsprechen kann, noch auch — nach seinen jetzigen Repräsentanten — irgendwie entsprechen will.

Es wäre übrigens für das jetzige Gebilde auch der Name Deutsch-Österreich völlig unpassend gewesen, und zwar in doppelter Beziehung unpassend. Erstens deshalb, weil auch dieser Name historisch ist, aber freilich in der Geschichte eine ganz andere Bedeutung hat, als die heutigen Deutschen oder Deutschnationalen ihm zuerkennen wollen. Man hat einmal einst ein Vorderösterreich gekannt, bestehend aus dem Breisgau, dem Fürstentum Schwaben und dem Lande vor dem Arlberg. Dieses Vorderösterreich wurde so genannt zum Unterschied von Innerösterreich, welches dann häufig auch Deutschösterreich genannt wurde. Es ist aber damals keinem Menschen eingefallen, mit dieser Bezeichnung sagen zu wollen, daß die betreffenden Länder etwa sprachlich deutsche Länder sein, sondern der Ausdruck sollte nur bedeuten, daß diese Habsburg-Länder — zum Unterschied von Ungarn, Kroatien rc. — zum politischen Verband des römischen Kaiser- und deutschen Königreichs gehörten. Dieses historische Inner- oder Deutschösterreich bestand tatsächlich auch, von Ober- und Niederösterreich abgesehen, aus sprachlich gemischten und sprachlich gar nicht deutschen Ländern; das südliche Tirol hatte seine Italiener, das südliche Kärnten und Steiermark jedes seine Slowenen, und Krain mit Triest, sowie Görz mit dem zugehörigen Istrien, die alle zu diesem Inner- oder



Deutschösterreich zählten, konnten überhaupt nicht als sprachlich deutsche Länder angesprochen werden.

Zweitens hätte dieses Gebilde den Namen Deutschösterreich auch im deutschnationalen Sinn nicht redlich verdient, denn es sind davon viele deutschsprachige Bewohner in Tirol (Bozen 2c.), Kärnten (Tarvis 2c.) Steiermark (Marburg 2c.) und selbst in Niederösterreich (Feldsberg 2c.) ausgeschlossen.

Wenn nun aber der Name Deutschösterreich für das heutige Gebiet weder im alten historischen, noch im modernen deutschnationalen Sinn angebracht war, so ist andererseits die Anwendung des alten Namens Österreich auf dieses kleine Gebiet eine offenbar wohl berechnete Verhöhnung des Besiegten, eine an das Rex Judaeorum erinnernde Verspottung.

So beginnt also das Unglück des heutigen Österreich schon mit seinem Namen. Einerseits lasten auf ihm alle Vorurteile und Verleumdungen, welche eine große habsburgfeindliche Literatur seit Ludwig XIV., also seit fast drei Jahrhunderten aufgehäuft hat, es lasten auf ihm auch alle Anklagen, die man, wenn auch nur mit Pharisäerrecht gegen dasselbe erheben kann. Andererseits aber werden ihm auch gerne jene großen Aufgaben und Hoffnungen zugemutet, deren Erfüllung man vom alten Österreich mit Recht glaubte fordern und erwarten zu dürfen. Von allen Seiten als vermeintlicher Hort der Reaktion und geistigen Knechtschaft feindselig umlauert, soll es nach anderer Meinung wieder jeder Revolution sich energisch entgegenstellen.

Und wie steht es mit diesem Österreich in Wirklichkeit? Schon die Teile, aus denen zusammengesetzt ist, müssen Staunen, Verwunderung, Bedauern, Unwillen erwecken. Nur Oberöstereich, Salzburg und Vorarlberg sind territorial ungeschmälert geblieben. Von Tirol ist eigentlich nur noch das Inntal und der davon durch einen Gletscherwall getrennte Lienzer Zipfel übrig. Wenn die Lienzer mit Innsbruck in Verbindung kommen wollen, können sie dies nur entweder über Italien oder über Kärnten und Salzburg erreichen, denn von Innichen ab bis Reschenscheideck an der Schweizer



Grenze ist heute, auch die Heimat Andreas Hofers nicht ausgenommen, alles italienisch. Von Kärnten sind im Westen die Gebiete von Tarvis, Raibl, Pontafel, im Osten Prävali, das Miestal und der Abschluß des Lavanttales mit Unterdrauburg abgerissen. In Steiermark erreicht die Grenze Südslawiens bis in die Nähe von Graz hinauf, das ganze wein- und obstreiche Untersteier, also die fruchtbarsten Teile des Landes, sind zu Südslawien geschlagen. Selbst von Niederösterreich sind im Norden einzelne Teile, gerade die Eisenbahnknotenpunkte, für die Tschechoslowakei weggenommen.

Von Vorarlberg abgesehen kann das Staatsgebiet oro- und hydrographisch dahin charakterisiert werden, daß es die Nordseite der Hohen und die beiden Seiten der Niedern Tauern bis zu deren äußersten Ausläufern, den Unterlauf des Inn, den Mittellauf der Donau von der Inn- bis in die Nähe der Marchmündung und die Oberläufe der Drau und Muhr umfaßt. Eine irgend einheitliche Geschichte hat dieses Gebiet, wie schon ausgeführt worden, nicht, sondern seine Geschichte ist untrennbar an die Geschichte von Teilen seiner heutigen Nachbarstaaten geknüpft. Zieht man blos die Fläche in Betracht, so ist der wirtschaftliche und soziale Charakter dadurch gekennzeichnet, daß der weitaus größte Teil aus Hoch- und Mittelgebirg besteht, daß wohl ein nicht unbedeutender Eisenbergbau betrieben, aber fast gar keine Kohle produziert wird.

Aber die Fläche ist hier gar nicht entscheidend, den frappantesten und weitaus wichtigsten Teil des ganzen Staates bildet vielmehr die Millionenstadt Wien, die in der Reihe der Weltstädte heute noch den sechsten oder siebenten Rang einnimmt, die vor kurzem noch die Hauptstadt eines Fünfzigmillionenreiches war, heute plötzlich zur Hauptstadt eines Kleinstaates degradiert erscheint, wovon den wichtigsten Teil sie selber ausmacht. Denn mit ihren nächsten Dependenzen beherbergt diese Stadt allein mindestens ein Drittel der Gesamtbevölkerung des Staates. Also ein Gebirgsland



der großen Fläche nach, aber ein Drittel Großstadt der Bevölkerung nach. Jeder dritte Mensch in diesem Gebirgsstaat ein Großstädter! Gewiß ein äußerst seltsamer Staat mitten im Kontinent.

Vom letzten Ausläufer des die Hohen und Niederen Tauern einschließenden Alpenzuges, von den Lehnen des Kahlenberges nämlich steigt diese Stadt Wien langsam zur ungarischee Ebene hinab. „Bei meiner Villa am Rennweg beginnt der Orient", pflegte seinerzeit der Staatskanzler Metternich zu sagen. Der Rennweg war damals ein kleiner Vorort von Wien. Seither, seit nahe hundert Jahren ist die Stadt weit über diesen damaligen Vorort hinausgewachsen, hinaus gegen Schwechat und Fischamend, wo die Landschaft bereits überall deutlich den Charakter der ungarischen Puszta anzunehmen beginnt. Im Westen der Stadt fast noch Alpenland, im Osten bereits Tiefland!

Von der Höhe des Kahlenbergs nach Nordosten schweift der Blick über das Marchfeld hinaus zu den kleinen Karpathen. Von dort kamen einst die Mongolen. Dort im Südosten, bei Hainburg-Preßburg, wo heute noch die Attilaburg gezeigt wird, ist das große Völkerthor; durch das einst ungezählte wilde Scharen gegen das Abendland stürmten, die Hunnen, die Avaren, die Magyaren, zuletzt noch die Türkenhaufen, gegen welche die Habsburger von diesem Boden aus vier große langwierige Kriege vorbereiteten und zu einem glücklichen Ende führten. Dort im Südwesten, wo eine Bergkuppe die andere überhöht und hinter welchen man bereits die Eisgipfel der Tauern blinken zu sehen wähnt, liegen die Hochtäler und Gebirgsseen, die den Wienern im Sommer so erwünschte Erfrischung boten, aber allerdings heute auch nicht mehr bieten wollen. Und zu unseren Füßen der mächtige Donaustrom, dieses große Band, welches Schwabenland und Schwarzes Meer miteinander zu verbinden vermöchte, an den Ufern aber des in die ungarische Ebene strebenden Stromes und angelehnt an die Südflanke des Berges das in der Ebene sich verlierende Häusermeer



Wiens. Wahrlich eine Lage, eine Umgebung und Sichtweite, deren kaum eine andere Weltstadt sich rühmen kann!

Aber — fast vor ihren Toren schon ist dieser Stadt heute die Welt wie mit Brettern verschlagen. Vor dem Krieg konnte man am Wiener Nordbahnhof direkte Fahrkarten bis Peking und Tokio lösen. Heute in einer kleinen Stunde, bei Lundenburg schon, an der Grenze der neuen tschechoslowakischen Republik, kehrt der Zug um, ist gründliche Gepäcksrevision mit so minutiöser Leibesvisitation, wie sie vordem an keiner der weit entfernten russischen Grenzstationen zu überstehen waren. Ähnlich an den ebenso nahen ungarischen Grenzstationen. Und selbst im eigenen Staat, südlich und westwärts in die steierischen und oberösterreichischen Berge hinein, wenn man länger als drei Tage dort zu verweilen gedenkt, genügt auch der regelrechteste Paß nicht, man muß auch mit einer besonderen Einreisebewilligung der betreffenden Landesregierung sich auszuweisen vermögen. Beim Kriegsende nämlich, wo alle Bande der alten Monarchie sich lösten, glaubten auch diese Länder der Monarchie eine Art Souveränität wiedergewonnen zu haben, und schlossen ihre Grenzen für Personen- und Sachverkehr. In dieser Abschließungspolitik sind, wenn auch natürlich nicht aus historisch-rechtlichen Gründen, die Sozialdemokraten am eifrigsten. Die verfügbaren Lebensmittel sollen im Lande und fremder Zuzug namentlich aus Wien ferngehalten bleiben, damit nicht die Großstadtteuerung sich auch aufs Land verpflanze. Das ist die heute gegen Wien ziemlich allgemein geübte Staatsphilosophie. So ist also der Wiener, d. i. schier jeder dritte Mensch im Staat, gewissermaßen in seiner eigenen Stadt interniert.

Woher und wovon aber leben dann diese internierten Wiener, da doch auf den Wiener Straßen und Plätzen natürlich Lebensmittel weder aus dem Pflaster hervorsprossen noch vom meist dunstgeschwängerten Himmel fallen? Nun das ist eben die große, die entscheidende, die wirkliche Staats-



frage dieses Staates. Und eben heute spitzen sich alle Verhältnisse auf diese Staatsfrage zu.

Gewiß ist in der inneren Politik des neuen Staates, den die Entente in der geschilderten Zusammensetzung geschaffen hat, viel gefehlt worden. Aber die unmöglich aus eigener Kraft zu überwindenden Existenzschwierigkeiten dieses Staates sind von allen Parteien, auch von den Sozialdemokraten, schon von allem Anfang an erkannt und immer wieder betont worden. Das himmelschreiende Mißverhältnis zwischen der Größe der Hauptstadt, dem Kopfe, und der verhältnismäßigen Zwerghaftigkeit des übrigen Territoriums, des Rumpfes, konnte eben auch dem blödesten Auge nicht verborgen bleiben. Es hätte denn auch der Friede von St. Germain sicherlich keine einzige, auch keine sozialdemokratische Stimme zu erlangen vermocht, wenn dieser Vertrag nicht die ausdrückliche Zusicherung enthalten hätte, daß die Entente für die zum Aufbau des Staates notwendigen finanziellen Mittel aufkommen wolle und werde. Aber seither war alles Erinnern, alles Bitten und Betteln um diese vertraglich zugesagte Hilfe vergebens. Die durch den Krieg und die allseitige Feindseligkeit der neuen Nachbarn ohnehin sehr herabgekommenen Finanzen des Staates mußten sich in den bei stets sinkender Valuta erfolgenden Lebensmittel- und Kohlenkäufen notwendig immer mehr erschöpfen und befinden sich heute tatsächlich in einem ganz hoffnungslosen Zustand.

Trotzdem will der neue christlichsoziale Finanzminister Dr. Gürtler die Hoffnung nicht aufgeben und versucht soeben eine neue Kur, die aber eine wahre Roßkur, eine Kur auf Leben und Tod zu werden scheint. Er glaubt nämlich durch eine solche heroische Anstrengung den Entente-Finanziers die Kreditwürdigkeit des neuen Staates erweisen und so die notwendigen Kredite endlich wirklich erlangen zu können. Die Einzelheiten der Methode, die Dr. Gürtler einzuschlagen gedenkt, werden erst dieser Tage dem Nationalrat unterbreitet werden, im Allgemeinen aber weiß man schon jetzt, daß der Plan darauf hinausläuft, die bisherigen



staatlichen Lebensmittelzuschüsse einzustellen, die Bevölkerung bezüglich ihrer Ernährung also auf den Weltmarktpreis zu verweisen und das noch verbleibende Defizit durch Steuererhöhungen zu decken, — im Grunde also direkte und indirekte Erhöhung aller Steuern und Abgaben. Auf diese Weise hofft der Finanzminister zuerst die Einstellung der Notenpresse und dadurch wieder die Hebung des Geldwertes eben der Valuta zuerreicheu. Die Frage ist nur die, ob die Volkswirtschaft unter dieser so plötzlichen und gewaltigen Erhöhung der Steuerlast nicht früher zusammenbrechen wird, bevor die erhoffte Steigerung des Geldwertes und damit die notwendige Erleichterung wirklich eintritt.

Der Nationalrat wird in den allernächsten Tagen sich darüber entscheiden müssen, ob das Experiment des Dr. Gürtler wirklich gewagt werden soll. Kritisch, im höchsten Grade kritisch, ist die Lage des heutigen Österreich, ob nun die Kur des Dr. Gürtler ernstlich begonnen, oder der jetzige Zustand, welcher den Geldwert des Staates dem Nullpunkt näher bringt, fortgeführt wird.[1])

In solchen Lagen der äußersten Krise pflegen sich die Charaktere wie der einzelnen Menschen so auch die der einzelnen Bewohner eines Staates zu offenbaren. Die einen raffen alle ihre physischen, geistigen und moralischen Kräfte zusammen, um die Krise zu überwinden, die anderen überlassen sich einer dumpfen oder geraten in eine rasende Verzweiflung. Da, wie gesagt, die Zusammensetzung des Staates eine völlig unhistorische, der Staat selbst in dieser Form ganz neu ist, so fehlen wohl bestimmtere Anhaltspunkte zur Beurteilung der Zukunft. Soweit man aber aus der Vergangenheit der einzelnen Teile und Splitter Schlüsse ziehen darf, wird die doch überwiegend noch katholische Bevölkerung auch diese schwere Krise zu überstehen vermögen.

J—l.

1) Die angekündigten Gesetzesvorlagen sind inzwischen zum Teil bereits angenommen worden. D. H.

VII.

Kürzere Besprechung.

Th. von Bethmann Hollweg: „Betrachtungen zum Weltkriege." Zweiter Teil. Reimar Hobbing. Berlin.

An der Kirchhofsmauer vor dem Dörfchen Hohenfinow bei Eberswalde in der Mark liegt das Grab des ehemaligen Reichskanzlers. Im Sommer dieses Jahres blühte darauf ein so dichtes Beet von Stiefmütterchen, daß es fast wie eine Sammetdecke aussah. Noch lehnt an der Mauer aus Feldsteinen eine schwarze Steintafel, wie an den Gräbern der anderen Bethmanns nebenan in derselben Reihe, den Namen verkündend. Unfern, unter den Wipfeln einer Allee von alten Linden, erhebt sich die Dorfkirche von Hohenfinow, in der alten, katholischen Zeit der Mark Brandenburg dreischiffig, Übergang von der romanischen zur gothischen Bauzeit aus dem 13. Jahrhundert; 1692 umgebaut, 1510 von Bethmann Hollweg erneuert bei kunstvoller Ausmalung und Verglasung der Fenster. Dann die Wappen aller ehemaligen Besitzer von Hohenfinow. Dahinter, in weitem Park das Schloß, wo der Reichskanzler in Muße seine Erinnerungen schrieb und, einen Kilometer weiter, der „Liebenstein", eine Berghöhe, malerisch gelegen mit einem imposanten, wenn auch einfachen Gedenkstein an die im Krieg Gefallenen, wo man einen prächtigen Fernblick über die Wald-, Wiesen- und Ackerlandschaft, den alten Flußlauf im Oderbruch hat.

Dort also ist die Heimat, war das Tuskulum, die Ruhestätte des Reichskanzlers v. Bethmann. In diese Einsamkeit, diese ländliche Abgeschiedenheit trägt ab und zu mal ein Zeitungsblatt, ein Wort am Weg, ein Echo in den Stürmen, die um seinen Namen wehen Der Sturm selbst aber dringt nicht bis in die Wipfel der uralten Linden, berührt nicht das stille Grab.

Im Schloß Hohenfinow hat sein Sohn das unvollendete Manuskript redigiert, das der Tod dem Kanzler aus der Hand nahm. Es liegt, als Band II, der Welt vor. Manche Stelle läßt Retouchierung vermuten; so da, wo vom Kaiser die Rede ist,



von der Kanzler stets zu decken sich bestrebte, da tritt er in der Rolle des Eckart auf. Vielfach zeigen sich die Vorgänge in Rußland, Wien, Berlin in neuer Beleuchtung. Obgleich die Reserve im Ausdruck nirgends verleugnet wird, ist die Wilson betreffende Darstellung (S. 159—163, 184) vernichtend für den Präsidenten. Die Unterwerfung Rußlands, Zar, Duma und Republik, unter den Kriegswillen der Entente, insbesonders die Rolle Lord Milner's in Petersburg tritt sehr drastisch hervor. Kaiser Karl und Czernin erscheinen in nicht neuem aber hellerem Licht. „Für den Dezember 1917 ist eine Zusammenkunft des Barons von der Lancken mit Herrn Briand in der Schweiz fest vereinbart, dann allerdings im letzten Augenblick durch Herrn Ribot verhindert worden." In dieser Bemerkung ist Ribot gezeichnet, wie er im Buch des Prinzen Sixtus von Parma und Bourbon erschien: als Vater aller Hindernisse. Mag bei dieser Gelegenheit, im Vorbeistreifen, die Bemerkung gestattet sein, daß dem, der die in Paris maßgebenden Faktoren kennt, die Meinung, Frankreich d. h. der beschließende und entscheidende Teil dort, sei damals (1917) zum Pakt geneigt gewesen, als irreführend erscheint.

Was über Falkenhayn, der nach der Marne die Zügel des Heeres ergriff, gesagt wird, darüber liest niemand hinweg. Das Gegenüber: Bethmann-Ludendorff. Es ist oft, jedoch diskret gezeichnet, dem Feldherrn erweist der Kanzler stets die Ehre, auch wo er die Politik diskutiert. Der U-Boot-Krieg findet nochmals ausführliche Darstellung. Dasselbe ist von der Ausland-Propaganda, vom Kriegs-Presse-Amt und dergl. zu sagen.

Von aktueller Bedeutung dürfte der folgende Bericht sein: Wie unentbehrlich (für die Behauptung des Krieges) die tatkräftige Mitwirkung der in den sozialdemokratischen Gewerkschaften verkörperten Arbeiterführung war, zeigte sich auch militärischen Kreisen. Ein von mir gewünschtes Verbot gewisser öffentlicher Massenversammlungen erklärte sich die Berliner Kommandostelle für unfähig, militärisch durchzuführen. Gegen die verbrecherische linksradikale Agitation unter den Rüstungsarbeitern trat ich in einem öffentlichen Rundschreiben



an die Bundesregierungen scharf auf, brandmarkte sie als einen von der ganzen Schärfe des Gesetzes zu treffenden Landesverrat.

Wo um der divide et impera-Politik der Entente und ihrer Agenten die Rede ist, zeigt sich, daß der Kanzler die deutschen Schwächen erkannte.

Die Seiten 223 bis 236 (und andere Stellen) handeln vom Zentrum unter Führung Erzbergers. Einleitend deutet Bethmann auf den zur Schau getragenen Pessimismus der Sozialisten, namentlich die Revolutionsreden der Unabhängigen. „Erstaunlich war die veränderte Haltung der bürgerlichen Parteien. Sie entgegneten nur schwach und mit halber Überzeugung und überließen, zum Teil von der Welle des Pessimismus selbst überwältigt, aus Gründen parlamentarischer Taktik, die Abwehr der Regierung." Darauf kommt Bethmann auf Erzberger zu sprechen: „Im ersten Augenblick waren mir die Motive der Aktion (Antrag Erzberger, Friedens-Resolution) nicht durchsichtig. Verabredet hatte Erzberger sie mit mir nicht. Auch daß Graf Czernin beteiligt war, war mir unbekannt geblieben. ... Daß ich bei dieser Gelegenheit Herrn Erzberger eine für das Plenum berechnete Rede vorgelesen hätte (Erzberger: „Erlebnisse", S. 257), ist irrig. Die Unterredung dauerte nur wenige Minuten und wurde stehend geführt ... Ich vermutete hinter der Aktion den Zauber einer Kandidatur für meine Nachfolge, dem der Leichtwendige trotz alter Gegnerschaft verfallen sein mochte. Jedenfalls vom nächsten Tag ab war mir klar, daß aus einem mit weitem Vertrauen bedachten Anhänger über Nacht ein persönlicher Gegner geworden war." Am Ende dieses Passus heißt es: „Graf Westarp charakterisierte die Erzberger'sche Rede zutreffend als verlorene Schlacht."

Kurz und trocken heißt es an anderen Stellen: „Mit der Bestellung des Herrn Michaelis zu meinem Nachfolger habe ich nichts zu tun gehabt." „Nach außen konnten die Zuckungen der Juli-Krisis, ihre Halbheiten und Widersprüche nur verwirrend wirken. Die Feinde sehen ... eine Reichstagsmehrheit sich auf eine panikartig entstandene ... Friedensresolution verpflichten ..."



VIII.

Zu H. St. Chamberlains Betrachtungen über Religion und Christentum.

Von P. Daniel Feuling O. S. B., Beuron.

(Schluß.)

4.

Bei Matthäus 28,18—20 lesen wir das große Wort des Heilands: „Mir ist alle Gewalt gegeben im Himmel und auf Erden. Gehet also hin und lehret alle Völker und taufet sie im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes und lehret sie alles halten, was ich euch befohlen habe. Denn sehet, ich bin bei euch alle Tage bis ans Ende der Welt.“ Die gewonnenen Ergebnisse über die Gleichstellung Jesu mit dem Vater sind in voller Übereinstimmung mit dieser Stelle, die namentlich dann nicht im geringsten überraschen kann, wenn man außerdem noch die Worte Jesu zusammen nimmt, die bei den Synoptikern und bei Johannes vom Heiligen Geiste sprechen.

Freilich zu Chamberlains Grundbehauptungen kann dieses Wort des Heilands niemals passen. So bleibt Chamberlain nichts übrig, als seine Echtheit rundweg zu leugnen. Er schreibt S. 105: „In dem ganzen Evangelium gibt es nur eine Stelle — eine einzige, und zwar nur bei einem der vier Evangelisten —, geeignet, jeden Leser über die „Vaterlehre“ Jesu irrezuführen . . . : ich meine Matth. Kap. 28, Vers 19 fg. Hiernach würde die Lehre von dem dreieinigen Gott aus dem Munde des Heilands

stammen. In diesem Falle jedoch sind wir zum Glück in der Lage, mit aller Bestimmtheit nachweisen zu können, daß es sich um ein späteres Einschiebsel handelt, also um einen ‚frommen Betrug' (pia fraus)" S. 106. Und er führt fünf Gründe auf. „Erstens wäre es mehr als merkwürdig, wenn der Heiland noch im allerletzten Augenblick und ohne jede Erläuterung seinen Jüngern eine neue Lehre vorgetragen hätte." Nun, die ganze Lehre Jesu vom Vater, von sich selber und vom Hl. Geist war weitausholende Erläuterung. Und woher weiß Chamberlain, daß er obiges Wort nicht besonders erläutert hat? Es ist allzu einfach anzunehmen, Jesus habe seinen Jüngern nicht mehr gesagt, als was in den Evangelien aufgezeichnet steht! „Zweitens wäre es unbegreiflich, daß eine so entscheidende Lehre weder bei einem anderen Evangelisten noch in irgend einer der übrigen Schriften des Neuen Testamentes einen Widerhall findet ..." Der Widerhall ist reichlich da in Jesu Lehre vom Vater, dem Sohne und dem Hl. Geist in allen Evangelien, er ist auch da in Pauli Briefen, nicht in der Art dogmatischer Formulierungen, aber im deutlichen Durchschimmern der Lehre. „Drittens: wir besitzen in den neutestamentlichen Schriften, und auch außerhalb ihrer, zahlreiche Zeugnisse über den Taufakt bei den frühen Christen und wissen, daß unter ihnen ausnahmslos ‚auf den Namen Christi' oder ‚auf den Namen des Herrn' getauft wurde." Die betreffenden Stellen der Apostelgeschichte beweisen lediglich, daß man die christliche Taufe — im Gegensatz zur „Johannestaufe" — kurz in der von Chamberlain angegebenen Weise bezeichnete; auf keinen Fall beweisen sie, daß es eine liturgische Taufformel „auf den Namen Jesu" oder „des Herrn" gegeben hat; nirgends außer Mt 28,19 wird im N. T. die Taufformel angeführt. Aber sie erscheint sofort als trinitarische Taufformel in der ältesten außerkanonischen Schrift der alten Kirche, in der Ende des ersten Jahrhunderts verfaßten Didache VII 1 u. 3, im zweiten Jahrhundert bei Justin. Chamberlain behauptet also das Gegenteil von dem, was bezeugt ist. Der vierte Grund gegen die Echtheit des Taufbefehls stützt sich auf Pauli Wort: „Christus hat mich nicht gesandt zu taufen, sondern das



Evangelium zu verkünden" (1 Kor 1,17), „woraus wir mit Gewißheit entnehmen, daß den Aposteln ein Taufbefehl aus dem Munde Jesu unbekannt war" (S. 107). Woher nimmt wohl Chamberlain „die Gewißheit", daß der Taufbefehl es den Aposteln zur Pflicht machte, persönlich die Taufe zu spenden, unter Ausschluß von Gehilfen und Stellvertretern? Und wie erklärt es Chamberlain, daß Paulus und die anderen Apostel von vornherein die Taufe für unbedingt notwendig und geboten hielten, wenn sie es nicht aufgrund eines Taufbefehls Jesu taten? „Fünftens: der bekannte früheste Geschichtsschreiber der Kirche, Eusebius, . . . erwähnt in seinen Schriften gerade diese Stelle des Matthäusevangeliums mehr als ein dutzendmal, nie aber (wenigstens in keiner Schrift, die vor dem Konzil von Nicäa entstand) in der uns geläufigen Fassung, sondern mit folgendem Wortlaut: „Gehet hin und werbet alle Völker in meinem Namen und lehret sie usw." Eusebius also las an dieser Stelle (und er hatte von seinem Vorgänger Pamphilus eine besonders reiche Sammlung Handschriften geerbt) weder einen Taufbefehl noch die Verkündigung einer Dreieinigkeitslehre" (S. 107).

Dies letzte Argument sei etwas genauer besprochen. Zunächst ist es eine feine Irreführung, wenn Chamberlain in dem Matthäuszitat ein „usw." setzt und so den Eindruck weckt, als führe Eusebius jeweils die ganze Stelle an und als fehle in der vollständig mitgeteilten Stelle eben der trinitarische Taufbefehl. Die Sache liegt aber so: Dreimal erwähnt Eusebius die Sendung und den Lehrauftrag ganz allgemein ohne irgend welche bestimmte Anführung; zweimal erwähnt er die Worte: „Gehet hin und lehret alle Völker" ohne den Zusatz „in meinem Namen"; in beiden Fällen ist gleich beigefügt und „lehret siie alles halten"; zwölfmal kommt die Formel vor: „Gehet hin und lehret alle Völker in meinem Namen"; einigemal mit dem Zusatz „und lehret sie alles halten". Zweimal — wenn man die bloß syrisch erhaltene (nicht ganz sicher von Eusebius stammende) Stelle der „Theophanie" rechnet, drei-



mal — wird von Eusebius der Taufbefehl mit der trinitarischen Formel ausdrücklich angeführt.

Die Einsicht in sämtliche Stellen ergibt nun, daß Eusebius — von den letztgenannten Taufstellen abgesehen — seinem klar erkennbaren Zusammenhang gemäß gar keinen Anlaß hatte, den Taufbefehl auch nur mit einer Silbe zu erwähnen, da er in allen Fällen lediglich von der Lehre, und wo er das „lehret sie alles halten“ beifügt, außerdem noch von dem Gebote Jesu handelt. Der Zusammenhang an allen Stellen läßt die Anführung des Taufbefehles nicht erwarten, ja läßt seine Nichtanführung erwarten; welche Nichtanführung zudem im Sinne der altchristlichen Arkandisziplin (Verheimlichung der liturgischen Feiern und Formeln vor Außenstehenden) gefordert schien. Ob das „in meinem Namen“ von Eusebius in einer Bibelhandschrift gelesen wurde oder als prägnanter Ausdruck für die Sendung durch Jesus — etwa in Anlehnung an Lk 24,47 — zu verstehen ist, kann niemand feststellen. Wenn Eusebius das Wort wirklich in einem Evangelientext gelesen haben sollte, so vermag dies nichts zu beweisen gegenüber der völligen Übereinstimmung der lateinischen und griechischen Väter und Kirchenschriftsteller der alten Zeit bis hinauf zur Didache, und gegenüber der völlig unanfechtbaren Textüberlieferung des Matthäusschlusses, der durch alle erhaltenen Handschriften wie auch durch die frühesten Übersetzungen einstimmig bezeugt ist. Es ist eine textgeschichtliche Unmöglichkeit, daß ein unechter Taufbefehl in sämtlichen Handschriften und Übersetzungen eingeschmuggelt worden wäre. Chamberlain aber schreibt im Tone der vollsten Gewißheit: „Es erweist sich somit dieser Vers als unzweifelhaft unecht; wir wollen uns durch ihn nicht irre machen lassen“ (S. 107).

5.

Lehrreich ist es, zu sehen, wie Chamberlain die Auferstehung Jesu behandelt (S. 84—89). „Daß die ersten Christen an die Auferstehung Jesu von den Toten glaubten, bedarf keines Beweises; das Christentum entstand ja als

Folge der Auferstehung." „Man mag sich diese Auferstehung denken und deuten, wie man will — an der Tatsache selbst kann kein urteilsfähiger Mensch vorbeikommen" (S. 84). Die Behauptung der Juden, die Jünger hätten den Leichnam gestohlen und dann die Auferstehung erlogen, weist Chamberlain mit feinem Geschicke als völlig unmöglich und „geradezu hirnverbrannt" zurück (S. 84 f.). „Ich behaupte: das Dasein des Christentums beweist die Tatsache der Auferstehung." (S. 85).

Alsbald sucht aber Chamberlain aus Paulus zu zeigen, daß dieser älteste, unmittelbare Zeuge des Auferstehungsglaubens „nicht an eine Auferstehung des gestorbenen Körpers dachte, sondern an das Weiterleben in verklärter Gestalt außerhalb der uns geläufigen Bedingungen irdischen Daseins. Dies bestätigt entscheidend ein Umstand, den mancher wohl übersieht: Paulus zählt alle Erscheinungen des Auferstandenen, von denen er weiß, der Reihe nach auf, erwähnt aber mit keiner Silbe des leeren Grabes, noch des damit zusammenhängenden Besuches der Frauen — das leere Grab besaß also für ihn keine Bedeutung, vielleicht hielt er diese Erzählung für eine fromme Legende" (S. 86). „Paulus ... faßte die Auferstehung Christi anders auf (als die Urapostel) und bedurfte für sie keines Aufbrechens der Grabespforte" (S. 87). „Daß Gott dem Tode nicht stirbt, ist klar; der Tod kann ihn höchstens aus dem Drucke einer vorübergehend angenommenen Leiblichkeit befreien: Jesus lebt von je auf je. Daher bezeichne ich, ohne Bedenken, das Wort ‚Auferstehung' als Allegorie" (S. 88). „Sollten die Jünger den Sinn dieses Lebens, den Sinn ihres ungeheuren Erlebnisses endlich begreifen und dadurch erst zu ihrem weltgeschichtlichen Amte tauglich gemacht werden, so mußte Jesus ihnen erscheinen und zu ihnen reden: für diese Notwendigkeit besitzen wir den geschichtlichen Beweis; denn erst aus diesem mit nichts zu vergleichenden Ereignis entstand ... das Christentum. Über die Art jedoch, wie diese Erscheinungen verstandesmäßig zu deuten seien, bekenne ich meine Unwissenheit



und bekenne, daß ich jede Erklärung von vornherein für unmöglich halte und jede dogmatische Entscheidung hierüber ablehne“ (S. 89).

Hier haben wir also eine Auferstehung, die Anfangs und und auch am Schlusse wieder als unleugbare Tatsache anerkannt und doch zugleich in eine Allegorie aufgelöst wird, in ein Gleichnis und Sinnbild dafür, daß Gott nicht stirbt! Und auf dem Wege zur allegorischen Erklärung wieder jene seltsame „Vereinfachung“ der Fragen und Tatsachen, die wir bei Chamberlain als den Zauberstab seiner Methode wiederholt kennen gelernt haben. Vereinfachung zunächst des Zeugnisses Pauli. Gewiß spricht Paulus von einem vergeistigten Leibe, gewiß lehnt er eine fleischliche Auffassung des Reiches Gottes und eine Erneuerung des Lebens in irdisch-fleischlicher Form ab und lehrt eine Umwandlung des Leibes zu neuer Daseinsweise. Allein das ändert nichts an der entscheidenden Grundtatsache, daß Paulus in seiner ganzen Ausführung 1 Kor 15,35—55 fort und fort die substanzielle Identität des Leibes voraussetzt, eine Identität, die durch die Vergeistigung und Verklärung in keiner Weise aufgehoben wird. „Dieses Vergängliche — d. i. dieser Leib — muß die Unvergänglichkeit anziehen: und dieses Sterbliche — d. i. wieder der Leib — muß die Unsterblichkeit anziehen“ (V. 53): kann es noch deutlicher gesagt werden, daß es sich nicht um einen neuen Leib und gar um einen völlig unleiblichen Leib handelt, sondern um eine neue Beschaffenheit des nämlichen Leibes, den wir auf Erden tragen, und darum um eine wahre und wirkliche Auferstehung im eigentlichen Sinne des Wortes?

Die zweite Vereinfachung liegt in der Beseitigung des leeren Grabes. Hier hilft wieder das negative Argument: Paulus sagt davon nichts, also weiß er davon nichts oder glaubt nicht daran, also ist das leere Grab eine Fabel, und der Bericht des Evangeliums glatt erfunden! Wie kann ein so regsamer Geist wie Chamberlain sich darüber täuschen, daß es genau so unmöglich und „hirnverbrannt“ ist, das leere Grab zu leugnen, wie es unmöglich und hirnverbrannt ist, das Christentum

ohne die Tatsache der Auferstehung und Erscheinung Jesu zu erklären! Wohin man Jesus nach dem Kreuzestode legte, das wußten seine Feinde so gut wie die Jünger selbst. Und nun traten diese Jünger nach wenigen Wochen mit der unerhörten Behauptung auf, Christus sei auferstanden, und es gelang ihnen, sich in weiten Kreisen dafür Glauben zu verschaffen. Wagt es Chamberlain wirklich, soweit zu gehen, daß er glaubhaft findet, die Pharisäer und Sadduzäer und Schriftgelehrten und Hohenpriester hätten die Apostel mit ihrer Predigt des Auferstandenen ruhig gewähren lassen und nicht vielmehr vom Pfingsttage an triumphierend auf die Tatsache des unerbrochenen Grabes hingewiesen und nötigenfalls den so einfachen Tatsachenbeweis gegen die Behauptung der Jünger bis zum letzten Ende geführt, durch den Beweis, daß Jesus tatsächlich noch im Grabe sei?

Einzig was das Evangelium berichtet: daß die Hohenpriester und ihr Anhang sehr genau vom leeren Grabe wußten, einzig diese Tatsache kann uns die andere Tatsache erklären, daß die Apostel ungestraft, d. i. nicht Lügen gestraft, sich auf die Auferstehung berufen und durch die Kunde vom Auferstandenen die Welt erobern konnten. Das stand für den gesunden Menschenverstand, das stand für Paulus und die alten Christen so klar und unleugbar fest, daß es ein weiteres Nachdenken darüber nicht mehr brauchte und daß es wahrhaftig den Korinthern gegenüber nicht nötig war, neben der Tatsache der Erscheinungen des Auferstandenen noch die selbstverständliche Tatsache des leeren Grabes eigens zu erwähnen. Mit der Tatsache des leeren Grabes ist aber auch der Sinn der Auferstehung Jesu völlig klar und dem Nebelreich entrückt, in das Chamberlains Agnostieismus die Auferstehung und den Auferstandenen mit so viel Beredsamkeit und Stilkunst zu verrücken sucht!

6.

Vieles aus den weiteren „Betrachtungen" Chamberlains — z. B. allerlei religionsgeschichtliche Deutungen und Andeutungen, ferner die Ausführungen über die Jungfrauen-



geburt, die Stellung Jesu zum alten Testament und seinen Jahweglauben, die Messiaswürde Jesu, über Pauli Art und Lehre, über die begrenzte Glaubwürdigkeit der Evangelien — müssen wir unbesprochen lassen, soviel auch hier im Großen und im Einzelnen kritisch zu bemerken wäre. Aber auf eine Gedankensreihe müssen wir noch etwas näher eingehen: auf die Betrachtungen über die Kirche. Im Grunde genommen ist das ganze Buch davon erfüllt. Im Grunde genommen ist das Hauptziel des ganzen Buches dies: ein tiefes, unausrottbares Mißtrauen gegen die Kirche — die katholische Kirche in die Gemüter seiner Leser einzupflanzen. In dieser Hinsicht enthält die Schrift Bitterböses: Entstellungen der Lehre der Kirche, Deklamationen über die „grenzenlose Herrschsucht" der Kirche und der Priester, „Darlegungen" über die wesenhafte Unwahrhaftigkeit der Diener der Kirche, Unterstellungen über den „frommen Betrug" als ein grundsätzlich und viel von der Kirche gebrauchtes Mittel der Täuschung.

Gerade der letztgenannte Vorwurf klingt durch das ganze Buch hindurch: vor allem in der wiederholten Anklage, die Kirche habe die Hl. Schrift in wichtigen Dingen bewußt verfälscht. Ein Beispiel habe ich schon beleuchtet: den „frommen Betrug", durch den „die Kirche" den für Chamberlain so unerwünschten Taufbefehl mit der Trinitätslehre erfunden und in das Evangelium eingeschmuggelt haben soll. Einen umgekehrten „frommen Betrug" in Form der — allerdings nicht recht gelungenen — Ausmerzung eines unbequemen Evangelienabschnittes durch die Kirche deckt Chamberlain an anderer Stelle auf. In der Erzählung von der Ehebrecherin, die Jesus aus den Händen der Schriftgelehrten und Pharisäer befreite (Jo 8,2—11), sieht nämlich Chamberlain einen Bericht, „den, bezeichnenderweise, die Kirche ihr Bestes getan hat, aus dem Texte zu streichen" (S. 126). Wieso? In manchen griechischen Handschriften, darunter wichtigen, sowie in verschiedenen alten Übersetzungen fehlt der Text, der, wie Chamberlain behauptet, der Kirche unbequem war wegen der Milde Jesu gegen die Ehebrecherin;

also hat „die Kirche“ versucht, ihn zu unterschlagen! Und der Sachverhalt? So unzweifelhaft echt der Abschnitt von der Ehebrecherin an sich ist, so unsicher ist es, wo er ursprünglich stand: ob im Johannesevangelium Kap. 8, oder an anderer Stelle — sechs Handschriften bringen ihn im Lukasevangelium Kap. 21 nach Vers 38, andere am Schlusse des Johannesevangeliums; und es kommt mit in Betracht, daß der Abschnitt sprachlich starke Abweichungen vom übrigen Johannesevangelium aufweist. Statt den sehr verwickelten und unklaren Tatbestand zu würdigen, macht Chamberlain — wirklich „bezeichnenderweise“! — daraus einen „Beweis“ für die Unredlichkeit der Kirche, die „ihr Bestes“ getan haben soll, den Text zu streichen.[1])

Ein ähnliches „Beispiel“ des frommen Betrugs lesen wir S. 230. In unverkennbarer Weise nimmt Jesus für sich die Würde des verheißenen „Gesalbten“ (= Messias, Christus) in Anspruch: z. B. Mt 11,2 ff in der Antwort auf des gefangenen Täufers Frage Lk 4,16 ff bei der ergreifenden Szene in der Synagoge zu Nazareth, ferner Mt 23,10, 24,4 f, 23 ff, Mk 9,41, 12,35 ff, Jo 4,25.26, 7,25 ff, 10,24 f, 17,3, ganz besonders aber auf die feierlichste Weise in der entscheidenden Gerichtsverhandlung vor dem Hohenpriester, Mt 26,63 ff, Mk 14,61 ff, Lk 22,66 ff: ohne den Messiasanspruch läßt sich sein Geschick überhaupt nicht erklären. Allein dies alles gilt nichts für Chamberlain, dem es Dogma ist, daß Jesus sich nicht für den Messias, den Christus, erklärt haben kann. Lediglich Petrus habe, aus echt jüdischem Denken heraus, Jesus den Christus genannt: „Du bist der Christus, der Sohn des lebendigen Gottes“ (Mt 16,16, Mk 8,29, Lk 9,20). Aber — so erläutert Chamberlain — der tiefschauende Johannes hat „im bewußten, gewollten Gegensatz zu den früheren Evangelien den Wortlaut des Petrus“ „verbessert“ (S. 230). Nach Jo 6,69 legt nämlich Petrus — dem Berichte gemäß bei ganz anderem Anlaß! — das Bekenntnis ab: „Wir haben geglaubt und erkannt, daß

1) Zur Sache vergl. etwa Jacquier, Histoire des livres du Nouveau Testament III[3] (1908) S. 271—279.

du bist der Heilige Gottes". Also — so deutet Chamberlain — nicht der Messias, sondern lediglich „ein Heiliger Gottes", wie er zweimal, S. 230 u. 231, „erklärend" schreibt, um unerfahrene Leser auf ein falsches Gleis zu bringen. Daß „der Heilige Gottes" gar nichts anderes bezeichnet als den ganz bestimmten Heiligen, den verheißenen Messias, daß der Ausdruck „der Heilige Gottes" ganz gleichwertig ist z. B. dem Ausdrucke „der Gerechte Gottes", wie der Messias in den sog. „Psalmen Salomons" kurz vor dem Erscheinen Jesu genannt wird[1]) — von derlei Tatsachen und Erkenntnissen wird Chamberlains Denken nicht beschwert. Was nun aber unserem Verfasser die Johannesstelle besonders wertvoll macht, ist der Umstand, daß seine „Methode" es ihm ermöglicht, abermals die Kirche des frommen Betruges zu verdächtigen. Die lateinische Vulgata hat nämlich eine andere Textform als die griechischen Haupthandschriften und liest: „Du bist der Christus, der Sohn Gottes". Der Sinn ist nach dem Gesagten genau der nämliche wie in der griechischen Lesart. Aber wie deutet Chamberlain die Abweichung? Er schreibt: „Der Kirche wollte das (nämlich die behauptete Ausmerzung des Messiasgedankens durch Johannes) gar nicht gefallen, und obwohl alle griechischen Haupttexte übereinstimmend „Du bist der Heilige Gottes" bringen und der älteste Lateiner dementsprechend Tu es sanctus Dei schreibt, streicht Hieronymus den ‚Heiligen' und setzt dafür Tu es Christus filius Dei ein" (S. 230). Und nochmals S. 232: „Die Kirche" „streicht einfach den johanneischen Text und ersetzt ihn durch eine mit den vorangegangenen Evangelien übereinstimmende Aussage". Also die Kirche durch Hieronymus Fälscherin der Stelle! Ahnt denn Chamberlain gar nichts vom wirklichen Ursprung der zahllosen Textvarianten aller vielfach abgeschriebenen Schriftwerke? Jedenfalls scheint er nicht zu wissen, daß Hieronymus — laut dem Begleitschreiben an Papst Damasus — bei seiner Bearbeitung der altlateinischen Evangeliumsübersetzung lediglich

1) Vgl. Lagrange, Le messianisme chez les Juifs, Paris 1909, S. 233.



den lateinischen Text auf die Zuverlässigkeit seines Sinnes geprüft hat. Bei Jo 6,69 hat er auf sehr gute Gründe hin den schon festliegenden Text beibehalten, der nicht nur dem wesentlichen Sinne nach mit den abweichenden Griechen übereinstimmte, sondern auch in seinem Wortlaute durch fast sämtliche Zeugen der altlateinischen Übersetzung gesichert, ferner durch viele griechische Texte gestützt war und sich auch sonst als uralt erweist (z. B. durch das syrische Sinaipalimpsest). Von Streichung und Fälschung durch Hieronymus ist also keine Rede. Aber das Zeugnis des „ältesten Lateiners", das Chamberlain anruft? Unter allen lateinischen Handschriften hat einzig der Beda-Kodex von Cambridge, der aus dem 5. oder 6. Jahrhundert stammt, und wahrscheinlich jünger als der hl. Hieronymus († 420) ist, den Text „Du bist der Heilige Gottes": höchst wahrscheinlich infolge davon, daß in dieser Handschrift der lateinische Text neben dem griechischen steht und wie an anderen Stellen diesem angeglichen worden ist. Dies die Tatsachen: aber Chamberlain hat seine Anklage gegen die Kirche auf frommen Betrug ein weiteres Mal ausgesprochen, und diese Verdächtigung tut ihre Wirkung bei allen den Lesern, die nachzuprüfen nicht befähigt oder nicht gewillt sind.

Wie es mit Chamberlains Beleuchtung von Mt 16,16 durch Jo 6,69 steht, wissen wir nun. Sehen wir aber auch, wie er Mt 16,17,18 behandelt. In seiner Darstellungskunst hat er seinen Leser schon längst (S. 193) vorbereitet durch die Belehrung: „Der Heiland stand jeglicher Kirchengründung gar fern". Auf Seite 229 führt er dann das Bekenntnis Petri mit der Seligpreisung durch Jesus und der Verheißung von Kirchengründung und Schlüsselgewalt an mit dem Zusatze: „das Ganze, ohne Frage eine spätere Einschiebung von Seiten der Kirche, zu welcher Merx schreibt: ‚Die geschichtliche Forschung über Jesus darf sich durch solche Fälschung nicht auf Ewigkeit hin täuschen lassen'; es muß ein Ende haben!" Und S. 233 wird Chamberlain noch deutlicher: „Die Kirche" flicht in das Matthäusevangelium „das vorhin erwähnte, frei erfundene Einschiebsel ein, durch welche kühne Fälschung es gelingt, Jesum



selber — über dessen Lippen das Wort Kirche niemals gekommen ist — zum ausdrücklichen Begründer der Kirche zu stempeln, und noch dazu einer Kirche mit schlüsselführender, allgewaltiger Klerisei — ihn, der vor den Priestern immer als vor der größten Gefahr für alle Religion warnt!" „So verfährt die Kirche, die angebliche Hüterin der Hl. Schrift, sie, die denjenigen, der an der unmittelbaren göttlichen Eingebung jedes Wortes des Neuen Testamentes zweifelt, in den Bann tut: sie selber greift unbedenklich in den Text hinein und scheut sich nicht, sogar dem Heilande erfundene Aussprüche in den Mund zu legen, auf welche sie dann ihre Zwangslehren und die beherrschende Stellung der Priesterschaft gründet! Schon in den vorangehenden Kapiteln wurden wir vielfach auf Beispiele aufmerksam — ich erinnere namentlich an den angeblichen Taufbefehl des Herrn bei Matthäus und verweise außerdem auf Seite 230 fg" (wo die „textkritische" Behandlung von Jo 6,69 zu lesen steht!). Und um das Gewicht, das er solchen Ausführungen verleihen will, noch zu erhöhen, fährt Chamberlain fort: „Für uns alle ist es von entscheidender Wichtigkeit, derartige Tatsachen in ihrer Bedeutung zu erfassen; denn sie wiederholen sich Schritt für Schritt — wurde doch schon von ältesten und besonders heiligen Kirchenvätern die pia fraus, der „fromme Betrug," unverhohlen angeraten" usw.: es geht in diesem Stile weiter, im Stile oberflächlicher und dabei so anspruchsvoller Journalistik!

Nach den verschiedenen Proben der „Textkritik", die wir kennen gelernt, ist man berechtigterweise gespannt auf die Begründung, die Chamberlain dieser Behauptung radikalsten und geradezu himmelschreienden Betrugs von Seiten der Kirche gibt — zumal alles weitere, was er über die Kirche schreibt, dies voraussetzt; denn was er S. 247 ff. über die Verfassungsgeschichte der Kirche sagt, ist eine Interpretation ohne alle Sorgfalt von gewissen „ausgewählten" Tatsachen und Texten der Urkirche unter beständiger Voraussetzung des bloßmenschlichen Ursprungs der Kirche. Schauen wir aber nach den Beweisen für die Unechtheit der Stiftungs-



worte, so stehen wir vor der merkwürdig beunruhigenden Tatsache, daß Chamberlain gerade an diesem von ihm für entscheidend erklärten Punkte auch nicht eine Spur von Gründen zu geben versucht. Der Kritiker steht hier vor dem reinen Nichts. Nur Behauptungen, Phrasen findet er, mit denen sich auseinanderzusetzen den an Wissenschaft irgendwie Gewöhnten schwer fällt. So bleibt uns nur der Weg einiger positiven Ausführungen.

Jesus soll nach Chamberlain an keine Kirchengründung gedacht, nie das Wort „Kirche" ausgesprochen haben. Freilich nicht, wenn Jesu ganze Botschaft in jenen zwei „reinen Gottesgedanken" bestand: „Gott, unser Vater, und Gottes Reich ist gegenwärtig" (S. 98)! Nun aber gibt Chamberlain unumwunden zu, daß eine Gemeinschaft im Sinne der Kirche unentbehrlich war und ist — „die heilige Gemeinsamkeit, welche zu fordern einen Wesenszug aller Religion ausmacht, läßt sich unmöglich verwirklichen, wenn nicht irgend eine Art äußerer Zusammenfassung sie vermittelt" (S. 231; vgl. S. 248), und „jeder Versuch, eine Religionsgemeinschaft ohne Organisation ins Leben zu rufen" muß „von vornherein totgeboren bleiben" (S. 267); ja für so groß hält er die Notwendigkeit der Kirche, daß er selbst zur Bildung einer „unkirchlichen Kirche", zu einer neuen „Jesugemeinschaft" (S. 285) aufruft und Pläne dafür entwirft (S. 267—277). Andererseits aber betrachtet Chamberlain, wenn man seine Worte ernst nehmen darf, den Heiland als die unvergleichliche und unerreichbare göttliche Wahrheit und Weisheit, als den einzigartigen Kenner des menschlichen Herzens, seiner Bedürfnisse, seiner Notwendigkeiten, als den sieghaften Begründer der wahren Religion. Und dieser Heiland soll von jener offenkundigen Notwendigkeit einer heiligen Gemeinschaft und einer kirchlichen Organisation so gar nichts geahnt haben, er soll jeglicher Kirchengründung so ganz ferngestanden sein, daß jedes darauf bezügliche Wort von vornherein sich als gefälscht erweist? Nun, so hat er an entscheidendem Punkte völlig versagt, und ist er nicht

der Heiland, als den Chamberlain ihn preist! Hier klaffen Abgründe des Widerspruchs!

Es steht also so: Selbst wenn uns kein Stiftungswort im Evangelium überliefert wäre, müßten wir es unbedingt voraussetzen, einmal um die Tatsache der Kirche zu verstehen, und dann der übermenschlichen Weisheit Jesu wegen. Aber das Stiftungswort ist uns überliefert. Genau so wie der hochbedeutsame trinitarische Taufbefehl ist auch das Wort von der Kirchengründung auf Petrus und von der Schlüsselgewalt textkritisch völlig unangreifbar. In keiner der uns überlieferten Handschriften, in keiner der vorhandenen uralten Übersetzungen, nirgends, nicht im Morgenland und nicht im Abendland, findet sich auch nur die leiseste Spur, daß die große Verheißung an Petrus — die bei Jo 21,5 bis 18 in dem dreimaligen: „Weide meine Lämmer, weide meine Schafe" die Erfüllung hat — zu irgend welcher Zeit nicht im Matthäusevangelium gelesen worden sei. Textgeschichtlich besser gesicherte Worte Jesu gibt es nicht, wie sich jeder aus v. Sodens kritischem Apparat zu den Varianten des N. T. überzeugen kann. Schon im frühen zweiten Jahrhundert wäre es völlig unmöglich gewesen, die gesamte Reihe der Evangelienhandschriften in den verschiedensten Ländern und Sprachen derart zu vergewaltigen, daß keine Spur der Fälschung auf die Nachwelt gekommen wäre. Wohl sind manche Versuche gemacht worden — zuletzt noch von Adolf v. Harnack — entweder die ganze Stelle Mt 16,17—18 oder doch das Wort von der Kirchengründung und Schlüsselgewalt als Einschiebsel zu erweisen. Aber die kritische Nachprüfung hat zur noch glänzenderen Rechtfertigung der Echtheit geführt.[1]) Zudem erweist sich die ganze Stelle durch Inhalt und Sprachweise als so großartig göttlich, in ihren Bildern als so übereinstimmend mit den Gleichnissen Jesu, auch noch in

1) Zu Harnacks Versuch vergl. Sickenberger in der Theol. Revue 19 (1920) 1—7; Kneller in der Zeitschrift für kathol. Theologie 44 (1920) 147—169; Kessel, Pastor bonus 32 (1920) 193 ff., 326 ff.

dem Begriffe der Kirche als so angemessen an die Denkweise der Juden zur Zeit Christi, ferner in ihrer Auswirkung so gesichert durch die überragende Stellung Petri in der Apostelgeschichte — daß auch von hier aus die äußerlich so glänzend bezeugte Echtheit ins hellste Licht tritt. Und noch auf eines sei hingewiesen: Tatsächlich konzentrierte sich das nachweisbare Interesse der älteren Gesamtkirche, etwa des zweiten Jahrhunderts, so wenig auf den Ausbau der Lehre über die Kirche, daß es auch von hier aus gesehen ganz undenkbar ist, ein Versuch der Fälschung hätte allgemeinen Erfolg haben können. Die christliche Welt im Ganzen wäre an einer derartigen Fälschung, die doch von irgend welchen örtlichen Bestrebungen hätte ausgehen müssen, mit interessiert gewesen. Die Fälschung hätte sich nicht einmal in beschränktem Maße durchsetzen können.[1])

* * *

Ich breche ab. Vieles hätte ich noch zu sagen, vieles noch zu untersuchen. Aber was ich angeführt habe, genügt. Es genügt, um zu zeigen, wie unsagbar weit Chamberlains Buch, soweit es sich gegen die Kirche und ihren Glauben richtet, von Sachlichkeit und Sachkenntnis entfernt ist. Im vollen Bewußtsein der Verantwortung, die ein solches Wort in sich trägt, spreche ich aus, was ich denke: ich wüßte nicht leicht ein Buch eines vielgelesenen Schriftstellers, das oberflächlicher und vorurteilsvoller mit den wichtigsten Wahrheiten umginge, als Chamberlains Betrachtungen über Religion und Christentum in „Mensch und Gott“.

1) Zur ganzen Frage der Gründung der Kirche vergl. v. Dunin-Borkowski in Esser und Mausbach, Religion, Christentum, Kirche II und Tillmann, Jesus und das Papsttum.

IX.

Katholizismus und Protestantismus in Bayern (1800–1848).

Von Anton Doeberl.

II.

Seit 1830 war das katholische und das protestantische kirchliche Bewußtsein erwacht und erstarkt. 1832 erschien Möhlers „Symbolik“ oder Darstellung der dogmatischen Gegensätze der Katholiken und Protestanten nach ihren öffentlichen Bekenntnisschriften. In sechs Jahren erlebte das Buch fünf Auflagen (heute die 10., von Kiefl besorgt). Das katholische Bewußtsein, schon seit Jahren erweckt, fand in diesem Buch eine neue Stütze und Kraft. Möhler war Ireniker. Er trat in vornehm irenischer Art den Beweis an, „daß die wahrhafte Christlichkeit ihren wahrhaften und einzig zulässigen Ausdruck im katholischen Dogma habe und daß alle Abirrungen der Protestanten vom Dogma ebenso viele Abirrungen von der wahrhaften Christlichkeit und gesunden Religiosität seien“. Möhlers Symbolik hat noch mehr als „der Katholik“ den Indifferentismus erschüttert. Aber die Wirkung dieses Buches kam zunächst nicht dem irenischen, sondern dem polemischen Katholizismus zu gute. In einer Reihe von Zeitschriften, im „Katholik“, in der „Aschaffenburger katholischen Kirchenzeitung“, in Benkerts „Religionsfreund“, in der Augsburger „Sion“ trat der polemische Katholizismus schwer gerüstet auf. Nun erschien noch 1835 in Augsburg das „Rote Buch“, mit dem Titel „Beiträge zur Kirchengeschichte des 19. Jahrhunderts in Deutschland“. Es erregte ungeheures Aufsehen. Es richtete sich zunächst gegen die preußische Kirchenpolitik und brachte viel Material für die planmäßige Zurückdrängung des Katholizismus. Daß eine Rückwirkung auf die



Stimmung der süddeutschen, insbesondere bayerischen führenden katholischen Kreise nicht ausbleiben konnte, war klar in einer Zeit, in der man sich solidarisch fühlte mit den Katholiken in ganz Deutschland. Zum ersten Mal seit langem fühlte man in Bayern den Beruf, Vorkämpfer und Retter des Katholizismus in Deutschland zu sein.

Aber auch bei den Protestanten war das kirchliche Bewußtsein erstarkt. Eine kleine, aber energische Gruppe hatte in dem „Homiletisch-liturgischen Correspondenzblatt" den Rationalismus in Bayern überwunden. Das kräftigere protestantische Bewußtsein in dem rechtsrheinischen Bayern zeigte sich ebenso in einer entschiedenen Opposition gegen das von Preußen empfohlene Unionswerk — Erlangen wurde ein Bollwerk des orthodoxen Luthertums gegen die Union und den pfälzischen Rationalismus — als auch in einer schärferen Betonung der Unterscheidungslehren gegenüber dem Katholizismus. Das protestantische Oberkonsistorium schärfte in einem Erlaß vom 12. August 1835 den sämtlichen Pfarrern und Predigern ein „in dem Unterricht der Jugend und des Volkes die konfessionellen Unterscheidungslehren im Gegensatz gegen die katholische Kirche sorgfältig und nachdrücklich hervorzuheben". Und die protestantischen Geistlichen kamen diesem Erlaß zum Teil mit einem Übereifer nach, wie der protestantische Dekan Goetz im Landtag zugab. Es gab unter ihnen Heißsporne, die bei dem später beginnenden Konflikt eine Verständigung erschwerten. Darüber waren auch friedliebende Protestanten entrüstet, das hat gerade den König zurückgehalten, eine verfehlte Maßnahme rasch preiszugeben. „Tann, der treue Tann, wird aus eigenem Antrieb Ihnen schreiben, entrüstet über den Gedanken, den protestantische Geistliche hatten, den Präsidenten des protestantischen Oberkonsistoriums von Roth aufzufordern, amtlich zu erklären, ob er nicht Katholik wäre, Roth!!!, ihn, der eher ein protestantischer Zelot zu nennen wäre. Preisfrage dürfte gesetzt werden, ob darin mehr Bosheit oder Tollheit enthalten ist. — Tann hält den zur

Bayreuther Synode als kgl. Kommissär Bestimmten in der jetzigen Lage nicht für kräftig genug, auch darüber Ihre Ansicht." (Ludwig an Abel, Bad Brückenau 28. Juli 1840.)

Mit dem Erwachen des konfessionellen Gegensatzes verschärfte sich die Sprache über neue und alte Beschwerden. Noch unter dem Ministerium Wallerstein klagten die Protestanten über Erschwerung des protestantischen Kultus: 1835 über Erschwerung eines Filialgottesdienstes in Perlach, 1836 ebenso in Landshut und Neuburg a. D.

Andererseits hatten auch die Pfälzer Katholiken seit vielen Jahren Grund zur Klage. Durch die von den Gemeinden erzwungenen Schulvereinigungen hatten die Katholiken in der Zeit von 1818—1826 an die 80 Schulen verloren, bis König Ludwig I., von Bischof Sailer auf diese „historia miseriae im Rheinkreise" aufmerksam gemacht, am 7. 3. 1826 alle gewaltsamen Schulvereinigungen untersagte. Die Lust zum Schulkampf war aber damit den protestantischen Gemeindemajoritäten nicht vergangen. Zeuge dafür ist Bischof Geissel in seinen Briefen an Minister Abel. „Ungeachtet dieses Reskriptes", so berichtet er, „war den Protestanten die Fusionslust geblieben. Sie verwandten Gemeindemittel zur Erbaunng eines neuen protestantischen Schulhauses und zur Dotation ihres Lehrers und ließen den Katholiken nur die Wahl, ihre Kinder in die protestantische Schule zu schicken oder aus eigenen Mitteln eine Schule zu bauen und den Lehrer zu bezahlen." Eine andere Beschwerde schleppte sich viele Jahre hin bis zum Ministerium Abel: Die Frage konfessioneller Friedhöfe. „Seit 1820 suchten die Protestanten", so berichtet wiederum Bischof Geissel dem Minister Abel, „die Gemeinschaftlichkeit der Friedhöfe zu erzwingen, ohne kirchliche Einsegnung und ohne konfessionelle Abteilung, und es ereignete sich wiederholt, daß ein von den Katholiken errichtetes Friedhofkreuz noch in derselben Nacht umgestürzt wurde." Dann erinnere man sich, wie gerade die Pfälzer protestantischen Abgeordneten, Schüler, Siebenpfeiffer, Eberz, Willich, Culmann seit 1831 auf allen



Landtagen gegen die Intoleranz des Katholizismus zeterten, selbst aber sehr wenig Toleranz übten. Dazu kamen die Protestantisierungsbestrebungen, wie sie von Preußen, aber auch von einer Reihe anderer Staaten, namentlich Württemberg, seit Jahr und Tag betrieben wurden. Die Zensur erlaubte diesen Katholiken nicht, im eigenen Lande die Ungerechtigkeiten zu besprechen, so mußten sie in bayerischen Blättern sich verteidigen.

Da kam im Jahr 1837 das Kölner Ereignis. Aller Unmut, der sich seit Jahren angehäuft hatte, machte sich Luft. Gegen den „ungeheuren psychologischen Mißgriff, den der preußische Bürokratismus mit der Gefangensetzung des Kölner Erzbischofs tat“, (Bergsträßer), gegen das ganze unkluge und ungerechte System reagierte nun mit einem Schlag das ganze katholische Deutschland, ja die ganze katholische Welt. Bayern aber übernahm die geistige Führung der katholischen Liga und galt in jenen Tagen wieder einmal als Vor- und Schutzmacht des Katholizismus.

Die katholische Presse Bayerns griff das Kölner Ereignis mit Feuereifer auf. Allen voran die „Neue Würzburger Zeitung“, dann auch Benkerts „Religionsfreund“. Zugleich erschien eine Unmenge von Streitschriften, unter den bayerischen nenne ich die scharfe Kampfschrift von Lasaulx (Januar 1838) und eine mehr der Verständigung dienende von Döllinger (Januar 1838). Alle aber übertraf an Wucht und Erfolg der „Athanasius“ von Görres. In einem Monat wurden 10000 Exemplare abgesetzt. Görres verlangte in dieser Schrift „die ganze und volle Realisierung der feierlich gewährten Religionsfreiheit und der zugesagten politischen und bürgerlichen Gleichheit der Confessionen in ihrem ganzen Umfang ohne Gefährde und Hinterhalt“.

Infolge des Kölner Ereignisses entstand in München eine Zeitschrift, die es sich nach ihrem Programm zur Aufgabe machte, einerseits die Grundsätze der politischen Romantik gegenüber dem Liberalismus, anderseits die streng katholischen Grundsätze in Geschichte, Politik und Literatur gegenüber



dem Protestantismus zu verteidigen. Es sind die Historisch-politischen Blätter. Die Zeitschrift wollte der Defensive dienen. Gleich im ersten Heft sprach sich Döllinger „über die gegenwärtige Stellung der katholischen Kirche zu den von ihr getrennten Konfessionen“ mit allem Freimut aus.

„Wir wünschen und lieben“, so führt Döllinger aus, „nichts sehnlicher als den Frieden, aber keinen faulen Frieden, der im Indifferentismus begründet ist, sondern einen wahren Frieden, der auf der Wahrheit besteht und wo es not tut, die Wahrheit verteidigt. Gründe zur Abwehr haben wir genug. Wir sind genötigt denen, die fast ein Menschenalter hindurch sich gewöhnt haben, in der deutschen Literatur allein das Wort zu führen, zwar in aller christlichen Liebe, aber mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln und so eindringlich als möglich den von ihnen so oft übersehenen Umstand zu Gemüte zu führen, daß wir auch da sind und fest daran glauben, daß wir ein Recht zur Existenz haben. In religiöser und kirchlicher Hinsicht werden wir kein Haarbreit von der kirchlichen Lehre abweichen. Es kann keine Rede sein von dem Einnehmen eines mittleren Standpunkts zwischen den konfessionellen Gegensätzen. Auf dem Felde der weltlichen wissenschaftlichen Bestrebungen in unserem Vaterlande wollen wir nur der Wahrheit dienen gegen Freund und Feind, auch gegenüber den Männern und Motiven der Reformation. Wer vor dem Glanze der Wahrheit erblindet, den richtet die Wahrheit durch sich selbst, nicht der Mensch, der sie verkündet. Im staatsrechtlichen Gebiete wollen wir entschieden die gemeinschaftliche Aufrechthaltung des Friedens und die Heilighaltung der gegenseitigen Rechte, wir wollen den Bund aller Konservativen im Kampfe gegen Absolutismus und Revolution, können aber nicht verschweigen, wie die Glaubensspaltung die Wurzel und Mutter jener unvermeidlichen Konsequenzen der Revolution und des Absolutismus war. Von rein menschlichem Standpunkte werden wir nie vergessen, daß die Getrennten und Irrenden unsere Brüder sind und daß wir jede Polemik im Geiste der Liebe und des Friedens führen wollen.“

Nach diesem Programm haben die Historisch-politischen Blätter die Sache des Katholizismus mit blanken Waffen verfochten. Psychologisch ist Haltung und Ton der Blätter erklärlich nach dem, was die Katholiken vor dem Kölner Ereignis erlebten. Dabei kann die Frage offen bleiben, ob ein Weniger nicht oft wirksamer gewesen wäre. Darüber läßt sich aber nur urteilen, wenn einmal das konfessionelle Problem, eines der wichtigsten in der inneren Geschichte unseres Volkes, ruhig und vornehm nach seiner geschichtlichen Entwicklung, vor allem im 19. Jahrhundert, besprochen wird.

Verfochten die Historisch-politischen Blätter den Katholizismus, so vertrat die „Zeitschrift für Protestantismus und Kirche" den Protestantismus. Herausgeber war der streng orthodoxe Erlanger Theologe Adolf Harleß. Die Zeitschrift erschien 1838, kurze Zeit nach der Gründung der Historisch-politischen Blätter. Gründungsjahr wie zahlreiche Artikel lassen erkennen, daß Harleß vor allem die Münchener Schule, daneben aber auch das Unionswerk und den Rationalismus bekämpfen wollte. Minister Abel hat dieser Zeitschrift weitgehende Verteidigungsmöglichkeit gelassen.

So standen sich seit dem Kölner Ereignis Katholizismus und Protestantismus, die Münchener und die Erlanger Schule gewappnet gegenüber. Der Kampf wurde verschärft durch bayerische Zutaten.

Das Ministerium Abel ist wegen seiner Stellung zum Protestantismus viel berufen. Die Gerechtigkeit verlangt anzuerkennen, daß Minister Abel den Protestanten Recht widerfahren lassen wollte. Gerade an jener Verordnung, die den Kampf eröffnete, trägt er keine Schuld. Andere Verordnungen, wie die Auslegung des § 6 der II. V.-B. konnten nicht im Sinne der Protestanten ergehen. Wieder andere Verordnungen, wie die Überwachung der Synodalversammlungen, sollten die konservative Richtung im Protestantismus stärken, mußten aber den Widerspruch der Rationalisten erwecken.

Minister Abel hat einige Grenzstreitigkeiten zwischen



Katholiken und Protestanten bereinigt. Er hat den Pfälzer Katholiken in Fragen der Schule und der Friedhöfe auf die Vorstellungen Bischof Geissels Schutz angedeihen lassen. Er hat die Angelegenheit der Mischehen in dem für die damalige Zeit wohl einzig richtigen Sinne gelöst, indem es den Eltern und ihren Gewissen überlassen wurde, Verträge über religiöse Kindererziehung zu schließen und wieder abzuändern. Es war eine vorbildliche Lösung einer Frage, für die man wenigstens damals die naheliegende Lösung in vielen deutschen Ländern nicht zur Hand hatte. Aber andererseits gab das Ministerium Abel Anlaß zu verschiedenen Beschwerden der Protestanten.

Eine Kriegsministerialordre vom 14. August 1838 hob die seit 1801 bestehende Salutation des Militärs vor dem Sanctissimum mit der Hand am Tschako unter dem Kommando „Zum Gebet!" auf und führte eine neue, „Auf's Knie!", ein. Sie wurde bald der Hauptgegenstand für die Klagen der Protestanten gegen das Ministerium. Die Initiative zu dieser psychologisch verfehlten Ordre war vom König selbst ausgegangen, der gerade in jenen Tagen, da er sich als Protector der Kirche fühlte, von der Kniebeugung der französischen Soldaten in Bona gelesen hatte und der nun ohne konfessionellen Hintergedanken, bloß aus romantischer Stimmung jene Ordre erließ und mit der Zähigkeit seines Wesens jahrelang daran festhielt. Die Schuld des Ministers war, dieser verfehlten Ordre nicht oder zu wenig widerstanden zu haben, ja sie noch zu verteidigen, als handle es sich hier bloß um eine militärische Salutation und nicht um eine religiöse Handlung. Auch Döllinger hat eingegriffen, jedoch mit seiner Broschüre „der Protestantismus in Bayern und die Kniebeugung" die Sache nicht besser gemacht. Nur langsam war der König zum Abbau einer verfehlten Ordre zu bewegen. 1840 wurden die protestantischen Landwehrmänner von der Kniebeugung, 1884 wurden die protestantischen Soldaten vom Besuch katholischen Gottesdienstes und vom Spalierstehen bei Prozessionen befreit, erst am



12. Dezember 1845 wurde die ganze Ordre aufgehoben. Der König war der Meinung, daß mit dieser Ordre den Protestanten kein Unrecht geschehe. „Welches Unrecht", so fragt er am 31. März 1840 nach der ersten Beschwerdeschrift den Minister Abel, „ist denn seit 1838 den Protestanten widerfahren? Daß ich Truppen niederknien machte? Bis zu diesem Jahr waren auch die protestantischen Landwehrmänner gebunden, bei Frohnleichnamsprozession auszurücken, nun aber dessen von mir enthoben, das scheint mir doch das Gegenteil von Unrecht". Und noch am 12. Juni 1845 schreibt er dem Minister: „In Ingolstadt habe ich dem protestantischen Pfarrer, von dem ich durch einen General erfahren, daß er gepredigt, sich lieber in Stücke zerhauen zu lassen als vor dem Sanctissimum die Knie zu beugen, in coram publico (es ergab sich so) gesagt, daß Subordination, Gehorsam das erste beim Soldaten wäre, daß die Geistlichen dahin wirken sollten, ich das Gegenteil nicht dulden würde. Ein Glück, daß ich nicht von Eichstätt kam, sondern erst dahin mich begab, denn außerdem möchte es geheißen haben, der Bischof hätte mich aufgehetzt."

Noch größere Bewegung als die Kniebeugungsordre riefen einige Controverspredigten hervor. Namentlich der Prediger Anton Eberhard[1]) an der Michaelshofkirche, ein redegewandter und darum beim Volk gern gehörter Prediger (Jocham, Memoiren) behandelte 1840/41 auf der Kanzel voll Begeisterung für seine Kirche, aber ohne die vielleicht wünschenswerte Mäßigung die Reformation und ihr Werk als Folie für seine Warnung vor den Mischehen. Die Art, wie er sein Thema besprach, zog ein ungeheures Publikum, auch Protestanten, an. Der nicht immer besonnene Mann ließ sich zu allzu scharfen Äußerungen hinreißen. So sagte er am 29. Juni 1840: „Zwei Tyrannen der katholischen Kirche sind nun hingefahren und stehen vor Gottes Gericht und auch auf den Dritten wartet kein besseres Schicksal." Der Bischof von

1) Hierüber interessante Gedanken in Bd. 17 S. 708 ff. D. H.



Regensburg, Fr. X. Schwäbl, verbot wegen dieser Predigten Eberhard, in der Diözese Regensburg zu Gunsten des Klosters vom guten Hirten zu predigen. „Eberhard mußte ich," so berichtet er am 26. April 1841 dem Minister, „die Predigtlicenz versagen. Er ist guter Most, jedoch unausgegoren, berauschend, daher der hl. Sache mehr Behinderung als Fortschritt bringend. Solche Richtung, die der Regierung wie dem Episcopat nur Verlegenheit schafft, darf einmal nicht unterstützt werden". Eberhard und seine Freunde antworteten auf das Predigtverbot mit einem anonymen, den bereits schwer leidenden Bischof tief kränkenden Schreiben. Das Münchener Ordinariat verwies aber erst im Juni 1841 den heißblütigen Prediger von der Kanzel. Am 12. Juli 1841 starb der Bischof. An seinem Grabe erinnerte Domdechant Diepenbrock an das „Gemeinsame, die gemeinsame Grundlage des Christentums, von welcher ansgehend die edelsten Geister eine Beseitigung der Mißverständnisse und Irrtümer versuchten." Seine Rede fand zunächst keine Zustimmung bei den Münchenern — die Schule Sailers, des Irenikers, stand wieder einmal im Gegensatz zu den Führern des polemischen Katholizismus.

Noch mehr verübelt wurde das Verhalten der kirchlichen Stellen beim Tode der Königin-Witwe Carolina. Sie war die zweite Gemahlin König Max I., Stiefmutter Königs Ludwigs I. Sie war protestantisch. Ihr Hofprediger, Schmitt, seinerzeit der erste protestantische Pfarrer in dem bisher ausschließlich katholischen Bayern. Am 13. November 1841 war sie gestorben. Nach den Gesetzen der katholischen Kirche darf das Meßopfer nur für jene dargebracht werden, die in der kirchlichen Gemeinschaft waren und starben, „während der christlichen Liebe der einzelnen Gläubigen keine Verbote des Fürbittgebets gegenüberstehen (der Nuntius an den König)." Der König verlangte auch kein Seelenamt. Der Bischof von Passau hätte es daher klüger unterlassen, in einem eigenem Ausschreiben ein Seelenamt streng zu verbieten. „Da von keinem Seelenamte die Rede war, geschah doch



recht gratis das mich tief verletzende Ausschreiben." In München wurde die Leiche in der Cajetanskirche zur Ruhe bestattet und der Kanonikus Hauber hielt eine Leichenrede, an der auch protestantische Blätter nichts zu tadeln hatten (die Darstellung bei Heigel, König Ludwig I., S. 215, ist demnach in seiner so ernsten Sache falsch). Aber zur Trauerfeier waren der Erzbischof und das Domkapitel nicht im Talar, sondern im Talarrock erschienen. Darüber war der König erbittert, er verlangte für künftige Fälle liturgische Kleidung (Chorrock), was der Erzbischof ebenso bestimmt ablehnte.

Der König, in seinem dynastischen und autokratischen Empfinden schwer gekränkt, ließ alsbald den Bischöfen ein Schreiben zugehen, „um sie aufmerksam zu machen, wie auch in kirchlichen Dingen jedes Übertreiben den Keim des Todes in sich trage, und daß im Geiste Sailers, dem echt apostolischen, die jungen Geistlichen gelehrt und erzogen werden sollen." Den Bischof von Passau ließ er noch besonders wissen, daß er von einer Verbreitung des Redemptoristenordens und von der schon genehmigten Vergrößerung des Passauer Sprengels entschieden nichts mehr wissen wolle. Dem Bischof von Augsburg sprach der König seine Anerkennung aus, weil dieser ein Seelenamt gehalten habe. Seinen vollen Unmut ließ der König den von ihm schon ernannten, aber noch nicht präconisierten Bischof Valentin Riedel fühlen. In ihm vermutete er mit Recht einen Freund der Richtung Eberhards. Am 5. Januar 1842 ließ er ihm durch Dompropst Deutinger ein Handschreiben überreichen mit der Forderung zu resignieren. Riedel antwortete, er könne ohne Einwilligung des Papstes nicht resignieren. Am 9. Januar erhält Minister Abel den Befehl, Riedel zur Resignation zu bewegen, am 10. Januar soll sich der Minister des Nuntius dazu bedienen. „Der Nuntius hat es bei mir verscherzt, wenn er Riedel nicht zum Verzicht vermögen wird, der ich weiß, daß es von ihm abhängig dies zu bewirken." Am 11. Januar suchte dann noch Brand die Resignation zu erreichen. Minister Abel will Riedel halten,



um eine Bischofswahl Diepenbrocks zu verhindern, er droht mit Demission. Darauf gibt der König nach — den „Fanatikern“ hat er nicht vergeben. „Die Partei der Fanatiker will mich und mein“ Nachfolger knebeln.“

Noch bei der Vereidigung des Bischofs Valentin Riedel glaubte der König, der nicht leicht vergessen konnte, eine ernste Mahnrede an den Bischof und seine Freunde halten zu müssen. „Sie haben drei würdige Vorgänger, daß Sie vorzüglich Sailer nachahmen, wünsche ich. Er war wahrhaft apostolischen Geistes. Was ich für's Beste unserer hl. Kirche getan, meine ins 17. Jahr gehende Regierung zeigt es. Gegen Fanatismus bin ich, er bewirkt das Gegenteil dessen, was er bezielt. Fromm sollen meine Bayern sein, aber keine Kopfhänger. Ich wiederhole es, Sailer sei Ihnen Vorbild. Obgleich er jetzt in den Staub gezogen wird, war dennoch der wahre christliche Sinn in ihm und wirkte das Gute.“

Seit dem Anfang des Jahres 1841 vollzog sich ein Wandel in der Haltung des Königs. Er wurde zum Gegner der Richtung Windischmann und war voll Argwohn gegen die „Ultra“. Seine Stellung zu den Protestanten blieb die gleiche. Auch jetzt wollte er in der Kniebeugungsfrage nicht nachgeben, auch jetzt ließ er die Synoden durch Kommissäre überwachen und war entrüstet über Forderungen, die wie ein Eingriff in seine Hoheitsrechte klangen. Die Eingabe der Synode von Turnau 1845 wollte er anfangs „zerrissen“ zurückgeben lassen, entschied sich dann aber für bloße Zurückgabe mit der protokollierten Erklärung, „daß eine solchen Inhalts der König nicht annehmen könnte.“ „Dasselbe wird wohl auch hinsichtlich der Kulmbacher Synode Eingabe anzuwenden sein. Dahin daß zerrissene Eingaben zurückgegeben werden, dahin kann's jedoch noch kommen. Der Präsident Stenglein sagte, ältere protestantische Geistliche wären in Betreff des Kniebeugens vernünftiger Ansicht. C'est comme chez nous, wo auch jüngere Geistliche die übertriebenen sind. Zu keinem Ministerwechsel, zu keiner



Systemsänderung habe ich mich noch zwingen lassen, sind denn die Parteimänner dessen nie eingedenk? Was ich auf Minister Abel halte, dieses abermals zu versichern wäre überflüssig." Zu gleicher Zeit (September 1845) erging ein Schreiben an Frhr. von Rotenhan, das gegenüber der Anklage über ein antiprotestantisches System des Ministers mit Nachdruck feststellte: „In Bayern regieren nicht die Minister, sondern es regiert der König und Ich nehme, wie wohl jedem Meiner Untertanen bekannt sein wird, von dem, was geschieht, genaue Kenntnis."

Minister Abel war seit 1841 doppelt vorsichtig. Er erließ am 22. Juni 1842 einen Kanzelerlaß gegen Controverspredigten, die den Religionsfrieden störten. Auf dem Landtag 1843 verteidigte er zwar wieder die Kniebeugungsordre, aber wie es scheint, mehr als Mandatar des Königs. 1843 tat er sein Möglichstes zu einer würdigen Jubiläumsfeier der Universität Erlangen und gerade in jenem Jahre sprach Harleß als Vertreter der Universität anerkennende Worte für diese Förderung aus. 1844 verbot zwar der Minister den Gustav Adolf Verein, aber die Motive dieses Verbotes geben keinen Grund die Parität des Ministers anzuzweifeln. In einem Artikel der Allgemeinen Zeitung „Aus Bayern, den 18. März 1844" erklärte der Minister, die Regierung wolle nicht das Schauspiel wiederholt sehen, das einst Deutschland bot, als Union und Liga sich feindlich gegenüberstanden, sie habe die Subscription zu Ehren O'Connels verboten, sie wird einem Tilly-Verein ebensowenig als einem Gustav Adolph-Verein die Genehmigung erteilen."

Und doch sollte der konfessionelle Zwist auf dem Landtag 1845/46 leidenschaftlicher als je aufflammen. Konfessionelle und politische Motive waren entscheidend für den Kampf, mit den Protestanten verbanden sich alle übrigen Gegner des Ministeriums, vor allem die Fürsten Wrede und Wallerstein, um es zu stürzen. Die Beschwerden der Protestanten betrafen 1. die Beschränkung der Generalsynoden,

über innere kirchliche Angelegenheiten zu beraten, 2. die Erschwerung der Gründung neuer protestantischer Gemeinden (Neuburg, Landshut, Perlach), 3. die Beschränkung des Diasporagottesdienstes, 4. die ministerielle Interpretation des § 6 des II. Edikts, die Konversion Minderjähriger betreffend.

Es wäre heute schwer zu begreifen, warum das Ministerium die Sache so weit kommen ließ, wenn nicht der König darauf bestanden hätte. Erst im letzten Augenblick, als die Verhandlungen bereits begonnen hatten, gab die Regierung einige Entschließungen, wodurch die erste und zweite Beschwerde behoben wurde. Damit hat die Regierung die Berechtigung dieser Beschwerden und ihren eigenen unhaltbaren Standpunkt anerkannt. Der dritte Punkt wurde, da keine Verfassungsverletzung nachweisbar, in den Verhandlungen übergangen. Dagegen rief der letzte Beschwerdepunkt eine lange und bewegte Aussprache hervor.

Der Anlaß zu dem letzten und wichtigsten Beschwerdepunkt war folgender. Der Pfarrer von Ruhdorf (Diözese Passau) hatte 1843 den minderjährigen Sohn einer gemischten Ehe, natürlich mit Erlaubnis des Ordinariats, in die katholische Kirche aufgenommen. Das protestantische Konsistorium verlangte die Herausgabe des minderjährigen Konvertiten unter Berufung auf § 6 der II. V. B. Das Ordinariat lehnte die Herausgabe ab mit Hinweis auf das Konkordat, auf die von der Verfassung garantierte Gewissensfreiheit und die Satzungen der Kirche. Daraufhin nahm das protestantische Oberkonsistorium die Sache in die Hand und verlangte vom Ministerium des Innern Annullierung des kirchlichen (!) Aktes und Bestrafung des Pfarrers. Der Minister entschied am 4. November 1843, daß der Übertritt minderjähriger Konvertiten vom Standpunkt der Gewissensfreiheit kirchlich giltig, aber in Rückblick auf § 6 des Edikts wirkungslos für das staatliche Gebiet sei. Diese ministerielle Interpretation benützten nun die Protestanten, aber auch Fürst Wallerstein und seine Freunde, um das Ministerium Abel zu stürzen.



Wallerstein bestritt dem Argument der „Gewissensfreiheit" die Berechtigung. „In der Verfassung sei das Gewissen nur unter Bedingungen frei, es gebe einen Gewissenszwang gewisser Verfassungsparagraphen." Wallerstein führte ferner aus, er wisse durch Privatmitteilungen aus höchsten und hohen Regionen, daß das Konkordat zu der Verfassung in jene Stellung gebracht werden solle, welche ihm der Wortlaut unseres Grundgesetzes zuweise, m. a. W. Fürst Wallerstein verteidigte den Vorrang des Religions-Edikts gegenüber dem Konkordat, um zu beweisen, daß die ministerielle Interpretation nicht bloß dem Buchstaben des § 6 der II. V. B., sondern auch dem Geiste der Verfassung widerspreche. Wallerstein beantragte nun, die Sache noch einmal an den Ausschuß zu bringen, „damit er von der Regierung alle nur denkbaren Aufschlüsse über Entstehung und Vollzug des Konkordats, über das Verhältnis von Konkordat und II. V.-Beilage, über Geist und Entstehung der Deklaration von 1821 und 1822, über die Regierungsdoktrinen von 1818—1840, über Art, Motivierung und Bescheidung der kirchenbehördlichen Rekurse wegen religiöser Erziehung der Kinder aus gemischter Ehe verlange." Fürst Wallerstein drang mit 24 gegen 16 Stimmen mit diesem Antrag im Reichsrat durch.

In der Kammer der Abgeordneten hatte Döllinger vergeblich die ministerielle Interpretation vom Standpunkt der Gewissensfreiheit verteidigt.

Aber der König war nicht willens den protestantischen Beschwerden nachzugeben. „Mit meinem Sohn Luitpold habe ich reden lassen. Es käme gar nicht zur Abstimmung für oder gegen die Beschwerden, wenn aber dennoch, würde er seinen Hut nehmen und weggehen, das seine Antwort. Fürst Leiningen hat ihn vom bewußten Vorhaben in Kenntnis gesetzt, es wieder an den Ausschuß zu bringen" (14. Mai 46). „Von Herzog Max erwarte ich, daß er als Katholik nicht für die Beschwerde stimme, auch dieses



mündlich (wofür der Katholik *wirklich* ist, nicht stimmen kann" (15. Mai 46).

Diese Stellung des Königs zu den protestantischen Beschwerden stärkte die Haltung des Ministers. Am 17. Mai erklärte er dem Landtag, durch die neuerliche Verweisung der Beschwerde an den Ausschuß sei ausgedrückt, daß den vorausgegangenen Beschlüssen die nötige Reife gefehlt habe. Weitere Verhandlungen kamen nicht mehr zustande wegen des nahen Landtagsschlusses. Das, was die Protestanten wollten, eine Annullierung einer kirchlichen Handlung hätte auch kein Landtagsbeschluß bewirken können.

Das Ministerium Abel hat ohne Zweifel Fehler gemacht gegenüber dem Protestantismus. Der Hauptfehler war, daß es zu wenig unterschied zwischen konservativem und liberalem Protestantismus und daß es durch verfehlte Maßnahmen, insbesondere die Kniebeugungsordre und die Entfernung des Prof. Harleß vom Lehrstuhl unmittelbar vor dem Landtag 1845, auch den konservativen Protestantismus in die Opposition trieb, den es doch stärken wollte und nach dem Zeugnis der Konsistorialpräsidenten Rust und Stählin auch gestärkt hat. Die Folge dieser Fehler war ein Anschwellen und Wachsen des Liberalismus namentlich in den protestantischen Gebieten Bayerns, eine Schwächung der konservativen Richtung unmittelbar vor dem Jahre 1848 und die Verzögerung einer interkonfessionellen konservativen Parteibildung auf lange hinaus. Und das in einer Zeit, in der der Radikalismus schon an den Toren pochte.



X.

Zur Charakteristik des Großherzogs Karl Friedrich von Sachsen-Weimar.

Folgender, bisher noch unedierter Brief möge als kleiner Beitrag zur Charakteristik des Großherzogs Karl Friedrich von Weimar (geb. 2. Februar 1783, gest. 8. Juli 1853) dienen. Zum vollen Verständnis seien einige kurze, erläuternde Bemerkungen vorausgeschickt.

Schreiberin des Briefes ist die bekannte Kunstmalerin Louise Seidler (geb. 1786 zu Jena, gest. 1866 zu Weimar), die sich schon in ihren Jugendjahren der Freundschaft und Protektion Goethes erfreuen durfte. Sie studierte in Dresden, München und Rom, wo sie dem Kreis der Overbeck, Veit rc. angehörte. Diesem Verkehr entsprang wohl auch das bei ihr, der Protestantin, zutage tretende Interesse für manche Äußerungen katholischer Frömmigkeit. 1823 nach Deutschland zurückgekehrt, schlug sie ihren Wohnsitz in Weimar auf, wo ihr Goethe, der Großherzog Karl August und dessen Sohn Karl Friedrich mit dem größten Wohlwollen entgegen kamen. Sie wurde mit der Custodie der kleinen Galerie der großherzoglichen Zeichenschule betraut und erhielt späterhin den Titel einer Hofmalerin. Auch wurde sie zur Erteilung des Zeichenunterrichts an die beiden Prinzessinnen Maria nnd Augusta, die nachmalige deutsche Kaiserin, berufen; die hohe Frau hat ihrer ehemaligen Lehrerin zeitlebens ein treues Gedenken bewahrt.

Empfängerin des Briefes ist die Malerin Barbara Popp[1]) (geb. 1802 zu Amberg, gest. 1870 zu Regensburg), sowie deren Schwester Mina Popp, mit denen Fräulein Seidler gelegentlich ihres zweiten Aufenthalts in Rom in den Jahren 1832/33 bekannt wurde. Fräulein Popp pflegte ihren Briefen nach

1) Barbara Popp, Eine Regensburger Malerin des 19. Jahrhunderts, von O. Sepp. Gebr. Habbel, Regensburg.



Weimar öfters kleine, künstlerische Andachtsbildchen beizulegen, auf welche Louise Seidler in diesem Schreiben Bezug nimmt.

Weimar, den 17. Januar 54.

Ich weiß ja nur zu gut, meine vielgeliebten Freundinnen, wie es fleißigen Künstlern mit dem Schreiben geht, um es nicht sehr begreiflich zu finden, späte Antworten zu erhalten. Aber freilich sind die Wünsche nach Nachrichten deswegen nicht minder groß, sowie die Freude der endlichen Erfüllungen derselben dann auch unendlich! O und welche Freude nun noch wenn sie mit so reizenden, so ganz meinen Wünschen entsprechenden lieblichen, hier leider so wie in der Jungegend nicht zu habenden Geschenken begleitet sind. Wie soll ich Euch nur danken, Ihr lieben teuren Seelen, damit Ihr ganz fühlen könntet, daß mir kaum irgend etwas nur ähnliche Freude geben würde. Und wie freuen sich alle und jede, die sie bei mir sehen oder davon empfingen, daran. Wie manches Gebetbuch hat jetzt solchen Schmuck, die Andacht dadurch erhöhend, indem die hl. Gegenstände, so lieblich dargestellt, die Worte lebendiger machen. — Ach, wie freute sich noch mein guter teurer seliger Großherzog daran, als ich ihm zu seiner früheren Genesung, vier Monate vor seinem Hinscheiden, ein Blättchen sandte, wo viele Knieende zur Madonna beten! Er kam darauf zu allererst zu mir um zu hören, woher es sei, und mir zu danken! Dann kamen erst die übrigen Visiten! — O hätte er nur das letzte noch für ihn bestimmte bekommen! Es ist mir ein bleibender Schmerz, daß es nicht möglich war. Man feierte nämlich wenige Wochen vor seinem Tode sein 25 jahriges Regierungsjubiläum mit allen möglichsten Feierlichkeiten und Attentionen für ihn, um unsere Liebe und unsern Dank ihm zu bestätigen. — Die ganze Stadt war mit Fahnen und Kränzen geschmückt, Gottesdienst, Festtheater und Schmauß, und Fremde aller Art, desonders auch Fürstlichkeiten! Wer irgend ihm näher stand, suchte etwas hervor, ihm Freude zu machen. Seine Büste, mit Blumen und Lichtern umgeben, stand auch an meinem Fenster, aber wie hätte mir dies genügen können. — Mein

Herz war mit Sorge, Liebe und Dank zugleich für ihn erfüllt! Das Fest ängstigte mich nur wegen der zu großen Anstrengung dabei für ihn, (und so war es leider auch) und so wünschte ich, daß überall, weit und breit in jeder Kirche für ihn möchte gebetet werden! So schrieb ich denn nach Rom, an meine Freundin Pauline Steinhäuser [1]), daß sie am 15. Juni, dies war der Festtag, in der deutschen Kirche für ihn möchte Messe lesen lassen, und daß sie mir einen geweihten Rosenkranz von Jerusalem, den er, wie er mir einmal sagte, noch nicht hatte, sowie eine hübsche Nonnenarbeit für ihn möchte machen lassen, und es so einrichten, daß ich beides ihm zum Fest überreichen könnte. Leider hatte die Briefpost den Rosenkranz nicht angenommen, die Klosterarbeit war nicht fertig geworden, aber der Brief kam, mit der Nachricht, daß die Messe gelesen würde, und Arme, besonders Deutsche, sowie sie mit den Ihrigen für ihn beten würden. — So erbat ich mir denn nur eine Audienz, tags vor dem Fest, die er mir so liebevoll gewährte, ach! ich sprach ihn zum letztenmal, und wo ich ihm sagen konnte, daß auch in Rom für seine Genesung gebetet werden würde usw. — was er so aufnahm, wie ich es gehofft. — Nun kam nach 14 Tagen, als ich auf der Treppe war, um nach Bad Ruhla zu reisen, das Übrige. — Nicht passend, daß diese Gaben durch uneingeweihte Hände ihm zugestellt worden wären, oder vielleicht mißdeutet und ohne Abgabe verschleudert worden wären, überließ ich mich der süßen Hoffnung, daß er wenigstens bis zum Herbst leben würde, da es wieder recht leidlich ging, und ich nach meiner Rückkehr in 4 Wochen es am besten selbst einhändigen könnte! — Ach ich hatte mich mit den Ärzten selbst getäuscht, kaum 14 Tage nachher empfing ich die gar zu schmerzliche Nachricht seines Hingangs. — Retour gekommen, öffnete ich nun erst das Paketchen und fand an dem Rosenkranz noch eine kleine Münze, zur Einsegnung für den Empfänger, der durch Umstände nicht zur katholischen Kirche gehört, (vom Papst dazu geweiht) auch diesen Segen im Sterben

1) Gattin des Bildhauers Karl Steinhäuser.

zu empfangen. — Nun denkt Euch diesen Schmerz, daß er diese Gabe hätte von mir erhalten können! und verschlossen in meinem Schreibtisch, da ich sie im Moment der Abreise erhalten, nun für ihn nutzlos geworden! Da entschloß ich mich, seiner geliebtesten Tochter, meiner auch so unendlich geliebten ehemaligen Schülerin, der Frau Prinzessin von Preußen, als natürlicher Erbin ohnehin, dies alles zu überreichen. Sie ließ mich bald, eben anwesend, um die hinterlassenen Papiere des sel. Herrn mit zu ordnen, und ganz dieselben Gesinnungen wie ihr teurer Vater an ihr kennend, zu sich kommen, und empfing mit tiefster Rührung die seltene Gabe, mir versichernd, den Rosenkranz und die Medaille für sich behalten zu wollen, die Klosterarbeit aber, eine Stickerei um ein Madonnenbild nach Carlo Dolci den barmherzigen Schwestern in Coblenz eingerahmt verehren zu wollen. — Somit ist alles noch in besten Händen, wenn auch der Hauptzweck leider verloren ging. —

Wie mir dieser Verlust immer von Neuem fühlbar wird, ob ich gleich eigentlich nichts Äußerliches dadurch verloren, denn der junge Herr hat alles beim Alten gelassen, so auch das freie Theater, glaubt Ihr treuen, so innig mit mir fühlenden Freundinnen wohl! Besonders habe ich ein Wohlwollen verloren, was mir auch einen gewissen Halt im geselligen Leben gab, wie es meinem Herzen noch viel wohler tat. — Es war ein schönes, immer schöner werdendes Verhältnis zwischen uns, sich meistens um höhere Interessen drehend, wie die Religion, und entfernt von irdischen Absichten. Seine Besuche im Atelier, oft jede Woche einmal, waren die eines Freundes, immer gleich gut und freundlich, aber auch an allen anderen Orten war er mir immer der gleiche gütige Fürst und Freund! — Seit wenigen Tagen ist die äußerliche Trauer abgelegt, wie gern trüge ich sie fort, aber der junge Hof wünscht wieder Heiterkeit auf alle Weise, Hoffeste und dergl. eröffnen wieder den Wirrwar des Lebens der höheren Stände, nur die Witwe lebt noch streng zurückgezogen, und die dem seligen Herrn Getreuen möchten es so gerne mit ihr teilen!

O. S.



XI.

Historisch-politische Betrachtungen.

Die Hauptmerkmale der uns aufgezwängten Demokratie bestehen in der Besetzung der Regierungsstellen nach Parteizugehörigkeit und nicht Zweckmäßigkeit, in der Verschmelzung von Politik und Geschäft, in nationaler Würdelosigkeit, die vor Selbsterniedrigung und Selbstentwaffnung nicht zurückschreckt, in der Vergewaltigung des wahren Volkswillens durch das Parlament.

Heute ist mancher Schwärmer für Demokratie und Parlamentarismus über die erzielten Ergebnisse enttäuscht. Jeder Denkende hätte wissen sollen, daß es so kommen mußte. Die formale Demokratie, das Produkt der französischen Revolution, hat sich nirgends bewährt, und sie kann es am wenigsten bei einem Volk, bei dem große Teile der Intelligenz und durch sie die meisten Arbeiter im Gegensatz zu Frankreich international denken und am liebsten das Ausland gegen das eigene Vaterland unterstützen.

Auch muß es einmal offen gesagt werden, daß der werktätige Mann und die traditionslose Intelligenz sich nicht zum Staatsmann oder Politiker eignen. Der Arbeiter, der Gewerbetreibende, der Bauer sind sehr achtenswert, wenn sie rechtschaffen und fleißig die Stelle ausfüllen, zu welcher sie bestimmt sind, aber zum Minister, Diplomat oder Politiker mangeln ihnen Erziehung und Kenntnisse, und diese Tätigkeit ist nur geeignet ihnen den Charakter zu verderben. Die traditionslose Intelligenz aber ist gefährlich, gleichgültig unter welcher Parteiflagge sie segelt.

Eine Volksvertretung, welche auf Massenherrschaft beruht, kann unmöglich Ersprießliches leisten, weil sie mit der Verständnislosigkeit und dem zügellosen Egoismus ihrer Wähler zu rechnen hat. Das allgemeine geheime und gleiche Wahlrecht hat die Monarchie zur Demokratie geführt und



ist noch verhängnisvoller für die Republik, die das Gegengewicht entbehrt, welche die Monarchie durch die Armee noch besaß. Die Republiken, welche Großes geleistet haben, waren keine formalen Demokratien: Rom war eine Militäroligarchie, die hanseatisch-lombardo-toskanischen Republiken waren oligarchisch und Venedig, die mehr als tausendjährige mächtige Republik war starr aristokratisch. Gerade diese letzte zeichnete sich aus durch eine großzügige gerechte Verwaltung, eine unbestechliche Rechtspflege und ein harmonisches Gedeihen aller Bevölkerungsschichten.

Heute liegt die Hauptursache der Massenherrschaft in der Unentschlossenheit der höheren Stände, welche es den Arbeitern trotz ihrer Abhängigkeit vom Unternehmer und Landwirt ermöglicht eine Stellung einzunehmen, deren Pflichten zu erfüllen sie weder die Fähigkeit noch den Willen besitzen.

Es ist überhaupt schwer zu sagen, ob die Selbstüberhebung des Arbeiters oder die Selbstausschließung der Oberschicht in politischen Fragen mehr Tadel verdient; beides bildet ein Verhängnis unserer Zeit. Es ist ein Fehler des Adels, des früheren Berufmilitärs, des Großunternehmertums die Politik vielenorts Schullehrern und Gewerkschaftssekretären zu überlassen, deren Tätigkeit meist in der Aufhetzung zum Klassenkampf und in Unterhöhlung des Staatswesens besteht.

Adel, Militär und die „königlichen Kaufleute" müssen erkennen, daß sie die berufenen, durch niemand zu ersetzenden Führer und Retter der Nation sind, und sich dieser Pflicht nicht entziehen dürfen. In Anbetracht der grundsätzlichen Bedeutung der Staatsform für die gesunde Entwicklung eines Landes müssen besonders die höheren Kreise an der Monarchie festhalten, welche für das Deutsche Reich und dessen Stämme allein historisch gegeben und zweckentsprechend ist. Von seltener Torheit sind die Einwände derjenigen Republikaner, welche die Wiederrichtung der Monarchie mit dem Hinweis auf die Feindseligkeit der Entente gegen diese

Staatsform zu bekämpfen trachten. Es ist selbstverständlich, daß unsere Feinde die demokratische Republik, deren schwächliche Haltung ihnen die Ausplünderung Deutschlands leicht ermöglicht, der Monarchie vorziehen, von der sie eine Stärkung des nationalen Willens und somit eine Störung ihrer Vernichtungspläne befürchten. Aber für den Patrioten muß dieser Sachverhalt ein Grund mehr sein Republik und Demokratie abzulehnen. Was die deutsche Kaiserkrone anbelangt, so wird gerade der Legitimist den Wunsch hegen, sie in Zukunft nicht mehr von einer Dynastie getragen zu sehen, welche die legitimen Throne der Welfen und anderer Fürsten gestürzt hat.

Bei der Wichtigkeit der höheren Stände für den Wiederaufbau Deutschlands kommt besondere Bedeutung deren eigentlichen Kern zu, dem landbesitzenden Adel. Dieser muß seine höchste Ehre darein setzen, nicht nur der Vorkämpfer des vaterländischen und monarchischen Gedankens zu sein, sondern auch der Verteidiger der Freiheit der Person und des Eigentums gegen die Machtgelüste des Staates und das Vorbild ritterlicher Gesinnung. Dieser seiner Aufgaben kann er aber nur dann gewachsen sein, wenn er sich eines gesicherten Besitzes erfreut; ein Mittel dies zu erreichen ist der gebundene Grund und Boden. Fideicommisse sind entstanden durch die Tüchtigkeit und Sparsamkeit von Generationen, sowie durch die Opfer nachgeborener Familienmitglieder für das Ganze. Jeder kluge und gerechte Politiker muß deshalb danach streben gerade solche bodenständige Vermögen schon um ihres sittlichen Wertes willen zu erhalten, sie vor steuerlicher Überlastung zu bewahren und im Interesse des Vaterlandes den gebundenen Boden als ein Gegengewicht gegen Spekulation und Materialismus zu vermehren suchen. Es ist nicht erstaunlich, daß der Sozialismus besonders gegen den adeligen Grundbesitz, der ihm als Hüter der Tradition erscheint, seine gierigen Hände mit Fanatismus ausstreckt. Er wird dabei von bürgerlichen Demokraten eifrig unterstützt. Liegt darin nicht auch ein gewisser Mangel an



Verständnis gegenüber den Lebensbedürfnissen des Vaterlandes? Je feindseliger aber die Haltung der verschiedenen Gegner, desto enger müssen sich die Adeligen zusammenschließen, um das Erbe ihrer Ahnen, das ihnen teuer sein soll, wie dem Herrscher die Krone, bis auf's Äußerste zu verteidigen; sie erfüllen dabei auch ihre vaterländische Pflicht, wenn sie trachten ihren Besitz für den künftigen Ausbau zu retten und ihn davor bewahren, die Beute des internationalen Kapitals zu werden. Der Edelmann aber, der die Scholle seiner Väter ohne die allerdringenste Not preis gibt, hat das Standesbewußtsein verloren.

Leider hat sich in Deutschland der echte aristokratische Charaktertyp nie recht entfalten können. Im Mittelalter ist der Edelmann nur als Ordensgroßmeister, Bischof oder durch die Belehnung mit einem Fürstentum zur Geltung gekommen. Der Absolutismus, welcher es dem Herrscher verlernte, sich dem Adel gegenüber als Erster unter Seinesgleichen zu betrachten, ließ diesen zur Zivil- und Militärmaschine herabsinken.

Die Staatsmänner von Preußens sogenannter „großer Zeit" waren ausgesprochen adelsfeindlich, gemäß ihrer Losung „demokratische Grundsätze in einer monarchischen Regierung". Die staatszerstörende Frucht ihrer gleichmachenden Tätigkeit ernten wir heute. Ganz in ihrem Sinn arbeitete der Großteil der Bürokratie und Lehrerschaft, weiter den Adel zurückzudrängen und zu benachteiligen. Kein Wunder, wenn unter dem Druck dieser Verwaltungs- und Erziehungsmethode die heranreifende Jugend des Adels sich meist ihres eigenen Wertes und damit ihrer Pflichten nicht bewußt werden konnte, und daß daher auch solche, die schon in der Wiege für eine Vertrauensstelle bestimmt waren, sich mehr als Stütze der Bürokratie wie als unabhängige Berater der Krone betrachteten. Kein Wunder auch, wenn infolge systematischer Hetze über Adel und Herrentum im Volk die merkwürdigsten Ansichten Verbreitung finden. Als



die herrschenden Parteien — Sozialisten, Zentrum, Demokraten — während der Revolution den wahren Volkswillen wieder einmal gewohnheitsgemäß durch Mehrheitsbeschluß gewaltsam unterdrückten, riefen ihnen die Deutschnationalen zu: „Ihr vertretet den Herrenstandpunkt und wir den Volksstandpunkt!“ Welche Verwirrung selbst bei den sogenannten Konservativen, Herrentum mit roher Gewalt zu verwechseln!

Noblesse oblige. Sans peur et sans reproche. A Dieu mon âme, mon coeur aux dames, ma vie au Roi, l'honneur pour moi. Das ist echter Herrenstandpunkt, nur die Sprache französisch, aber germanisch der Geist; denn fränkisch, burgundisch, gotisch war im Gegensatz zum Volk die französische Oberschicht, deren letzte Reste von der großen Revolution hinweggefegt wurden. Der deutsche Aristokrat, der sich ihre Wahlsprüche zum Leitstern nimmt, braucht nicht zu befürchten, dadurch in eine Gemeinschaft zu treten mit den Urhebern des Versailler Friedens, den Herren Clémenceau und Poincaré.

Das moderne Frankreich Voltaire's und Rousseau's wurzelt im nivellierenden Centralismus und Staatsabsolutismus, welchen zuerst Richelieu einführte. Zur Erreichung seines Zieles hat dieser Staatsmann, obwohl Herzog und Pair sich nicht gescheut, das Blut aristokratischer Anhänger der alten Ständeverfassung zu vergießen. Im Wahn, die Macht des Staates und der Krone zu vermehren, hat er doch nur der Revolution die Wege geebnet, indem er den Einfluß der Aristokratie durch eine traditionslose Bürokratie verdrängte. Wenn demoralisiert durch den Einfluß des Hofes und hiedurch den Ideen der Aufklärung zugänglich, der französiche Adel gegenüber der Revolution größtenteils versagte, so trifft die Hauptschuld Richelieu, Mazarin und Ludwig XIV., welche ihn zum Schranzentum erniedrigt und seiner Aufgabe der Verpflichtung gegenüber der Gesamtheit gewaltsam entfremdet haben. Die Revolution ist dann richtig weiter geschritten auf dem Weg, den Richelieu ihr gewiesen hat, und der Erfolg ist der, daß Frankreich heute



seine Großmachtstellung nicht mehr eigener Kraft, sondern deutscher Schwäche und deutschem Landesverrat verdankt.

Einzig das alte Herzogtum Bretagne hatte sich vor der Revolution eine Art föderalistische Selbständigkeit und ständische Freiheit bewahrt. Dort lebte noch eine rechtschaffene Bevölkerung in treuer Anhänglichkeit an ihren angestammten Feudaladel. Der langjährige Kampf des Letzteren an der Spitze des von ihm geführten Volksstammes und der gleichgesinnten Vendee gegen die republikanische Unterdrückung gehört zu den bewunderungswürdigsten Heldentaten der Geschichte, insbesonders in Bezug auf den moralischen Mut, welcher bei jedem einzelnen erforderlich war.

Bevor England durch die Ränke Eduard VII. und die Demagogie eines Lloyd George herunterkam, erfreute es sich einer wohlgesicherten Freiheit der Person und des Eigentums vor staatlicher Willkür und einer vorzüglichen Verwaltung. Darin hatten und haben Großgrundbesitzer aus der Aristokratie oder Gentry die wichtigsten Stellen inne, welche bei uns von staatlichen Beamten eingenommen werden. Es wird hierzuland soviel von Verbilligung und Vereinfachung der Verwaltung gesprochen, aber noch kein Berufener hat auf eine zweckentsprechende und dabei echt germanische Art hingewiesen, dieses Ziel zu erreichen, nämlich auf die Ersetzung der Bezirksbehörde durch einen ehrenamtlichen Gauvorsteher, des Kreispräsidenten durch einen ehrenamtlichen Statthalter von gesichertem adeligen Grundbesitz.

Wie in den Grundsätzen der Verwaltung, besteht auch ein Unterschied zwischen dem englischen und deutschen Begriff der Freiheit. Diese äußert sich in Deutschland praktisch durch eine Mischung von Zügellosigkeit und Parteidespotismus. Die englische Freiheit dagegen besteht hauptsächlich im Streben nach Unabhängigkeit der Person und des Besitzes von staatlicher Bevormundung, und ist somit in ihrem tiefstem Wesen ein altgermanisch-ständischer Begriff. Mit Recht sagt darum ein berühmter Geschichtsschreiber des



XIX. Jahrhunderts, daß sich England seine Freiheit aus dem Mittelalter in die Neuzeit herübergerettet hat. Diese Freiheit; der Stolz jedes Briten, und das falschverstandene und ins Gegenteil verzerrte Ideal kontinentaler Liberaler, gründet sich auf die Magna Charta, das Staatsgrundgesetz von 1215; damals herrschte feig und grausam zugleich König Johann.

„Es war der Zorn normännischer Barone,
Der Englands Freiheit jenem abgewann.“ (Freiligrath.)

Dieses teuere Gut, errungen durch den Adel, wurde von ihm auch gegen spätere Gefahren verteidigt. Die Mehrzahl der britischen Edelleute widersetzte sich, unterstützt durch den hochgemuten Sinn ihrer Frauen und Töchter, dem Terror Cromwells und lehnte auch dessen spätere Annäherungsversuche ab. Viele von ihnen standen in den Stürmen der Revolution wie ein Fels von Erz, eine Verkörperung des Ausrufes: „Moriamur pro Rege nostro!“ selbst von Cromwell bewundert und verehrt vom werktätigen Mann, der niedergehalten durch die Herrschaft des Schreckens, die Seelenstärke der Adeligen nicht aufzubringen vermochte. Als darauf ein irregeleiteter König die Freiheit der Person und des Besitzes zu beseitigen suchte, war es wieder der Adel, welcher dieselbe für sich und ein durch Furcht gedrücktes Volk gerettet hat. Man kann verschiedener Meinung sein über die Art, wie diese Freiheit gesichert wurde, aber es bleibt eine Großtat der britischen Aristokratie, daß sie den Mut besaß, ihr Land vor dem Depotismus absoluter Bürokratie zu bewahren, vor einem System, dessen schlimme Folgen für den Charakter wir täglich beobachten können.

Es ist eine bezeichnende Eigentümlichkeit für den echten britischen Konservatismus und Liberalismus, daß beide die historische Verkörperung ihres idealen Parteihelden in vollkommenen Aristokraten finden. Dies ist für die Tories der Marquis von Montrose, der begeisterte Vorkämpfer legitimer Monarchie, für die Whigs ihr feiner Parteichef und Verfechter ständischer Freiheit, Lord William Russel. Beide

wußten Würde und Vornehmheit in allen Lagen zu wahren, in welche sie das leidenschaftliche Getriebe erregter Zeiten versetzte; beide haben mit ungebrochenem Mut ihre adelige Gesinnung und ihre politischen Ideale mit ihrem Blute besiegelt. Sie liefern einen Beweis für die Wahrheit der Worte in Shakespeares Königsdrama Heinrich VI.: „Der echte Adel weiß von keiner Furcht."

Die Weltgeschichte lehrt, daß die kulturelle Blüte eines Volkes mit der Blütezeit seiner Aristokratie oder Oligarchie zusammenfällt. Deren Rückgang oder gewaltsame Verdrängung bringt stets den Niedergang des nationalen Charakters mit sich. Im besten Falle folgt dann ein kurzer, rein materieller Aufschwung und dann kommt der Zusammenbruch oder schleichendes Siechtum.

Aus dieser Tatsache müssen die Konsequenzen gezogen werden. Wenn das deutsche Volk sein Elend wirklich überwinden will und ein Wiederaufstieg von Dauer sein soll, so ist dies nur möglich durch die Mitwirkung und Führung einer charakterfesten Oberschicht. Zu dieser aber wollen wir sprechen im Hinblick auf den Geist der Revolution:

„Schwingt eure Keulen! Denn es ist ein Keuler;
Er wühlt, er droht; voll Gier nach schnödem Futter
Stürzt er den Stamm, nicht bloß des Stammes Blätter.
Es ist ein Wolf, ein nimmersatter Heuler,
Er frißt das Lamm, er frißt des Lammes Mutter;
Helft, Ritter! wenn ihr Ritter seid, seid Retter!

(Rückert.)



XII.

Zum Kapitel „Katholiken und Demokratie.“

Von Germanus.

Die Zentrumspresse sucht neuerdings mit Äußerungen Eindruck zu machen, die der H. H. Weihbischof Dr. Sproll von Rottenburg auf dem Katholikentag im Oktober 1919 zu Karlsruhe und der H. H. Bischof von Meißen auf einem solchen zu Chemnitz getan haben. Weihbischof Dr. Sproll sagte hiernach:

Die Kirche verlangt, daß die Verfassung ohne Rechtsverletzung zustande kommt. Ob die Regierung ein Mann oder eine Gruppe übernimmt, das liegt nicht in der Sphäre der Kirche. Papst Pius X. hat erklärt, es wäre eine Gefahr für die Kirche, sie mit irgend einer Staatsform zu verketten. Was die Päpste Leo und Pius gelehrt, das hat in allen Jahrhunderten das Christentum vorgetragen; auch Thomas von Aquin stellte es als feste Bedingung für die Kirche hin, daß alle Bürger irgend einen Anteil an der Herrschaft haben. Als Ideal schwebt dem großen Aquinaten ein Staat vor, in welchem alle Behörden auf Grund ihrer geistigen und sittlichen Befähigung vom Volke gewählt werden.“

Es ist ganz klar, daß die Kirche erfahrungsgemäß sich nicht mit einer Staatsform identifizieren will. Das haben die Monarchisten im Zentrum noch nie behauptet und auch nicht verlangt. Und, daß alle Bürger des Staates irgend einen Anteil an der Herrschaft haben sollten, haben die monarchisch gesinnten Kreise im Zentrum auch noch nie bestritten. Es wäre in der Tat auch ein Ideal, wenn alle Behörden auf Grund ihrer geistigen und sittlichen Befähigung von einem hiezu reifen Volke gewählt werden könnten. Wir bezweifeln aber sehr, daß der große Aquinate dieses Ideal in der heutigen Republik für gegeben erachten



würde. Thomas von Aquin sah übrigens in der Monarchie die idealste Staatsform, weil sie der Natur am besten entspricht. Doch dies nur nebenbei.

Für uns ist wesentlich maßgebend, daß die Republik durch die Revolution zustandekam, daß sie die Forderung der Sozialdemokratie einerseits und der Freimaurerei andererseits ist. Deshalb kann sie nicht unser Ziel sein, wenn wir auch ihr gegenüber den Gehorsam üben, welchen die ersten Christen auch gegenüber den römischen Kaisern in weltlichen Dingen übten, obwohl ja fast alle diese Kaiser durch Revolution (der Prätorianer oder der Legionen) zum Purpur gelangt waren.

Bischof Dr. Schreiber sagte nun am 21. November 1921 über den jetzigen Staat:

„Der jetzige Staat ist auf der Grundlage der Demokratie und der Gewissensfreiheit aufgebaut. Ich weiß wohl, daß es nicht bloß in katholischen Kreisen, sondern auch in anderen Schichten Leute gibt, die sich mit der Tatsache noch nicht abfinden können, daß Deutschland eine Republik geworden. Wir achten diese Ansicht, soweit sie ehrlich ist und die Auswirkungen dem Volksganzen nicht schaden, das heißt, edel und sozial denken und handeln. Trotzdem können wir uns der Tatsache nicht verschließen, daß die Reichsverfassung durch die Umstände und Verhältnisse Rechtskraft erlangt hat. Der Kaiser hat seine Rechte in die Hände des Volkes gelegt. Und alle, die ruhig und vernünftig denken, müssen anerkennen, daß die gegenwärtige Reichsverfassung nun einmal Rechtskraft erlangt hat. Darum müssen wir uns auf den Boden der Reichsverfassung stellen, wenn manche auch andere Wünsche hegen. Man kann eben nicht seine Gefühle durchbringen, weil das einen Zusammenstoß gäbe, das würde unser Volk erst recht zugrunde richten. Wir Katholiken haben uns rückhaltlos auf den Boden der Reichsverfassung zu stellen und die besonderen Wünsche dem Walten Gottes, der Vorsehung und der Entwicklung zu überlassen. Wir haben die Pflicht, Gegenwartsmenschen zu sein."

Vorausgesetzt, daß die Zeitungsberichte die Stellen der betreffenden Reden genau wiedergeben, sei uns gestattet, in aller Ehrerbietung einige wenige, rein sachliche Bemerkungen zu machen.

Gewiß hat die gegenwärtige Reichsverfassung als Auswirkung der Revolution von 1918 Rechtskraft erlangt, wenn wir auch die Abdankung der Bundesfürsten, soweit eine solche erfolgt ist, wie des Kaisers, als eine erzwungene betrachten müssen. Aus der Entwicklung der Dinge heraus erleidet diese formale Rechtskraft immerhin eine nicht abzuleugnende moralische Einschränkung.

Wenn man sich an den Novemberhirtenbrief der deutschen Bischöfe von 1917 erinnert, in welchem das Prinzip „Thron und Altar“ nicht bloß wegen dessen Rechtskraft, sondern als Prinzip verteidigt und vor der sogenannten „Demokratie“ mit ihren Schattenseiten gewarnt wurde, so möchte man schon wünschen, daß die Zentrumspresse die Rede des H. Herrn Bischofs Dr. Schreiber, dessen Optimismus bei Beurteilung der jetzigen Zustände einem durch schlimme Erfahrungen gewitzigten Politiker vielleicht Bedenken zu erregen geeignet sein könnte, nicht parteipolitisch ausgeschlachtet hätte. Der H. H. Bischof Dr. Schreiber hat freilich an jener Bischofskonferenz noch nicht teilgenommen, ebensowenig der H. H. Weihbischof Dr. Sproll.

Der Syllabus verwirft ein Recht auf Grund des Bodens der Tatsachen, d. h. z. B. auf Grund des Erfolgs einer Revolution, wenn wir nicht irren, ausdrücklich. Wenn man soweit geht, daß man sich rückhaltlos auf den Boden einer Tatsache stellt, so wird man nicht umhin können, auf Grund derselben auch die Herrschaft des Bolschewismus als rechtmäßig anerkennen zu müssen. Oder wenn die Räterepublik in der Republik Sachsen eine gewisse Festigung erfahren hätte, so wäre sie in weltlichen Dingen nach diesem Prinzip die gottgesetzte Obrigkeit gewesen. Oder sie würde es später sein, falls sich die heutige Republik dazu entwickeln würde. Ob auch dann die katholischen Staatsangehörigen sich zu rück-



haltsloser Anerkennung dieser Verfassung verpflichtet wären, möchte doch dahin gestellt sein! Die „besonderen Wünsche“ wären dann vielleicht stärker als der kategorische Imperativ der Pflicht, die Verfassung anzuerkennen und Gegenwartsmensch zu sein.

Man darf den letzteren Ausdruck sogar für nicht ganz unmißverständlich halten. Auch der Gegenwartsmensch soll an die Zukunft denken. Und der Staatsmann soll nicht allein Augenblickspolitiker sein. Bismarcks Werk ging daran zu Grunde, daß er zu viel „Gegenwartsmensch“ war. Die großen Staatsmänner und Philosophen waren nicht nur Gegenwartsmenschen, sondern vorwiegend Zukunftsmenschen. Große Politiker handeln nach großen Ideen. Wir haben heute leider keine große Politiker, sondern nur Augenblickspolitiker. Und wo sie eine Idee vertreten, ist diese Idee nicht groß. Die Idee Dr. Wirths, wonach Deutschlands Zukunft auf dem Stern des neuen Staatsgedankens liege, ist keine große Idee. Denn dieser Stern kann in seiner Bahn nur zur weiteren Auflösung führen. Das Nähere hat Donoso Cortes schon besser gesagt. Der Stern kann sich schließlich zum Sowjetstern entwickeln. Was dann? Außerdem ist die republikanische Idee nicht neu. Sie stammt in der Hauptsache von 1789, wurde aufgewärmt 1848 und konserviert von der Sozialdemokratie und Freimaurerei bis 1918, wo sie uns jetzt als funkelnagelneue Errungenschaft angepriesen wird. Quidquid id est timeo Danaos et dona ferentes . . . Nachäffung westlicher Formen nannte es Ketteler. Die französischen Katholiken bekamen zum Lohn für ihre Schwenkung zur Republik das Trennungsgesetz von 1903.

Schließlich: Gefühle lassen sich nicht befehlen oder von außen her in ihr Gegenteil verändern. Monarchismus ist ebenso Verstandes- wie Gemütssache, für Viele ist er in erster Linie das Letztere. Man sprach stets vom „monarchischen Gefühl“. Alle Verstandes- und Vernunftsgründe versagen, wenn die Liebe spricht. Und hier spricht die Liebe



zur deutschen Tradition. Man wird seine Pflicht tun, und seine Wünsche der Vorsehung und der Entwickelung überlassen. Darin pflichtet man gewiß dem H. H. Bischof Dr. Schreiber bei. Aber das darf und wird der billig Denkende nicht von einem monarchisch gesinnten Katholiken verlangen, daß er ablassen solle, seine politischen Ideale zu pflegen. Er hat dazu das Recht nach der Verfassung ebensogut, wie die Sozialdemokratie es vor dem Krieg besaß und übte. Das will auch sicher der H. H. Bischof Dr. Schreiber nicht verbieten; die Kirche verlangt dies auch nicht. Wenn aber ein Bischof sich in prononzierter Form zur Mahnung veranlaßt sähe, die mit den Tatsachen nicht harmonierenden Wünsche zurückzustellen und der Entwickelung zu überlassen, so müßte dies beinahe den Anschein erwecken, als gäbe es tatsächlich katholische Kreise in Deutschland, die einen „Umsturz", d. h. eine gewaltsame Restauration planten. Selbstverständliches braucht wohl nicht immer wieder von neuem betont zu werden. Wahrhaftig, die monarchisch gesinnten Katholiken leiden nicht an einem Übermaß von Vertretern in der Öffentlichkeit. Im Parlament hat noch kein einziger Zentrumsabgeordneter sich als grundsätzlicher Monarchist zu bekennen gewagt.

Der Zentrumspresse aber möchte man doch den Rat geben, sich lieber offen republikanisch zu nennen, anstatt fortwährend nach juristischen „Beweisgründen" für die Rechtmäßigkeit eines gesetzlichen Zustandes zu suchen, mit dessen revolutionärer Herbeiführung das Zentrum doch hoffentlich gar nichts zu tun gehabt haben will, wie dies ja auch die Zentrumpresse und -Redner bei jeder Gelegenheit versichern, als Einleitung zu einer Philippika über das alte, früher so hoch gepriesene „System", dessen Schattenseiten jetzt ungebührlich schwarz in schwarz ausgemalt werden. Auch wir wünschen das alte „System", d. h. das, was an ihm mit Recht getadelt wird, nicht zurück, und es soll einmal dagegen Verwahrung eingelegt werden, daß man gleich Gefahr läuft, als das schrecklichste Übel der gepriesenen neuen Zeit, als



„Deutschnational" verdächtigt zu werden, wenn man sich als prinzipiellen Monarchisten bekennt.

Die heutige Zentrumspresse hat meist überhaupt kein politisches Ideal; sie ist opportunistisch und dies ist im Grunde nichts anderes als geistiger Materialismus. Da ja, wie sie rühmen, die religiösen Interessen noch nie so gut bestellt waren als in der heiligen deutschen Republik, so hat doch wohl das Zentrum eigentlich sein stärkstes Bindemittel eingebüßt. Die andern Interessen können auch andere Parteien in christlichem Sinne lösen. Das religiöse Ideal steht nicht mehr so im Vordergrund, wie früher. Wenn sich das Zentrum zum Vertreter des demokratischen Gedankens für die Katholiken machen will, so wird es die Nichtdemokraten abstoßen. Deshalb treibt es auch hier keine klare Politik. Es stellt sich auf den Boden der Tatsachen, aber nicht aus Prinzip; und es glaubt so beide Richtungen bei der Stange zu halten.

Inzwischen hat ja in Paris ein katholischer demokratischer Kongreß stattgefunden. Mit dem gleichen Recht könnte man in Madrid einen katholischen monarchistischen Kongreß abhalten. Soweit sich dieser Kongreß auf die Vertretung der Grundsätze der Christlichen Demokratie (der Name ist unglücklich gewählt und sollte besser heißen Demophilie) bekennt, kann man ihn begrüßen. Falls er aber seine Tendenz auch darin sähe, die Formaldemokratie als Staatsprinzip zu einer internationalen katholischen Forderung zu erheben, müßte man ihn zunächst ablehnen. Obwohl das Organ Marc Sacgniers sich „Jeune république" nennt, möchte ich es nicht für ausgemacht halten, daß die Bewegung einen politisch demokratischen Charakter hat. Denn die christliche Demokratie erkennt jede Staatsform an und wird zurzeit in Spanien am eifrigsten von überzeugten Monarchisten propagiert. Einstweilen hat es mit dieser Bewegung wohl noch gute Weile; die katholisch demokratische Solidarität erscheint noch fast utopistisch, wenn man das Verhalten der Popolaripartei und Medas gegenüber Deutschland sowie der belgischen



katholischen Minister berücksichtigt. Von Frankreich nahm übrigens an dem Kongreß kein einziger prominenter Abgeordneter der katholischen Republikaner teil. Von Marc Sacgnier natürlich abgesehen. Spanien scheint den Kongreß völlig ignoriert zu haben.

Man sollte sich hüten, derartigen Zeiterscheinungen zu großes Gewicht beizulegen. Die katholische Internationale ist die Kirche. Und daraus ergäbe sich ein internationaler Katholikenkongreß. Aber kein internatialer katholischer Demokratenkongreß. Durch Demokratie kann die Welt ebensowenig geheilt werden, wie sie durch Monarchie verdorben werden konnte.

Wenn sich die Kirche nicht mit einer Staatsform identifiziert, so auch nicht mit der Republik. Deshalb kann jeder Satz, der zugunsten der Republik angeführt wird, auch umgekehrt angewendet werden. Es wäre daher vielleicht besser und weitsichtiger, um nicht zu sagen staatsmännischer gewesen, die Kirche hier ganz aus dem Spiele zu lassen. Es ist für die Zentrumspresse ja bequemer und ungefährlicher, heute mit Berufung auf die Kirche die republikanische Fahne herauszustecken. Imponierend wirkt dies aber nicht; eher gegenteilig trotz allen frommen Augenaufschlags, trotz aller juristischen Gründe oder angeblicher Sorge für die Verhinderung eines Bürgerkriegs, bei dem man sein kostbares Leben verlieren müßte.

XIII.

Ein prinzipiell wichtiges Buch?

Erwiderung auf Schramls gleichnamigen Aufsatz.[1])

Von Hochschulprofessor Dr. Georg Grunwald in Regensburg.

Wir pflichten Schraml vollkommen bei, wenn er (S. 596 f.) meint, „daß wir uns selbst gegenseitig in wichtigsten Fragen nicht mehr verstehen". Ich selbst gehöre leider auch zum nachweislich nicht kleinen Teil aus der Zahl seiner Leser, der Schramls Ausführungen in seinen Schriften und zahlreichen Aufsätzen nicht ganz verstanden hat. Insbesondere verstehe ich nicht, warum er (S. 594) ausruft: „Wie darf der katholische Pädagog behaupten oder insinuieren, die theologischen Lebenselemente und Momente für die Pädagogik erschöpfen sich in der Katechetik?" da ich an keiner Stelle meines Aufsatzes im Literarischen Handweiser oder sonst in meinen Abhandlungen und Schriften diese Behauptung aufgestellt habe, deren Sinn mir übrigens etwas dunkel bleibt. Ich darf daher wiederholen, was Fr. X. Eggensdorfer (Katechetische Blätter 1921, S. 63) über Schramls bereits vor zwanzig Jahren begonnenen Methodenstreit sagt: „Man darf fragen, ob Herr Schraml überhaupt die Streitfrage kennt."

Mein Urteil über Bernbergs Buch halte ich in allen Stücken aufrecht. B. will nach dem Untertitel seines Werkes eine „Kritik der alten" und einen „Umriß der neuen katholischen Pädagogik" geben, erklärt aber (S. 15) für seinen Hauptzweck die Streitfrage als belanglos, „ob Pädagogik Kunst oder Wissenschaft sei", um (S. 18) zu wiederholen, daß „der Begriff der Pädagogik" „ohne Belang für den Hauptzweck" sei. Er behauptet von seiner S. 25 aufgestellten Definition der Erziehung (S. 26), daß sie „die eine, einzige, ja einzig mögliche Definition" sei, will sich aber für den darin verwendeten

1) Vgl. Band 168, S. 588 ff. dieser Zeitschrift.

Gattungsbegriff nicht „verbürgen" (S. 26) und erklärt (S. 26), daß er für seine weitere Arbeit „keine Bedeutung" habe. Danach müssen alle seine Folgerungen den Wert der Schlüsse haben, die aus dem Begriff eines durchaus Rechtwinkeligen gezogen werden, von dem man es dahin gestellt sein läßt, ob es eine rechtwinkelige Figur oder ein rechtwinkeliger Körper ist. Nach S. 62 sind ihm „alle Handlungen im Grunde Erziehungshandlungen" („alle" von B. selbst unterstrichen), bald darauf „im eigentlichsten Verstande Erziehungshandlungen." Da nun niemand leugnen wird, daß auch die Kinder mit Naturnotwendigkeit Handlungen vollziehen, und zwar zunächst in Bezug auf die Eltern, so folgt daraus, daß nach B. die Eltern auch von den Kindern erzogen werden müssen. Schraml hat darum B. einen schlechten Dienst erwiesen, wenn er (S. 593) vom „Wahnsinn der Gegenwart, die Eltern müßten von den Kindern erzogen werden", spricht. Er schreibt dadurch, ohne es zu wollen, seinem Schützling „Wahnsinn" zu. Nach dem Gesagten kann sich jeder leicht ausmalen, wie B's. Grundbegriffe „Erziehung" und „Pädagogik" seine von ihm selbst gern als „Riesenbeweis" oder ähnlich bezeichneten Schlüsse tragen werden. Daher wird kein billig Denkender von mir erwartet haben, daß ich in einem Aufsatze über Erziehung und Weltanschauung, der gar nicht B's. Buch allein betraf,[1]) seine Hauptthesen nicht beleuchtete, die keinerlei klaren Sinn haben können, weil die in ihnen verwendeten Begriffe völlig unklar geblieben sind. Von seiner Logik gibt B. in seiner Erwiderung auf Göttlers Kritik eine treffliche Probe mit folgenden Worten: (Allgemeine Rundschau 1921, S. 534): „Katechetik hat zu zeigen, wie man Religionsunterricht gibt, nicht (!) wie man

1) Der Aufsatz war zugesagt, bevor B's. Buch erschien. Trotzdem es seinem Inhalte nach in den Aufsatz hineingehörte, trug ich Bedenken, es zu berücksichtigen, weil ich es in der Form, in der es nun einmal vorliegt, für ein Werk hielt, das unter aller Kritik ist. Erst der Hinweis des Herausgebers darauf, daß durch die Nichterwähnung sich der Verlag würde getroffen fühlen, hat mich zur Besprechung veranlaßt.

Kinder zur Tugend erzieht." Darnach hat religiöse Erziehung mit Tugenderziehung nichts zu tun, und alle Vertreter des religionslosen Moralunterrichts können B. zujubeln. B. selbst fährt freilich unbefangen fort: „Allerdings wird Katechetik dennoch oft Tugenderziehung streifen" (von B. selbst unterstrichen). Daran schließt sich sofort der Satz: „Muß doch der Religionsunterricht auf die Tugenderziehung befruchtend wirken, ja geradezu die Instruktionsstunde der Tugenderziehung sein." Bald darauf belehrt er uns wieder, daß die Katechetik nicht erziehen lehrt. Wer solche Sätze miteinander vereinigen kann, den beneiden wir um sein logisches Denken nicht. B's. Zitat aus einem Pharusaufsatz von mir ist gefälscht, und Schraml schreibt ihm die Fälschung ohne Prüfung nach. (S. 591). Es steht dort nicht alles Wahre, sondern das Wahre. Aber gerade aus dieser Fälschung hat B. schon in seiner anonymen Schrift seine törichten Folgerungen gezogen. Wenn freilich Schraml den Begriff des Wahren, der von mir beim Erziehungsziel verwendet wird, mit Kautschuk (S. 596) vergleicht, so muß er wohl nicht nur den von der scholastischen Philosophie bestimmt definierten Begriff preisgeben, sondern auch mit der Theologie und dem Katechismus in Konflikt kommen, da der katholische Glaube allgemein als ein bestimmtes Fürwarhalten aufgefaßt wird.

Aus dieser absichtlich kurz gehaltenen Erwiderung wird man schon leicht ersehen können, warum ich bei meiner Rezension des Buches nach gewissenhaftester Prüfung zu keinem anderen Ergebnis kommen konnte, warum Göttler daran nach B.'s Klage (Allgemeine Rundschau 1921, S. 534) „keinen guten Faden läßt", warum F. Schneider B.'s Beweise für das Versagen der praktischen Pädagogik als „nicht beweiskräftig, zum Teil von bedauernswerter Rückschrittlichkeit" bezeichnet und seine Kritik in die Worte zusammenfaßt: „Alles in allem: B.'s Vorschläge werden von uns abgelehnt" (Zeitschrift für christliche Erziehungswissenschaft und Schulpolitik, Organ des Katholischen Lehrerverbandes des Deutschen Reiches 1921, S. 230 u. 232), warum M. Lechner sagt: „Es ist geradezu komisch anzusehen,



wie sich B. in der Rolle des seligen Don Quichotte gefällt und gegen Phantome ankämpft . . . Das Buch ist geeignet, große Verwirrung anzurichten und die pädagogische Forschungsarbeit der Katholiken in schweren Mißkredit zu bringen. Mit Recht hat deshalb die katholische Fachkritik das Buch, soweit ich bisher sehen konnte, abgelehnt" (Pharus 1921, S. 473). Schon in Bezug auf die anonyme Schrift B.'s hebt J. Schröteler hervor (Stimmen der Zeit, 100. Bd., S. 321): „Leider fehlt es der Schrift in vielen Punkten zu sehr an der klaren, dogmatischen Scheidung von Natur und Übernatur, als daß sie in allweg überzeugend wirken könnte", und M. Gatterer sagt darüber (Zeitschrift für katholische Theologie, Innsbruck 1921, S. 320): „Schon der kühne Titel läßt vermuten, daß des anonymen Verfassers Beweisführung etwas über das Ziel hinausschießt."

Im übrigen halten auch wir B.'s neue Schrift, die die Fehler der alten meistens vergröbert hat, für „ein prinzipiell wichtiges Buch", nur in anderem Sinne, als es Schraml will: Der Fall Bernberg hat einen erschreckenden Blick tun lassen in Mängel der wissenschaftlich pädagogischen Ausbildung gewisser Kreise, und würde diesem Übelstand durch Errichtung von Pädagogikprofessuren an allen deutschen Hochschulen nicht bald abgeholfen, so könnte es am Ende zu spät sein.

* * *

Duplik.

Herrn Dr. Grunwald erwidere ich kurz folgendes:

Im Gegensatze zu Bernberg, der wegen Identität des Menschen- und Erziehungszieles die Lehre Christi als Grundlage und Ausgang der katholischen Pädagogik fordert, hat Grunwald ausdrücklich die „theologische Pädagogik" als „Katechetik" bezeichnet, welche die „philosophische" ergänze. Damit hat er selbst die theologischen Elemente, auf welchen unsere Pädagogik ruhen muß, also ihre Lebenselemente, eingepfercht in die Katechetik. Wenn er nun meinen Vorhalt dieser Einpferchung und damit der Verrückung der Grundlage nicht hinnehmen will, so

hat er Inhalt und Tragweite seiner Restringierung der dogmatischen Elemente tatsächlich nicht verstanden. Neuerdings versucht er, seine Verurteilung des Bernberg'schen Buches näher zu rechtfertigen.

Dazu reißt er einzelne Sätze aus ihrem unmittelbaren und aus dem Zusammenhang des ganzen Werkes heraus. Man lese z. B. bei Bernberg nach, was er Seite 15 bis 18 über den Begriff „Pädagogik" sagt, warum er ihn als „belanglos für den Hauptzweck" erklärt, um sich dann eingehend mit dem Begriff Erziehung zu befassen. Der Definition „Erziehen heißt auf den Zögling einwirken, um ihn zu seinem Ziele tüchtig zu machen" kann Grunwald sachlich nichts anhaben, dafür kreidet er Bernberg höhnend an, daß dieser für „die Gattung Einwirken" sich nicht verbürge. Bernberg hat ausdrücklich angefügt, er verlasse sich hier auf eine Mehrzahl von Autoren. Einwirken gehört mehr der Didaktik an und hat für Bernbergs Arbeit keine weitere besondere Bedeutung.

„Durch jede Handlung, schreibt Bernberg, werden nicht nur die Kinder und wir alle, so lange wir leben, tüchtiger für unser Ziel oder, werden wir es nicht wirklich, so sollten wir es doch werden. Also alle Handlungen auf dem Wege zum Ziele bedeuten ein Wachsen in der Tüchtigkeit zu unserem Ziele und sind deshalb im eigentlichsten Verstande Erziehungshandlungen, und zwar Erziehungshandlungen der Selbsterziehung oder tiefer und wahrer: Erziehungshandlungen Christi an uns." Das sind wahrhaft katholische Gedanken, eine schöne Umschreibung der apostolischen Mahnung: „Ihr möget essen usw., tuet alles zur Ehre Gottes." Bernberg nennt also alle Handlungen des Menschen Erziehungshandlungen für ihn, weil sie ihn zu dem Ziele, wozu er geschaffen ist, zur Ehre Gottes, tüchtig machen, erziehen sollen und können. Man lese die ganze Stelle Seite 62 nach. Grunwald hat aus ihr einige Worte allen Zusammenhanges entkleidet und fertigt gegen B. und mich aus ihnen eine Parallele zur wahnwitzigen Forderung gewisser moderner Pädagogen, die Eltern müssen von den Kindern erzogen werden! Spottet unbewußt seiner selbst.

Sachgemäß unterscheidet Bernberg zwischen „Katechetik“ und „Religionsunterricht, der Instruktionsstunde der Tugenderziehung“. Jener weist er die Theorie zu, dem Unterricht die praktische Anwendung zur Erziehung. „Katechetik hat zu zeigen, wie man Religionsunterricht gibt, nicht wie man Kinder zur Tugend erzieht“. Jeden objektiven Interpreten berechtigt der negative Teil des Satzes einzig zu dem Schluß, daß er Katechetik zu eng faßt, insofern als in dem Zeigen, wie man den Unterricht gibt, auch eingeschlossen ist, wie Tugenderziehung geschehen soll. Katechetik, weil Theorie, ist aber keineswegs Katechese, das heißt wirklicher Religionsunterricht oder religiöse Erziehung selbst, sondern Anleitung, Belehrung hiezu. Man darf also „Katechetik“ und „religiöse Erziehung“ nicht identifizieren. Wie verfährt nun Grunwald zur Herstellung eines lohnenden Scheiterhaufens für die Bernberg'sche „Logik“? Unmittelbar an den zitierten Satz knüpft er folgenden Schluß: „Danach hat religiöse Erziehung mit Tugenderziehung nichts zu tun.“ Er identifiziert also („„Katechetik .... nichts zu tun.““ „Danach hat religiöse Erziehung“ usw.) Katechetik mit religiöser Erziehung, die Anleitung mit dem Religionsunterrichte, mit der Instruktionsstunde der Tugenderziehung, und gibt dadurch dem Begriff Katechetik einen außer ihm liegenden Inhalt.

Statt „das Wahre“ hat Bernberg geschrieben „alles Wahre“. Darüber als eine „Fälschung“ ist Grünwald empört. Liegt ein materiell so bedeutungsvoller Unterschied zwischen „das Wahre“ und „alles“ Wahre, daß man von einer Fälschung im Sinn des Wortes sprechen kann? Grunwald nimmt doch vom objektiv Wahren, zu dem der Mensch erzogen werden soll, nichts aus. Wenn nun ein Autor schreibt „das“ Wahre ist das Ziel, ein anderer aber aus Ungenauigkeit dafür zitiert „alles“ Wahre, geht letztere Wendung sachlich über eine bloß andere Form des Ausdruckes hinaus? Das Wahre besagt eben alles Wahre, und alles Wahre besagt eben das Wahre. Bernbergs Ungenauigkeit soll nicht entschuldigt werden, aber andrerseits darf man sie billiger Weise ebensowenig zu etwas stempeln, das sie inhaltlich nicht ist. Übrigens ändert dieses so



energisch betonte „das" nicht das Geringste an der Unbestimmtheit des Grunwald'schen Zieles, welches das wirkliche Ziel umgeht. Das Zitat habe ich „nachgeschrieben", weil ich dessen Richtigkeit voraussetzen durfte.

In meinem Artikel (S. 590 f.) habe ich eine Reihe von Definitionen des Zieles der Pädagogik angeführt, zum Schluß auch die von Willmann und Grunwald. Dann fügte ich den diese Definitionen charakterisierenden Satz an: „Das sind Worte, die jeder nach seiner Façon deutet, deren Inhalt unter der Hand vieler zergeht." Diese Charakteristik gab ich wieder für Grunwalds Ziel mit Kautschuk-Ziel. Mit dieser Charakterisierung soll ich nach Grunwalds Behauptung den von ihm „beim Erziehungsziel verwendeten bestimmten Begriff des Wahren preisgegeben" haben, ja sogar mit dem Fürwahrhalten im „Glauben", also mit dem Glaubensakt „in Konflikt" geraten sein. Diesen Schluß leistet er sich auf die einfachste Weise, indem er die Bestimmtheit des Begriffes des Wahren arglos verwechselt mit der Eignung desselben zum Ziel. Wenn demnach ein Pädagoge z. B. den bestimmten Begriff des Sportes als das Ziel aufstellen würde, ein anderer aber wiese ihn ab als hiezu ungeeignet, so würde der letztere nach Grunwald'scher Folgerung den Begriff des Sportes preisgeben! Das ist doch die reinste Konfusion, mit der Grunwald gegen Bernberg und mich operiert. Das Wahre, Gute usw. als Ziel deutet von selbst an, daß es einem Höheren dienen, in ihm aufgehen muß, weil es die Frage enthält, welches ist das letzte, entscheidende Ziel, wegen dessen der Mensch zum Wahren erzogen werden soll.

Der Fehlschluß auf Grund einer wesentlichen Verwechslung wird seit Jahren gegen mich verwendet. Weil ich die Psychologie als Grundlage und Ausgang der Pädagogik und im unmittelbarsten Zusammenhange hiemit die Anschauung, Erzählung als Grundlage und Ausgang unseres Religionsunterrichtes ablehnte und ablehne, und nur eine Erklärung, Beleuchtung, Veranschaulichung der dem Zögling vorzulegenden Offenbarungswahrheiten wegen ihres Glaubenscharakters für



sachgemäß erkläre, hat man mich als Gegner des anschaulichen Unterrichtes hingestellt, der die Frage nicht verstehe. Man verwechselt die „Anschauung“ als Grundlage des Religionsunterrichtes mit Veranschaulichen, also mit einem den Unterricht bloß begleitenden psychologischen Momente. Ein bayerischer Bischof, heute noch rühmlich bekannt auch wegen seiner die Katechese betreffenden Pastoralerlasse, hat mir vor Jahren für meine Stellungnahme in der katechetischen Streitfrage durch Übersendung eines prächtigen Buches gedankt.

Kein Pädagoge wird das Erziehungsziel über eine Phrase hinausbringen, wenn er es nicht auf Gott baut. Gott und Mensch, Schöpfer und Geschöpf hängen derart zusammen, daß unsere Pädagogik nur in offener, prinzipieller Festhaltung dieses Verhältnisses segensreich gedeihen und wirken kann. Das dauernde Gondeln unserer Pädagogik zwischen den zwei Ufern, auf deren einem die moderne Pädagogik unter dem Szepter der Psychologie ihre Gezelte aufgeschlagen, auf dem anderen die katholische unter dem hehren Banner der Dogmatik mit dem wahren Ziel wohnt, wird ihr sicher nicht frommen. Ich meine, die katholische Berufspädagogik habe allen Grund, an dem letzteren Ufer fest anzulegen.

Grunwald verurteilt abermals Bernbergs Buch ohne alles Eingehen auf dessen Fundamentalsatz von der Identität des Menschen- und Erziehungszieles. Trifft diese zu, dann hat Bernberg in allen wesentlichen Punkten recht, dann ist sein Werk nach Lage der Verhältnisse prinzipiell sehr wichtig und wahrhaft zeitgemäß. Die ablehnende Kritik, welche ich, soweit sie mir vorlag, in meinem Artikel verarbeitete, muß bei genauer Prüfung wegen ihrer inneren Haltlosigkeit eher gewinnen für die Grundsätze Bernbergs. Die von Grunwald zitierten Äußerungen von Schröteler und Gatterer beziehen sich auf die anonyme Schrift Bernbergs und sind sehr vorsichtig gehalten. Die von mir behandelte Kritik „läßt einen erschreckenden Blick tun“, wie weit sich unsere Pädagogik in den Grundfragen an die moderne verloren hat.

Schraml.



XIV.

Kürzere Besprechungen.

1. „La Reconstruction de l'Europe Politique" par René Pinon. Chez Perrin et Cie. Paris.

Hier schildert der angesehene Verfasser die Wohltaten, welche die einstige Welt aus der Suprematie des Papstes schöpfte, der wie ein Vater über den Völkern waltete, zum Frieden ratend und dem Haß Zügel anlegend. Damit in Verbindung wird das Eintreten des Völkerbundes erörtert. Es ist offenbar des Verfassers leitender Gedanke, daß der Völkerbund von französischem Geist sein soll, auch in der Sprache. Hier bereits wird der Leser betroffen und er fragt nach dem Geist des heutigen Frankreich. Diese Betroffenheit steigert sich im Laufe der Erörterungen über den „Rhin libre" (den freien Rhein). Man erlebt dabei wieder einmal, was man sich alles unter dem Wort „frei" denken kann. Pinon (ein Teil der Kapitel ist schon in der „Revue des Deux Mondes" erschienen) betreibt den Anschluß der Rheinlande, zum mindesten in der Form eines „Pufferstaates", an Frankreich. Daß er dann, was man pénétration pacifique zu nennen übereingekommen ist, das Wort redet, braucht nicht erst gesagt zu werden. Der von glühender Vaterlandsliebe erfüllte Franzose spricht pro domo. Indessen möge Pinon in das Elsaß gehen und dort vernehmen, was man über den heutigen französischen Geist sagt. Gewiß, la vieille France, das alte Frankreich, katholisch, edel, ritterlich, hätte in seinen Grenzen eine Mission zu erfüllen, welche die Anrufung der Manen Karls des Großen und seiner Palladine rechtfertigt. Von diesem Geist ist das heutige Frankreich weit entfernt, und wenn eine nicht kleine Zahl von Franzosen davon redet, daß am Rhein der Geist Luthers, Hegels und des Militarismus ersetzt werden müsse, so ist es



geboten zu fragen, was die Rheinländer gewinnen würden, wenn statt dessen der Geist Calvins, Rousseaus, Robespierres dort einzöge? In weiten französischen Kreisen gilt Frankreich als „un pays de mission". Man öffne zunächst die geschlossenen Kirchen in der Normandie, in Burgund und sonstwo, man lese die Messe wieder an den kalt gewordenen Altären, man fülle die leeren Kirchen wieder mit gläubigem Volk — und dann komme man darauf, von einer zivilisatorischen Mission am Rhein zu reden; dann auch wollen wir uns erst darüber unterhalten. Das heutige Frankreich, das sich nur jakobinische Regierungen zu geben pflegt, das die Katholiken benutzt, aber nicht schützt, hat keine Mission von irgend einer religiösen Art. Die jakobinische Republik ist der Schrittmacher der Bolschewisten. In ähnlicher Art sind die im Buch auftretenden Gedankengänge betreffend den Orient zu betrachten. Tasso — würde er heute das „Befreite Jerusalem" dichten? Möge René Pinon sich fragen, was Peter von Amiens, Urban II., dessen Denkmal bei der Kathedrale in Clermont-Ferrand, was Gottfried von Bouillon zu den heutigen Zuständen an den heiligen Stätten sagen würden? So begabte Publizisten wie René Pinon sollten für die Versöhnung, ja für die Vereinigung der Katholiken in der ganzen Welt, diesseits und jenseits des Rheines, eintreten. Das ist ein Werk, des Schweißes der Edlen wert. M.

2. „Die Volkswirtschaft im neuen Deutschland."[1]) Hält man es nicht an sich für bedenklich, das Wort „illusorisch" zu steigern, so kann man es sicherlich nirgends mit größerem Rechte tun als in dem Sätzchen: „Ohne Oberschlesien ist die Erfüllung des (Londoner) Ultimatums noch illusorischer" (S. 62).[2])

---

1) Die Volkswirtschaft im neuen Deutschland, Betrachtungen zur wirtschaftlichen Lage nach dem Londoner Ultimatum von Dr. A. Schmitt. (München, bei Dr. F. A. Pfeiffer u. Co. Verl., 1921).

2) Der im ganzen äußerst ansprechende, klare Stil des Buches wird nur durch die moderne Sucht nach Verstärkung der Bejahung durch Steigerung gestört. „Typischste Beispiele" erinnern in „katastrophalster Weise" an diese Sucht. (Beides S. 44.)

Diese Entscheidung ist inzwischen gefallen. Wieder ein neuer Abschnitt in der Wirtschaftsgeschichte Deutschlands seit dem Kriegsende dürfte damit eingeleitet sein, dessen Umrisse sich auch noch nicht annähernd bestimmen lassen, ehe nicht das wirtschaftliche Regime der gemeinsam zu verwaltenden Gebietsteile festgesetzt und ausprobiert sein wird. Darüber können Monate vergehen.

Ein neuer Abschnitt! Doch ein in unmittelbarer Kontinuität aus dem letztvergangenen erwachsener und nur aus diesem voll verständlicher! Die verschiedenen Phasen der Deutschen Volkswirtschaft, vom Waffenstillstand zum Frieden, vom Frieden bis Spa, von da bis London und von London bis zu den jüngsten Beschlüssen über Oberschlesien, finden einen einzigen Punkt verhältnismäßiger Ruhe und Stetigkeit, von dem aus man vor- und rückblicken kann, in der Zeit seit dem Londoner Diktat. Gerade diese Zeitspanne in seiner Überschau der Wirtschaft im neuen Deutschland festgehalten zu haben, ist ein Verdienst des Schmitt'schen Buches, das es in naher und ferner Zukunft Volkswirten nutzbringend machen muß. Das Fließende im deutschen Wirtschaftsleben und in der Weltwirtschaft macht solche Fixierung von Epochen nicht nur im aktuellen, sondern auch im historischen Sinne doppelt wertvoll.

Das erste Kapitel (S. 6—29) legt in klarer Gliederung die Grundlagen der neuen Wirtschaft dar, indem es einmal die Schwächung der Elemente derselben (Volk, Land, Industrie, Verkehr) durch die Eingriffe von außen beleuchtet, und dann die zum großen Teil daraus erfließenden Störungen im inneren schildert. Die verfahrene Staatswirtschaft findet in Ziffer 1 und 2 des zweiten Abschnittes des ersten Kapitels (S. 17—22) gebührende und im Ganzen zutreffende Würdigung. Die finanztechnisch geldliche Seite im weltwirtschaftlichen Sinne behandelt der Abschnitt über die Valuta (S. 22—25); im volkswirtschaftlichen Sinne (S. 25—29) müßte bei der Beleuchtung der kritischen Verhältnisse in Bezug auf die Beschaffung von Betriebskapital in einer der Geldentwertung entsprechenden Höhe



stärker auf die fortschreitende Trennung von Industrie- und Bankkapital hingewiesen werden. Ein Phänomen, das der Verfasser in anderem Zusammenhang (S. 61), in seinen Ausblicken, lediglich vom steuertechnischen Gesichtspunkt — aber da völlig zutreffend — als ein dankbares Gebiet für den Gesetzgeber kennzeichnet. Die aus allen diesen Faktoren entspringende soziale Not wird in dem Rahmen der Abhandlung mit Recht nur gestreift (S. 29).

Von den Versuchen nach Ausgleich und Anpassung des 2. Kapitels sind die privaten im Gegensatz zu den staatlichen als die wichtigeren hervorgehoben, wie es der tatsächlichen Bedeutung entspricht. Unter diesen wiederum muß die auf Wiederherstellung der weltwirtschaftlichen Organisation gerichtete Tätigkeit den ersten Platz beanspruchen. So führt die Wiederaufnahme auswärtiger Handelsbeziehungen (S. 41/42) zwanglos zu dem Ausblick in die Weltwirtschaft des 3. Kapitels über. Von den 4 Hauptmomenten der Weltkrise, die der Verfasser herausarbeitet, muß im Hinblick auf die Konferenz in Washington der auf die Produktionssteigerung bei vermindertem Absatz zielende Faktor die größte Beachtung finden (S. 44 in Verbindung mit 53). Denn der Kern dieser nominell zur Abrüstung berufenen Zusammenkunft liegt darin, daß man angesichts der Weltkrise versuchen muß, die Absatzgebiete des fernen Ostens, vor allem Chinas, wenn möglich friedlich aufzuteilen [1]).

Wir stimmen mit dem Verfasser — auch nach der Oberschlesischen Entscheidung — darin überein, daß vom *wirtschaftlichen* Standpunkt die weltwirtschaftliche Krise voraussichtlich Deutschland weniger ungünstig ist und sein wird als manchem „Siegerstaat“. Im Gegenteil bringt die an sich überaus und *nur* ungünstige allgemeine Volkswirtschaftslage einige *welt*wirtschaftliche Vorteile mit sich, die vereinzelt betrachtet

1) Vgl. meine Schrift in „Politische Zeitfragen“ 1921 Nr. 7/8 und auch die daselbst in Nr. 9 erschienene Abhandlung von Privatdozent Dr. F. Krause über das Ostasienproblem.

und aus dem Zusammenhange gerissen, sogar schon den Neid an sich günstiger gestellter Länder wachgerufen haben (vgl. unten). Wird Deutschlands Stimme in der Verteilung der Märkte des fernen Ostens, des Zankapfels der drei Großmächte, vorläufig auch ohne Gewicht bleiben, der nahe, vor allem aber der nördliche Osten ist, wie dte Berichte aus Reval und von der Ausstellung in Riga beweisen[1]), nicht leicht entreißbarer deutscher Besitz. Dagegen hat die „Isolierschicht", mit der Deutschland gegen volle Auswirkung der Krise geschützt ist (S. 55), ihre Kehrseite in den hochschutzzöllnerischen Maßnahmen besonders Englands und der Vereinigten Staaten, die ein hemmungsloses Zutagetreten der deutschen Vorteile verhindern sollen. Nicht zuletzt um Deutschlands willen ist England seiner Freihandelspolitik von dreiviertel Jahrhunderten im Gesetze vom 3. August 1921 untreu geworden, und daß Bestimmungen des amerikanischen sog. Antidumping-Act 1921 ausdrücklich auf Deutschland gemünzt sind, dürfte bekannt sein.

Die klare Gliederung, die verständliche Darstellung, das reiche statistische Material des Buches lassen wünschen, daß sein Inhalt möglichst weiten Kreisen jetzt zur Kenntnis kommen möchte, da wir erkennen müssen, daß „die Nachgiebigkeitspolitik des Mai 1921 das, was man vermeiden wollte, nicht vermieden hat". Und möchte auf Grund der Einsicht in die Tatsachen „ein geschlossener Volkswille, eine nationale Einigung auf einer Front, die nicht breit genug sein kann", heranreifen.

Dr. G. Thomann.

3. Wilhelm Schüßler: „Bismarcks Sturz," Verlag von Quelle u. Meyer in Leipzig. 1922.

---

1) Daß auch das Ausland sich hierüber keinem Zweifel hingibt, mögen zwei Beispiele aus dem frühen uud dem späten Sommer belegen. Vgl. Artikel in der N. Y. Times vom 25. Sept. 1921 von Th. Russel „Germans win at Riga Fair" und ferner die ausführlichen Zitate in der „Neuen Zeit" (Deutsch-Amerikanische Wochenschrift) vom 16. Mai 1921, aus „Paewaleth", einer esthnischen Zeitung.

Das Buch, 294 Seiten und ausführliche Anmerkungen, gehört zu den schätzenswertesten Erscheinungen der neuesten Literatur und stellt, unparteisch, den Ursprung, die Entwicklung und den schließlichen Verlauf der Krisis dar, welche zu dem Sturz des Kanzlers geführt hat, mit dem Versuch zur psychologischen Erklärung des Hergangs, wobei zu bemerken bleibt, daß dieses Unternehmen als durchaus geglückt erscheint.[1]) Wenn in einigen Besprechungen gesagt worden ist, daß das Ganze sich gleich einem Roman lese, so trifft das insofern zu, als die Aufmerksamkeit des Lesers vom Anfang bis zum Schlusse in Spannung gehalten wird. Die Literatur über das Thema ist ja außerordentlich zahlreich und vermehrt sich noch fortwährend. Wer dieses Buch gelesen hat, mag fast alle andern ruhig auf der Seite lassen; er kann sich als vollkommen orientiert betrachten. Aus diesem Grund möchte man dem Buch die Empfehlung mit auf den Weg geben, die manchmal mißbraucht worden ist: es sollte in keiner Bibliothek fehlen.

Von besonderem Interesse und nicht ohne Anspruch auf Aktualität in unseren Tagen ist das Kapitel, wo von dem Besuch Windthorsts bei Bismarck gesprochen wird. Es wird hingewiesen auf die Rede des großen Führers der Katholiken im preußischen Abgeordnetenhaus am 23. März 1890, wo er sagte: „Der große Kampf, in dem wir uns befinden, ist so ernst und bedeutsam, daß in vollem Ernste alle Männer, welche die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung aufrecht erhalten wollen, sich zusammenstellen müssen, um der sozialdemokratischen Idee Widerstand zu leisten . . . . In einem solchen Kampf muß man nach allen Seiten Versöhnung und Befriedigung predigen." Windthorst führte aus, dazu stimme weder die Polen- noch die Kulturkampfpolitik. „Ich appelliere (zu den

1) Es sei hier auf die gleichzeitig erschienene auf den Akten der bayerischen Gesandtschaft in Berlin beruhende Publikation von K. A. v. Müller: Bismarck, in der Dezembernummer der Süddeutschen Monatshefte hingewiesen.

Konservativen gewendet) an Ihren Patriotismus; machen wir gemeinschaftlich Front gegen den schlimmsten Feind, der gegen uns steht."

Mit Aufmerksamkeit wird man auch lesen, wie die Führer der preußischen Konservativen, v. Helldorf und v. Rauchhaupt, sich den letzten Plänen Bismarcks gegen die sozialdemokratische Gefahr versagt haben; aus keinem anderen Grund, als weil sie nicht mit dem damaligen Zentrum zusammen gehen wollten, und aus Mangel an politischer Einsicht. M.

4. Hugo Kerchnawe: „Der Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Wehrmacht im Herbst 1918." Mit zwei Kartenskizzen. J. F. Lehmanns Verlag, München. Das Buch ist ein sehr wertvoller Beitrag zur Darstellung des Zusammenbruchs und seiner Gründe an der Hand des besten Quellenmaterials. Mit Recht sagt der Verfasser dabei: „Wollte man alle Gründe in ihrer Gesamtheit erforschen, so müßte man die Geschichte Österreichs seit 1866 oder 1867 schreiben." Unparteilichkeit waltet allenthalben in der Darstellung, welcher sich der Bericht der österreichischen Heeresleitung über die Schlußereignisse anschließt. Die Absicht des Verfassers drückt sich in den folgenden Worten deutlich aus: „Die Erinnerung an den Zusammenbruch einer alten ruhmreichen Armee nach jahrelangen Kämpfen und damit eines großen mächtig scheinenden Reiches, dessen vielleicht einzige verläßliche, jedenfalls aber verläßlichste Stütze sie war, soll kommenden Geschlechtern nicht verloren gehen."



XV.

Nochmals das Buch des Prinzen Sixtus von Parma.

Herr Graf Revertera hatte die große Liebenswürdigkeit, uns folgende von uns mit aufrichtiger Genugtuung begrüßte Aufklärung zur Verfügung zu stellen:

Heute fiel das Heft 168^{3} Ihrer geschätzten Zeitschrift zufällig in meine Hände. In demselben befindet sich nun ein Aufsatz: „Bayern und die Ziele der französischen Politik“, der sich unter Berufung auf das Buch des Prinzen Sixtus von Parma mit den von mir Anno 1917 und 18 geführten Verhandlungen befaßt.

Erlauben Sie mir eine diesbezügliche Richtigstellung, von der Sie gefälligst im Interesse der geschichtlichen Wahrheit den Ihnen geeignet scheinenden Gebrauch machen wollen.

Die Publikation des Prinzen Sixtus mag, soweit die von diesem Herrn geführten Verhandlungen in Betracht kommen, vollkommen genau sein; in bezug auf meine Mission ist sie es aber gewiß nicht, und das läßt sich damit ganz leicht erklären, daß dem Prinzen nur einseitige Informationen, und zwar die Artikel der Zeitschrift „l'Opinion“, sowie die angeblichen Aufzeichnungen des Grafen Armand zur Verfügung standen. Ich habe mir auch erlaubt, Seine Königl. Hoheit auf diesen wichtigen Umstand aufmerksam zu machen.

Die Aussprüche, die Sie mir auf pag. 181 und 182 des genannten Heftes in den Mund legen und die auf die



Sixtus-Publikation zurückzuführen sind, müssen sowohl dem Wortlaute als auch dem Sinne nach von mir als unrichtig bezeichnet werden. Schon die maßlose Freude, die mir bei Entgegennahme undurchführbarer Vorschläge zugeschrieben wird, deutet darauf hin, daß meine Antwort nur ironisch gemeint sein konnte, — und das war auch in der Tat der Fall. Meine eigenen Aufzeichnungen, die ich zu konsultieren nicht ermangelte, stellen fest, daß ich sofort hinzufügte: man habe sich ohne Zweifel der Zustimmung Bayerns und Schlesiens versichert, denn sonst käme man mit dem von der Entente aufgestellten Prinzipe des Selbstbestimmungsrechtes der Völker in offenen Konflikt. Meines Wissens sei man in Bayern nicht absonderlich österreichisch gesinnt, und es nehme mich Wunder, daß die Schlesier den Wunsch hegen sollten, den österreicheschen Erbländern wieder angegliedert zu werden. — Von dem angedeuteten Widerspruch zwischen Theorie und Praxis in der Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker sagen die französischen Berichte bezeichnenderweise nichts, und von der Ironie, die in meiner sogenannten „freudigen Erregung" lag, nahmen sie (vielleicht absichtlich?) keine Kenntnis. — Ich möchte also ausdrücklich betonen, daß die von der Entente betreffs Bayerns und Schlesiens gemachten Vorschläge im Jahre 1917 von Seiten Österreichs nicht ernst genommen wurden und auch nicht ernst genommen werden konnten. Selbst bei der undenkbaren Voraussetzung, daß sie tatsächlich durchführbar gewesen wären, hätte sich Kaiser Karl nie und nimmer der Illoyalität schuldig machen wollen, sich auf Kosten seiner Verbündeten territoriale Vorteile zu sichern.

Indem ich die vorstehende Richtigstellung der sehr geehrten Redaktion der „Historisch-politischen Blätter" zur Verfügung stelle, bitte ich, den Ausdruck meiner vorzüglichsten Wertschätzung und ausgegeichneten Hochachtung entgegennehmen zu wollen. Gf. Revertera.

XVI.

Der Vertrag von Lana.

Lana war bis vor Kurzem eine Herrschaft des Fürsten Fürstenberg, bekanntlich eines der vertrautesten Freunde des Kaisers Wilhelm. Diese Herrschaft hat die tschechoslowakische Republik in ihren Besitz gebracht und zum Sommersitz ihres Präsidenten, jetzt des ehemaligen Prof. Dr. Masaryk, eingerichtet. Hier in diesem Schlosse ist am 15. Dezember zwischen dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Schober und dem tschechoslowakischen Außenminister Dr. Benesch jener Vertrag über die Beziehungen der beiden Republiken verhandelt und abgeschlossen worden, der seither als Vertrag von Lana in den Zeitungen viel besprochen und von den großdeutschen Auguren als so bedenklich beanstandet wird, daß darüber das Kabinett Schober ins Wanken geraten ist.

Den größten Stein des großdeutschen Anstoßes bildet der Vertrags-Artikel IV, der sagt:

„Die beiden Staaten verpflichten sich, auf ihren Gebieten keine politische oder militärische Organisation zu dulden, die gegen den Bestand und die Sicherheit des anderen Vertragsteiles gerichtet wären. Beide Staaten verpflichten sich weiters, zusammenzuarbeiten und sich gegenseitig zu unterstützen gegen alle Pläne und Versuche einer Wiederherstellung des alten Regimes, sei es unter dem Gesichtspunkt der auswärtigen oder inneren Polkik, sei es hinsichtlich der Staats- und Regierungsform. Die zuständigen Behörden der beiden Staaten werden einander unterstützen, um in diesem Sinne in wirksamer Weise geheime Umtriebe zu bekämpfen."

Der erste Teil dieses Artikels enthält nur die Feststellung eines solchen gegenseitigen Verhaltens der beiden Regierungen, wie es heutzutage, wo alle Staaten strengstens



den Standpunkt der Nichtintervention vertreten, als ganz selbverständlich vorausgesetzt wird. Nicht gewöhnlich dagegen ist der zweite Teil, der „gegen alle Pläne und Versuche einer Wiederherstellung des alten Regimes,“ also unzweifelhaft gegen die Restauration der Habsburger sich wendet. Und ganz ungewöhnlich endlich ist die in diesem Teile enthaltene Klausel: „sei es unter dem Gesichtspunkt der auswärtigen oder inneren Politik.“

Nicht bloß also jeder Restauration der Habsburger, sondern auch jeder sei es äußeren oder inneren Politik der Habsburger muß die Republik Österreich nicht blos entsagen, sondern auch sich widersetzen.

Wahrhaftig: hat die ganze Weltgeschichte je ein Vorbild oder ein Gegenstück eines solchen Vertrages gesehen?

Welches war, wenn man überhaupt im Äußern sowohl wie im Innern von einer spezifischen Habsburgerpolitik reden kann und will, welches war der Inhalt und die Tendenz dieser spezifischen Politik? Es kann als solche nur die katholische Politik genannt und bezeichnet werden, von der ja selbst Kaiser Josef II. durchaus nicht abweichen wollte und auch nicht abgewichen zu sein glaubte, denn er war, wie viele seiner Zeitgenossen, überzeugter Physiokrat und hatte deshalb beispielsweise über die Nützlichkeit gewisser Orden falsche Ansichten.

Haben nun Benesch und Schober in Lana wirklich gegen allen und jeden Katholizismus sich verschwören wollen? Gegen diese Auffassung würde nicht bloß Schober, sondern sicherlich auch Benesch sich höchlich verwahren. Wie auch könnte sonst der Theologie-Professor und Führer der tschechischen katholischen Volkspartei Dr. Schramek noch immer als Eisenbahnminister das Kabinett Benesch zieren?

Wenn aber diese katholische Politik nicht gemeint sein soll, was ist dann, was kann dann mit der Klausel „sei es unter dem Gesichtspunkt der auswärtigen oder inneren Politik“ gemeint sein?

Es wird hier wohl dasselbe wie von allen anderen



politischen Dingen gelten: Die Gegenwart ist nur aus der Vergangenheit zu begreifen. So wird auch der Vertrag von Lana und die in Rede stehende Klausel des Artikels IV richtig nur aus der unmittelbar vorausgegangenen österreichischen Politik zu erklären sein, dies sicherlich umso mehr, als gewiß nicht der Österreicher Dr. Schober, sondern der Tschechoslowak Dr. Benesch als der Urheber des Artikels IV zu betrachten ist.

Was die hier in Betracht kommende politische Vergangenheit betrifft, so hat darüber der deutschnationale Abgeordnete Dr. Medinger am 10. Januar in der Prager Nationalversammlung wohl die beste Auskunft gegeben. Die Rede des Dr. Medinger ist einerseits eine glänzende Verteidigung des heutigen Österreich gegen seine Bedränger — damit jedoch haben wir uns hier nicht zu befassen — andererseits aber eine, freilich durchaus ungewollte, äußerst scharfe Anklage gegen das, was die große Presse alle die letzten Dezennien her die Politik „der Deutschen in Österreich" zu berühmen sich bemüht hat. Es handelte sich in der genannten Prager Parlamentssitzung um die Ratifikation des im März zwischen der Republik Österreich und der tschechoslowakischen Republik abgeschlossenen definitiven Grenzvertrages. Diese Gelegenheit benützte Abgeordneter Dr. Medinger zu einer vollauf berechtigten Kritik der Friedensdiktate von St. Germain usw. Dabei betonte er, ohne Widerspruch zu finden, — ein solcher wäre auch ganz unmöglich gewesen — daß die Tschechen (Dr. Benesch, Dr. Kramarsch usw.) die einzigen Mitteleuropäer gewesen seien, welche bei der neuen Konstruktion Mitteleuropa's das Ohr Clemenceau's und Genossen gehabt hätten. Insoferne also seien diese tschechischen Fachmänner die einzigen und wirklichen Schuldigen an dem Unheil, das die genannten Friedensdiktate in Mitteleuropa angerichtet hätten und das jetzt teilweise auch die Tschechen selbst einzusehen anfingen. Dann aber fuhr Dr. Medinger fort:

„Ich will nicht sagen, daß nur böser Wille gegenüber



den Deutschen Österreichs die Federn geführt hat, vielmehr war es auch die wirtschaftliche Unerfahrenheit. Nur wir hatten wirtschaftliche Interessen in allen Teilen der Monarchie, in Meran und Triest ebenso, wie in Aussig und Witkowitz und Lemberg. Dadurch überschauten wir das Ganze. Die wirtschaftliche Heimat der anderen Nationen war nur das enge, von ihnen selbst bewohnte Gebiet. So fehlte ihnen der Überblick, Wir aber lebten vom kapitalistischen Zusammenhang, den wir etabliert hatten, lebten von der Vermittlung der Arbeit aller Teile. Darum war es verhängnisvoll, daß man gerade uns nicht zur Lösung des Problems zuzog und gegen unsere Warnungen taub blieb. . . ."

Wer waren nun diese „wir", in deren Namen da Dr. Medinger den heutigen Tschechenführern so selbst- und machtbewußt die Leviten las? Das waren „die Deutschen in Österreich", nämlich jene deutsch sprechenden Österreicher, deren politisches und kirchliches Glaubensbekenntnis im undefinierbaren und auch nie definierten und darum ganz geheimnisvollen Deutschtum bestand, jene deutschsprachigen Österreicher, die sich, zeitlich und örtlich verschieden, bald Deutschliberale, bald Deutsch-fortschrittliche, Deutschnationle, Nurdeutsche, Alldeutsche, Deutschfreisinnige, deutsche Antisemiten und der Himmel weiß, wie sonst noch nannten. Jede dieser Parteien wollte die bessere und beste deutsche Partei sein, und über das richtige Deutschtum herrschte immerfort Streit, das blieb eben Geheimnis der Drahtzieher. Wenn es aber um die konfessionelle Schule oder um irgendein politisches oder sprachliches oder manchmal auch nur wirtschaftliches Entgegenkommen an eine nichtdeutsche Gruppe sich handelte, so stimmten alle diese oft so feindlichen Brüder geschlossen wie ein Mann dagegen, tobten über Attentate auf deutschen Geist und deutsches Recht, drohten mit dem Abstreifen der (nichtdeutschen) Bleisohlen, mit dem Magnetberg, der die (deutschen) Eisenklammern aus dem Staatsschiff herausziehen werde, trotzten mit Los-von-Rom, und gelobten hoch und feierlich, einander vom Riesengebirg bis

zur Adria treue Bürgschaft leisten zu wollen; sie bildeten die vielberufene deutsche Gemeinbürgschaft, an welche sich später auch die von Lueger geführte Partei angeschlossen hat, und richteten so im Parlament zwischen Deutschen und Nichtdeutschen eine auch selbst unter und für Katholiken unübersteigliche Barriere auf.

Immerhin haben Uneingeweihte in dieser deutschen Gemeinbürgerschaft bisher wesentlich nur eine ideale Vereinigung und Verbindung erblickt. Es ist daher für alle diese Uneingeweihten eine wahre Enthüllung, wenn Dr. Medinger in seiner Rede vom 10. Jänner mit der blanken Erklärung herausplatzte: „Wir aber lebten vom kapitalistischen Zusammenhang, den wir etabliert hatten", und wenn er weiter, um diesen kapitalistischen Zusammenhang plastisch anschaulich zu machen, auf Meran, Triest, Aussig, Witkowitz und Lemberg exemplifizierte. Also war die deutsche Gemeinbürgschaft keineswegs bloß eine ideale, beispielsweise kulturelle Vereinigung, o nein, sie war wesentlich auch, in den Augen des Dr. Medinger offenbar hauptsächlich, eine Vereinigung zum Schutze und zur Ausbreitung des deutschen Kapitals, eine große, weitverzweigte kapitalistische Vereinigung, die ihren prägnantesten Ausdruck im Namen Witkowitz, dem weitbekannten großen Eisenwerke des Wiener Rothschild, findet, es war eine nationalkapitalistische Vereinigung zur Erhaltung, Ausbreitung und Sichernng der politischen Macht des, wie gesagt, nie definierten, also heute noch von einem dichten Schleier umhüllten Deutschtums.

Welches aber war die Stellung des Tschechentums zu dieser politisch-nationalen Assekuranz-, Erwerbs- und Spekulations-Gesellschaft des österreichischen Deutschtums? Darauf gibt jede Sprachenkarte Europas eine ganz klare, jeden Zweifel ausschließende Antwort.

Tschechen sind diejenigen Bewohner Europas, die sich der tschechischen Sprache zur gegenseitigen Verständigung bedienen. In kompakter Masse sind die Tschechen nur in den Ländern Böhmen und Mähren der ehemaligen öster-



reichischen Monarchie angesiedelt, außerhalb der Monarchie gab und gibt es keine größere Tschechen-Siedelung. In Böhmen und Mähren aber sind die Tschechen ringsum wie von einem deutschen Meer umgeben, dessen Wellenschläge namentlich seit Sedan mitunter sehr gewaltig gegen sie anbranden. Nur gewissermaßen durch eine schmale Landzunge stehen sie mit den Slowaken in Ungarn in einer unmittelbaren Verbindung.

In dieser außerordentlich exponierten Lage sich als besondere Sprachgemeinschaft zu behaupten, war und ist gewiß keine leichte Sache und bedurfte einer beständigen Wachsamkeit. Ein starker Nationalismus also, wie man dieses Gefühl und Bewußtsein heutzutage nennt, liegt bei den Tschechen in der Natur der Dinge und Verhältnisse. Das Recht aber, das natürliche Recht, als besondere Sprachgemeinschaft zu existieren und in dieser Existenz geschützt zu sein, dieses natürliche Recht dürfen und können die Tschechen selbstverständlich ebensogut in Anspruch nehmen wie die Deutschen. Und die allererste Bedingung der Existenzmöglichkeit war, wie wieder ganz selbstverständlich, ja fast naturrechtlich begründet ist, die Sicherung des bleibenden Zusammenhanges dieser Sprachgemeinschaft. Diese Sicherung drückte sich aus in der Anerkennung des böhmischen Staatsrechtes, wofür sich im Beginn seiner politischen Tätigkeit auch Prinz Alois Liechtenstein ausgesprochen hat. National, das heißt in diesem Falle: sprachpolitisch bedeutet also die Anerkennung des böhmischen Staatsrechtes — das ist die Anerkennung Böhmens mit Mähren als eines selbstständigen Königreiches — nichts anderes als die staatsrechtliche Feststellung, daß das Gebiet dieses Königreiches nie zerrissen und geteilt oder gar aufgeteilt und damit auch die bestehende tschechische Sprachgemeinschaft nie zerrissen, geteilt oder gar aufgeteilt werden darf. Denn es wäre bei der geschilderten Sachlage im Falle einer Departementisierung Österreichs nach französischem Muster, wie sie von den Deutschliberalen nicht selten gewünscht wurde, wahrhaftig



keine sonderlich große Kunst gewesen, die Tschechen an die umliegenden deutschen Departements so aufzuteilen, daß sie dort überall in die Minorität gekommen und verwaltungsrechtlich jeden Zusammenhang verloren hätten. Jedenfalls im Sinne der staatsrechtlichen Unteilbarkeit der tschechischen Wohnsitze also konnte und durfte die Anerkennung des böhmischen Staatsrechtes den Tschechen dauernd nicht verweigert werden und wenigstens im Prinzip hat Kaiser Franz Josef dieses Recht auch immer anerkannt.

Eine zweite Existenzbedingung des Tschechentums ergab sich aus der positiven Gesetzgebung des Staates. Sie bestand in der Forderung der Gleichberechtigung der beiden Landessprachen. Mit Gesetzeskraft hatte Kaiser Josef seinerzeit verordnet, daß jeder Staatsbeamte der deutschen Sprache mächtig sein müsse. Was diese Vorschrift in einem vielsprachigen Reiche bedeutete, bedarf gewiß keiner Erklärung. Die Anordnung ist andauernd in Kraft geblieben und auch von den Tschechen, wenigstens solange daneben die Patrimonialgerichtsbarkeit bestand, unschwer ertragen worden. Als aber mit der Aufhebung der letzten Reste des Feudalsystems die gesamte Justiz und Verwaltung auf die Staatsbureaukratie überging und als außerdem im Jahre 1861 die Völker Österreichs unter Schmerling aufgerufen wurden, durch Abgeordnete an der staatlichen Gesetzgebung mitzuwirken, begannen selbstverständlich alle nichtdeutschen Abgeordneten mit steigendem Nachdruck zu verlangen, daß die Beamten nicht bloß der deutschen, sondern je nach den Länderverhältnissen auch der anderen Volkssprachen mächtig sein müßten. In Böhmen speziell wurde von den Tschechen mehr und mehr gefordert, daß nach Vorschrift alter Landesgesetze, welche für Böhmen die volle Gleichberechtigung der tschechischen mit der deutschen Sprache anordneten, die Staatsbeamten außer der deutschen auch der tschechischen Sprache mächtig sein, die Schulen also, welche der Heranbildung der Beamten dienten, in diesem Sinne eingerichtet werden sollen.

Man ersieht leicht, daß diese Sprachforderung in einem



untrennbaren inneren Zusammenhang mit der Frage der Anerkennung des böhmischen Staatsrechtes steht. Freilich war er im Laufe der Zeit etwas gelockert worden. Als Ferdinand II. nach der Schlacht am weißen Berge die Sprachengleichberechtigung festsetzte, bedeutete dies für die deutsche Sprache einen großen Gewinn an Recht und Geltungsgebiet. Jetzt nach Kaiser Joseph aber und nach langem Absolutismus, wo die deutsche Sprache tatsächlich einen gewissen Vorzug erlangt hatte, jetzt erschien vielen Deutschen namentlich in Böhmen die bloße Gleichberechtigung der deutschen Sprache als eine Zurücksetzung, Degradation derselben, die sie, insbesondere nach Sedan, keinesfalls mehr ertragen wollten. Gegen diese vermeintliche Zurücksetzung erhob sich die liberale deutschböhmische Intelligenz mit aller Kraft und mit den zweifelhaftesten Mitteln und sie ruhte nicht eher, bis sie das zustande gebracht hatte, was Dr. Medinger in der zitierten Rede vom 10. Januar so anschaulich dargestellt hat.

Dabei ist noch ein anderer Umstand von wesentlicher Bedeutung. Als es sich um das Jahr 1860 darum handelte, den bisherigen Absolutismus durch ein mehr zeitgemäßes System zu ersetzen, entstand natürlich die Frage, ob gerade das parlamentarische System mit seinem Majoritätsprinzip, wie es sich aus der französischen Revolution entwickelt hatte, als die passende Reform sich bewähren werde. Es fehlte wahrlich nicht an Warnungen, insbesondere die sogenannten Feudalen wie Leo Thun warnten. Aber die liberale deutsche Intelligenz besonders in Deutschböhmen schlug die Bedenken der „Reaktionäre" in den Wind und verspottete sie in allen Tonarten. Diese selbe Intelligenz mußte bald ebenso wie seinerzeit Kaiser Joseph zuerst ganz Ungarn und Kroatien aus ihrer Rechnung streichen, sie mußte — mit Annahme des Dualismus — dort das deutschsprachige Element rückhaltlos den Magyaren preisgeben. Sie mußte ferner die Zustimmung zu ihrem Regime im westlichen Teile der Monarchie von den Polen Galiziens damit erkaufen, daß



sie ihnen in ihrem Lande das ganze Schulwesen und die gesamte deutsche Verwaltungssprache, die äußere nicht bloß, sondern auch die innere, opferte. Dies Alles aber konnte natürlich die Tschechen in ihren Forderungen nur erst recht bestärken, denn was den Ungarn und Polen staatsrechtlich und sprachlich recht war, mußte ihnen allermindestens billig sein, umso mehr, als es ihnen gar nie eingefallen war, in Böhmen die deutsche Dienstsprache völlig verdrängen zu wollen, wie es die deutsche Intelligenz den Ungarn und Polen soeben restlos zugestanden hatte. Je länger der Widerstand dauerte, desto erbitterter wurde die Stimmung unter den Tschechen, desto erfolgreicher war auch die Arbeit der Hetzer. Und da sei eine Zwischenbemerkung gestattet. Es wird vermutlich vielen Leseru der hier betonte Zusammenhang der Dinge mehr oder weniger neu, vielleicht auch ganz neu erscheinen. Denn nicht bloß der gesamte nationalliberale, sondern auch ein großer Teil der Zentrumspresse Deutschlands hat diese Zusammenhänge, natürlich vielfach nur aus Unkenntnis, beharrlich verschwiegen. Seit Sedan blies eben alles, was in der großen Welt als deutsch gelten wollte, gerne in dasselbe Horn der vorhin gekennzeichneten deutschen Gemeinbürgschaft. Jene deutschsprachigen Österreicher aber, welche anders als die Gemeinbürgschafts-Deutschen dachten, sprachen und handelten, wurden in dieser ganzen Presse nie als Deutsche anerkannt, sondern mit eiserner Konsequenz als Feudale, Klerikale, die Tiroler, wie der bekannte Msgr. Greuter, geradezu als schwarze Tschechen verspottet — bis, wie erwähnt, schließlich auch Lueger in diese Gemeinbürgschaft einschwenkte und dadurch bei den „vorgeschrittenen" Tschechen auch den letzten Rest von Bedenken, die etwa noch auftauchen mochten, zerstreute.

Nach diesen hier angeführten Tatsachen kann wohl niemand mehr darüber im Zweifel sein, was der Artikel IV des Vertrages von Lana eigentlich besagen will: wenn die Deutschen Österreichs mit den Tschechen Frieden und Freundschaft haben wollen, so müssen sie auf die deutsche Gemein-



bürgschaft loyal verzichten und dürfen wenigstens die nächsten fünf Jahre — solange läuft der Vertrag — nicht mehr, weder im Äußeren noch im Innern, darauf zurückgreifen wollen.

Mit dieser Definition der Tendenz des Artikels IV des Vertrages ist auch schon die Tendenz des Vertrages im Ganzen angedeutet. Es muß dabei nur festgehalten werden, daß das Konzept des Vertrages offenbar von Dr. Benesch und keineswegs von Dr. Schober stammt. Das will sagen, daß die Initiation zum Vertrag von Dr. Benesch ausgegangen ist, wie dies übrigens auch nach den wiederholten Erklärungen des Dr. Schober selbst in der Natur der heutigen Verhältnisse gelegen sein soll. Österreich, so beiläufig hat Dr. Schober schon mehrmals wiederholt, Österreich ist heute durchaus nicht in der Lage, eine eigene auswärtige Politik zu verfolgen, es ist in dieser Beziehung darauf angewiesen, mit allen Nachbarn in möglichst freundliche Beziehungen zu gelangen. Umgekehrt hebt Dr. Benesch bei jeder Gelegenheit die Aktivität seiner Politik hervor. Es handelt sich also bei Beurteilung des Vertrages im Ganzen darum, zu erkennen, welches wohl die Richtschnur sein mag, die Dr. Benesch den anderen Nachfolgestaaten der Monarchie gegenüber verfolgt. Diese Richtschnur ist in erster Linie zweifellos eine rein negative: unbedingte Ausschließung jeder Habsburger-Restauration.

Die in einem großen Teil der tschechischen Intelligenz vorherrschende Abneigung gegen die Habsburger wird vielleicht am besten durch folgende Reminiszenz illustriert: Zu Beginn der siebziger Jahre, also gerade vor beiläufig fünfzig Jahren, hat der bekannte Professor für österreichische Geschichte an der Wiener Universität Dr. Albert Jäger eine seiner zahlreich besuchten Vorlesungen mit der Bemerkung geschlossen: Es freue ihn zwar sehr, daß seine Vorlesungen im Anfang stets auch von vielen böhmischen Hörern besucht würden, um so schmerzlicher aber berühre es ihn, jedesmal auch die Beobachtung machen zu müssen, daß, sobald er auf den



Streit zwischen Przemysl Ottokar und Rudolf von Habsburg zu sprechen komme, das Auditorium sich auffallend lichte.

Bekanntlich — es war an diesem Zwischenfalle mit in erster Linie auch Bayern beteiligt — hat das Kurfürstenkollegium bei der Wahl Rudolfs von Habsburg die böhmische Kurstimme, jene des Przemysl Ottokar, ausgeschlossen. Der Streit der Historiker, ob diese Ausschließung ganz zu recht geschehen ist, scheint auch heute noch nicht völlig entschieden zu sein. Jedenfalls vertreten viele tschechische Mittelschulprofessoren schon seit mehreren Dezennien die Auffassung, daß dabei dem Böhmenkönig großes Unrecht geschehen sei, und teilen diese Auffassung auch den Schülern mit, wodurch, sowie aus späteren Ereignissen, in dieser so herangebildeten Intelligenz die habsburgfeindliche Stimmung wach erhalten wird.

Przemysl Ottokar war eben mit sichtlichem Erfolg daran gewesen, ein Donaureich, wie die spätere habsburgische Monarchie, von Prag aus aufzurichten; seine Pläne sind erstlich durch die Wahl und dann auch durch die Tätigkeit Rudolfs von Habsburg vereitelt worden. Alles deutet nun darauf hin, daß der ebenso ehrgeizige wie tätige Dr. Benesch ungefähr die Pläne Przemysl Ottokars wieder aufzunehmen und ihnen mit den modernen Mitteln, welche die heutige Zeit bietet, näher zu kommen sucht. Die kleine Entente war der Anfang. Jetzt sollen, wenn möglich, auch Österreich und Ungarn einbezogen werden. Der Vertrag von Lana enthält ja in seinen übrigen Teilen mehrere Bestimmungen, die, wenn sie loyal durchgeführt werden, der Republik Österreich die Existenz zweifellos erheblich erleichtern können.

Natürlich läßt sich Dr. Benesch nicht in die Karten blicken. Seine näheren oder weiteren Pläne sind also nicht genauer erkennbar. Aus gewissen Pressestimmen scheint nur hervorzugehen, daß er momentan im Zweifel darüber ist, ob er seine Pläne fortan auf englischen, oder, wie bisher, auch weiterhin auf französischen Krücken verfolgen soll.



XVII.

Vom Südslawen-Staat.

In der ersten Hälfte des November waren in Portorose die Vertreter der Nachfolgestaaten der ehemaligen österreichischen Monarchie versammelt. Die große Entente, welche diese Staaten geschaffen, hatte die Konferenz arrangiert, um wenigstens die schreiendsten Schäden, welche aus der Trennung resultierten, einigermaßen zu beheben. Es waren dieser Staaten nicht weniger als sieben: Österreich, Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, Rumänien, Südslawien und Italien. Von diesen sieben Sukzessionsstaaten hat das Kriegsschicksal fünf — Tschechoslowakei, Polen, Rumänien und Südslawien — zu den Siegerstaaten eingereiht, und nur zwei, die jetzigen Kleinstaaten Österreich und Ungarn, hat das Mißgeschick der Besiegten getroffen. Im Januarheft haben wir beiläufig das Schicksal eines der Unglücksstaaten, Österreichs, dargelegt. Südslawien soll uns den tiefen Sinn eines der Glücksstaaten offenbaren.

Am 6. November hat König Alexander in der Belgrader Skupschtina den Verfassungseid abgelegt, in welchem es heißt: „Ich schwöre anläßlich der Besteigung des Thrones des Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen, daß ich die Einheit der Nation, die Unabhängigkeit des Staates und die Integrität seines Territoriums . . . schützen werde“.

Obwohl gewiß in einem Königseid jedes Wort genau abgewogen sein soll, mag es dennoch mehr nebensächlich erscheinen, daß das politische Gebilde, dessen oberster Repräsentant König Alexander sein will, das eine Mal Königreich, das andere Mal Staat genannt wird. Auffallen aber muß jedenfalls auch dem oberflächlichsten Leser, daß im Titel des Königreichs drei Nationen — Serben, Kroaten und Slowenen — genannt erscheinen und daß unmittelbar



darauf der Schutz der Einheit der Nation eidlich gelobt wird, ohne daß jedoch diese eine Nation genannt würde. Entweder sind Serben, Kroaten und Slowenen drei Nationen, dann sind es eben drei Nationen und nicht eine Nation, oder diese Serben, Kroaten und Slowenen sind nur gewissermaßen Spielarten einer und derselben Nation, dann muß diese eine Nation auch einen einheitlichen Namen haben und das einheitliche Königreich muß den einheitlichen Namen dieser Spielarten tragen.

Offenbar soll „Südslawen" dieser einheitliche Name dieser drei Spielarten sein. Nun kennt die Geschichte wohl Westgoten und Ostgoten, aber doch nur als geographische, nicht als besondere nationale Bezeichnungen. Ebenso können Nord- und Südslawen nur geographische, nicht aber auch nationale Bezeichnungen sein. Aber wie verschiedene andere Wunder bringen die modernen Demagogen auch das Wunder zustande, nicht bloß aus Abstammung und Sprache, aus Kultur und Geschichte, sondern auch aus Weltgegenden Nationen zu formen. Und die moderne Statistik erweist sich auch hierin als willfährige Dienerin.

Vor kurzem sind einige Daten aus der im Februar stattgehabten Volks- und Viehzählung dieses Staates veröffentlicht worden. Hiernach wären bei dieser Zählung 9,546,000 Südslawen erhoben worden. Diese Südslawen offenbar sind also die im Königseid erwähnte einheitliche Nation der Serben, Kroaten und Slowenen, die, wie man weiß, in historischer Zeit nie vereinigt gewesen sind. In der genannten Gesamtsumme machen diese drei Nationen allerdings die übergroße Majorität der Gesamtbevölkerung des Königreichs aus.

Unter den Minoritäten, die in dieser Statistik angeführt erscheinen, nehmen die Deutschen mit 508 000 Seelen die erste Stelle ein. Dann folgen die Magyaren mit 494 000, die Albaner mit 479 000, die Rumänen mit 178 000 Seelen. Von kleineren Splittern abgesehen sind es also, die drei Majoritäts-Nationen Serben, Kroaten und Slowenen ein-

gerechnet, sieben Nationalitäten, deren Rechte laut Inhalt der Friedensverträge zu respektieren sind.

In kirchlicher oder konfessioneller Beziehung werden 5 450 000 (47%) Orthodoxe, 4 474 000 (35%) Katholiken und 1 343 000 (11%) Mohammedaner ausgewiesen. Die Orthodoxen verteilen sich wieder auf Serben, Rumänen, Albaner, die Katholiken auf Kroaten, Slowenen, Deutsche, Serben und Rumänen, die Mohammedaner auf Kroaten, Serben und Albaner. Dazu kommen in nationaler Beziehung noch italienische, bulgarische, kutzowallachische, in konfessioneller lutherische und kalvinische Splitter.

Sowohl nationalsprachlich wie kirchlich-konfessionell also gehen in diesem kleinen Staat die Mischungen und Spaltungen weiter als beispielsweise im viel größeren Frankreich. Die relativ bedeutendste Gruppe bilden zweifellos die Serben, dies um so mehr, als bei denselben — mit verhältnismäßig geringen Ausnahmen — Nationalität und Konfession zusammenfallen, d. h. im allgemeinen jeder Serbe auch orthodox ist. Allerdings trifft dies ungefähr in demselben Maße auch bei den Kroaten und Slowenen zu, insofern im allgemeinen jeder Kroate und Slowene auch katholisch ist. Dieser Umstand fällt aber hier um so weniger ins Gewicht, als Slowenen und Kroaten nicht einmal vereint, geschweige natürlich einzeln die numerische Stärke der Serben erreichen. Außerdem erhält das Serbentum noch dadurch eine nicht unerhebliche Verstärkung, daß die liberalen Kroaten und Slowenen und ebenso auch die Mohammedaner aus verschiedenen Gründen lieber den Serben als ihren ausgesprochen katholischen Sprachgenossen sich anbequemen.

Das serbische Übergewicht kommt derzeit auch im Belgrader Parlament zum sozusagen greifbaren Ausdruck. Die Majorität setzt sich eben aus den genannten Elementen zusammen. Die regelmäßige Majorität bilden wie im früheren kleinen so auch im heutigen Großserbien wieder die zwei spezifisch serbischen Parteien, wovon die eine Demokraten, die andere Radikale sich nennen. Ihre Kämpfe um die Macht fechten



die ersteren mit zentralistischen, die letzteren mit autonomistischen Schlagworten aus. Die aus diesen Rivalitäten sich zeitweilig ergebenden Verlegenheiten der beiden serbischen Parteien sind dann manchmal die Gelegenheiten der bosnischen Mohammedaner oder slowenischen Liberalen; momentan sind in dieser Beziehung die Mohammedaner an der Reihe und teilen sich mit den derzeit noch koalierten Demokraten und Radikalen in die Macht.

Doch ist dies nur die augenblickliche Situation. Um ein zuverlässigeres Bild zu gewinnen, müssen notwendig noch andere Momente in Betracht gezogen werden.

Erstens ist die Skupschtina derzeit überhaupt nicht vollzählig. Denn einmal fehlen darin etwa 20 Kommunisten, deren Mandate nach dem bekannten Attentat auf den damaligen Prinzregenten und jetzigen König von der Skupschtina ganz willkürlich annulliert und bisher nicht regelrecht wieder besetzt worden sind. Dann aber fehlen auch rund 50 kroatische Abgeordnete der Raditsch-Partei, welche der am letzten Vidovdan (serbischen St. Veitstag, 28. Juni) beschlossenen Verfassung prinzipiell die Anerkennung verweigern und dagegen eben durch ihre ständige Abwesenheit protestieren. Schon in Berücksichtigung dieser Umstände kann also die jetzige Skupschtina eigentlich nur ein Rumpf-Parlament genannt werden.

Zweitens sind bei den letzten Wahlen die Deutschen und Magyaren ꝛc. vom Wahlrecht ausgeschlossen gewesen. Man hat nämlich diesen Minoritäten eine Optionsfrist zur Aus- resp. Rückwanderung in ihren früheren Staat (Ungarn, Österreich) vorbehalten, und da die Optionsfrist bei den letzten Wahlen noch nicht abgelaufen war, hat man diesen Wählern, weil sie noch nicht endgiltig optiert hätten, das Wahlrecht vorenthalten. Die nächsten Wahlen werden zweifellos auch einige Deutsche, Magyaren, Rumänen in die Skupschsina bringen und so das Mosaik dieser Körperschaft vervollständigen.

Übrigens sorgen auch andere Umstände dafür, daß die



großserbischen Bäume nicht in den Himmel wachsen. Der Bestand der jetzigen Verfassung wird nicht bloß von der vorerwähnten kroatischen Raditsch-Partei passiv, sondern auch von der slowenischen Volkspartei des Dr. Koroschetz aktiv angefochten. Die letztere Partei erscheint zwar im Parlament, treibt also nicht Abstinenzpolitik, im Parlament aber ficht sie ungefähr in derselben Linie mit der Raditsch-Partei für die Revision der Verfassung im föderalistischen oder jedenfalls autonomistischen Sinne.

Es besteht ferner auch die montenegrinische Frage. Das montenegrinische Königshaus und dessen Anhang im Lande wollen auf die Selbständigkeit Montenegros nicht verzichten, und die Regierung des Königs Viktor Emanuel, der bekanntlich ein Schwiegersohn des unlängst verstorbenen Königs Nikolaus von Montenegro ist, hat erklärt, die Aspirationen der montenegrinischen Legitimisten unterstützen zu wollen. Die montenegrinische Königin-Witwe Milena und ihr Anhang verlangen für Montenegro eine freie Volksabstimmung, die über das Schicksal des Landes entscheiden soll. Diese Erklärung der italienischen Regierung hängt aber zweifellos weniger mit der königlichen Verwandschaft als mit der Adriafrage zusammen. Die heutigen Italiener als tatsächliche Nachfolger der Dogen-Republik Venedig haben die Adria stets als mare nostro, als eigeutlich italienisches Meer betrachtet und reklamiert. Im Vertrag von Rapallo haben sie sich alle kommerziell und strategisch wichtigsten Stützpunkte in diesem Meere gesichert. Die Serben, die zu Altösterreichs Zeiten immer den Ruf „An's Meer!“ erhoben haben, sind mit der Besitznahme des größeren Teiles von Dalmatien ja allerdings ans Meer gekommen, aber auf das Meer werden sie voraussichtlich, so lange das heutige Italien besteht, niemals recht gelangen. Dafür hat, wie gesagt, schon der Vertrag von Rapallo gesorgt und der italienische Kriegsgenosse Serbiens wird zweifellos auch weiterhin dafür zu sorgen wissen. Die wichtigsten Mittel in dieser Richtung heißen: Fiume, Montenegro, Albanien, Griechenland.

Fiume ist zum Freistaat erklärt, aber unter italienischem Protektorat. Von Fiume geht die Kette über den Quarnero nach Spalato. In Montenegro unterstützt Italien die Selbständigkeitsbestrebungen und sichert sich so den Einfluß auf dieses Land. Dasselbe gilt von Albanien; auch hier tritt Italien als Anwalt der von den Serben bedrohten Selbständigkeit auf und bekundet zugleich offen seine Bereitwilligkeit, die Griechen da als Partner gegen die Serben anzunehmen. Auf der ganzen Ostseite der Adria also gräbt Italien den Serben sowohl das politische wie auch das wirtschaftliche Wasser ab. In der Adria hat Italien seinem südslawischen Kriegsgenossen förmlich vor der Nase den Rahm abgeschöpft. Das ist schon geschehen. Und wenn man in Belgrad jetzt anläßlich der Verlobung des Serbenkönigs mit einer Tochter des Rumänenkönigs unter Anspielung auf die daraus gleichzeitig entstehende Verwandtschaft mit dem griechischen Königshaus die Bildung eines auch Bulgarien und Griechenland umfassenden Balkanbundes ankündigt, als wollte man den Spruch zur Geltung bringen: tu felix Serbia nube, so würde diese größte Unwahrscheinlichkeit für die Adriafrage auch selbst im bejahenden Falle viel zu spät kommen.

Resumierend kann wohl gesagt werden: Der Serbismus wird in und mit dem neuen Südslawenstaat weder in kirchlicher, noch nationaler, noch außenpolitischer Beziehung zu jener Blüte und Entfaltung gelangen, die er schon lange heiß ersehnt und von der Entzündung des Weltkrieges durch die Mordtat von Serajewo sicher erhofft hat. Dem Serbismus, dieser untrennbaren Verbindung von Orthodoxie, Nationalismus und Eroberungspolitik, stehen der größte Teil der Kroaten und ein großer Teil der Slowenen entschieden ablehnend gegenüber, eine direkte Unterstützung wird er auch bei den liberalen Slawen nicht finden, und die Lutheraner und Mohammedaner werden ihn nur dann gewähren lassen, wenn sie selber davon unberührt bleiben. Die Cyrillica, diese altslawische Schreibweise, die nicht bloß



einen nationalen, sondern auch kirchlichen Bestandteil des Serbismus bildet, wird sicherlich auch weiterhin bei allen Nichtserben entschlossensten Widerstand finden; hinsichtlich der Sprache selbst aber hat der Serbismus sich an den zugewachsenen Deutschen, Magyaren und Rumänen wohl selber neue Schranken aufgerichtet.

Das frühere kleine Serbien war in Bezug auf Schriftart, Sprache, Kirchentum, folglich auch in allen wichtigen Rechtsauffassungen fast vollständig homogen; der Parteienstreit, so laut er zeitweilig tobte, reduzierte sich im Grunde auf persönliche Rivalitäten. Diese alten Rivalitäten hat das neue Großserbien übernommen, durch die Vergrößerung aber eine ganze Reihe nationaler und kirchlicher Differenzen und Divergenzen dazu bekommen. Dies hinsichtlich der inneren Politik.

Die äußere Politik anlangend kann dieselbe nur auf das Meer gerichtet sein. Und da kommen nur entweder das ägäische oder das adriatische Meer in Betracht. Das ägäische Meer, Saloniki, ist fest in der Hand der Griechen, alle wichtigsten Punkte der Adria aber sind noch fester in der Hand der Italiener.

Wenn diese Darstellung wenigstens in der Hauptsache unumstößlich ist, so ist es wohl eine wahre Preisfrage: Welche ratio existendi hat nun eigentlich der neue Südslawenstaat? Ein orthodox-serbischer Nationalstaat kann er nicht sein, dazu ist die Zahl sowohl seiner andersgläubigen wie andersnationalen Bewohner viel zu groß, ein katholischer Staat will er nicht sein, und ein Nationalitätenstaat wie das alte Österreich soll er nicht sein. Da er so, wie er ist, weder in der inneren noch in der äußeren Politik sein Genüge finden kann, so ist er zur ewigen Unruhe verurteilt, er ist förmlich wie neugeschaffen, um den Balkan nicht zur Ruhe kommen zu lassen. J—l.

XVIII.

Das entwicklungsgeschichtliche Problem der Romantik.[1])

Emil Jenal, Freiburg (Schweiz).

Die im Irrgarten der romantischen Forschung gereifte Flora wirkt mit so schillernder Buntheit und bestrickender Mannigfaltigkeit, daß der nach beglückender Einheit brennende Wanderer, des grellen Farbenspiels müde, ihn verwirrten Sinnes verläßt, als hätte er Armidas berauschenden Wonnehain genossen. Entgegen dem Zauberweib in Tassos grandiosem Epos weint die Armida des romantischen Gartens solchem Scheidenden keine rührselige Träne nach. Sehr verständlich! Der sichtende und richtende Kenner ist verpönt. Kommt zu heiligen Zeiten ein distinguierter Held, der das sphinxartige Abrakadabra der Romantik zu enträtseln sich erbötigt, erntet er nur abfällige Kritik. Denn leichter spaziert's sich zwischen Heckenrosen und üppig wucherndem Schlingkraut, als Gestrüpp zu roden und breite Striche des Feldes auf der Suche nach dem echtem Ring erst mühsam abzugraben.

Kaum ein Gebiet des deutschen Schrifttums hat die Kritikergilde vieldeutiger und unschöpferischer abgestelzt als die Zeit der Romantik. Aber auch keine dichtenden Zeitgenossen haben einander, ihre Vergangenheit und ihr Kunstideal so schlecht erfaßt, wie vor just einem Jahrhundert die Romantiker: Manche empfanden die Poesie Hardenbergs und E. T. Hoffmanns als eine Krankheit. „Der Rosenschein in den Dichtungen Novalis ist nicht die Farbe der Gesundheit, sondern der Schwindsucht, und die Purpurglut in Hoffmanns Phantasiestücken ist nicht die Flamme des Genius, sondern des Fiebers." Arnim findet den „Oster-

1) Den nachfolgenden Ausführungen wird wohl auch von unseren Lesern nicht ohne Vorbehalt zugestimmt werden. D. H.

dingen" recht mittelmäßig, ja elend. Brentano liest ihn mit physischem Ekel. Von den Romantikern vollends Aufklärung über ihr Dichtungsprinzip und den Sinn ihrer Bewegung heischen, ist ein verwegenes Spiel. Friedrich Schlegels Definitionen der Romantik sprechen verblümt sein eigenes Unvermögen aus, logischer Begriffsbestimmungen Herr zu zu werden. Sie taugen ja nichts, sie müßten denn „witzig" sein. Leicht gesagt: „Das ist ihr eigentliches Wesen, daß sie ewig nur werden, nie vollendet sein kann." Als ob dies nicht das Schicksal jeder Kunst umschreiben hieße, vom sophokleischen Chorgesang bis herab zum Lautenschlagen! Für August Wilhelm Schlegel ist die Romantik nicht die schaffende Bewegung, sondern ein zu erstrebender Idealzustand. Und Novalis gibt die dämmerhafte Erklärung ab: „Absolutierung, Universalisierung, Klassifikation des individuellen Moments, der individuellen Situation ist das eigentliche Wesen des Romantisierens". Man möchte mit Droste-Hülshoff beten: Herr, ich glaube — hilf meinem Unglauben! Ernst Moritz Arndt hat in seinem „Geist der Zeit" erstmals einen tiefen Blick ins völkerbiologische Gefüge getan, das des Rätsels Deutung birgt.

Als wesentliche Erkenntnis gilt: Die Romantiker haben ihrer Bewegung letzten Sinn so spärlich belichtet, weil die Fülle der Erkenntnis ihnen fast durchweg versagt blieb, die aus der genetisch-historischen Betrachtnng ihrer Grundlagen und Vorgänger sieghaft bricht.

Die deutsche Literaturwissenschaft — tat ein Gleiches. Heine und Brandes zeigten mit dem Eifer schadenfroher Chirurgen die Mängel und Gebresten der romantischen Bewegung. Im Pagendienst des politischen Liberalismus und der kühl kalkulierenden Professorenweisheit sprachen H. Hettner und R. Haym, vor schreienden Ungerechtigkeiten und platten Tollheiten nicht zurückschreckend. Die feminine Neuromantik zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts hieß Ricarda Huch und Marie Joachimi das Wesen der romantischen Dichtung erstreben: neben bereits notorischem Wissen viel feuilletoni-



stisches Plaudern über Nebensachen. Christoph Flaskamp bezeichnet das Romantische als „ein Zuwidersprechen und ein Zuwiderhandeln gegen den Materialismus, gegen die nüchterne Wirklichkeitsansicht, der Mensch und Natur als rein aus sich, rein an und für sich selbst, ohne übersinnliche und übernatürliche Beziehungen da zu sein scheinen". Alle einverstanden? Hermann Bahr protestiert — und kramt eine wunderliche Weisheit aus: „Romantisch ist, wer sich von jeder Erscheinung aus auf den Weg zu Gott macht. Auf diesem Wege sein, schon von der Erscheinung weggegangen, aber noch bei Gott nicht angekommen oder auch von Gott eben wieder zurückkehrend zur Erscheinung, ist Romantik. Die Wahlverwandtschaften und Wanderjahre." Ist das der Weisheit letzter Schluß? Schwer wird solches mir zu glauben. Nach diesen proteusartigen Begriffsmetamorphosen hält es freilich nicht mehr schwer, mit Dr. Kralik und Dr. Runcaglia gleich die halbe Welt zu Romantikern zu stempeln: Jeremias Gotthelf, Wilhelm Meinhold, Gottfried Keller, Otto Ludwig, Riehl, Handel-Mazzetti, Fidelis von Sigmaringen, Nikolaus Ruska, Prevost Zambra, Anton Orel, Karl Lueger, Vogelsang und Ungezählte bis auf den heutigen Tag. Freunde, wir haben's erlebt! Die Definition der Romantik als „Fleisch und Blut gewordene Religiösität" läßt letzten Endes post festum noch alle himmlischen Heerscharen Romantiker gewesen sein, trotzdem Paulus sich sträuben würde, mit Ludwig Tieck in einem Atemzuge genannt zu werden. So weit kam man, historische Begriffe verwegen biegend und fälschend.

Richard Kralik hofft alles Heil von einer negativen Definition. R. M. Meyer, in seiner „Literaturgeschichte des (deutschen) 19. Jahrhunderts", vergaß die müdgeleierte Frage nicht: Was ist Romantik? Wohl steht Originelles und Schönes über die Romantiker zu lesen. Die Deutung aber, die er sich schuldig geblieben, läßt er uns in ägyptischen Traumbüchern suchen. Man wechselt, unzufrieden mit der eigenen Forschung, den Standpunkt wie bunte Krawatten:

den ästhetischen, den universellen, den nationalen, den ultrakonservativen, den radikalen, den humanitären, den katholischen, den erzprotestantischen. Die grundverschiedenen, oft kontradiktorischen Kriterien konnten nur heillos verwirren.

Das verdient als Tatsache festgenagelt zu werden: nimmer fällt Licht auf die ostdeutsche Bewegung aus der Befragung des Wortsinnes. Lieber glaubte ich an delphische Orakelsprüche. Was Konrad Burdach in seiner Renaissanceforschung über Jakob Burckhardt erhob, führt den Romantikforscher nur tiefer ins mysteriöse Halbdunkel phantastischen Zungenredens.

Was all die neunmalweisen Kritiker und Literarhistoriker übersahen, war just die Aufklärung und Einigung bergende Hauptsache: das genetische Problem der Romantik. Individuelles Unvermögen hier, nationaler Dünkel und ein Dutzend schmählich gemünzter Schlagworte dort versiegelten das Tor der Erkenntnis zum unleugbaren Schaden der Wissenschaft.

Der durch hundert grollende Augen unbeirrt in delikater Methode die vitalsten Energien in Kontribution zieht und historische Wahrheiten dekretierte: der Literarhistoriker Josef Nadler führt uns aus dem Gefakel und Gefasel des sinnverwirrenden Babel.

Was man längst befürchtete — die konventionelle Literaturgeschichte erstarrte in der frostigen Schablone. Richard Moritz Meyer hat es selbst empfunden und wechselte das Okular, unbefriedigt von der eigenen Systematisierung. Aber auch seine Einteilung nach Ideengruppen scheint nicht erschöpfend zu sein. Leichter Hand hebt man einen Dichter von seinem Piedestal und rubriziert ihn unter eine andere Geistesetikette. Nadlers Betrachtungsart spiegelt organisches Leben, das kein barbarischer Sinn nach Jahrhundertwenden abzirkelt. Es wird ihr zur Unmöglichkeit, das sechzehnte Jahrhundert mit dem „deutschen Humanismus" zu betiteln, denn das scheinbar neue Verhältnis der deutschen Literatur zur Antike fällt zwischen 1450—1550. Immer erleben wir gelebtes



Leben wieder im warmen Klima historischer Wirklichkeit. Bewundert viel und viel gescholten, so steht seine „Literaturgeschichte der deutschen Stämme und Landschaften“ vor uns und wird es bleiben, bis dem letzten Literaturneger allgemach die Einsicht gereift, daß ein Dichter aus der ursprünglich slawischen Mark Brandenburg nicht mit den gleichen seelischen Saiten bespannt ist, wie ein rheinischer Lyriker oder elsässer Fabeldichter. Natura non facit saltus — gilt auch im deutschen Schrifttum. Dem Spötter der logischen Kausalität alles Geschehens aber sei Burdach zitiert: „Jede Periodisierung ist zu verwerfen, die nicht ihre Marksteine so setzt, daß *innerhalb* der durch sie festgesetzten Abschnitte die großen geschichtlichen Prozesse, die der Einteilung zugrunde liegen, ihrem *ganzen Verlaufe* nach sich abspielen, von ihren Anfängen bis zum Höhepunkt und zu ihrem Ausgang.“

Man glaubte in den prächtigen Kapiteln über das mittelalterliche Schrifttum den Glanzpunkt des breit angelegten Werkes finden zu dürfen und fürchtete, die Neuzeit werde Nadlers Einteilung nach *Raumgruppen* sprengen. Gerade in der Behandlung der Romantik hat die stammesgeschichtliche Literaturbetrachtung zum letzten Male glänzend die Feuerprobe bestanden.

Josef Nadler hat die Berliner Romantik mit einer tiefschürfenden Erörterung der gemeinvölkischen Frage: Renaissance, Romantik, Restauration zu einem Sonderwerk[1]) verknüpft, dazu berufen, nach dreißig Jahren beschaulichen Forscherlebens endlich über Rudolf Hagen hinauszukommen und das entwicklungsgeschichtliche Problem der Romantik mit ungeahnt viel Neulicht und Klarheit zu lösen.

Nur ein eminenter *Historiker*, der sich an geschichtliche Vorgänge hält, konnte Klassizismus und Romantik in ihren letzten Entitäten bestimmen. Nadlers leitmotivische Überlegung und Überlegenheit ist diese: „Das deutsche Volk er-

1) Josef Nadler, „*Die Berliner Romantik*“, verlegt bei Erich Reiß, Berlin, 1921.



wuchs aus den zwei Hälften, die heute Elbe und Saale trennen. Die südliche Hälfte ist aus der römisch-germanischen Lebenseinheit erwachsen, die nördliche aus der deutsch-slawischen. Diese Doppelheit beherrscht bis ins neunzehnte Jahrhundert die Literatur." Das historisch-kulturelle Schicksal beider Hemisphären ist reinlich geschieden — unbekümmert um das Gekläff alldeutscher Heißsporne und die feuchten Wimpern nationalistischer Schwärmer.

Seit der Berührung der Germanen mit dem Römertum um Christi Geburt rauscht der ungehemmte Strom römischen Lebens befruchtend durch den ganzen Südraum links der Elbe. Die unmittelbare räumliche und zeitliche Verkettung der Südwestgermanen mit dem römischen Reich, das nachbarliche Ineinanderleben von wechselweise Besiegten und Siegreichen, bleibt durch Jahrhunderte das granitharte Fundament für die nie gesprengte Lebenseinheit antik-römischer Bildung unter den südwestlichen Stämmen. Seit dem achten Jahrhundert sprach und schrieb der Deutsche Latein fast wie die Muttersprache, in der Kirche, Schule und Politik, mit der antiken Literatur vertraut wie die Kinder des Südlandes. Diese seltsame Schickung dankt der Südwestdeutsche den emsigen Mönchen der Schreibstuben und Klosterschulen, der Sequenzdichtuug und dem Mimus. Was Wunder, wenn in langen Zeitläuften Kunstwerke kirchlicher Lyrik, lateinische Geschichtswerke, Novellen, Lieder, Romane den Vollbesitz antiken Wissens verblüffend künden. „Das breite Anschwellen der höfischen und mystischen deutschen Literatur darf uns nicht darüber täuschen, daß die germanisch-römische Lebenseinheit durch das ganze Mittelalter wirksam empfunden weiter dauerte." Eduard Norden hat manches bekräftigt und die vielfach noch brachlos liegende Forschung der mittelalterlichen Literatur wird es einst offensichtlich beglaubigen. In diesem Lichte wird der deutsche Humanismus tatsächlich nur als wiederkehrender Wellenberg im flutenden Geisteslauf empfunden, wie die Karlingische Renaissance, „als ein Glied der schon seit Jahrhunderten laufenden Kette, bewegtes



und belebtes Teilereignis in jenem großen Schauspiel, das mit dem Zusammentreffen zwischen Germanen und Römern begann und mit dem deutschen Klassizismus endete". Im Blickfeld des organisch Gegebenen ist der vermeintliche Einfluß der italienischen Renaissance auf die deutsche belanglos. Die Klassik von Weimar um 1800 markiert die brillante Schlußszene eines langwährenden, gigantischen Dramas. — Und die Dichter des imposanten Oeuvre? Was die reicherwogene Arbeit des raffinierten Historikers triumphierend bestätigt: kein einziger von Hrabanus und Notker bis Winckelmann, Schiller und Goethe sucht jenseits der Elbe seine Heimat! Alle blühten in organischer, lebenbedingender Muttererde westlich der Elbe und Saale. Das sind denn doch wohl urkundlich dokumentierte Tatsachen, kein fröhliches Becherspiel und geographisches Getändel.

Und die Lande rechts der Elbe, wo gleichzeitig mit der Weimarer Klassik die Romantik in Flor stand? Ein durch unternehmungslustige Zukunftsforschung erst rein zu waschender Schandfleck der deutschen Wissenschaft, die in den Sklavenbanden jenes Stolzes stak, den Schopenhauer den „dümmsten" nennt, hat das Problem der deutschen Ostkultur von Anbeginn totgeschwiegen oder gelähmt. — Ward denn nicht auch an den Buchten der Ostsee und auf den Weilern Brandenburgs aus dem Born der germanisch-römischen Lebenseinheit getrunken? Trugen nicht auch Scholaren der Klosterschulen altüberlieferte Bildungswerte bis zur Memel? Sang man am Weichselstrande die Sequenzen Fuldas und Reichenaus nicht? Man schwelgte doch beim Lesen süßer Minnelieder im ganzen „deutschen Reich", „unter den Linden" sowohl, wie in den Erkern der Rheinschlösser! Was ich schmerzlich enttäuschten Augen und zuckenden Lippen antworte, ist dieses: Bedaure. Von alldem nichts! Der ganze Ostraum rechts der Elbe und Saale war überwiegend mit slawischen Völkern besetzt, die kein staatlicher Verband einend zusammenschmolz. Fluch und Segen, Lokalinteressen und historische Gesamtschicksale des geeinten Mutterlandes



brachten keine slawische Fiber in Schwingung. Und umgekehrt. Noch Goethe ruft achselzuckend in der Erinnerung an den Einfall Friedrich II. in Sachsen: „Was ging uns Preußen an?“ Das macht, weil achthundert Jahre geistiger Entwicklung Mutterland und Kolonien auseinanderhalten. Damit sind alldeutsche Kulturgeschichten und Literaturgeschichten ad absurdum geführt. —

Nur der Samariterdienst — altdeutsch gesprochen — den die Südwestgermanen ums Jahr 1000 begannen und durch viele Jahrhunderte unermüdlichen Germanisierens hochhielten, läßt das Schlüsselwort der Erkenntnis im letzten Grunde durchschauen, was denn eigentlich die romantische Bewegung bedeutete.

Um das Jahr 1000 trennen sich die ersten Gruppen vom Mutterlande, dazu prädestiniert, als Pioniere eines gewaltigen Kulturprozesses die Unterschicht des Naturvolkes im Ostraum zu durchsetzen. Wie einsichtsvoll hat historischer Sinn in prägnanter, überzeugender Kürze die ganze Bewegung bloßgelegt, die beiderseits einer Linie Halle—Torgau—Frankfurt erfolgte: nördlich von ihr waren es Niedersachsen und Niederfranken, südlich von ihr Ostfranken und Thüringer. Und was die Art der Besiedlung bestimmt: im Norden überwiegend durch Bauern, im Süden durch zahlreiche Städte.

„Im Nordraum kam die Bewegung erst in großen Fluß, als nach 1150 die slawischen Stämme bis zur Oder politisch und militärisch niedergebrochen waren. . . . Längs des Grenzflusses, wenigstens weiter nach Norden hin, zogen sich die Slawen einfach zurück, den Gästen das Land überlassend. Weiter nach Osten hin aber schoben sich die Höfe ineinander. Wirt und Gast vermischten sich. Der Slawe nahm den Glauben, die Kultur, die Mundart seiner Nachbarn an. . . . So ist in diesem Nordraum ruckweis vom Westen her Stück um Stück des Bodens und des fremden Volkes eingedeutscht worden, nicht ohne heftige Kämpfe, denn zumal die Polen wehrten sich stellenweise sehr zähe. . . . Ganz anders vollzog sich die Sache im Südraum der Linie Halle—Torgau—Frankfurt. Die Bewegung setzt



weit früher ein als im Nordraum, kam aber eigentlich erst seit 1150 in großen Fluß. Wesentlich ist es aber, daß sich innerhalb 150 Jahren der ganze Raum mit kleinen Städten bedeckte, die einsam über die weite Fläche zerstreut zu deutschen Kulturinseln wurden. . . . Die Durchdringung des Raumes mit deutscher Kultur und Sprache ging überall von den Mittelpunkten dieser kleinen Städte aus. Das rückte überaus langsam vor. Zu einer Zeit, da im Mutterlande die römisch-deutsche Bewegung zu neuer Stärke anschwoll, Ende des fünfzehnten Jahrhunderts, verschwanden zwischen Elbe und Saale eben erst die letzten sorbischen Reste, ja im sechzehnten Jahrhundert war die sächsische Oberlausitz, die ganze Niederlausitz bis über die Neiße hinaus, das ganze Gebiet der oberen und mittleren Spree bis an die Tore von Frankfurt slawisch, und um die Mitte des achtzehnten Jahrhunderts war von diesem geschlossenen Gebiet noch nicht erheblich mehr abgeschmolzen. . . . Noch im siebzehnten Jahrhundert herrschen in Schlesien, Mecklenburg, Pommern auf erheblichen Gebieten Fürsten aus einheimischen slawischen Familien, auf großen Flächen bis nach Hannover wird slawisch gesprochen. Und was wir gar nicht urkundlich erfassen können, soweit die einzelnen in Betracht kommen: wie wenig deutsch mögen die Massen, das Volk, noch zu Anfang des achtzehnten Jahrhunderts gedacht und empfunden haben. Die politischen Vorgänge und die Flugblattliteratur zu Danzig und Elbing in der zweiten Hälfte des siebzehnten Jahrhunderts geben eine ungefähre Vorstellung. . . . Erst seit 1740 ist der ostdeutsche Raum im preußischen Staate politisch zu einer höheren Einheit zusammengefaßt worden. Was hieß nun deutsch in diesem Raume etwa um 1740? Ein Völkerchaos mit weit überwiegender deutscher Umgangssprache bei stellenweise sehr geringem deutschen Bluteinschlage, wie das Völkerchaos in Gallien um das Jahr 1000 romanisch und wie das Völkerchaos in Nordamerika englisch sprach." —

Und die Literatur dieser langsam eingedeutschten Slawen? Sie war gar keine! Fehlte doch die Existenzbedingung jedes Schrifttums, die einheitlich gestimmte Dichter- und Leser-



gemeinde. Erst seit 1500 beginnt der Raum sich mit Literaturwuchs zu überziehen. Sehr bezeichnend, daß das eben erst deutsch gewordene Siedelgebiet in Ermanglung der berauschend gereiften Nationalliteratur des Mutterlandes gleich die daselbst laufende humanistische Bewegung mitmachte — unlogisch und unorganisch, wie etwa ein Lateinschüler im soeben mühsam erkämpften Besitz der römischen Sprachlehre zu Pindar greift. Hundert Jahre später! Opitz tritt auf — und greift ins Leere. So ohne Stab und Steg versucht er tastend, theoretisch und kritisch, eine neue Literatur zu schaffen. Er blickt auf das Annolied, entschiedener noch auf die blühenden literarischen Nachbarn der Franzosen und Niederländer. Die „teutsche Poeterey“ zu schreiben ist ihm nicht gegeben, bevor er „in griechischen und lateinischen Büchern wohl durchtrieben sei und von ihnen den rechten Griff erlernt habe“. Ihm folgt die Jüngerschaft der Buchner, Zesen, Schottel, Titz mit theoretischen Versuchen. „Der Vorgang wiederholt sich in rascher Folge bei Gottsched und Lessing. Mit dem gleichen Anspruch tritt Friedrich Schlegel auf. Mit dem gleichen Anspruch die Naturalisten. Es ist eine ganze Reihe. Alle haben dasselbe Gefühl, es ist nichts da, und was da ist, taugt nichts. Man muß anfangen, etwas Neues und auf kritischem, theoretischem, dogmatischem Wege.“ Wie ganz anders im Mutterland, wo sich des rechten Weges wohl bewußt eine Kunstschöpfung der nächsten ruft.

Interessant zu sehen, wie verständig das Mutterland vom Besten, das es besaß, von der am eigenen Herz erstarkten Lebenskraft den Neustämmen zukommen ließ. Der Ostraum sollte mit dem nationalsten Bildungsgut verdeutscht werden. Und siehe! Was seit 1500 über die Elbe ging, die reichsten vaterländischen Werte zu vergeben, das waren die Kraftzentren der Mystik und des Pietismus. Wenn Konrad Burdach die großartige deutsche Mystik ein ausländisches Gewächs nennt, „entsprungen im Morgenlande, gereift in Byzanz, verpflanzt nach Frankreich und dort fort-



gebildet", tut nichts zur Sache, wenn eingestanden wird, wie vertieft und religiös bereichert die Mystik in Deutschland erblühte. Wer an der vielgerühmten Darstellung der „Landschaften der Mystik" des damals noch blutjungen Literarhistorikers sich berauschte, wird ihm auch heute aufs Wort trauen, wenn er versichert, daß die in allen Volksschichten wirksame Mystik die nationalste geistige Bewegung war, die der Deutsche jemals hatte. Die sie predigten, waren die altkirchlichen Bettelorden und Fraterherrn, wie die neugläubigen böhmischen Brüder. Nach der Kirchentrennung trägt der Pietismus das gleiche Arbeitsprogramm über die Elbe, im achtzehnten Jahrhundert die geheimen Gesellschaften, deren Einfluß auf die deutsche Geisteskultur Ferd. Jos. Schneider klargelegt. Er griff nicht zu hoch, wenn sein Werk der Untertitel zierte „Prolegomena zu einer Geschichte der Romantik". Dem nationalen Gehalt der mystischen und pietistischen Gedankenmasse dankt der Ostraum die endlich im 19. Jahrhundert gemeinsam wirkende Lebenskraft. — Wieder legt Nadler wie zur feierlichen Bestätigung einer Formel die Hand aufs Buch und ruft die Namen der geistigen Träger im Ostraum. Wir erleben die beseligende Gewißheit und glänzende Bekräftigung der These: Kaspar von Schwenckfeld, Johann Arndt, Gottfried Arnold, Jakob Böhme, Johann Scheffler, die wichtigsten Träger dieser mystisch-pietistischen Lebenseinheit im 16. und 17. Jahrhundert, entstammen alle dem Ostraum. Ph. J. Spener, der Führer des Pietismus, wirkte in Dresden und Berlin und aus seinem Geiste wurde zu Anfang des 18. Jahrhunderts in der Universität Halle geradezu eine Bildungsstätte dieser Lebenseinheit geschaffen. Aus dem Ostraum stammten die Träger aller Bildungskräfte, die den ganzen Vorgang schöpferisch abschlossen. Aus Ostpreußen: Kant, Hamann, Herder, Werner, Hoffmann, Schenkendorf; aus Schlesien und der Lausitz: Schleiermacher, Fichte, Ritter, Wetzel, Eichendorff; aus der Mark Brandenburg: Wackenroder, Tieck, Arnim, Fouqué, Kleist, Adam Müller; aus Meißen: die Brüder

Schlegel, Schubert, Löben; aus Pommern die beiden Maler der Romantik: Runge und Friedrich. Nur Hardenberg aus dem Raume unmittelbar westlich der Saale, aber — was oft zu Unrecht übersehen wird — ganz im Glaubensgeist Herrnhuts aufgewachsen.

Wie selbstgenügsam blickte die fröhliche Wissenschaft durch die Brille der Naivität, die die Romantik mit Friedrch Schlegel beginnen ließ. Geschichtliche Prozesse aber müssen ab ovo erklärt werden. Der historische Tiefblick bezeugt, daß die romantische Bewegung kein Anfang war, sondern wie die deutsche Renaissance die Springflut eines durch Jahrhunderte fluktuierenden Vorgangs, der völkisch seit rund 1200, geistig seit etwa 1500 einsetzte.

(Schluß folgt.)

XIX.

Zur Lebensgeschichte Ulrichs IV., Bischofs von Seckau.

Von Dr. Ivo Pfaff, Hofrat u. Universitätsprofessor in Graz.

Ulrich von Albeck, Bischof von Seckau, hat sowohl als Kirchenpolitiker, wie als juristischer Schriftsteller sich bedeutende Verdienste erworben. Seine Tätigkeit auf dem Gebiete des kanonischen Rechtes ist ganz vergessen, nur bei Klein Geschichte des Christentums III. S. 397 und gleichlautend bei Ebeling die deutschen Bischöfe II S. 439 finden sich ein paar Worte, die seiner literarischen Wirksamkeit gedenken, wiewohl sein Promptuarium juris, wie die Summa Ulrici episcopi Seccoviensis als Arbeiten der sogen. populären Literatur, größere Beachtung verdient hätten. Die Manuskripte beider Werke befinden sich auf der Grazer Universitätsbibliothek.[1]) Außerdem finden wir

1) Über diese beiden Werke vgl. meine Ausführungen in der Savigny-Zeitschrift für Rechtsgeschichte Rom. Abt. Bd. 42.

bei Haenel Catalog. libr. manuscr. ein Memoriale juris, das die Straßburger Bibliothek besitzt, sowie im Catalog. cod. Latin. der Münchener Bibliothek ein Repertorium super commentarios Henr. Bouhic in libros decretalium, das seinen Namen trägt.

Über das Leben Albecks finden sich in der Literatur nur gelegentliche Notizen, die hier gleichfalls herangezogen werden; im wesentlichen stützt sich diese Studie auf Aktenmaterial einiger mir zugänglicher Archive sowie auf die Reichstagsakten.[1])

Daß Albeck einer adeligen Familie entstammte, kann wohl als sicher angenommen werden; ob er aber, wie dies in der Literatur (z. B. bei Klein Gesch. des Christentums III. 83, Ebeling Deutsche Bischöfe II 506, Chmel Kaiser Friedrich IV, II 79) behauptet wird und auch der praesulatus Seccoviensis annimmt, comes de Albeck gewesen, scheint zweifelhaft; jedenfalls dann, wenn er mit dem in der Wiener Universitätsmatrikel angeführten Ulricus de Albeck identisch sein sollte. (S. weiter unten.)

Albeck, Alpech, Albigk usw. gibt es eine Reihe von Geschlechtern. Eines derselben ist das zu Albeck (ca. zwei Meilen von Ulm) begüterte, reiche Geschlecht, welches im 16. Jahrhundert erlosch. Dies Geschlecht wird zuerst als

---

1) Weiteres ließe sich wohl aus der Reichsregistratur K. Ruprechts, die sich zum Teil im Wiener Staatsarchiv, zum Teil im Generallandesarchiv zu Karlsruhe befindet, gewinnen. Das fürstbischöfliche Archiv zu Graz, das einzusehen mir gütigst gestattet wurde, wofür ich auch hier meinen ergebensten Dank zum Ausdruck bringe, enthält bloß eine auf Ulricus IV. bezügliche Urkunde; die Akten des Konsistorialarchives zu Salzburg reichen bei der successio episcop. Seccoviensium nur bis zum Jahr 1584 zurück, bieten also für die in Rede stehende Epoche leider kein Material. Im Grazer Landesregierungsarchiv reichen die Hofkammerakten nur bis 1568; die Hofschatzgewölbebücher, die von 1180 an datieren, enthalten nichts, was sich auf Albeck und seine Amtstätigkeit als Bischof von Seckau bezöge. Dagegen bietet das Grazer Landesarchiv Einiges.

freiherrliches (s. Siebmacher), später als gräfliches mehrfach genannt. Ein anderes war in Kärnten ansäßig gewesen (O. Weiß, Kärntens Adel S. 46, Aelschger, Geschichte Kärntens I 267, 281, 293, 523, Muchar V 306, Zahn, Urkundenbuch I, II, III und insbesondere die Urkunden bei Jaksch, Mon. hist. ducat. Carinthiae Bd. I—IV, woselbst sich auch auf einer Stammtafel (XI) mehrmals der Name des Geschlechtes vorfindet).[1])

Das oben erwähnte Promptuarium juris enthält neben dem Seckauer Wappen ein Wappen, das die linke Seite eines springenden Einhorns darstellt. Das bischöfliche Wappen von Verden, welchen Bischofssitz Albeck, ehe er Bischof von Seckau wurde, innehatte (s. unten), ist es nicht, wie die Betrachtung des Verdener Wappens bei Siebmacher zeigt; also muß es das Ulricus persönlich zustehende Wappen sein. Er führt es auch auf zahlreichen Urkunden, die während seiner Seckauer Wirksamkeit von ihm ausgestellt worden waren, neben dem Seckaner Wappen (segnende Hand). Siehe z. B. Urkunde 5161 des Landesarchivs zu Graz ddo 23. Juli 1428. Dies Wappen stimmt aber weder mit dem freiherrlichen, noch mit dem der Kärntner Familie überein. Auch die Wappen zweier anderer Familien dieses Namens stimmen mit dem im Promptuarium wiedergegebenen nicht. So das der Albegher, „ein vom Ast auffliegender Falke" (Weiß a. a. O. 175) und das bei Grunenberg Wappenbuch (Blatt 145 b) genannte Geschlecht „von Albeg us morscher Höllen uffenloch".

Unter den Scholaren dieser Zeit vermochte ich bloß an der Wiener Universität einen Ulricus de Albeck für das Sommersemester 1387 aufzufinden (Ulricus de Albeck, pauper). Derselbe gehörte der natio Rynensium an.[2]) Ob dieser Ulricus mit dem späteren Bischof identisch ist, das ist

1) Diesem Geschlecht entstammt auch der bei Tomek, Gesch. der Diözese Seckau I 392 erwähnte Bischof von Gurk, Dietrich von Albeck (1179—94).

2) Daß die vom Honorar Befreiten ihre Armut beschwören mußten, s. Kink, Rechtslehre S. 13.

nicht festzustellen. Jedenfalls gehörte er dann weder der freiherrlichen (später gräflichen) noch der kärntnischen Familie an, die beide als recht begütert bezeichnet werden. Der in Wien angeführte Albeck hat die Wiener Universität nach kurzer Zeit verlassen, denn sein Name findet sich weiterhin in der Matrikel bis 1392 nicht mehr vor.[1]) Hat unser Ulricus seinerzeit in Wien studiert, so konnte er in dieser Zeit wohl nur in das kanonische Recht eingeführt worden sein, denn damals wurde dortselbst ausschließlich kanonisches Recht betrieben.[2]) Das Kirchenrecht besaß ja damals weitverbreitete Anwendung, während dies beim römischen Rechte nicht zutraf. Die Carriere des späteren Bischofs Ulricus hat damit begonnen, daß er in die Dienste des Pfalzgrafen Ruprecht trat und sein Hofkaplan wurde (Reichstagsakten VI 762, 763, 764, 765); als Ruprecht König geworden war,[3]) fungierte er als königlicher Protonotar und Rat (Reichstagsakten IV 45 und 96, V 147, 172, 399, 688 u. a. m.); als Protonotar finden wir ihn bereits 1401 bezeugt (Reichstagsakten V 142, 147). Auch begleitete er Ruprecht auf seiner Romfahrt, bei deren Vorbereitung sein Name sich mehrfach in den bezüglichen Reichstagsakten findet,

---

1) An andern deutschen Universitäten fehlt sein Name; so in Heidelberg (Töpke, Matrikel der Univ. Heidelberg), Erfurt (Akten der Erfurter Universität), Köln (Keussen, die Matrikel der Univ. Köln), Prag (Monum. univ. Prag). Daß er sich auch in Paris nicht vorfindet, konnte festgestellt werden. Allerdings ist es sicher, daß Matrikeln und andere akademische Aufzeichnungen des 15. Jahrhunderts sich nicht selten als ungenau und mangelhaft erweisen. (Worte Muthers Zur Gesch. der Rechtswissenschaft S. 239.)

2) S. Aschbach, Gesch. d. Wiener Univ. I S. 98, Kink Rechtslehre 8. Drbr., daß auch in Prag die gleichen Zustände herrschten s. Schnabel Gesch. der jur. Fak. I 10.

3) Über König Ruprecht siehe Lindner, Deutsche Geschichte unter den Habsburgern und Luxemburgern II 193; speziell über seinen Zug nach Italien S. 205 ff.; ferner Bergmann, Zur Geschichte des Römerzuges Ruprechts v. d. Pfalz und Helmolt, König Ruprechts Zug nach Italien. Ältere Literatur bei Aschbach, Geschichte Kaiser Sigmunds I S. 161.

so V 145. Daß er an der Romfahrt auch selbst teilgenommen, zeigt der Umstand, daß eine Reihe von Urkunden aus dieser Zeit von ihm, im Auftrage des Königs, in Venedig und Padua, sowie auf dem Rückwege ausgestellt worden war. (So Reichstagsakten IV 45, 46, 47, 62, 64, V 164, 210, 212, 266, 327.) In Angelegenheit des Kronschmuckes König Ruprechts finden wir gleichfalls Ulricus als Vertrauensmann des Königs, so Reichstagsakten IV 235 und V 388. Auch für die Frage, wann Ulricus doctor decretorum geworden, bieten die Reichstagsakten deutliche Anhaltspunkte; die Universität, an der er den Grad erworben, erfahren wir dabei leider nicht. In einer Reihe von Urkunden, die Ulricus ad mandatum domini regis unterzeichnet hat, sowie in solchen, in denen er als Zeuge angeführt ist, wird er in den Jahren 1401 und 1402 als licentiatus in decretis erwähnt; erst 15. Juli 1402 und 22. Juli desselben Jahres finden wir ihn als decretorum doctor genannt (Reichstagsakten V 275 u. 327).

Im Jahre 1401 ist Ulricus mehrmals bei den Einnahmen der königlichen Kammer zur Zeit des italienischen Zuges erwähnt. So Reichstagsakten V 214, 218, 222. Im gleichen Jahre beglaubigt K. Ruprecht zwei Gesandte bei dem Herrn von Lucca, Paul Guinigi, deren einer Ulricus de Albeck, licentiatus in decretis, prothonotarius, ist. Reichstagsakten V 145 enthält die Anweisung für Ulrich von Albeck und Johann von Mittelburg zu Verhandlungen mit Franz von Carara, Reichsvikar zu Padua, über Bündnisse mit italienischen Herren und Städten um Hülfe zum Italienzug (ddo Innsbruck c. 25. Sept. 1401). Eine Urkunde vom gleichen Datum (V 142) an die Reichsangehörigen in Italien, besonders Toskana und Lombardei, besagt, K. Ruprecht habe Ulrich v. Albeck und Johann v. Mittelburg bevollmächtigt mit Rat des Franz von Carara . . . mit allen, die ihm und dem Reiche gehorsam und unterwürfig sein wollen, Verträge abzuschließen. Gleichfalls 1401 unterhandelte Albeck mit den Bodenseestädten wegen Huldigung



für König Ruprecht. (Reichstagsakten V 41, woselbst Ulricus als „Kanzler" bezeichnet wird.) Er brachte den Städten die Confirmation, worauf diese dem König den Eid als römischem König leisteten (nach 27. Aug. 1401).

1402 wird Ulricus als Gesandter sowohl an den Herzog Leopold von Österreich, als auch an den Erzbischof Gregor von Salzburg, der auf das Haus Österreich einwirken sollte, bestellt (Reichstagsakten V 288 und 286).

1404 wird er als Gesandter K. Ruprechts nach Rom beordert, um mit dem Kardinalkolleg betreffs Herbeiführung der Kircheneinheit und Reform auf dem Wege eines allgemeinen Konzils zu verhandeln (Reichstagsakten V 552).

Daß er in all den Jahren, seit er in Diensten Ruprechts stand, zahlreiche Urkunden ad mandatum Domini regis unterfertigte, zeigen viele Beispiele. So Reichstagsakten IV 46, 47, 62, 91, 92, 38, V 210, 212, 266, 275 (auch V 335, wo er meister Ulrich v. Albecke genannt ist, ferner V 391, 452, 457, 467, 546, 551, 577).

1405 ernennt K. Ruprecht Ulricus und den Erzbischof von Riga zu Unterhändlern und Gesandten in seinen und des Reiches Geschäften für Italien, Tuskien und Lombardei (Reichstagsakten V 688).

1407 wird Albeck zum Bischof von Verden an der Aller (bei Bremen) ernannt. Auf eine unrichtige Meldung vom Tode des Bischofs Konrad v. Verden hatte König Ruprecht sich schon März 1405 mit einem Brief an Papst Innozenz VIII gewendet, in welchem er seinen damals in Rom weilenden Gesandten Ulrich v. Albeck (Magister Ulricus de Albeck noster in Romana curia orator, prothonotarius) für das Bistum Verden empfahl (quem et vestra sanctitas ad hoc idoneum novit et nos idem de ipso merito testamur) (Reichstagsakten V 679). 1407 erfolgte dann die Ernennung, nachdem Bischof Konrad mittlerweile mit Tod abgegangen, tatsächlich.[1]) Während ihn Papst Gregor XII. ernannt

1) In der Literatur wurde Albeck gelegentlich, so bei Chmel a. a. O. I 79, Muchar, Geschichte des Herzogt. Steiermark VII 185,



hatte, hat aber das Kapitel (21. Februar 1407) seinen Dechanten Heinrich von Hoya gewählt. Ebeling a. a. O. sagt von Albeck: „er residierte in der bischöflichen Kurie von Lüneburg und kam hier nur im östlichen Teile des Sprengels zur Anerkennung, ward auch in Verden eingeführt, während sein Gegner Schloß Rotenburg innehatte. Obgleich die Päpste Alexander V. und Johann XXIII. seine Provision kassierten, hielt er sich doch als Bischof von Verden bis zu seiner Versetzung nach Seckau.“ [1]) Zur gleichen Frage äußert sich Hauck, Kirchengeschichte V 2 S. 1148 folgendermaßen: „Gegen ihn (Heinrich v. Hoya) providierte Papst Gregor XII. auf Bitten König Ruprechts 1407 vor Juni 11 den königlichen Protonotar Ulrich Alpeck (Albich bei Alzey?). Alexander V. kassierte diese Ernennung und providierte 1409 Septemb. 4 Heinrich.“ Über diesen Streit berichtet das Chronicon epis. Verdens: (bei Leibniz SS. rerum Brunsvic II 221) Hinricus secundus, Verdensis ep. XLV natus comes de Hoya, prius decanus hujus ecclesiae, habuit adversarium contra se, dominum Olricum Albach decret. doct. qui ad instantiam domini Ruperti Regis Rom. a Gregorio Papa fuerit confirmatus, licet dominus Hinricus de Hoya canonice fuit electus. Cui Olrico inhaeserunt duces in Brunswyk et Hinricus, filius Ducis Magni fuit ab eodem infeudatus et praestitit debitum juramentum. Postea in consilio Pisano Alexander in sua oboedientia Papa V

Janisch, Lexikon v. Steiermark III 874 als Bischof von Verdun (!) angeführt.

1) Bei Gams, Series episc. ist Albeck als Bischof von Verden jure prov. 25. IX. 1407 angeführt; siehe auch Moyer, Verzeichnis der deutschen Bischöfe S. 130, Eubel, Hierarch. cath. I 522, woselbst auch erwähnt ist, daß er Canon. Basil. et Spir. gewesen sei. In den Chroniken vom Verdener Stifte und bei Spangenberg fehlt er dagegen in der Bischofsreihe. Vgl. Wetzer u. Welte, Kirchenlexikon XII S. 686. Über die Geschichte des Verdener Bistums überhaupt s. Buchberger Handlexikon II 2570 und dortselbst Zitiertes, sowie die weiteren Literaturangaben bei Chevalies Repertoire II 3271.

provisionem Olrici cessavit ac Hinricum electum confirmavit. [1])

Albeck war ein entschiedener Anhänger Papst Gregor XII. [2]), was er auf den in diese Zeit fallenden Konzilien auch betätigte. So auch auf dem Provinzialkonzil zu Mainz, wo er unter den beim König Ruprecht Befindlichen erwähnt wird (Reichstagsakten VI 316). Zum Pisaner Konzil hatte Ruprecht fünf Gesandte geschickt, unter denen sich Ulricus Verdensis verzeichnet findet (Reichstagsakten VI 492, V 489). [3]) Auf dem Pisaner Konzil war nun Albeck eifrigst im Interesse Papst Gregor XII. tätig: „In der vierten Sitzung am 15. April erschienen die deutschen Gesandten. Ihr Sprecher Ulrich von Verden vertrat, in Anlehnung an die Postillen, den Standpunkt des Königs; er legte die Bedenken dar, die gegen die Zulässigkeit der Obödienzentziehung und gegen die Rechtmäßigkeit der Kardinalsynode sprachen, und lud die Synode namens des Königs an einen dritten Ort, zu gelegener Zeit von neuem zusammenzutreten; so werde die Vereinigung zu stande kommen. Es war wenigstens ein formelles Zugeständnis an die Kardinäle, daß Ulrich erklärte, der König werde auf ihre Seite treten, wenn Gregor die Vereinigung hindern sollte.“ [4]) Über Albecks sonstige Tätigkeit

1) Zum Streit zwischen Hoya und Albeck siehe auch Reichstagsakten VII 200, ferner Wedekind Noten zu einigen Geschichtsschreibern I 130, woselbst bemerkt wird, daß Albeck in einer Verdener Urkunde vom 13. September 1408 das Kirchweihfest verlegt habe und sich Dei et apost. sedis gratia electus et confirmatus ecclesiae Verdensis nannte. K. Ruprecht hatte ihm am 25. Sept. 1407 die Regalien des Bistums Verden verliehen (s. Chmel a. a. O. Nr. 2363).

2) S. Hauck a. a. O. V, 2, S. 860 ff.

3) König Ruprecht hatte übrigens Ulricus zu allen kirchlichen Versammlungen nebst vier anderen Gesandten bevollmächtigt ddo 12. Februar 1409 (Reichstagsakten VI, 491). Zu Herstellung der Kircheneinheit beglaubigte er gleichfalls vier Gesandte (14. Febr. 1409), unter denen sich wieder Ulricus befindet (Reichstagsakten VI 565).

4) Hauck a. a. O. V 2 S. 855. S. auch Pastor, Geschichte der Päpste I S. 146. S. ferner „Artikel von Seiten K. Ruprechts



auf dem Pisaner Konzil sei auf Reichstagsakten VI 334 verwiesen.

1410 (19. Februar) wird Ulricus von Papst Gregor XII. nebst einigen anderen Bischöfen bevollmächtigt, Maßregeln betreffs der Anhänger des Petrus von Candia (Papst Alexander V.) und derer, die von dessen Partei zu ihm übertreten wollen, zu treffen (Reichstagsakten VI 722). Daß im selben Jahre Ulrich Albeck am Fürstentage zu Marburg teilgenommen, zeigen die Frankfurter Rechenbücher (s. Reichstagsakten VI 739). Unter den Wahlversprechungen Königs Sigmund von Ungarn findet sich unter anderen das Versprechen an Herrn Ulrich Bischof von Verden, ihm seine Lehen und Privilegien als römischer König und einst als Kaiser zu bestätigen (Reichstagsakten VII 23).

In Angelegenheiten des Papstes Gregor befiehlt König Ruprecht zur Sicherung der Obödienz allen Reichsständen Hilfe zu gewähren dem Bischof Mathäus von Worms, bevollmächtigten Legaten in den Provinzen Mainz, Trier, Köln, Salzburg, Magdeburg, sowie dem von diesem weiter für die Provinzen Magdeburg und Bremen und die Diözesen Verden und Minden ernannten Bevollmächtigten Bischof Ulrich von Verden (5. März 1410).

Auf dem Konstanzer Konzil erscheint Albeck als apostolicae sedis legatus, wo er im Verein mit dem Domherrn von Eichstätt, Johann III. Abundius, die Titel und

welche dessen Gesandter Bischof Ulrich v. Verden am 15. April 1409 in seiner Rede auf dem Konzil zu Pisa zu Gunsten Papst Gregor XII. gegen die Berechtigung und Zweckmäßigkeit dieser Versammlung und zur Herbeiführung eines wahrhaften Generalkonzils vorgebracht hat ..." (Reichstagsakten VI, 496). Sowie die offizielle Antwort des Petrus de Ancharano im Namen des Pisaner Konzils auf die am 15. April von Bischof Ulrich von Verden vorgetragene und von Konrad von Soest in der schriftlichen Aufzeichnung Nr. 296 überreichten Einwendungen K. Ruprechts gegen das Konzil. Über die Rede Albecks berichtet auch ein in Reichstagsakten VI 332 zitierter Konzilsbericht in Cod. I 176 b der Bibliothek zu Hannover.



Würden aller zum Konzil erschienenen Abgeordneten zu prüfen hatte. Gregor XII. richtete an ihn in dieser Zeit Briefe, von denen drei abschriftlich im Landesarchiv zu Graz sich vorfinden. In dem Briefe vom 27. Februar 1414 und vom 5. November 1414 (L. A. Handschrift Nr. 4545a und 4569c, s. auch Praesulatus Seccov. L. A. Handschrift Nr. 136 p. 415 ff.) empfiehlt der Papst ihm, mit Hilfe der in den Briefen genannten anderen päpstlichen Legaten[1]) die Sache der Kirche gegen das ungültige Urteil des Konzils von Pisa zu verteidigen; es wird dabei vom Papste in Abrede gestellt, daß das Konzil zu Konstanz ein concilium generale sei, trotzdem habe er legatos pro defensione catholicae veritatis et suae puritatis et justitiae gesandt. In einem Briefe vom 18. Juli 1414 ersucht er Ulrich, ut cum illis principibus et magnatibus et aliis omnibus, quibus videris, im Gebiete von Speier in seinem Sinne verhandeln möge.[2]) Im allgemeinen bemerkt Praesulatus Seccoviensis p. 145, daß Papst Gregor literas porro ad Udalricum episcopum Verdensem dedit, ut pari, qua in Pisanis conventibus, constantia et in praesentibus pro sua causa staret. Weitere Briefe werden dort p. 418 erwähnt.[3])

Auf dem Konstanzer Konzil starb Bischof Sigmar von Seckau und der Erzbischof von Salzburg ernannte, auf Kaiser Sigismunds Verwendung, Ulrich von Verden zu dessen Nachfolger (15. Dezember 1417).[4]) Die Ernennung

1) S. Eubel, Hierarch. cathol. I p. 322, wonach Gregor XII. den Mathäus Bischof von Worms zu seinem Legaten in Germanien bestellt hatte und dieser den Rabanus Spirensis und den Ulricus Verdensis zu seinen Sublegaten annahm.

2) Der Brief befindet sich gleichfalls in Abschrift im Grazer Landes-Archiv und war das der Abschrift zu Grunde liegende Exemplar, als es dem Abschreiber vorlag, stellenweise bereits beschädigt und unleserlich geworden.

3) Eine Charakteristik Papst Gregor XII. findet sich bei Pastor, Geschichte der Päpste I 145 ff., in seiner Darstellung über das Konstanzer Konzil.

4) Siehe Klein a. a. O. S. 83 ff.; Hauck a. a. O. S. 1171; über die Intervention Kaiser Sigmunds siehe bes. Harzheim

Ulrichs zum Bischof von Seckau schildert Praesulatus Seccov: mit folgenden Worten: Ad exornandam hanc cathedram ab episcopatu Verdensi transpositus est Udalricus IV comes de Albeck canonum doctor famosissimus, quem Eberhardus Archiantistes Salisburg. licentia ad aliam ecclesiam transeundi instrumentum praefecit die 23 Jul. anno 1417 teste Hansizio tom II 467 No 1;[1]) eiusdem pro redintegranda ecclesiarum coniunctione studium et auctoritatem iam supra delibavimus . . . translatus ex illa Cathedrale in gratiam Sigismundi Imperatoris, quem Udalricus pro pugnatione partium Gregorii offendit (Cit. Auth. No 14 fol. 471). Handschrift 25 des fürstbischöflichen Archivs Seckau zu Graz, welche ich einsehen konnte, berichtet über die confirmatio episcop. Udalrici anno 1417, in welcher ihm die Spiritualien und Temporalien tradiert wurden und anbefohlen wird, ihm die obedientia et reverentia zu erweisen. Es heißt hier: Eberhardus dei gratia sanctae Salz. ecclesiae archiepiscopus . . . matura deliberatione praehabita . . . de perficiendo eidem ecclesiae personam utilem et idoneam in venerabilem meum episcop. fratrem dominum Ulricum decretorum doctorem, tunc episcopum Verdensem, ad aliam ecclesiam transferendi licentiam habentem, virum vitae aetate maturum, scientia ac gravitate morum insignitum in spiritualibus providum et temporalibus circumspectum direximus occulos nostrae mentis.

Concil. Germ. V 732 ff., Aschbach, Gesch. Kaiser Sigmunds IV 522 ff.

1) Hansizius Germ. sacra II 467 lautet: Certe anno 1417 adhuc egisse Salisburgensi constat ex libris, quibus Ulricum episcopum Verdensem ad aliam ecclesiam transeundi licentiam habentem, ecclesiae Seccoviensi praeficit. Datum et actum Salzburgae anno 1417 die 23 Julii und II 471: Eodem teste discimus Eberhardum quum esset in concilio Constantiensi Seccoviensi ecclesiae praefecisse Ulricum de Albeck natione Suevum, qui propter studium Gregorii XII de sede Verdensi fuerat amotus. Id fecit ad commendationem Sigismundi regis.

Um die auf dem Konstanzer Konzil beschlossenen Reformen des Klerus in die Wege zu leiten, berief Eberhard III., Erzbischof von Salzburg, bald nach der Rückkehr von Konstanz, eine Provinzialsynode, die sich am 18. Nov. 1418 in Salzburg versammelte.[1]) Eine auf dieser Synode von Albeck gehaltene Rede ist im Catalog Cod. Lat. der Münchener Hofbibliothek Tom I pars 2 p. 131 No 1117 verzeichnet: sermo ab Ulrico Seccoviensi episcopo in concilio Salisburgensi a. 1418 habitus. Auf dieser Synode kamen Statuten zustande, in denen bestimmt ward, wie dem Concubinat entgegen zu treten sei, ne clerici secum teneant mulieres iuvenales, ne clerici in domibus suis tabernas habeant, ut clerici venatui et ludis non insistunt etc., wobei auch ältere Vorschriften wider das Zinsennehmen nachdrücklichst eingeschärft und an die Bestimmungen der Konzile von Lyon (1274), Würzburg (1287), des Lateranense von 1273 und die Salzburger Synode von 1267 erinnert wird.[2]) Die in Salzburg zustande gekommenen Beschlüsse hat dann Ulricus IV. in Seckau 1419 publiziert und zur Durchführung gebracht. Ein Exemplar dieser Statuten findet sich auf der Grazer Universitätsbibliothek sub sig. II 497 (Handschrift). Incipiunt statuta accurata reverendum in Christo patrem dominum Ulricum episcopum Seccoviensem, doctorem egregium de speciali commissione reverendissimi in Chr. patris domini Eberhardi episcop. Salisb. ecclesiae, apostolicae sedis legati . . . anno dom. 1419. Der Text ist — soweit ich verglichen habe — mit einigen Auslassungen inhaltlich der gleiche, wie der bei

1) Siehe Muchar a. a. O. VII 153, Cäsar Staats- und Kirchengeschichte VI 77, Widmann Geschichte Salzburgs II 244, Hefele Konziliengeschichte VII S. 301 ff., Singer, Hist. Studien über die Erbfolge, S. 9 und dortselbst Zitiertes.

2) Weitere Bestimmungen verzeichnet Widmann a. a. O. S. 246. Über die Salzburger Synoden von 1418, 1419 und 1420 siehe Dalham Concilia Salisburg. p. 167—208, Hefele Konziliengeschichte, 1. Aufl., Bd. 7, S. 381.



Dalham a. a. O. 191 ff. wiedergegebene; doch sind in den Worten manche Abweichungen und eine teilweise andere Anordnung des Stoffes gewählt.

Der Praesulatus Seccoviensis erwähnt p. 476, daß Bischof Ulrich sodann im Dezember 1419 eine Visitation vorgenommen habe und dieselbe, bis auf die Frage des studium religiosae paupertatis, befriedigend verlaufen sei. Dabei beruft er sich auf das diesbezüglich erstattete p. 477 ff. abschriftlich mitgeteilte Referat.

1424 wird Ulricus durch den Abt von Citeaux und die im Generalkapitel versammelten Äbte in die Gemeinschaft und Brüderschaft des Ordens aufgenommen (Landesarchiv Urk. Nr. 5000 b).

1426 wird in Übereinstimmung mit dem Propste und dem Kapitel von Seckau durch Bischof Ulrich ein Statut folgenden wichtigen Inhaltes einstimmig beschlossen:

„Nach dem Tode eines jeweiligen Seckauer Bischofes sendet der Probst des Stiftes sogleich einen treu ergebenen Priester seines Kapitels auf das Schloß Seckau bei Leibniz, welcher unter eidlicher Verpflichtung die ganze Verlassenschaft des Verstorbenen in Verwahrung zu nehmen hat. Er hat dieselbe dem vom Salzburger Metropoliten neu ernannten und vom Probste ihm vorgestellten Nachfolger zu überantworten, wobei jedoch die testamentarischen Anordnungen getreulich zu vollziehen sind. Der neue Bischof wird vom Kapitel nicht eher zugelassen und man hat ihm nicht eher zu gehorchen, als bis er eidlich bekräftigt hat, daß er nicht die geringste Verbindlichkeit eingegangen habe, wodurch irgend etwas von den Bistumsgütern, zum wenigsten aber das Schloß Seckau, abgetreten würde. Bei der Besitznahme dieses Schlosses haben die Burggrafen aller übrigen Schlösser dem neuen Bischof als ihrem Herrn zu schwören und zu gehorsamen.[1]) Man darf vermuten, daß dieses Statut vor-

1) Dies Statut befindet sich im Original im geheimen Haus-, Hof- und Staatsarchiv zu Wien (Salzb. Archiv-Abtlg.) und ist mitgeteilt bei Chmel a. a. O. Beil. XVIII.



züglich beabsichtigt habe, dem Stifte und dem Bistum die möglichste Unabhängigkeit zu bewahren und den Einfluß weltlicher Macht hintanzuhalten." (Chmel, Kaiser Friedrich IV. 79—80, 554—56. Hiezu auch Muchar a. a. O. VII 188).

Veranlaßt wurde das Statut wohl im Hinblick auf das jus spolii nach dem Tode des Bischofs Augustin 1380.

1428 verleiht Kaiser Sigismund dem Bischof Ulrich von Seckau und seinen Nachfolgern den Blutbann (s. Chmel, Aus dem kais. R.-Regist.-B.; zitiert bei Aschbach a. a. O. III 464).

Albeck starb nach den im Personalstand der Diözese Seckau (geschichtl. Nachweis S. 18) angegebenen Daten am 19. Dezember 1431 zu Padua. Über den Grund seiner Paduaner Reise läßt sich nichts Gewisses sagen. Weder bei Lichnowsky, Geschichte des Hauses Habsburg, noch in den Regesten Kaiser Sigmunds bei Aschbach findet sich ein darauf bezüglicher Vermerk. Daß sie mit dem bevorstehenden Baseler Konzil im Zusammenhange gestanden sein dürfte, erscheint bei Albecks kirchenpolitischer Tätigkeit von vorneherein wahrscheinlich. Seine Beisetzung dürfte in der Domkirche zu Padua erfolgt sein, woselbst sich nachstehende Inschrift befindet: Memoria Ulrici Episcopi Seccoviensis, Divini et Humani Juris peritissimi, Rom. Eccles. Presbyt.[1]) Die letzteren Worte legen den Gedanken nahe, daß Albeck Kardinal der römischen Kirche gewesen. Dies läßt sich — nach dem uns zu Gebote stehenden Materiale — weder bejahen noch ausschließen. Doch äußert sich in dieser Hinsicht bereits der mehrfach zitierte Praesulatus Seccoviensis wie folgt: Ceterum Eugenius primo pontificatus sui anno XIII Kal. Oct. in Cardinalium numero adscripsit Franciscum Condulnerium Venetem, nepotem suum, nec non Angelotum Fuscum, Romanum, Episcopum Cavensem, quibus Martinus episcopus noster, sacello Episcoporum, quod typis edidit anno 1603 adscripsit

1) S. Tomasius Urbis Patavinae Inscriptiones p. 13. Vollkommen gleichlautend Salamonius Urb. Pat. Insc. p. 10.



Udalricum episcopum Seccoviensem, virtute ac scientia clarissimum, quod constantia fidei operaque illius, quam pro tuendis Gregorii XII partibus graviter olim impendit, amplissimum praemium a dignissimo eius nepote retulisset. Sed nuspiam in documentis nostris adepta eminentis huius vestigium occurrit, neque in necrologo plus quam episcopi nomen attribuitur.[1])

1432, 15. August, bestätigte dann Konrad Bischof von Seckau die Jahresstiftung seines Vorgängers, Bischof Ulrich IV., zu welcher derselbe nebst einer Inful und einem Ring einen Hof zu Fischern unter Weißenkirchen gewidmet hatte. Den Hof hatte Ulricus seinerzeit von Peter dem Parzen selig, weiland Bürger zu Judenburg gekauft; der Ring wird als mit einem großen Saphir, zwei Chrysoliten und zwei Diamanten verziert bezeichnet und auf 10 Schillinge geschätzt (Landesarchiv, Handschrift Nr. 5351 a).[2])

Aus Albecks Seckauer Wirksamkeit sind eine Reihe von Urkunden im Grazer Landesarchiv aufbewahrt. Dieselben betreffen schiedsrichterliche Entscheidungen des Bischofs, so Nr. 4730, 4869c, 4998 (ähnlich 5281), ferner Lehenssachen, so Nr. 4941, 5064, 5100; Verträge, so Nr. 5125a, 5211, diverse Verfügungen in Amtssachen, so 4769a, 4912, 5095a, 5246.

Zum Schlusse sei nur noch erwähnt, daß Albeck — abgesehen von seinen beiden Werken — ecclesiae Seccoviensi mehrere Handschriften aus seinem Besitze zugewendet

1) Der Nekrolog lautet: Illustrissimus cathed. Seccov. sidus Udalricus episcopus praeluere et vivere desiit; diem mortalem indicat Chronicum Salisb. apud Duellium t. 2. misc. f. 131 ubi haec habetur: sub Eberhardo fuit Ulricus de Albeck imperialis aulae prothonotarius, olim episcopus Verdensis, deinde translatus ad eccles. Secc. Obiit 1431. Kal. Jan. 9.

2) Siehe auch Landesarchiv Handschrift Nr. 136 (Praesulatus Secc.) p. 584. Ferner Monum. Germ. Necrol. II 412. Hierselbst findet sich auf II 354 und II 432 der Name Ulrich als episcop. Secc. erwähnt.



hat, die sich jetzt auf der Grazer Universitätsbibliothek befinden.[1]) So je ein Exemplar der Digestum vetus, infortiatum und Dig. novum (Man. III 32, III 44 u. III 63). Die Handschrift der Dig. vetus stammt aus dem 14. Jahrhundert und ist dem Charakter ihrer Miniaturen nach wohl aus Frankreich stammend (Eichler, Aus einer öster. Bibl. S. 22); dann einem Codex Just. repetitae praelectionis (Man. III 43), eine aus Italien herrührende Handschrift (Eichler a. a. O.); ferner einem Commentar des Cynus zum Codex (Man. III 79); ein Specimen juris corr. a. Joanne Andreae (Man. III 95); endlich Guidonis de Baisio Rosarium super Decret. Gratiani, 2 Bände (Man. III 84).

XX.

Streiflichter zur deutschen Zentrumspolitik.

Von Germanus.

Das neue Jahr fing recht „vielversprechend" an. Der Zentrumsreichskanzler, der sich bekanntlich mit Recht als Prophet des demokratischen Gedankens fühlt und diesen in die Psyche des deutschen Volkes einzuhämmern bemüht ist, hat es für zweckmäßig erachtet, dem „Berliner Tageblatt" anläßlich seines fünfzigjährigen Jubiläums einen Festartikel über den Beruf der deutschen Demokratie zu schreiben und in diesem Artikel das „Berliner Tageblatt" als „Vorkämpfer für freiheitliche Gesinnung im Staate und für die politischen Rechte des Bürgertums" zu preisen, das eines der führenden Organe der fortschrittlichen Strömungen in Deutschland nicht nur auf politischem, sondern auch auf

1) Über aus Seckau herrührende Handschriften der Grazer Bibliothek siehe Eichler, Zentralbl. für Bibliothekswesen Nr. 35, S. 51 und dortselbst zitierte Literatur.



wissenschaftlichem, kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet ein Faktor des internationalen Geisteslebens gewesen sei; der Kanzler wünscht diesem Organ für die nächsten fünfzig Jahre seines Bestehens erfolgreiche Arbeit im Dienst des Wiederaufbaues Deutschlands und der Welt.

Was sonst in dem Artikel steht, bewegt sich in dem gleichen Rahmen, wie alle Reden Dr. Wirths, der in der Erweiterung der politischen Rechte des Bürgertums (es ist nicht uninteressant, dies hervorzuheben, da der Kanzler sonst gern vom arbeitenden Volk spricht, dies Wort im Sinn der Sozialdemokratie genommen) eine wertvolle Errungenschaft des Jahres 1918 d. h. der Revolution erblickt, die man zwar nicht herbeigeführt haben will, die man aber doch mit Genugtuung registriert. Das letztere sollte vonseiten eines Parteiführers unterbleiben, dessen Partei bei jeder Gelegenheit betont, daß sie die Revolution verurteile, einer Partei, die den Kampf für das Recht auf ihre Fahne geschrieben hat. Es ist auch aus andern Gründen tief bedauerlich, daß der Zentrumskanzler dem „Berliner Tageblatt" ein Loblied singt und dabei sogar dessen kulturelle Arbeit anerkennt, einem Blatt, das von jeher dem ordinärsten, boshaftesten Antiklerikalismus, dem ausgesprochensten Aufklärungsliberalismus und Freimaurertum gehuldigt, an der Spitze der Kämpfer für die revolutionäre Idee stand und der zügellosesten Freiheit d. h. Umwälzung aller sittlichen Begriffe von jeher das Wort geredet hat; zuletzt wieder im Schnitzler „Reigen"-Prozeß, wo es natürlich auf der Seite der „Reigen"-Leute stand. Ein katholischer Staatsmann, für den das „Berliner Tageblatt" als Faktor des geistigen Fortschrittes in Frage kommt, ist für mich als katholischer Staatsmann erledigt. Erzberger schrieb gelegentlich in den „Tag", was er damit rechtfertigte, daß dann Leute den Zentrumsstandpunkt erfahren würden, die ein Zentrumsblatt nicht zu lesen bekämen. Das mußte man selbstverständlich gelten lassen. Weniger seine gelegentlichen politischen Auslassungen in Form von Unterredungen mit Vertretern

des „Berliner Tageblattes“ während des Krieges. Doch handelte es sich damals immerhin um Kriegspolitik und was damit zusammenhing. Wenn Dr. Wirth bloß dem Reichspräsidenten zulieb in's B. T. schrieb, so zeigt dies, zu welchen Konzessionen die Koalitionspolitik führen kann. Zwar ist nun das Zentrum keine konfessionelle Partei. Aber da im „Neuen Reich“ der württembergische Minister Bolz betont, das Zentrum und seine Führung würden in keiner Weise katholische Grundsätze verletzen, so soll hier doch festgestellt werden, daß derlei Auslassungen des führenden Zentrumsstaatsmannes auch in Kreisen überzeugter Zentrumsanhänger Kopfschütteln erregen müssen. Man kann gespannt darauf sein, mit welch hochpolitischen Gründen dieser Akt des Kanzlers von der Parteipresse verteidigt wird. Natürlich soll dem Kanzler nicht das Recht bestritten werden, zu schreiben, was und wohin er will. Bewiesen werden soll damit nur, daß das Zentrum von heute nicht mehr das von ehedem ist. Windthorst hätte niemals dem „Berliner Tageblatt“ einen Jubiläumsglückwunsch geschrieben und es noch dazu als Vorkämpfer der politischen Freiheit — auf deutsch des Revolutionsgeistes — gefeiert. Bei Dr. Wirth überwiegt eben alles andere sein Abgott, die „Demokratie.“ Demokratie geht ihm über alles und macht ihn offenbar blind gegen alles andere, was damit verbunden ist und besonders im „Berliner Tageblatt“ und dessen Kreisen damit verbunden ist.

Noch andere, wenig erfreuliche Kleindinge, charakteristische Merkmale brachte die Politik im neuen Jahre.

Fürst Awaloff Bermond, der General der baltischen Armee, saß in Berlin und verlieh als ehemaliger Höchstkommandierender jener Armee noch nachträglich einige Auszeichnungen, die wohl horribile dictu monarchisch-russisches Gepräge trugen. Dies paßte dem Vertreter der russischen Sowjetrepublik nicht und wahrscheinlich unterließ er es nicht, die Duldung Bermonds durch die deutsche Regierung zuständigen Orts als einen unfreundlichen Akt zu bezeichnen.





Der Erfolg blieb nicht aus; der Draht meldete, Fürst Awaloff Bermond sei als lästiger Ausländer aus Deutschland ausgewiesen. Die russische Sowjetrepublik wird sich nun hoffentlich beeilen, den Gesandtenmord an Herrn v. Mirbach als eine Angelegenheit zu betrachten, deren Verfolgung für sie von Interesse wäre. Anders könnte man es nicht verstehen, weshalb sich Berlin zum Handlanger Moskaus gemacht hat. Oder geschah es nur aus dem demokratischen Gefühle heraus, daß nun einmal im heutigen Berlin kein Platz mehr für „weiße" Generäle sein dürfe? Vielleicht auch witterte man hinter Bermond eine Gefahr für die deutsche Republik. Zwar hat Bermond keine weiße Armee mehr hinter sich, aber man kann ja nicht wissen, ob er nicht geheime Werbungen für eine solche veranstaltet. Jedenfalls ist die deutsche Republik wieder einmal aus einer schrecklichen Gefahr glücklich gerettet. Ob aber nicht die Gefahr doch etwas größer wäre, die der Republik von den zahlreichen Emissären der bolschewistischen „Kollegin" in Moskau droht und vor der man in Berlin scheinbar den Kopf in weiland des hl. römischen Reiches Streusandbüchse zu stecken vorzieht?

Man hat auch noch nichts davon gehört, daß der Herr Reichskanzler, der jetzt dem Reichstag ein Gesetz zum Schutze der Republik vorlegen will, die Republik als in Gefahr stehend erklärt hat, als die sozialistischen Regierungen in Deutschland den Beschluß faßten, einen Sonderbund zu schließen! Den Sturm von sittlicher Entrüstung hätten wir hören mögen, wenn Bayern mit einigen anderen (leider gibt es sonst keine) rein bürgerlichen Regierungen einen Bund bürgerlicher Regierungen hätte gründen wollen. Da wäre die Republik in Gefahr erklärt und vom „Vorwärts" die Reichsexekution gegen die Reaktionäre verlangt worden. Es wäre immerhin interessant, im Reichstag eine kleine Anfrage zu stellen des Wortlauts: „Ist es dem Herrn Reichskanzler bekannt und was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, 2c. 2c." Interessant ist es auch, daß die Zentrumspresse diese Nachricht ohne jeden Kommentar veröffentlichte und

auch bisher nicht dazu Stellung nahm, während sie sonst gleich bei der Hand ist, wenn sie glaubt, Bayern mit seinen Aschantibewohnern eins am Zeug flicken zu können. Was Bayern sich an „Eigenbrötelei" oder „Partikularismus" leistet, das ist noch gar nichts im Vergleich zu den Sonderbestrebungen, die in Sachsen von der dort allein regierenden Sozialdemokratie verfolgt werden in Bezug auf die völlige Unterdrückung der Religion in der Schule. Der sächsische Zentrumsabgeordnete Heßlein kündigte sogar an, daß das Zentrum einen Volksentscheid beantragen werde, falls man in Sachsen den Religionsunterricht aus der Schule beseitigen wolle. Hier ist also die Religion in Gefahr, nicht nur die Republik, zu deren Schutz jetzt ein Gesetzentwurf vorbereitet wird. Dieser soll jede Schmähung und Beleidigung der republikanischen Staatsform mit hohen Gefängnisstrafen verfolgen. Abgesehen von der kautschukartigen Dehnbarkeit der Begriffe Schmähung (als solche kann man jede schärfere Kritik auslegen) und Beleidigung ist es interessant zu sehen, daß jetzt im Namen der Freiheit die Gegner des neuen Systems verfolgt werden sollen, ähnlich wie unterm alten System dessen Gegner verfolgt wurden. Nur fürchte ich, die Verfolgung der monarchischen Kritiker dürfte eine bedeutend schärfere sein wegen der „Freiheit", die geschützt werden muß. Wirkliche Freiheit wird aber in Zukunft der Schieber genießen, da nach der neuen Justizreform die Gefängnisstrafen möglichst durch Geldstrafen ersetzt werden sollen. Wer also Geld hat, der kann machen, was er will. Er zahlt und sorgt dafür, die Buße durch doppelte Betriebsamkeit möglichst rasch wieder zu „verdienen". Die arme Menschheit wird den Schieber und Blutsauger nicht mehr, wie bisher, auf einige Monate oder gar Jahre los. Nein, der Staat braucht Geld, daher möglichst viel Geldstrafen. Und dies in einer Zeit, wo das gesunde Volksempfinden den Galgen für seine gewissenlosen Ausbeuter verlangt. Das ist auch eine Frucht der regierenden Demokratie, deren Justizminister Radbruch heißt.

Ist es zu verwundern, wenn viele bisherigen Zentrums-



leute eine solche Art von „christlich-konservativer" Zentrums-politik, so genannt, weil mitgemacht vom Zentrum, nicht verstehen wollen und deshalb im Zentrum nicht mehr ihr politisches Ideal erblicken können? Es soll gar nicht davon gesprochen werden, daß das alte Zentrum und seine Presse den Parlamentarismus früher stets als ein Übel bekämpft haben. Man würde es verstehen, wenn es sich auf den Boden der Tatsachen stellen würde und ihn, wie die republikanische Staatsform als notwendiges Übel betrachten, behandeln und ihm seine guten „Seiten" abgewinnen wollte solange, bis sich etwas besseres fände. Aber das genügt nicht. Es ist nicht erlaubt, daß ein echter Zentrumsmann noch an den alten Prinzipien bezw. Anschauungen festhält und im Parlamentarismus wiederum nur ein z. Zt. notwendiges Übel erblickt. Ein solcher wird vielmehr als Quertreiber und Eigenbrötler bekämpft, besonders wenn er Ansichten vertritt, die etwas anderes — und sei es auch nur im Weg der Evolution — an die Stelle des Parlamentarismus setzen möchten. Hier liegt also doch ein Grundsatzwechsel vor. Nicht als Katholik bemängle ich hier die Haltung des Zentrums in Verfassungsfragen, wie dies Prof. Dr. Spahn tut, sondern als Deutscher. Für die katholische Kirche könnte es unter Umständen nicht von besonderem Belang sein, ob Deutschland Monarchie oder Republik ist, falls in der Republik die religiösen Interessen gewahrt werden können, was dahingestellt sei. Für Deutschland ist dies aber nicht gleichgültig; denn hier wirken noch gewisse Imponderabilien mit, insbesondere die Rücksicht auf die deutsche Tradition, die kein Volk ungestraft verletzt. Die Stärke des englischen Volkes besteht in seinem konservativen Festhalten am ungeschriebenen Gesetz der Tradition. Es geht nicht an, über solche Fragen im seichten Stil des Feuilletonisten hinwegzutänzeln, wie dies im roten „Tag" in einem Artikel „Staatsformen" betitelt der Zentrumsabgeordnete Dr. Herschel tut. Es gibt auch einen Feuilletonliberalismus in der Zentrumspresse, man könnte ihn auch Opportunitätsfeuilletonismus



heißen, der in unwahrhaftiger Weise tendenziös arbeitet. Und der Artikel des Herrn Dr. Herschel stellt tendenziös die Monarchie am Bild des Agamemnon als Tyrannei hin, ebenso die Obligarchie am Bild Venedigs. Dagegen ist es die wahre Demokratie, die „Herrschaft des Volkes“, nicht der Masse (sic!), was Dr. Herschel gefällt. Ob es eine solche Demokratie gibt? Herrscht denn bei uns nicht das Diktat der Masse? der Zahl? Kann nicht bei uns jeder Beliebige an die Spitze des Staates gelangen, sofern ihn nur eine Partei präsentiert? Beispiele liegen nahe — daran ändern auch die gewagten Lobsprüche des Altreichskanzlers Fehrenbach nichts, den hinwiederum die allerdings deutschfeindliche „Neue Zürcher Zeitung“ samt einem Kabinett in ihrer boshaften Weise als „brav aber talentlos“ charakterisierte. Jede Übertreibung aber ist vom Übel.

Beim Parteitag des Zentrums goß dieser Staatsmann die Schale seines Zornes über die „Deutsche liberale Volkspartei“ aus, deren Politik er nach Erzbergers Anschauung mit Dr. Simons in London gemacht hatte, und über die Demokratie, deren und Dr. Rathenaus Freundschaft sich der Herr Reichskanzler rühmt. Sehr diplomatisch war das nicht. Umso schonungsvoller, nämlich gar nicht, behandelte er die Sozialdemokratie, die ja noch keine Koalitionspolitik sabotiert hat. Denn Sabotage der Koalitionspolitik warf der Altreichskanzler den erstgenannten Parteien vor. Interessant ist auch, daß der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, der — damals der heftigste Gegner Erzbergers — durch seinen Widerstaud gegen die Erfüllungspolitik geholfen haben soll, das Kabinett Fehrenbach zu Fall zu bringen, indem er die päpstliche Vermittlung (so warf ihm Erzberger öffentlich vor) „sabotiert“ hatte, heute beim Parteitag der energischste Vertreter der Erfüllungspolitik ist. Ob diese Erfüllungspolitik richtig war, kann man wohl mit Fug und Recht bezweifeln. Die Geschichte wird darüber entscheiden. Wem sie heute die richtige gewesen zu sein scheint, da sie den Feind vom Lande fernhielt, der möge sich nicht zu früh freuen. Denn



die Politik Poincarés zielt auf einen Vorwand zur Besetzung. Mit den Grundsätzen der Zentrumspartei hat die Frage der Erfüllungspolitik aber nichts zu tun.

Was hier Gegenstand der Betrachtung oder der Kritik war, bezog sich nur auf solche Dinge, in denen das Zentrum von heute anders handelt und spricht, wie das Zentrum von ehedem. Mögen manche Zentrumsführer noch so oft behaupten, das Zentrum sei noch das gleiche, wie zu Windthorsts Zeiten, durch öftere Wiederholung wird diese Behauptung nicht wahrer. Und wenn es diese Führer selbst glauben und davon überzeugt sind. Sie sind hier zu sehr Partei, um als unbefangen gelten zu können. Und selbst einstimmige Parteitagsbeschlüsse ändern daran nichts. Man weiß ja, wie solche zustande kommen. Die Abstimmenden sind Vertrauensleute und Parteifunktionäre, also keine Dissidenten oder Außenseiter. Und worüber abgestimmt wird, steht in der Tagesordnung; unbequeme Redner kann eine geschickte Leitung ausschalten. Wer aber wollte behaupten, daß die Parteileitung des Zentrums/ungeschickt sei?

Wenn auf dem Parteitag der Kanzler sich gegen Schlagwortpolitik aussprach, so darf man fragen, ob er nicht selbst nur zu gern mit Schlagwörtern operiert, wie Demokratie, Fortschritt, Freiheit usw. Er sagte: „Wir haben in unsern Reihen überzeugte Monarchisten, aber auch überzeugte Republikaner! Hätte es einen Sinn, sich auch nur eine Minute über derartige theoretische Streitfragen hier auszulassen?“ Mit Verlaub, war es nicht der Herr Reichskanzler, der durch seine fortwährende Aufforderung zur herzlichen Bejahung der Republik, d. h. zum bewußten und überzeugten Republikanismus diesen Streit provoziert hat. Nur sein auch theoretisches Werben für Republikanismus und Demokratie trägt die Schuld, wenn ihm in diesem Punkt entgegengetreten wird. Und ob sich sein theoretisches Bekenntnis zur Republik — trotz der offiziell neutralen Haltung der Partei in dieser Frage — nicht auch praktisch durch Bevorzugung republikanisch gesinnter Beamter auswirken wird? Man kann



doch nicht aus seiner Haut fahren. Und warnte nicht der Herr Abgeordnete Dr. Lauscher[1]) die akademische Jugend, die noch nicht den Weg auf den neuen Boden gefunden! Sie verschließe sich selbst den Weg in die höhere Verwaltungslaufbahn. —

XXI.

Wiederaufbau.

Ein Stimmungsbild.

In einer Rede vor der Berliner Presse am 3. Dezember verteidigte Herr Wirth seine Erfüllungspolitik und richtete an seine Zuhörer die Frage, wie ein Kanzler der Nichterfüllung beschaffen sein müsse, ohne daß dadurch die Einheit Deutschlands in Brüche gehe. Die Zustimmung, welche er dabei erntete, offenbart den einseitigen Charakter der Berliner Presse. Die Tendenz der Wirth'schen Ausführungen erkennt man, wenn man überlegt, worin die Wirth'sche Einheit besteht und welches die Vorbedingungen sind für einen Kanzler der Nichterfüllung.

Die deutsche Einheit, welche Herr Wirth in warmen Worten feiert, ist nichts anderes als die Zusammenfassung der deutschen Staaten zu einem Ausbeutungsobjekt von Paris und einem Versuchsobjekt von Moskau, unter der Tyrannei der Internationale des Judentums, der Freimaurerei und des Sozialismus aller Schattierungen, welche in Berlin ihren Sitz aufgeschlagen hat und von dort aus das Reich unterdrückt. Wer demnach für diese Einheit schwärmt, äußert dadurch die Ansicht, daß die Unterjochung des deutschen Volkes ein erstrebenswerter und zu verewigender Zustand ist. Kann man nun vom Norden eine Besserung unserer

---

1) Augsburger Postzeitung Nr. 16 vom 10. Januar 1922.



Verhältnisse erhoffen? Diese Frage muß verneint werden. Die verschiedenen Richtungen der Internationale haben sich dort so eingefilzt, daß er für eine vaterländische Bewegung aus eigener Kraft nicht mehr fähig ist. Wir brauchen nur an den Verzicht von Oberschlesien, Posen, Westpreußen, Nordschleswig, an die Preisgabe vom linken Rheinufer und an die willenlose Unterwerfung unter die Entente in allen sonstigen Fragen zu denken.

Der Staatsmann, welcher Deutschland aus seinem Elend heraus- und der Stellung zuführen will, die ihm gebührt, darf nicht zur Losung die Frage nehmen: „Wie befriedige ich die Feinde?" — sondern: „Wie stärke ich Deutschland?" Um dieses Ziel zu erreichen muß auf den Stamm aufgebaut werden, bei welchem die Vorbedingungen eines Aufstieges vorhanden sind und das sind die Bayern.

Bayern hat sich genügend ursprünglich-deutsche Art bewahrt und die Krankheitserscheinungen, welche wir leider auch hier beobachten, sind von auswärts eingeführt, gleichgültig, ob sie dem Sozialismus oder dem Liberalismus entspringen. Die Zukunft Deutschlands hängt davon ab, ob Bayern in seinen deutschen Beruf hineinwachsen und den Mann finden will, der es zu dessen Erfüllung befähigt.

Rettung Deutschlands durch Bayerns Übernahme der Führung! Zu diesem Zwecke muß die Stärkung Bayerns angestrebt werden und zwar durch: Brechung des Berliner Einflusses, Wiedererrichtung der bayerischen Wehrkraft und anzustrebende Angliederung der „Bavaria Irridenta", das heißt der im Laufe der Jahrhunderte von Bayern losgelösten Stammesbrüder in Österreich und Tirol.

Zur Erreichung dieser Ziele muß die Bayerische Volkspartei ihre ganze Kraft einsetzen, wenn ihr bayerisch-deutschnationales Programm nicht ein leeres Wort sein soll.

Leider teilt sie das Schicksal der anderen Parteien: außer einigen vortrefflichen Wirtschaftspolitikern läßt sie leitende staatsmännische Führung vermissen. In Fragen der

Staatskunst sind viele Politiker verständnislos, andere sind Reichsbeamte oder durch Berlin beeinflußt; die Gewerkschaftssekretäre der Partei sind teilweise mehr bestrebt, ihre Arbeiter zur steuerlichen Überlastung des rechtmäßigen Eigentums als gegen die Übergriffe Berlins zu mobilisieren; wieder andere zeigten sich schon vor dem Krieg von nivellierenden Ideen beherrscht, was jedoch nicht hindert, daß sie von der Partei in einflußreicher Stellung gelassen werden.

Ein schwerer Fehler derselben ist die Vernachlässigung der Interessen des Großgrundbesitzes in dem maßvollen bayerischen Umfange und des Berufmilitärs; ersteren hat sie mitgeholfen zu schädigen, indem sie der ausschließlich aus revolutionären Gründen erfolgten Aufhebung der Fideikommisse zustimmte; letzteren trieb sie durch Mangel an Einsicht für militärische Notwendigkeiten in die Arme der preußenfreundlichen Mittelpartei, die zwar auch nicht für die Armee eintritt, aber sich den Anschein dazu gibt. Außerdem würde die Partei an Zugkraft gewinnen, wenn sie sich offen auf den Boden der Monarchie stellte, der ihre Wähler anhängen.

Unter diesen ist oft eine ausgezeichnete Stimmung im Sinne eines Vorgehens gegen Berlin vorhanden, aber sie wird durch manche Abgeordnete der Partei mehr als nötig zurückgedrängt, und man scheut sich offenbar sogar nicht, sich um die Wünsche seiner Wähler nicht zu kümmern. Ein Verhalten, das eine Mißachtung derselben bedeutet. Von den nämlichen Kreisen wird die Ansicht vertreten, daß das Reich, das heißt die Internationale in Berlin, alle Trümpfe in der Hand hat, und leider lassen sich manche durch solche Redensarten entmutigen.

Auch müssen Rührseligkeit und Eitelkeit diejenigen sich abgewöhnen, welche Großes leisten wollen.

Da zur Führung einer weitblickenden Politik und zur Hebung des Charakters die Wehrhaftigkeit des Volkes unbedingt erforderlich ist, muß durch Belebung und Pflege eines mutigen, männlichen Geistes deren Wiedererrichtung



vorbereitet werden. Man darf sich nicht durch Drohungen einschüchtern lassen und muß endlich lernen, die Ehre und die Lebensnotwendigkeiten des Vaterlandes höher einzuschätzen als die Befriedigung des französisch-sozialistisch-berlinerischen Zerstörungstriebes.

Die bayerische Volkspartei möge drei Dinge bedenken; die Österreicher und Tiroler werden sich am liebsten denjenigen anschließen, welche sich nicht bloß in Worten, sondern auch in Taten als ihre Stammesbrüder erweisen; die bayerischen Offiziere werden in ihrer Mehrzahl der Partei Folge leisten, welche als erste für die Wehrhaftigkeit eintritt; und nur derjenige wird auf die Zukunft Bayerns bestimmend einwirken, dessen Charakterstärke den Schwankenden Halt verleiht, und der die Rechte unseres Volkes gegen Berlin vertritt.

Möchte sich doch wieder ein Mann finden, der den Lebenswillen Bayerns in sich vereinigt und den verhängnisvollen Einfluß Berlins beseitigt! Er muß streng, klug, gerecht, todverachtend, weder bürokratisch noch von landfremden, demokratischen Ideen angesteckt sein. Nur ein solcher kann durch das Erstarken Bayerns auch den Boden für einen Kanzler der Nichterfüllung schaffen, der die von Berlin zerstörte föderalistische Einheit der deutschen Stämme wieder herstellt und den Vertrag von Versailles, der uns weder rechtlich noch sittlich verpflichtet, den Feigheit vorbereitet und Zwang geschlossen, den schon jetzt vor uns zitternden Franzosen zerrissen zu Füßen wirft.

Es ist ein naiver Wahn zu glauben, daß der Vertrag der Schmach durch die „Einsicht“ der Franzosen aufgehoben oder gemildert werden könnte. Diese Nation, die den Stempel des Absterbens an der Stirne trägt, haßt uns mit einer Wut, die ihr das Bewußtsein des eigenen Unterganges verleiht. Es sind die Krallen des in Todeszuckungen ringenden Tigers, welche sich tief in den Leib des deutschen Volkes bohren und noch zu töten vermögen, wenn dieses sich nicht aufrafft und es verhindert. Nur von eigener

Willenskraft, nicht von einer immer ausbleibenden internationalen Hilfe dürfen wir Rettung erhoffen.

Treffend schreibt der bekannte Generalstabsoberst Bauer: „Ein Volk, das die Freiheit will, ist unbesiegbar und wenn es mit Fäusten und Zähnen kämpft. Solange aber wir in Demut den Rücken zur Züchtigung hinhalten, solange „Deutsche“ sich bemühen in der Entwaffnungsfrage unsere Feinde zu übertrumpfen — solange sind wir ehrlos — wehrlos — und Sklaven.“

Man hört oft in allen Kreisen die Redensart: „Ja, wir müssen doch zahlen.“ — Nein, wir müssen nicht zahlen! Wir haben den Krieg nicht verschuldet, — Berlin scheute selbst vor dem berechtigtsten Feldzug zurück — wir sind von unseren Feinden überfallen worden. Jeder Pfennig, den wir nach Paris über Berlin bezahlen, vermehrt die Begehrlichkeit der Franzosen, stärkt das sozialistisch-freimaurerisch-jüdische System und ist ein Verrat an der Zukunft von Reich, Staat und kommenden Geschlechtern.

Es muß hervorgehoben werden, daß Frankreich uns mit Gewalt lange nicht den Schaden antun kann, den wir uns selber durch willenlose Unterwerfung unter seine Willkür zufügen. Auch hierin muß man die Bequemlichkeit der Bürgerlichen anstaunen, die sich lieber vor dem Internationalismus beugen als für die Zukunft des Vaterlandes und ihrer Nachkommenschaft eintreten.

* * *

Es ist wahrhaft Zeit, daß der bayerische Löwe gegen Berlin erwache, damit das deutsche Volk dereinst gegen Paris erwachen kann. Wir Bayern müssen uns unserer glorreichen Vergangenheit erinnern, als ältestes deutsches Herzogtum, älter selbst als das Karolingerreich. Und doch wagt es der Preuße, durch Unrecht und Beleidigung unsern alten Stamm zu verletzen!

„Des Steins Geduld bricht endlich auch in Stücken,
Den Götter zum Getretensein doch schufen,
Volk, mehr als Stein, wie lang darf man dich drücken?“ (Rückert.)



Bayern steht an einem Wendepunkt seiner Geschichte; entweder rafft es sich auf und arbeitet an der Führung und Rettung des Deutschtums, oder es wiederholt sich an ihm das Schicksal Irlands.

Wir dürfen nicht glauben, daß sich unsere Lage gegenüber Berlin bessern würde, wenn es dem Altpreußentum einmal gelingen sollte, die Internationale zu verdrängen; die Berliner Pressestimmen verkünden uns täglich, daß uns alle Parteien mit gleichem Hasse verfolgen, weil wir uns nicht in das zentralistische größpreußische Ideal hineinfinden können.

Wenn die landbesitzenden bayerischen Adeligen nicht wollen, daß ihre Nachkommen an den Bettelstab gebracht werden; — wenn die bayerischen Bauern nicht wollen, daß ihre Kinder einmal von preußischen oder jüdischen Gutsbesitzern ihr Brot erbetteln müssen; — wenn die bayerischen Offiziere und Mannschaften nicht wollen, von Berlin-Preußen einmal behandelt zu werden, wie die irischen Truppen durch die Engländer, dann gibt es nur eines: die Zusammenfassung aller Kräfte zum Kampf um die bayerische und deutsche Freiheit.

Ein Blick auf den Steuerbolschewismus zeigt uns die Größe der Gefahr, besonders für den kapitalsärmeren Süden; in Berlin nennt man dies „Aushöhlung der Kolonien"!!

Die Bayern dürfen sich nicht einreden lassen, daß sie durch Abwehr gegen Berlin dem Reich treulos werden. Weder die Berliner Internationale, welche sich den Namen des Deutschen Reiches beilegt, noch Preußen ist das Reich. Ein Land echter Deutscher ist Bayern und die Wurzel eines echten Deutschen Reiches muß es werden!

Zu diesem Zweck müssen wir auch Verbindung suchen mit den Föderalisten der anderen Bundesstaaten.

Vorzüglich ist es ein tüchtiger und kerndeutscher Stamm, dem wir mit Sympathie entgegenkommen sollen, nämlich den Niedersachsen, den Hannoveranern.



Wie ein roter Faden ziehen sich Beziehungen zwischen Niedersachsen und Bayern durch die Geschichte des Mittelalters, von dem Augenblick an, wo der Sachsenherzog, Deutscher König und Reichsgründer Heinrich der Vogler im Herzog von Bayern, Arnulf dem Schyren, seinen trefflichsten Mitarbeiter an der Befestigung des jungen Reiches gewann.

Später sehen wir einen Zweig des niedersächsischen Herzogshauses mit Bayern belehnt; diesem entsproß, weiblicherseits von den Schyren stammend, jener Heinrich IV., welcher bekannt als Heinrich der Heilige, als erster unter den bayerischen Herzogen den kaiserlichen Thron bestieg und zwar zu einer Zeit, da dieser sich des größten internationalen Ansehens erfreute.

Dann war es Bayern, das durch das Haus Welf den Niedersachsen die Dynastie gegeben hat. Es kam die Zeit der Personalunion zwischen den beiden Herzogtümern, eine Zeit großer Kraftentfaltung, wo das Erbe der Welfen von der Nord- und Ostsee weit gegen die Adria reichte und sie mächtiger waren als die kaiserlichen Hohenstaufen.

Dem gewaltigen Herzog von Sachsen und Bayern, Heinrich dem Löwen, verdankt das Deutschtum nicht nur die Erwerbung weiter slavischer Gebiete, sondern auch die Inangriffnahme jener großzügigen Germanisierung und Kolonisierung Ostelbiens, welche eine der unvergänglichsten Taten des deutschen Mittelalters ist. Dieser mächtige Fürst, der außerdem Bayerns Hauptstadt, München, gründete, zeigte sich als echter Sproß seiner beiden tapferen und freiheitsliebenden Stämme durch den seltenen Heldenmut, welcher ihm seinen Beinamen „der Löwe“ wohl verdiente.

Wir Bayern haben allen Grund mit Groll des Tages von Langensalza zu gedenken, wo preußische Anmaßung ohne einen Schein des Rechts ein altes deutsches Land seiner Freiheit und ein uraltes bayerisches Dynastengeschlecht seiner Krone beraubte. Mit den konservativen Hannoveranern eint uns dasselbe Gefühl der Vergewaltigung durch die preußische Staatsmaschine, das Festhalten an der Eigenart



und die Anhänglichkeit an unsere angestammten Herrscherhäuser.

Wie vor tausend Jahren der Niedersachse Heinrich und der Bayer Arnulf sich die Hände reichten für Deutschlands Aufstieg, so sollen auch wir, Hannoveraner und Bayern, uns zusammenfinden, um an dem gleichen Ziel zu arbeiten, an der Freiheit und Legitimität, welche die Grundsäulen des neuen Deutschlands bilden müssen.

Möchten diese Zeilen zu dieser notwendigen Verbindung beitragen.

Wir haben auf die erste Gründung des Deutschen Reiches 920 hingewiesen. Diese Erhebung aus schmachvoller Knechtschaft, Verwirrung und Auflösung zum höchsten Glanz und Ansehen des 962 errichteten Kaisertums muß uns ganz besonders eine Lehre zu Gemüte führen: die ausgezeichneten deutschen Könige Heinrich der Vogler und sein Sohn Otto der Große konnten nur deshalb die noch vor kurzem vor schlechtbewaffneten Barbarenhorden zitternden Deutschen zu Freiheit und Macht führen, weil sie ein Hauptgewicht auf die Wehrhaftigkeit des Volkes legten, durch die Bewaffnung der Freien deren Selbstgefühl wieder hoben und dadurch das schlagfertige Heer schufen, das den Deutschen das abendländische Kaisertum gewann.

Das war die Zeit, wo der freie Mann seinen höchsten Stolz in seiner Waffe fand, wo eine Entwaffnung eines deutschen Stammes, wie wir ihn zu unserer Schande im letzten Juni erleben mußten, ein Ding der Unmöglichkeit gewesen wäre.

Noch eine wichtige Tatsache soll erwähnt werden! Parteipolitische Zerklüftung ist ein wahres Erbübel der Deutschen! Während der eine nur vom „Geist von Potsdam“ Rettung erwartet, schwärmt der andere für den „Geist von Weimar“; ein Dritter will die Verschmelzung dieser beiden. Niemand bedenkt, daß der eine zu einseitig preußisch, der andere zu rationalistisch-aufgeklärt ist, um echt deutsch zu sein, daher ist Zersplitterung das Ergebnis.



Wir aber wollen einigen im echten deutschen Geist der Pflicht und Ehre und des Rittersinns.

Die Deutschen haben einstens den Erzengel Michael als ihren Schutzpatron verehrt; heute haben wir gesehen, wie sie Wilson und Erzberger zu ihren Beschützern erwählten, und die Folgen dieses Irrwahns können wir nur mit Entsetzen betrachten.

Darum wollen wir wahren Vaterlandsfreunde uns wieder dem alten Schirmvogt der Deutschen zuwenden und für die Stunde, da Freiheit und Sühne erkämpft werden müssen, ihn bitten:

„Komm, vor unsrem Heer zu schreiten,
Deutscher Waffen Kampfgesell!
Fürst des Lichtes, hilf uns streiten,
Hilf uns siegen, Michael!" (Geibel.)

XXII.

Kürzere Besprechung.

Adam Sahrmann, Pfalz oder Salzburg? Geschichte des territorialen Ausgleichs zwischen Bayern und Österreich von 1813—1816. 47. Band der „Historischen Bibliothek". München und Berlin (Oldenbourg) 1921. 96 S. mit 1 Karte. Geheftet 14 Mk.

Durch die Jahrhundertfeier der Pfalz mitten im Völkerringen ist diese Abhandlung veranlaßt worden; „nach den bayerischen Quellen" geschah die Bearbeitung. Da durch einen Regiefehler kein Inhaltsverzeichnis im Buche zu finden ist, gebe ich gleich die Kapitelsüberschriften: I. Die Pfalz im 19. Jahrhundert. II. Der Rieder Vertrag. III. Projekte für die Neugestaltung Bayerns vom Rieder Vertrag bis zum Wiener Kongreß. IV. Die bayerische Territorialfrage auf dem Wiener Kongreß. V. Der Streit um die gemischte Verwaltung und neue Verhandlungen in Paris. VI. Der Münchener Staatsvertrag.



VII. Der bayerisch-badische Streit. Daß Bayern 1816 „wider seinen Willen in den Besitz der Pfalz kam", mag bei den damaligen dynastischen Strömungen eigenartig anmuten. Wenn man aber bedenkt, daß die Länder der alten Pfalzgrafen bei Rhein nur zum Teil in den jüngeren Bau der heutigen Pfalz aufgenommen wurden — es fehlten ja „die beiden helleuchtenden Sterne der alten Pfalz, die schönen Hauptstädte Heidelberg und Mannheim" — ferner, daß im rechtsrheinischen Bayern nicht die alten pfälzischen Kurfürsten, sondern eine Nebenlinie seit 1799 herrschte, begreift man, daß dieses dynastische Interesse am Linksrhein nur ein gedämpftes war. Wie nun die für Bayern sehr günstigen Bestimmungen des Rieder Vertrages, wovon als die wichtigste der zugesicherte, vollständige und nicht unterbrochene Zusammenhang der von Bayern aus etwaigen Abtretungen zu beanspruchenden Entschädigungen mit dem Hauptlande zu nennen ist, durch endlose Verhandlungen und Druck der Großmächte allmählich verwischt und fast ins Gegenteil verkehrt wurden, ist der Hauptinhalt der Kapitel III—VII. Wie dann Bayern, als es schließlich statt des von Habsburg heftig begehrten Salzburg die neue Pfalz nehmen mußte, auch um die von Baden beizusteuernden vier Vorteile, wovon der wichtigste der Rückfall der unteren Pfalz gewesen wäre, dadurch gekommen ist, daß der russische Zar der Schwager des Großherzogs war, beleuchtet grell die Zickzackwege der Politik der Napoleonischen Zeit. Rückschauend können wir sagen, daß das rechtsrheinische Bayern am linksrheinischen sicher keine schlechte Erwerbung gemacht hat. Wohl ist es schade, daß das gutbayerische Inn- und Hausruckviertel, das nach kaum dreißigjähriger Trennung durch Napoleon wieder ans Mutterland geschenkt worden war, mit Salzburg zum zweitenmal an Österreich fiel. Aber bei Salzburg selbst können wir uns mit dem Gedanken trösten, daß das junge Königreich Bayern mit Säkularisationsgut ohnehin überfüttert war. Das alles zeigt uns geschickt der Verfasser, der so nebenbei auch eine Ehrenrettung des Fürsten Wrede als Politiker vornimmt.

XXIII.

Kants Erkenntnistheorie und die der philosophia perennis.

Von Prof. Dr. Johannes Chr. Gspann, St. Florian, OÖ.

Die philosophia perennis geht mit ihrer Erkenntnis-theorie den goldenen Mittelweg zwischen jenen Philosophemen, die alle menschliche Erkenntnis auf die sinnliche Erfahrung beschränken (Objektivismus) und jenen, welche das erkennende Subjekt zum Prinzip und Maßstab aller Erkenntnis machen (Subjektivismus). Der Objektivismus (der Empirismus J. Lockes und D. Humes, der Sensualismus E. Condillacs, der Positivismus A. Comtes) leugnet den Unterschied zwischen sinnlichem und geistigem Erkennen und nimmt als Tatsache nur die sinnliche Erkenntnis des Menschen an, mag die Erfahrung eine äußere (die sinnlichen Qualitäten) oder eine innere sein (Empfinden, Denken, Wissen, Zweifeln, Glauben ..). Der Subjektivismus (Kant, Fichte, Schelling, Hegel, Hartmann) verlegt den Ursprung des Erkenntnisinhaltes in das erkennende Subjekt. Beim Objektivismus verhält sich unsere Seele vollständig passiv,[1]) beim Subjektivismus, wenigstens in seiner radikalen und konsequenten Form,[2]) vollständig aktiv.

1) Wenigstens bei dem Entstehen der Ideen.

2) So schreibt schon G. Fichte, Kants unmittelbarer Nachfolger, in der Geschichte des Idealismus: „Darum bist du selbst das Ding an sich, du bist selbst vor dich hingestellt und aus dir herausgeworfen, und alles, was du außer dir erblickst, bist immer du

Die philosophia perennis, dieses grandiose philosophische System, dessen Prinzipien aus der göttlichen Offenbarung[1]) selber stammen und das den Lehrgehalt der besten griechischen Philosophie mit der Weisheit der heiligen Väter[2]) und der Neuplatoniker[3]) zu einem wundersam harmonischen Bau vereinigt, steht, wie schon bemerkt, in der Mitte zwischen dem Objektivismus und dem Subjektivismus oder Idealismus.

Jeder Irrtum lebt von der Wahrheit. Nicht jedem Häretiker in Sachen des geoffenbarten Glaubens, nicht jedem Verteidiger einer falschen Erkenntnistheorie, Metaphysik oder Ethik in Sachen des Vernunftwissens darf man a priori bösen Willen oder bewußte Fälschung nachsagen. Die Gefährlichkeit eines falschen Systems, um bei der Philosophie zu bleiben, liegt meistens in der Verwirrung der Begriffe, der unrichtigen, oft nur methodisch unrichtigen Darstellung an sich wahrer Ideen und in täuschenden Trugschlüssen. Dagegen wirkt man am besten durch sonnenklare, bestimmte, ganz und gar eindeutige Begriffe, durch klare Fassung und Durchführung der Ideen und strenge, unerbittliche Konsequenz in den Urteilen und Schlüssen.

Wie das Schlechte als solches keine reale Existenz hat, sondern Mangel oder Mißbrauch des Guten ist, so hat auch der Irrtum keine reale Existenz, sondern ist Scheinwahrheit, falsche Aneinanderknüpfung in sich wahrer Elemente. Nur das Gute, Wahre, Schöne ist. Darum lebt auch der Irrtum

---

selbst; in allem Bewußten schaust du dich selbst an. Das Objektive, das Angeschaute und Bewußte bist abermals du selbst, nur eben objektiv vorschwebend dem Subjektiven. Daher ist das Bewußtsein ein tätiges Hinschauen dessen, was du anschaust, ein Herausschauen deiner aus dir selbst, und das außerhalb dem Subjektiven und ihm als vorschwebend erscheinende Wesen ist selbst das Ding, das eben deshalb dem Auge deines Geistes durchsichtig ist, weil es eben dein Geist selbst ist: du bist ein lebendiges Sehen (Über die Bestimmung des Menschen, 228).

1) Besonders aus den Weisheitsbüchern.

2) Namentlich Augustinus und Dionysius Areopagita.

3) Speziell der Liber de causis.



von der Wahrheit und ist entweder Scheinwahrheit oder lebt von einem Wahrheitsprinzip. Das Wahre des Empirismus oder Objektivismus besteht darin, daß alle menschliche Erkenntnis von den Sinnen ausgeht und andererseits das sinnliche Erkenntnisvermögen vornehmlich ein passives Vermögen ist.

Hiezu sei aus Aristoteles der tausendmal bekannte Satz zitiert: *„Οὐδέποτε νοεῖ ἄνευ φαντάσματος ἡ ψυχή“* (De animâ III, 7), ein Satz der an die Spitze der Noetik unserer philosophia perennis gestellt werden muß. Das Gleiche mit anderen Worten sagt Thomas: „Nihil est in intellectu, quod prius non erat in sensu“ (III De animal. 12), und wie oft kommt bei Thomas in verschiedenen Wendungen der Satz vor: Omnis cognitio incipit a sensu — jegliche Erkenntnis geht von den Sinnen, geht vom Sinnenfälligen aus. Damit ist selbstverständlich nicht gemeint, daß der Gegenstand des sinnlichen Erkennens auf unseren Geist einwirken könne (Alam. Cos., S. phil. 3 2995 a 4)[1]) oder daß der Gegenstand des geistigen Erkennens vom sinnlichen Erkennen erfaßt werde, sondern einzig, daß jede höhere, also geistige Erkenntnis vom sinnlichen ausgehen muß. Thomas beschreibt dieses Verhältnis mit den Worten: „Insofern sagt man, daß die geistige Erkenntnis vom Sinn den Ursprung nehme, nicht, als ob alles das, was der Verstand erkennt, auch der Sinn erfasse, sondern weil aus dem, was der Sinn erfaßt, der Geist zu Höherem geführt wird, sowie auch das geistig erfaßte Sinnliche zu Göttlichem emporführt“ (De veritate q 10 a 6 ad 2).

Das sinnliche Erkenntnisvermögen aber ist gewiß zu-

1) Die angezogene Stelle in der Summa philosophiae des Cosmus Alamannus lautet: „Aristoteles stellte fest, daß der Intellekt seine Tätigkeit ausübe ohne Beihilfe des Körpers. Nicht Körperliches kann eine Einwirkung haben auf etwas Unkörperliches. Und deshalb genügt nach Aristoteles zur Bewirkung der geistigen Tätigkeit nicht die bloße Einwirkung sinnlicher Körper, sondern wird etwas Edleres erfordert.“

13*



nächst ein passives, empfangendes Vermögen, „potentia passiva, quae nata est immutari ab exteriori sensibili". (S. th. 1978 a 3), also nach Thomas ein „passives Vermögen, das dazu geschaffen ist, von einem äußeren sinnlichen Gegenstand verändert, affiziert zu werden." Tausend Gegenstände der sinnenfälligen Welt wirken auf unsere Sinne ein. Die farbenfrohe, herrlich duftende Rose mit ihren samtweichen Blättern affiziert den Gesichts-, Geruchs- und Tastsinn. Darüber, daß die sinnliche Erkenntnis zunächst passiv, rezeptiv oder wie man sagen will, sich betätigt, gibt es mit dem Empirismus nichts zu streiten. Das ist eine Tatsache, deren jeder von uns empfindender Zeuge ist. Es ist aber gleichfalls physiologische Tatsache, daß das sinnliche Erkennen auch eine Tätigkeit ist, die vom Willen abhängt. Ich kann die Augen schließen, um etwas Unangenehmes nicht zu sehen, ich kann mit geschärften Ohr auf etwas hören. Ich bin mir bewußt, daß Sehen, Hören, Riechen, Schmecken, Tasten von mir abhängig sind. Noch aktiver betätigen sich die inneren Sinne, der zusammenfassende Gemeinsinn, die Phantasie, das sinnliche Gedächtnis und die sinnliche Urteilskraft, deren Organ das Gehirn ist. Wie man das nur verkennen kann!

Das Wahre am Idealismus oder Subjektivismus besteht darin, daß die Seele, das geistige Ich, die Gegenstände der sinnlichen Welt auf ihre Weise erkennt, also geistig, frei von materiellen Bedingungen, allgemein. Denn „cognitum est in cognoscente non per modum cogniti, sed per modum cognoscentis" — das Erkannte ist im Erkennenden nicht nach der Weise des Erkannten, sondern nach der Weise des Erkennenden. Das ist ja überall so, in allen vier Reichen des Seins. Das Wasser, das ich in rundes Gefäß gieße, nimmt eine andere Form an als das nämliche Wasser, das ich in ein eckiges Gefäß gieße. In diesem Sinn muß man freilich die Weise des Erkenntnisinhaltes in das erkennende geistige Ich verlegen.

Auch darin hat Kant, um beim Wortführer des Idealismus zu bleiben, recht, daß er zwei Faktoren der allgemeinen



notwendigen Erkenntnis annimmt, nämlich die Vernunft und den Erfahrungsstoff. Doch wie er die beiden Faktoren zusammen arbeiten läßt, um allgemein-notwendige Erfahrung möglich zu machen, darin weicht er von Aristoteles und damit von der philosophia perennis ab. Mir will jedoch scheinen, daß die Abweichung bei weitem nicht so groß sei, wie sie gewöhnlich dargestellt wird, und daß sich in der Erkenntnistheorie eine Brücke schlagen lasse zwischen Aristoteles und Kant. A priori legt dieser Annahme die Tatsache nahe, daß Kant bei der Analysis des Urteiles zwölf Formen des Verstandes fand, bei der Analysis des Urteiles aber durchaus nicht selbständig vorging, sondern der bisherigen Philosophie entnahm.

Ich will zum Beweis hiefür zuerst den geistigen Erkenntnisprozeß der philosophia perennis entwickeln und dann den Begriff und das Werden des allgemein-notwendigen Erkennens bei Kant darstellen. Im Anschluß daran will ich eine Parallele ziehen zwischen den apriorischen oder transzentralen Formen des Denkens bei Kant und den sogenannten habitus principiorum der philosophia perennis. Diese habitus principiorum wurzeln auch in dem a priori unseres Erkennens. Ich will nicht behaupten, daß es sich bei einem scheinbaren Unterschied zwischen den beiden größten Systemen der Erkenntnistheorie rein nur um Klarstellung der Begriffe, Berichtigung an sich wahrer Ideen und täuschender Trugschlüsse handle, um eine vollständige Harmonie zu erzielen. Daß die Prinzipien der Erkenntnistheorie und diese selber für alle philosophischen Disziplinen von höchster Wichtigkeit sind, weiß jeder, der sich jemals mit solchen Fragen beschäftigt hat. Wenn es unserem Erkennen natürlich ist, das durch die Sinneswahrnehmung gebotene Material nach apriorischen Formen und Grundprinzipien zu erfassen (habitus principiorum), dann sind nach der philosophia perennis die natürliche Logik, die mathematischen Wissenschaften, die allgemeine Metaphysik, die Kosmologie, die Anthropologie, die Theodizee, die Ethik und



Ästhetik erkenntnistheoretisch berechtigt. Und bei Kant? Der schließt ja auch fortwährend: So ist reine Mathematik und Geometrie möglich; so ist reine Naturwissenschaft möglich; so ist reine Metaphysik möglich. Freilich Metaphysik im Sinn der philosophia perennis ist nach Kant nicht möglich, weil das Erkennen, das urteilende und schließende, nach der allgemeinen und notwendigen Seite innerhalb des erkennenden Subjektes bleibt. Die Metaphysik des Aristoteles beschäftigt sich mit dem Sein, das hinter und über der Erscheinungswelt liegt. Die transzendentalen Formen der Anschauung und des Verstandes Kants erreichen das Ding an sich nicht. So bleibt der Vater des Idealismus schließlich im Empirismus stecken, eine sonderbare Erscheinung, die aber erklärlich macht, daß unter den Gebildeten Positivisten neben Kritizisten nach Tausenden nebeneinander herlaufen, ohne in Fehde zu geraten. Extrema se tangunt. Doch dies nur nebenbei.

Nun gilt es aber, den geistigen Erkenntnisprozeß jenes Systems zu beschreiben, das die goldene Mitte hält. Das Produkt des Zusammenwirkens von Objekt und Sinn ergibt das sinnliche Erkenntnisbild, sinnliche Vorstellungsbild, von der Scholastik phantasma genannt. Es ist das Kind einer passiven Mutter und eines aktiven Vaters, ohne daß der Sinn sich rein passiv verhielte. Das phantasma hat partikulären Charakter, „das Phantasiebild ist Ähnlichkeit eines Einzeldinges“ (S. Thomae, S. th. 1954 a 4 c), es hat auch materiellen Charakter. Die erkennende Seele ist aber geistig, und wir sind uns bewußt, Allgemeinbegriffe bilden zu können. Wer zieht nun dem Phantasma das sinnliche Gewand aus und macht es so geistig und allgemein?

Was für das sinnliche Erkennen der äußere Gegenstand, das Objekt ist, das ist für das geistige Erkennen das im sinnlichen Erkenntnisprozeß gewonnene Phantasma. Das sinnliche Erkennen haben wir mit dem Tier gemeinsam.[1])

1) Doch ist das sinnliche Erkennen in uns insoferne von größerer Vollkommenheit, als wir wegen der Einheit der Seele das *überlegende* Bewußtsein vom sinnlichen Erkenntnisinhalt besitzen.



Wie weiter das Objekt vor allem auf den betreffenden Sinn einwirken muß, das sinnliche Erkennen in erster Linie passiven Charakter hat, so muß auch das gewonnene sinnliche Vorstellungsbild auf den Verstand einwirken; auch das geistige Erkennen hat demnach in erster Linie passiven, empfangenden Charakter. Der erkennende Verstand, jene geistige Kraft in unserer Seele, in welcher sich das geistige Erkennen vollzieht, in dem das geistige Gedankenbild empfangen und geboren wird, ist nach Aristoteles der *νοῦς δυναμικός*, der intellectus possibilis, der mögliche Verstand; wie der Name sagt, etwas Passives, eine Potenz, eine Schreibtafel, auf welche zwar geschrieben werden kann, in Wirklichkeit aber noch nichts geschrieben steht.[1])

Wie soll nun ein nur möglicher Verstand zum geistigen Erkenntnisakt, zur Tätigkeit kommen? Und wie soll das sinnliche Vorstellungsbild geistig werden; denn das, was aufgenommen wird, wird nach der Weise des Aufnehmenden empfangen? Wer zieht aus dem Phantasma das übersinnliche Erkenntnisbild heraus, indem er ihm das sinnliche, partikuläre, materielle Gewand abstreift? Wer bewirkt im möglichen Verstand das geistige Erkenntnisbild? Das muß nach allen Fragen etwas Tätiges, ein Agens und zugleich etwas Geistiges sein, ein tätiger Verstand, von Aristoteles *νοῦς ποιητικός*, vom Mittelalter intellectus agens, tätiger Verstand genannt. Ganz analog dem sinnlichen Erkennen, das ein Abbild des höheren, rein geistigen Erkennens ist, muß sich auch hier zum passiven Hauptmoment eine Tätigkeit gesellen. Dieser tätige Verstand muß da sein, denn einerseits kann ein rezeptives Vermögen in alle Ewigkeit nicht aus Eigenem zur Tätigkeit übergehen, weil die Wirkung nie über die Ursache hinausreicht, und anderseits ist es Tatsache, daß wir geistig erkennen, daß unsere Seele die Gegenstände nach der Form des Allgemeinen erfaßt.

1) Mercier D., Psychologie. Nach der sechsten und siebenten Auflage des Französischen ins Deutsche übersetzt von L. Habrich. Kempten und München 1907. II, 75.



So wirken beim geistigen Erkenntnisprozeß (von Desiré Mercièr, dem geistvollen Haupt der Löwener Schule, das ideogenetische Problem genannt) drei Faktoren zusammen: Das Phantasma, der tätige Verstand und der rezeptive (mögliche) Verstand. Der tätige Verstand ist die Hauptwirkursache, der mit dem Phantasma als Instrumentalursache das geistige Erkenntnisbild erzeugt und damit den möglichen Verstand aktuiert und determiniert. Im Phantasma ist das Objekt enthalten und der tätige Verstand „vereinigt sein Vermögen mit demjenigen der Einbildungskraft und drückt dem erkennenden Vermögen so diejenige Art des Seins ein, welche diese fähig ist aufzunehmen", also die geistige. Das wollen die Anhänger der philosphia perennis sagen mit ihren Vergleichen und Bildern: „Die sinnlichen Vorstellungsbilder geistig machen", „die Vorstellungsbilder beleuchten", „die gemeinsame Natur aus dem sinnlichen Vorstellungsbild herausziehen" usw.

Zum besseren Verständnis des in größter Kürze besprochenen ideogenetischen Problems der aristotelisch-thomistischen Philosophie, das heißt der Verallgemeinerung und Vergeistigung des Phantasmas durch die tätige Vernunft und der Aktuierung des möglichen Verstandes durch das aus Abstraktion gewonnene geistige Erkentisbild (species intelligibilis) muß klar gestellt werden zwischen dem tätigen und dem sinnlichen Vorstellungsbild und das Verhältnis zwischen dem tätigen und dem passiven Verstande.

Die Sinne und die Einbildungskraft spielen in der Bildung des verbum mentis,[1]) wie Thomas mit Vorliebe

---

1) Wort des Geistes, weil der Geist sich im Allgemeinbegriff ausspricht. Dieses verbum mentis hat in der philosophia perennis je nach verschiedenen Gesichtspunkten verschiedene Bedeutungen. Es heißt a) Begriff als Ausdruck der geistigen Erkenntnistätigkeit, durch welche der Erkennende, das Objekt des Erkennens gleichsam begreifend, sich die Beschaffenheit desselben zum Bewußtsein bringen will; b) Species (Erscheinung, Bild, Schönheit) als Nachbild des geistig Erkannten; c) Notio (Kenntnis) als das, was

das Resultat des gesamten geistigen Erkenntnisprozesses nennt, eine aktive Rolle. Daß der tätige Verstand eine aktive Rolle spielt, sagen sein Name und seine Beschäftigung. Er ist die wirkende Hauptursache, die Vorstellung der Einbildungskraft, das Phantasma, ist die instrumentale Ursache. Wie aber der Bildhauer und sein Meißel, mit dem er aus dem Marmorblock die schöne Figur herausmeißelt, eine Gesamtursache sind, so ist es auch hier: „zwei, aus denen ein Erkenntnisprinzip wird". In folgenden zwei Sätzen ist die klare Lehre vom Zusammenwirken des tätigen Verstandes mit der sinnlichen Vorstellungskraft als der wirkenden Hauptursache mit der Instrumentalursache zusammengesetzt: De veritate q 10 a 6 ad 7: „In der Aufnahme, bei welcher der mögliche Verstand die Erkenntnisbilder von den sinnlichen Vorstellungsbildern empfängt, verhalten sich die letzteren wie die Instrumental- und Zeitursache, der tätige Verstand aber wie die Wirk- und Ersturſache", und S. theol. 1 q 85 a 1 ad4: „Der tätige Verstand zieht die Erkenntnisbilder aus den Vorstellungsbildern heraus, insofern wir durch die Kraft des tätigen Verstandes in unserem Denken die Natur der Bilder ohne individuelle Bedingungen empfangen, nach deren Ähnlichkeit der mögliche Verstand informiert wird".

---

den Erkennenden von der Beschaffenheit des Erkenntnisobjektes in Kenntnis setzt; d) Ratio (Grund, Verstand ...) als Beurteilung des Erkannten (S. Thomae, 1 d. 33 q 1 a 1 ad 3); e) Conceptus (Begriff, Empfängnis), insofern das erkennende Subjekt das Objekt des Erkennens als erkanntes, also seinem idealen Sein nach, ins Dasein setzt, nachdem es die Einwirkung des Objektes empfangend in sich aufgenommen hat; f) Idea (Idee) als Vorbild des Erkannten, insofern es vom Erkennenden selbst gesetzt oder wenigstens beurteilt werden kann; g) Intentio (Richtung, Absicht), „insofern es eine Tätigkeit ist, vermöge welcher der Verstand sich auf etwas richtet, oder auch insofern der Verstand das, was er erfaßt, auf eine andere Kenntnis ein- und hinordnet" (Pesch, Tillmann, Institutiones logicales I 109). Zur ganzen Anmerkung vgl. Grimmich B., Lehrbuch der theoretischen Philosophie (Freiburg 1893) 18. —



Das Verständnis des Verhältnisses des tätigen Verstandes zum Phantasma wird auch erhöht durch die Betrachtung der Ausdrücke: Der tätige Verstand zieht aus dem sinnlichen Vorstellungsgebiet (Phantasma mit seinen individuellen Beschränkungen) das übersinnliche Erkenntnisbild heraus. Der tätige Verstand beleuchtet das Phantasma und bewirkt so im möglichen Verstand das geistige Erkenntnisbild. Ferner: Das Phantasma verhält sich zum tätigen Verstand wie die Farbe zum Lichte, zum möglichen Verstand wie die Farbe zum Auge.

Wie die Philosophen des Mittelalters sich Mühe gegeben haben, dieses Zusammenwirken des tätigen Verstandes mit dem Vorstellungsbild zu illustrieren, durch Analogien und Bilder zu erklären, so auch die modernen. Eine sehr gute und noch dazu höchst moderne Illustration fand ich bei J. Mausbach: „Es sind gleichsam Röntgenstrahlen, die auf das sinnliche Vorstellungsbild fallen und seinen geistigen Wesenskern auf die lichtempfindliche Tafel der Vernunft werfen“ [1]).

Der tätige Verstand und der mögliche Verstand sind zwei von einander real verschiedene Vermögen. Es ist etwas anderes, zu handeln (aus dem Phantasma das Geistige, Allgemeine, das Wesen, die Natur herausziehen) und zu „leiden“, das heißt aufzunehmen, aktuiert zu werden. „Der mögliche Verstand verhält sich zu den Dingen, deren Kenntnis er erhält (aufnimmt), wie etwas Leidendes, das zum Tätigen mithilft“ (S. Thomae, Quodlib, 8, 2 30).

Was ist es nun mit dem im täglichen Denken so rasch, doch wissenschaftlich mühsam gewonnenen geistigen Erkenntnisbild, dem Denkbild, vom Mittelalter species intelligibilis, von Mercier begrifflicher Determinant genannt? Durch die species intelligibilis wird der mögliche Verstand determiniert. Dieser setzt den Erkenntnisakt, damit sind die Akten des

1) Grundlage und Ausbildung des Charakters nach dem hl. Thomas von Aquin (Freiburg 1911) 11.



interessantesten „Prozesses" geschlossen. Die Vorstellungsbilder (Phantasmen) wurden geistig durch den tätigen Verstand, so wie durch die Beleuchtung des Lichtes die körperlichen Farben sichtbar werden (Quodlib. 8a 3). Jetzt kann sich im aufnehmenden Verstand das Erkennen des vergeistigten Phantasmas vollziehen. Das sinnliche Vorstellungsbild mit seinen individuellen Beschränkungen (Schloß, Rose, Mädchen . . .) ist zum Begriff geworden. Das geistige Nachbild des Erkannten im Erkennenden, das so geistig ist, wie der erkennende Verstand selber, ist die species expressa, das Wort des Verstandes.

Immanuel Kant geht in seiner Erkenntnislehre von der Frage aus: Wie sind synthetische Urteile a priori möglich? Unser ganzes Erkennen, sagt er, vollzieht sich in zwei Arten von Urteilen, in rein zufälligen (partikularen) und in notwendigen, allgemeinen. Die Einzelurteile gewinnen wir durch die Erfahrung, die notwendigen, allgemeinen Urteile können nur von unserem Denken, von der Vernunft[1]) stammen. Die Einzelurteile heißt Kant aposteriorische, die allgemeinen apriorische. Beide Arten werden wieder eingeteilt in analytische und synthetische. Die analytischen Urteile sind Erläuterungsurteile, z. B. die Wiese ist grün, $5 = 3 + 2$; die synthetischen Urteile sind Erweiterungsurteile, z. B. der blauscheinende Äther ist ein Dunstkreis. Diese Erweiterungsurteile können entweder aus der Erfahrung geschöpft sein, oder sie können den Charakter der Allgemeinheit und Notwendigkeit an sich haben; dann stammen sie aus der Vernunft.

Somit bleibt die ganze Untersuchung der allgemeinen und notwendigen Erkenntnis an der Frage hängen: Wie sind synthetische Urteile a priori möglich? Denn diese allein stammen nur von unserem Denken und machen als Erweiterungsurteile Wissenschaft und Fortschritt möglich. Kant glaubte, die endgiltige Lösung der vielumstrittenen Frage

1) Auch die philosophia perennis nennt die schließende Kraft des Verstandes Vernunft.

gefunden zu haben. „Diesen Weg", schreibt er in der Vorrede zur ersten Ausgabe (Riga 1781) seiner Hauptschrift, Kritik der reinen Vernunft, „den einzigen, der übrig gelassen war, bin ich nun eingeschlagen und schmeichle mir, auf demselben die Abstellung aller Irrungen angetroffen zu haben, die bisher die Vernunft im erfahrungsfreien Gebrauche mit sich selbst entzweit hatte" — (S. 6). Und später: „Ich kenne keine Untersuchungen, die zur Ergründung des Vermögens, welches wir Verstand nennen, und zugleich zu Bestimmung der Regeln und Grenzen seines Gebrauchs wichtiger wären als die, welche ich in dem zweiten Hauptstück der transzendentalen Analystik unter dem Titel der Deduction der reinen Verstandesbegriffe angestellt habe; auch haben sie mir die meiste, aber wie ich hoffe, nicht unvergoltene Mühe gekostet. Diese Betrachtung, die etwas tief angelegt ist, hat aber zwei Seiten. Die eine bezieht sich auf die Gegenstände des reinen Verstandes und soll die objektive Giltigkeit seiner Begriffe a priori dartun und begreiflich machen; eben darum ist sie auch wesentlich zu meinen Zwecken gehörig" (S. 8).

Kant unterscheidet bei seiner Hauptfrage: „Wie sind synthetische Urteile a priori möglich?" zwischen Sinnlichkeit und Verstand. Er sagt: „Die Rezeptivität des Gemütes, Vorstellungen zu empfangen, sofern es auf irgend eine Weise affiziert wird, ist die Sinnlichkeit. Die Spontanität des Erkennens aber, Vorstellungen selbst hervorzubringen, ist der Verstand."

Man lasse sich von Worten und sprachlichem Gewande nicht täuschen und vergleiche die Erkenntnislehre Kants mit jener der philosophia perennis.

Wie geht es nun weiter? Bleiben wir bei Kant stehen. Tausend und tausend Dinge wirken auf unsere Sinnlichkeit ein. Durch alle Sinnestore strömt die Welt zur Seele. Welch eine überreiche Fülle von Stoff für Wahrnehmungen! An dieses Material tritt nach Kant unser Verstand heran mit reinen Erkenntnisformen, welche wir ganz unabhängig



von der Erfahrung besitzen. Diese Erkenntnisformen richten sich aber nicht nach den Dingen, sondern die Dinge, als die Objekte der Erfahrung richten sich nach den Erkenntnisformen und werden so notwendig und allgemein. Damit ist der Ursprung unseres allgemeinen und notwendigen Erkennens in das denkende Ich verlegt.

Das genaue Verhältnis von Erfahrung und Vernunft läßt sich nach der Kritik der reinen Vernunft in folgenden Sätzen präzisieren: 1. Bei den synthetischen Urteilen a priori, durch welche allgemeine und notwendige Erkenntnis, Fortschritt und Wissenschaft möglich sind, kommt die Allgemeinheit und Notwendigkeit aus der Vernunft, das Besondere und Inhaltliche stammt aus der Erfahrung. 2. Die Vernunftformen, von Kant apriorische oder transzendentale Formen des Denkens genannt, machen eine allgemein-notwendige Erfahrung möglich, der Erfahrungsstoff macht dieselbe wirklich. 3. Die Erfahrungen ohne Denkformen sind blind, die Denkformen ohne konkreten Erfahrungsstoff sind leer. Kant unterscheidet vierzehn Formen, zwei Formen der Anschauung, Raum und Zeit, und zwölf Formen des Denkens, nämlich Allheit, Vielheit, Einheit; Realität, Negation, Limitation; Subsistenz und Inhärenz, Kausalität und Dependenz; Wechselwirkung; Möglichkeit und Unmöglichkeit, Dasein und Nichtdasein, Notwendigkeit und Zufälligkeit. Diese zwölf Denkformen gewann Kant durch Analyse des Urteiles und das Urteil entnahm er der bisherigen Philosophie, wie schon bemerkt wurde. Aristoteles, der seine Denkformen, wenn man sie so nennen will, aus dem Sein abgeschöpft hat, wird von Kant diesbezüglich mit den Worten kritisiert: „Es war ein eines scharfsinnigen Mannes würdiger Anschlag, des Aristoteles, diese Grundbegriffe aufzusuchen. Da er aber kein Prinzipium[1]) hatte, so raffte er sie auf, wie sie ihm

1) Kein Prinzipium? Aristoteles steht auf dem Standpunkt, daß die aprioristischen Formen unseres Denkens zugleich allgemeine und notwendige Gesetze des Seins sind. Vgl. die folgenden Aus-



aufstießen, und trieb deren zuerst zehn auf, die er Kategorien (Prädikamente) nannte. In der Folge glaubte er noch ihrer fünf aufgefunden zu haben, die er unter dem Namen Postprädikamente hinzufügte. Allein seine Tafel blieb noch immer mangelhaft. Außerdem finden sich einige Modi der reinen Sinnlichkeit darunter (quando, ubi, situs, ingleichen prius, simul), auch ein empirischer (motus), die in dieses Stammregister des Verstandes gar nicht gehören, oder es sind auch die abgeleiteten Begriffe mit unter die Urbegriffe gezählt (actio, passio) und an einigen der letzteren fehlt es gänzlich." [1])

So werden wir von selber auf die Fortsetzung der aristotelisch-thomistischen Erkenntnislehre geführt und können dann Parallelen zur Kantischen ziehen.

Die philosophia perennis ist mit Kant einig in dem Satze, daß wir durch die Sinneserkenntnis nie zur allgemeinnotwendigen Erfassung eines Erkenntnisobjektes kommen können. A. Schmid sagt in seiner vorzüglichen Erkenntnislehre:

„Wenn nach K. Kromann das Erfahrungswissen allgemein giltige Gewißheiten und Genauigkeiten nur im Bereiche der selbstgeschaffenen und nicht im Bereiche der vorgefundenen Objekte liefern kann, weil es nur dort und nicht hier mit leichten Mitteln und in Blitzesschnelle die verschiedensten Einzelfälle durchlaufen kann — wie? ist es je imstande zu sagen: so wird es in allen auch etwa künftig zu durchlaufenden Fällen sein und so muß es für jedes wahrnehmende und denkende Wesen stets sein? Kann es (das Erfahrungswissen) apodiktisch behaupten, daß eine all unsere geometrischen, arithmetischen und logischen Gesetze umstoßende Metageometrie, Metaarithmetik und Metalogik nicht einmal eine bewiesene Wahrheit sein werde und

führungen. Kant hatte als Prinzipium die Analyse des Urteiles, das er übernahm, also nicht kritisch anging; zudem ist die Einteilung des Urteiles nach Quantität, Qualität, Relation und Modalität eine rein schematische, die mit der Erfahrung gar nicht stimmt.

1) Kritik der reinen Vernunft 97.



könne? Daß die kürzeste Linie zwischen zwei Punkten nicht einmal eine krumme Linie sein werde und könne, obwohl mir bisher alle Versuche dieses durch Zeichnungen oder Phantasievorstellungen zu bewahrheiten fehlschlugen? Daß ferner der Peripheriewinkel nicht einmal etwas mehr oder etwas minder als die Hälfte des mit ihm auf gleichem Boden stehenden Zentriwinkels betragen werde? Ja wird das bloße Erfahrungswissen je apodiktisch behaupten können, daß wir selber oder andere Wesen nicht in einer Welt werden leben können, in welcher eine bewiesene Wahrheit zugleich unbewiesen ist, weil das Identitätsgesetz nicht mehr gilt?" (I, 196).

Wer wollte sich solchen Ausführungen verschließen? Das Sinneswissen, das Erfahrungswissen macht mich nur mit konkreten, einzelnen Tatsachen bekannt, aber eine allgemeine und notwendige Erfassung eines Erkenntnisobjektes vermitteln sie nicht.

Die Kantische Erkenntnislehre bleibt stehen vor dem „Ding an sich". Denn wenn nur die Verbindung des Erfahrungsstoffes mit den reinen Denkformen eine allgemeinnotwendige Erkenntnis vermittelt, so gibt es wohl Mathematik und Naturwissenschaft, aber keine Metaphysik im Sinne der philosophia perennis. „Mathematische Sätze werden uns nicht von außen gegeben, wir schöpfen sie aus uns selbst a priori und weil alle Erscheinungen uns in den Formen des Raumes und der Zeit vorkommen, können wir mit absoluter Gewißheit sagen: Es wird nie eine Erscheinung eintreten, welche den mathematischen Sätzen widerspricht." [1]) „Hier (in der reinen Naturwissenschaft) treffen Erfahrungsstoff und Verstandesformen zusammen. Der Verstand gibt die Regeln, nach welchen wir die Natur zu denken haben." [2]) Doch zur Metaphysik kommt es nicht, weil der Erfahrungsstoff fehlt. Für Kosmologie, Psychologie und Theodizee sind die reinen Verstandesformen leer. Wie ist aber auch

1) Hamma M., Geschichte der Philosophie, Münster 1908, 55.
2) A. a. O. 55 f.



Metaphysik möglich? Wie können wir in die Welt des Dinges an sich schreiten, also des Dinges, wie es ist, unabhängig von unserem Denken? Nur dann, wenn die apriorịstischen, von der Individualität und Zufälligkeit des sinnlichen Erkenneus unabhängigen Formen unseres geistigen Erkennens zugleich Seinsgesetze sind. Nur so verstehen wir den geistigen Erkenntnisprozeß und die abstraktive Tätigkeit des intellectus agens.

So lehrt denn auch die philosophia perennis apriorische Formen unseres geistigen Erkennens ganz ähnlich wie Kant. Nur sind sie hier rein subjektiv, ohne Sinneserfahrung leer, während sie dort auch Sinnesgesetze sind. Bei Kant trägt unser Verstand die Gläser der Anschauungs- und Verstandesformen und damit schauen wir die Erscheinungen der Dinge, die *φαινόμενα*, die Dinge für uns, aber nicht die *νοούμενα*, d. h. die Dinge an sich. Nach der philosophia perennis besteht Harmonie zwischen dem Denken und dem Sein, und die apriorischen Formen des Verstandes sind Sinnesnotwendigkeiten. Jetzt kann ich allgemeines, notwendiges Wissen erwerben, denn die Sinnesnotwendigkeiten bestehen auch unabhängig von meinem Erkennen, jetzt hebt sich der Vorhang der Erscheinungswelt und der Geist schaut mit seinen Formen das hinter und über der Erscheinungswelt liegende Reich des Seins, der Ursachen, der Zwecke und Gesetze, das Reich der Metaphysik. Nach der philosophia perennis sind also die Formen des Raumes und der Zeit, die Kategorien des Seins, der Substanz und Kausalität apriorische Formen des geistigen Erkennens, „nota per se“, wie die Schule sagt. Sie sind aber Seinsnotwendigkeiten und werden als solche durch die Seinserkenntnis „nota quoad nos“. Diese Formeu des Raumes 2c. entfalten sich dann im Urteile, in allgemeine und notwendige Erkenntnisprinzipien, vermittelt wieder durch die Sinne.[1])

Wie ist es nun möglich, daß die Erkenntnis dieser

1) Vgl. zum Absatz Grimmich a. a. O. 145.

apriorischen Grundbedingungen unseres Wissens durch die Sinne vermittelt wird? Das ist nur insofern möglich, „als unser geistiges Erkenntnisvermögen von Natur aus dazu veranlagt ist, das ihm von der Sinneserkenntnis gebotene Material nach diesen Formen zu erfassen, so zwar, daß ihm aus und an der Hand der sinnlichen Erkenntnis die Allgemeinheit und Notwendigkeit dieser Grundbedingungen unseres Wissens sofort aufleuchtet".[1]) Die philosophia perennis nennt diese Veranlagungen des geistigen Erkentnisvermögens habitus principiorum. Der habitus principiorum incomplexorum ist die Veranlagung, das von der Sinneserkenntnis gelieferte Material auf allgemein-notwendige Weise zu erfassen und der habitus principiorum complexorum ist die Veranlagung, die ernsteren Formen in Urteilen zu objektivieren, „welche in ihrer Giltigkeit und Notwendigkeit von der Sinneserkenntnis nicht abhängen und so als Erkenntnisprinzipien für das wissenschaftliche Erkennen der durch die Sinneserkenntnis gebotenen Objekte dienen können".[2]) (S. Thomae, Quodlib. 8 a 4.)

Wie man sieht: Parallelen und Unterschiede zugleich. Gleich der philosophia perennis unterscheidet Kant zwischen Erkenntnisformen und Sinneserfahrnng. Doch sind die Formen bei Kant rein subjektiv, während sie nach der Scholastik zugleich Seinsgesetze sind, also objektive Giltigkeit haben.

Gleich der philosophia perennis muß nach Kant der Erfahrungsstoff nach den apriorischen Formen bearbeitet werden. Doch, wer bürgt mir dafür, daß bei Erfassung des

1) A. a. O. 146.

2) A. a. O. Die Ursache dieser wundersamen Harmonie zwischen Denken und Sein ist natürlich Gott, die Allursache, der die Welt und die Seele geschaffen hat. Die realisierte Welt war von Ewigkeit her in der Idee Gottes. Wenn nun wir durch unser geistiges Erkennen in unserer Seele die Welt wieder veridealisieren, so zeigt sich unsere Gottesebenbildlichkeit, und unser geistiges Erkennen ist nichts anderes als die ewigen Gedanken Gottes in der Zeit nachdenken.

Erfahrungsstoffes die richtige Form angewendet wird, da doch die Formen nur Gesetze des Denkens, aber nicht auch des Seins sind? Erst die innere innige Beziehung zwischen Sinnesmaterial und Denkformen gewährleistet allgemeine und notwendige Erkenntnis. Gleich der philosophia perennis spricht Kant von der Möglichkeit einer reinen Metaphysik vermittelst der drei Ideen Seele, Welt und Gott, der psychologischen, kosmologischen und theologischen Idee. Da hier aber der Erfahrungsstoff fehlt, so haben sie keinen wissenschaftlichen Wert. Darum behandelt sie Kant in seiner Kritik der praktischen Vernunft (1788), sie sind nämlich Forderungen der praktischen Vernunft, des Handelns und der Sittlichkeit. Wie einst Luther den Willen zum Sitz des Glaubens gemacht hat, so hat Kant den Willen zum Prinzip des Übersinnlichen gemacht. Gleich der philosophia perennis hält Kant die Erkenntnislehre für grundlegend für alle anderen Wissenschaften, bleibt aber im Empirismus[1]) stecken bei aller Betonung des reinen Verstandes und des Subjektiven im Erkenntnisprozeß.

Trotz all dieser Unterschiede schreibe ich zum Schlusse noch einmal nieder, daß sie bei weitem nicht so groß sind, wie man es gewöhnlich lesen kann. Es ist gewiß dankenswert, die beiden großen Philosophen, an denen neben dem Empirismus bezw. Positivismus das ganze gebildete deutsche Volk hängt, miteinander zu vergleichen, und aus der Begriffs-, Sprachs- und Prinzipienumhüllung den glitzernden Stein

---

1) Friedrich Paulsen sagt: „Es ist durchaus nicht möglich, die Kritik der reinen Vernunft zu konstruieren als Demonstration für die Behauptung, die allerdings auch darin vorkommt: wir erkennen die Dinge nicht, wie sie an sich sind; oder jenseits der Grenzen möglicher Erfahrung ist Erkenntnis nicht möglich. Wohl aber ist es möglich, sie zu konstruieren als Beweisführung für die Behauptung: es gibt rationale Erkenntnis der Wirklichkeit, Erkenntnis im eigentlichen Sinn, allerdings nur von Gegenständen möglicher Erfahrung." Kant, sein Leben und seine Werke IV (4 Stuttgart 1904) 127.

der Weisen, hier der Wahrheit loszulösen. Wie die sieben Regenbogenfarben die weiße Farbe sind, in Spektra zerlegt, so sind die philosophischen Anschauungen verbildete grelle Farben mit Wahrheitskern und das eine, weiße, milde Licht ist die philosophia perennis.

XXIV.

Das entwicklungsgeschichtliche Problem der Romantik.

Emil Jenal, Freiburg (Schweiz).

(Schluß.)

Nehmt alles nur in allem: Wer mit Nadlers besterprobtem Geschichtssinn das Eindeutschen des Ostraums von den mittelalterlichen Anfängen zu den verborgenen, noch vielfach gesteigerte Forschung heischenden Gemeinden der Pietisten uud Theosophen, böhmischen und evangelischen Brüder, der Rosenkreuzer und den obskuren Geheimgesellschaften verfolgt, wer das Geisteskontinuum von den böhmischen Brüdern über Jakob Böhme und Fichte zu E. T. A. Hoffmann und zur Hochblüte der romantischen Zeit inne geworden und die ostdeutschen Theorieversuche seit Opitz erwägt, dem leuchtet die historisch einzig richtige, im letzten Grund erschöpfende Definition der Romantik ein, die bereits 1913 bei der Bearbeitung des dritten Bandes der „Literaturgeschichte der deutschen Stämme und Landschaften" kurz pointiert formuliert wurde als Neugeburt der Kultur der Altstämme für die Neustämme und — was nun kein fragliches Schlußverfahren, sondern sehr plausibel erscheint — als die Krönung des ostdeutschen Siedelwerkes.

Die auf historischen Tatsachen ragende Grundsäule mögen nun ästhetische Liebhaber und kunstbegeisterte Seelen beherzt mit ihren Theorien umflechten, so sie wahr und echt



sind. Im Besitz des ruhenden Pols läßt sich manches Schmuckwerk festnageln, das ehedem der Wind vertrug wie haltlose herbstliche Blätter.

Was vor dieser epochalen literarhistorischen Neuschöpfung als bare Münze kursierte, konnte dem geistig begehrlicheren Teil längst nicht mehr genügen. Der die Literaturgeschichte aus der teilweise selbstgewählten Aschenbrödelrolle erlöste, Josef Nadler, sprach ihr offen, aber ritterlich das Urteil im dritten Bande seines monumentalen Werkes: „Die uns diese Lebenszüge nach Kunst und Ästhetik abmaßen, konnten nur ein armes Bruchstück dieser Herrlichkeiteo geben. Alles wurde Willkür und Spiel mit Worten und Begriffen. Aber man kann einen Schlesier niemals für einen Klassizisten erklären, weil er ein halbes Hundert Hexameter schrieb, oder einen Schwaben für einen Romantiker, weil ihn eine Märchennovelle freute oder weil er mit Schleiermacher oder Hardenberg einen flüchtigen Händedruck wechselte. Nur Geschichte, nur das, was war und wurde. Ob es schön war, recht und gut, das sind Nebentöne, die nicht zur Musik gehören." Die nach alldeutschem Wohlgefallen und königlichen Weihrauchschwaden lechzenden „Gelehrten" sträubten sich das genetische Problem der romantischen Bewegung zu offenbaren, trotzdem dessen Ergründung längst unleugbar ein nobile officium der deutschen Wissenschaft gewesen wäre. Die Forschungsgeschichte wird Nadlers Taten dankbaren Sinnes buchen und ins Gedächtnis kerben. Den Unbußfertigen aber, mit denen der Autor scharf ins Gericht gegangen, mag die unverblümte Persiflage jener Nietzsche-Aphorismen auf der Seele brennen, die ihre Pseudo Wissenschaft wie Schlaglichter erhellen! „Gleich Solchen, die auf der Straße stehen und die Leute angaffen, welche vorübergehen: also warten sie auch und gaffen Gedanken an, die andere gedacht haben. . . . Gleich Mühlwerken arbeiten sie und stampfen: man werfe ihnen nur seine Fruchtkörner zu! — sie wissen schon, Korn klein zu mahlen und weißen Staub daraus zu machen. . . . Auch mit falschen Würfeln



wissen sie zu spielen, und so eifrig fand ich sie spielen, daß sie dabei schwitzten. Sie wollen nichts hören, daß einer über ihren Köpfen wandelt. . . ." Der vielfach nicht gebührend gewürdigte Literarhistoriker Nadler, dessen intimes Verständnis der Geisthistorie eine inhaltschwere Tat vollbrachte, dürfte ohne eitle Selbstüberhebung Zarathustras Beteuerung im Munde führen: „Aber trotzdem wandle ich mit meinen Gedanken **über** ihren Köpfen; und selbst, wenn ich auf meinen eigenen Fehlern wandeln wollte, würde ich noch über ihnen sein und ihren Köpfen."

Eine willkommene Vertiefung der genetischen Blickrichtung bedeutet das umfangreiche Kapitel „Die Anfänge der ostdeutschen Bewegung". Die **ostpreußische** Entwicklungsfuge wird bloßgelegt. Schön zu lesen, wie **Speners** und **Zinzendorfs** sehnsüchtiges Verlangen nach Tiefe und Innerlichkeit die seichte Aufklärung allgemach durchbricht. Zum ersten Mal erfährt der vielverkannte **Jakob Böhme** und seine geistige Umwelt sinnvolle Deutung. Zinzendorfs Trieb nach innerem sittlichen Wandel wird verständlich und augenfällig als typischer Zug der Frührenaissance an der ostdeutschen Bewegung. Dann **Georg Hamann**! Unermeßlich, was „der Magus im Norden" der ostpreußischen Strömung bedeutete. Seit Rudolf Ungers „Hamann und die Aufklärung" ward nie mehr so verständigen Sinnes sein scheinbar orakelhaftes Wollen und Wirken in eindeutige Harmonie gebracht. Goethe blieb er ein Rätsel, gingen doch beide gegensätzliche Geleise. Der kluge Herder, auf die gleiche ostpreußische Schicksalsbahn geworfen, versteht das Alrunengesicht der sibyllinischen Blätter, die eine Neugeburt des Volkes aus der Neugeburt jedes einzelnen im ursprünglichen Gottesverhältnis fordern. An **Herder**, dem „menschgewordenen geschichtlichen Bewußtsein" entzündet sich der neue Staatsgedanke der Berliner Romantik. Kein Wunder, wenn Herders „Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit" zum Grundbuch der Romantik gestempelt werden. Verstärktes Licht bricht aus **Zacharias Werner**. Der



ästhetisierenden Linse entging in seinem Werke die Hauptsache. Was so bedeutungsvoll erscheint, konnte wieder nur historische Kontemplation ermessen. In poetischer Gewandung schöpft Werner den Chaosgedanken aus dem ostdeutschen Vorgang und umschreibt so den Grundzug der Bewegung; denn das ostdeutsche Siedelwerk war ein Blutproblem, fortan lebendig in der romantischen Dichtung. Ernst Amadeus Hoffmann, der vierte in dieser ostpreußischen Reihe, gestaltet dichterisch das persönliche Neuwerden des Einzelindividuums in den „Elixieren des Teufels". Das schicksalhafte Verhängnis des Blutes und der Vererbung wird lebendig. Was Herder für die Allgemeinheit geschichtich fundierte, hat Hoffmann für den persönlichen Einzelfall schöpferisch gestaltet. —

Nicht Geschichte, sondern Philosophie ist das charakteristische Eigengepräge der schlesisch-lausitzischen Reihe, ursprünglich religiös und sittlich gerichtet — hier wie dort. Der Umweg von Kant über Fichte zur Romantik wird umrissen. Der kritische Idealismus Fichtes, der das in der Mystik betonte Ichgefühl auf die Spitze getrieben, scheint organisch verschwistert mit der Lausitzer Entwicklung. — In Schleiermacher brannte die altdeutsche Mystik. Der religiösen Sehnsucht der zeitgenössischen Bewegung leiht er die Schwungkraft seiner Fittiche. „Kant und Fichte aus der altdeutsch-mystischen Lebenseinheit überwunden zu haben, das macht Schleiermachers entwicklungsgeschichtliches Wesen innerhalb der ostdeutschen Bewegung aus." — Der Gedanke des inneren Neuwerdens durchglüht sie alle, vorerst zwar aus einer überlieferungslosen Erkenntnismasse, dann aber doch aus dem von Hand zu Hand Überkommenen.

Die Berliner Reihe bricht sich durch die Aufklärungsschicht, die über dieser undeutschen Stadt nebeldicht lagerte, mit mystischen Waffen siegreich Bahn. Johann Betkius und Philipp Spener bereiten ihr die Bahn. In Karl Philipp Moritz leben Mystik und Aufklärung eine wunderliche Symbiose — hierin Zacharias Werner verwandt. Seine



augenfällige Unrast wird zum Symbol des wandelbaren Geistes, der nach innerer Schau der Dinge und seelischer Neuwerdung brennt. Die körperlichen und psychischen Züge dieses seltsamen Menschentypus deuten auf manchen erst kommenden Romantiker. — Der junge Tieck ist mit dem Herzen der heimatlichen Mystik verbunden.. Jakob Böhme ist ihm vertraut, wie er selbst bezeugt. Das Problem des römischen Christentums und persönliche Renaissancegedanken beschäftigen ihn nicht ernstlich. Was schwerer in die Wagschale fällt: die Bewegung erfährt gerade in Berlin eine intensive Wendung zu Kunst und Schrifttum. Tieck ficht mit rein literarischen Waffen gegen die Aufklärung, von der Kraft des unverwüsteten Volkstums geschmiedet und im Glutschimmer schöpferischer Phantasie. Seiner Sendung unbewußt, gewann Tieck der Bewegung Neuland. — Persönliche und völkische Wiedergeburt, Religion und Kunst sprachen unverfälscht aus Wilhelm Wackenroder. Seine „Phantasien über die Kunst", die „Herzensergießungen eines kunstliebenden Klosterbruders" blühen als reizende Erstlinge neben Tiecks „Sternbald" im romantischen Flurgarten. — „Was da im Werden ist, kündigt sich als eine umfassende Erneuerung altdeutschen Lebens in Kunst und Literatur an und weist bereits folgerichtig auf einen engeren Zusammenhang mit der römischen Kirche hin, deren Geist als untrennbar vom Geiste mittelalterlicher Kunst und mittelalterlichen Lebens erkannt wird; sie verdichtet sich zu den ersten literarischen Werken und stellt dem antiken Kunstideal als ebenbürtig und gegensätzlich ein altdeutsches entgegen."

Die Dresdener Reihe war anfänglich klassizistisch gerichtet, hatte doch die Landschaft literarisch mit dem Osten gelebt. Christian Gottfried Körner, Winckelmann und das literarische Debut der Brüder Schlegel bezeugen es sattsam. „Weder der Gedanke einer persönlichen noch einer völkischen Wiedergeburt war ihr eigen; sie hat mit dem ostdeutschen Vorgang zunächst nichts zu schaffen; erst von Berlin und vom Osten her wird sie in den großen Zusammenhang gedreht. Friedrich



Schlegel gehört in die Reihe der ostdeutschen doktrinären Theoretiker; er hat die ostdeutsche Bewegung nicht bewirkt, sondern ist von ihr bewirkt worden; er versuchte rein ästhetisch lehrhaft zusammenzufassen, was längst im Gange war. . . Gegen alles, was von Dresden aus vorerst abzulenken drohte, setzte Friedrich von Hardenberg wieder die großen ursprünglichen Ziele Hamanns, Herders, Schleiermachers, Ritters, Wackenroders durch." Dem zartbesaiteten Novalis, den Tieck mit dem apostolischen Liebesjünger verglich, wurde alles zur Mystik. Mehr als einmal spricht Seuse aus seinem Munde. Gläubige und sittliche Wiedergeburt seines inneren Menschen ist das täglich inbrünstig wirkende Erlebnis seines allem Irdischen entglittenen Wandels. Kampf gegen den Humanismus, die Aufklärung und Philologie ist die naturgesetzliche Losung seines Wesens. Das vielmaschige Problem der völkischen Renaissance erstmals unzweideutig erkannt zu haben, bleibt das Privileg des visionären Jünglings. „Christenheit oder Europa" — das programmatische Aktenstück der kommenden Entwicklung — fällt wie kein anderes Werk des Sehers in Frage. Nur eine von höchster Wahrheitsliebe dirigierte Feder konnte den Begriff der Wiedergeburt und der geschichtlichen Umschreibung der ostdeutschen Bewegung in Hardenbergs kurzem Aufsatz so verblüffend gerecht werden, in dem sich Sache, Begriff und Name restlos decken. „Hardenbergs „Wiedergeburt" als Wort für einen entwicklungsgeschichtlichen Vorgang, klar und eindeutig gefaßt, steht gegen Schlegels „Romantik" als Wort für eine subjektive, augenblickliche ästhetische Theorie, vieldeutig und immer wieder verschieden gebraucht. Das ist die Stelle, wo eine Begriffsbestimmung einsetzen müßte, wenn es überhaupt denkbar ist, einem entwicklungsgeschichtlichen Vorgang durch das Wort näher zu kommen." Wäre die Forschung bei Hardenbergs „Wiedergeburt" geblieben" — wir hätten die Unrast der ewig gemodelten „Romantik" nicht geschaut und es hätte keine hundertjährige Advent gebraucht, um endlich den eindeutigen Urbegriff zu erleben.

Als letztes die Pommersche Reihe: Philipp Otto Runge, durch Böhme zum Christusgedanken geführt, glaubte an das römische Christentum als Fundament der Kunst. Dann Kaspar Friedrich, Symboliker wie Runge, und der Konvertit v. Klinkowström. Nach der Geistesrenaissance verlangt es Ernst Moritz Arndt nach der „Erneuerung durch die Tat". —

Was aus dem prächtigen Aperçu hier wiederklang, ist ein ärmlicher Torso, reich genug, das große Gemeinsame in seiner Entwicklung in Ostpreußen, in Schlesien, in der Lausitz, in Berlin, in Meißen und Pommern vorwegs anzudeuten. Die Fülle der Erkenntnisse, die ihm entströmt, hat Rudolf Haym nicht von ferne geahnt. Deshalb rauscht sein farbenfroher Blätterwald ohne Stamm und ohne Stengel.

Eine Geschichte der Romantik en miniature liegt vor uns. Josef Nadler war allzu bescheiden, das brillante Exposé zu einer „Einleitung und Erläuterung für den wichtigsten und entscheidenden Abschnitt der Bewegung, für die Berliner Romantik" zu degradieren. Diese edelmenschliche Bescheidenheit berührt uns so wohlig wie Eichendorff, der in seiner „Geschichte der poetischen Literatur Deutschlands" — sich selbst vergaß. Aber sie bürgt für literarhistorische Grundtüchtigkeit, die nicht prunken wollte, nur festumrissene, logische Prämissen bot.

Und das auf solch solider Basis ruhende Hauptgebäude, die literarhistorische Behandlung der „Berliner Romantik"? Daß auch die Darstellung der Berliner Romantik in streng logischer Folge das warme Aroma der pulsierenden Historie atme, blendend durch zielbewußten Aufbau und wundervolle Geschlossenheit — diesem berechtigten Verlangen ist mit bestrickender Sicherheit Genüge getan.

Und zudem: mehr denn ein Novum bergen die reichen Blätter. Das Licht, das nun auf die Dichtungen des Blutproblems fällt! Mehr als Zufall muß es sein, wenn der Gedanke, wie ein Blutchaos eine neue Welt gebiert, als



tiefroter Faden durch die Werke der Werner, Schubert, Fouqué, Hoffmann, Arnim läuft. Daß der Kritiker im Dichterwerk allüberall die Quintessenz seiner Theorien finde, ist unerläßlich und beglückend zugleich.

Der Literaturforscher, dem ein divinatorisches Hellsehen zuvörderst in genetische Probleme eignet, läßt nun und wieder den Erkenntnisdrang auch auf Pfaden spielen, die oft nur indirekt seinen Fixierpunkt tangieren. Manches Unrecht wird berichtigt, manche Unbill gesühnt, manche Lampe gelöscht, die nicht vom echten Öl genährt. Der wahrhaft schamlos mißhandelte Zacharias Werner erfährt nun fast genau ein Jahrhundert nach seinem Tode die gebührende Wertung. Ob der beispiellos weite und unsäglich mühsame Weg nach Rom je bestechender gezeichnet wurde? Nicht, daß wir wüßten. Wackenroder, dem R. Haym eine Allerweltsreligion substituierte — auch katholische Romantikforscher haben dem Ahnherr nachgebetet —, wird eindeutig das Bekenntnis des künstlerischen Mittelalters zugedacht.

Dem frechen Spiel der Gelehrten mit Hardenberg dürfte endgültig Einhalt geboten sein. Immer wieder orakelt man von seiner „allgemeinen religiösen Grundstimmung". Mit geradezu fanatischer Ruchlosigkeit und Borniertheit des vernünftelnden Kopfes hat Wilhelm Bölsche diesen Aufsatz der klarsten Seelenaussprache „Christenheit oder Europa" — den wir vielleicht nicht vollinhaltlich besitzen: — und seine marianischen und geistlichen Lieder des katholischen Gedankens zu entkleiden gesucht. Der Ästhetiker der Jüngstdeutschen beliebe das Splittersuchen im eigenen Federwirken zu üben, um mit Gewißheit — Balken zu finden! Wer Nadlers sinnvollem Stellenklauben aus „Christenheit oder Europa" zusieht, wird der Gewißheit teilhaftig, daß Hardenbergs resoluter geschichtlicher Sinn nur das katholische Christentum im Auge hatte, das die Altstämme groß und stark gemacht. Damit ist auch Heilborns indifferenter Standpunkt kühn überschritten, die Maxime befolgend: der Wahrheit allein die Ehre. Es wäre kein verwegenes Spiel, in des Poeten



Plus- und Minuspoesie — um Hardenbergische Termini zu gebrauchen — verläßliche Prämissen zu finden, die auf einen Übertritt des Dichters zur katholischen Kirche schließen lassen, hätte ihn nicht ein allzu früher Tod ereilt. — —

Wenn etwas übelgelaunt betont wird, wie Friedrich Schlegel mit Herders Anregungen und Ergebnissen pflügte, wie er die angetretene Bahn immer wieder zu verlassen sann und nach Goethe Ausschau hielt, der für die ostdeutsche Bewegung doch nicht bemüht werden konnte; wie des eitlen Theoretikers Begriffsbestimmung der romantischen Poesie nicht annäherrd die Schönheit und Klarheit der Wackenroderschen erreicht; wie „ausgehöhlt" er sich be Hardenbergs Tod als Stifter einer neuen Religion träumte: dann mutet es einen an, als wäre der Autor dem jüngeren Schlegel allzukühl begegnet. Undiskutierbare Tatsache bleibt es freilich, daß ihm der von glühenden Adorantenzungen reichlich gerühmte Nimbus des Allbelebers nicht gebührt. Die ostdeutsche Bewegung war ja längst im vollen Gange, als Schlegel unter Fichtes Obmacht geriet. Überall erscheint er als der Entzündete, nicht als Entzünder, als der Bewegte, nicht als Beweger. —

Zuletzt sei die Arbeit jener Geister nicht verschwiegen, die Einzelgebiete der ostdeutschen Bewegung für die entwicklungsgeschichtliche Betrachtung urbar gemacht: Reinhold Steig, Ferdinand Josef Schneider und Rudolf Unger haben grundlegende Einzeluntersuchungen im Lichte des genetischen Problems mit schönem Erfolg unternommen. Die schöpferische Gesamtsynthese aber dankt die deutsche Literaturwissenschaft Josef Nadler. Sein Werk kommt als würdige Zentenarfeier der Romantik. Nicht daß es eine Schlummerrolle für Epigonen bedeutet. Anregend wie selten ein Buch heischt es manche Prüfung, Ergründung, Vervollkommnung. Es sei erinnert an die dunkelumflorten Zirkel der Pietisten und Theosophen, der Brudergemeinden, der Rosenkreuzer und Geheimen Gesellschaften, die vom sechzehnten bis zum



achtzehnten Jahrhundert bald in unverständlichem Raunen, bald mit untrüglichem Prophetenblick die gläubig gehegte Hoffnung auf jenes goldene Zukunftsreich spielen ließen, dessen die ostdeutsche Bewegung nur einen kargen Teil zu erfüllen berufen war.

So weht denn aus Nadlers Werk frischlebende Morgenluft in die Werkstätte der Völkerkunde, der Familiengeschichte, der Siedlungskunde und Sprachwissenschaft. Steuern fürder auch diese Disziplinen ihr gut Teil bei, dann pilgert einst die Romantikforschung „in Gängen voll Nacht zum glänzenden Throne der Wahrheit“.

XXV.

Hadrian VI., ein deutscher und universaler Papst.

Zum 400. Jahrestag seiner Wahl.

Einen seltenen Gedenktag brachte unserem Volke der 9. Januar 1922. Vier Jahrhunderte sind verflossen, seitdem der letzte deutsche Papst gewählt wurde. Soll nun dieser Tag von den Deutschen ganz unbeachtet vorüber gegangen sein, vergessen, wie anscheinend die Träger der Tiara deutschen Geblütes überhaupt von der großen Mehrzahl ihrer heutigen Volksgenossen? Oder wird sich endlich einmal wenigstens bei solch eigenartiger Gelegenheit die Heimat auf ihre Dankespflicht gegen den so lange verkannten großen Sohn besinnen und einsehen, was sie ihm dafür schuldet, daß auch er den Namen eines dentschen Papstes auf ein Ehrenblatt der Kirchengeschichte schrieb?

Daß Italien ihm nicht gerecht wurde, wer wollte sich dessen wundern? Das Empfinden für die allgemeinen und großen Aufgaben des Papsttums fehlte eben den Italienern des 16. Jahrhunderts, deren Nationalgefühl schon durch die Wahl eines Fremden gekränkt war, nicht minder als denen



des 20., die jedes Verständnisses für die Neutralität und den Friedensapostolat Benedikts XV. bar, den Vater der Christenheit anfeindeten und verleumdeten, weil er es verschmähte einen engherzigen Parteistandpunkt einzunehmen. Darf aber Deutschland gegen Italien ob der Geringschätzung des Ausländers Beschwerde führen, nachdem das Vaterland des Reformationszeitalters für Hadrian VI. in weiten Kreisen nur Mißgunst, ja Haß hatte und erst die letzten Dezennien von der allgemein geltenden Ansicht, Hadrian habe „bei dem besten Willen und dem redlichsten, eifrigsten Streben im Grunde nichts erreicht",[1]) abkamen? Unwillkürlich denke ich hier an die halb scherzhaften, halb tadelnden Worte über den Erbauer der Walhalla in Hansjakobs „Sonnige Tage"[2]) wegen des Ausschlusses der deutschen Päpste aus dem nationalen Heiligtum. Während der Vater der Neuerung auf deutschem Boden durch die königliche Huld dort einziehen durfte, ward dem deutschen Papste, an dessen Namen sich „die Restauration der katholischen Welt" knüpft,[3]) und dessen Wirken „stets ein Ruhmestitel in der Geschichte des Papsttums bleiben"[4]) wird, die Aufnahme in den Ehrentempel des deutschen Volkes versagt.

Zu Lebzeiten Ludwig I. lag freilich die Ehrenrettung Hadrian VI. noch in der Ferne; erst zwölf Jahre nach dem Tode des Bayernkönigs erschien Konstantin Höflers Arbeit über „Papst Adrian VI. 1522—1523" im Druck. Mehr als vier Jahrzehnte beschäftigten sich die Studien des ver-

1) Pastor im Hist. Jahrb. III (1882) S. 129.

2) S. 272: „Nicht gut zu sprechen war, scheints, Ludwig auf die deutschen Päpste, obwohl unter ihnen einer der tüchtigsten Nachfolger Petri war, Leo IX., ein Elsässer." — Was sagte der „alte Schwarzwälder" erst dazu, daß Leo, der einzige heilige unter den deutschen Päpsten, aus dem neuen Kalendarium Perpetuum der Erzdiözese München und Freising (vom 28. April 1914) verschwinden mußte?

3) Höfler, Papst Adrian VI., S. 557.

4) Pastor, Geschichte der Päpste IV 2[1-4], S. 157.

dienten Vorkämpfers des Katholizismus und des Deutschtums wider Hussiterei und tschechische Anmaßung mit der Geschichte des letzten deutschen Papstes; eine Reihe von Schriften über Hadrian VI.[1]) ging aus der Feder des Prager Historikers hervor, und ihm ists zu verdanken, wenn wir heute Hadrians Bild in wesentlich hellerem Lichte schauen als vordem. Allein die Brücke zur Volkstümlichkeit vermochte Höfler weder durch dieses Werk für Hadrian VI. noch durch das ältere, dickleibige Buch „Die deutschen Päpste"[2]) für die anderen Deutschen auf dem Stuhle Petri zu schlagen; ja wie wenig Erfolg das Bemühen begleitet, die allzu tief eingewurzelte Voreingenommenheit wider sie zu bannen, zeigt die Bemerkung des Kritikers meiner Arbeit „Die deutschen Päpste. Ihr Leben und ihre geschichtliche Bedeutung."[3], in den „Bayer. Bl. für das Gymnasial-Schulwesen" (LV 1919, S. 39). „Die gestellte Aufgabe", meint der protestantische Rezensent, „bestand darin, zu zeigen, was in der Wirksamkeit dieser Päpste als deutsch anmutet." So äußert sich ein bayerischer Gymnasialprofessor, der selbst an einer paritätischen Mittelschule, also auch vor katholischen Schülern, Geschichtsunterricht erteilt. Wie anerkennend lautet dagegen, um nur ein Beispiel anzuführen, Helmolts Urteil im „Literar. Echo"![4]) Von Hadrian VI. rühmt er, daß er „als letzter Nicht-Italiener auf Petri Stuhl dem deutschen Namen alle Ehre machte".

Hadrian VI., Deutscher von Geburt, blieb Deutscher auch als Papst.

„Streng genommen war Hadrian ein Niederländer, sein Geburtsort ist Utrecht, aber er zählt deshalb nicht minder zur deutschen Nation, und er selbst ergreift in der Instruktion für den Nuntius Chieregato die Gelegenheit,

1) Höfler nennt die wichtigsten am Schlusse des Artikels „Hadrian VI." im Kirchenlexikon V² Sp. 1437.

2) Regensburg 1839.

3) Köln 1916. J. P. Bachem.

4) Berlin, 15. Februar 1918.

seine Zugehörigkeit zum deutschen Volke hervorzuheben [1]). „Vor allem", so begann die genannte Anweisung [2]), „wirst du ihnen (den Prälaten, Fürsten und Wortführern der deutschen Städte) darlegen, welch großen Schmerz uns das Anwachsen der Gefolgschaft Luthers hauptsächlich deswegen bereitet, weil wir dadurch ungezählte durch Christi Blut erkaufte und unserer Hirtensorge anvertraute Seelen dem wahren Glauben und der wahren Religion entfremdet und ins Verderben eilen sehen, und zwar aus dem Volke, dem wir dem Fleische nach entstammen" (in natione, ex qua nobis secundum carnem origo est). Ein weiteres Zeugnis des Bewußseins seiner deutschen Abkunft finden wir in dem Schreiben Hadrians an die in Nürnberg versammelten Reichsstände [3]), das dem Nuntius gleichzeitig mit der Instruktion zuging (Dat. Romae die XXV. novembris MDXXII.) Wie der Papst dem Reichstage darlegt, erinnert er sich, noch während seiner Tätigkeit in Spanien immer wieder über Luther und dessen Irrlehren mancherlei schlimme Botschaft vernommen zu haben, dann fährt er fort: „So überaus schmerzlich uns das Gehörte an sich berührte, erschien es uns um so schmerzlicher, weil es aus dem Lande kam, aus dem wir nach der leiblichen Abkunft hervorgingen" (quod ex ea regione venirent, unde nobis secundum carnem origo est).

Zeigen schon diese wenigen Zeilen, daß der letzte deutsche Papst nicht bloß dem Geburtsschein nach Deutscher ist, so verrät das auch in der Ferne und im Schmucke der Tiara für die teuere Heimat fühlende Herz erst recht deutlich der Brief Hadrians an Luthers Landesherrn, den Kurfürsten Friedrich den Weisen von Sachsen [1]). „Bei der Liebe

1) Domarus, die Quellen zur Geschichte des Papstes Hadrian VI. im Hist. Jahrb. XVI (1895) S. 70.

2) Raynald, Annales Ecclesias. (Editio: Coloniae Agrippinae MDCXCI Jom. XX.) Arenus 1522 no 66—71.

3) Raynald, l. c. no 60—64.

4) Raynald, l. c. no. 73—86.



unseres Erlösers, unseres Herrn Jesus Christus, ruft er ihm zu, beschwören wir Dich, in Christus geliebter Sohn, bei der christlichen Einheit, bei der Liebe zum Vaterland, bei Deinem eigenen und der Deinigen Heil endlich, erbarme Dich der Kirche Christi, und bring ihr denn einmal Hilfe, da sie durch so viele heranstürmende Übel schon von allen Seiten aufgewühlt und durch Deine übergroße Schuld nahezu von den Fluten bedeckt wird. Hab Erbarmen mit unserem Vaterland!"

Neben dem eigenen Bekenntnis Hadrians VI. zu seiner deutschen Heimat wollen wir das Zeugnis seines Freundes und Landsmannes, des Kardinals Wilhelm Enkevoirt nicht vergessen. Die Marmortafel an dem von ihm errichteten Grabdenkmal (im Chor der deutschen Nationalkirche in Rom S. Maria dell' Anima) enthält die Widmung: Hadriano VI. Pontifici Maximo ex Traiecto insigni inferioris Germaniae urbe etc.

Als Deutscher zeigt sich dann Hadrian VI. in seiner Gesinnung. Wo träte seine echt deutsche Denkungsart offenkundiger zutage als gerade in der Instruktion Chieregatis, deren letzter Teil „mit großartigem Freimut die Gründe, welche die Religionsneuerer für ihren Abfall von der Kirche aus der Verderbnis des Klerus hernahmen, und diese Verderbnis selbst" erörtert? Offen gestand er hier die „Sünden der Geistlichkeit" zu, er wisse wohl, so erklärte Hadrian, „daß auch bei diesem heiligen Stuhle schon seit manchem Jahre viel Verabscheuenswertes vorgekommen: Mißbräuche in geistlichen Sachen, Übertretungen der Gebote, ja daß alles sich zum ärgeren verkehrt hat." Mit den Worten des Propheten Isaias klagt er: „Wir alle wichen ab, ein jeder auf seine Wege, und schon lange gab es keinen, der Gutes tat, keinen ohne Ausnahme." „Die größten Ankläger des römischen Stuhles konnten nicht weiter gehen, als er gegangen war. Er hatte in dem vollsten deutschen Gemüte und eben deshalb den Romanen unbegreiflich sich an seine edle deutsche Nation gewendet."



Also Höfler[1]), dessen Urteil Pastor[2]) sich zu eigen macht, wenn er von diesem „unumwundenen Eingeständnis der römischen Verderbnis“ rühmt: „Mit echt deutscher Offenheit und Treuherzigkeit, die eben deshalb den Romanen unbegreiflich blieb, voll Großmut und Ehrlichkeit hatte Adrian VI. sich an seine geliebte, edle Nation gewandt, die Mißstände freimütig eingestanden, durchgreifende Reformen verheißen und zur Erhaltung der kirchlichen Einheit und gesetzlichen Ordnung gemahnt.“

Nicht minder verrät Hadrians Deutschtum das Bestreben, das deutsche Element in der Kirche zur Geltung zu bringen. Darauf lief der den Reichsständen kundzugebende Wunsch des Papstes hinaus, sie möchten ihm gelehrte, fromme und bedürftige Deutsche bezeichnen, auf diese wollte er bei der Besetzung hoher Kirchenämter Rücksicht nehmen. Gleich nach seiner Ankunft in Rom hatte Hadrian VI. das wichtige Amt eines Datars einem Deutschen, Wilhelm Enckevoirt, übertragen; er ward auch der „einzige Kardinal“ Hadrians VI. Ein Deutscher nahm unter den Familiaren des Papstes die erste Stelle ein, der Geheimschreiber Dietrich van Heeze. Wir dürfen also Höfler[3]) glauben, wenn er den Einfluß, den Hadrian VI. auf die Entwicklung der deutschen Angelegenheiten gewann, „von nicht zu unterschätzender Bedeutung“ nennt. Sein Interesse für die deutsche Wissenschaft endlich spricht gewiß aus der letztwilligen Verfügung über sein Haus in Löwen, das er zu einer Burse für arme Studenten bestimmte; reich bedachte er diese edle, weitblickende Stiftung.

Nur unvollständig schauten wir das Bild des letzten deutschen Papstes, vergäßen wir die Verachtung, die ihm gerade aus seiner deutschen Abkunft erwuchs. Durch die Wahl des holländischen Barbaren glaubte der gleichzeitige Geschichtschreiber Paolo Giovio Italiens Ehre verletzt;

1) S. 275 2) S. 94 f. 3) S. 557.

alles sah in Hadrian VI. den plumpen deutschen Barbaren[1]). Dem französischen König Franz I. galt der deutsche Papst als die Kreatur Karls V., und er verweigerte ihm deshalb sogar den Papsttitel. —

Sowenig Hadrian einem Zweifel an seinem Deutschtum Raum gab, ebensosehr erwies sich der letzte deutsche Papst dennoch als universaler Papst in des Wortes vollster Bedeutung.

Nicht ohne Besorgnis sah man in Rom nach Spanien, als sich der Aufbruch des Neugewählten immer länger hinauszog. Schon waren zwei Monate seit seiner Wahl verstrichen und noch weilte Hadrian zu Vitoria im Baskenlande, wo er am 24. Januar 1522 die erste Nachricht von seiner Erhebung empfangen hatte. Ein Hindernis ums andere stellte sich der Abreise entgegen. Die Kardinäle drängten, beschworen ihn, unverzüglich den Weg nach der ewigen Stadt, seinem eigentlichen Wohnsitz, einzuschlagen; zweimal schon hatten sie ihm sogar den Fischerring verweigert: alles in der Angst vor einem zweiten, einem spanischen Avignon. Als erst gar ein gefälschtes Breve verbreitet wurde, das die Kardinäle nach Spanien beschied, glaubte ganz Rom das Schreckensgespenst eines spanischen Pontifikates Hadrians VI. auftauchen zu sehen. Allein Hadrian VI. dachte an nichts weniger als an die Erneuerung des Exils, das ihn unfehlbar völlig zum spanischen Parteimanne gemacht hätte. Unabhängig mußte nach seiner Überzeugung das Oberhaupt der Kirche sein; als Vater der Christenheit wollte er über den Parteien stehen.

Weitblickende Klugheit und zielbewußte Entschiedenheit galt es dem Liebeswerben der Großmächte entgegenzusetzen, deren jede den Papst für ihre Sonderzwecke zu gewinnen und wider die Gegner auszuspielen trachtete. Noch hatte Hadrian den spanischen Boden nicht verlassen, als vor ihm (in Saragossa) der englische Gesandte Thomas

1) Höfler S. 89 ff., Pastor S. 50 ff.

Hannibal in Begleitung zahlreicher Bischöfe erschien. Nachdem er dem Papste die Hingebung seines Herrschers an die Kirche und ihr Haupt sattsam gepriesen hatte, rückte er mit Heinrichs VIII. Einladung nach England heraus; selbst die Reisekosten erbot sich der König seinem Gaste zu zahlen. Hadrian antwortete mit der Mahnung, Heinrich VIII., der an der Seite Karls V. im Kriege gegen Frankreich stand, möchte mit den christlichen Mächten Frieden halten; nach England ging er nicht, da ihm ein Besuch beim englischen König dessen kriegerische Haltung zu billigen schien.

Ebenso lehnte Hadrian die Einladung des französischen Monarchen ab, seinen Weg nach Rom durch Frankreich zu nehmen. Doch hinderte ihn auch der Unmut Karls V. nicht an Verhandlungen mit Franz I., die im Interesse der päpstlichen Friedenspolitik lagen.

In besonders schwieriger Lage befand sich Hadrian VI. der spanischen Weltmacht und ihrem Träger gegenüber. So sehr er seinem früheren Schüler und nunmehrigen Freunde in wahrhaft rührender Treue und Anhänglichkeit zugetan blieb und in ihm noch immer seinen einstigen Gebieter und Herrn ehrte, mochte er doch nicht zum Werkzeuge der spanischen Politik werden. „Durch Neigung, Gewohnheit und Dankbarkeit, durch seine ganze Vergangenheit an Kaiser Karl gekettet“, war er persönlich so weit nur möglich zur Nachgiebigkeit bereit; aber alles genügte diesem nicht, so lange er nicht auch auf dem Stuhle Petri nur als Spanier fühlte und das spanische Interesse zu dem seinigen machte.[1]) Es konnte nur geschehen um den Preis der bittersten Feindschaft Frankreichs.

Wenn darum Hadrian VI. bei seinem Weggang aus Spanien einer Begegnung mit Karl V. auswich, so wahrte er dadurch lediglich die dem Oberhaupte der Kirche geziemende unparteiische Stellung. Mußte der Papst doch befürchten, der Kaiser, der bisher vergebens alles aufgeboten hatte, um

1) Höfler S. 464.

ihn zum Eintritt in den antifranzösischen Bund zu bewegen, werde bei dieser Zusammenkunft auf seinen Herzenswunsch und noch manch anderen zurückkommen, worauf er nimmermehr eingehen durfte. Aber selbst wenn Karl darüber schwieg, brachte die Begegnung den Papst bei Franz I., nachdem er dessen Einladung keine Folge leistete, leicht in den Verdacht, als stehe er auf Seiten seines Gegners.

Ungeachtet ihrer Mißerfolge gaben Karl V. und Heinrich VIII. die Hoffnung nicht auf, Hadrian für ihre Pläne zu gewinnen. Jeder neue Versuch bewies ihnen, daß des Papstes Gedanken nicht auf die Siege gerichtet seien, die weltliche Fürsten über einander erringen, sondern daß sein Interesse einzig die allgemeine Lage der Christenheit beschäftige.

Verständnis fand diese universale päpstliche Politik freilich weder hüben noch drüben. Was vierhundert Jahre später der Friedenspapst des Weltkrieges, der wahrhaft universale Benedikt XV., erlebte, erfuhr Hadrian VI. im Hader der mächtigsten europäischen Herrscher seiner Tage. Mit scheelen Augen sah Frankreich auf ihn als vermeintlichen Anhänger Karls V., während dieser alsbald fürchtete, der Papst neige mehr den Franzosen zu. Die kaiserlichen Kreise sahen in Hadrian VI. noch immer den einstigen Untergebenen Karls V., dem der Papst alles verdanke; „unbedingte Unterstützung" des Kaisers ward darum „als Erfüllung einer gebieterischen Pflicht" von ihm begehrt; sein Widerstreben erklärte man aus seiner völligen Abhängigkeit von seiner Umgebung, und Feindseligkeit, selbst Gewalttat traf ihn dafür.

In der Tat, nur eine Wiederholung dieses Schauspieles war es, was wir während des Völkerringens erlebten. Zu allgemein bekannt und zu frisch im Gedächtnis sind die Tatsachen, als daß mehr denn eine flüchtige Erinnerung vonnöten wäre. Auf der einen Seite ward Benedikt XV. verdächtigt, sein Denken und Handeln werde lediglich durch den Willen derer bestimmt, deren Wort sein Ohr erreicht[1])

1) Allokution vom 6. Dezember 1915.



eigene Landsleute des Papstes aber stachelten die öffentliche Meinung wider ihn auf: inmitten der allgemeinen Freude über die italienischen Waffenerfolge erfülle Trauer über den Sieg des Papstes Herz[1]). Schon früher hatte Benedikt XV. über die unwürdige Verdächtigung geklagt, die seine wiederholten Friedensmahnungen da und dort wachriefen; ja andere begegneten ihnen mit offener Feindschaft[2]).

Freilich wurde des nun in Gott ruhenden Papstes Universalismus weder auf eine so harte Probe gestellt noch so übel gelohnt wie jene Hadrians VI. kaiserlicherseits nicht minder als durch Franz I. Eine Kette von Verdemütigungen und Enttäuschungen ist Hadrians Pontifikat um der von ihm strenge gewahrten Neutralität willen. Immer enger schloß sich der Bund Karl V. und Heinrichs VIII. wider Franz I. zusammen, und beide planten einen gemeinsamen Einfall in Frankreich; immer zuversichtlicher wurde ihre Hoffnung, immer ungestümer das Drängen Spaniens auf den Beitritt Hadrians zur Liga. Die standhafte Weigerung hiegegen trug dem Papste das Mißtrauen, Unwillen und Ingrimm des spanischen Botschafters Manuel ein; in seinen Berichten in die Heimat erging sich dieser in Schmähungen Hadrians und verdächtigte ihn bei Karl V. geheimer Unterhandlungen mit Frankreich. Manuels Nachfolger Luis de Corduba, Herzog von Sessa, suchte Hadrians Umgebung durch Bestechung zu gewinnen; als sich all sein Bemühen als fruchtlos erwies, stand er Hadrian ebenso feindselig gegenüber wie sein Vorgänger. Mit dem festen Entschlusse, es zum Bruche zwischen Kaiser und Papst zu treiben, hatte dieser Rom verlassen und dem Kaiser geraten, Hadrian durch Verweigerung des Gehorsams zur Aufgabe der Neutralität zu zwingen; um den Papst direkt herauszufordern, schritt

1) Schreiben Benedikts XV. an den Kardinalstaatssekretär Gasparri (8. November 1918).

2) Schreiben Benedikts XV. an Kardinal Hartmann und die übrigen Teilnehmer der Fuldaer Bischofskonferenz 1916 (8. Sept. 1916).

er nun zur Gewalttat, indem er die Leute des auf einer Reise nach Rom begriffenen Kardinals Castelnau de Clermont gefangensetzte, obschon diesen einerseits seine Gesandteneigenschaft, anderseits sogar ein Geleitbrief der spanischen Regierung schützte. Selbst ins eigene Land trugen die Kaiserlichen dem Papst Krieg und Plünderung. Kurz zuvor hatte Hadrian dem Kaiser, um ihn für die allgemeine Sache der Christenheit einzunehmen, das zu Weihnachten geweihte Schwert übersandt, das die Päpste den Verteidigern des Glaubens verliehen. Wer wunderte sich, hätte der Papst auf Manuels neuen Gewaltstreich mit sofortigem Anschluß an Franz I. geantwortet? Allein er widerstand der Versuchung.

Nicht besser bedankte dem Papste der französische Herrscher das Verdienst, Frankreich vor dem Einfalle seiner verbündeten Gegner bewahrt zu haben. Dafür bot Franz I. die Hand, um im Augenblick der größten Türkengefahr die Kriegsfackel nach Italien zu schleudern; während Sizilien, von Frankreich unterstützt, gegen den Kaiser aufstehen sollte, wollte Franz in Oberitalien einbrechen. Alsdann suchte das französische Ränkespiel die durch Hadrian eifrig betriebene Aussöhnung Venedigs mit dem Kaiser noch im letzten Augenblick zu vereiteln. Mit Zuversicht hoffte man kaiserlicherseits, nach diesen Erfahrungen werde der Papst gewiß aus seiner Neutralität heraustreten; es war eine Täuschung. Auch Hadrians Mitwirkung an dem Zustandekommen eines Bündnisses zum Schutze Italiens gegen die Angriffe europäischer Machthaber geschah in einer Weise, daß seine Neutralität keineswegs litt.

Noch Schlimmeres stand dem Papste seitens Frankreichs bevor. Als Hadrian angesichts der Türkengefahr einen dreijährigen Waffenstillstand für die ganze Christenheit anordnete und widerspenstige Fürsten mit Exkommunikation und Interdikt bedrohte, sprach ihm der französische König das Recht dazu ab; tue es Hadrian dennoch, so werde Franz einen Gegenpapst aufstellen. Der Klerus, äußerte der König, sei der wahre Türke, dem der Kampf gelten müsse. Ja, er wagte es, Hadrian an das Schicksal Bonifaz VIII. zu er-

innern, der wider Franzens Ahnen etwas unternommen habe, „was ihm übel bekam“; ganz unverhohlen drohte Franz dem Papste: „Nach Eurer Klugheit werdet Ihr daran denken.“ Wie ernst Hadrian Franzens Worte nahm, ersehen wir daraus, daß er bei seinem nächsten öffentlichen Erscheinen in Rom aus Furcht vor Anschlägen der Französlinge inmitten der Schweizerwache ritt.

Die strengneutrale Haltung Hadrians hatte das unheilbare Zerwürfnis mit Frankreich nicht abzuwenden vermocht; doch wollte der Papst auch jetzt nicht durch den Abschluß einer Defensiv- und Offensivallianz den Bruch mit Franz I. endgültig besiegeln. Was half es ihm? Der französische König untersagte alle Geldsendungen nach Rom; noch sprach der Papst das letzte Wort nicht. Jetzt zog Franz Truppen um Truppen an die Grenze Italiens und schickte sich an, der Drohung die Tat folgen zu lassen, den Krieg zur Wiedereroberung Mailands zu beginnen; außerdem sprach er sich in einem Briefe an die Kardinäle erneut über den Gedanken aus, Hadrian VI. zu einem andern Bonifaz VIII. zu machen: da erkannte der Papst, daß es gelte, sich seiner Freiheit und Sicherheit seines Lebens zu versehen. Darum rief er nunmehr die Hilfe des englischen Königs an und erklärte sich zu einem Verteidigungsbündnis bereit. Der Eintritt in eine Offensivliga dünkte ihm auch jetzt mit der Stellung des gemeinsamen Vaters der Christenheit unvereinbar. Auf diesem Standpunkte verharrte Hadrian allem Widerstreben der Kaiserlichen zum Trotz. Noch in seiner Todeskrankheit bemühte sich der Gesandte Karl V. ihn zum Abschluß einer Offensivallianz wider Frankreich zu überreden.

Das Bild des universalen Papstes Hadrian VI. wäre höchst unvollständig, vergäße es der Hirtensorge des letzten deutschen Papstes. Ein Pontifikat von zwanzig Monaten nur war unserem Landsmanne beschieden; es genügte, um sein Augenmerk über Rom, die Kurie, den Kirchenstaat und Italien hinauszulenken. Nicht allein in deutsche Verhältnisse

sehen wir ihn eingreifen, er kommt auch in Berührung mit der Schweiz, Frankreich, England und Spanien, mit Ungarn, Polen, Rußland und den nordischen Staaten. Die Union mit der russischen Kirche beschäftigte ihn nicht minder wie die Beilegung der religiösen Wirren unter seinen Landsleuten und in der Schweiz. Durch Stärkung der Bollwerke gegen die Moskowiter-, Tartaren- und Osmanengefahr wollte er die abendländische Kultur schützen.

Hadrian VI. ist also wahrhaft ein universaler Papst, sein Wirken ein weltumspannendes gewesen. Welcher Unterschied zwischen ihm und französischen Trägern der Tiara! Ein ganzes Jahrhundert lang konnten sich die Franzosen rühmen, fast nur aus ihrem Schoße der Christenheit Päpste gegeben zu haben; Frankreichs Söhne fühlten sich auch auf St. Peters Thron stets als Franzosen. Des deutschen Papstes Gesichtskreis aber bleibt nicht der enge nationale, sondern erweitert sich zum Gesichtskreis der katholischen d. i. allgemeinen Kirche. Doch, obgleich einseitiger Bevorzugung des Volkes, dem er entstammte, abhold, vergißt Hadrian VI. auch im fremden Lande die teure Heimat nicht; mit aller Liebe und Treue bleibt er ihr zugetan.

Karl Guggenberger.

XXVI.

Der Vater des Militarismus.

Eine Skizze.

1. Die Frage nach der Kriegsschuld ist in den letzten drei Jahren fast bis zum Überdrusse behandelt worden. Eine Klärung hat sie für die Öffentlichkeit bis heute nicht gebracht und wird sie in absehbarer Zeit nicht bringen. Man hat neben den direkten zu wenig die indirekten, neben den näheren zu wenig die ferneren Ursachen der Völker-



katastrophe zu erforschen sich bemüht. Man hat neben der Schuld der einzelnen Staaten, Völker und Regierungen zu wenig die allgemeine Kriegsschuld, die Schuld der kulturell und sittlich, religiös und rechtlich auf einem nie dagewesenen Tiefstand angelangten europäischen Völkerfamilie gefühlt und bekannt.

Die direkte Kriegsursache war, wenn wir von dem das Signal zur Kriegseröffnung gebenden Ultimatum Österreichs an Serbien absehen, der Vernichtungswille der Feinde: der Entschluß der vollen Unschädlichmachung des militärisch und wirtschaftlich erstarkten Deutschen Reiches. Der Revanche-Gedanke Frankreichs, die Aufrechterhaltung des Industrie- und Handels-Imperiums und -Imperialismus Englands, der moskowitische Kriegs- und Eroberungstrieb, das „Delenda Austria" Italiens u. a. waren die nächsten Gründe der Koalition dieser Staaten gegen die beiden Mittelmächte. Die entfernteren und gleich mächtigen politischen Ursachen liegen Jahrzehnte und Jahrhunderte zurück. Es sind diese, um nur die wesentlichsten zu nennen: die Schwächung der pazifistischen Zentralmacht Europas, des römisch-deutschen Reiches, durch die Reformation und den dreißigjährigen Krieg und durch das mit und nach diesem Krieg sich bildende System des Gleichgewichts der europäischen Großmächte;[1]) es war die volle Auflösung des alten Reiches und die unvollkommene, die Keime zu neuen Kriegen in sich schließende Arbeit des Wiener Kongresses, und es war nicht zuletzt die von Preußen ausgehende militärisch-staatliche, zur Zertrümmerung Großdeutschlands, im Interesse Preußens, führende Entwicklung. Dies und anderes waren politische Erscheinungen und Unternehmungen, die langsam und sicher auf einen unheilvollen europäischen Völkerkonflikt hindrängen mußten.

2. Der notwendig zum Kriege führende europäische Militarismus ist als verfassungsmäßig mit dem Staate verbundenes System eine Frucht der eigenartigen Entwicklung

1) Vgl. unsere Ausführungen in Bd. 160, S. 639 f. dieser Blätter.

des preußischen Staates. Den Türken als „Vater" oder die französische Revolution als „Mutter" des heutigen Militärsystems, wie es mehrfach geschehen, zu bezeichnen, ist unberechtigt und unhaltbar. Asiatische Horden kommen für die Gesetze und Einrichtungen europäischer Kulturstaaten nicht in Betracht, und die französische Revolution als solche hat den Militarismus nicht gewollt, wie wir unten noch ersehen werden.

Preußen galt ohne Widerspruch seit mehr als zwei Jahrhunderten als der ausgesprochene Militärstaat Europas. Als solcher hat es zwei Entwicklungsperioden zu verzeichnen. Die eine beginnt mit dem großen Kurfürsten und erreicht ihren Höhepunkt unter König Friedrich II., die andere nimmt ihren Anfang bald nach den Befreiungskriegen und reift ihre großen Erfolge in der Bismarckschen Schwert- und Machtpolitik. Zwischen beiden Perioden liegt der Napoleonische Militarismus, der in seinen Anfängen nicht ein freigewolltes, aggressives und zielbewußtes Unternehmen Frankreichs und seines Parlamentes war, wenn sich in seiner Weiterentwicklung auch naturgemäß Eroberungsgelüste einstellten. Die von allen Seiten angegriffene revolutionäre Republik mußte in der Not der Stunde und im Gebote der Selbsterhaltung sich zur größtmöglichen militärischen Kraftentfaltung entschließen, sie schuf ein Volksheer, welchem in der Folge das Genie eines Napoleon die bis dahin trefflichste Organisation und Einrichtung gab. Aber im Ganzen war das napoleonisch-militärische Zeitalter nur eine kurze Zwischenperiode, die mit dem Wiener Kongresse endigte.

Die geschichtliche Entwicklung des preußischen Militärsystems beginnt bald nach dem dreißigjährigen Kriege. Am Ende des siebzehnten Jahrhunderts verfügte der Kurfürst von Brandenburg bereits über ein unverhältnismäßig starkes Heer von 30—40000 Mann. Mit seinem 1701 zum König von Preußen gewordenen Sohne gibt es — die einzige in Deutschland — eine königliche Armee, die Friedrich Wilhelm I., der Soldatenkönig, in jeder Weise, insbesondere



durch Werbung förderte. Sein Nachfolger, Friedrich II. der Große, brachte nach seinem Regierungsantritte, bei einer Einwohnerzahl seines Landes von nur 2½ Millionen, die Armee in kürzester Zeit auf 90000 Mann, mit denen er den ersten schlesischen Krieg eröffnete. Nach den schlesischen Kriegen: dem Raube Schlesiens und dem mißlungenen Raubversuche von Böhmen, steigerte Friedrich das preußische Heer auf 180000 Mann. Schon damals verglich man Preußen mit einem Manne, dessen Rüstung für den kleinen Körper viel zu groß geraten sei.

Preußen war nicht nur der einzige Militärstaat unter den damaligen deutschen Staaten, es war auch, was das Verhältnis der Heeresstärke zur Einwohnerzahl anbetrifft, der einzige Militärstaat der kultivierten Welt und damit eine stete Bedrohung für die übrigen Staaten. „Im Jahre 1786 hatte der kleine arme Staat Friedrichs II. mehr Soldaten zu ernähren als das große reiche Frankreich; fast ebensoviel als das ungeheure Rußland und kaum ein Drittel weniger als Österreich.“ [1]) Kein Volk wurde durch Königtum, Schule und Beamtentum mit dem militärischen Geiste so infiziert und in diesem absolutistischen Geiste so systematisch erzogen wie das brandenburgisch-preußische. Preußentum und Militarismus, preußisches und militärisches Denken wurden in der Folge ein einziger Begriff.

3. Die zweite Periode des preußischen Militarismus setzte bald nach den Befreiungskriegen: nach den Abrüstungen der übrigen Staaten ein.

Preußen behielt, als einziges deutsches Land, nach den Befreiungskriegen und der Beseitigung der napoleonischen Gefahr die allgemeine Wehrpflicht bei, und zwar gegen einen starken, schon damals vorhandenen Widerspruch. Die Armeestärke wurde erhöht, die 1848 geschaffene deutsche Flotte erworben, die Organisation des Heeres mit Beginn der „neuen Ära“ zielbewußt ausgebaut.

1) Venanz Müller, Die Hohenzollern-Könige in der Kulturgeschichte. Frankfurt a. M. 1866. S. 117.



Die neue, die ausgesprochen militärische Ära begann mit dem Prinzregenten, dem späteren König und Kaiser Wilhelm I. Die vom Kriegsminister von Roon im Jahre 1860 entworfene Heeres-Reorganisation erhöhte den Friedensstand der Armee von 150000 auf 213000 Mann. Der Widerstand des Parlamentes war erfolglos. „Der König ist Soldat durch und durch“, erklärte ein Minister der klagenden Volksvertretung.

Auf dem militärischen System seines Landes, auf der durch Roon reformierten Armee, auf einer Politik „mit Blut und Eisen“ baute Bismarck sein Werk auf: die Besiegung Österreichs, die Zertrümmerung des deutschen Bundes, die Niederwerfung Frankreichs und die Errichtung des preußisch-deutschen Kaisertums. Das Ergebnis dieser militärisch-diplomatischen Erfolge war das weitere Anwachsen der militärisch-finanziellen Last und der militärischen Stärke, der erklärliche Argwohn und das unaufhörliche Wettrüsten der europäischen Nationen. Infolge des Vorgehens Preußens, schrieben bereits im Jahre 1867 die Historisch-politischen Blätter [1], „denken alle großen und kleinen Mächte an die Verdoppelung ihrer stehenden Heere. Ein Land nach dem andern verwandelt sich in eine ungeheure Kaserne, und wenn es so fortgeht, so wird der Kontinent bald ausschließlich mit Militärstaaten und in folgerichtiger Entwicklung mit Militärdespotien bedeckt sein. Es ist ein enormes Unglück, welches Preußen durch die unwürdige Ausnützung seines Sieges über die europäische Menschheit gebracht hat, und im Namen der Humanität wird dieser Militär-Epidemie die Schranke gezogen werden müssen“.

Mit der Errichtung Klein-Deutschlands ging das militärisch-einseitige Denken von Preußen auf das gesamte neue Reich über. Die preußischen Einflüsse und Überlieferungen brachten es dahin, daß der Militarismus Selbstzweck wurde, Selbstzweck besonders für einen Großteil des preußischen Adels [2]). In Überschätzung der Macht des Schwertes stellte

1) Bd. 60, S. 81.

2) Vgl. ebenda Bd. 113, S. 454.

man den ganzen Bestand des der natürlichen schützenden Grenzen entbehrenden kleindeutschen Reiches auf die Stärke und Verlässigkeit des Heeres. „Armee und Marine", erklärte nach einem bereits zitierten Worte, im Jahre 1893 Kaiser Wilhelm II., „sind die Grundpfeiler des Reiches." „Man rechnete nur mehr auf die äußere Gewalt. Von der iustitia fundamentum regnorum des alten Reiches entschwand der Begriff".[1])

4. Wenn Europa in der Folge zu einem einzigen Heerlager geworden ist, so liegt die Ursache und Schuld in größerem oder geringerem Maße bei allen Staaten und Regierungen, in allererster Linie aber bei Preußen und seinen herrschenden Männern. Über diese Tatsache kann alle Geschichtsklitterung und Geschichtsbaumeisterei nicht hinwegkommen.

Mag man den Türken mit seiner auf alle Muselmannen sich erstreckenden Dienstpflicht als den alten Vater des Militarismus bezeichnen; der Vater des modernen europäischen Militarismus ist und bleibt Preußen mit seiner Dynastie. Es gab seit Mitte des sechzehnten Jahrhunderts „in aller Welt keinen Staat, der für die Ausbildung zum puren Militärstaat veranlagt" gewesen wäre wie Preußen, „und das ist seine Gefahr" [2]). Es war und ist die Gefahr, welche jede einseitige Entwicklung eines Staates mit sich bringt, es war und ist die Gefahr, daß eine solche Entwicklung Nachahmung findet, daß die Bildung von Militärstaaten zu einer allgemeinen Krankheit wird, die zuletzt in einer allgemeinen Katastrophe mit nachfolgendem Siechtum endigt.

Der preußisch-absolutistische Militarismus ist für absehbare Zeit erledigt, das französisch-demokratische Militärsystem scheint das unheilvolle Erbe zu übernehmen. Den Zusammenbruch des letzteren dürften wir und unsere Söhne noch erleben. H.

1) Ebenda Bd. 112, S. 126.
2) Ebenda Bd. 112, S. 280.

XXVII.

„Instinktive Entartung“.

Von Germanus.

Parteitage sind Produkte der Regie der Parteileitung. Das Publikum besteht fast durchweg aus unentwegten Parteigängern, die mit der Parteileitung durch Dick und Dünn gehen. Dadurch erklärt sich auch die große Zustimmung, die beim Parteitag des Reichszentrums sämtliche Redner gefunden haben. Auch die Rede des Herrn Abg. Professor Dr. Lauscher. Diejenigen, denen sie galt, waren natürlich nicht anwesend; denn wie sollten solche Außenseiter zu einem Parteitagsmandat kommen? Die Unentwegten applaudierten. Deshalb konnte der Redner einen großen Erfolg verzeichnen.

Er sprach über das Thema Republik oder Monarchie, offenbar auf Veranlassung der Parteileitung, die das Bedürfnis fühlte, die Haltung der Partei gegenüber diesem Problem zu rechtfertigen. Der „Streit“ selbst war durch den Reichskanzler Dr. Wirth genährt worden, der jede Gelegenheit ergreift, um für die Republik als Staatsform Propaganda zu machen. Es ist doch ganz klar, daß monarchisch denkende Zentrumsleute durch dieses Vorgehen des Kanzlers sich abgestoßen fühlen, denn sein Vorgehen widerspricht der Neutralität, die die Partei gegenüber dem Problem schon 1921 proklamiert hat. Die Freude an einer verhaßten Staatsform kann man durch Reden auf Katholiken- und Parteitagen nicht einimpfen. Auch Professor Dr. Lauscher hat den allerunglücklichsten Weg ergriffen, den Monarchisten diese Freude beizubringen, indem er den monarchisch gesinnten Akademikern „instinktive Entdrtnng“ vorwarf. Der Bericht verzeichnet über diese gelinde gesagt Lieblosigkeit „Heiterkeit“. Glaubt Herr Abg. Dr. Lauscher, die monarchisch gesinnten Akademiker dadurch zu



gewinnen, daß er sie lächerlich macht? Wenn irgend ein Parteisekretär sich solcher Art geäußert hätte, so könnte man, ohne Worte darüber zu verlieren, zur Tagesordnung übergehen. So aber war es ein führendes Mitglied der Partei, das in seiner Argumentation kein höheres Niveau erklimmen konnte.

Natürlich fehlte auch der Hinweis auf die Kirche nicht, die jede Staatsform zulasse und den Völkern völlige Freiheit gewähre, sich ihre Staatsform zu geben. Gewiß ist das richtig. Aber gerade deshalb hat der monarchisch denkende Teil des Volkes das Recht an seinem Ideal festzuhalten. Außerdem spielen hier noch andere Gründe mit, nämlich die Rücksicht auf die deutsche Tradition, die nur die Monarchie als Staatsform kennt und die völlig zu verleugnen und auszulöschen die zu erstrebende Folge der republikanischen Verfassung ist.

Als Katholik kann ich auch Republikaner sein, aber ich muß es nicht. Ich bleibe also als Charakter, was ich war, prinzipiell Monarchist. Als Katholik schulde ich lediglich Gehorsam der Obrigkeit. Diesen leiste ich; vielleicht besser als mancher „Republikaner". Aber niemand kann mich davon überzeugen, daß es meine Pflicht sei, an einem Staatswesen aktiv und freudig mitzuarbeiten, das auf einer durch nichts gerechtfertigten Revolution erwachsen, auf den Rousseauschen Grundsätzen des contrat social basiert ist und grundsätzlich nichts anderes sein will als die individualistisch atheistische Republik nach Schema 1789. Gerade diese mit ihrer „Volkssouveränität" hat aber Leo XIII. ausdrücklich verworfen. Trotzdem erstrebte das Papsttum aus Gründen der Seelsorge praktisch mit den Vertretern dieser „Volkssouveränität" einen modus vivendi, soweit dies von ihm, dem Papsttum, abhing. Genau so hält es in Deutschland der monarchisch gesinnte Katholik. Er ist bereit, mitzuarbeiten, falls man ihm nicht zumutet, seine monarchische Gesinnung, die keineswegs irgend einer Dynastie zu gelten braucht, zu verleugnen. Heute verlangt man aber — nach



Professor Lauscher —, daß man sich rückhaltlos auf den Boden der Republik stelle, d. h. es ist kein Platz mehr in der Partei für prinzipielle monarchische Gesinnung. Etwas anderes kann es wohl doch nicht bedeuten! Das Zentrum war nun früher eine „überzeugt" monarchische Partei. Ein überzeugt monarchisch denkender Deutscher kann auch als Katholik diese rückhaltslose Mauserung nicht mitmachen — falls nicht, um mit Prof. Dr. Lauscher zu reden, eine instinktive Entartung bei ihm vorliegt. Auch Windthorst hätte diese Mauserung niemals mitgemacht. Denn er hat 1872 ausdrücklich beim Katholikentag zu Breslau erklärt, er kämpfe für das christlich-monarchische Staatsprinzip, auch wenn einmal eine Mehrheit anders beschließen sollte. Und Ketteler warnte das deutsche Volk vor der Nachäfferei fremder Staatsformen und vor der Gefahr des Verlassens der historischen Tradition: „Wehe dem Volke, das abweicht von seiner historischen Tradition."

Wenn nun zahlreiche deutsche katholische Akademiker festhalten an dieser deutschen Tradition, getreu der Mahnung Windthorsts und Kettelers, so ist es doch ein starkes Stück, von diesem Verhalten als einer instinktiven Entartung zu sprechen. Als Entartung könnte man weit eher das Abweichen von deutscher Art und Tradition bezeichnen.

Damit soll nicht gesagt sein, daß das Zentrum am neuen Staat überhaupt nicht hätte mitarbeiten sollen. Es hätte aber ruhig seine Eigenschaft als prinzipiell monarchische Traditionspartei beibehalten dürfen und sollen. Alle inneren Parteikonflikte wären dadurch vermieden worden. Die katholische Kirche hätte dagegen nicht das Geringste eingewendet. Ich kann als Deutscher schließlich auch Republikaner sein, ich muß es aber nicht. Als Katholik bin ich gerechtfertigt. Aber als Deutscher soll ich an meiner geschichtlichen Tradition festhalten. Das Zentrum will doch sonst auch nicht eine katholische, sondern eine deutsche Partei sein. Mit dem Trost, daß moralische Verpflichtungen gegenüber einer versunkenen Staatsform nicht bestehen, sollte man



doch akademisch gebildeten Männern vom Leibe bleiben. Deutsche Treue ist früher stets so viel gerühmt worden. Nach Prof. Lauschers Anschauung könnte man meinen, Treue im Unglück sei dem Fluch der Lächerlichkeit verfallen. Wer in Treue seines Fürstenhauses gedenkt und ihm diese Treue im Geiste bewahrt, der kann freilich kein rückhaltslos auf dem Boden der Tatsachen und der Republik stehender Deutscher sein. Nur eine Frage an Herrn Professor Lauscher: Wenn eines Tages in Deutschland die Räterepublik ausgerufen würde, würde er dann auch verlangen, die Akademiker und die Zentrumspartei überhaupt sollten sich rückhaltslos der Räterepublik hingeben? Oder wäre die nach kirchlicher Anschauung angeblich so gleichgültige Staatsform vielleicht dann doch nicht so gleichgültig? Trägt der neue Staat wirklich so ganz und gar keine Schuld an unserer heutigen Lage und unseren heutigen Zuständen? Der Zentrumsabgeordnete Dr. Zehnter, eines der geistig hervorragendsten Mitglieder der badischen Zentrumspartei, sagte — nach dem Parteitag übrigens — im Badischen Landtag, „einstweilen habe die Republik zwei große Schäden gebracht, nämlich: Förderung des Materialismus und Sinken des Gemeinsinns, sowie Untergrabung der Autorität in Gemeinde und Familie". Daß die Autorität des Staates durch die Begleiterscheinungen der demokratischen Parteiherrschaft nicht gewachsen ist, wird auch Herr Professor Dr. Lauscher zugeben. Dr. Zehnter meint, ob sich die Republik halten könne, hänge davon ab, ob sie es verstehe, den Egoismus und Materialismus zurückzudrängen und die Autorität wieder zu befestigen.

Ich möchte diese Fähigkeit der Republik verneinen, denn die moderne Republik ist ein Produkt des Individualismus und Atheismus und der Prinzipien von 1789, die bekanntlich nur die Rechte des Volkes betonen, aber von den Pflichten schweigen. Ihr Ursprung ist also ein schlimmer, deshalb kann sie keine guten Früchte tragen. Sie basiert auf den Ideen des Materialismus und des ni Dieu ni maître, Ideen die in ihrer politischen Auswirkung durch das

Vorhandensein eines starken christlichen Gegengewichts (Zentrum, deutschnationale und Teile anderer Parteien) gehemmt werden. Aber das moderne republikanische Staatswesen tendiert als Staatsideal des Liberalismus einfach auf Laisierung und Entchristlichung des ganzen Staatswesens. Es konnte ihm deshalb auch kein christlicher Stempel aufgedrückt werden. Die Verfassung von Weimar wollte kein Staatswesen „von Gottes Gnaden", sondern ein rein neutrales, und letzteres nur gezwungenermaßen schaffen, während die Monarchie stets und überall Dei Gratia sein will. Genügt es nun den führenden Zentrumskreisen nicht, wenn sich die historisch und konsequent denkenden gebildeten Kreise der Partei praktisch mit dem republikanischen Notbehelf und seiner doch keineswegs idealen Verfassung von Weimar abfinden und ihre monarchischen Prinzipien rein theoretisch vertreten und aufrechterhalten? Das sollte doch genügen, wenn in der Partei für beide Richtungen angeblich Platz sein soll, oder glaubt Herr Dr. Rauscher und auch der Reichskanzler Dr. Wirth im Ernste, die katholischen Akademiker wollten die Republik gewaltsam stürzen? Wenn man dies aber nicht glaubt, wozu dann das fortwährende Herumtrampeln auf den traditionstreuen Kreisen? Warum die immer wiederholte Zumutung, diese prinzipientreuen Kreise sollten sich endlich rückhaltlos auf den Boden der Republik stellen? Merkt man nicht, daß man dies als Anhänger des monarchischen Gedankens (nicht irgend einer Dynastie) doch gar nicht kann? Ein überzeugter Monarchist kann unmöglich auf Wunsch irgend eines Parteiführers überzeugter Republikaner werden! Und dies in einer Partei, in der angeblich Raum für beide Überzeugungen ist! Entweder ist das wahr, dann verschone man die Anhänger des monarchischen Gedankens mit solchen Zumutungen, oder es ist nicht wahr, dann nenne man sich republikanische und demokratische Partei und nehme das Bekenntnis zur Republik ins Parteiprogramm auf. Gerade dies will man aber vermeiden, weil es zur offenen Spaltung der Partei führen müßte. Deshalb zieht man es

vor, die Monarchisten durch fortwährende Bekehrungsversuche und ganz unlogische Behandlung der Frage „Monarchie oder Republik" mürbe zu machen. Man erreicht aber bei charaktervollen Männern nur eines: man ekelt sie mit diesem unaufrichtigen Treiben zur Partei hinaus.

Wozu der Vorwurf an die Monarchisten, sie leben in der Vergangenheit? Muß sich nicht die Gegenwart und die Zukunft organisch auf der Vergangenheit aufbauen? Man errichtet nicht Republiken wie einen Kramladen. Gewiß war auch in der Monarchie manches nicht so, wie es hätte sein sollen; aber es war Ordnung und Autorität und diese hat die Revolution zerstört und die Republik nicht wiedergebaut, wie man sich täglich überzeugen kann. Wozu die Frage, „glaubt man, daß die Monarchie bessere Friedensbedingungen erlangt hätte?" Lassen wir diese Frage offen. Aber wurde denn nicht 1918 im November umgekehrt behauptet, eine deutsche Republik erhalte bessere Friedensbedingungen! Und was hat die Abschaffung der Monarchie genützt? Gar nichts! Siehe Versailles und St. Germain! Also nicht wegen dieser besseren Bedingungen oder, weil etwa unter einer Monarchie das Brot billiger würde, sind viele Akademiker Monarchisten, sondern weil sie als Akademiker mehr geneigt sind, geschichtlich zu handeln als eine traditionslos fühlende Masse. Es sollte doch zu denken geben, daß gerade die Intelligenz weit überwiegend zur Monarchie neigt und zwar nicht etwa blos der Adel. Es ist durchaus unberechtigt, dabei gleich an die Hoffnung solcher Kreise auf Wiedererlangung ihrer „Privilegien" zu denken.

Nun noch etwas über den Hinweis auf Frankreich und die Spaltung der dortigen Katholiken. Letztere hielten Anfangs fest an der monarchischen Tradition. Ein Teil ging später zum Republikanertum über. Jedoch erwarben sich diese Republikaner damit keineswegs die Gunst der auf atheistischem Boden stehenden Republikaner. Diese hatten gar kein Interesse daran, ihr auf freimaurerischen Grundsätzen aufgebautes Staatswesen christlich „unterhöhlen" zu



lassen. Zum Dank für ihr Ablassen von der Königsidee und ihr Bekenntnis zur Republik — das man nie als loyal betrachtete — bekamen diese französischen Katholiken das Trennungsgesetz. Bei Parlamentsabstimmungen gelten ihre Stimmen nichts. Ein Kabinett konnte nur mit einer atheistisch-republikanischen Mehrheit am Ruder bleiben. Wenn es eine Mehrheit nur mit den Stimmen der sogen. Rechtsrepublikaner erhielt, wurde es gestürzt. Das scheint Herrn Professor Lauscher unbekannt zu sein. Poincaré erklärte kürzlich, er werde die ganze Schärfe des Trennungsgesetzes anwenden und den privaten Unterricht der Orden und Kongregationen unterdrücken. Das ist der Dank, den die französischen Katholiken für ihr Republikanertum ernten. Wären die französischen Katholiken ihrer Tradition treu geblieben, so hätten sie mit der Zeit die Mißwirtschaft der Republik zur Basis ihrer Oppositionspolitik nehmen und eines Tages die Mehrheit im Parlament erlangen können. Die Restauration der Monarchie wäre dann nur eine Frage der Zeit gewesen. So halfen sie aber, die Herrschaft der Freimaurerrepublik dauernd zu festigen. Es fehlte die klare Scheidelinie, die sich auch im politischen Ideal ausdrücken muß.

Welchen Dank werden aber die deutschen Katholiken ernten dafür, daß sie heute die Republik vorbehaltslos, wie die Führer des Zentrums sagen, verewigen helfen? Wenn sie auch sagen, sie würden sich später einem etwaigen Volksvotum für die Monarchie nicht widersetzen, so bedeutet dies gar nichts! Denn Volksvota kommen doch nicht von ungefähr, sondern zuerst nur durch Agitation der Führer zustande. Wenn aber die Zentrumsführer sich vorbehaltslos auf den Boden der Republik stellen, so ist von ihnen für die Wiederherstellung der deutschen Tradition nichts zu erwarten. Wer aber sonst für die Monarchie eintritt, wird als Quertreiber und Störenfried gebrandmarkt, selbst wenn er es nur in den verfassungsmäßigen Grenzen tut; denn, wenn die Tradition nicht in Vergessenheit geraten soll,

muß sie eben auch publizistisch aufrecht erhalten werden. Das Zentrum hat sich diese Möglichkeit dadurch verbaut, daß es dem monarchischen Prinzip, dem es früher so überzeugt gehuldigt hatte, entsagte, was gar nicht nötig war. Es konnte sich auch ohne diese Schwenkung auf den Boden der Tatsachen stellen. Daß es dies nicht tut und nicht theoretisch wenigstens oder ideell am deutschen Kaisergedanken (nicht an der Dynastie Hohenzollern) festhielt, das ist mit ein Grund, der ihm die Aristokratie des Geistes, die stets an der Tradition festhielt — in ihrer Mehrzahl wenigstens — weil sie historisch denken kann, entfremdet hat. Eine Partei, die nicht mehr mein politisches Ideal vertritt, kann nicht auf meine Gefolgschaft rechnen. Das Zentrum hat sich damit auch die Möglichkeit verbaut, dereinst die Führung zu übernehmen, wenn einmal die Frage der Monarchie spruchreif wird. Das war nach meiner Ansicht ein Fehler. Dank wird es dafür aber keinen ernten, falls einmal eine reine Linksmehrheit in Deutschland Tatsache werden sollte. Eine solche Mehrheit würde auch über ein republikanisches Zentrum zur Tagesordnung übergehen, wie in Frankreich. Herrn Prof. Lauscher seien aber die Schriften des prophetischen Staatsmannes Donoso Cortes zur Lektüre empfohlen. Ob er dann noch ebenso von instinktiver Entartung sprechen würde wie auf dem Parteitag?

XXVIII.

Abbau der deutschen Erfüllungspolitik?

Der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld sprach sich in einer zu Reichenhall gehaltenen Rede (5. Februar) für die „Erfüllungspolitik“ des Reichskabinetts Wirth aus. Er tat es unter einer Voraussetzung, die nicht zutrifft. Graf Lerchenfeld sagte nämlich: Die Annahme des Friedensvertrages von Versailles sei nach dem Mehrheitswillen des deutschen Volkes erfolgt. Das ist ein Grundirrtum. Man kann die Frage, ob es richtig war, den Frieden von Versailles anzunehmen oder abzulehnen, nicht beiseite lassen. Die Frage fand von Anbeginn an eine zwiespältige Beantwortung; heute, nach all den gewonnenen Erfahrungen, sollte man zugeben, daß es ein grundlegender Fehler war, den Frieden so abzuschließen, dessen unerfüllbare Forderungen auf der Schuldlüge vom Kriege aufgebaut sind, wie der englische Premierminister Lloyd George selbst streng erklärte: Auf der Anerkennung der alleinigen Kriegsurheberschaft durch Deutschland sei der Friede von Versailles gegründet; ohne diese seien seine Bedingungen nicht aufrecht zu halten. Deutschland dürfe diese Anerkenntnis daher nicht nachträglich verweigern. Ein andermal hatte Lloyd George jedoch selber bemerkt, es seien alle Staatsmänner der damaligen Zeit am Kriege schuld, sie seien in ihn hinein gestolpert. Der sozialistische Reichskanzler Scheidemann nannte den Frieden von Versailles unmöglich und unerfüllbar und lehnte es ab, ihn zu unterzeichnen. Die Verwahrung, welche der Entente notifiziert wurde, fand keine Annahme. Der sozialistische Reichskanzler Hermann Müller und der Minister Dr. Bell (Zentrum) unterzeichneten dann auftragsgemäß den Zwangsfrieden bedingungslos. Hätte man das deutsche Volk zum Referendum aufgerufen, so wäre der Frieden von Versailles



vermutlich mit erdrückender Mehrheit abgelehnt worden. Der Ausspruch des bayerischen Ministerpräsidenten, die Unterzeichnung des Friedens von Versailles sei auf dem Mehrheitswillen des deutschen Volkes basiert, findet in den tatsächlichen Verhältnissen keine Stütze, er ist, wenn man noch eine äußerste Konzession an ihn machen will, eine unbewiesene Hypothese. Die Unterzeichnung war ein Akt parlamentarischer Autokratie. Erfolgt ist er, weil die innere Politik die Hand der Unterzeichner führte. Die Unterzeichner, welche selbst im Reichstag in der Minderheit waren, fürchteten, das Deutsche Reich werde sonst wegen seiner inneren Lage in Trümmer gehen. Das war der offen ausgesprochene Beweggrund. Das Deutsche Zentrum wollte dies ehrlichen Willens verhindern, um das Deutsche Reich als Ganzes in bessere Zeiten hinüber zu retten, die Sozialdemokraten, um mit der Erhaltung des Deutschen Reiches die Proletarierrepublik mit allen Konsequenzen zu erhalten.

Diese Vorgeschichte der „Erfüllungspolitik" des Reichskabinetts Wirth muß im Vordergrund gehalten werden. Wenn Graf Lerchenfeld in seiner Reichenhaller Rede erklärte, als „Realpolitiker" müsse man mit der Tatsache rechnen, daß die Annahme des Versailler Friedens nach dem Mehrheitswillen des deutschen Volkes erfolgt sei, so muß dem widersprochen werden, weil man sonst zu einer falschen Beurteilung der deutschen Gesamtpolitik kommt. Man könnte die innere Zerrissenheit des deutschen Volkes gar nicht verstehen, würde man von der Hypothese ausgehen, daß die Annahme des Friedens von Versailles auf dem Mehrheitswillen des deutschen Volkes ruhe. Die Erfüllung dieses Friedensvertrags zwingt die ganze äußere und innere Poltik in ihren Bann und wirft eine nicht zu übersehende Menge von Problemen auf, deren Behandlung unlösbare Aufgaben stellt und das deutsche Volk aufs Tiefste zerklüftet. Die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Grundlagen der deutschen Volkswirtschaft werden unheilvoll erschüttert, die allmähliche Rekonstruktion der dem Bankrott verfallenen



Reichsfinanzen mit der unheimlichen Rückwirkung auf Einzelstaaten, Gemeinden und Steuerzahler wird unmöglich, die direkten und indirekten Steuern, die Teuerung werden riesengroß; würde die Annahme des Versailler Friedens dem Mehrheitswillen des deutschen Volkes entsprochen haben, so wäre es auch dann noch schwer, unser Volk bei diesen politischen Auflagen zu einheitlichem Denken zu bewegen. Die Bewältigung dieser Probleme nach gesamtvölkischen Gesichtspunkten wird nicht zum wenigsten dadurch unmöglich gemacht, daß das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrzahl entweder der Unterzeichnung des Versailler Friedens entgegen war, oder der Unterzeichnung des Londoner Zahlungs-Ultimatums vom 5. Mai 1921. Die Annahme des letzteren verursachte den Sturz des Kabinetts Fehrenbach und brachte das Reichskabinett Wirth in die Höhe. Die Unterzeichnung des Londoner Ultimatums, der Zwang es durchzuführen, haben die deutsche Finanzpolitik in den Sand gestreckt, unsere öffentliche und private Wirtschaft der wildesten Spekulation ausgeliefert und ungeheuren Schaden auf allen Gebieten des materiellen Daseins angerichtet.

Ungleich größer noch ist die schlimme Rückwirkung auf die Staatspolitik. Der Friedensvertrag ist nicht bloß ein Machtinstrument der Vertragsgegner Deutschlands, er bildete sich ebenso zu einem Machtinstrument der Sozialdemokratie aus. Gerade bei der zersetzenden Wirkung des Friedensvertrags und der ihm entsprossenen Erfüllungspolitik auf die bürgerlichen Parteien gelang es der Sozialdemokratie in entscheidenden Momenten bisher noch immer, die Sammlung des ganzen deutschen Volkes zu verhindern, bei welcher die sozialistische Proletarierrepublik auf die Massenversorgung sozialistischer Parteigrößen aller Rangklassen an der Staatskrippe und auf die schleichende Durchsetzung der deutschen staatlichen Institutionen mit den sozialistischen Ideen Verzicht leisten müßte.

Versailler Friede, Londoner Ultimatum und Wirth'sche

Erfüllungspolitik sind nach der innerpolitischen Einstellung zu beurteilen. Den Primat hat im Deutschen Reich nicht die äußere Politik, sondern die innere, der die Außenpolitik substituiert ist. Beim Abschluß des jüngsten achttägigen preußisch-sächsischen Eisenbahn-Beamtenstreiks schrieb der „Vorwärts“ (Nr. 69 vom 10. Febr. 1922) vielsagend, es handle sich darum, „daß ein weiteres Abrutschen des außen- und innerpolitischen Kurses nach rechts verschwinden wird und daß eine jede Rachepolitik ausschließende Liquidierung des Eisenbahnerstreiks erfolgt“. Das sei mit der gegenwärtigen Regierung immer noch viel besser zu erreichen als mit ihrer — in diesem Augenblick einzig möglichen — Nachfolgerin. Es bleibt dahingestellt, ob es vom sozialistischen Standpunkt aus klug war, so offen die Karten aufzudecken. Hier hat man die Zielrichtung der sozialistischen politischen Taktik vor sich, welche das Reichskabinett Wirth umgarnt hält mit seinem bei der Linken gern gesehenen Oberhaupt, welchem die Verbindung nach links wichtiger erscheint als jene nach rechts und das bei einem Bürgerkrieg auf der Seite des Proletariats marschieren will.

Nun hat Ministerpräsident Graf Lerchenfeld auch einige Bedingungen für die Erfüllungspolitik gestellt, denen man zustimmen muß: Die Erfüllungspolitik muß die Gewalt aufgeben, sie kann nur zum Ziele führen, wenn sie die moralischen Kräfte der Welt auf unsere Seite bringt. Dies setze voraus, daß wir nichts versprechen, was wir nicht leisten können, und daß wir unsere Ehre hoch halten. Die Ehre verlange die Klarstellung der Schuldfrage und die Ablehnung der Auslieferung der angeblichen Kriegsverbrecher. Diese Ausführungsbestimmungen für die „Erfüllungspolitik“ sind grundlegend; wir erkennen sie gerne an. Indessen, wenn man nichts versprechen darf, was man nicht leisten kann, warum hat man denn sich auf diese „Erfüllungspolitik“ verpflichtet, von der doch jedermann und erst recht die Regierungsleute in Deutschland überzeugt waren, daß sie

nicht durchgeführt werden kann? Also übt Graf Lerchenfeld doch scharfe Kritik an der Erfüllungspolitik!

Eine Erfüllungspolitik war nun freilich nötig. Nach dem Abschluß des Waffenstillstandes war das Deutsche Reich unfähig geworden, dem Feinde Widerstand zu leisten, unser Volk war auch seelisch nicht dazu bereit. Der Feind hatte sich sein Recht gesichert, Wiedergutmachung zu verlangen, und Deutschland war verpflichtet, sie namentlich Frankreich und Belgien zu verschaffen. Allein der Verirrung in imaginäre Zahlengrößen durfte nicht nachgegeben werden. Es wäre dann zu Zwangsmaßnahmen der Vertragsgegner gekommen, von denen man unermeßlichen materiellen Schaden befürchtete. Größere Verluste, als sie Deutschland in dieser ganzen Erfüllungskampagne seit Friedensschluß erlitten hat, wären nicht gekommen, und die Entente hätte aus praktischer Erprobung seitdem längst einsehen gelernt, daß man aus Deutschland nicht das herausbringen kann, was ihre Falschurteile berechnet haben.

Man ist den anderen Weg gegangen, die begehrten Leistungen zuzusagen und dann, nachdem das Aufbringen der ersten Goldmilliarde eine gänzliche Kräfteerschöpfung gebracht hatte, für die nächsten Geldleistungen die deutsche Zahlungsunfähigkeit anzumelden und die Vertragsgegner um Stundung anzugehen. Die Affaire schwebt noch. Es ist selbstverständlich, daß auch der Gegner der bisherigen Erfüllungspolitik mit ihrer zwecklosen Kräfteaussaugung den Versuchen, einen Weg zur Verständigung in den Wiederherstellungsfragen zu finden, Erfolg wünschen und sie fördern muß. Das ist ja etwas ganz anderes als Erfüllungspolitik, es ist das Eingeständnis, daß sie gescheitert ist, es ist Abbau der Erfüllungspolitik. Ob dieser Abbau mit Hilfe Englands und Amerikas gelingen wird, auf einer Mächtekonferenz in Genua oder sonstwo, das steht in den Sternen geschrieben. Man schwimmt allerdings jetzt in einem Ozean von Optimismus. Auf dem jüngsten Parteitag des deutschen Zentrums in Berlin hat man den vollen Erfolg der vom Zentrum



mit Leib und Leben unterstützten Wirth'schen Außenpolitik, die doch in Oberschlesien gänzlich gescheitert und als Erfüllungspolitik mit schwersten Schäden für die deutsche Nation zusammengebrochen ist, gefeiert, weil man annahm, daß das Ausland, wenigstens der angelsächsische Mächtekonzern, zu Deutschland hinübergewechselt sei. Die Ersetzung des französischen Ministeriums Briand durch das Zwangskabinett Poincaré bietet dem Optimismus unüberwindliche Schwierigkeiten und England kann sich heute noch nicht auf lange Zeit hinaus von Frankreich trennen. Die letzte Parlamentsrede Lloyd Georges ist genau so giftig gegen Deutschland, wie frühere Äußerungen des englischen Staatsleiters es waren, sie geht auf dauernde Fesselung Deutschlands hinaus. Erst die englische Loslösung von Frankreich würde eine Wendung bringen. Darauf zu warten oder darauf zu rechnen wäre zunächst noch Träumerei. Man muß Realpolitik treiben und die Politik des Hoffens und Harrens, die Deutschland seither zum Narren machte, jenen überlassen, die daran Gefallen finden und sich gern — bespiegeln.

XXIX.

Kürzere Besprechungen.

1. Mack Eugen Dr., fürstl. Waldburgischer Archivar zu Wolfegg: „Einig und ungeteilt." Sechzehn Aufsätze zur Wahrung fideikommissarisch gebundenen Besitzes. 117 S. „Der Treue übergeben." Fidei commissum. Zweiunddreißig Beiträge zur Wahrung der Güter des christlichen Adels und christlichen Kulturgüter überhaupt. 134 S. „Dem Adel sein Recht." 72 S. „Um standesherrliche Rechte." Die Preußendebatte vom 30. November 1868 um standesherrliche Rechte.



Ludwig Windthorst für die Standesherren. 44 S. „Recht vor Gewalt.“ Beiträge zum Rechtszustand der deutschen Standesherrschaften. 51 S.

Über die genannten Schriften, alle erschienen im Verlage der fürstlich Waldburg-Wolfeggischen Domänialkanzlei Wolfegg 1920, habe ich meine Ansichten geäußert in der Monatschrift „Das Heilige Feuer“, November 1921, S. 57. Dort habe ich den großen Eifer des Verfassers gerühmt und nur bezweifelt, ob seinen Bemühungen um Erhaltung der Fideikommisse ein Erfolg beschieden sei.[1]) Er stellte sich nämlich ganz auf den Standpunkt der Legitimität und führt diesen Gedanken noch weiter aus in zwei neuerdings erschienenen Schriften: „Für legitimes Recht.“ 149 S. und „Kirche, Adel und Volk“, Vortrag am 11. Februar 1919. Auch diese beiden Schriften sind reich an Material und bringen viele Urteile konservativer und liberaler Politiker über die Legitimität, namentlich solche Urteile, die sich auf die Grundsätze der christlichen Moral stützen (Ketteler, Simar, Linsenmann). Eine unzweifelhafte Auskunft über die brennenden sozialpolitischen Fragen kann freilich die christliche Moral nicht geben. Das Naturrecht und das positiv historische Recht lagen immer mit einander im Streit und das Verhältnis von Angeborenem, Erlebtem, Erworbenem war immer fließend. Der Staat hat nicht die Aufgabe, die Lebensbedingungen des Einzelnen, der Familien und der Gesellschaft gegenseitig sicher zu stellen, aber hier feste Grenzlinien zu ziehen, wird immer seine Schwierigkeiten haben. Es gibt nicht bloß einen individuellen, sondern auch einen Familienegoismus und eine staatliche Bevormundung, die bis zur Allmacht geht. Bald liegt

1) Auffallend ist die Beanstandung „Dem Adel sein Recht“, S. 43 da der Verfasser unmittelbar vorher die Texte der Rheinbundsakte und der deutschen Bundesakte mitteilt. Die letzteren enthalten doch sicherlich nicht nur ausführlichere, sondern auch neue Bestimmungen zu Gunsten der Mediatisierten: Landstandschaft, Aufsicht in Kirchen- und Schulsachen und über die milden Stiftungen, Steuerprivilegien Art. 14 b.

das Schwergewicht hier, bald dort, die Anschauungen haben immer gewechselt und Theorie und Praxis stimmen nicht immer überein.

Zur Zeit des blühenden Feudalismus haben z. B. die Theologen diesem keine theoretische Unterlage gewährt; sie wandelten immer auf antiken Spuren und waren durchaus nicht konservativ im Sinne der Haller, Stahl und Jarcke. Diese theoretischen Begründer der Restauration und „Reaktion", wie man sie prächtig genannt hat, kamen sozusagen post festum, sie vermochten das rollende Rad der Zeit nicht mehr umzudrehen, sondern höchstens einen Hemmschuh anzulegen. Doch lehrt die Geschichte, daß auf alle Umwälzungen wieder Rückschläge erfolgen, und so ist zu hoffen, daß auf den jetzigen Kehraus wieder eine Einkehr erfolgt, daß nach Wahnsinn die Besinnung wieder erwacht; Anzeichen sind ja schon vorhanden. Konnte man doch in Rußland und Ungarn Erfahrungen genug sammeln, in welches Chaos das blinde Losstürmen auf den Großbesitz führt. Ganz ergötzlich liest sich, was Mack aus den Erlebnissen und Eindrücken des Grafen Nikolaus Esterhazy mitteilt. Auf dessen Csakvarer Gut, 2000 Joch umfassend, erschien zur Rätezeit eine Teilungskommission (ein jüdischer Advokat und zwei Ingenieure) und begann ihre Arbeit. Da aber nach dem Gesetz jeder akademisch gebildete Beamte 200 Joch erhalten sollte, der Besitzer 500, so geriet die Kommission bald in Verlegenheit, die ansässigen Bauern und Knechte zu befriedigen, und wies ihnen Grund und Boden in ganz entfernten Gegenden an, wo es keine Gebäude gab. Da liefen die Bauern händeringend herum und fragten den Grafen um Rat, wie sie ohne Betriebskapital, ohne Instruktion wirtschaften sollten. Ein großer Teil freilich überließ sich blinder Freude, wüsten Vorstellungen, bis sie eines Tages aus dem kommunistischen Traum erwachten. Die Heiligkeit des Privateigentums wird nicht ohne große Gefahren verletzt, was man allgemach einsieht. Ob aber deshalb auch schon für die Fideikommisse bessere Zeiten kommen, steht dahin. Es wäre schon viel gewonnen, wenn statt des adeligen



Vorrechtes auf Fideikommisse wenigstens der Gedanke der Heimstätten mehr Anklang fände, und Grund und Boden nicht mehr wie eine Ware, sondern als mehr oder weniger etwas Gebundenes, Feststehendes, als Zugehör zu Haus und Hof, als Familiengut behandelt würde. Auch die Idee der Stiftungen dürfte mehr ausgebaut werden. Dann könnte der Adel zu Gunsten seiner Familien Stiftungen aller Art errichten, ohne deshalb auf besondere Vorrechte Ansprüche zu erheben, und könnte sich sozial und kulturell betätigen, was ihm viele verlorengegangene Sympathien wieder gewinnen könnte. Noblesse oblige. Diesem Grundsatze wurden viele zu ihrem Schaden untreu; ihm freilich so gerecht zu werden, daß niemand zu klagen hätte, geht über die menschliche Kraft. Wenn man täglich sieht, welch unerhörte Anforderungen und Zumutungen gestellt werden, begreift man, daß mancher Herr hart wird, und weil es unmöglich ist, alle Wünsche zu befriedigen, nicht mehr zwischen berechtigten und unberechtigten Ansprüchen zu unterscheiden weiß. Zum Schlusse gestatte ich mir auf einige meiner Aufsätze über diese Fragen hinzuweisen, die in die kritischen Zeiten fielen: Ipf- und Jagstzeitung 13/14 Febr. 1919; Augsburger Postzeitung 3. April 1919 (24/25 Sept. 1921).

Grupp.

2. Des hl. Ignatius von Loyola, Stifters der Gesellschaft Jesu, Geistliche Briefe und Unterweisungen. Gesammelt und ins Deutsche übertragen von Otto Karrer S. J. Mit einem Titelbild. (Bücher für Seelenkultur. 12 VIII und 298 S.) Freiburg i. B. 1922, Herder.

Besser als durch eine umfangreiche Lebensdarstellung lernen wir den Stifter des Jesuitenordens durch seine Briefe und insbesondere durch sein Geistliches Tagebuch kennen. Es war daher ein begrüßenswertes Unternehmen des P. Otto Karrer S. J., uns eine Auswahl dieser Briefe sowie Bruchstücke aus den Exerzitien und dem Tagebuche in fließender Übersetzung zugänglich gemacht zu haben.

Der Herausgeber beansprucht für Ignatius nicht den



Ruhm „eines Literaten oder geistreichen Conferenciers“. Die Briefe des Heiligen waren, obwohl gefeilt, keine Stilblüten. „Hingegen eignete ihm in hohem Maße die Gabe, eine Situation durch treffende Gelegenheitsworte zu kennzeichnen, und seiner sonst ungelenken Rede gab die Gesamtpersönlichkeit einen solchen Nachdruck, daß sich auch die Gelehrtesten vom Schlage eines Laynez wie Kinder vor ihm fühlten.“

Die Persönlichkeit des hl. Ignatius ist, besonders bei jener Seite, welche die Verschiedenheit des Charakters der Heiligen nicht zu verstehen und nicht zu würdigen vermag, umstritten. „Einige haben ihn als Mystiker gefaßt — was ohne Zweifel richtig ist — andere als trockenen, gelegentlich selbst beleidigend nüchternen Verstandesmenschen — wer könnte sie widerlegen? Wir sehen ihn eine scharfe Kritik über Privatoffenbarungen schreiben — und finden ihn in einer Fülle von Schauungen und mystischen Heimsuchungen schwelgen. Er redet von süßen Empfindungen und vom himmlischen Trost, als wäre ihm dies das Kostbarste — und behandelt die „Gabe der Tränen“ wie etwas, das im Grunde nichts bedeutet. Er will Männer des Gebetes haben — und kürzt doch allen das Gebet auf ein nach bisherigen Begriffen minimales Pensum!“ —

Die vom Übersetzer angeführten Grundsätze und Anweisungen des Heiligen über die Exerzitien dürften, aus seinem schriftlichen Nachlasse, den Interessenten bekannt sein. Die ausgewählten, sämtlich mit einer instruktiven Einleitung versehenen Briefe geben uns einen selten gewährten Einblick in die Art seiner Menschenbehandlung und in seine ungewöhnliche Menschenkenntnis, in die Methoden seiner Ordensverwaltung, in die ganze weltumspannende Tätigkeit des ersten Generals der Gesellschaft Jesu. Von dem Geistlichen Tagebuch, von dem uns leider nur ein Bruchstück erhalten ist, gibt Karrer eine Probe. Hier lernen wir erst das verborgene heilige, mystische Leben, die Gesichte, Erleuchtungen und Tröstungen Ignatius, wenn vielfach auch nur in Andeutungen, kennen. Gegenüber dem, was in den Exerzitien, Briefen und Konstitutionen, gleich-



sam wie verstreute Tropfen, sich an Mystischem findet, gleicht das Tagebuch des Heiligen einem Strome, der an uns vorüberrauscht.

So gibt das in die Sammlung der „Bücher für Seelenkultur" eingereihte Werk P. Otto Karrers eine unbewußte Selbstzeichnung des Heiligen, wie es naturgetreuer und treffender kein Biograph liefern kann. Für alle für die Erneuerung des religiösen Lebens Besorgten, insbesondere für alle gebildeten Christen, können des hl. Ignatius „Geistliche Briefe und Unterweisungen" wertvolle, praktische Anweisungen und wirksame Aufmunterungen darbieten.

R. F. X. H.

3. Auf Grund der vielen Einzelstudien berufener Forscher wie z. B. Funk, P. Heinrich Denifle u. a. kommt Professor Knöpfler zu dem Schluß, (Kirchengeschichte 6. Aufl. S. 539) es erscheine fraglich, ob der Streit über die Urheberschaft der dem Thomas von Kempen zugeschriebenen Nachfolge Christi sich je werde einwandfrei werde lösen lassen. In der Zeitschrift für deutsches Altertum und deutsche Literatur (Band 59. H. 1 und 2, Berlin 1921 Weidmann) gelangt Paul Hagen in der Veröffentlichung und Behandlung von 2 anonymen niederdeutschen Traktaten der Lübecker Stadtbibliothek zu dem mir sehr glaubwürdigen Resultat, daß Thomas mehr redactor als Verfasser gewesen ist. „So ist das auf niederländischem Boden erwachsene Werk der Weltliteratur, die imitatio Christi, in ähnlicher Weise entstanden wie die Gedichte Homers und das Nibelungenlied." In einer Zeit, in welcher die Sammlung aller positiv gerichteten Volksteile so dringend not tut, freuen wir uns des Interesses, das auch außerkirchliche Kreise dem goldenen Büchlein von der Nachfolge entgegenbringen.

P. R. F.



XXX.

Christus und das menschliche Leben von Fr. W. Förster.[1])

Beleuchtung des Buches und des Förster'schen Subjektivismus

von Kanonikus Johann Schraml, b. geistl. Rat in Regensburg.

I.

„Die Ichkrankheit der modernen Menschen" und die zwei Heilwege nach Förster.

Den modernen, im „auflösenden Kampf der Selbstsucht und im Unglauben an eine höhere Welt lebenden Menschen" will Förster „einen neuen Seelenzustand" einimpfen. Sein Buch umfaßt „zwei Teile: Christus und die menschliche Seele, Christus und das menschliche Leben (S. 1—160, S. 163—340). Es „erläutert den neuen Seelenzustand durch ganz einfache Beispiele und Gleichnisse. Um die Anwendung des Christentums auf den modernen Werktag und seine brennenden Fragen handelt es sich" (Vorrede). Allerlei Fragen tauchen da auf. Hat der Verfasser ein konfessionell bestimmtes Christentum im Auge? Von welcher beglaubigten Autorität wird es vertreten und behütet? Ist es das Christentum und allenfalls eine Autorität nach der Vorstellung und dem Wunsch des Autors? Wie ist das Subjekt zu dem Christentum und dem göttlichen Heiland gestellt? Ist es autonom, ohne Anerkennung und Verbindung mit einer objektiven Autorität, so daß es selbsteigen

1) Verlag von Ernst Reinhardt in München. 1922.



mit Christus und seiner Lehre sich auseinandersetzen darf und soll? Schöne, ehrfurchtsvolle Worte hat das Werk über den „Gottmenschen, unseren Herrn, den Welterlöser“, für welchen es den modernen Menschen gewinnen will. Und doch ist es in seinem Grundriß verfehlt, wenn es das Subjekt, wenn auch nicht formell, aber sachlich autonom zum Christentum und dessen göttlichen Stifter stellt.

Eindringlichst empfiehlt Förster „zwei Wege der Seelenführung, um den modernen Menschen aus seinem Vergafftsein ins Sichtbare zu retten ... aus seinen Irrtümern herauszutreiben und ihn in die richtige Stellung zu sich selbst und zur Welt zu bringen“. Die eine Führung weise Plato, die andere Schopenhauer. Der Weg Platos gehe „von oben aus, von der Beziehung zum Ethos“, er mache die Seele feinfühlig für alles, was ihr höheres Leben antaste oder entfalte. Schopenhauer beginne von unten, er enthülle das innerste Wesen der Sinnenwelt und vernichte die Illusionen über sie; er leide an zu strengster Selbsterkenntnis, führe heraus aus der naiven Weltvergötterung, er sei ein unvergleichlicher geistiger Erzieher, ohne es zu wollen und zu wissen, ein Erzieher auf Christus hin. Beide Wege müßten zusammenwirken. (S. 48, 30, 53, 61.) Der Verfasser erachtet sie also als proportionierte Mittel zur Heilung des modernen Menschen. Demnach muß er auch die Krankheit des letzteren als den Mitteln proportioniert auffassen: als eine Krankheit, die das Subjekt selbst nach den Rezepten von Plato und Schopenhauer zu beheben vermag. „Das sogenannte Moderne, so lautet die Diagnose, enthält eine Vielheit von geistigen Zuständen, die jedoch alle in einen ganz bestimmten Grundzustand wurzeln ... alle diese Zustände und Widerstände haben das Gemeinsame, daß sie den Menschen, der in ihnen befangen ist, von der Wirklichkeit des Lebens und der menschlichen Innennatur abschließen“. (S. 109 f.)

In unklaren Worten beschreibt hier Förster bloß eine Folge des wirklichen Grundzustandes. Dieser ist die dem

modernen Menschen selbstverständliche, von ihm beanspruchte Autonomie gegenüber Gott und Religion. Er ist der faktische Abfall von Gott, die Selbstvergötterung, welche das non serviam an der Stirne trägt und den Begriff Sünde überhaupt nicht kennt, ja ihn lächerlich findet. Die Autonomie des Subjekts ist dem Großteil der heutigen Gesellschaft förmlich in Fleisch und Blut übergegangen. Gott, Christus und seine Kirche stehen da als der lebendige, drohende Widerpart der menschlichen Selbstbestimmung und aller Sünde — darum die Scheu und der Widerwille des von seinem Schöpfer und Herrn abgeschlossenen Menschen gegen alles Übernatürliche. Der Autor läßt den Begriff Sünde gänzlich beiseite liegen. Was ist übrigens „Wirklichkeit des Lebens"? Was die „menschliche Innennatur"? Diese Ausdrücke spielen in dem Buch eine wesentliche Rolle. Vergebens sucht man in ihm eine bestimmte, befriedigende Klarlegung derselben.

Förster errichtet sein Rettungswerk auf rein psychologischer Grundlage. Wer das nicht berücksichtigt, wird sein Buch nie verstehen. Der psychologische Standpunkt und Ausgang hindert ihn per se an der Erkenntnis des Wesens der modernen Ichkrankheit, sodaß er den Inhalt der Sünde nicht im religiösen Sinne, sondern lediglich als psychologische Störung im menschlichen Innern ansehen kann. Konsequent kalkuliert er folgendermaßen: Das Leiden der Modernen besteht wesentlich in der verkehrten Stellung der Seele zur sinnlichen Welt. Zur Korrektur der falschen Stellung ist das Subjekt selbst befähigt einerseits durch Betrachtung der Seele unter Führung Platos, andrerseits durch Betrachtung der Sinnenwelt nach Schopenhauer. Ist dadurch die Krankheit behoben, das richtige Verhältnis zwischen Geist und Sinnlichkeit hergestellt, so ist das Verständnis „des Christentums" und der Aufstieg zu ihm gegeben. „Das Christentum, schreibt er getreu seinem Standpunkt, ist die tiefste Antwort auf die Fragen des lebendigen Menschen, daher kann es nur von dem ver-

standen werden, der von der inneren Wirklichkeit ausgeht. Und eben dieses, daß der moderne Mensch so einseitig nach außen oder auf das Abstrakte gerichtet ist und sich dadurch sich selbst und dem wirklichen Leben entfremdet hat, das ist die eigentliche Ursache des neueren Antichristentums" (S. 110). Eine noch oberflächlichere Auffassung von der Ordnung des Seelenlebens und der Stellung des Menschen zum Christentum, zur göttlichen Offenbarungsreligion läßt sich kaum denken. Da der Autor den eigentlichen Störenfried in unserem Innern, die Sünde, in seine psychologische Aufgabe als Faktor nicht ansetzt, tritt Christus als der Erlöser von der Sünde völlig in den Hintergrund und damit auch die tiefste Bedeutung der Menschwerdung des Sohnes Gottes. Der feinfühlige, scharf denkende Psycholog hat aus Vergleichung und Beobachtung volle Einsicht in die wunderbare Harmonie zwischen dem Leben Christi und seiner Lehre und zwischen einem geordneten individuellen und sozialen Leben geschöpft. Diese Harmonie erscheint als Generalanwalt für den Heiland und das Christentum. Den Idolen der Modernen hält das Buch den Gottmenschen als das Ideal entgegen. Ohne Neues oder Originales beizuschaffen, ist es bei diesem Gegenhalt vielfach in verborgenste Winkel des Lebens eingedrungen.

Soweit nicht das psychologische Auge reicht, tastet und tappt Förster nur an der Oberfläche des Christentums herum. „Dem in modernen Vorstellungen aufgewachsenen Menschen, bemerkt er, erscheint die Lehre von den drei göttlichen Personen, die doch wiederum eines sind, geradezu als ein metaphysisches Ärgernis. Will man aber in die richtige geistige Haltung gegenüber dieser Glaubensvorstellung hineinkommen, so muß man das Wort der Kirchenväter von den signa invisibilium vor Augen haben. Es werden in allen diesen Dogmen die Wirkungsweisen einer ganz anderen Welt, die sich gar nicht auf unsere Vorstellungen und Formeln zurückführen lassen, in irdischer Sprache und mit irdischen Bildern annähernd zu beschreiben gesucht" (S. 145.) Also



die Dogmen über das christliche Zentralgeheimnis sind „Zeichen des Unsichtbaren" im Sinne von bildlichen „Beschreibungen"! Sie sind nicht die konkreten Träger göttlich geoffenbarter Wahrheit, nicht reale Wahrheit, sondern bloß Beschreibung der Wirkungsweisen einer ganz anderen Welt!

Der Begriff signum kann in doppelter Hinsicht aufgefaßt werden: als Sinnbild und als Abbild. Das Sinnbild hat an sich keine Beziehung zur Sache selbst, unterliegt daher willkürlicher, konventioneller Wahl, wie z. B. die Eule das Sinnbild der Wissenschaft, die Landesfarben das eines Landes. Es deckt sich mit Symbol. Bei Spendung der heiligen Sakramente sind die Zeremonien Sinnbilder der inneren Gnadenwirkung. Die äußeren sichtbaren Zeichen der Sakramente selbst haben durch die Einsetzung Christi eine besondere Stellung als „sakramentale Zeichen", insofern er dieselben, die an sich bloße Sinnbilder sein könnten, zu realen Trägern seiner Gnade erhoben hat. Signum im Sinne von Abbild ist der Ab- und Ausdruck der Sache, der Idee, des Gedankens, und bedeutet auch so viel wie sigillum, wie der Abdruck eines Siegels auf Wachs, Papier der wirkliche Abdruck des Originals ist.

Die Namen der göttlichen Personen sind der genaue Abdruck der Wirklichkeit und Seinsweise der einen Gottheit in drei Personen. In ihm, im Dogma, ist das Geheimnis unserer Erkenntnis, die eine wahre ist, aber keine vollkommene sein kann, zugänglich. Förster nimmt „Zeichen" als Sinnbild, nicht als Abbild, d. h. konkret: Die heiligsten drei Namen, das Dogma, sind ihm bloß Sinnbilder der „Wirkungsweisen" einer anderen Welt. Wiederholt spricht er von einem „Erfassen und Begreifen der Glaubenswahrheiten". Von seinem Standpunkt aus mit Recht. Für ihn kommen die göttlichen Wahrheiten an sich nicht in Frage, sondern bloß die Zeichen, die unserem Intellekt adäquat sind. Die Kirchenväter reden von Zeichen des Unsichtbaren, doch der Autor wird sich auf keinen berufen können, der ein Dogma bloß als Sinnbild der Wahrheit faßt. Mit seinem Rat an



die Modernen, zur Versöhnung mit der Trinitätslehre sich „Zeichen" vor Augen zu halten, nähert er die Subjektivisten nicht dem wirklichen Christentum, er leitet sie vielmehr auf Kantischen Boden. Wie wir nach Kant nicht das Ding an sich erkennen, sondern nur die Erscheinung, das Phänomen desselben, dessen Stellung zum Ding an sich ganz fraglich ist, so brauchen die Modernen in den Dogmen nicht die göttliche Wahrheit an sich, sondern bloß ein Zeichen derselben zu sehen. Der Rat führt zu einem lediglich nominalen Christentum, die Modernen zum Modernismus. Meine Beleuchtung des Buches hat absolut nichts zu schaffen mit der persönlichen Stellung des Verfassers zur Religion, aber sie muß die Konsequenzen aus seinen Sätzen ziehen. Oberflächlich ist auch sein Grund für „die Weltwirkung des Christentums". „Sie ruht auf der ungeheueren Folgerichtigkeit seiner Lehre und seines Beispiels" (S. 272), statt richtig: Die Folgerichtigkeit und die Wirkung basiert auf der Göttlichkeit dieser Lehre.

Christus als Erlöser von der Sünde verschwindet in dem Buche. Nicht einmal angedeutet wird die wirkliche Erlösung, die Versöhnung der Gerechtigkeit Gottes durch den Opfertod Christi und dadurch die Möglichkeit, daß jeder Mensch in der von dem Herrn bestimmten Weise sich der Erlösung teilhaftig machen und sein Heil erwirken kann. Von seinem psychologischen Standpunkt aus muß Förster übersehen, daß das richtige Verhältnis der Seele zu Gott die unersetzbare Grundlage ihrer sachgemäßen Beziehung zur Sinnenwelt ist. Deshalb setzt er die vermeintliche Genesung von der Ichkrankheit durch seine zwei Heilmittel gleich der Erlösung des Subjekts. Er schreibt von dem Zwiespalt, dem Doppelgesetz in der menschlichen Brust, welches der Völkerapostel konstatiert und auch von sich bekennt. Man höre:

„Dieses zweifache und zwiespältige Wollen (Gut und Bös) ist nicht ein Ausnahmezustand, sondern er ist der Zustand des unerlösten Menschen überhaupt . . . Wer das oben (über den Zwiespalt) Gesagte in tiefer Selbsterkenntnis nachprüft, der wird



den Sinn der Lehre von den Folgen der Erbsünde verstehen. Nicht in der sinnlichen Natur, sondern in der verkehrten Stellung der Seele zu dieser sinnlichen Natur offenbart sich das Nachwirken der „Erbsünde" in uns. Statt der Natur das Gesetz des Geistes aufzuprägen, geht die Seele in der Triebwelt auf." (S. 325.)

Ein wirres Bündel von Irrungen. Was ist „das Gesetz des Geistes?" Soll sich die Seele von allen Trieben lösen, wie es Buddha seinen Anhängern nahelegt und sie zum geistigen Tode verurteilt bei lebendigem Leibe? Wer ist das Maß der „Ausprägung"? Nach katholischem Dogma wurde durch seine Sünde „der ganze Adam in Bezug auf Leib und Seele in das Schlimmere (deterius) umgewandelt" und ist die Schuld mit ihren Folgen von dem sündigen Stammvater auf alle seine Nachkommen übergegangen. Nur die gebenedeite Gottesmutter wurde durch ein besonderes Gnadenprivileg vor jeder Makel der Schuld bewahrt. Der Zwiespalt in uns ist eine angeborene Folge der Erbsünde. Christus hat ihn nicht beseitigt, er hat jedoch ausgiebigst für Mittel gesorgt, demselben regelnd zu begegnen und dem Geiste die Oberherrschaft zu ermöglichen. Nach Förster ist das Doppelgesetz „der Zustand des unerlösten Menschen überhaupt". Folglich ist noch kein Mensch „erlöst" und kann keiner erlöst werden, weil in allen der Zwiespalt bleibt. Förster verneint das Nachwirken der Erbsünde in der sinnlichen Natur und erblickt es bloß in der verkehrten Stellung zu ihr, er reißt also hinsichtlich der Offenbarung der Nachwirkung das Geistige und Leiblich-Sinnliche der Menschennatur auseinander: nicht im ganzen Adam, sondern nur in der Seele zeige sich die Wirkung und auch in ihr lediglich als Störung eines psychologisch gesunden Verhältnisses zwischen Geist und Sinnlichkeit. Die Störung vermag das Subjekt selbst auszuräumen durch Ausprägung des Gesetzes des Geistes gemäß den beiden Heilmitteln. Mit der Erledigung des Zwiespalts hat sich der Mensch selbst erlöst ohne Eingliederung in die Erlösungsordnung Christi.



II.

Der Subjektivismus des Förster'schen Prinzips.

Das Alpha und Omega von Försters Wirken für Religion und Ethik bildet „die induktiv-biologische" Methode. Auf sie basiert er gewissermaßen die innere Erneuerung der religionslosen Gesellschaft. Das vorliegende Buch ist ebenfalls auf dieses Prinzip fundamentiert, und seine zwei Heilwege sind eine Anwendung desselben. Was ist dessen Grundidee gegenüber dem christlichen Sittengesetz und den Glaubenswahrheiten? Schon der Begriff induktiv-biologisch besagt ein Hinführen, ein Verbinden des Subjekts mit einer Lehre in der Weise, daß es dieselbe im allmäligen Entstehen, Werden erlebt, oder die Lehre selbst ihr allmäliges Erstehen erlebt. Darum fordert diese Methode immer und unabweislich eine Unterlage für die göttlichen Sittengesetze und Glaubenswahrheiten, aus welcher heraus sie erstehen, herauswachsen sollen. Die Unterlage bilden das Erleben, Beobachten, Erfahren des Subjekts, Erzählungen, Beispiele, Gleichnisse. Das ganze Werk Försters ist seinem Prinzip entsprechend zusammengesetzt aus Gleichnissen, Beispielen, Erzählungen. Sie sind der Nähr- und Mutterboden, von welchen aus das Subjekt die christlichen Lehren gründen und begründen soll und kann. Durch dieses Erstehen sind sie in Einklang gebracht mit der Psyche des Menschen, mit den Seelenkräften, mit dem subjektiven Erkennen, Urteilen und Wollen.

Sachlich richtig steht die Erzählung, wenn nicht eine biblische voll und ganz die Wahrheit enthält, zu dieser bloß erläuternd, veranschaulichend, wie Nebensächliches zur Hauptsache. Försters Prinzip kehrt das Verhältnis um. Weil Unterlage, Mutterboden der Wahrheit, wird die Erzählung zur Hauptsache, jene ein Ausfluß von ihr. Äußerlich kommt der Umsturz auf zweifache Weise zur Geltung. Die Erzählung ist der Ausgang, nicht das Dogma, es muß vor der Stelle des Ausganges zurücktreten, ferner ist die

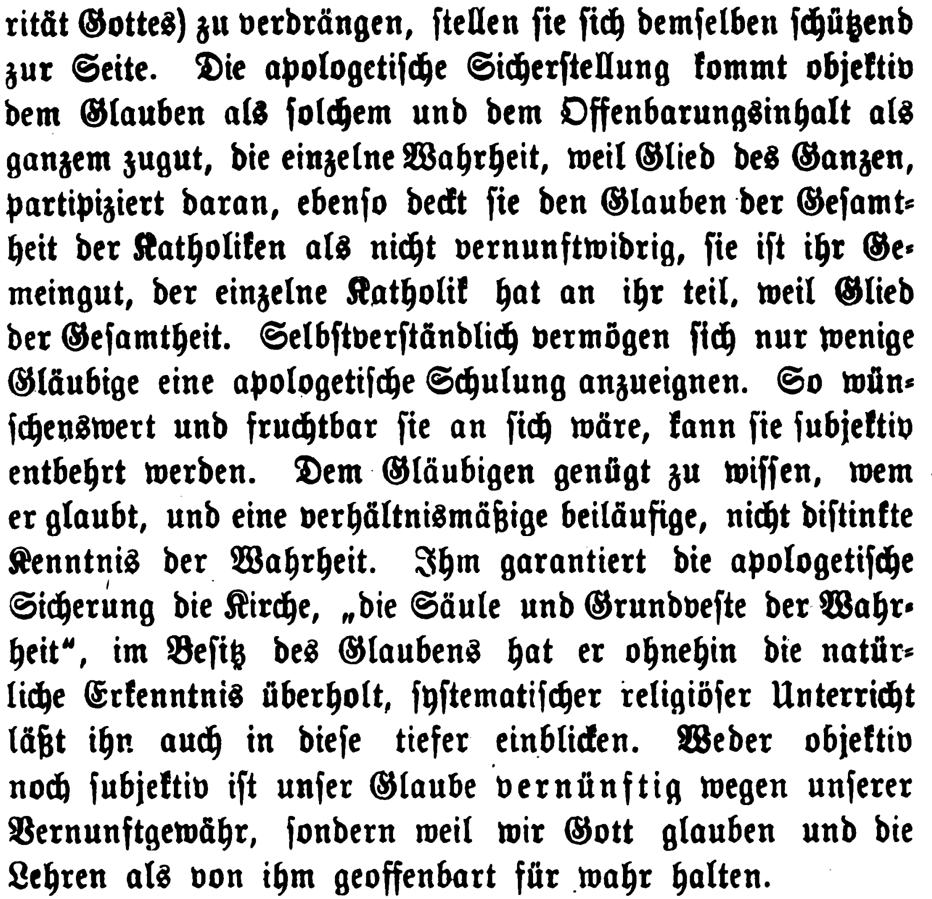


übernatürliche Begründung zurückgedrängt hinter die natürliche Einsicht, hinter die selbsteigene Harmonisierung zwischen dem Göttlichen und der menschlichen Psyche. Von selbst leuchtet da ein, daß das Prinzip die Offenbarungswahrheiten ihres spezifischen Charakters entblößt, sie dem Intellekt unterordnet und gleich einem natürlichen Lehrobjekt in Angriff nehmen und behandeln macht.

Der an Geistlosigkeit verkrachte Rationalismus, der einzig das Sinnenfällige und dem Verstand vollständig Erfaßbare anerkannte, zog einen absoluten Trennungsstrich zwischen der Vernunft und der Wissenschaft einerseits und dem Übernatürlichen und dem Glauben andererseits. Die Verbindung zwischen diesen Elementen ist längst hergestellt durch das gesunde Denken und die Wissenschaft. Nach rein wissenschaftlichem Verfahren beweist die natürliche Theologie und Apologetik das Dasein Gottes, die Möglichkeit und Wirklichkeit der Tatsache der Offenbarung, die lückenlose Übereinstimmung des Offenbarungsinhalts unter sich und mit dem Zustand und den geistigen Bedürfnissen der Menschheit, die Unsterblichkeit der Seele, die historisch-äußere Seite der Kirche. Die Präambula und Motive, beziehungsweise ihre Erkenntnis, die eine natürliche ist, sind notwendige Induktive (Hinführung) zum Glauben. Sie repräsentieren nämlich den konkreten Brückenkopf zur Verknüpfung des Offenbarungsinhalts und des Glaubens mit Vernunft und Wissenschaft, ebenso zur Abwehr feindlicher Angriffe. (Vergl. Denzinger Enchiridion Nr. 1622—1627 und S. th. des heiligen Thomas 2. 2. qu. 2. a. ad 1.)

Diese Induktive bezeugen die Widerspruchslosigkeit zwischen natürlicher und übernatürlicher Erkenntnis. Statt die Grenze zwischen beiden Erkenntnisweisen zu verwischen, das Verhältnis von Natur und Übernatur zu vernebeln, weisen sie förmlich auf eine übernatürliche Sphäre mit den Fingern hin, welche nicht aus ihnen hervorgeht, die vielmehr ihr eigenes konformes Prinzip haben muß. Statt den wesentlichen und einen Glaubensbeweggrund (die Auto-





rität Gottes) zu verdrängen, stellen sie sich demselben schützend zur Seite. Die apologetische Sicherstellung kommt objektiv dem Glauben als solchem und dem Offenbarungsinhalt als ganzem zugut, die einzelne Wahrheit, weil Glied des Ganzen, partipiziert daran, ebenso deckt sie den Glauben der Gesamtheit der Katholiken als nicht vernunftwidrig, sie ist ihr Gemeingut, der einzelne Katholik hat an ihr teil, weil Glied der Gesamtheit. Selbstverständlich vermögen sich nur wenige Gläubige eine apologetische Schulung anzueignen. So wünschenswert und fruchtbar sie an sich wäre, kann sie subjektiv entbehrt werden. Dem Gläubigen genügt zu wissen, wem er glaubt, und eine verhältnismäßige beiläufige, nicht distinkte Kenntnis der Wahrheit. Ihm garantiert die apologetische Sicherung die Kirche, „die Säule und Grundveste der Wahrheit“, im Besitz des Glaubens hat er ohnehin die natürliche Erkenntnis überholt, systematischer religiöser Unterricht läßt ihn auch in diese tiefer einblicken. Weder objektiv noch subjektiv ist unser Glaube vernünftig wegen unserer Vernunftgewähr, sondern weil wir Gott glauben und die Lehren als von ihm geoffenbart für wahr halten.

Vorstehende Ausführung gibt den Hintergrund zum vollen Verständnis der Induktion Försters. Er möchte sie bloß in „propädeutischer“ Bedeutung aufgefaßt wissen, d. h. die Erzählung, das Beispiel, das Gleichnis usw. und deren Kenntnis seien lediglich Induktion oder Präambula zu den Wahrheiten und ihrer Annahme. Doch diese vermeintlichen Präambula differieren total in Inhalt und Tragweite von den apologetischen. Försters Prinzip enthebt die Erzählung ihrer nebensächlichen, dienenden Stellung zur Veranschaulichung, Erläuterung der schon fertig vorgelegten Wahrheit. Es kehrt direkt die Sache um, macht die Erzählung zum Ausgang und damit zum materiellen Träger der Lehren, denn aus ihr sollen die menschlichen Seelenpotenzen sie herausschälen. Demnach ist der Inhalt der Dogmen und Gesetze in die Erzählung selbst verlegt und ist diese grundlegend für jene, ebenso ist in unmittel-



barster Abfolge grundlegend für die Annahme die durch die Vernunft selbsteigen erworbene Einsicht des Subjekts in die Wahrheit, die Übereinstimmung mit seinen Seelenkräften. Damit ist auch das Moment der „Vernünftigkeit" des Glaubens übergesiedelt in die subjektive Einsicht, der wahre Beweggrund ist ausgeschaltet und grundsätzlich bloß noch Anhängsel und Beiwerk.

An und für sich bedeutet das Prinzip die subjektive Möglichkeit und Erlaubtheit, auf Grund frei gewählter, auch profaner Erzählung Begriff und Inhalt der Offenbarungslehren und damit die Einsicht zu gewinnen. Wollte man, da die profanen als Träger des Göttlichen von selbst auszuscheiden haben, zum Ausgange nur biblische Erzählungen gestatten, so ergibt sich folgende Sachlage. Nach katholischer Dogmatik sind die heilige Schrift und Tradition die Quellen für das kirchliche Lehramt zur Schöpfung und Feststellung des Glaubensinhaltes, nicht unmittelbar für das Subjekt, für dieses erst in lebendiger Verbindung mit dem Lehramt, d. h. ihm können die Quellen nur zur Vertiefung, zur Veranschaulichung seines Glaubens dienen. Vollständig anders nach Försters Methode. Die biblischen Erzählungen wären die einzige Unterlage, aus welcher der mit kirchlicher Autorität unverbundene Mensch seinen Glaubensinhalt selbstherrlich formen kann, während der damit verbundene berechtigt und befähigt wäre, den Inhalt und die Form der Dogmen und Gesetze, nachdem sie kirchlich-autoritativ gefertigt sind, intellektuell nachzubilden, zu rekonstruieren. In Wirklichkeit ist der Gläubige der Bibel subordiniert, dagegen das kirchliche Lehramt infolge göttlicher Bestimmung zu unverfälschter Interpretation ihr koordiniert, konform.. Der katholische Religionslehrer ist Organ der Kirche — gerade deswegen darf er dem Unterrichte nicht ein beliebiges Prinzip, das den übernatürlichen Glaubenscharakter der Offenbarungswahrheiten schwerst in seiner Wurzel verletzt, unterlegen, er muß im Gegenteil einen Ausgang nehmen, bei welchem ihm und dem

Schüler die Bibel — von profanen Erzählungen ganz zu schweigen — nicht die Quelle zur intellektuellen Nachbildung der Lehren, sondern bloß die notwendigste und segensreichste Quelle zu ihrer Illustration sein kann, nachdem sie im Glauben bereits aufgenommen sind.

Der Inhalt des Försterschen Prinzips gegenüber der übernatürlichen Sphäre läßt sich kurz formulieren: er ist die Inthronisation der Psychologie an Stelle der Dogmatik. In katholischen pädagogischen Kreisen hat man ihm breiten Eingang gewährt unter dem Namen „Psychologische Methode" zur Vermittelung der Wahrheiten unserer heiligen Religion. Hier hat man das Prinzip nicht erst von Förster entlehnt, keineswegs. Dem Zug der Zeitpädagogik folgend, alle, auch die religiöse Erkenntnis auf die Anschauung zu bauen, unter dem dominierenden Einfluß der Herbartschen Psychologie vergaß man gewissermaßen alle einschlägigen dogmatischen Punkte und fundierte unsere Religionslehre eben auf die genannte Psychologie. Wegen innerster Verwandtschaft beider stützt die Förstersche „Induktion" die katechetische „psychologische Methode" und umgekehrt diese Förster.

Die induktiv-psychologische Methode löscht allerdings den dicken Strich des rohen Rationalismus zwischen der natürlichen und übernatürlichen Zone hinweg — aber wie? Sie reißt die Grenze zwischen beiden überhaupt ein und vermengt sie. Nach kirchlicher Lehre ist die Autorität Gottes der Glaubensbeweggrund, ist der Glaube selbst das spezifische „Prinzip der Erkenntnis aller Wahrheiten, die sich hauptsächlichst und offenst beziehen auf die übernatürliche Erhöhung des Menschen, auf seinen übernatürlichen Verkehr mit Gott und auf diesen Zweck, sie können durch die Vernunft und natürliche Prinzipien nicht erreicht, sie können allein durch den Glauben (sola fide) zuerst (primum) aufgenommen (percipi) werden". (Denzinger, Enchir. Nr. 1789, 1669—1671.) Diese dogmatischen Kardinalpunkte fundamentieren die Vernünftigkeit und die



Übernatürlichkeit des Glaubens und seiner Erkenntnis. Sie werden alle von der Methode sachlich übergangen und ausgeschaltet still und versteckt, ein Umstand, der das Prinzip der Öffentlichkeit gegenüber sehr begünstigt, er verdeckt die Irrung. Die dogmatischen Elemente kommen bloß im Anhang zur Geltung. Das dem Lehramt fremde Subjekt kann schließlich das eigenherrliche Resultat aus der Erzählung auch als Glaubenssache ansehen, das ihm ergebene soll seine selbsteigene Nachbildung aus der Erzählung ebenso benoten. Alles durcheinander gemischt, vertauscht, verkehrt. Die Glaubens- und Sittenlehren, die den Ausgang bilden sollten, sind zum Ziele degradiert, welches erst aus dem Erzählungsausgang erstehen muß! Die Methode stellt das Subjekt mißbräuchlich zu allen Erzählungen mit übernatürlichem Inhalt in ein innerlich unmögliches Verhältnis. Subjekt und göttlicher Inhalt werden wie ein profaner koordiniert. Darum hat man bei Einführung des Prinzips in den katholischen Religionsunterricht gar nicht daran gedacht, die profanen Erzählungen grundsätzlich vom Ausgang auszuschließen.

Der eigentliche Vater der psychologischen Methode für die Katechese, Heinrich Stieglitz, gab ihr einfach zum Geleit die Empfehlung: sie „biete die abstrakte“ Lehre des Katechismus „gleichsam verkörpert in einer Erzählung dar“, d. h. die Erzählung ist materielle Trägerin der Wahrheit. In der systematischen Anwendung der Methode bei Behandlung einer Lehre erhält die Verkörperung Ausdruck auf der „ersten Hauptstufe: Darbietung“. Dargeboten wird eine Erzählung, so daß ihre Darbietung identifiziert ist mit der Darbietung der Wahrheit selbst. Konsequent richtig hat die wissenschaftliche Vertretung der Methode den Erzählungsausgang als Ausgang von der Anschauung charakterisiert, weil aus der Erzählung intellektuell die göttliche Wahrheit herausgeschaut werden soll, womit diese sachlich und objektiv ihren Glaubenscharakter eingebüßt hat. Beim Tode von Stieglitz machte

die „Augsburger Abendzeitung" eigens aufmerksam, er habe die Katechese auf die Psychologie von Herbart gegründet.

Oben erwähnte Formel, die Psychologie regiert an Stelle der Dogmatik, übersetzt sich in ihrer praktischen Wirkung in folgende: vom Subjekt, von der Vernunft durch die Erzählung zum Inhalt und Verständnis der göttlichen Lehren und dann zur Annahme derselben im Glauben — statt vom Glauben (Ausgang von der gläubig aufgenommenen Wahrheit) durch die Erzählung zum tieferen, distinkten Verständnis. Christus hat den Gebrauch und die Bedeutung der Erzählung für den Gläubigen und im Unterricht deutlich nahe gelegt. Er, der göttliche Lehrer, vermochte allein seine Wahrheiten konkret in Gleichnisse zu hüllen. Die Auffassung des Inhalts überließ er nicht den Zuhörern, er erklärte ihn stets unmittelbarst selbst, da ihn menschlicher Verstand niemals hätte erreichen können. Folglich dienten dem Heiland und seinen Hörern die Erzählungen bloß zur Veranschaulichung der Wahrheiten, nicht als Anschauungs-Ausgang zur selbsteigenen Eruierung des Inhalts durch das Subjekt. Die Erklärung alles göttlichen Inhalts ist übergegangen vom Erlöser auf sein Lehramt, welches das Resultat vorlegt in der bestimmten Glaubens- und Sittenlehre, die das Subjekt und der Unterricht veranschaulichen soll eben durch die Erzählungen des Herrn.

Gemäß dem Verhältnis unserer Vernunft zum Göttlichen müssen die Analogien zu dessen Aufhellung und Erläuterung wesentlichst helfen. Der heilige Augustinus zeigt das an den zwei größten Geheimnissen. „Wir wünschen, die Trinität zu erkennen, aber wir müssen sie zuerst glauben, ehe wir sie erkennen. Wenn wir das Dasein der Trinität glauben, wissen wir, was Trinität ist, weil wir wissen, was drei ist. . . . Wir glauben die Geburt Christi von der Jungfrau, die Maria genannt wurde, was aber Jungfrau, Geburt, Eigenname ist, das glauben wir nicht, das ist nur Sache unseres Wissens" (de Trinit. lib. 8 c. 5). „Die durch den Glauben erleuchtete Vernunft, erklärt das



Vaticanum, erlangt mit Gottes Hilfe einigen und zwar sehr fruchtbaren Einblick in die Geheimnisse durch Vergleich mit dem, was sie auf natürlichem Wege erkennt, aus dem Zusammenhange der Geheimnisse unter sich und mit dem Endziele des Menschen" (Enchiridion Nr. 1795 und 1796). Wie zart und konsequent wahrt doch die Kirche in ihrer Ausdrucksweise überall das göttliche Glaubensprinzip und den Glaubenscharakter unserer heiligen Religion!

III.

Försters Subjektivismus und die Kirche.

Angehörige der Kirche können die Methode nur im Widerspruch gegen die Übernatur, Dogmatik und die missio canonica verwenden. Andere, namentlich „moderne" Menschen hindert sie, weil subjektivistisch in ihrem Charakter und Effekt, geradezu, sich einer bestimmten und bestimmenden Kirche und Konfession anzuschließen. Sie ist nämlich innerlich absolut unvereinbar mit einem konkret, objektiv geordneten und bestimmenden, fortlebenden, fortwirkenden, fortlehrenden und forterlösenden Christus auf Erden, also mit der Kirche, der göttlichen Heilsanstalt. Statt die Modernen aus ihrem Subjektivismus herauszuziehen, sanktioniert sie ihn und sucht in einem wunderlichen circulus vitiosus den Teufel mit Beelzebub auszutreiben. Ohne die Kirche ist Christus einer objektiv geordneten, verpflichtenden Bindung, Vermittlung und Angliederung des Menschen an ihn, ja seiner Bestimmung förmlich entrückt. Die Seele des Subjekts muß isoliert bleiben von der Wirklichkeit des fortwirkenden Christus, sie hat sich mit ihm und seiner Lehre autonom abzufinden. Derselbe Dr. Förster, der in strafenden Worten die Entfremdung von der Wirklichkeit und das Verlorensein ins Abstrakte immer wieder beklagt bei den „Ichkranken", die übrigens nicht im mindesten in das Abstrakte eingewickelt sind, instituiert prinzipiell in der allerwichtigsten Sache eine zweifache, das lebendige Christentum



nivellierende Abstraktion: einerseits abstrahiert er Christus von seiner autoritativen Ordnung, wie sein Erlösungswerk der Menschheit zugute kommt, anderseits die Seele von dieser objektiven Ordnung und Wirklichkeit. Das ist die Subjektivierung der Person, der Lehre, der Erlösung des gebenedeiten Gottmenschen. Jesus gleicht ohne seine Kirche einer Sonne, deren Strahlen und Wirken das einzelne Individuum beliebig reguliert.

„Lebendige Religion, schreibt Dr. Friedrich Heiler („Das Wesen des Katholizismus"), trägt ein unveräußerliches individuelles Gepräge. . . . Luther hat das persönliche Christentum freigemacht" (S. 122, 66). Heiler verwechselt die Sachlage. Das Christentum, weil göttlich, kann nicht frei und individuell sein im subjektiven Sinn, sondern insofern der Mensch die unabänderlichen heiligen Wahrheiten und Gesetze zu seiner Herzenssache und zum Ferment seines inneren und äußeren Lebens macht. Losgelöst von objektiver Autorität ist es der Person oder einer in der Auffassung temporär übereinstimmenden Kommunität ausgeliefert. „Ich ermahne euch Brüder, ruft der Völkerapostel den Korinthern zu (1. Brief. 1. K.), daß ihr alle das Nämliche saget, daß keine Streitigkeiten unter euch seien, dagegen vollkommen seiet in derselben Gesinnung und in derselben Meinung. Ist Christus geteilt worden?" Wo keine Verbindung mit Christus durch seine Kirche, ergibt sich naturnotwendig individuelle, freie Aufteilung desselben und seiner Lehre.

Försters 340 Seiten langes Buch hat nicht eine einzige Zeile für die Kirche.

„Es wird die Zeit kommen", prophezeit er, „wo die Wildnis unseres Lebens ganz neu gerodet und kolonisiert werden muß durch Menschen und Menschengruppen . . . Mehr wie je muß wenigstens in kleinen Kreisen die ganze, unverfälschte Wahrheit Christi in Lehre, Beispiel und Leiden lebendig erhalten und gegenüber der Übermacht des Wahnes, der Entseelung, der Entmenschlichung unbeugsam behauptet werden . . . Die

Rettung kann nur von der Erweckung kleiner, langsam wachsender Gruppen ausgehen, die aus einem neuen Seelenzustand heraus zu denken, zu reden, zu handeln beginnen. (S. 277, 281, 1.)

Danach existiert, wenigstens gegenwärtig, nicht einmal eine kleine Gruppe mit richtigem Seelenzustand, keine Anstalt, ihn zu schaffen. Zweifellos wünscht der Autor sehnlichst ein Durchdringen des Menschen und der Völker mit christlichem Geiste — aber diese Aufgabe vermag nicht die Kirche in ihrem jetzigen Zustand zu bewältigen, sondern bloß eine Kirche nach seinen Rezepten und Weisungen. Um es kurz zu sagen: er hält die Schaffung einer neuen, einer Überkirche für seine providentielle Pflicht. Es seien hier bloß einige Sätze aus seiner 1920 erschienenen Schrift „Das Kulturproblem der Kirche" zitiert:

„Man müsse ungeduldig sein nach der größeren Kirche, nach der alle vereinenden ecclesia, in sich und um sich an deren tiefsten Bedingungen arbeiten, weitherzig teilnehmen an den Erfahrungen der entfremdeten Welt, ohne das Eigene zu verlieren, kurzum: einem größeren Ausbau der Katholizität den Boden bereiten — auch in der Auseinandersetzung mit Recht und Unrecht der modernen Volksbewegung. Angesichts all dieser Notwendigkeiten scheint es mir durchaus auch providentiell, daß in dieser Zeit Menschen auftreten, die nicht anders können, als eine Stellung zwischen all den Getrennten einzunehmen, nicht im Sinne dünkelhafter Überordnung, sondern als eine lebendige Mahnung an das „ut omnes unum sint" und als Vorbereitung einer kommenden Synthese." „Für mich, aus meiner Lebensentwicklung heraus, ist meine Stellungnahme eine providentielle Aufgabe im wahren Interesse des katholischen Gedankens; jede andere Stellungnahme wäre weit einfacher, aber sie wäre eine Flucht vor meiner Aufgabe ... ich habe eine providentielle Aufgabe ... Ich kann nicht anders, als in dem Proteste der Abgefallenen gegen viele Seiten des römischen Katholizismus — mögen es auch mehr die Außenseiten sein — eine tiefe Berechtigung, ja eine Kundgebung des christlichen Gewissens selber zu sehen." (S. 47, 52, 50.)



„Es ist die Konsequenz all meiner Ausführungen, daß ich mich einer universelleren Wahrheit verpflichtet fühlen muß, als in den gegenwärtigen Kirchenformen zum Ausdrucke kommt . . . Es gibt eben Übergangszeiten und Weltkrisen, innerhalb deren man zu etwas gehört, was noch nicht da ist, was aber doch auch schon jetzt irgendwie repräsentiert werden muß . . . Diese secessio (von der Kirche) und dieses Fernbleiben so weiter Kreise sei auch eine Zuchtrute Gottes für die Kirche und ein Stachel zu ganz neuen und tieferen Auslegungen und Anwendungen ihres Glaubensgutes." (S. 43, 47.)

Das Gebet des Erlösers in der feierlichen Abschiedsstunde von den Jüngern um die Einheit seiner Getreuen (ut omnes unum sint) deutet er im gegenteiligen, auflösenden Sinn: alle Menschen sollen einig werden in seiner „kommenden Synthese" mit einer „universelleren Wahrheit". Was doch der Subjektivismus für verwunderliche Einfälle hat! Nietzsche schwelgte im Wahn mit seinen „Schaffenden und Wissenden" im Namen des Antichrists die religiöse und geistige Welt aus den Angeln zu heben. Heilers Herzenswunsch geht auf eine „Evangelische Katholizität: Formung und Wandlung des katholischen Kirchenideals durch evangelischen Geist." (Im z. W. S. 98.). Förster fühlt sich von Gott berufen zur Gründung oder wenigstens Inaugurierung einer Synthese, einer Überkirche mit Raum für alle, die, gleich ihm, eine universellere Wahrheit nach ihrem Geschmack und Sinn haben möchten.

Viel versprechend lautet der Titel von Försters Buch „Christus und das menschliche Leben." Er ist wieder, wie bei den meisten Werken des Autors, viel zu weit und pompös, da sein Standpunkt den behandelten Problemen sachlich nicht entfernt gewachsen ist. Er verbindet Christus mit der Seele und dem menschlichen Leben, ohne den eigentlichen Grund der Menschwerdung des Sohnes Gottes, die Erlösung von der Sünde, ohne die wirkliche Krankheit dieser Seele und des Lebens zu werten, ohne ein geordnetes Fortwirken Christi auch nur zu streifen! Von all diesem für Seele und Leben



Notwendigsten lenkt das Buch förmlich ab. Der Standpunkt versperrt den Einblick in Wesen und Aufgabe der Kirche, er betrachtet sie als Kulturanstalt und damit als „Kulturproblem". Dem heiligen Paulus hätte Förster für die zwei Menschenklassen, die er im Auge hat, die unübertrefflich sachlichste und kürzeste Bezeichnung entlehnen können. Den in das Niedere und Irdische vergrabenen, egoistischen Menschen nennt der Apostel den „sinnlichen", den dem Ewigen zustrebenden, den „geistigen" Menschen. Zugleich stellt er fest die Voraussetzung und das Mittel zur Verwandlung des ersteren in den letzteren. Es müsse nämlich die richtige Einstellung der Seele zu Christus, wie der Grund zur Folge, jener zur Sinnlichkeit vorangehen; erst auf Grund des innigsten, ordnungsmäßigen Anschlusses an den Welterlöser, der lebendigen Eingliederung und Teilnahme am übernatürlichen Gnadenleben herrsche „der Geist Gottes" in der Seele und lebe der geistige Mensch. (Vergl. 1. Korintherbrief 2. K., Römerbr. 8. K., Galaterbr. 6. K.) Die umgekehrte Richtung schlägt Förster mit seinem methodischen Prinzip ein und vor. Erst Regelung der Sinnlichkeit durch eigenes Verstecken in das Innere (seine zwei Heilwege), hieraus der geistige Mensch, welcher sein Verhältnis zu Christus und Christentum motu proprio und nach dem persönlichen Innern bestimmen darf.

Diesen Subjektivismus überdeckt man neuestens immer gebräuchlicher mit dem psychologischen Ausdruck „religiöses Erleben" und versteht unter ihm im Gegensatz zur früheren Auffassung nicht das gläubig innerliche Miterleben unserer Erlösung und des irdischen Lebens des göttlichen Heilandes durch innigste Mitfeier der Feste und Geheimnisse und Benützung der Gnadenmittel im Laufe des Kirchenjahres. „Religiöses Erleben" besagt heute bloß die Beschönigung für subjektiv freie, persönliche Religion, auf welche Försters Methode angelegt ist. Göttler sieht in dem Werke „eine Bekenntnisschrift." (Kat. Bl. 1922 S. 40.). Ja, es ist eine Bekenntnisschrift, aber bloß zu einem abstrakten



Christus und zu einem abstrakten Christentum, die Konkretisierung hat prinzipiell das Subjekt frei und nach seinem Inneren persönlich vorzunehmen. Förster ähnelt einem ärztlichen Spezialisten, der einen Schwerkranken aus Mangel der Kenntnis des eigentlichen Leidens oder aus Verschweigen einen wohlmeinenden, sprachgewandten Vortrag halten würde über sein unglückliches Allgemeinbefinden, viele Worte über das Heilmittel hätte, dagegen die Bereitung und Anwendung des Mittels grundsätzlich dem armen Patienten vollständig anheimstellen würde.

Wie tief ist allmählig der Försterianismus in katholische Kreise eingedrungen! Man denke nur an die Propagation und Propaganda seiner Methode für den Religionsunterricht. Wo man früher in Aufsätzen und Abhandlungen über göttlich-kirchliche Dinge Stellen der heiligen Schrift und der Väter zur Bezeugung und Erläuterung begegnete, stößt man jetzt statt ihrer neben manchen zutreffenden vielfach und zwar immer häufiger auf Zitate aus Försters Werken, welche den Mörtel an der Mauer der katholischen Kirche abschaben und abkratzen. Dabei ein Phrasengeklingel wie bei Förster, dem vermeintlich providentiell bestimmenden Präzeptor für unsere Kirche. Aus dogmatischer Überzeugung habe ich seit bald zwei Jahrzehnten gegen Försters Prinzip Stellung genommen, diese Überzeugung wurde durch alle Schriften Försters, soweit sie mit Göttlichem sich beschäftigen, verstärkt. Darum spreche ich sie hier offen aus: dieses Prinzip ist in der Gegenwart die größte und, weil ganz versteckt, die gefährlichste Art des Subjektivismus gegenüber allen spezifischen Offenbarungswahrheiten und der katholischen Kirche. Wann wird wieder, wie es zu Zeiten Denzingers, Schebens, Heinrichs, Hettingers gewesen, die Königin aller Wissenschaft, die Dogmatik, in allen ihren Konsequenzen und feinen Verästelungen die Richtlinie und fruchtbare Synthese aller das Übernatürliche berührenden Disziplinen und Fragen werden?



XXXI.

Was ist die Anthroposophie?

Von Universitätsprofessor Dr. Heinrich Straubinger in Freiburg i. Br.

Nach Zeitungsberichten ist Rudolf Steiner wieder eifrig an der Arbeit, um Propaganda für seine Lehre zu machen. Da die Bewegung in der gegenwärtigen Zeit mit ihren großen seelischen Erschütterungen und ihrer Empfänglichkeit für Mystizismus und Okkultismus immer weitere Kreise zieht, ist eine Orientierung über den Ursprung, das Wesen und die Ziele der Anthroposophie vielleicht nicht überflüssig, obwohl sie es an sich nicht verdiente.

1. Geschichtlich angesehen, ist die Anthroposophie hervorgegangen aus der modernen Theosophie. Letztere wurde begründet von Frau Blavatsky. Helena Petrowna von Hahn-Rottenstern — so hieß sie von Haus aus — ist im Jahre 1831 in dem südrussischen Städtchen Jekaterinoslaw geboren. Schon in ihrer Jugend treten bei ihr hysterische Anfälle auf. Im Alter von 17 Jahren wurde sie mit dem 60jährigen General Blavatsky verheiratet. Nach drei Monaten ging sie ihrem Manne durch, führte zunächst ein unstetes Wanderleben und tauchte 1873 in Newyork auf. Dort gab sie spiritistische Sitzungen im Verein mit einem gewissen Olcott, der zuerst Oberst war und sich dann „Doktor" nannte; beide operierten besonders mit dem Geiste „John King." Im Jahre 1875 gründeten sie die theosophische Gesellschaft, ohne mit dem Spiritismus zu brechen. Im Jahre 1877 veröffentlichte Frau Blavatsky das Buch: Die entschleierte Isis, das bei den Theosophen geradezu kanonisches Ansehen genießt. Als im Jahre 1878 Home in seinem Buche: Licht und Schatten des Spiritismus seine Aufsehen erregenden Enthüllungen über das Treiben der Spiritisten machte, sahen Frau Blavatsky und ihr Kompagnon sich genötigt, Amerika zu verlassen, und begaben sich nach



Indien, wo sie einen empfänglichen Boden für ihre Ideen fanden. Sie schlugen ihr Hauptquartier in Adyar auf, einer Vorstadt von Madras. Frau Blavatsky gab vor, ihre Lehre von tibetanischen Weisen empfangen zu haben, die sie Mahatmes nennt, und von ihnen auf wunderbare Weise fortgesetzt Briefe zu erhalten. Der Schwindel wurde 1884 entdeckt, worauf sie Indien verließ. Im Jahre 1885 kam sie nach Deutschland und hielt sich besonders in Würzburg und Elberfeld auf. Sie starb 1891 in London. Die „englische Gesellschaft für psychologische Forschung“ urteilte über sie folgendermaßen: „Wir betrachten sie weder als Sprachrohr verborgener Seher noch als eine bloß gewöhnliche Abenteurerin; wir meinen, daß sie ein Recht auf dauerndes Andenken erworben hat als eine der vollendetsten, schlauesten, interessantesten Betrügerinnen in der Geschichte.“

Frau Blavatsky erhielt eine Nachfolgerin in Frau Annie Besant, die gleichfalls eine sehr bewegte Vergangenheit hat. Sie ist geboren 1847 in London und war in ihrer Jugend sehr, fast übertrieben fromm. Im Alter von zwanzig Jahren heiratete sie einen anglikanischen Geistlichen weniger aus persönlicher Liebe als aus religiöser Schwärmerei. Nach sechs Jahren ließ sie sich scheiden. Unterdessen hatte sich auch in ihrer Gesinnung ein Wandel vollzogen. Nachdem sie eine zeitlang der liberalen Richtung der englischen Hochkirche angehört hatte, wurde sie eine leidenschaftliche Vorkämpferin für den Atheismus und Sozialismus. Im Jahre 1889 wurde sie mit der Theosophie der Frau Blavatsky bekannt und deren begeisterte Schülerin. Seit 1893 hält sie sich meistens in Indien auf und entfaltet eine rege schriftstellerische und agitatorische Tätigkeit für die Theosophie und den Hinduismus, zu dem sie auch förmlich übergetreten ist. Im Jahre 1900 verlegte sie den Sitz der theosophischen Zentrale von Madras nach Benares.

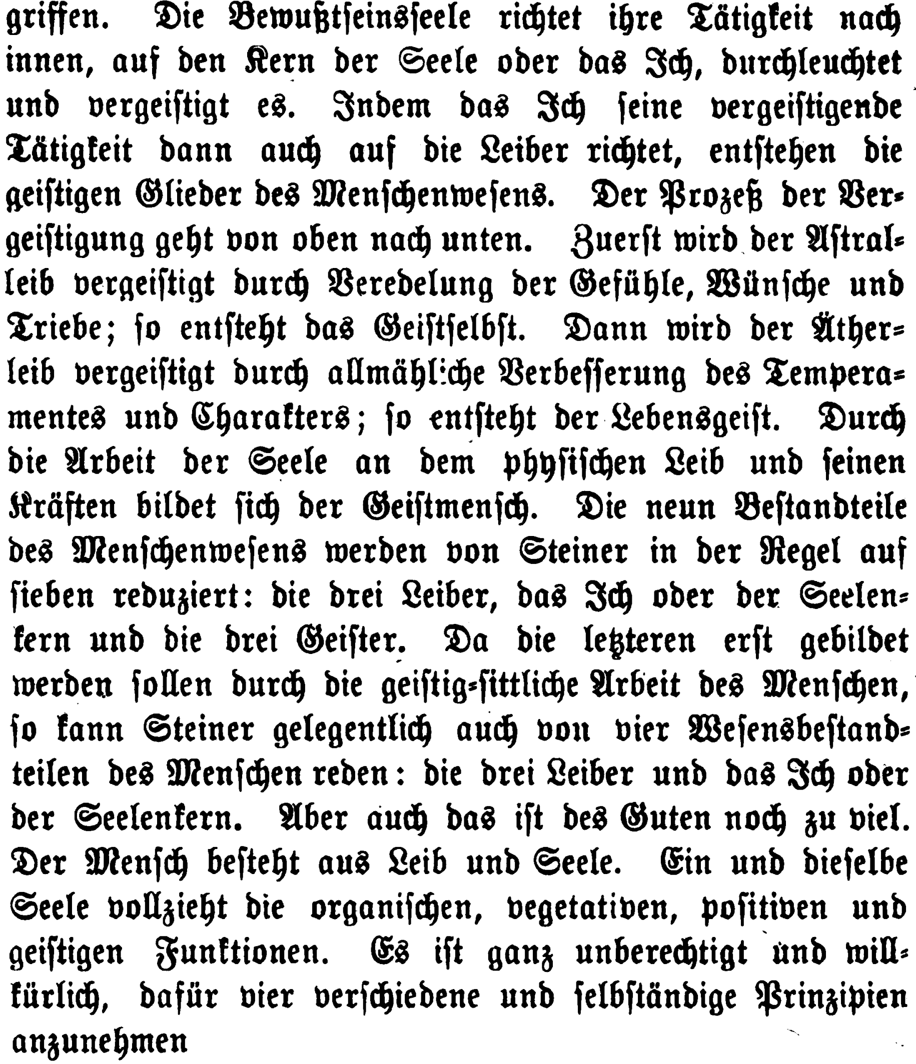
Das Treiben derer um Besant wurde schließlich den deutschen Theosophen zu toll. Sie sagten sich 1913 unter der Führung von Rudolf Steiner von dem Hauptzweig



los, bezw. wurden ausgeschlossen und gründeten die „anthroposophische Gesellschaft", deren Mittelpunkt zur Zeit das Goetheanum in der Gegend von Dornach bei Basel ist. Steiner nennt seine Lehre Anthroposophie, weil sie vor allem den Menschen zum Gegenstande hat; oder Geisteswissenschaft, weil es ihm vor allem um die geistige Seite des Menschen zu tun ist; oder Geheimwissenschaft, weil sie auf das geht, was hinter den Erscheinungen liegt. Steiner will mit der Theosophie nichts gemein haben; seine Lehre, sagt er, beruhe auf eigenem Schauen. Wir wollen ihm glauben. Aber Tatsache ist, daß er elf Jahre lang der Theosophischen Gesellschaft angehörte und daß seine Lehre inhaltlich der Theosophie sehr nahe steht.

2. Der Mensch, wenigstens der vollkommen entwickelte Mensch, hat neun Wesensbestandteile: drei Leiber, drei Seelen und drei Geister. Die Leiber sind der physische, der Äther- und der Astralleib. Der physische Leib ist die Summe der stofflichen Elemente mit ihren Kräften, wie sie auch in den Mineralien sind. Der physische Leib wird gestaltet und gebildet durch den Ätherleib. Bei diesem Worte ist aber weder an den Äther im Sinne der Physik noch überhaupt an etwas Stoffliches zu denken. Der Ätherleib ist ein geistig-seelisches Gebilde. Er ist gegliedert wie der physische Leib, es gibt ein Ätherherz, ein Ätherhirn; aber die Teile sind nicht nebeneinander, sondern in lebendigem Durcheinanderfließen. Einen Ätherleib haben auch die Pflanzen. Der Astralleib ist das Prinzip der Wahrnehmung und des Bewußtseins, durch ihn sieht der Mensch, hört er u. s. w. und weiß von sich; ohne Astralleib wäre er in einem ewigen Schlafzustand wie die Pflanzen. Einen Astralleib haben auch die Tiere. Darüber hinaus hat aber der Mensch noch Seelen; deren sind es wieder drei: die Empfindungsseele, die Verstandesseele und die Bewußtseinsseele. Die Empfindungsseele hält die Sinneseindrücke fest, die der Astralleib aufgenommen hat, ist also Prinzip der Erinnerung. Die Verstandesseele verarbeitet die Sinneseindrücke zu Be-





griffen. Die Bewußtseinsseele richtet ihre Tätigkeit nach innen, auf den Kern der Seele oder das Ich, durchleuchtet und vergeistigt es. Indem das Ich seine vergeistigende Tätigkeit dann auch auf die Leiber richtet, entstehen die geistigen Glieder des Menschenwesens. Der Prozeß der Vergeistigung geht von oben nach unten. Zuerst wird der Astralleib vergeistigt durch Veredelung der Gefühle, Wünsche und Triebe; so entsteht das Geistselbst. Dann wird der Ätherleib vergeistigt durch allmähliche Verbesserung des Temperamentes und Charakters; so entsteht der Lebensgeist. Durch die Arbeit der Seele an dem physischen Leib und seinen Kräften bildet sich der Geistmensch. Die neun Bestandteile des Menschenwesens werden von Steiner in der Regel auf sieben reduziert: die drei Leiber, das Ich oder der Seelenkern und die drei Geister. Da die letzteren erst gebildet werden sollen durch die geistig-sittliche Arbeit des Menschen, so kann Steiner gelegentlich auch von vier Wesensbestandteilen des Menschen reden: die drei Leiber und das Ich oder der Seelenkern. Aber auch das ist des Guten noch zu viel. Der Mensch besteht aus Leib und Seele. Ein und dieselbe Seele vollzieht die organischen, vegetativen, positiven und geistigen Funktionen. Es ist ganz unberechtigt und willkürlich, dafür vier verschiedene und selbständige Prinzipien anzunehmen

Der Leib des Menschen ist also von feineren Gebilden umgeben und in sie eingehüllt wie in eine Wolke. In Wirklichkeit ist der Mensch doppelt so lang und viermal so dick, als er dem gewöhnlichen Auge erscheint. Steiner nennt die Leibeshülle Aura. Sie ist bei den einzelnen Menschen verschieden gefärbt je nach Temperament, Charakter und geistiger Bildung. Heftige Affekte geben sich kund durch rotgelbe Farbe, ruhige Seelenstimmung durch Grün, Hingebung durch Blau. Dabei ist aber zu beachten, daß es sich um übersinnliche Wahrnehmung handelt. „Geistig ‚blau‘ wahrnehmen heißt etwas empfinden und erfühlen, was ähnlich dem ist, was man empfindet, wenn der Blick des physischen

Auges auf der Farbe ‚blau‘ ruht". (Wie erlangt man Erkenntnis der höheren Welten? 12. S. 51).

3. Das Leben beginnt nicht erst mit der Geburt und endigt nicht erst mit dem Tode. In der Geburt bekommt die Seele einen neuen Leib und beginnt ein neues irdisches Dasein nach unbestimmt vielen vorausgegangenen Lebensläufen. Die Schicksale in diesem Leben hängen ab von den früheren Taten, und die Taten des jetzigen Lebens bestimmen das Schicksal in der Zukunft, und zwar nicht durch das Dazwischengreifen der vergeltenden Gerechtigkeit Gottes, sondern unmittelbar auf Grund eines naturgesetzlichen Zusammenhanges. Steiner nennt dieses Gesetz des Schicksals mit dem indischen Namen „Karma", wie überhaupt seine ganze Wiederverkörperung durchaus indisch ist.

Beim Tode stirbt zuerst der physische Leib, dann nach drei Tagen der Ätherleib, dann nach etwa einem Drittel des irdischen Lebens der Astralleib. Während dieser Zeit macht der Mensch nochmal das ganze irdische Leben durch, aber in umgekehrter Reihenfolge. Da er aber die sinnlichen Triebe und Begierden jetzt nicht mehr befriedigen kann, so entsteht in ihm, genauer in dem Astralleib, ein Gefühl wie ein brennender Durst; Steiner nennt dasselbe „Feuer der Läuterung".

Seele und Geist bleiben vereinigt und gelangen zunächst in die Seelenwelt. Hier sind die Empfindungen, Gefühle, Triebe und Wünsche, aber als selbständige Wahrheiten wie in der physischen Welt die Körper, natürlich viel feiner, beweglicher und bildsamer als diese. Die Seelenwelt hat sieben Regionen. Diese muß die Seele alle durchwandern. Dabei wird sie immer mehr geläutert. Dann kommt sie in die Geisterwelt. Hier sind die Urbilder der irdischen Dinge, etwa entsprechend den Ideen Platos. Die Geisterwelt hat gleichfalls sieben Regionen. Die Seele gelangt in diejenige, die dem Grad ihrer Vollkommenheit entspricht. Hier verarbeitet sie die Erfahrungen des irdischen Lebens. Dabei macht sie unter Umständen die Wahrnehmung, daß ihr noch





manches zur höchsten Vollkommenheit fehlt. Das erweckt in ihr das Verlangen nach einer neuen Existenz. Zu diesem Zwecke bildet sie sich zunächst einen Astral- und Ätherleib an. Dann wählt sie die passenden Eltern aus, die ihr durch den Zeugungsakt den Keim zu einem neuen physischen Leib bereiten. Das alles geht ganz automatisch vor sich.

Die Wiedergeburt erneuert sich so oft, bis der Mensch ganz vollkommen ist. Dann gelangt er nach dem Tode in die höchste Region des Geisterhimmels. Wenn er von da wieder auf die Erde kommt, geschieht es nur, um auch andere den Weg des Heils zu lehren.

4. Der Mensch hat seine jetzige körperliche und geistige Beschaffenheit in einer langen Entwicklung erreicht, die im engsten Zusammenhang steht mit der gesamten Welt- und Erdentwicklung. Dem jetzigen Erdstadium läßt Steiner ein Saturn-, Sonnen- und Mondstadium vorausgehen mit geistigen Zwischenstadien. Denn das Körperliche, sagt er, entwickelt sich aus dem Geistigen, wie das Eis sich aus dem Wasser verdichtet. Bei der Welt- und Erdentwicklung waren höhere geistige Wesen beteiligt, die durch diese Tätigkeit auch sich selbst weiterentwickeln und vervollkommnen sollten. Steiner nimmt neun Klassen solcher Geister an, entsprechend den neun Chören der Engel im Christentum. Aber nicht alle diese Geister gelangen ans Ziel; diejenigen, die zurückblieben, werden zu luziferischen oder ahrimanischen Mächten und suchen auch die Menschen mit ins Böse hineinzuziehen.

Steiner schildert die einzelnen Erdstadien mit viel Phantasie. Hier seien nur die Hauptgedanken hervorgehoben. Im Saturnstadium war die Erde Wärme. Denn die Wärme ist nach Steiner kein Bewegungszustand kleinster Stoffteilchen, sondern „eine Substanz feiner als Gas." Vom Menschen war nur der physische Leib vorhanden, in demselben Zustand wie die Erde: als feiner, dünner, ätherischer Wärmekörper. Im Sonnenstadium war die Erde Gas oder Luft, desgleichen auch der Leib des Menschen,

dem jetzt der Ätherleib angebildet wurde. Im Mondstadium löste sich die Sonne von der Erde los und wurde ein selbständiger Weltkörper. Die Erde war damals Wasser. Der Mensch erhielt jetzt den Astralleib. Im Erdstadium unseres Planeten bildeten sich die festen Stoffe, aber es war alles noch weicher und bildsamer als jetzt. Dem Menschen wird das Ich oder die Seele eingesenkt. Im Erdstadium sind wieder zu unterscheiden das paradiesische, hyperboräische, lemurische, atlantische und jetzige Zeitalter. Im atlantischen Zeitalter lebten die Menschen auf der Atlantik, einem Erdteil im jetzigen atlantischen Ozean. Die Atlantik ging unter durch eine Luft- und Wasserkatastrophe, die herbeigeführt wurde durch ein großes Verderbnis der Menschen, und zwar nicht etwa infolge eines göttlichen Strafgerichtes wie nach der Bibel die Sintflut, sondern auf Grund eines natürlichen Zusammenhanges zwischen dem moralischen Tun der Menschen und den Vorgängen in der Natur. Darnach erhielten Erde und Mensch ihre heutige Gestalt.

Im Hintergrund der Welt steht das Absolute oder Unendliche. In ihr sind unzählige Universen, in diesen zahllose Sonnensysteme. Jedes Sonnensystem ist die Auswirkung einer Sonnengottheit, unter der sieben planetare Geister und viele Engel stehen. Der Gott unseres Sonnensystems ist Christus. Dieser senkte sich bei der Taufe im Jordan auf Jesus von Nazareth herab und blieb mit ihm vereinigt bis zur Gefangennahme am Ölberg. Dann trennte er sich von ihm, und als das Blut Jesu auf Golgatha floß, ging er in die Erde ein, um diese ihrer Vollendung entgegenzuführen.

Steiner schöpft seine Kenntnisse über die Vergangenheit der Welt und der Menschheit nicht etwa aus wissenschaftlichen Büchern, sondern aus der „Akascha-Chronik". Akascha ist ein feinstes Fluidum, das in der ganzen Welt verbreitet ist und auf das wie auf eine photographische Platte alles eingetragen wird, was in der Welt geschieht, auch die Gedanken,



Willensregungen und Gefühle der Menschen. So überschaut der Hellseher mit einem einzigen Blicke wie in einem Panorama alles, was in der Welt je geschehen ist und geschieht.

5. Für die übersinnliche Erkenntnis sind besondere Organe notwendig. Steiner nennt sie Lotosblumen oder Räder. Sie sind aber nicht sinnlich, sondern übersinnlich und bestehen in einer „bestimmt geformten Seelenbetätigung“. Die Lotosblumen befinden sich am Astralleib: die sechzehnblätterige da, wo am physischen Leib der Kehlkopf ist, die zwölfblätterige in der Nähe des Herzens, die zehnblätterige in der Gegend der Magengrube, die sechsblätterige in der Mitte des Bauches, die zweiblätterige zwischen den Augen.

Die geistigen Wahrnehmungsorgane sind dem Keime nach bei jedem Menschen vorhanden, sie müssen nur entwickelt und ausgebildet werden. Das geschieht durch die Einweihung oder Initiation. Diese hat drei Stufen. Die erste ist die Versenkung oder Meditation. Diese besteht darin, daß der Schüler seine Aufmerksamkeit von allem abzieht und sein ganzes Denken, Wollen und Fühlen auf einen einzigen Punkt konzentriert, etwa ein Samenkorn, bis ihm dasselbe als Flämmchen erscheint. Für die Versenkung eignen sich besonders symbolische Vorstellungen, z. B. ein Kreuz aus schwarzen Balken, das da, wo die Balken zusammentreffen, einen Kranz von strahlenden Rosen hat; die Balken bedeuten die unterdrückten niederen Triebe, die Rosen die höheren geistigen Gefühle. Wenn der Schüler diese Übungen lange genug mit der nötigen Geduld fortgesetzt hat, wird der Augenblick kommen, wo er empfindet, daß die Lotosblumen hervorgesproßt sind. Das ist die Erleuchtung. Jetzt ist er fähig, die geistige Welt zu schauen. Er bedarf jetzt nur noch der Übung und Anleitung, bis er in ihr sich ebenso sicher bewegt wie in dieser sinnlichen Welt.

Hand in Hand mit der Einweihung müssen andere Übungen gehen, deren Zweck ist, den Schüler der Geheimwissenschaft gegen Täuschungen zu sichern. Wer sich in der



geistigen Welt vollkommen sicher bewegen will, muß sein Innenleben ganz in der Gewalt haben. Dazu gehört zunächst die volle Herrschaft über die Gedankenführung oder Gewöhnung an sachgemäßes Denken; das ist dadurch zu erreichen, daß man Monate lang jeden Tag etwa fünf Minuten lang über etwas nachdenkt, z. B. eine Stecknadel oder einen Bleistift. Sodann Beherrschung der Willensimpulse, indem man sich Monate lang vornimmt, jeden Tag zur bestimmten Zeit etwas Bestimmtes zu tun; Gelassenheit des Gemütes gegenüber Freud und Leid, ohne jedoch stumpfsinnig dagegen zu sein; Positivität in der Beurteilung der Welt, d. h. die Geneigtheit, das Gute und Schöne anzuerkennen, wo es sich immer findet, aber ohne das Böse und Häßliche zu übersehen; endlich Unbefangenheit der Lebensauffassung, namentlich gegenüber den Lehren der Geheimwissenschaft; diese sollen zunächst einfach hingenommen werden, ohne sich über ihre Wahrheit oder Unwahrheit Rechenschaft zu geben; ihre Wahrheit wird dem Schüler später von selbst einleuchten.

6. Schopenhauer bezeichnet einmal die Hegel'sche Philosophie als „philosophische Hanswurstiade"; sie ist ihm „der widerwärtigste und unsinnigste Gallimathias, der an die Deliramente der Tollhäusler erinnert." Wenn Schopenhauer heute lebte, würde er über Hegel zweifellos etwas milder urteilen. Wenn man eine zeitlang in einem Buche von Steiner, etwa in seiner „Geheimwissenschaft im Umriß", gelesen hat, so kommt man in eine eigentümliche Seelenstimmung hinein, in der man sich unwillkürlich fragt: Bist du verrückt oder ist Steiner verrückt oder will er dich zum Besten halten? Und doch gilt auch hier der Satz: Alles schon dagewesen. Die Anthroposophie ist im Grunde genommen nichts anderes als der alte Gnostizismus in moderner Aufmachung. Hier wie dort sind die verschiedenartigsten Elemente zu einem phantastischen Ganzen vereinigt. Ihr Inhalt stammt zum guten Teil aus der indischen, näherhin der brahmanischen und buddhistischen Spekulation.



Dazu kommen Brocken aus den alten orientalischen Religionen, namentlich der persischen und babylonischen, aus der griechischen Mythologie und der Bibel. Die biblischen Gedanken sind aber so entstellt und verzerrt, daß sie kaum wiederzuerkennen sind. Mit dem Christentum hat die Anthroposophie nichts gemein. In ihr ist nicht einmal Raum für einen Gott, der in der Welt etwas zu tun oder zu sagen hätte. Alles ist ja naturgesetzlich bestimmt, auch das Schicksal des Menschen. Auch zwischen den moralischen Handlungen des Menschen und den Vorgängen in der Natur besteht ein mechanisch-mathematischer Kausalzusammenhang. Damit sind die geistig-sittlichen Faktoren zu naturhaften Potenzen herabgedrückt.

Steiner nennt seine Lehre Geisteswissenschaft, weil es ihr vor allem um die geistige Welt zu tun sei. Sehen wir zu, wie es sich in Wirklichkeit damit verhält. Zunächst ist es sehr störend, daß Steiner von geistigen Dingen immerfort in solchen Ausdrücken redet, die etwas Sinnliches bezeichnen. Das führt notwendig zu Mißverständnissen, auch bei einem ganz geübten Leser. Einige Beispiele. Steiner sagt, der Äther- und Astralleib seien geistig-seelische Gebilde. Aber warum dann die Bezeichnung „Leib"? Wir denken doch bei diesem Worte unwillkürlich an ein stoffliches Gebilde. Steiner nennt die übersinnlichen Wahrnehmungsorgane des Astralleibes Lotosblumen nach ihrer Gestalt oder Räder nach der Form ihrer Tätigkeit und lokalisiert sie ganz genau. Muß das nicht die Vorstellung wecken, daß diese Organe mitsamt dem Astralleib etwas Ausgedehntes und Stoffliches sind? Steiner redet von „geistig blausehen". Von diesen drei Worten hat jedes einen ganz bestimmten Sinn, aber in dieser Zusammensetzung bezeichnen sie einen glatten Unsinn; denn erstens kann man geistig überhaupt nicht sehen und zweitens kann man geistig vor allem nicht blau sehen. Steiner sagt, das Stoffliche entwickle sich aus dem Geistigen wie das Eis aus dem Wasser. Hier handelt es sich nun wirklich nicht mehr bloß um Worte. Wenn der Vergleich mit dem Wasser

und Eis überhaupt einen Sinn hat, dann bedeutet er, daß Stoff und Geist nur zwei verschiedene Zustände desselben Dinges sind, wie Wasser und Eis zwei verschiedene Aggregatzustände desselben Stoffes sind. Damit ist der Wesensunterschied zwischen Geist und Stoff aufgehoben.

Was Steiner über die Einweihung und namentlich über die Versenkung sagt, hat sein Vorbild in der buddhistischen Versenkungslehre. Wir finden hier ganz gewöhnliche Praktiken und natürlich auch ähnliche Wirkungen. Der buddhistische Mönch begibt sich an einen einsamen Ort, fixiert unter Umständen irgend einen Gegenstand, z. B. ein Feuer oder einen Wasserspiegel oder eine hellrot bestrichene Fläche oder er konzentriert sich auf irgend eine Vorstellung, bis er der Wirklichkeit entrückt ist; dann fühlt er sich in eine höhere Welt versetzt, wo er mit Göttern Umgang pflegt, oder in die Vergangenheit, da er als harmloses Häslein auf Erden lebte. Auch der Hellseher Steiner'scher Observanz bringt es im günstigsten Falle nur zu Einbildungen und Halluzinationen. Dagegen schützen auch die Vorübungen nicht, die Steiner seinem Schüler empfiehlt. Sie führen höchstens dazu, daß der Hellseher seine Halluzinationen nach Belieben eintreten und verschwinden lassen kann, während sie sonst in der Regel sich von selbst einstellen.

Die Anthroposophie ist religiös und wissenschaftlich ganz wertlos und kann für das Geistesleben geradezu schädlich werden. Wir sind mit Steiner darin einig, daß es eine geistige Welt und einen Weg in dieselbe gibt. Aber dieser ist ein ganz anderer als der, den Steiner uns führen möchte, es gibt für den Menschen keine unmittelbare Erkenntnis des Geistigen, und in keiner Weise und in keiner Form; nicht einmal sich selbst erkennt die Seele unmittelbar. In die geistige Welt führt nur das ruhige, nüchterne, verstandsmäßige Denken, das von der Erfahrung ausgeht und sich leiten läßt von den Gesetzen der Logik.

XXXII.

Johannes Owen.

Im laufenden Jahre werden drei Jahrhunderte seit dem Hinscheiden des neulateinischen Dichters Johannes Owen verflossen sein. Seine Lebensgeschichte ist rasch erzählt.[1]) Owen, lateinisch Audoenus, wurde 1560 zu Armon in der Grafschaft Caernarvonshire geboren. Seine Schulbildung erhielt er in Winchester und Oxford. Die Schulzucht war streng. Mit Humor schrieb er später:

> Zu Oxford ward, als Jüngling, ich wohl ins Salz gelegt,
> Als Knab' hab' in Winchester viel Pfeffer ich geschmeckt.
> Fänd'st, Leser, Du von Pfeffer und Salz hier Beigeschmack:
> Denk', daß Winchester Pfeffer und Salz mir Oxford gab.[2])

Aber er hat dem Oxforder Kolleg ein gutes Andenken bewahrt: er nannte sich seitdem Oxoniensis. Zuerst hatte Owen die Rechtswissenschaften studiert, 1590 auch das Baccalaureat des bürgerlichen Rechts erworben. Er verließ jedoch dieses Studium, um ausschließlich humanistische Studien zu betreiben. Er mag gehofft haben, daß das Vermögen eines reichen Oheims ihm ein unabhängiges Leben gestatten werde. Religiöse Meinungsverschiedenheiten — der Oheim blieb katholisch, Owen wandte sich der anglikanischen Kirche zu — führten eine Entzweiung herbei, die seine Enterbung zur Folge hatte. Owen war gezwungen, einen Erwerb zu

---

1) Die Literatur zur Lebensgeschichte ist verzeichnet bei Budik, Leben und Wirken der vorzüglichsten lat. Dichter des 15.—18. Jahrh. Wien, 1827, Bd. 3, 172 und bei Ersch und Gruber, Allgemeine Encyklopädie 3, 8 (1836) S. 118.

2) Oxoniae salsus — iuvenis tum — more vetusto:
Wintoniaeque — puer tum — piperatus eram.
Si quid inest nostro piperisve salisve libello —
Oxoniense sal est, Wintoniense piper. — (VIII, 64.)

Die Übersetzung ist von J. L. B. Siehe unten.



suchen. Er wurde Schullehrer in Trylegh und später Schulrektor in Warwick. Einen freigebigen Gönner fand er besonders an dem Bischof John Williams von Lincoln, der ihn auch nach dem 1622[1]) erfolgten Tode in der St. Pauls-Kathedrale zu London bestatten ließ. Das Grabmal erhielt die Inschrift:

Klein ist das Bildnis hier, wie klein nur an Wuchs Du und Habe,
Klein auch ist nur das Buch, das alle Welt nun durchfliegt.
Aber der Ruhm ist nicht klein und klein nicht wahrlich die Ehre,
Weil Deinen scharfen Geist nichts in der Welt übertrifft.
Zwar ein kleines Grab nur birgt Dich im ragenden Tempel:
Dichters Leben beginnt erst, wenn der Tod ihn geraubt![2])

Die Grabschrift hat wahr gesprochen. Das Werk hat seinen Schöpfer überdauert. Die dichterischen Erzeugnisse Owens sind nicht umfangreich. Bequem umfaßt ein mäßiges Bändchen seine sechzehnhundertsechzig meist nur aus einem einzigen elegischen Distichon bestehenden Epigramme. Aber kaum eines anderen neulateinischen Dichters Werke haben die weite Verbreitung gefunden, wie das kleine Buch des Engländers, des einzigen britischen Neulateiners, der auch auf dem Festlande zu Ansehen gelangte. Die zunächst 1606 in London erschienenen drei ersten Bücher erlebten schon nach zwei Monaten eine Neuauflage. Später erschienen auch auf dem mittleren Festlande fast in jedem bedeutenden Druckorte Ausgaben der allmählich zu elf Büchern[3]) angewachsenen Sammlung, so in Amsterdam, Leiden, Paris, Lyon, Basel, Breslau, Leipzig, Würzburg und Köln. Bald

1) Geburts- und Todestag sind nicht bekannt.

2) Parva tibi statua est, quia parva figura, supellex
Parva, volat parvus magna per ora liber:
Sed non parvus honos, non parva est gloria, quippe
Ingenio haud quicquam est maius in orbe tuo.
Parva domus texit, templum sed grande; poetae
Tum vere vitam, quum moriuntur, agunt.

3) Sie tragen keine laufenden Nummern, aber die Reihenfolge ist wohl in allen Ausgaben die gleiche.

auch wurden die Verse in das Englische (1619), dann in das Spanische (1674) und Französische (1709) übersetzt. Die erste deutsche Übersetzung erschien 1641 zu Emden. Sie enthielt 623 Epigramme. Eine zweite Übersetzung von 100 Epigrammen erschien 1643 in Danzig. Wiederum in Danzig erschien 1644 ein 50 Übertragungen enthaltendes Schriftchen.[1]) Eine fast vollständige Übersetzung des Owenus erschien 1653 in Hamburg: „Teutschredender Owenus oder Eilf Bücher der Lateinischen Uberschriften des überaussinnreichen Englischen Dichters Ovveni, in Teutsche gebundene Sprache eben so kurtz übersetzet und mit etlichen Anmerckungen erläutert durch Valentinum Löbern, der Artzney-Kunst Ergebenen."[2])

Aber schon seit dem ersten Erscheinen des Urtextes „ergießt sich ein Strom von Nachahmungen und Übersetzungen des Owenus in die deutsche Literatur: jeder Dichter erachtet es als eine Zierde seines Werkes, Gedanken des gefeierten Epigrammatikers hier und dort einzustreuen, ohne es im übrigen mit der Quellenangabe sonderlich genau zu nehmen".[3]) Dadurch wird schon neben der großen Verbreitung der Gedichte die Bedeutung bewiesen, die man dem „britischen Martial" beimaß.

Ein Zeitgenosse, der Hamburger Gelehrte Joachim Morsius (1593 bis etwa 1650), rühmt von den Epigrammen: „Anmutigeres, kräftigeres, klangvolleres und geistreicheres wie diese goldenen Verse gibt es nicht. Nichts in ihnen ist plump, gehaltlos, schwülstig; nichts nachlässig, kraftlos, verworren oder sprachwidrig. Alles ist kurz, passend, ungekünstelt und klar. Mit Geschmack ist Witz, Scherz, muntere Laune

1) Über diese drei Schriften siehe Erich Urban, Owenus und die deutschen Epigrammatiker des 17. Jahrhunderts, Berlin 1900, S. 22 f.

2) Er erläutert: Was eine Uberschrift sey.

Ein Uberschrift ist ein Getichte kurtz und spitzig:
Dem Klugen macht es Lust, den Albern macht es witzig.

3) Urban, a. a. O. S. 5.



und angeborene Schönheit darüber ausgegossen, so daß man nichts hinzufügen, nichts wegnehmen kann." [1])

Daß ein solches Lob übertrieben ist, braucht nicht gesagt zu werden. Was Lessing [2]) mit Rücksicht auf die große Menge der Logauschen Sinngedichte fragt, gilt auch von der nicht unbedeutenden Zahl der Owenischen Epigramme: „Ist es möglich, daß sie alle gut sein können?" An Tadlern hat es denn auch nicht gefehlt.

Ein anderer Zeitgenosse, der aus vornehmem Geschlechte bayerischen Ursprungs 1587 zu Küstrin geborene Kaspar von Barth († 1658), sein Rivale im Felde des Epigramms, polemisiert unaufhörlich gegen Owen, nicht am wenigsten wegen dessen gegen deutsche Eigenart, wie die Freude am Becher [3]) gerichteten Witzeleien, wobei er aber Owen unterschätzt. [4])

Lessing, der seine Theorie von Epigrammen bei Owen häufig nicht angewandt findet, hält ihn darum mehr für einen Pedanten als für einen feinen Mann von Erfahrung, wobei der Pedant mit aller Gewalt noch obendrein witzig sein wolle. „Ich halte den", fährt er fort, „in allem Ernste für einen starken Kopf, der ein ganzes Buch des Owens in einem Zuge lesen kann, ohne drehend und schwindlicht zu werden. Ich werde es unfehlbar." [5])

---

1) Ersch und Gruber a. a. O.

2) Vorrede zu Friedrichs von Logau Sinngedichten.

3) In dieser Hinsicht mahnt auch Löber in den Anmerkungen seiner Übersetzung den Engländer, doch ja vor der eigenen Türe zu zu kehren. Bei Owen selbst finden sich trinkfrohe Verse, so Buch 7 Nr. 10 und 68. Heuchelei hat — so scheint es — immer zu den englischen Nationallastern gehört. Englische Sittenschilderer schildern auch den Durst ihrer Landsleute. So im 18. Jahrhundert der Maler Hogarth. Für das 19. Jahrhundert rechne man sich etwa zusammen, was Dickens in den Pickwickiern an Alkohol vertilgt werden läßt.

4) Adalbert Schroeter, Beiträge zur Gesch. der neulateinischen Poesie Deutschlands und Hollands, Berlin 1909, S. 278.

5) Zerstreute Anmerkungen über das Epigramm I Nr. 2.

Erich Urban bemerkt dazu: „Lessing war Gottlob ein starker Kopf; er las sogar den ganzen Owenus in einem Zuge und schrieb, ohne im geringsten drehend und schwindlicht zu werden, auch seine Epigramme, indem er es ganz und gar nicht für einen Raub erachtete, dem armen Owenus stillschweigend einige Stücke abzunehmen und dann tüchtig auf ihn zu schimpfen.“ 1)

Das oben angeführte, uneingeschränkte Lob des Morsius wird von Eckstein, dem Verfasser des Artikels über Owen bei Ersch und Gruber, entschieden mißbilligt.

„Zwar läßt sich ihm“, urteilt er, „ungesuchter und ungezwungener Witz nicht absprechen, ebenso ist Leichtigkeit und Feinheit der Wendungen rühmlichst anzuerkennen, aber weder der Inhalt noch die Form verdienen allgemeine Billigung. Um Sicherheit in der Quantität, Eleganz des Versbaues, Reinheit der Sprache, mag er sich nicht eben ängstlich bekümmert haben, da ihm die Sache mehr am Herzen lag; und diesen Vorwurf darf man nicht etwa dadurch entkräften wollen, daß man hinter solchen Verstößen Absichtlichkeit und Streben nach lustigen Einfällen vermutet. Auch verletzt er nicht selten das sittliche Gefühl und ist darin hinter seinem Muster, Martialis, nicht zurückgeblieben. Er selbst verlangt auch von seinen Lesern nicht unbedingtes Lob (Buch 1 Nr. 2):

Qui legis ista, tuam reprehendo, si mea laudas
Omnia, stultitiam; si nihil invidiam.

Leser! wenn Alles Du lobst, muß Deine Dummheit ich tadeln;
Lobest hingegen Du Nichts, klag' ich des Neides Dich an.2)

Lassen wir noch einen Literarhistoriker katholischer Weltanschauung zu Worte kommen. Alexander Baumgartner faßt sein Urteil dahin zusammen:

„Eine Anzahl schmutziger und polemischer Epigramme haben ihn auf den römischen Index,3) bei dessen Gegnern aber

1) A. a. O. S. 56, wo auch die „stillschweigend“ — es war das Lessings Art — entnommenen acht Epigramme nachgewiesen sind.
2) Übersetzt von Budik.
3) Am 9. September 1632. Das Verbot wurde wiederholt erneuert, so am 16. April 1652 und am 10. Juni 1654 und gilt auch



zu hohen Ehren gebracht. Weitaus die meisten seiner knappen, geistreichen, wohlabgerundeten Sinngedichte sind indes völlig harmloser Natur: artige Komplimente an Freunde und Gönner, satirische Wurfpfeile auf einzelne Nationen, Stände, Berufsklassen, gute Einfälle heiterer oder ernster Natur, witzige Bemerkungen und Antithesen der verschiedensten Art, oft auch bloße Wortspiele und Künsteleien. In nicht wenigen Sprüchen beklagt er die tiefen Schäden seiner Zeit, die religiöse Zersplitterung, die Abnahme des Glaubens bei Vermehrung der Glaubensbekenntnisse, die zunehmende Geldsucht und Sittenlosigkeit, die Unwahrhaftigkeit der Parteihistoriker, die Willkür in religiösen Dingen, das Umsichgreifen des Atheismus. Ganz ungereimt findet er die Abneigung gegen die Kreuzesbilder. Des Thomas Morus gedenkt er mit herzlichem Lob, und sogar die jungfräuliche Gottesmutter feiert er in einem huldigenden Spruche." [1])

---

jetzt noch. Es führte zu einer Ausgabe: Epigrammatum libri X. Editio nova catholica, ob omni obscoenitate et piarum aurium offendiculo expurgata, Coloniae 1708.

1) Gesch. der Weltliteratur 4 (1905) S. 626, wo irrtümlich 1623 als Sterbejahr angegeben ist. Die beiden Epigramme auf die allerseligste Jungfrau mögen hier Platz finden:

Beata Virgo (3, 69)

Sponsa Dei Patrisque parens et filia Fili:
Virgo, nec absque viro: mater, et absque viro.

Beata Virgo (4, 171)

Virgo Beata licet cnmmuni voce voceris,
In mulieribus es tu Benedicta magis.
Nil mihi prodesses, si tantum Virgo fuisses:
Quantum at profueras, o, quia Mater eras?

Sie sollen als Probe von Löbers Übersetzungskunst dienen:

Des Vaters Mutter, des Sohnes Tochter, Gottes Braut,
War Mutter sonder Mann, Jungfraw dem Mann vertrawt.

*

Ob jedermann Dich nennt die heylge Jungfraw heut,
bist unter Weibern Du doch mehr gebenedeyt.
Nichts nützest Du mir, wenn Du nur im Jungfraw-orden,
O Jungfraw, dis ist mehr, daß Du bist Mutter worden.



Diesem maßvollen Urteile des gelehrten Jesuiten wird man gerne zustimmen. Vielen der in bunter Fülle dargebotenen Verse unseres Dichters wird man auch heute noch willig das Ohr leihen, wenn er etwa eingedenk des Mittelalterlichen: timeo unius libri lectorem gründliche Kenntnisse auf beschränktem Gebiete oberflächlicher Vielwisserei vorzieht:

Egregios cumulare libros praeclara supellex;
Ast unum utilius volvere saepe librum. (5, 63)

Kostbarer Hausrat ist der Bücher große Zahl;
Wer ein Buch nützlich las — der traf die beß're Wahl —

wenn er dem Vergleich zwischen Schlaf und Tod eine neue Seite abgewinnt:

In somnis quanquam simulo pro tempore mortem,
Non est pars vitae dulcior ulla meae.
Permirum est in morte igitur quid tam sit amarum,
Tam dulcis cum sit mortis imago, sopor. (4, 193)

Ich schien wie tot, so oft ich mich dem Schlafe überließ,
Und doch kein Teil des Lebens war, wie dieser, mir so süß.
Daß nun der Tod so bitter sei, das deucht mir wunderbar,
Weil stets das Bild des Tods, der Schlaf, mir gar so süße war —

oder wenn er ernste Rügen ausspricht, die auch unter dem Eindrucke unserer Zeitlage geschrieben sein könnten:

Tempora mutantur, nos et mutamur in illis:
Quomodo? fit semper tempore peior homo. (9, 58)

Die Zeiten ändern sich, wir ändern uns in ihnen;
Wie? Daß wir in der Zeit stets andern Sünden dienen.

Per mare per terras mercator quaeritat aurum;
Sic coeli aeternas, stulte, relinquis opes. (Appendix)

Du suchst durch Land und Meer den Reichtum Dir durch Kauf —
Und gibst darüber, Tor, die Himmelsgüter auf.

Darum wäre es bedauerlich, wenn Owenus in Ver-

In dem ersten Epigramm ist der Gedanke aus der Marienantiphon für den Weihnachtsfestkreis wiedergegeben: Tu quae genuisti, natura mirante, tuum sanctum Genitorem, virgo prius ac posterius.

gessenheit geriete.[1]) Dieses Los droht ihm aber, wie nicht minder den übrigen Neulateinern, Balde und Sarbiewski nicht ausgenommen, in einer materialistisch gesinnten Zeit, in der im Kampfe gegen das humanistische Gymnasium selbst den lateinischen und griechischen Klassikern der Krieg erklärt wird. Eine neulateinische Anthologie mit guten Übersetzungen kommt einem Bedürfnis entgegen, ihre Herausgabe wäre sicher ein Verdienst.

XXXIII.

„Das königliche Gebot".[2])

Wenn einmal in ferner Zukunft die Geistesgeschichte unserer Zeit nach dem großen Kriege geschrieben wird und wenn als Quellen hiefür vor allem auch die Veröffentlichungen auf dem Gebiete des geistigen und des religiösen Lebens herangezogen werden, so wird ein Buch wie das vorliegende vielleicht wesentlich zur Ehrenrettung unseres heutigen Geschlechtes mit beitragen. Freilich wird der kritische Benützer dieser Quelle sich sagen, daß es in stiller Klosterzelle verfaßt worden ist und daß sein Autor, der hochwür-

1) Die letzte Auswahl mit deutscher Übersetzung erschien vor sechzig Jahren: Owen, Angli, epigrammata selecta 370. 370 ausgewählte Sinngedichte des Engländers John Owen, verdeutscht nach der Weise Friedr. v. Logau's durch J. L. B. Nördlingen 1863 (Vorwort vom 23. September 1860). Tatsächlich sind 372 Epigramme wiedergegeben und übersetzt, darunter die vier oben wiedergegebenen.

Als Kuriosum sei vermerkt, daß unser Engländer in einem Aufsatze von Alfons Fritz, Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins Bd. 35 S. 353 mit dem hl. Audoenus verwechselt wird, der im 7. Jahrhundert lebte und Bischof von Rouen war († 684).

2) Kleine Kapitel von der Nächstenliebe von Abt Bonifaz Wöhrmüller, Kempten 1921.



digste Herr Abt des Münchener Benediktinerklosters St. Bonifatius, dem Getriebe der Welt allzu ferne gestanden sei, als daß sein Werk für den Geisteszustand unserer heutigen Zeit etwas beweisen könnte. Aber er wird bei näherem Zusehen doch sich bald dessen bewußt werden, daß die Feder, die uns hier in so schlichter, edler, ja meisterhafter Sprache „das königliche Gebot“ Christi, das große vielumfassende Gebot der Nächstenliebe entwickelt, einem Geistesmann zu eigen war, der die Menschen seiner Zeit kannte und dessen Blick über die Klostermauern hinausreichte und die Welt und ihre Bedürfnisse, die Schwächen und die Vorzüge der Kinder des 20. Jahrhunderts mit ruhigem, leidenschaftslosem Blick durchschaute. Keine blassen nebelhaften Idealbilder werden uns da vom großen Gebote Christi entworfen, sondern in konkreten, lebensvollen und lebenswahren Darlegungen werden wir eingeführt in das Wesen und in die Art der Nächstenliebe, in die Bedeutung, die sie im sittlichen Leben einnimmt, in ihre Abstufungen und Äußerungen in Gedanken, Worten und Taten und in die unzähligen Möglichkeiten sie zu betätigen, sowie in die Notwendigkeit die „Liebeswerke“ auch wirklich im Geiste der Liebe zu verrichten. Wohl kennt der Verfasser die Widerstände, die der Übung christlicher Nächstenliebe entgegenstehen, die zahlreichen Regungen der Selbstsucht, der Habsucht und der Rachsucht, des Grolles und der Abneigung, des Hasses und des Neides, der Schadenfreude, der Bosheit und der Sinnlichkeit. Nur von einem durch praktische Seelsorge erfahrenen Menschenkenner können so scharf die Schwächen, Fehler und Laster der Menschen herausgearbeitet werden. Und nur ein grundgütiger Mensch kann auch die vielen großen und kleinen und kleinsten Gelegenheiten zur Nächstenliebe, die hundertfachen Rücksichten und Gefälligkeiten, die Zuvorkommenheit und Hilfe in der Not, die man dem Nächsten schuldet, die rechte Art des Almosengebens und des Trostspendens, des Freude- und Friedenbringens, vor allem auch der großen geistigen Liebesgaben durch Seelsorge und Gebet,



das Gute, das wir dem Nächsten durch Achtung, Vertrauen und Ehrerbietung erweisen, die Bedeutung von Lob und Tadel, von Schweigen und harmlosem Scherz in so feinsinniger Weise behandeln. All die Menschengruppen und -Typen, mit denen wir es im Alltag immer und immer wieder zu tun haben — und durch diesen Verkehr werden wir ja nur allzu oft zu Verstößen gegen die Nächstenliebe veranlaßt! —, begegnen uns in diesem trefflichen Buche. Gar groß und weitumfassend ist der Begriff des „Nächsten", der hier entwickelt wird und von dem auch jene Zahllosen nicht ausgenommen werden, die uns durch Raum und Rang, durch Bildung und Beruf oder sonstwie ferne stehen. Da werden die Beziehungen zwischen Mann und Frau, zwischen Kindern und Eltern, zwischen Geschwistern und zwischen Freunden, zwischen Dienenden und Herrschenden, zwischen Armen und Reichen, der Umgang mit all denen, mit denen der Verkehr zuweilen so schwer zu sein scheint, mit den lästigen und rechthaberischen Menschen, mit den Kranken und Sündern und Feinden, mit den eigenen Volksgenossen und den Ausländern und den Andersgläubigen — und schließlich mit „den Menschen" überhaupt dargelegt. — Wie die ersten Teile unseres Werkes von der Menschenkenntnis und Menschenliebe des Verfassers Zeugnis geben, so spricht der Teil, der von den „Belohnungen" der Liebe handelt, von einem unerschütterlichen Vertrauen auf den, der jeden Trunk Wassers zu vergelten versprochen hat, und kündet uns von Freude und Weisheit und starkem, tiefem, ewigem Leben, von der Gegenliebe des Menschen und der Liebe und Nachsicht Gottes und schließlich von der größten und dauernden Belohnung, die der Nächstenliebe wartet: vom Himmelreich. Wieder ist es dann der kundige Seelenführer, der heiliges Streben und Erziehung und Anlagen als „Wege zur Liebe" weist und mit beredtem Munde von der „Religion der Liebe" und dem Walten der Gnade handelt. — Aber über allen großen und edlen Gedanken und Erwägungen steht schließlich doch das gute Beispiel selber; und so hat auch der Ver-

fasser unseres Buches sein Werk damit bekrönt, daß er uns eine Reihe von plastisch geeigneten Vorbildern der Nächstenliebe vorführt, vor allem Christus selbst, dann die Gottesmutter und die Apostel, die Gestalten der in der Apostelgeschichte geschilderten Jüngerin Christi Tabitha und Melanias, der vornehmen Römerin, die ernsten, aszetischen Charaktere der Väter der Wüste, nicht zuletzt die großen Heiligen des 13. Jahrhunderts Franz von Assisi und St. Elisabeth, sodann einen Philipp Neri und eine hl. Theresia, einen Vinzenz von Paul und einen Franz von Sales.

Ein durchaus modernes Buch kann man in diesem Werke aus der Klosterzelle des Münchener Bonifatiusklosters, dem von den Tagen Hanebergs, des einstigen Vorgängers unseres Autors, an bis in unsere Zeit schon so manche Geistesfrucht entwachsen ist, sehen. Und doch steht sein Gehalt hoch über aller Mode und wird auf lange hinaus bleibenden Wert beanspruchen dürfen. Schon die Art der von aller Geistreichelei freien Darstellung, die anschauliche, einfache und kraftvolle Sprache muß auf den Leser einen starken Eindruck machen. Der Verfasser beschwert sein Buch nicht mit einem wissenschaftlichen Rüstzeug. Aber wer genauer zusieht, bemerkt welch große Belesenheit die Abfassung eines solchen Buches voraussetzt. Modern und aktuell ist das vorliegende Werk auch insofern, als der Gegenstand und die einzelnen darin aufgeworfenen Fragen gerade für unsere Tage von größtem Belange sind. Aber unmodern im besten Sinne ist an ihm der Umstand, daß auf diese Fragen nicht mit der heute so beliebten allgemeinen Phrase geantwortet wird. Der Verfasser kennt wie nur irgendeiner die Größe der Not unserer Zeit, den Umfang der Hilfe, welche namentlich manche Schichten der heutigen Gesellschaft bedürfen; und er betont in einem gewissen Unterschiede zu vielen anderen Erbauungsbüchern, in denen Frömmigkeit und Rechtgläubigkeit, Starkmut und Demut und andere Tugenden in die erste Linie gerückt werden, die Bedeutung der Nächstenliebe wahrhaftig stark. Dennoch darf man nicht erwarten auf jeder Seite



von „sozialem" Denken und Handeln zu lesen. Der Verfasser weiß eben, daß, wenn das Gebot der christlichen Nächstenliebe wirklich Erfüllung findet, die uns als so brennend erscheinende „soziale Frage" ohnehin gelöst ist. Und wie zeitgemäß und doch aus dem alten Arsenal christlicher Gedankenkreise stammend sind nicht Ausführungen wie die über „Volksgenossen und Ausländer" oder über unsere Stellung zu den „Andersgläubigen", die scharfe Grenze, welche zwischen christlicher und heidnischer Vaterlandsliebe gezogen wird! — „Die Wahrheit ist nicht nur im Kopf und im Herzen des Rechtgläubigen" — meint Abt Wöhrmüller — „sondern auch noch im Leben und Streben des Nichtkatholiken und Nichtchristen". Und er versichert: „Gewiß rechnet Gott manchem Andersgläubigen den Irrtum weniger an als manchem Rechtgläubigen die Lieblosigkeit; und es werden einmal Kinder des Reiches zusammenströmen vom Morgen und Abend her, aus allen Konfessionen, Religionen und Parteien. Lieben wir alle, die eines guten Willens sind — sie sind die Katholiken der Ewigkeit." „Der hat nicht den Geist Christi und ehrt nicht Christi letzten Wunsch, dessen Liebe nicht weiter ist als die Mauern der Kirche oder der Kreis einer Partei. Die Kirche muß Mauern haben, die Liebe darf keine haben!" Nicht falsche Toleranz im liberalen Sinne, nicht ein Zuviel dem Irrtum gegenüber, wohl aber Heilighaltung des Irrenden, ja Liebe zu ihm ist unsere Pflicht. „Wie der religiöse Friede nicht ein Kirchhoffriede sein darf ohne Leben und Streben, nicht ein Friede ohne Kampf, so darf auch der religiöse Kampf nicht ohne friedliche Gesinnung sein. Denn die Liebe steht der Wahrheit an Wert und Würde nicht nach: beide sind göttlich!"

Es sind weit über das Leben des einzelnen hinausführende Gedanken und Beisätze, die sich in diesem Buche finden und die es daher als wünschenswert erscheinen lassen, daß es in die Hände weitester Kreise, in den Besitz von Katholiken wie Protestanten komme. Seine Ideen

werden dem konfessionellen Frieden dienen, der uns so bitter not tut.

Was aber das vorliegende Buch jeder einzelnen Seele bieten kann, das soll hier nur angedeutet werden; es wirkt so manches darin wie eine Anleitung zu einer Gewissenserforschung; denn der einzelne wird unwillkürlich Vergleiche anstellen zwischen den Forderungen, die er da liest, und seinem eigenen Handeln. Wer fühlt sich nicht betroffen, wenn der Verfasser meint, man übersehe bei dem Gebot: „Du sollst den Nächsten lieben wie Dich selbst!" nur allzu häufig diese drei letzten Worte: „wie Dich selbst" und die darin gegebene Vorschrift, daß unsere Nächstenliebe ein Ebenbild unserer Selbstliebe sein solle, da ja keine andere Liebe aufrichtiger, ernster und echter sein kann. . .

So mögen diese Blätter viel Segen stiften in unserer liebeleeren Welt und einen Beitrag zu dem „Renovare omnia in Christo!" bilden! Buchner.

XXXIV.

Das zahlungs- und existenzunfähige Deutschland.

Von Chefredakteur Dr. Geueke, Wiesbaden.

Die Frage der Reparationen wird noch über lange Zeit hinweg nicht nur das deutsche Volk, sondern alle an dem Kriege beteiligten Staaten beschäftigen. Vor einigen Monaten, nach der Annahme des Londoner Ultimatums, suchte die Regierung, es war insbesonders der damalige Wiederaufbauminister Rathenau, die Meinung zu verbreiten, wir könnten zahlen, wenn wir wollten. Eine solche Auffassung war nach einer doppelten Hinsicht töricht. Unter der Zustimmung der deutschen Nation hatten Fehrenbach und Simons die Bezahlung von 80—90 Milliarden Mark abgelehnt, weil Deutschland eine solche Last nie und nimmer



tragen könne. Die Nachfolger der Regierung Fehrenbach dagegen wollten das Unmögliche möglich machen. Töricht war die Meinung, wir könnten zahlen, wenn wir wollten, auch um deswillen, weil sich die Entente auf ein solches Wort später immer berufen würde. Die Regierung hat nicht lange gebraucht, um zu einer besseren Überzeugung zu gelangen. In der Denkschrift an die Reparationskommission wird unser Bankerott zugegeben. Wir können für das Jahr 1922 Barzahlungen kaum noch leisten, erklären uns aber zu größeren Sachlieferungen bereit. Für die Zukunft seien wir für Reparationsleistungen nur dann imstande, wenn ein Kredit des Inlandes und des Auslandes für Finanzoperationen großen Stils in Anspruch genommen werde. Schon eine nahe Zeit dürfte zeigen, daß auch dieses erheblich eingeschränkte Erfüllungsprogramm undurchführbar ist. Deutschland kann nichts leisten, solange der Friedensvertrag von Versailles besteht, und solange unser Wirtschaftsleben nicht einer vollständigen Umgestaltung unterworfen wird. Alle Leistungen an die ehemaligen Feinde können nur aus unserem Volksvermögen genommen werden, ohne daß die Aussicht besteht, jemals die gemachten Schulden abzutragen. Jeder Versuch der Erfüllung bringt uns dem wirtschaftlichen Verfalle näher. Auch heute noch übersieht man die furchtbaren wirtschaftlichen Folgen des Versailler Vertrages, macht sich nicht klar, daß durch den Vertrag dem deutschen Volke der wirtschaftliche Todesstoß versetzt worden ist. Einige wenige Angaben mögen das neuerdings erhärten.

Zwar wird häufig darauf hingewiesen, daß uns durch den Friedensvertrag besonders wertvolle Gebiete entrissen worden sind, aber man verzichtet darauf, genaue Zahlen anzugeben, obwohl sich die wirtschaftlichen und finanziellen Folgen statistisch in groben Umrissen erfassen lassen. Will man den Verlust genau feststellen, so müssen wir die Frage so formulieren: Wie wäre es um Deutschland bestellt gewesen, wenn wir am 1. Januar 1914 die Bedingungen des Friedensvertrages ohne Kampf angenommen hätten? Bei einer



solchen Betrachtung fallen die ungeheueren wirtschaftlichen Schäden des vierjährigen Krieges und der Revolution weg. Welches Bild ergibt sich nun?

Wir haben durch den Friedensvertrag Überschußgebiete verloren. Diese Gebiete produzierten mehr, als sie konsumierten. Westpreußen, Posen und Nordschleswig haben eine blühende Landwirtschaft, während Oberschlesien, das Saargebiet und Elsaß-Lothringen industrielle Überschüsse abwarfen. Im Jahre 1913 betrug unsere Einfuhr an Waren 11 719 Millionen, unsere Goldeinfuhr 377 Millionen. Für Transporte auf ausländischen Schiffen hatten wir 450 Millionen, an sonstigen Zahlungen 50 Millionen zu entrichten. Im ganzen zahlten wir an das Ausland rund 12,6 Milliarden Goldmark. Unsere Ausfuhr an Waren und Gold betrug nicht ganz 11 Milliarden, dazu kamen Einkünfte aus deutschem Eigentum im Auslande und aus dem Besitz an ausländischen Wertpapieren in einer Höhe von mindestens 1200 Millionen Mark und Gewinne aus deutscher Seeschiffahrt in Höhe von 375 Millionen. Unsere Handelsbilanz schloß also in Einnahme und Ausgabe mit 12,6 Milliarden ab. Es ist nun notwendig, die Einwirkungen der Gebietsverluste auf unsere Handelsbilanz zu untersuchen. Das ist vor mehr als einem Jahre in der instruktiven Schrift von Behnsen und Genzmer über „Valutaelend und Friedensvertrag“ geschehen. Es wird da ausgerechnet, daß wir jährlich für 150 Millionen Goldmark Lebensmittel mehr einführen müssen als früher, da die Gebiete im Osten und im Norden noch zu Deutschland gehörten. Wir führten im Jahre 1913 für 1272 Millionen Goldmark Nahrungsmittel aus. Davon entfielen auf die verlorenen Überschußgebiete rund 254 Millionen Goldmark. Der Gesamtverlust beträgt also über 400 Millionen Goldmark. Im Jahre 1913 haben wir für 516 Millionen Goldmark Steinkohlen ausgeführt. Nachdem uns das Saargebiet vorläufig entzogen ist, und nach dem Verlust eines Teiles von Oberschlesien kann eine Ausfuhr von Steinkohlen gar nicht mehr in Frage kommen. Wollten wir in



dem uns verbliebenen Gebiete den Friedenskonsum aufrecht erhalten, so müßten wir wahrscheinlich noch erhebliche Mengen einführen. Nach dem Verlust von Elsaß-Lothringen und dem Saargebiet müssen wir für 108 Millionen Goldmark mehr Eisenerz einführen als früher. Ähnlich steht es bezüglich des Roheisens, hier wird unsere Handelsbilanz mit 225 Millionen Goldmark belastet. Der Verlust der Industriegebiete vermindert unsere Ausfuhr von Walzwerkerzeugnissen um 17% oder um 130 Millionen Goldmark. Auch bei Kali haben wir mit der elsässischen Ausfuhr 20 Millionen Goldmark verloren. Besondere Erwähnung verdient die Textilindustrie. Insgesamt darf man sagen, daß sich ein Verlust von rund 720 Millionen Goldmark ergibt. Auf Grund des des Friedensvertrages und des Kohlenabkommens von Spa liefern wir an die Entente jährlich für fast 400 Millionen Goldmark Kohlen, Benzol, Teer usw., für mehrere hundert Millionen Chemikalien und sonstige Sachen. Das deutsche Eigentum im Auslande ist zu einem Teile verloren gegangen (österreichische, türkische und russische Wertpapiere), zum Teil wurde es an die Entente abgetreten, sodaß uns auch hier ein Schaden von mehreren hundert Millionen, vielleicht von einer Milliarde erwächst. Transporte für das Ausland können wir nicht mehr übernehmen, da wir unsere Handelsflotte ausgeliefert haben.

Wir wollen uns nicht in weitere Zahlen verlieren. Das Gesagte mag genügen zu der Erkenntnis, daß Deutschlands Wirtschaftsleben dem Tode geweiht ist. Während 1913 unsere Handelsbilanz sich in Einnahme und Ausgabe auf 12,6 Milliarden Goldmark bezifferte, hat Deutschland nach Annahme des Friedensvertrages eine Einfuhr von mindestens 13 Milliarden, der Einnahmen durch Ausfuhr in Höhe von 8, höchstens 9 Milliarden Goldmark gegenüberstehen. Wir hätten demnach jährlich einen Verlust von 4, vielleicht von 5 Milliarden. Das wären weit über 100 Milliarden Papiermark. In dieser Zahl sind die Aufwendungen für die Reparationen noch nicht einbegriffen.



Die vorstehende Skizzierung ging, wie gesagt, von der Annahme aus, daß wir den Friedensvertrag unterzeichnet hätten, ohne vorher den Krieg geführt zu haben. Nun hat aber Deutschland in einer Kriegszeit von 52 Monaten seine wirtschaftlichen Kräfte aufs äußerste erschöpft. Im Anschluß daran kam die Revolution mit ihrer Unordnung und ihren produktionsschädigenden Wirkungen. Unter den Folgen des Krieges stehen an erster Stelle die Verluste an Menschenleben. Das verkleinerte Deustchland büßte rund 1½ Millionen Tote ein. Hinzu tritt mindestens eine Million arbeitsunfähig Gewordener. Hier handelt es sich um Männer in den kräftigsten Jahren. Wenn man nun berücksichtigt, daß die Abschaffung der Militärpflicht rund 500000 junge Leute für die Arbeit frei macht, so bleibt immer noch ein Verlust von mindestens 2 Millionen. Übergangen seien die Folgen der Unterernährung, obwohl auch sie die Produktivität des Wirtschaftslebens in hohem Grade beeinträchtigen. Landwirtschaft und Industrie haben in den letzten sieben Jahren Raubbau treiben müssen, deren Folgen erst in vielen Jahren restlos überwunden sein werden. 1913 verfügten wir über Rohstoffe und Warenbestände, die uns heute fehlen. Das Sinken unseres Markwertes auf wenige Pfennige macht die Ergänzung und Auffüllung sehr schwierig. Trotz aller Konferenzen, trotz der fortgeschrittenen ausländischen Erkenntnis liegt die Stabilisierung unserer Währung noch in weiter Ferne. So leidet die Produktion ganz enorm. Die Entwertung der Mark hat den deutschen Ausverkauf begünstigt. Ungeheure Werte sind in den Besitz von Ausländern übergegangen, der Zinsenverlust kommt dem Auslande zugute. Während wir ehedem für mindestens 1200 Millionen Goldmark Einnahmen aus Auslandswerten hatten, müssen wir jetzt unseren inländischen Besitz verschleudern. Wir leben vom Schuldenmachen, vom Ausverkauf und vom Lohnsklaventum. Der Ausdruck Lohnsklaventum ist nicht zu hart, wenn man bedenkt, daß der deutsche Arbeiter, Angestellte und Beamte noch nicht die Hälfte dessen verdient,



was der Engländer oder Amerikaner bekommt. Geringer wird mit jedem Tage unser Volksvermögen, geringer muß infolgedessen auch der Ertrag der Arbeit werden. Das neue Erfüllungsprogramm der Regierung muß erheblich in die Substanz des deutschen Volksvermögens eingreifen. Die angekündigte neue Finanzoperation bringt uns neue Belastung, weil das Ausland für geliehenes Geld 10% Zinsen verlangt.

Die politische und wirtschaftliche Entwicklung im Reiche hat die Folgen des Krieges und des Friedensvertrages noch wesentlich verschlimmert. An sich wäre es denkbar, daß die wirtschaftlichen Verluste und die Verminderung an arbeitenden Menschen durch größere Leistungen der Lebenden ausgeglichen werden. In diesem Sinne riefen die Revolutionsmänner Ende 1918: nur Arbeit kann uns retten Und der Reichskanzler Wirth sagt: durch Arbeit zur Freiheit! Was aber geschah? Als der Krieg zu Ende war, beglückte man uns mit dem Achtstundentage. Man kann gewiß theoretisch Anhänger der achtstündigen Arbeitszeit sein und muß trotzdem feststellen, daß die Einführung des Achtstundentages in jenem unglücklichsten Augenblicke sich schon heute furchtbar gerächt hat. Die verkürzte Arbeitszeit brachte ein erhebliches Sinken der Leistungen. Gerade zu der Stunde, da es darauf ankam, die Produktivität zu heben, traf man Maßnahmen zur Minderung der Produktion. Bestraft wurde der Arbeitgeber, der einen Arbeiter auf seinen eigenen Wunsch hin länger als acht Stunden beschäftigte. Früher hat man zehn und zwölf Stunden gearbeitet. Jetzt aber, nachdem wir in einem langen Kriege viel Kapital, das langsam ersetzt werden muß, vernichtet haben, nachdem wir den Verlust von zwei Millionen Menschen beklagen, nachdem lebenswichtige Gebiete abgetreten sind, nachdem wir 132 Milliarden Goldmark bezahlen wollen, begnügen wir uns mit acht Stunden! Einen größeren Widersinn hat die Weltgeschichte kaum gesehen. Ja, Deutsch-





land wäre längst verhungert, wenn sich der Bauer und landwirtschaftliche Arbeiter, der Handwerker und Kaufmann den „Segnungen der neuen Zeit" angepaßt hätten. Auch Millionen von Arbeitern mußten in dem Kampfe um das tägliche Brot mehr oder minder reell „nebenher" arbeiten. Trotzdem bleibt ein ungeheurer wirtschaftlicher Schaden bis auf weiteres zurück.

Das Übel wurde durch die Unordnung, durch wilde Streiks und durch die Arbeitsunlust noch erheblich vergrößert. Bei Einführnng der achtstündigen Arbeitszeit war gesagt worden, das Ergebnis der Arbeit würde steigen. Aber genau das Gegenteil war der Fall: auch die Stundenleistung sank beträchtlich. Wie Arbeitsverkürzung und Arbeitsunlust gewirkt haben, zeigt sich am besten bei dem Kohlenbergbau und noch mehr bei der Eisenbahn. Im Ruhrbezirk betrug die Steinkohlenförderung 1913 bei einer Belegschaft von 400,000 Mann 115 Millionen Tonnen. 1920 wurden bei 500,000 Bergleuten 88 Millionen Tonnen gefördert. Die Belegschaft ist also um 25 % vermehrt worden, während die Förderung auf 77% der Friedensleistung zurückging. Glaubt man, daß unter solchen Verhältnissen Zahlungen an die Entente auf Grund unserer Arbeit durchgeführt werden könnten? Glaubt man, daß dabei das deutsche Volk bestehen könnte, auch wenn man uns alle Zahlungen für Reparationen erließe? Bei der Eisenbahn stieg das Personal um 47 % von rund 740,000 auf 1'090,000 Personen, während die Leistung auf 60 % zurückging. Die Zahl der Eisenbahnarbeiter stieg von 1913 bis 1920 von 459,000 auf 744,000.

Teilweise mit der Verkürzung der Arbeitszeit hängt auch die Vergrößerung des Beamtenheeres zusammen. Hier treten noch politische Gründe hinzu. Ins Riesenhafte sind die Berliner Zentralstellen angeschwollen. Wo früher ein Unterstaatssekretär war, befinden sich heute 5 Staatssekretäre, wo 3 Ministerialdirektoren gezählt wurden, gibt es heute 15. Die Zahl der Beamten bei der Eisenbahn ist



seit 1913 von 281,000 auf 377,000, also um 96,000 oder um rund 1/3 gestiegen. Dabei ist, wie gesagt, die Leistung auf 60% zurückgegangen. Der Beamte ist Konsument, jeder überflüssige Beamte schmälert das Einkommen des Einzelnen wie das Volkseinkommen. Wie soll da eine wirtschaftliche Gesundung erreicht werden? In der Denkschrift an die Reparationskommission wird zwar der Abbau des Beamtenapparates zugesagt, aber die Schwierigkeiten, die überflüssigen Elemente von der Futterkrippe des Staates abzudrängen, sind sehr groß. Jedenfalls werden wir in Zukunft mit einem wesentlich größeren Beamtenheere zu rechnen haben. Diese Vermehrung gehört nun einmal zu den Segnungen des Parlamentarismus.

Nicht minder schwerwiegend ist die Abwanderung aus den produktiven Gewerben in den Handel. Genaue Zahlen liegen nicht vor. Man ist auf einzelne Erhebungen und und auf persönliche Wahrnehmungen angewiesen. Der Handel ernährt seinen Mann besser als produktive Arbeit. Gewiß ist der Handel als Ganzes produktiv, aber seine Füllung mit ungelernten und überflüssigen Elementen ist unproduktiv. Im Großen sehen wir die Zunahme des Handels an den Bankpalästen, die in jeder großen und kleinen Stadt erstehen. Im Kleinen erkennen wir diese Entwicklung an dem Kampf um ein kleines Lädchen, wobei für die Überlassung eines Mietvertrages riesige Summen bezahlt werden. Als im Jahre 1907 festgestellt wurde, daß sich seit 1895 die Bevölkerung um 19%, die Zahl der Zigarrengeschäfte aber um 126% vermehrt haben, ging ein Erstaunen durch Deutschland. Um wieviel größer würde das Erstaunen sein, wenn wir Zahlen über die Entwicklung von 1913 bis 1921 hätten! Von Tag zu Tag steigt die Zahl der Kneipen, Weinhäuser, Bars, Dielen und sonstiger Vergnügungsanstalten. In den Kreisen des neuen Handels zirkuliert das Wort: Jeder der arbeitet, ist ein Esel. Vor dem Kriege betraf die Vermehrung des Handelsstandes zu einem Teile das Auslandsgeschäft. Wer heute zum Handel

übergeht, verkürzt indessen nur den Anteil der übrigen Deutschen an dem Volkseinkommen.

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß allein durch den Friedensvertrag dem deutschen Volke die Grundlagen seiner Existenz genommen sind. Von dem, was uns geblieben, können wir nicht leben. Wir können davon umso weniger leben, als die frühere Arbeitsleistung kaum jemals wieder erreicht wird. Die Arbeitsleistung ist gesunken durch Verkürzung der Arbeitszeit, durch Streiks und sonstige Unordnung, durch Abwanderung in die unproduktiven Stände. Leistungen an die Entente sind infolgedessen nur durch Eingriffe in unser Vermögen zu bewerkstelligen. Diese Eingriffe werden sich schon in kurzer Frist furchtbar rächen. Wir zahlen, indem wir die Ersparnisse der Vergangenheit verbrauchen und die Zukunft vergessen. Das zeigt sich namentlich bei den Häusern. Was ehemals gebaut wurde, geht dem Verfall entgegen, Neubauten werden nicht vorgenommen.

Man hat lange Zeit davon gesprochen, die Steigerung der Produktivität auf technischem und organisatorischem Wege zu erreichen. Vereinfachte Arbeitsmethoden, Typisierung, Zusammenlegung von Betrieben — so und ähnlich lauteten die Schlagworte. Heute spricht man kaum mehr darüber. Die Umstellung der Industrie auf bestimmte Typen, die Zusammenlegung und neue Arbeitsmethoden knüpfen sich an Voraussetzungen, die weder heute noch für die Zukunft in nennenswertem Umfang gegeben sein werden. Eine solche Umstellung würde, selbst wenn sie möglich wäre, viele Jahre beanspruchen. Es ist darum ausgeschlossen, daß die Industrie aus sich heraus eine wesentliche Steigerung der Produktion herbeiführen könnte.

Ähnlich steht es mit der anderen Forderung, durch Einschränkung des Verbrauchs das Gleichgewicht in unserer Zahlungsbilanz herzustellen. Arbeiten und Sparen, so hört man es von amtlicher Stelle. Wie es mit der Arbeit steht, haben wir schon gezeigt. Wie aber verhält es sich nun mit dem Verbrauch? Zugegeben werden muß, daß heute viel-



leicht die Hälfte des deutschen Volkes ebensogut, teilweise noch besser als vor dem Kriege lebt. Die Landwirtschaft bildet ein Viertel der deutschen Bevölkerung. Sie steht heute wirtschaftlich besser da als im Jahre 1913. Abgetragen sind die Hypothekenschulden. Da die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse hoch sind, wird mehr als früher verdient. Es wird auch mehr ausgegeben. Hier wäre eine Einschränkung möglich, doch wir glauben nicht, daß sie durch irgendwelche Mittel erzwungen werden kann. Gut geht es ferner Teilen des Handels und des gewerblichen Mittelstandes, sowie dem industriellen Unternehmertum. Auch sonst gibt es Leute, die besser leben können als ehedem. Hingewiesen sei nur auf jene Familien, in denen mehrere Mitglieder verdienen. In allen diesen Schichten gibt man das verdiente Geld nach Möglichkeit aus, weil man die Steuern fürchtet und von der Zukunft wenig hält. Wir bezweifeln, ob man diese Tatsache ändern kann. Die andere Hälfte des deutschen Volkes darbt dagegen seit Jahr und Tag. Der Durchschnittsarbeiter kann irgendwelche Neuanschaffungen und Ergänzungen nicht vornehmen. Schlechter noch ergeht es den Beamten, die zwar das zehnfache des Friedenseinkommens haben, jedoch alle Bedarfsgegenstände des täglichen Lebens mit dem 30-, 40- und 50-fachen Betrag von früher bezahlen müssen. In der traurigsten Lage befinden sich neben den sogen. Kleinrentnern — von Ausnahmen selbstverständlich abgesehen — die Privatangestellten. Weitere Einschränkungen sind bei den genannten Gruppen nicht möglich, notwendig ist dagegen eine sehr erhebliche Erhöhung des Verbrauches. Nach alledem darf man nicht damit rechnen, daß ein beschränkter Konsum Deutschlands wirtschaftliche Lage erleichtern könnte. Ist das deutsche Volk, das so in den Materialismus versunken ist, überhaupt im Stande, sich freiwillige Entbehrungen aufzuerlegen? Nach allem, was man sieht und hört, muß man diese Frage verneinen.

In diesem Zusammenhange muß noch auf den früheren



Überschuß der deutschen Volkswirtschaft hingewiesen werden. Von verschiedenen Volkswirten wurde ausgerechnet, daß wir vor dem Kriege unser Volksvermögen um jährlich 10 Milliarden Goldmark vermehrt haben. Man ist selbstverständlich bei dieser Angabe auf Vermutungen angewiesen. Aber nehmen wir einmal 10 Milliarden Überschuß an. Diese 10 Milliarden werden durch die Gebietsverluste um mehrere Milliarden verringert. In dem angeblichen Überschuß steckten zudem namhafte Summen, die aus zwingenden Gründen aufgewandt wurden. Wir mußten beispielsweise für die wachsende Bevölkerung Arbeitsgelegenheit schaffen und darum immer neues Kapital investieren. Von dieser Notwendigkeit werden wir uns auch für die Zukunft nicht freimachen können. Stillstand wäre auch hier Rückgang. Die vielleicht möglichen Abstriche werden doppelt und dreifach aufgehoben durch die inzwischen eingetretenen Veränderungen.

Wir kommen zum Schluß. Deutschland ist nicht nur zahlungsunfähig, sondern auch existenzunfähig. Es besteht darum gar keine Möglichkeit, Leistungen für die Entente zu vollbringen. Damit soll nicht gesagt sein, daß die Außenpolitik der jetzigen Regierung falsch ist. Man gab sich der wohl trügerischen Hoffnung hin, Zeit zu bekommen, um dann eine gründliche Revision des Friedensvertrages zu erreichen. Selbstverständlich wäre eine Erleichterung in den Reparationsleistungen von untergeordneter Bedeutung. Deutschland ist nicht einmal damit gedient, wenn ihm sämtliche Zahlungen nachgelassen werden. Wird der Friedensvertrag nun die notwendige Revision erfahren? Wir bezweifeln das. Über die Tragweite des Vertrages ist ja nicht einmal das deutsche Volk orientiert. Wenn Gegner und Neutrale von Erleichterungen sprechen, so denken sie nur an die Reparationsleistungen, übersehen aber dabei, daß allein die Gebietsverluste uns den Tod bringen müssen. Nun ist weiter zu befürchten, daß die Welt nicht einmal für kleine Erleichterungen reif ist. Eine zeitlang schien es, als ob Amerika und England die Reparationsfrage auf voll-



ständig veränderter Grundlage lösen wollten. Heute sind die Aussichten dafür trübe. Der amerikanische Kongreß hat den Beschluß gefaßt, daß die Schulden der Alliierten an die Vereinigten Staaten bei einer Verzinsung von $4^1/_2$% binnen 25 Jahren getilgt sein müssen. Amerika will also keine Opfer bringen. Wenn die Vereinigten Staaten ihr Geld von England und Frankreich zurückfordern, so wird England auf Frankreich drücken und von ihm die Bezahlung der Schulden verlangen. Frankreich hält sich dann an Deutschland schadlos. Die Alliierten können ihm kaum in den Arm fallen, weil sie ja früher festgelegt haben, daß Deutschland den ganzen Schaden ersetzen soll. So ist im Augenblick die internationale Lage. Es besteht auch keine Aussicht, daß in absehbarer Zeit ein Umschwung eintreten würde. Darum befürchten wir, daß die Erfüllungspolitik die Katastrophe nicht verhindern wird.

Die deutsche Denkschrift an die Reparationskommission weist darauf hin, daß unsere Zahlungsbilanz jetzt mit rund 2 Milliarden Goldmark passiv sei. Damit ist eigentlich alles gesagt. Diese Passivität unserer Zahlungsbilanz läßt sich nicht aus der Welt schaffen, solange der Friedensvertrag besteht und so lange unsere innere Politik die jetzigen Bahnen beschreitet. Auch eine gründliche Revision des Friedensvertrages wird uns auf die Dauer nichts nützen, wenn die inneren Zustände bestehen bleiben. Auf die äußere Gestaltung haben wir nur beschränkten Einfluß. Wenn uns künftige Geschlechter von Schuld frei sprechen sollen, dann dürfen wir mit inneren Reformen nicht zögern. Wenn früher Völker in Not waren, dann haben sie Jahrzehnte hindurch Tag und Nacht gearbeitet und dabei buchstäblich gehungert. Auf diese Weise gelang es, allmählich die trüben Tage zu überwinden. Deutschland aber arbeitet weniger, sehr beträchtlich weniger als ehedem, in dem Konsum legt es sich keine Schranken auf. Ein Zeichen unserer Zeit sind die Verschwendung und Vergnügungen. Wird es eine Möglichkeit geben, das Volk jemals auf einen anderen Weg zu

führen? Oder wird Deutschland in gerader Zielrichtung in den Tod hineinrennen? Wir befürchten, daß es nach der Haltung der Entente und nach der Entwicklung im eigenen Lande nur den letzteren Weg geht.

XXXV.

Föderalismus und Staatssozialismus.

Graf Westarp hielt in München am 19. Januar eine Rede, welcher man im allgemeinen durchaus zustimmen konnte. Nur einige Äußerungen sollen nicht unwidersprochen bleiben.

Er sagte unter anderem: „Ich bewundere die süddeutsche Eigenart, aber gestatten Sie in dem deutschen Orchester auch der preußischen Fanfare einen Ton.“ Es sind doch wahrlich nicht die Süddeutschen, welche die preußische Fanfare zu tönen verhindern, sondern Preußen ist es, welches den deutschen Stämmen seine Art aufzuzwingen sucht. Der Ausspruch: „Für uns Preußen ist Monarchie gleichbedeutend mit unseren Hohenzollern“ ist vielleicht berechtigt, wenn er sich ausschließlich auf die Königsfrage östlich der Elbe bezieht; ist damit aber die Wiederkehr des Kaisertums der Hohenzollern gemeint, so hat der Patriot und Royalist das Recht sich dagegen zu verwahren; denn es gibt viele Gründe, welche es unzweckmäßig erscheinen lassen, dieser Dynastie selbst nur einen theoretischen Anspruch auf die höchste Würde im Deutschen Reich zu gewähren. Außerdem stellte sich Bismarck auf rein preußischen Boden, als er die deutsche Tradition zerbrach, um die Kaiserkrone zum Spezialeigentum der Hohenzollern herabzudrücken. Wohl kann vom deutschen Standpunkt als Träger der Kaiserkrone der Sohn dem Vater folgen, aber nur mit Zustimmung



der Fürsten und der Grundsatz der freien Kaiserwahl muß gewahrt werden, für den Fall, daß eine Dynastie sich zur Herrschaft unfähig oder unwürdig zeigt. Indem Bismarck den Hohenzollern ein selbstherrliches erbliches Recht auf die Kaiserkrone verschaffte und sie dadurch von einer Abhängigkeit von den Fürsten im Wesentlichen befreite, beseitigte er ein wichtiges Recht der Staaten und förderte das immer stärkere Hervortreten des Zentralismus. Es entspricht keineswegs den Tatsachen, wenn Bismarck von deutsch-nationaler Seite in Bayern als Föderalist hingestellt wird. Sein Ziel war allein auf eine Vermehrung der preußischen Macht gerichtet. Doch war er dabei ein viel zu kluger Staatsmann, als daß er das zu seiner Zeit meist ungebrochene Selbstgefühl der süddeutschen Stämme durch Annektion tödlich verletzt und sie dadurch in die Arme eines jeden auswärtigen Gegners Preußens getrieben hätte, da er der Meinung war, daß dieses in einem solchen Fall nicht die Macht besäße seine widerwilligen Provinzen zu behaupten. So ließ er denn den Süddeutschen ausschließlich Preußen zulieb einen gewissen Grad von Selbständigkeit. Aber bei den norddeutschen Staaten, bei welchen er wegen ihrer geographischen Lage dergleichen Befürchtungen nicht hegte, war er Unitarier vom reinsten Fahrwasser, wie seine Haltung gegen Schleswig-Holstein, Hannover, Hessen-Kassel und Nassau zur Genüge beweist.

Graf Westarp führte ferner aus: „Uns Preußen war es beschieden, im Staat das höchste Ideal zu sehen.“ Damit wurde die Kernfrage des preußischen Problems berührt, die Verherrlichung der Staatsallmacht, welche Preußen im staatssozialistischen Sinne verkörpert. Nicht mit Unrecht bemerkte ein bürgerlicher Abgeordneter während der Revolution in einer Parlamentsrede: „Zerstören Sie Preußen und Sie zerstören den Sozialismus.“ Die preußischen Konservativen sehen leider nicht ein, daß der **Parteisozialismus** nur in **dem Staatswesen** überwuchern kann, in dem die Bevölkerung durch den **Staatssozialismus** entwöhnt



ist auf eigenen Füßen zu stehen. Durch die Art unserer sozialen Gesetzgebung wurden die unteren Schichten des Volkes verweichlicht, indem sie dazu erzogen wurden im Staat eine Versorgungsanstalt zu erblicken, und den höheren Ständen wurde Unternehmungslust und Verantwortungsfreudigkeit durch den Bürokratismus geraubt. Dem Parteisozialismus kann der Boden auf die Dauer entzogen werden nur durch die Befreiung des Einzelnen, der Familie, der Berufsstände und der Stämme aus den Fesseln des zentralistischen Staatszwangs.

Fing man ja auch im früheren Regime schon in der Schule damit an, das Gehirn der Jugend zu verstaatlichen! Die Folgen solcher Methoden zeigen sich in dem allseits beklagten Mangel an selbständigen Charakteren. Hätte sich unser Volk einer ständisch-germanischen Freiheit erfreut, dann hätte wohl kaum die Tyrannei des Parteisozialismus, noch die öde Demokratie der Zahl Rousseau'schen Musters bei uns aufkommen können.

Den Parteisozialismus durch das staatssozialistische System Preußens bekämpfen zu wollen, ist ein innerer Widerspruch. Freilich haben die Hohenzollern seit Friedrich Wilhelm I. ihre Untertanen so sehr an den Staatssozialismus gewöhnt, daß weder preußische Konservative noch Liberale die Nachteile dieses Regimes zu erkennen vermögen und nur zu geneigt sind, jede Auflehnung dagegen als anarchisch und demagogisch zu betrachten, und sie verstehen nicht, daß Mannesstolz und Würde sich gegen den „Zuchthausstaat" auflehnen müssen, ob dieser nun wohlgeordnet ist wie unter den Hohenzollern oder zügellos wie unter der Republik.

In diesem Staatssozialismus liegt die Ursache, warum dem preußischen System entgegengetreten werden muß. Verwerflich dagegen sind die Schlagwörter im übertreibendem Sinne der Linken: „Militarismus", „Junkerherrschaft" und dergleichen. Gewiß hat der preußische Militarismus Unheil in die Welt gebracht. Aber ohne Militär ist die glänzendste Staatskunst unnütz, und 1866 wäre es für



Bayern, Österreich und die übrigen Südstaaten vorteilhaft gewesen, wenn sie ebenso gut gerüstet gewesen wären wie Preußen.

Was die angebliche Junkerherrschaft anbelangt, so muß man wohl bis zu den Quitzows zurückkehren, um eine solche anzutreffen. Der autokratische Beamtenstaat Preußen, der die Rechte der Stände zu Boden trat, hatte keinen Raum für ausschlaggebenden adeligen Einfluß. Die Hohenzollern haben ihre Junker zermürbt, sie verwendet ihre Schlachten zu gewinnen und dadurch ihren Thron geschmiedet mit deren Blut; sie haben dieselben geschätzt als tüchtige Werkzeuge ihrer Selbstherrlichkeit, aber den Wert und die Notwendigkeit eines in Charakter und Gesinnung unabhängigen Adelsstandes für das Gedeihen eines Landes haben sie nie erkannt.

Die den preußischen Konservativen seit Jahrhunderten eingeimpften staatssozialistischen und somit naturgemäß unitarischen Tendenzen machen es überaus schwierig eine Brücke zu schlagen zwischen ihnen und einem mehr ständisch-freiheitlich-föderalistischen Konservatismus. Beide Richtungen haben jedoch einen gemeinsamen Feind in der Internationale des Parteisozialimus, des Freimaurer- und Judentums, aus deren Gewalt jeder Patriot das Vaterland zu befreien streben muß. Für beide heißt es also notgedrungen: „getrennt aufmarschieren, vereint schlagen," ohne Rücksicht darauf, ob sie sich sympathisch oder nicht gegenüberstehen. So haben die beiden historischen Parteien Englands sich die Hand gereicht selbst in Zeiten größter gegenseitiger Erbitterung, wenn die Pflicht gegenüber dem Vaterland es befahl. Jedoch muß der Föderalismus auf Garantien bestehen, daß er nach gemeinsamer Bekämpfung der Internationale nicht durch das Altpreußentum vergewaltigt werde; denn diese Gefahr liegt nahe. Fußend auf einer 2000 jährigen Vergangenheit muß er sich als ein zum mindesten gleichberechtigter Faktor neben der preußischen Tradition betrachten.



Die Grundlage für ein gedeihliches Zusammenarbeiten zwischen beiden Richtungen bestände etwa in folgendem Programm: vollkommene föderalistische Selbständigkeit der Bundesstaaten; Wiedererrichtung vor allem von Hannover; Rücktritt Preußens von der führenden Stelle im Reich. Die Bayern hätten in erster Linie die Aufgabe den Preußen klar zu machen, daß sie verpflichtet sind dem Gesamtvaterland das Opfer eines Umbaues des Reiches zu bringen, da die politische Lage es dringend erfordert und ihr System uns innen- und außenpolitisch so sehr geschadet hat. Die Unabhängigkeit Hannovers liegt im wohlverstandenen Interesse des preußischen Konservatismus selber, weil ein größtenteils agrarischer Staat Hannover ein ganz anderes Gegengewicht gegen die Berliner Internationale bilden würde, als eine vergewaltigte Provinz.

Die Bayern sollten endlich den Mut aufbringen eine Politik im erwähnten Sinn zu betreiben. Leider ist die Bayerische Mittelpartei zu sehr von der altpreußischen Tradition abhängig und die Bayerische Volkspartei will nicht einsehen, trotz aller Gegnerschaft gegen Herrn Wirth, daß grundsätzliche Opposition aufs Äußerste eine nationale Pflicht ist einem System gegenüber, dessen Tätigkeit die Schwächung Deutschlands bedeutet. Es sollte nie vergessen werden, daß deutscher Sozialismus und deutscher Pazifismus durch ihren berüchtigten Dolchstoß im Rücken und nicht feindliche Waffengewalt allein das deutsche Heer zertrümmert haben.

Mit den Anstiftern und Nutznießern der Revolution, welche die Regierung in der Hand haben, kann es für den Patrioten kein Kompromiß geben; doch wie Wenige begreifen dies im grenzenlosen politischen Unverstand der Deutschen! Von den bürgerlichen Anhängern der Revolution sind aber diejenigen am schuldigsten, welche durch Verbindung der jakobinischen Phrase von der „Volkssouveränität“ mit dem frommen Augenaufschlag der Puritaner ihren sehr leichtgläubigen Wählern Staub in die Augen streuen. Unter-

ihrer ganz besonderen Mitwirkung entwickelt sich Deutschland in täglich rascherem Tempo zum Proletarierstaat: — Steuerbolschewismus, Finanzbolschewismus, Lohnbolschewismus, Terror der Gewerkschaften, Bolschewismus in Gesetzgebung, Rechtspflege, Verwaltung.

Die Verfassung von Weimar, weit entfernt, die Überwindung der Revolution zu bedeuten, ist vielmehr deren Legalisierung durch die Mehrheitsparteien. Jeder Paragraph jedoch, welcher ihnen unbequem ist, wird einfach übergangen, ja oft durchs Gegenteil ersetzt. Und solche Leute wagen es, der Rechten Hochverrat vorzuwerfen!! Ohne die geradezu unverantwortliche Unterstützung der bürgerlichen Mitte und Linken (auch die Nationalliberalen sind darin nicht einwandfrei) könnte der Sozialismus nie mit so unerhörter Anmaßung auftreten. Sie übersehen scheinbar die Lehren der Geschichte, daß in jeder Revolution die sogenannten Gemäßigten durch Radikale ersetzt werden: Rundköpfe durch Independenten; Gironde durch den Berg; Kadetten und Menschewiki durch Bolschewiki.

Ein gleiches Schicksal bereiten sich die Demokraten, Zentrum, Mehrheitssozialisten einschließlich. Sie tragen die Schuld, wenn zum mindesten Norddeutschland der Kommune verfällt; wenigstens vorderhand sieht man noch kein Zeichen der Rettung vor dieser Gefahr. Es ist ganz unfaßbar, daß eine Regierung, welche sich „deutsch" nennt, sich so benimmt, als wenn es ihre Aufgabe wäre, die französischen Interessen zu vertreten; daß sie die größten Opfer an Besitz und Lebensnotwendigkeiten vom eigenen Volk fordert, nicht zur Erkämpfung der Freiheit, sondern zu einer „Erfüllung", welche praktisch die Befestigung der Herrschaft des französischen Militarismus und des internationalen Kapitals über Deutschland bedeutet; daß sie einer unmöglichen Versöhnung des Erbfeinds zulieb Deutschland hindert, sich mit einem anderen Land zu vergleichen. Da von Deutschland der Sozialismus und Pazifismus ausging, welcher durch seine Vernichtung der Armee das bisher als Notbehelf zur Aufrechterhaltung



des Friedens dienende europäische Gleichgewicht zerstörte und einen wahren Frieden erst recht unmöglich machte, kann jenes nur von Deutschland wieder hergestellt werden, wenn deutscher Patriotismus unserem Volke Festigkeit und Entschlossenheit, sich zu wehren, zurückgewinnt, ohne welche es der Spielball seiner Feinde naturgemäß sein muß.

Trotz aller Pazifistenphrasen starrt die übrige Welt in Stahl und Eisen und, wie Herr von Kahr in ähnlichen Worten hervorhob, ein Volk hat nur Wert, soweit seine Waffen reichen. Nur mit eigener Kraft, nicht durch der Herrn Wirth und Rathenau Überredungsversuche können wir den durch die Schwäche der maßgebenden Kreise in Deutschland ermöglichten Machttaumel Frankreichs eindämmen und niederzwingen.

Mit England dagegen wäre eine Verständigung wenigstens auf dem Boden gemeinsamer Interessen möglich, wohlbemerkt nur für ein wehrhaftes Deutschland mit rehabilitirter Ehre; ohne diese Faktoren sind wir bündnisunfähig. Durch würdeloses Anbiedern ist nichts zu erreichen.

Einem Ausgleich mit England ist der Parteisozialismus besonders hinderlich, aber auch dem Staatssozialismus und der Autokratie altpreußischen Styls bringt England, belehrt durch die Erfahrungen der eigenen Vergangenheit, das Mißtrauen entgegen; dieses System hat uns — neben anderen Ursachen — vor dem Krieg bei allen Nationen verhaßt und gefürchtet gemacht, aber besonders bei England. Somit kommt man aus Gründen der auswärtigen Politik zu dem gleichen Schluß wie aus innerpolitischen: Ausscheiden von Berlin-Preußen von der ausschließlichen Führung; Wiederaufbau auf föderalistischer und ständischer Grundlage; Regierungen, welche durch abgeklärten Konservatismus den Kristallisationspunkt für alle bürgerlichen Elemente bilden können.

XXXVI.

Kürzere Besprechung.

Albert Ballin von Bernhard Huldermann. Verlag von Gerhard Stalling in Oldenburg.

Wer die Zeitgeschichte verfolgt und wer Aufschluß über manchen wichtigen Vorgang auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete begehrt, wird in diesem Buche eine unentbehrliche Ergänzung seiner Büchersammlung finden. Darin schildert der Direktor der Hamburg-Amerika-Linie, Herr Huldermann, den Werdegang, das Wirken und die in die Geschicke Deutschlands manchmal eingreifende Betätigung seines Meisters und Vorbilds, Alfred Ballin. In erster Linie stellt er denselben als Kaufmann vor; der ganze erste Teil des Buches ist der Entwicklung der deutschen und, im Zusammenhang, der internationalen Schiffahrt gewidmet. Wir wissen noch, wie wichtig uns diese Dinge vor dem Krieg erschienen sind, wie sie oftmals die halbe Zeitung in Anspruch genommen haben. Alle diese Kapitel sind interessant zu lesen und von den Leistungen der deutschen Schiffahrt gewinnt man dabei eine gewaltige, zugleich zutreffende Vorstellung. Das ist nicht unbeachtet zu lassen angesichts der Rolle, welche die Schiffahrt im Gang der Welt spielt. Mit größerer Aufmerksamkeit indessen wird der Leser die Mitteilungen über die Betätigung Ballins im Weltkriege lesen. Da ist vor allem der Bericht ins Auge zu fassen, welcher Ballin als den Vertreter derjenigen Richtung darstellt, welche die Einsetzung der deutschen Flotte im Kriege nicht gewollt hat und beständig und mit Nachdruck vor Seeschlachten warnte. In diesem Sinne hat Ballin mit Entschiedenheit und mit Erfolg beim Kaiser und bei der Marineleitung gewirkt. Diese Haltung wird in dem Buche ausführlich notiert, u. a. mit dem Hinweis, daß die intakte Flotte ein unentbehrliches Argument bei Friedensverhandlungen darstelle.



Bekanntlich haben Ludendorff und viele andere die entgegengesetzte Meinung vertreten, und es steht heute wohl fest, daß der Rat Ballins in diesem hochwichtigen Punkt falsch war. Sonst jedoch hat Ballin stets nach dem Frieden Ausschau gehalten und war immer bestrebt, Fäden mit England anzuknüpfen. Daß es vor dem Krieg in der Flottenfrage nicht zu einer Verständigung mit England gekommen ist, an der Ballin und sein Freund Ernst Cassel eifrig arbeiteten, ist längst als Fehler der deutschen Politik erkannt worden. Ballin scheint die Schuld bei Bethmann Hollweg und dem Auswärtigen Amte in Berlin zu suchen, das übrigens nicht allein in diesem Fall im nachteiligen Lichte erscheint. Von besonderem Interesse ist noch sehr viel anderes. So der Bericht über Äußerungen des früheren russischen Ministers Witte, der noch im Juli 1914 eine Begegnung zwischen Kaiser und Zar vorschlug, diesen Gedanken für leicht ausführbar erklärte und darin das sichere Mittel zur Erhaltung des Friedens zu erblicken angibt. Ein besonderes Kapitel ist der Politik des Kaisers in Bezug auf England gewidmet, wobei keineswegs Eduard VII. sondern sein Sohn, der regierende König Georg V., als Gegner Deutschlands und in den Händen einer kleinen deutsch-feindlichen Clique erscheint; die dahingeschiedene Kaiserin Auguste Viktoria wird als besonders entschlossene Vertreterin der Fortsetzung des Krieges gegen England geschildert. Das Faksimile der handschriftlichen Randbemerkungen des Kaisers zu dem Aufsatz einer englischen Zeitung erhöht das große Interesse, das man an dem Buch nimmt.

Druckfehlerberichtigung.

In der Besprechung der Mack'schen Adelsschriften S. 252 muß es Z. 22 v. o. statt Erlebtem heißen **Ererbtem** und in der Zeile darauf: Der Staat hat **wohl** die Aufgabe die Lebensbedingungen . . . sicher zu stellen.



XXXVI.

Das Martyrium des hl. Papstes Klemens I.

Von P. Ed. Hosp C. Ss. R.

Zu den ehrwürdigsten und wichtigsten Schriftstücken der urkirchlichen Zeit zählt der Brief der Gemeinde Rom an die Gemeinde von Corinth, dessen Verfasser der hl. Papst Klemens von Rom war. Wir lernen hier den vierten Nachfolger des Apostelfürsten als einen wahren Hirten nach dem Herzen Gottes kennen und schätzen. In der Art und Weise, wie er die Korinther und den ganzen Streitfall behandelt, offenbart sich eine gründliche Menschenkenntnis und Pastoralklugheit. Er ist ein Mann der Ordnung. Mit dem Hinweis auf die kosmische, militärische und moralische Ordnung sucht er die gestörte hierarchische Ordnung wiederherzustellen. Aber er zeigt sich dabei auch als ein Regent voll Mäßigung und Umsicht. Das in seinem Briefe so beliebte Wort „ἐπικεία" charakterisiert auch seine ganze Persönlichkeit.[1]) In der Heimatkirche und in der Weltkirche, in seinem Schreiben und Handeln, in seiner Lehre und seinem offiziellen Auftreten betrachtet er es als seine Aufgabe, zu vermitteln, auszugleichen und zu versöhnen. Dabei bietet er mit seiner vom Geist der heiligen Schriften, besonders der Schriften des A. B., durchwehten und durchglühten Sprache Alles auf, um die Herzen

1) Lightfoot, The Apostolic Fathers. Part I. S. Clement of Rome. London 1890, I 73.

zu gewinnen, zu erschüttern, zur Einkehr und Buße zu führen, für das christliche Lebensideal zu begeistern. Der hl. Klemens war ein Mann, der selber lebte, was er schrieb; seine ganze edle Persönlichkeit leuchtet im Briefe auf.

Lernen wir so den Charakter des hl. Papstes kennen, so fehlen uns leider die Nachrichten über seine Lebensschicksale vollständig. Sehr schwierig und verworren ist die Frage nach der Art seines Todes. Starb der hl. Klemens eines natürlichen Todes oder als Martyrer? Die alten kirchlichen Schriftsteller Irenäus, Eusebius und Hieronymus erwähnen nichts von einem Martyrium; es ist also mehr als fraglich, ob sie eine Tradition über den Martertod kannten. Denn sie sprechen von seinem Tode ohne Hinweis auf ein Martyrium (Eus. h. e. 3,4 u. 3,34; Hieron, de vir. ill. 15). Erst Rufin von Aquileja bezeichnet ihn ausdrücklich als Martyrer; weitere Zeugnisse finden wir in einem Briefe des Papstes Zosimus (417—18).[1] Auch eine Inschrift aus der Zeit des Papstes Siricius (384—99) scheint ihm diesen Titel zu geben.[2] Als Hauptbeweis wird aber die Passio angerufen. Dieselbe ist uns in einer griechischen und in einer doppelten lateinischen Rezension erhalten.[3] Eine genaue kritische Untersuchung zeigte, daß die Originalität sehr wahrscheinlich der lateinischen Passio zugeschrieben werden muß. Jedenfalls bis zum Exil spricht Alles für den römischen Ursprung der Legende, die überhaupt einen hervorstechend römischen Charakter aufweist.[4] Die ganze Sisinnius-Erzählung, die so breit ausgesponnen ist, gehört nach Rom. Da der comes sacrorum officiorum

1) Rufinus, Hieron. apolog. adv. libr. Ruf. II 17; Zosimus ep. II 1 Jaffé 329.
2) Bulletino di archeologia cristiana 1870, 146.
3) Textausgaben bei Funk,[1] Patres apostolici, Tubing. 1901[2], II 28—45; dazu Proleg. VII— IX. Kritische Noten zum Text bei Funk gibt Franchi de' Cavalieri, La leggenda di S. Clemente, Papa e Martire: Studi e Testi 27 (1915) 1—4; die Korrekturen 3—11.
4) Franchi, a. a O. 12—27.



(c 15) erwähnt wird, so kann die Legende in dieser Fassung nicht über die Zeit des Kaisers Konstantin des Großen hinaufreichen, der dies Amt einführte.[1]) Andererseits kannte sie bereits der hl. Gregor von Tours († 594).[2]) Das Martyrium dürfte also im 4. oder 5. Jahrhundert entstanden sein. Ob dem Rufinus bereits eine passio S. Clementis vorlag, wissen wir nicht. Das Papstbuch, dessen Redaktion aus der ersten Hälfte des 6. Jahrhunderts stammt, sagt ganz allgemein: Obiit martyrio Traiano III. Qui etiam sepultus est in Graecias VIII kal. decembr.[3]) Es läßt sich bei dieser Ausdrucksweise nicht mit Sicherheit auf eine Abhängigkeit von der Legende schließen.

Das Martyrium erzählt, der Stadtpräfekt Mamertinus sei vom Volk gezwungen worden, den Papst Klemens vor sein Tribunal zu rufen, und Kaiser Trajan habe auf den Bericht des Richters hin angeordnet, Klemens müsse entweder opfern oder in die Verbannung ziehen. So kam der Heilige nach Chersonnä auf der Krim. Im Exil am Schwarzen Meer traf der heilige Dulder bereits mehr als 2000 Christen, die in einer früheren Verfolgungszeit zur Arbeit in den staatlichen Bergwerken verurteilt worden waren. Da er sah, daß die Christen das Wasser sechs Meilen weit tragen mußten, forderte er alle zum Gebete auf. Da erschien ein Lamm, und als Klemens mit einem Stab auf den Ort schlug, wo es gestanden war, floß reichlich Wasser. Dies Wunder und die Predigt des Heiligen bewirkten eine wunderbare Ausbreitung des Christentums. Klemens wird auf Befehl Trajans aufs neue vor Gericht geladen. Er weigert sich zu opfern. Da wird er, mit einem eisernen Anker am Hals in die Tiefen des Meeres versenkt. Ein Wunder tröstet die trauernden und betenden Christen. Das Meer weicht auf drei Meilen

1) Funk, a. a. O. Proleg. IX. F. Grossi-Gondi, Principi e problemi di critica agiografica. Roma 1919, 76.

2) De gloria martyrum 35, 36.

3) Duchesne, Le Liber pontificalis. Paris 1886, I 123.

weit zurück und in einem Marmortempel finden die Gläubigen den Leib des hl. Papstes am Meeresgrund. Eine Offenbarung verbietet ihnen, die teure Reliquie wegzutragen, und kündigt ihnen an, daß dies Wunder im Meer sich jedes Jahr erneuern werde. So erzählt das Martyrium etwa drei Jahrhunderte nach dem Tode des hl. Klemens. In dieser Form wurde die Legende auch ins Brevier aufgenommen (23. November).

Zunächst muß es als eine auffallende Tatsache bezeichnet werden, daß Rom das Grab des hl. Klemens nicht barg und auch nicht den Anspruch erhob, es zu besitzen. Außerdem sprechen die alten Itinerarien nie von Reliquien des Heiligen. Daraus ergibt sich mit Sicherheit, daß Papst Klemens nicht in Rom starb. Warum sein Leib nicht gleich dem der Päpste Pontianus und Kornelius, die in der Verbannung starben, nach Rom übertragen wurde, wissen wir nicht. Das Papstbuch weist uns mit seiner Angabe „sepultus est in Graecias" nach dem Orient. Es läßt sich nun nicht leugnen, daß sich gerade im Osten das Andenken an den hl. Klemens lebendig erhielt, während es im Westen bald verblaßte. Als Exilsort bezeichnet das Martyrium Cersona am Pontus, am Schwarzen Meer. Tatsache ist, daß die Legende schon vor der Mitte des 6. Jahrhunderts dort bekannt war. Der Pilger Theodosius besuchte im Jahre 530 die heiligen Stätten in Palästina. Er erzählt aber auch von anderen heiligen Orten, die er durch persönlichen Besuch oder durch Berichte kannte. Er bezeugt uns ausdrücklich, daß man in der Stadt Cersona quae est ad mare Pontum das Fest des Heiligen feierlich beging. Priester und Volk fahren mit Barken auf das Meer hinaus und feiern das hl. Opfer.[1]) So haben wir also auf der Krim wirklich eine Lokaltradition, die schon vor dem 6. Jahrhundert bestand, wahrscheinlich viel älter ist und bis ins

1) Itinera Hierosolymitana; ed. Geyer, Vindobonae 1898, 143.

9. Jahrhundert hineinreicht.[1]) Aus dem Pliniusbrief an Trajan wissen wir, daß sich das Christentum in den Gegenden am Schwarzen Meer rasch ausbreitete und bald eine große Zahl von Anhängern zählte. Auch in dem Königreich am Bosporus, zu dem auch die Krim gehörte, faßte die Lehre Christi festen Fuß.[2]) Wir finden da zuerst christliche Münzen und zwar schon in den Jahren 296, 303 und 324 der christlichen Ära. Das Christentum muß mithin schon sehr früh eingedrungen sein und große Bedeutung erlangt haben. In der Angabe des Martyriums von der großen Ausbreitung des Christentums klingt also eine glaubwürdige Tradition nach, wenn auch die Zeit nicht gerade gesichert erscheint. Allein bis heute können wir das Heiligtum nicht angeben, in dem die Christen die kostbaren Überreste des hl. Papstes geborgen haben. Bei den Steinbrüchen von Inkerman, wohin Klemens verbannt worden sein soll, fand man bei den Ausgrabungen eine in den Felsen gehauene Kapelle mit einem Altar. Ganz in der Nähe entdeckte man eine Kirche ganz alter Konstruktion und ein Oratorium mit einem Altar und Reliquien: Gegenüber auf dem anderen Ufer standen drei Kirchen. Westlich von Sebastopol stieß man im Jahre 1853 auf die Ruinen einer altchristlichen Basilika, die aus dem 4. Jahrhundert stammen soll und in einen Aphroditetempel eingebaut war.[3]) Die Kritik muß diesen Tatsachen Rechnung tragen. Allein eine genügende Sicherheit gewinnen wir nicht. Darum bleibt das Urteil in Schwebe, bis vielleicht neue literarische Funde oder Ausgrabungen mehr Licht und Klarheit bringen.[4])

Es erheben sich nun allerdings Schwierigkeiten gegen das Martyrium, da es eben von so hervorragenden Zeugen wie Irenäus, Eusebius und Hieronymus nicht erwähnt wird.

---

1) Analecta Bollandiana 12 (1893) 319 f.

2) Bull. di archeol. crist. 1864, 5.

3) Dictionnaire d'archéologie chrétienne et de liturgie. Paris 1910, II 2, 265—45.

4) Allard Paul, Storia delle persecusioni. Firenze 1916 I 164

Darum glaubten manche, es liege eine Verwechslung zwischen dem Papst Klemens und einem orientalischen Martyrer gleichen Namens vor.[1]) Allein ein solcher Blutzeuge ist völlig unbekannt.[2])

Man versuchte darum die Entstehung der Legende anders zu erklären. Zunächst wies man darauf hin, daß die Verwechslung des Papstes Klemens mit dem Konsul Titus Flavius Klemens Anlaß zur Wahl des Verbannungsortes gegeben habe. Denn die Inseln des tyrrhenischen Meeres, wohin die Flavier verbannt wurden (Pontia), hatten vielfach auch den Namen *ἐπὶ τὸν πόντον*; außerdem lag ein Umtausch von *πέραν τοῦ πόντου* und *νῆσος Ποντία* nahe.[3]) Für die Wahl von Chersonnes genügte das Faktum, daß dies zur Zeit der Abfassung der Legende der Ort des Exils für vornehme Personen war.

Das Mosaik der Klemensbasilika in Rom, das nach einem Original des 4. Jahrhunderts mit wenigen Änderungen getreu gearbeitet ist, zeigt den hl. Klemens mit einem Schiff.[4]) Wenn dasselbe, wie wahrscheinlich, schon im 4. Jahrhundert zu sehen war, so diente es nach dem Brauch der Zeit zur Andeutung des Exils, da man den Heiligen die Marterwerkzeuge ihres Martyriums zu Füßen legte.[5]) Damit war freilich noch nicht gesagt, ob der hl. Papst Klemens in der Verbannung als Martyrer im strengen Sinne des Wortes oder eines natürlichen Todes starb. Vielleicht erlangte er später den Titel „martyr“, wie seine Nachfolger Pontian, Kornelius und Eusebius, die im Exil eines natürlichen Todes

---

1) Duchesne, Le Liber pontificalis, I Proleg. XCI. — Dufourcq, Étude sur les Gesta martyrum. Paris 1900, 160—62. — Delehaye, Les origines du culte des martyrs. Brüssel 1912, 291.

2) Franchi, a. a. O. 29.

3) Lightfoot, a. a. O. I 87; Dufourcq a. a. O.

4) Wilpert, Die römischen Malereien und Mosaiken der kirchlichen Bauten. Freiburg 1916, II 515.

5) Kaufmann Carl Maria, Handbuch der altchristlichen Epigraphik. Freiburg 1917, 224.

starben und dann wegen der erlittenen Leiden der Verbannung als Martyrer angesehen und verehrt wurden.

Der Zug der Legende von dem wunderbaren Entspringen der Quelle soll nur von einer entsprechenden Darstellung auf den altchristlichen Mosaiken hergenommen sein. Da erscheint nämlich vielfach ein Lamm Gottes auf einem Berge, von dem die Paradiesesströme ausgehen.[1]) Es kann noch auf eine weitere Übereinstimmung zwischen der Legende und der Mosaikdarstellung hingewiesen werden. Das Wunder des hl. Klemens gibt nämlich den Anlaß zur Bekehrung vieler Heiden. Auch dieser Zug könnte vom Mosaik abgelesen sein. Denn zu dem Berge mit dem Lamm Gottes und den strömenden Wassern in der Mitte ziehen von beiden Seiten Lämmer heran aus den Städten Bethlehem und Jerusalem. Damit stellten die altchristlichen Künstler die Kirche aus den Heiden und den Juden dar. Mit dem Bild des Lammes und der Wasserquelle erscheint somit der Gedanke der Bekehrung aufs innigste verknüpft.

Auch das Versenken mit dem Anker wird mit Hilfe des Mosaiks erklärt. Auf dem Original des 4. Jahrhunderts hing vielleicht ein Anker vom Schiff herab. Daraus sei die Legende entstanden, er sei mit dem Anker ins Meer versenkt worden. Denn da das Schiff zur Andeutung des Exils mit dem Anker dargestellt war, scheint es nur mehr ein Schritt bis zur Annahme, daß der Heilige im Schiff aufs Meer hinausgeführt und dort mit dem Anker versenkt worden sei. Die Versenkung ins Meer, die ja öfter vorkam, geschah sonst immer mit Steinen und ein Anker wird nie erwähnt.[2])

Das Haus im Meer wird als eine Variation des klassischen Motivs vom Palast im Meere angesehen.[3])

Das Mosaikbild des 4. Jahrhunderts bezeugte also nur das Exil, ohne die Todesart anzudeuten. Vielleicht ist die

1) Franchi, a. a. O. 31.
2) A. a. O. 34.
3) A. a. O.



ganze Legende nichts anderes als eine weitere Ausdeutung der Mosaikdarstellung.

Daß der Verfasser der Legende ziemlich frei vorging, legt ein Vergleich zwischen dem echten Brief des hl. Klemens und dem Martyrium nahe. Der Heilige warnt in den ersten Kapiteln seines Briefes vor Neid und Eifersucht und betont, daß die beiden Apostelfürsten der Eifersucht zum Opfer gefallen seien. Nun aber hebt die Legende auch ausdrücklich (c. 23) hervor, daß Eifersucht den letzten Anstoß zum Martyrium des hl. Klemens gegeben habe. Der Brief des Klemens mochte es dem Legendenschreiber nahelegen, das Motiv zu benützen und dem Nachfolger der Apostelfürsten ebenfalls ein Opfer der Eifersucht werden zu lassen. Das vermindert aber den Glauben an die volle Echtheit seiner Erzählung.

Das Fehlen des Grabes in Rom im Zusammenhang mit den anderen Umständen legt es also nahe, das Exil des hl. Papstes Klemens als Faktum anzusehen. Alles andere muß nach dem jetzigen Quellenstand als zweifelhaft und teilweise als fabelhaft bezeichnet werden.

XXXVIII.

Karl Ludwig von Haller und seine Beziehungen zu Göttingen.

Nach neuen Funden von Dr. Ewald Reinhard.

Die Beziehungen der Familie von Haller zur Georgia Augusta reichen in die Zeit der Gründung der hannoverschen Universität zurück; Albrecht von Haller gehörte seit 1736 der Hochschule als hervorragendes Mitglied an und blieb auch Jahre hindurch ihre schönste Zierde. Die Bedeutung dieses Mannes auf rein wissenschaftlichem Gebiete ist lange über der Betrachtung seiner Poesien ungebührlich zurück-

getreten, und erst eine historisch gegründete Untersuchung über seine wissenschaftlichen Gedanken und Forschungen, wie wir sie z. B. über seine Augenuntersuchungen besitzen, wird seine unvergängliche Wirksamkeit ins rechte Licht stellen. Unbegreiflich jedenfalls ist, daß die Universität Göttingen diese Leuchte der Wissenschaft durch kein äußeres Denkmal geehrt hat, während Bern seine Gestalt in dem herrlichen Standbild vor den Toren der Alma Mater allen Geschlechtern als Vorbild hingestellt hat. Albrecht von Haller war auch Stifter und Präsident der Göttinger Akademie der Wissenschaften; er war Mitarbeiter der „Göttinger gelehrten Anzeigen" und hatte durch zwei volle Jahre hindurch sogar ihre Leitung. Ferner errichtete er in Göttingen u. a. das anatomische Theater und legte einen botanischen Garten an.

Auch Hallers Sohn, Gottlieb Emmanuel von Haller, unterhielt innige Beziehungen zu der Musenstadt an der Leine. Er machte als Schüler seines Vaters in Göttingen zunächst botanische Studien, stand aber auch nach seiner Rückkehr in die Schweiz im Briefwechsel mit Göttinger Gelehrten.

Endlich unterhielt auch Albrecht von Hallers Enkel, der berühmte Verfasser der „Restauration der Staatswissenschaft" zu Göttingen langjährige Beziehungen. In dem unten folgenden Briefe an die Akademie vom Jahre 1808 verrät er nämlich die bisher unbekannte Tatsache, daß er die Absicht gehabt habe, in Göttingen zu studieren, und daß nur der frühzeitige Tod seines Vaters und die schnelle Anstellung in Bern diesen Plan vereitelt habe. Weiter weist Haller darauf hin, daß er mit mehreren Mitgliedern der Göttinger gelehrten Gesellschaft „in persönlicher Bekanntschaft" stehe. Ein persönliches Zusammentreffen wäre nun höchstens bei Professor Meiners wahrscheinlich, der die Schweiz bereist hatte und 1784 „Briefe über die Schweiz" veröffentlichte; es bleibt dies einer neuen Untersuchung vorbehalten. Offenbar soll darunter aber in erster Linie der Briefwechsel Hallers mit Göttinger Professoren verstanden



sein; von diesen Briefen lege ich hiermit die Briefe Hallers an Professor Christoph Meiners, an Professor Arnold Heeren und an Professor Friedrich Bouterweck zum ersten Male vor.[1]) Neben ihnen werden in dem Schreiben an Heeren vom 5. März 1817 noch die Professoren Georg Sartorius (1765—1828), seit 1827 Freiherr von Waltershausen, bekannt als Historiker und Nationalökonom, und Friedrich Saalfeld (1785—1834), seit 1811 a. o. Professor der Philosophie, genannt. Außerdem findet Erwähnung Georg Friedrich von Martens (1755—1821), vormals Professor für Natur- und Völkerrecht in Göttingen, seit 1816 hannoverscher Gesandter am Frankfurter Bundestag; auch August Wilhelm Rehberg (1757—1836), dessen Name genannt wird, befand sich in hannoverschen Diensten. Er war ein Freund von Stein.

Unter den Göttinger Korrespondenten Hallers war Heeren (1760—1842) der berühmteste; er beschäftigte sich gerade so gerne mit philosophischen wie mit geschichtlichen Studien. Sein Hauptwerk: „Ideen über Politik, den Verkehr und den Handel der vornehmsten Völker der Welt“ wurde in mehrere Sprachen übersetzt. In seinen Ideen vielfach ein Anhänger Hallerscher Gedanken wurde er u. a. dadurch bekannt, daß er die Eröffnung des Bundestags zu Frankfurt als den Beginn einer neuen Glanzzeit feierte. Für Haller wäre die Freundschaft dieses Mannes späterhin darum besonders begehrenswert gewesen, weil er seit 1827 die Göttinger gelehrten Anzeigen leitete.

Professor Bouterweck (1766—1828) stand an Ruf und Ansehen dem eben genannten Heeren kaum nach; er war Jurist, und deshalb scheint Haller auf seine Bundesgenossenschaft Wert gelegt zu haben. Bouterweck war aber auch Dichter und verfügte über eine Sprachkenntnis, die ganz außerordentlich war. Als sein Hauptwerk gilt: „Geschichte

1) Göttinger Universitätsbibliothek.

der Poesie und Beredsamkeit seit dem Ende des 13. Jahrhunderts".

Professor Meiners endlich (1747—1810) vertrat das Fach der Philosophie; jedoch schrieb er mit großer Geschäftigkeit auch über andere Wissensgebiete, so über Religion, über Ästhetik usw. Als Philosoph war er Gegner Kants.

1. An Heeren.

Hochwohlgeborener

Hochzuverehrender Herr!

Die gütige Aufnahme, welche der erste Band meiner Restauration der Staatswißenschaft bey Ew. Hochwohlgebohren gefunden und die freundschaftlichen Äußerungen Ihres Schreibens vom 26. Januar a. c. bewegen mich Hochdenselben die fertigen Aushänge Bogen des 2. Bandes zuzusenden und zugleich die Überbringer den Erb Prinzen von Reuß-Ebersdorf und seinen gouverneur den Herrn Rath Heinemann, welche ein ganzes Jahr lang in meinem Hause gewesen und den gesamten Cursus mit großer Aufmerksamkeit angehört haben, Ew. Hochwohlgebohren gehorsamst zu empfehlen. Es fehlen nur noch 3. Bogen welche das Ende des 43. Cap. und das 44. von dem Untergang des Staatenb. enthalten und die ich nach Titel, Vorrede und Innhalt, welche gestern nach Winterthur abgingen, in etwa 14 Tagen nachsenden werde. Bis dahin werden Ew. Hochwohlgeb. die früheren Bogen schwerlich gelesen haben. Daß sie aber Ihre Aufmerksamkeit anziehen und sogar Stoff zu vielen lehrreichen Nachforschungen in der Geschichte geben werden, deßen bin ich gewiß. Etwas verwundert und beunruhigt mich, worüber ich Euer Hochwohlgeb. im Vertrauen die Ursache fragen möchte. Wie kömmt es daß in den Götting. gel. Anz. bis Ende März noch gar keine Anzeige des ersten Bandes erschienen ist. Jeden Monat erwartete ich sie mit Ungeduld und fand mich stets wieder betrogen. Sollte man etwa das Werk eben nicht tadeln wollen aber doch nicht öffentlich billigen dürfen! Oder ist etwa die Note 22 S. 96 der Direktion mißfällig gewesen? Meine Absicht war doch gewiß nicht die



Herren Verfaßer zu beleidigen, sondern vielmehr das gute hervorzuheben. Warum die Allgemeine Zeitung nämlich das Sendschreiben von Adam Müller hat abdrucken laßen begreife ich nicht. Einmal in guter Absicht ist es gewiß nicht geschehen. Das Schreiben enthält auch seines bombastischen Tones ungeachtet von dem eigentlichen Innhalt des Werkes gar nichts. Indeß wird doch das letztere dadurch allgemein bekannt und vielleicht hat die besagte Zeitung mir wider ihren Willen einen Dienst geleistet.

Die Ehre der Verfasser der Gesch. des Rastadter Congreßes zu seyn, kann ich mir nicht zuschreiben. Dieses Buch ist nicht von mir und zuverläßig auch nicht von einem Schweizer, denn die Schweizerischen Artikel sind gerade die dürftigsten, die oberflächlichsten und bloß aus Zeitungen abgeschrieben. Wäre ich der Verfasser, ich würde mich gewiß genannt haben, wie ich solches bey allen meinen Schriften, einige Gelegenheits Broschüren ausgenommen, gethan habe. Ich habe mich darüber schon oft erklärt und begreife nicht warum mir H. v. Martens diesen unverdienten Ruhm gemacht hat.

Was sagt Herr Rehberg zu meinem Buch? Sein Wunsch den er in der Rezension im Jahre 1808 äußerte, daß ich über den Einfluß der neuen Prinzipien schon vor der Franz. Revolution mehr ins Detail gehen möchte, ist nun doch wohl erfüllt worden. Wie denken die Lehrer der politischen Wißenschaften in Göttingen, besonders die Herren Sartorius und Saalfeld. Ich wäre sehr neugierig etwas von ihren Ansichten zu wißen.

Ew. Hochwohlgeb. Schriften fehlen in meiner, obgleich sehr mäßigen Bibliothek nicht und ich habe die gute Tendenz schon längst darinn bemerkt. Besonders freute mich die Abneigung gegen die revolutionäre Gleichförmigkeit, und die treffliche Auseinandersetzung der verschiedenen rechtlichen Verhältnisse, nach welchen selbst die Republiken Rom und Carthago über die Einwohner ihres Gebietes herrschten, welches ich nebst so vielem anderen in dem Theil von den Republiken benutzen werde.

Indem ich mich ebenfalls um der mir unschätzbaren Freundschaft und so viel es Ihre vielen Geschäfte zulaßen, bißweilen



um Correspondenz empfehle, verharre ich mit den Versicherungen der innigsten Hochachtung Ew. Hochwohlgeb.

Ergebenster Diener

Bern d. März 1817 von Haller.[1])

2. An Bouterweck.

Hochwohlgeborener

Hochzuverehrender Herr!

Schon längst, wünschte ich, vortrefflicher Mann, mit Ihnen in nähere Bekanntschaft zu kommen und benütze dazu die Gelegenheit meines Verwandten des Herrn Carl Baggesen der nach Göttingen reiset um Theologie zu studieren, und den ich anbey gehorsamst empfehle. Unter allen Urtheilen, die seiner Zeit über mein Handbuch der allg. Staatenkunde gefällt worden, hat mich keines beßer gefreut, als dasjenige, welches Sie bey Gelegenheit eines anderen Buches fällten und das meinige merkwürdig nannten, da es die ganze Wißenschaft, welche man bisher allgemeines Staatsrecht nannte, zu stützen unternommen habe. Dieß witzige Wort beweist mir, daß Sie die Sache gefaßt hatten, nemlich daß statt der Theorie des künstlich bürgerlichen Zustands (die Quelle aller Irrthümer) die Theorie des natürlich geselligen Zustands oder des geselligen Naturstands aufgestellt worden ist, welche einzig wahre und fruchtbare Idee bisher noch nie festgestellt und entwickelt worden. In wenigen Tagen kömmt nun der erste Band meines größeren Werkes heraus, welchem ich den Titel gegeben habe Restauration der Staatswißenschaft oder Theorie des geselligen Naturstands der Chimäre des künstlich bürgerlichen entgegengesetzt. Erlauben Euer Hochwohlgeb. daß ich Ihnen ein Exemplar zukommen laße und dasselbe zur ernsten aufmerksamen

1) In einem zweiten Brief aus Bern vom 14. Juni 1820 wird lediglich ein „Herr v. Manuel, ein junger Mann aus christlichem, sehr guten Hause und einer mit mir wohlbefreundeten Familie welcher eben jetzt von hier abreiset, um künftigen Herbst in Göttingen einzutreffen“ empfohlen.



Prüfung empfehle. Ich wünsche den allerstrengsten Richter und mich würde unendlich freuen, wenn Euer Hochwohlgeb. oder Herr Hofrath Heeren diese Rezension übernehmen wollten. Denn unter uns gesagt, ist mir Herr [der Name ist ausgelöscht] aller seiner Complimente ungeachtet, nicht der rechte. Er ist ein artiger, angenehmer Schriftsteller, hat viel Kenntniße, gute Gesinnungen, scheint mir aber kein wißenschaftlicher philosophischer Kopf zu seyn, der die Differenz von Principien zu erkennen und consequent zu verfolgen weiß. Er will immer widersprechende Dinge mit einander vereinbaren. Mein Werk ist eigentlich die Gegen Revolution der Wißenschaft und es sollten dabey ein Theolog, ein Philosoph, ein Jurist und ein Historiker zusammentreten welche ich, wenn sie das Buch genau prüfen wollen, alle befriedigt und mit einander versöhnt zu haben glaube. Mich einer gefälligen Antwort, vorzüglich aber Ihrer Freundschaft empfehlend, verharre ich mit innigster Hochachtung

Euer Hochwohlgeboren

Gehorsamster Diener

von Haller

des souv. und geheimen Raths in Bern.[1])

Bern 21. Sept. 1816.

1) In einer Beilage zu diesem Briefe heißt es:

Die Quinteßenz meiner von so vielen so sehr angefeindeten Restauration der Staatswißenschaft besteht im Grunde nur darin daß sie eine Thatsache berichtigt, deren mißkannte Natur die Wurzel aller übrigen politischen Irrthümer ist. Sie beweiset nemlich daß die Staaten nicht künstliche von unten herauf gestiftete Anstalten, sondern lediglich ganz natürliche gesellige Verknüpfungen, der Gipfel und die Vollendung ähnlicher sogenannter Privatverhältniße sind und sich von letzteren weder durch ihren Ursprung noch durch ihre Natur und ihren Zweck, sondern nur durch einen höheren Grad von Macht und Freyheit [Anmerkung am Rande: ihres natürlichen Oberhauptes d. h. des ursprünglichen Stifters oder seiner Nachfolger] unterscheiden; daß also Fürstenthümer nur unabhängige Einzelherrschaften, Republiken nur unabhängige Gemeinden, Corporationen oder Collektiv Herrschaften sind, daß aber gerade deßwegen bei ihnen von ihren Untergebenen d. h. von



3. An Bouterweck.

Hochwohlgebohrner
Hochzuverehrender Herr!

Ich hoffe Euer Hochwohlgebohren werden seiner Zeit den ersten Band meiner Restauration der Staatswißenschaft und auch den Brief erhalten haben, welchen ich dem nach Göttingen reisenden Herrn Baggesen zustellte und der ihn noch in Heidelberg an dero Frau Gemahlin übergeben haben soll. Nun da Sie nach meinem Auftrag durch eine Buchhandlung in Berlin auch den 2. Band erhalten werden, so wage ich es denselben auch mit diesem kurzen Schreiben zu begleiten und mich selbst bey Ew. Hochwohlgebohren in Erinnerung zu bringen. Da alle von mir aufgestellten Sätze entweder aus der Geschichte hergeholt oder vielmehr durch die ganze Geschichte bestätiget sind, so darf ich mir schmeicheln, daß Sie diesen 2. Band nicht ohne Intreße lesen, wenigstens sich der darauf verwendeten Zeit nicht gereuen und in jedem Fall den Gegenstand selbst Ihren Hauptstudien nicht fremde finden werden. Vielleicht dürfte diese

---

den auf ihrem Gebiete wohnenden, in ihrem Dienste stehenden, unter ihrem Schutze lebenden Menschen keine Gewalt übertragen worden ist, sie auch nur ihre eigenen, natürlich oder erworbenen Privat Rechte haben können, folglich auf dieselben begründet und durch dieselben beschränkt, mithin auch keineswegs alles und jedes [Anmerkung am Rande: sondern im Grunde oder streng rechtlich nur das ihrige zu regieren befugt sind, wiewohl sie auf indirekte Weise durch erlaubte Mittel auch auf andere Einfluß haben können] dieser Systeme, welche sich schon durch die gesunde Vernunft denken läßt; allen Gesetzen der Natur angemeßen ist, und einzelne Mißbräuche abgerechnet, durch die ganze Erfahrung bestätigt wird, läßt lediglich jedem das Seinige, befriedigt beide Theile und ist der rechtmäßigen Privat Freyheit, als der einzig wahren, günstiger als kein anderes. Die ganze Restauration der Staatswißenschaft ist nichts weiter als die ausführliche und vollständige Entwicklung dieses zur Erklärung aller rechtmäßigen hinreichenden Princips. Keiner hat sie noch mit Unbefangenheit gelesen, der nicht durch dieselbe überzeugt und befriediget geworden wäre. Viele frühere



Theorie auch das Aug eines so scharfsinnigen Geschichtsforschers auf mehrere wichtige Punkte hinlenken, die bisher für unbedeutend gehalten und daher wenig oder gar nicht beachtet worden sind. Gewiß ist, daß dieses natürliche System der wahren Privat-Freyheit und neben der Fürstlichen Macht nirgends reiner und treuer realisirt gewesen als in Deutschland.

In der Allgemeinen Zeitung las ich neulich, „daß der 1. Band meines Werkes in Berlin Aufsehen gemacht habe und daß bereits berühmte Dialektiker mit seiner Widerlegung beschäftigt sein sollen. Darf ich Euer Hochwohlgebohren im Vertrauen fragen was allenfalls an der Sache sey, ob das Buch in Berlin gelesen werde, wer sich besonders dafür oder dawider ausgesprochen habe und ob mir dasjenige, was über das Preußische Gesetzbuch gesagt wird, nicht übel genommen worden sey. Sie können versichert seyn, daß ich von diesen mir intereßanten Nachrichten gar keinen Gebrauch als für meine Privatnotiz machen werde.

Anhänger der herrschenden politischen Irrthümer sind im Gegentheil durch sie zu eifrigen Freunden der entgegengesetzten Wahrheit geworden. Ein berühmter deutscher Rechtsgelehrter sagte einst ihrem Verfaßer darüber: es sey eigentlich in seinem Werke nichts was nicht im einzelnen, und in praktischer Anwendung, nach dem natürlichen Rechtsgefühl schon häufig von anderen gesagt worden wäre, aber ihr wahres Verdienst und das eigentlich nur, bestehe in der Auffindung und meine Darstellung des obersten Princips, aus welchem sich alles herleitet, in der lichtvollen Ordnung und dem wißenschaftlichen Zusammenhang. Darnach hat auch sein Verfaßer gestrebt, er schmeichelt sich man könne und werde von seinem Buche sagen, was schon der Titel andeutet und was der alte Plinius empfielt: „Non opinionum commenta sed naturae judicia docere, res ardua vetustis novitatem dare, obscuris lucem, fastiditis gratiam, dubiis fidem.“ (Offenbar eine Reminicenz aus Cicero de natura deorum II, 5: opinionum enim commenta delet dies, naturae iudicia confirmat, und aus Plinius naturalis historia praefatio 15: res ardua vetustis novitatem dare, novis auctoritatem, obsoletis nitorem, obscuris lucem, fastiditis gratiam, dubiis fidem, omnibus vero naturam et naturae suae omnia.)



In der schmeichelhaften Hoffnung von Euer Hochwohlgeboren bald eine gefällige Antwort zu erhalten, verharre ich mit unwandelbarer Hochachtung und inniger Ergebenheit

deroselben
Gehorsamster Diener
von Haller
des souveränen und geheimen Raths in Bern.

Bern den 12. July 1817.

4. An Meiners.

Eine Stelle in Ew. Hochwohlgeb. gefälligem Antwortschreiben veranlaßt mich schleunig gegen einen darin enthaltenen Irrthum zu protestiren, indem mein Stillschweigen darüber als eine Art der Einwilligung angesehen werden könnte. Sie sagen nämlich, Herr von Bonstetten habe Ihnen nach einem Schreiben des Geschichtsschr. Müller in Wien gemeldet, „Die Schweizerischen Emigrierten hätten es in Wien dahin gebracht, daß der Erzherzog Carl die Schweiz habe verlassen müßen, weil er nicht alles ganz genau auf dem alten Fuß wieder hätte herstellen wollen". Ich glaubte meinen Sinnen kaum, als ich diesen zum erstenmal in meinem Leben gehörten Vorwurf las, in welchem eben so viel Unwahrheiten als Worte sind. Es ist mir unbegreiflich, wie H. v. Müller mit dem ich ebenfalls in genauer Bekanntschaft und Correspondenz zu stehen die Ehre habe, so etwas hatte schreiben oder glauben können, und ich hätte seinen Brief vorerst sehen mögen, denn Herr von Bonstetten ist nicht immer sehr genau in seinen Berichten, und man weiß, wie die Zeugniße sich verunstalten, wenn sie durch verschiedene Hände gehen. Wie ist es erstlich möglich daß man uns nur einen solchen Einfluß zuschreiben könne, zu einer Zeit, wo man, und und das besonders im Österreichischen, einem Emigrirten, selbst wenn er die vernünftigsten Dinge sagt oder beweist, in gar nichts glaubt, blos deßwegen weil er ein Emigrirter ist. Wir hatten nicht einmal einen gemeinschaftlichen Vereinigungs-Punkt, wie etwa die Franzosen in ihrem König oder die Holländer in

ihrem Statthalter, der Schultheiß Steiger v. Bern, um den wir uns einigermaßen sammelten, war ein alter Greis der nicht einmal seine eigenen Correspondenzen mehr führen konnte und wie ich beschwören kann, denn ich besaß sein innigstes Zutrauen — im Gegentheil allen seinen wenigen Einfluß in England dahin zu verwenden suchte, daß die Rußen nicht in die Schweiz kommen. Wir hatten keinen einzigen, weder geheimen noch öffentlichen Agenten an irgend einem Hofe, selbst nicht einmal einen Correspondenten in Wien ausgenommen den H. v. Müller, es wäre uns also unmöglich gewesen weder gutes noch böses zu bewirken. Hätten wir aber auch einen solchen Einfluß gehabt den wir nicht hatten, so würden wir gewiß denselben am allerwenigsten dazu gebraucht haben, daß der Erzherzog Carl die Schweiz verlaße. Denn der Erzherzog war gerade der einzige, der die Nothwendigkeit die alten Verfaßungen herzustellen einsah der (was ich in meinem Werk nicht sagen durfte) ohne oder selbst wider die Instruktionen von Wien alles was in der Rücksicht geschah, begünstigte, der ein Intereße an der Schweiz nahm, ihr alle möglichen Gefälligkeiten erwies, und selbst die Zürcher als sie ihn darum befragten, ermahnte ihre alte Verfaßung herzustellen. Dagegen war es für uns alle ein Donnerschlag als wir nur hörten, daß die Rußen in die Schweiz kommen, (die wenn die Östreicher weiter vorgerückt wären, eigentlich gleich bey Basel in Frankreich marschieren sollten) und es sank vollends aller Muth, als der Erzherzog die Schweiz verließ. Er war in der ganzen Schweiz geliebt, verehrt, hatte das gränzenloseste Zutrauen, mit ihm und den Östreichern wären wir wie Engel des Lichts empfangen worden, da wir hingegen befürchten mußten mit den Rußen wegen ihrem Stehlen, Sengen und Brennen uns eher den Fluch als den Dank unserer Landsleute auf den Hals zu laden. Was wollen endlich die Worte des Herrn Bonstetten sagen: nicht alles ganz genau auf dem alten Fuß wieder herstellen. Es ist keiner von allen Emigrirten Schweizern so dumm gewesen so etwas tun zu wollen oder auch nur für möglich zu halten. Was wir das Alte nannten, war die alte Verfaßung



nemlich ihre Grundlage. Es kam z. B. darauf an ob die Hauptstädte wieder souverain werden oder in jedem Canton eine demokratische Verfaßung gebildet werden sollte, und zwischen diesen beyden war kein drittes möglich. Zu allen übrigen Verbeßrungen, Simplifizierungen u. s. w. war jedermann geneigt und zur Verträglichkeit gesinnt. Doch hierüber habe ich mich in meinem Werke weitläufiger und deutlicher erklärt.

Die Wahrheit wegen dem unglücklichen Abzug des Erzherzogs scheint mir aber, so viel ich erfahren und beobachten konnte, folgende zu seyn. Östreich hatte ganz gewiß nicht die mindeste eigennützige Absicht auf die Schweiz, und schien gerade deßwegen selbst in militärischer Rücksicht nur gar zu wenig Interesse an derselben zu nehmen, wiewohl der Erzherzog wohl in mehr als 50 Schreiben ihre Wichtigkeit vorgestellt hatte. Der Wiener Hof schickte keinen Commisär, keinen Minister, er besetzte nichts und hinderte nichts, ließ alles geschehen, obgleich er sich auf der anderen Seite, nach dem bekannten Charakter dieses Cabinets, das deßwegen nicht immer böse Absichten hat, aber oft zu Mißdeutungen Anlaß giebt, über nichts erklärte, wie denn z. B. die Proklamation des Erzherzogs an die Schweizer nie in die Wiener Zeitung aufgenommen ward. Wären auch die Östreicher weiter vorgerückt, so würde wahrscheinlich bey den anderen Mächten nie an eine Dislocation der Armee gedacht worden seyn. Als aber England und Rußland bemerkten, daß dieselben bey Zürich stehen bleiben, und auch in Absicht auf die politischen Verhältniße der Schweiz sich nicht deutlich erklären, so scheinen jene Höfe deßwegen in Wien einige Äußerungen od. Anfragen gemacht zu haben. Es verstrich hiemit einige Zeit und als indeßen Italien mehr von den Franzosen gesäubert war, so antwortete Östreich es habe gar keine Absicht auf die Schweiz und wiewohl es den bißherigen Theil allein eingenommen, so wolle es zum Beweise deßen seine Truppen zurückziehen, und die Schweiz den Rußen und den von England besoldeten Truppen, (Bayern, Badern [?], Schweizern u.s.w.) überlaßen. Östreich that dies nicht ungern, weil es einerseits froh war in Italien allein Meister zu seyn, anderseits damals

22 *



von der zwar sehr verzeihlichen Lust angewandelt war, das linke Rheinufer und Belgien wieder zu erobern (was sie freylich beßer in Frankreich hätten erobern können) die Rußen und Engländer aber waren damit zufrieden, weil sie theils die Ehre haben wollten die Schweiz herzustellen, theils durch dieselbe in Frankreich einzudringen und der Republik den Garaus zu machen suchten, wozu sie aber freylich die Zahl der Truppen einstweilen mehr auf dem Papyr als in der Wirklichkeit berechnet hatten. Es scheint aber nicht die Absicht der Engländer gewesen zu seyn, daß die Östreicher ganz aus der Schweiz gehen, vielweniger daß der Erzherzog Carl das dortige Commando verlaße, und so allein kann ich mir die widersprechenden Umstände erklären, daß einerseits der Kayser dem Erzherzog durch ein Hand Billet meldete die Höfe von London und Petersburg seyen untereinander übereingekommen, daß die unter seinem Commando stehende Armee in der Schweiz von den Rußisch Kayserlichen Truppen abgelöst werden solle, anderseits aber Lord Malgrave der kurz darauf in Donaueschingen anlangte, und dem der Erzherzog diese Übereinkunft vorwarf, solche glattweg negirte und sogar dem Erzherzog unter vier Augen erwiederte, daß wenn Kayserl. Maj. solches geschrieben haben, so seyen dieselben betrogen worden. Ja Lord Malgrave überbrachte sogar die dringendsten verbindlichsten Schreiben von Lord Grenville, daß der Erzherzog selbst das Commando der Rußischen Truppen in der Schweiz übernehmen möchte. Auch ist der Graf Dietrichstein, welcher jenes famöse Hand Billet v. Wien nach Zürich gebracht hatte, bey einer nachherigen Reise auf Petersburg deßwegen v. Kayser Paul so übel empfangen worden, daß er nicht einmal zur Tafel zugelaßen ward und ihm vor der ganzen Gesellschaft drey Bediente hinter einander meldeten, daß sein Wagen auf ihn warte, bis er endlich begreifen mußte, was solches sagen wolle. Diese drey Anekdoten weiß ich von der ersten Hand, von einem Manne, der den Erzherzog zumeist umgab und durch deßen Hände sowohl jenes Hand Billet als die Briefe von Lord Grenville gegangen. Endlich ist bekannt, wie sehr Súwarow sich beschwerte daß der Erzherzog nach Manheim



gezogen. All dieß wäre schwerlich geschehen, wenn der Petersburger Hof es gewünscht hätte. Im Grund ist also die Kurzsichtigkeit des Wiener Hofes die nichts von der Schweiz haben und deßwegen nichts allda aufopfern wollte, allein an dem Unheil schuld.

Verzeihen mir Ew. Hochwohlgeb. diese Erörterungen; ich bitte sehr von denselben keinen öffentlichen oder wenigstens nur einen sehr behutsamen Gebrauch zu machen, sondern dieselben bloß zu Ihrer privaten Wißenschaft und zur Rechtfertigung über den uns gemachten ungereimten Vorwurf zu behalten. Übrigens danke ich Ew. Hochwohlgeb. verbindlich für die Güte mein Werk in den Göttinger Gelehrt. Anzeigen recensirt zu haben und zweifle nicht, daß es unter dero Meisterhand dem Publiko in seiner wahren Gestalt erscheinen werde. Genehmigen übrigens Ew. Hochwohlgeb. die Versicherung der vollkommensten Hochachtung mit welcher ich die Ehre habe zu seyn

deroselben

gehorsamster Diener
C. L. von Haller.

Weimar 30. März 1801.

P. S. In Absicht des obigen muß ich noch hinzufügen, was ich zwar bis auf nähere Beweise zur Ehre Preußens nicht glauben will, daß ich schon von verschiedenen Seiten vernommen habe, daß durch den Berliner Hof, welcher nie gegen Frankreich Mißtrauen hat, aber immer Besorgniße hegt, sobald es sich nur im geringsten für Österreich gut anläßt, in jenem Zeitpunkt sehr categorische Erklärungen wegen der Schweiz in Wien habe thun laßen und sogar gedrohet habe mit 70 Bt. Mann in Böhmen einzufallen, wenn Österreich einen Schritt weiter in der Schweiz vornähme. So unglaublich dieses scheint, so könnte doch wohl etwas weniges an der Sache seyn, und wenn man weiß wie sehr sich Österreich beständig fürchtete, noch die Preußen auf den Hals zu kriegen, so möchte hierin wohl ein Gruud desto mehr liegen, daß Österreich um allem Verdacht eigennütziger Absichten auszuweichen, seine Truppen aus der Schweiz zurück-



zog. So wäre mir auch ein Wort erklärt, welches mir General Hotze einst in Zürich, als ich ihm meine Beklemmung über dieses Stillstehen äußerte, hat fallen laßen: „Daß nemlich die Schweizerischen Revolutionärs (richtiger die franzöß. Revolutionärs oder der franzöß. Minister) leider noch vielen Einfluß am Berliner Hof zu haben scheinen."

5. An die Göttinger Akademie der Wissenschaften.

Hochwohlgeborene

Hochzuverehrende Herren!

Die Göttingischen Anzeigen von gelehrten Sachen sind die einzige mir bekannte Zeitschrift, welche den falschen Hypothesen des spekulativen Staatsrechts, welches ich in dem beyliegenden Werk bekämpfe, niemalen günstig gewesen ist und sogar häufige Fingerzeige auf die entgegengesetzten Prinzipien, welche ich hier systematisch zu entwickeln suche, gegeben hat. Nicht daß sie von den Geiste oder den Irrthümern der Zeit ganz frey geblieben wären; denn wie sollte dies bei einer so allgemeinen Verblendung und bey der so großen Menge von Mitarbeitern möglich gewesen seyn? Aber die falschen Grundsätze haben doch in der Georgia Augusta niemalen triumphiert, oft hörte man von ihr noch ein kräftiges Wort der Wahrheit wie eine Stimme in der Wüste; sie ist die einzige deutsche Universität welche den Ruhm der Rechtschaffenheit und der gründlichen Gelehrsamkeit gegen die Sophistik unserer Tage behauptet hat und es war eine der angenehmsten und lehrreichsten Beschäftigungen meines Lebens in dieser Rücksicht letzthin die Göttingischen Gelehrten Anzeigen von ihrem Ursprung an durchzulesen.

Erlauben daher Euer Hochwohlgeboren, daß ich die Freiheyt nehme Hochdenselben ein Werk zur Prüfung zuzusenden, in welchem ich nicht weniger gewagt habe, als die bisherigen, stets von der Hypothese eines bürgerlichen Kontrakts ausgehenden staatsrechtlichen Systeme mit ihrer Wurzel auszurotten, dagegen nur gesellige oder dienstbare Verhältniße in der ganzen Welt anzunehmen, das unterscheidende Merkmal der Staaten



blos in der Beschaffenheit solcher Verhältniße od. in der vollkommenen Freyheit ihres Oberhauptes zu setzen und auf diese Art über die Natur und Entstehung der Staaten nebst allen daraus fließenden rechtlichen Folgen eine neue Wißenschaft zu gründen, deren Prinzipien mir ebenso sehr mit der Vernunft und Gerechtigkeit als mit der täglichen Erfahrung und der Geschichte aller Zeiten und Länder übereinzustimmen scheinen. Es ist die Frucht eines zwölfjährigen Nachdenkens, zahlloser Beobachtungen uud historischer Nachforschungen, so daß ich mir schmeicheln darf es werde der Untersuchung nicht ganz unwürdig seyn. Zwar bin ich, Hochwohlgeborne, Hochzuverehrende Herren nie Ihr akademischer Mitbürger gewesen, der frühe Tod meines Vaters und meine eben so frühe Anstellung in der obersten Kanzley unserer ehemaligen Republik haben mir die Erfüllung dieses Wunsches nicht vergönnt. Aber als Enkel Ihres ehemaligen, nicht unberühmten Stifters und Präsidenten Albrecht von Haller, als Sohn Ihres in Göttingen erzogenen langjährigen Correspondenten Gottlieb Emmanuel von Haller, als inniger Verehrer Ihrer berühmten Universität, als Schriftsteller den das günstige Urtheil der Göttingischen Anzeigen über meine früheren Werke oft zu Thränen gerührt und in den Zeiten der Revolution gegen die Lästerungen ignoranter Sophisten getröstet hat, als Individuum endlich, welches die Ehre genießt mit mehreren Ihrer vortrefflichsten Mitglieder in persönlicher Bekanntschaft zu stehen: darf ich hoffen, daß Euer Hochwohlgeboren mich nicht als ganz fremde ansehen und mir daher diesen Schritt nicht übel aufnehmen werden. Gern würde ich Hochdenselben das Buch selbst öffentlich zugeeignet haben, wenn ich nicht besorget hätte, daß man solches als eine eitle captatio benevolentiae ausdeuten dürfte, daß Euer Hochwohlgeboren vielleicht eben dadurch gehindert würden ein allfällig günstiges Urtheil bekannt zu machen, oder daß es wenigstens in den Augen der Gegner von desto geringerem Gewicht seyn würde. Sollte aber dieses Buch so glücklich seyn nach der genauesten Untersuchung, auf welche ich selbst dringe, den Beyfall Euer Hochwohlgebohren zu erhalten, so kann ich den Wunsch meines Herzens nicht



unterdrücken womöglich als außerordentliches Mitglied oder wenn dieses nicht Platz haben kann, wenigstens als Correspondent der berühmten Gesellschaft aufgenommen zu werden. Mit welcher Freude würde ich mich nicht den Arbeiten und Pflichten unterziehen, welche mir dieser Vorzug allenfalls auflegen könnte, und wie unendlich schmeichelhaft müßte nicht für mich das Glück seyn einen Theil der Ehre welche mein Vater und Großvater genossen, nicht ganz unverdient auch auf meine Person fortgepflanzt zu haben und solche meinen Kindern zu ihrer ebenmäßigen Aufmunterung vorlegen zu können.[1])

Ich habe die Ehre mit der Ihren großen Verdiensten schuldigen und tiefgefühlten Verehrung zu seyn

Hochwohlgeborne
Hochzuverehrende Herren
Euer Hochwohlgeboren
Gehorsamster Diener
Bern am 3. Aprill 1808 Carl Ludwig von Haller.
Professor der Staatskunde und Geschichte an
der Akademie zu Bern.

Da in diesen Briefen häufig der Göttinger gelehrten Anzeigen gedacht wird, so möge hier eine Betrachtung des Verhältnisses folgen, in denen diese damals hochangesehene Zeitschrift zu Haller stand. Die erste Erwähnung Hallers findet sich im Jahrgang 1795 (S. 1951), worin berichtet wird, daß der Schweizer die Forschungen des Benediktiners Neugart von St. Blasien durch Erschließung seines Hausarchives unterstützt habe. Am 6. Juni 1801 bespricht Professor Meiners in anerkennender Weise die Hallersche Schrift „Geschichte der Wirkungen und Folgen des Österreichischen Feldzuges in der Schweiz" (90. Stück). Meiners gedenkt auch der Hallerschen Eröffnungsrede in Bern vom Jahre 1808. Außer sonstiger

1) Einen Erfolg hatte die sonderbare Bitte wohl nicht, da aus den Akten eine Zugehörigkeit Hallers sich nicht erweisen läßt. (Freundliche Auskunft des Herrn Oberbibliothekars Dr. Joachim-Göttingen.)



gelegentlicher Erwähnung Hallers finden sich in den Göttinger gelehrten Anzeigen aber eine Reihe von bedeutsamen Besprechungen der Hallerschen Hauptwerke.

Zunächst zeigte August Wilhelm Rehberg das „Handbuch der allgemeinen Staatenkunde“ an (1808; S. 1068—1164); die Kritik fiel so günstig aus, daß Haller von nun an die Göttinger Zeitschrift als Bundesgenossin betrachtete, wie sich aus dem letzten der oben mitgeteilten Briefe zur Genüge ergibt. Der Rezensent ließ denn auch in der Folgezeit Hallers Schaffen nicht aus den Augen, — vgl. den Jahrgang 1810, wo Hallers Aufsätze im Berner Archiv erwähnt werden, und Jahrgang 1812, wo auf eine Rezension im „Civilistischen Magazin“ (XXIII, Bd. III) hingewiesen wird. Als nun Hallers „Restauration der Staatswissenschaft“ erschien, brachte das 67. Stück des Jahrgangs 1817 der Göttinger gelehrten Anzeigen (am 26. IV. 1817) eine überaus warmherzige Anzeige, welche in dem Satze gipfelte, das Hallersche Werk sei „das wichtigste, das seit langer Zeit über das allgemeine Staatsrecht geschrieben worden sei“. An diese umfangreiche Besprechung schloß sich dann noch ein Nachtrag an. Band II und III der „Restauration“ wurden am 23. Januar 1819 im 14. Stück der Anzeigen gemeinsam betrachtet.

Hier wie in den folgenden Jahrgängen macht sich allmählich schon ein Umschwung zuungunsten Hallers bemerkbar. So wird gewissenhaft registriert, daß sowohl Ancillon in seinem Werke „über die Staatswissenschaft“ wie Hegel in seinen Grundlinien der Philosophie des Rechtes — letzterer sogar in sehr derber Weise — gegen Haller Stellung nehmen. Das Urteil über die folgenden Bände wurde nun auch in den Göttinger gelehrten Anzeigen immer abfälliger; besonders wurde ihm seine Konversion übel verdacht, wie das bei Betrachtung des vierten Bandes zum Ausdruck kam; und als die Anzeige des sechsten Bandes im Jahre 1826 erschien, wurde Karl Ludwig von Haller darin als „verblendet“ bezeichnet; ein Zeichen, daß sich der Schweizer und die Göttinger auf Pfaden bewegten, welche nach ganz entgegengesetzten Zielen führten.



Und so hören in der Folgezeit alle Beziehungen zwischen Haller und Göttingen auf. Haller suchte fortan in den Kreisen gleichgesinnter Persönlichkeiten Anhänger zu werben; er scheint nirgends mehr so energisch den Versuch gemacht zu haben, eine deutsche Hochschule für seine Ideen zu gewinnen, als gerade bei Göttingen.

XXXIX.

Das Goldene Almosen und seine Übergänge in den Kurf. Schulfondsbücherverlag.

Von Professor Dr. Zwerger.

Das Goldene Almosen, das sich in seinen Anfängen als eine Art Preßverein zur Verbreitung guter religiöser Schriften darstellt,[1] ist bis in die allerneueste Zeit in der

1) Nach dem Werke „Beyträge zu einer Schul- und Erziehungs-Geschichte in Baiern" war der Zweck des Goldenen Almosens, gute Bücher zur Erbauung und Aufklärung des Volkes zu liefern; sie sollten das Volk „weislich unterrichten und die Sitten verbessern" ([Kollmann] S. 27—8).

Wer ist der Verfasser des erwähnten Buches, das eine hervorragende Quelle für die bayerische Schulgeschichte in der Zeit des Anfanges der Aufklärungsepoche bildet? Verschiedene und darunter bedeutende Historiker haben zu dieser strittigen Frage Stellung genommen; zuletzt hat der Schulhistoriker Burg in seiner verdienstvollen Arbeit „Zur Geschichte der bayerischen Schulreformation in der Aufklärungsepoche" in überzeugender Weise dargetan, daß der Satiriker Anton Bucher und der Geheime Rat Lori die Verfasser des Buches seien. Auch ich habe mich in meinen Werke „Geschichte der realistischen Lehranstalten in Bayern" dieser Auffassung angeschlossen. Nun haben mich aber meine fortgesetzten archivalischen Studien zu einem hievon etwas abweichenden Ergebnis geführt. Der gelehrte Augustiner, P. Fulgentius Mayr, hervorragendes Mitglied des im Jahre 1769 eingesetzten Zensurkollegiums, verfolgte wie Propst Franz Töpfl mit Interesse alle Erscheinungen auf dem Gebiete der Literatur. Unterm



Geschichte kaum eines flüchtigen Blickes gewürdigt worden. Die Verfasser der erwähnten „Beyträge" sowie Schriftsteller wie Lorenz Hübner,[1]) Friedrich Nicolai[2]) und Ritter Heinrich von Lang[3]) beschränken sich auf kurze Bemerkungen; auch Felix Lipowsky[4]) berührt dieses Thema nur flüchtig und vermag es daher keineswegs zu erschöpfen. Und doch ist

---

25. Aug. 1778 schreibt er an Töpfl: „Der author der Beyträg zu einer schulgeschicht ist noch nicht endeckt. er mues den Doct. Braun ziemmlich wohl studiert haben." Und in einem späteren undatierten Briefe bringt er dem Propste die Nachricht: „Der author von den beyträgen zu einer schulgeschicht in Bayern ist canonicus Kollmann und noch einige andere." Die Namen der letzteren gibt P. Fulgentius nicht an; es besteht aber kein Zweifel, daß Bucher und Lori an der Verabfassung des Werkes beteiligt waren, wie Lurz einwandfrei festgestellt hat. Sie dürften wohl als die von Kanonikus Braun bezeichneten „Beyträgelieferer" gelten, während sein Gegner Kollmann, der im Jahre 1777 durch den ehrgeizigen Braun von der Leitung der Schulen verdrängt wurde, als der eigentliche Verfasser und Redakteur des Buches erscheint.

Die Mitteilung des P. Fulgentius verdient vollen Glauben. Wie dieser, so war auch der Geistliche Rat Kollmann Mitglied des Zensurkollegiums, wo man über literarische Erscheinungen Bescheid wußte. Kollmann, Bucher und Lori waren Gesinnungsgenossen und gewiß auch Freunde, die sämtlich dem Illuminatenorden angehörten. Bemerkt sei noch, daß nach Kayser das Buch bei Fleischmann in München (1779) erschienen ist. (Kayser, Christ. Gottlob, Index locupletissimus Librorum. Thl. 1. A—C 507 S. gr. 8°. Leipzig 1834. S. 194.) — (Lurz G., Zur Geschichte der bayerischen Schulreformation in der Aufklärungsperiode. Mitteilungen d. Ges. f. deutsche Erz.- u. Schulg. Jahrg. 13 (1903)' Heft 4. S. 281—7, ferner Cod. germ. 2709/2. Brief des P. Fulgentius an Töpfl vom 25. Aug. 1778 und ebenda Brief von Töpfl ohne Datum).

1) Hübner, Lor., Beschreibung der kurbaierischen Haupt- und Residstadt München. Theil 2. Statistik. München 1805. 608 S 8°. S. 396—7.

2) Nicolai, Fr., Beschreibung einer Reise durch Deutschland und die Schweiz, Bd. 6, S. 542 und S. 729.

3) Lang, Geschichte der Jesuiten in Bayern, S. 126.

4) Lipowsky, Geschichte der Jesuiten in Bayern, S. 123—5.



das Institut des Goldenen Almosens durchaus nicht so bedeutungslos, denn es entfaltete fast zwei Jahrhunderte lang eine segensvolle Tätigkeit durch Verteilung religiöser Büchlein, die auch dem gemeinen Manne die Notwendigkeit des Schulbesuches lebhaft vor Augen führten; auch bildete es die Grundlagen, auf denen der zum deutschen Schulfonds gehörige Schulfondsbücherverlag sich aufbaute und sich weiter entwickelte. Dieser setzte nicht nur die Traditionen des Goldenen Almosens in den sogen. Christenlehrschankungen fort, sondern lieferte auch für die Schulen billige Bücher und und war für den um seine Existenz ringenden Schulfonds eine immerhin beachtenswerte Quelle, aus der er Mittel zum Unterhalt und zur Aufbesserung notleidender Lehrer schöpfte. Dem Historiker P. Bernhard Duhr S. J.[1]) gebührt das Verdienst, zuerst die Geschichte des Goldenen Almosens behandelt zu haben. Doch erstrecken sich seine Mitteilungen im allgemeinen kaum über die Zeit der Aufhebung des Jesuitenordens hinaus, auch gewähren sie keinen Einblick in die Vermögensverhältnisse des Institutes, ebensowenig erhalten wir nähere Aufschlüsse über seine literarische Tätigkeit. Da diesem Institute jedoch besonders nach dem Jahre 1773 eine große Bedeutung für die Schulgeschichte zukommt, so möge hier unter Benützung der von Duhr gebotenen Forschungen und des vorhandenen Quellenmaterials eine kurze zusammenhängende Darstellung der Geschichte des Goldenen Almosens und der ersten Anfänge des Kurf. Schulfondsbücherverlages folgen.

Bezüglich der Benennung sei vorausgeschickt, daß diese in keinem Zusammenhang steht mit dem sog. Reichen oder Goldenen Almosen, auch Gulden- oder Guldenreiches Almosen genannt, einer Stiftung, die im Jahre 1449 von dem Münchner Bürger Martin Ridler ins Leben gerufen wurde, indem er seinen Hof zu Peitelbach im Dachauer Gericht und andere Güter zu einem ewigen Almosen bestimmte. Diese Stiftung erhielt in „Bälde die

1) Duhr, Geschichte der Jesuiten 2, 2, 54—8.

namhafteste Vermehrung", so daß die Benennung „das Reiche oder Goldene Almosen" infolge der Größe des Kapitalstockes wohl gerechtfertigt erscheinen konnte, während die einzelnen Spenden bei allen Bedachten von jeher die gleichen waren.[1]) Die erstere Stiftung hieß ursprünglich, wie das „Stifftbuech deß gulden Allmusen" vom Jahre 1614 ausweist,[2]) zwar auch „gulden Allmusen", aber sie verfolgte anfänglich lediglich die Ausbreitung guter religiöser Bücher und Schriften. Sie ist eine Schöpfung des in dieser Richtung unermüdlich tätigen P. Emmeram Welser S. J.[3])

1) v. Destouches, E., Das reiche Almosen. Oberbayer. Archiv 1871 S. 53—61.

2) Kreisarchiv München. G. L. 2708/569. Das Stiftbuch des Goldenen Almosens mit fast ausschließlich handschriftlichen Mitteilungen von P. Welser besteht zum größten Teil aus Pergamentblättern und ist weder paginiert noch foliiert. Der Einband, ein Meisterwerk des Münchener Buchgewerbes, zeigt die Aufschrift: „S. IOANNIS BAPTISSÆ Stifft- vnd Almosen Buech: zu außthailung Geistlicher Buechlein". Anno 1614. Das Buch fand sich „in der ehemaligen Bibliothek im Exercitienhause, welche S. Chl. Drl. dem nunmehrigen verlebten geheimen Rath, und Hofprediger (Titl) von Frank geschenket . . . und welches Buech derzumalen" als Originalurkunde für die Stiftung des Goldenen Almosens angesehen werden muß. Der Geistliche Rat Ignaz v. Frank war Mitglied der Gesellschaft Jesu, dann Beichtvater und Gewissensrat des Kurfürsten Karl Theodor. Er starb am 26. Januar 1795.

3) Emmeram Welser, geboren 1560 zu Stuhlfelden im Salzburgischen, wurde am 31. Januar 1582 in die Gesellschaft Jesu aufgenommen und wirkte lange Zeit als eifriger Missionar im Böhmer (Bayerischen) Wald. Am 16. April 1618 entriß der Tod den unermüdlich tätigen Seelenhirten seinem weitausgreifendem Wirkungskreise. „Il écrivit en allemand plusieurs opuscules propres à raffermir les catholiques dans leur foi et à rappeler les hérétiques à leur verité. Sotwel nous a conservé les titres des suivants: Index viae ad fidem catholicam. Monachii. — Stella matutina. Monachii. — Penuarium Catholicum" (Sommervogel, C., Bibliothèque de la Compagnie de Jésus. Tome VIII. Brüssel und Paris MDCCCXCVIII. S. 1062 und Kropf hist. Prov. S. J. Germaniae Superioris P. 4. S. 23—4; vergl. Lipowsky S. 123—4).



Mitgliedes des Münchener Kollegiums; bereits im Jahre 1591[1]) fing er an, der Lösung dieser wichtigen Frage seine Aufmerksamkeit zu schenken, und im Jahre 1614 trat dank seinen Bemühungen die Stiftung des Gulden-Almosens ins Leben als „einer fürtrefflichen Geistlichen Spendt, welche vnder dem Namen vnd schutz des Heiligen Joannis Baptistae, Gott dem Allmechtigen Zu mehrerm Lob vnd ehr, den Menschen aber zu ewigen Hail und wohlfarth, ist aufgericht worden". An dem Enthauptungstage des hl. Johannes des Täufers (29. Aug.) 1614 feierte das Institut seine Entstehung.[2])

Schon im Jahre 1549 trafen drei der hervorragendsten Jesuiten, darunter Petrus Canisius, in Ingolstadt ein und begannen ungesäumt ihre Vorträge an der dortigen Hochschule, deren theologische Fakultät zu verkümmern drohte. Doch schon im Jahre 1551 verließen die Jesuiten Ingolstadt wieder. Aber bereits nach einigen Jahren machte sich ihre Entfernung an der Universiät sehr fühlbar, und die kaum unterdrückte neue Lehre erhob sich daselbst mit großer Kraft, so daß Herzog Albrecht V. den Plan faßte, durch den Bau eines Kollegiums den Jesuiten einen festen Sitz in Ingolstadt zu begründen. Am 7. Dez. 1555 wurden denn auch die Jesuiten dorthin berufen, und am 7. Juli 1556 trafen 18 Patres des Ordens daselbst ein.

Von Ingolstadt aus verbreitete sich der junge Orden, der sich eines stetig wachsenden Einflusses erfreute, rasch über ganz Bayern, und er faßte bald so festen Fuß im Erziehungswesen, daß er dieses allmählich fast vollständig in sich aufnahm. Ja, an einigen Orten liehen sie auch der Volksschule ihre Kräfte und es lassen sich Beispiele anführen, daß sich die Jesuiten selbst um die Gründung von Volksschulen bemühten, und in der Sorge, die religiöse Unwissen-

1) „Initium rei aliquod anno M.D.XCI. fecerat, adjutus pecuniâ, per pios homines collatâ, quos alienae salutis perinde, atque suae accenderat studium" (Kropf S. 23).

4) Lipowsky S. 125.



heit des Volkes zu beheben, wandten sie auch dieser Schulgattung ihre Aufmerksamkeit zu.[1]) Wie man heutzutage dem Geiste des christlichen Vereinslebens ein außergewöhnliches Interesse zuwendet, so erblickten die Jesuiten zur Durchführung der von ihnen eingeleiteten kirchlichen Restauration ein hervorragendes Mittel in der Vertiefung des religiösen und ethischen Lebens. Zur Erreichung dieses Zweckes begannen sie bald mit der Errichtung der Marianischen Kongregationen oder Sodalitäten, die eine Art Vorbild in den mittelalterlichen Marienbruderschaften und Mariengilden haben.[2])

Durch die zahlreichen Marianischen Kongregationen, in denen alle Monate die Monatheiligen mit ihren Biographien und vielfach auch andere Schriften verteilt wurden und bei denen die Jesuiten wohl an den meisten Orten Bibliotheken einrichteten, wurde die Verbreitung guter Schriften und Bücher nicht nur in ideeller sondern auch in materieller Hinsicht wesentlich gefördert. Schon frühe erkannten die Jesuiten in Deutschland, wie wichtig für die Bevölkerung die Verbreitung guter Schriften zur Befestigung und Vertiefung des religiösen Lebens sei, und sie wurden durch den Wetteifer der Protestanten, die neue Lehre unter den Katholiken auszubreiten, förmlich darauf hingewiesen und hierzu aufgemuntert. Darum schreibt auch P. Emmeram Welser im Jahre 1614:[3]) „So ist aber meniglich (ia Laider nur Zuuil.) bekant, was für grossen schaden, mit verlust viler Tausent Seelen, gebracht haben, die Sectische vnd andere vnerbare vergiffte und verbottne Büecher, welche von den dienern deß beesen Feindts, in grosser anZahl, ohne scheüch deß Unkostens, allenthalben in den Catholischen Landen außgesprengt und außgetheilt worden. Derohalben solchem grossen übel vnd Seelenschaden mit dem GegenSPil, das ist,

1) Duhr, Jesuiten S. 25.
2) Duhr, Geschichte der Marianischen Kongregationen S. 157.
3) K.A.M. G. L. 2708/569. Stiftsbuch.



mit außſpendung vnd außbreitung hailſamer Catholiſchen büechlein Zubege[g]nen; die fromme Catholiſche Chriſten, bey dem wahren glauben vnd Gottesforcht Zuerhalten, Auch die Verihrte vnd beßlich verfüerte wider Zum wege der ſeeligkheit Zubringen", begründete P. Emmeram Welſer mit Hilfe „etlicher eyferiger Chatholiſcher Chriſten" bei dem Fürſtlichen Kollegium zu St. Michael in München unter dem Namen und Schutz des hl. Johannes des Täufers im Jahre 1614 die Stiftung des „gulden Allmuſen".

Angeſichts der guten Druckgelegenheit, welche ſich damals in München für geiſtliche Bücher bot, der großen Zahl von Schülern und Beichtkindern, welche ſich mit deren Verteilung leicht befaſſen konnten, ſollte die Bücherſtiftung für alle Zeiten mit dem Kollegium dortſelbſt verbunden bleiben; in ihren Einnahmen und Ausgaben ſowie „in ihren anliegenden Kapitalien", alſo in ihren Vermögensverhältniſſen ward ſie als eine von dem „Corpore Societatis abgeſonderte Sache behandelt".[1]) Die jährlichen Einkünfte der Kaſſe ſollten auf mindeſtens 300 Flor. gebracht werden.[2])

Hocherfreut über den ſchönen Erfolg ſeiner mehr als zwanzigjährigen Bemühungen legt Welſer dem hl. Johannes dem Täufer in der „ermahnung", die dieſer als erwählter Patron der Stiftung des Goldenen Almoſens an die damalige Zeit richtet und die wir gleichſam als eine Art Programm für die Tätigkeit des neu errichteten Inſtitutes bezeichnen dürfen, folgende Worte in den Mund.[3])

---

1) K.A.M. G. L. 2708/569. Promemoria v. Schönbergs vom 12. Mai 1776.

2) Duhr, Jeſuiten S. 57 (Tl. II 2).

3) K.A.M. G. L. 2708/569. Stiftbuch und „Bericht Von der fürtrefflichen hochnutzlichen ſtifftung deß heiligen Joanis Baptistae / Zu dem Gulden Almuſen / ſo zu München iſt auffgericht worden, Gedruckt zu München / bey Anna Bergin / Wittib / Im 1615. Jahr". Auf dem Titelblatte dieſes Berichtes vergegenwärtigt uns ein Bild die Tätigkeit des Inſtitutes vom Goldenen Almoſen. Oben in den Lüften, in Wolken gehüllt, ſchwebt gleichſam ſegnend der Patron der Stiftung, der hl. Johannes der Täufer,

„Wie man den weeg des Herrn beraitten: vnd das Hail der Seelen befürdern soll.

Ich bin ein Stim des Rueffenden in der wüesten: beraittet den weeg des Herrn. Joan. 1.

Weil ich auf Erdt noch sterblich war:
Und sah der Lieben Seelen gfahr:
Das sy den Haylandt nit erkhant.
Der ihn, vom Himel wardt gesandt.
Erhuebe ich mein Stimle, gannz baldt,
Das es, beim Jordan, weit erschalt.

Weil ich aber, der Zung vnds Haubt:
Von Herode, bin worden bhraubt.
Ja, weil der Menschen nun Zuuil:
Das khaines stimb nit kleckhen will.
Gib ich durch Buechlein, ietzt mein schall:
Das sy verkhünden überall:
Wie man beraiten soll, den weg,
Damit bey vnns, Gott, wohnen mög.
Vnd das Reich Gottes Zu vnns nah,
Das Leib vnd Seel ewig vmbfah.

Helff, Zu dem werkh, wehr helffen khan:
es bringt ain yeden, ein grossen Lahn.
Dann: wer die andern vnderweist:
Derselb, gleich wie die Sterne gleist. Dan. 12."

Diese Stiftung wurde am 31. Januar 1615 in Rom und laut der auf dem ersten Pergamentblatte des Stiftbuches stehenden „Confirmatio Fundatoris S. Ioannis Baptistae . . ." am 29. Aug. 1616 von dem Oberdeutschen Provinzial Melchior Härtel (Hertel oder Hartel)[1]) bestätigt; er

---

über dem Münchener Stifte St. Michael, während unten ein Jesuit (Welser) an eine jugendliche Schar Bücher austeilt. Ein Träger bringt soeben, auf seinem Kopfe tragend, einen übervollen Korb von Büchern herbei. Dem Berichte vom Jahre 1615, der weder Blatt- noch Seitenzahl zeigt, ist „gleichsam als Vorbericht ein anderer, ebenfalls gedruckter Bericht vom Jahre 1614 beigeheftet: „Bericht Von dem Gulden Allmusen / vnd hochverdienstlichen Spendt" (gedruckt zu München bei Anna Bergin, Wittib. 52 S. 12°).

1) Er zeichnet selbst „Härtel" (Stiftbuch).





bestimmte dabei ausdrücklich, daß die dem Goldenen Almosen zugewendeten Spenden auch in der Zukunft keinem andern Zwecke zugeführt werden dürften.[1]) Diese Bestimmung wurde natürlich im vollen Einverständnis oder vielmehr auf Antrag des Begründers der Stiftung getroffen, der damit von jeher keinen anderen Zweck als den der Verteilung religiöser Bücher im Auge hatte, wie man auch „nach gestallt des Wachsenden einkhommens vnd Allmosens" hiervon einen großen Vorrat führen sollte.[2])

Wie aus einer für Rom bestimmten Denkschrift hervorgeht,[3]) sollten je nach Gelegenheit und Größe der Stiftungen die Bücher nicht allein in Bayern sondern auch in Schwaben, Tirol, Österreich, in der Schweiz, in Italien, Belgien u. s. w. verbreitet werden. „Dann dise Spendt vnd außthailung geistlicher Büechlein", bemerkt Welser,[4]) „ist nicht allain auff ain Statt oder Fürstenthumb angesehen sonder auch auff alle andere / wo ein mehrer frucht der Seelen zuhoffen / vnn einglegenheit / solche dahin zubringen vnd außzuthailen / zubekommen ist." Die Bücher sollten „allerlay leütten, Catholisch vnd Vncatholischen mit glegenheit" ausgeteilt und auch „in weütt gelegene Örtter, wo ein sonder noth verhanden, in punter anZahl, vnd sauber gebunden" geschickt werden.[5]) Die Kollegien konnten stets eine Anzahl von Missionsbüchlein, Katechismen u. s. w. für ganz billigen Preis oder auch bei großer Armut umsonst beziehen. Unentgeltlich sollten auch die Bücher der Stiftung den Armen, Dienstboten, Handwerkern usw. verabfolgt werden, nicht leicht aber den wohlhabenden Personen.

---

1) „et ne quis ullam Eleemosynam ad hanc Fundationem collatam vel deinceps conferendam auertat eadem auctoritate cautum volo, in nomine SS. & indiuiduae Trinitatis. Amen" (Stiftbuch).

2) Stiftbuch.

3) Duhr, Jesuiten S. 57.

4) Gulden Allmusen (Vorbericht).

5) Stiftbuch.

Welser, dessen ganze Tätigkeit von einem lebendigen Seeleneifer getragen war, suchte mit allen Kräften sein Werk zu fördern und bewirkte, daß noch zu seinen Lebzeiten zweihundert Golddukaten für Ankauf und Druck von Büchern zur Verteilung an die Jugend und an Andersgläubige aufgewendet wurden.[1])

Den Fundus zur Stiftung hatte Welser, wie Matthias von Schönberg, der letzte Verwalter des Goldenen Almosens, ausdrücklich hervorhebt,[2]) „von verschiedenen particular Personen hauptsächlich von seinem Vater und Bruder erbettelt" und auf der Landschaft in München angelegt; diesen Almosenspendern gegenüber, deren Namen fast sämtlich im Stiftbuche vorgetragen sind, war Welser natürlich für die Verwendung der ihm zur Verfügung gestellten Mittel verantwortlich.

Auf Welsers Wunsch gab auch der Ordensgeneral Mutius Vitellescus (Vitelleschi) seinerseits die Bestätigung zu dieser Stiftung, und am 20. Mai 1617 richtete er an Welser von Rom aus folgendes Schreiben.[3])

„Etsi pium illud Rtiae V. [Reverentiae Vestrae] Institutum, quod Auream S. Joan: Baptistae Eleemosynam uocat, ita utile Sanctumque sit, ut Neminem esse putam, qui instituti illius Consilium intelligat, quia non idipsum Summopere laudet ac probet, idemque iam à pluribus ordinis nostri Praepositis Provincialibus ac Visitatoribus atque etiam à p. m. Rdo. P. Claudio laudatum approbatumque intelligam, quia tamen idem etiam à me R. V. approbari, ac immediatis Superioribus commendari desiderat, hisce Institutum illud longé optimam atque ad DEJ gloriam, hominumque Salutem proponendam aptissimum assero, quod etiam libentissimè immediatis Superioribus

1) Duhr, Jesuiten S. 57.

2) K.A.M. G. L.2708/569. Akt vom 10. Oktober 1773, von Schönberg an den Kurfürsten.

3) Stiftbuch.



in Societate tuendum, amplificandumque commendabo. idque non tam R. V. petitione inductus quam innumeris fructibus, quos ex eo iam collectos, ac deinceps adhuc colligendos scio, persuasus facio Diuina bonitas R. V. pro tam salubris Consilii meditatione digna in hac et altera uita praemia rependat. Cuius ego me Sanctis Sacrificiis et orationibus commendo. Romaé 26. Maii 1617.

Rtiae Vrae

Servus in Christo

Mutius Vitellescus.

Bezüglich der Beiträge zum Goldenen Almosen galt nach dem Stiftbuch folgende Bestimmung:[1])

„Wer zu disem gulden Almusen, der Aussendung Geistlicher Büechlin gibt Ain hundert Gulden oder mehr: der solt vnter die Stiffter eingeschriben werden. 2. Wer weniger als Ain hundert gulden, doch Zehen oder mehr gulden derzue gibt, der soll vnter die Woltheter gezelet vnd geschrieben Werden. 3. Wer weniger als Zehn gulden gibt, der soll vnter die Eleemosinarios, oder Almusengeber gerechnet Werden. 4. Im faal Aber Ainer, Ain Tausent oder mehr darzue gäbe, oder, sovil Zinß, als soliche tragen, darzue Verordnet: der solle für einen Haubtstiffter gehalten, Vnd desselben Namen mit ainem

1) Aus dieser Bestimmung läßt sich die Benennung „Goldenes Almosen" d. h. Gulden-Almosen leicht erklären. Wer der Vereinigung des Goldenen Almosens beigezählt werden wollte, hatte im allgemeinen einen einmaligen Geldbetrag von mindestens 1 fl. zur Kasse zu leisten. Dagegen äußert sich Kropf über die Entstehung des Namens, wie folgt: „Placuit appellari Eleemosynam auream S. Joannis Baptistae. Eleemosynam quidem, quia piâ, liberalique largitione... libelli, animarum bono, distribuerentur; auream: propter operis praestantiam; ut quod multo esset eâ stipe, qua corpora juvantur, excellentius; S. Joannis Baptistae: quod cum in festum Divi anniversarium rei absolutio incidisset, patrocinio illius, praesidioque visa esset commendanda." (Kropf S. 23.) Dieser Behauptung sei entgegengehalten, daß Welser ursprünglich nur von einem Gulden-Almosen spricht, und er bleibt bei dieser Bezeichnung in dem Stiftbuch und in seiner Schrift „Gulden Allmusen".

sternle * bezaichnet Werden. Weil solche (als die Vil andere Zu der Gerechtigkeit durch geistliche Büechlein Vnterweisen.) im Himel, als wie die stern am firmament glanzen werden."

Diese Bestimmung läßt erkennen, daß Welser beabsichtigte eine große Anzahl leistungsfähiger Personen für sein Institut zu gewinnen, und schon aus diesen Grunde mußten auch Laien zu dem neuen Unternehmen herangezogen oder wenigstens hiefür interessiert werden; auf diese Weise konnte man um so sicherer auf einen Erfolg rechnen. Deshalb führt auch P. Welser aus,[1]) daß die Fürsorge für das Heil des Nächsten nicht nur den Geistlichen, sondern „doch ettlicher massen" auch den Weltlichen obliege, und als besonders nützlich müsse es bezeichnet werden, wenn ein Laie „zu beförderung deß wahren Catholischen Glaubens vnn mehrung der Christlichen andacht vil geistliche Büechlein kauffet oder kauffen lasset: vnd dieselben allerley Ständen der Menschen: (sonderlich aber den Wirthen, Kaufleuten, Kriegs- vnd Handwerchsleuten, den armen Ehehalten, Schulern vnd andern so lesen künnen) außthailet: oder durch andere taugliche vnd eyferige Geistliche personen außthailen vnd außschenken lasset; oder aber vmb Sectische vnd andere verbotene Büecher abwexelt, vnnd solche den Geistlichen zu uerbrennen vbergibt". Durch Ausspendung und Lesung Geistlicher Bücher würden die lebendigen Tempel Gottes gebaut und erhalten und mit den Bildern und Teppichen der Tugenden schön geziert.

Gegen den Schluß seines Berichtes äußert Welser den Wunsch, daß die Katholiken, vor allem aber „die Geistlichen an statt der vnnützen vnnd eytlen, bißweilen auch ärgerlichen verehrungen gaben vnd Neu Jarschankungen schöne vnd nutzliche geistliche Büechlein außschenckten".[2])

Die glückliche Durchführung seines Unternehmens erheischte also unbedingt die Aufstellung eines Verzeichnisses

1) K.A.M. G. L. 2708/569.
2) Gulden Allmusen S. 48.



guter Schriften, und daran ließ er es auch, praktisch wie er war, keineswegs fehlen. Unermüdlich tätig, legte er selbst Hand an und machte sich an die Verabfassung Geistlicher Bücher und „diese Arbeit wollte er nicht nur für andere Kollegien fruchtbar machen, sondern auch verewigen".[1]) In seinem „Gulden Allmusen" stellte er einen Katalog von geistlichen Schriften zusammen, die zunächst zum Unterricht und zur Befestiguug des Glaubens dienen sollen. Er ist das erste, bisher unbekannte Bücherverzeichnis des Goldenen Almosens und der erste Vorläufer der zahlreichen Kataloge, welche der spätere Schulbücherverlag veröffentlichte, und schon darum darf er ein gewisses historisches Interesse beanspruchen. Er ist aber auch insofern ein bedeutsames historisches Dokument, als er uns genau die Ziele erkennen läßt, welche Welser in dem von ihm geschaffenen Institute verfolgt wissen wollte.[2])

1) Duhr, Jesuiten S. 57.

2) Katalog: „1. Der Weegzaiger / ein klaines / aber menigklich sehr nutzliches Büechlein / zu München / Anno 1614 gedruckt. 2. Edmundi Campiani zehen bewegliche vrsachen. 3. Loci Communes Ioannis Eckij. 4. Schiltlein des Glaubens. 5. Ioannis Pisstorij Tractätlein / von der wahren Kirche Gottes. 6. Item / sein Weegweiser. 7. Jacobi Feuchtij fünff Predigen . . ." „Bücher so zu der Gottsforcht vnd geistlichen vnterweisung gehören." Der gleichen Bücher seyn: 1. Die Nachvolgung Christi / gedruckt zu München / An. 1613. 2. Die Nachvolgung Marie. 3. Das Leben Christi / vnd vnser lieben Frawen. 4. Außzug Surij / vom leben der Heiligen. Durch Valentinianum Leuchtium. 5. Das Römisch Martyrologium auff alle tag. 6. Marci Maruli exempla. 7. Memoriale Ludowici Granatae. 8. Exercitia Granatae. 9. Dux peccatorum Granatae. 10. Die vier letzten Ding Granatae. 11. Deß Sünders Belaitsman Granatae, verteutscht durch Adam Walasser. 12. Claudius Viexmontius von der Bueß. 13. Didacus Stella, von verachtung der Welt. 14. Christliche Vnterweisungen / Francisci Costeri. 15. Vom Leiden Christi. Betrachtungen Costeri. 16. Vom Leben Marie. Betrachtungen Costeri. 17. Von den 4 letsten dingen / Costeri. 18. Die kunst wol zusterben. 19. Vom Reich Gottes. 20. Beicht vnd

Als Stifter bezw. Hauptstifter des Goldenen Almosens nennt das Stiftbuch folgende Personen:

„Fundatores Principes. 1. Sereniss. Bauariae Dux Maximilianus[1]) cum Serenissima sua Coniuge Elisabeta.

Stiffter. 2. Geistliche Prelaten, Tuemb- oder Pfarherrn und andere Priester. Simon Wörle, Monasterij Demasiensis [seu Diessen] Praepositus.

Jacobus Golla, SS. Theologiae Doctor Bauariae Ducis Consiliarius et Collegiatae Ecclesiae ad beatam Virginem Monachii Decanus. Leonhardus Cranz Decanus et Parochus in Geisenfeld. Ecclesiae Frisingensis Proepiscopus Bartholomaeus Scholl: S: Theol: Doctor. Joannes Pistor Parochus in Werd dedit. 100 f. 9. Januarij Ao. 1646.

Stiffter 3. Weltliche Grauen und Freyherrn. (Hier sind keine Stifter angegeben.)

Stiffter. 4. Adeliche, vnd andere weltliche Personen. Abraham Welser* von vnd zu Wagrein P. Emmerani Welsers, anfengers diser Stifftung, geliebtster Brueder. Melchior Welser ꝛc. Jr Herr Vatter. Jose-

---

Communionbüchl. 21. Catechismi. 22. Iusti Landspergij Sendschreiben in der Person Christ an die glaubige Seel.

Zu diesen mögen auch gezelt werden / die schöne geistliche Gesang vom Todt / Gericht / Gedult vnd Demut / zu München gedruckt / welche den gemainen Leuten an statt der Betrachtungen seyn. Catholische Bettbüecher [die auch dazu dienen, daß die verbotenen ausgemustert werden]. 1. Hortulus, der Seelengarten. 2. Officium oder Curß unser lieben Frauen. 3. Bettbuch Petri Canisij. 4. Manuale oder Handbüechl Petri Canisij. 5. Münchnerisch Bettbuech. 6. Paradeyßgärtl. 7. Catholisch Speißkämerl / darinnen allerley schöne Gebet: 7. Bueßpsalmen / 3. Letaneyen / Wettersegen / Catechismus / Beicht vnd Communion Bericht vnd ein Krafftzettl zu sterckung deß Glaubens / die vier letzten ding des Menschen / vnd andere unterweisungn mehr / begriffen seyn. zu München / Anno 1613. 8. Thesaurus precum. 9 Aureus libellus . . .“ (Gulden Almusen S. 36 ff.)

1) Ein dem Stiftbuch beiliegender Zettel enthält über die Beiträge des Herzogs folgenden Vermerk: „ao. 1618. 4. Junij K. P. H. [Keller Jakob, P. honorabilis, der mit Unterbrechung von wenigen Jahren (1623—26) von 1607—31 Rektor des Kollegiums in München war] Rector Monacensis mihi [wahrscheinlich Welser] dixit Ser. Maximilianum Ducem Bauariae singulis annis gratis dare 200 f. quos Ao 1618 dedit praeterit. Januario.“ (Duhr, Jesuiten S. 403, vergl. Lang S. 122.)



phus Hundt ab Ainödperg et Dorppheim Archiepiscopi Salisburgensis Consiliarus et praefectus in Liechtenberg etc. Magdalena ab Haunsperg zu Schwindegg. geborne Altin. Fabianus Zehentner, de Farcham & Oberhausen etc. Electoris Maximiliani Consiliarius & Prefectus in oppido Reichenhall."

„Namen der Wolthäter diser Hochloblichen geistlichen Spendt."

„Woltheter. 1. Geistliche vnd Weltliche Fürsten. Sereniss: Bauariae Dux Wilhelmus.

Woltheter. 2. Geistliche Prelaten, thuem- oder Pfarherrn, vnd andere Priester. Ambrosius Strauss, Parochus apud S. Paulum, et Canonicus apud S. Joannem Ratisponae. Ao etc. 1592· Iacobus Golla, Decanus ad D. Virg. Monachij. Henricus Frelich, Parochus in Geyerstal, in Sylua Bauarica. Blasius Reiffenstuel Parochus in Ketztingen ibidem. Alij duo Parochi eiusd. diocesis Ratisponensis. Simon Wörle Monasterij in Diessen Praepositus. Stephanus Abbas Schyrensis."

„Woltheter. 3. Weltliche Grauen vnd Freyherrn. Ferds. Kuen, Baro etc. Vicedominus Straubingensis. Rosswurm etc. Leblin, capitanei Superioris Austriae Coniunx, genere Fuggerina."

„Woltheter. 4. Adeliche, vnd anndere weltliche Personen. Christophorus Gebòldus. Sermo. Bau: Principi Maximiliano à Consilijs. Caspar Eisengrein etc. eidem Sermo Bau. Ppi à Consiljs. Casparus Häckel, Senatoris et Mercatoris Monacensis filius. Vir quidam innomminatus Monacensis. Wolfgangus Gründl, ciuis, cernissarius, ibid. Catharina Gründl, Seelschwester alhie. Elisabetha Demlin alhie. Maria Blankin. Wittib. Ioannes Baptista Weiss Mercator Monacensis. Ernestus Gassner Senior Monacensis. olim Sermi Ferdinandi Ducis Bauariae rei Domesticae curator. Philipp Paul der Churfürstl: Bayr: Kriegs-Cassa Zahlmayster. Martin Fromholzer von vnnd zue Weyrburg der Fürstl. Grafschaft Tyrol." 1)

1) Außer dem schon oben berührten Vermerk liegen dem Stiftbuch noch folgende Zettel bei, deren Inhalt für die Fundation des Goldenen Almosens nicht ohne Bedeutung ist: 1. „In Maio ao. 1618 post obitum R. P. Emmerani p. m. mihi dixit P. Weldensis, ab Georgio N. Kiechelbacher bei dem Schönen Thurm in suo testamento fundationi aureae eleemosyne legauit 200 f. post obitum suum recipiendos." 2. „Rd. & Clarissimus dominus Wolfgangus Castner S. Th. Dr. & canonicus Rds. Monacensis legauit testamento suo Eleemosynae S. Ioannis Baptistae . . . quinquaginta florenos. Monachij 14. Sept. 1623."



Hiermit ist nach dem Stiftbuch die Reihe der Fundatoren und Wohltäter des Goldenen Almosens geschlossen. Nach den handschriftlichen Einträgen in das Stiftsbuch darf man als sicher annehmen, daß sich seit dem im Jahre 1618 erfolgten Hintritte Welsers, der eine sehr erfolgreiche Werbetätigkeit entfaltete, die Zahl der Spender nur ganz unmerklich vermehrte. Die Ursachen dieser auffälligen Erscheinung sind indes weniger darin zu suchen, daß Welser, die Seele des Unternehmens, nicht mehr waltete, als vielmehr in dem furchtbaren dreißigjährigen Kriege, der den blühenden Zustand unseres Vaterlandes vernichtete und seine Bevölkerung dezimierte. Not und Elend herrschten allenthalben. Unter diesen traurigen Verhältnissen hatte das Unternehmen, das unter Welsers Leitung einen glücklichen Fortgang verhieß, sicherlich einen sehr schwierigen Stand, denn an eine Erhöhung der Zahl der Spender und damit des Fundus war wohl kaum mehr zu denken und der Verbreitungsbezirk konnte wohl kaum so weit ausgedehnt werden, als er ursprünglich beabsichtigt war. Gleichwohl gelang es dem Orden trotz der beschränkten Mittel, die aus den gestifteten Kapitalien zur Verfügung standen, das Institut lebensfähig zu erhalten und über die schwierigsten Zeiten hinüberzuretten. Das geht schon daraus hervor, daß das Goldene Almosen im Jahre 1673[1]) einen umfangreichen Bücherkatalog herausgab, vielleicht das einzige Exemplar, das noch vorhanden ist.[2])

(Fortsetzung folgt.)

1) et „aliquot annis prioribus". Diese sind aber nicht mehr vorhanden.

2) K.A.M. G. L. 2708/569.

XL.

Henry Bordeaux.

In dem sonst tüchtigen und gut orientierenden Buche von Louis Rouzic über die katholische Erneuerung Frankreichs[1]) vermißt man seltsamer Weise den Namen Henry Bordeaux. Und doch steht außer Zweifel, daß ein kommender vorurteilsfreier Literarhistoriker, der ein lebhaftes, ja auffälliges Wiedererwachen der religiösen Ideen in der intellektuellen Oberschicht des Volkes als die Signatur des beginnenden 20. Jahrhunderts hinstellen wird, dem Romancier Bordeaux einen Ehrenplatz anweisen muß. Denn er ist sozusagen die Verkörperung des gesunden Volksgeistes, der alten nationalen Traditionen, welche die großen politischen und intellektuellen Umwälzungen in den letzten zwei Jahrzehnten zu vernichten drohten — nicht zum Nutzen des Volkes und seines europäischen Prestiges. Die Leitideen seines Lebenswerkes sind auch außerhalb der blauweißroten Grenzpfähle lehrreich und beachtenswert, und mehr als ein Roman Bordeaux' hat in deutscher Übersetzung großen Anklang gefunden.

Auch Henry Bordeaux hatte sich, wie Bourget und soviele andere berühmte Männer der Feder, am Geiste Hyppolyte Taines genährt, der die Revolution als das Grundübel, als die unheimlich weiterwirkende Schule des Anarchismus auf allen Lebensgebieten hinstellte. Die Erfahrung unserer Tage hat diesem düsteren Propheten, der keinen Ausweg zeigen konnte noch wollte, Recht gegeben. Aber wie Bourget und andere Gesinnungsgenossen ließ sich auch Henry Bordeaux auf die Dauer nicht im dunkeln Banne des verzweifelnden Pessimismus des Meisters festhalten. Andere Kräfte, die auf dem Grund seiner Seele schlum-

1) Le Renouveau catholique en France.



merten, lebensvolle Keime, die er aus seiner Vergangenheit, aus alten geheiligten Traditionen, aus einem soliden, christlichen Elternhause mitbrachte, durchbrachen die stickige Pariser Literatenatmosphäre des ausgehenden 19. Jahrhunderts und gediehen unter einem sonnigen Himmel, in der frischen Luft der Provinz. Hier fand sich der junge Schriftsteller wieder, hier fand er die Wurzeln seiner Kraft, fand den Anschluß an die Überlieferungen der Väter. H. Bordeaux ist in höchster und reinster Potenz das, was man in Deutschland „Heimatdichter" nennt, er ist ein eminenter Wortführer der französischen regionalistischen Kunst, der groß geworden ist dadurch, daß er sich beizeiten von Paris lossagte.

* * *

Er kam von der Provinz, von Savoyen, wo gerade heute die regionalistische Idee und die dezentralisatorischen Tendenzen sich besonders stark geltend machen. Bordeaux selbst, der glänzende Verfasser des „Pays natal", das ein hohes Lied auf des prächtigen Berglandes Art, Sitte und Landschaft ist, mag für ein gut Teil spiritus rector dieser gesunden Bewegung sein. Ist es nicht bezeichnend, daß seine Heimat ihm einen Ehrensäbel stiftete, mit dem er, flankiert vom Marschall Joffre und Paul Bourget, am 27. Mai 1920 seinen feierlichen Einzug in die Akademie hielt?

Dies ist kurz sein literarischer Entwicklungsgang: Geboren am 29. Januar 1870 zu Thonon-les-Bains in Savoyen als Sohn eines trefflichen Rechtsanwalts, in dessen Haus Glaube und strenge Rechtlichkeit herrschten, gedieh der Knabe in einer von Religiosität, Familiensinn und Ordnungsgeist durchtränkten Atmosphäre, die sein ganzes Wesen dauernd beeinflußte. Mit der Muttermilch sog er die Liebe zur schönen Heimat ein, die ihn nie verließ. Er besuchte das von Ordensleuten geleitete Kolleg des Heimatsortes, ging mit 17 Jahren nach Paris, um die Rechte zu studieren. Aber bereits erwacht in ihm der Dichter und Literat. 1889 schreibt er frische Berichte über die Pariser Weltausstellung



im Petit-Journal. 1890 kehrt er nach Haus zurück und wird Rechtsanwalt. Seine Literatenlaufbahn beginnt er mit Kritiken: sein Band Ames modernes (1894) macht das Publikum auf seine glänzenden Schriftstellereigenschaften aufmerksam. Mit Meisterschaft und jugendlichem Feuer verbreitet er sich über einige seiner damaligen Lieblingsautoren, nicht als trockener, absprechender Kritiker, sondern als Bewunderer. „Die Bewunderung ist die Grundlage der Kritik", heißt es im Vorwort. Dieses Programmwort ist der Schlüssel zum Verständnis der literarkritischen Arbeiten unseres Meisters, die sich in den letzten Jahren auf dem Gebiete des Theaters bewegten. Daß er sich vor Ibsen verbeugt, ist charakteristisch für die Jugendentwicklung, die immer den Götzen des Tages huldigt. War es je anders? Berauscht von den ersten Weihrauchwolken des Ruhms, voll Vertrauen auf sein Können, das sich, wie er meinte, in der Kirchhofsruhe der Provinz nicht entfalten könnte, ging nun Bordeaux nach Paris, in dessen heißem Getriebe er Welt und Menschen kennen lernen wollte.

Aber es stand geschrieben, daß seines Bleibens hier nicht sein sollte. Der schnelle Tod seines Vaters (1896) rief ihn zurück. Er mußte in der Familie seinen Platz ausfüllen, geheiligte Überlieferungen fortsetzen. Daß es ihm nicht leicht fiel, zeigt uns die Geschichte des Pascal Rouveray in dem Roman La croisée des chemins. Oder irrt man, wenn man in dieser Persönlichkeit ein Stück eigenen Wesens des Autors sucht? In all seinen Büchern steckt ein gut Teil Selbsterlebtes. Hier in der Provinz, am Borne unverfälschten Lebens, inmitten einer großartigen Natur, im engen Kontakt mit unverbildeten, naturhaften Menschen mit den alten Sitten und Überlieferungen, an der für den Menschenbeobachter so ergiebigen Quelle eines Gerichtshofes; als Bürgermeister, der sich um das soziale Wohl des Volkes zu kümmern hat, sammelte der Schriftsteller die reichsten Erfahrungen. 1901 gab er den Advokatenberuf auf, und im Interesse seiner Literatenlaufbahn richtete er sein Leben so



ein, daß er in der guten Jahreszeit in der Provinz blieb, die Winter aber in Paris zubrachte. Jetzt, wo die unruhigen Lehrjahre vorüber waren, wo das Ziel klar umrissen dastand, und der gereifte Mann wußte, was er wollte, konnte die fiebernde Hauptstadt, die das Gehirn der Nation repräsentiert, nur anregend und fördernd wirken. Was hat der Schriftsteller, der seinen Beruf nicht als Dilettant betreibt, sondern in ihm eine höhere Mission sieht, zu sagen, wenn er nicht die Hand am Pulsschlag der Zeit hat, nicht das Getriebe der Wellen beobachtet, welche die Oberfläche des modernen Geisteslebens kräuseln? Nun begann erst das reiche Schaffen. In großen Revuen und Tagesblättern wurde Bordeaux ein ständiger, stets mehr geschätzter Gast. Jetzt schrieb er, nachdem er 1900 schon das begeistert aufgenommene Buch Pays natal veröffentlicht hatte, seine großen Romane, die ihn unter die besten modernen Romanciers reihten: La voie sans retour, La Peur de vivre, Le Paon blanc, Le lac Noir, La petite Mademoiselle, Les Rocquevillard, La Croisée des chemins, Les Yeux quis s'ouvrent, la Robe de laine, La Neige sur ses pas, La maison; zwei Novellenbände: L'écran brisé, Le Carnet d'un stagiaire. Während des Krieges erschien der im damals besetzten elsässischen Kriegsgebiet sich abspielende Roman La Résurrection de la Chair, der in La Chair et l'sprit später eine Art Fortsetzung fand. Fragen wir nun: worin liegt des Autors Bedeutung? Was hat er Neues gesagt, speziell seinen Zeit- und Volksgenossen? Ist er ein Deuter und Wegbereiter seiner Zeit?

Und da ist zu sagen, daß er mehr als ein glänzender, von gewaltigem buchhändlerischen Erfolg begünstigter Unterhalter und Erzähler ist. In ihm besitzt das neuere französische Schrifttum einen der besten Vertreter des sozialen Romans. Aber in einem anderen ertragreicheren Sinne als dem seiner Vorgänger, an deren Spitze Balzac steht, und in denen namentlich bei den späteren Naturalisten von der Art Zolas und der Gebrüder Goncourt das Werk der Dichtung



mit dem der Wissenschaft gleich gesetzt wird. Der Positivismus wirkte auch da verhängnisvoll. Der Roman wird bei den einen die Illustration einer bestimmten These, bei den andern der genau sein wollende Abklatsch der Wirklichkeit. Aber indem man diese in das Prokrustesbett biologischer Gesetze, deterministischer Hypothesen zwängte, war das Ergebnis meist ein verzerrtes, darum unwahres Bild der Gesellschaft. Die Naturalisten waren nur teilnahmslose Anatomen, kühle Kliniker, deren Sinn nur auf das Pathologische eingestellt war. Die ganze Menschheit wird von ihnen nur unter dem Gesichtspunkte der bête humaine betrachtet, die hemmungslos alle ihre, auch durch die Politur der gesellschaftlichen Formen nur schlecht verhüllten, brutalen Instinkte betätigt. Daher die Schlammfluten menschlicher Verworfenheit, die sich durch den zeitgenössischen Roman wälzen. Der Mensch erscheint zumeist als zügelloses Geschlechtstier, das Zola in seiner nackten Abscheulichkeit, andere mit Schminke und Eleganz vorführen.

Von all dem ist Bordeaux unberührt. Er ist Moralist, der gesunde Sinn der Provinz, die zähe Verwurzelung in den alten Traditionen seiner Heimat, die auch die Heimat des großen de Maistre war, hat ihn vor jenen Verirrungen bewahrt. Von dem trostlosen Pessimismus der naturalistischen Schule hat er sich einem gesunden, heiteren Optimismus zugewandt. Er verzweifelt noch nicht an der Menschheit. Noch ist eine Umkehr der Gesellschaft möglich, ehe sie ganz dem Abgrund zueilt. Diese Umkehr wird aber bedingt durch das Festhalten an den alten Überlieferungen, an der Heiligkeit der Familie, an dem Boden, in dem man verankert ist. Was Maurice Barrès in seinen Déracinés zum sozialen Axiom erhebt: daß der Mensch sich nicht entwurzeln soll, ist der Grundgedanke der meisten Werke Bordeaux'.

Es gibt Gesetze der Natur, die niemand ungestraft verletzt. Während Tausende von Literaturwerken den Ehebruch glorifizieren, das Sichausleben des Individuums als obersten Lebenszweck hinstellen, zeigt uns Henry Bordeaux ständig,



daß das Verlassen der alten Pfade das Individuum der Vernichtung entgegentreibt. Die Familiensolidarität ist ihm ein Hauptdogma für den Bestand der Gesellschaft. Der Held der „Rocquevillard“, der seiner Leidenschaft die Familie opferte, wird nur durch diese vor Schande gerettet. Das stärkere Band der Familie bewahrt den Pascal Rouvray (Croisée des chemins) vor einer unglücklichen Ehe. In des Autors Meisterwerk „La maison“, in dem die Darstellung an homerische Linienführung erinnert, ist es das elterliche Haus, das den von einem voltairianischen Großvater für die antisozialen Ideen der sogenannten Freiheit gewonnenen jungen Rambert in die Bahn der Ordnung zurücktreibt. Was für eine herrliche Figur ist dieser Doktor Rambert, der mit dem eigenen Vater um die Seele seines Kindes kämpft! In ihm verkörpert sich der ritterliche Typus des alten Franzosen. Er ist der Mann der Pflicht, in deren Dienst er stirbt.

Wie er es mit der Religion hält, erfahren wir nicht. Überhaupt stehen die meisten männlichen Figuren der Bordeaux'schen Romane dieser neutral gegenüber, oder besser: mit einer respektvollen Achtung erfüllt. Dafür sind aber die meisten Frauengestalten tiefgläubige Christinnen, vor allem die Mütter, in denen sich das alte, gläubige Frankreich verkörpert. Und weil sie glauben, sind sie stark und voll Opfergeist, gehen still durch das Haus, dessen Seele sie sind, beten und leiden und verbreiten unendlichen Segen. Selten ist die christliche Mutter in so leuchtenden Farben gezeichnet worden als Frau Guibert in „La peur de vivre“. Es gibt aber auch kaum ein Buch in der neueren französischen Literatur, das sich eindringlicher gegen die Feigheit gewisser bürgerlicher Kreise wendet, die dem Leben nicht das geringste Opfer bringen wollen. Allein die Vorrede zu diesem Buch wiegt ganze Bände soziologischer Gelehrsamkeit auf. Müssen wir uns nicht auch in Demut beugen vor Madame Bermance in „Résurrection de la chair“, die der von ihrem Sohne verführten jungen Elsässerin eine zweite Mutter wird!



Diskret und doch energisch geißelt unser Romancier, wo sich nur die Gelegenheit bietet, das Krebsübel, das Frankreich langsam entvölkert; geißelt in seiner Weise den brutalen Egoismus einer dekadenten Bourgeoisie, die nur noch eine Tradition kennt: den Geldbeutel. Ihr hält er die alten Überlieferungen gegenüber, von denen wir oben sprachen. Seine Helden sind fast alle den mittleren Volkskreisen entnommen, die er selber genau kannte: der Welt der Ärzte, Richter, Advokaten; auch aus dem Bauernstande holt er sie her. Ein feiner Beobachter, versteht er es meisterhaft ihr Milieu zu zeichnen, ihre Persönlichkeiten scharf zu umreißen. In der deutschen Literatursprache würde man seine Art am besten mit „poetischem Realismus“ bezeichnen. Er führt den Leser nicht in die Kloaken der Menschheit. Häßliches, wider Brauch und Sitte Verstoßendes ist bei ihm nur rasch vorübereilende Episode. Sein Optimismus liebt keine katastrophalen Schlüsse. Die milde Abendsonne der Versöhnung bestrahlt den Schlußakt tragischer Verwickelungen. Wo die Untreue das heilige Band der Ehe brach, stellt die Reue des einen, das Verzeihen des andern den Frieden wieder her. (Z. B. Les Yeux qui s'ouvrent, besonders ergreifend in La neige sur les pas). Wie Paul Bourget ist auch Bordeaux vorwiegend Psychologe, seine Romane mehr feine psychologische Analysen als Sittenschilderungen. Aber weil er meist einfachere Menschen wählt, sind seine Analysen nicht so kompliziert wie die Bourgets, der oft an den Psychiater erinnert. Das Leben seiner Helden spielt sich in ihrem Innern ab, ist arm an äußerlichen Effekten. Bordeaux gibt selbst den Schlüssel zu ihrem Verständnis an: „Damit ein Leben ausgefüllt sei, braucht es nicht viel Ereignisse. Die tägliche Pflicht, so einfach sie auch sei, genügt, um es zu beschäftigen und zu verschönern.“

Bordeaux ist durch und durch „Regionalist“, d. h. Heimatdichter. Darin liegt auch seine Stärke, wurzelt sein großer Erfolg. Der herbe Duft der savoyischen Scholle, die würzige Luft der Berge weht in seinen Büchern. Darum



bleiben sie frisch wie das wundervolle Bergland. Traditionalist in seinen Gedankengängen, ist es Bordeaux auch in seiner Schreibart. Er ist der würdige Erbe der savoyischen Schriftsteller, die zu de Maistre's Zeit die Zierde Chambéry's bildeten. Klar und rein fließt seine Sprache dahin, musikalischer Wohllaut beschwingt seine Sätze, alles künstlich Gequälte liegt ihm fern. Keine Neologismen, keine Phrasen aus dem modernen Jargon der oberen Zehntausend oder der Pariser Gosse, keine englische Brockensammlung verunstaltet seinen Stil.

Luzian Pfleger.

XLI.

Vom Bundesland Wien.

(Zugleich ein Beitrag zur Geschichte des österreichischen Concordates.)

In der ehemaligen österreichischen Monarchie führte die Stadt Wien amtlich den Titel: kaiserlich-königliche Haupt- und Residenzstadt. Zugleich war Wien auch die Hauptstadt des Erzherzogtums Österreich unter den Enns.

Mit den sogenannten Friedensverträgen von Versailles und St. Germain ist die alte Monarchie in sieben Sukzessionsstaaten zerteilt worden. Einem dieser Staaten hat man den Namen Österreich aufgedrängt. Dieses Österreich hat sich in der üblichen modernen Weise unterm 1. Oktober 1920 eine Verfassung gegeben, mit welcher in diesem Gebiet mit völlig neuen Grenzen namentlich in allen politischen Belangen auch eine völlig neue Ordnung eingerichtet wurde. Diese Verfassung ist ihrer Entstehung nach ein Kompromiß zwischen der sozialdemokratischen und der christlichsozialen Partei und trägt auch alle Merkmale eines solchen Kom-

promisses an der Stirne. Die Sozialdemokraten waren damals — seither hat sich das Verhältnis etwas geändert — unter den beiden Kompromißparteien die stärkere. Infolge dessen sagt auch der Artikel 1 der Verfassung echt sozialdemokratisch: „Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volke aus." Im Artikel 2 sodann kommt die schwächere Kompromißpartei, die christlichsoziale, zum Wort. Also sagt dieser Artikel: „Österreich ist ein Bundesstaat. Der Bundesstaat wird gebildet aus den selbständigen Ländern: Burgenland, Kärnten, Niederösterreich (Niederösterreich-Land und Wien), Oberösterreich, Salzburg, Tirol, Vorarlberg."

Natürlich konnte jetzt die Stadt Wien nicht mehr Residenzstadt heißen, da der Ausdruck Residieren ja immer nur von Monarchen gebraucht wurde und der Monarch jetzt abgeschafft war, sondern Wien wird jetzt (im Artikel 35) Bundeshauptstadt genannt.

Auch Hauptstadt eines Erzherzogtums konnte Wien nicht mehr sein, weil es ja keinen Erzherzog mehr gab. In der Ordnung der neuen Verhältnisse ist man aber in dieser Beziehung einen eigenartigen Weg gegangen. Nachdem die „demokratische Republik" des Artikels 1 im Artikel 2 zum „Bundesstaat" erklärt worden war, hätte man erwarten können, die einzelnen Teile dieses Bundesstaates würden etwa Kantone oder so ähnlich genannt werden. Man hat sie aber im zitierten Artikel 2 „selbständige Länder" genannt, und im weiteren Verlauf werden sie auch einfach „Länder", gelegentlich auch „Bundesländer" genannt.

Dem Lande Niederösterreich aber ist im Artikel 2, wie die Leser bemerkt haben, die Parenthese „Niederösterreich-Land und Wien" angefügt. Was mit dieser Parenthese gesagt sein will, ist dann in einem besonderen Abschnitt des Verfassungsgesetzes dahin erklärt und erläutert, daß vom Tage der Geltung der neuen Verfassung an Niederösterreich mit Wien nicht mehr schlechthin als ein Land, sondern jeden-



falls sofort schon als zwei Sektionen des bisherigen einen Landes zu betrachten seien, welche zwei Sektionen aber auch einvernehmlich zu zwei selbständigen Ländern sich trennen und konstituieren könnten. Und Letzteres ist seither auch wirklich so geschehen und erfolgt: seit Neujahr 1922 bildet Niederösterreich-Land ein eigenes Bundesland und die Stadt Wien ihrerseits ebenso. Mit dem (von Ungarn abgetrennten) Burgenland, dessen Konstituierung zu einem eigenen Bundesland soeben im Gange ist, wird dann der Bundesstaat oder die demokratische Republik Österreich aus neun Bundesstaaten bestehen, wovon das Bundesland Wien als Stadt zugleich sowohl als seine eigene Hauptstadt, wie auch, wenigstens einstweilen noch, als Hauptstadt des Bundeslandes Niederösterreich-Land fungiert.

Nach dieser etwas umständlichen aber schwer vermeidlichen Einleitung können wir zum Gegenstand selbst übergehen.

Wie ist man überhaupt auf den Gedanken gekommen, die Stadt Wien aus dem Lande Niederösterreich herauszunehmen und zu einem besonderen staatsrechtlichen Gemeinwesen zu konstituieren? In den Zeiten des alten Römischen Reiches hat es bekanntlich wie reichsunmittelbare Grafen ꝛc. auch reichsunmittelbare Städte gegeben, die unmittelbar dem Kaiser unterstanden. Nach dieser Analogie ist schon in früheren Dezennien hie und da der Vorschlag aufgetaucht, Wien als Haupt- und Residenzstadt gewissermaßen reichsunmittelbar zu machen. Zu einer ernsteren Behandlung aber hat es der Vorschlag früher nie gebracht, weder im Wiener Gemeinderat noch im niederösterreichischen Landtag. Aber der Gedanke war da. Und als beim sogenannten Umsturz die Wahlen im ganzen Lande Niederösterreich den Sozialdemokraten die Majorität brachten, so zwar, daß sie nunmehr im Wiener Gemeinderat die weit überwiegende und im niederösterreichischen Landtag die zweifellose Majorität hatten, da erschracken die ländlichen Vertreter, und es erschien nunmehr gerade diesen Abgeordneten die Trennung von

Wien als das einzige Rettungsmittel vor der sozialdemokratischen Flut. In Wien, so hatte es allen Anschein, war jetzt die sozialdemokratische Herrschaft unerschütterlich geworden, da war Hopfen und Malz verloren, es galt nur noch die Frage, ob damit das ganze übrige Niederösterreich, eben Niederösterreich-Land, dauernd den sozialdemokratischen Umsturzideen verfallen bleiben müsse. Eine einfache Zählung ergab, daß, wenn aus dem niederösterreichischen Landtag die Wiener Sozialdemokraten ausgeschieden würden, eine nichtsozialdemokratische Majorität übrig blieb. Also Trennung!

Seit Neujahr sonach, wie schon gesagt, steht diese Trennung in Kraft. Niederösterreich-Land und Wien sind gesonderte Bundesländer, für Wien ist der Gemeinderat zugleich auch der verfassungsmäßige Landtag, und Niederösterreich-Land hat jetzt einen Landtag, in welchem die Christlichsozialen die relativ stärkste Partei bilden.

Die Neuerung hatte für Niederösterreich-Land auch sofort zwei unbestreitbar günstige und wichtige Folgen. Und zum Verständnis muß auch da wieder auf die Verfassungsfrage zurückgegriffen werden.

In der alten monarchischen Verfassung hatte jedes Land eine nach Materien gesonderte Doppelverwaltung: eine staatliche durch die kaiserlich-königlichen Behörden, und eine autonome durch die Landtage und deren Organe (Landesausschuß). Die Entscheidungen hinsichtlich Ehe und Schule, um die es sich in unserem Falle handelt, lagen bei den staatlichen, resp. kaiserlichen, nicht bei den autonomen Behörden. Diese Doppelverwaltung nun ist beim sogenannten Umsturz vollständig in die eine autonome Verwaltung aufgegangen, das heißt: Die autonome Verwaltung hat auch alle Funktionen der früheren kaiserlichen Verwaltung an sich gezogen, folglich sind damit auch die Angelegenheiten von Ehe und Schule in die Administrativ-Gewalt der Länderparlamente (Landtage) und deren Organe, in Niederöster-



reich also an die sozialdemokratische Landtags-Majorität und deren Organe übergegangen.

Da waren die Sozialdemokraten so recht in ihrem Element. Gerade auf den Gebieten der Ehe und Schule sollte ja der Menschheit die sozialdemokratische Glückseligkeit erblühen. Zwar die Ehe- und Schulgesetze selbst blieben noch die alten, denn hinsichtlich der Ehegesetzgebung kam den Landtagen überhaupt keine Kompetenz zu, und hinsichtlich der Volksschule durften dieselben jedenfalls an den „Grundsätzen" des bestehenden Systems nicht rütteln. Aber in der Ausführung der Gesetze fanden sich bei entsprechendem Willen Gelegenheiten und Deutungen genug, in denen sich die sozialdemokratischen Trennung zu steigender Geltung bringen konnten.

Vor Allem in Ehesachen. Da enthält beispielsweise das Bürgerliche Gesetzbuch einen § 83, der sagt: „Aus wichtigen Gründen kann die Nachsicht von Ehehindernissen bei der Landesstelle angesucht werden, welche nach Beschaffenheit der Umstände sich in das weitere Benehmen zu setzen hat." Die kaiserlichen Landesstellen hatten sich in den Fällen dieses § 83 natürlich, wie dies in einer Verordnung vom Jahre 1868 auch ausdrücklich bestimmt wurde, an die Weisungen des Ministeriums des Innern, zu deutsch: des im Concordatsverhältnisse stehenden Kaisers Franz Josef zu halten. Der mit dem Umsturz an die Spitze der gesamten niederösterreichischen Landesregierung geratene sozialdemokratische Landeshauptmann Sever aber kümmerte sich bei dieser „Nachsicht von Ehehinderuissen" nicht einmal um die Meinung des Ministeriums des Innern, geschweige um die des an der Ausübung der Regierungsgewalt verhinderten Kaisers Karl. Der § 83 hat augenscheinlich die erste Ehe im Auge. Landeshauptmann Sever dehnte seine usurpierten Befugnisse auch auf Ehen aus, die gerichtlich nicht einmal annulliert waren, öffnete sonach der ausgesprochenen Bigamie den Weg. So entstanden also in Niederösterreich



eine steigende Anzahl von sogenannten Sever-Ehen. Sogar ein ehemaliger christlichsozialer Minister ist diesen Weg gegangen. Mit der staatsrechtlichen Trennung der Stadt Wien von Niederösterreich-Land hat dieses Ärgernis für das letztere Land allerdings ein baldiges Ende gefunden, denn der neue christlichsoziale Landeshauptmann Mayr von Niederösterreich-Land hat für seinen Bereich diese „Nachsichten" sofort eingestellt. Um so ungenierter gedeiht der Unfug jetzt im neuen Bundesland Wien. Viele Verwirrung in den Familienverhältnissen wird die höchst bedauerliche Folge dieses sozialdemokratischen Einbruchs in das bisherige Eherecht sein, und aus dieser Verwirrung wird man wieder Gründe für die Einführung der allgemeinen obligatorischen Zivilehe schmieden.

Dies in Betreff der Ehen.

In Betreff der Schule stehen die Dinge fast noch schlimmer. Da räumen auch schon die bestehenden Gesetze selber den Landes-, Bezirks- und sogar Ortsschulräten einen gewissen Einfluß auf die Feststellung des Lehrplanes und der inneren Einrichtung der Schule ein. Das Vorhandensein religiöser Embleme in den Schulzimmern, die Verfügung über das Schulgebet, die religiösen Übungen usw. sind Dinge, die nicht in allen Einzelheiten in den Gesetzen selber vorgesehen sein können. Und wieder muß da auf die persönliche Regierungsweise des Kaisers Franz Josef verwiesen werden. Absichtlich und ausdrücklich war in den Schulgesetzen mancherlei, sei es der Verordnungsgewalt, sei es der Entscheidung des Unterrichtsministers, d. h. des Kaisers Franz Josef vorbehalten. Als unverrückbarer Grundsatz in diesem Ensemble war deutlich erkennbar: So lange und soweit das einmal katholisch getaufte Kind der staatlichen, d. h. kaiserlichen Gewalt unterstand, hatte dieses Kind unweigerlich katholisch unterrichtet und erzogen zu werden. Es hat also den Eltern nichts geholfen, daß sie selber sich konfessionslos erklärten oder den Übertritt zu einer anderen Konfession anmeldeten,



so lange und soweit ihre Kinder schulpflichtig waren, durften sie dem Abfall der Eltern nicht folgen.

Wenn in anderen kirchenpolitischen oder kirchenrechtlichen Dingen solche prinzipielle Gesichtspunkte in den Gesetzen und verlautbarten Verordnungen nicht so positiv, wie es hier gesagt ist, ausgesprochen waren, wenn vielmehr mancher Artikel oder Paragraph eher eine andere Auffassung nahe zu legen schien, so ist in der Wochenschrift „Das neue Reich" von kompetenter Seite mit aller Bestimmtheit dargetan worden, daß Kaiser Franz Josef in einer Anzahl von prinzipiellen Fällen selbst seinen Ministern gegenüber sich die persönliche Entscheidung vorbehalten und diese Entscheidung dann gemäß der angerufenen Voten des Bischofs oder der Bischöfe getroffen hat, in dessen oder deren Bereich die betreffenden Fragen aufgetaucht waren.

So war es möglich, daß das Konkordat, obwohl es (als Staatsgesetz) als aufgehoben erklärt, ja sogar gekündigt worden war, praktisch und faktisch in den Kernpunkten dennoch in Geltung bleiben konnte, und daß der Pariser „Univers" zur Zeit Pius X. in römischen Korrespondenzen wiederholt betonen mußte, Kaiser Franz Josef sei concordataire. So war es auch möglich, daß ein bekannter sehr liberaler Schriftsteller einem entsprechenden Gedenktag die spitze Note widmen konnte: „Das Konkordat ist gefallen, hat man uns mit Jubel verkündet; erst später hat man erfahren, daß es sich nicht wehe getan hat." Auch hatte ein liberales Blatt, dem man seinerzeit Beziehungen zum unglücklichen Kronprinzen Rudolf zugeschrieben hatte, von einem ganz spezifischen Franz-Josephinismus gesprochen.

Um aber wieder auf unser Thema, auf die jetzige Ausführung der österreichischen Schulgesetze zurückzukommen, so kann nach diesen Darlegungen jedermann schon von selbst sich eine ziemlich genaue Vorstellung davon machen, wie sich diese Ausführung jetzt nach der Verbannung des legitimen Monarchen in einzelnen Ländern gestaltet haben mag.



Insbesondere natürlich im neuen rein sozialdemokratisch regierten Bundesland Wien ist der Schulreferent Glöckel unermüdlich in Ausspürung von allerlei Schlupflöchern im Schulgesetz, durch welche die sozialdemokratische Erziehungs- und Unterrichtsweisheit in die Volksschulen eingeführt werden könnte.

Selbstverständlich betätigt sich dieser sozialdemokratische Weisheitstrieb wie auf allen anderen Gebieten auch hier nur in negativer Beziehung: in der Entfernung alles dessen aus der Schule, was mit der Religion in engerer Beziehung steht. In dieser Negation hat der genannte Herr Glöckel schon als Unterstaatssekretär im Unterrichtsministerium vieles geleistet. Der gemeinsame Fastenhirtenbrief der (sieben) österreichischen Bischöfe befaßt sich eben mit diesen Erstlingen der Glöckel'schen Schulregierung: der Einführung der sogenannten Grundschule und der Aufhebung des sogenannten Zwanges zur Teilnahme der Schüler an den religiösen Übungen. Der Hirtenbrief sagt über diese Glöckeleien, wie sie in Wien genannt werden, in ebenso klarer wie überzeugender Weise:

„Die Lehrpläne der sogenannten Grundschule sehen nicht nur von diesem obersten Zweck (der sittlich-religiösen Erziehung) der Schule ab, sondern stellen ein ganz rationalistisches Erziehungsideal auf, das in der sogenannten Heimat- und Lebenskunde gipfeln soll, mit anderen Worten, die moderne Grundschule soll religionslos sein, und sie wird es auch sein, wenn diese Schulreform folgerichtig durchgeführt wird.

Noch mehr verletzen den sittlich-religiösen Erziehungsgrundsatz die Glöckel'schen Schulerlässe vom 10. April 1919, wodurch der ‚Zwang' zur Teilnahme an religiösen Übungen untersagt wurde. Wohl selten wurde mit dem Worte Zwang solcher Mißbrauch getrieben, wie in diesem Erlaß. Ein Zwang zur Teilnahme an religiösen Übungen bestand nie, wohl aber eine Verpflichtung. Ist nun etwa Pflicht gleichbedeutend mit Zwang? Dann sind Gottes Gebote, die Kirchengebote, ja selbst alle



Staatsgesetze, die Schulgesetze, der pflichtmäßige Schulbesuch ein Zwang . . ."

Die hier so scharf gekennzeichneten Verfügungen hat Glöckel, wie gesagt, schon als Unterstaatssekretär getroffen, damals nämlich, als die Christlichsozialen mit den Sozialdemokraten in Koalition standen und die Sozialdemokratie als die stärkere Partei alle wichtigeren Stellen in Anspruch nahm. Die gefolgten Neuwahlen haben die Sozialdemokraten zur schwächeren Partei gemacht, wornach sie an der Koalition keinen Gefallen mehr fanden und schmollend Amt und Regierung verließen. Eine formelle, ausdrückliche Aufhebung jener Glöckel-Erlasse ist trotzdem nicht erfolgt, insofern und im allgemeinen also sind die ernsten Verwahrungen des Hirtenbriefs auch jetzt noch aktuell. Sie sind es aber noch mehr im besonderen, nämlich im Hinblick auf das neue Bundesland Wien, auf welches Gebiet Herr Glöckel derzeit seinen unmittelbaren Einfluß beschränkt sieht.

Hier auf diesem engeren Gebiete liegt auch die jüngste Leistung des Herrn Glöckel, die Ausscheidung einer bedeutenden Anzahl von Jugendschriften aus den Schülerbibliotheken. Zu Anfang Januar, also gleich nach der Autonomisierung Wiens, hat Glöckel ein ziemlich reichhaltiges Register solcher Jugendschriften bekannt gegeben, die nach seiner Meinung einer richtigen Jugendbildung abträglich sind und deshalb aus den Schülerbibliotheken entfernt werden müssen. Es ist natürlich immer dieselbe sogenannte Grundschule, deren negative Idee auch hier verfolgt werden soll. In erster Linie werden alle patriotischen Schriften, die nämlich Liebe zum alten katholischen Österreich und dessen Herrscherhaus erkennen lassen, für jugendschädlich erkannt. Und in dieses Verdikt sind selbst die Schriften über den Prinzen Eugenius und über die Befreiungskriege von 1813 einbezogen; nicht einmal die Schlacht bei Aspern ist von der Verurteilung ausgenommen. Aber auch Jugendschriften ganz allgemeinen Charakters werden von Glöckels Ungnade betroffen. So



alle Schriften von Christof Schmid, von Karl May, Franz Hofmann. Der materielle Wert dieser auszuscheidenden Bücher ist in der „Reichspost" auf 50 bis 60 Millionen geschätzt worden. Und was soll mit diesen verurteilten Büchern geschehen? Das Register trägt außerdem noch die Signatur: „Erstes Verzeichnis". Also ist jedenfalls noch ein zweites, vielleicht auch drittes Verzeichnis zu gewärtigen. Was wird schließlich noch übrig und empfehlenswert bleiben? Schund der Diesseits-Kultur, die schon als solche nur für den Augenblick erzeugt sein kann, da sie ja ein Jenseits, also etwas Dauerndes prinzipiell ausschließen muß.

In einer vom vollen Dünkel des absoluten Nichtwissens getragenen Polemik gegen den Hirtenbrief erklärt die „Arbeiter-Zeitung", das offizielle Organ der österreichischen Sozialdemokratie: es gelte jetzt, „der mittelalterlichen Bindung der Persönlichkeit ihre Entfaltung in arbeits- und genußfroher Diesseitigkeit entgegenzusetzen".

Im verhungernden Rußland zwar ist diese arbeits- und genußfrohe Diesseitigkeit schon vollkommenst erreicht. Die österreichische Sozialdemokratie also wird nicht ruhen, bis auch Österreich, oder wenigstens das neue Bundesland Wien, dieses Hungerparadieses teilhaftig geworden ist

A. Inthal.

XLII.
Frankreich — England.

Im Zeitalter der Schlagworte spielt auch die vielfach abgenützte Phrase eine Rolle, am Schlusse des Weltkrieges dürfe es weder Besiegte noch Sieger geben. Das Wort ist in doppelter Beziehung falsch: wohl sind tatsächlich die Mittelmächte und ihre Verbündeten niedergeworfen, die Gegner aber anscheinend Sieger geblieben; in Wirklichkeit ist über alle, Freunde und Feinde, kaum wieder gutzumachendes Unheil hereingebrochen, und zwar nicht zuletzt über die sogenannten Sieger, wenigstens soweit unsere europäischen Feinde in Betracht kommen. Die im Versailler Frieden besiegelte Vernichtung Deutschlands zeitigt Satans-Früchte, wie jede böse Saat schlimme Früchte tragen muß: Europa geht seinem Untergang entgegen, es muß zu Grunde gehen, nachdem man dem Friedensfürsten Papst Benedikt XV. die Tür verschlossen. Ohne Gott kein Heil, und wie blinder Haß aus der Weimarer Verfassung das Wort Gott verbannt hat und darum Autoritätslosigkeit und deren Folgen dem gequälten deutschen Volke aufbürdet, so birgt das Mordinstrument, das unsere Feinde, wie sie wähnten, im Friedensvertrage nur für uns gezimmert, den Keim des Todes auch für sie in sich. Das Ringen der Sieger um den besten Brocken paart sich mit einem anderen Ringen, dem um die Superiorität in Europa, im Weltimperium. Konferenz folgt auf Konferenz bald diesseits, bald jenseits des Atlantischen Ozeans. Und ist Washington nicht lediglich die Ausgeburt der Furcht vor dem unvermeidlichen Kampf um die Herrschaft zunächst im fernen Osten, dann aber auch um die Vormacht auf der jetzt mit dem Fluch der wirtschaftlichen Konkurrenz, besser gesagt der wirtschaftlichen Ausbeutung belasteten Welt? Wird das, was die Sorge um das goldene

Kalb in Washington mühsam zuweg gebracht, im Ernstfalle standhalten oder zertrümmern wie Spiegelglas? Was ist eigentlich da drüben erzielt worden? Die Preisgabe des englisch-japanischen Bündnisses bedeutet nicht viel; sobald gemeinsame Interessen sich einstellen, werden England und Japan wieder zusammengehen mit oder ohne Bündnis, wie sie wieder auseinander gehen würden mit oder ohne Bündnis, sobald lebenswichtige Gegensätze entstehen sollten. England hat scheinbar die japanische Freundschaft geopfert auf dem Altar der anglo-amerikanischen Gemeinschaftsidee, weil es hofft, für das große Entscheidungsringen Amerika auf seine Seite zu bringen, oder, was schon viel bedeuten würde, es wenigstens nicht in der Reihe der Gegner zu finden. Wenn es mit dieser Hoffnung nur nicht ebenso geht, wie seinerzeit mit dem Dreibund, wo der Dritte im Bunde, Italien, seine Freunde, von denen der eine, Österreich, ein schweres Opfer in dem Zusammengehen mit dem ehemaligen offenen und dauernd geheimen Feinde erblicken mußte, so schmählich im Stiche ließ aufgrund des sacro egoismo, der ja einstens auch dem frommen Viktor Emanuel den Einzug durch die Porta Pia in Rom gebot. Sempre avanti, Savoia! Die Behandlung, welche die Washingtoner Konferenzbeschlüsse seither in Amerika und zuletzt speziell im Senate erfuhren, bestärkt die Anschauung, daß auch die amerikanische Politik nichts Anderes bezweckt als die Pflege des sacro egoismo: die Stärkung der Weltmachtstellung zugunsten des Geldbeutels in der freimaurerischen Aufmachung des Kampfes gegen jede Religion, in erster Linie die katholische Kirche, eine Politik, welche auch zur Teilnahme am Weltkriege geführt hat mit dem Ziele, durch den Sturz der Monarchien freie Bahn zu schaffen für diese beiden Endzwecke! Als Gläubiger Europa's hat Amerika schon heute das Übergewicht, es braucht nur die Schlinge nach der einen oder anderen Seite zuzuziehen und die gefangenen Vögel flattern ängstlich im selbst gesponnenen Netze.



Es war daher nicht überraschend, zu beobachten, wie die Besucher der Konferenz in Washington um die Gunst der Herrn da drüben buhlten und, wenn auch mit der Faust in der Hosentasche, ihrem Diktat sich beugten, in der stillen Hoffnung vielleicht, es werde auch da wieder anders kommen, als man's vor Tische gelesen. Man sollte meinen, die Angst vor dem gestrengen Gläubiger bringe die Schuldner einander näher zur gemeinsamen Hilfe. Weit gefehlt. Gemeinsam war ihnen vor dem Weltkriege der Gedanke, Deutschland und Oesterreich niederzuwerfen, wenn auch die Motive für solch gemeinsames Streben verschieden geartet waren; aber seither ist's anders geworden, weil sie alle, unsere Feinde von gestern und heute, sich selbst in die Nesseln gesetzt haben und, seit der Rivale und Feind Deutschland sich selbst entmannt, sie nun ihrerseits Rivalen geworden sind. Wäre unsere eigene Lage nicht so entsetzlich trost- und hoffnungslos, so könnte man versucht sein, sich des alten Satzes zu erinnern: duobus certantibus tertius gaudet. So aber sind wir in jeder Etappe der immer wieder auftretenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Paris und London eben die Leidtragenden, weil zur Überbrückung der Gegensätze uns immer wieder neue Lasten auferlegt werden.

Der Kampf zwischen Frankreich und England ist zweifellos interessant und spannend. Wohl ist Englands äußere Machtstellung aus dem Kriege mit außergewöhnlichem Gewinne hervorgegangen, seine Weltherrschaftswünsche sind wohl alle restlos erfüllt worden, zielbewußt haben die klug rechnenden englischen Staatsmänner Glied an Glied gereiht — und doch steht der gigantische Koloß auf thönernen Füßen, weil gerade die Riesenausdehnung des großbritannischen Weltimperiums zu belastend wirkt und mehr Kräfte absorbiert, als zur Verfügung stehen. Dazu kommt die Zertrümmerung des großen mächtigen Zarenreiches, welche Englands Position in Europa, wie besonders in Asien, wo die beiden Staaten früher Nebenbuhler waren, wesentlich

schwächen mußte. Im Unterhause ist bei Ausbruch der russischen Revolution ein für einen englischen Staatsmann erstaunlich kurzsichtiges Wort entschlüpft von der frohen Botschaft, die aus Rußland komme, ein Wort, das die ganze Heuchelei des perfiden Albion blitzartig beleuchtete.

Der es sprach, würde heute wohl anders denken und sprechen und wünschte voraussichtlich den kaiserlichen Vetter seines Landesherrn wieder auf den Thron der Zaren zurück. Denn das, was Rußland inzwischen an Schrecknissen hat durchkosten müssen, steht wie ein drohendes Gespenst auch vor dem britischen Weltreich; nicht umsonst hat Minister Churchill vor einigen Tagen in einer in Longhborough gehaltenen Rede gewarnt, es werde sicher in der nächsten Zeit eine politische Schlacht geschlagen werden: die Schlacht wird gegen die wachsende Gefahr des Kommunismus geführt werden müssen. Die letzten Wahlniederlagen der Koalition zugunsten der Revolutionäre geben zu denken, besonders angesichts der wirtschaftlichen Lage, welche auch in England die Zahl der Arbeitslosen nicht abnehmen läßt. Auch England bräuchte sehr dringend den wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands, wie nicht minder auch die politische Wiederherstellung des einst so mächtigen Zarenreiches. Die gegenwärtige Zerrüttung der slawischen Vormacht nach diesen beiden Richtungen hin wirkt lähmend auf Englands europäische und außereuropäische Politik und erschwert seine Position gegenüber Frankreich, das jede schwache Seite seines erprobten Allierten und Freundes sorgsam in Berechnung zieht und im gegebenen Augenblick auszunutzen versteht. Schwache Seiten aber bietet der Riesenleib des großbritannischen Reiches gerade genug. Im Hefte vom 25. Februar dieses Jahres schreibt der regelmäßige Referent der politischen Chronik Bernard de Lacombe im Pariser Correspondant im Vollgefühl der Genugtuung über die Lage Englands:

„Die englische Regierung hat in diesem Augenblick ernste Sorgen besonderer Art, welche zu solchen allgemeiner Natur

hinzutreten. Wie leicht vorauszusehen war, Südirland hat Schwierigkeiten, sich mit Ulster zu verständigen: neuerdings ist auf der Insel Blut geflossen. Eine beunruhigende Aufregung stiftet Verwirrung in Ägypten und Indien und scheint denselben Charakter in beiden Ländern zu haben, wo die Unabhängigkeitsidee zur Überreizung sich gesteigert hat durch die Unzufriedenheit, welche eine dem Islam feindliche türkische Politik hervorruft sowohl an den Ufern des Nil wie des Ganges. Andererseits beunruhigen sich in Jerusalem, in dem von London patronisierten Zionistenstaat, Christen und Mohamedaner in gleicher Weise über das Verhalten der Juden. So kommt es, daß Gedeon Murray jüngst den Ausspruch tun konnte: „Von Konstantinopel bis Delhi ist der britische Name verhaßt und verabscheut." Zu gleicher Zeit haben Streiks in Transvaal eine bedenkliche Wendung genommen. Und vergessen wir nicht, in England selbst, die politische und soziale Mißstimmung, welche soeben in den Wahlen zu Manchester und in der Bannmeile von London zum Ausdrucke kam, wo die revolutionären Kandidaten die Koalition um zwei weitere Sitze geschwächt haben. Das sind genug Probleme auf ein Mal auf verschiedenen Punkten, welche alle genaue Prüfung und schleunige Entscheidungen erfordern. Sie würden bis zum Erweis des Gegenteils genügen um zu erklären, daß Lloyd George, in dem Drange vor allem das britische Reich wieder zu festigen, im Laufe der letzten vierzehn Tage weniger Zeit gehabt, an den Wiederaufbau Europas und an die Reparationen Frankreichs zu denken."

Man kann nicht behaupten, daß diese Schilderung mit ihrer ironischen Schonung Lloyd George's stark übertreibt: sie trifft so ziemlich das Richtige.

Kein Zweifel, der Friedensschluß hat Frankreich zur ersten Militärmacht Europas emporgehoben, welcher England allein nicht gewachsen ist, und der Wiedereintritt Poincarés in die politische Führung bedeutet für Lloyd George eine neue schwere Belastung. Wenn daher schon bisher regelmäßig bei Meinungsverschiedenheiten zwischen London und



Paris in der Stunde der Entscheidung auf die großartige Geste ein Zurückweichen von Downing Street vor der französischen Energie erfolgte, so zeigt uns neuerdings schon der Schlußakt von Cannes und besonders die Besprechung in Boulogne die Richtung an, in welcher sich die Verhandlungen in Genua bewegen werden, zumal nachdem Amerika seine Absage ausgesprochen hat, eine Absage, die ebenso als eine Warnung gegen Frankreich wie als ein Imstichelassen gegenüber England aufgefaßt werden kann.

Auf den Aschermittwoch folgt die Karwoche, schwerlich aber auf diese ein frohes Ostern für die gequälte europäische Menschheit. Indessen flicht Poincaré rastlos und kalt berechnend das Netz, das von Indien über Ägypten und Irland an den Rhein und von da hinüber nach Polen und zur Tschecho-Slowakei und dem nahen Osten und dem fernen Süden reicht und wohl auch Sowjetrußland nicht außer Acht läßt. Gleichzeitig zwingt er England durch den Garantie-Schutzvertrag gegen Deutschland in seine militärische Gefolgschaft, damit bei günstiger Gelegenheit — wie im Jahre 1914 — ein Angriff der ruchlosen Boches auf das unschuldige Frankreich konstruiert werden kann.

Und wir? Wir bezahlen zunächst die Zeche; ein schwacher oder kein Trost ist's, zu wissen, daß die Anderen später an die Reihe kommen werden.

Druckfehler auf Seite 321:

Nr. des Artikels ist nicht XXXVI sondern XXXVII.



XLIII.

Hindernisse der Bekehrung.

Fastenbetrachtung eines Laien.

Die welterschütternden Geschehnisse der letzten Jahre, der Jammer des Krieges und die Zerstörung der Revolution, alle die soziale und innere Not und all das politische Elend haben die europäische Gesellschaft als solche nicht von ihren verkehrten Wegen abzulenken und ihre Regierungen sowie ihre unregierbar gewordenen Massen nicht wieder zu verchristlichen vermocht. Alle diese Ereignisse und alle diese Erscheinungen haben nur gezeigt, daß auch die tiefste Not und die größte innere oder äußere Entbehrung keine religiöse Regeneration der Völker hervorzurufen vermag, wenn fast alle geistigen Dispositionen und Voraussetzungen fehlen, wenn die psychische und religiöse Kältezunahme das Neuaufblühen eines Glaubensfrühlings immer mehr zur Unmöglichkeit gemacht hat. Wir sahen in den kurz vergangenen Tagen Einzelbekehrungen von Intelligenzen, wir sahen aber zugleich den bleibenden oder wachsenden Indifferentismus und praktischen Materialismus in den mittleren Schichten und den fortdauernden Abfall der großen Massen. Wie in politischer und wirtschaftlicher, so ist auch in religiöser Hinsicht unsere Zeit eine niedergehende, eine Zeit tiefster Armut. Die goldenen Sterne der Ideale scheinen immer mehr zu erlöschen und die Rettung der innerlich und äußerlich verarmten Gesellschaft, menschlich gesprochen, aussichtslos zu sein.

Das Rettungsprogramm der Gesellschaft heißt entschiedene Umkehr und mutiger Aufstieg, heißt Besserung und Buße. Umkehr von den niederwärts führenden Wegen und Stegen, Rückkehr zu dem verleugneten Glauben und den Glaubensübungen und zur vergessenen Sitte der Väter! Einer solchen Umkehr und Rückkehr türmten sich kaum jemals mehr Hindernisse entgegen als heute. Hindernisse schier unüberwindbarer Art stellen sich gegenüber dem Übertritte Andersgläubiger zu Kirche und Glauben, hundert selbstgeschaffene Hindernisse und Hemmungen treten entgegen der Umkehr der ihrem Jugendglauben oder der Betätigung desselben entwöhnten Katholiken. Es sind das vielfach die in der Sünde wider den heiligen Geist verharrenden, den Einwirkungen der Gnade die größten Widerstände entgegenstellenden Kreise. Einzelne Hindernisse der erstgenannten und mehrere der letzteren mögen hier, soweit es die Schwierigkeit der Materie zuläßt, behandelt werden, wobei eine Unterschätzung und eine Überschätzung der religiösen bezw. antireligiösen Hemmungen nirgends ausgeschlossen ist.

I.

1. Die Rückkehr zur Urkirche seitens der gebildeten oder höheren Kreise ist auch während des Krieges und nach demselben in den angelsächsischen Ländern nicht zum Stillstand gelangt. Während aber in England in den letzten Jahren und Jahrzehnten das Anwachsen des Katholizismus sowohl ein nahezu absolutes wie ein relatives war, können wir in den Vereinigten Staaten Amerikas nur von einer relativen Zunahme aus der Intelligenz reden. Immerhin ist auch diese eine hocherfreuliche Erscheinung in dem im realistischen und materialistischen Gedanken völlig befangenen nordamerikanischen Volke.

Worin liegen, zum Unterschiede von Deutschland, die Gründe, daß, abgesehen von den unerforschten göttlichen Ratschlüssen, die englische Nation unter den Kulturvölkern die größte Rückkehrbewegung zur alten Kirche aufweist? In



England selbst wohl in dem Blute und Verdienste der Martyrer der Reformationszeit; dann in der, als Folge des äußeren Kultes der Hochkirche, nicht gänzlich erloschenen kirchlichen Tradition. Ferner in der nüchternen, von Vorurteilen nicht gänzlich erdrückten Veranlagung des Volkes. Endlich, wie die Oxforder Bewegung zeigte, in den geistigen Einflüssen bestimmter ernst-religiöser Kreise. Diese Einflüsse dauern ungeschwächt fort, so daß in den letzten zehn Jahren die Konversion von 600 Geistlichen und außerdem von 1000 Personen, die Universitätsstudien gemacht hatten, zu verzeichnen war.

Trotz dieser zahlreichen Übertritte in den gebildeten Schichten sehen wir auch in England — und noch viel weniger in den Vereinigten Staaten — nirgends eine Massenbekehrung, ähnlich etwa der des hl. Franz von Sales im sechzehnten Jahrhundert. Nordamerika hat sogar eine starke relative Abnahme der katholischen Bevölkerung zu verzeichnen. Die unteren Klassen verfallen hier wie dort und wie in anderen Staaten dem Sozialismus und dem Atheismus; die mittleren Schichten bleiben religiös liberal, indifferent und verschwommen, und auch in den höheren Ständen sind es nur bestimmte kleine Kreise, die zu einem religiösen Aufstieg, bis zu den Höhen katholischer Weltanschauung, sich getrieben fühlen.

2. Die schwersten Hindernisse und Hemmnngen, welche sich der Bekehrung der Einzelnen wie der Massen entgegenstellen, sind nicht religiöser, sondern moralischer Natur. Tansende würden glauben, wenn der Glaube nicht sittliche Verpflichtungen auferlegen würde. Der Grund des Unglaubens liegt bei ihnen mehr im sinnlichen Herzen und geschwächten Willen, und weniger im nüchtern abwägenden Verstande: „Ich möchte einen nüchternen, maßvollen, keuschen, ruhig urteilenden Mann behaupten hören," sagt La Bruyère[1])

1) Nach Stimmen der Zeit Bd. 94, S. 311.

„es gebe keinen Gott; aus dem spräche wenigstens nicht der eigene Vorteil. Aber der Mann ist nicht zu finden.“

Eine Zeit und ein Geschlecht, das nach unbehinderter Ehescheidung und freier Liebe ruft, in welcher die geschlechtlichen Perversitäten, innerhalb und außerhalb der Ehe, zu einer millionenfachen anwidernden Erscheinung geworden sind, kann unmöglich in der reinen Atmosphäre des Glaubens und der Gottesnähe sich wohl befinden. Der deutlichste Ausdruck dieser Zeit ist die sinnliche und verblödende Erotik und erotische Literatur, von welch ersterer der spanische Schriftsteller Miguel de Unamuno sagt: „Ich kann nur stets wiederholen, daß die Wollust den Geist abstumpft, und daß eine der ersten Pflichten des Menschen ist, seinen Geist zu entwickeln. Die Unzucht ist für ein Volk noch eine viel schlimmere Geißel als der Alkoholismus.“ „Ich habe manche sehr intelligente Trinker gekannt,“ sagt derselbe Schriftsteller, „hingegen zeichnen sich alle Unzüchtigen, die ich kenne, durch eine außerordentliche Gemeinheit der geistigen Auffassung und des Gefühls aus.“ Wie das sinnliche Begehren die Ursache vieler Häresien war, so ist die gleiche Sinnlichkeit ein tausendfaches Hemmnis sowohl für die religiöse Umkehr wie für den Anschluß an die Kirche.

3. Mit der Sittenlosigkeit ist der praktische Materialismus unserer Tage ein wesentliches Hindernis für die religiöse Erweckung und die religiöse Rückkehr.

Erwerbsgier und Genußsucht, ein nur den Stoffen und den Gütern, den mit Gold gemessenen Werten und der berauschenden Lust der Erde zugewandtes niedriges Denken erfüllt die große Mehrzahl der modernen Gesellschaft. In den mehr als vier Jahrzehnten, in denen wir viel mit den Erwerbskreisen, mit der Kleinfabrikanten-, Gewerbe- nnd Bauernwelt verkehrten, haben wir noch nicht einen idealen Gedanken, noch nicht eine religiöse oder sittliche Bewertung der Arbeit und des Geschäftes, noch nicht eine Ewigkeitshoffnung äußern gehört. Eine völlige Abkehr vom Geistigen oder Nichtstofflichen, eine gänzliche Interesse-

losigkeit für kirchliche Nöten, Sorgen und Aufgaben macht sich, wenigstens äußerlich, in jenen Kreisen bemerkbar. In dieser Kälte der Gesellschaft können sich nicht die Keime neuen religiösen Lebens entwickeln, aus jenen Kreisen können keine Bekehrungen und Konversionen kommen. Von ihnen gilt das Wort, das Fr. v. Sallet einst niedergeschrieben:

„Zahl ist ihr Denken, ihr Gefühl Prozente,
Der Liebe Band zum Kram herabgesunken,
Des Mannes Wort wägt man nach seiner Rente,
Und unterm Wust starb jeder Himmelsfunken."

Einer zum Teile materialistischen Philosophie, einer materialistischen Naturwissenschaft und einer materialistischen Nationalökonomie entspricht eben folgerichtig ein praktisch-materialistisches Leben. Wir machen uns für gewöhnlich gar keine Vorstellung von der ganzen Vermaterialisierung, von der fast ausschließlichen Diesseitskultur unseres Jahrhunderts. Wie der in einem stets hermetisch abgeschlossenen Raum Arbeitende die dumpfe, zur Erkrankung der Atmungsorgane führende Luft dieses Raumes nicht mehr fühlt, so fühlen wir nicht mehr die dem geistigen Leben den Tod bringende Atmosphäre unserer verweltlichten Tage. Die gläubig-mittelalterliche Gesellschaft bewegte sich in der Gedankenwelt des Kirchlichen und Himmlischen, die moderne Gesellschaft in der des Profanen und Irdischen.

Wir haben uns vom Himmlischen, das kein Interesse mehr für uns hat, abgewandt und liegen oder versinken im Staub der Erde. Wir werden zu entgeistigten Geschöpfen, wir „kriechen", wie Dr. Edgar Bauer[1]) in der Gründerperiode schrieb, „auf allen Vieren. Unser Gott ist der Staub, unser Altar der Stoff, unser Wort die Erdrosselung, unsere Nahrung der Raub. Wir nennen das Naturbeherrschung".

1) Die orientalische Frage und der europäische Frieden. München 1874. S. 90.



II.

1. Neben den moralischen, neben den in der Sinnenlust und dem materialistischen Egoismus liegenden Ursachen finden wir noch eine Reihe vorab psychologischer Gründe, welche die Heimkehr des religiös getrennten oder innerlich abgefallenen Volksteiles zur alten Kirche erschweren. Zu diesen Gründen rechnen wir nicht zuletzt die ganze realistische Richtung und Bildung unserer Zeit.

Die Halbbildung, d. h. die stückweise Allgemeinbildung, die „buntscheckige“ Bildungspflege oder das „Charivari“ einer Bildung, wie Paul de Lagarde sie nennt, jene Bildung, welche vorab von unseren nichthumanistischen, den Realschulen usw. gepflegt wird, scheint keinen geistigen Boden für tiefes, religiöses Forschen zu ermöglichen. Der bekannte englische Konvertit Robert Hugh Benson schreibt: „Die der Kirche am undurchdringlichsten gegenüberstehen, sind die mäßig Gebildeten — der junge Mann, der etwas studiert hat, aber nicht gar zu viel und besonders aus kleinen Lehrbüchern; das junge Mädchen, das Vorlesungen besucht hat, aber deren nicht allzuviele. Dazu gehört noch der Gelehrte, der in einer Spezialwissenschaft, Chemie, Mathematik, Biologie usw. so gelehrt ist, daß alle Erscheinungen, die sich nicht auf deren Formeln zurückführen lassen, ihm wertlos erscheinen.“

Hiezu bemerkt der „Herold des Glaubens“[1]): „Zwei Arten von Menschen fühlen sich besonders zum Katholizismus hingezogen oder bleiben ihm treu: nämlich die äußerst einfachen und ungebildeten und die äußerst klugen und denkenden Menschen, die hervorragend scharfen und denkenden Köpfe. Hingegen die Halbgebildeten, die Gedankenlosen, das bürgerlich philisterhafte Element lehnen die Religion gewöhnlich am gleichgiltigsten oder am feindlichsten ab.“

---

1) Nach dem „Eucharistischen Völkerbund“, Jahrg. 2, Heft 1/2.

Die realistische Richtung und die „Charivaribildung" unserer Intelligenz ist nicht nur ein Ausdruck des Wesens unserer Zeit, sie ist zugleich ein Schwergewicht, welches den Emporflug zu den religiösen und göttlichen Idealen hemmt. Der moderne Mensch denkt nur mehr real, er ist frostig und nüchtern geworden; er begeistert sich nicht mehr für Übersinnliches und Außerordentliches. Er hat die Fähigkeit und die Gnade verloren, ein Mann beharrlichen Gebetes und ein Martyrer des Glaubens zu werden. Er geht teilnahmslos an den Heldenkämpfen der kirchlichen Zeitalter, an der mystischen Bewegung und an den mystischen Seelen des Mittelalters, an der Schönheit und Erhabenheit der kirchlichen Liturgie, an den Beispielen und am Heiligtum selbst vorüber. Über dem Realen hat man den Sinn für das Ideale, neben den irdischen und zeitlichen Fragen und Sorgen die überirdischen und ewigen vergessen. „Wir stehen", wie Kardinal Mermillod sagt, „außerhalb des Übernatürlichen."

Die idealen, die nach dem Übernatürlichen und Reingeistigen ringenden Seelen sind selten geworden. Jene Seelen, von denen P. A. Sheehan[1]) schreibt: „Der Mensch ist am glücklichsten, wenn er sich in der reinen Atmosphäre hoher Gedanken bewegt; da fühlt er, daß er Gott nahe ist. Eine Menge unumstößlicher Zeugnisse beweist, daß metaphysische Studien auf den Menschen immer einen heilsamen Einfluß ausgeübt haben. Und es ist sehr fraglich, ob alle die materiellen Errungenschaften, die uns das Jahrhundert der naturwissenschaftlichen Forschung gebracht hat, welches die metaphysischen Studien verachtet, die Schäden auf geistigem und sittlichem Gebiet, die sie im Gefolge hatten, aufwiegen."

Wie unsere Durchschnittsgebildeten, nicht zuletzt als Folge der Errungenschaften der Naturwissenschaft und der

1) Der Erfolg des Mißerfolgs. Übers. von O. Jacob. Steyl 1902, S. 651.

Technik, eine weitgehende Abneigung gegen die metaphysische Welt beherrscht, so auch, wie bereits angedeutet, eine ängstliche Scheu vor aller Übernatur. Die Trennung des Natürlichen vom Übernatürlichen, des Irdischen vom Himmlischen, des Weltlichen vom Geistlichen ist ein Wesensmerkmal des modernen oder liberalen Menschen im Gegensatz zum mittelalterlichen und gläubigen. Und diese Scheu vor dem übernatürlichen Denken und Leben ist auch die Klippe oder die Mauer, die viele angehende, nach der Wahrheit ringende Konvertiten nicht zu überwinden vermögen, und an der auch sonstige religiöse Bekehrungen scheitern. „Wir erleben es immer wieder", schreibt Wilhelm Hagen,[1] „daß, sobald das Gespräch Dinge berührt, die an die letzten Fragen des Daseins tasten, Dinge, deren Erörterung und Durchkämpfung lebensgefährlich ist, daß dann beim andern plötzlich ein Vorhang fällt, daß sich die Seele des Menschen, mit der ich ringe, mir entwindet, und daß ich statt dessen mit etwas Fremdem, Kaltem zu tun habe." „Die Psyche der Andersdenkenden", sagt Fr. Muckermann S. J.,[2] „ist eben nicht so, daß sie die religiösen Argumente anerkennt. So bleibt nur die harte Lebenslogik . . ."

2. Die harte Lebenslogik erreicht, was die wissenschaftliche Logik nicht vermag; Not lehrt beten, sagt ein altes Sprichwort. Allein dieses Wort, das nur eine halbe Wahrheit enthält, scheint heute seine Bedeutung größtenteils eingebüßt zu haben. Das bitterste Elend hat viele Volksschichten — wir erinnern nur an die sozialdemokratischen Massen — nicht glauben und beten, keine Ehrfurcht vor dem Alten und Heiligen gelehrt; hat sie nicht einmal zu den Anfängen einer Umwandlung und Irrtumserkenntnis gebracht. Und jenes Elend dürfte sie auch in absehbarer Zeit kaum für die Annahme der christlichen Lehre und des christlichen Lebens willig machen. Die Verstandesverdunklung und die Herzens-

1) Nach dem „Gral" Jahrg. 16, S. 118.

2) Ebenda S. 118.

verhärtung ist zu weit gediehen; sie haben in Hunderttausenden die zur Erforschung und Erkenntnis der Wahrheit drängende Stimme des Gewissens erstickt.

Eine ganz wesentliche und viel zu wenig gewürdigte psychologische Hemmung für alle Bekehrungen bildet die mangelnde geistige Demut, bildet insbesondere der Wissenshochmut unserer Tage. Dieser Wissensdünkel beherrscht neben einem großen Prozentsatz des Lehrertums ganz besonders die Sozialdemokratie.

„Unsere heutige Schule", schrieben im Jahre 1894 diese Blätter,[1]) „pflanzt allen ungemessenen Hochmut und Dünkel ein. Dies ist der Punkt, in welchen die Sozialdemokratie einsetzt. Ihre Blätter und Redner liefern täglich den vollgiltigsten Beweis. Sie haben es zu einer außerordentlichen Meisterschaft gebracht, die sozialdemokratischen Lehren als höchste Weisheit, als das letzte Wort aller Wissenschaft, ja als das Einzige darzustellen, das auf den Namen Wissenschaft, Fortschritt, Aufklärung Anspruch macht. Der Genosse wird als der ganzen übrigen Menschheit weit überlegen, als der einzige, vollkommenste aller Menschen hingestellt. Er allein steht auf der Höhe der Zeit, ihm allein gehören Gegenwart und Zukunft. Neben, nein tief unter ihm gibt es nur eine reaktionäre Masse, zu der alle Dummköpfe, gleichviel welcher Farbe gehören."

Der Wissenshochmut des Sozialismus und seiner Führer, der sich vorab gründet auf jene Aufsätze der Tagespresse,[2]) welche die materialistische Volkswirtschaftslehre eines Karl Marx, die Naturwissenschaft Ernst Haeckels sowie ein Dutzend anderer pseudowissenschaftlicher Werke popularisieren, dieser grundlose, Mitleid erheischende Hochmut hat die Majorität der Arbeiterwelt nicht nur um das christliche Credo, sondern um jede Empfindung für Überweltliches und Reingeistiges gebracht.

1) Bd. 114, S. 131.

2) Wir erinnern beispielsweise an die „religionsgeschichtlichen Aufsätze", welche im Vorjahre das Hauptorgan der österreichischen Sozialdemokratie, die Wiener „Arbeiterzeitung", veröffentlichte.



Wie am verhärteten Sozialisten jeder Bekehrungsversuch abprallt, so dürfte der Fall, daß ein wissensstolzer Gelehrter seinen Verstand unter die Geheimnisse des Glaubens und unter die Vorschriften der Kirche beugt, höchst vereinzelt dastehen. „Der Katholizismus", sagt Robert Mäder,[1] „ist die von Christus zur Bekämpfung des menschlichen Stolzes eingesetzte Religion. So groß ist der unversöhnliche Gegensatz zwischen Kirche und Stolz, daß derjenige, welcher wahrhaft katholisch ist, nicht stolz sein kann, und derjenige, der stolz ist, nicht katholisch." Wie der Wissensstolz — wir erinnern nur an Lamennais, Döllinger, Tyrrell, Loisy — zum teilweisen oder vollen Abfalle führte, so ist der gleiche Stolz auch eine dauernde Verhinderung einer gläubigen und damit demütigen Umkehr.

In dem Lande, in welchem der staatliche Schulzwang zuerst und in umfassendster Weise eingeführt wurde, hat sich auch, neben dem Gelehrtenstolz, ein undefinierbarer, nach außen abstoßend wirkender Bildungsstolz, der in den Jahren vor dem Kriege seine Berechtigung vorab auf das — Einjährigfreiwilligenzeugnis gründete, eingestellt. „An Hochmut des Geistes", schrieben vor bereits siebzig Jahren diese Blätter[2]), „tut es der gebildete Deutsche allen Geschlechtern und allen Zeiten zuvor." Das Wort E. L. Bulwers vom „Volke der Dichter und Denker" (richtiger: „der Dichter und Kritiker") scheint, wie jede Schmeichelei, seelisch verhängnisvoll auf unsere Bildungsschicht gewirkt zu haben. Diese Bildungsschicht ist nicht nur zum Volke der Kritiker, sondern auch zum Volke der Rationalisten geworden[3]); es hat sich aus

---

1) Rom oder Wittenberg? Ausgabe für Deutschland. Köln 1921, S. 63 f. 2) Bd. 24, S. 432.

3) Von Don Bosko schreibt u. a. F. X. Kerer, daß er in der schlichten Einfachheit des italienischen Landes aufgewachsen sei, „wo noch unmittelbarer, kindlicher Glaube herrschte, der noch gar nicht angekränkelt war vom Rationalismus, den wir Deutsche schon mit der Geburt einatmen". (Don Bosko. 2. Aufl. Regensburg 1921. S. 30.)

der Glaubensspaltung und aus Kant und nicht zuletzt aus der monopolisierten deutschen Staatsschule eine Mentalität herausgebildet, die dem kindlichen gläubigen Geiste mancher anderer Völker direkt gegenübersteht und vielfach ein großes Bekehrungswerk hemmt.

Daß der nationale Stolz, den wir selbst von christlichen Rednern empfehlen hörten, keine Förderung des christlichen Lebens bedeutet, dürfte wie für die französische so auch für die deutsche Nation gelten. Zudem sind engherziger Nationalismus und Katholizismus gänzlich unvereinbar.

III.

1. Eines der gewaltigsten geistigen Hindernisse der Rückkehr vor allem des gläubigen Protestantismus zur Mutterkirche ist der Berg von Vorurteilen, der sich vor demselben auftürmt: die Summe von Fälschungen, die im Geschichts- und besonders im Konfirmandenunterricht fort und fort wie ein wertvolles Gut sorgsam gehütet und gepflegt werden. Die Schule ist, was profane und Kirchengeschichte anbelangt, vielfach nicht eine Stätte für wissenschaftliche Wahrheit, sondern für subjektive Meinungen und leichtfertige Unwahrheiten. Die Mehrzahl der deutschen Konvertiten bestätigen in ihren Bekehrungsberichten diese Erfahrung und Behauptung.

Die in der protestantischen Bevölkerung vorhandenen antikatholischen Vorurteile zu beseitigen ist ein Werk der — Unmöglichkeit. Am wenigsten ist das durch Broschüren und Flugschriften erreichbar. Catholica non leguntur. Der apostolische Vikar von Schweden, Msgr. Albert Bitter, hat vor kurzem den ungewöhnlichen Mut aufgebracht, an die k. Direktion der schwedischen Staatsschulen eine Petition einzureichen, betreffend die in den Geschichtslehrbüchern enthaltenen falschen Behauptungen über katholische Lehre und Praxis. Den Erfolg dieser Eingabe muß die Zukunft lehren.

Wie die religiöse und geschichtliche Verzerrung des



Katholizismus, das vor vierhundert Jahren gepflanzte und fortwuchernde Vorurteil den Anschluß größerer protestantischer Kreise an die Kirche verhindert, so ist umgekehrt das *Verhalten vieler Katholiken* nicht einer der letzten Gründe, warum gerade in katholischen Ländern die Zahl der Übertritte zur Kirche oft so gering ist. Der nach der vollen und bestimmten religiösen Wahrheit dürstende Andersgläubige bemerkt bei ihnen keine Wärme, vielfach nicht das geringste Interesse für die Kirche und ihre Einrichtungen, keinen Gebetseifer, kein sittlich höher gehendes Streben, nicht selten eine unfaßbare Unkenntnis über den Inhalt und die Pflichten der Glaubenslehre. Mehr als ein Konvertit hat uns geschildert, wie schmerzlich er sich enttäuscht und abgestoßen fühlte, wenn er an einen katholischen Laien Fragen bezüglich der katholischen Lehre richtete und hiebei einer frostigen Kälte und abweisenden Interesselosigkeit, wenn nicht ironischen, die eigene Unwissenheit verdeckenden Bemerkungen begegnete.

2. Mit dieser katholischen Interesselosigkeit dürfte, speziell in Deutschland, kaum etwas hemmender auf die Rückkehr zur alten Kirche wirken als die *interkonfessionellen Bestrebungen* und die *interkonfessionellen Vereinigungen*, als das katholischerseits erfundene Schlagwort von der „gemeinsamen christlichen Basis", als das „unbedingte Erfordernis der Zurückstellung des Trennenden", wie es zuletzt von der Mannheimer katholischen Akademikerversammlung (28. und 29. April 1921) zum Programmpunkt erhoben wurde. Alle diese alten und neuen Bestrebungen haben der Kirche noch nicht *eine* Seele zugeführt; sie verhindern aber nicht nur den Übertritt nichtkatholischer Volksgenossen, sie sind zugleich eine ernste Gefahr für die Katholiken selbst. „Die Gefahr der Katholiken Deutschlands", sagt Msgr. *Heiner*, „liegt in dem Streben nach Interkonfessionalisierung der katholischen Betätigung auf den verschiedenen Gebieten des öffentlichen Lebens."

Wenn, offen oder stillschweigend, Katholizismus und Protestantismus als praktisch gleichwertig und religiös gleich-

berechtigt hingestellt werden, wenn man von dem wesentlich gleichen Christentume, von „Schwesterkirchen" usw. redet, wenn man in den interkonfessionellen Organisationen fast wöchentlich zu Familienunterhaltungen zusammenkommt, wenn man bei all diesen Zusammenkünften sowie in der Presse jener Organisationen, um den religiös anders Denkenden nicht zu verletzen, jedes religiöse Wort vermeidet, so kann all das nur schwächend auf das Glaubensleben und auf das mannhafte katholische Bekenntnis wirken.[1]) Insbesondere wird eine solche religiöse Verwässerung auf den denkenden und forschenden Nichtkatholiken nur abstoßend wirken. Was der ernst denkende Andersgläubige sucht, das ist nicht eine verwaschene Toleranz, das sind feste Wahrheiten und Begriffe, ein klar und logisch vor ihm sich aufbauendes Lehrgebäude, unzweideutige religiöse und sittliche Verpflichtungen. Der Unklarheit und Unbestimmtheit hat er in seiner eigenen, ihn unbefriedigend lassenden Kirche oder Religionsgemeinschaft übergenug.

3. Wie die im Interkonfessionalismus sich äußernde religiöse Halbheit und Verschwommenheit, so ist die Autoritätslosigkeit unserer Tage, die sich auf staatliches wie kirchliches Gebiet erstreckt, für Tausende ein schwer zu überwindender psychischer Widerstand der Bekehrung und Rückkehr.

Das Christentum, wie es die katholische Kirche uns vorstellt, ist „eine von Gott gegebene Religion, d. h. ein System von Lehren und von Lebensvorschriften, die sich nicht nach unserem Einsehen und Belieben richten, noch mehr,

---

1) „Es ist offenbar eine der göttlichen Zulassungen und Strafen für unsere Zeit", schreibt eine Schweizer Wochenschrift, „daß man zur Rettung aus dem höchsten Elend immer nur zu den schmutzigen Zisternen der ärgsten Sophistik, der Halbheit, der Verschwommenheit, des Interkonfessionalismus geht und die Quellen des lebendigen, allein heiligenden Wassers, die nur in der römisch-katholischen Kirche sprudeln, verachtet. Welche Katastrophe muß da erst kommen, um die Augen zu öffnen?" (Schildwache 1920/21, Nr. 48.)

eine von Gott auferlegte Religion, deren Annahme und Befolgung uns als heilige Pflicht obliegt. Daraus folgt, daß sie uns als Autorität, und zwar als göttliche Autorität entgegentritt und daß sie deshalb von unserer Seite Unterwerfung verlangt, jene Unterwerfung, die wir für unser äußerliches und innerliches Leben Gehorsam, für unser Denken Glauben nennen."[1])

Der vorbehaltlose Gehorsam, die volle Unterwerfung unter die Kirche und ihre Lehrautorität ist Voraussetzung jeder ernsten Umkehr, aber zugleich das Gespenst, das tausend Bekehrungsbereite schreckt. Mit Lacordaire[2]) können Bekehrte und Nichtbekehrte sprechen: „Ich war das Kind eines Zeitalters, das nicht gelernt hat zu gehorchen, und so war die Unabhängigkeit mir Eins und Alles. Wie konnte ich da plötzlich mich umwandeln in ein gelehriges Herz und nur mehr in der Unterwürfigkeit das leitende Licht für mein Handeln suchen."

Wie der wahre Begriff der Autorität unserem demokratischen und subjektiv, d. h. autoritätslos denkenden Zeitalter fremd geworden ist, so auch die Ehrfurcht vor derselben. Das Wort von der „Überspannung der Autorität" hat einst in Kreisen katholischer Intellektueller weitgehende Zustimmung gefunden. Die unbeugsame Autorität der Kirche bildet noch mehr für die außerhalb der Kirche Stehenden einen Stein des Anstoßes und eine eingebildete Barrière gegen manchen beabsichtigten Übertritt.

4. Die starken Widerstände, die ein Gesamtvolk seiner Wiederverchristlichung entgegensetzt, können nur durch heiligmäßige Männer, ein Bekehrungswerk im Großen kann wie einst nur durch Heilige vollzogen werden. Einzelbekehrungen machen ein Volk noch nicht christlich, mit der Geschichte der

---

1) A. M. Weiß O. P., Liberalismus und Christentum. Trier 1914. S. 33.

2) Testament. Übers. von Dr. M. Jocham. Freiburg i. Br. 1872. S. 60.

Einzelbekehrungen verbindet sich, wie mit der Geschichte der Diaspora, regelmäßig „die Geschichte von verlorenen Schlachten. Wir wachsen nicht in der Diaspora (trotz einzelner Übertritte), wir nehmen ab, wenn nicht unaufhörlich neuer Zufluß kommt aus dem Reservoir der katholischen Länder".[1])

„Wir warten immer", sagt ein großer Apologet der Gegenwart,[2]) „auf eine Schar neuer großer Heiliger, die das Angesicht der Erde erneuern sollen. In der Tat, Heilige sind hoch vonnöten. Aber so wie wir jetzt sind, würden selbst Henoch und Elias, wenn sie heute kämen, nichts ausrichten, denn den größten Widerstand und die schwersten Hindernisse fänden sie bei uns selber."

Wenn wir nach Heiligen zur Bekehrung der modernen Welt rufen, müssen wir auch selbst nach Heiligkeit ringen. Das ist allerdings kein Kinderspiel, sondern die schwerste Arbeit des Menschen. Nicht einem nach Heiligkeit nur rufenden, sondern einem heiligmäßig auch lebenden Volke wird Gott Heilige schenken. Die Einleitung zu diesem heiligmäßigen Leben: zu dem Ringen nach Vollkommenheit, ist die Buße, und die Vorbereitung zur Buße eines ganzen Volkes ist die allgemeine Weckung des Bußgeistes. Die Zeiten der Heiligen waren regelmäßig auch die Zeiten der größten Büßer und der meisten Bußübungen.

Uns fehlen, wie auch unkirchliche Geister klagen, große Persönlichkeiten. Uns fehlen Heilige, weil uns Schuldbekenntnisse, Bußgesinnungen und Büßer fehlen. Uns mangelt das „Salz der Erde", welches die Weiterwucherung der fressenden Fäulnis, von der unsere Gesellschaft ergriffen, verhindert. Wir leben, unbewußt, in einer niedergehenden Kultur, weil die ersten Kulturträger, die heiligmäßigen Männer, fehlen oder schweigen. Denn „ohne die Heiligen ist die Welt in Wirklichkeit, was uns der Pessimismus sagt,

---

1) R. Mäder, a. a. O. S. 52.

2) A. M. Weiß O. Pr., Apologie des Christentums. Bd. 5. Freiburg i. Br. 1889. S. 105.

ein Grab voll Moder und Fäulnis, ein Wirrsal, in dessen Dunkel einem jeden unheimlich wird".[1]) Die mächtigsten Widerstände, die sich dem Aufbau einer neuen Kultur, die sich einem umfassenden Bekehrungswerke entgegenstemmen, können nur durch Heilige überwunden werden.

Die Bekehrung der Welt hängt von Heiligen, hängt von einem neuen, übernatürlichen Leben, hängt von der Gnade Gottes ab. Christentum, Übernatur, Gnade sind zusammenhängende Begriffe: „Wer keine Idee von der Gnade hat, sagt Donoso Cortés, „der hat auch keine Idee vom Christentum."

Die halb oder ganz rationalistische Geistesrichtung, der falsche Naturalismus unserer Zeit haben uns die Übernatur fremd und unverständlich gemacht und uns die Gnade unterschätzen gelehrt. Darum muß unser ganzer Kampf dieser Zeitströmung gelten, darum muß das Übernatürliche wieder in seine vollen Rechte eingesetzt werden. Dann wird auch die Gnade des Herrn wieder zu uns kommen und das Geschenk dieser Gnade werden die Heiligen sein. Dann wird unsere christlich sich nennende Gesellschaft endlich wieder zu der Überzeugung gelangen, daß die Welt nicht mit Parteiprogrammen und „Volksregierungen", nicht mit Politik und Sozialpolitik, sondern nur mit übernatürlichen Mitteln erneuert und gerettet werden kann. Dann wird sie wieder das Wort des heiligen Sängers verstehen und in dasselbe einstimmen: „Ich hebe meine Augen empor zu den heiligen Bergen. Von dort kommt meine Hilfe. Meine Hilfe ist vom Herrn, der Himmel und Erde gemacht hat." (Psalm 120, 1. 2.)

Die Rettung der sinkenden Welt ist die Bekehrung der Welt; ist das mutige Zerstören aller Hindernisse einer allgemeinen Konversion; ist der tausendfach widerhallende Schrei um Erbarmung und Gnade. Die Welt wird heute durch keine anderen Mittel und durch keine andere Hilfe verchristlicht wie vor zweitausend Jahren. Geistiger Tod

1) Ebenda S. 107.



oder neues Leben liegt heute wie damals vor ihr. Die Zeit der Umkehr drängt, das Gewitter grollt über unserem Haupte. Nach der Langmut und dem Schweigen des Herrn naht das Gericht Gottes. Aber noch tönt unter das Rollen des Donners der ergreifende liturgische Gesang der Leidenswoche des Herrn, der flehende Ruf des Propheten: „Jerusalem, Jerusalem, convertere ad Dominum Deum tuum!“

R. F. X. H.

XLIV.

Schwedischer Besuch im Birgittenkloster Maihingen (1507).

Von G. Grupp.

Der Salvatororden, gestiftet von der schwedischen Adeligen aus königlichem Stamme Birgitta, zählte im fünfzehnten Jahrhundert in Bayern drei Niederlassungen, von denen zwei, Gnadenberg und Maihingen, der Reformation zum Opfer fielen, während Altomünster noch heute besteht. Das Merkwürdigste an der Gründung Birgittas war die Nachahmung des Apostelkollegiums, über das nach dem Tode des Herrn, wie Birgitta meinte, die Jungfrau Maria den Vorsitz führte und eine Art Vormundschaft ausübte. Demnach bestand der Orden aus einem Frauenkonvent, dessen Äbtissin das Männerhaus untergeordnet war. 13 Priester sollten die Apostel, 12 Laienbrüder und 60 Nonnen die 72 Jünger vergegenwärtigen. Als beschaulicher Orden war er auf größeren Grundbesitz angewiesen, und da diesen Kloster Maihingen infolge des Bauernkrieges und der Reformation zum Teil verlor, konnte der Konvent sich nicht auf die Dauer erhalten und mußte mit der Zeit den Franziskanern Platz machen.

Nach Maihingen soll die hl. Birgitta selbst gekommen sein, was zwar nicht ganz sicher beglaubigt, aber auch nicht unwahrscheinlich ist. Die Sage geht zurück auf eine Mitteilung der Maihinger Priorin Walburga Schefflerin in ihrem „Salbuch", einer Mischung chronikalischer Notizen mit einem Güter-, Renten- und Stiftungsverzeichnis.[1] Nach einer Einleitung über die Entstehung der Wallfahrt Maihingen berichtet die Schefflerin, auf Anregung des Grafen Johann von Öttingen seien um 1450 Nonnen von Gnadenberg berufen worden, die aber nur ungenügende Gebäulichkeiten angetroffen hätten. Deshalb hätten sie eine Zuflucht bei den Zisterzienserinnen zu Kirchheim im Ries gesucht, deren Äbtissin Magdalena ein Geschwisterkind des Gründers von Maihingen, des Grafen Johann von Öttingen war. Diese hätte die traurigen Gemüter der Birgittinerinnen aufgerichtet und zu ihnen gesprochen, sie möchten ihre Sorge dem Herrn befehlen. Der allmächtige Gott würde die Statt schon fürsehen zu bauen, denn Gott wolle offenbar seinen Orden in diesem Lande haben. Sie hätte von ihrem Herrn Vater seliger Gedächtnis Ludwig XI. im Bart, (dem Hochmeister des Kaisers Sigismund) gehört, wie er zu Rom mit der heiligen Frau S. Birgitta gegessen und getrunken hätte, mit ihr gewandelt und etliche Tage die Stationen mit ihr gegangen sei, daß er sich gegen Gott getröstete und es für eine besondere Gnade, die ihm Gott damit erzeigt, gehalten hätte. Die Äbtissin sagte ihnen auch, wie ein Brunnen in Maria Mai bei der Kapelle stände, den man von altersher S. Birgitta-Brunnen hieße. Daraus hätte die heilige Frau mit ihrem Gesinde getrunken und dabei geruht, als sie von Wadstena gegen Rom zog (1346). Einer ihrer Diener hätte die Pferde auf eine Wiese „geschlagen", da pfändeten sie die Bauern. Nun klagten es die Diener der heiligen Frau Birgitta und diese fragte, was die Wiese wert wäre. Nachdem es die Diener erfahren, kaufte sie den Bauern die Wiese ab „zu

1) Die Originalhandschrift liegt im Münchener Hauptstaatsarchiv.

einer ganzen Gemein, daß sie allen Armen sollte frei sein, als sie noch ist". Die Bauern gaben der Wiese einen Namen, hießen sie die Herzogin von der heiligen Birgitta (einer Lagmannstochter) wegen; mit dem Namen heiße man sie noch bis auf den heutigen Tag. „Die heilige Frau sprach auch zu ihrem Gesinde: An dieser Statt wird noch mancher Mensch große Gnade und Ablaß seiner Sünden erlangen von Gott. Das sagten die Diener den Bauern, die ihnen die Wiese zu kaufen gegeben hätten. Nach viel Jahren, da S. Birgitta geheiliget war, ließen die Bauern ihr Bildnis zu Maihingen in ihre Kirche malen. Da steht das Bild noch." Soweit die Schefflerin.

An einem anderen Ort bemerkt sie, der genannte Brunnen hätte noch zu ihrer Zeit Birgittabrunnen geheißen und sei neben der Kapelle (späteren Klosterkirche) auf der Herzogswiese gestanden. Die auffallenden, sicher beglaubigten Tatsachen, die der Sage zugrunde liegen, rücken sie in das Bereich geschichtlicher Wahrscheinlichkeit, obwohl die alten Quellen darüber schweigen.[1] Dafür spricht auch folgender Umstand: Bei nordischen Völkern war es Sitte, für erwiesene Gastfreundschaft ein Landgut zu schenken.[2] Es ist ganz unmöglich, daß die schlichten Nonnen zu Kirchheim von dieser Sitte etwas gewußt und eine Legende daraus erdichtet hätten; dagegen ist es sehr wohl möglich, daß Birgitta, angelockt durch den Ruf von Klosterzimmern, von der geraden Pilgerstraße ein wenig abbog, die nach einer alten Notiz der Chronik von Stade über Dinkelsbühl, Nördlingen, Donauwörth führte,[3] und der berühmten Mystikerklause

1) Zuerst spricht davon Hammerich 1863 in seiner schwedischen Biographie Den hellige Birgitta, Kopenhagen S. 133, ins Deutsche übersetzt 1872, S. 114. Hammerich beruft sich auf Nettelbla, Nachrichten von Klöstern der Birgitta S. 93, der selbst seine Kenntnis aus dem Maihinger Salbuch schöpfte und zwar nicht unmittelbar, denn er bemerkt relata refero.

2) Steenstrup, Danelag 86.

3) Monum. Germ. ss. 16,339.

einen Besuch abstattete, die in keinem Geringeren als dem berühmten Heinrich von Nördlingen ihren geistlichen Vater verehrte.[1])

Sei dem wie immer, jedenfalls stand Kloster Maihingen, wie Gnadenberg in Beziehung zu Schweden und Wadstena, mag auch die gedruckte Chronik dieses Klosters davon schweigen. Diese berichtet zum Jahrgang 1509: Am 10. Oktober seien zwei Brüder Johannes Matthäi und Petrus Magni in einer Ordensangelegenheit nach Rom gereist.[2]) Auf dem Wege kehrten nun die beiden auch in Maihingen ein und Walburga Schefflerin, die 1522 ihr Salbuch schrieb, konnte also aus eigener Anschauung als Augen- und Ohrenzeuge über diesen Besuch in ihrer redseligen Art erzählen. Vieles was sie erzählt, stimmt überein mit der Chronik von Wadstena, vieles nicht, so gleich Jahr und Monat jener Einkehr. Der Bericht der Schefflerin lautet wortgetreu, nur mit Abänderung der Orthographie folgendermaßen:

Da man zählt 1509 Jahr an Sanct Hieronymus Tag kamen zwei ehrsame würdige Väter unseres Ordens von Wastein (Wadstena) geritten, hatten mit ihnen einen Knecht und die zwei Väter ließ man in der Brüder Kloster; da zeigten sie einen Brief und Siegel, daß sie von dem Convent zu Wastein ausgeschickt, gen Rom zu reiten etlicher Sach wegen, darmit das Kloster Wastein beschwert war, und dieweil sie hier waren, kamen sie alle Tage an der Väter Winden [Drehlade, die den

1) Über diese Zusammenhänge habe ich Ausführliches mitgeteilt in dem Aufsatz „Aus dem religiösen Leben des Rieses im Mittelalter", im Jahrbuch des Historischen Vereins für Nördlingen 1918 S. 13, 16. Die eben gedruckte Fortsetzung behandelt u. a. „Die Mystik zu Kirchheim" (a. a. O. S. 27).

2) Johannes Matthäi nahm 1487 teil an dem Generalkapitel zu Gnadenberg. Vgl. Geschichte der bayrischen Birgittenklöster von Binder in den Verhandlungen des Historischen Vereins für die Oberpfalz 1896. Bd. 48 S. 67. Ebenda steht S. 151 eine kurze Geschichte des Maihinger Klosters.

Verkehr nach außen vermittelte] zu der würdigen Mutter und sagten uns viel Gutes, und was wir sie fragten, des gaben sie uns gute Berichtung und alle Schwestern waren ihrer Zukunft froh, als wären Engel vom Himmel kommen, und wir wurden größlich von ihnen gebessert, wann sie uns viel große Wunderzeichen sagten von Sanct Birgitta und ihrer hl. Tochter Sanct Katharina. Wir konnten sie nicht verstehen, aber unser würdiger Vater Bernhardinus[1]) redet mit ihnen in Latein. Was wir ihm vorhielten, das gaben sie ihm und uns guten Unterscheid, denn der Ältere war der Schwester-Beichtiger gewesen viele Jahr, und 26. Jahr im Orden gewesen. — Und die würdige Mutter mitsamt der Schw. Priorin fragt von ihnen, wie viel die Schwestern Beichtiger hätten, sagt er, der würdige Vater säß selbfünft an der Schwestern Beichtfenster, aber er hört nur die würdige Mutter, die andern vier hörten die Schwestern all in einem Tag und versäumten keine Tagzeit. Sie begehrten, die würdige Mutter und die Schwestern sollten auch in Latein mit ihnen reden, sagten: ihre würdige Mutter und viele Schwestern bei ihnen könnten wohl latein reden mit den Priestern, aus welchen Landen sie zu ihnen kämen. Da fragt sie die würdige Mutter, was ihr Geschäft zu Rom wär? Sprach der ältere Herr Pater: Die von Schotten wollten Sanct Birgitta Spital zu Rom einnehmen, und ihnen dies zueignen, als wär es von ihnen gestiftet oder aufkommen, das doch nicht ist, wann Sanct Birgitta hat es gestiftet. Auch sprach er, man hat uns andere Sach auch befohlen auszurichten, unseres Königs halb, der will das Kloster beschweren und ihm etliche Freiheit abziehen, die das Kloster allweg gehabt hat, als lang es gestanden hat. Die dritte Sach, darum sie ausgeritten waren, wär von der Erhebung oder Heiligung Sanct Katharinas (Birgittas Tochter). Die wollten sie dem ganzen Orden aufbringen, daß ein jedes Kloster unseres Ordens

1) Nämlich Bernhardinus Epischhofer von Augsburg, früher Pfarrer zu St. Moriz, dann Prediger zu Rottenburg und Memmingen, gestorben 1521.

von ihr singen und lesen möcht und sie heilig predigen. Da bat ihn die würdige Mutter und alle Schwestern mit höchstem Fleiß, er sollt' unser auch nit vergessen und uns ein Breve schicken. Das verhieß er uns und hielt das treulich, schickt uns das genugsam im 1515ten Jahr. Und die Bullen und was er uns schicket, das war alles lateinisch, das verdeutschten unsere Väter, als man hernach sind geschrieben. — Mehr fragt die würdige Mutter, ob viel Volk zu ihren Kirchweihungen und Gnaden käme? Da sprach er, ja oft 4 oder 5000 Menschen, und wandern Pilger dar, die 300 Meilen wieder heim haben, und geschehen täglich große Zeichen, deren die obgemeldeten Brüder uns viel anzeigten: es wäre aber zu lang alles da her zusetzen, aber ein Zeichen soll nicht verschwiegen bleiben, das hier in unserem Kloster wahrhaftiglich geschehen ist.

Unsere würdige Mutter Maria Forsterin, die war nit viel Jahr Äbtissin gewesen, da hatten wir von der Gnad Gottes eine gute Notdurft von Korn, doch keinen Überfluß. Da kamen schwarze Käferlein und Würmer in das Korn auf beiden Böden, daß es ein Jammer war zu sehen, denn es war der Haufe des Korns also voll und überzogen, daß man mehr Würm sah denn Korn, und kreisen (kriechen) all Balken voll und gar nachher das ganze Kloster allenthalb kriesen Würm. Unsere Zellen waren etwan übersät, daß wir etwan nit darvon konnten schlafen. Wie wohl solche Käferlein bei der alten würdigen Mutter auch auf dem Kornhaus gewesen waren so überflüssig, daß wir große Schäffer voll aus dem Korn raden (sieben) und man versucht viel und mancherlei Dings, daß man sie nie konnte vertreiben weder lützel noch viel; und auf eine Zeit ging die lieb Mutter Maria in gutem Vertrauen zu Gott allein auf den Kornboden und sah das groß Ungefäll. Da kniet sie nieder, als sie uns hernach selbst sagt, und ruft an den allmächtigen Gott, seine werte Mutter Maria und die seligen hl. Frauen Sanct Katharina, Sanct Birgittas Tochter, und gelobt Gott und ihr zu Ehren alle Sonntag ein Licht zu brennen unser lieben Frauen Meß lang. Das wollt sie tun, dieweil sie lebte, wäre es der Wille Gottes, daß wir von diesem



Schaden erlöst würden. — Gar kurz innerhalb 3 Tagen spürt man, daß die Würm aus dem Korn kreisen, und in wenigen Tagen waren sie all verkriesen, wußte niemand, wo sie hinkommen wären. Weder tot noch lebendig wurden mehr gesehen oder gespürt. Dem barmherzigen Gott sei allein Lob und Ehr und der gebenedeiten seiner Mutter Maria, und der hl. Sanct Birgitta und ihrer seligen Tochter Sanct Katharina, die groß sind in ihrem Verdienen bei Gott dem Allmächtigen. Und es ist billig und recht, daß wir unser Patron ehren, und das Licht nicht ab lassen gehen in ewige Zeit. Denn es ist von alter herkommen, daß unsere erste würdige Mutter allweg hat Gott zu Lob ein Licht gebrannt an dem Donnerstag, da die Heilige unser Mutter Sanct Birgitta ist an einem Donnerstag verschieden. Darum soll die heilig Katharina auch geehrt werden mit Brennung eines Lichtes an dem Sonntag, da sie am Sonntag gestorben ist.

Die schwedischen Väter sagten auch, wie das Volk so große Lieb hätte zu ihrem Kloster am meisten darum, daß da liegt die hl. Sanct Birgitta und Sanct Katharina, daß viel Leute Häuser darzu bauten, daß sie jetzt 500 Bürger da hätten sitzen oder wohnen und, wenn sie Metten singen, so wär eine große Zahl Menschen dabei. Die lieben Väter hießen beide Peter, und sprachen, daheim hieße man den Ältesten Major Peter und den Jüngsten Minor Peter [die Chronik kennt keinen Minor Petrus], und sie sungen mit uns bei 4 mal unser lieben Frauen Meß, machten gute Worte in Latein, aber sonst kunnten wir sie ganz nit verstehen, und es redete allweg und den mehreren Teil nur der Ältere, und er sagt uns, es wäre vor etlichen Jahren eine Schwester bei ihnen gestorben, die hätte man eigentlich und unterschiedlich gehört letzthin im Chor singen nach ihrem Tod. Hat vielleicht die lieb Schwester etwas müssen büßen! Darum lug jedermann, was er singe und wenn er singe! Es haben die alten Schwestern von Gnadenberg hier gesagt — nämlich haben wir es aus der würdigen Mutter Barbara Mund gehört, daß eine Schwester letzthin im Chor daselbst gesungen hätte. Da ist auf die Zeit ein besessener Mann in der Kirche gewesen,



da die Schwester gesungen hat, da hat er überlaut geschrieen, daß die Schwestern gehört haben, mit einer großen Stimme: „Margreth! Margreth! Du singst wohl, du singst warlich wohl, aber du mahlst Haberstroh." Da hat sie zur Bestätigung der Wahrheit darnach gesagt: „wahr" — mit ihr Gedechnis die Zeit ist umgangen — und was sie für Gedanken in ihrem Herzen gehabt hat und ist weit fel (fehl) gewesen von den heiligen und englischen Worten der letzten [dessen was sie sang]. — Dieser Mann hat die Schwester vorgenannt nie gesehen, auch ihren Namen nit gewußt, und sie doch bei dem rechten Namen genannt. — Solches sollt ich nit daher geschrieben oder eingemischt haben, es hat sich aber also geben von dem letzten zu schreiben.

Die lieben Väter von Wastein sprachen auch, es wär in ihrem Kloster eine Äbtissin gestorben, die zweien Schwestern bei der Nacht erschienen wär, da sie in dem Waschhaus wollten dem Konvent Bad und Lauge machen, und wär vor ihnen gestanden, und die zwei Schwestern hätten großen Schrecken empfangen, doch hätteu sie angefangen zu beten ein placebo. Da hätte sich die gestorbene Äbtissin mit bewegt, war stets in ihrem ganzen Habit vor ihnen gestanden. Da hätten die Schwestern für und für gebetet eine ganze Vigilie und da sie hätten gesprochen am Ende der Vigilie: Requiescat in pace, hätte sie gesprochen Amen, hätte sich tief gegen sie geneigt und wäre verschwunden vor ihren Augen, hätten sie weder gehört oder gesehen mehr: Requiescat in pace, amen.

Es ward auch gefragt von uns um Unterrichtung der täglichen oder wöchentlichen Vigilien; sagt er, wir möchten sie opfern für wen wir wollten; es wäre denn, daß die Äbtissin anders hieß. — Er sagt uns auch von einer Schwester ihres Klosters, die wartet der Hennen, und wann sie ihnen zusammen rufet in schweigender Zeit, so ruft der böse Geist wie sie mit lauter Stimme: pul, pul, pula! und spottet damit der lieben Schwester, daß sie ihr Schweigen brach. Er fragt auch die würdige Mutter, ob wir auch Witwen unter uns hätten? Da sprach die würdig Mutter, ja mehr denn eine, nnd er sagte,



wir haben nur eine in unserem Konvent, und sie ist nich mit Chor, weckt allweg die Schwestern auf. Da sprach die würdig Mutter: tut es nit die Priorin? Da sagt er, nein, sie singt im Chor und könnte sich nicht mehr niederlegen. Da fragte die würdige Mutter nach ihrer Äbtissin, wie sie sich hielt in ihrem Amt? Da lobt er sie größlich und sprach, sie wäre eine andächtige, demütige Frau, hätte große Liebe und Treue zu ihren Schwestern und Brüdern, täte nichts ohne Rat; und wann sie die Ämter wollt besetzen, hätte sie der alten Schwestern Rat.

Er fragt auch die würdige Mutter, wer die Revelaz (Offenbarungen Birgittas) hätte gedeutscht und in Druck verordnet? Das berichtete ihm die würdige Mutter (nach einer anderen Stelle war es Georg Kudringer, früher Kanzler des Kaisers Friedrichs III., dann Laienbruder zu Maihingen). Da sagt er, sie haben am Ende des Buches der Offenbarung eine Beschlußrede gesetzt, die lautet, ob andere oder mehr Offenbarung Sanct Birgittas in künftiger Zeit würden zugelegt oder geschrieben, die sollen falsch und irrig erkannt werden und nit aufgenommen. (In der Tat steht am Schluß der 1500 und 1502 bei Koberger in Nürnberg erschienenen lateinischen und deutschen Ausgabe eine derartige Bemerkung. Aber genau den gleichen Vermerk enthält auch der von Schweden selbst aus durch die Brüder Petrus Ingemari und Gerard besorgte Lübecker Druck von 1492, den Koberger einfach abdruckte.) Das ist, fährt der schwedische Pater fort, „ganz sträflich und versaimlich (verseumlich) gesetzt, denn wir haben zu Wastein ein größeres Buch, denn das euere ist, mit wahrhaftigen bewährten Offenbarungen, deren keine in den Druck kommen ist. Sollten sie dann etwan heraus in dies Land kommen, alsdann geschehen möcht, wollt man sie dann verwerfen und für Irrtum und falsch haben, [das] wöll' Gott nicht. Darum haben sie ein groß Übersehen. Und verhieß uns, wa[nn] er es könnte schicken und zu wege bringen, wollt er Fleiß ankehren, daß uns die müßten werden mit dem Heiltum Sanct Katharinä.

Mehr sagt er uns, eines Königs Tochter wäre bei ihnen im Kloster gewesen, und da man sie hätte eingetan



(1415), da war ihr Vater der König selbst [Karl Knutson] gegenwärtig gewesen und hätte in der Väter Chor das heilig Evangelium gesungen. In einer Hand hätte er das Buch gehalten, in der andern ein bloßes Schwert. Diese Königin war seine eheliche Tochter; sie führt ein selig Leben in dem Kloster; sie war ganz ein edeltugendreich Mensch gewesen? (hat) sich geübt in aller Demütigkeit, wollt kein Amt annehmen, das ein wenig ehrlich (ehrenvoll) wär. Man hätte sie auf eine Zeit zu einer Äbtissin erwählt, da wollt sie das Amt mit nichten annehmen, des konnte sie niemand überreden; sie hat auch einen schlechten Burel (Tuch von burellum) angetragen, wie die allermindeste Schwester, und war auch zu der gemeinen Arbeit gangen, wie die andern Schwestern, und wollt nit leiden, daß man sie anders hieß denn Schwester Margret. Wenn ihres Herrn Vaters Diener zu ihr an die Winden kamen, und sie Frau hießen, so widersprach sie es. Und ihre Frau Mutter war auf eine Zeit zu ihr gefahren, und es war als ein großer ungestümer Wind aufgestanden. Da hätte sie gesprochen gegen die Schwestern und gegen ihre Tochter: Bittet den Herrn, es wird ohne Zweifel etwan ein groß namhaftig Person sterben oder sonst etwas geschehen. Und da sie heimkam, starb sie in kurzer Zeit, und die lieb Schwester Margret lebte 40 Jahr in dem heiligen Orden und führt ein selig besserliches Leben in aller Demütigkeit. Er sagte uns auch noch von einem großen Herrn, der war vor Schwester Margreta an dem königlichen Hof gewesen, war reich und mächtig und ein Ratgeber des Königs von Schweden. Der hatte eine Mutter, aber weder Weib noch Kind, und war so reich, daß er eine Tonne mit Geld hatte stehen bei seinem Bett. Auf eine Zeit war er über die Tonne gangen, und wollt Geld daraus nehmen, da er darein greift, da war das Geld zu lauter Asche worden und er fand nit ein Häller Geldes darinnen. Da hat er wider sich selbst gesprochen: hie bleib ich nit mehr. Von Stund an hätt er sich heimlich aufgemacht, kam gen Wastein und bat um den heiligen Orden, und verbot ihnen, das niemand auswendig zu offenbaren. Und über ein Jahr nahm er Urlaub



von dem König: er wollt etwan hinwallen. Und kam gen Wastein, ging ein in den heiligen Orden. Und hat es seiner Mutter oder keinem Menschen nie geoffenbart. Und da er nun im Kloster war, da kam seine Mutter, forderte ihren Sohn an das Redfenster, und sie erstellte sich so ungebärdig, daß die Väter sagten, sie hätte ihre Haare ausgerauft und geschrieen und geweint. Aber es war ihm als ein Spott und Verachtung gewesen, war in seinem heiligen Vornehmen stät geblieben bis an sein End, hat viel lange Jahre gelebt seliglich in dem heiligen Orden, den er streng gehalten hat. Denn sie sagten, daß er in 30 Jahren sein Schweigen nie gebrochen hätte; und der böse Geist hätte ihm viel zu leid getan: wann er in der Liberei in den Büchern gelesen und studiert hätte, so wär der Feind kommen, hätte ihm die Blätter unter einander geworren; er ließ ihm an keiner Statt viel Ruh; er tat ihm Ungemach an; aber im Chor und, wann er stand in dem göttlichen Dienst, so tat er ihm nichts. Und Bruder Peter sagt diese Ding für eine ganze Wahrheit, denn er hat es gesehen und gehört und manch Jahr mit ihm gewohnt. Er sagt auch, er wäre sein Schulmeister gewesen, und hätte ein seligs End genommen.

Er sagte uns mehr, wie sie vor Jahren eine Herzogin [Ingeborg, Tochter des Herzogs von Schleswig-Holstein] in ihrem Kloster oder dem Schwestern-Konvent gehabt hätten, die hätten aus der Schickung Gottes die Kaufleute wunderbarlich aus der Heidenschaft einer Königin zu Schweden gebracht, die sie an ihrem Hof zu einer Jungfrau nahm und ließ sie taufen, und unterwies sie in dem heiligen Glauben; hatte sie lieb, denn sie eine tugendliche schöne Jungfrau war, köstlich geschmückt und geziert gewesen. Da man sie der Königin zubrachte, hatte sie einen blauen Rock angetragen, war gesprengt mit goldenen Sternen. Und da sie eine Zeit bei der Königin zu Hof gewesen war, hat sie gehört von dem Kloster Waftein und sie bat die Königin, sie sollte ihr in das Kloster helfen. Das tat die Königin, und man nahm sie nach dem Jahr [1408, als Ingeborg 11 Jahr alt war] ein. Also lebt sie ganz andächtiglich, und führt ein beschaulich göttliches Leben viele



Jahr in dem heiligen Orden. Und zu ihrer Zeit war ein heiliger Bruder zu Wastein mit Namen Ulffo, der zu einem gemeinen Beichtiger erwählt war, dem die vorgenannte Herzogin beichtet. Derselbe würdige Vater sagt ihr aus sonderm Vertrauen sein Geheim, und was der allmächtige Gott mit ihm Wunders wirket, nämlich, daß er ihr offenbart, wie er an dem heiligen Weihnachtstag Jesum, den Sohn der Jungfrau Maria, gesehen hätte in seiner heiligen Menschheit anstatt des heiligen Sakraments ob dem Altar als ein schönes Kindlein neu geboren mit allen seinen Gliedmaßen, auch den Kelch voll Bluts, den er gar ausgetrunken hätte. Auch offenbart er ihr das End seines Lebens. Alsdann geschah, wie er ihr gesagt hat. Und da er starb [1456], führt sie ein heiliges Leben und hatte wieder einen andächtigen geistlichen Vater zu einem Beichtiger.[1]) Und da sie sterben wollte [1465], da kam die göttliche Stimme in der Nacht zu demselben ihrem Beichtiger, die sprach also zu ihm: Heut in dieser Nacht wird ausgehen die Tochter des Herzogen, und wird aufgenommen für den Anblick des allmächtigen Gottes. Da wollt dieser Bruder der ersten Stimme nit gehelen oder Glauben geben; denn er wüßte keine Herzogin in dem Konvent der Schwestern. Da hörte er die Stimme wieder, sprechend: Heute in dieser Nacht wird aufgenommen oder empfangen Schwester Ingeburg, des Herzogen Tochter, also hieß sie mit ihrem Namen, für das Angesicht Gottes. — Da wußte der Bruder, daß Schwester Ingeburg fast krank lag, er wußte aber nit, daß sie eines Herzogen Tochter war, und kein Mensch hatte es nie gehört von ihr. Da ruft der Bruder Gott mit großem Fleiß an in seinem Herzen: wär es die göttliche Stimme, die er zu dem anderen Mal gehört hat, daß er noch zu dem dritten mal hört, da hört er zu dem dritten mal, wie er zu dem ersten und anderen mal gehört hatte. Alsbald danach läuten die Schwestern, und verkündeten den Abschied Schwester Ingeburgs den Brüdern. Da sagt der Bruder alle Ding, die er gehört hat, und keinem Menschen war es nie von

1) Vielleicht Magnus Unnonis, gest. 1470.



ihr geoffenbaret worden, daß sie eines Herzogs Tochter gewesen war. Sie hat ein selig, demütig Leben geführt. Viel haben die zwei lieben Väter gesagt, das nit der Länge wegen daher geschrieben ist worden.

Aber noch eins ist nit zu verschweigen, daß er uns sagt von einem gemeinen Beichtiger mit Namen Clement Petri, der dann in dem großen Kapitel zu dem Gnadenberg Vorsitzer gewesen ist, alsdann in der Karten geschrieben steht. Derselb würdig Vater zu Wastein kam auf eine Zeit an der Schwester Winden; unter anderen Worten wurd gedacht des Mirakels und Wunderzeichen, das die hl. Katharina dem heiligen Orden von Gott erworben hatte, daß Schwestern und Brüder nit Läus haben in dem heiligen Orden. Da sprach derselb gemein Beichtiger, er hätte nit dafür, daß es von Sanct Katharina wär, er vermeint und hielt, es wär von wegen der Reinigung der Kleider, daß man die so oft wasche nnd sauber hielt. Das wollt die würdig Mutter nit, und gab die Ehr Sanct Katharina. Nit lang darnach wurd dieser würdige Vater Clement so voller Läus an all seinen Kleidern, des erschrack er von Herzen, wüßte nit, wie er seine Dinge tun sollte, gedachte in ihm selber, er hätte es an der hl. Katharina verschuldet, und rief sie oft an, bat sie, daß sie ihm der Würm abhülfe. Aber sie nahmen täglich zu, und taten ihm Tag und Nacht viel zu Leid, daß er keine Ruh mochte haben. Doch schämte er sich, das zu offenbaren. Da es lange währt, gedeucht ihn, er könne es nimmer erleiden, ging er an die Winden, fordert die würdig Mutter, klagt ihr sein großes Leiden von dem Ungeziefer, und begehrt, sie soll die hl. Katharina für ihn bitten, daß sie ihm um Gott erwürb, daß er der Würme abkäme, und sprach, er hätte es an der heiligen Katharina verschuldet, daß er ihr die Ehr nit hätte zugemessen; er wollt es fürhin sein Lebtag dafür haben, daß dies Mirakel die heilige Katharina von Gott hätte erbeten und erworben dem heiligen Orden. Und da er solche seine Schuld und freventliche Rede, so er wider S. Katharina getan hatte, offentlich bekannt hat, da half ihm Gott und die heilige Katharina, daß die Läuse alle Tage abnahmen; innerhalb



3 bis 4 Tagen fand er keine mehr. Und es sagten uns die Brüder, der würdige Vater Clement wäre erst bei zwei Jahren gestorben; Gott geb ihm die ewige Freud. Requiescat.

Er sagt uns auch von einem Bruder ihres Klosters Wastein, der hätte ausgebrochen, und wär nit weit von dem Kloster kommen, da hätte Gott über ihn verhängt, daß er so unleidentlich gepeinigt worden von den Läusen, daß er meinte, er müsse von seiner Vernunft kommen. Es waren unzählig Würm an ihm zusehends gewachsen, als groß gewesen wie die Linsen, hätten ihm Löcher in die Haut gebissen, davon er großen Schmerz hatte. Da ruft er Gott an und die hl. Katharina, und kehrt wieder in sein Kloster, sagt, wie es ihm ergangen war, und bracht die Gäste selbst mit, daß es Schwestern und Brüder sahen. Also gelobte er Gott auf ein Neues zu bleiben in dem h. Orden, da ward er erlöst.

Es ist auch zu wissen, daß es zu dickeren mal geschehen ist, daß etwan eine Schwester merklich oder ohne Ursach Ungehorsamkeit erzeigt hatte, oder anderes wider die heilige Regel verbracht hätte, daß sie die Läus ankommen sind, so lang, bis sie sich erkannt und gebessert hat demütiglich.

Also nahmen die lieben Brüder Urlaub von uns allen, sagten der würdigen Mutter und dem würdigen Vater, auch allen Schwestern und Brüdern hohen Dank aller Ehren und Gutheit, so ihnen von uns allen geschehen war. Und am 9ten Tag nach unserer lieben Frauen Meß ritten sie davon, und wir baten sie, wann sie fürzögen, daß sie wieder bei uns wollten einkehren. Das sagten sie uns zu. Und da sie vor das Kloster kamen, da kehrten sie sich mit den Pferden um und machten ein Kreuz über das Kloster. Gott verleih ihnen alles Gute, sie seien lebendig oder tot, es waren fromme Väter, von denen wir alle wohl gebessert wurden. Als man zählt 1515 Jahr, da hat uns der würdig geistlich Vater Herr Peter von Wastein zugeschickt die nachgeschriebenen Bullen mit anhängenden Siegeln die er uns und anderen Klöstern zu Rom hat ausgebracht (über die hl. Katharina)

Damit hören die Beziehungen zu Schweden auf. Wohl



bestanden beide Klöster Wadstena und Maihingen noch länger fort, fristeten aber ein kümmerliches Dasein. (Wadstena bis 1545.) Maihingen wurde von den aufrührerischen Bauern hart mitgenommen und ihm bald darauf seine auf dem Territorium der lutherischen Grafen von Öttingen gelegenen Güter entzogen, so daß es kaum noch den Unterhalt für die wenigen Nonnen aufbringen konnte, die nach und nach ausstarben. Im Jahre 1607 zogen dafür die Minoriten ein, die das Kloster bis 1803 inne hatten. Aus der Zeit der Birgittinerinnen haben sich wenige Handschriften und Drucke und eine Statue ihrer Ordensheiligen erhalten. Sonst ist alles verschwunden, nur ein lebendiger Rest erinnert an sie. In Maihingen und in der Umgegend wird noch heute dem Ave Maria „Jesus Christus“ eingefügt, eine Sitte, die nach dem Tagebuch von Wadstena dort im Jahre 1447 aufkam.

XLV.

Das Goldene Almosen und seine Übergänge in den Kurf. Schulfondsbücherverlag.

Von Professor Dr. Zwerger.

(Fortsetzung.)

Mit dem Amte eines Prokurators der Bibliothek ward stets ein geeigneter Priester S. J. betraut und „pro Salario et Sustentatione“ erhielt er aus den Mitteln der Stiftung, der eigens für diesen Zweck die fünfprozentigen Zinsen aus einem Kapital von 4000 fl zur Verfügung gestellt wurden, jährlich 200 fl.[1]) Der Prokurator, Verwalter, Inspektor, Präses oder Bibliothekar war natürlich gehalten, wenigstens

1) K.A.M. G. L. 2708/569. Akt vom 25. Januar 1774 und Rechnung vom 1. Sept. 1773 bis 31. Dez. 1774.



von Zeit zu Zeit Kataloge auszugeben. Außer den genannten Bücherverzeichnissen sind nur mehr Kataloge aus den Jahren 1722, 1749 und 1766 auffindbar.

Aus dem Stiftbuche ergeben sich keine genügenden Anhaltspunkte über die Höhe der von den Fundatoren und Wohltätern gestifteten Geldsummen, und andere Quellen aus jener Zeit, die uns darüber Aufschluß geben könnten, lassen sich nicht ermitteln. Erst mit der Aufhebung des Jesuitenordens erhalten wir einen genaueren Einblick in die Vermögenslage des Institutes. Der Exjesuit Matthias von Schönberg, der schon zur Zeit der Jesuiten die Bibliothek des Goldenen Almosens längere Zeit geleitet hatte, bekam von der Regierung den Auftrag,[1]) „nicht nur die Rechnungen von 10 Jahren zurück" bei der Fundations-Güterdeputation vorzulegen, sondern auch „die diesfalls bestimmte fundos umständlich und specifice anzuzeigen; ebenso hatte er anzugeben, „wie dermal der dasige Bühl [Büchl] so ander dahin gehörige Vorrath beschaffen sey".[2])

1) K.A.M. G. L. 2708/569. Signat vom 27. Okt. 1773.

2) Laut justifizierter „Rechnung der Fundation des goldenen Almosens St. Johann Baptist zu München" betrugen die Kapitalien, die bei der Gemeinen Landschaft und zugleich bei dessen Zinszahlamt in München, ferner bei der „Bundeskassa", d. i. dem Kurf. und Landschaftlichen gemeinschaftlichen Zinszahlamt sowie an anderen Stellen angelegt waren, 11860 fl und daraus 569 fl 4 kr an Geld. Während der 16 Monate ist aus dem Verkauf verschiedener Büchel an Geld erlöst worden 503 fl 48 kr. Summa aller Einnahmen an Geld 1327 fl 39 kr. Diesen Einnahmen standen aber erhebliche Ausgaben gegenüber. Ausgaben an Geld ad onus dieser Fundation: Für drei hl. Messen, welche für die Stifter und Guttäter dieser Fundation jährlich gelesen werden 1 fl 30 kr. „Zur hohenfrtl: Freising: lobl: Decimations-Collections Commission ist für die Decimations Schuldigkeit des 1773ten Jahrgangs bezahlt worden" 26 fl 59 kr. Zur Unterhaltung eines Verwalters dieser Fundation ist 4000 fl Kapital von der Fundationsgüter-Deputation nach 5% zu verzinsen mit jährlich 200 fl, mithin ab 1 Jahr und 4 Monate 216 fl 40 kr. Der Ausgeher Johann Hibler erhielt monatlich 1 fl Sold, also in 16 Monaten 16 fl. Weiters erhält dieser in den zwei Jahresdultzeiten, ferner zum

Wie wir aus diesem Rechnungsauszuge ersehen, waren die dem Goldenen Almosen jährlich zur Verfügung stehenden Mittel nichts weniger als ansehnlich; gleichwohl leistete das Institut für die Ausbreitung und Verteilung geistlicher Bücher Beträchtliches. Als die Hauptabnehmer dieser literarischen Erzeugnisse müssen wir natürlich die Mitglieder der Kongregationen ansehen, und auch während der vielfach abgehaltenen Missionen wurden ohne Zweifel große Massen geistlicher Bücher abgesetzt. Wir dürfen annehmen, daß diese keineswegs an jeden Missionsteilnehmer ohne Entgelt abgegeben wurden. So erklärt sich die Leistungsfähigkeit des Institutes und der bedeutende Absatz der geistlichen Bücher und Schriften.

In München suchte man ohne allen Zweifel auch in buchhändlerischen Kreisen die Bestrebungen des Goldenen Almosens schon im Interesse der wirtschaftlichen Verhältnisse eifrigst zu fördern; denn hier befand sich schon seit längerer Zeit ein sehr gesundes, bodenständiges Buchgewerbe, und es sei hiebei an die Worte Welsers erinnert, daß in München die Druckgelegenheit für geistliche Bücher eine sehr gute gewesen sei.[1])

Das Institut selbst verfügte aber über keine Buchdruckerei, und die Behauptung Lipowskys[2]), daß das Goldene

---

neuen Jahr, item seinem Namenstag und zu Ostern 1 fl = 7 fl Im Monat April 1774 wurden unterschiedliche kleine Büchel erkauft pr 1 fl 36 kr. Im Monat Nov. von Augsburg „unterschiedliche Gebether und Unterweisungszetl bringen lassen" 2 fl 20 kr. Ausgabe an Geld für Buchdrucker, Buchbinder, Kupferstecher. Schreiber und Bilderdruckerarbeiten 459 fl 20 kr. Für Post, Schreibpapier und andere Schreibmaterialien 9 fl 17 kr. Ausgabe an Geld für Gebäu und Reparationen des neuen Amts für die Bibliothek, dann für die Handwerksleuthe, auch Bibliothekeinrichtung 154 fl 4 kr. Ausgabe an Geld für Porto, „auiss, Brief und Trinkgelder" 16 fl 26 kr. Summa Summarum aller Ausgaben: 922 fl 33 kr.

1) Duhr, Jesuiten S. 57.

2) Lipowsky S. 125, vergl. Duhr, Jesuiten S. 376.

Almosen schon zu Welsers Zeiten „mit einer eigenen Druckerei versehen“ war, dürfte um so weniger den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen, als auch die Obern aus prinzipiellen Gründen die Anlegung einer Druckerei und den Handel, als den Regeln des Ordens widersprechend, nicht billigten, und als sich nirgends auch nicht einmal ein flüchtiger Hinweis auf den Bestand einer Einrichtung findet, die für die damalige Zeit geradezu epochemachend hätte genannt werden müssen.[1])

Der Umstand, daß auch während der Zeit des dreißigjährigen Krieges wenigstens ein paar Aufnahmen zum Institut des Goldenen Almosens angemeldet wurden, berechtigt zu dem Schlusse, daß auch während dieser schrecklichen Zeit die von Welser begonnene Verteilung geistlicher Büchlein fleißig fortgesetzt wurde. Wir besitzen zwar darüber keine bestimmten Nachrichten, doch erscheint als gewiß, daß das Institut besonders seit dem Aufschwung der Volksmissionen bald Schule gemacht hat; denn es wird uns berichtet,[2]) daß seine segensreiche Tätigkeit auch auf andere Orte anregend gewirkt habe, so daß zu Dillingen, Ingolstadt, Konstanz, Luzern, Würzburg, Cöln, Tyrnau[3]), Graz und ganz besonders

---

1) Vielleicht verwechselt damit Lipowsky die Errichtung der herzoglichen Hausdruckerei, die wohl um jene Zeit ins Leben trat.

2) Duhr, Jesuiten S. 57—8 und Kropf S. 22.

3) Kropf fügt nach Cöln die Stadt Tyrnavia, d. i. Tyrnau im ungarischen Komitat Preßburg, ein. Duhr erwähnt diese Stadt nicht, obwohl ihr unstreitig für die Verbreitung besonders religiöser Bücher eine große Bedeutung zukommt. Auch das später zu erwähnende Werk Dufrenes „Rudimenta historica“ wurde wiederholt in Tyrnau neu aufgelegt.

„Les Jésuites s'établirent à Vienne en 1551 . . . ils y fondèrent une imprimerie particulière en 1559; mais, quatre ans après, cet établissement fut fermé et le matérial resta inexploité jusqu'en 1577; à cette date Nic. Telegdij, vicaire général de l'église metropol. de Gran, fit l'acquisition de tout le matérial, le fit transportir à Tyrnau, et l'installa dans sa propre maison.

Le premier livre qui sortit de ces presses fut, en 1578 „Hungar. Concionum ejusd. Nic. Telegdi secunda pars“; la

Wien[1]) große Massen solcher [geistlicher] Bücher gedruckt und mit vielem Erfolg unter dem Volk verbreitet wurden. Das ist auch begreiflich, denn in Gebet- und Erbauungsbüchern suchte und hoffte das gläubige Gemüt Rettung aus dem furchtbaren Jammer und Kraft und Stärke zum Durchhalten in der leiblichen Not der Zeit. Darum konnte diese Art der Bücherproduktion leicht eine Reihe von Pflegstätten finden und die geistlichen Bücher sich einer so weiten Verbreitung erfreuen. Das Institut des Goldenen Almosens, das bekanntlich über keine Druckerpresse verfügte, konnte jedoch schon angesichts seiner geringen Geldmittel nur für den Verlag von Gebet- und Erbauungsbüchern geringeren Umfanges in Frage kommen. So wurde z. B. das Büchlein „Novissima Hominis quatuor PP. Raderi [Matth] & Niessij Soc. Jesu“[2]) sowie die kleine Arbeit eines Vorkämpfers „für das echte christliche Element deutscher Dichtung“,[3])

---

première partie de ces saintes harangues avait été publiée à Vienne l'année précédante, par Mich. Apffl . . .

L'imprimerie de Telegdi, devenu évêque, fut spécialement autorisée par un rescrit de l'emp. Rodolphe, en date de Prague du 15 août 1584; à cette époque elle était dirigée par un typogr., du nom de Othmar Valentinus. Après la mort de Telegdi (22 avril 1586), sa typogr. vint en la possession du chapitre de Gran, résidant alors à Tyrnau. En 1615, elle retourna en la possession des PP. Jésuites rappelés à Tyrnau par le cardinal Franc. Forgach, archev. de Gran. En 1775, elle devint la propriété de l'Université de Tyrnau“ (Dictionnaire De Géographie Ancienne Et Moderne A L'Usage Du Libraire Et De L'Amateur De Livres. Par Un Bibliophile [Pierre Deschamps]. Paris 1870 [Supplement au Manuel du Libraire] S. 1227; Kropf S. 24 und Duhr, Jesuiten S. 57—8).

1) Bemerkt sei, daß auch bei der Gesellschaft Jesu zu Wien ein Goldenes Almosen bestand (A. v. Bucher's sämtliche Werke gesammelt und herausgegeben von J. v. Klessing, München 1819, 2, 519).

2) Catalogus 1722, vgl. auch Catalogus 1766.

3) Durch seine „Trutz-Nachtigal“, die schon um 1629 vollendet, aber erst 1649 veröffentlicht wurde. (Duhr, Jesuiten, S. 756).



nämlich Friedrich Spee's „Immerwährendes Lob Gottes" im Verlage des Goldenen Almosens ausgegeben.

Unser Institut suchte zwar dem Willen der Stifter gemäß „keinen Quaestum"[1]); es wurde bekanntlich sehr vieles, ja „das Meiste verschenkt"[2]); auch trieb es keine „ordentliche Handelschaft"[3]), denn von einem Handel wollten die Ordensobern nichts wissen; die Bücher sollten vielmehr „um ein Leichtes, doch ohne Schaden des Fonds in die Hände des Volkes geliefert werden"[4]). Gleichwohl waren seine Erzeugnisse außer der bischöflichen auch der staatlichen Zensur unterstellt.

Was die geistliche Zensur betrifft, so oblag diese den Ordinariaten, in erster Linie jedoch dem Orden selbst, und wurde ihre Notwendigkeit auch für kleinere Erzeugnisse[5]) eingeschärft. „Viele Bücher, besonders alle in der Landessprache, wurden in der Provinz zensiert und dann die Zensur nach Rom geschickt."[6]) Und am 18. Febr. 1640[7]) schreibt Vitelleschi an den Ordensprovinzial Wolfgang Gravenegg, daß jede, auch noch so kleine Schrift genau und von kundigen Personen geprüft werde. „Ich höre, daß, ich weiß nicht, was für deutsche Gesänge zu Innsbruck erschienen sind, in welchen einige Fürsten ziemlich deutlich durchgehechelt werden. Ew. Hochwürden sollen die Sache so bald als möglich untersuchen und ein Exemplar hierhinschicken. Schon vorher, am 5. Februar 1639, hatte Vitelleschi

1) Kreisarchiv München. M. A. 921/2. Konv. 2. Akt vom 19. Jan. 1792.

2) Kreisarchiv München. G. L. 2708/569. Schönbergs Bericht an die Fundationsgüter-Deputation (ohne Datum, wahrscheinlich aus dem Jahre 1774).

3) ebenda. M. A. 921/2. Konv. 2. Akt vom 19. Januar 1792.

4) ebenda G. L. 2708/569. Akt ohne Datum, wahrscheinlich Ende der achtziger Jahre des 18. Jahrhunderts.

5) So erschien z. B. u. a. Dufrenes erwähnte kleine Schrift „Beweißthum" „mit Genehmhaltung der Oberen." Beweistum (Titelblatt).

6) Duhr, Jesuiten S. 366.

7) ebenda S. 369.



dem Provinzial eingeschärft, es sollten auch die musikalischen Kompositionen, bevor sie öffentlich aufgeführt würden, sorgfältig geprüft werden." [1])

Bezüglich der staatlichen Zensur besonders in Hinsicht auf theologische Materien wurde unterm 26. April 1728 folgendes bestimmt: [2])

„Der Magistrat in Städt und Märkten soll nichts Neues zum Druck kommen lassen, es seye denn durch die hiezue bestellten Persohnen besichtiget und approbiert, des Buchdruckers Vor- und Zuenahmen, auch die Stadt worin es gedruckt in fronte Libri vorgesetzt werde; und wann Theologisch-canonisch oder ascetische Materien von einigen bekannten Ordens Persohnen zum Druckh kommen, soll man sehen ob die approbation ihres Ordens Obrigkeit beygelegt sey, in welchen Fall der Druckh ohne weitere Revision umb somehr zu erlauben, als zu hoffen ist, daß ermelde Obrigkeit solche gebührend vorgenommen, und nicht gestattet haben will, daß gegen die theologische wahre Lehr den katholischen Glauben, und die geistlichen Rechte zugegen etwas einlauffen möge; Sollten aber auch derley Ordensleuth ungewöhnliche oder gefährliche Materien tractieren, sind selbe zum Hofrath zu verweisen, allermassen wir auch zu Revidierung der juridischen und anderer Tractaten beygedacht unsern Hofrath jemand ex gremio verordnet haben, und zu geistlichen Sachen dem geistlichen Raths-Directorio die Revision übertragen lassen. Da man aber Sachen in Druckh legen wollte, so Politica oder grosser Häuser Rechten betreffen, seynd solche zu unserm geheimben Rath der Revision und Concessions willen herein zu geben."

Die staatliche Zensur der Bücher des Goldenen Almosens, wie überhaupt aller Gebet- und Erbauungsbücher wurde vermutlich und wohl auch noch nach Errichtung des Kurf. Zensurkollegiums im Jahre 1769 längere Zeit von

---

1) Duhr, Jesuiten S. 369.

2) Freyberg, Pragmat. Geschichte der bayer. Gesetzgebung und Staatsverwaltung. Leipzig 1838, 3, 128.



der theologischen Fakultät der Universität Ingolstadt besorgt. Die Genehmigung der Approbation erfolgte natürlich durch das Kurf. Zensurkollegium. Denn in einem amtlichen Bericht vom 7. November 1792,[1]) auf den hier auch deshalb hingewiesen werden soll, weil er uns einen Beleg dafür bietet, wie man in Ingolstadt die Zensur der geistlichen Bücher auch noch vor der Aufhebung des Jesuitenordens oft ausgeübt haben mag, wird mit Nachdruck bemerkt, daß zwar vormals die Prüfung und Approbation durch die theologische Fakultät Ingolstadt gelaufen sei,[2]) nachdem aber dermalen das Kurf. Zensurkollegium mit vielen und sehr einsichtsvollen Männern besetzt sei, so sollten davon einige bestimmt werden, die Prüfung und Korrektur dieser geistlichen Gebet- und Lesebücher nach Übereinkunft bestimmter allgemeiner Grundsätze vorzunehmen. Aus dieser Untersuchung würde sich das öffentliche bekanntzumachende Verzeichnis geistlicher Bücher herauswerfen, welche künftighin von allen Maut- und Polizeiobrigkeiten unter Konfiskations- und andern ergiebigen Strafen nicht mehr in Handel und Wandel zu dulden wären.

Hierbei machte aber die einschlägige Behörde darauf aufmerksam, daß diese neuen Vorschläge zur Entfernung der schlechten Gebet- und Lesebücher „nie von einigem Nuzen seyn werden, solange dem hiesigen Schulfond nicht abgestellt ist, die von dem reichen (goldenen) Almosen übernommenen

---

1) K.A.M. R. A. 929/1½. Dieser Bericht wurde auf Vorstellung des Geistl. Rates veranlaßt und rührt wohl von der Oberlandesregierung her. Er wendet sich gegen die Duldung der vielen abgeschmackten und gedankenlosen geistlichen Lese- und Gebetbücher, womit das ganze Land überschwemmt, die gemeinen Leute von allen reinen Andachtsbegriffen entwöhnt werden und dabei doch niemand als einigen gewinnsüchtigen Verlegern ein unerlaubter Profit verschafft werde.

2) K.A.M. R. A. 929/1½. Erlaß des Kurfürsten an die Oberlandesregierung vom 22. Dez. 1792.

zum Theil unter aller Censur stehende geistliche Bücher [1]) zu verkaufen und sogar den Land- und Polizeigerichten, und Obrigkeiten zur Austheilung unter das Volk zu senden."

Am 21. Juli 1773 wurde bekanntlich der Jesuitenorden vom Papste Klemens XIV. aufgehoben, und damit mußte natürlich auch die Verteilung der Bücher des Goldenen Almosens, das mit dem Jesuitenkollegium in München aufs engste verbunden war, sofort eingestellt werden. Vielleicht wäre hiermit die Geschichte des Goldenen Almosens überhaupt abgeschlossen, und ohne Zweifel würden seine Kapitalien, obwohl sie eigentlich zu den Jesuitengütern nicht gehörten, [2]) beständig in den Fonds der Fundationsgüter, der aber keineswegs die erwarteten Zinserträgnisse abwarf [3]) — eine unmittelbare Folge davon ist das bekannte Reduktionssystem des Schulreformators Heinrich Braun — zum

1) Unterm 22. Dez. 1792 bestimmte der Kurfürst, daß der Verschleiß einiger albernen die Religion sowohl als die Nation entehrenden geistlichen Bücher in die Länge der Zeit nicht geduldet, sondern selbe, sobald es immer tunlich sei, ausgemerzt und bessere substituiert werden sollten. Der Kurfürst habe dermalen schon allen Grund, „den weiteren Verkauf erwähnt gemeinschädlichen und zum Theile beweis der von der theologischen Fakultät in Ingolstadt ausgestellten Censur sogar religionswidrigen Bücher, welche sich die kurzen Waarenlager von Baab und Schorn beygelegt haben, auf der Stelle und bey schwerster Strafe um so mehr zu verbiethen, als bereits ihre Privilegia impressoria schon lange erloschen und nicht mehr erneuert worden sind". „Ihre noch besitzenden Abdrücke von jeder Gattung ihrer Verlagsbücher" sollten durch das ehemalige Kommissions- und Seegericht Diessen nochmals untersucht und genau spezifiziert werden, damit man ersehe, wieviel Abdrücke die erwähnten Verleger noch besitzen und ob sie nicht jene Artikel gegen das ergangene Verbot haben nachdrucken lassen (K.A.M. K. A. 929/1½. Akt vom 22. Dez. 1792).

2) K.A.M. G. L. 2708/569. Akt vom 25. Januar 1774, von Schönberg an die Fundationsgüter-Deputation.

3) Ja, der Propst Franziskus Töpfl schreibt sogar, „die Gütter-Commißion" habe Bankerott gemacht und könne „nit mehr zahlen" (Cod. germ. 3185/4. Brief Töpfls an Steigenberger vom 27. April 1777).



Zwecke der Verbesserung der Mittelschulen überwiesen worden sein, wenn nicht der Exjesuit Matthias von Schönberg, der das Amt eines Bibliothekars des Institutes seit 1762 bekleidete,[1]) sich rechtzeitig um die Forterhaltung an maßgebender Stelle bemüht hätte. Hierzu wurde er vor allem bestimmt durch den großen Nutzen, der durch die Verteilung geistlicher Bücher dem Volke und besonders der Jugend erwuchs; nicht ohne Einfluß war aber auch seine fruchtbare schriftstellerische Tätigkeit, welche er im Interesse des Institutes, das schon „zum Verfalle" neigte,[2]) in Herstellung von Gebet- und Erbauungsbüchern entfaltet hatte.

Angesichts dieser Verhältnisse bat er den Kurfürsten, diese Stiftung, welche „bisher mehrere Tausend Stück kleinere oder auch größere Büchlein jährlich gratis ausgetheilet,"[3]) nach dem eifervollen Beispiel seiner Ahnen abermal in seinen höchsten Schutz aufzunehmen und gnädigst zu bestätigen, weil hierdurch für die Förderung der guten Sitten soviel Gutes schon geschehen und bei dem gemeinen Manne noch ferner zu hoffen ist. Zugleich verband er damit die Bitte, ihm das Amt eines Kurators der Bibliothek auch für die Folgezeit zu übertragen.

Dem Gesuche von Schönbergs konnte um so eher entsprochen werden, als es bekanntlich die Absicht des edlen und uneigennützigen Kurfürsten Maximilian III. Joseph war, die Jesuitengüter nicht zu inkamerieren. Er bestimmte vielmehr, „daß alle ehemals von den Jesuiten im Genuß gehabten Güter und Einkünfte, als ein beständiger, immerwährender Fond und als ein corpus pium, perpetuum, individuum angesehen, für dürftige

1) K.A.M. G. L. 2708/569. Akt vom 26. März 1776.

2) K.A.M. G. L. 2708/569. Akt ohne Datnm. Schönberg an dte Fundations-Güterdeputation.

3) „Das wenige, so etwa erspart ward," bemerkt von Schönberg weiter, „ist allzeit wieder, etwas dergleichen drucken zu lassen, verwendet worden."

Zeiten beisammen bleiben, und bloß zum Unterhalte der pensionierten Jesuiten, der Kirchen, Gottesdienste, Schulen und Lehrer rc. und anderer dergleichen hergebrachten milden und gottseligen Werken gewidmet" sein sollten.[1]) Gewiß hatte das Goldene Almosen die Förderung von „milden und gottseligen Werken" im Auge, ebenso konnte aus dem Erträgnis der Stiftungen die Pension eines Exjesuiten bestritten werden.

Durch Signat vom 1. Nov. 1773[2]) wurde denn auch dem Priester Matthias von Schönberg eröffnet, daß die Intention des Kurfürsten dahin gehe, die Bibliothek des Goldenen Almosens nicht eingehen zu lassen und deren Verwaltung dem bisherigen Bibliothekar noch ferner anzuvertrauen. Zugleich erhielt er den Auftrag, über alle in der Bibliothek vorhandenen Materialien und Büchlein ein Inventar aufzunehmen und anzugeben, „wohin all und jedes verabgabt und was eigentlich" und um welchen Preis verkauft worden sei. Für die Verwaltung der Bibliothek wies ihm der Kurfürst unterm 6. Dez. 1773[3]) „per modum Pensionis" aus dem Goldenen Almosen jährlich 200 fl und aus der Masse der zurückgefallenen Jesuitengüter monatlich 10 fl als Kostgeld, also jährlich insgesamt 320 fl an[4]).

(Schluß folgt.)

---

1) von Drechsel, über das Schulwesen in Bayern. Vortrag des Abgeordneten Grafen [Karl] von Drechsel, München 1832, S. 33.

2) K.A.M. G. L. 2708/569, Akt vom 1. Nov. 1773, vergl. ebenda Promemoria Schönbergs vom 22. Nov. 1773.

1) Kreisarchiv München. G. L. 2708/569. Ordonnanz an die Güter-Fundationsdeputation vom 9. Dez. 1773 und Akt vom 25. Juli 1776.

2) Schönberg hatte also tatsächlich um 120 fl mehr „als der zu Jesuiten Zeiten für einen jeweiligen goldenen Almosen-Inspektor bestimmte jährliche Capitalzinß ab 300 fl" betrug. Und ebenso hatte er um 80 fl mehr als jeder andere mit 240 fl pensionierte Exjesuit (Kreisarchiv München. G. L. 2708/569. Akt vom 26. Juli 1776).

XLVI.

Oberflächliche Betrachtungsweise in der Staatsformfrage.

Von G. Stezenbach.

Es ist auffallend, mit welcher Oberflächlichkeit die Frage der Staatsform vonseiten der deutschen Politiker vielfach behandelt wird. Man kann es verstehen, daß für sozialdemokratische Politiker die Frage ausscheidet, da die Sozialdemokratie ihr Ziel, die Republik, einstweilen erreicht hat. Für die Sozialdemokratie war diese Frage immerhin wichtig genug, um auch sie — während der Waffenstillstandsverhandlungen, also während eines der kritischesten Augenblicke für das deutsche Volk — durch einen verbrecherischen Umsturz zur Lösung zu bringen. Für die bürgerlichen Politiker, einschließlich des Zentrums, ist sie heute eine ganz nebensächliche Frage. Sie stellen sich auf den Standpunkt, der Kaiser hat die Monarchie durch seine Flucht nach Holland selbst aufgegeben und dem monarchischen Gedanken durch diese Flucht gleichsam den Todesstoß versetzt. Dieselben Politiker würden aber sicher Wilhelm II. noch weit mehr verurteilen, wenn er an der Spitze eines Kavallerieregiments oder eines Stoßtrupps den Tod durch eine Handgranate oder ein Maschinengewehr gesucht und noch einige Tausend andere Männer gezwungen hätte, mit ihm in den Tod zu gehen, oder wenn er, nach Deutschland zurückgekehrt, unter Behauptung seiner Herrscherrechte den Kampf gegen die Revolution aufgenommen, d. h. den Bürgerkrieg entfesselt hätte. Es hätte allerdings noch ein Viertes gegeben: Wilhelm II. hätte sich der meuternden Armee gefangen geben und sich in die Hände der „Volksbeauftragten" übergeben können. Dann wäre er wohl dem Schicksal Ludwigs XVI. nicht entgangen. Die meuternde Armee hätte ihr Schild auch noch mit der Ermordung ihres obersten Kriegsherrn befleckt, oder das Drama von Withehall und vom Temple hätte eine dritte Auflage



erlebt. Die tragische Größe, die uns trotz aller Schattenseiten der Könige Karl I. und Ludwig XVI. aus deren würdevollem Gang zum Schaffot entgegentritt, sie war dem Hohenzollern nicht beschieden, obwohl man gerade von Wilhelm II. so etwas wie eine tragische Größe erwartet hätte, wenigstens nach seinem früheren stets die Herrscherwürde betonenden Auftreten. Aber hier ward offenbar, daß Wilhelm II. Gebahren mehr Pose als echte Würde war. Und in dieser mußte er sich von dem vielfach so verächtlich behandelten und betrachteten Habsburger Karl beschämen lassen, dem es gar nicht einfiel, abzudanken oder zu fliehen, der vielmehr alles tat, um seine Rechte zu behaupten, und lieber die Konfiskation seiner Güter über sich ergehen ließ, als daß er vor den Drohungen seiner Feinde zurückgewichen wäre. Er mußte buchstäblich in die Verbannung geschleppt werden, wo er nach den letzten Zeitungsberichten größter Not und Armut ausgesetzt ist.

Aber alles dieses berechtigt die deutschen Politiker und besonders die des Zentrums nicht, zu sagen, die Monarchie habe sich selbst aufgegeben. Denn, wenn die Monarchie wenigstens soweit Wilhelm II. in Frage gekommen wäre, das Gegenteil getan hätte, so hätten es dieselben Leute ihr als ein Verbrechen am deutschen Volk angerechnet.

Wir haben nun die Republik, die durch das Gesetz der Trägheit auch solange sich behauptet, bis eine geistige Umstellung des deutschen Volkes eingetreten sein wird. Quieta non movere. Man soll die Republik in Ruhe lassen. So lehren uns die hervorragendsten Häupter der bürgerlichen Parteien, auch des Zentrums. Und der ehemalige deutsche Kronprinz hat in einem Brief dieselbe Ansicht ausgesprochen, daß nämlich das deutsche Volk zur Zeit wichtigere und vordringlichere Aufgaben habe, als die Frage seiner Staatsform zu lösen. Diese Frage ist ja zudem einstweilen gelöst.

Ob nun aber diese Lösung die erwartete Wirkung gehabt hat? Hatte sie eine Besserung unserer Lage zur Folge? Der Abg. Dr. Zehnter (Ztr.) hat schon auf das bisherige



Ergebnis dieser Lösung: Zerstörung der Autorität in Staat und Familie hingewiesen. In Stegerwald ist ihm ein neuer Eidgenosse erschienen. Dieser sagte in einer seiner letzten Reden, die Erwartung, die Demokratie würde eine Bindung des Kapitalismus zur Folge haben, erwies sich als trügerisch. Das Gegenteil war der Fall, eine völlige Lösung der kapitalistischen Triebe ist eingetreten. Wie anderwärts (Amerika, Frankreich), so hatte auch in Deutschland die demokratische Republik die unbeschränkte Herrschaft des Kapitalismus zur Folge. Höchstens sehen wir, wie einzelne Gruppen, z. B. der Bankkapitalismus und der Industriekapitalismus, sich gegenseitig bekämpfen, um ihren Einfluß zum alleinherrschenden zu machen. Dieser Kampf wird in der Presse ausgefochten. Wahrlich, nie war das Wort F. W. Försters mehr am Platze, der (vor 1918) in seiner „staatsbürgerlichen Erziehung" schrieb, wenn die Monarchie nicht da wäre, so müsse sie geschaffen werden; denn sie sei das einzige Gegengewicht gegen die Herrschaft des Geldsacks. Die Monarchie kennt, da sie sich von Gottesgnaden nennt, noch ethische Momente in der Politik an. Die Demokratie ist utilitaristisch und die Politik ist ihr ein Geschäft, wie jedes andere. Sie ist nach dem großen Denker Donoso Cortes die Staatsform des Pantheismus und Materialismus. Die Monarchie stellt ihr gegenüber das sogen. heroische Staatsprinzip dar; denn die demokratische Republik ist nicht heroisch, sondern philiströs, bourgeoismäßig, klein und ideenarm. Man wird auf Frankreich verweisen, das sich im Krieg heroisch gezeigt hat. Aber nicht aus Republikanismus, sondern dem Zwang einiger eisernen Naturen, wie Clémenceau und Poincaré folgend, welche den Krieg im Sold kapitalistischer Interessen vorbereitet hatten und nun das Volk zwangen, ihn durchzufechten. Ethische Momente spielten bei diesen Führern keine Rolle. Dies zeigt sich jetzt in ihrer Haltung gegenüber dem besiegten Deutschland deutlicher als je. Kleinbürgerlicher als Poincaré kann ein Staatsmann nicht auftreten. Man vermißt bei ihm in der Tat jeden größeren Gesichtspunkt. Ich möchte



sehr bezweifeln, ob selbst ein französischer Monarch des 20. Jahrhunderts eine solche Haltung nach dem Friedensschluß eingenommen hätte, wie diese republikanisch-demokratische Regierung, geschweige denn ein deutscher oder österreichischer Kaiser. Wenn wir heute von Monarchien sprechen, so wie sie vor der Revolution von 1918 gewesen waren, so müssen wir noch dazu bedenken, daß es sich in Wirklichkeit gar nicht mehr um reine Monarchien handelte, der Monarch des sogen. „Alten Systems" war vielmehr durch die Verfassung zum höchsten Beamten (ersten Diener) des Staats herabgedrückt worden. Er war nicht mehr die freie schöpferische Persönlichkeit von ehedem z. B. noch zur Zeit des ancien régime vor 1789 bezw. 1848. Im Besitz der eigentlichen Staatsgewalt war die Regierung, und wenn sie auch vom Monarchen ernannt war, so war sie in ihren Funktionen, auch ohne daß der Parlamentarismus noch in Deutschland Eingang gefunden hatte, vom Parlament ebenso abhängig, wie vom Monarchen. Das Parlament konnte sie zwar nicht durch Abstimmung ohne weiteres stürzen, wie dies im parlamentarisch regierten Staat der Fall ist, aber sie konnte auch nicht auf die Dauer ohne oder gegen das Parlament sich halten. Der Monarch konnte auf der andern Seite der von ihm einmal ernannten Regierung nicht uneingeschränkt in die Führung der Geschäfte hineinreden, wenigstens nicht in Einzelheiten. Er verlieh dagegen der Autorität des Staates durch die jahrhunderte alte Tradition die Würde, die Achtung und Ehrfurcht, die eben nur ein Monarch genießt, dem der character indelebilis des Herrschers ein für allemal von Geburt aufgeprägt ist, welcher ihn nicht verläßt bis zu seinem Tode. Was ist dem Volke Ebert, was Poincaré oder Wilson? Ein paar Jahre — dann sind sie vergessen. Der Monarch und seine Familie stehen dagegen dem Herzen des Volkes nahe. Selbst in einem parlamentarisch regierten Staate zeigt sich dies spontan. So erst kürzlich in England anläßlich der Hochzeit der Prinzessin Mary, als ganz London auf den Beinen war und das Volk



sich schon vor Mitternacht auf den Straßen zu sammeln begann. Tausende brachten die Nacht auf kleinen Stühlen im Freien zu. Ein Sturm der Begeisterung begrüßte das Brautpaar bei seinem Erscheinen und die ungeheure Menschenmenge erging sich in Freudenrufen. Dies geschah in dem nüchternen England, das freilich strenger auf Tradition hält als irgend ein anderes Land, gerade deshalb aber auch wegen seines echten gesunden Konservativismus das weltbeherrschende Volk geworden ist. Ein Kulturvolk mit echter Patina möchte ich es nennen mit jenem venezianischen Zug, den der Rembrandtdeutsche dem deutschen Volk gewünscht, den es sich aber nicht erworben hat. Das deutsche Volk hat die Patina seiner Kultur weggekratzt und mit dem Firniß eines volksfremden Doktrinarismus übertüncht, der keine Tradition anerkennt. Für die echte Bronze seiner historischen Überlieferung hat es das Gipsprodukt eines Ramschbazars, für das Original seiner monarchischen Staatsform hat es eine Dutzendware nach Modell 1789 eingetauscht. Man erkennt daraus, daß die Frage, ob Monarchie oder Republik, keineswegs nur eine nebensächliche äußere Formfrage ist, die zu erörtern ganz überflüssig wäre. Daß diese Frage eine Sonntagsangelegenheit des deutschen Volkes sei, wie Stegerwald sagt, ist sehr schön; aber bedürfen Sonntagsangelegenheiten nicht auch der Würdigung? Stegerwaldt sagt, das deutsche Volk habe jetzt, um leben zu können, für absehbnre Zeit Werktagsarbeit zu tun. Ich meine, der Achtstundentag hat dem deutschen Volke auch Zeit gelassen, sich mit einer Sonntagsangelegenheit zu zu befassen. Es hat ja auch Zeit übrig für Kino und Sport, sogar an Werktagen. Und ein Prinzip zu verstehen und zu erfassen, das nicht nur eine politische, sondern noch mehr eine kulturelle Bedeutung hat, dafür darf doch die Zeit nicht zu kostbar sein. Deutsche Tradition ist nichts so Unwichtiges, als daß sie nicht immer gewahrt werden dürfte und müßte. Wenn man aber die Betätigung ihrer Wahrung meinetwegen auf den St. Nimmerleinstag verschieben will, so ist die Tradition bis dorthin verschollen und vergessen. Wenn sich



also die Führer des Zentrums nicht dem Verdacht aussetzen wollen, als wünschten sie, daß die deutsche Tradition in Vergessenheit gerate, dann dürfen sie gegen die Erörterung dieser Frage innerhalb der Grenzen des Gesetzes und in nicht „revolutionärem“ sondern evolutionärem Sinn nicht nur nichts einwenden, sondern müssen diese Erörterung sogar begrüßen und fördern. In Bayern hat man dies getan, wie der neulich unter Teilnahme führender Politiker gegründete bayerische Heimat- und Königsbund beweist. Bayern wahrt also die deutsche Tradition, wozu es als gesündestes, urwüchsiges, von der Großstadtkultur noch am wenigsten angefressenes Volk berufen ist.

Im monarchischen Kulturstaat dreht sich alles um den König, der das Objekt des profanen Kultus ist. Er ist der geborene Führer des Volkes. Und damit komme ich zum Führerproblem der Monarchie. Führer eines Volkes können nicht die Parteiführer sein; denn sie führen ja nur einen Bruchteil des Volkes, allenfalls eine mehr oder weniger große Mehrheit. Und sie führen ihre Anhänger und Fraktionen vielfach nicht zur Einigkeit, sondern zur Zwietracht. Sie müssen es sogar, da die Programme der Parteien oft ganz entgegengesetzte sind. Das Volk hat aber nichts von sich bekämpfenden Führern. Es braucht einen Führer. Dieser darf aber nicht irgend ein gewählter Parteimann, sondern er muß dem Parteileben entrückt sein und über demselben stehen. Er darf keine Parteien kennen, sondern nur Deutsche. Er ist Führer für alle. Und diese Rolle kann nur ein Monarch spielen, allenfalls ein gewählter — aber gewählt aus einer deutschen Dynastie, welche die Tradition des deutschen Volkes verkörpert. Es wird nun eingewendet, die deutschen Fürsten vor der Revolution seien keine Führer gewesen. Das ist nicht ganz falsch, aber auch nicht ganz richtig. Nicht ganz falsch, da nicht alle deutschen Fürsten ausgesprochene Führernaturen waren. Dann aber auch ist zu beachten: waren die deutschen Fürsten wirklich noch Monarchen? Sie konnten die eigene Persönlichkeit



nur soviel in den Vordergrund stellen, als sie es verstanden, dem Bureaukratismus der Verfassung zeitweilig ein Schnippchen zu schlagen. Ein Führer darf nicht durch tote Paragraphen eingeengt sein. Heute regiert der Reichskanzler, der nur einen Teil des deutschen Volkes, und auch diesen nicht völlig, hinter sich hat, autokratischer und absolutistischer, als je ein deutscher Fürst dies gewagt hätte. Ohne den Reichstag zu fragen, trifft er die folgenschwersten Entscheidungen. Den deutschen Fürsten, besonders aber Kaiser Wilhelm II. hat man jedes „persönliche Regiment" beargwohnt und bei ihnen verurteilt. Nachher wundert man sich, daß die deutschen Fürsten, die sich scheuten, sich dem Vorwurf „persönlichen Regiments" auszusetzen, keine Führer waren. Ein Führer muß Persönlichkeit sein und sich als solche auswirken können. Dies war der Fall im alten Kaisertum und bis in die Zeit des ancien régime. Daß diese Auswirkung besonders seit der Entwickelung des fürstlichen Absolutismus nach dem Vorbild des roi soleil eine schlimme war, hätte zur Reform der Institution führen müssen, nicht aber zur Abschaffung der Institution. Und die Einführung der Verfassung bedeutete in der Tat die Abschaffung des fürstlichen bezw. königlichen Führertums. Man machte aus den geborenen Führern unverantwortliche, unverletzliche, in einen Verfassungskäfig eingesperrte Repräsentanten, die höchstens noch, soweit dies die Minister zugaben, einen gewissen, von ihrer besonderen Klugheit abhängigen persönlichen Einfluß ausüben konnten, im übrigen aber nichts zu sagen hatten. Ihre Stelle übernahmen die Parteiführer und die Minister. Zu welchem Zustand diese Entwicklung führen mußte, sehen wir heute, da ein sozialdemokratischer Reichspräsident ohne jegliche Tradition das deutsche Volk repräsentiert — nicht führt —, obwohl er nur Vertreter einer Minderheit ist. Nur ein Teil des Volkes erkennt ihn an. Führer kann daher nur ein Mann sein, der keine Partei repräsentiert und dem das ganze Volk gleich nahe steht; der andererseits aber auch dem ganzen Volke etwas



bedeutet. Kaiser und Landesfürsten bedeuteten dies auch für die Sozialdemokraten. Denn solange die Monarchie in Deutschland und Österreich-Ungarn bestand, wirkte das Schwergewicht der Tradition auch auf die Mehrzahl der Gegner der monarchischen Staatsform. Die Revolutionen werden stets nur von einer Minderheit von aktiven Verschwörern gemacht, die ein fait accompli schaffen, dem sich dann die Menge nach einigem Schwanken anschließt, sobald sie die Ehrfurcht und Scheu vor der überlieferten Autorität durch das Beispiel der Verschwörer eingebüßt hat. Diese werfen sich dann zu Führern des Volkes auf, obwohl sie nur angemaßte Rechte dazu haben und nur Führer eines Teiles sind, was von allen Parteien gilt. So haben wir in Deutschland auch nur „Interimsführer", wie sie der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld so treffend genannt hat. Interimsführer, weil die Zeit, in der wir leben, eine unruhig flimmernde Übergangszeit ist.

Es ist bemerkenswert, daß auch die aus der Zentrumspartei hervorgegangenen Interimsführer des deutschen Volkes die deutsche Tradition mit der bequemen Begründung im Stiche lassen, die katholische Kirche erkenne alle Staatsformen an. Das ist gewiß richtig. Aber sie kann sich nur praktisch damit abfinden, weil sie ja diese Staatsformen nicht ändern kann. Wohl hat Leo XIII. nur die Idee von der sogen. „Volkssouveränität" ausdrücklich verurteilt. Diese Idee entstammt aber Rousseau und den Ideen von 1789. Und wer wollte leugnen, daß diejenigen, welche die Revolution gemacht und die deutsche Republik geschaffen haben, gerade von ihr sich leiten ließen und noch lassen, d. h. daß sie die deutsche Republik als ein Produkt dieser Ideen betrachten? Ob eine christliche Partei diese Auffassung teilt oder nicht, spielt hierbei keine Rolle. Die Auffassung des Zentrums von der Republik und Demokratie ist für die Propagandisten des republikanisch-demokratischen Gedankens völlig gleichgültig. Die Republik ist nicht mit Hilfe des Zentrums geworden, das doch immer wieder versichert, es habe die Revolution

nicht gemacht. Tatsächlich beruht also die deutsche Republik auf den von Leo XIII. verworfenen Ideen und deshalb kann sie schließlich nicht das Staatsideal für konsequente Katholiken sein. Sie können sich höchstens damit abfinden, aber nichts zur Befestigung oder Verherrlichung dieses Staatsgedankens beitragen. Es ändert auch nichts an der Sache der Umstand, daß es gelang, in der Verfassung noch einige Reste christlichen Staatslebens vorerst wenigstens zu retten. Für Deutsche kann die Republik nicht Staatsideal sein wegen der ihr entgegengesetzten Tradition. Es ist traurig, daß kein Führer der deutschen Katholiken es bis jetzt gewagt hat, das wahre Staatsideal der Deutschen und Katholiken, das der Tradition der Jahrhunderte deutscher Geschichte entspricht, zu proklamieren. Es ist nicht das kleindeutsche Kaisertum Bismarck'scher Erfindung, das ja ebenfalls schon einen Traditionsbruch darstellte, sondern das seit 1806 ruhende großdeutsche römische Kaisertum deutscher Nation, dessen Wiedererrichtung Bismarck 1848 hintertrieben hat. Diesen Gedanken vertrat der Protestant Konstantin Frantz schon zur Zeit von Bismarcks Reichsgründung. Von ihm sagte der während des Weltkriegs verstorbene gleichfalls protestantische deutsche Geschichtsschreiber Karl Lamprecht, er müsse auch für die Zukunft als Leitmotiv gelten, wenn auch in etwas anderer Form. Dieser Gedanke war auch der Leitstern Dantes in seiner „Monarchie", er war der Leitstern des großen Görres und anderer katholischer Männer — heute genügt es, einen solchen Gedanken nur zu äußern, um von den Parteibonzen als Phantast und lächerlicher Träumer verhöhnt zu werden. Das beweist aber nur eines: den Tiefstand und die Geistesarmut, sowie die Kurzsichtigkeit der heutigen allein geltenden Parteipolitik!

XLVII.

Der Leidensweg der Deutschsüdtiroler.

I.

Die Polenpolitik hat den Deutschen nichts genützt, hat im Gegenteil der Hetze gegen Deutschland so manches Herz erschlossen. Leider scheint Italien von dieser offenkundigen Tatsache nichts gelernt zu haben: sein Vorgehen in Südtirol beweist es.

Und nach zwei Jahren italienischer Politik und italienischer Verwaltung ist es wohl Zeit, ein abschließendes Urteil über die Behandlung Deutschsüdtirols zu fällen. Man kann dieses Urteil ruhigen Gewissens aussprechen, denn eine Zeitspanne von zwei Jahren genügt, um zu zeigen, ob Geschick und vor allem, ob guter Wille vorhanden ist, ein fremdsprachiges und national verschiedenes Volk gerecht zu behandeln und zu beherrschen. Tatsachen, nach denen man urteilen kann, sind reichlich, ja in übergroßer Menge vorhanden. Wollte man auch nur die bedeutendsten anführen, es würde einen Band füllen: hier aber soll nur ein Überblick gegeben werden.

Der Eroberer fremder Gebiete wird zunächst, will er unliebsame Vergleiche mit dem früheren Regime vermeiden, sich einer tadellosen Verwaltung befleißen müssen. Er wird ferner alles tun müssen, um den neuen Staatsbürgern die Angliederung zu erleichtern, wird ihnen, wie man zu sagen pflegt, goldene Brücken bauen müssen.

In der Vorkriegszeit hat man der österreichischen Verwaltung starren Bureaukratismus vorgeworfen, und die alte österreichische Gewohnheit, zu „raunzen“, hat scheinbar diesen Vorwurf bestätigt. Nun, das „Raunzen“ ist uns gründlich abgewöhnt worden, aber nicht durch bessere Verwaltung, sondern im Gegenteile durch Zustände, die im alten Österreich schlechterdings unmöglich gewesen wären. Ein Beispiel dafür!

In der Nähe des Bahnhofes von Bozen liegt das Hotel



Gasser, ein seinerzeit mit allem Komfort ausgestattetes gut bürgerliches Gasthaus. In der Kriegszeit wurde es zu Wohnungen für das stark vermehrte Bahnpersonal benützt, nach dem Zusammenbruche aber vom italienischen Armeekommando zwangsweise requiriert und der Besitzer zu einem Mietvertrage mit der italienischen Staatsbahn gezwungen. Als äußerster Termin dieses Vertrages wurde der 30. Juni 1920 festgesetzt, doch als dieser Termin abgelaufen war, erklärte die Staatsbahnverwaltung, der Kontrakt sei durch die Mieterschutzverordnung verlängert worden. Diese Behauptung ist falsch, da die Mieterschutzverordnung bekanntlich auf Hotels und Gasthäuser keine Anwendung findet; sie widerspricht auch dem italienischen Gesetze, das geradezu verbietet, Gasthäuser dem Fremdenverkehre zu entziehen. Der Besitzer, Herr Peter Gasser, wandte sich also an das Gericht in der sichern Überzeugung, dort sein Recht zu finden. Aber ehe noch eine gerichtliche Entscheidung erfolgen konnte, legte sich das Trientiner Generalkommissariat ins Mittel und requirierte nun seinerseits das Hotel zu Gunsten der Staatsbahnverwaltung. Und zwar gegen eine Entschädigung von 30 Lire — sage und schreibe dreißig Lire — per Tag. Daß ein solcher Spottbetrag nicht annähernd genügt, um das große Haus, das einen Millionenwert repräsentiert, auch nur notdürftig in Stand zu halten, liegt auf der Hand. Diese Lage der Dinge hinderte aber die königliche Steuerbehörde keineswegs, den unglücklichen Besitzer so zu behandeln, als stehe ihm noch immer die volle Verfügung über sein einst so einträgliches Gastgeschäft zu, und ihn mit abenteuerlichen Steuerverschreibungen und mit rücksichtslosen Exekutionen zu bedrängen. So von zwei Seiten in die Enge getrieben, wandte sich Gasser nach Rom an den Staatsrat. Und wirklich nicht vergebens, denn diese höchste Behörde — es war im April 1921 — hob die Requisition des Hotels als völlig ungesetzlich auf. Aber merkwürdig! trotz dieser Entscheidung wich die Staatsbahnverwaltung nicht von der Stelle, im Gegenteil sie eignete sich noch ein

weiteres Stockwerk an. Gegen die Verfügung des Generalkommissariats hatte Herr Peter Gasser bereits den Rekurs ergriffen; doch auch das half ihm nichts, denn dieser Rekurs liegt heute noch in irgend einer verborgenen Schublade des Zentralamtes, wenn er nicht gar in den Papierkorb gewandert ist. Unterdessen hat sich's die Staatsbahnverwaltung im Hotel Gasser ganz und gar bequem gemacht und sich auch in den Besitz der Zentralheizung gesetzt. Das Steueramt aber setzt seine Schikanen gegen den unglücklichen Besitzer ruhig fort. Eine Interpellation der Abgeordneten blieb ebenso erfolglos wie das Erkenntnis des Staatsrates. Jetzt schreiben wir 1922 und Herr Peter Gasser ist noch immer nicht zu seinem Rechte gekommen. Das Steueramt aber geht eben daran, ihm auch noch den Bettelzins zu pfänden, der ihm für sein beschlagnahmtes und arg zugerichtetes Hotel entrichtet wird. Damit ist dem Manne, einem braven Familienvater, der letzte Rest genommen, den er zu seinem Unterhalte benötigt; er ist mit Raffinement an den Bettelstab gebracht!

Wir haben diese traurige Angelegenheit so ausführlich dargelegt, weil sie geeignet ist, die Grundfehler der italienischen Verwaltung zu illustrieren. Was einem vor allem in die Augen springen muß, das ist die flagrante Nichtachtung des Rechtes, das der höchste Gerichtshof in Rom festgestellt hat, und zwar noch dazu durch einen Zweig der Staatsverwaltung, durch die Staatsbahn. Dieser Gegensatz zwischen einer Staatsbehörde und der andern tritt in der italienischen Verwaltung immerfort zu Tage. Entweder wird der richterliche Spruch ignoriert, wenn er unbequem ist, oder es wird seine Ausführung verhindert oder er wird sonst auf irgend eine Weise umgangen. Der blutige Abschluß, den die Fascisten im April 1921 der Bozner Messe bereitet haben, ist wohl noch in aller Gedächtnis. Es hat hiebei einen Toten und gegen fünfzig Verwundete gegeben und in einer bald darauf erfolgten öffentlichen Kundmachung sprach Generalkommissär Credaro über die Täter das Wort „Verbrecher" aus. Auch



ersuchte er die Deutschen, Ruhe zu bewahren (was sie auch redlich getan haben!) und versprach hoch und teuer, man werde die Täter bestrafen. Bei einigermaßen gutem Willen und schnellem Einschreiten wäre es auch sicher gelungen, dieser Täter habhaft zu werden, aber — es lag im Interesse der italienischen Verwaltung, den Prozeß zu vermeiden und die Sache einschlafen zu lassen, daher pflog man wohl weitläufige Erhebungen, aber gerade dort, wo die Täter zu suchen waren, pflog man sie nicht.

Ein anderer Fall auf ganz anderem Gebiete. Die trientnerische Provinzialverwaltung hob eigenmächtig eine Reihe von Steuern ein und dekretierte u. a. eine Holzumlage, die — da das Trentino ganz entholzt ist — nur Deutschsüdtirol treffen konnte. Die Deutschsüdtiroler strengten dagegen den Prozeß an, und der Verwaltungsgerichtshof erklärte diese Provinzumlagen als ungesetzlich und hob sie auf. Noch war kein Monat über diese Entscheidung hingegangen, als ein königliches Dekret erschien, das den Ausspruch des obersten Verwaltungsgerichtshofes desavouierte und das als ungesetzlich gebrandmarkte Vorgehen der Provinzialbehörde bestätigte.

Es ist klar, daß auf solche Weise jede Achtung vor dem Rechte untergraben wird. Aber auch die rein administrative Seite muß schwer unter solchen Zuständen leiden. In Italien hat man ein leichtes und unfehlbares Mittel, jede unbequeme Entscheidung zu umgehen: man pflegt die Frage einfach zu begraben und totzuschweigen. Und was das Ministerium tut, das macht ihm das Generalkommissariat nach, und so geht es fort bis zu den untersten Instanzen. Das ist aber ein Lockern oder vielmehr eine Auflösung aller Bande, das ist Verwaltungsanarchie. Es gibt denn auch keine Verwaltung bei uns und es gibt auch keine eigentlichen Verwaltungsbeamten, sondern nur große und kleine Paschas. Charakteristisch ist die Äußerung eines Karabinieripostens, der bei Gelegenheit einer Volksvereinsversammlung zu X. einschreiten zu müssen glaubte und dabei seine ganze Über-

legenheit fühlen lassen wollte. „Io sono“, sagte der Mann, „la potenza di X.“ Also die Allmacht des betreffenden Ortes!

Dieses Allmachtgefühl, das keine Verantwortung kennt, erzeugt naturgemäß unausstehlichen Dünkel und völlige Vernachlässigung der Pflicht. Mangel an Pflichtbewußtsein und Rücksichtslosigkeit tritt denn auch in tausend Fällen zu Tage. Da wird z. B. ein Gesuchsteller vom Lande vom Zivilkommissariat von Bozen auf 9 Uhr vormittag vorgeladen. Der Mann löst ein Billett, fährt in die Stadt: Punkt 9 Uhr ist er an Ort und Stelle. Aber der Beamte läßt sich nicht blicken. Der Mann wartet bis über die Mittagsstunde — umsonst! Um 2 Uhr erscheint er wieder und wartet bis 6 Uhr abend — umsonst! Der Beamte erscheint nicht und hat den Akt auch keinem anderen Herrn übergeben. Nun nahm sich ein Dritter des Gesuchstellers, eines alten, hilflosen Mannes, an und machte, wie man zu sagen pflegt, einen Auftritt. Das half: es stellte sich heraus, daß sämtliche zum Gesuche gehörenden Beilagen in Verlust geraten waren, aber schließlich wurde die Sache auch ohne diese „unerläßlichen“ Beilagen und ohne weitere Vorladung des Gesuchstellers erledigt. Also bei den italienischen Behörden braucht man einen mit starken Ellenbogen versehenen Beschützer, dann kann's vielleicht gehen. Sonst aber ist man der Willkür der Beamten ganz ausgeliefert, denn in Italien ist das Volk für die Beamten da und nicht umgekehrt.

Bei solcher Auffassung versteht es sich wohl von selbst, daß zahlreiche Staatsangestellte jede Gelegenheit benützen, um ihren Säckel zu füllen. Kommt da z. B. eine Partei in Sachen der Kriegsentschädigung zu einem Advokaten und ersucht ihn, „irgend etwas“ auszustellen. Der Advokat findet den Ersatzanspruch höchst fragwürdig und meint, dieses „irgend etwas“ werde schwer auszustellen sein, in keinem Falle werde man damit durchdringen. Doch der andere weiß es besser. Es genüge der nächst beste Wisch, versichert er, denn er habe bereits von einem einflußreichen Beamten die



Zusicherung erhalten, daß seine Ansprüche Berücksichtigung finden würden; nur habe er versprechen müssen, die Hälfte der Ersatzsumme dem betreffenden Beamten zu überlassen. Solche Skandale sind häufig. An die Öffentlichkeit kommen sie freilich nicht, doch um so eifriger werden sie unter der Hand besprochen. Das Ansehen der italienischen Beamten ist denn auch bereits so untergraben, daß die Bevölkerung selbst bei normalen Entscheidungen immer nur Korruption wittert.

Mit dem Sinken des Pflichtbewußtseins sinkt aber bei den Staatsangestellten auch die Arbeitslust und die Arbeitsleistung. Seit der italienischen Besetzung ist die Zahl der Staatsangestellten ins Ungeheuere gewachsen, ohne daß auch nur halb die Arbeit geleistet würde wie unter Österreich. Je mehr Angestellte, desto mehr verläßt sich der eine auf den anderen, so daß zuletzt alles liegen bleibt, während der Bürochef, wenn er allenfalls den Ehrgeiz hat, sein Amt ordentlich zu verwalten, völlig den Überblick verliert. Die Qualität der Arbeit, wenn eine Arbeit überhaupt geschieht, ist auf das tiefste Niveau gesunken, was bei der natürlichen Trägheit und Faulheit des Durchschnittitalieners nicht Wunder nehmen kann. Da stand z. B. an der Spitze eines Erlasses: „Visto la legge . . . e visto la legge . . .“ (Mit Bezug auf das Gesetz vom . . . und auf das Gesetz vom . . .). Als man aber den Erlaß näher prüfte, gab's eine Überraschung, denn das zuerst zitierte Gesetz hatte mit der im Erlasse berührten Sache nicht das mindeste zu tun und das an zweiter Stelle erwähnte Gesetz — existierte überhaupt nicht!

Der an die Spitze unserer Ausführungen gestellte Fall Gasser beleuchtet aber auch eine andere traurige Seite der italienischen Verwaltung. In einem geordneten Rechtsstaat wird es das Interesse des Fiskus sein, die Steuerträger steuerkräftig zu machen und zu erhalten. Ein großes Haus noch dazu in der Nähe eines Bahnhofs wäre ein einträgliches Steuerobjekt, sei es, daß man es an einzelne Parteien



vermietet, sei es, daß es als Hotel in Betrieb gesetzt wird. Stattdessen wird nun das Haus durch die Zwangsrequirierung in einem Maße deterioriert, daß der Besitzer, selbst wenn er je wieder darüber verfügen könnte, wohl kaum die Mittel haben dürfte, es wieder in Stand zu setzen. Aber einstweilen hat die Staatsbahnverwaltung ein billiges und bequemes Quartier! Das nennt man aber Raubbau!

Der Raubbau liegt im ganzen Wesen von Italiens Steuerpraxis. Wie der gewöhnliche Italiener in Handel und Wandel sich durchaus nicht weitblickend zeigt, sondern immer nur den allernächsten Vorteil — und mag 's ein noch so kleiner Vorteil sein — mit Zähigkeit verfolgt, so macht es Italien auch im Großen. Uns Südtirolern, die wir von Österreich anderes gewöhnt waren, trifft dieses System doppelt hart, wenn es auch nicht immer der komischen Seite entbehrt. Als z. B. Klausen im Sommer vorigen Jahres von der bekannten Hochwasserkatastrophe heimgesucht wurde, versprach die Regierung sofort 250,000 Lire. Hievon kamen aber nur 30,000 Lire zur Auszahlung; was den Rest betreffe, hieß es, so werde er für die Entwässerungsarbeiten (die elend geführt wurden) verwendet; überdies wurden 10% der Regulierungskosten der heimgesuchten Gemeinde aufgebürdet. In einer Gemeinde bei Bozen brach kürzlich ein großer Waldbrand aus. Man schickte Militär hin, um zu löschen; es arbeitete zwar nicht viel, mußte aber — bezahlt werden Eine zweifelhafte Hilfeleistung! Im alten Österreich hätte das Militär brav gearbeitet und ganz selbstverständlich — auf Staatskosten! Noch ein nettes Histörchen! Bei Gelegenheit des Königsbesuches wurden die Meraner Bürger von Seite des Zivilkommissariats (mit Hinweis auf die Fascisten) gezwungen, Trikoloren auszuhängen. Da niemand eine Trikolore im Hause hatte, wurden die Fahnen vom Zivilkommissariat zur Verfügung gestellt. Einige Tage darauf verlangte man von den Betreffenden eine Leihgebühr, und zwar so und so viel per Meter. Ernster ist der italienische Raubbau auf anderem Gebiete. Schon die Masse der Staats-



angestellten und ihre Arbeitsscheu belastet den Säckel der Steuerträger schwer. Dazu kommt, daß gewisse Dinge, deren Kosten der Staat zu tragen hätte, rücksichtslos den Gemeinden aufgebürdet werden, z. B. die Volkszählung, die jede Gemeinde Tausende von Lire kostete. Daß auf diese Weise die Steuerträger doppelt getroffen werden, berührt den italienischen Steuertechniker nicht. Aber auch Staatsunternehmungen, wie die Staatsbahnen, tragen den Stempel des Raubbausystems. In Österreich war es Vorschrift, daß die Lokomotiven der Staatsbahn, selbst wenn sie keinen sichtbaren Fehler aufwiesen, nach einer bestimmten Zeit an die Reparaturhauptwerkstätte abgegeben wurden; dort wurden abgebrauchte Teile ersetzt, die Maschinen neu hergestellt und damit eine weitere Gebrauchsdauer garantiert. Jetzt ist es anders: jetzt wird eine Maschine gebraucht, bis sie völlig zu Grunde gerichtet ist. „Sie können bei uns einen ganzen Friedhof von Maschinen sehen,“ sagte mir jüngst ein Bozener Eisenbahner. Diese Art Raubbau ist nicht nur im höchsten Grade unrationell, sondern gefährdet auch Handel und Wandel, ja, sogar die persönliche Sicherheit der Reisenden.

Südtirol ist so recht eigentlich ein Gebiet für den italienischen Raubbau. Unter Österreich hatten wir eine gute, gesunde Steuermoral, und die Folge war, daß das kleine Land in seiner Steuerleistung alle italienischen Provinzen übertraf. Das hat nun nicht nur die italienische Regierung, sondern auch die nahezu allmächtigen Herren in Trient ermutigt, Deutschsüdtirol kräftigst auszusaugen, wie der Landesvoranschlag pro 1921 bewiesen hat. Diese krasse Ungerechtigkeit begründet man damit, daß man erklärt, die Deutschen seien am Kriege schuld, also sollten sie auch zahlen.

Das ist aufgelegte Gehässigkeit. Wir möchten aber nicht übertreiben und möchten durchaus nicht alles, was uns jetzt drückt, italienischer Gehässigkeit zuschreiben. Ein Gutteil muß vielmehr auf die Rechnung einer geradezu monumentalen Unfähigkeit gesetzt werden. Diese Unfähigkeit reicht von den höchsten Beamten bis zu den schlecht geschulten



Carabinieri, unter denen sich bekanntlich viele Analphabeten befinden. Den Nutzen davon haben in erster Linie die Strolche und Plattenbrüder aus aller Herren Länder, die trotz der sonst so strengen Grenzkontrolle zu uns hereinfluten und hier unter dem Schutz der italienischen Behörden ein ideales Dasein führen. Die Unsicherheit an Leib und Leben nimmt denn auch in erschreckender Weise zu und die hier zunächst in Betracht kommenden Carabinieriposten stehen dem hilf- und gedankenlos gegenüber. Bezeichnend für diese Sicherheitsorgane war es z. B., daß sie, als ein Doppelmord auf einem Einzelhofe bei Bozen vorkam, es nicht der Mühe wert fanden, in der nahen Stadt davon Meldung zu tun. Nur durch eine Privatperson erhielt die wackere Stadtpolizei von der Sache Kenntnis und ihr allein gelang es auch, des Täters, der ruhig in einem Bozner Gasthause saß, habhaft zu werden. Bezeichnend ist es ferner, daß, als dieser selbe Mensch am Tage vor der Bluttat bei einem Diebstahle überrascht und verfolgt wurde, die Carabinieri nichts Eiligeres zu tun hatten, als dem Verfolgenden sein Jagdgewehr abzunehmen und ihn wegen unbefugten Waffentragens zur Verantwortung zu ziehen. Der Dieb entkam und wurde Tags darauf zum Mörder. In einem anderen Falle wurde ein Raubmord sofort entdeckt, der davoneilende Mörder wurde gesehen und beschrieben: die Carbinieri aber begnügten sich damit — die Leiche zu bewachen!

Die Regierungsunfähigkeit der italienischen Behörden tritt in einem völligen Mangel an Organisationstalent zu Tage. Dieser Mangel, den man übrigens auch in italienischen Geschäfts- und Privatunternehmungen feststellen kann, äußert sich auf dem Gebiete der Verwaltung namentlich in dem bereits erwähnten Beamtenüberflusse. Der Wunsch, Südtirol national zu überfluten, mag hiebei wohl mitbestimmend sein, aber sicher ist dieser Wunsch nicht der einzige Grund für die Völkerwanderung von kleinen nnd großen Staatsfunktionären, dafür zeugt schon die unsäglich schlampige Wirtschaft in den italienischen Büros. Wichtige Akten gehen



rettungslos verloren — man reicht denn auch nie mehr Originale ein, sondern nur mehr beglaubigte Abschriften —, Erledigungen lassen endlos auf sich warten, wenn sie überhaupt erfolgen, und will man sich bei einem Beamten über die geltenden Bestimmungen erkundigen, so erhält man als Antwort einen Orakelspruch, wenn der Mann es nicht etwa vorzieht, seine Unwissenheit unumwunden zu bekennen. Den Beamten werden eben von Oben niemals klare Weisungen erteilt. Die Gesetze tanzen in wildem Wirbel durcheinander wie Flocken im Schneesturm, und niemand weiß, ob das, was heute gilt, auch morgen Geltung haben wird. Ein italienischer Offizier, der sich mit Propaganda beschäftigte, rühmte einmal u. a. die große Freiheit, die man unter Italien genieße, und als man ihm entgegnete, es würden doch nirgends so viele Gesetze fabriziert, lautete seine Erwiderung, die Gesetze brauche man ja nicht zu befolgen! Nun, eine solche Freiheit ist nicht nach unserm deutschen Geschmacke. Wir sehen ja nur zu gut, daß bei dieser Massenerzeugung von Gesetzen jeder innere Zusammenhang fehlt, daß dabei Lücken entstehen, die den schwersten Ungerechtigkeiten Tür und Tor öffnen, und daß die Materien studienlos dem Konzept fachlich ungenügend informierter Beamten überlassen werden. Nehmen wir z. B. den Erlaß zum Schutze berühmter Weinsorten her. Schon der darin gebrauchte Ausdruck „Typenwein“ ist im höchsten Grade mißverständlich. Denn eine „Type“ braucht bekanntlich durchaus nicht Original zu sein: es genügt, wenn sie dem Rheinwein, dem Burgunder usw. ähnelt; es kann sich bei der Type also auch um gefälschte, minderwertige Ware handeln. Die erwähnte Gesetzesvorlage trägt ferner an ihrer Spitze eine strenge Forderung nach reinen Naturweinen, in der Folge aber spricht sie ganz ruhig von der „fabricazione del vino“, sie ignoriert alle international üblichen Ausdrücke, nimmt keine Rücksicht auf die Verhältnisse der Länder, wohin exportiert werden soll, und ist überdies so schwerfällig und in ihrer Durchführung so kostspielig, daß sie eine glatte



Unmöglichkeit darstellt. Aber das macht ja nichts, denn „Gesetze brauchen nicht beobachtet zu werden“.

Ein Fall aus einem andern Gebiete mag beweisen, wie die italienische Verwaltung es versteht, Lücken zu schaffen, ohne sie auszufüllen. Die unter Österreich bestehende Portofreiheit der Pfarrämter wurde aufgehoben, doch hat man dabei übersehen, daß ein Großteil ihrer Korrespondenz sich auf die Matrikenführung bezieht. Entweder muß also in Hinkunft der Seelsorger die Matrikenführung vernachlässigen oder er wird einen bedeutenden Teil seines ohnehin meist mageren Einkommens auf Portoausgaben verwenden müssen. Hier wäre es Sache der Behörden gewesen, eine Übereinstimmung der postalfiskalischen Maßregel mit der für Staat und Individuen gleich wichtigen Matrikenführung zu suchen. In Österreich wäre das sicher geschehen; in Österreich wurden zahlreiche Verordnungen z. B. vom Justiz- und vom Handelsministerium gemeinsam erlassen. In Italien aber scheint das nicht üblich zu sein; daher widersprechen sich die einzelnen Behörden wie die Götter auf Olympos Höhen. Angesichts solcher Zustände wird es also bis zu einem gewissen Grade erklärlich, wenn im Falle Gasser der Staatsrat so entschied und die Staatsbahnverwaltung anders handelte.

(Schluß folgt.)

XLVII.

Das Land ob der Enns.[1])

Heute mehr denn je hat der Deutsche für seinen österreichischen Nachbar ein gewisses Gefühl der Erhabenheit. Er ist nun einmal in seinen Augen der verweichlichte schwache Bruder, er wurde immer als anderen Stammes angesehen, und seine

1) Eine altbaierische Landschaft in den Namen ihrer Siedlungen. Berge, Flüsse u. Seen von Dr. Konrad Schiffmann. München u. Berlin. R. Oldenbourg 1922.



Verdienste hat er nicht so auszuschroten verstanden wie andere deutsche Stämme; der Österreicher ist bescheiden, er ist aber auch stolz, er „hat ein Vaterland und liebt's und hat auch Ursach' es zu lieben". So war es noch vor wenigen Jahren. — Heute steigt ihm mit Recht die Schamröte ins Gesicht, wenn er die Verlotterung des Staatswesens und, was noch härter ist: die sittliche Verkommenheit des einzelnen erkennt und nicht helfen kann. Deutschösterreich wäre ein nationaler Staat, der, auf ganz ähnlichen wirtschaftlichen Verhältnissen wie die Schweiz aufgebaut, in einigen Jahrzehnten blühen könnte, aber heute ist es ein sterbendes Land und wird es bleiben, wenn es sich nicht durch eigene Kraft und von innen heraus erholt.

Von den Nachbarstämmen „des Reiches" waren es immer bloß die Bayern, die den Österreichern einiges Verständnis entgegenbrachten. Man nahm die Österreicher im allgemeinen nie voll, man lächelte mitleidig, wenn man die gemütliche breite österreichische Mundart hörte. Und woher kam dies? Die Deutschen des Reiches lernen erst jetzt langsam Österreich kennen. Sie beurteilten das Land immer nach gewissen Schattenseiten seiner Hauptstadt, nach dem Schein und nicht nach seinem Wesen.

Wien ist — es muß ausgesprochen werden, so bitter es klingt — keine deutsche Stadt mehr. Auf dem Boden der alten Babenbergerstadt ist in einer weichen schlaffmachenden Atmosphäre, dem Capua der Geister, das kernhafte Deutschtum zugrunde gegangen und jene überfeinerte Kultur entstanden, die dem Volk nur schadet, weil sie es erniedrigt. — Nicht in den Großstädten liegt die Zukunft des Volkes, nicht dort, wo in den Volks- und Parteiversammlungen die Politik des Augenblicks gemacht wird, sondern auf dem flachen Lande: im deutschen Bauernstand.

In diesem Sinne begrüßen wir das Buch des Direktors der Studienbibliothek in Linz a. Donau Dr. Konrad Schiffmann mit Freuden. Oberösterreich ist ebenso altbayerisch wie sein westlicher Stammesnachbar. Dies ist der Leitsatz, der in dem 248 Oktavseiten starken Buche schlagend bewiesen wird. Nicht ethnographisch oder ethnologisch mit Schädelmessungen oder anderen Heilmethoden der sezierenden Wissenschaft operiert der Verfasser, sondern bloß mit den ersten Denkmälern des menschlichen Geistes: mit den sprachlichen, mit den Namen der Siedlungen, Berge, Flüsse und Seen. Daß der Verfasser als Philologe Tüchtiges geleistet hat, daß er in der Sprach- und Literaturgeschichte seines engeren Heimatlandes als einer der wenigen



mitzureden berechtigt ist, wissen wir längst; daß er gegen die vielen dilettierenden Versuche früherer und gegenwärtiger Zeit keinen leichten Stand hatte, das wird ein verständiger Leser, der in der einschlägigen Literatur nur halbwegs bewandert ist, nur zu gut einsehen. — Vor Schiffmann waren die wenigsten Ortsnamen Oberösterreichs auch nur annähernd richtig gedeutet worden. An Versuchen hatte es nicht gefehlt, die zahllosen Abhandlungen in den Tageszeitschriften, — deren Verfasser meist Lehrer und Pensionisten sind und mit allen unmöglichen Mitteln: Gotisch, Keltisch, ja sogar Niederdeutsch und Schwedisch für ihre eigentümlichen Etymologien arbeiten, — zeigen einerseits, daß das Interesse an etymologischen Untersuchungen sehr rege ist, andrerseits aber auch, daß man ohne eine streng wissenschaftlich-philologische Schulung zu keinen Resultaten kommt. Bayern war in dieser Hinsicht weit günstiger gestellt. Die erste wissenschaftliche Zusammenstellung der Ortsnamen geschah 1868.[1]) In jüngerer Zeit sind es vor allem die Veröffentlichungen Sigmund Riezlers.[2])

Schiffmann hat in seinem Buche die Erforschung der Besiedlung Oberösterreichs auf einen modernen Standpunkt gebracht. Wenn es auch vor ihm nicht an Versuchen fehlte, so waren diese doch tastend und unzureichend Man sehe bloß die Literaturangabe auf S. V f. der Einleitung. Es steckt ein ungeheurer Fleiß in der Fülle von Ortsnamen und in der Angabe von Stellen allein, auf welche der Verfasser verweist. Die Gabe, das Wesentliche vom Unwesentlichen zu scheiden, ist ihm in hohem Maße eigen. — Freilich das letzte Wort ist auf diesem Gebiete noch lange nicht gesprochen, wohl aber hat Schiffmann — und dies Verdienst gebührt ihm allein — die Bahnen für neue Forschung gewiesen. Wer immer auf diesem Gebiete arbeiten will, muß sich Rat, Belehrung und Anregung bei ihm holen und wird sie in reichem Maße finden. — Geographische

1) Abhandlungen der histor. Klasse der Königl. bayer. Akademie der Wissenschaften I. Abtlg. 1868 Bd. 11 S. 69—117: Beiträge zur Feststellung der historischen Ortsnamen in Bayern. (v. Hundt.)

2) Sitzungsberichte der Königl. bayer. Akademie der Wissenschaften, philos.-philol. und histor. Klasse, Jahrg. 1909. 2. Abhandlung: Die bairischen und schwäbischen Ortsnamen auf ing und ingen als historische Zeugnisse, und Die Orts-, Wasser- und Bergnamen des Berchtesgadener Landes: in der Festgabe f. Gerold Meyer v. Knonau. Zürich 1913. S. 93—113. S. 97 ff. der letztgenannten Abhandlung bringt ein gutes Literaturverzeichnis.



Bezeichnungen waren im alten Österreich oft schweren Mißverständnissen unterworfen, vor allem durch slawische Unteroffiziere, die als Grundbuchsführer beschäftigt wurden, oder aber auch durch Offiziere des militärgeographischen Institutes, welche einen Stranjekbach in der Nähe von Grünau und im Traunsteingebiet ein Spueck (= 's Buchenect) schwarz auf weiß in der Generalstabskarte als Beweis ihrer Sach- und Sprachunkenntnis niedergelegt haben.

Wie wichtig eine Zurückverfolgung in eine ältere Sprachform ist, möge ein Beispiel zeigen: Die Ortschaften Weigersdorf (S. 120), Weikersdorf (S. 123) und Weigelsdorf (S. 125) scheinen alle auf denselben Ursprung zurückzugehen; doch erscheint das erste im 12. Jhrh. als Wigantesdorf (v. Wigant = Kämpfer), das zweite im 14. Jhrh. als Sweikersdorf (v. Suitger) und das dritte Ende des 12. Jhrh. als Wiglinstorf (v. Wigilin).

Wie viel Interessantes und Schönes wäre aus dem Buche zu holen! Leider fehlt dem Werk ein Register, doch ist diesem Umstande durch eine klare und sehr übersichtliche Gliederung einigermaßen abgeholfen. Die drei Hauptabschnitte behandeln die drei Kulturkreise, deren Namen sich im Gebiete Oberösterreichs nachweisen lassen: I. Kelten und Römer, II. Baiern, III. Slawen. Die anspruchslose und einfache Darstellung gibt der Lektüre des Buches einen eigentümlichen Reiz. Obwohl es streng wissenschaftlich gehalten ist, wird es doch jeder, der an seiner Heimat und deren Vergangenheit ein Interesse hat, mit Genuß lesen.

Was jeder Oberösterreicher weiß, was er fühlt, — ich meine seine Stammeszugehörigkeit zu Bayern, dem er sprachlich und jetzt mehr denn früher auch geistig angehört — hat Schiffmann klar bewiesen an Hand von sprachlichen und historischen Belegen. Sein Werk ist nicht nur zu begrüßen als eine rein objektive wissenschaftliche Behandlung der Frage, die nun doch einmal gelöst werden wird trotz des Friedensvertrages und trotz der Mißgunst der Feinde des deutschen Geistes und Volkes: Ich meine den Anschluß Deutschösterreichs an das Mutterland. Politische Agitationen und Reden werden diesem großdeutschen Gedanken im gegenwärtigen Augenblicke vielleicht weniger nützen als diese anregende, schlichte und in ihrer Art vortreffliche Gelehrtenarbeit.

Dr. Richard Newald.



XLIX.

Die religiösen Ideen im heiligen Franziskus.

Von Lektor Dr. P. Erhard Schlund, O. F. M.

In dem Bau, den Gott mit der Welt aufführt und den wir Menschen Geschichte heißen, hat jedes Individuum seinen Platz; der eine freilich als Sandkörnlein, das neben vielen Millionen anderer nur die Aufgabe hat den Platz eben auszufüllen; der andere als Füll- und als Tragstein; der stärkere als Grund und als Eckstein; nur die ganz großen sind Säulen, die das Ganze stützen und dem Bau zur architektonischen Eigenart und Schönheit verhelfen.

Ist Franziskus in der großen Geschichte ein Sandmolekül oder ein Ziegel oder ein Eckquader oder eine tragende Säule?

Kein Zweifel, daß er ein ganz Großer war in der Geschichte, einer, dessen Name immer mehr sein wird als bloß Mode und bloß Meteor.

In der Geschichte, in der sich Staaten und Völker bewegen, miteinander im Frieden und gegeneinander im Kriege, da war er kein führender König, gewiß, und wollte auch kein kämpfender Soldat sein, — wenn wir von seiner Jugend kriegerischen Streichen absehen. Und in der Geschichte, in der Waren gegen Geld umgesetzt und Bilanzen gerechnet werden, war er kein führender Kaufherr und kein frondender

Arbeiter, — wenn er das Geschäft auch gelernt hatte. Und nicht einmal in der anderen Geschichte, in der Glaubenssätze feierlich verkündet und überwacht und die gläubigen Gemeinden verwaltet werden, war er kein gesalbter Lenker oder kein dienender Levit, — wenn er auch die Subdiakonatsweihe besaß.

Und doch war er auch hier mehr als das platzausfüllende Sandkorn, in der äußeren Geschichte der Politik und der Wirtschaft und der Kirche mehr wie ein Sandkorn, weil ein Sandkorn keinen Geist besitzt und keinen Geist geben kann; der Geist aber ist es, der lebendig macht.

In der inneren Geschichte, in der Geschichte des Geistes, da ist Franziskus die Säule, die trägt und deren Bauform den Stil bestimmt. Gewiß zunächst auch nicht für alle Gebiete dieser Geschichte der Seele. Denn neue Gesetze der Wissenschaft und neue Erkenntnis des Wissens suchte er nicht und fand er nicht; und einen neuen Stil in der Kunst wollte er nicht und wußte er nicht, trotz allem; und neue Formen und Wege des Willens und der Sitte erdachte er nicht und überlegte er nicht. Ich sage: er erdachte und überlegte sie nicht: ich sage aber nicht, daß er sie nicht gab. Denn gegeben hat er sie, die neue Richtung dem Wissen und der Kunst und dem Charakter. Aber das war nicht das selbstgesetzte Ziel. Das Ziel, das sich Franziskus setzte und in dem er führend sein wollte, oder vielmehr sich von Gott zum Führer ausersehen glaubte, das war nicht der Geist, nicht das Wissen, nicht das Erleben, nicht das Unterscheiden von Rechtsform und Moralgesetz; das war die Seele, das war das Gutsein und das Guthandeln; das war das Gottdienen und Gottlieben; das war das Seligwerden und das Seligmachen.

Seine Seele und der Menschen Seelen, weil Gott aller Seelen Vater ist! So faßt Franziskus das Gebot des Herrn auf, daß man Gott lieben solle aus ganzem Herzen und aus ganzer Seele und aus ganzem Gemüte und aus allen Kräften, und daß das andere Gebot diesem



höchsten gleich sei, das Gebot von der Liebe zum Nächsten, den man lieben soll, wie sich selbst.

Heilig sein und heilig wirken, so stellt er sich den wahren Heiligen vor. Und zwar ist für ihn das Heiligsein nur die Grundbedingung für das Heiligwirken für Gott und an den Menschen.

Darum ist Franziskus wohl der Aszet, der den Bruder Leib wirklich abtötet; der Aszet, der sich alles versagen kann und für uns Gewöhnliche unnachahmlich ist in der Entsagung, wenn es auch noch viel aszetischere Heilige gibt, als Franziskus war. Aber er hat die hohe und so selten erreichte Stufe der Aszese erreicht, daß er auch die Abtötung abtötet, indem er auf sie verzichtet aus Liebe zum Mitbruder und Mitmenschen. Oder soll das für ihn nicht Abtötung gewesen sein, wenn er mitten in der Nacht ißt, bloß damit ein kranker Mitbruder, der Hunger hat und doch keinen Appetit, mit ruhigem Gewissen essen kann? Der in seinem Testamente befiehlt von allem zu essen, was den Brüdern vorgesetzt wird, bloß damit man keinem wehe tut?

Seine Aszese war eben nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck, und zwar nicht immer notwendiges Mittel zum Höheren, zur Liebe, zu Gott. Nicht die Welt flieht er, indem er sie straft und sich, sondern die Welt überwindet er, indem er sie liebt wegen ihres Schöpfers. Und das ist eines von dem großen Neuen, das Franziskus bringt: diese Liebe zur Welt in ihrem weitesten Umfange, ihres Gottes wegen.

So wird Franziskus der Mystiker der Liebe, der Liebe in allen ihren Schattierungen: von der lachenden, von der helfenden, von der leidenden bis zur verklärten Liebe.

Die Naturmystik wird bei ihm zur Naturliebe! Gewiß war sie schon vor Franziskus in der Welt gesehen und in jedem wahren Dichter glaube ich sie zu finden, diese Liebe zur Natur. Aber bei Franziskus wird sie eine heilige Liebe, die sogar den Steinen und den Vögeln und dem scheuen Wilde predigt von dem alliebenden und von allen zu liebenden



Schöpfer: die Bruderliebe zu den Geschöpfen der Natur wegen des Schöpfervaters.

Vor diesem Schöpfervater muß er beten in der Natur und mit der Natur. Wenn er mit den Vögeln singt und mit der lachenden Sonne jubelt und mit dem Bruder Tod ernst spricht, dann betet er, betet den Schöpfer und Erhalter des Alls an, seinen Gott und sein Alles. Der Gebetsmystiker zeigt der Welt zum ersten und schönsten Male, wie man betet zum höchsten Herrn in kindlich naiver und doch persönlicher Form; wie man ohne Worte oder doch nur in kleinen und armseligen Worten würdig preist den König der Könige, so würdig, daß dieser selbst dem seraphischen Beter die Gnade der Verklärung schenkt. Das ist Franziskus: das Vater unser als kindlich lachendes, kindlich jubelndes, ganz selbstvergessendes, ganz Gott vertrauendes Kindesplaudern vor dem Vater. Und wenn der Vater dann sichtbar kommt mit der himmlischen Mutter, dann kann es bloß ein Franziskus, nicht vor der Majestät niederzufallen, geblendet im Staube, sondern zu sprechen mit natürlichem Kindesmut: „Vater, Mutter, bleibt da und gebt mir für meine Brüder!"

Für meine Brüder durch den großen Bruder Jesus! Man kann nicht mit Unrecht die Formulierung aussprechen, daß Franziskus die Christusmystik eines hl. Bernhard und anderer zu einer Jesusmystik gemacht hat. Jesus ist Christus, der Gott. Daran zweifelt Franz keinen Augenblick. Aber ebenso sehr ist Christus Jesus der Mensch. Daran zweifelt er noch weniger. Und das will er sich und der Welt zum klaren Bewußtsein und wirksamen Erleben bringen, daß der Herr der Bruder ist, der nicht wie ein König kam, sondern wie ein Mensch, und menschlich gelebt und menschlich gelitten hat. Und wenn seit Franziskus in den Darstellungen des Kruzifixus Christus nicht mehr der goldgekrönte König ist, der am Kreuze triumphiert, sondern der kleine schwache Mensch, der mit dem Dornenkranze auf dem Haupte menschlich leidet, ein Extrakt aller menschlichen



Leiden, so hat die Kunst erfaßt, was Franziskus will: Jesus, der menschlich-leidende göttliche Erlöser, und der Mensch, der durch des Gottes Leiden mitleidend erlöste.

So wird in Franziskus die Jesusmystik eine Leidensmystik; aber mit einem verklärten Leiden. Der Mensch Franziskus erlebt des Gottmenschen Leiden in sich selber und trägt es wie der Erlöser freudig und willig, so freudig und willig, daß der leidende Gott ihm die Zeichen seines eigenen Leidens eindrückt in der Stigmatisation. Und das kann uns nicht wundern, daß Franz der erste Stigmaträger in der Kirche war.

Kann uns aber dann auch das wundern, daß die Menschen aus ihm oft den verklärten Heiligen gemacht haben? Gewiß, wenn einer, dann genießt Franziskus die Seligkeit der Gottanschauung. Das wissen wir. Aber ist es wohl des Heiligen Sinn, ihn so zu zeigen, den Menschen zu zeigen als den Verklärten, den Triumphierenden, ihn den Ärmsten der Armen? Ich glaube, daß von allen Franziskusbildern jene am wenigsten dem Willen des Dargestellten entsprechen, die ihn im Triumphe zeigen — weil er nicht für sich sein wollte, sondern für Gott und für die Menschen, weil er heilig sein wollte, um heilig wirken zu können.

Ich weiß nicht, ob ich recht habe; aber ich halte mich für berechtigt, es wenigstens zu sagen, daß ich meine: nicht das Franziskusbild ist nach dem Herzen des heiligen Vaters, das ihn darstellt, wie er die Wundmale in der Bergeinsamkeit und im Gottesglanze des seraphischen Himmelsboten empfängt; ich meine, wenn schon, dann möchte er am liebsten sich sehen als den Franziskus, der — freilich mit der Gottesgabe der Wundmale, aber an den verhüllten Händen — den Aussätzigen hilft oder sterbend Stadt und Volk segnet. Denn für die Anderen, für Brüder und Schwestern, für alle Menschen wollte er atmen und beten und handeln.

Für die anderen. Und zunächst für das große Seelenasyl, für die Heilsanstalt der Kirche. Es ist entweder gröbster psychologischer Unverstand oder gröbste Lüge, wenn

man sagt, Franziskus sei antikirchlich gewesen oder gar, er habe es sein wollen. Der Traum des Papstes Innozenz von dem den Lateran stützenden Bettelbruder aus Assisi war für diesen selbst nicht bloß ein Traum, sondern bewußtes Ziel, oder vielmehr wäre es gewesen, wenn er nicht zu bescheiden und demütig gewesen wäre, sich die Kraft dazu zuzutrauen. Aber er stützt, wo er kann, Kirchengebäude und Kirchenregime, geht selbst in die Mission und schickt seine Brüder dahin, daß sie mit ihrem Schweiße und Blute die Kirche ausbreiten. Und in seinen Ordensregeln schreibt er vor, was er selbst sein Leben lang immer und überall tut: in der Kirche und mit der Kirche zu arbeiten für das Heil der Seelen.

Die Kirche ist für ihn die Heilsgemeinschaft, kein Zweifel. Und er versteht sie vor allem im Sinne einer Gemeinschaft von Gleichwertigen, weil ewig wertigen Individuen. Daß die Individuen in der Heilsmöglichkeit gleich seien, ist Franziszi feste Überzeugung; und daß jeder und alle das Heil auch erlangen möchten, sein innigster Wunsch. Ich kann mir nicht helfen, immer und immer wieder fühle ich mich verpflichtet, im Sinne des Heiligen den sozialen Charakter seiner Heiligkeit zu betonen. Nicht der Stylit ist er, der, wegen seiner Heiligkeit bewundert, oben auf der Säule steht, und auch nicht der Selige, für den die Mandorla der Verklärung das Zeichen des persönlichen Lohnes für persönliche Leistung ist. Er ist der Arme und Kleine, der den Armen und Kleinen den Weg zeigen will und ihnen helfen beim Gehen.

Von dem Gedanken aus stiftet er seine Orden, nicht als abgeschlossene Gemeinschaften aszetisch strenger und mystisch verklärter Männer und Frauen, sondern in der Welt und mit der Welt sollen sie sein, mitten drin und Beispiel geben und helfen, helfen, helfen. Mögen sie betteln, mögen sie mit den Händen arbeiten, mögen sie predigen, immer sollen sie es tun für das Volk, für die Kleinen im Volk, daß alle den Weg zu Gott finden. Und



darum gründet er seine Gemeinschaft der Weltleute im dritten Orden, daß jeder diesen Weg gehen könne, auch der, dem es nicht gestattet ist, die Last der irdischen Geschäfte vom Rücken zu werfen. Und weil er erkennt, daß das Haupthindernis zum Heile im Gelde, im Kapitale liegt, darum seine Liebe zur Frau Armut. Klein mit den Kleinen und arm mit den Armen, einfältig mit den Einfältigen, so will er jedem den Weg öffnen zu Gott.

Ich betrachte es im Ernste als des Heiligen höchstes Verdienst, daß er jedem Individuum den Weg zu Gott öffnet. Nicht wie bei Benedikt bloß die Gemeinschaft der Heiligen soll Gott in den erhabenen Formen der Liturgie loben: das auch. Aber das andere dazu: die Gemeinschaft der armen und kleinen Arbeitenden, das um Gottes willen werktätige Volk, die Gemeinschaft der Notleidenden, und jedes einzelne Individuum soll Gott in der Seele dienen und lieben können, auch wenn sie nicht lateinische Psalmen singen und feierlich Liturgie verstehen. Darum seine Krippe von Greccio, darum sein Kreuz von San Damiano, darum sein Vaterunser statt des lateinischen Breviers für die Laien. Darum sein Streben nach Anschaulichkeit und Schönheit und doch Einfachheit des Gottesdienstes auch in der kleinsten Kirche. Franziskus ist der religiöse Führer der hochgestimmten Seelen, die ihn erwählen: gewiß, das kann er sein. Aber der Führer der armen und kleinen Seelen, das will er sein, mit der ganzen Kraft seines Lebens und seiner Persönlichkeit. Jeder einzelne Mensch ohne Ausnahme, auch der ärmste, auch der ungebundenste, soll ein ganzer Christ sein können, wenn er nur folgt der Leitung und dem Vorbilde des armen kleinen und doch so großen Heiligen von Assisi.

So wird Franziskus, der arme, der kleine, der so wenig an sich hat von dem Feuer eines Isaias, doch ein Prophet, der Prophet, der der beginnenden neuen Zeit sagt von der Liebe zum Armen und Kleinen, dieweil der Reichtum, der Kapitalismus anhebt, der zu den Menschen



spricht von der Demut und Bescheidenheit, dieweil der Stolz der Moderne kommt, der zu den Menschen spricht von der Bruderliebe und von der Würde und Gleichwertigkeit jedes Einzelnen, dieweil die Menschen anfangen sich bewußt zu klassifizieren in Herren und Knechte.

Und so frage ich denn noch einmal: Ist Franziskus nicht doch eine Säule in dem großen geschichtlichen Bau, den der Weltenlenker mit der Menschheit aufführt, und zwar eine Säule, die auch der gegenwärtigen Menschheit Halt und religiösen Stil geben könnte?

L.

Eduard von Hartmann als Religionsphilosoph.

Von Universitätsprofessor Dr. Heinrich Straubinger in Freiburg i. Br.

Vielen gilt es als ein feststehendes Axiom, daß das Christentum sich überlebt hat und dem modernen Menschen nicht mehr genügt. Die meisten begnügen sich mit der Konstatierung dieser vermeintlichen Tatsache und glauben damit ihren religiösen Indifferentismus und Nihilismus hinreichend gerechtfertigt. Andere streben eine Weiterbildung der Religion an oder vielmehr eine neue Religion, die das Christentum ebenso ablösen soll, wie dieses das Judentum und Heidentum abgelöst hat. Solche Gedanken sind nicht neu. Lessing verkündete ein Christentum der Vernunft, Kant eine rein ethische Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft, die allmählich an die Stelle des geschäftlich gegebenen Christentums treten sollte. In neuerer Zeit sind es besonders Eduard von Hartmann und Rudolf Eucken, die der Religion der Zukunft wenigstens theoretisch die Wege bereiten wollen, indem sie dieselbe im Voraus kennzeichnen und beschreiben.

Über Euckens Stellung zum Christentum wurde vor Jahren eingehend in dieser Zeitschrift berichtet: Band 149 (1912), Heft 7 u. 8. Über Hartmanns Religionsphilosophie ist vor kurzem eine umfassende und gründliche Studie erschienen von dem Münsterer Privatdozenten J. P. Steffes: Eduard von Hartmanns Religionsphilosophie des Unbewußten. (Verlagsbuchhandlung Karl Ohlinger-Mergentheim, 80 ℳ.) Steffes gibt seinem Buch den Untertitel: Ein Beitrag zur Auseinandersetzung zwischen theistischer und monistischer Weltanschauung. Er befaßt sich zwar direkt nur mit Ednard von Hartmann. Der Titel ist aber insofern berechtigt, als wohl keiner die monistische Weltanschauung so allseitig begründet und ausgebaut hat, namentlich auch nach der religiösen und sittlichen Seite hin, wie gerade Eduard von Hartmann.

Die Stellung eines Philosophen zur Religion hängt wesentlich ab von seiner Stellung zur Metaphysik und diese hinwiederum von seinen erkenntnistheoretischen Voraussetzungen. In dieser Hinsicht bietet nun Hartmanns Philosophie zunächst einen überaus sympathischen Zug. Während die meisten neueren Philosophen, mehr oder weniger im Kantianismus befangen, sich der Metaphysik schämen, betont Hartmann mit Nachdruck deren Berechtigung und Notwendigkeit, speziell auch für die Grundlegung der Religion und Moral. Auch sonst findet sich in seinen Schriften im einzelnen viel Schönes und Gutes; was er beispielsweise in seiner „Philosophie des Unbewußten" über die Theologie sagt, gehört zu dem Besten, was darüber geschrieben worden ist. Ein weiterer Vorzug Hartmanns ist seine eiserne Konsequenz. Er hält sein Ziel fest im Auge und steuert rücksichtslos auf dasselbe zu und zieht ebenso rücksichtslos die Folgerungen bis zum letzten und äußersten Punkt. Bei ihm kann man so recht sehen, was der Monismus ist und wohin er treibt. Sodann sind seine Schriften getragen von einer hohen Kraft der persönlichen Überzeugung; es ist schwer zu sagen, was bei ihm größer ist: das Pathos, mit dem er für



seine Position eintritt, oder die Verständnislosigkeit und Verachtung, die er dem Christentum entgegenbringt.

Eduard von Hartmann bezeichnet sein System als konkreten Monismus: Monismus im Gegensatz zu Theismus, weil nach ihm der Weltgrund oder das Absolute weltimmanent ist, dem Wesen nach eins mit der Welt; konkreter Monismus im Gegensatz zum abstrakten Monismus, dem die Welt zum wesentlichen Scheine wird und das Absolute das einzig Wirkliche ist. Gott oder das Absolute ist die substantiale Einheit von Vorstellung und Wille, unbewußt und erst recht unpersönlich, die einzige Substanz; die Weltdinge sind zwar real, aber sie besitzen keine eigene Subsistenz, sondern sind nur Teilfunktionen des unbewußten Absoluten. Zu diesem Resultate will Hartmann nach „induktiv-naturwissenschaftlicher Methode“ gelangen. Daher durchwandert er alle Gebiete der empirischen Wirklichkeit: die Natur, das menschliche Geistesleben und die Menschheitsgeschichte, überall Anzeichen und Lebensäußerungen eines hinter den Erscheinungen stehenden unbewußten Wesensentdeckens. Steffes folgt ihm auf Schritt und Tritt und zeigt, daß er die gegebene Wirklichkeit vielfach verkennt und entstellt, daß er sein Resultat nicht aus den Erfahrungsdaten ableitet, wie er vorgibt, sondern es vielmehr stillschweigend vorwegnimmt und der Beobachtung zu Grunde legt; sodann reicht ein unbewußtes Weltprinzip nicht aus, um die erfahrungsmäßige Wirklichkeit, namentlich die zweckmäßige Ordnung in der Welt und das menschliche Geistesleben verständlich zu machen. Hartmanns Metaphysik ist methodisch verfehlt und sachlich unzulänglich. Das sind die beiden Punkte, auf die Steffes bei seiner Kritik mit Recht besonders abhebt. Es ist nicht immer leicht, ihm zu folgen. Der Grund liegt aber weniger an ihm als an den oft recht abstrusen und komplizierten Gedankengängen Hartmanns.

Steffes widmet der Hartmann'schen Erkenntnislehre und Metaphysik die Hälfte seines Buches, die zweite Hälfte gilt der eigentlichen Religionsphilosophie. In seinem Buche:



das religiöse Bewußtsein der Menschheit im Stufengange seiner Entwicklung, unterzieht Hartmann die geschichtlichen Gestaltungen der Religion einer eingehenden geschichtsphilosophischen Betrachtung. Gerade hier zeigt sich das Eigentümliche und Verfehlte seiner Methode besonders deutlich. Ganz wie Hegel gilt auch ihm der religiöse Entwicklungsprozeß der Menschheit als Selbstbewegung der religiösen Idee, die immer konkretere und höhere Formen annimmt, bis sie schließlich in voller und reiner Wirklichkeit in die Erscheinung tritt. Bei Hegel ist dies der Fall im Christentum, dieses ist ihm die verwirklichte absolute Religion. Hartmann dagegen betrachtet nach dem Vorgange Schellings, wenn auch in etwas anderer Wendung, „die Religion des Geistes", die noch kommen muß, als die vollkommene Religion, zu der alle bisherigen Religionen mit Einschluß des Christentums notwendige Durchgangsstufen sind. Die Religion des Geistes beruht auf dem konkreten Monismus, in ihr sind der jüdisch-christliche Theismus und der abstrakte Monismus Indiens in höherer Synthese vereinigt und aufgehoben. Allein Hartmann treibt ebenso wie Hegel willkürliche, wenn auch geistreiche Geschichtsbaumeisterei nach apriorischen Gesichtspunkten. Nur so kann er beispielsweise den Brahmanismus und Buddhismus als Religionen über die Religion der Griechen, Römer und Germanen stellen, kann er das Christentum in seinem Ursprung als eine Teilerscheinung des Judentums betrachten. Das religiöse Leben der Menschheit in seiner ungeheuren Vielgestaltigkeit und Mannigfaltigkeit läßt sich nun einmal nicht in ein vorgefaßtes Schema fassen; das ist nur möglich mit einer brutalen Vergewaltigung der religionsgeschichtlichen Daten. Einer solchen machen sich neuestens Hartmann und Wundt nicht weniger schuldig als früher Hegel. Steffes faßt auf Grund eingehender Einzelprüfung sein Urteil dahin zusammen: „Hartmanns Methode ist verfehlt; sie konnte nur durchgeführt werden auf Kosten der objektiven Tatsachen. Der Induktionsbeweis für den konkreten Monismus ist nicht er-



bracht. Es handelt sich bei dieser Darstellung nur um Konstruktion und Dichtung. Die Religionsentwicklung ist nicht als eine Selbstbewegung der religiösen Ideen zu verstehen, sondern ruht viel mehr auf einer Entfaltung der religiösen Anlage unter mannigfach auf sie einwirkenden Einflüssen. Damit brechen die Grundpfeiler der Hartmannschen Religionstheorie zusammen." (S. 450.)

In dem Buche: Die Religion des Geistes entwirft Hartmann ein ziemlich genaues Bild seiner Zukunftsreligion. Ausgehend von dem religiösen Bewußtsein, analisiert er den Inhalt desselben mit dem Resultat, daß auch von ihm ein solches Verhältnis der Welt und des Menschen zu Gott verlangt werde, wie der konkrete Monismus es bestimmt. Daraus werden dann in der Religionsethik die praktischen Folgerungen gezogen. Wie das Fundament, auf dem Hartmann seine Religion aufbaut, nicht tragfähig ist, so ist auch das Gebäude selbst in jeder Hinsicht rissig und brüchig, ein Gebäude auf Stroh und aus Stroh. Nach Hartmann ist der Pessimismus eine wesentliche, ja die einzige Voraussetzung der Religion; Religion ist Erlösung vom Übel. Daran ist so viel richtig, daß das Bewußtsein des Übels und das Verlangen, von demselben befreit zu werden, ein Element jeder ernsten Religion bildet, aber nicht das einzige, nicht einmal das wichtigste. Das Ziel der Religion ist ein durchaus positives: allseitige Vollendung des Menschen in uns durch Gott. Was das physische Übel oder das Leiden betrifft, so sagt Hartmann, daß eine reale Erlösung erst im Tode eintritt; im irdischen Leben kann es nur idealiter überwunden werden durch geduldiges Ertragen. Das ist richtig, aber wie erfolgt diese Überwindung? Hartmann antwortet: durch die Erkenntnis, daß die Sonderzwecke den allgemeinen Weltzwecken untergeordnet werden müssen und daß diese durch das Leiden nicht gehemmt, sondern gefördert werden. Ob damit wirklich dem religiösen Bewußtsein Genüge geschieht? Man muß sich nur einmal einen praktischen Fall vergegenwärtigen. Da bietet das Christentum mit seiner



Lehre vom Sühne- und Verdienstwert des Leidens, mit seinem Vorbild des leidenden Gottmenschen doch andere Gesichtspunkte, um sich mit der bitteren Tatsache des Leidens wenigstens einigermaßen auszusöhnen. Und das moralische Übel oder die Sünde! Hartmann predigt Unterordnung des persönlichen Einzelwillens unter den allgemeinen Weltwillen. Was ist ein unpersönlicher, allgemeiner Weltwille? Das Christentum verlangt Hingebung an den absolut heiligen und vollkommenen Willen des persönlichen Gottes. Darunter kann ich mir etwas denken, unter jenem nicht. Die wichtigste Frage der Religion ist die nach dem Endziel des Ganzen und Einzelnen. Hartmann antwortet: Annullierung, Aufhebung des Daseins. Die Weltwerdung war ein Fehlgriff. Um der Öde und Leere seines ewigen Daseins zu entgehen, stürzt sich das Absolute in den Weltprozeß, macht aber die Erfahrung, daß dadurch die Qual seines Daseins nur vermehrt wird. Also Rückkehr zum Anfang. Gott ist es eigentlich, der erlöst werden muß, und der Mensch ist sein Erlöser. — Wir haben auch hier nur allgemeine Umrisse gegeben. Wer sich für Einzelheiten interessiert, greife zu dem Buche von Steffes. Hier wird Hartmanns Lehre Punkt für Punkt dargestellt und kritisch gewürdigt.

LI.

Der Ritus der Karmeliten.

Die anwesenden Kirchenbesucher pflegen es auffällig zu finden, wenn sie zum ersten Male der Messe eines beschuhten Karmeliten beiwohnen. Es befremdet sie, zu sehen, daß er schon vor Beginn des Stufengebetes Wein und Wasser in den Kelch gießt und daß das Stufengebet so rasch endigt. Der beschuhte Karmelite betet nämlich den Psalm „Judica“ schon auf dem Wege zum Altar. Ebenso fällt es auf, wenn



er nach der Wandlung die Arme in Kreuzesform ausstreckt, wenn er, bevor die heilige Hostie auf die Patene gelegt wird, mit der Patene die beiden Augenlider berührt und nach Erteilung des Segens und vor Beginn des letzten Evangeliums eine Stufe herabsteigt, um, während der Woche kniend, an den Sonntagen stehend, das „Salve regina" zu beten, an dessen Stelle während der österlichen Zeit, immer stehend, das „Regina caeli, laetare" rezitiert wird. Der Wortlaut der Meßgebete ist dem der Weltpriester sehr ähnlich, weicht jedoch an vielen Stellen wieder davon ab. Der beschuhte Karmelite[1]) hat eben nicht den allen bekannten römischen Ritus, sondern den hierosolymitanischen.

Dieser ist ihm durch seine Regel[2]) vorgeschrieben, die sagt: „Diejenigen, welche die kanonischen Tagzeiten mit den Klerikern zu beten verstehen, beten dieselben nach der Verordnung der heiligen Väter und der von der Kirche gebilligten Gewohnheit." Sie wendet sich ja „den geliebten Söhnen, dem Brocardus und den übrigen Einsiedlerbrüdern" zu, „die unter dessen Gehorsam in der Nähe des Eliasbrunnens auf dem Berge Karmel wohnen" und deshalb dem Patriarchen von Jerusalem unterstanden.

Messe und Offizium der beschuhten Karmeliten gleichen in vielem der Messe und dem Offizium der Dominikaner. Kein Wunder, da diese ihren Anfang in Frankreich nahmen und den Ritus behielten, den sie dort fanden. Die französischen Priester, welche in großer Zahl das Heer der Kreuzfahrer begleiteten, nahmen ihren Ritus mit in das Morgenland und verpflanzten ihn nach Jerusalem, wo sie sich dauernd niederließen. Daher die Ähnlichkeit des Ritus der Karmeliten mit dem der Dominikaner. Auch die Karme-

1) In Deutschland haben die beschuhten Karmeliten nur mehr Klöster in Bamberg und Straubing (mit Expositur in Sossau), in Österreich zu Wien.

2) Regel und erster Teil der Satzungen der barfüßer Brüder des Ordens der allerseligsten Jungfrau Maria vom Berge Karmel, Graz 1868.

liten nahmen den Ritus da her, wo sie ihn zuerst fanden, und nahmen den hierosolymitanischen Ritus an, weil sie eben dem Patriarchen von Jerusalem unterstanden.

Leider liegen Ritualbücher des Karmelitenordens aus ältester Zeit nicht vor. Das älteste uns bekannte ist das „Ordinale" [1]) des Magisters Sibertus de Beka, welches durch das Generalkapitel des Jahres 1312 für den ganzen Orden verpflichtende Kraft erhielt. Das Werk zerfällt in zwei ungleich große Teile, von denen der erste die allgemeinen, liturgischen Vorschriften enthält, der letztere die Antiphonen, Psalmen, Kapitel, Hymnen, Versikel und Responsorien des Breviers und die an den einzelnen Sonntagen, Wochentagen und Festen vorkommenden Eigentümlichkeiten des Ordensmissales angibt. Dies geschieht aber nicht ausführlich, sondern mit Abkürzungen nach Art der jetzt gebräuchlichen Direktorien, oft in kürzester Form durch bloße Angabe der Anfangsbuchstaben der einzelnen Wörter, wodurch das Buch ganz archaistischen Charakter erhält. Inhaltlich stimmt es mit dem Ordinale des heiligen Grabes vom Jahre 1160 fast ausnahmslos überein. Eine Abweichung bilden die vorkommenden Prosen, die General Nikolaus Audeth zwischen 1544 und 1551 bis auf fünf abschaffte.

---

1) Eine Abschrift davon besitzt die Bibliothek der Erzbischöfe von Canterbury zu Lambeth (London) ms. 193. — Zwei unvollständige Manuskripte befinden sich in der Magliabecchi'schen Bibliothek zu Florenz (mss. B. 9. 1795 u. IX 68). — Ein weiteres, später (1498) geschriebenes Exemplar liegt in der Bibliothek zu Dijon (ms. 121) vor. Nach Angabe des Dictionnaire d'Archéologie Chretienne et Liturgie par Cabrol, Tome deuxième Paris 1916 Art. Carmes p. 2168. — Neuestens wurde dieses Ordinale weiteren Kreisen zugänglich gemacht durch P. Benedikt Zimmermann in London, der die Drucklegung besorgte. Siehe: Ordinaire de l'Ordre de Notre Dame du Mont Carmel, par Sibert de Beka (vers 1312) publié, d'après le manuscrit original et collationné sur divers manuscrits et imprimés par le R. P. Benedict Zimmermann Paris (Picard et fils) 1910.



In den kleinen Horen ist oft die Reihenfolge der Versikel verändert.[1])

Ein Vergleich des Ritus der Karmeliten mit dem des heiligen Grabes lehrt, daß die Karmeliten die eifrige Verehrung der Muttergottes bereits dort gefunden haben. Ein Blick in das Ordinale Siberts zeigt zudem, daß die Karmeliten schon in jener Zeit den Samstag in der Weise feierten, daß sie Tagzeiten der sel. Jungfrau mit neun Lektionen beteten und ein Amt zu ihren Ehren, seit dem Jahre 1339 rit. dupl., mit Gloria und Credo zu singen pflegten, durch Verfügung des Generalkapitels hiezu verpflichtet. Täglich sollten sie seit dem Jahre 1321 oder 1324 Maria den Tribut ihrer Verehrung bringen, indem sie am Schluß jeder der kirchlichen Tagzeiten, auch wenn eine andere unmittelbar darauf folgt, die Antiphon „Salve regina" mit Versikel und Oration, während der österlichen Zeit „Regina caeli" mit Versikel und Oration beteten. Das geschieht heute noch. Ebenso wird jeden Samstag, wie es nachweislich zu Pisa bereits vor dem Jahre 1434 Gepflogenheit war, das „Salve regina" feierlich vor dem Muttergottesaltar gesungen. Jeden Tag war schon vor der Prim ein Amt zu Ehren der Muttergottes vorgeschrieben. Im Jahre 1411 begannen die Karmeliten bereits das Fest zu Ehren der Empfängnis Mariä und zwar mit einer Oktave zu feiern.[2])

Von den Ordensfesten, die sich im Laufe der Zeit in die Liturgie eingliederten, wurde zuerst und zwar zwischen dem Jahre 1376 und 1387 das Fest des „feierlichen Gedächtnisses der sel. Jungfrau" eingeführt. Dasselbe ward im Jahre 1609 unter dem Titel „Unsere liebe Frau vom Berge Karmel" als Hauptfest des Ordens erklärt und im im Jahre 1726 für die ganze Kirche angeordnet. Im Jahre

1) Dictionnaire d'Archéologie 2170.

2) Acta Capitulorum Generalium Romae (Via Sforza Pallavicini 10) 1914, 145.

1399 kamen die Feste des hl. Elisäus und des hl. Cyrillus zur Einführung. Das Generalkapitel vom Jahre 1524 gab ein Kalendarium heraus,[1]) das für die Zukunft maßgebend sein sollte; dasselbe enthielt[2]) die Feste der Heiligen Basilius, Papst Telesphorus, Petrus Thomas, Euphrasia, Johannes, Bischofs von Jerusalem, Dionysius, des Martyrers Anastasius, Cyrillus von Alexandrien (mit Oktav), Euphrosina, Avertanus, Cyrillus von Konstantinopel, Bertholdus, Albertus von Jerusalem, Angelus (mit Oktav), des Simon Stock, Andreas Corsini, Elisäus (mit Oktav), des Gedächtnisses der sel. Jungfrau (16. Juli), sowie der Heiligen Albertus von Sizilien (mit Oktav), Brocardus, Gerardus, Theodorich, Eutyches, Hilarion und Serapion.

Das erste gedruckte Brevier erschien im Jahre 1480 zu Brüssel und wurde von Fr. Valentin in Köln besorgt. Als im Jahre 1584 die gesamte Liturgie der Karmeliten wieder umgearbeitet und vom Hl. Stuhle gutgeheißen wurde, beschlossen die unbeschuhten Karmeliten, die zur selben Zeit zum ersten Mal an die Öffentlichkeit traten uud denen es freigestellt war, zwischen dem hierosolymitanischen und dem römischen Ritus zu wählen, den römischen Ritus anzunehmen. Bestimmend dazu waren aber nicht die vorgeschützten liturgischen Gründe, sondern aszetische. Man wollte die Kluft zwischen der theresianischen Reform und der alten Observanz möglichst erweitern, in der Hoffnung, dadurch zu verhindern, daß auch diese Reform wieder verschwinde wie ehedem die blühende Reform von Mantua. Überreste des alten Ritus sind bei den unbeschuhten Karmeliten lediglich der in das „Confiteor“ eingeschobene Name des hl. Elias und das nach dem Segen der hl. Messe vor dem letzteu Evangelium gebetete „Salve regina“, beziehungsweise „Regina caeli, laetare“. Letztere beiden marianischen Antiphonen wurden indes bei den unbeschuhten Karmeliten erst verhältnismäßig spät wieder

1) Acta Cap. Gen. Romae 1914, 460.

2) Dictionnaire d'Archéologie 2173.



angenommen, für die spanische Provinz am 27. November 1766, für die übrigen Provinzen am 1. Januar 1884.[1])

Hier ist auch der Ort, ein Wort über den Gesang der Karmeliten zu sagen. Das Dictionnaire d'Archéologie Chretienne et Liturgie par Cabrol sagt im zweiten Band, Spalte 2172: „Da die Gesangbücher überaus selten[2]) geworden sind, ist es schwer, ganz genau anzugeben, welches die Weise zu singen (der Karmeliten) war"; doch dürfte es der Wahrheit entsprechen, wenn man sagt, der Gesang der Karmeliten sei dem nun wieder zu Ehren gekommenen, sogenannten traditionellen Choral sehr ähnlich und eine Variante des römischen Chorals. Dieser Gesang ist bei den beschuhten Karmeliten noch in Übung.

Die unbeschuhten Karmeliten verzichteten bei Beginn ihrer Reform auf allen Gesang, selbst auf den Choral.[3]) Als im Generalkapitel vom Jahre 1623 angefragt wurde, ob durch jene Bestimmung jeder modulierte Gesang vollständig verboten sei, lautete die Antwort: Nein. Dennoch blieb es außerhalb Spaniens fast überall bei dem bloßen Rezitationsgesang (tono recto), bis das Generalkapitel vom Jahre 1913 den Gesang des von der Kirche allgemein vorgeschriebenen Chorals auch für den Orden zur Pflicht machte.

Die ersten Konstitutionen der unbeschuhten Karmeli-

---

1) Manuale iuris communis Regularium et specialis Carm. Disc. auctore P. Angelo a ss. Corde Jesu. tom. II, Gandae 1899. n. 1085.

2) Ein überaus schön geschriebenes und mit prächtigen Malereien verziertes **Antiphonarium** (Mſ. aus dem 18. Jahrhundert) besitzen die Karmeliten zu Straubing. — Ein altes **Graduale** von Heilbronn (Mſ. aus dem 15. Jahrhundert) enthält die Universitätsbibliothek zu Würzburg (f. m. 18). — Kunstvoll geschriebene, im Jahre 1420 von Fr. Johannes Fabri gefertigte **Psalterien** bilden einen Teil des Domschatzes zu Mainz. — Ebenso kostbare **Antiphonarien** werden mit Stolz und Eifersucht im Museo di S. Marco zu Florenz verwahrt.

3) Siehe Constitutiones Congregationis Hispanicae, Madrid 1701 P. I, c. II, n. 7.



tinnen vom Jahre 1567 schreiben den Gesang ohne Noten vor. Dabei blieb es auch, außerhalb Frankreichs und Belgiens, wo Msgr. Berulle den unter ihm stehenden Schwestern durch Aenderung der Konstitutionen gestattete, eine Art vereinfachten Choral zu singen, die sich ergibt, wenn die Stimme beim Beginn und am Schluß des Satzes vom tonus currens ausgehend sich um einen Ton senkt und bei der nächsten Silbe wieder erhebt,[1]) wie wir Aehnliches in der Psalmodie haben.

LII.

Randglossen zur katholischen Jugendbewegung.

Von H. F. Singer, Darmstadt.

Wir freuen uns über die katholische Jugendbewegung; ja wir hoffen, daß sie Volk und Kirche zum Heile gereiche. In diesem Sinne seien uns einige wohlgemeinte Bedenken und Winke gestattet.

1. In der modernen Jugendbewegung muß u. E. eine Unterscheidungslinie gezogen werden zwischen noch Volks- und höheren Schülern und vor allem zwischen schulpflichtigen Kindern (unter 14 J.) und älteren Schülern. Es geht nicht an, alle in einen Topf zu werfen, da die Unterschiede in Lebensweise, Lebensanschauung, Familientradition, Erziehung und Ausbildung zu groß sind. Tatsächlich ist bei schulpflichtigen Jungen, wie uns schon öfters von Geistlichen, Lehrern und selbst Eltern geklagt wurde, ein auffälliger Rückgang in den Schulleistungen, in Aufmerksamkeit und

1) Siehe P. Fr. Albert de l'Enfant Jesus, C. D., Essai sur le chant des offices Liturgiques, dans l'Ordre des Carmes et des Carmelites Déchaussées, Gand 1916, 9.



Zuverlässigkeit festgestellt worden von der Zeit an, wo diese Jungen an den Versammlungen und Veranstaltungen der Jugendbewegung regen Anteil nahmen. Ferner wurden ärmere Kinder mehrfach verleitet, es wohlhabenden gleichzutun, viel Geld auszugeben für Marschausrüstung, Bahnfahrten, Musikinstrumente usw., und beträchtliches Taschengeld mit sich zu führen, über dessen ehrlichen Erwerb sie sich nicht ausweisen konnten. Dergleichen Mißstände dürfen nicht übersehen, müssen vielmehr tunlichst beseitigt werden. Auch dürfen Kinder unter 14 Jahren unter keinen Umständen der Selbsterziehung preisgegeben werden, sondern müssen dauernd unter der Leitung einer festen Autorität stehen. Dies gehört zum Abc der Pädagogik.

2. Unsere moderne Jugendbewegung darf nicht dazu beitragen, daß von ihren Anhängern die katholische Sonntagspflicht mit Geringschätzung behandelt werde. Die häufigen Sonntagsausflüge taugen nichts; an Sonntag-Vormittagen sollten überhaupt keine Wanderungen und Ausflüge unternommen werden. Der Hauptgottesdienst, das feierliche Hochamt, worin das ganze Kirchenjahr sich widerspiegelt, bei dem die ganze Gemeinde das Leben und Leiden des Heilandes und seiner hl. Kirche geistig mitlebt, muß der Mittelpunkt der Sonntagsfeier sein und gerade von der gebildeten (studierenden), zuverlässigen Jugend regelmäßig besucht werden. Was soll das „Religiöse Erleben", im richtigen Sinne gemeint, was soll das „Fühlen und Denken mit der Kirche," was soll die „liturgische Orientierung unserer Zeit", was soll die „Gefühls- und Gemütsbetonung", die „Willens- und Charakterbildung" unserer heutigen Heilspädagogik, wenn die Jugend, und vorab die gebildete, da fehlt, wo sie in Vereinigung mit der versammelten Gemeinde mit der Kirche mitdenken, mitfühlen, mitbeten, mitopfern, mitleben und mithandeln sollte. Der Sonntag ist nicht eingesetzt zum Wandern, sondern zur Gottesverehrung, Selbstheiligung und Sabbatruhe; auch ist der ganze Sonntag „Tag des Herrn", nicht etwa bloß ein halbes Stündchen

für eine irgendwo noch glücklich erhaschte stille hl. Messe. Wenn viele laue Katholiken sich mit einer „Stehmesse" begnügen, so ist das traurig genug, und wir dürfen auf keinen Fall ihre Zahl noch geflissentlich vermehren. Vielmehr wäre gerade die katholische Jugendbewegung dazu berufen, hier mit dem besten Beispiele voranzuleuchten und die lauen Christen zur religiösen Aktivität anzueifern. Es ist wirklich auch etwas Erhabenes schon um die religiöse Sonntagsstimmung im Herzen des Christen, in der christlichen Familie und der christlichen Gemeinde. Dieses teure Erbgut unserer Vorfahren muß unbedingt gepflegt und und erhalten werden. Wanderungen, Ausflüge, Reisen, Sport, weltliche Theatervorstellungen und Lustbarkeiten am Sonntag graben ihr jedoch ein sicheres Grab.

Auch der Kostenpunkt muß heutzutage in Anschlag gebracht werden; zu dem finanziellen kommt noch ein moralischer Schaden; denn viel Geld ausgeben bedeutet für die Jugend immer ein Unglück. Es gibt wohl auch noch andere Mittel und Wege, um die Vereinstätigkeit rege zu erhalten.

3. Unsere Jugendbewegung darf die Pfarrseelsorge und das Wohl der Pfarrei nicht schädigen, sondern muß dieselben nach Kräften unterstützen. Die ordentliche, von der Kirche gewollte und eingerichtete Seelsorge ist an die Pfarrei gebunden; die Pfarrseelsorge aber hat sich seit Jahrhunderten mit gutem Erfolge der Kongregationen (Sodalitäten) bedient, um die Jugend religiös und sittlich zu fördern. Daß nun aber die moderne Jugendbewegung der alterprobten und kirchlich empfohlenen Kongregationsidee aus dem Wege zu gehen scheint, kommt uns befremdend und bedenklich vor. Die katholische Jugendbewegung muß daher — und das ist bei der neuentstandenen bis jetzt noch nicht der Fall — in den Rahmen der Pfarreiseelsorge eingegliedert werden, sonst durchkreuzt sie mannigfach dieselbe, macht mehr schlecht als gut und kann schließlich selbst auf Irrwege geraten. Auch ihre Leiter dürfen nicht ganz und gar außerhalb der Pfarrseelsorge stehen. Wenn alle oder auch nur eine Anzahl



katholischer Kreise auf das Nebengeleise der „Sonder"- oder „Berufsgottesdienste" verschoben würden und nur für religiöse Konventikel in Klöstern und Anstalten, für Separatgottesdienste, Wald- und Burgandachten schwärmten, dann wären wir mit unserer Pfarrseelsorge zu Ende. Vielmehr soll unsere katholische Jugend an den Hauptgottesdiensten der Pfarrei, wenn möglich auch an den Andachten, feierlichen Vespern und Prozessionen teilnehmen und zur Verschönerung derselben mithelfen. Wie erbaulich ist es z. B. heute noch in den pfarramtlichen Aufzeichnungen des Florentius Diel zu St. Christoph in Mainz (1491—1518) zu lesen, wie die Studenten und Magister bei der großen Fronleichnamsprozession vor dem Allerheiligsten einhergingen und die lateinischen Antiphonen und Responsorien sangen.[1])

Mit der Kongregationsidee hängt von jeher auch die Keuschheitsidee zusammen. Das vielbesprochene Thema „Buben und Mädel" wollen wir nur kurz streifen. Soviel ist u. E. sicher: a) Es ist unsinnig von einem „neuen Ethos" der katholischen Jugend zu sprechen. In der katholischen Kirche ist das Ethos in allen Jahrhunderten das gleiche. b) Die marianischen Kongregationen überragen in ihrem religiösen Streben nach Unschuld und Reinheit die moderne Jugendbewegung zum mindesten an christlich-idealer Klugheit und Vorsicht. c) Gegen das „Leben auf der Burg" hätten wir zunächst nichts einzuwenden, aber das Reisen dorthin, das Wegziehen der jungen Mädchen in die Ferne, das tagelange Fernsein vom Elternhaus ohne elterliche Aufsicht verstößt gegen den christlichen Grundsatz: Ein Mädchen gehört nicht über Nacht aus dem Hause. Auch ist die Burgtagung wohl nicht die einzige Gelegenheit, wo sich dort Bekanntgewordene auch allein treffen. Wenn ferner die heutige Jugendbewegung so manche Gepflogenheit und „Freiheit" als ihre Ideale verficht und respektiert wissen will, dann muß sie dasselbe Recht den Eltern und Erziehern auch auf

1) Erl. u. Erg. zu Janssens Gesch. d. D. V. Bd. IV. H. 3).



die alten, ererbten, „altfränkischen" Ideale einräumen. Oder soll vielleicht eine brave, katholische Mutter in unserer heutigen Zeit nicht mehr das Recht haben, ihre Tochter zu behüten und zu bewahren bis zu dem Augenblicke, wo dieselbe zum Traualtar schreitet? Im Gegenteil; ja, eine katholische Jugendbewegung hätte eigentlich die Pflicht, dieses Naturrecht, diese Gewissenhaftigkeit und dieses Verantwortungsgefühl braver, christlicher Eltern zu schützen und zu stützen, wo immer sie kann.

4. Wünschenswert wäre es auch, daß recht viele ältere Geistlichen und Laien — kein Wissen ersetzt nämlich gereifte Erfahrung — sich dieser Jugendsache annähmen, sich beratend, leitend und führend daran beteiligten, damit die vielversprechende Bewegung nicht auf Irr- oder Abwege gerät, sondern nach echtkatholischen, abgeklärten, reifen Ideen und Zielen, ganz entsprechend dem konservativen Geiste der Kirche zur Höhe geführt werde zur Ehre Gottes, zum Heile der Jugend und zum Wohle der Kirche.

LIII.

Der Leidensweg der Deutschsüdtiroler.

II.

Der Fall Gasser hat aber noch eine andere Seite: Wäre der Besitzer des Hotels ein Italiener, so hätte man sein Hotel wahrscheinlich nie beschlagnahmt oder doch sicher auf den Ausspruch des Staatsrates hin geräumt. Herr Peter Gasser aber ist ein Deutscher, daher kann er kein Recht finden.

Die Politik, die Italien in Deutschsüdtirol verfolgt, ist für den oberflächlichen Beobachter nicht leicht zu durchschauen. Zu dieser Sorte von Menschen, nämlich zu den oberflächlichen,



gehören aber nicht nur die einfachen Leute, die sich um Politik nicht kümmern, sondern auch zünftige Politiker, Diplomaten und Journalisten, deren falsche Beurteilung unserer Lage alle Welt irreführen kann. An solcher Irreführung hat Italien ein besonderes Interesse. Es klingt ja z. B. wunderschön, wenn in der Thronrede von „Schutz der Sitten, Sprache und Gebräuche des Landes" gesprochen wird: die Wahrheit aber sieht anders aus! Da werden sämtliche Ortsnamen ins Italienische übersetzt, da werden deutsche Kinder durch Karabinierifäuste in die wälschen Schulen gesteckt, da werden pflichttreue deutsche Beamte Mann für Mann ohne Entschädigung auf das Pflaster gesetzt, da werden altgewohnte und liebgewonnene kirchliche Feierlichkeiten verboten und Maschinengewehre dagegen aufgeführt. Die italienische Regierung hält zwar einen „Südtiroler Pressedienst", aber ein Gemeindevorsteher, der sich erkühnt, statt „Venetia Tridentina" — „Südtirol" zu schreiben, wird entsetzt. Der König von Italien trägt sich ins Ehrenbuch des Sandwirtshauses ein und eine Kaserne in Meran erhält den Namen „Andrea Ofer", aber der Andreas Hofermarsch ist unter Strafe verboten und verboten sind die weiß-roten Farben, und würden sie auch nur als Schleife im Knopfloch eines Knaben zur Schau gestellt. Und die Denkmäler unserer Gefallenen werden unter dem Schutze des italienischen Militärs und der Karabinieri von ehrvergessenen Menschen, denen nicht einmal der Tod heilig ist, besudelt, verstümmelt, zerstört. Kommt man zu den führenden Staatsmännern, dann erhält man schöne Worte in großer Zahl, kommt man heim, dann ist vielleicht gerade eine Hausdurchsuchung im Gange oder es liegt — wenn man etwa zufällig nördlich vom Brenner geboren wurde — der Ausweisungsbefehl am Tische. Wozu diese Zwiespältigkeit, diese Doppelzüngigkeit? Nun, die schönen Phrasen und die schönen „gesti" sind eben für das Ausland und die Kehrseite ist für die Deutschen in Südtirol!

Wollte man die nationalistische, sich stark auf Konfidenten-



wesen stützende Politik Italiens analysieren, so würde man zwei Komponenten finden: nationale Siegerpose und — schlotternde Angst. Dem Italiener ist ja die Pose angeboren und er glaubt es dem Prestige seiner Nation schuldig zu sein, dem „eroberten Südtirol“ seinen Siegerwillen aufzuzwingen. Er hat es natürlich längst vergessen, daß die Tiroler nicht mit Waffen besiegt wurden und daß die Niederwerfung des kleinen Landes erst durch den Zusammenbruch des ganzen Reiches gelungen ist. Manche italienischen Frontoffiziere dachten freilich anders. „E una vittoria politica“, sagte einer zum Schreiber dieser Zeilen. Aber nicht solch ehrliche Soldatennaturen, sondern Schreier, Journalisten und noch bedenklichere Elemente sitzen jetzt am Steuer. Dieser Siegerpose entspricht die bereits erwähnte gewaltsame Umtaufe aller südtirolischen Berge und Flüsse, aller Städte und Dörfer, aller Alpenweiden und Einzelgehöfte, aller Schlösser und Ansitze. — Wir wollen hier gar nicht auf die lächerlichen sprachlichen Unrichtigkeiten eingehen, die sich die „Commissione toponomastica“ bei dieser Umtaufe leistete — das gehört ja eher in ein Witzblatt! —, aber der Umstand, daß der neue Name der offizielle sein soll, genügt, um das Gehässige der Tat zu beweisen. Was kümmert es die Herren zu Rom, wenn kein Postamt der Welt sich mehr bei den neuen Namen zurechtfindet: die „Commissione toponomastica“ hat ihren Siegerwillen dokumentiert; das genügt!

Ein anderer Fall! Als Deutschland von Großbritannien Helgoland erwarb, sicherte es allen Helgoländern, die vor diesem Zeitpunkte geboren wurden, volle Militärfreiheit zu. Diese Maßregel zeugt nicht nur von Gerechtigkeitssinn, sie zeugt auch von hoher staatsmännischer Klugheit. Und doch hatte sich zwischen England und Deutschland kein so blutiges Ringen abgespielt, wie zwischen Italien und Österreich. Wie viele Tiroler sind in diesem furchtbaren Kriege gegen Italien gefallen, wie viele in italienischer Gefangenschaft elend zu Grunde gegangen, und nun sollen die Söhne und Brüder



dieser Toten in derselben Armee dienen, die ihrer Familie so schreckliche Wunden geschlagen hat, eine wahrhaft unmenschliche Forderung! Es wäre ein Gebot der Menschlichkeit gewesen, aber auch ein Gebot politischer Klugheit, den Standpunkt, den Deutschland in der Helgoländerfrage einnahm, auch auf die Südtiroler Militärfrage zu übertragen. Diese Konzession hätte für die deutschen Südtiroler eine goldene Brücke werden können. Doch diese Brücke wurde nicht beschritten, denn — so schrieen es Fasciſten und Nationalisten in die Welt hinaus und die italienische Presse schrieb es in schwungvollen Phrasen nach — eine solche Konzession widerspräche dem Prestige Italiens. Merkwürdig! Deutschland, das damals auf der Höhe seiner Macht stand, fand es nicht für nötig, diese Prestigefrage aufzuwerfen!

Diesem Falle, der nach unserer Ansicht einen schweren politischen Fehler darstellt, möchten wir noch einen weiteren anreihen. Seit dem Tage der Annexion führt die italienische Regierung einen erbitterten, bis ins Kleinste und Kleinlichste gehenden Kampf gegen alle Erinnerungen aus vergangener Zeit. Nicht nur die offiziellen Bilder aus den Amtsräumen, die ja keinen künstlerischen Wert beanspruchen durften, mußten verschwinden, sondern auch Kunstwerke aus dem 17. oder 18. Jahrhundert, wenn sie nur irgendwie an Österreich gemahnten, selbst Fresken aus dem Mittelalter wurden übertüncht. Aber auch die „Schwarzadler“ und „Rotadler“ auf den Wirtshausschilden wurden vernichtet, von den Adlern auf öffentlichen Denkmälern gar nicht zu reden. Die Frevel an unseren Kriegerdenkmälern haben wir bereits erwähnt; wir erwähnen sie hier wieder, weil sie niemals in offizieller Weise, d. h. von verantwortlichen Faktoren verübt wurden, sondern immer nur dem italienischen Volksunwillen, verkörpert in den Fasciſten, zum Opfer fielen. Es ist das für Neuitalien bezeichnend, denn bekanntlich hat man sich auch schon beim Kampfe um die politische Einigung mit Vorliebe unverantwortlicher Elemente bedient. Man riskiert dabei nichts, und wenn die Sache gelingt, dann

heimst man den Ruhm und den Nutzen ein. Man denke nur an den be... rühmten Zug Garibaldis mit seinen „Tausend“: damals ist's gelungen! Und dann an den weiteren Garibaldizug gegen das Patrimonium Petri, der so kläglich bei Mentana endete — nun, da konnte man den unverantwortlichen Nationalhelden abschütteln! In Südtirol sind es dieselben Fascisten, die der Statthalter Credaro als „Verbrecher“ brandmarken zu müssen glaubte, die man gegen die sichtbaren Erinnerungszeichen der Vergangenheit Tirols losläßt. Verschmieren, Demolieren, Schreien, und, wenns sein muß, auch Totschlagen, das ist italienische Siegerpose, das nennt man das Prestige Italiens wahren!

Neben diesem sonderbaren Prestigestandpunkte taucht aber auch immer wieder die Angst vor einem Befreiungskampfe wie zu Hofers Zeiten auf. Diese Angst leitet die Italiener an, sogar die freiwilligen Feuerwehren mit äußerstem Mißtrauen zu betrachten; sie wandelt das in Tirol althergebrachte Herz-Jesufest mit seinen Prozessionen und Freudenfeuern in eine Heerschau von Rebellen um, sie führt dazu, daß man z. B., die Verteilung von Bildchen, auf deren Rückseite zum Gebete für Tirol aufgefordert wird, als Hochverrat zu taxieren sich nicht schämt. Diese Angst hat wohl auch das neue Waffengesetz diktiert, in dem selbst notwendige landwirtschaftliche Werkzeuge verboten werden. Diese Angst äußert sich aber auch noch in anderer Weise. Dem Italiener liegt der Hang zu Verschwörungen, zu Geheimbündeleien im Blute, daher wittert er auch bei uns überall Komplotte, namentlich bei allen politischen Betätigungen, die sich nicht in tumultuarischem Straßenlärm äußern. Das verdächtigste Gebilde im deutschen Südtirol ist daher der Deutsche Verband. Und doch ist dieser vielgefürchtete Deutsche Verband nichts anderes als ein Ausschuß, gebildet aus Vertretern der Tiroler Volkspartei und der freiheitlich liberalen Partei, und die darin vertretenen Persönlichkeiten sind nicht nur jedem Südtiroler, sondern auch den italienischen Behörden wohl bekannt. Koalitionen von Parteien sind doch hundertmal schon da-



gewesen, kommen namentlich in Italien hundertmal vor, und was das Ergebnis der Beratungen des Deutschen Verbandes betrifft, so wird es der italienischen Regierung in der Form von Promemorias zugestellt oder in den Besprechungen der vier deutschsüdtirolischen Abgeordneten in allerоffiziellster Weise mitgeteilt. Also keine Spur von Geheimniskrämerei! Und dennoch füllen sich die Spalten der italienischen Blätter mit Schaudergeschichten über die Intriguen und geheimen Machenschaften des Deutschen Verbandes; denn dem Italiener ist es völlig unverständlich, wie ein Volk einmütig und geschlossen dastehen kann und dabei doch nicht Rebellion macht. Das ist eben echt italienische Auffassung: man versteht das Wesen des Deutschen nicht, der zwecklose Revolten verabscheut und seinen Standpunkt so lange als möglich auf dem Wege des Rechtes verficht.

Die Angst, den Brenner wieder zu verlieren, führt auch zu jenen unverständigen und überstürzten Italianisierungsversuchen, deren Opfer besonders die Schuljugend ist und die zuweilen, wie kürzlich in Salurn und anderswo, zu einer tatsächlichen Enteignung der Eltern führt. Es hängt nicht mehr vom Willen der Eltern ab, in welche Schule sie das Kind schicken wollen, sondern von einer Kommission, die willkürlich darüber entscheidet. Daß die sittlich religiöse Erziehung der Kinder unter solchen Zuständen leiden muß, ist klar. Auch den Italienern sollte es klar sein, aber vielleicht will man auch bei uns in Südtirol Analphabeten heranziehen, weil man uns dann leichter zu beherrschen hofft.

Die jammervolle Angst der „Sieger" ist auch an einer anderen Maßregel schuld. All jene Südtiroler, die zufällig nicht hier geboren sind — etwa weil die Eltern sich vorübergehend anderswo aufhielten — oder die nicht hier zuständig sind — weil ihre letzte Ortszugehörigkeit zufällig jenseits des Brenners lag — müssen optieren. Diese Optionsgesuche werden von einer vollkommen unverantwortlichen Kommission geprüft und die Entscheidungen ohne jede Begründung getroffen. Da wird die Staatsbürgerschaft einem



erbgesessenen Bürger verweigert, weil seine Eltern im schicksalsvollen Jahre 1866 nach Innsbruck flohen und er deßhalb jenseits des Brenners geboren wurde. Da wird ein tüchtiger Beamter, der 26 Jahre hier diente, und Vater von neun unversorgten Kindern ist, ohne weiteres auf die Straße gesetzt, da werden arme Eisenbahnerfamilien abgelehnt und brotlos gemacht, da werden viele Familien zerrissen, weil das eine Glied Optant, das andere durch seine Geburt italienischer Staatsbürger ist. Das Bestreben dieser ganz willkürlich amtierenden Kommission zeigt nur in einem Punkte System: man will alle jene Berufe treffen, die irgendwie Einfluß auf das öffentliche Leben haben können.

Selbstverständlich liegt es im Interesse des offiziellen Italien, sowohl seine lächerliche Angst als seine despotischen Siegerlaunen der Allgemeinheit zu verbergen. Und das mag ihm nicht allzuschwer gelingen, denn in der gegenwärtigen Zeit hat jeder genug im eigenen Hause zu tun, jeder hat mit der eigenen Not zu kämpfen und ist geneigt zu glauben, es gehe anderen besser als ihm. Um aber noch ein übriges zu tun in der Irreführung der Öffentlichkeit, hat man in Bozen die bereits erwähnte Pressestelle geschaffen, den sogenannten „Südtiroler Pressedienst“. Dieser Dienst ist trefflich finanziert, und an der Spitze steht ein deutscher Jude, der als geriebener Shylock seine Leser je nach Geschmack bedient. Den Italienern werden düstere Gewitterwolken vorgemalt, aus denen der bestgehaßte Bürgermeister von Bozen als Jupiter tonans hervorblitzt, das deutsche Ausland hingegen erhält Friedens- und Versöhnungsklänge und für Berlin ist Südtirol geradezu die Brücke, auf der sich Italien und Deutschland treffen können. Für England und Frankreich aber wird dieses selbe Südtirol in schwarzen Farben als Herd des verruchtesten Pangermanismus geschildert. Übrigens gilt auch hier das Sprichwort: Unrecht schlägt den eigenen Herrn. Die falschen Informationen über Südtirol schaden letzten Endes den Italienern selbst am meisten. Ohne die



Lügen dieses Pressedienstes und anderer böswilliger Ratgeber wäre manche schlimme Tat nicht geschehen, manche unkluge Verordnung nicht erflossen; man hätte die Tiroler objektiver beurteilt und gerechter behandelt, statt die Kluft zwischen ihnen und dem Staate, dem man sie einverleibt hat, immer mehr zu erweitern.

Von Anfang an hat man in Italien auf eine Spaltung des kleinen Volkes gehofft. Nun, so weit die Sozialdemokratie in Betracht kam, hat diese Hoffnung allerdings nicht getäuscht, denn die Roten haben sich immer mehr und immer deutlicher als Handlanger der italienischen Gebieter entpuppt. Doch in unserem Agrargebiete war die Zahl und das Ansehen der Sozialdemokraten nicht bedeutend genug, um ausschlaggebend zu wirken, und bei den Kammerwahlen im Mai 1921 erhielten die Roten nur 3993 Stimmen gegen 36474 der bürgerlichen Parteien. Über diese unverhoffte Niederlage der Sozialdemokraten herrschte im königlichen Italien eine Niedergeschlagenheit, die nicht der Komik entbehrte. Es tauchte der Plan der Königsreise auf. Credaro riet zwar dringend davon ab, weil das Leben Sr. Majestät dabei Gefahr laufe, aber schließlich wagte man die Reise doch. Der Empfang war bekanntlich äußerst kühl, die Bevölkerung verhielt sich ganz und gar zurückhaltend, aber das Programm wurde ohne Zwischenfall ausgeführt und auf den König wurde keine Bombe geworfen. Und da man sich in Italien — und wohl auch in Trient — die deutschen Tiroler immer nur als Verschwörer und Attentäter gedacht hatte, schlug nun plötzlich die Stimmung um. Das Volk, hieß es, habe sich endgiltig vom Deutschen Verbande abgewendet, die Schlotterangst war verflogen, die Siegerpose trat in den Vordergrund; man bekam Mut zu rücksichtsloserem Vorgehen. Im Januar 1922 sollten die Gemeindewahlen stattfinden. Italiener und Sozialdemokraten hofften auf große Erfolge, wenigstens in den Städten, wenn schon nicht auf dem Lande, und im Geheimen träumte man sogar schon von sozialistisch-italienischen Bürgermeistern. Aber die



Enttäuschung kam, denn die sonderbaren Verbündeten schnitten diesmal noch schlechter ab als im Mai. Nun ist die Politik der Angst wieder obenan: jeder Deutsche, den man über den Brenner hinausgeschickt, scheint ein Gewinn für Italien, daher das brutale, jedem Rechte Hohn sprechende Vorgehen in der Optionsfrage. So oder so: ob Siegertaumel oder Angst, der deutsche Südtiroler ist immer der Leidtragende.

In Südtirol ist man sich über Italien und über den italienischen Charakter völlig klar. Die Politik Deutschsüdtirols ist keine Radaupolitik; wir jagen keinen Utopien nach, wir nehmen keine Heldenposen an, aber wir stehen treu zusammen und halten mit Zähigkeit fest an dem, was recht ist. Überall, besonders im Wirtschaftsleben zeigt sich das Bestreben, sich zu organisieren, überall trachtet man, Zersplitterungen zu vermeiden, Zwistigkeiten, wo sie etwa vorhanden sind, friedlich zu lösen. Den geistigen Führern in dieser harten Zeit winken freilich keine Ehren und Vorteile, keine Orden und keine Ministerportefeuilles: weit eher haben sie Aussicht auf Deportation und Kerker. Aber eben darin liegt das Geheimnis des Geistes Andreas Hofers! Denn wo Würden, Ehren und Reichtümer blühen, da blüht auch das Strebertum, der Ehrgeiz, der Eigennutz. Und noch einen andern Grund der innern Kraft des kleinen Landes müssen wir erwähnen: es ist der religiöse Sinn. Bei dem im Januar 1921 zu Bozen abgehaltenen Parteitage der Tiroler Volkspartei, der stärksten und führenden Partei im Lande, wurde die Weihe des Landes an das Erlöserherz feierlich erneuert, und dieser Akt konnte wirklich ein Opfer aus reinem Herzen genannt werden. Gilt es doch, in diesem Kampfe unser heiligstes Gut zu verteidigen, das unzertrennlich mit unserm Volkstum verbunden ist, den katholischen Glauben! Losgelöst von niedrigem Streben steht unser Volk geschlossen im Kampfe, und wir sind überzeugt: Gott wird uns nicht verlassen!

LIV.

Zur Beurteilung der sozialistischen Ethik.

Von A. W. Hopmann, Essen.

Die bedeutsamen Bemühungen, die Kluft zwischen dem Sozialismus einerseits und dem Christentum und Kapitalismus andererseits zu verengern oder gar zu überbrücken, haben in der christlichen Sozialethik eine Richtung stärker in Fluß gebracht, als deren typischer Ausdruck eine kürzlich erschienene Schrift von Dr. Th. Steinbüchel: „der Sozialismus als sittliche Idee“ (1921) zu betrachten ist und die deshalb auch unsere besondere Beachtung erheischt. Gibt sie uns doch in ihrer Beurteilung der sozialistischen Ethik wertvolle Aufschlüsse für die Beurteilung der Einstellung der von Steinbüchel vertretenen christlichen Sozialethik selbst und durch beide Faktoren wiederum Fingerzeige für die Wertung der kapitalistischen Ordnung. Was erstrebt wird, umschreiben am besten Steinbüchels eigene Worte:[1]) „Der christliche Universalismus ist weitherzig genug, auch in den mannigfaltigen Formen des zeitgenössischen Sozialismus den *λογός σπερματικός* wirksam zu sehen, das Gute und Echte in ihm anzuerkennen und unter verantwortungsbewußter Ausscheidung des vor dem christlichen Bewußtsein als unterwertig Geltenden das Haltbare zu ergänzen, das bloß Menschliche zu veredeln, und es durch die eigenen Grundsätze christlicher Individual- und Sozialethik lebensfähig zu machen.“ Die Verbindungsfäden zwischen Christentum und Sozialismus aufzuzeigen und damit auch dem Sozialismus die Wege zu praktischer, aufbauender Politik zu ebnen, das ist die Aufgabe, die sich die erwähne Schrift gestellt hat.

1) ebda. S. 343.



Wer den auch heute noch vom Christentum dem Sozialismus gegenüber innegehaltenen Standpunkt überdenkt, wird nicht ohne Skepsis an eine Prüfung dieses Versuches herantreten. Wir erinnern uns an die vergeblichen Versuche eines älteren Berufsgenossen von Steinbüchel, des katholischen Pfarrers W. Hohoff, eine günstigere Auffassung über den marxistischen Sozialismus in den christlichen Kreisen zu verbreiten, und fragen uns: wird der jüngere Kämpe erfolgreicher sein, kann er es? Diese Frage erfordert Klarheit über Folgendes: kein Einsichtiger hat je daran gezweifelt, daß nicht auch im Sozialismus ideale, ethische Ideen wirksam sind, kein Einsichtiger hat ihm unterstellt, er produziere nur Unsinn. Soweit das Christentum im allgemeinen und die katholische Kirche im besonderen ethische Tendenzen in ihm feststellen konnten, haben sie es getan, sind ihnen gerecht geworden. Daran muß festgehalten werden. Den Sozialismus aber über diese Einzelerkenntnisse als „ethische Idee" begreifen, muß deshalb mehr wollen, als das Christentum ihm bisher glaubte geben zu können, muß ihn in seiner ethischen Idee grundsätzlich bejahen und als ökonomisches Prinzip notwendig dem „kapitalistischen" Prinzip überordnen gemäß der Forderung Hohoffs: „Es ist eine Hauptaufgabe der christlichen Apologetik, der Gegenwart und nächsten Zukunft zu zeigen, daß das Christentum dem, was man heute kapitalistische Gesellschaftsordnung nennt, totfeindlich gegenübersteht." Ihm stehen eben nicht Christentum und Sozialismus, sondern Christentum und Kapitalismus „wie Feuer und Wasser" gegenüber. Gleicherweise denkt Steinbüchel. Auch ihn drängt diese Ueberzeugung auf die Seite des Sozialismus, der für ihn mit dem Christentum, wenn natürlich auch auf niedrigerer Stufe, doch in gleicher Frontstellung gegen die „kapitalistische Wirtschaftsordnung" steht. Für beide gilt der Kampf nicht lediglich den Schäden, den Auswüchsen dieser Ordnung, sondern dieser in ihrer Gesamtheit selbst. Sie durch eine neue Ordnung zu ersetzen, ist die Forderung ihrer Sozialethik.

Die Berechtigung dieses Kampfes verstehen, es verstehen, daß der Sozialismus als ein der kapitalistischen Ordnung sittlich überlegener Faktor gewertet wird, erfordert eine Klarstellung über den Begriff dieser Ordnung, erfordert Klarstellung darüber, daß sie in der Tat nur möglich ist auf der Grundlage des Privateigentums und der Differenzierung von Einkommen und Besitz innerhalb der äußersten Gradunterschiede Armut und Reichtum. Das sind die Grenzen dieser Ordnung, innerhalb deren sich nun unser ganzes kapitalistisches Wirtschaftssystem mit allen seinen ungeheuren Kompliziertheiten ausbreitet. Diese Ordnung bringt Gutes und Böses hervor, entsprechend dem großen Fundament, auf dem sie ruht: dem Menschen mit seinen Fehlern und Schwächen. Sie ist vergleichbar einem Körper, in dem sich alle Einzelkörper summierten und mit ihnen zugleich auch alle gesunden und kranken Eigenschaften, die diesen Körpern eigen sind. Dieser Gesamtkörper muß demnach auch stets beide Eigenschaftsformen nach außen erkennen lassen, d. h. die kapitalistische Ordnung bringt nicht allein „Auswüchse" hervor, sondern auch gute Wirkungen, die gewissermaßen diese „Auswüchse" paralysieren, in ihrer schlechten Wirkung zurückdrängen, oder, um ein anderes Bild zu gebrauchen, es erzeugt derselbe kapitalistische Körper Toxine und Antitoxine gleichzeitig, als im steten Kampfe befindlich. Der Kapitalismus wird also nicht allein repräsentiert durch das Unternehmertum und sein Geldkapital, sondern gleicherweise durch alle seine Kräfte, die, negativ ausgedrückt, es ganz unmöglich machen, Armut und Reichtum wie die zwischen ihnen liegenden Differenzierungen aus der Welt zu schaffen, weil ohne diese Kräfte Kapitalismus im engeren Sinne, d. h. die Anhäufung einer gewissen Summe Geld- und Sachgüter zum Zwecke des Erwerbs überhaupt nicht denkbar ist. Nur aus der Betrachtung der ganzen Summe jener ungeheuer komplizierten Triebkräfte, die das Gebäude der kapitalistischen Ordnung errichtet haben, und in der das Geld- und Sachkapital einen wieder auf alle seine Stockwerke verteilten besonderen Faktor

darstellt, können wir erst Verständnis für die Aufgabe und Wertung auch der sozialistischen Ethik gewinnen, können wir begreifen, was es heißt, an Stelle der alten Ordnung eine neue setzen wollen, und jenen Glauben christlicher Sozialethiker würdigen, die in der ethischen Einstellung des Sozialismus Elemente erkennen, die ihn mit dem Christentum praktisch befähigen soll, das Werk der Neuordnung auch wirklich durchzuführen.

Zwei Fragen ergeben sich hieraus für unsere Orientierung von selbst: 1. Was *hat* der Sozialismus ethisch und praktisch geleistet? 2. Was *kann* er überhaupt im Kampfe gegen den Kapitalismus leisten? Die erstere Frage, naturgemäß am leichtesten zu beantworten, soll nur am Schlusse kurz berücksichtigt werden, dagegen wird der Schwerpunkt unserer Erörterung in der zweiten zu liegen haben, die uns nötigt, einige schwerwiegende Vorwürfe der sozialistischen Ethik gegen den Kapitalismus, Vorwürfe, die sich Steinbüchel zu eigen macht, zu überprüfen, soweit es auf knappem Raume möglich ist.

Der Kampf gegen den Kapitalismus war für Marx ein Kampf gegen den *Individualismus*.

„Der individualistische Grundzug der kapitalistischen Wirtschaftsära zeigt sich am krassesten in dem rücksichtslosen Konkurrenzkampfe der ihren eigenen Gewinn verfolgenden Unternehmer", sagt Steinbüchel.[1]) „An die Stelle dieser individualistisch-singularistischen Persönlichkeitsauffassung setzen Marx und Engels die tiefere soziologische des vergesellschafteten Menschen." „Waren bei Kant und Fichte die allgemeinen Grundlagen für die sozialistische Menschenauffassung gegeben, so knüpft die Marx'sche Persönlichkeitsauffassung direkt an Hegels und Feuerbachs Persönlichkeits- und Gesellschaftsbegriff an, nicht ohne sich jedoch in entscheidenden Punkten kritisch dazu zu stellen." „Auch sein (Marxens) Ideal ist der vergesellschaftete Mensch und man kann in der Tat diesen „mutigen, von Kampfestrotz geschwellten

1) Ebenda S. 91.

Streiter als Jünger des deutschen Idealismus"[1]) bezeichnen, wenn man bedenkt, daß auch sein letztes Ziel nicht der Sozialismus als Wirtschaftsform ist, sondern daß dieser Sozialismus nur das Mittel ist, um den Menschen zu befreien und ihn in eine Gemeinschaft zu stellen, in der er wahrhaft Mensch werden kann. Die Gemeinschaft freier Menschen ist das Ideal Marxens immer geblieben."[2])

Auf diesen Grundgedanken baut sich überzeugend der eingehende wissenschaftliche Nachweis Steinbüchels auf, daß das Marx'sche Wollen durchaus ethisch fundiert ist. Aber das ist nicht das Entscheidende für die Beurteilung seiner Ethik. Es bleibt für uns noch eine offene Frage, ob die von Marx bis Steinbüchel gepflegte Auffassung, daß der Kapitalismus grundsätzlich individualistisch, also gemeinschaftsfeindlich ist, stichhaltig genannt werden darf, offen bleibt vor allem die wichtige Frage, welcher Art denn praktisch die Gemeinschaftsidee von Marx und weiterhin von Steinbüchel eigentlich ist? Denn das müssen wir uns stets vor Augen halten: Der Sozialismus — von Marx zwar wissenschaftlich begründet — ist keine Wissenschaft, sondern ein ökonomisch-kulturelles Prinzip, das ein anderes praktisches Prinzip, den Kapitalismus, ablösen will. Gegenüber diesen Gebilden kann nicht die Wissenschaft sondern nur die Praxis Richterin sein, sie hat sich mit der ethischen Gemeinschaftsidee des Sozialismus auseinanderzusetzen. Diese Idee will den von den Merkantilisten, Physiokraten und der Smith'schen Schule begründeten „Individualismus" überwinden. Ist es zunächst objektiv, diesem Individualismus — eine Frage, die wie für Marx auch für Steinbüchel nicht existiert — sittliche Wertung abzusprechen? Der Individualismus proklamierte Freiheit. „Aber diese Freiheit proklamierten nicht etwa profitgierige „Kapitalisten" und „mehrwert"süchtige Unternehmer, sondern Freunde des Volkes und warmherzige Förderer eines, wie

1) Muckle, Das Kulturideal des Sozialismus, 82.
2) Steinbüchel, S. 92.



sie glaubten — gesunden Fortschritts. Denn die alten Verhältnisse waren ganz unhaltbar geworden, und auch die Wirtschaftspolizei des absoluten Staates hatte sich auf die Dauer unfähig erwiesen, die Lage zu bessern. Darum fort mit all dem alten Regelkram: Freiheit die Losung"[1]) Edelste Männer und Volksfreunde, wie Frhr v. Stein haben bewußt praktische Wirtschaftspolitik im Sinne dieses Individualismus getrieben, und das bestimmt nicht aus Profitinteresse, sondern aus ethisch fundierten praktischen Erwägungen heraus.[2]) Ob man etwas Besseres schuf als die alte Ordnung, bleibe eine offene Frage, jedenfalls war diese Ordnung unhaltbar geworden und der Wille zu ihrer Änderung ein von Menschheitsinteressen und nicht lediglich Individualinteressen geleiteter Wille. Da die Gesamtheit unter den Folgen in Ausartung geratener korporativer Gebilde offenkundig litt, suchte man ihr über dem Wege der Individualfreiheit neue Kräfte zuzuführen, die Gesamtheit durch den Einzelnen zu stärken. Die Idee der Selbstverwaltung und des Föderalismus liegt ja in der gleichen Linie. Allerdings, eine bewußte Zielbestimmung des Einzelnen zur Gesamtheit bezw. zur Gemeinschaft propagierte der Individualismus nicht. Zweifellos schoß er über das Ziel hinaus. Aber damit tat er nichts anderes, als was den Gemeinschaftsgebilden der Vergangenheit ebenfalls nachgesagt werden mußte und sie ja auch unhaltbar machte. Schon bald erkannte der Einzelne, daß er der Anlehnung an andere gar nicht entraten könne und so setzte sich immer nachhaltiger jene Entwicklung durch, die in die mit den 60er Jahren stärker werdende verbandsbildende Bewegung einmündete, an deren Ende im Kapitalismus z. Zt. die industrielle Konzentrationsbewegung steht. Mit dieser Feststellung ist scheinbar nichts gewonnen, da die neuen Gebilde von der Ethik Steinbüchels

1) H. Wohlmanstetter, Von der alten zur neuen Ordnung. (Soziale Kultur, Februarheft, 1908.)

2) Vergl. M. Lehmann, Frhr. v. Stein, S. 284 ff.

aus als eine andere Form des Individualismus, nicht aber als Erweis für Gemeinschaftstendenzen gewertet werden. Wirtschaftliche Interessenvertretungen sind danach nicht als Gemeinschaftsgebilde, sondern nur als egoistischen privatwirtschaftlichen Zielen dienend zu betrachten. In der Tat ist dies zutreffend, aber es ist nicht schlechthin zutreffend, und nichts berechtigt uns dazu, offenkundig egoistisches Verhalten von Einzelnen wie von Verbänden schlechthin zu einem Egoismus des Kapitalismus zu stempeln. Die Zünfte im Mittelalter waren nicht einfach Gemeinschaftsgebilde, vielmehr zeigten sie neben vielem edlen Gemeinsinn auch stark egoistisch gerichtete Tendenzen. Die wirtschaftliche Sicherstellung vor der Konkurrenz war ein sehr bedeutsamer Faktor, der sie bilden und ertragen half.[1]) Wenn wir kein Recht haben, die mittelalterlichen Raubritter — diese krassen Individualisten — als d i e Vertreter des Rittertums hinzustellen, was berechtigt uns denn dazu, die Mehrzahl der neuzeitlichen Unternehmer als wirtschaftliche Raubritter zu bezeichnen und dem Kapitalismus nur egoistische Tendenzen zu unterstellen?

Um das deutlicher zu machen, wird es gut sein, den Vergleich mit dem Mittelalter etwas weiter zu führen. „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen" und zweifellos gehört zu den volkswirtschaftlichen Früchten aller Epochen die Einkommens- und Vermögensschichtung. Die moderne Wirtschaftshistorik (Sombart, Schmoller, Eulenburg usw.) hat überzeugend nachgewiesen, daß die Einkommensverteilung im Mittelalter nicht viel anders war wie heute, ja Sombart und andere behaupten sogar, daß die unterste Grenze damals tiefer lag als heute. Armut und Reichtum, letzterer gesteigert zu unglaublichem Luxus, standen sich nicht minder schroff gegenüber wie heute, beidemale getrennt durch eine

1) Vgl. den entsprechenden Nachweis bei H. v. Loesch, Die Kölner Zunfturkunden nebst anderen Kölner Gewerbeurkunden bis zum Jahre 1500 (2 Bände 1907).

breite Schicht mittler Begüterter. Wer dieses Vergleichsbild als zutreffend anerkennt, kann dem individualistischen Kapitalismus keine ungünstigere Wirkung auf die Gesamtheit nachsagen als der angeblich gemeinwirtschaftlichen Wirtschaftspolitik des Mittelalters. Rein apriori können wir in der Tat die Ursache des Gleichgearteten beider Epochen in dem gleichgearteten Menschen erkennen. Hier darf uns nun der Gedanke an die religiöse Differenzierung beider Vergleichsfaktoren nicht irreführen. Edelsinn, Humanität und Gerechtigkeit sind nicht religiös bedingt und in ihrer Wirkung für die Linderung materieller Not, wie überhaupt der Auswüchse des Kapitalismus vielleicht nicht minder wirksam gewesen als die Religion. Es ist eben in keiner Weise gerechtfertigt, anzunehmen, der mittelalterliche und neuzeitliche Mensch hätten grundsätzlich, d. h. in ihrer Gesamtheit betrachtet, wesentlich anders gehandelt. Zu sagen: „Auf der Harmonie zweckvoller Zueinanderordnung aller Arbeitsleistung im Gemeinschaftsorganismus beruhte die vorkapitalistische Wirtschaft",[1]) ist eine schon durch die erwähnte Wirkung inobjektive Darstellung des tatsächlichen Sachverhalts auch hinsichtlich der Gemeinschaftstendenzen unserer Zeit. Es muß doch als durchaus befremdend bezeichnet werden, daß Steinbüchel, der Gewerkschaft und Klassenkampfgedanken durchaus mit Recht auch ethisch zu werten weiß,[1]) kein Auge hat für ethische Werte in den Verbandsgebilden des Kapitalismus, die doch mit den Arbeiterorganisationen jedenfalls das Negativum gemeinsam haben, daß auch sie berechtigten egoistischen, also wie Steinbüchel sagt, ethischen Interessen und Notwendigkeiten ihr Dasein verdanken. Sie gebar nicht lediglich ein nacktes Profitinteresse, sondern wohl nicht zuletzt der Schutz des Unternehmens und damit auch der Arbeitnehmer vor ruinöser Konkurrenz. Privatwirtschaftliche und volkswirtschaftliche Tendenzen

1) Steinbüchel S. 306.
2) Ebenda S. 276 ff.

reichten sich die Hand,[1]) und wenn gewiß auch oft genug einseitige egoistische Interessen mitspielten, im großen und ganzen kam doch in ihnen das private und allgemeine Wohl in mindestens nicht geringerem Maße zur Ausbalanzierung als im Mittelalter. Die Einkommensschichtung beweist es. Dort, wo wir in der ganzen Wirtschaftsgeschichte besondere Einschnitte d. h. ein Über- oder Unterschreiten der allen Epochen gemeinsamen Durchschnittslinie feststellen müssen, sind sie gewöhnlich nicht durch den Menschen, sondern durch außerhalb der Wirtschaft liegende ganz besondere Ereignisse — Entdeckung Amerikas, der Goldfelder, Kriege, Mißernten, Eindringen neuer technischer Gebilde in den Wirtschaftsprozeß usw. — hervorgerufen wurden. Es ist keineswegs so, daß lediglich der Kapitalismus die Wunden schlägt und

1) Ich verweise als besonders charakteristisches Beispiel dafür, daß auch gemeinwirtschaftliche Gesichtspunkte im Kapitalismus oft genug zu ihrem Rechte kamen, auf das Urteil des Bergarbeiterführers Imbusch über die Maßnahmen des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikates, insbesondere auch seine gemäßigte Preispolitik (s. Deutsche Arbeit, Oktober 1917). — Dr. G. Bäumer (Die soziale Idee in den Weltanschauungen des 19. Jahrhunderts [1910]) trifft die Frage in ihrem Kern, wenn sie schreibt (S. 13 ff.): „Die Vertreter des modernen Syndikalismus wissen, eine wie starke ethische Macht in dem Aufeinanderangewiesensein der wirtschaftlichen Interessengruppen liegt, weil es die Notwendigkeit in sich schließt, für einander zu handeln. Und dieses Handeln, mag es auch ausschließlich wirtschaftlichen Zielen zugewandt sein, wird doch dadurch in die ethische Sphäre erhoben, daß es unter Umständen aufopfernd, jedenfalls aber immer überpersönlich sein muß und dem Einzelnen nur die wirtschaftlichen Vorteile erwirbt, die zugleich für die Gemeinschaft, in und mit der er kämpft, errungen werden. Die unübersehbare Erziehungsarbeit, die das korporative Leben, die Gewerkschaft, der Berufsverein an den Massen geleistet hat, wird vielleicht als geschichtlicher Faktor einmal noch höher bewertet werden als ihre wirtschaftliche Bedeutung. . . . In gewissem Maße gilt das, was hier mit besonderer Beziehung auf die Berufsgemeinschaft gesagt ist, auch für andere korporative und politische Gemeinschaften und damit für alle Glieder der modernen Gesellschaft."

die anderen, die Nichtkapitalisten, sie heilen, nein beides: Wunden und Heilung haben hier wie dort ihre Ursache, die letzten Endes wieder im Menschen ruht und in der von Natur sündhaften Welt.

Auch das Verhältnis von Kapitalismus und Persönlichkeitswertung bestätigt diese Beobachtung. Für Marx und Steinbüchel sind beides schlechthin unvereinbare Begriffe. „Im kapitalistischen Ethos hat die christliche Ethik immer eine Verkennung des Eigenwertes der Persönlichkeit erkannt", sagt letzterer[1]) und die vulgäre Auffassung von „Arbeitssklaven" stimmt diesem harten Urteile zu. Es ist auch hier nicht daran zu denken, ihm eine gewisse Berechtigung abzusprechen, aber es ist eine andere Frage, ob es zur Charakteristik der gesamten kapitalistischen Wirtschaftsordnung, wie Steinbüchel es tut, dienen darf. Die Sachlage nüchtern betrachtet, ergibt sich folgendes Bild: Niemand widmet sich einem Berufe aus nur ethischen Erwägungen; bestimmend wirken hier einmal ein besonderes Berufsinteresse, eine besondere Veranlagung (das gilt z. B. für den Ordens- und Priesterberuf), zum anderen gewisse traditionelle Momente (z. B. „Vererbung" des Bergarbeiterberufs in einer Familie), vor allem aber das Bestreben, zu verdienen, um leben zu können, eine Familie zu gründen usw. Hinter diesen Erwägungen tritt die sittliche Pflicht des Arbeitenmüssens insofern für die Mehrzahl als sekundär zurück, als das Durchschnittsvermögen der Menschen auch beim besten Willen nicht imstande ist, sich stets seiner ethischen Arbeitspflicht bewußt zu werden, d. h. die Persönlichkeit ist schon durch diese natürliche innere Unvollkommenheit, nicht aber erst durch ein Äußeres z. B. den Kapitalismus in ihrer Auswirkung begrenzt. Der Unternehmer, der arbeitet, um gut zu verdienen, steht ethisch nicht schlechthin tiefer als der Arbeitnehmer, der bei ihm arbeitet, ebenfalls um zu verdienen. Die ethische Wertung unserer Arbeit wird nicht

1) Ebenda S. 190.



durch das Unabhängigkeitsverhältnis zum Arbeitgeber herabgemindert, sondern ist ganz unabhängig hiervon in der Pflichterfüllung und in der vernünftigen Wertung der durch die Arbeit gewonnenen Mittel z. B. im Dienste der Familie gelegen. An dieser ethischen Auswirkung unserer Arbeit hindert uns kein Kapitalismus und kein Unternehmer durch sein eigenes Gewinnstreben, solange dieses Streben nicht in bewußt brutaler Weise einer anständigen Behandlung und angemessenen Entlohnung im Wege steht.

Gerade hieran knüpft die Marx'sche Kapitalpolitik an, und sicherlich wird ihr nicht widersprochen werden können, wenn sie von der „Volksexpropriation vom letzten Drittel des 15. bis zum Ende des 18. Jahrhundert" spricht. Aber auch hier muß die Frage nach dem graduellen Ausmaß dieser Expropriation gestellt werden, eine Expropriation, die Marx für den industriellen Hochkapitalismus bekanntlich in die verführerische Mehrwerttheorie gekleidet hat. Ist diese Expropriation ein allgemeines Vergehen des Kapitalismus als System oder nur ein teilweises eben jener von ethischen Erwägungen nicht bedrückten Menschen? Raubrittertum gab und gibt es stets, aber der Gedanke, daß die Mehrzahl der Unternehmer unter diese Kategorie fallen sollte, erscheint zu befremdend, als daß nicht der kapitalistische „Ausbeutungs"-prozeß eine andere Erklärung nahelegen müßte. In der Tat hat Marx sie uns selbst gegeben in der Feststellung einer Gesetzmäßigkeit, der Kapitalisten wie Arbeiter willenlos unterliegen; er empfand deutlich, daß gewisse Kräfte im Wirtschaftsleben vorwalten, denen der Mensch nicht als Subjekt gegenüber zu stehen vermochte. Aber darin nun liegt das Fehlerhafte seines Denkens, daß er nur solche Gesetzmäßigkeiten bezw. Abhängigkeiten des Menschen anerkannte, als sie ihm in sein System paßten, so die Akkumulations- und Verelendungstheorie. Er konstruierte eben Gesetzmäßigkeiten in die Wirtschaftsentwicklung hinein, die ihr tatsächlich gar nicht innewohnten und sich deshalb auch als falsch erwiesen, wogegen er die wirklich vorhandenen, das

Verhältnis von Mensch, Kapital und Arbeit bestimmenden Abhängigkeiten nicht erkannte oder nicht erkennen wollte. Hierzu gehören nun selbstverständlich nicht die „Auswüchse“ des Kapitalismus, nicht die schlechten Handlungen der menschlichen Natur, nicht die ungehörige Behandlung des Arbeitnehmers, seine offenkundig schlechte Entlohnung, vielmehr sind ihr jene Beziehungen zuzurechnen, die zwischen Warenpreis und Lohn, bezw. Produktion, zwischen dem Ertrag der gesamten Wirtschaft, ihrer Dividende, und dem auf den einzelnen Arbeitnehmer entfallenden geringen Anteil bei Verteilung dieser Dividende, zwischen Nationalwirtschaft und Weltwirtschaft, zwischen Menschheitswille und Unmöglichkeit der gewaltsamen Konjunkturregelung usw. bestehen. Es ist gar nicht möglich, sich diese tatsächlichen Abhängigkeiten des Menschen objektiv zu vergegenwärtigen und gleichzeitig zu verlangen, daß der Mensch sie als Objekt beherrschen, aber nicht ihr Subjekt sein soll.

Sie belehren uns eben, daß zwischen Gewinn, Lohn und Warenpreis niemals derartige Beziehungen hergestellt werden können, daß der Gegensatz von Reichtum und Armut, daß Not und Elend aus der Welt geschafft werden können. Ist das aber der Fall, dann kann grundsätzlich von einer Mehrwertaneignung keine Rede sein und ebensowenig von einer grundsätzlich unangemessenen Abhängigkeit des Arbeitnehmers vom Arbeitgeber. Wie sollte denn die Neubildung von Kapital und differenzierten Geldbesitzes überhaupt möglich sein, wenn beides grundsätzlich aus unberechtigter Mehrwertaneignung herstammte? Dann wäre ja richtig, was die Sozialisten in die Worte kleiden: Privateigentum ist Diebstahl. Daß sie das Privateigentum leugnen, ist konsequent, weil sie die Differenzierung im Geldbesitz, vor allem natürlich den Reichtum leugnen.[1]) Dem christlichen

1) Steinbüchel sagt zwar (S. 294), daß der Sozialismus das Eigentum anerkennt, „wenn es persönliches Arbeitseigentum“ ist im Gegensatz zum kapitalistischen „Ausbeutungseigentum“; so unklar aber wie dieser Unterschied, so widerspruchsvoll ist sein eigenes Urteil in dieser Frage (vgl. S. 293 und 393, Anmerkung).



Sozialethiker aber, der grundsätzlich das Privateigentum anerkennt, mußte gerade dieses Verhalten des Sozialismus die Erkenntnis erleichtern, daß dem Privateigentumsbegriff auch jener der Differenzierung und des Reichtums von Natur inhärent sein muß. In der Tat hat die Kirche die Berechtigung beider Faktoren nie geleugnet, hat nie den Standpunkt vertreten, daß sie auf Mehrwertaneignung beruhen, und ist in diesem Sinne keineswegs, wie Steinbüchel meint[1]), praktisch in ihrer Eigentumslehre antikapitalistisch gerichtet gewesen. An dieser Tatsache ändern auch nichts die Pflichten, die das Christentum als selbstverständlich dem Reichtum auferlegt. Unvereinbar bleiben jedenfalls mit seinem praktischen Verhalten bezüglich der grundsätzlichen Anerkennung der Berechtigung des Reichtums gewisse Theorien, die nur „finis honestus" als Begrenzung des Gewinnstrebens, einen standesgemäßen Bedarf (necessitas) gelten lassen wollen. Beides sind derart dehnbare und vage Begriffe, daß sie einen wirklichen Maßstab nie abgeben können und auch praktisch nie abgegeben haben.[2]) Tatsächlich sind für die Bildung der Besitzdifferenzierung stets vor allem jene inneren Zusammenhänge und Abhängigkeiten bestimmend gewesen, deren vorhin Erwähnung geschah. Raub, konfiskatorische Steuern, Privilegienwirtschaft usw. gehören, wie wiederholt betont sei, nicht allein zu ihnen, es bleiben eben außerdem noch genug Faktoren übrig, die immer wieder aus sich heraus die Besitzdifferenzierung hervorbringen und zwar in allen Zeitepochen. Das alles kann natürlich nicht die Stellung der Persönlichkeit im kapitalistischen Wirtschaftsprozeß unberührt lassen. Denn wenn Reichtumsbildung ethisch gerechtfertigt ist — und sie ist nur möglich auf Grund des freien Unternehmergewinns —, dann bedeutet andererseits der feste Arbeitnehmerverdienst keine Beherrschung des wirtschaftlich

1) Ebenda S. 304.

2) Vgl. die Ausführungen bei Sombart (Der Bourgeois), wo er das Verhältnis der thomistischen Wirtschaftspolitik zum Reichtum klarlegt (S. 316 ff.).

Schwächeren zu individuellen Profitzwecken, denn nicht der Mensch, sondern vielmehr beide Parteien finden sich zu gemeinsamer Arbeit zusammen, um beider, aber nicht einer Partei Profitzwecke verwirklichen zu können. Je mehr wir auf der Bahn sozialer Reformen voranschreiten, die gerade auch unter dem Gesichtswinkel der Bereicherung unserer Erfahrung nur begrüßt werden können, umso lebhafter werden wir erkennen, wie stark tatsächlich unser aller Abhängigkeit von den erwähnten inneren Zusammenhängen des Wirtschaftslebens ist. Nehmen wir einmal den günstigsten Fall an, daß die Arbeitnehmer dem Kapitalisten seinen Gewinnanteil bestimmen, also nicht mehr seinem Profitinteresse dienen, bleiben sie doch in der Gewinnverwertung durch die Notwendigkeit bestimmt, die auch den Kapitalisten zwang, die wesentlichsten Teile des Gewinnes im Dienste der Zukunft des Unternehmens zu verwerten. Ehrliche Sozialdemokraten haben das ja auch bereits zugegeben, und wo Sozialisten praktische Wirtschaftspolitik treiben, sehen wir sie nach genau denselben Rezepten, wie die „Kapitalisten" arbeiten im Guten wie im Bösen, im Guten, weil sie es müssen, im Bösen, weil sie vom gleichen Vater Adam abstammen wie ihre „bürgerlichen" Konkurrenten. Daß aber die zwangsweise Beschränkung des Gewinnes auf anderem als gesetzlichem Wege — und auch hier nur in nicht konfiskatorischem Ausmaße — einer Verneinung des Privateigentums gleichkommt, also dem Standpunkt des Christentums widerspricht, bedarf keiner Betonung. Es sind also im Kampfe zwischen „Kapital und Arbeit" Grenzen gezogen, die wohl gestatten, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern, die Spannung zwischen beiden Parteien zu verringern und die Abhängigkeit des Arbeitnehmers angemessener zu gestalten, aber dadurch wird die auf Privateigentum und Gewinnstreben basierende kapitalistische Ordnung nur veredelt, nicht aber in ihren inneren Gesetzen beeinflußt, wird sie vor allem nicht beseitigt. Der Arbeitnehmer, der heute in den Verbänden, Betriebsräten, Aufsichtsräten auf gleichem Fuße mit dem



Unternehmer verhandelt, hat seiner Persönlichkeit mehr Einfluß verschafft, sie aber doch nicht aus dem Abhängigkeitsverhältnis herausheben können, in das alle, Arbeitnehmer wie -geber, verstrickt sind. Steht auch der Arbeitnehmer mit auf der Kommandobrücke, ein Gewinn, der in seiner Bedeutung nicht verkannt werden soll, so kann er doch nicht anders navigieren, als es der Kapitän bisher tat gemäß den Bestimmungen, die ihm die Natur der Dinge nun einmal vorschreibt.

(Schluß folgt.)

LV.

Am Rande des Abgrundes.

Die Folgen der heutigen Politik.

Der Dollar-Kurs ist der Maßstab für die Preis-Entwicklung geworden. Jetzt, Anfang April, steht er zwischen 314 und 320. Mit dem neuen Anstoß zur Steigerung hat die allgemeine Verteuerung auf's neue eingesetzt. Die Perspektive ist äußerst ernst, da man in den zur Beurteilung berufenen Kreisen der fortgesetzten Steigerung des Dollars entgegensieht. In Hamburg war man schon den letzten Sommer der Meinung, daß der Dollar auf 400 Mark steigen wird.

Seitdem ist von ruhigen Beobachtern unserer Wirtschaftspolitik, namentlich von Calwer, die Auffassung vertreten worden, daß der Dollar sich auf 480 Mark heben wird und daß sogar 550 Mark der Entwertung der Mark entsprechen würden, die unaufhaltsam fortschreitet.

Der Exponent der auf diesem Gebiet waltenden Kausalität ist in der fortgesetzten Vermehrung des Papiergeldumlaufes zu finden, hervorgerufen und unterhalten durch die Politik, in deren Rahmen die Lohnsteigerungen ohne

Maß und Ziel fallen und damit die fortgesetzte Erhöhung der Kosten des Lebenshaltes. Es ist ein circulus vitiosus. Jede Milliarde oder halbe Milliarde neuer Noten ruft neue Preissteigerung hervor, die hinwiederum auf Erhöhung der Löhne dringt. Alsdann neue Notenausgabe, neue Preissteigerung und so weiter.

Um der Notenausgabe ein Ende zu machen oder doch sie ernstlich zu beschränken, hat die Entente (sie bedient sich solcher Begründung der Vorwände) verlangt, daß die Reichsbank der Befehlsgewalt der Regierung entzogen wird und Selbständigkeit erhalten soll. Man nannte das: die Autonomie der Reichsbank herstellen. Das Gesetz ist ergangen.

Seither war bekanntlich der Reichskanzler, nicht der Bankpräsident oberster Leiter der Reichsbank. Jetzt ist diese Autorität des Reichskanzlers aufgehoben und der Bankpräsident trifft seine Entschlüsse nach Beratung mit dem Direktorium und dem Zentralausschuß der Bank, der aus Vertretern der Banken, der Industrie und des Handels besteht.

Die Auffassung, daß diese „Autonomie" die Bank von der Verpflichtung löse, neue Banknoten auf Verlangen der Regierung auszugeben, ist irrig, und dieser Irrtum ist in der allgemeinen Beurteilung der wirklichen Sachlage von fundamentaler Bedeutung.

Denn nicht der Wille, der Befehl des Reichskanzlers nötigt die Bank zur Notenausgabe, sondern das Gesetz vom Jahre 1914. Nur die Aufhebung dieses Gesetzes könnte auf den Weg führen, den diejenigen zu gehen meinen, welche in der Unterwerfung der Reichsbank unter die Regierungspolitik den Grund der massenhaften und unaufhörlichen Notenausgaben erblicken, für welche die moderne Ausdrucksweise das Wort: „Inflation" gebildet hat. Auch jetzt, nach Schaffung der „Autonomie" bleibt die Reichsbank gezwungen, auf Verlangen der Regierung neue Noten auszugeben.

Selbstverständlich wissen die Berater der Entente das alles. Wenn sie trotzdem die „Autonomie" verlangten, so müssen andere Absichten und Pläne dahinter stecken. Man



will dem Einfluß und den Personen der Entente Eintritt in die Leitung der Reichsbank verschaffen, wo sie den Hauptschlüssel oder einen der Hauptschlüssel der Wirtschaft und der Politik Deutschlands finden werde. Der Gedanke steht im Zusammenhang mit dem Plan zur Organisation einer „commission de la dette publique“. Wenn, wie angeregt worden ist, ein Mitglied der Leitung der Bank von England, vielleicht der Gouverneur selbst, Sitz und Stimme in der Leitung der Reichsbank haben wird, dann werden die Vertreter Frankreichs nicht im Hintergrund bleiben und der Weg zur Unterwerfung steht offen.

Davon soll heute nicht weiter die Rede sein. Der Papiergeld-Umlauf beträgt heute ca. 130 Milliarden Mark. Als Deckung ist nichts anderes aufzuweisen als die rund 1 Milliarde Gold in der Reichsbank, deren „Bewegungsfreiheit“ ohnehin schon durch den Friedensvertrag beschränkt ist. Es könnten noch die diskontierten Wechsel als Deckung in Betracht gezogen werden; allein dieselben stellen heute nur einen sehr kleinen Teil des Diskontgeschäfts dar, das sich zum weitaus größten Teil auf die Diskontierung der Schatzscheine der Regierung erstreckt bezw. beschränkt. Nicht allein die Reichsbank, alle Banken haben ihre Koffer mit Schatzscheinen angefüllt.

Bei Deckung eines Noten-Umlaufes von 130 Milliarden durch 1 Milliarde Gold hat die Mark nur einen Goldwert von $^{1}/_{130}$ oder etwa 0,77 Pfennige. Das ist es, was man „den inneren Wert“ der Mark heute nennt. Die Entwertung der Mark zeigt sich im Verhältnis von 100 : 0,77, was einen Wert des Dollars von 550 Mark erzielt. Da die Entwertung der Mark bei Fortsetzung der seitherigen Politik unaufhaltsam ist, so ergibt sich der Schluß auf die fernere Entwertung des (in Mark auszudrückenden) Dollar-Kurses. Das Bedürfnis der Reichsregierung nach neuen Zahlungsmitteln hält nicht nur an, sondern steigt: im Verhältnis zur Teuerung, Lohnsteigerung, Forderungen der Entente usw.

Das Defizit im Reichs-Budget betrug Ende März



dieses Jahres 100 Milliarden Mark. Es ist nützlich, auf die Einzelheiten zu blicken.

Einnahmen:

(1. April 1921 bis 28. Februar 1922 — je ℳ 1000).

Steuern, Zölle, Reichs-Notopfer (letzteres mit 8'171,594 ℳ)	69'859,333
Schwebende Schuld	96'488,333
Fundierte „	114,999
	116'462,625

Ausgaben:

Verwaltung (nach Abzug der Einnahmen	134'270,810
Zinsen der Schwebenden Schuld / „ „ Fundierten „	18'678,561
Post und Telegraph: Zuschuß 490,555	
Eisenbahnen: Zuschuß . . . 597,808	13'513,540
	166'462,911

Die Schwebende Schuld beträgt Anfang März 262'807,520 (diskontierte Schatzanweisungen).

Diese Lage ist durch die Forderungen der Reparations-Kommission ganz erheblich erschwert worden. Deutschland soll im Jahr 1922 zahlen: 720 Millionen oder, nach Abzug der schon erfolgten Zahlungen (281'949,920 Gold-Mark), 483'051,079 Gold-Mark. Dazu 1'450'000,000 Gold-Mark in Sachleistungen, wovon 950 Millionen an Frankreich.

Das Gold soll in folgenden Raten bezahlt werden:

am	15. April	1922	18'051,079	Goldmark
„	15. Mai	„	50'000,000	„
„	15. Juni	„	50'000,000	„
„	15. Juli	„	50'000,000	„
„	15. August	„	50'000,000	„
„	15. Sept.	„	50'000,000	„
„	15. Nov.	„	60'000,000	„
„	15. Dez.	„	60'000,000	„

Auf die anderen Forderungen der Reparationskommission soll hier nicht eingegangen werden. Es kommt hier darauf an, die zahlenmäßige Steigerung der Belastung Deutschlands darzustellen. Das Budget für die Reparationen 1922 wird von 183,3 auf 198,5 Milliarden Mark gehoben. Das ist



aber nicht alles. Für 1922 erfordert die „Erfüllung des Friedensvertrags“ 2,170 Millionen Goldmark. Die Entwertung der Mark bringt eine Erhöhung um 26,9 Milliarden und das Erfordernis steigt auf 219,4 Milliarden.

Die neuen Steuern, deren Ertrag in der Hauptsache von der Regierung (Verwaltung usw.) beansprucht wird, lassen für die Reparationen nur 16,5 Milliarden übrig. Es bleiben also noch 202,9 Milliarden zu decken. Die Zwangsanleihe soll 1 Milliarde Goldmark ergeben, gleich dem Verhältnis von 1 : 70, 70 Milliarden Papiermark. Auch dann bleiben noch 132,9 Milliarden Erfordernis der Reparationen ungedeckt. Das Verlangen Frankreichs, daß Deutschland sich noch weitere Steuern in Höhe von 60 Milliarden aufzuerlegen habe, würde auch noch ein Defizit von 72,9 Milliarden lassen. Das Verlangen ist übrigens unerfüllbar.

Die Perspektive, die sich aus alledem ergibt, deutet auf fortgesetzte Verteuerung mit allen ihren wirtschaftlichen, sozialen, politischen Folgen.

Die Entente — und nicht nur diese allein — macht geltend, daß die deutsche Industrie stark beschäftigt, die Dividenden hoch und die Arbeitslosigkeit geringer sei als in anderen Ländern, die „Siegerstaaten“ einbegriffen. Diese Behauptung führt zu falschen Schlüssen. Aber auch wenn dieser rosafarbene Anstrich wasserhaltig wäre, dann bliebe immer noch die Frage, auf wie lange? Die deutsche Ausfuhr ist es, die die Industrie im Gange hält. Der inländische Konsum beschränkt sich mehr und mehr auf das Notwendigste, das Unentbehrliche. Dennoch hat es, nach manchem Vorgang, im Bild der großen Städte vor allem, zu schließen, den Schein, daß wir in einer Hochkonjunktur leben. Die Flasche Sekt kostet 200 bis 300 Mark und er fließt in Strömen. Die teuersten Stoffe werden getragen; kostbares Pelzwerk, Diamanten und Perlen. Ein Fest jagt das andere. Die Theater sind voll. Der Sport feiert Feste auf der ganzen Linie. Wir verzichten, das Bild auszumalen.



Die Wirklichkeit jedoch, die sich hinter dieser Maskerade birgt, trägt finstere Züge. An den angesehenen Volkswirt Calwer schreibt man:

„Die Wirtschaft wackelt und der Kreis derer, die das Wackeln sehen, wird immer größer. Die Banken sind hohl. Trotz des riesigen Notenumlaufs wird „Kapital" immer knapper. Die Industrie verbraucht nicht die Ersparnisse, sie verbraucht das Vermögen des Volkes. Alles Geld, das den Banken zuströmt, verwandelt sich in Kredite an die Industrie und den Handel. Täglich werden neue Aktiengesellschaften gegründet, weil angeblich die Betriebsmittel des Privatwirtschaftlers nicht ausreichen, um bei den erhöhten Warenpreisen genügend Mittel aufzubringen. In Wirklichkeit sind die Inhaber der Geschäfte den Banken stark verschuldet und nicht in der Lage, die Schulden abzutragen. Von den erträumten Millionengewinnen bleibt nichts als Papier. Die größten Kanonen, die tüchtigsten, bewährtesten Kaufleute, die großen Organisationen, die Doktoren und Direktoren, nicht zuletzt die Generaldirektoren haben ihre Vermögen und das ihnen anvertraute Vermögen verwirtschaftet und sind bei steigenden Verdiensten in immer größere Verschuldung gekommen ... Die tausend Gründungen, die jetzt vorgenommen werden, sind alle von dem Gesichtspunkte aus zu betrachten, daß die selbständigen Kaufleute, die jetzt Direktoren von Aktiengesellschaften werden, ihr Vermögen verwirtschaftet haben, daß die Banken ihre uneinbringlichen Forderungen in Aktien umwandeln ..."

Daß alles Scheinblüte ist, wird von allen Seiten zugegeben. Der steigende Warenmangel, die stockende Produktion wird durch die Scheinkonjunktur der Ausfuhr und der Leipziger Messe nicht vertuscht. Mit Recht sagt Calwer von gewissen Schönfärbereien, die namentlich in volkswirtschaftlichen Kreisen üblich sind: „Solche Zerr- und Taumelbilder werden aber für Ernst genommen, nicht nur vom Inland, sondern auch von den maßgebenden Instanzen der Entente."

Deutschland taumelt und treibt in Wirklichkeit dem

32*



Untergang entgegen, vor dem es nur eine scharfe Schwenkung der inneren und äußeren Politik bewahren kann. Bleibt diese Schwenkung aus, wird weiter wie jetzt regiert, so wird, um wieder mit dem Volkswirt Calwer zu reden, ein Unwetter über das deutsche Volk heraufbeschworen, das Not und Wirren in einem Ausmaß bringen wird, demgegenüber die Leiden Deutschlands nach dem dreißigjährigen Krieg ein kleines Uebel waren.

LVI.

Revolutionen von oben.

Grundsätzliches und Tatsächliches.

Im Jahre 1869, nach den Erfolgen der rechtsmörderischen Politik Preußens und Italiens, schrieben die „Historisch-politischen Blätter“:[1] „Eine Regierung kann ebenso gut revolutionär sein als ein Volk. Jede Regierung ist revolutionär, die sich zum Herrn des Gesetzes (und Rechtes) macht.“

Der Herr des Gesetzes, nicht nur des geoffenbarten göttlichen, sondern auch des Naturgesetzes, der Herr und und die Quelle des Rechtes ist Gott allein. Dem von Gott selbst verkündeten und dem von ihm in die Natur gelegten, durch unsere Vernunft erkennbaren Gesetze haben sich der Mensch und die Menschheit, haben sich alle Regierungen zu unterwerfen. Keine Regierung ist absolut souverän oder unabhängig, keine Regierung ist oberste Instanz für die Festlegung des Gesetzes und Rechtes. Es liegt im eigenen Interesse der Staatsgewalt und des von ihr geleiteten Staates, das göttliche Gesetz zur Richtschnur ihres Handelns zu machen und gegen das unabänderliche Naturgesetz und Naturrecht nicht zu verstoßen.

Seit der ersten Sünde: der ersten Auflehnung gegen Gott schauen wir die wiederholte Verletzung des dem Menschen

1) Bd. 63, S. 823.



eingegossenen oder durch den menschlichen Verstand erkennbaren Naturgesetzes, sowie des aus diesem Gesetze hervorgehenden Naturrechtes. Der gewalttätigste und umfassendste Vorstoß gegen Gesetz und Recht ist die Revolution, gleichgiltig von welchen Kreisen, von den Regierungsmännern oder vom Pöbel, sie ausgeht, gleichgiltig ob sie blutig oder unblutig verläuft. Revolution ist rücksichtsloser Bruch mit dem göttlichen Gesetze, mit dem Naturgesetze und mit dem Gesetze der stetigen Entwicklung.

I.

Der treibende Gedanke jeglicher Revolution ist das „Non serviam", die Gehorsamsverweigerung. Gehorchen muß jede Kreatur ihrem Schöpfer und Herrn und gehorchen muß ihm auch jede Staatsregierung. Das ist Lebensbedingung für erstere wie für letztere. Die Aufkündigung des Gehorsams, die versuchte Losreißung von Gott und seinem Gesetze ist nicht nur Umsturz der Gottesordnung, sie ist Einleitung zum beginnenden Verfalle und Untergange.

1. Das göttliche Gesetz spricht zu uns durch die Stimme des Gewissens und durch die göttliche Offenbarung; insbesondere durch den Dekalog. Die Gebote des Dekalogs, deren Verwirklichung oder deren Schutz für die Staatsgewalt vor allem in Betracht kommt, sind das dritte bis siebente. Der Staat hat sich unterzuordnen dem Gebote der Sabbatruhe, er hat durchzuführen das Gesetz der Autorität und des Gehorsams gegenüber Vorgesetzten wie Untergebenen, er hat alle öffentlichen Verstöße gegen die Sittlichkeit zu ahnden, er hat das Leben und das Eigentum zu schützen und er hat seine ganze Politik nach den göttlichen Geboten zu orientieren. Eine Politik ohne Moral ist eine Politik des Verbrechens.[1]) „Was moralisch falsch ist," rief einst der alte Gladstone den gewissenlosen Poli-

1) Selbst Kant bekennt: Daß die wahre Politik keinen Schritt tun könne, „ohne vorher der Moral gehuldigt zu haben."



tikern seines Landes zu, „das kann gar nicht politisch richtig sein."

2. Das göttliche Gesetz und das göttliche Recht haben ihre Verkündigung nicht nur durch die göttliche Offenbarung gefunden, sie finden ihren Ausdruck auch im Naturrechte und Naturgesetze. „Seinem Prinzip nach ist das Naturrecht," sagt Th. Meyer S. J.,[1]) „objektiv ein unmittelbarer Ausfluß des höchsten und an sich allein berechtigten gesetzgebenden Willens, des Urhebers und Ordners der geschaffenen Natur, und deshalb unzweifelhaft göttliches Recht. Auch wurde es als solches bis auf Kant allgemein anerkannt."

Das Naturrecht ergibt sich aus dem von Gott dem Menschen eingegossenen Gesetze der natürlichen Rechtsbildung. Als Beispiele solcher naturgemäßer Rechtsbildung galten von jeher die Verbindung der Menschen bezw. der Familien zur bürgerlichen oder staatlichen Gesellschaft und die soziale Einrichtung des Privateigentums. In letzterem wie in anderen Punkten decken sich Naturrecht und göttliches Recht. Eine Regierung, welche die organischen Bildungen in der Gesellschaft, seien sie sozialer oder religiöser Art, verhindert, welche durch gesetzliche Verfügungen, durch zu hohe oder ungerechte Steuern, durch schwere Eingriffe in die Erbordnung u. a. das Privateigentum antastet, handelt gesetzwidrig oder revolutionär, ihre Verfügungen besitzen keine im Gewissen bindende Kraft.

Das Naturrecht und das Naturgesetz existierten vor dem Staate. Es ist „logisch", sagt wieder Meyer,[2]) „vor dem ordnenden Staate eine wirksame Rechtsordnung zu denken, welche notwendig war, den Staat organisch zu erbauen ... Die Mission des mit der Rechtsordnung betrauten Staates hat also damit zu beginnen, das durch die Natur Bestehende als solches anzuerkennen, mit seiner Macht zu

1) Staatslexikon der Görresgesellschaft Bd. III S. 1428.
2) Ebenda S. 1442.

schützen" und das Gegebene vollkommener auszubauen, ohne es in seinem Wesen zu verletzen.

Der Staat ist somit weder der Urheber des Gesetzes noch die Quelle des Rechtes. Der Gedanke Hegels, der den Staat zur Quelle alles Rechtes macht und damit den Staat zugleich, kraft seines unumschränkten Rechtes, dem Gewissen der Einzelnen gegenüber zur höchsten Instanz erhebt, ist die Absetzung des göttlichen Gesetzgebers und die Vernichtung jeder persönlichen Würde und Freiheit. Dieser Gedanke ist die Revolution oder die Empörung der Staatsdespotie gegen Gott. Der Staat wird, statt zu einer Quelle des Rechtes, die mächtigste und fortlaufende Quelle für jeden rechtswidrigen Umsturz von oben.

3. Wie das göttliche und Naturgesetz hat jede Staatsregierung das Gesetz der natürlichen und stetigen geschichtlichen Entwicklung, das historische, als solches begründete Recht zu respektieren.

Zum Wesen und zur Grundbedingung eines Staates gehört Festigkeit und Stetigkeit. „Stabilität", sagt Richard Wagner in seinen gesammelten Schriften und Dichtungen, „ist die eigentliche Tendenz des Staates", welche am augenscheinlichsten in der Monarchie zum Ausdrucke kommt. Jede gewaltsame Veränderung in der staatlichen Verfassung, jeder Bruch in der naturgemäßen Entwicklung eines Reiches ist entweder Revolution oder grenzt an dieselbe. So wahr es ist, daß die staatlichen Einrichtungen in steter Umbildung, wenn auch nicht Wesensveränderung, begriffen sind, so zutreffend hinsichtlich der staatlichen Gesetzgebung das Wort De Maistres[1]) ist: „Nur die allgemeinen Gesetze sind ewig. Alles übrige wechselt und nimmer gleicht eine Zeit der anderen": so falsch und folgenschwer ist es, durch eine rücksichtslose Durchschneidung der staatlichen Entwicklung eine Heilung, Besserung oder Vervollkommnung der staatlichen

1) Die Werke des Grafen Joseph De Maistre. Herausgegeben von M. Lieber. Frankfurt a. M. 1822—25. Bd. I, S 318.

Verhältnisse herbeiführen zu wollen. Alles Gesunde und Normale wächst stetig und langsam, und auch der staatliche Bau und die staatliche Einrichtung muß dem Gesetze dieses Wachstums folgen.

Eine Regierung der Stetigkeit und Stabilität kann nur eine monarchische oder aristokratische Regierung sein. Nur Familientraditionen und wenig sich verändernde Körperschaften: nur bleibende Autoritäten garantieren dem Staate eine schrittweise und ungestörte Entwicklung. Im Sinne und in der Notwendigkeit dieser ruhigen und darum kein Aufsehen erregenden Entwicklung ist das Wort Montesquieus zu verstehen: „Glücklich das Volk, dessen Geschichte langweilig ist.“

Ein Staat muß auf geschichtlichem Boden fußen. Darum soll nicht nur seine Entwicklung als solche, sondern auch sein geschichtlicher Werdegang nicht gestört und das historische Recht nicht ohne zwingenden Grund angetastet werden. Die geschichtslosen oder die Geschichte des Staates ignorierenden und kein geheiligtes Herkommen respektierenden Regierungen sind im Grunde oder Prinzipe revolutionäre Regierungen. Sie sind oder waren vor allem ein Produkt des politischen Liberalismus und seiner Staatslehre: ein Ergebnis der großen politischen und sozialen Häresie unserer Zeit.

Weil der Liberalismus das von Gott ausgehende Recht ablehnt, darum ist den liberalen Parteien und Regierungen kein Recht mehr heilig und unverletzlich, darum gilt ihr Angriff zuerst gewöhnlich dem historischen, aus einer noch christlichen Zeit herübergeretteten Rechte, welches sie nach Gutdünken beschneiden oder völlig streichen. Die liberalen Regierungen beseitigten die alten Provinzen und ihre autonomen Verwaltungen, die Stände und Ständerechte, das Legitimitätsprinzip und die Monarchie von Gottes Gnaden; sie konfiszierten die kirchlichen und elterlichen Rechte auf die Schule, säkularisierten die Stiftungen und Güter der Kirche und griffen rücksichtslos in die ältesten Familienrechte ein.



Für den Liberalismus ist nichts heilig als seine Doktrin und seine mittels der wechselnden Volksgunst errungene herrschende oder einflußreiche Stellung. Die liberalen Regierungen waren die Wegbereiter des rein demokratischen und endlich des sozialdemokratischen Regimentes, welche die Macht des politischen Liberalismus ganz oder zum Teil hinwegfegten und, vorübergehend oder für längere Zeit, die Herrschaft des revolutionären Proletariats aufrichteten.

Das liberale Regiment, wie es sich in einem aufgeklärten Monarchen nach Art Joseph II. oder in einer konstitutionellen Regierung verkörpert, ist die Abneigung gegen alles Bestehende, der Drang nach beständiger Umformung. Der Liberalismus nennt das Fortschritt und Entwicklung, aber es ist das Fortschreiten, das zum Niedergange und Abgrunde und zum Tode führt. Der Liberalismus der oberen und mittleren Schichten wirkt revolutionär, wenn nicht selbst, so doch in seinen Erben und konsequenteren Schülern.

II.

Pater Heinrich Pesch S. J. nennt die geschichtliche Epoche seit der Renaissance und Reformation eine vierhundertjährige Revolutionsperiode.[1]) Es ist die Zeit des Keimens und der Fleischwerdung der modernen Ideen, und zugleich die Ära des neuzeitlichen Absolutismus, der Aufklärung und des politischen Liberalismus: das nahezu halbtausendjährige Werk der Entchristlichung der europäischen Gesellschaft.

1. Das Werk des folgenschwersten Umsturzes, d. i. des Sturzes der kirchlichen Hierarchie, der Beraubung der Kirche und der Annektierung ihrer, der Freigebigkeit der Völker entstammenden Güter, begannen zuerst die Fürsten der Reformation. Von diesem revolutionären Unternehmen schreibt der Protestant J. G. Droysen[2]): „Die Gewohnheiten,

1) Liberalismus, Sozialismus und christliche Gesellschaftsordnung. Freiburg i. Br. 1902. S. 18.

2) Geschichte der preußischen Politik Bd. II b, S. 100.



die Meinungen, die Ordnungen in Staat und Familie, das ganze Leben der Menschen, unermeßliche Güter, alles stand in diesem hierarchischen System, das nun in seinen Grundlagen bebte. Es gab nichts, das nicht miterschüttert, bis in sein innerstes Wesen, in dem Gedanken seines Daseins getroffen wurde. So begann ein unabsehbares Werk. Es hat nie eine Revolution gegeben, die tiefer eingewühlt, furchtbarer zerstört, unerbittlicher gerichtet hätte."

2. Wie die deutschen Fürsten den Umsturz auf dem Gebiete der kirchlichen Besitzungen und der kirchlichen Ordnung vollzogen hatten, so begannen etwas später die französischen Könige den Umsturz auf dem Gebiete der staatlichen Ordnung und wurden hiedurch die Wegbereiter der großen Revolution von 1789.

Das folgenschwere Werk der Könige war die gewaltsame mit Ludwig XI. beginnende Zentralisation des ehemals föderalistisch geordneten Frankreich. Die Provinzen, die Gemeinden, die Korporationen, die lokalen Aristokratien wurden ihrer Rechte oder ihrer Bedeutung und ihrer Freiheiten beraubt und alle Gewalt in die Hände der zentralen Regierung bezw. des Königs gelegt. Nicht die Revolution, sondern das absolute Königtum hat die verhängnisvolle zentralistische Staatsverwaltung Frankreichs geschaffen. Die Zentralisation, sagt A. de Tocqueville[1]), ist deshalb in der Revolution nicht untergegangen, „weil sie selbst der Anfang dieser Revolution und deren Vorzeichen war." Die Die Revolution, sagt er an anderer Stelle,[2]) ist aus der Staatsverfassung wie von selbst hervorgegangen.

Wie in direkter war das französische Königtum auch in indirekter Weise Bahnbrecher der Revolution. Bahnbrecher, indem es, trotz seiner absolutistischen Gewalt, der Unterwühlung des Christentums und der christlichen Sitte durch

1) Der alte Staat und die Revolution. Deutsch von Th. Oelkers. Leipzig 1867. S. 68.

2) Ebenda S. 205.

die Enzyklopädisten und die übrigen Männer der Aufklärung keinen festen Damm entgegensetzte, sondern letztere wiederholt mit Ehren und Auszeichnungen bedachte. Ferner indem einzelne Glieder des Versailler Hofes durch ein schamloses Leben dem Volke ein geradezu verheerend wirkendes Beispiel gaben. Wir erinnern einzig an die Lockerung der ehelichen Bande, die in den höheren Kreisen so weit gedieh, daß, wie J. v. Weiß[1]) sagt, „von wahrer Ehe keine Spur" mehr war.

3. Ähnlich wie die durch die französischen Könige in der staatlichen Gliederung und Administration hervorgerufene Umwälzung war auch jene der brandenburgisch-preußischen Fürsten. Der große Kurfürst brach — nach westlichem Vorbilde — vollständig mit der ständisch-staatlichen Überlieferung. „Der Kurfürst", schreibt Dr. M. Spahn[2]), „erfaßte den Staat immer mehr als ein einheitliches Wesen: die verschiedenen Territorien gelten ihm nur noch für Provinzen und der staatsrechtliche Begriff des Ständetums war für ihn völlig verblaßt." In kurzer Zeit waren die alten Rechte der Stände in rücksichtslosester Art beseitigt und der absolute (und zentralisierte) Staat . . in Brandenburg 1679 . . . . im großen und ganzen aufgerichtet."[3]) Die „Sorge für Vereinheitlichung erstreckte sich niederwärts bis zu den Stadtverwaltungen . . . . und bis zur Zunftverfassung."[4])

Die von dem großen Kurfürsten begonnene staatliche und undeutsche Nivellierung setzte sich unter seinen Nachfolgern fort und verband sich mit dem politischen Rechtsbruch nach innen und nach außen. Dies gilt insbesondere bezüglich König Friedrich II. Seine Kriege gegen Maria Theresia: der Raub Schlesiens und der versuchte Raub Böhmens waren nicht nur schreiende Rechtsverletzungen,

1) Weltgeschichte. 3. Aufl. Graz 1891. Bd. 14, S. 347.

2) Der große Kurfürst. Mainz 1902. S. 112.

3) Ebenda S. 133.

4) Ebenda S. 138.

sondern zugleich eine Empörung gegen Kaiser und Reich. „Daß der Preußenkönig als erster einen Keil in die Reichsgewalt trieb,“ urteilt Dr. Viktor Schacht,[1]) „daß er ohne innere Notwendigkeit gegen die alte Ordnung anstürmte und ihre Fundamente erschütterte, hat den Untergang des Reiches vorbereitet, aber auch den Sturz des preußischen Staates (i. J. 1806) angebahnt.“

4. Als einer der größten Revolutionäre auf dem Throne wird stets Kaiser Joseph II. betrachtet werden müssen. „Joseph II.“, schreibt Dr. Ignaz Beidtel,[2]) „strebte alle inneren Einrichtungen der Monarchie, insoferne sie noch etwas von dem Altertümlichen an sich hatten, umzugestalten und besonders die Religionsverhältnisse zu verändern, alle Provinzen nach einem und demselben System zu regieren und die unteren Stände auf Kosten der privilegierten emporzuheben. Kein Zweig der Staatsverwaltung blieb in seinem früheren Zustande, keine Provinz behielt mehr ihre bisherige Verfassung.“ Die unter Maria Theresia bereits einsetzende bureaukratische Zentralisation des jeder Zentralisierung widerstrebenden vielgestaltigen und vielsprachigen Reiches wurde in der gedankenlosesten Weise zu verwirklichen gesucht, und selbst die kirchliche Ordnung und Einrichtung mußte sich dem Kaiser, dessen Wille Quelle des Rechtes und Gesetzes war, unterordnen. Das Resultat dieser Revolution von oben war die allgemeine Revolution von unten. „Am Ende der Regierung Josephs,“ schreibt der ruhige Jäger,[3]) „herrschte an einigen Orten volle Anarchie, in allen Mißvergnügen und Aufregung. Belgien war bereits verloren, Ungarn daran, seine eigenen Wege zu gehen, Tyrol fast im Aufstande wegen Schmälerung seiner verfassungsmäßigen Rechte und wegen all der politischen und kirchlichen Neue-

1) Der Aar, Jahrg. 3, Bd. 2, S. 527.

2) Geschichte der österreichischen Staatsverwaltung 1740—1848. Innsbruck 1896 und 1898. Bd. 1, S. 193.

3) Nach Sebastian Brunner, Joseph II. 2. Aufl. Freiburg i. Br. 1885. S. 243 f.



ungen, in den vorderösterreichischen Ländern teilweise Bauernaufstände" usw. Die Wellen der josephinischen „Reformen" schlugen bis ins 19. Jahrhundert und bis in die Gegenwart hinein. Oesterreichs „Bruch mit der Kirche, der mit der Kaiserin Maria Theresia anhebt, und sich mit Joseph II. vollendet," sagt C. E. Jarcke,[1]) „war die Brücke in die moderne politische Revolution" der Jahre 1848 und 1849.

5. Der Raub an der Kirche und ihren Besitzungen, einerseits durch die protestantischen Fürsten des 16. Jahrhunderts, anderseits durch die josephinische Regierung, fand seine Fortsetzung durch die Säkularisation beim Beginne des 19. Jahrhunderts. Die Säkularisation war eine beispiellose Rechtsverletzung seitens der absoluten Fürsten wie der bureaukratischen Regierungsgewalt. Es war die brutale Ausnützung der Gewalt des Starken gegenüber dem Schwachen. Von diesem Raube im größten Maßstabe schreibt selbst H. v. Treitschke[2]): „Wenige unter den großen Staatsumwälzungen der neuen Geschichte erscheinen so häßlich,

1) Prinzipienfragen. Paderborn 1854. S. 487.

Infolge der Mißhandlung, welche sich das Habsburgerreich von der preußischen Geschichtsbaumeisterei gefallen lassen mußte, und die widerstandslos auch in die österreichischen Schulen eindrang, sind in letzter Zeit auch katholische österreichische Geschichtsdarsteller, in berechtigter Verteidigung ihres Reiches und ihrer Dynastie, über die Aufgabe der ruhig-objektiven Verkündigung der historischen Wahrheit hinausgetreten und haben sogar in der josephinischen Ära gute Taten und Ergebnisse entdeckt, die andere bis jetzt nicht darin finden konnten. So z. B. daß in keiner Zeit mehr Pfarrkirchen gebaut wurden als in den Regierungsjahren Joseph II. Daß die josephinische Staats- und Kirchenrevolution die Kirche Österreichs dahin gebracht hat, daß bis zum Erscheinen Hofbauers auf fast keiner Kanzel Wiens mehr christlich gepredigt wurde, daß Österreichs Kirche tatsächlich von Rom losgelöst war und daß man sich, wie ein Kenner der Verhältnisse schreibt, wundern muß, daß der katholische Glaube im österreichischen Volke nicht völlig verschwunden ist, dürfte von patriotischen und optimistischen Geschichtskonstrukteuren doch niemals vergessen werden. Die Schriften Brunners, der die Person Joseph II. sehr schonend behandelt, die Werke Dr. J. Beidtels, Jarckes usw. geben hierüber genügend Aufschluß.

2) Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. Bd. I⁷, S. 186.



so gemein und niedrig wie die Fürstenrevolution von 1803. Die harte, ideenlose Selbstsucht triumphierte, kein Funken einer edlen Leidenschaft verklärte den ungeheuren Rechtsbruch." —

6. Das mit dem revolutionären Raube der Säkularisation beginnende 19. Jahrhundert wurde, nicht zuletzt auch als Folge anderer revolutionärer Rechtsverletzungen, periodisch von Revolutionen oder politischen Umwälzungen erschüttert und erzeugte in seinem Verlaufe einen der revolutionärsten und skrupellosesten Staatsmänner, den die neuere Geschichte kennt, den Gesandten, Ministerpräsidenten und späteren Kanzler Bismarck.

Die revolutionären Pläne Bismarcks: die Zertrümmerung des Deutschen Bundes, das Hinausdrängen Österreichs aus dem alten Deutschland und die Errichtung Klein-Deutschlands unter preußischer Hegemonie, reiften bereits, als er noch Gesandter in St. Petersburg war. Die wichtigsten Daten dieser bismarckisch-preußischen Politik mit „Blut und Eisen" waren 1859, 1864, 1866 und 1870/71.

Konstantin Frantz hat — und zwar mit Recht — auf den Krieg von 1859 stets zurückgeblickt als auf dasjenige Ereignis, das recht eigentlich nach der Ära der Revolutionen von unten „die der Revolutionen von oben eingeleitet hat. Denn er gab das Signal, um auf dem Altar des mit dem älteren dynastischen verbundenen neueren nationalstaatlichen Großmachtsgedankens die letzten Reste der europäischen Gleichgewichts- und Solidaritätspolitik mit Feuer und Schwefel verzehren zu lassen und an deren Stelle die durch wechselnde Bündnisse innerhalb der europäischen Polyarchie nur notdürftig verkleidete vollkommene Anarchie der europäischen Staatengesellschaft zu setzen".[1]) Daß Preußen, entgegen den die moralische Bundespflicht der Unterstützung Österreichs erkennenden süddeutschen Staaten, Gewehr bei Fuß dem Niederringen des Reiches der Habsburger zusah, sei nur nebenbei erwähnt.

1) Dr. Karl Heldmann, Zwei Menschenalter deutscher Geschichte Leipzig 1920. S. 21.

Der dem Kriege von 1859 folgende Krieg von 1864, bei dem Bismarck nicht mehr die Rolle des inspirierenden, sondern des führenden Staatsmannes spielte, bedeutete neben dem Gewinn eines überwiegend deutschen Landes zugleich die Vernichtung der legitimen Rechtsansprüche eines deutschen Fürstenhauses. Er war ferner „das hinterhältige Mittel, eine Reibungsfläche mit Österreich zu schaffen für den Waffengang um die Beherrschung Deutschlands selbst“ [1]). Und diese Politik war „schließlich noch gekrönt durch einen Wortbuch den nordschleswigischen Dänen gegenüber.“ [2])

Den größten Erfolg der revolutionären Politik des Ministerpräsidenten Bismarck bildete das Jahr 1866. Der Krieg gegen Österreich war, wie Moltke offenherzig bekennt, seit langem beabsichtigt und ruhig vorbereitet. Dieser Krieg und seine Ziele waren mehr als Revolution, sie waren todeswürdiger Hochverrat am Bunde und den bundesmäßig verbundenen deutschen Fürstentümern. Bereits „am 8. April 1866“, schreibt Dr. K. Heldmann [3]), „hatte Bismarck das Grundgesetz des als der politische Gesamtorganismus Deutschlands zu Recht bestehenden Deutschen Bundes . . . hochverräterisch und leichtherzig beiseitegeschoben. Er hatte den Offensiv- und Defensivvertrag des deutschen Bundesstaates Preußen mit dem liberal-revolutionären Italien abgeschlossen, durch den die Revolution von oben her auch auf deutschen Boden übertragen wurde: der dritte Schritt auf dem 1859 betretenen, 1864 fortgesetzten Wege abschüssiger Großmachtpolitik.“ Die Verurteilung des rechtsbrecherischen und frivolen, die politische Moral bis heute vergiftenden Unternehmens von 1866, das zugleich eine der ersten Ursachen des Weltkrieges von 1914 war, kann, im Gegensatze zu unserer unehrlichen offiziellen, vorab an unseren Schulen üblichen Geschichtsdarstellung, nicht scharf genug ausfallen.

Dem Waffengange Preußens mit Österreich folgte notwendig der Waffengang Preußens mit Frankreich. Der direkte

1) Ebenda S. 26. 2) Ebenda S. 26. 3) Ebenda S. 32.



Veranlasser des Krieges von 1870/71 war Napoleon III., der indirekte und mächtigere Urheber — nach eigenem Geständnis — der Kanzler des norddeutschen Bundes. Die Niederwerfung Frankreichs, die Gründung des preußisch-deutschen Kaiserreichs war die blendende Frucht des politischen Umsturzes von 1866 und die Krönung einer in ihren Anfängen revolutionären Politik. Auf den Schlachtfeldern Frankreichs, von keiner religiösen Weihe umgeben, erhob sich das neue Kaisertum: Das Schlußergebnis „der Hausmachts- und Hegemoniepolitik einer ungewöhnlich ehrgeizigen Dynastie“ [1]) und einer dynastischen Revolution (1866) von oben.[2]) Am Ende dieser von einem maßlosen Egoismus geleiteten Politik steht die Katastrophe des Weltkrieges und die Revolution von unten, welche das Werk der Revolution von oben in Trümmer schlugen.

7. Der bismarckisch-preußisch-dynastischen Revolution ging voraus und zum Teil mit ihr parallel die Raub- und Revolutionspolitik des piemontesisch-italienischen Königreiches. Der „erhabene politische Zweck“ heiligte hier wie dort die Mittel. „Die Mittel“, meinte der revolutionäre Staatsmann Graf Cavour, „waren ungewöhnlich: der Zweck war erhaben.“ Das ist der Tiefstand der Moral des politischen Räubertums, deren natürliche Folge die Erschütterung auch der Moral und des Rechtsgefühles der Massen: der folgende Umsturz ist.

Auf andere in der Revolution von oben ihre politische Lebensaufgabe erblickende halborientalische oder exotische Dynastien und Staatsmänner, wie die serbischen und griechischen, nord-, mittel- und südamerikanischen usw., wollen wir hier nur hinweisen. Es ist gewöhnlich die von der Loge inszenierte Revolution, die wir seit hundert Jahren in den südeuropäischen und amerikanischen Staaten beobachten.

(Schluß folgt.)

1) Konstantin Frantz: ebenda S. 41.
2) Ebenda S. 9.



LVII.

Kaiser Karls Bundestreue.

Auf einer fernen, einsamen Insel ist ein edler Mann gestorben, — ein Mann, der nur das Gute suchte und das Beste wollte, dennoch aber verkannt und verfolgt wurde von seiner Mitwelt. Die Geschichte Kaiser Karls ist noch nicht geschrieben. Alles, was bis heute über seine Regierung wie über sein Privatleben, über sein Wirken und Streben, über sein Leiden und Sterben vor die Öffentlichkeit gebracht wurde, trägt den Stempel der Einseitigkeit, der Voreingenommenheit oder gar des Hasses und der Rachsucht. Der Zukunft bleibt es vorbehalten, den ungerecht verfolgten, zu Tode gepeinigten Dulder richtig einzuschätzen. Erst wenn die Leidenschaften zur Ruhe kommen, klärt sich der Blick. Ich setze mir daher heute nicht das Ziel, meine irregeführten Zeitgenossen über den wahren Charakter Kaiser Karls aufzuklären; das überlasse ich ruhig der Zeit und einer rein sachlichen Geschichtsforschung. Die vorliegenden Zeilen sind lediglich gewissen vielbesprochenen, jedoch tendenziös entstellten Vorgängen gewidmet, die sich im Laufe des Jahres 1917 zutrugen und mir Gelegenheit boten, in die politischen Bestrebungen des Kaisers einen tiefen Einblick zu gewinnen.

Die von Freund und Feind bis zum Überdruß ausgeschrotete, hingegen kaum jemals objektiv behandelte Affaire des kaiserlichen Briefes an den Prinzen Sixtus von Parma fällt in die ersten Frühlingstage des Jahres 1917. Ich

muß mich in Bezug auf diese Angelegenheit jeder Meinungsäußerung enthalten, da ich weder direkt noch indirekt mit ihr in Berührung kam und meine etwas später erfolgte Friedensmission, die irrigerweise mit dem Sixtusbriefe in Zusammenhang gebracht wurde, von diesem ganz und gar unabhängig war. Als das Buch des Prinzen Sixtus veröffentlicht wurde, nahm ich mit Erstaunen wahr, daß der zweite Teil desselben sich ausschließlich mit meiner Mission befaßte und dieselbe, wenn auch nicht explicite, so doch implicite mit der Briefaffaire verquickte. Ich gestattete mir damals, den Prinzen auf diesen geschichtlichen Irrtum, sowie auf den Umstand aufmerksam zu machen, daß ihm betreffs der von mir geführten Verhandlungen, mit Ausnahme eines einzigen Schriftstückes, keine authentischen und überdies nur einseitige, tendenziös gefärbte Quellen zur Verfügung standen. Auf diese rein sachliche, jeder persönlichen Spitze entbehrende Richtigstellung erhielt ich eine sehr ungnädige Antwort, — und dabei ist es geblieben.

Familienangelegenheiten hatten mich zu Anfang des Sommers 1917 nach Freiburg in die Schweiz gerufen. Da ich der diplomatischen Karriere schon lange ferngestanden, war ich nicht wenig überrascht, als dort ein mir gut bekannter Neutraler, — wie er versicherte, — im Auftrage offizieller französischer Kreise die Eröffnung machte, man suche in Paris behufs Anknüpfung von Friedensverhandlungen mit Kaiser Karl eine Verbindung herzustellen. Er, mein neutraler Freund, sei beauftragt, anzufragen, ob ich geneigt und in der Lage sei, diesen Wunsch Seiner Majestät zur Kenntnis zu bringen. Anfangs maß ich der Sache keine große Bedeutung bei und antwortete ausweichend; erst als mein Gewährsmann wiederholt darauf zurückkam, machte sich bei mir allmählich die Überzeugung geltend, daß es sich um einen ernsten Schritt handle und ich gegen mein Gewissen verstoßen würde, wenn ich ein Entgegenkommen zurückweisen würde, das in absehbarer Zeit zur Einstellung des furchtbaren Blutvergießens führen könnte. Ich meldete den Vor-



fall nach Wien. Kaiser Karl, der unablässig alle Möglichkeiten erwog, um zu einem ehrenvollen Verständigungsfrieden zu gelangen, zögerte keinen Augenblick, die sich darbietende Gelegenheit auszunützen, und erteilte mir, im Einvernehmen mit dem verantwortlichen Minister des Äußern, Grafen Czernin, den Befehl, die Sache weiter zu verfolgen.

Es kann nicht meine Absicht sein, auf alle in der Folge stattgefundenen Verhandlungen hier des Näheren einzugehen; ich muß mich darauf beschränken, die Hauptphasen mit besonderer Berücksichtigung derjenigen Punkte zu beleuchten, bei denen sich die persönliche Initiative des Kaisers geltend machte. Jenen aber, die daran zweifeln, daß die Ententemächte im Sommer 1917 den Frieden wollten, und die in ihrem Vorgehen nur eine Falle erblicken, möchte ich die damalige Lage in Erinnerung bringen: die Zentralmächte hatten überall Erfolge zu verzeichnen; die Angst vor dem Unterseebootkriege, obschon in neuester Zeit etwas gemildert, war noch nicht geschwunden; Amerikas Hilfe lag noch fern, und schließlich befand sich Frankreich noch nicht unter dem Drucke des Fanatikers und Chauvinisten Clémenceau. Unter diesen Umständen hatte der Entschluß Seiner Majestät, auf die gemachten Avancen einzugehen, zweifellos seine volle Berechtigung.

Die erste Zusammenkunft mit dem französischen Delegierten, Grafen Armand, brachte eine große Enttäuschung: er sprach nur von einem Separatfrieden mit Österreich-Ungarn, stellte für diesen zwar glänzende Bedingungen in Aussicht, schien aber ebensowenig wie seine Vollmachtgeber zu begreifen, daß man dem Kaiser wohl Opfer, aber keinen Treubruch zumuten dürfe. Die bloße Erwähnung des Sonderfriedensvorschlages löste bei Seiner Majestät entschiedenen Widerspruch aus, und als dem Monarchen das Anerbieten vorgelegt wurde, seinen Besitzstand auf Kosten seiner Verbündeten territorial zu vergrößern, gab er seiner Entrüstung über diese Zumutung in den schärfsten Worten Ausdruck. So sehr er auch den Frieden herbeisehne, meinte der Kaiser, so



scharf sei auch die Grenze, die ihm seine Ehre und sein gegebenes Wort gezogen hätten. Niemals werde er diese Grenze überschreiten, möge kommen, was da wolle! Er erteilte mir demzufolge den gemessenen Auftrag, den Sonderfrieden a limine abzulehnen und für weitere Verhandlungen eine andere Basis zu finden, die nicht nur vom Standpunkte Österreich-Ungarns, sondern auch von jenem seiner Verbündeten annehmbar erschiene.

Nach längeren Besprechungen gelang es mir in der Tat Armand dazu zu bewegen, den Westmächten einen anderen Weg vorzuschlagen, der den von mir erhaltenen Weisungen entsprechen würde. Diese ließen sich auch dazu herbei, den Gesamtfrieden ins Auge zu fassen, stellten aber zunächst das Ansinnen, daß Frankreich und England mit Österreich-Ungarn allein Vorbesprechungen über den Frieden pflegen sollten. Auch darauf konnten wir uns nicht einlassen, und die Ansicht Seiner Majestät ging dahin, daß bei Vorverhandlungen mit den zwei Hauptmächten der Entente unser mächtigster und ältester Bundesgenosse nicht fehlen dürfe. In Anbetracht des formellen kaiserlichen Wunsches wurde auch dieses Zugeständnis gemacht, und wir kamen dahin überein, daß beide Mächtegruppen — Österreich-Ungarn und Deutschland einerseits, Frankreich und Großbritannien andererseits — sich verpflichten sollten, die Annahme der vereinbarten Friedensbedingungen seitens ihrer Alliierten zu gewährleisten. Das war schon ein schöner Erfolg. Nun kam aber die Hauptsache: der Entwurf der Friedensstipulationen. Berlin war bereits verständigt worden, daß man von Wien aus mit den Westmächten Fühlung genommen habe; es verhielt sich zunächst abwartend. Kaiser Karl aber hatte sich schon im vorhinein verpflichtet, den Friedensvorschlägen nur dann in Berlin den entsprechenden Nachdruck zu verleihen, wenn sie nach seiner Überzeugung durchaus gerecht und annehmbar erscheinen würden.

Die Basis, welche nunmehr von der französischen und von der englischen Regierung für die Verhandlungen vor-

geschlagen wurde, läßt sich in breiten Strichen folgendermaßen skizzieren:

Neben einer gewissen Anzahl von Punkten, die von vorneherein als diskutierbar bezeichnet wurden, stellte die Entente zwei undiskutierbare Forderungen: vollständige Wiederherstellung Belgiens und Abtretung von Elsaß-Lothringen an Frankreich. Erstere verstand sich wohl von selbst, wenn man zu einem Verständigungsfrieden gelangen wollte: sie war ein Gebot der Gerechtigkeit. Letztere aber klang recht böse für Deutschland und wäre damals eine unerhörte Zumutung gewesen, wenn man nicht sofort ansehnliche Kompensationen ins Auge gefaßt hätte. Diese Kompensationen waren: 1) Rückgabe sämtlicher deutschen Kolonien; 2) Abtretung von Madagascar und von Französisch-Indochina an Deutschland; 3) freie Hand zur kommerziellen Entwicklung nach dem russischen Osten; 4) eventuelle Annexion von Ostseeländern deutscher Zunge durch Deutschland im beiläufigen Ausmaße von Elsaß-Lothringen.

Vom Wunsche beseelt, seinem Alliierten möglichst große Vorteile zu sichern und ihn dadurch dem Frieden geneigter zu machen, befahl mir der Kaiser, nach Möglichkeit weitere Konzessionen für Deutschland zu erlangen, beispielsweise die Erwerbung eines größeren Kautschukgebietes. Als ich diese Forderung vorbrachte, erhielt ich zur Antwort: „dans ce cas on pourrait prendre un morceau du Congo Belge en considération“, — und von dieser, der Initiative unserer Gegner entsprungenen Anregung ging unglaublicher Weise die später erhobene Anschuldigung aus, wir Österreicher hätten „die Teilung Belgiens“ beantragt! —

Von den relativ viel geringeren Konzessionen, die Österreich-Ungarn in Aussicht gestellt wurden, sehe ich hier ganz ab und möchte nur feststellen, daß mir, persönlich, die unserem deutschen Verbündeten gemachten Vorschläge, — wenn man von dem Standpunkte nationalen Selbstbewußtseins absehen kann, — als Geschäft durchaus akzeptabel erschienen. Der Verlust eines, wenn auch kostbaren und mit



deutschem Blut erkämpften Grenzstreifens wäre, meines Dafürhaltens, durch die Erwerbung der angebotenen Gebiete und der dadurch dem deutschen Volke gesicherten führenden Stellung im internationalen Wettbewerbe so ziemlich aufgewogen worden. Seine Majestät neigte gleichfalls dieser Ansicht zu und ließ daher den Botschafter in Berlin, Prinzen Hohenlohe, beauftragen, die Vorschläge der Entente der kompetenten deutschen Stelle zur Kenntnis zu bringen. Es mag damals in Deutschland Staatsmänner gegeben haben, die nicht abgeneigt gewesen wären, uns auf dem Wege zu folgen, der zum Frieden führen sollte. Die leitenden Militärkreise verhielten sich jedoch vollständig ablehnend und wollten die ins Auge gefaßte Verhandlungsbasis unter keiner Bedingung akzeptieren; sie bezeichneten Elsaß-Lothringen als ein noli me tangere, und an ihrem Widerstande scheiterte die letzte Hoffnung auf eine Verständigung. Kaiser Karl beugte sich dem unerbittlichen Urteilsspruche und brachte blutenden Herzens seine bessere Überzeugung der Bundestreue zum Opfer. Wie schwer dieses Opfer dem Friedenskaiser gefallen ist, können nur diejenigen ermessen, die in seiner unmittelbaren Umgebung standen. Kann es trotzdem noch Menschen geben, die bona fide der Verleumdung Glauben schenken, die diesen edlen Mann des „Verrates an der deutschen Sache“ beschuldigen? Nein, Kaiser Karl war keines Verrates fähig! Der Friede, den er anstrebte, hätte seinem Bundesgenossen weit größere Vorteile gebracht als ihm selber und seinem schwergeprüften Lande. Deutschland aber wäre aus diesem Frieden stark hervorgegangen; es hätte aus der Versöhnung größeren Nutzen gezogen als aus dem Kampf bis auf's Messer. Auch die Lage der großen Ententemächte hätte sich durch den rechtzeitigen Friedensschluß günstiger gestaltet, als sie heute ist, — und wie vielen Hunderttausenden von tapferen Soldaten wären unsägliche Leiden erspart geblieben! —

Unendlich tragisch ist das Schicksal dieses Monarchen, der sich nur dem Besten der leidenden Menschheit widmen



wollte, der das drohende Unheil vorausgesehen hatte und es dennoch nicht beschwören konnte. Den Materialisten unserer Zeit war Kaiser Karl ein Stein des Anstoßes, denn er verkörperte ein großes Prinzip in seiner edelsten Gestalt! Die Nachwelt aber wird ihm Gerechtigkeit widerfahren lassen und ein strenges Urteil über diejenigen fällen, die ihn mit ihren Verleumdungen verfolgen noch bis über das Grab hinaus.

Freiburg i. d. Schweiz, im April 1922. Gf. Revertera.

LVIII.

Der Wahrheit freie Bahn!

Ein Stoß Zeitungen liegt vor uns, die alle den Tod Kaiser Karls behandeln. Es ist eine eigene Tonleiter, die aus diesen Blätterstimmen klingt: geringschätziges Mitleid, herablassende Teilnahme — wobei die Herablassung hörbar in den Vordergrund tritt — Schadenfreude, die sich notdürftig in wehmütig klingende Phrasen einhüllt, staatsmännisch frisierte Begründungen, warum denn die Wege der politischen Parteien und der Habsburger auseinander gegangen seien, endlich erleichtertes Aufatmen! Dabei werden Anklagen angedeutet, die man, angesichts der „Majestät des Todes" nicht aussprechen will, die aber so deutlich durchklingen, daß es schon besser wäre, man hätte alles klar herausgesagt. Kräftiger als diese Stimmen tönen uns die Laute offener Feindschaft entgegen: Haß und Verachtung, wilde Disharmonie, wahnwitzige Wut, und mit krächzender Stimme, die alles überschreit, fordert man noch für den Toten als Strafe die Laterne! Es ist ein widerliches, ein merkwürdiges Konzert und nicht minder merkwürdig sind die Personen, die dabei mitwirken. Da marschieren der preußische General und der österreichische Exgeneralstäbler Arm in Arm mit



den Wortführern der Entente, während der Belgrader Mörder seinem Todfeinde, dem Sieger von Rapallo, die Hand reicht. Gar manche mit Ehren und Orden überhäufte „Stütze" des Thrones sucht und findet Anschluß auf der Gasse, hinwieder quittieren die Führer der roten Meute dankend die Geldspenden der Großkapitalisten, womit der Haß gegen Habsburg finanziert wird. Von sympathischen Nachrufen sieht man wenig, sehr wenig!

Da drängt sich wohl die Frage auf: Ist denn wirklich Kaiser Karl schuld an allem Übel, das heute die Welt drückt? Ist es seine Schuld, wenn jetzt die Völker totkrank darniederliegen, seine Schuld, wenn Europas Kultur einen Zusammenbruch erlitten hat, der den des alten Römerreiches noch übertrifft? Ist er vielleicht der geistige Urheber der Friedensschlüsse von Versailles, Saint Germain, Neuilly und Sèvres? Nein, denn andere führten damals das Wort, andere die Feder, andere die Völker! Da sind Haß, Feindschaft, Neid, Mißgunst am Werke, um den Wiederaufbau Europas zu hindern, da stehen Volksgenossen gegen Volksgenossen im Klassenhasse entzweit, und jedes Natiönchen hat seine Wälder für Zollschlagbäume geschlagen, da drückt der, der gerade der Mächtigere ist, seinen überwundenen Gegner an die Wand, und nur Vernichtungswut, Vernichtungswille sprüht aus überhitzten, von Leidenschaften entzündeten Augen. Ist Kaiser Karl an all dem schuld? hat er diesen Haß, diese Niedertracht gesät, hat er die Klassen gegen einander gehetzt? hat er die Glut der Feindschaft unter Europas Völkern zu heller Flamme angefacht? Nein, wir wissen es zur Genüge, es gab keinen Tag seiner kurzen Regierung, an dem er nicht mit voller Kraft, mit Aufopferung aller seiner Ruhe und getrieben von der selbstlosesten Liebe zu seinen Völkern den Frieden und die Versöhnung gesucht hat. Was also hat Kaiser Karl getan, um so unsäglich viel Haß auf sein Haupt zu laden? Will man vielleicht behaupten, daß er die Verhältnisse geschaffen habe, die er doch nur vorfand und unter denen er mehr litt als



irgend ein anderer? Und wenn er nicht schuld daran war, nicht schuld sein konnte, will man ihn vielleicht beschuldigen, daß er diesen Verhältnissen mit zu wenig Energie die Spitze geboten habe? Oder daß er überhaupt jeder Energie bar gewesen sei?

Da schreiben z. B. die „Münchener Neueste Nachrichten“ unterm 3. April: „Kaiser Karl trat ein vom Schicksal gezeichnetes tragisches Erbe an und war in keiner Hinsicht der von gewaltigen Kräften getragene Mann, der sich etwa in entscheidungsvollen Stunden mit dem hereinstürmenden Verhängnis hätte schlagen und es zum Bessern wenden können. Der Kaiser war — wie wir glauben — eine weiche, leicht lenkbare, gutherzige, aber charakterschwache Natur, ein gütig gearteter, aber wenig entwickelter, infantiler Mensch.“ Der italienische „Avanti“ hinwieder wirft Kaiser Karl starrsten Absolutismus vor. „Während Karls Regierung hat es weder in Österreich noch in Ungarn eine Spur von Freiheit gegeben, statt dessen aber Verbannungen, grausame Urteile und Galgen“.

Kann man sich einen schneidenderen Gegensatz denken, als den Karl der „Münchener Neuesten“ und den Karl des „Avanti“? Wo liegt da die Wahrheit? War Karl wirklich „ein infantiler Mensch“? Oder war er ein blutdürstiger Tyrann? Auf diese Frage muß Antwort gegeben werden.

Das erste selbständige Auftreten Karls erfolgte bei der Leichenfeier seines Oheims, des ermordeten Thronfolgers: es bedeutete einen von allen Denkenden freudig begrüßten Bruch mit der zopfigen Engherzigkeit des Hofschranzentums. Nur wer die Strenge der Etiquette unter Kaiser Franz Joseph kennt, wird imstande sein, den Mut, den der junge Erzherzog damals an den Tag legte, richtig einzuschätzen. Seine persönliche Tapferkeit bewies er glänzend bei der Offensive gegen die Sieben Gemeinden im Frühling 1916, glänzender vielleicht noch als entthronter Herrscher bei seinen beiden Ungarnfahrten. Freilich, dieser persönliche Mut hat ihm nicht durchwegs Freunde gemacht, aber „infantil“ mutet



er denn doch wahrlich nicht an. Karl hatte aber nicht nur als Thronfolger, nicht nur bei Hofe und im feindlichen Feuer seinen Mut zu erproben. Ein strenger Gerechtigkeitssinn und ein eisernes Pflichtgefühl zwangen ihn, als er Kaiser geworden war, gegen die damals schon überwuchernde Korruption zu Felde zu ziehen, und das war ein Schritt, der noch weit mehr Mut erforderte als das Ausharren im Feuer feindlicher Geschütze; es war ein Schritt, der bei dem schon seit dem Frieden tief eingefressenen Übel schwere Folgen haben mußte, kurz, es war eine Operation auf Leben und Tod. Diesem Gerechtigkeitssinne, diesem Pflichtgefühle des Kaisers entsprangen seine Versuche, die militärischen Dekorationen gerechter zu verteilen und dem Luxus so mancher höheren Kommanden zu steuern. Auch in die Verpflegsverhältnisse von Wien griff der Kaiser mit rastloser Energie ein; er gönnte sich kaum den nötigsten Schlaf, um überall zu organisieren, zu helfen und sich persönlich von der Ausführung seiner Anordnungen zu überzeugen. Dazu kamen die häufigen Reisen an die Front, die den Zweck hatten, das Pflichtbewußtsein der verantwortlichen Führer zu heben — gab es doch zahlreiche militärische Stellen, die jenen Existenzen, denen Pflicht ein wesensfremder Begriff war und Front und Frontbedürfnisse unangenehme Klänge bedeuteten, willkommenen Unterschlupf boten. Nun war aber allen diesen Elementen, wo immer sie sich warm gesetzt hatten, die Energie des Kaisers ein Dorn im Auge. Man zitterte vor „Karl dem Plötzlichen", und es ist nur zu begreiflich, daß diese Angst Abneigung erzeugte, erzeugen mußte.

Vielleicht also war Kaiser Karls Eingreifen doch allzu schroff, seine „Plötzlichkeit" ein Ausfluß von Herrscherlaune und Herrscherhärte; vielleicht ist es der rote „Avanti", der gegen die „Münchener Neuesten" recht behält? Kaum hatte Karl die Regierung angetreten, kaum war er oberster Kriegsherr geworden, so war es eine seiner ersten Verfügungen, eine im Heer eingebürgerte, aber demütigende und grausame Strafe, das sogenannte „Anbinden", abzuschaffen. Das

zeugt doch gewiß nicht von Härte! Oder war vielleicht die Begnadigung der tschechischen Hochverräter ein Galgenurteil? Nein, Karl hat es stets als das schönste Recht der Krone betrachtet, Milde walten zu lassen; sein Programm lautete nicht: Aug' um Auge, Zahn um Zahn. Ein Programm der Härte hätte wohl einem Erobererstaate entsprochen: der Donaumonarchie aber entsprach Völkerversöhnung. Und so beweist die Güte und Nachsicht des Kaisers ein tiefes Erfassen der österreichischen Staatsidee, einer Staatsidee, die freilich während der letzten fünfzig Jahre den meisten Österreichern, welcher Nation sie auch seien, allmählich verloren gegangen ist.

Österreichs Zusammenbruch wurde — teilweise wenigstens — vorbereitet durch jenen Zentralismus, den die kurzsichtige Politik deutscher und magyarischer Staatsmänner der Donaumonarchie aufgenötigt hatte, der aber der Natur dieses Staates nicht nur wesensfremd, sondern gerade entgegengesetzt war. Kaiser Karl hatte den Mut, mit diesem System zu brechen; er suchte, das föderalistische Gefüge neu aufzubauen. Diese von großzügig staatsmännischem Denken zeugende Tat hatte nur einen Fehler: sie kam zu spät! Zehn Jahre früher hätte sie vielleicht der Weltgeschichte einen anderen Verlauf gegeben.

Kaiser Karl war also im eigentlichen Sinne eine Verkörperung der Autorität. Wäre er, wie man gewöhnlich von ihm zu sagen beliebt, ein bloßer Spielball seiner Ratgeber gewesen, so hätte bei dem häufigen Ministerwechsel die Marschroute des Kaisers nicht jenen einheitlichen Zug aufweisen können, der einem aufmerksamen und leidenschaftslosen Beobachter unmöglich entgehen wird. Folgende Ausführungen mögen diesen Zug in besseres Licht stellen. Wollte Kaiser Karl die verkörperte Autorität, die Lex animata sein, so mußte er notwendig die Moral zur Grundlage seiner Reformbestrebungen machen. Daher waren auch all seine Bemühungen auf den sittlichen Aufbau gerichtet. Vom Duellverbote angefangen bis zur Bekämpfung der schmählichen



Weiberwirtschaft bei so manchen höheren Kommanden, vom Kampfe gegen den Luxus bis herab zum Beispiele körperlicher Entsagung, das er selbst gab, war sein ganzes Streben ein zielbewußter Kampf für die Moral. Das sind nur Streiflichter, es sind Beispiele, die beliebig vermehrt werden könnten: sie genügen aber vollauf, um zu beweisen, daß Kaiser Karl weder ein infantiler Mensch noch ein Tyrann war, vielmehr ein Mann im edelsten Sinne des Wortes, ein Mann von hohem Mute, und zwar nicht nur von jenem gewöhnlichen Soldatenmute, der in der Feuerlinie wacker aushält, sondern auch von jenem erhabenen Charaktermute, der allein imstande ist, Gerechtigkeit und Milde zu vereinen.

Der „Fehler“ Kaiser Karls bestand also nicht darin, daß er den Kampf aus feiger Schwäche nicht aufnahm, auch nicht darin, daß er ihn mit zu großer Härte führte, sondern einzig darin, daß er mit der ihm eigenen hohen moralischen Anschauung die ihm zukommende Autorität ausüben wollte und auch ausübte. Damit aber setzte er sich in Widerspruch mit dem Großteile seiner Untertanen, deren sittliche, soziale, ja physische Fäulnis den Staat zum Zusammenbruche reif gemacht hatte, lange, ehe Karl die Zügel der Regierung ergriff.

Es war ein schwerer Kampf, ein Kampf nach allen Fronten, den Kaiser Karl aufnehmen mußte, wollte er als Ehrenmann und als Regent handeln. Dieser Kampf konnte aber bei jenen, gegen die er geführt wurde, unmöglich Liebe erzeugen. Des Kaisers Reformtätigkeit traf manch einflußreiche Persönlichkeit, sie traf die riesige Schar jener Parasiten, die die Not des Volkes zu schmutzigen Profiten mißbrauchten, sie wühlte das ekle Heer der Drückeberger und Hinterlandsgeier auf und störte die Phäakenruhe jener Vielen, denen die Pflichtversäumnis zur zweiten Natur geworden war, und zwar nicht nur im Hinterlande, sondern auch an der Front. Die große Masse des Volkes jubelte zwar anfangs dem jungen Herrscher zu, aber das Volk ist seiner Natur nach immer unselbständig und daher unverläßlich; zudem war es

zermürbt von Not und Hunger und daher schlimmen Einflüssen zugänglicher. Die von der Reformtätigkeit des Kaisers betroffenen Kreise setzten aber alles in Bewegung, um diese ersprießliche Tätigkeit zu vertuschen und so die Blicke des Volkes von ihrem eigenen schmutzigen Gebahren abzulenken. Schließlich kam es dann so weit, daß man als Schuldigen den vorschob, der die Schuld verfolgte. Man griff gegen den Kaiser zu einer Waffe, die nie versagt, zur Waffe der Verleumdung. Der giftige Dolchstich saß, und er hat tötlich verwundet.

Schon im Frühjahre 1917[1]), bald nach dem ersten scharfen Erlasse wegen der Dekorationen, tauchten die ersten Gerüchte auf, die Kaiser und Kaiserin — und zwar namentlich die Kaiserin, weil sie den Soldaten fremd war — zu belasten suchten. Fragte man nach der Quelle, so wollte es der Gewährsmann bei der Division oder beim Armeekommando in Trient oder gar beim Heeresgruppenkommando in Bozen erfahren haben. Diese Gerüchte verstärkten sich bis zum Herbste 1917 derart, daß sie für jeden Denkenden den Stempel der Lüge, ja der Lächerlichkeit trugen; aber je hirnrissiger sie waren, desto mehr schenkte man ihnen Glauben. Die Krone des Unsinns verdient wohl die Nachricht, die Kaiserin sei im Aeroplan zum Feinde hinübergeflogen, um unsere Stellungen und Dispositionen zu verraten!

Die Flut der Verleumdung schwoll an; die Entente brauchte sie nur zu kanalisieren. Die sogenannten Gutgesinnten schwiegen zum größten Teile; sie traten nicht für ihren Kaiser ein, ob aus Feigheit, ob aus Gedankenlosigkeit? Gleichviel! Kaiser Karl stand isoliert; das Vertrauen zu ihm war untergraben, seine Autorität ins Wanken geraten. Wahrhaftig, kein Genie der Welt hätte diese Situation noch meistern können! Jene elenden Tröpfe aber, die den edlen Kaiser als das hinstellen möchten, was sie selber waren, haben für die Entente den Sieg erfochten, den diese mit



1) Schreiber stand damals an einem Punkte der Tiroler Front.

ehrlichen Waffen niemals erfochten hätte. Die Verleumdungen haben den Felsen der Autorität zersplittert, zersprengt, und die herabstürzenden Trümmer haben das Schwert Österreichs zerbrochen.

Dieser Dienst für die Entente war unbezahlbar, und zwar unbezahlbar in zweifacher Hinsicht, denn er forderte nicht einmal ein kurzes „Ich danke!" Aber noch andere freuten sich dieser Wahnsinnstat. Der einen dieser Gruppen war vielleicht an der Person Karls weniger gelegen: die Dynastie, der er entstammte, war es, die diesen Leuten im Wege stand. Schon seit Bismarcks Zeiten gab es unter den Deutschen Österreichs eine Fraktion, die von den Habsburgern weg zu den Hohenzollern gravitierte und in Berlin mehr als bloß moralische Unterstützung fand. Mit dieser Verstärkung und — militärisch ausgedrückt, — mit diesem politischen Flankenmarsch über Deutschböhmen, Linz, Salzburg, Innsbruck hoffte man als weitern Erfolg die Front der süddeutschen föderalistisch gesinnten Länder aufzurollen. Eine solche Operation war aber nur dann möglich, wenn der Thron der Habsburger stürzte. Die Alldeutschen, die heutigen sogenannten Großdeutschen waren es, die diesen kleindeutschen Plan vertraten. Schon bald nach 1866 hatten sie sich als richtige deutsche Irredenta konstituiert, und die Verschärfung des nationalen Haders, der schließlich zur Zertrümmerung Österreichs führte, ist hauptsächlich auf ihr Konto zu setzen. Ihre Haltung hat naturgemäß auch andere deutsche Parteien auf falsche Geleise gedrängt und die gesamte Politik der Deutschen in Österreich vergiftet. Mit Recht sagt daher ein Führer der deutschen Südtiroler Dr. Reut-Nikolussi in einem Nachrufe auf Kaiser Karl: „Wenn dies sein Bestreben (nämlich unparteiische Gerechtigkeit gegen alle Stämme des Reiches zu üben) nicht zum Ziele führte, so wollen wir es heute mit aller Offenheit zu Lasten der Deutschen in Österreich buchen, welche den Gang der Geschichte nicht erfaßt hatten." Diese Herren sahen es damals nicht ein und sie sehen es, wie uns scheinen will, auch heute noch nicht ein, daß sie



durch Zerstörung des Hasburgerreiches die Rücken- und Flankendeckung des Deutschen Reiches zertrümmert haben. Sie hatten nichts anderes im Auge als ihr nächstes Ziel, den Anschluß an Berlin; darum wollten sie die Wiederkehr der Habsburger um jeden Preis verhindern und haben nach Kräften Scheiter herbeigeschleppt, um dem Ehrenschilde Karls von Habsburg einen schmählichen Feuertod zu bereiten. Was Wunder, wenn der Tote von Madeira in ihren Organen mit verletzender Geringschätzung behandelt wird! „Haltlos," so schreibt eines dieser Blätter, „folgte er dem Rate der noch vom Geiste einer längst verrauschten Zeit befangenen Ratgeber ..." Und weiter: „Zu dieser Auflösung und dadurch zu Jammer, Not und Elend von Abertausenden in allen Nationen, die dem Staatsverbande einst angehört hatten, beigetragen zu haben, ist der schwerste geschichtliche Vorwurf, der den Exkaiser (sic!) trifft. Wir sagen bloß „beigetragen", denn Exkaiser Karl war nur ein haltloses, in den furchtbaren Sturmtagen schwankendes Rohr. Er konnte sich nicht aufraffen, hatte keinen großen Moment und folgte willenlos den unseligen Eingebungen seiner Vertrauten."

Doch nicht genug mit diesen Verunglimpfungen von Seite gewöhnlicher Zeitungsschreiber! Hat doch selbst ein hoher preußischer Offizier, Generalleutnant von Cramon, es gewagt, dem Kaiser „Liebäugeln mit dem Feinde" und Treubruch vorzuwerfen. Es handelt sich hier um die sogenannte Sixtus-Affäre. Und doch geht aus dem dritten Bande der Ludendorff'schen Erinnerungen deutlich hervor, daß jene Verhandlungen im vollsten Einverständnisse mit der deutschen Regierung geführt wurden, und aus den Memoiren des Prinzen Sixtus weiß man, welch hoher Preis dem Kaiser Karl für einen Separatfrieden geboten wurde. Kaiser Karl aber hielt seinem deutschen Bundesgenossen wahre Nibelungentreue. Wer ist da der Verräter? Ist es Karl, der nur um die Bundestreue nicht zu verletzen, seinen Thron wagte, oder sind es jene, die diesen Thron zu stürzen suchten, um Habsburg durch Hohenzollern zu ersetzen?



Der Gegensatz zwischen Kaiser Karl und den Anhängern des Preußentums liegt aber tiefer; es handelt sich da nicht nur um dynastische Rivalitäten. Kaiser Karl war es eben, der den wahren großdeutschen Gedanken vertrat, der zugleich auch der österreichische Staatsgedanke ist. Nationalen Chauvinismus kennt dieser Staatsgedanke freilich nicht, denn ihm liegt die echte Völkerbundsidee zu Grunde. Der Kleindeutsche hingegen kennt nur ein stetig sich vergrößerndes Preußen. Der echte Großdeutsche sieht in Deutschland und in Österreich eine Säule der europäischen Ordnung, und zwar nicht nur der staatlichen, sondern auch der moralischen. Der Kleindeutsche ist chauvinistisch, weil er zentralistisch ist. Die großdeutsche, die österreichische Staatsidee ist föderalistisch und will die Eigenart aller Völker Mitteleuropas schützen: sie ist nichts anderes als die historische Rechtsidee im Gegensatze zur politischen Zweckkonstruktion. Hätte Kaiser Karl den Rechtsstandpunkt aufgegeben, er hätte die Nibelungentreue sicher nicht gehalten, und das wäre für ihn entschieden bequemer und leichter gewesen, denn es ist stets leicht, „schwankendes Rohr" zu sein. Unter so schweren und kritischen Umständen vom Rechte nicht abweichen, ist aber eine Festigkeit, die die Weltgeschichte nicht vergessen wird.

Neben den alldeutschen (wir gebrauchen für sie nicht gern das Wort „großdeutsch") Feinden Kaiser Karls finden wir noch die verschiedenen Irredenten, die tschechische, die polnische, die südslawische, die italienische... Ihre Bestrebungen glichen denen der Alldeutschen: sie waren zentrifugal, sie wurden genährt von fremdem Gelde, geführt von verkauften Existenzen. Sie alle waren politische Zweckexposituren des feindlichen Auslandes, und heute, nachdem der Staat zerfallen ist, kümmern sich ihre Auftraggeber nicht mehr um sie. Mächtiger aber und wichtiger als diese Irredenten war der natürliche, der prinzipielle Gegner Karls, die Sozialdemokratie aller Riten und Richtungen. Dieser furchtbare Gegner nützte geschickt die kranken Seiten des Staates und die Not des Volkes aus, und in seiner ziel-

bewußten Hetze gegen die Autorität fand er, wie wir bereits angedeutet haben, Bundesgenossen in Menge. Sozialistisch organisierte Offiziere und Unteroffiziere gehörten zu den eifrigsten Verbreitern der ehrenrührigen Gerüchte gegen den Kaiser, und so ungern diese roten Herren an die Front gingen, ebenso gern stellten sie sich in den Dienst der feindlichen Propaganda. Die Sozialdemokratie hat im Kampfe gegen Kaiser Karl wohl den Rekord der Gemeinheit und Gemütsroheit aufgestellt. Zwar versichern ihre Organe jetzt, nach seinem Tode, daß seine Person „kein Aufhebens wert" sei, zugleich aber strafen die Ergüsse ihrer an Wahnsinn grenzenden Wut diese Behauptung Lügen. Nicht einmal den Tod in Verbannung und äußerster Armut gönnen sie ihrem Opfer; schreibt doch die „Rote Fahne" in Wien: „Wenn an dem Tode Karl Habsburgs eines bemerkenswert ist, so ist es dieses, daß ihm erlaubt wurde, ruhig im Bette zu sterben, und daß er nicht von den Massen aufgehängt wurde." Dieser Ton ist echt: er erinnert an die schlotternde Angst der roten Garde in Wien, als Kaiser Karl in Ungarn erschien. Die Feindschaft dieser Leute gegen ihn vermögen wir am besten zu begreifen.

Die moderne Demokratie, deren logisches Endresultat der Bolschewismus, die Räteherrschaft ist, stand in jeder Beziehung in direktem Gegensatz zu Kaiser Karls Bestrebungen. Schon sein Kampf für die Moral mußte auf die sozialistische Partei wie eine Kriegserklärung wirken: war es doch ein Kampf gegen das Hauptdogma des Sozialismus, gegen den Materialismus, der ja letzten Endes die Lehre der Unmoral ist. Dieser Kampf Kaiser Karls für die Moral entsprang, wie schon gesagt, seiner Auffassung vom Wesen der Autorität; denn ebenso wie die Moral steht auch die Autorität auf übermateriellem Boden und ist daher, wenn richtig verstanden, ein natürlicher Feind des Sozialismus. Kein Wunder also, daß gerade jetzt, gerade gegen Karl der Sozialismus zum entscheidenden Schlage ausholte! Der Augenblick war hiezu günstig. Der Krieg hatte auf die Bevölkerung viel-

fach zersetzend gewirkt; dazu kam die Wühlarbeit der Irredenten, die Mißstimmungen wegen Karls reformatorischem Eingreifen, endlich von außenher die Hilfe der Entente. So konnte man wohl hoffen, den alten Bau zum Einsturze zu bringen. Und dann brauchte die Entente bloß einzumarschieren.

Die Entente und ihr Verbündeter, der Sozialismus! Das ist ein Kapitel für sich!

Es ist eine Tatsache, daß zwischen der obersten Führung der Entente, zwischen den irredentistischen Führern innerhalb und außerhalb des Reiches und den Führern der Sozialisten in Österreich und Deutschland enge Beziehungen bestanden und auch heute noch bestehen. Solch weitverzweigte Verbindungen werden aber nicht in wenigen Tagen geschaffen und organisiert: tatsächlich haben sie auch bereits vor dem Kriege bestanden. Jetzt, da die Mittelmächte am Boden liegen, wird dies auch nicht mehr geleugnet. „In der Zeit, da Österreich und Deutschland im Kriege gegen die Entente standen“, so äußerte sich der ehemalige sozialistische Minister und Führer Dr. Otto Bauer, „war es Pflicht der Sozialdemokratie Ententisten zu sein.“ Und man erfüllte diese „Pflicht“ nach besten Kräften, man stellte sich sogar, wie der spätere sozialistische Kriegsminister Dr. Deutsch voll cynischem Stolze bekennt, geradezu in den Spionage- und Propagandadienst der Entente. Und als es den vereinten Kräften gelungen war, die Mittelmächte niederzuringen, brüstete sich die Sozialdemokratie triumphierend, die Front von hinten erdolcht zu haben. Sie blieb aber auch nach Beendigung des Krieges im Gefolge der Entente, der sie jeden gewünschten Polizei-, Detektiv- und Denunziantendienst leistete und bis zum heutigen Tage noch leistet. Selbstverständlich ist auch der Haß gegen die Regentenhäuser, namentlich gegen Habsburg derselbe geblieben, so sehr sich die verschiedenen Fraktionen der Sozialisten sonst befehden. Er ist aber auch derselbe geblieben bei den Mächten der Entente. Mögen sie untereinander noch so viele Reibungs-

flächen haben, in diesen Punkte sind alle divergierenden, oft einander geradezu entgegengesetzten Kräfte doch immer wieder einig.

Das ist eine Tatsache, die man nicht ableugnen kann. Und diese Tatsache muß ihre Erklärung finden, denn allzu naiv wäre es, bloße Gefühle anzunehmen. Es muß also wohl irgend etwas da sein, was über diesen divergierenden Elementen steht; es muß eine einheitliche Führung vorhanden sein. Die Sozialdemokratie ist diese Führung nicht, die Entente ebensowenig, denn diese ist ja selbst nur ein Resultat höherer Führung. Es handelt sich da um eine weltumfassende Organisation, und das ist die Freimaurerei. Dieser gewaltige, alle Kabinette der Großmächte umspannende Bund hat sich vor dem Kriege geschickt in allerlei Firlefanz gehüllt, um seine Pläne zu maskieren. Schon seit mehr als 150 Jahren ist sein Streben zielbewußt auf den Umsturz der bestehenden Ordnung gerichtet. Das Endziel, das er freilich nie erreichen wird, ist die Vernichtung der katholischen Religion, sowie überhaupt jeder religiösen Idee. Der Weg hiezu ist Zersetzung, vorerst in nationaler Hinsicht, um auf diese Weise die Staatensysteme zu erschüttern und zu Falle zu bringen. Den Erfolg dieser Taktik haben wir bereits erlebt. Die zweite Stufe ist die soziale Zersetzung, der Klassenkampf, die Vernichtung jeder wirtschaftlich freien Existenz, der soziale Brei: und in diese Periode sind wir entschieden eingetreten. Im alten Programme der Freimaurerei aus der Mitte des achtzehnten Jahrhunderts sind bereits alle Punkte enthalten, die später von Marx als Grundlage des Sozialismus aufgestellt wurden: er brauchte die Diposition zu seinen Theorien bloß abzuschreiben, und er hat es sichtlich auch getan. Dieses Freimaurerprogramm spricht sich so detailliert aus, daß auch das Programm des Russen Bucharin nur eine Abschrift davon sein dürfte. Die Freimaurerei, diese mächtige Organisation, ist also das eigentliche Rückgrat der Entente; der Schöpfer der Entente, König Eduard VII., war bekanntlich ein führender Frei-

maurer. Ohne diese Organisation wäre die Entente nie weltumspannend geworden; sie hätte nie so viele Interessengegensätze in sich vereinigen können. In dieser freimaurerischen Organisation wurzelt aber auch die oberste, meist jüdische Führung der Sozialdemokratie, nnd so erklärt es sich höchst einfach, warum die „internationalen" Sozialisten in den Ententeländern national, bei uns aber Ententisten waren.

Dieser Organisation war der Thron der Habsburger, schon von ihrem politisch-sozialen Programme aus, im Wege. Aber mit Fürsten und Kronen kann man verhandeln. Auch an Kaiser Karl ist die Freimaurerei herangetreten, um zu verhandeln, doch sie hat auf Granit gebissen.

Es ist gewiß kein Zufall, daß die alldeutsche Bewegung, die nach Berlin orientiert und von dort unterstützt und ermutigt wurde, eine Los-von-Rom-Bewegung zu inszenieren versucht hat: für diese Leute waren eben „Los von Rom" und „Los von Österreich" verwandte Begriffe. Es ist ebensowenig ein Zufall, daß die allslawische Bewegung in Österreich sich der orthodoxen Kirche bediente und ebenfalls eine Los-von-Rom-Bewegung anstrebte. Und es ist ungemein treffend, wenn das Organ Masaryks, der „Cas", von einem „österreichischen Römertum" spricht. Österreichisches Römertum! Der Ausdruck ist prägnant, um die historische Vergangenheit des Hauses Habsburg zu charakterisieren. Es liegt in diesem Ausdrucke die Erinnerung, ja noch mehr, es liegen darin die staatsrechtlichen Traditionen des heiligen Römischen Reiches deutscher Nation. Daß solche Traditionen sowohl im protestantischen Norden als auch im kalvinischen Teile Ungarns[1]), daß sie in den serbisch und russisch orthodoxen Kreisen als Gefahr gewertet wurden, liegt auf der Hand und ist oft genug von dieser Seite ausgesprochen worden. Ebenso verhaßt mußten sie den logischen Jüngern

1) Die kalvinischen Ungarn, Bethlen, Horthy usw. sind zwar Royalisten, aber die katholische Gesinnung des Hauses Habsburg war ihnen immer unsympathisch.



der Ideen von 1789, den Sozialdemokraten, den Marxisten sein, die durch jede Erinnerung an höhere, nicht rein materielle Gedanken in Wut versetzt werden. Aber auch allen „modern“ orientierten Menschen, die durch und durch durchsetzt von den Lehren von 1789 in allen liberalen Farben schillern, die ihr Heil im Parlamentarismus, in Kompromissen, kurz im beständigen Rückzuge sehen, allen diesen, die christlich-sozialen Führer nicht ausgenommen, sind diese Traditionen nicht genehm, denn sie fürchten von einer möglichen Auferstehung echter Staatsgedanken das Ende ihrer eigenen, persönlichen politischen Herrlichkeit.

Gerade dieser Ausdruck „österreichisches Römertum“ weist darauf hin, daß Kaiser Karl mehr vertrat als das bloße monarchische Prinzip, mehr auch als das Prinzip der Legitimität an sich: er vertrat das Gottesgnadentum in seiner präzisesten, d. h. in seiner katholischen Auffassung. Und er vertrat es nicht nur als Erbe jener ehrwürdigen Überlieferungen, die Österreich eigen sind und die allein schon genügten, um den Ruf: „Austria delenda!“ zu provozieren, er vertrat es selbst mit seiner ganzen Person, mit seiner ganzen Seele, aus vollster Überzeugung. Wenn nun ein Kaiser mit solchen Grundsätzen zur Regierung kam und man ihm Zeit ließ, sich durchzusetzen, dann mußte Franz Ferdinands Gedanke zur Wirklichkeit werden. Und einen solchen Kaiser, einen solchen Mann hätte die Freimaurerei dulden sollen? — Niemals!

Es genügte also nicht, Kaiser Karl einfach des Thrones zu berauben, man mußte ihn auch für alle Zukunft unmöglich machen. Und hiezu stand der ausgezeichnet organisierte Propagandadienst der Entente mit allen seinen Expposituren, den verschiedenen Irredenten, dem Sozialismus und den vielen gekauften Individuen zur Verfügung. Der Organisator Lord Northcliffe brauchte bloß die Gerüchte, die schon im Umlaufe waren, noch mehr zu lancieren und zu verdichten, und es entstand ein Zerrbild, wie man es widerlicher kaum denken kann. Wenn man diesen Dingen



nachgeht, wenn man diese Gerüchte überprüft, dann faßt einen namenloses Staunen, wie es denn möglich war, ein solches Zerrbild zu schaffen, denn der wahre Kaiser Karl hatte alle Eigenschaften, die einen Fürsten zum Liebling seines Volkes machen können. Gewiß mag dem jungen Kaiser in manchen Dingen die Erfahrung gefehlt haben, aber es ist eine Binsenwahrheit, daß die Erfahrung nicht vom Himmel fällt, sondern erworben werden muß; und man hat dem Kaiser keine Zeit gelassen, sie zu erwerben. Alles in allem aber hat sich Karl während seiner allzu kurzen Regierung als tüchtiger Führer im Felde, als großzügiger Staatsmann, als klarsehender, praktischer Regent erwiesen. Und als alles den Kopf verloren hatte, alles bis hinab zum letzten Lakaien, Kaiser Karl verlor den Kopf nicht.

Wir stehen hier vor einer Alternative. Wäre Karl wirklich ein „infantiler Mensch" gewesen, oder aber ein „Reaktionär ohne Geist", ein „blöder Wicht", ein „Mensch von erbitternder Unzulänglichkeit", wäre er wirklich so „tief unter dem Mittelmaße" gestanden, wie die Preßmeute es behauptet, warum, so fragt man sich, hat man ihn dann gleich dem gefürchteten Kriegsgott Napoleon auf eine einsame Insel verbannt, warum atmet man jetzt auf bei der Nachricht von seinem Tode? Für den „Säufer", für den „herabgekommenen Menschen", für den „Madeirakretin" war dieses Riesenweltaufgebot von Intrigue, Haß und Verleumdung doch wahrhaftig überflüssig; eine solche Mißgestalt hätte man einfacher erledigen können. Hier gibt es nur zwei Erklärungen. Entweder waren die Hetzer gegen Kaiser Karl Narren oder sie waren Schufte.

Um den Kaiser vollends zu vernichten, ging man mit gewohnter Routine zu Werke. Im vergangenen Herbst mußten die — scheinbar — versöhnlichen Töne auffallen, die uns aus der Ententepresse entgegenklangen. Bald folgte Karls Berufung nach Ungarn. Ging er nicht darauf ein, dann konnte man ihn vor der Welt als schwächlichen Feigling brand-



marken und ihm das Vertrauen auch seiner letzten Getreuen rauben; ging er darauf ein, nun, die Maschinengewehre standen ja schon bereit, um ihn zu empfangen! Karl bewies den Mut seines Oheims, des Siegers von Aspern, dessen Namen er trug. Was ihm versagt blieb und aus leicht begreiflichen Gründen versagt bleiben mußte, war der Erfolg.

Hätte Karl nur an sich gedacht, hätte er engherzige Familien- oder Personalpolitik getrieben, so hätte sich ihm kurz vor der zweiten Ungarreise Gelegenheit dazu geboten. Von Paris aus wurde ihm der Thron Ungarns und noch mehr als das zugesagt, nur hätte er sich den Bedingungen der Loge fügen müssen. Aber als Katholik, als katholischer Kaiser und König mußte er nein sagen und hat es gesagt. Lieber ist er der Armut, der Verachtung, der Verbannung, dem Tode entgegengegangen, als daß er seinen Glauben, sein Volk, sein Reich verraten hätte. Das ist Karls große Tat, größer als alle Siege seiner Ahnen: er ist der Märtyrer des Hauses Habsburg geworden.

Karl ist tot. Werden auch die Verleumdungen tot sein? Wir fürchten, nicht. Als Tilly zu Ingolstadt starb, galt er als der Mordbrenner von Magdeburg: Jahrhunderte mußten über sein Grab hingehen, ehe die Ehre des alten Helden hergestellt wurde. Wird es mit Karls Andenken ebenso sein? Wir wissen es nicht, aber eines wissen wir, daß ein Tag kommen wird, der allen Menschen volles Recht widerfahren läßt, ein Tag, dem niemand entgehen wird, auch nicht die ungekrönten Herren der heutigen Welt. An diesem Tage aber wird Kaiser Karl strahlend vor seinen Feinden stehen.

Karls Opfertod galt seiner Überzeugung, aber auch seinem Vaterlande. „Ich biete dir, o Gott, mein Leben an als Opfer für mein Volk!" Das war seine letzte Botschaft an Österreich. Gott hat das Opfer angenommen, aber vieles muß in Österreich noch anders werden, ehe uns des Opfers Segen zufließt. Denn auf die heutige Generation, Führer, wie Geführte, paßt nur zu gut die Bezeichnung

charakterlose Schwächlinge, die man dem toten Kaiser fälschlich beilegt. Vielleicht aber wird ein späteres Geschlecht, in Not und Drangsal gestählt, den Geist der Weltgeschichte tiefer erfassen und den österreichischen Gedanken, diesen für Mitteleuropa so natürlichen und notwendigen Gedanken, neu gebären. Denn, wenn Charakter und eisernes Wollen wieder bei uns eingezogen ist, wenn katholisches Denken und Fühlen unser Volk wieder durchdringt und stärkt, dann wird Kaiser Karl aus dem Grabe steigen und sein bis in den Tod geliebtes Österreich zum Siege führen.

LIX.

An der Peripherie von Genua.

Berlin, 15. April.

Über Genua sollen wir die deutsche, die bayerische Heimat nicht vergessen. Das Hemd ist uns näher als der Rock. In Genua kann nur mit Erfolg gearbeitet werden, wenn wir zu Hause alles gut bestellen. Das ist das Entscheidende. Da ist es nicht überflüssig, zu bemerken, daß in der internationalen Presse zur Zeit gegen Bayern gehetzt wird. Die „Times" enthalten ein vom 5. April datiertes Telegramm ihres Berliner Vertreters, Mr. Evans, in dem die folgenden Sätze vorkommen:

„Die Arbeiter in Bayern werden zu einem Putsch organisiert. Sie sind in Truppen eingeteilt nach dem Muster der Einwohnerwehr; regelmäßig gedrillt, sowohl in Reih und Glied als im Feld, und ihre Tätigkeit findet duldende Förderung seitens der reaktionären Behörden. Nachrichten aus München besagen, daß die monarchischen Parteien neuerdings rege Tätigkeit zeigen. Es scheint, daß Dr. Georg Heim ihnen neue und starke Impulse gegeben hat. Die Königspartei wirbt eifrig neue Mitglieder. Ernster zu nehmen ist der Heimats- und König-Bund, der die Wiederherstellung der Monarchie auf verfassungsmäßigem Wege

anstrebt und nur auf seine Zeit wartet. Diese Propaganda dient unzweifelhaft Zielen, die nicht verfassungsmäßig sind. Die verantwortlichen Politiker in Berlin betrachten diese Bewegung mißtrauisch; die letzte Rede des bayerischen Ministerpräsidenten, Graf Lerchenfeld, zeigt, daß es sich dabei nicht um gleichgiltige Dinge handelt."

Ob diese Darstellung in den „Times" dem Grafen Lerchenfeld Anlaß geben mag, seine Darlegungen über Bayern und die Zentralregierung in Berlin zu ergänzen, steht bei ihm. Man ersieht jedoch an dieser Darstellung in den „Times", welche Bedeutung man im Auslande den bayerischen Angelegenheiten beilegt. Man ersieht auch sonst, daß man in London und Paris dem Zustand Bayerns, politisch und wirtschaftlich, Aufmerksamkeit beständig zuwendet. Der „Board of Trade" in London, die wichtigste amtliche Vertretung von Handel und Industrie in England, läßt sich über Handel und Industrie in Bayern periodisch berichten. Die bayerische Regierung, wie alle Politiker, erkennen, daß dieses Interesse Englands an Bayern ein wertvolles Aktivum in der Politik sein kann, wenn ihm Aufmerksamkeit erwiesen wird.

In den Rhein- und Rheinverkehrs-Angelegenheiten gehen die Franzosen ihre eigenen Wege. Diese Wege sind nicht immer jene der Engländer, Holländer, Schweizer, Italiener und anderer Nationen. In der Schweiz entfaltet sich eine Bewegung „für die Freiheit des Rheins". Die Engländer haben neuerdings betont, daß sie in diesen Dingen zuweilen andere Interessen haben als die Franzosen. Der Vorsitzende der „Internationalen Rhein-Kommission", ein Franzose, hatte die dritte Sitzung der Kommission, die am 25. April stattfinden sollte, auf den 8. April nach Straßburg einberufen. Die Franzosen haben Eile, ihre Kanalpläne zur Ausführung zu bringen, welche keinesfalls nach dem Gefallen der Engländer sind. Man will in Paris die Dinge fertig machen, bevor man in England die große Bedeutung und wirtschaftspolitische Tragweite der französischen Absichten



allgemein erkennt und Lärm schlägt. So fassen die englischen Vertreter in der Rhein-Kommission die Dinge auf. Sie haben sich deshalb der versuchten Einberufung der Kommission widersetzt und finden dabei die Unterstützung aller anderen Vertreter, außer jenen Frankreichs und Belgiens. Die Haltung der Schweiz hat dabei einiges Befremden erregt. Der höchst kompetente, alle Spezialfragen beherrschende Vertreter der Schweiz, Herr Rudolf Gelphe, trat aus der Kommission aus und scheint gewisse Mitglieder des Schweizer Bundesrats anzuklagen, daß sie den Wunsch hegten, sich mit Frankreich zu verständigen, anstatt entschiedene Oppositon zu machen. Gelphe ist Vertreter der Bewegung für den „freien Rhein“, während die französischen Pläne von der Verkehrsfreiheit auf dem Rhein nur wenig übrig lassen. Es handelt sich in dieser Sache um eine Äußerung des Gegensatzes in der Politik, welche Frankreich einerseits, England anderseits verfolgen. Die Spitzen solcher gegensätzlichen Interessen reichen heute noch nicht bis in die hohe Politik, die, nach Londoner sowohl als Pariser Anschauung, noch ein „ungetrübtes Verhältnis zwischen Frankreich und England“ erheischt.

Während alles nach Genua blickt, geht auf der Linie Moskau—(Reval, Warschau, Prag, Belgrad, Bukarest) Paris das Spiel der französischen Politik fort. Es gibt viele Leute, welche, wenn in Genua nicht alles glatt gehen sollte, einen Sturm im Osten erwarten. Auch Lloyd George hat darauf hingewiesen, als er im Parlament von großen Heeren sprach, die im Felde stehen. Frankreich hat, neben seiner eigenen Armee, die Heere von Rumänien, Jugo-Slavien, Tschecho-Slowakei, Polen so zu sagen in der Hand und ist bestrebt, Finnland und Esthland für seine Absichten zu gewinnen.

Der neue Vertrag zwischen Esthland und Frankreich ist so charakteristisch, daß er in Kürze hier geschildert zu werden verdient:

Esthland hat die folgenden Verträge geschlossen: 20. Juli



1920 mit England, 6 Monate Kündigung. 29. Okt. 1920 mit Finnland, 12 Monate Kündigung, noch nicht ratifiziert. Januar 1922 mit Frankreich, Kündigung 6 Monate vor Ende des ersten Jahres, sonst 2 Monate vor Ablauf der letzten 3 Monatsperioden. Mit Deutschland ist Esthland noch nicht in Verhandlungen getreten, obgleich der Devisenmarkt in Reval mehr deutsche Valuta handelt als andere.

Frankreich hat Meistbegünstigung erhalten, auch für seine Kolonien. Selbst für Seide, Kautschuk, Wolle, Baumwolle und andere Artikel, welche durch französische Firmen eingeführt werden.

Anlage a des Vertrages gewährt Frankreich für Unterprodukte Zollreduktionen von 75 % (Olivenöl) bis 5 %, für Luxuswäsche 10 %. Sehr stark herabgesetzt sind die Zölle für französischen Arak, Rum, Cognak, nämlich um 20 %. Wein in Fässern 25 %, Flaschenweine um 35—25 %, Schaumweine um 25 %. Falls die Echtheit von französischer Seite amtlich bescheinigt wird, sogar um 45 %. Herabgesetzt sind auch die Zölle für französisches Leder, Lederartikel, Parfümerien, obgleich dieselben in Konkurrenz treten gegen die heimische Fabrikation Esthlands. Anlage d gewährt Esthland den französischen Minimal-Tarif. Es ist jedoch nur die Nummer des Tarifes angegeben, nicht der Tarifsatz, sodaß Weiterungen nötig sind.

In Esthland besteht Staatsmonopol für Spiritus, der im Lande in guter Qualität hergestellt wird. Da aber der Preis auf dem französischen Markt vielfach um 50 % billiger ist, so ist wenig Aussicht auf große Einfuhr aus Esthland. Nur Stuhlsitze, Fournierplatten, die in Esthland sehr gut hergestellt werden, haben Aussicht auf Ausfuhr nach Frankreich und sind noch mit 15—80 % Zollreduktion begünstigt. Für französische Films gewährt Esthland einen Zollnachlaß von 40 %. Im Transit sind französische Waren keinem Zoll unterworfen. Sie genießen auch billige Frachttarife. Die Handelsreisenden beider Länder haben ihre Mustermodelle zollfrei. Esthland verzichtet auf fernere Zollbegünstigungen durch Frankreich. Beide Teile



verlangen Ursprungszeugnisse. Auf Märkten und Messen in Esthland zahlen Franzosen keine höheren Bedingungen als die Einheimischen. Esthland tritt der Berner Konvention für Literatur und Kunst bei.

Von großer Bedeutung ist das folgende: Artikel XXI bestimmt, daß Frankreich das Recht hat zu einer normalen Anwerbung von Emigranten in Esthland. In diesem Artikel erblickt man den Versuch von Anwerbung für das französische Heer oder zur Aufstellung einer Truppe nahe der deutsch-russischen Grenze.

Auch die Herren in Finnland haben den französischen Diplomaten den Willen getan, sich den Absichten Frankreichs anzuschließen. Der Vertrag zwischen Finnland und Polen, auf Betreiben des französischen Gesandten Thiébaud in Helsingfors zustande gekommen, bedeutet eine Militär-Konvention, welche die Truppen Finnlands zum Kampf an der Seite Polens verpflichtet. Der unterzeichnete Vertrag hat aber in Finnland Opposition erregt und ist nicht ratifiziert.

Polen ist die Vormacht Frankreichs geworden. Die großen Ausgaben für das Heer, die seither alles verschlangen, sollen allerdings jetzt auf 18,5 Prozent der Staatsausgaben herabgesetzt werden. Hinter diese Zahl gehört ein großes Fragezeichen. Vorige Woche erklärte der Chef des Generalstabes, General Likowski, in der Militärkommission in Warschau, daß Polen ein Heer von 250000 Mann auf den Beinen halten müsse, aus Rücksicht auf Deutschland und Rußland. Deutschland habe allerdings nur 100,000 Mann, aber das sei eine Elitetruppe von Führern, welche schnell ein Heer von 5 Millionen Mann aufstellen könnten. Rußland habe 30 Millionen Männer, die mobil gemacht werden können; jetzt unterhalte es 16 Divisionen Infanterie und 18 Divisionen Kavallerie. Im Krieg würde Rußland 90 Divisionen aufstellen, die, mit deutschem Beistand, mehr leisten würden als 1920. Schließlich verwies der General



auf den „Revanche-Gedanken“ in Deutschland und verlangte für das polnische Heer zwei Jahre Dienstzeit.

Man mag an diesem Beispiel ersehen, wie es mit der „Friedfertigkeit“ in der Welt aussieht.

Die Nachrichten über Verhandlungen zwischen Frankreich (Poincaré) und den Sowjets sind nicht ohne Hintergrund. Poincaré hat dem auswärtigen Ausschuß allerdings erzählt, daß nur verschleierte Damen zu ihm gekommen wären. Mag sein. Allein Cachin und Renault, die in Berlin und Moskau verhandelt haben, sind einflußreiche Mitglieder der französischen Syndikalisten. Graf Chévilly, auch einer der französischen Unterhändler mit den Sowjets, ist Leiter der russischen Abteilung im französischen Handelsministerium. Mag sein, daß Poincaré verhandelt hat, um zu verhandeln, womit er einem Grundsatz Richelieus treu bleibt. Möglich auch, daß sein Hauptzweck auf „Anzettelungen“, auf Zwist in den Reihen der Russen gerichtet ist, nach dem Rezept, mit dem die Entente die Revolution in Deutschland hervorgerufen hat.

Wie es in Moskau aussieht, darüber herrscht allenthalben Ungewißheit. Ob Lenin noch in Genua erscheinen wird, ist ganz gewiß unbestimmt, obgleich ein hoher Grad von Wahrscheinlichkeit dafür spricht, falls Tschitscherin, der Führer der Russen, einigermaßen günstige Erfolge erzielt, oder das Gesamtbild dafür spricht. Einstweilen hat das Wiederauftreten Lenins im politischen Kreis tiefe Wirkungen erzielt. Mit einer Mischung von Scheu und Hoffnung, von Furcht und Stolz blicken selbst die einflußreichen Kreise in Moskau auf ihn; implicite zeigt dies ein Brief von Radek, der in der Umgebung von Krestinski Ende März zirkulierte. Der Brief lautet:

„Wir reisen, nein, wir reisen nicht. Doch schon sind wir unterwegs und morgen sitzen wir wieder friedlich zu Hause. Adolf Abramowitsch wahrsagt aus dem Kaffeesatz, da er für sein Leben gern nach Deutschland reisen möchte. Der glänzende „George“ ist unter einer Menge von Material begraben, das



er sich gesammelt hat und das von den neueingesetzten Kommissionen mit ihren Unterabteilungen, eigentlich von allen Leuten in Rußland gesammelt worden ist. Mit Vergnügen habe ich die „periodischen Verleumdungen in der Presse“ gelesen, die uns von Deinen Boten zugestellt wurden. Ein kindliches lügnerisches Gestammel. Sind die Gehirne der Politiker nnd Journalisten wirklich derart mit Unsinn vollgestopft, daß sie nichts anderes zu erfinden wissen, als diese zum Himmel riechenden Torheiten, mit welchen sie die Reste ihres Verstandes, des Verstandes der Regierungen und der Intellektuellen verfinstern? Lieber Kerl, gib ihnen doch ein Thema; denn Du bist zwar nicht amtlich, aber von uns immer unterrichtet worden. Tue frisches Wasser in den Sumpf der „Information vom Ausland“. Wenn es der Sache auch nicht dienen kann, so ist es doch für uns gut, die wir mit diesem Quark, vielleicht zur Buße, bekannt sein müssen.

Hier in Moskau umweht uns frischer Wind. Der Alte ist gesund geworden, hat seine alte Frische wieder und redet mit allen in einer Sprache, die in unseren engen Wohnnngen, Kanzleien und anderen Zufluchtsorten so etwas wie Schrecken trägt. Man kann Iljitsch kaum noch wieder erkennen. Entweder ist er ganz gesund, oder er hat sich neue Kräfte geholt; jedenfalls ist aus Archangelskoje nicht der alte und würdige Führer zurückgekehrt, sondern ein flammender Revolutionär. Zuerst hatte er einen Zusammenstoß mit Leo wegen Lebedew und sodann wegen einiger Sonderfälle, bei denen „kleine Diebstähle“ in Betracht kamen. Als Iljitsch krank lag, wagte sich keiner an diesen Burschen, selbst Felix nicht. Kalinin hatte es versucht, wurde aber von unserem Leo gehindert, zwar nicht mit Worten, aber mit vielsagenden Blicken. Solange der Alte krank war, hatten wir uns an seinen Vertreter, eine bescheidene Erscheinung, gewöhnt. Jetzt fällt uns der Gedanke schwer, daß nicht nur ein Vorsitzender, sondern ein brüllender Löwe an unserer Spitze steht. Der kleine Leo hat sich im Süden verkrümelt, wo seine Pflichten ihn angeblich rufen. Um es deutlich zu sagen: Die neue Zeit ist da, zwar noch nicht Frühlingsluft,

aber unsere eigenen Düfte steigen. Es scheint, daß wir eine festere Regierungsgewalt bekommen. Leider scheint sie viel zu viel unter die Herrschaft von Dsershinski zu geraten. Ein Epos scheint anzuheben; es sieht aus, als ob Namen, Amt und alte Verdienste vergessen werden. Die alte Kollontaisha streut Kränkungen und Kritik um sich her. Es ist unglaublich, was das Weib alles über uns geschrieben hat. Der Dummkopf Schljapnikow hat mit Mjaßnikow die Mitglieder der Kooperative und schließlich ganz Moskau verhetzt. Es ist eine Untersuchung angeordnet und die kommunistische Partei soll einer Reinigung unterzogen werden. Was für ein Fahrwasser. Vier volle Jahre der Arbeit und dabei das Leben angenehmer als in der Fremde, das sollte doch eigentlich den alten Bourgeois-Vers „noblesse oblige“ in angemessenerem Sinn umformen. Aber die alten Hexen schwimmen wieder an der Oberfläche und halten uns Lehren über Betragen nach Methoden, die sie im Gefängnis ausgeknobelt haben. Am tollsten treibts die alte Närrin, die, der Teufel weiß warum, den ganzen Brei gekocht hat. Ich wollte erfahren, ob Dybenko sie vielleicht hinausgeworfen hat; denn erfahrungsmäßig wendeu sich Hexen mit Temperament, wenn sie in der Liebe enttäuscht worden sind, der Politik zu. Doch unglaublich: Alles war in schönster Ordnung. Wir werden es als Schicksal betrachten müssen, aber jedenfalls hat die alte Hexe das stille Haus unserer Existenz ins Wanken gebracht.

In Moskau redet jedermann von Allem. Von der Konferenz in Genua. Von der Arbeit der Opposition. Nur gut, daß das dort die Form aller nur denkbaren Bedrückungen und jeder Art von Kontrolle annimmt. Litwinow läßt den Kopf hängen, weil die alte Hexe direkt auf die Kapitalien des armen Max hingewiesen und sogar die Kontonummer genannt hat. Lunatscharski ist für dieses Weib ein Lebemann. Ich selbst erscheine ihr als Gauner, Säufer und Priester der Wollust, und sie selbst? Es ist kostbar, unglaublich. Die Denunziation, welche sie der Parteileitung eingereicht hat, ist das Werk eines Fischweibes, das, vom Mißgeschick verfolgt, den Verstand ver-



liert. Dir hat man nur einen harmlosen Kommentar des giftigen Dokumentes geschickt. Aber noch schlimmer ist das Schriftstück, das sie beim Ausschuß der Partei niedergelegt hat. Sokolnikow will mir eine Kopie verschaffen.

Sei aber vorsichtig, wenn Du infolge meines Briefes Entschließungen fassest. Die Kollontai und Schljapnikow sind die Werkzeuge von Dsershinski. Es wird unsere Aufgabe sein, uns mit diesen Herren auseinander zu setzen. Wir warten nur auf Leo, um zu beginnen. Wahrscheinlich wird nach einiger Zeit auch Lenin Wasser in den Wein gießen, den er augenblicklich verzapft. Beunruhige Dich nicht, wir werden alles in Ordnung bringen."

Man versteht diesen Brief erst dann, wenn man weiß, daß der Verfasser unter Adolf Abramowisch den früheren Botschafter in Berlin Joffe meint. Der glänzende „George" bedeutet Tschitscherin. Lenin tritt unter der Bezeichnung Jljitsch auf; Archangelskoje ist eine Villenkolonie in der Nähe von Moskau, wo Lenin Genesung gesucht hat. Unter Leo ist Trotzki gemeint. Lebedew, ein früherer Offizier des Zaren, hat ein hohes Kommando in der Roten Armee. Unter Felix ist Dsershinski gemeint. Kalinin vertritt den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare. Die Kolontai ist ein Mitglied der K.P.R., sie gilt als die Geliebte von Dyoenkow.

Der Zwist in Moskau tritt äußerlich nicht in die Erscheinung, wenn man auf die Verhandlungen des 11. Kongresses der kommunistischen Partei blickt, soweit sie bekannt geworden. Das Verlangen der Arbeitervertreter nach Säuberung der kommunistischen Partei stößt auf große Schwierigkeiten. Diese Richtung führt erbitterten Kampf gegen den neuen Wirtschaftskurs. Näheres enthält die Denkschrift, welche am 22. Februar dem Zentralausschuß der dritten Internationale überreicht wurde. Gleichzeitig hat die Arbeiteropposition einen Aufruf verfaßt, der unter keinen Umständen in die



ausländische Presse gelangen sollte vor Schluß der Berliner Konferenz der Internationalen.

Man gewinnt den Eindruck, daß es die nächste Aufgabe der Sowjetregierung sei, sich gegenüber dieser Opposition zu behaupten. Ob es ihr gelingen wird, ist noch keineswegs sicher. Manche Persönlichkeiten neigen sich zu den Radikalen, darunter Sinowjew.

Der erwähnte Aufruf ist dennoch im engeren Kreise bekannt geworden. Er ist an die politische Abteilung der Vertretung in Deutschland gerichtet, datiert vom 20. März; unterzeichnet sind die Mitglieder der K.P.R. Mjasnikow, Baturin, Sekretär Decampo, Scipion. Zunächst wird darin auf die blutige Zeit, auf die Opfer in Rußland hingewiesen. Alsdann ist die Rede von Verrat, von doppelsinniger Politik gegenüber der kommunistischen Internationalen. Den Führern werden Fehler und Versehen vorgeworfen, aber auch Betrug und Verrat. Der Bürgerkrieg war ein Mißverständnis; sowohl die Weißen wie die Roten waren gegen den Bürgerkrieg, er war aber den weißen und roten Generälen nötig. Die Weißen waren blindes Werkzeug, größer ist das Verbrechen der Führer der Revolution. Wenn aber die Führer der Arbeiter Tadel üben, so ist es ein Verbrechen. Ihr System der Unterdrückung und der Gewalt verdient denselben Namen. Warum diese neuen Ketten und Maulkörbe? Die Diktatur des Proletariats ist zur Diktatur einer kleinen Gruppe von Demagogen geworden, die ihre eigenen Zwecke verfolgen. Sie opfern die Idee der Weltrevolution, der Partei, des Kommunismus. Wir warnen Euch. Wir klagen an die Führer der russischen kommunistischen Partei, die gleichzeitig Führer der Sowjetgewalt sind. Wir klagen sie des Verrates an. —

Auch in Lettland wollen die französischen Diplomaten Heeresfolge werben. Die Russen haben, um von dem französisch-polnischen Ring nicht eingeschlossen zu werden, in Riga ein übrigens nicht ganz fest fixiertes Abkommen mit den Randstaaten geschlossen, das sich den Verabredungen



in Warschau, gegen Rußland gerichtet, in den Weg stellen sollte. Das Abkommen von Warschau, das nicht ohne Schwierigkeit ratifiziert wurde, die Randstaatenkonferenz von Riga, haben in Lettland Aufregung gemacht, dazu kommt noch die sensationelle Verhaftung von russischen Monarchisten. Die wirtschaftlichen Kreise stimmen ungern der Anlehnung an Rußland zu. Dem Ministerpräsidenten Meyerowicz wurde sogar vorgeworfen, er sei von Polen bestochen. Er wolle Lettland zum Werkzeug von Polen und Frankreich gegen Rußland und Deutschland machen.

Auf der Konferenz der Randstaaten und Sowjet-Rußlands in Riga hat der Vertreter von Finnland nur zugehört. Es schien sich das Beispiel von Warschau zu wiederholen, wo Litauen nicht teilnahm. Die Russen wollten in Riga die Wirkung von Warschau auswischen, was nur zum Teil gelang. Die wirtschaftlichen Beschlüsse in Riga haben den Wiederaufbau und, was dazu gehört, zum Ziel. Als wünschenswert wurde bezeichnet, daß Sowjet-Rußland in Genua de Jure anerkannt wird. Versammlungen von Banken, welche die Nachbarstaaten bedrohen, sollen nicht geduldet werden.

Vielfach wird hervorgehoben, daß kriegerische Redensarten („Genua oder Krieg“ und: „nach Genua gibt es Krieg“) an Verbreitung gewinnen. Polen hat viele russische Monarchisten ausgewiesen und verhaftet. Trotz alledem lebt der sogenannte Interventionsgedanke fort.

Mit diesem Ausdruck bezeichnet man den als kommend bezeichneten Krieg Polens, Serbiens und Böhmens, im Dienst Frankreichs, gegen Rußland. In Rußland wird jedenfalls wie bisher gerüstet. M.

LX.

Revolutionen von oben.

Grundsätzliches und Tatsächliches.

(Schluß.)

III.

Zu der ehrwürdigen Maria von Jesus, Äbtissin von Agreda, sprach einst Gott von der Verachtung seines heiligen und göttlichen Gesetzes durch die ihm verhaßten und seiner Vorsehung feindlichen Einrichtungen des heutigen Gemeinwesens[1]), d. i. des modernen Staates.

1. Standen die Einrichtungen des modernen, verweltlichten Staates Gott und der göttlichen Vorsehung feindlich gegenüber, so sind die Einrichtungen und Verfassungen des allermodernsten, des demokratisch-sozialdemokratischen oder des bolschewistischen Staates eine direkte Ablehnung und eine indirekte Absetzung Gottes. Dieser Staat ist die verfassungsmäßig festgelegte Revolution gegen Gott, die Erhebung des Staatsgötzen auf den Thron der göttlichen Allmacht.

Die parlamentarisch republikanische Regierung, mit der das Reich im Jahre 1918 beglückt wurde, ist nicht nur die Frucht des deutschen Umsturzes, sondern der kontinuierliche Umsturz selbst. Wie die wichtigste Vorbereitung zur Gründung des preußisch-deutschen Kaisertums eine dynastische Revolution war und seine nach 47jähriger Dauer erfolgende Vernichtung durch eine Revolution bewirkt wurde, so ist gleicherweise das jetzige Reich eine revolutionäre Schöpfung und zugleich eine revolutionäre Einrichtung von zweifelsohne noch viel kürzerer Dauer. „Das ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzeugend Böses muß gebären."

Solange die parlamentarisch-zentralistische Regierung im Reiche fortbesteht, solange wird auch die revolutionäre Un-

1) Die geistliche Stadt Gottes. Regensburg 1886. Bd. 1, S. 32.

ruhe, deren Quelle diese Regierung selbst bildet, fortdauern. „Unser Parlamentarismus“, schrieb Donoso Cortés[1]) vor bereits siebzig Jahren, „geht in seinem Ursprung ausnahmslos auf den revolutionären Geist zurück, der überhaupt der Geist der modernen Zivilisation ist, oder besser gesagt, der Parlamentarismus ist nichts anderes als der revolutionäre Geist im ersten Stadium seiner Entwicklung.“ Der Parlamentarismus ist in seiner Weiterentwicklung die fortwährende Erschütterung der Regierung und des Staatsgebäudes, die Erschütterung bis zur Baufälligkeit oder bis zum Zusammenbruche des schlecht konstruierten Bauwerkes: Die Ministerkrisen nehmen kein Ende, die die Regierung stützenden Majoritäten zerfallen oder werden ungewiß, Ministerium folgt auf Ministerium, die leidenschaftlichen Reden und Debatten erhitzen unausgesetzt die Gemüter, Führer gehen und Führer kommen, neue politische Richtungen und Parteien bringen neue Gesetze und Einrichtungen und vernichten die alten, jede Sicherheit im Volke und im Reiche geht verloren.

Unsere parlamentaristisch-zentralistische Regierung, die ihre gesetzgebende Tätigkeit zuerst in der Zentrale Berlin eröffnete, dann infolge der Aufstände in der Reichshauptstadt in Weimar fortsetzte, krönte den Umsturz vom 8. November 1918 durch die prinzipiell weitgehendste Revolution nach oben: durch den revolutionären ersten Paragraphen der neuen Verfassung: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Dieser Satz kommt, trotz aller ihn einschränkenden Interpretationen, einer Absetzung des obersten Herrn der Regierungen und Nationen gleich; er ist ferner eine Neuauflage des atheistischen contrat social Rousseaus, des „Vaters der Revolution“, und er führt endlich zu dem Widersinne, daß das Volk höchste Autorität und Untergebener zugleich sein könne.[2])

1) Die Kirche und die Zivilisation. München 1920. S. 67.

2) In der Enzyklika Diuturnum vom 20. Juni 1881 schreibt Papst Leo XIII.: „Daß alle Gewalt vom Volke kommt, ist ein Irrtum.

Wie die parlamentarische Regierung des Reiches die Rechte Gottes verletzte, so machte sie auch vor den geschichtlichen Rechten der alten Bundesstaaten und vor den natürlichen Rechten der Reichsbürger nicht Halt. Wir erinnern in letzterer Hinsicht nur an die Angriffe auf das Privateigentum durch die geplante „Sozialisierung" und andere Projekte, und wir erinnern insbesondere an die vielfach auf keinem Rechtsboden fußende, unter den Forderungen der feindlichen Kriegsmächte erfolgte Steuergesetzgebung.

Es ist der Staatsgewalt sittlich und rechtlich nicht erlaubt, die ihr unterstehenden Bürger mit einer übergroßen Steuer und sonstigen Leistungen zu belasten, auch dann nicht, wenn eine feindliche Macht an dieselbe unerschwingliche und darum ungerechte Forderungen stellt. Keine Regierung darf sich dazu zwingen lassen, am wirtschaftlichen Untergange des Volkes mitzuarbeiten. „Das Übermaß an Steuern," heißt es in den „Gedanken eines Reaktionärs",[1]) „führt bei den christlichen Völkern zur Sklaverei, wie sie bei den Alten war. Denn die Sklaverei ist eigentlich nichts anderes als die Arbeit, die nur zugunsten der anderen verrichtet wird." — Nach der Enzyklika Rerum novarum

---

Und ebenso ist ein Irrtum die Folgerung daraus, daß nämlich die Autorität nicht ihren Trägern eigens zugehört, sondern die letzteren bloß Beauftragte des Volkes sind und der Wille des Volkes jederzeit den von ihm Beauftragten ihre Gewalt entziehen kann . . . Wer das Recht, den Menschen zu befehlen, nicht auf Gott als auf den ersten Quell zurückführt, der will nichts anderes als den öffentlichen Gewalten ihre volle Berechtigung nehmen. Macht man die leitende Gewalt im bürgerlichen Gemeinwesen vom Volkswillen abhängig, so fällt man zunächst in einen grundsätzlichen Irrtum und richtet dann die Autorität auf einem hinfälligen und schwankenden Fundament auf. Solche Meinungen erregen stets die Leidenschaften in den verschiedenen Volksklassen. Diese werden von Tag zu Tag kühner werden, den geheimen Verschwörungen und den offenen Empörungen als Bahnbrecher dienen und so den Weg bereiten zum gänzlichen Zusammenbruch des staatlichen Gemeinwesens."

1) Nach der „Schildwache" Jahrg. 1919/20, Nr. 20.



darf sich der Staat keinen übergroßen Anteil als Steuern vom Vermögen der Untertanen aneignen.

Einer der rücksichtslosesten staatlichen Eingriffe in das Eigentum der Familien wie der Einzelnen war und ist die „Reichsnotopfer“ genannte große Vermögensabgabe, deren Wirkungen in tausend Fällen direkt unmoralische waren. Diese Steuerforderung machte keinen Unterschied, ob das Vermögen leicht gewonnen, ererbt oder mühsam, unter Entbehrungen, erspart war. Der Handwerker, der Kleinkaufmann, der Beamte usw., welcher sich von seiner bescheidenen Jahreseinnahme, vielfach unter Zurückstellung aller Erholungen und jedes Luxus, ein kleines Kapital erworben, wird für diese Enthaltsamkeit und Sparsamkeit durch die Vermögensabgabe finanzamtlich bestraft und damit bei den bisherigen Sparern jeder Sparsamkeitssinn ertötet. Der leichtsinnig dagegen seine Jahreseinnahmen Vergeudende geht frei, ohne Vermögenssteuer aus. Das Unsittliche und Ungerechte einer derartigen Steuergesetzgebung, die ungünstige Wirkung insbesondere auf Familie und Familienbesitz liegt auf der Hand.

Geradezu katastrophal wird für das noch christliche Volk die von der gegenwärtigen Reichsregierung, bewußt oder unbewußt, betätigte Revolution auf dem Schulgebiete wirken. Die in Beratung befindliche Gemeinschaftsschule mit ihrer dreifachen Gliederung schaltet erstens alles Religiöse aus dem elementaren Unterrichte aus, erschwert zweitens die Errichtung der ausnahmsweise zugelassenen Bekenntnisschule auf jede Weise und schafft drittens un- und antichristliche Weltanschauungsschulen mit staatlicher Unterstützung, also auch mit christlichen Steuergeldern.

Durch die Verreichlichung und Uniformierung des Schulwesens werden die Bundesstaaten oder Länder ihrer alten Schulrechte und Schuleinrichtungen vollständig beraubt und die Macht und der Einfluß des Staates auf Erziehung und Unterricht: die geistige Bevormundung und Anordnung des Volkes vermehrt und verstärkt. Unbegreiflicherweise betonen



auch christliche Redner und Vertreter in ihrer Kritik des kommenden Schulgesetzes viel zu wenig die historischen und lokalen Rechte der Schule, die freiheitswidrige Tendenz des in Beratung stehenden Gesetzes und die ganze einschneidende, bis heute nicht dagewesene revolutionäre Umwälzung, welche mit der Verwirklichung der halbsozialistischen Reichsschule und anderer Schulpläne in Szene gesetzt wird. Diese Erscheinung ist eine der Früchte der hundertjährigen Erziehung des Volkes durch die staatliche Zwangsschule.

Die vor hundert und mehr Jahren erfolgte Verstaatlichung der Schule war ein Raub an der Kirche, den Gemeinden und Korporationen seitens des absoluten Staates. Die gegenwärtige Verreichlichung der Schule ist die Überführung dieses Raubes von den alten deutschen Staaten an das Reich: an die nicht nur neue politische, sondern auch geistige Zentrale für das gleiche Denken der künftigen Reichsbürger. Der Höhepunkt der Reichsabhängigkeit und Reichseinheit — die geistige Hörigkeit ist erreicht. Die Landesregierungen und Landesparlamente, das demokratisierte Volk, sie alle fügen sich ohne laute und wirksame Opposition der Despotie der parlamentarischen Umsturzzentrale. Von der Forderung der Unterrichtsfreiheit,[1]) für welche die Katholiken anderer Nationen jahrzehntelang opferfreudig und siegreich gekämpft, kein Hinweis, keine Aufmunterung, vielleicht kein Verständnis.

Wie bei der Schule zeigt sich die revolutionäre Entrechtung der Einzelstaaten — und damit die Vernichtung der föderalistischen Gestaltung des Reiches — auch auf anderen Gebieten und in anderer Form. Die Staaten sind zu Provinzen oder Departements herabgesunken, werden von der nordischen Regierungszentrale ständig in der verletzendsten Weise kontrolliert und schikaniert, Finanzhoheit, Verkehrshoheit, Justizhoheit, Unterrichtshoheit, alles ist verschwunden. Die Reservatrechte Bayerns, das als selbstän-

1) Vgl. unsere Ausführungen in Bd. 168, S. 384 ff. dieser Blätter.



diges Staatsgebilde vor dem karolingischen Kaiserreich existierte, wurden in Weimar von einer rechtsmörderischen Majorität mit einem Federstriche beseitigt. Bayerns Regierung und Landtag, anstatt sich in flammendem Protest zu erheben, beugten sich unter „das Recht der vollendeten Tatsachen", richtiger unter die brutale Gewalt der zentralistischen Demokratie und wiesen die leiseste Zumutung, es mit dem vielköpfigen Usurpator auf einen Kompetenzkonflikt ankommen zu lassen, „mutig", unter ermüdendem Hinweis auf die Erhaltung der „Reichseinheit", zurück.

Der Kampf um ein deutsches, ein föderalistisches Deutschland bewegt sich auf dem Papier, die Wirklichkeit fühlt nichts hievon. — —

„Jede Regierung ist revolutionär, die sich zum Herrn des Gesetzes macht", oder mit anderen Worten: welche die göttlichen und natürlichen Gesetze und Rechte mißachtet. Das Regiment seit November 1918 hat uns das der Natur des Weibes widersprechende politische Frauenstimmrecht,[1]) eine Verfassung mit der Ausschaltung Gottes, die gewaltsame, ungeschichtliche und undeutsche Zentralisation, die Vernichtung der alten Rechte und Reservate aller Staaten, eine sittlich unhaltbare Steuergesetzgebung und Vermögensberaubung und die staatssozialistisch-unitarische Vergewaltigung der Schule gebracht. Welche politischen Umsturzprojekte uns die ruhelosen Regierungsgrößen weiter vorlegen wollen, muß uns die nächste Zukunft lehren.

2. Dem politischen Umsturz von oben ging voraus und ging seit Gründung des preußisch-deutschen Kaisertums mit ihm Hand in Hand der geistige Umsturz: gefördert oder geduldet von der Staatsgewalt und erzeugt und geleitet

1) „Die Einführung des Frauenstimmrechts", schreibt R. Mäder, „ist eine Revolution, weil sie ein göttliches Fundament der Familie, des Staates und der Gesellschaft zerstört, indem sie den sechstausendjährigen Primat des Mannes stürzt." (Die Schildwache Jahrg. 1919/20, Nr. 21.)

von einem Kreis akademischer Wortführer des neuen Reiches. Die innere Politik des letzteren begann mit der Vollherrschaft des häretischen Liberalismus und mit dem Kampfe gegen die katholische Kirche, und dieser setzte sich, als die Regierungsgewalt ihm ihre offene Unterstützung versagte, fort als religiöser bezw. antireligiöser Kampf der wissenschaftlichen und unwissenschaftlichen Vertreter und Sendboten des Freidenkertums und des offenen Atheismus, deren Grundforderung: die Forderung des freien, d. i. gesetzlosen wissenschaftlichen Forschens, selbst revolutionär ist. Der vom Kaiser mit dem Titel „Exzellenz“ ausgezeichnete Begründer und Verbreiter des Monismus und der materialistischen Naturwissenschaft, Ernst Häckel, hat allein Millionen inner- und außerhalb des Reiches zum Abfalle von Christentum und Glaube und zur erbitterten Feindschaft gegen alles Kirchentum geführt. „Die unheilvolle monistische Wühlarbeit war auch während des Krieges fortgesetzt worden und hat nicht wenig dazu beigetragen, den Geist unserer Truppen zu vergiften.“ [1]) „Häckel,“ schrieb der Berliner „Vorwärts“ in seinem Nachruf vom 9. August 1919, „war der deutsche Enzyklopädist. Was einst Diderot, d'Alembert, Voltaire für die Franzosen leisteten, das soll auch zum Ruhme Häckels gesagt sein: Er war ein Vorbereiter der geistigen deutschen Revolution.“

Deutschland hat von Luther bis Kant und bis Karl Marx, Nietzsche und Häckel die bedeutendsten Koryphäen der geistigen Revolution geliefert. Diese einflußreichen und destruktiven Geister waren, in Vereinigung mit dem aus Frankreich überkommenen Liberalismus, die ersten Bahnbrecher aller folgenden politischen und sozialen Umsturzbewegungen. Die Entgöttlichung des Staates und des Gottesgnadentums, die Schaffung von rein bürgerlichen Verfassungen war die weltgeschichtliche Tat des Bourgeois-Liberalismus, dem das noch revolutionärere Werk des pro-

1) Engelbert Hoh O. S. B. im „Fels“, Jahrg. 16, S. 372.



letarischen Sozialismus notwendig folgen mußte. „Ihr habt die Brunnen des Abgrundes aufgeschlossen", apostrophierte kurz vor dem Jahre 1848 Dr. Sebastian Brunner[1]) die liberalen Besitzenden und Gebildeten, „ihr habt dem Herrn des Himmels und der Erde aufgekündigt den Gehorsam, ihr habt Gott verleugnet und euch selber zu Göttern gemacht — und ihr wollt Götter sein auf Erden den Armen gegenüber, wollt sie anlächeln gnädiglich, und sie sollen sich beugen vor euch und euerem Mammon, sie sollen anerkennen euer Recht auf den Besitz — und nebenbei anerkennen ihre eigene Pflicht zur bitteren Arbeit im Schweiße des Angesichtes!" „Nun ist's anders geworden! Ihr habt vor ihnen den Gott des Himmels verleugnet, sie werden euch nicht stehen lassen als Götter der Erde!"[2])

Die letzte Quelle aller Revolution ist, seit der ersten revolutionären Empörumg im Paradiese, der Autonomie genannte Hochmut der Menschen. „Wir wollen sein wie die Götter!" Den revolutionären Geist beugen, heißt die angemaßte Unabhängigkeit und Selbstherrlichkeit des Einzel- wie des Kollektivmenschen bezwingen. Die Revolutionen werden erst dann verschwinden, wenn die Einzelnen, die Regierungen und die Völker sich wieder demütig vor dem dreieinigen Gotte, ihrem Schöpfer, Richter und Erhalter, in den Staub werfen.

R. F. X. H.

---

1) Mene, thekel, phares! Ein letztes Wort an die armen Reichen 5. Aufl. Regensburg 1891. S. 18.

2) Ebenda S. 20.

LXI.

Zur Beurteilung der sozialistischen Ethik.

Von A. W. Hopmann, Essen.

(Schluß.)

Noch an einem anderen Beispiel mag diese natürliche Abhängigkeit kurz erläutert werden, an dem Problem der Frauenarbeit. „Die Idee der Gleichwertigkeit von Mann und Frau, sagt Steinbüchel,[1]) vertritt mit dem Sozialismus auch das Christentum." „Wie dem rechnerischen kapitalistischen Geist der Sinn für das Sittliche und Persönliche abgeht, so kann er auch die Persönlichkeit der Frau nicht schätzen und noch weniger ihre Individualität achten, da ihm das Weib nur ein Mittel ist, das den Profit bewerkstelligt." Auch dieses harte Urteil hat weitgehende Berechtigung für viele Einzelfälle, wird aber der Gesamtlage durchaus nicht gerecht. Entscheidend ist die Frage, worauf die auch von weiblicher Seite anerkannte Notwendigkeit der Frauenarbeit zurückzuführen ist:[2]) Belastet sie das Schuldkonto des Kapitalismus? Wenn es in seiner Macht liegt, Not und Elend aus der Welt zu schaffen, dann zweifellos, ist er aber nur eine Teilursache dieses Elends, kann er es nur zu einem Teile meistern, und alsdann liegt die Entscheidung sicher nicht bei ihm, ob die Frauen dem Erwerbe nachzugehen genötigt

---

1) Ebenda S. 204 ff.

2) W. Sombart, Der moderne Kapitalismus, Bd. II, S. 837. „Die Ansicht, erst die Maschine ... habe die gewerbliche Frauenarbeit geschaffen, eine Ansicht, die noch heute beinahe als die herrschende Meinung gelten darf, ist grundfalsch. . . . Denn das längst bekannte Material weist selbst für das Mittelalter eine weite Verbreitung der gewerblichen Frauenarbeit auf." Allerdings es war nicht Massen-Maschinen-Fabrikarbeit, aber würde das Mittelalter sie nicht gehabt haben, wenn es die moderne Maschine gekannt hätte?

sind. Holt er sich die Frau, oder kommt nicht diese zu ihm, weil die Not sie dazu zwingt? Ist überhaupt der Profit des Unternehmers, und weiterhin alle Wohlhabenheit und Reichtum vereinbar mit Not, Elend, Frauen- und Kinderarbeit? Sind nicht vielmehr Reichtum und Profit solange der Not zu opfern, als diese nicht behoben ist?

Wir fühlen die Unmöglichkeit dieser Idee, wir wissen, daß die Not nie ganz beseitigt und gelindert werden kann und mit ihr auch Frauen- und Kinderarbeit. Sozialismus und Christentum, mit Recht Bundesgenossen im Kampfe gegen die Auswüchse des Kapitalismus, sind sich aber darüber Rechenschaft schuldig, ob sie im Besitze, sagen wir der politischen Macht, im Stande sein werden, überhaupt jede die Frauenarbeit erzeugende Not zu beseitigen, ob sie mehr tun können, als die Lage der Arbeiterin zu bessern, ihrer würdiger zu gestalten. Wir wissen, daß nach dieser Richtung hin vieles geschehen ist, wir wissen aber auch, daß an dem Verhältnis der Frauenarbeit zum Profit grundsätzlich nichts geändert werden konnte und auch der Sozialismus nie etwas zu ändern im Stande sein wird. Muß es nicht auch in diesem Punkte Befremden erregen, daß Steinbüchel, der nur eine ethische Einstellung des Sozialismus zum Problem der Frauenarbeit sieht, keinen Blick hat für die, wenn auch natürlichen, weil berechtigten realen, aber doch auch egoistischen Motive des sozialistischen Kampfes um ein besseres Los der erwerbstätigen Frauen. Das Profitinteresse hat eben auch für diese eine sehr bestimmende Bedeutung, und es geht wirklich nicht an, dieses Interesse lediglich ethisch zu motivieren.

Wir entsetzen uns mit Recht über die Hungerlöhne, die vielfach für Heimarbeit gezahlt werden, aber wir haben uns auch zu fragen, in welchem Ausmaße eine Erhöhung dieser Löhne jeweils erfolgen kann, ohne daß auch die berechtigten Interessen des Unternehmers zu kurz kommen, ob es weiterhin nicht besser ist, daß überhaupt eine Beschäftigung durch den Unternehmer ermöglicht wird, als daß die betreffenden Frauen der Armenfürsorge zur Last fallen. Auch hier



wirken Triebkräfte und Zusammenhänge, die uns keineswegs einfach erlauben, den „profithungrigen" Unternehmer in Grund und Boden zu verdammen. Die sozialistische Ethik aber, die sich nicht in Phrasen und Worten erschöpfen will, muß pflichtgemäß diese Triebkräfte konkret in ihre Erwägungen einbeziehen. Auch Steinbüchel geht an dieser Gewissenserforschung über das „Konkrete" zugunsten des allgemein Ethischen völlig achtlos vorüber. Vergeblich suchen wir bei ihm nach einer Vergleichung dessen, was der Sozialismus ethisch fordert, und dessen, was praktisch möglich ist, vergeblich aber vor allem suchen wir bei ihm nach einer Anerkennung der Tatsache, daß auch die Frau in der überwiegenden Zahl der ihr gebotenen Beschäftigungsformen als Persönlichkeit durchaus zu ihrem Rechte kam und keineswegs lediglich als „Ausbeutungs"objekt des Kapitalismus beurteilt werden kann. Vergegenwärtigen wir uns doch einmal das Los der vor dem Kriege etwa ½ Millionen in der Textilindustrie beschäftigten weiblichen Personen und andererseits die Lage dieser Industrie selbst. Sie war die denkbar schlechteste, ihre Rentabilität durchweg derart gering, daß bei einer stärkeren Erhöhung der Löhne zu einem großen Teil überhaupt ihre Existenzfähigkeit in Frage gestellt gewesen wäre. Wir beklagen gewiß das nicht leichte Los der Frauen und Mädchen, die Tag für Tag an die Maschine gefesselt, aus ihrem eigentlichen, natürlichen Tätigkeitsgebiet, Haus und Familie, herausgerissen wurden. Aber kann ihnen unmöglich der Unternehmer Ersatz für das Verlorene bieten, so muß das Gebotene nach dem Maßstabe aller Umstände gewertet werden, z. B. nach der Ertragsfähigkeit der gesamten Industrie, nach den Gründen, die den Frauen und Mädchen die Pflicht zur Erwerbstätigkeit auferlegen, wozu bekanntlich auch die für einen gewissen, nicht unbedeutenden Prozentsatz der Mädchen bestehende Unmöglichkeit zu rechnen ist, Frau und Mutter zu werden. Eine sozialistische Ethik, die deklamiert: „Dieser Gefahr der Vermännlichung des Weibes sucht der heutige Sozialismus auszuweichen. Er lehnt sie

entschieden ab," oder an anderer Stelle: „Wir wollen, ob Mann ob Weib, grundsätzlich gleiche und volle Menschen, aber wir wollen auch echte Männer und echte Weiber",[1]) diese sozialistische Ethik, sage ich, ist, an den Abhängigkeiten des Lebens gemessen, keinen Schuß Pulver wert und kann schon allein des Gleichheitsgedankens wegen von einem christlichen Sozialethiker unmöglich unwidersprochen hingenommen werden. Denn auch er kann sich dieser Abhängigkeiten nicht entziehen, die ihm, an die Stelle des Unternehmers gesetzt, in vielem weitgehend so zu handeln auferlegen, wie diesem, soll nicht das Unternehmen eingehen und die Arbeiterschaft verdienstlos werden.

Es ist ein Grundgedanke ethischer Persönlichkeitswertung, daß sie den Menschen in den Mittelpunkt des Geschehens stellt und nicht die Sache, vielmehr diese dem Menschen untergeordnet wissen will. Der Mensch soll die Produktion beherrschen, nicht diese ihn. Das aber ist, was der ethische Sozialismus dem Kapitalismus vorwirft. Auch hier heißt es nun dem allgemeinen Gedanken seinen wahren Wert zurückgeben, ihn des Unsachlichen entkleiden. Der Mensch beherrscht die Produktion, das ist gar keine Frage. Sowie der Lokomotivführer seine Maschine reguliert, lenkt er die ihm untertanen Kräfte gemäß seinen Plänen. Alle können nicht herrschen, ohne die Teilung Führer, Unterführer und Untergebene ist gesellschaftliche Arbeitsleistung nicht möglich, weder in der kapitalistischen noch sozialistischen Wirtschaft. Das Abhängigkeitsverhältnis ist ethisch begründet. Nur der Mensch als Gattungsbegriff kann eben die Produktion beherrschen, nicht aber jeder einzelne Mensch. Und auch ersterer nur begrenzt, er kann sie nicht voll beherrschen. Wie sein physisches Auge, ist auch sein seelisches mit begrenzten, oft nur zu begrenzten Kräften ausgestattet, sodaß also tatsächlich immer nur zu einem Teile die Sache und ihr Teil, die Produktion, dem Menschen untertan sein kann, oder um=

1) Bei Steinbüchel S. 206.



gekehrt teilweise stets die Sache den Menschen regiert. Dieses immanente Verhältnis kann durch nichts, auch nicht durch die gehobene Stellung des Arbeitnehmers zum Arbeitgeber aufgehoben werden. Der Mensch kann eben nicht schlechthin Herr der Produktion sein, wie Steinbüchel mit dem ethischen Sozialismus annimmt, sondern sie nur teilweise, nur unvollkommen beherrschen. Wir müssen uns an den Gedanken gewöhnen, daß wir auch im Wirtschaftsleben Naturgewalten gegenüberstehen; damit pflegen wir keinen Fatalismus, stellen vielmehr lediglich die rechte Distanz her, in die wir unsere Forderungen und Ideen zur Wirklichkeit zu bringen haben.

Mit dem Gesagten dürfte nun der Boden genügend vorbereitet sein, wieweit denn der Sozialismus die Herrschaft des Menschen im Kampfe gegen diese Abhängigkeiten bezw. die kapitalistische Wirtschaftsordnung vorzutragen vermag. Darüber, daß in diesem Kampfe Worte nichts bedeuten, dürfte Übereinstimmung bestehen, ebenso darüber, daß irgend ein als möglich Erkanntes nicht in aschgraue Ferne verlegt werden darf; es muß uns vielmehr konkret gesagt werden, wie auch die Persönlichkeitswertung grundsätzlich anders praktisch zu gestalten ist, als es z. B. in der heutigen kapitalistischen Ordnung der Fall ist. Der weitgehende Einfluß des Arbeitnehmertums auf die wirtschaftlichen und politischen Vorgänge erleichtert eine Erörterung dieser Frage naturgemäß. Denn es ist undenkbar, daß dieser Einfluß nicht soweit im Interesse der besseren Gestaltung der Lage ausgenutzt wird, als es eben möglich ist. Nun wird auch Steinbüchel zugeben müssen, daß die bisher erzielten und vorgesehenen weitgehenden sozialen Reformen nicht die kapitalistische Ordnung als solche angetastet haben. Im Gegenteil geht ihnen eine industrielle Konzentrationsbewegung parallel, die durchaus von privatwirtschaftlichen Zielpunkten bestimmt ist, ohne daß allerdings nicht auch bedeutsame volkswirtschaftliche Interessen durch sie gefördert werden. Die Bewegung ist eben nur ein erneuter Beweis für den grundsätzlich individualistisch-gemeinwirtschaftlichen Charakter des

Kapitalismus, der aber natürlich auch jetzt wie immer krasse Auswüchse des Egoismus erkennen läßt. Gibt es nun nicht zu denken, daß der Kapitalismus im gleichen Augenblick, da die Sozialpolitik in denkbar stärkster Weise um seine Seele kämpft, seinen Weg ruhig fortsetzt mit den alten Formen, die lediglich eine Ergänzung, aber keine Erneuerung erfahren haben? Berechtigt uns irgend etwas anzunehmen, daß die Arbeitnehmer mehr als eine innigere Einordnung in den Kapitalismus erreichen werden, daß der Mensch ganz allgemein mehr Herr des Wirtschaftslebens sein kann, als er es überhaupt, wenn auch vielleicht mit schwach wechselnden Graden, je gewesen ist? Man will eine neue Gemeinschaft, welches ist diese Gemeinschaft? Man will eine neue Freiheit, welches ist diese Freiheit? Heute wird uns bereits von christlich-nationaler Seite versichert,[1]) das gemeinsame Arbeiten von Arbeitgeber und -nehmer in den Verbänden, z. B. dem Eisenwirtschaftsbund, habe mit Gemeinwirtschaft nichts zu tun, und was die gewonnene Freiheit anlangt, so wirkt sie sich überwiegend in der Regelung von Lohn- und Preisfragen aus. Ihre Einwirkung auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die ja bei uns schon immer der Kontrolle der Gewerbeinspektionen unterstanden, ist nicht bedeutsam. Ein Fortschritt ist nicht zu verkennen, aber eine grundstürzende Änderung z. B. in der Relation zwischen Lohn- und Warenpreis ebensowenig zu erkennen. Der alte Zustand mit kaum wesentlichen Abänderungen in der Wirkung. Dabei ist zu berücksichtigen, daß nur die normalen Zeiten, also auch solche sinkender Konjunktur für die endgültige Beurteilung des Erreichten bestimmend sein können. Fragen wir nun Steinbüchel, wie er und die sozialistische Ethik sich die weitere Entwicklung praktisch vorstellen, so finden wir die Forderung der Ersetzung des Profits durch die Bedarfsdeckung als Zielpunkt der Wirtschaft; auf diese Weise glauben

1) Rede von Dr. Fr. Röhr, entnommen der Essener Volkszeitung vom 22. Januar 1922.

sie den Menschen und nicht die Sache in den Mittelpunkt der Produktion gestellt, aus deren Subjekt er zu ihrem Objekt wird.[1]) Steinbüchel verweist als Vorbild auf die mittelalterliche Bedarfsdeckungswirtschaft, und da für die Beurteilung ihres Ergebnisses die Frage der Einkommensschichtung wesentlich bestimmend sein muß, so darf auf das hierüber Gesagte verwiesen werden.[2]) Steinbüchel selbst ist einer konkreten Behandlung dieser Frage aus dem Wege gegangen.[3]) Anstatt dessen erhalten wir ein allgemeines Bild der neuen Ordnung:

„Die Aufgabe einer Wirtschaft, die sich in ihrer ethischen Zwecksetzung erfaßt hat, kann es deshalb nur sein, . . . eine Gemeinwirtschaft zu erarbeiten, die jede Arbeit wertet und alle Arbeitsarten, die geistigen und körperlichen, solidarisch einordnet, sodaß jede Arbeit für die Gesamtheit fruchtbar wird, zugleich aber auch dem Gemeinschaftsglied ein Arbeitseinkommen sichert, das es persönlich genießt und auf Grund dessen es selbst der Gemeinschaft wieder dienen kann. Eine solch organisch sich vollziehende Sozialisierung der Arbeit erhebt die persönliche Leistung wieder zum Rechtstitel auf wirtschaftliche Existenz und schafft eine alle Arbeitenden umfassende Arbeitsgemeinschaft, die allen nach ihrer Bedeutung für das Ganze

---

1) Ebenda S. 300 ff.

2) Im übrigen verdient diese Frage, die gerade in katholischen Kreisen besonders propagiert wird, eine besondere Besprechung, zu der sich vielleicht später einmal Gelegenheit bietet.

3) Da Steinbüchel mehrfach auf W. Rathenau verweist, wird man in ihm einen Anhänger der „neuen Wirtschaftsordnung" dieses Mannes sehen dürfen, eine Ordnung, die derart mechanisch-amerikanische Züge an sich trägt, daß man sich verwundert fragen muß, wie ein katholischer Sozialethiker in ihr nicht einen Ausdruck kapitalistisch-privatwirtschaftlicher Tendenzen der Konzentrationsbewegung, sondern ethisch-gemeinwirtschaftliche Ziele verwirklicht sehen kann. Daß St. sich natürlich nicht mit jedem einzelnen Gedankengang Rathenaus identifiziert, wird als selbstverständlich angenommen.

den Bedarf an wirtschaftlichen Gütern sichert und die geistigen Kulturgüter allen zugänglich macht." [1])

Es mag dem Urteil des Lesers überlassen bleiben zu entscheiden, ob diese Gedanken in der Tat mehr sind als Worte, ob sie uns auch nur den geringsten Anhalt bieten für eine konkrete und, wie gesagt, nicht in aschgrauer Ferne liegende Wirtschaftsordnung, die für Gemeinschaft, Freiheit und Persönlichkeit mehr erreichen kann, als sich in Berücksichtigung der hier erörterten Bedingtheiten unserer wirtschaftlichen Zusammenhänge und der menschlichen Durchschnittsnatur überhaupt erreichen läßt.

Wenden wir uns somit voll Mißtrauen ab von den Möglichkeiten, die der Sozialismus im Kampfe gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung leisten kann, bleibt uns noch ein kurzes Wort zu sagen über das, was er bisher auch als ethische Bewegung geleistet hat. Wir erinnern uns der offenen Bekenntnisse ehrlicher Sozialisten nach der Revolution, daß die Massen 50 Jahre lang mit allen möglichen Versprechungen und Hoffnungen beschwindelt worden seien, und fragen uns: richtet sich eine solche Bewegung ethisch nicht von selbst? Wir erinnern uns weiter: nirgendwo ist der Arbeitnehmer als Persönlichkeit so hoch gewertet worden wie in Nordamerika, und stellen fest: „Die Geschichte der organisierten Arbeiterklasse Nordamerikas steht an Fülle der Korruption der Geschichte der nordamerikanischen Großkapitalistenklasse um nichts nach. Die amerikanische Arbeiterbewegung ist zugleich die proletarisch reinste und die an Beispielen korruptester Korruption reichste". [2]) Und wir fragen uns, welchen Glauben kann uns die sozialistische „Ethik" für die Verwirklichung der „Gemeinschaft freier Menschen" bieten? Daß tatsächlich Steinbüchel diesen Glauben aus

1) Ebenda S. 306.

2) So urteilt der sozialistische Schriftsteller, der Italiener R. Michels in seiner Schrift: „Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie" (1917).

der sozialistischen Ethik schöpft, ist erklärlich, da er die Anschauungen eines relativ kleinen Kreises moderner sozialistischer Schriftsteller mit dem Sozialismus schlechthin verwechselt,[1]) daß für ihn zur Beurteilung der Ethik des Sozialismus lediglich eben diese ganz sporadisch auftretenden Anschauungen und nicht auch im mindesten das ungeheure Schwergewicht der anetheistischen Tendenzen des Sozialismus, wie sie uns in seiner Praxis fortgesetzt entgegentreten, herangezogen werden. Rechtfertigt diese Tatsache nicht den schweren Vorwurf einer absolut einseitig günstigen Darstellung der Ethik des Sozialismus, rechtfertigt sie nicht den Vorwurf, daß er uns ein völlig verzerrtes Bild von ihm dargeboten hat, das alles andere, nur nicht wissenschaftlich objektiv ist? Diese bedauerliche Feststellung kann in keiner Weise verdunkelt werden durch die Gelehrsamkeit, die seine Arbeit auszeichnet, noch auch durch den guten Willen, mit dem er dem verirrten Bruder gerecht zu werden sucht. Wer wie Steinbüchel völlig sein Auge vor offenkundigen Tatsachen verschließt, übt nicht Gerechtigkeit, sondern Ungerechtigkeit. Es ist ja federleicht, Forderungen auf Forderungen zu häufen, sich an ethischen Ideen zu überbieten, aber es ist offenbare Kritiklosigkeit, nicht auch ein einziges Mal zu fragen, ob der Sozialismus, der ja praktisch auch heute noch nicht die kapitalistische Wirtschaftsordnung abgelöst hat, je überhaupt in der Lage sein wird, uns eine wirklich neue Ordnung zu bringen. Der Theoretiker hat kein Recht, eine Forderung, z. B. das Prinzip der Bedarfsdeckungswirtschaft, einfach in lapidarer Größe hinzustellen, ohne sich auch über seine Durchführung im einzelnen Rechenschaft zu geben. Ist es oft doch erst auf diesem Wege möglich, sich überhaupt darüber klar zu werden, daß die Voraussetzungen, von denen man ausging, auch zutreffend sind, ob sie der Wirklichkeit gerecht werden. „Was der Biograph eines modernen Nachfolgers

---

1) Ich verweise hierzu insbesondere auf seine günstige Einschätzung gewisser religionsfreundlicher Ansichten verschiedener Sozialisten.



Platos [Dietzel, Rodbertus, II, 181] als einen „durchaus modernen“ Fehler rügt, das Auftürmen mächtiger Konstruktionen, ohne daß sorgfältig genug untersucht wäre, ob das Fundament sie zu tragen vermag — eben das gilt für den platonischen Staat im besonderem Maße.“ [1]) „Wie eine politische Gemeinschaft möglich sein soll, in welcher das Interesse des Einzelnen mit dem des Ganzen regelmäßig zusammenfällt,[2]) dafür kann von der aristotelischen Philosophie ebensowenig ein Beweis erbracht werden, wie von Plato. Es sind dieselben unerwiesenen und unbeweisbaren Axiome, dieselben Illusionen, auf denen die aprioristische Konstruktion der abstrakten Gesellschaft hier wie dort beruht“.[3]) Diese nur zu wahren Worte müssen weitgehend auch auf den neuesten Sozialismus und die Verfechter seiner Ethik angewendet werden.

Gewiß sollen wir mit Dankbarkeit alle ethischen Tendenzen begrüßen, die der Sozialismus erkennen läßt, wollen gerne die Bruderhand ergreifen, die sich zu gemeinsamer Arbeit uns darbietet — beides ist unsere heiligste Pflicht, aber nicht minder unsere Pflicht ist es, den Dingen mit kalter Sachlichkeit ins Auge zu schauen und die Worte mit den Taten und die Ziele mit den Wünschen zu vergleichen. Der Schwung edler Begeisterung kann uns dadurch nicht genommen werden, denn ihr ist weitester Spielraum auch im Rahmen dessen gegeben, was wirklich sein kann, sie vermag auch dort Großes zu erreichen, wo wir uns der brüchigen Fundamente unserer schwachen Menschennatur bewußt bleiben. Jedenfalls ist es ein anderes, ob man die guten Seiten einer Bewegung, die edlen Bestrebungen gewisser Kreise in ihr anerkennt, und ein anderes, ob man

---

1) R. v. Pöhlmann, Geschichte der sozialen Frage und des Sozialismus in der antiken Welt, 1912, Bd. II 157 ff.

2) Eben der Grundgedanke, in dem sich der „Sozialismus als ethische Idee“ ausprägen soll.

3) Ebenda S. 325.

diese Faktoren gegen die Gesamttendenz der Bewegung abwägt und auf ihren wirklichen Wert zurückführt. Von einer Befolgung dieses Pflichtgebotes der Objektivität ist bei Steinbüchel keine Rede, noch viel weniger ist natürlich von ihm, der für die kleinsten Regungen der Ethik im Sozialismus, mag sie sich auch noch so phrasenhaft gebärden, ein nur zu offenes Auge hat, Verständnis für die positiven, weil nicht in Worten sondern Taten sich äußernden ethischen Kräfte des Kapitalismus zu erwarten. Glaubt er doch selbst die freiwilligen sozialen Leistungen der Unternehmerschaft nur als „Mittel des Erwerbs" bewerten zu dürfen. Kein Wunder, daß eine derartig einseitige Blickstellung kein Auge haben kann für die große Zahl der Unternehmer, die im Dienste ihrer Familie und der Volksgesamtheit vorbildliche Pflichterfüllung gezeigt haben, die mit dem „Profitinteresse" auch die ethischen Forderungen des Lebens zu ihren Rechten kommen ließen und damit den vollgültigen Beweis erbracht haben, daß auch auf dem Boden des Kapitalismus Ethik weitgehendsten Raum hat.[1]) Darin möge man keine „Apologie" des Kapitalismus, sondern nur eine Feststellung nackter Tatsachen sehen. Bis heute hat der Sozialismus noch nicht den Beweis erbracht, daß er dem Kapitalismus sittlich überlegen sei, daß er vor allem praktisch imstande sei, die kapitalistische, auf das Privateigentum und seine Attribute: Reichtum und Armut aufgebaute Ordnung je zu beseitigen. Es mangelt gewiß nicht an hochgesinnten Geistern, die es verurteilen, nur „soziale Gegenwartsarbeit zu tun, aber die kapitalistische Ordnung grundsätzlich zu erhalten", nur an der Hauptsache mangelt es, an den **Beweisen**, wie denn diese Ordnung „grundsätzlich" beseitigt werden soll, wie denn in der Tat mehr als „soziale Gegenwartsarbeit", wie sie uns in der Ge-

1) Das mag nicht zuletzt in heutiger Zeit reichlich kühn klingen. Wer aber den Unfug sieht, der z. B. mit dem „Wucher"begriff getrieben wird, weiß, wie vorsichtig er in der Beurteilung gewisser Vorgänge im Wirtschaftsleben sein muß.

nossenschafts-, Konsum-, Tarifbewegung, in der Armenfürsorge, Versicherungsgesetzgebung usw. entgegentritt, getan werden kann. Die Zukunft wird es beweisen, daß nur auf diesem Wege die Wunden des Kapitalismus einigermaßen geheilt werden können, daß er selbst aber solange wie ein rocher de bronce die Welt beherrschen wird, als der Mensch die Folgen der Erbsünde zu tragen hat.

Noch eins wird sich schließlich auch ein christlicher Sozialethiker von der Art Steinbüchels vergegenwärtigen müssen: den Zusammenhang des Sozialismus mit der Freimaurerei, die beiden gemeinsame Humanitätsidee und die Rassenzugehörigkeit ihrer eifrigsten und maßgeblich mitführenden Verfechter. Der in dieser Rassenfrage gewiß unverdächtige Mommsen hat ihr gegenüber von einem „Ferment der Dekomposition“ sprechen zu sollen geglaubt. Wird diese Charakteristik nicht gerade durch die übertrieben „ethischen“ Forderungen von Marx und dem gesamten Sozialismus erneut bestätigt, Forderungen, die der Tatsache der Erbsünde und der durch sie bedingten Beschränkung des menschlichen Willens keinerlei Rechnung tragen? Es heißt sicherlich nicht die unerhörten und fluchwürdigen Auswüchse auch des Kapitalismus verteidigen, wenn man diese Abhängigkeit betonend ihn von verfehlt zur Last gelegter Schuld entlastet, es heißt nur das mögliche Verhältnis von Sozialismus und Kapitalismus und damit auch die Ethik des ersteren auf ihr rechtes Maß zurückführen, ein Maß, das auch die christliche Sozialethik anerkennen muß und innerhalb dessen Grenzen ihr Betätigungsmöglichkeiten im Dienste edleren Menschentums reichlich, überreichlich verbleiben.

LXII.

Das Goldene Almosen und seine Übergänge in den Kurf. Schulfondsbücherverlag.

Von Professor Dr. Zwerger.

(Schluß.)

Was den Verlag unter von Schönbergs Leitung betrifft, so hatte er sich keine andere Aufgabe gestellt als zur Zeit der Jesuiten. Den Hauptzweck des Institutes sah er, wie er selbst hervorhebt, in der Beförderung des Christentums und der guten Sitten,[1]) d. h. in der Austeilung und Verbreitung religiöser Bücher, und sicherlich wollte auch der Kurfürst Maximilian III. Joseph, der überhaupt die Intention der Stifter aufs genaueste berücksichtigte, bei diesem Institute keine andern Zwecke verfolgt wissen. Trotzdem es keinen Handel trieb, das Meiste verschenkte oder um geringen Preis verkaufte, gelang es Schönberg noch zur Zeit der Jesuiten die früher „halb verlegene Bibliothek" durch seinen unermüdlichen Fleiß „in neues Credit und Achtung" zu bringen.[2]) Wir müssen seinen Worten unbedingt Glauben schenken und die bei Backer[3]) mitgeteilten und von Schönberg noch vor dem Jahre 1773 veröffentlichten Werke bestätigen dies auch, wenn er sich um das Jahr 1776 dahin äußert,[4]) daß sich unter seiner Verwaltung der Verlag ansehnlich vermehrt habe; und der Expeditor des Goldenen Almosens, Peter Greif, berichtet an den Kurfürsten Karl Theodor,[5]) daß der Verlag im Anfang des Jahres 1783,

1) Kreisarchiv München. G. L. 2708/569. Akt „ad Registratum gegeben den 24. März 1776."

2) Kreisarchiv München. G. L. 2708/569. Akt vom 26. März 1776.

3) Backer Tl. 3 S. 441—45.

4) Kreisarchiv München. G. L. 2708/569. Akt „ad Registratum gegeben den 24. März 1776."

5) Kreisarchiv München. G. L 2707/569. Akt praes. in cons. eccl 14. Juli 1783.



also zu der Zeit, als Schönberg infolge Kränklichkeit von seinem Posten zurücktrat, „in die 60000 Exemplarien bestanden" habe.

Wenn wir auch gerne zugeben, daß sich darunter viele minderwertige und ganz geschmacklose literarische Erzeugnisse befänden — nicht ohne Grund gibt Kollmann unter Hinweis auf den von Schönberg im Jahre 1766 herausgegebenen Katalog des Goldenen Almosens die Titel einiger Bücher bekannt —, so müssen wir doch Friedrich Nicolais Urteil über dieses altehrwürdige Institut als befangen und ungerechtfertigt zurückweisen, wenn er sagt:[1]) „Er [M. v. Schönberg] war Vorstand des sogenannten goldenen Almosens in München, einer von den Anstalten der Jesuiten, um die stumpfste Bigotterie auszubreiten."

Gewiß war das Goldene Almosen in seiner damaligen Gestaltung nicht mehr zeitgemäß, es hatte sich überlebt, es kam die Zeit der Aufklärung, und „der Geschmack, andere Bücher" als die des Goldenen Almosens zu lesen, war in Bayern bereits herrschend geworden.[2]) Schönberg hatte bei seinem stets leidenden Gesundheitszustande und bei seiner sicherlich sehr einseitigen Auffassung, die er von seiner Aufgabe als Verwalter des Goldenen Almosens hatte, weder das Zeug noch auch den Willen, das Institut — auch in gutem Sinne — zeitgemäß zu gestalten. Er hätte sich wohl auch schwerlich dazu herbeigelassen, eine Änderung der Zweckbestimmungen des ihm zur Verwaltung anvertrauten Institutes zu befürworten.

1) Nicolai S. 542. Nicolai hätte besser getan, sein bissiges Urteil über die „spitzig-Physiognomie" und seine absurden Folgerungen hieraus fortzulassen. Bemerkt sei, daß Schönberg leidend war und daß er längere Zeit an einem „Blutsturz" litt, den er sich „einst als Kirchenprediger und Professor zugleich . . . zugezogen". (K.A.M. G. L. 2708/569. Akt ohne Datum. Von Schönberg an den Kurfürsten, und Nicolai S. 532—3.)

2) Kollmann S. 120.



Doch was Schönberg kaum mit seinem Gewissen vereinbaren konnte, das brachten andere zustande. Schon im Jahre 1778 machte Kollmann folgenden beachtenswerten Vorschlag:[1]) „Mittels solcher Stiftungen könnten Armen die notwendigen Schulbücher verschafft, und Bürgern und dem Landvolke nützliche Legenden zu Erbauung des Geistes, und Reinigung der Sitten, zuweilen auch unentgeldlich in die Hände geliefert werden. Überhaupt wäre zu wünschen, daß Männer von gesunder Denkungsart und Weltkenntniß in meinem Vaterlande zusammen treten und für Erziehungsschriften, zur Aufklärung der Nation bedacht seyn möchten."

Dieser Vorschlag erregte ohne Zweifel die Aufmerksamkeit einflußreicher Kreise, und sicherlich wurde er auch im Schoße des Geistlichen Rates erwogen, wo damals Männer wie der Geheime Rat Kasimir Häffelin (früher Jesuit)[2]) und der Wirkliche Geistliche Rat Gerhoch Steigenberger ihre Kräfte zur Hebung der Volksschule einsetzten. Bekanntlich erhielten die Güter des ehemaligen Jesuitenordens durch den Kurfürsten Karl Theodor eine neue Bestimmung, indem er sie zur Dotierung einer von ihm 1782 errichteten Bayerischen Zunge des Malteser- oder Johanniterordens zum Besten des bayerischen Adels verwendete. Zur Regulierung und Hebung des deutschen Schulfonds dachte die Regierung ohne Zweifel schon damals „auf Supprimirung ein, so anderer Klöster",[3]) und wohl auch ähnlicher Institute. Tatsächlich erfolgte auch im Jahre 1782 die Aufhebung des Klosters der Ridler Nonnen „auf der Stiegen" in München, aber leider wurde sein Vermögen nicht dem deutschen Schulfonds überwiesen, sondern vom Kurfürsten „in Supplementum fundationis ordinis mile-

1) Kollmann S. 225/6.

2) Cod. germ. 3185/5. Brief Töpfls an Steigenberger d. d. Monachii 14. März 1781.

3) Mayr G. K., Sammlung der Kurpfalz-Baierischen allgemeinen und besonderen Landesverordnungen. Bd. 2. München 1774. S. 999. Resolution v. 30. Aug. 1782. S. 717—1485. fol.

tensis" oder zur Ergänzung der Einkünfte des Malteserordens bestimmt;[1]) dem gleichen Zwecke wurden die „Kapitalien der Missions-, goldene Almosen- und Exercitienhausstiftung" zugeführt. Da trat eine sehr einflußreiche Persönlichkeit für die Hebung des deutschen Schulfonds und damit auch des deutschen Schulwesens ein: es war der bereits genannte Geheime Rat Kasimir Häffelin.

Bei Errichtung der Malteserstiftung machte Häffelin bei den Ordenskommissarien „die dringende Vorstellung, daß der hohe Orden sich mit den Jesuitengütern begnügen, ja auch einigen Theil derselben zum allgemeinen Besten, zum Behufe der armen Landschulen widmen solle".[2]) „Mein Beweggrund", fährt er fort, „war, daß für die Lateinische Schulen zwar durch die von dem Prälatenstand geschehene Übernahm der Lyceen, Unterhaltung und Salarirung der Professoren ein Surrogat hergestellt: für die Christliche und bürgerliche Erziehung der Landjugend hingegen kein bestimmter Fond geeignet worden ist, meine Vorstellung hatte seine Wirkung, und die Ordenspresentanten mit mir vereiniget legten die Schankung des Ridler Kloster Vermögen Sr. Churfürstlichen Drtl: nieder zu Füßen mit der Bitte, dasselbe sowohl als auch die Missionskapitalien, das Exercitienhaus, und das sogenannte goldene Almosen zu einem Landschulfond gnädigst zu bestimmen." Gemäß Kurf. Verfügung vom 24. Januar 1783[3]) sollte „das Vermögen des aufgehobenen Ridler Klosters für die Universität Ingolstadt, Theils für das deutsche Schulwesen, das Exercitienhaus aber und goldene Almosen, wie auch die Mission für letzteres allein verwendet werden".

---

1) K.A.M. M. A. 921/2. Konv. 2. Akt vom 22. Juni 1792.

2) K.A.M. M. A. 921/2. Konv. 2. Promemoria des Bischofs Kasimir zu Chersones d. d. München den 22. Juni 1792.

3) K.A.M L. A. 921/2. Konv. 1. Bericht des Geistlichen Rates d. d. München den 6. Dez. 1783 und ebenda G. L. 2708/569. Bericht des M. von Schönberg an den Kurfürsten (Akt ohne Datum.

Es würde der historischen Wahrheit keineswegs entsprechen, wenn wir annehmen würden, es sei der Verlag des Goldenen Almosens mit dieser Überweisung an den Deutschen Landschulfonds plötzlich von der Bildfläche verschwunden. Der alte Name des Verlages verschwand zwar, der Verlag selbst aber lebte unter der neuen Firma „Deutscher Schulfonds-Bücherverlag" wieder auf, indem man ihm einfach eine neue Zweckbestimmung setzte, ohne die ursprüngliche ganz aus dem Auge zu verlieren.

Natürlich fehlte noch zu jener Zeit besonders auf dem platten Lande sehr viel, „daß nach einem und eben demselben vorgeschriebenen Plane gearbeitet, aus eben denselben Schulbüchern Unterricht ertheilet" wurde. Besonders der letzte Punkt veranlaßte den Kurfürsten Karl Theodor, neben anderen Fondsquellen vorzüglich den Verlag des Goldenen Almosens dem deutschen Schulwesen zu dem Ende zu überlassen, „damit nach und nach daselbst die nöthigsten, und nützlichsten Schulwerke in den wohlfeilsten Preisen verlegt, dem verderblichen Schleichhandel mit fremden oder einheimischen unächten, schlechtgedruckten, und dennoch oft nur zu theueren Büchern einmal wesentlich gesteuert, ächte und bessere Schriften aber dem gemeinen Manne leichter in die Hände gespielt werden" könnten.[1]) Die Regierung ließ sich aber auch angelegen sein, dem Willen der Stifter des Goldenen Almosens, d. h. dem alten Herkommen, geistliche und Erbauungsbücher schankungsweise besonders an die Jugend zu verteilen, gerecht zu werden.

Um das Institut „zum allgemeinen Besten der jugendlichen Erziehung verwendbar zu machen", stellte die Regierung 1783 den Geistlichen Rat Gerhoch Steigenberger, der bereits 1781 zum Kurf. Hofbibliothekar berufen worden war,[2]) als

1) Universitätsbibliothek München. Paed. Nr. 8. Datum nicht angegeben.

2) Cod. germ. 3185/5. Brief Töpfls an Steigenberger vom 8. Aug. 1781.

Kommissär auf mit der Weisung,[1]) das bei diesem Verlage vorhandene Gute von dem Schlechten zu scheiden und dieses Letztere durch Verkauf als Makulatur zum Nutzen des Schulfonds zu verwenden, während die gangbaren und tauglichen Bücher, „wenn dieselben schon zum Theil verschlissen waren", wieder neu aufgelegt werden sollten.

Um dieselbe Zeit oder „schon alleranfangs", wie es in einem amtlichen Schriftstücke heißt,[2]) gedachte der Professor und Buchhändler Strobel das Goldene Almosen „gegen nicht gar vorteilhafte Bedingniße für den deutschen Schulfond an sich zu reißen". Aber der Geistliche Rat scheint damals weit entfernt gewesen zu sein, dieses Institut aus der Hand zu geben oder seine Veräußerung zu befürworten. Er mußte vielmehr bestrebt sein, die ihm für die Hebung des Schulwesens zugewiesenen neuen Fondsquellen nach den vom Kurfürsten angezeigten Richtlinien umzugestalten. Um den oben angedeuteten doppelten Zweckbestimmungen „desto füglicher entsprechen zu können,[3]) suchte man die Verlegung der vorgeschriebenen planmäßigen Schulbücher, die der bürgerliche Buchbinder Oettl im Verlag hatte, samt dem Privilegio zum Schulfond käuflich (an den Schulfonds) zu bringen, und so den Verlag der Schulbücher mit dem Verlag der Andachts- und Erbauungsbücher oder dem sogenannten goldenen Almosen zu vereinigen, welches auch ... unterm 23. April 1785 wirkl. geschah, worauf auch Se. Chf. Drl. (am 12. Oktober des gleichen Jahres) dem Schulfond das gdgste Privilegium zu ertheilen geruhten, alle Gattungen Schul- und Erziehungsbücher zu verlegen, und zwar dergestalt, daß solches Niemand andern bey Konfiscation und andern Strafen erlaubt seyn solle". Schon der dem Geistlichen Rate

1) K.A.M. G. L. 2708/569. Akt vom 20. Juni 1783. Der Kurfürst an den Geistl. Rat Gerh. Steigenberger.

2) K.A.M. G. L. 2708/569. Akt ohne Datum. Wahrscheinlich Referat des Proponenten im Geistlichen Rat.

3) K.A.M. G. L. 2708/569. Akt ohne Datum. Wahrscheinlich Referat des Proponenten im Geistlichen Rat.



vorgelegte Rechnungsabschluß für das Jahr 1785 ließ deutlich ersehen, daß dem Schulfonds aus dem neuen Schulbücherverlag ein erheblicher Gewinn zufloß, und man erhoffte sich noch bessere Resultate für die folgenden Jahre. Leider aber starb um jene Zeit (1786?) der Expeditor des Verlages, Weltpriester Peter Greif, der im Jahre 1774 dem Verwalter v. Schönberg als Offiziant beigegeben worden war, und es stellte sich „durch seinen Tod eine Unrichtigkeit von einigen 100 f." heraus. Und dieser Umstand, heißt es in dem erwähnten amtlichen Aktenstücke, „mag denn nun auch wohl den Lärm verursacht haben, daß der Bücherverlag dem Schulfond mehr schädlich als nützlich, folgl: die Verstiftung desselben weit verträglicher sey, weil sich ein ganzes Collegium mit einer Kaufmannssache ohnehin nicht abgeben könne". Während man die Frage der Verpachtung im Schoße des Geistlichen Rates erwog, wurde der Druck von Neuauflagen sehr gangbarer Schulbücher seit Oktober 1786 verzögert, so daß der Verlag die an ihn ergangenen Aufträge nicht vollständig ausführen konnte; die Folge war, daß ihm „eine ganz sichere Einnahme von 800 bis 1000 f." entging.

Diese Umstände veranlaßten den Buchhändler und Professor Strobel neuerdings „um die Verstiftung des Schulbücherverlages anzuhalten"; das gleiche taten der Buchhändler Lentner und der Buchbinder Oettl; letzterer, bezw. dessen Vorgänger, hatte die Schulbücher vom allerersten Anfange „mit großem Risiko verlegt" und erhielt beim Rückkauf des Privilegiums vom Geistlichen Rate die Zusicherung, daß bei einer eventuellen Neuvergebung auf ihn zuerst Bedacht genommen würde. Nun setzte eine kräftige Propaganda zur Verpachtung des Verlages ein. Unterm 18. Mai [1787?] wurde beschlossen, daß gegen Barerlag des Schätzungspreises sowie eines jährlichen „Kanons von 100 f." der Verlag auf zehn Jahre an Strobel in Pacht gegeben werden sollte; dieser sollte aber gehalten sein, „dem Schulfond jeden Bogen von den zu erkaufenden Schul- und Erziehungsschriften" um 1 Kreuzer abzugeben.



Strobel hatte jedoch den Verlag nicht so lange in Pacht. Bereits im Jahre 1788 leistete der Exjesuit und spätere Landesdirektionsrat Johann Michael Steiner dem Verlage seine Dienste, und im Jahre 1791 wurde ihm die Inspektion über das Institut übertragen. Unter Steiners umsichtiger Leitung gewann der Verlag entschieden an Bedeutung. Laut Kurf. Entschließung vom 22. August 1792[1]) wurde nach dem Antrag des Geistlichen Rates „nicht nur zum Vortheile des Schulbücher Verlages sondern auch zum allgemeinen besten“ eine eigene Buchdruckerpresse errichtet, und seit dem gleichen Jahre gab das neuauflebende Institut längere Zeit alljährlich auch einen Katalog heraus,[2]) in dem wir bedeutungsvolle Aufschlüsse über die Qualität des Verlages und zum Teil auch noch über die im Goldenen Almosen erschienenen Bücher finden.

„Keine Anstalt wie diese,“ so urteilt (1805) der aufgeklärte Schriftsteller Lorenz Hübner, der Herausgeber der Oberdeutschen Staatszeitung und Redakteur und Mitherausgeber der Oberdeutschen Literaturzeitung, „vereinigt in sich die vielen Mittel, die Preise der Lehrbücher weniger fühlbar, ja beinahe unmerklich anzusetzen und dadurch die Widersetzlichkeit mancher dürftigen und dabei vorurtheiligen Aeltern gegen solche Ausgaben zu beseitigen.“

LXIII.

Kürzere Besprechung.

Georg Michaelis: „Für Staat und Volk.“ Furche-Verlag. Berlin 1922.

Der Reichskanzler Michaelis bietet hier dem Volke seine Lebensgeschichte dar; die Geschichte eines Mannes aus der Beamtenlaufbahn, wie es deren hunderttausende gibt, und die

1) K.A.M. R. A. 929/1½. Akt vom 22. Aug. 1792.

2) Vom Jahre 1793—1801 in der Staatsbibliothek vorhanden.



sich durch nichts aus dem Gewöhnlichen emporhebt, als durch den Zufall, daß der Verfasser nach Japan und schließlich zum Amte des Reichskanzlers gelangt ist, in einer Stunde, in der alle Welt den Kopf verloren hatte. Weil der Verfasser in schicksalsschwerer Stunde Reichskanzler war, deshalb allein hat sein Buch einige Bedeutung. Denn hier erblickt man einen Geist von nicht allzu hohem Fluge, ein Herz ohne hohe Impulse, einen Mann ohne Welt- und Menschenkenntnis. Wahrscheinlich ein fleißiger, tüchtiger Beamter, der Achtungswertes leisten mag, dem man aber nie und nimmer das Steuer des Reiches anvertrauen durfte. Es hat in so entscheidungsvollen Tagen keinen Staatsmann in der Welt, ob Feind oder Freund, gegeben, so nüchternen, knappen Verstandes, so bar jeder Erfindungsgabe, so bar schöpferischer Gedanken. Man stelle sich diesen Mann vor gegenüber Lloyd George, Poincaré, Wilson, Sonnino. Man lese den Passus über den Aufenthalt in Trier; die hämische Darstellung, die sich auf den heiligen Rock bezieht und die banale Anekdote von dem Michaelis'schen Dienstmädchen, das seiner katholischen Freundin bei einem Religions-Disput sagt: „Was wollen Sie überhaupt, Lena, unser Herr Jesus war doch selbst evangelisch." Wozu der Reichskanzler a. D. bemerkt: „Dazu konnte Lena nicht mehr viel sagen."

Seinen Standpunkt zu den Katholiken präzisiert Michaelis anläßlich der Schilderung des Kardinals Kopp wie folgt: „Selbstverständlich bleibt in der Vertrauensstellung gegenüber den persönlich verantwortlichen Vertretern der katholischen hohen Kirchenpolitik stets ein gewisser Leerraum, über den man sich, auch einem Manne wie Kopp gegenüber, nicht hinwegsetzen und sich nicht klar Rechenschaft geben kann. Als bewußter Christ hat man zwar volles Verständnis dafür, daß es in letzter Linie eine höhere persönliche Verantwortlichkeit gibt als die vor Volk und Vaterland. Aber der gewaltige Unterschied bei evangelischen Christen ist doch der, daß sich das Gewissen bei ihnen lediglich auf die Forderung eingestellt hat: wir sollen Gott mehr gehorchen als den Menschen, und daß nur das vor Gott bloßgelegte Gewissen und keine Kirche und kein Priester in dem Widerspruch



der Pflichten zu entscheiden hat. Beim Katholiken, insbesondere dem katholischen Politiker, fühlen wir stets, daß in letzter Linie ein menschlicher Wille, mit Beanspruchung göttlicher Autorität, entscheidend ist, der uns Deutschen fremd ist. Und deshalb ist eine politische katholisch-christliche Partei eine ständige Gefahr für das Deutschtum. Gelegentliche Leistungen, die als Beweis des Gegenteils angeführt werden können, dürfen darüber nicht hinwegtäuschen. In wichtigsten nationalen Entscheidungsmomenten hat die Partei versagt und dem Deutschtum geschadet."

So liegen also, nach Herrn Michaelis, die Dinge, wie er sie auffaßt. — Stultus homo. Hat je ein Mann in wichtigsten nationalen Entscheidungsmomenten so versagt, wie der Reichskanzler Michaelis versagt hat? Die Frage drängt sich auf, wie konnte man einen solchen Mann, dessen beschränkter Horizont und Weltfremdheit, ferner dessen protestantischer Hochmut in den entscheidenden Kreisen bekannt sein mußte, an das Steuer des Reiches stellen? Als Reichskanzler! Er mußte doch wissen, daß der Vatikan die einzige Stelle in der weiten Welt war, wo man der Not Deutschlands Teilnahme und Hilfsbereitschaft erwies, und vor allem, daß alle Katholiken im Reiche Gut und Blut dahingegeben haben. — Möglich, daß Michaelis mit Erzberger Erfahrungen gemacht hat. Aber kann Erzberger als typisch katholischer Politiker bezeichnet werden? Welche Gemeinschaft, welche Verantwortlichkeit haben die Katholiken als solche mit ihm als Politiker? Was das „vor Gott bloßgelegte Gewissen" angeht, so sollte Michaelis so viel aus der Geschichte wissen, daß alle Feinde des christlichen Staates Feinde der Kirche waren und sind. Die Theorie des Herrn Michaelis macht ihn, was er auch sagen mag, zum Mitstreiter derer, welche gegen Altar und Thron streiten. Gleiche Brüder, gleiche Kappen.

Zum 18. Mai 1922.

An dem Tage, da wir unseren edlen König Ludwig III. mit seiner königlichen Duldergefährtin in großartigster Bezeigung der Treue und Anhänglichkeit zur letzten Ruhe im hohen Dom geleiteten, hat der bisherige Kronprinz als ältester Sohn des Dahingeschiedenen eine hochbedeutsame Kundgebung an unser bayerisches Volk erlassen, in welcher er in feierlichster und unzweideutigster Weise betonte, daß er „*eingetreten sei in die Rechte seines Herrn Vaters*".

Für alle jene Bayern, welche auf dem Rechtsstandpunkte der Legitimität beharren, enthalten diese Worte nur die Bekräftigung eigener Grundsätze, die auch offen zu bekennen uns nicht nur Ausfluß des Pflichtgefühles sein soll, sondern vor allem auch der Liebe und Dankbarkeit gegenüber dem *berufenen* Führer unseres bayerischen Volkes, dem mit uns verwachsenen, *heimischem* Boden entsprossenen Stamme der Wittelsbacher.

Wir wollen daher am festlichen 18. Mai althergebrachter Sitte getreu uns einigen im Gebete für das gegenwärtige Oberhaupt des Hauses Wittelsbach mit dem innigen Geburtstagswunsche, daß, so bald es Gott, dem „König der Könige", gefällt, in allen bayerischen Gauen landauf landab voll herzlicher Begeisterung erschallen möge unser froher — wahrhaftig dem tiefen Sehnen des Volkes entsprechender Gruß:

Heil unserem König Rupprecht, Heil!





LXIV.

Um die deutsche Seele.

Eine Problemstellung.

Alle Deutschen, die ihr Vaterland lieben und mit ihrem Volke fühlen, sind in der heutigen Not darauf bedacht, ihm neue Lebenskräfte zuzuführen, von denen sie Stärkung und Wiedererblühen des ganzen Volkskörpers erhoffen. Die Urteile über die erneuernden Lebensquellen für das deutsche Volk sind aber unter den Deutschen selbst sehr geteilt. Was dem einen ein Heilmittel, erscheint dem anderen Verderben. In so entscheidungsschwerer Zeit, wie es die Gegenwart für das deutsche Volk ist, darf aber für den Einzelnen kein Zweifel über die Wege bestehen, auf denen am ehesten und sichersten das Wohl des ganzen Vaterlandes gefördert werden kann. Es handelt sich daher zu allererst um die Frage, ob die deutsche Seele in ihrer Eigenart sich selbst genügt und aus sich heraus eine Lebenskraft hervorbringen kann, die stark genug ist, die Übel der Gegenwart zu überwinden und eine neue Blütezeit unseres Volkes anzubahnen. Nicht wenige gibt es, die mit stolzer Zuversicht die Überzeugung hegen, daß Deutschlands Wiedergeburt aus der Kraft des eigenen Volkstums möglich ist und mit Abweisung jeglichen fremden Gutes errungen werden muß. Wie es Alldeutsche auf politischem Gebiete gibt, so auch auf dem rein geistigen. Ist dieser Standpunkt berechtigt? Ist er vernünftiger Weise überhaupt möglich?

Hier gilt es zunächst festzustellen, was denn das Charakteristische, das eigentlich Eigenartige des deutschen Volkstums ist.

Von den Tagen des Tacitus an ist als das hervorragendste Merkmal germanischen Geistes der Individualismus festgestellt worden, und niemand wird leugnen, daß er sich

im Laufe der ganzen geschichtlichen Entwicklung unseres Volkes nicht nur erhalten, sondern verschärft hat. Damit ist aber von vorneherein eine übermäßige Betonung der Eigenpersönlichkeit, Neigung zur Zersplitterung und Mangel an Gemeinschaftssinn gegeben. Auf allen Gebieten des Kulturlebens von der politischen Gestaltung unseres Staatswesens bis zu den geistigen Gebieten der Philosophie und der Religion hat sich diese Überspannung des Subjektiven zum Schaden der Allgemeinheit in steigendem Maße geltend gemacht. Wer in die gegenwärtige Lage unseres Volkes tiefer hineinblickt, wird auch hier als letzte Wurzel des Unglückes den schrankenlosen Individualismus finden.

Daß aber diese Geistesrichtung nach der Seite der Persönlichkeitskultur ungewöhnliche Vorzüge hat, die ihrerseits wiederum höchst wertvolle Kräfte in der deutschen Seele zur Auswirkung gebracht haben, muß hier notwendig hervorgehoben werden. Da aber in der Einseitigkeit der individuellen Einstellung auf der anderen Seite verhängnisvolle Mängel notwendig gegeben sind, so hat sich bei vielen ernsten Deutschen die Überzeugung herausgebildet, daß das Deutschtum unbedingt einer Ergänzung von anderer Seite bedarf. Aber auch hier gehen die Wege auseinander. Die einen sehen das Heil in einer Anlehnung an den Osten. Sie verlangen nach dem Enthusiasmus und der inneren Glut, von der die slavischen Völker, insbesondere die Russen, erfüllt sind. Deshalb der Hunger nach russischer Literatur. Nicht nur die Kommunisten suchen in Rußland ihr politisches Vorbild, sondern auch ein großer Teil der deutschen Studentenschaft verlangt nach der Begeisterungskraft und dem Opferdrang der russischen „Freiheitskämpfer“. Ja es haben sogar nicht einmal Geistliche gefehlt, die in dem russischen Enthusiasmus die „religiöse Seele“ schlechthin erblickt und gepriesen haben.

Neben diese Auffassung stellt sich eine andere, die allerdings die Überzeugung teilt, daß dem deutschen Volkstum, das im ganzen Mittelalter Maß und Stetigkeit an sich selbst vermißt hat, anderweitig eine Ergänzung erwachsen muß,



die gerade das Gesetzmäßige bildet; aber sie sucht eine solche in entgegengesetzter Richtung, bei der Antike. Sie wird vertreten vor allem von Freunden des humanistischen Gymnasiums, und literarisch, um nur einen Namen zu nennen, von Hermann Hefele, besonders in seinem Buche „Das Gesetz der Form". In diesem Titel ist auch ausgesprochen, wie die Jünger des klassischen Altertums sich die Ergänzung des deutschen Volksgeistes denken. Sie wollen ihm Form geben, aber nicht von außen her, sondern durch eine innere Durchdringung der deutschen Geisteswelt mit dem besten und edelsten Ertrag der antiken Kultur, die sich vorwiegend als formgebend auswirkt, die aus Teutonen im Laufe des Mittelalters Deutsche gebildet hat.

Welche von diesen drei Richtungen kommt der Wahrheit am nächsten? Die „alldeutsche" Auffassung, die aus dem angestammten Volkstum allein das Heil erhofft, wird durch die Geschichte der Unzulänglichkeit überführt. Bewußt oder unbewußt hat sich aus diesem Gefühl heraus ein Anlehnungsbedürfnis des Deutschen herausgebildet, das besonders im Ausland im Gegensatz zum Franzosen erschreckend auffällt. Niemand paßt sich in fremdem Lande schneller und vollkommener der fremden Umwelt an als der Deutsche. Ja, er geht nicht selten so weit, sein eigenes heimisches Wesen völlig zu verlieren. Wer sieht dem italienischen Arbeiter in Wort und Gebärde nicht an, daß er einer Kulturwelt entstammt, die um 2000 Jahre älter ist als die deutsche? Demgegenüber kann sich auch der tiefer und ernster denkende Deutsche auf italienischem Boden nicht behaupten, und so gibt er sich leicht gefangen. Der Subjektivismus und der Individualismus, der sich in einer falschen Innerlichkeit verbirgt und abschließt, kann nur durch einen anders gerichteten Antrieb zum Objektivismus und zum Gemeinschaftsgefühl erzogen werden. So werden also sicherlich diejenigen Recht behalten, die eine Ergänzung von fremder Seite für notwendig erachten.

Kann sie vom Osten her erwartet werden? Das fran-

zösische Sprüchwort ist wahr geblieben: „Grattez le Russe et vous trouverez le barbare“. Das moderne Rußland hat allerdings aus seiner ringenden Auflehnung gegen die Despotie eine mystische Glut von ungeheurer Kraft in sich sich erzeugt. Allein auch sie ist barbarisch. Die Hinneigung zum Slaventum würde den völligen Untergang deutschen Geistes jedenfalls auf lange Zeit bedeuten.

So bleibt also nur der erhabene Reichtum der Antike, aus deren Schatzkammer die deutsche Seele für sich das Beste gewinnen kann.[1]) Aber auch hier ist die Geschichte Lehrmeisterin. Die Werke karolingischer und ottonischer Zeit reden eine überzeugende Sprache. Die ganze Einheitskultur des Mittelalters, die dem Abendland ein so harmonisches Gepräge verlieh, ist das Ergebnis der Einwirkung antiker Kultur auf deutsches Wesen, die in ihrem ganzen Umfang von der Kirche getragen wurde. Es ist also nicht die heidnische Antike, die hier vor allem zu Hilfe gerufen wird, sondern die vom christlichen Geiste beseelte antike Kultur. Das deutsche Volkstum schützend und veredelnd, hat sie ihm zu Ausdruck und Form verholfen. Deshalb ist auch die deutsche Seele so sehr gefährdet, weil ihr das Christentum zu entschwinden droht. Von dieser Seite also muß die Ergänzung gesucht und erstrebt werden.

Hier liegt eine große, ja die Aufgabe der deutschen Katholiken, die sie ihrem Volke und Lande zu leisten haben. In treffender Weise hat Hermann Hefele das in seinem Aufsatz „Die Funktion des Katholizismus in der modernen Kultur“ („Die Tat“, Juliheft 1913/14, S. 384 ff.) dargelegt. Allerdings ist an seiner Auffassung des Katholizismus viel zu beanstanden, aber er hat den großen Wert der objektiven Richtung, die ihm innewohnt, klar erkannt.

In mehr als 1000jähriger Überlieferung hat die katholische Kirche das kostbare Erbe der antiken Welt in die

1) Der Idealismus der Antike bietet auch eine starke Abwehr gegen den Amerikanismus, der sich bei uns schon in erschreckendem Maße breit zu machen beginnt.

deutsche Seele hineingetragen und mit deren Eigenwerten aufs innigste verschmolzen. In der gleichen Weise fortwirkend werden die deutschen Katholiken am sichersten der Not der deutschen Seele steuern können. Es ist das ja auch schon auf der Gegenseite so sehr erkannt worden, daß man nicht davon absteht, Anleihen beim Katholizismus zu machen. So, wenn Friedrich Heiler bemüht ist, einem katholischen Protestantismus oder einem protestantischen Katholizismus das Wort zu reden. Derartige unnatürliche Versuche werden selbstredend scheitern müssen; aber sie sprechen wider Willen die Anerkennung aus, daß von katholischer und damit auch von antiker Seite ein Ausgleich in der Zerrissenheit erhofft werden darf.

Das ist auch die Einsicht derer, die den Katholiken ein tieferes Verständnis des liturgischen Lebens der Kirche vermitteln wollen. Die Objektivität[1]) und Gemeinschaft, Ausgeglichenheit und Form sind die typischen Merkmale der kirchlichen Liturgie. Wer sich mit ihr befreundet, wird die gleichen Anlagen in sich ausbilden und damit das deutsche Volk bereichern.

Es mag nicht an solchen fehlen, die glauben, der antike Geist werde der deutschen Seele ihr Eigenstes rauben. Ihnen gegenüber verweise ich auf zwei Stellen in dem soeben erschienenen Werk des protestantischen Theologen von Schubert „Geschichte der christlichen Kirche im Frühmittelalter". Er sagt vom hl. Beda dem Ehrwürdigen: „Derselbe Mann, der, bis zu seinem Lebensende ein unermüdlich Lernender, der ganzen Welt sein Interesse zuwandte, in den Griechen und Lateinern zu Hause war, weit über hundert antiker, profaner und kirchlicher Autoren zitiert, vierzigmal allein den

1) „Ich will Ihnen etwas entdecken, und Sie werden es in Ihrem Leben vielfach bestätigt finden. Alle im Rückschreiten und in der Auflösung befindlichen Epochen sind subjektiv. Dagegen aber haben alle vorschreitenden Epochen eine objektive Richtung. Unsere ganze jetzige Zeit ist eine rückschreitende, denn sie ist eine subjektive." Gespräche mit Goethe von Joh. Peter Eckermaun. 29. Jan. 1826 (Ausg. Geiger S. 134).

Virgil und vierzehnmal den Plinius — er hat doch auf dem Totenbett seinem Gott einen Hymnus in der Sprache seines Volkes gesungen, und er hat den letzten Rest seiner Kraft verbraucht, um das Johannes-Evangelium in das Angelsächsische zu übertragen. Auch Bedas Herz gehörte doch seinem Volke. Er ist eine nationale Größe."

Vom hl. Bonifatius sagt der gleiche Gelehrte: „Wenn auch sein Grab zu Fulda ein Symbol und Heiligtum des deutschen Katholizismus geworden ist, die Formel „Romanisierer Deutschlands" ist völlig unzureichend. Das Weltgeschichtliche seiner Wirksamkeit liegt darin, daß er die Jugendfrische angelsächsisch-christlicher Kultur auf dem Umweg über Deutschland dem Frankenreiche als erneuerndes Element einstiftete, daß er auf jenem Umwege Deutschland dem fränkischen System endgiltig einfügte und bei alledem zugleich Rom, die andere südliche Kulturmacht, dem ganzen mitteleuropäischen Reiche äußerlich und innerlich nahe brachte, ohne dessen Eigenart zu brechen. So hat er als ein großer Ausgleicher für eine neue Kultureinheit die Voraussetzungen geschaffen."

Es muß also wohl möglich sein, den römisch-katholischen Geist so der deutschen Seele zu vermählen, daß sie nicht von der Antike aufgesaugt, sondern im Gegenteil von ihr befruchtet zu reicherem Blühen fähig wird. Hierzu mitzuwirken, sind in allererster Linie die gebildeten Katholiken berufen.

Alle Katholiken ohne Ausnahme aber sollten es sich zur heiligen Pflicht machen, der wachsenden Formlosigkeit entgegenzutreten. Sie verletzt die ersten Gesetze wahren Christentums. „Zurück zur Form!" muß die Parole all derjenigen werden, die Deutschland retten und ihm einen Ehrenplatz unter den Völkern einräumen wollen. Das ist aber nur der erste Schritt aufstrebenden Geisteslebens. Uns Katholiken muß daran liegen, das Edelste und Beste, das wir von unserer Kirche empfangen, der deutschen Seele zu eigen zu geben, damit sie genese und neu erblühe zu der Schönheit, die in den besten Tagen der mittelalterlichen Einheitskultur ihre Zier war. J. H.



LXV.

Foersters Ecclesia universalis der Zukunft.

Der bekannte Pädagoge Fr. W. Foerster hat viel Schönes und Anerkennendes über die katholische Kirche geschrieben. Ihre gewaltige Organisation, ihre bald zweitausendjährige Tradition, ihre mächtige Herrschaft über so viele der größten Geister aller Zeiten, ihre zahllosen Heiligen, ihre Einheit, ihre caritativen Einrichtungen imponieren ihm. Viele Katholiken haben sich deshalb gefragt, warum er nicht längst zur Kirche übergetreten sei. Wie er sich in Zukunft noch entwickeln mag, das weiß Gott allein; aber daß er heute noch der Kirche sehr ferne steht, das beweist klar eine seiner neuesten Schriften „Das Kulturproblem der Kirche. Ein Dialog mit meinen Kritikern", die er im Jahre 1920 als Nachwort zur vierten Auflage seines Buches „Autorität und Freiheit" veröffentlicht hat und die seither auch als Sonderabdruck erschienen ist.

In der Vorrede zur vierten Auflage von „Autorität und Freiheit" bezeichnet er als das Ziel seiner Bestrebungen, „an der Wiederherstellung und Vertiefung der geistigen Grundlagen des Lebens mitzuarbeiten". Der Kampf gegen den modernen Kultus des Sichtbaren, gegen das beschränkte Kausalitätsprinzip der mechanischen Weltauffassung und den herrschenden Naturalismus des Denkens auch in sittlichen Fragen, hat ihn, wie er selbst sagt, zur christlichen Religion geführt. Nun steigt vor ihm das kirchliche Problem auf: Wie ist es möglich, die Kenntnis jener geistigen Grundlagen des Lebens vor der Plattheit und Beschränktheit der an das Greifbare gebundenen Lebensdeutung sicher zu stellen und ihr eine gewisse erzieherische Autorität und Organisation zu sichern? Platos Gedanken über diese Frage haben Foerster darauf vorbereitet, „die gewaltige Antwort zu würdigen, die der Katholizismus auf jene Frage nach der irdischen Organi-



sation der überirdischen Erkenntnis gegeben hat". Aber er wendet sich auch scharf gegen gewisse „menschliche Schwächen und Verknöcherungen der katholischen Institution". Von kirchlicher Seite ist dringend die Gewissenserforschung nötig: wie weit sind wir, die wir die innerlichsten Heiligungen der menschlichen Gesellschaft vertreten, selber „noch viel zu sehr Techniker der Organisation, Anbeter des Caesar, kleingläubige Vertreter der äußerlichen Mittel?" Die einst um eine universelle Wahrheit gesammelte Menschheit ist heute „in lauter einander bekämpfende Einseitigkeiten verirrt, deren Vertretern jedes Bewußtsein ihrer Beschränktheit abhanden gekommen ist". Sozialismus und Individualismus, Autorität und Freiheit, Tradition und Selbständigkeit, Nationalismus und Internationalismus, Intellektualismus und Mystik, Gehorsam und Selbstverantwortlichkeit, charakterlose Strenge und verzeihende Humanität — alle diese Gegensätze, die sich in einer gesunden Ordnung nicht bekämpfen, sind heute auseinandergefallen.

Es handelt sich also beim kirchlichen Problem hauptsächlich um die Überwindung der Einseitigkeiten, in denen sich das Denken des modernen Menschen bewegt. „Der durch die Not der Spaltung zerquälte Mensch der Gegenwart wird sich aus seinem Elend heraus dem universellen Christus öffnen, in dem alle Gegensätze in ausgewachsener Größe lebendig und doch mit einander versöhnt sind." Dieser Aufgabe entsprechend mußte Foerster sein ganzes Wirken für die Erneuerung und Sicherstellung der führenden geistigen Prinzipien unter das Zeichen der Synthese stellen. Diese Synthese bildet das Hauptthema in dem „Dialog", in dem sich Foerster der Reihe nach mit einem Freidenker, einem Protestanten, einem Modernisten, einem katholischen Theologen, Konvertiten und Politiker auseinandersetzt und der trotz mancher trefflichen und beherzigenswerten Gedanken im ganzen unbefriedigt läßt.

Gegen den Protestanten verteidigt Foerster den Katholizismus, aber nicht als Parteimann. Er steht neben und



über den Parteien. Er sucht als Brückenbauer zu wirken (Kulturproblem der Kirche 22). Brückenbauen heißt nicht: Verwischung der Prinzipien, das wäre ein fauler Friede. Die verschiedenen Prinzipien sollen bestehen bleiben, aber „zu einer höheren Synthese kommen, in der sie sich nicht bekämpfen, sondern ergänzen". Man darf nicht eigensinnig gegen einander streiten und sich durch den Streit immer mehr in der Einseitigkeit bestärken. „Großes wirket ihr Streit — Größeres wirket ihr Bund". „In welcher Form sich in der Zukunft das ‚Ut omnes unum sint' wieder verwirklichen wird, das wird von einer ganzen Reihe von unberechenbaren Entwicklungen in allen beteiligten Lagern abhängen." Auf protestantischer Seite wird der Untergang des Staatskirchentums und die fortschreitende Zersetzung des religiösen Erbgutes das Bedürfnis nach Neuorientierung immer mehr verstärken. Aber auch der Katholizismus wird sowohl nach der griechischen als nach der protestantischen Seite hin „zu eingreifenden Konzessionen" gedrängt werden: nicht durch Verzicht auf katholischen Besitz, wohl aber durch mancherlei Vereinfachung und Vertiefung, ferner durch mehr Spielraum in der Angliederung und Nachbildung vieles Positiven in der evangelischen Welt, endlich in der größeren Bewertung des Laienwerks. Was heute nottut, ist auf allen Seiten eine vorurteilslose Vertiefung „in die Frage, wie das persönliche Gewissen mit der Autorität einer Institution versöhnt werden kann, und wie es möglich ist, alle Einseitigkeiten in einer großen Synthese zum Ausgleich zu bringen. Wir brauchen gegenüber der ungeheueren Zersplitterung wieder ein verkörpertes Gewissen der Universalität in der Menschheit ... In einer universellen Kirche wird gleichsam die Vergesellschaftung aller Seelen und aller Teilgruppen der Menschheit im Dienste eines höchsten Ideals verkörpert und dargestellt. Schon darum ist eine sichtbare Universalkirche in dieser Welt der Trennungen ein unbedingtes Bedürfnis der Kultur



und muß das letzte Ziel aller aufbauenden Kräfte sein" (ebenda S. 23).

Haben wir diese Universalkirche nicht schon in der katholischen Kirche? Foerster antwortet: Ich hätte „das Kapitel ‚Universalität und Separation' gar nicht geschrieben, wenn mir die gegenwärtige Kirche bereits die auf Erden mögliche Lösung des Problems bedeuten würde" (S. 26). „Den Schlüssel zum Himmelreich hat nur der, der im Namen Christi die Brücke schlägt von der esoterischen Sekte zur menschlichen Gesamtheit" (S. 28). Das größte soziale Problem der Menschheit ist: wie ist die Gemeinschaft des Ideals und der Anbetung möglich zwischen dem sinnlichen und dem geistigen, dem einfachen und dem vielseitigen, dem ungebildeten und dem gebildeten Menschen? Die Lösung dieses Problems liegt nicht „in der einfachen Parteinahme für die jetzige römisch-katholische Kirche". „Vielmehr ist es gerade die Konsequenz aller meiner Ausführungen, daß ich mich einer universelleren Wahrheit verpflichtet fühlen muß, als in den gegenwärtigen Kirchenformen zum Ausdruck kommt" (ebd. S. 43).

Wenn aber Foerster außerhalb jeder kirchlichen Gemeinschaft bleibt, verfällt er dann nicht dem Indivualismus, den er sonst als Ursache der Spaltungen so entschieden bekämpft?

„Mein Alleinstehen ist nur scheinbar Individualismus. In Wirklichkeit ist es ein Protest gegen den Individualismus der Spaltung und ein Bekenntnis zur Universalität. Es gibt Übergangszeiten und Weltkrisen, innerhalb deren man zu etwas gehört, was noch nicht da ist, was aber doch irgendwie repräsentiert werden muß. Der Widerspruch des Alleinstehens zu dem Prinzip der Gemeinschaft, das man bekennt, ist dann äußerlich gewiß unleugbar . . . in Wirklichkeit aber ist es um der größeren ersehnten Gemeinschaft willen, daß man der engbegrenzten Gemeinschaft (der Kirche) fernbleibt. Diesen Widerspruch muß man um der Sache willen ertragen, selbst wenn er den eigenen religiösen und kirchlichen Bedürfnissen die höchste Askese auferlegt. Wäre nicht das Streben nach Katho-



lizität, Wiedergewinnung und Angliederung, das in den großen Zeiten der Kirche so hoch entwickelt, ja unersättlich war, heute in manchen katholischen Kreisen so sehr versiegt (?), so würde man meine Stellung dort weitherziger würdigen. Man würde auch erkennen, daß diese Stellungnahme dem Grundtrieb und dem Grundgedanken all meiner Schriften entspricht. Kommt es mir doch überall auf eine neue Synthese all der auseinandergefallenen Teilwahrheiten an — sei es eine Synthese zwischen alten und modernen Erkenntnissen und Bedürfnissen, sei es eine Synthese ewiger Gegensätze" (ebd. 43—44).

Foerster scheint vorauszusetzen, auch die katholische Kirche habe an der allgemeinen Entwicklung zur Einseitigkeit teilgenommen; damit übersieht er aber, daß dem obersten Lehramt der universelle Besitz der geoffenbarten Wahrheit durch den Beistand des Heiligen Geistes gesichert ist. Auf diese Schweirigkeit entgegnet er, er kenne diese Anschauung. „Es gibt aber außer den unerschütterlichen Prinzipien des ex cathedra verkündigten Lehrgutes doch noch eine gewaltige Aufgabe der Interpretation bis herab zur Homiletik, Apologetik und Katechese, bei der die menschliche Zusammensetzuug der Hierarchie von weittragender Bedeutung ist" (ebd. S. 45). Es handle sich allerdings nur um Dinge zweiter Ordnung, die sich sozusagen nur auf die Peripherie der kirchlichen Verkündigung beziehen. Aber bald darauf wird gesagt: „Sentire cum ecclesia kann heute nicht mehr bloß heißen: in der Stimmung der gegenwärtigen Kirche bloß aufgehen, sondern es muß vor allem heißen: ungeduldig sein nach der größern Kirche, nach der alle vereinenden ecclesia" . . . kurzum: einem größern Ausbau der Katholizität den Boden bereiten. „Diese Synthese würde keineswegs bedeuten, daß aus der griechischen, protestantischen und außerchristlichen Welt Elemente assimiliert und anerkannt werden sollen, die den katholischen Grundprinzipien widerstreiten. Wohl aber würde diese Synthese bedeuten, daß das wirklich Positive auch in der nicht-römischkatholischen Welt hinter allen Verkleidungen,

Irrtümern und Negationen mit wahrer innerer Freiheit als solches wiedererkannt und mit dem geheiligten Besitz der Kirche ebenso vereinigt würde, wie doch einst alles das, was das Heidentum auf Christus hin gedacht hat, hellsichtig als solches erfaßt und assimiliert wurde" (ebd. 47—48).

Wir zweifeln nicht an den guten Absichten Foersters, aber ebensowenig daran, daß er in einer großen Selbsttäuschung befangen ist. Er redet immer von der großen Synthese der religiösen Anschauungen, von der Überbrückung der konfessionellen Gegensätze. Aber worin soll diese Synthese bestehen? Darüber wird nirgends etwas Bestimmtes und Greifbares gesagt. Jeder soll seine Prinzipien behalten und doch soll eine Vereinigung stattfinden. Die katholische Kirche kann und wird nie auf den Anspruch verzichten, die gottgesetzte Lehrerin der christlichen Wahrheit zu sein, sie wird stets und von allen im Namen Christi gläubige Unterwerfung verlangen. Wird der Freidenker und der Protestant das anerkennen? Und wenn nicht, wie kann denn eine Einigung stattfinden. Das Ziel: ‚Ut omnes unum sint' ist schön und groß, aber es muß in der Weise und auf dem Wege erreicht werden, die Christus der große Lehrer der Wahrheit bestimmt hat.

Foerster meint, die katholische Kirche solle sich das Positive, Tiefchristliche im Protestantismus, Modernismus usw. aneignen. Aber worin besteht dieses Tiefchristliche? Er sagt selbst, seine Synthese bedeute nicht, daß aus der griechischen oder protestantischen oder außerchristlichen Welt Elemente assimiliert werden, die den katholischen Prinzipien widerstreiten. Wenn man aber von diesen Elementen absieht, was bleibt dann noch z. B. im Protestantismus Tiefchristliches, das die Kirche nicht schon längst besäße? Oder soll die erstrebte Synthese darin bestehen, daß man jeden glauben läßt, was er will? Das wäre aber keine Synthese, sondern eine Verleugnung des katholischen Standpunktes.

Wer meint, die Kirche könne aus anderen Religionen sich Anschauungen assimilieren, verrät auch eine ganz un-



katholische Auffassung. Die Kirche kann nicht nach Belieben neue Wahrheiten aufstellen und verkünden. Christus hat uns die Wahrheit gebracht. Beim Tode der Apostel war die christliche Offenbarung abgeschlossen. Der Heilige Geist offenbart der Kirche keine neuen Wahrheiten. Sie hat nur den Auftrag, die ihr anvertraute Lehre Christi zu verkünden, zu erklären und unverfälscht zu erhalten. Allerdings gehören dazu nicht nur die Dogmen im strengen Sinne, sondern alle Lehren, die aus diesen Dogmen folgen, mit ihnen zusammenhängen oder von ihnen vorausgesetzt werden. Die Kirche darf von dieser Hinterlage nichts wegnehmen, ihr aber auch nichts hinzufügen.

Wenn also Foerster von tiefgehenden Konzessionen der katholischen Kirche an die moderne Welt redet und darunter die Glaubenslehren versteht, so verlangt und erstrebt er etwas ganz Unmögliches, etwas, das dem katholischen Lehrbegriffe widerspricht, an dem die Kirche nichts ändern kann. An manchen Stellen scheint Foerster wirklich neue Lehren von der Kirche zu verlangen. Denn sie soll sich Ansichten des Protestantismus und Modernismus „assimilieren". Er redet auch von seinem Streben nach einer universelleren Wahrheit, als sie heute in der Kirche anerkannt ist. Er findet viele Einseitigkeiten und Beschränktheiten in der katholischen Kirche. Das kann sich wohl nur auf die christliche Lehre beziehen. Obwohl Foerster das katholische Dogma von dem Wirken des Heiligen Geistes in der Kirche kennt, fehlt ihm doch der Glaube an diese Botschaft. Daher die vielen Vorwürfe gegen die Kirche, so der Vorwurf der Einseitigkeit und Verknöcherung, der Überschätzung der materiellen Glaubensmittel und Glaubenserfolge, der Nervosität gegenüber der Freiheit und dem Irrtum, des Triumphes des Gemeinschaftsbetriebes über das Persönliche, des Mangels an Achtung gegenüber dem Gewissen eigenartiger und tiefer Naturen usw. Wir bemerken übrigens, daß die Kirche nicht bloß unfehlbar ist in ihren Glaubensentscheidungen, sondern auch in allen, die ganze Kirche verpflichtenden Gesetzen und



Anordnungen, wenigstens in dem Sinne, daß diese nichts enthalten können, was dem Glauben und den guten Sitten widerspricht.

Besonders unsympathisch scheint Professor Foerster die kirchliche Hierarchie zu sein, aber diese ist in ihren wesentlichen Zügen: im Primat des Papstes, im Episkopat und im Priesteramt von Christus selbst festgesetzt und kann von der Kirche nicht geändert werden. Auch die Sakramente sind in ihrem Wesen von Christus selbst eingesetzt. Wenn man also von der Kirche Konzessionen verlangt, damit sie die moderne Welt gewinne, so kann sich das weder auf den Lehrinhalt, noch auf die wesentlichen Züge der kirchlichen Verfassung oder die Sakramente beziehen, sondern höchstens auf die Disziplin der Kirche. Foerster täuscht sich aber sehr, wenn er meint, durch einige Zugeständnisse auf diesem Gebiete könne die moderne Welt für die Kirche gewonnen werden. Was dem modernen Individualisten am meisten anstößig erscheint, ist die Forderung, daß er sein Urteil in Sachen des Glaubens und der Sitten dem kirchlichen Lehramt unterwerfe. Das ist der große Stein des Anstoßes. Ob diese oder jene Disziplinarmaßregel oder liturgische Vorschrift geändert oder abgeschafft werde, daran liegt den allermeisten gar wenig.

Foerster zeigt sich auch unzufrieden mit den Methoden der katholischen Apologetik, der Predigt und Homiletik. Nun, in diesen Fragen ließe sich ja in einigen Punkten mit ihm reden. Übrigens ist es doch zweifelhaft, ob derjenige, dem der Glaube an das Übernatürliche fehlt, wohl imstande ist, der Kirche Christi auf diesen Gebieten die richtigen Wege zu weisen.

Wie sehr Foerster das rechte Verständnis der Kirche abgeht, zeigt sich auch darin, daß er sie immer nur nach ihrer Tragweite für die moderne soziale Kultur bewertet. Als ob die Kirche an erster Stelle zur Beförderung irdischer Kultur gestiftet wäre! „Mein Reich ist nicht von dieser Welt“, hat Christus vor Pilatus gesagt. Christi Reich ist

zwar in dieser Welt, aber es hat nicht irdische, weltliche Zwecke; es ist vielmehr ein himmlisches Reich, das nur die Heiligung und Rettung der Seelen durch die Lehren und Gnadenmittel Christi bezweckt. Christus ist nicht gekommen, um volkswirtschaftliche oder staatswissenschaftliche Vorlesungen zu halten oder uns in die Technik einzuführen und uns zu zeigen, wie man Straßen, Eisenbahnen und Dampfschiffe bauen, den Telegraphen und das Telephon oder die Flugmaschinen herstellen oder überhaupt, wie man sich auf dieser kleinen Erde häuslich einrichten und das Leben genießen könne. Nein er ist gekommen, um zu suchen, was verloren war, um genugzutun für unsere Sünden und uns den Weg der Tugend und des ewigen Heiles zu lehren. Es ist deshalb eine Verkennung und Herabwürdigung der Kirche, wenn man an erster Stelle nach ihrer irdischen Kulturtätigkeit fragt und darnach ihren Wert bemißt. Gewiß ist die Bedeutung der Kirche auch für die irdische Kultur groß, viel größer als die meisten ahnen, aber das ist nur sozusagen der Schatten der Kirche. Ihre eigentliche Mission ist und bleibt die Heiligung und Rettung der Seelen. Den Seelen, nicht dem Leibe gilt ihre eigentliche Arbeit.

Foerster scheint große Hoffnung für die Kirche zu haben, wenn sie sich zu Konzessionen und Anbequemungen herbeiließe oder überhaupt mehr Verständnis für die moderne Welt zeigte. Ja er scheint der Ansicht zu sein, die Kirche selbst sei schuld, daß so viele von ihr abfallen oder ihr gar feindselig gegenüberstehen. Diese Anklage ist unberechtigt, man hätte sie schon gegen Christus selbst erheben können. Ist denn nicht der größte Teil des jüdischen Volkes ungläubig geblieben? Hat er nicht für sein Evangelium sterben müssen? Hat es etwa Christus an dem richtigen Entgegenkommen, an der richtigen Methode der Predigt und Homeletik fehlen lassen? Was von Christus gilt, das gilt auch von der Kirche, die ja nur der fortlebende und fortwirkende Christus ist. Gewiß kommt in der Kirche auch Menschliches, Allzumenschliches vor. Wer aber eine Insti-



tution nicht von ihren einzelnen Vertretern zu unterscheiden weiß, der muß schließlich an allen menschlichen Institutionen, auch an Staat und Familie irre werden.

Foerster sagt, er sei innerlich kein Individualist, er arbeite nur für die große Vergesellschaftung der Geister in der Zukunft. Etwas mehr innerer Individualismus wäre ihm vielleicht doch zu wünschen. Denn was nützt es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewänne, aber an seiner eigenen Seele Schaden litte? Aus übergroßem Eifer für die anderen kann man leicht den Anschluß an den richtigen Zug verlieren.

LXVI.

Der neue Geist der neuen Zeit.

Von Hermann Freiherrn von Lüninck.

Es gibt wenig Redensarten, die man heutzutage häufiger zu hören bekommt, als die von der neuen Zeit und ihrem neuen Geist. Alles muß und soll diese neue Zeit rechtfertigen, erklären, entschuldigen. Der eine ist stolz auf die neue Zeit und hebt sie in den Himmel, der andere verachtet und beschimpft sie. — Die neue Zeit beginnt mit dem 9. November 1918, dem Tage der glorreichen Revolution, als das verrottete alte System endlich zusammenbrach, als an die Stelle des überlebten Obrigkeitsstaates der freie Volksstaat trat, als Militarismus und Junkerherrschaft beseitigt und das Volk seine Geschicke selbst in die Hand nahm, als der niederträchtige Klassen- und Standesdünkel niedergerungen und der soziale Ausgleich zum obersten Staatsprinzip erhoben wurde. Oh, es waren herrliche Tage, als die Morgenröte der neuen Zeit erschien!

I.

Zwei Ideen, die durch die Revolution siegreich emporgetragen wurden, geben der „neuen Zeit" das eigentliche



Gepräge: Das eine ist die formale, mechanische Demokratie, die zu vollem Siege gelangte; das andere ist der materialistische Sozialismus, der maßgebenden Einfluß im öffentlichen Leben gewann. Waren diese Ideen 1918 wirklich neu?

Die formale Demokratie mit allen ihren Dekorationsstücken von allgemeiner Gleichheit, Menschenrechten, Volkssouveränität, parlamentarischem System usw. war bereits 130 Jahre vor der deutschen Revolution mit genau den gleichen Schlagwörtern, den gleichen Trugschlüssen vertreten, gefeiert und gepriesen worden und zudem durchweg in einer erheblich vollendeteren Form als heute bei uns. Man lese doch die Schriften von J. J. Rousseau, Sieyès, die Reden von Mirabeau und dann zeige man mir einen einzigen Gedanken, den die geistesmächtigen Vorkämpfer der heutigen Demokratie neu produziert haben! — Nein, die Gedanken, die heute von den eingefleischten Demokraten vertreten werden, das sind ohne jeden Zusatz, ohne jede Änderung die Ideen der französischen Revolution, die seither als „Liberalismus, Fortschritt, Freisinn, Parlamentarismus und Demokratie" schon ein volles Jahrhundert lang maßgebenden Einfluß auf die Denkungsweise der deutschen Öffentlichkeit geübt haben, die etwa um das Jahr 1848 die Mehrzahl der Gebildeten in Deutschland in ihren Bann gezogen hatten. Und dieses Ideal des vorigen und vorvorigen Jahrhunderts, das sollte 1918 plötzlich als Prinzip der „neuen Zeit" ausgegeben werden? Lächerlich!

Aber der sozialistische Geist? War der nicht bisher stets unterdrückt und trat er nicht nunmehr als eine ganz neue Auffassung mitbestimmend ins öffentliche Leben? Mit nichten. Ja, wenn es wahrer Sozialismus, wirklicher Gemeinschaftsgeist gewesen wäre; das wäre eine neue Erscheinung gewesen nach einem Jahrhundert der liberalen Selbstsucht. Doch wie sah es in Wirklichkeit aus? Das, was sich Sozialismus nannte, war die Auswirkung niederster egoistischer Instinkte; nicht sozialer Opfergeist gelangte zum Siege, sondern selbstsüchtiger Schiebergeist. Muß ich Be-



weise dafür erbringen? Haben nicht Sozialdemokraten selbst die Revolution eine entwürdigende Lohnbewegung genannt? Wohl verkündeten brandrote Plakate: „Sozialismus ist Arbeit", aber gleichzeitig trieb ein Streik den anderen. Wann und wo hat sich bei den Trägern des „neuen Geistes" wirklicher Gemeinschaftssinn geltend gemacht? Man höre nur, wie das Volk über jene urteilt, die als Führer „sich gesund gemacht haben". Es kann keine schärfere Verurteilung dieses Geistes geben, als die, welche ein Arbeiterblatt, das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften, bereits am 23. Juni 1919 in die Worte faßte:

„Die Art, wie wir seit Ausbruch der Revolution regiert werden, ist geradezu schandbar. Wenn auch nur ein Drittel von dem, was heute gesündigt wird, von der früheren Regierung gesündigt worden wäre, dann würde das Wut- und Rachegeheul der sozialdemokratischen Presse überhaupt nicht mehr zum Schweigen kommen. Kein Wunder, daß in immer breiteren Volksmassen sich die Überzeugung durchringt, daß wir mit der Revolution nahe an den Selbstmord herangekommen sind. Die Freude an der Befreiung der Arbeiterschaft von mancher alten Fessel wird ihr aufs äußerste verleidet durch die zum Himmel schreiende Korruption, die allenthalben im revolutionierten Deutschland um sich greift. Was heute an Verwirrung der Begriffe, an Spitzbübereien und sittlichen Verkommenheiten in Deutschland sich breit macht, ist kaum noch zu ertragen. Wie lange wird das deutsche Volk in seiner Schafsgeduld sich diese aller Vernunft und dem elementarsten Schamgefühl hohnsprechende Sippenwirtschaft gefallen lassen, wo vielfach nur das große Maul und die agitatorische Frechheit als Befähigungsnachweis für wichtigste Funktionen des Gesellschaftskörpers gelten?"

So urteilt nicht ein Reaktionär, sondern ein Arbeiterblatt! — Gewiß ist manches besser geworden; aber nicht weil der „neue Geist" von 1918 allmählich durchdrang, sondern im Gegenteil, weil „reaktionäre" Elemente, die von diesem Geist nicht zerrüttet waren, wieder in etwa an Einfluß gewannen.



Der materialistische Sozialismus, der 1918 zum Siege kam, ist kein neuer Geist, sondern ist nur die Übertragung des materialistischen Liberalismus, der das ganze vorige Jahrhundert beherrschte, auf andere Volksschichten, von den wenigen Trägern von Bildung und Besitz auf die breiten Massen, im Kern ist der Geist völlig unverändert geblieben. Die Grundideen des Liberalismus — die Unabhängigkeit des Menschen von Gott, die Leugnung des Geistes und Alleinherrschaft der Materie, die Ansicht, daß das Streben nach eigenem Vorteil unbekümmert um das Wohlergehen anderer das einzig wirksame ökonomische Prinzip sei, diese Stempelung des Menschen zu einem durch Selbstsucht determinierten Egoisten — mußten folgerichtig den Besitzenden zum manchesterlichen Kapitalisten, den Besitzlosen zum radikalen Sozialisten, die Volkswirtschaft aber zum erbitterten Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit machen. Liberalismus und Sozialismus sind Zwillingsbrüder, die in keiner Richtung ihre gemeinsame Abstammung verleugnen können und die sich deshalb auch in der praktischen Tagespolitik, wie wir es täglich erleben, aufs beste vertragen. Nie hat darum die Welt ein solches Übermaß von Selbstsucht und Egoismus erlebt und gesehen als seit den Tagen, da angeblich der „Sozialismus" gesiegt hatte. Entsetzlich wenig Gemeinschaftsgeist ist gerade bei diesen Vertretern des „neuen Geistes" zu finden. Mit der Parole des Klassenkampfes verhöhnt und schändet die Sozialdemokratie ihren eigenen Namen.

Also auch dieser materialistische Geist der Selbstsucht war 1918 längst nicht mehr neu und noch weniger zeitgemäß weder in seiner liberalen noch in seiner sozialistischen Form. Mehr und mehr wandte sich schon seit etwa 1900 die geistige Führerschicht von liberalen und demokratischen Gedankengängen ab, sodaß diese Ideen schon anfingen veraltet zu werden, als ihnen der äußere Sieg zufiel. Und mit Recht galten sie als veraltet; das haben die drei Jahre er äußeren Herrschaft dieser Prinzipien auch praktisch bis zur Evidenz erwiesen. Was haben uns denn Sozialismus

und formale Demokratie gebracht? Freiheit? Weit gefehlt! Die Herrscher haben gewechselt, an die Stelle des Absolutismus der Könige ist der Absolutismus der Parlamentarier getreten. Aber freier ist niemand geworden. Im Gegenteil. Selten ist so viel mit Belagerungszustand, so viel mit Aufhebung der Preßfreiheit und der Versammlungsfreiheit gearbeitet worden, selten ist so rücksichtslos in die Freiheitssphäre der Individuen und der Familie eingegriffen, selten das Recht der Selbstverwaltung so oft mißachtet worden wie in den letzten Jahren. Aber, sagt man, wir wählen doch nach dem freiesten Wahlrecht der Welt unsere Regierung selbst. Ein erbärmlicher Trost, auf dessen ganze Dürftigkeit schon Carlyle hingewiesen hat mit den höhnischen Worten: Was nützet es dem Sklaven, wenn er alle vier oder fünf Jahre durch einen Stimmzettel sich seinen Sklavenhalter aussuchen darf? — Auswahl der Tüchtigsten durch freie Wahl? Ich will den Herren Parlamentariern nicht zu nahe treten, aber wer den Reichstag und Landtag in Plenum und Kommissionen beobachten konnte und dann noch behauptet, das seien die geistigen Führer des Volkes, der beleidigt das deutsche Volk. Diese konzentrierte Mittelmäßigkeit hat mit Führertum gar nichts zu tun. Alle Parteien klagen über mangelnde Intelligenz in ihrem Nachwuchs, und sie haben Grund zu klagen. Und beim Beamtentum? In erschreckendem Umfange macht sich da Korruption durch parlamentarische Faktoren zugunsten der Gesinnungstüchtigen bemerkbar und wird vielfach ganz offen ohne jede Scham vertreten. Der Erfolg ist, daß zahlreiche leitende Posten mit Männern besetzt sind, die den Aufgaben nicht entfernt gewachsen sind und durch ihre Unzulänglichkeit das Wohl des Volkes gefährden und schädigen. Dieser Übelstand kann gar nicht ernsthaft bestritten werden. Den maßgebenden Einfluß im heutigen Deutschland üben mäßig begabte, wenn auch vielfach recht gut gesinnte, Demagogen oder gewissenlose und höchst unsoziale Finanzinteressenten. Und die Zustände in anderen Demokratien, in Frankreich, Amerika, beweisen, daß es sich hier nicht um

Kinderkrankheiten, sondern um ein Wesensmerkmal aller Demokratie handelt.

Gleichheit? Wohl sind die letzten Reste alter ständischer Unterschiede zerstört, aber was ist an ihre Stelle getreten? Eine Schichtung des Volkes nach dem Umfange der Geldbeutel mit so starken und aufreizenden Gegensätzen, wie sie frühere Zeiten nie gekannt haben. Der Mittelstand ist zum Bettler gemacht. Die Arbeiterschaft lebt kaum besser als früher, aber ein Heer von Schiebern und Wucherern ist groß gezogen.

Brüderlichkeit? Nie hat der Parteikampf, der Klassenhaß so heftige Formen angenommen wie in den letzten Jahren. Seit Jahrhunderten ist in Deutschland in inneren Kämpfen nicht mehr so viel Blut vergossen worden wie in der jüngsten Zeit. Und so arg sind die Gegensätze, daß der preußische Ministerpräsident Stegerwald öffentlich erklären konnte, beim Anblick unseres Parteigetriebes müsse man zu Tode betrübt ausrufen: „Ich sehe kein Deutschtum mehr, ich sehe nur Parteien."

Wortwörtlich sind so jene Folgen eingetreten, welche die großen Kämpfer gegen Liberalismus und Demokratie, Leo XIII., Bischof Ketteler, vorhergesagt haben. Blutigrot ist die Drachensaat des Liberalismus aus dem vorigen Jahrhundert aufgegangen und überraschend ist höchstens die naive Anmaßung, mit der die Frucht der alten verderbten Ideen als „neuer Geist" angepriesen wird.

Marxistischer Sozialismus und mechanische weststaatliche Demokratie leben ganz in veralteten Gedankengängen. Sie sind die Ideale des vorigen und vorvorigen Jahrhunderts. Neu sind sie heute höchstens für jene kleinen Parteigeister, die jetzt glücklich da angelangt sind, wo die geistige Führerschicht vor fünfzig und achtzig Jahren war. Es liegt sicherlich eine gewisse Tragik darin, daß die Vorkämpfer des Marxismus und der mechanischen Demokratie bei uns erst dann zur äußeren Herrschaft gelangten, als ihre Grundsätze innerlich bereits überwunden waren. Aber diese Tragik berechtigt



schließlich jene Herren doch nicht, ihre gänzlich veralteten Ideen nunmehr als „neuen Geist" anzupreisen. Man nenne mir doch die geistig führenden Männer, die für diese Ideale heute eintreten. Man nenne nur einen einzigen Staatsrechtslehrer von Ruf, der die mechanische Demokratie, wie sie unserem gegenwärtigen Staatsrecht zugrunde liegt, theoretisch zu verteidigen wagte. Das Beste, was zu ihrer Verteidigung gesagt wird, ist dieses: Die Massen sind darauf eingestellt, darum ist zur Zeit nichts anderes möglich. Ja, bei den Massen haben allerdings mechanische Demokratie und marxistischer Sozialismus noch viel Anhang. Aber die Massenansichten folgen eben den Anschauungen der Führerschicht immer um zwanzig bis vierzig Jahre nach. Und noch eines: „Neuer Geist" müßte doch wohl besonders bei der Jugend zu finden sein. Wo ist die demokratische Jugend? Man vergleiche die Anschauungen der akademischen Jugend 1848 und 1922 und man sollte wissen, was damals „neuer Geist" und heute alter Geist ist. Mechanische Demokratie und Marxismus sind typisch für die Anschauungen der alten, aussterbenden Generation, und ihre Vertreter selbst klagen ja am lautesten, daß ihnen die Jugend die Gefolgschaft verweigere und sich anderen Idealen zuwende. Also die Jugend will von diesem „neuen Geist" nichts wissen, die geistige Führerschicht lehnt ihn als überwunden ab, die aufstrebenden großen wirtschaftlichen Organisationen mißbilligen ihn; nun dann gestehe man es doch auch ein, dieser „neue Geist" ist gar kein neuer Geist, sondern gänzlich veralteter brüchiger Philisterhausrat, ebenso unmodern und garstig wie ein ihm gleichaltriges Gute-Stubenmöbel aus den vierziger oder fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts.

II.

Doch genug des Spottes! Gibt es nicht irgendwo auch einen wirklichen echten und wahrhaftigen neuen Geist? Ja und nochmals ja! Nur ein Tor könnte sich der Erkenntnis verschließen, daß aus diesen großartigen und furcht-



baren, erhebenden und erdrückenden Erlebnissen der letzten Jahre neue Anschauungen entstehen, daß neue Kräfte sich entwickeln, daß ganz neue Gedankengänge auftauchen, daß wahrhaft neuer Geist nach Gestaltung und Ausdrucksform ringt. Und diesen neuen Geist, den finden wir wirklich auch bei jenen Kreisen, welche die geistige Zukunft verkörpern: Bei der wissenschaftlich führenden Schicht auf den Universitäten und Akademien und namentlich bei der Jugend.— Welches ist der Inhalt dieses neuen Geistes? Diese Frage ist schwer präzise zu beantworten. Denn es ist gerade ein Kennzeichen seiner Neuheit, daß er noch keine feststehende Ausdrucksformen angenommen hat und daß er erst recht noch nicht in Schlagworten — dieser Alterserscheinung jedweder geistigen Bewegung — erstarrt ist. Ohne weiteres ist auch zuzugeben, daß noch manche Unklarheit, viel Ungereiftes, noch nicht Abgeklärtes in den neuen Anschauungen steckt. Nur die Grundlinien heben sich allmählich immer klarer ab, und wir wollen versuchen, sie zu erkennen und festzuhalten:

Der erste Grundzug ist ein starker Idealismus, der die neue Anschauung ohne weiteres in schroffen Gegensatz zu dem öden Materialismus und Egoismus des vorigen Jahrhunderts setzt, mochte dieser nun liberal-manchesterlich oder sozialistisch-marxistisch gefärbt sein. Der Geist, der im vergangenen „Jahrhundert der Technik“ entthront worden war; wird wieder in die ihm gebührenden Herrscherrechte eingesetzt. Das führt notwendig zu einer ganz anderen Bewertung der Mitmenschen; sie sind nie und in keiner Hinsicht nur Objekt und Maschinenteile eines materialistischen Wirtschaftsprozesses. Als Subjekt, als Persönlichkeit steht der Mensch, steht jeder Mensch, und sei es der geringste, im Gesellschafts- und Wirtschaftsleben; sein unsterblicher Geist hebt ihn hoch aus allem Materiellen heraus, sichert ihm den unverlierbaren Anspruch auf irgendwie geartete Teilnahme an der Herrschaft der Menschheit über die Materie.— Der Idealismus bringt das Prinzip der Pflicht wieder zur



Geltung, auch im Wirtschaftsleben, wo ein Jahrhundert lang die Unbeherrschbarkeit durch ethische Faktoren verkündet worden war. Die Selbstsucht, die gleichmäßig den Liberalismus und den praktischen Sozialismus beherrscht, hört auf als einzig reales ökonomisches Motiv bewertet zu werden. Sie muß diese Vorherrschaft abgeben an den Grundsatz der Gerechtigkeit in ihrer dreifachen Erscheinungsform als justitia commutativa, justitia legalis und justitia distributiva. — Die idealistische Grundtendenz der neuen Zeit äußert sich auch in einem starken Zug zur Religiosität, wenn ich auch zugeben muß, daß gerade in dieser Hinsicht die Unklarheit besonders groß ist. Jedenfalls aber: Grundsätzliche Feindschaft gegen Religion, Gottesverachtung und Gotteshaß, der früher gerade bei den Vertretern der liberalen Demokratie und des Marxismus an der Tagesordnung war, findet man bei den Anhängern des neuen Geistes wohl nie, dagegen oft ein tiefes heißes Sehnen nach der Lösung all der Rätsel dieses Erdendaseins, nach einem Ziel für den ewigen Wunsch nach Wahrheit, Schönheit und Glück, nach einer Antwort auf das uralte Woher und Wohin, nach einem festen Ruhepunkt in aller Zerrissenheit unserer Zeit. Wohl laufen viele noch Irrlichtern, wie Theosophie, Anthroposophie, Spiritismus u. ä. nach, aber wir dürfen schließlich hoffen, daß, wer da ehrlich sucht, auch finden wird.

Der zweite Grundzug ist das wachsende und immer mehr Bedeutung gewinnende und von den verschiedensten Seiten aus geförderte Bewußtsein der Volksgemeinschaft mit der sich daraus ergebenden wechselseitigen Abhängigkeit und Hilfsverpflichtung. Und auch hier sehen wir den schroffen Gegensatz zum alten manchesterlichen Liberalismus und zum Marxismus, die beide auf dem Prinzip des Klassenkampfes, des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit beruhen. In unversöhnlichem Gegensatz hierzu propagiert der neue Geist den Grundsatz der Arbeitsgemeinschaft, des Zusammenwirkens von Kapital und Arbeit, der Solidarität zwischen



Arbeiter und Unternehmer, zwischen Bauern-, Industrie- und Handelsstand, zwischen Großen und Kleinen, zwischen allen Volksgenossen. — Das ist der tiefste und insofern vollberechtigte Kern der viel geschmähten völkischen Bewegung. Nur der oberflächliche oder böswillige Beobachter sieht in ihr ausschließlich die negative, allerdings manchmal wenig geschmackvoll wirkende antisemitische Seite. — Dieses Suchen und Streben nach dem, was allen Volksgenossen gemeinsam ist, was uns verbindet und was die im deutschen Sprachgebiet wohnenden Individuen erst zu einem Volke macht, es ist das Streben zumal weiter gebildeter Schichten, heraus aus einer allzu kosmopolitisch eingestellten Bildung wieder in des Wortes ursprünglichster Bedeutung deutsch d. h. volkstümlich zu werden. Und wenn der frühere Reichskanzler Fehrenbach kürzlich erklärte, sobald er das Wort völkisch höre, werde ihm schon übel, so beweist er damit nur, daß er den Sinn dieses Wortes nie verstanden hat.

Der neue Geist ist durch und durch sozial. Sozial aus Pflichtgefühl und Überzeugung, aber auch aus innerem Drange des Herzens, aus Liebe zu den Volksgenossen; nicht wie jener sozialistische Geist, der nur die Klassengenossen umfaßt, die übrigen aber mit Haß und Verachtung bekämpft, weil sein innerstes Wesen in Neid und Mißgunst wurzelt, sondern ein alle Volksgenossen umschließender, wahrhaft gemeinschaftlicher, kameradschaftlicher Geist. Ja, Kameradschaft, das ist das rechte Wort. Denn so sicher, wie der sozialistische Klassengeist als der Geist jener Deserteure und Drückeberger, die im Herbst 1918 den in schwerstem Ringen kämpfenden Fronttruppen das fürchterliche Wort „Streikbrecher" zuriefen, Etappengeist ist, so sicher ist der soziale kameradschaftliche Geist der neuen Zeit „Schützengrabengeist"; im Schützengraben hat die Jugend diesen Geist in sich aufgenommen, dort wo der Arbeiter und der Edelmann, der Bauernsohn und der Kaufmann Freud und Leid miteinander teilten und wo einer dem anderen nicht einmal, sondern hundertmal Leben und Gesundheit zu danken hatte. Und



dieses Band, das gestärkt ist durch das Blut von zwei Millionen der Besten unseres Volkes, das konnte wohl vorübergehend durch die zersetzende Wirkung der Revolution gelockert werden, auf die Dauer aber wird es sich stärker erweisen als die Hetze der Parteidoktrinäre und der im Klassenhasse befangenen Vertreter einer vergangenen Zeit. Darum ist der neue Geist auch gerade bei der Jugend, die durch die Schule des Schützengrabens gegangen ist, lebendig mit einer solchen Frische und einer solchen Kraft, daß die alte Generation ihm oft ganz verständnislos gegenübersteht. Und dieser kameradschaftliche Schützengrabengeist wird den sozialistischen Klassen- und Etappengeist besiegen in den Herzen der Arbeiter selbst, denn die Liebe ist stärker als der Haß, besiegen aber auch in den Köpfen jener in rückständigen Klassenanschauungen befangenen Vertreter der besitzenden Schichten.

Und der dritte Grundzug ist die im Gegensatze zur atomistischen mechanischen Demokratie sozialistischer oder individualistischer Herkunft stehende organische Staats- und Gesellschaftsauffassung. Auch darin stimmten ja Liberalismus und Sozialismus vollständig überein, daß sie staatsrechtlich die Individuen als isolierte Atome und ihre Verbindung als etwas rein Mechanisches auffaßten. Und darum ist es nur natürlich, daß Liberalismus und Sozialismus sich in allen staatsrechtlichen Fragen zusammenfinden und auch heute Hand in Hand marschieren; die mechanische Demokratie ist die staatsrechtliche Ausdrucksform beider Ansichten und die Regierung durch Parteien ihre Erscheinungsform, ohne daß eine organische Verbindung zwischen den Wählern und den Gewählten bestände. Gegenüber dieser mechanisch-demokratischen Anschauung, die schon Bischof Ketteler mit Recht als Ausfluß des römischen Rechtes bezeichnet hat[1]), die seit der Rezeption mehr und mehr auch in Deutschland Eingang fand, die 1848 sich das geistige Deutschland eroberte und

1) Ketteler, Freiheit, Autorität und Kirche. Kap. XXI. S. 69.

in der Oktober-Revolution 1918 zur völligen staatsrechtlichen Verwirklichung kam, macht der neue Geist entschlossen Front unter Berufung auf deutschen Geist und altes deutsches Recht. Der neue Geist lehnt alle mechanischen Formen der Staats- und Gesellschaftsordnung (Parlamentarismus, Repräsentativsystem, Parteiregiment) als undeutsch ab und bekennt sich wieder zu den Worten Kettelers:

„Die Grundform für alle sozialen und politischen Gestaltungen des deutschen Wesens war immer die Familie, die Blutsverwandtschaft, die Sippe und dann, ihr nachgebildet, die Innungen und die Stände. In dieser Hinsicht gehört auch die Ständeverfassung wesentlich dem deutschen Geiste an.“ [1]) — „Ein deutsches Reich fordert deutsche Verfassungsformen auf allen Gebieten nicht nur der Reichs- und Bundesverfassung, sondern auch der ganzen gesellschaftlichen Verfassung des Volkes für alle seine Bedürfnisse; korporative Organisation, im Gegensatz zu den mechanischen Verfassungsformen des Liberalismus; Selbstverwaltung im Gegensatz zur reinen Beamtenherrschaft.“ [2]) „Nicht unmittelbar und mechanisch ist der Einzelne der großen Einheit „Staat“ eingefügt, sondern zwischen beide schiebt sich eine tausendfältig gestaltete Vielheit miteinander wechselseitig verbundener berufsständischer und landständischer Glieder, aufsteigend hier von Familie zu Sippe, Gemeinde, Kreis und Provinz, dort von Einzelwirtschaft, Betrieb zu Berufszweig und Berufsstand, bis beide Reihen im Staat als der gemeinsamen nationalen Volks- und Wirtschaftsgemeinschaft Verbindung und Krönung finden. Und all diese Gliederungen sind nicht durch ein äußeres Band vereinigt, sondern der natürliche Organismus wirkt innerlich, lebendig; er schließt zwischen den Teilen eine Lebensgemeinschaft, ein inneres Lebensband; die so gestalteten Organe schließen sich wieder höheren Organismen lebendig an bis zur höchsten organischen Form, die alle Teile in dem einen Individuum zusammenfaßt. So lebt in ihm alles und bewegt sich durch ein inneres Lebensprinzip; in ihm ist

1) Derselbe a. a. O.

2) Derselbe. Entwurf zu einem politischen Programm. S. 7.



alles freie Selbstbestimmung, freie Selbstregierung, mit der das einzelne Glied sich an das Ganze hingibt. Die Tätigkeit des Einzelgliedes hört nur da auf, wo es zur Erreichung seines Zweckes der Hilfe des höheren Gliedes bedarf".[1])

Diese Gedankengänge sind es, die in den letzten dreißig Jahren in der wissenschaftlichen Behandlung der Staats- und Gesellschaftslehre wieder mehr und mehr Boden gewannen (Gierke, Hertling, Herrfahrdt, Schäffle, M. Spahn, M. H. Boehn), die mit zunehmender Kraft sich die Gedankenrichtung der großen wirtschaftlichen Organisationen, namentlich des Bauernstandes, aber auch des sogenannten Mittelstandes und weiter Kreise der Arbeiterschaft erobern (Heim, Loe, Wangenheim, Schwering, Stegerwald, Th. Brauer, Brückmann), die in immer neuen Variationen das Sinnen und Denken und Suchen und Streben der jungen Generation ausmachen (Brauweiler, Stadler, v. d. Bruck), und denen nur die Parteidemokraten alter Schule verständnislos gegenüberstehen.

Das vierte Kennzeichen des neuen Geistes ist wahre, echte, christliche, deutsche Freiheit. Oho, schallt es da aus dem Lager der begeisterten Demokraten erstaunt entgegen, haben wir nicht in Deutschland das freieste Staatsrecht der Erde, wie soll uns da der neue Geist noch neue Freiheit bringen können? Diese Frage zeigt eine nur aus völliger Verkennung des Wesens echter Freiheit erklärliche furchtbarste Selbsttäuschung. Aus vollster Überzeugung spreche ich es aus: Das gegenwärtige Deutschland ist ein durchaus absolutistisch regierter Staat, in dem von Freiheit nur ganz kümmerliche Reste zu finden sind:

„Das Wesen der Freiheit besteht immer und auf allen Gebieten in der freien Selbstbestimmung aus inneren Gründen ohne äußeren Zwang. Diese freie Selbstbestimmung ist auch die notwendige Voraussetzung der politischen und sozialen Freiheit. Sie besteht also wesentlich darin, daß der Mensch in seinem

1) Ketteler, Freiheit, Autorität und Kirche. Kap. XX. S. 66.



persönlichen, politischen und sozialen Leben, soweit er für sich selbst sorgen kann und nicht in die Rechte anderer verletzend eingreift, die freieste Selbstbestimmung nach eigener Wahl genießt, daß er also seine eigenen Angelegenheiten auch selbst zu verwalten befugt sei. Diese Freiheit wird daher auch ganz passend mit dem Worte ‚Selbstverwaltung' bezeichnet.“ [1])

Wo ist diese Freiheit der Individuen in einem Staate, der durch sogen. Gesetze, in Wirklichkeit durch Willkürmaßnahmen zufälliger Parlamentsmehrheiten in alle Lebensverhältnisse einzugreifen sich anmaßt? Wo ist die Freiheit der Familie in einem Staate, der das staatliche Schulmonopol errichtet, diese unerträglichste Ausgeburt absolutistischer Tyrannei? Wo ist die Freiheit der Gemeinden, Kreise, Provinzen, selbst der Bundesstaaten in der mit erschreckendem Tempo durchgeführten Zentralisation des Reiches, in dem die Erzbergersche Finanzrevolution jedes selbständige Leben der Glieder, jede wahre Selbstverwaltung zu vernichten im Begriffe steht? Wo ist die Freiheit und Selbstverwaltung der Wirtschaftsverbände und Berufsstände in dem Lande des Wirtschaftszwanges an allen Ecken und Enden? Man lese schaudernd die Zahlen der Statistik der in unseren Zentralbehörden beschäftigten Beamten, man sehe die unheimliche Dicke der zahlreich alljährlich produzierten Gesetzesbücher und Verordnungsblätter und man muß gestehen: Nein, in diesem Lande der Zentralisation und Vielregiererei, da kann für Freiheit und Selbstbestimmung und Selbstverwaltung wahrhaftig kein Platz mehr übrig bleiben.

Aber, sagt man, das Volk legt sich doch diese Beschränkungen durch die von ihm nach freiestem Wahlrecht gewählte Regierung selbst auf. Und darum kann diese Selbstbeschränkung die Freiheit nicht beeinträchtigen. — O, ihr Toren, die ihr so das Wesen echter Freiheit verkennen könnt! Und wieder darf ich mich auf Ketteler berufen:

„Der moderne Liberalismus steht seiner innersten Natur nach ganz auf der Seite der Allregiererei und ist durchaus

1) Ketteler, Freiheit, Autorität und Kirche. Kap. VIII. S. 19.



Geisteskind und Erbe der absolutistischen Monarchie und Bürokratie der verflossenen Jahrhunderte. Er unterscheidet sich von diesen nur durch die äußere Gestalt, nur durch Worte, die das Gegenteil anzudeuten scheinen, nur durch die Organe, die die Gewalt handhaben, während sein eigentliches Wesen intolerante, rücksichtslose Zentralisation, Allgewalt des Staates auf Kosten der individuellen und korporativen Freiheit ist. Die Hand, welche die Zügel führt, soll nur gewechselt, der Zügel aber umso fester angezogen werden . . . Die Peitsche, die der absolute Monarch gebraucht, will jetzt der absolute angebliche Volksrepräsentant führen, nur noch schärfer . . . Der falsche, moderne Liberalismus redet viel von Freiheit, er gibt sich das Ansehen, ausschließlich Träger der Freiheit zu sein und die Mission zu haben, wahre Freiheit auf Erden zu verbreiten. Mit diesem Scheine berauscht und verführt er die Völker. Wer zu ihm hält, wird als Held der Freiheit und Freund des Volkes dargestellt; wer ihm widerspricht, als Reaktionär, als eigennütziger, charakterloser Knecht der Gewalt, als Feind des Volkes. Das alles aber ist leerer Schein und Unwahrheit. Der moderne Liberalismus kennt nicht einmal den wahren Sinn der Freiheit, ist im Grunde ihr volles Gegenteil und führt notwendig zur Erniedrigung und zur Knechtschaft des Volkes . . . Der moderne Liberalismus redet ohne Unterlaß vom Volke und behauptet, alles in seinem Namen zu tun. Der Staat soll nach seiner Lehre Darstellung der Majestät des Volkes, das Staatsgesetz Ausdruck des Volkswillens, die Staatsgewalt Vollziehung dieses Willens sein. Nach seinem Benehmen müßte man glauben, daß er allein das Volk liebe, für dasselbe sorge und kämpfe. Aber auch das ist wieder eitel Lug und Trug. In der Wirklichkeit benutzt er nur die schlechtesten Leidenschaften im Volke, um dann das Volk selbst mit Füßen zu treten. Unter dem Scheine der Volkssouveränität macht er es zu einer willenlosen, von ihm geleiteten und mißbrauchten Masse. Das Mittel aber, um dieses Trugsystem durchzuführen, sind die Wahlen. Man läßt das Volk hier und da an einem Wahlakt sich beteiligen, und dann bringt man ihm die Meinung bei, daß deshalb nun



alles nach seinem Willen geschehe . . . Das Volk ist dem Liberalismus zwar angeblich die Quelle aller Rechte, aber nur in dem Sinne, daß es selbst möglichst wenige Rechte üben darf. Sein Recht ist vor allem Wahlrecht, d. h. alle paar Jahre in einigen Minuten einen Namen auf den Wahlzettel zu schreiben und sich seine Zuchtmeister selbst zu wählen. Von da an sorgen diese im Namen des Volkes für alles, und was sie in Übung ihrer Allmacht bestimmen, ist dann Volkswille, Volkssouveränität und Volksfreiheit. Welch ein Hohn auf alle Wahrheit und Wirklichkeit! Daher kommt es denn auch, daß dieser moderne Liberalismus gar nicht einmal daran denkt, das wirkliche Volk zu vertreten. Er vertritt nur seine Partei im Volke und läßt alles, was im Volke nicht mit der Gesinnung seiner Partei übereinstimmt, vollkommen außer acht. Das sehen wir alle Tage in jenen Kammern, wo dieser falsche Liberalismus herrscht."[1]) — „Ob der römische Kaiser sagt: Mein Wohlgefallen ist das Gesetz der Welt; ob der protestantische Fürst sagt: cujus regio, ejus religio, jeder muß glauben, was ich glaube; ob der sogen. legitime Fürst sagt: L'Etat c'est moi, Mein Wille ist der Staatswille; ob Robespierre sagt: Die Freiheit ist der Despotismus der Vernunft; die Vernunft aber, was ich und der Wohlfahrtsausschuß Euch dekretiere; oder ob endlich der große Prophet des modernen Liberalismus sagt: Die Freiheit ist der Despotismus des Gesetzes, Gesetz aber, was ich mit den Kammermajoritäten Euch vorschreibe — das alles ist im Grunde eins: Der Ausdruck für denselben Absolutismus der Staatsgewalt."[2])

Sind das nicht Sätze, die, wiewohl vor mehr als sechzig Jahren geschrieben, wortwörtlich auf die Zustände unserer Zeit passen?

Diesem Absolutismus unter der Maske der Freiheit setzt der neue Geist den Grundsatz der deutschen Freiheit entgegen, die in der Gerechtigkeit wurzelt und wesentlich darin besteht, daß der Mensch in seinem persönlichen, poli-

1) Ketteler, Freiheit, Autorität und Kirche. Kap. XVIII. S. 56 ff.
2) Ebenda Kap. XIV. S. 40.

tischen und sozialen Leben, soweit er für sich selbst sorgen kann und nicht in die Rechte anderer verletzend eingreift, die freieste Selbstbestimmung nach eigener Wahl genieße, daß er also seine eigenen Angelegenheiten auch selbständig zu verwalten befugt sei. Diese Freiheit der sittlichen Selbstbestimmung zum Guten, der Selbstverwaltung der eigenen Angelegenheiten gebührt nicht nur dem Einzelmenschen, sondern ebenso allen natürlichen menschlichen Korporationen, namentlich der Familie, der Gemeinde, dem Kreis, den Provinzen, den Ständen und Berufsverbänden und Vereinen, sowie natürlich besonders der Kirche; Freiheit, nicht in dem Sinne einer souveränen Unabhängigkeit, sondern beschränkt durch die Pflicht und die Gesetze Gottes und darum der von ihm gegründeten Ordnung unterworfen. Darum kämpft der neue Geist gegen die Omnipotenz des Staates, gegen die Allesregiererei, gegen die Zentralisation, gegen die Gleichmacherei, alles Grundsätze, die aus der Karikatur des Freiheitsbegriffes, den Liberalismus und Demokratie geschaffen haben, hervorgingen.

Endlich verkündet der neue Geist die Achtung, die Ehrfurcht vor der rechtmäßigen Autorität, die in der Kraft, im Auftrag und im Namen Gottes herrscht und so die Glieder zu sozialer Gemeinschaft zusammenhält und verbindet, die aber eben darum auch ihre Gewalt nicht zu absolutistischer Willkür mißbrauchen darf, sondern an Gottes Gesetz gebunden, Gottes Dienerin ist. Und durch diese Anerkennung einer von Willkür der Staatsglieder unabhängigen Obrigkeit setzt sich der neue Geist abermals in schroffen Gegensatz zu den bis in die Wurzel revolutionären Prinzipien der liberalen und sozialistischen Volkssouveränität, die das vorige Jahrhundert geistig beherrschten und 1918 zum Siege gelangten. Wohl wird die Pflege gerade dieses Autoritätsgedankens den Anhängern des neuen Geistes in der Praxis des Lebens besonders schwer gemacht, weil viele Inhaber der tatsächlich bestehenden Staatsgewalt selbst die einzige Quelle ihrer Rechtmäßigkeit und ihrer Macht, Gott den



Herrn, grundsätzlich verleugnen und deshalb nur zu oft auch die Schranken, die ihnen gesetzt sind, überschreiten und ihre Gewalt mißbrauchen. Man bedenke es wohl: Jenes erhabene Wort im Römerbrief des heiligen Paulus, daß jede Obrigkeit ihre Gewalt von Gott hat, hat auch eine Umkehrung, die zum fürchterlichen Fluche für viele der heutigen Machthaber werden kann: Wenn die Träger einer Staatsgewalt in freventlicher Vermessenheit, vor der selbst die Heiden zurückschreckten, von sich selbst blasphemisch behaupten, sie hätten ihre Gewalt nicht von Gott, dann liegt der Schluß nahe, daß sie eben keine wahre Obrigkeit, sondern brutale, revolutionäre Tyrannenherrschaft sind. Ich sage nicht, daß ich diesen Schluß ziehe, aber er liegt nahe. Was Judas unter den Aposteln war, das ist eine solche Staatsgewalt unter den Obrigkeiten: Sie leugnet und verrät die Quelle ihrer Macht und ihres Rechtes. — Aber das alles ändert nichts an dem Prinzip der Autorität selbst, an der Heiligkeit der Obrigkeit, denn um diese handelt es sich und nicht um die wechselnden Träger.

III.

Das ist der neue Geist. Hoher Idealismus, wahre, deutsche Volksgemeinschaft, organische Staatsauffassung, persönliche und bürgerliche Freiheit, Achtung und Ehrfurcht vor der rechtmäßigen, im Namen Gottes herrschenden Obrigkeit sind seine Ideale.

Und nun noch ein Schlußgedanke. Ich sagte oben, der neue Geist habe sich noch nicht in jeder Hinsicht zu festen Grundsätzen durchgerungen, man könne nur Tendenzen der Entwicklung aufzeigen, es sei noch viel Unklarheit, viel Tasten und Suchen da, es fehle namentlich die philosophische Durchdringung und religiöse Vertiefung der neuen Gedanken. Und hier sehe ich die große, auch in nationaler Hinsicht so überaus bedeutungsvolle Aufgabe des Katholizismus. Er hat die Grundsätze, die jetzt wieder neu werden, von jeher als heiliges Erbgut der Väter besessen. Er hat sie ein Jahrhundert lang fast allein gegen das ganze übrige geistige



Deutschland siegreich verteidigt. Man lese nur nach, was damals unsere großen Führer, was Bischof Ketteler, Mallinckrodt, Hertling geschrieben und gesprochen haben über jene Irrlehren, die 1848 geistig und 1918 politisch zum Siege gelangten, über formale Demokratie und Volkssouveränität, über mechanische Staatsauffassung und Parlamentarismus, über falsche liberale und wahre deutsche Freiheit, über Staatsomnipotenz und Zentralisation, über ständische Staatsgedanken, über Parteiherrschaft und Volksgemeinschaft, über Autorität und Revolution, über Liberalismus, Sozialismus und Christentum. — Und heute? Fern liegt es mir, die beste Absicht, den hohen Idealismus, die selbstlose Opferbereitschaft der überwältigenden Mehrheit der katholischen Politiker irgendwie zu verkennen. Und doch kann ich einen schmerzlich-bitteren Gedanken nicht unterdrücken: Statt sich zu Führern der neuen Bewegung zu machen, wozu katholische Männer dank der Taten und der Gesinnung ihrer Väter mehr als alle anderen befähigt und berufen wären, sehen wir einen sehr großen Teil der politischen Führer des Katholizismus und namentlich der Parteipresse in engster Arbeitsgemeinschaft mit den Todfeinden unserer Väter, mit Liberalismus und Sozialismus, stehen. Da bemüht man sich krampfhaft, an allen jenen bis in die Wurzel falschen und verderblichen Grundsätzen irgend eine gute Seite zu finden oder sie mit einem christlichen Mäntelchen zu frisieren. Da grinsen uns aus den Spalten der katholischen Blätter nur zu oft die unseren Vätern so verhaßten liberalen Schlagworte und Phrasen von Volkssouveränität, Herrschaft der Majorität, Parlamentarismus, freier Volksherrschaft usw. entgegen. Da wird der Zentralismus gefördert und die Selbstverwaltung praktisch vernichtet, der ständische Gedanke diskreditiert, die Revolution als etwas Selbstverständliches hingenommen, teilweise als Fortschritt gefeiert, und die Leute, die genau das vertreten, was damals Ketteler und mit ihm das ganze katholische Deutschland forderten, als Reaktionäre verschrien; da sind die Enzykliken Leo XIII. in den Buch-



handlungen längst vergriffen, die Schriften Kettelers vermodert, die Lehren Hertlings vergessen.

Aufs schmerzlichste muß man diese Entwicklung beklagen. Einmal, weil die 1918 zur politischen Herrschaft gelangten Ideen von Volkssouveränität, mechanischer Demokratie, Zentralisation, Staatsomnipotenz, Parlamentarismus viel zu echte Kinder ihrer natürlichen Eltern, des Atheismus und Materialismus, sind, als daß sich zwischen ihnen und dem katholischen Glauben jemals eine wirkliche Harmonie herstellen ließe, aber auch, weil die betreffenden katholischen Politiker ihre Sache mit einer bereits geistig überwundenen, im Rückgang befindlichen Gedankenrichtung verknüpfen. Die Staats- und Gesellschaftslehre Leo XIII., Ketteler's und Hertling's ist heute so modern und zeitgemäß wie nur irgendwann, und darum sind katholische Politiker mehr als alle andern berufen, sich zu Wortführern und Bahnbrechern dieser für uns Katholiken altererbten, für das übrige Deutschland gerade jetzt wieder neu werdenden Ideen zu machen.

LXVII.

Luthers Trutzlied „Eine feste Burg".

Getreu ihrem Programm legen die „Lutherstudien" Grisars neben gelehrten Abhandlungen, die Erweiterungen seines großen Lutherwerkes bilden, zeitgemäße Forschungen in mehr populärer Form vor. Eine solche Studie ist die des vierten Heftes, das eben zusammen mit dem dritten erschienen ist.[1]) Während das dritte Heft die Bearbeitung des

1) Grisar H. und Heege Fr., Luthers Kampfbilder II. Der Bilderkampf in der deutschen Bibel (1522 ff.). Mit 9 Abbildungen. Freiburg, Herder, 1922. XII. u. 56 S. gr. 8°. Mk. 28 mit Zuschlag. — Grisar H., Luthers Trutzlied „Eine feste Burg" in Vergangenheit und Gegenwart. Freiburg, Herder, 1922. VIII u. 58 S. gr. 8°. Mk. 25 mit Zuschlag.



Bilderkampfes weiterführt (vgl. diese Zeitschrift, Bd. 168, 762 f.), greift das gemeinverständliche vierte Heft auf einem sehr bekannten und im Protestantismus sehr beliebten Boden mitten in den Lebensstreit des Mannes von Wittenberg hinein und bringt unter dem Titel „Luthers Trutzlied, Eine feste Burg" den berühmten Kampfgesang nach allen Seiten zu einer anschaulichen Darstellung. Der Titelbeisatz „in Vergangenheit und Gegenwart" weist auf die historische Betrachtung hin, die dem Stoffe zuteil wird, und läßt zugleich die aktuelle Bedeutung der Schrift hervortreten.

Ist für die geschichtliche Betrachtung ein genügend reicher Stoff geboten? Wir antworten nach Durchlesung des Heftes: nicht bloß ein reicher, sondern auch ein sehr anziehender Stoff! Die Entstehung des Liedes, die hier mit Genauigkeit und unter Benutzung aller einschlägigen Quellen untersucht wird, läßt jenen Zeitpunkt des Lebens Luthers in hellem Licht erscheinen, wo er in großer Angst um sein ganzes Werk alle Fasern seiner Seele zum äußersten Trotz gegen den Papst, den Kaiser und die katholischen Fürsten Deutschlands anspornt. Es ist der ganze Luther mit seiner Tollkühnheit und Hartnäckigkeit, aus dessen Seele die kräftigen Strophen hervorgequollen sind. Er hat sie, wie Grisar gegenüber früheren Aufstellungen und in Übereinstimmung mit einzelnen neueren protestantischen Forschern nachweist, in den Jahren 1527/28 gedichtet. Es war damals, als Luther im tiefsten Innern aufgeregt war durch die feindliche Haltung Karls V., durch die größere Festigkeit der katholischen Machthaber seines Vaterlandes, durch das vereinzelte Einschreiten mit Strafjustiz gegen Wortführer seiner Sache, namentlich aber durch die erdichteten Packschen Briefe über eine drohende blutige Erstickung der kirchlichen Revolution seitens katholischer Fürsten. Seine Reaktion in dieser Lage entsprach ganz seinem sonstigen Tun. Gegen die heranstürmenden Schwierigkeiten und gegen die eigenen seelischen Bedenken, die in eben jener Zeit einen Höhepunkt erreichten, wendete er ein um so herausfordernderes Hervorkehren seiner Streitnatur an.



Sehr zutreffend sind die Nachweise Grisars, wie diese Gesinnungen eines lodernden Kampfeifers, ja Haßfeuers in den Versen des Trutzliedes leben, besonders in jenen, die auf die katholischen Hauptgegner, den Papst, die treuen geistlichen Fürsten und den Kaiser, zielen:

Der alt böse feynd,
mit ernst ers itzt meint,
groß macht und vil list
sein grausam rüstung ist.

„Der Herr Zebaoth", ruft Luther, „das Feld muß er behalten", und im Überschwang erregter Phantasie dichtet er:

Nemen sy den leib,
gut, ehr, kind und weib,
laß faren dahin,
sy habens kein gewin,
das reich muß uns doch bleiben.

Zwischen diesen heißen Worten ist seine trotzige Aufforderung an rechter Stelle:

Und wenn die welt vol Teuffel wer,
Und wolt uns gar verschlingen,
so fürchten wir uns nicht so ser,
es sol uns doch gelingen.

Das von dem Wittenberger begonnene Werk des Abfalles soll und muß und wird siegreich bleiben gegen

den fürst dieser Welt,
wie saur er sich stelt,

das ist der klar zutage liegende, aber wenig gekannte, und noch weniger in Beherzigung genommene Sinn des Liedes. Es ist ein Schutz- und Trutzlied für die durch Luther begonnene Reformation. Der Zweck ist die Stählung seiner Anhänger in Treue gegen das von ihm gepredigte Wort Gottes. „Das Wort sie sollen lassen stan", so wird den katholischen Mächten zugerufen. „Der alt böse Feind" erscheint ohne weiteres im Bunde mit eben diesen Mächten und mit dem Papsttum.

Man begreift recht wohl bei den Ausführungen des Verfassers jene Herrschaft über die Geister, die dieses mächtige



Lied bei der Partei Luthers gewinnen konnte. Es ist in flüssige, volltönende Verse gebracht, ist sogar in gewissen Teilen durch eine Art von kriegerischem Trommelrhythmus verstärkt und ist ganz dazu angetan, den deutschen Trotz zu wecken. Die mächtig einherschreitende Melodie tut noch das Ihre, namentlich beim Massengesang und bei rauschender musikalischer Begleitung. Die Melodie rührt indessen nach Grisars richtigen Angaben nicht von Luther her, sondern von einem seiner musikalischen Freunde, wahrscheinlich von Johann Walther. Dieser hat sich an alten Choralgängen inspiriert, ohne daß jedoch solche, wie W. Bäumker in seiner Geschichte des katholischen Kirchenliedes geglaubt hat, in die Melodie eigentlich herübergenommen sind.

Die Mitteilungen des Verfassers über die aufreizende Verwendung des Trutzliedes in alter Zeit sind von großem Belang. Aber ebenso bemerkenswert darf man die Angaben finden über das Nachlassen des Eifers und jeder Wertschätzung für dasselbe in den Jahren der protestantischen Aufklärung. Im Magdeburger Gesangbuch von 1805 wurde die Feste Burg in einen bloßen Gedächtnissang umgewandelt. Daß man dabei für seinen vollen Inhalt nicht eintreten wollte, deutete eine Zusatzstrophe an, wo von den Vätern gesagt war: „So sangen sie, und weit erschollen ihre Lieder, die Völker kehrten froh zum freien Glauben wieder." Außerdem ging der Text voraus: „Vor dir, Herr, denken wir erfreut an uns'rer Väter Glauben."

Die Katholiken besaßen nie ein konfessionelles Lied, das sie der Festen Burg an die Seite gesetzt hätten. Die katholische Restauration verzichtete auf ein so geartetes Hilfsmittel des Volksgesanges. Dafür griff auf unserer Seite der Klerus in den Nöten der religiösen Kämpfe zu dem Psalmliede Deus noster refugium et virtus. Grisar stellt einen eingehenden Vergleich des Notpsalmes des inspirierten alttestamentlichen Sängers mit der Dichtung Luthers an. Die Veranlassung dazu lag um so näher, als Luther sein Lied an den Inhalt des Psalmes irgendwie anlehnt. Eine Umarbeitung des Psalmes gab Luther nicht; aber in den



ältesten Drucken ist die Feste Burg mit den Anfangsworten des Psalmes 45 (46) in der Überschrift versehen.

Eine wunderliche Anwendung haben die Worte vom Feld, das Gott behalten müsse, vom Reiche, das uns bleiben werde usw., im Weltkriege gefunden. Man bezog sie in den Soldatenkreisen protestantischer Konfession, und nicht bloß dort, auf das Feld der Waffen und auf das Reich, für das man über die Grenzen in den Kampf zog. Hierbei ist in Erinnerung zu bringen, wie sehr vom deutschen Protestantismus für die Verbreitung des Lutherliedes bei den Konfessionsangehörigen in den Gefahren der Front und in den Andachten und Versammlungen der Heimat gearbeitet wurde. Viele protestantische Stimmen, auch aus sehr hohen Kreisen, hielten den Truppen und den Zurückbleibenden beständig vor, mit dem Heere ziehe Luther ins Feld — für das „evangelische Kaisertum", es handle sich um den Sieg des „Landes der Reformation", das durch Luthers Werk groß geworden sei. Das Lied von der Festen Burg leistete bei diesem Gedanken Hilfe, für manche durch seinen wirklichen Charakter konfessioneller Polemik, für viele durch seinen allgemeinen, mutigen Kriegston („Und wenn die Welt voll Teufel wär" usw.), aber auch für eine Unzahl anderer, die dem Inhalt kaum nachdachten, durch die auf den deutschen Waffensieg von ihnen umgebogenen Worte vom Felde, das erobert werden müsse, vom Reiche, das bewahrt werden solle. Das Trutzlied wurde so im Munde von zahllosen Sängern ein religiöses und patriotisches Lied zugleich. Der „alt bös Feind" wurden allgemach die Franzosen, die Engländer, die Amerikaner. Nur kamen auch von der Gegenseite Stimmen, die den im Lied auftretenden bösen Feind umgekehrt in den Deutschen sahen. Das Wort: „Das Reich muß uns doch bleiben" wurde zuletzt, nach dem Kriegsausgange, von den Gegnern erwidert mit dem Worte: „Das Reich ist uns verblieben".

Welche Gegensätze die Verwendung des Lutherliedes auf protestantischer Seite zutage fördern konnte, zeigt ein Vorfall, der im Elsaß sich zutrug. Während die deutschen

Protestanten das Lied mit der Anwendung auf die Welt voll Teufel, d. h. in ihrem Sinne, der Kriegsfeinde, sangen und sich des „patriotischen“ Schlusses freuten: „Das Reich muß uns doch bleiben“, stimmten deutschfeindlich gesinnte Protestanten in dem umstrittenen Elsaß das Lied an mit der Anrufung göttlicher Hilfe für ihr nach Frankreich hinneigendes Luthertum. Lobstein, der vor dem Kriege, als Professor an der Straßburger protestantisch-theologischen Fakultät, ein fleißiger Mitarbeiter der in Leipzig erscheinenden Theologischen Literaturzeitung gewesen, veröffentlichte beim Siege der französischen Waffen im Namen der sog. Direktorialkommission Augsburgischer Konfession einen Erlaß an die evangelischen Pfarrer und Gemeinden des Elsasses. Er nahm darin mit den frohen Worten: „Das Reich Gottes behält den Sieg“, den Schluß des Lutherliedes: „Das Reich muß uns doch bleiben“ zu Hilfe, und forderte die elsässischen Protestanten auf: „Danket dem Herrn, seine Weisheit führt eine neue Zeit herauf.“ [1])

An die Möglichkeit einer derartigen Verwertung des „urdeutschen“ Liedes haben wohl die deutschen Protestanten niemals gedacht, wenn sie mit großer Begeisterung die kräftigen Lutherstrophen ertönen ließen. Ebensowenig werden zahllose protestantische Soldaten, die das Lied so oft anstimmten, das Bewußtsein gehabt haben, etwas für die Katholiken Beleidigendes zu singen. Wir heben letzteres mit dem Verfasser gern hervor zur entschuldigenden Erklärung jener vielen Fälle, in denen das Lied auch bei Anwesenheit katholischer Truppen oder Volksteile, ja bisweilen bei Festlichkeiten mit feierlicher und hoher Vertretung beider Konfessionen gesungen wurde. Es lag eine große Mißkennung oder Nichtbeachtung des schroffen antikatholischen Inhaltes zu grunde.

Wir rechnen es darum Grisar als einen zeitgemäßen Schritt an, daß er so nachdrücklich auf den wahren Sinn

1) Vergl. den Text im protestantischen „Kirchlichen Jahrbuch“ von J. Schneider, 1919, S. 347.



des Trutzliedes, dessen Strophen jede ein Faustschlag gegen die katholische Kirche ist, hingewiesen und die Folgerungen daraus für seinen Gebrauch nahegelegt hat. Wir leben ja doch nicht mehr in den Tagen der glühenden Polemik des 16. Jahrhunderts, wo die gespannten Verhältnisse die weite Aufnahme des Sturmliedes gegen den „alt bösen Feind“ haben erklären können. Das sollte man zumal in den Zeiten, die durch das unglückliche Kriegsende unter gemeinsamem, unsäglichem Drucke leiden, bedenken. Ohnehin ist man ja im allgemeinen innerhalb des Protestantismus so sehr für Luthers Dogmatik abgestumpft, daß man seinen Glauben an die Gottheit Christi, wie er ihn im Liede ausspricht, gar nicht mehr teilt und deshalb auch die zweite Strophe mit dem Bekenntnis: „Und ist kein ander Gott“ häufig beim gemeinsamen Gesange überspringen läßt. Wenn es dann im Liede heißt: „Das Wort sie sollen lassen stan“, so ist es doch allbekannt, daß für die große Mehrzahl der protestantischen Theologie-Professoren und Prediger das „Wort“, wie es von Luther verstanden und gelehrt wurde, schon längst keine Geltung mehr hat.

Nun aber kam bei der Wiederauferweckung der Festen Burg noch dazu, daß man protestantischerseits in der Heimat mit eigentümlicher Betriebsamkeit und großer Genugtuung die falsche Behauptung verbreitete, das Lied werde überall von protestantischem und katholischem Kriegermunde gemeinsam gesungen, es sei das Schlachtlied der deutschen Nation geworden, die konfessionellen Gegensätze zeigten sich auch hierin überbrückt usw. Die grundlose Legende hatte an eine anonyme, falsche Nachricht über den Einzug der deutschen Truppen in Antwerpen angeknüpft. Sie fand, wie aus den zahlreichen von Grisar angeführten Stellen hervorgeht, einen unglaublich weiten Boden und zwar infolge der hochgeschwellten Lutherhoffnungen. Sie wurde ein Lieblingsstück der protestantischen Literatur, wenn sie den Krieg behandelte oder berührte. Gustav Kawerau, der Lutherforscher, war einer der ersten ihrer Vertreter; es folgten Männer der Gelehrtenstube wie Hans von Schubert, Eduard König, Kittel, Sapper,



Schian; dann der populären Feder wie Schreckenbach und Mosapp; auch der kirchlichen Verwaltung wie Gennrich und Steinlein; natürlich auch der Evangelische Bund, vertreten durch Vorstandsmitglieder, selbst die Evangelische Feldpropstei.

Also wirklich sozusagen Nationalgesang, fast unterschiedsloses Bekenntnis zur Festen Burg Luthers! Der Verfasser unserer Schrift greift mit fester Hand in dies phantasievolle Gewebe hinein. Er bringt der Sage, die sich in die Geschichte einzuschleichen drohte, einen wahrhaft vernichtenden Schlag bei. Die von ihm gesammelten Gegenzeugnisse, im besonderen diejenigen über Antwerpen, sind siegreich. Grisar kann übrigens erklären, daß sie sämtlich eigentlich überflüssig sind, weil die katholischen Truppen das Lied kaum seinem Anfange nach kannten. Die bis heute fortlebende Behauptung liefert also nur einen Beitrag zur Stimmungsgeschichte des protestantischen Deutschlands im Weltkriege. Der deutsche Luther, dem man mit Sicherheit den Sieg prophezeite — Luther wird siegen! Am lutherischen Wesen muß die Welt genesen! hieß es damals — machte die Runde durch die Geister. Er förderte aber zugleich so viele charakteristische Erscheinungen zutage, daß sie einmal alle in einer eigenen Schrift gesammelt werden sollten, besonders so lange die Erinnerung an die geistigen, im Kriege wirksam gewordenen Triebkräfte noch lebendig ist. So viel schon über den Kampf der Völker geschrieben worden, eine Geschichte des deutschen Luther in und nach dem Weltkriege ist bis jetzt nicht vorhanden. Sie bildet ein Thema, das fürwahr Schriftsteller wie Bücherkäufer zu fesseln imstande ist. Professor Grisar, der mit den zeitgenössischen protestantischen Veröffentlichungen wie kaum ein anderer vertraut ist, wäre am ehesten berufen, eine solche Schrift zu verfassen.

Auf die Vorzüge der Darstellung Grisars im Einzelnen einzugehen, ist hier nicht der Ort. Auch im Trutzliedheft bemerkt man bei ihm keinen Trutz, keine Gehässigkeit, sondern nur leidenschaftslose Ruhe und historische Sachlichkeit. Statt



des Lobes möchten wir vielmehr Grisars Mitteilungen aus der Gegenwart mit zwei Texten ergänzen.

Den ersten entnehmen wir der letzten Weihnachtsnummer des Reichsboten, des bekannten Berliner Kampfblattes, das sich gerade in neuester Zeit wieder durch recht gehässige Artikel gegen die katholische Kirche ausgezeichnet hat. Er meint, das Trutzlied Luthers wäre „das beste Gebet für das Christfest 1921"; es könne am besten uns „aufrichten aus unserer Schmach", uns ermuntern, „zu Felde zu ziehen gegen die große Lüge und die teuflische Niedertracht, die uns nach dem Leben trachtet. ‚Und ob die Welt voll Teufel wär', so hat schon einmal aus tiefster Seelennot unser Volk gesungen". Es gibt bessere Mittel zur Wiederaufrichtung als derartige Reminiszenzen und Vorschläge.

Der zweite Nachtrag ist ein Auszug aus einem uns zur Verfügung gestellten Schreiben eines musikbeflissenen Kriegsteilnehmers, der, wie seine Veröffentlichungen zeigen, die Regungen der Volksseele im Felde in Beziehung auf die Kriegsgesänge eigens verfolgt hat. Er bestätigt die Notwendigkeit und Berechtigung des Kampfes Grisars gegen den angeblichen gemeinsamen Kriegsgesang des ganzen deutschen Volkes, d. h. des Lutherliedes im Munde der Katholiken. „Während des Krieges", schreibt er, „habe ich zu meinen Studien ziemlich viele Gelegenheit gehabt und viele Soldatenlieder gesammelt; doch muß ich sagen, daß meine Beobachtungen die Gemeinschaft der Festen Burg nicht festgestellt haben. Wohl war ich öfter Zeuge, daß protestantische Lieder in gemischt religiöser Gemeinschaft angestimmt und zu Ende gesungen wurden; doch ist damit natürlich nicht gesagt, daß die katholische Minderheit einstimmte oder mitsang. Auch des umgekehrten Falles war ich oft Zeuge, daß eine protestantische Minderheit sich tolerant einfügte."

N. Paulus.



LXVIII.

Nach dem Tode des Kaisers Karl.

Am 6. April hat in Wien im großen Stefansdom ein feierliches Requiem für den dahingeschiedenen Kaiser Karl stattgefunden. Es ist weder Phrase noch Übertreibung: seit Dezennien hat man den Stefansdom nie in allen Räumen so gefüllt gesehen wie an diesem Tage. Und wenn man überhaupt je von Volk reden konnte, so war es hier: ohne jede Aufforderung, auf die bloße Ankündigung hin haben sich viele Tausende ohne allen Unterschied des Ranges und Standes, des Alters und Geschlechts eingefunden.

Die Polizei glaubte aus Sicherheitsgründen den weiteren Andrang in den Dom absperren zu sollen. Aber die Leute, die in die Kirche nicht mehr Einlaß finden konnten, entfernten sich nicht; sie blieben auf dem Platze, auf der Straße, auf den Gehwegen stehen.

Nach dem Gottesdienst staute sich die Menge in den Straßen. Jemand stimmte die Volkshymne, das altgewohnte „Gott erhalte, Gott beschütze unsern Kaiser, unser Land" an. Rasch schwollen die ersten wenigen Stimmen zum mächtigen, brausenden Chor an. Bei den Worten der Hymne „Innig bleibt mit Habsburgs Throne Österreichs Geschick vereint", flogen Hüte in die Höhe, von den Fenstern der umliegenden Häuser wurde mit Tüchern gewinkt, und wie von einer unsichtbaren Macht gelenkt setzte sich die unübersehbare Menge in der Richtnng zur Kaiserburg in Bewegung.

Die Regierung der demokratischen Republik hatte ihre Vorsorge getroffen: die Burgtore waren geschlossen. In den geräumigen Burghof also, wo die Wiener gewohnt waren, den Kaiser Franz Josef in seinem einfachen Wagen ein- und ausfahren zu sehen, konnte die Menge nicht gelangen und dort nicht, wie es vermutlich ihre Absicht war, ihrer Sehnsucht Ausdruck geben, daß in die alte Kaiserburg,



deren älteste Teile auf tausend Jahre zurückreichen, doch auch wieder ein Kaiser einziehen möge.

Gewiß, wer immer diese Vorgänge gesehen und miterlebt hat, muß gestehen: das war einmal wirklich Volkes Stimme, Volkes Wille. Und wie in Wien, so war und ist die Volksstimmung sicherlich fast überall im weiten Reich, für dessen Wohl Kaiser Franz Josef nahezu siebzig Jahre lang väterlich gesorgt hat. Wie könnte, wie sollte es nach fast siebzigjähriger Gewohnheit anders sein?

Aber diese erhebende Einmütigkeit des Volkes verflüchtigt sich sofort, sobald man, sei es in Wien oder Prag oder Budapest, die Räume betritt, in denen die verfassungsmäßig berufenen Vertretungen dieses Volkes ihre Stimmen erheben. Da ist nichts als Hader, Haß, Zank und Streit. Da ist eben nicht das Volk, sondern es sind bloß die Parteien vertreten, jene verhältnismäßig geringen Teile des Volkes, deren Führer da um den Besitz der obersten Stellen die langwierigsten und langweiligsten Intriguen spinnen. Aus allen diesen sogenannten Volksvertretungsräumen ist der habsburgische Geist heute völlig verbannt, von da her ist eine ehrliche Restauration weder zu erhoffen noch zu befürchten. Und zwar gilt das auch von den christlichen Parteien. Denn die politischen Auffassungen, die da erst jüngst wieder verkündet worden sind, lassen in dieser Beziehung keinem Zweifel Raum. Eine Umschau in diesen Parteien muß es bestätigen.

Beginnen wir mit Wien. — Abg. Dr. Seipel hat am 3. April in einer öffentlichen Versammlung in Mödling (bei Wien) ausdrücklich die Verantwortung für die Führung der christlich-sozialen Partei im Nationalrate in Anspruch genommen. Programmgemäß nun hat Dr. Seipel schon früher wiederholt mit allem Nachdruck, damit es ja auch die Sozialdemokraten hören, erklärt, daß er und seine Partei wohl an den r e l i g i ö s e n Dogmen strikte festhalten, p o l i t i s c h e Dogmen aber nicht anerkennen. Also: verbindliche Wahrheiten sind für die Partei nur die erklärten Dogmen, in



allen übrigen Belangen gibt es keine verbindlichen Wahrheiten, kann sonach die Partei jederzeit frei und selbständig denken und handeln. Nun ist das Thronrecht der Habsburger gewiß noch weniger als das Temporale des Papstes ein erklärtes Dogma, folglich ist die Partei auch in dieser Rechtsfrage völlig frei und selbständig, kann und muß ihrem Parteiinteresse folgen. Und das Parteiinteresse hat Dr. Seipel, ehemals selbst Minister des Kaisers Karl, in einer am 2. April in Wien stattgehabten Versammlung in folgender Weise formuliert. Nachdem er die seinerzeitige unfreiwillige Übersiedelung des Kaisers Karl in die Schweiz erwähnt hatte, fuhr er fort:

„Die Wege des Kaisers und die der christlich-sozialen Partei gingen im Spätherbst 1918 auseinander. Das alte Reich bestand nicht mehr und sollte nach dem Willen der Sieger im Weltkriege nicht wieder erstehen. Das deutsche Volk in Österreich mußte sich anderen Lebensverhältnissen anpassen, in denen für die Monarchie kein Platz war. Die christlich-soziale Partei mußte sich entscheiden, ob sie sich einem vom Gesichtspunkte persönlicher Anhänglichkeit gewiß sehr idealen, aber politisch aussichtslosen und daher praktisch unbrauchbaren Legitimismus verschreiben und damit das Volk den anderen Parteien, die, durch ihre Tradition nicht gehemmt, völlig frei ins Meer der Revolution hinaustreiben konnten, überlassen oder aber, die veränderten Tatsachen anerkennend, auch unter deren Herrschaft die Interessen des Volkes wie vorher vertreten sollte. Die christlich-soziale Partei hat sich mit voller Klarheit für den zweiten Weg entschieden . . ."

Da es sich hier hauptsächlich bloß um die Feststellungen von Tatsachen handelt, so kann die Festigkeit dieser Argumentation wie auch ihre Folgerichtigkeit ununtersucht bleiben. Was aber gerade die Tatsachen selbst anbelangt, so hat die große Entente die hier behauptete Erklärung nie abgegeben. Im Gegenteil beruft sich die Entente auch heute noch immer nur auf die entschiedene Abneigung der mit ihr im Kriege verschworenen revolutionären Untertanen des Kaisers Karl gegen jede Restauration der Habsburger, welche Abneigung,

wie sie sagt, zu neuen Kämpfen führen und so die Friedensverträge gefährden würde. Der Hehler beruft sich auf den Stehler, darin besteht die ganze Rechtsphilosophie der Entente, in welcher sowohl jede Revolution wie auch jeder Krieg volle Rechtfertigung finden können.

Das also ist in der Thronrechtsfrage der Standpunkt der christlich-sozialen Partei in Österreich.

Wenden wir uns nach Prag. Da erklärt Senator Prof. Dr. Hilgenreiner mit leichtem Achselzucken:

„Ob Kaiser oder Präsident, ob Freiwirtschaft oder Gemeinwirtschaft, das kann uns vom Gesichtspunkte der ewigen Wahrheit, die unser Glaube uns verbürgt, gleichgiltig sein; es sind Fragen des Rechtes, gewiß, aber unter Umständen auch Fragen reiner Zweckmäßigkeit. Entspricht das eine besser als das andere, so werden wir, durch die Tatsachen einmal hineingestellt, als vernünftige Menschen eben das Bessere wählen und dafür werben. Manche Republik von heute ist vielleicht nur eine Republik auf Probe; besteht sie die Probe nicht besser, als manche Dynastie sie bestanden hat, dann wird sie eben verschwinden, wie Dynastien vor den enttäuschten Völkern verschwinden mußten . . .“

Also ganz klar: Die Dynastie hat die Probe nicht bestanden, wir werden sehen, ob die Republik sie besteht. Somit im Wesentlichen genau so wie in Wien: das Dogma sagt hierüber nichts, folglich entscheidet einfach der Erfolg, das Volk. Und Prof. Hilgenreiner beruft sich hierin auch auf Autoritäten, auf Suarez, Bellarmin, welch letzterer namentlich — nicht eigentlich ex professo, sondern nur polemisch gegen den exzessiven Kultus der weltlichen Fürstengewalt seitens der sogenannten Reformatoren — lehrte, die Staatsgewalt werde von Gott zunächst und unmittelbar dem Volke übertragen und erst durch dieses dann dem Fürsten. Es würde da natürlich auch nichts nützen, wenn man dartun könnte und wollte, daß diese Auffassung mit der thomistischen Philosophie unmöglich zu vereinbaren ist, denn schließlich ist ja auch diese Philosophie selber kein erklärtes



Dogma, und Bellarmin bleibt auch dann immer noch eine der größten Koryphäen der katholischen Wissenschaft.

Bei den deutschen christlichen Parteien also hatte das Thronrecht des Kaisers Karl schon früher vollständig ausgespielt, um so weniger selbstverständlich kann für diese Parteien jetzt nach dem Tode des Kaisers ein solches Recht in Frage kommen.

Nun, vorerst bei den Tschechen vorbei, zu den Magyaren, die ebenfalls ihre Theorie haben. Dort ist der ausgesprochene katholische oder christliche Führer der Kultusminister Dr. Vas. — Es ist bekannt, daß die Horthy-Regierung, durch eine amtliche Abordnung den Kaiser, resp. König Karl, als derselbe in Tihany ihr, also auch des Dr. Vas selber, Gefangener war, zur Abdankung aufgefordert hat. Der von der Kirche feierlich gesalbte und gekrönte König, der bei dieser Krönung ebenso feierlich gelobt hat, Ungarn nach den Gesetzen dieser Kirche regieren zu wollen, er sollte, wie Dr. Vas mitforderte, abdanken, weil Ungarn Gefahren drohten, an deren Ernst er, der König, nicht glaubte und nicht glauben konnte. Denn im Ernste bestanden alle diese Gefahren nur in der Horthy-Regierung. Wäre Ungarn wirklich einig gewesen, wie die Griechen es waren, wer in der Welt hätte sich in solchem Falle gegen ein einiges Volk zu erheben gewagt? Als Kaiser Karl sich standhaft weigerte, hat die ungarische Nationalversammlung am 6. Norember über Verlangen der Regierung seine Entthronung beschlossen. Damit hat das Königtum des Königs Karl doch gewiß in allererster Linie gerade für die Horthy-Regierung zu bestehen aufgehört. Trotzdem hat das ungarische Amtsblatt am 1. April verlautbart: „Se. k. und k. Apostolische Majestät König Karl IV. ist . . . selig im Herrn entschlafen.“ Und der Reichsverweser Horthy wie auch der Ministerpräsident Bethlen haben „Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin Zita“ zum „Ableben Sr. Majestät des Königs Karl IV.“ den „Ausdruck des tiefsten Beileids“

dargebracht. Es ist nicht bekannt geworden, ob und wie Kaiserin Zita diese Kundgebungen beantwortet hat. Aber man hat sich doch an den eigenartigen Wortlaut des am 7. November promulgierten Entthronungsgesetzes erinnert. Der erste und Hauptartikel dieses Gesetzes lautet nämlich: „Die Herrscherrechte des Königs Karl IV. haben aufgehört." Dr. Vas und Genossen unterscheiden also zwischen König und Herrscher, zwischen Königsrechten und Herrscherrechten, oder, wie man gewöhnlicher sagt, zwischen Herrscher- und Regierungsrechten. Als Erfinder dieser Unterscheidung gilt der Pole Jan Zamoiski, derselbe, der es 1588 verhinderte, daß Erzherzog Maximilian König von Polen wurde. Dieser polnische Magnat hat im polnischen Reichstag zuerst den Satz aufgestellt: rex regnat, sed non gubernat. Dieser polnischen Maxime also, die vielleicht auch im Tripartitum Verböczy's von 1565 eine gewisse Stütze findet, sind Dr. Vas und Genossen gefolgt. Für die Polen war diese Maxime dann allerdings die allerbequemste Revolutionsmethode: man ließ den König einfach König sein, hat ihm aber alle Regierungsgewalt genommen. Nur freilich ist Polen mit dieser Methode elend zugrunde gegangen. Selbstverständlich wollen Dr. Vas und Genossen den Polen nicht auch in diesem letzteren Punkte nacheifern. Aber schon das Apostolische Königtum Ungarns hätte sie vor der Annäherung an das polnische Prinzip warnen sollen.

So bleibt also in der Gedankenwelt der deutschen und magyarischen christlichen Parteien nicht das geringste Plätzchen mehr für die habsburgische Herrscherstellung übrig. Von den deutschen Parteien wird nicht einmal das jus postliminii zugegeben. Denn schließlich ist auch dieses Recht eben ein Recht, und ein wirkliches Recht wird den Habsburgern auch selbst für die Vergangenheit nicht zuerkannt. Da nämlich die Habsburger die ihnen, wie nach der angeführten These Bellarmins und den zitierten Aufstellungen Hilgenreiners geglaubt werden muß, vom Volke zur Probe



übertragene Staatsgewalt nicht zu behaupten vermochten, so ist die Gewalt auch, trotz aller geleisteten Treueide, einfach wieder an das Volk zurückgefallen, das nun die Gewalt, wieder nur zur Probe an andere Männer vergeben hat, mit denen also die Parteien jetzt zu rechnen haben.

Die ungarische, resp. magyarische Theorie differiert in Details, führt aber zum selben Resultat. Nach dieser Theorie kann zwar das Volk — in Ungarn sagt man Nation — dem einmal gekrönten König die Königswürde nicht nehmen, sondern muß in dieser Beziehung seinen Tod abwarten, wohl aber kann das Volk dem König jederzeit die Regierungsgewalt entziehen und darüber selber verfügen.

Wenn nun schon die deutschen und magyarischen Parteien, welche sich noch vor kurzem und ganz besonders während des Krieges als die einzig verläßlichen Stützen des Habsburger Reiches gebärdet und gerühmt haben, jetzt so weit von den Habsburgern abgerückt sind, was konnte oder kann vom Tschechen Dr. Schramek in Prag und vom Slowenen Dr. Koroschetz in Laibach erwartet werden? Die Deutschen sind ja alle die letzte Zeit her die Lehrmeister der Tschechen und Slowenen gewesen. Bis in die Mitte der achtziger Jahre konnten die Tschechen in Österreich nur deutsche Universitäten besuchen, weil es eine tschechische Universität nicht gab, und die Slowenen hatten es selbst bis zum kritischen Jahre 1918 noch nicht einmal zum Anfang einer Rechtsakademie bringen können. So ist der Nationalismus der Tschechen und Slowenen wenigstens seit 1848 gar nichts anderes als die Übersetzung des deutschen Nationalismus ins Tschechische und Slowenische. Der größte Teil der heutigen tschechischen und die ganze heutige slowenische Intelligenz ist aus deutschen Universitäten hervorgegangen. Das Alldeutschtum ist ja schon im 1813 gedruckten „ . . . so weit die deutsche Zunge klingt" enthalten, während Jan Kollar, der gewöhnlich als der Urheber des Panslawismus bezeichnet wird, sein Buch „Über die literarische Wechselseitigkeit zwischen den Stämmen

und Mundarten der slawischen Nation" erst 1844 geschrieben hat. Es ist eben ein altes, deutsches Wort: „Wie du hineinrufst in den Wald, so schallt es dir entgegen bald."

Der Schluß ist somit wohl zweifellos der, daß der an die Spitze dieser Erörterung gestellte Satz vollkommen gerechtfertigt erscheint, der Satz nämlich, daß der habsburgische Geist heute aus allen sogenannten Volksvertretungen der alten Monarchie völlig verbannt ist; an die Stelle des Gemeingeistes ist überall der in sog. nationalen Flitter gekleidete Parteigeist getreten.

Der Altösterreicher hat Genossen nur noch im papsttreuen Römer. Wie dieser, der papsttreue Römer, zwar der in Rom tatsächlich bestehenden Gewalt willig Gehorsam leistet, als rechtmäßigen Herrscher aber doch nur den Papst anerkennt, so ordnet sich auch der Altösterreicher den jetzt in den sogenannten Sukzessionsstaaten bestehenden Gewalten unter, ohne aber die Hoffnung und im entsprechenden Rahmen auch das Bestreben aufzugeben, daß der zersetzende Parteigeist überwunden und der habsburgische Gemeingeist wieder zur Geltung gebracht werde. K. Inthal.

LXIX.

Zum deutsch-russischen Vertrag.

Die Entwicklung, die zu dem in Rapallo geschlossenen Vertrage führte, hat sich in Zickzacklinien bewegt. Frankreich hat, was in diplomatischen und politischen Kreisen kein Geheimnis ist, versucht, auf dem Weg zu einer Verständigung mit den Sowjets Deutschland den Rang abzulaufen. Es hatte Aussichten auf Erfolg.



Ein Memorandum, abgefaßt Ende März, zeigt den Stand der Dinge zu jener Zeit, und da dasselbe die Zustände in Rußland sachkundig schildert, so mag es nützlich hier abgedruckt werden.

Angesichts der zunehmenden wirtschaftlichen und anderen Erfordernisse ist 1921 die Sowjet-Regierung zu Verhandlungen mit den europäischen Staaten geschritten. Es folgten einander die Verträge mit England am 16. März 1921, Deutschland 6. Mai, Norwegen 2. September, Österreich 7. Dezember, Italien 22. Dezember. Diese Ergebnisse schufen die Disposition zur Verhandlung auf erweiterter Grundlage, was sich in den Verhandlungen mit Schweden kundgab. Der Sowjetvertreter Kersjentsev in Stockholm beantragte, auf das Wohlwollen des sozialistischen Finanzministers Svensson bauend, ein Kreditabkommen, das die Anerkennung de jure der Sowjetregierung voraussetzte. Unter dem Einfluß des in Stockholm erfolgreich wirkenden Krassin war schon 1920 der Abschluß eines privaten Abkommens zwischen Moskau (dem Centrosojus) und der „Sveriges Allmaenne Exportforening“ zustand gekommen. Für Schweden fehlte es nicht an Erfolg. Dasselbe schickte 1920 für 110 Millionen Kronen Waren nach Rußland, darunter für 30 Millionen Kronen Lokomotiven. Svensson wies in der Kabinettsitzung, als der Vorschlag betr. Kreditabkommen zur Erörterung stand, darauf hin, daß zunächst die Forderungen der Schweden aus der Vorkriegszeit und ihre Entschädigungsansprüche im Krieg erörtert werden müßten. Schließlich beschloß, am 18. Oktober 1921, das schwedische Kabinett, in direkte Verhandlung mit den Sowjets zu treten. Das Kreditabkommen wurde fallen gelassen, dafür ein provisorisches Abkommen vorgeschlagen und am 4. März 1922 im Schwedischen Reichstag zur Diskussion gebracht. Dasselbe enthält 17 Artikel, darunter: Die gegenseitigen Vertretungen erhalten alle diplomatischen Rechte. Der folgende Teil bestimmt Handelsfreiheit, Gegenseitigkeit in Handel und Verkehr, Achtung des Privateigentums, Freiheit der Person, Schiffahrt, des Transitverkehrs, Regelung der Vorkriegsschuldfrage durch internationales



Schiedsgericht. Postverkehr soll entwickelt werden. — Dieser Vertrag wurde vom König von Schweden und der Sowjetregierung ratifiziert. Dauer unbegrenzt, Kündigung drei Monate. Dieses Provisorium soll bald zum Definitivum werden.

Die Pläne zur langsamen und methodischen Ausbildung des Verkehrs mit dem Ausland, wobei die Sowjetregierung bestimmte Pläne verfolgt hat, wurde gestört durch die zunehmenden Schwierigkeiten im Innern Rußlands. Die Hungersnot macht sich in Petersburg und Moskau, wo die Ernten gut oder mittel waren, nicht direkt fühlbar. Dagegen ist die Not unendlich groß in den Gegenden der Wolga: sie beginnt an der sibirischen Grenze, jenseits der Kama, eines Zuflusses der Wolga, schließt die Gebiete von Nowgorod bis Tambow ein, im Süden bis in die Becken des Don und Dnieper, beinahe bis ans Schwarze Meer. Die Not begann 1920.

Größer, in seiner unmittelbaren Auswirkung, ist der Einfluß der Finanznöte auf die Entschließungen in Moskau. Hier kommt die völlige Entwertung des Rubels zur Wirkung und droht alles Leben im Reich zu zerstören. Im Mittelpunkt dieser Dinge steht die Staatsbank, denn auf ihr lastet zunächst die Misere des Geldumlaufs. Im Sommer stand der Goldrubel gleich 20,000 Papierrubel, im Dezember war er auf 60,000 und schließlich 80,000 gestiegen. Im März schon auf 200,000. Die Angelegenheit macht der Sowjetregierung wahrscheinlich mehr Sorgen als alles andere und wirkt tief und nachhaltig auf ihre Politik gegenüber dem Ausland ein, da auch in Moskau jedermann zugibt, daß Hilfe nur von dem kapitalistischen Ausland kommen kann. Diese Erwägung beherrscht die Verhandlungen mit England, Deutschland und Frankreich und hat, nach untrüglichen Anzeichen, den letzten Anstoß gegeben zur Schwenkung der Sowjetregierung an die Seite Frankreichs, unter taktischer Abwendung von Deutschland.

Direktor Kutler von der Volksbank (Staatsbank) erklärt die Entwertung des Papierrubels durch die starken Kreditansprüche von Industrie und seitens der Genossenschaften. Die Bank war



zu diesen Kreditoperationen mit einem Dotationskapital von 2000 Milliarden Papierrubel ausgerüstet. All dies sei in den Provinzen verteilt und angelegt. Die Darlehenspraxis müsse die Bank einschränken oder zur Reform des Geldwesens schreiten. Anfangs dieses Monats März hat die Bank die Zinssätze erhöht und nimmt über 12 Prozent monatlich. Direktor Kutler ergänzt indessen seine Darlegung mit der Bemerkung, es sei falsch, auf große Verluste der Bank zu folgern, denn „dieselbe steht nicht auf Gold-, sondern auf Papierbasis". Übrigens sind die Zinssätze jetzt anderthalbmal höher als der vorstehend angegebene Satz. Eine Katastrophe, sagt Kutler, könne nnr, wie übrigens auch in Österreich und Deutschland, nur durch plötzliche starke Steigerung der Valuta erfolgen.

Inzwischen sind die Schwierigkeiten so groß geworden, daß eine Sondersession des Zentralausschusses gehalten werden soll. Dort ist von folgenden Vorschlägen die Rede: Es sollen neue Noten-Emissionen erfolgen, aber erst nach Beschaffung der Mittel zur Deckung. Allen jedoch erscheint als einziger Weg zur Rettung die finanzielle Hilfe des Auslandes. Das Mitglied des Bankdirektoriums, Katzenellenbaum, bezeichnet als unumgänglich notwendig den Übergang zur Goldwährung: „Die Länder des Westens hätten genug Kapitalien, um Rußland zu helfen, was sich zeige, indem man die Zinsreduktionen in London, Paris und Newyork betrachtet." Angeblich sind zurzeit 20,000 bis 40,000 Milliarden Papierrubel im Umlauf. Die für diesen Monat geplanten Noten-Emissionen könnten mit der lawinenartigen Preissteigerung nicht Schritt halten, dafür würden alle Notenpressen zu langsam arbeiten.

In dieser Darstellung tritt schon der Grund der Annäherung der Sowjets an die verschiedenen europäischen Regierungen und Finanzmächte hervor. Die Sowjets erblicken dicht vor sich den Abgrund und streben nach dem Beistand der „kapitalistischen Mächte."

Zunächst wurde von Moskau her Deutschland ins Auge gefaßt. Der frühere Leiter der Außenhandelsabteilung des Aus-



wärtigen Amtes in Berlin, Geheimrat Wiedenfeld, wurde in amtlicher Mission als deutscher Vertreter nach Moskau geschickt. Die deutsche Regierung verfolgte dabei die Absicht, den wirtschaftlichen Verkehr mit Rußland zu erschließen. Das Haupthindernis dabei war der psychologisch schwerwiegende Umstand, daß keine deutsche Regierung das Prinzip aufgeben wollte, von Rußland Genugtuung für die Ermordung des Gesandten, Grafen Mirbach, zu erhalten. An diesem Umstande begegnete der frühere Sowjetvertreter, Victor Kopp, den größten Schwierigkeiten. Kopp hat stets geltend gemacht, daß die Moskauer Regierung Deutschland alle Entschuldigungen gegeben habe, daß es ihr aber unmöglich sei, die Mörder oder die Verdächtigen zu finden oder festzunehmen. Das Problem besteht weiter. Es ist sicher, daß dasselbe die Entwicklung der Verhandlungen zwischen Berlin und Moskau erschwert. Wiedenfeld hat dennoch in Moskau und Petersburg Erfolge auf wirtschaftlichem Gebiete erzielt, über welche er in einem Memorandum an das Auswärtige Amt berichtet hat. Darin schlug er eine wirtschaftliche Kooperation von Industrie und Finanz in Deutschland und Italien vor.

Mittlerweile hatte Frankreich seine diplomatische Stellung konsolidiert und namentlich Poincaré machte davon Gebrauch. Die Verhältnisse liegen für Frankreich günstig. Artikel 160 des Vertrags von Versailles ermächtigt die Reparationskommission, von Deutschland zu verlangen, daß Deutschland innerhalb sechs Monaten nach ergangener Aufforderung gewisse Interessen und Forderungen seiner Staatsangehörigen, welche dieselben in Rußland beanspruchen, an Frankreich ausliefert. Deutschland hat die in dem Artikel vorkommenden Worte „Konzession" und „Entreprise d'Utilité publique" in der französischen Auslegung nicht anerkannt. Man hat sich dahin geeinigt, die Frage einem neutralen Schiedsrichter zu unterbreiten. In der französischen Kammer berichtete der Finanzminister, daß Deutschland an die Reparationskommission geliefert hat: 1'800,000 Effekten im Nennwerte von 84 Millionen französischen Franken, 214 Millionen ungarische Kronen, 20 Millionen österreichische Kronen,



24 Millionen Rubel und 13 000 Pfund Sterling bis zum Oktober 1921. Davon befinden sich 933 000 Effekten in den Pariser Banken, das meiste bezieht sich auf Unternehmungen in Mitteleuropa.

Die deutschen Interessen bezw. Guthaben in Rußland wurden im französischen Finanzministerium wie folgt berechnet: Banken 232 Millionen, Eisenbahnen 1433 Millionen, Elektrische Unternehmungen 184 Millionen, Chemische Unternehmungen 48 Millionen, Bergwerk- und Metall-Industrie 410 Millionen Rubel. Die Richtigkeit dieser Berechnung dahingestellt, erscheint es angebracht, darauf hinzuweisen, daß das russische Dekret vom 19. Dezember 1921 die ausländischen Industrieunternehmungen ihren Eigentümern wiedergibt.

Der oben erwähnte Artikel des Vertrages von Versailles und vorstehende Schätzungen des französischen Finanzministeriums gehören ohne Zweifel in das Fundament des französischen Planes in Rußland.

Man muß darauf hinweisen, daß die Mission Krassins in den verschiedenen Ländern, neben rein wirtschaftlichen Verhandlungen, an erster Stelle den Plan verfolgte, die Mitwirkung zur Gründung einer Emissionsbank in Moskau zu erhalten. Dieser Plan ist sowohl von ihm als von anderen Unterhändlern, nachdem in England kein Erfolg zu erzielen war, mit Eifer in Frankreich verfolgt worden. Die Franzosen haben den Gedanken aufgegriffen und namentlich die Banque de Paris et Pays Bas, in deren Verwaltungsrat jetzt der frühere Botschafter Jules Cambon Einzug hält, steht an der Sitze des französischen Planes. Die in Moskau zu gründende Bank soll für ihre Notenausgaben die französische Garantie erhalten. Als Substanz solcher Garantien würden die verpfändeten deutschen Forderungen in Rußland angesehen. Rußland soll ein Gesetz erlassen, das nur die Noten dieser Bank zum Umlauf in Rußland zuläßt. Ein bestimmter Betrag dieser Noten würde der russischen Regierung überlassen zur Deckung ihrer dringendsten Verpflichtungen im Auslande. Zur Kontrolle dieser Operationen wird eine besondere Kommission



eingesetzt. Man rechnet damit, daß solche Kredite sich von Zeit zu Zeit wiederholen müssen. Filialen dieser Bank sollen in ganz Rußland angelegt werden. Die Bank wird ferner mit einer Waren-Lombard-Abteilung ausgestattet, welche eine besondere Klasse von Noten ausgibt, für welche die beliehenen Warenbestände dienen. Es würde also zwei Sorten von Noten geben: eine von Frankreich garantierte und eine andere, garantiert durch die Warenbestände. Der Plan rechnet offenbar mit der Beobachtung, daß die meisten Noten im Umlauf bleiben und nicht zur Einlösung vorgezeigt werden.

Da Frankreich die Kontrolle dieser Bank in seiner Hand halten würde, so würde Frankreich imstande sein, Wirtschaft, Finanzen und Politik in Rußland zu kontrollieren; das ist auch das Ziel der beteiligten französischen Kreise. Neben diesem Plane betreiben die Franzosen eine große Zahl anderer Projekte. Es ist bezeichnend, daß in der ersten Februarwoche ein halbes Dutzend französischer Bankiers in Moskau angekommen sind. Ein Teil derselben arbeitet gemeinsam mit der Association des Interêts Russo-Belges in Brüssel. Auch in der Ukraine arbeiten die Franzosen mit Erfolg; die große Transportfirma Wukopitkoi in Charkow hat mit französischen Firmen einen Kontrakt abgeschlossen betreffend Errichtung einer Flußschiffahrtslinie.

Die Annäherung französischer Kreise an die Sowjets, die schon seit langem vorbereitet war, trat deutlicher in die Erscheinung, als die letzteren die Überzeugung oder die Empfindung erhielten, daß die deutsche Regierung und die ihr nahestehenden Kreise Rußland gegenüber eine gewisse Zurückhaltung, namentlich politisch, innezuhalten sich entschieden hatten. Bereits Viktor Kopp hatte die Möglichkeit einer Schwenkung Rußlands an die Seite Frankreichs angedeutet.

Die Entwicklung verlief zögernd, solange die Sowjetregierung Aussicht zu haben glaubte, in England Beistand für ihre Finanzpläne zu erhalten. Die dortigen Verhandlungen gipfelten jedoch in dem bekannten Kolonisierungsplan, der unter dem Namen von Lloyd George bekannt geworden ist. Derselbe läuft auf



die Industrialisierung Rußlands bezw. Wiederaufrichtung der alten Werke hinaus unter Anlehnung an Frankreich. Das war den Russen nicht genug.

Bereits das erwähnte französische Angebot, Gründung einer Emissionsbank, bietet mehr scheinbare Vorteile. Dazu kommt der französische Plan, die Häfen am Schwarzen Meer zu Freihäfen zu machen und von dort aus Eisenbahnen, Landstraßen und Schiffahrtslinien in das Innere Rußlands zu führen. In diesen französischen Plänen spielen die Krim und der Kaukasus eine wichtige Rolle. Näheres über die Einzelheiten dieser Pläne ist zurzeit nicht bekannt.

Im Anfang waren die französischen Verhandlungen mit Rußland erheblich behindert durch die Forderung Frankreichs, daß Rußland die Vorkriegsschulden anerkenne, bevor an irgend eine Unterhaltung zwischen Paris und Moskau zu denken sei. Erst in der jüngsten Zeit hat die französische Regierung die Beziehungen der französischen Arbeiterpartei herangezogen, um die Kluft zwischen Frankreich und Sowjet zu überbrücken. Graf de Chévilly, Direktor der russischen Abteilung im französischen Handelsministerium, war nach Berlin gekommen, um mit den Sowjets Fühlung zu nehmen. Seine Mission hatte nur teilweise Erfolg. Darauf trat Radek in Verbindung mit den französischen Agenten durch das Mittel französischer kommunistischer Kreise. Es wurde hervorgehoben, daß Deutschland an Rußland zu teuer verkaufe, daß man in Berlin geneigt sei, in Rußland Ausbeutung zu betreiben, und daß es deshalb praktische Politik wäre, wenn man die dargebotene französische Hand ergreife. Radek hat offenbar seine Verhandlungen mit den Franzosen mit großem Eifer betrieben, und wenn es wahr ist, daß die Sowjetvertretung in Berlin den größten Teil ihrer Bestellungen, die mit 2,2 Milliarden Mark angegeben werden, nach England, Schweden und der Tschechoslowakei gegeben und in Deutschland nur die chemische Industrie bedacht habe, so würde seine Argumentation eine Stütze erhalten.

Radek hätte, unwahrscheinlichen Gerüchten zufolge, in Paris



mit Poincaré und Millerand direkt verhandelt. Immerhin kann man an diesen Gerüchten die Bedeutung seiner Wirksamkeit erraten. Neuerdings ist berichtet worden, daß er und Rakowski (Ukraine) in Baden mit Vertretern der französischen Regierung verhandelt und gewisse Zugeständnisse erlangt haben.

Immerhin hat die Tätigkeit Radeks in den Sowjetkreisen scharfen Widerspruch hervorgerufen. Sinowjew veröffentlicht in einer Pariser Zeitung einen Brief an Radek, der ihm scharfe Vorwürfe macht, Überschreitung seiner Befugnisse vorwirft und ihn auffordert, binnen einer bestimmten Frist sich in Moskau zu rechtfertigen und sich einstweilen politischer Tätigkeit zu enthalten. Da Sinowjew in enger Fühlung mit dem Vertreter Rußlands in Paris, Skobelew, steht, so ist sein Auftreten gegen Radek von Bedeutung. Es mag jedoch bemerkt werden, daß ein anderer russischer Agent in Paris, Stalinski, den Standpunkt Radeks zu teilen scheint. Parallel mit der Aktion Radeks und mutmaßlich bedeutungsvoller und wirkungsvoller war das Auftreten von Cachin im Kreis der russisch-französischen Verhandlungen. Cachin ist einer der bedeutendsten Köpfe unter den französischen Syndikalisten und einer der hervorragendsten Führer der sozialistischen Partei. Sein Auftreten ist umso wichtiger, als er auf seinen Reisen nach Berlin und Moskau von einer anderen Kapazität der französischen Arbeiterpartei, Renould, begleitet war. Wenn auch die Nachrichten, daß er mit Poincaré Unterhaltungen gehabt hatte, keineswegs verbürgt sind, so liegt doch die Tatsache vor, daß einer der einflußreichsten französischen Politiker als Mittelsperson zwischen Moskau und Paris auftritt. Auch der Generalsekretär der kommunistischen Partei in Paris, Frossard, hat um die Vorgänge gewußt. An der Seite dieser Persönlichkeiten tritt als weitere französische Mittelsperson Paul Louis, ein früherer Redakteur des „Petit Parisien“ und Mitarbeiter des sozialistischen „Populaire“ auf. Da erstgenannte Zeitung dem früheren Minister Dupuy gehört, so treten die Fäden zwischen Regierung und Arbeiterpartei aus dem Dunkel heraus.



Als einer der erfolgreichsten französischen Unterhändler zeigt sich Thiébaud, französischer Gesandter in Finnland. Es scheint, daß er in der Hauptsache nach Helsingfors geschickt wurde, um von dort aus die Verhandlungen mit Moskau zu leiten. Es wird berichtet, daß er mehrmals in Moskau war. Wäre seine Aufgabe von geringerer Wichtigkeit gewesen, so wären diese Fahrten überflüssig, da es in Helsingfors nicht an Vertrauensmännern der russischen Regierung mangelt. Thiébaud hat am 16. März in Berlin einen Vertrag abgeschlossen mit dem französischen Roten Kreuz: dasselbe ernennt einen Vertreter bei der Sowjetregierung in Moskau und schickt eine Mission nach Rußland, deren Mitgliedern volle Freiheit der Bewegung zugesichert ist. Die Aufgaben der Mission werden als humanitär geschildert. Es bedarf jedoch keines Hinweises, daß die voraussichtliche Zusammensetzung der Mission sie zu politischen Erfolgen befähigt.

Die französischen Pläne brauchen nicht ohne weiteres als Sonderpläne bezeichnet werden. Es läßt sich wohl denken, daß dieselben sich formell im Rahmen der Organisation der Zentralen Internationalen Korporation und folglich der nationalen Korporationen halten, über welche in London Ende Februar von den Vertretern Englands, Frankreichs, Italiens, Belgiens, Deutschlands, Amerikas beraten wurde. Man will nationale Korporationen in den verschiedenen Ländern errichten, welche alle sich mit Rußland beschäftigen sollen. Die Zentralorganisation soll in London errichtet werden. Keine Korporation soll ein Monopol anstreben. Das Gesamtkapital wurde auf 20 Millionen Pfund Sterling berechnet, davon 25 Prozent sofort zahlbar. Anfangskapital 20 Millionen Pfund. Die nationalen Korporationen zahlen etwa 10 Prozent ihres Stammkapitals. Steuerfreiheit in England. Auch deutsche Unternehmer sollen beteiligt, Japan, die Schweiz, die anderen Länder sollen zur Beteiligung eingeladen werden. Zweck der Korporation: Bau von Eisenbahnen, Schiffslinien, Straßenbahnen, Häfen, Industrieanlagen und Bankgeschäften in Rußland.



Bei den Verhandlungen in Berlin hat der Direktor der russischen Staatsbank, Scheinmann, mit Berliner Banken verkehrt. Es handelt sich um Finanzierung von Genossenschaftsbanken und Kreditgesellschaften auf Gegenseitigkeit, ferner Zulassung privater Aktienbanken in Rußland. Diese Verhandlungen sind bis heute noch nicht vom Flecke gekommen. Es mag sein, daß die jüngst nach Rußland gereiste deutsche Mission: Dr. Hugo, für den Verband des Ein- und Ausfuhrhandels, Dr. Beuster aus Stettin, für Spedition, und Staatssekretär a. D. August Müller wieder Leben in die deutsch-russischen Beziehungen bringen wird. Dazu mag auch die am 15. Juni in Moskau stattfindende Ausstellung beitragen, woran sich die deutsche Industrie hervorragend beteiligen wird.

Ein neuer russischer Zolltarif steht bevor und wird augenblicklich beraten auf Grund der Tarife von 1903 und 1906. Die Zölle sind in Goldrubeln zu zahlen, notwendige Artikel sind zollfrei oder mäßig belastet, namentlich Werkzeuge und Maschinen für Landwirtschaft und Industrie. Der Zolltarif soll nicht angewendet werden auf Herkünfte aus den Randstaaten. Zunächst soll der neue Tarif nur auf zwei Jahre gelten.

Bei dem Wettlauf zwischen Deutschen und Franzosen haben die letzteren nicht unbedeutende Erfolge erzielt. Bedeutende Bestellungen auf Kautschuk sind nach Frankreich gegangen und zur Zeit verhandeln französische Agenten in Moskau über Konzessionen im Dongebiet und im Kaukasus.

Was nun die Bankprojekte angeht, so mag bemerkt werden, daß die Staatsbank im Verkehr mit 15 ausländischen Banken steht: in Deutschland, Schweden, Dänemark und Belgien. Nur die Bank hat das Recht rnssisches Gold ins Ausland zu schicken.

Einer der tätigsten französischen Agenten auf dem Gebiet von Finanzplänen ist der Abgeordnete Paul Reynaud, der in Berlin und Moskau war. Er ist einer der Hauptvertreter des Gedankens, daß Rußland von Deutschland Kriegsentschädigung verlangen soll. Die Berechnung der letzteren geht bis zu 30 Milliarden Goldmark. Es ist zu bemerken, daß die



Zulassung von Aktiengesellschaften in Moskau besonders vertreten wird von dem Volkskommissar für Finanzen Sokolnikow. Unter den russischen Unterhändlern in Berlin ist der Vertreter des Zentro-Sojus, Herr Chintschuk, zu nennen und sein Vertreter Herr Berline.

Stinnes hat zum Vertreter in Moskau Herrn Fehrmann. Dabei mag erwähnt werden, daß, wenn man dem Gerede glauben wollte, Rathenau mehr Sympathien in russischen Kreisen genießt als Stinnes. Die Rathenau spielten Jahrzehnte vor dem Krieg eine große Rolle in der russischen Industrie, namentlich in Moskau.

Deutsche Konsulate sind errichtet in Kasan, Baku, Tiflis, Batum, Sebastopol, Nikolajew, Kiew und neuerdings in Charkow. Die neugegründete Handelskammer für Nordwest-Rußland in Petersburg errichtet Kontore in Leipzig, New-York und London. Sie gibt Auskünfte über Geschäfte mit Rußland.

Mit Kopenhagen wird wegen Errichtung dänischer Banken in Moskau und Petersburg verhandelt.

Die Sowjet-Handelsvertretung in Berlin gab 1921 1250 Aufträge. Darunter viel Werkzeug, landwirtschaftliche Maschinen, Elektrotechnik, Textilwaren, Chemikalien. Rußland verkaufte in Berlin für 37 3/4 Millionen Mark und 83,327 Pfund Sterling; vornehmlich Rauchwaren, Asbest, Därme usw.

Die Reise von Berlin nach Moskau traten am 17. Februar gemeinsam an: Krassin, Radek, Stomaniakow und Rakowski, der aus Prag kam. Dort soll er angeblich verhandelt haben im Auftrag von Trotzki, um den tschecho-slowakischen Einfluß in Paris für Rußland in Bewegung zu setzen.

In allen diesen Vorgängen zeigt sich, daß England nicht geneigt ist, seine finanzielle Macht in Rußland einzusetzen und dabei über Bedenken hinwegzugehen; daß Deutschland, obgleich mit diplomatischen und politischen Hindernissen belastet, mit seinen Industrieplänen gut vorankommt, weniger auf dem Gebiete des Bankwesens, daß aber, wenn man die Dinge von höherem politischen Gesichtspunkt aus betrachtet, Frankreich



(ohne bisher durchschlagende Erfolge zu haben) doch zu einem großen Werk sich anschickt, bei dem es auf die Unterstützung Polens und Jugoslawiens rechnet. In Moskau sieht man Angriffen aus Polen entgegen und ist schon deshalb geneigt, Frankreich entgegenzukommen. Die Entscheidung liegt offenbar bei den Finanzen und Bankfragen, mit denen man sich in Paris beschäftigt.

Angesichts der französischen Pläne, die auch von Poincaré mit den Sowjets gesponnen wurden, erblickte man in Berlin die Gefahr, daß Deutschland, kraft Artikel 116 des Versailler Vertrags, auch an Rußland tributpflichtig würde und daß alle Handelsmöglichkeiten in Rußland Deutschland entzogen würden. Man schützte in Berlin diese Aussichten um so ernster vor, als sich die Meinung herausbildete, daß Polen, in Folge der russischen Propaganda, in Gefahr stehe, „russifiziert zu werden". Diese Ansicht tritt an sehr beachtenswerten Stellen auf.

Unter dem Druck solcher Erwägungen schlossen die deutschen Vertreter in Genua den unter dem Namen von Rapallo bekannten Vertrag, den Poincaré zum Vorwand nehmen will, um Europa in Brand zu stecken, ähnlich wie der erste Napoleon, im Vollgefühl seiner Macht, sein Unternehmen in Spanien begann.

Der Vertrag von Rapallo ist gewiß keine Perle der Staatskunst. Indessen mag hier von der Politik gesagt werden, was Moltke von den Verträgen gesagt hat: „ein System von Aushilfsmitteln." Ein Engländer würde sagen: „an expedient." — M.



LXX.

Augsburg und Mailand.

Von P. Romuald Bauerreiß O. S. B., St. Bonifaz-Andechs.

Von dem Freundespaar Paul von Bernried (†1145) und dem Regensburger Bischof Gebhard II. besitzen wir eine Reihe von Briefen[1]) an Martin den Thesaurar des Ambrosiuskollegs[2]) in Mailand. Sie enthalten neben der Versicherung, das bisherige Forschen nach Schriften des hl. Ambrosius fortzusetzen, und der Mitteilung über erfreuliche Erfolge auch die herzliche Bitte um käufliche Überlassung eines Sacramentariums,[3]) ‚cum solis orationibus et praefationibus Ambrosianis', eines Antiphonars[4]) und als ‚gratuitum caritatis tuae munusculum'[5]) die Pericopen ‚secundum morem vestrae ecclesiae'.

Was war wohl der Grund für dieses Interesse am Ritus der Mailänder Kirche? War es der persönliche gewaltige Eindruck, den Paulus am Pfingsttage 1123 von der Liturgie der Kanoniker von Sant' Ambrogio in Mailand in seine deutsche Heimat mitnahm? Konnte und durfte er es unternehmen einen neuen Ritus, den Ritus einer damals geradezu romfeindlichen Stadt, ohne tiefere Gründe

1) 10 Briefe Pflugk: Brief I—IV ed. Mabillon, Mus. Ital. Tom. 1 b S. 95 ff. Paris 1724. Brief V—VI ed. Sormani, Apologism. Mediol. Vol. I, S. 44 f., Mailand 1740. Brief VII—X ed. Pflugk-Hartung, Iter Ital. Stuttgart 1883.

2) Kehr, Italia Pontificia, Vol. VI, P. I S. 73, Berlin 1913.

3) Mab. l. c. Ep. I S. 95.

4) „ „ „ III S. 97.

5) ibid.





einzuführen oder war der Eifer für den eigenen Orden die Ursache: ‚ut ordo Ambrosii dulcissimi Sancti Spiritus, quem discipulus eius doctor eximius Augustinus traduxit in Africam, nobis transferatur in Germaniam.‘ [1]) Zwei andere Stellen in einem der Briefe scheinen sehr beachtenswert. Auf die Frage des Mailänder Erzbischofs Anselm de Pusterla (1126—1135) ‚cur nos, qui habemus ordinem Romanum, simul habere gestiamus Ambrosianum‘ antworteten sie ‚Fuit olim tanta Mediolanensis ecclesiae gratia et excellentia, ut Aurelio Augustino ceterisque Africanis praesulibus non sufficeret in dubiis rebus Romanum consulere pontificem nisi pariter consulerent et mediolanensem.[2]) Desine ergo admirari imitatrices sanctorum patrum inquisitiones nostras.‘ — In einem Briefe von 1130 schreibt Paul von Bernried an den Thesaurar Martin: ‚Praeterea singularis curiositas mea singulariter postulat dignationem tuam, quatenus misso mihi antiquo Mediolanensis ecclesiae privilegio scire me facias, quos et quot episcopos suffraganeos habuerit, antequam Maguntina dilatatio terminos eius instrinxerit. Nequaquam enim invidemus, imo plurimum congaudemus amplitudini honoris Ambrosiani . . ., als ob den Historiker Paulus eine Erinnerung an einen alten Zusammenhang seines südbayerischen Vaterlandes mit der alten Metropole Mailand beeinflußt hätte! [3]) Tatsächlich muß der ambrosianische Ritus ein sehr verbreiteter gewesen sein. [4])

1) Mabillon l. c. Ep. II 96.

2) Cfr. Conzil von Chartago 397. Die hier versammelten Väter richteten das Schreiben sowohl an Bischof Simplicius von Mailand wie an Papst Siricius.

3) Wenn auch Paulus nicht von der Augsburger Diözese aus geschrieben hat (wie J. May meint, N. Arch. XII, 342, widerlegt von M. Herrmann N. Arch. XIV, 568), so hielt er sich doch 25 Jahre im Schwäbischen auf.

4) Isidorus Hisp. de off. eccles. lib. I cap. VII: ‚Apud Latinos primus Ambrosius antiphonas instituit Graecorum exempla

Fürstabt Gerbert von St. Blasien (1720—1793) veröffentlichte 1777 in seinem ‚Monumenta Liturgiae Allemanicae' ein Sakramentarium des X. Jahrhunderts, das eine merkwürdige Zusammenstellung der gregorianischen, gelasianischen und ambrosianischen Orationen bietet. Was Gerbert behauptet, deckt sich mit den neueren Forschungen Kienles,[1]) daß der ambrosianische Ritus nachweisbar sich durch acht Jahrhunderte unverändert erhalten habe; demnach steht uns in den Monumenta Gerberts die alte Form der Orationes Ambrosianae zur Verfügung. Die hier angeführten Orationen stimmen nun mit den in dem clm. 3908 befindlichen Orationen überein. Der Codex gehört dem XI. oder XII. Jahrhundert an und war lange Jahre nicht bloß im Besitz, sondern auch im Gebrauch des Augsburger Domchors. Gegen 80 Orationentexte der Gerbertschen Ausgabe decken sich mit dem Augsburger Codex.[2]) Damit bekommt auch eine andere Quelle mehr Bedeutung. Aus der Augsburger Dom-Bibliothek ist uns noch ein älterer Codex[3]) erhalten (X. Jahrh.), der neben den orationes de Adventu eigens noch ambrosianische aufführt.[4]) Freilich läßt sich nicht beweisen, daß er in Augsburg oder in der Diözese in Gebrauch gewesen.[5])

Weitere Ähnlichkeiten mit der Mailänder Liturgie weisen die Litaneien und Kalendarien der Augsburger Diözese

imitatus; exhinc in cunctis occidentis regionibus earum usus increbuit.'

1) Stud. u. Mittlgn. aus dem Benediktinerorden 1884, S. 57.

2) Hoeynk F. A., Geschichte der kirchl. Liturgie des Bistums Augsburg, Augsburg 1889, Beilagen Nr. I.

3) Nunmehr Clm. 3913.

4) ‚Incipiunt orationes de Adventu Dei!'

5) Das Sakramentarium Gerberts war eine St. Galler Arbeit des X. Jahrh. Der enge Zusammenhang zwischen Augsburg und St. Gallen (908 Verbrüderung mit St. Gallen) ließe zwar vermuten, daß er in der Augsburger Diözese nicht unbekannt war. Dagegen spricht, daß nur einzelne Texte, wenn auch zahlreich, identisch sind und in anderem Zusammenhang vorkommen.



auf, wertvoller noch dadurch, daß sie diese Eigenart gegenüber Nachbardiözesen hervortreten lassen. Von den in mailändischen Kalendarien des XII. Jahrh. angeführten Heiligen[1]) kehren in den mittelalterlichen Augsburgischen Kalendarien folgende wieder: Babilae et trium puerorum (24. Januar), Victoris ad Ulmum (8. Mai),[2]) Translatio S. Thomae ap. (3. Juli), Genesii mart. (28. August), Antonini mart. (2. September), Syri (12. Dezember). Wenn sie auch getrennt in anderen Diözesen wiederkehren, finden sie sich in ihrer Gesamtheit nur in der Augsburger Diözese.

Wie kamen diese zahlreichen Reste eines zweifellos ambrosianisch-mailändischen Ritus in die Augsburger Gegend?

Die Verbindung Augsburgs mit dem Süden, namentlich mit Mailand, war von jeher nicht ungünstig. Zwei große Heerstraßen, aus dem Süden kommend, trafen sich in Augsburg. Die Via Augusta, die älteste Straße Rätiens,[3]) kam aus Gallien und führte über Brigantium und Campodunum nach Augsburg und von dort dann südostwärts. In Brigantium nahm sie die Straße Mediolanum—Comum—Curia (Chur) auf, die an Alter nicht viel nachstehen dürfte. Jedenfalls war sie schon lange vor den Markomannenkriegen gebaut.[4]) Die andere führte von Augsburg über Parthanum nach Veldidena (Wilten), dort traf sie zusammen mit der dritten Heeresstraße Augusta Vind.—Pons Aeni (Leonhardspfunzen) und vereint führten sie als Via Claudia Augusta über den Brenner nach Tridentum und von dort nach Aquileia. Auch sie geht ins Augusteische Zeitalter zurück. Von Gallien, Mailand und Aquileia aus könnten also die ersten Samenkörner des Christentums nach Augusta Videlicum

1) Ed. Mabillon, Mus. Ital. Tom. I, p. I, p. 107.

2) Kommt sonst nur im Churer Brevier vor. Chur war nachweisbar Suffragan Mailands.

3) Franziß, Bayern zur Römerzeit, Regensburg 1902, S. 118.

4) Ebenda S. 119.



gekommen sein: eines ist sicher, daß der Weg von Mailand herauf über Chur der kürzeste und nicht beschwerlicher war als die Via Claudia Augusta; der rechte Winkel, den letztere bei Trient machen mußte, verlängerte die Strecke nach Aquileia um ein beträchtliches.

Die Überreste des ambrosianischen Ritus und die günstigen Verbindungen weisen auf eine Zugehörigkeit zu Mailand. Demgegenüber wird aber vielfach eine Zugehörigkeit zur Metropole Aquileia vermutet, ja als erwiesen betrachtet.[1]) In einem Briefe von 591 bitten die auf einer Synode von Aquileia versammelten Bischöfe den Kaiser Mauritius die Vorladung vor Gregor I. rückgängig zu machen . . . Sie klagen dabei über den wachsenden Einfluß der fränkischen Kirche, der sich namentlich in folgenden Diözesen der Aquileier Metropole geltend gemacht habe: quod ante annos jam fieri coeperat et in tribus ecclesiis nostri concilii i. e. Beconensi, Tiburniensi et Augustana Galliarum episcopi constituerant sacerdotes.[2])

Man hatte vielfach in der ecclesia Augustana Augsburg gesehen lediglich auf Grund der Namensähnlichkeit und damit die Zugehörigkeit zu Aquileia als erwiesen betrachtet. Wenn sich aber nachweisen läßt, daß es sich bei der eccl. Beconensi und Tiburniensi um norische bezw. kärntische Bistümer handelt, darf man unter der eccl. Augustana auch ein norisches Bistum vermuten. Während die Deutung der eccl. Tiburniensis keinen Zweifel mehr

1) Hauck, Kirchengeschichte Deutschlands 1915, I^4 S. 95 ff. — Wiltsch, kirchl. Geographie, Berlin 1846, I 234. — Hefele, Conciliengeschichte II 890. — Pl. Braun O. S. B., Geschichte der Bischöfe von Augsburg I 61. — A. v. Steichele, Archiv für Geschichte des Bistums Augsburg, ebenda 1856/60, während die hier vertretene Ansicht sich bei Hoeynk a. O., Werminghoff, Verfassungsgeschichte der deutschen Kirche X 5, A. Bigelmair in Festschrift für A. Knöpfler, München 1907, S. 13 vorfindet.

2) M. G. Ep. J_1 17—20, Mansi coll. cone X 466.

übrig läßt, war die eccl. Beconensis sehr umstritten.[1]) Eine Pariser Handschrift cod. lat. Par. 1682,[2]) die „für die Herausgabe der Mon. Germaniae vergeblich gesucht worden"[3]) und älter ist als die Katalogangabe des X. saec.,[4]) enthält die Fassung Breonensis, so daß die Deutung auf Pettau oder Salzburg[5]) ausgeschlossen bleibt. Friedrich[6]) deutet daher Breonensis mit guten Gründen auf Virunum. „Es wäre eine Ausnahme von der Regel, wenn nicht auch Virunum — ein 8 bis 10000 Einwohner zählendes Municip zwischen Celeia und Tiburnia — ein Bischofssitz gewesen wäre."[7])

Daß Aquileia wirklich binnennorische Bistümer umfaßte, ergibt sich vor allem aus dem oben erwähnten Brief, in dem um den Verlust des früher zur Metropole gehörigen Tiburnia geklagt wird. Wertvoller für uns ist die Unterschriftsliste einer Synode von Gradus aus der Regierungszeit des Patriarchen Elias.[8]) Sie ist uns nur bekannt, weil der Diakon Tiberius in einer Synode zu Mantua (827), die den Machtbereich der beiden Rivalen von Grado und Aquileia regeln sollte, jene Synode zitiert. Sie ist deshalb auch in ihrer Echtheit bezweifelt, was Friedrich aber treffend widerlegt.[9]) Diese Liste enthält die Bischofsnamen u. a. Leonianus Tiborniensis und Aaron Avorcensis.[10]) Daß die früher

1) Die beiden Drucke bei Baronius und Hardonius, der sich auf Sirmond stützt, gründen sich auf eine verloren gegangene Handschrift. Baronius las gewöhnlich „Bremensis", Sirmond „Beconensis". Cfr. Friedrich J., Sitzungsberichte der k. b. Akademie der Wissenschaften, Phil.-hist. Klasse, 1906, S. 327 ff.

2) Im gedruckten Katalog von 1744 (3, 170).

3) Th. Mommsen, N. Arch. XVII S. 189.

4) Ebenda S. 190.

5) M. Germ. Ep. I_1, S. 19.

6) Friedrich J., l. c. S. 330.

7) Glück, Die Bistümer Noricums.

8) Hefele, Konziliengeschichte II 917.

9) Friedrich in Sitzungsber. der k. bayer. Akademie der Wissenschaften 1906, S. 333.

10) Mansi, IX 926.



viel umstrittene[1]) ecclesia Avorcensis das Municipium Aguntum[2]) ist, steht nunmehr fest.[3]) Sicher ist auch, daß Aguntum beim Abschreiben öfters zu Agustam, ja Augustum geworden ist.[4]) Also wäre in Aguntum die eccles. Augustana und zwar als norisches Bistum gefunden und die Aufzählung der eccl. Tiburnensis, Breonensis und Augustana in dem Brief an Kaiser Mauritius eine geordnete und der geographischen Lage entsprechende. Warum sollte auch die Metropolitangrenze von Aquileia über die natürliche und politische Grenze Noricums bis nach Augsburg hinübergreifen!

Die Abhängigkeit von Aquileia läßt sich auch nicht stützen dadurch, daß einige in Rhätien tätige Missionäre in Verbindung mit Aquileia standen.[5]) So sei Agrestius nach seiner erfolglosen Tätigkeit in Rhätien nach Aquileia gegangen.[6]) Beweiskräftig wäre aber eher der Ausgangspunkt als der Endpunkt einer Missionsreise. Und wir können wirklich eine Missionierung von Mailand ausgehend vermuten. Vigilius, Bischof von Trient, stand in reger Beziehung zu Ambrosius von Mailand. Wenngleich sein Bischofsstuhl der Metropole Aquileia unterstand,[7]) erbat er sich doch von Ambrosius die bischöflichen Insignien. Ambrosius gibt auch von amtswegen dem neuordinierten Bischof eine Instructio pro obeundo munere episcopali mit.[8]) In Mailand erhielt Vigilius auch die drei Missionsgehilfen Sissinius, Martyrius, Alexander und nahm sie mit nach Tirol und Rhätien. Ob die verschwundene Vigiliuskirche zu Ober- oder Wilburgsried (Vigiliburgesriet) in der Nähe von Wesso-

1) M. Germ. SS. VII 7: fortasse Avronzo prope Cadore.
2) Das heutige Innichen.
3) Friedrich, l. c. 348, 349.
4) Paul. Diac. hist. Langob. II, 13.
5) Hauck, l. c. I 370.
6) Vita Columb. II, 9 123.
7) 381 zum erstenmal als Suffragan Aquileias nachweisbar. Mansi, coll. conc. III 599, Hefele l. c. II 34 f.
8) Migne, Patr. lat. XVI 982 f.



brunn[1]) und das nicht weit entfernte Vigilshofen, vielleicht auch das Wigelis bei Memmingen von der Missionsarbeit des Mailänder Missionärs zeugen,[2]) möchte ich nicht als sicher behaupten. Die erste Nachricht von dem Tode der drei Begleiter schickte Vigilius an den Nachfolger des hl. Ambrosius, Simplician von Mailand. Ebenso waren auch ihm die ersten Reliquien der drei Martyrer zugedacht.[3]) Das Begleitschreiben Vigils enthält die merkwürdige Anrede: Domino Sancto ac Venerabili Patri, bonis omnibus praeferendo Simpliciano Vigilius,[4]) während der Patriarch von Konstantinopel Johannes Crysostomus in einem gleichzeitigen Brief nur mit Collega angesprochen wird. Die Missionstätigkeit der Mailänder Kirche war zweifellos durch die Autorität des großen Ambrosius bedeutend gefördert, wie viel mehr mußte Aquileia, das selbst ja noch in den Händen der Heiden und Arianer war,[5]) zurücktreten. Das Ansehen des Ambrosius scheint auch die Grenzen des eigentlichen Metropolitansprengels weit überschritten zu haben[6]) (cfr. Paul v. Bernried). Nicht bloß für Norditalien, für den Norden überhaupt scheint Ambrosius Interesse gehabt zu haben. Mit Bischof Felix von Trier hatte er lange Kontroversen,[7]) mit der Markomannenfürstin Fretigil[8]) stand er in brieflichem

1) Auch St. Vigilien genannt, cfr. Leutner Hist. Wessof.

2) Das Patrozinium S. Vigilii der Kirche in Kirchdorf am Haunbold, Bez. Aibling, stammt erst aus dem XII. Jahrh. Auffällig ist aber immerhin, daß das Trientiner Bistum in Kirchdorf seit alten Zeiten begütert war.

3) Kröß J., Austria sancta I, S. 13. (Veröffentlichung des kirchenhist. Seminars in Wien 1910.)

4) Acta SS. Bolland, Venetiis 1739, Maii Tom. VI pag. 293.

5) Resch, Annal. eccl. Sabionens., Aug. Vind. 1760 I p. 187 nota 183.

6) 380 verwirft Ambrosius von amtswegen ein Urteil des Bischofs Syagrius von Verona. Ähnlich geht er gegen den Bischof von Altium vor, beide Suffragane Aquileias.

7) Ambros. ep. I 24 u. 26.

8) Vita Ambros. 36.



Verkehr, wobei er ihr nicht bloß asketische, sondern auch politische Lehren erteilt.

Das Ansehen des großen Kirchenlehrers und seiner Kirche wird dann auch wohl manche Spuren im nördlichen Grenzlande zurückgelassen haben. Nach Gebhards Vita S. Udalrici[1]) hat der hl. Ulrich alljährlich am Ostersonntag zu Augsburg in der Kirche des hl. Ambrosius, in der seit dem Karsamstag das heiligste Sakrament aufbewahrt wurde, den Festgottesdienst gefeiert. Von dort begab er sich dann in die Johanneskirche.[2]) Wie anders sollte die Ambrosiuskirche, von der leider jede Spur fehlt,[3]) die aber sicher eine der bedeutendsten Kirchen war und wahrscheinlich mit dem Dom in enger Verbindung stand, zu dem Patrozinium des hl. Ambrosius gelangt sein, vielleicht weil Augsburg Saffragan Mailands war? Augsburg hatte auch bedeutende Reliquien des hl. Ambrosius (os magnum) aufzuweisen, die noch im 17. Jahrh. zur Verehrung ausgesetzt wurden.[4])

Von größerer Beweiskraft dürfte wohl die Tatsache sein, daß die kirchliche Organisation der staatlichen folgte. Das Gebiet um Augsburg Rätia II war ursprünglich mit der südlichen Provinz Rätia I vereinigt. Erst Diokletian, der sich lange in Mailand aufhielt, teilte gegen 300 die große Provinz.[5]) Rätia I mit seinem Hauptort Chur war nachweisbar Suffragan Mailands.[6]) Warum sollte der Hauptort und die ‚splendidissima colonia Raetiae' (Tacitus, Germ., c. 41) nicht auch der Metropole Mailand unterstanden sein?

1) M. Germ. SS. IV 392.

2) Wohl die Taufkirche (cfr. Fastlinger, Obbay. Arch., Bd. 50).

3) Schon Welser nicht mehr bekannt.

4) Khamm, Hierarchia Augustana, pars I, p. 388.

5) Franziß, l. c. S. 22.

6) Die Synode von Mailand 451 enthält in der Unterschriftsliste: . . . et pro absente fratre meo Asimone episcopo eccl. Curiensis primae Rhätiae.

LXXI.

Die lothringische Ahnengruft des österrreichischen Kaiserhauses.

Von Matthias Salm-Ulm a. D.

Wer in der Zeit vor Ausbruch des Weltkrieges über Straßburg nach Frankreich reiste, unterbrach gerne seine Fahrt in Nancy, der Hauptstadt des damaligen sogenannten Französisch-Lothringen. Denn Nancy ist eine schöne Stadt, mit vielen schmucken und prunkvollen Gebäuden, mit zahlreichen prächtigen Straßen, Plätzen und Anlagen; mit Recht wird es „Nancy la belle" genannt. Stanislaus Lesczynski, der vertriebene Polenkönig und Herzog von Lothringen von seines Schwiegersohnes, des Königs Ludwig XV. von Frankreich Gnaden, hat aus der alten Herzogsstadt das heutige Nancy größtenteils geschaffen, die Paläste und die Triumphbögen, den Stanislausplatz mit dem berühmten zierlichen Gitterwerk von Lamour. Es sind das alles keine rechten Kunstschöpfungen, aber sie blenden und erfreuen die flüchtigen Besucher. Ihnen genügte denn auch in der Regel eine Besichtigung dieser Pracht, nicht viele erinnerten sich daran, daß Nancy (in Westdeutschland, besonders an der Mosel, hat es den alten deutschen Namen Nanzig behalten) Jahrhunderte hindurch die Hauptstadt des ältesten deutschen Herzogtums Lothringen war, daß es hier noch viele bauliche Erinnerungen an jene Zeit gibt, so den alten Herzogspalast, der freilich an Größe und Prunk weit hinter den reichen Bauten des verschwenderischen Stanislaus zurücksteht, sie aber durch seine edle künstlerische Schönheit bei weitem übertrifft, so eine Reihe vou Kirchen, deren Besuch manchen Kunstfreund entzücken würde. Die wenigsten aber wissen, daß Nancy eine Ahnengruft eines der bis noch vor kurzem mächtigsten Herrschergeschlechter besitzt, die Grabstätte der lothringischen Herzöge, der Ahnen der Kaiser von Österreich seit Maria Theresia, und zwar in der Franziskanerkirche (Église des Cordeliers). Männlicherseits stammen

diese bekanntlich von den Herzögen von Lothringen ab; der letzte von ihnen, Franz III. Stephan, war der Gemahl der österreichischen Erbtochter und nachherigen Kaiserin Maria Theresia und wurde als Franz I. im Jahre 1745 deutscher Kaiser.

Die Franziskanerkirche ist ein einfacher aber würdiger Bau. Sie wurde von Herzog Renatus II. zum Dank für seinen Sieg über Karl den Kühnen von Burgund (5. Jan. 1477) erbaut und im Jahre 1487 eingeweiht. Mit ihr verbunden ist die 1607 von Herzog Karl III. erbaute Rundkapelle (Chapelle ronde), ein Oktogonbau, nach dem Muster der Medizeerkapelle in Florenz errichtet, freilich bei weitem nicht so prunkvoll ausgestattet wie diese. Kirche und Kapelle bergen zahlreiche Grabdenkmäler. In der Kirche fallen diejenigen des Herzogs Renatus II. und der Herzogin Philippa von Geldern durch ihre reiche Ausführung auf. An die Ahnen der lothringischen Herzöge erinnert ein Doppelstandbild des Grafen Gerhard I. vom Elsaß und seiner Gemahlin Hedwig von Dagsburg. Gerhard I. vom Elsaß war der erste Herzog Lothringens, seine Nachkommen waren demnach rechte Elsaß-Lothringer, also waren die österreichischen Kaiser auch Elsaß-Lothringer nach ihrer männlichen Abstammung. In der Rundkapelle befinden sich die wichtigsten Grabdenkmäler. Es sind sieben schlichte, schwarze Marmorsarkophage, die an den sieben Seiten der Kapelle aufgestellt sind, jeder Sarkophag ist mit Krone, Szepter und dem lothringischen Adler in weißem Marmor geschmückt. Über den Denkmälern wölbt sich eine herrliche Kuppel, ein Meisterwerk des Baumeisters Siméon Drouin, der sie im Jahre 1632 vollendete. In einer Krypta unter der Rundkapelle werden die gesammelten sterblichen Überreste der herzoglichen Toten aufbewahrt.

Schlicht und prunklos ist die Ahnengruft der lothringischen Herzöge, und doch ehrwürdiger als so viele andere, deren Glanz und Pracht die geschichtliche Größe ihrer Toten weit übertreffen. Mit vollem Rechte gab der bekannte Geistliche Guillaume seinem Werke über die Franziskanerkirche das



Merkwort „Ganz Lothringen ist hier“ (La Lorraine est toute là). Hier ruhen die starken Herzöge der deutschen Westmark, die treu zu Kaiser und Reich gestanden und kraftvoll die welschen Angriffe Jahrhunderte hindurch abgewehrt haben. Und mit ihnen hielt, dem Herrscherhause mit seltener Treue ergeben, das tapfere lothringische Volk die Wache an der gefährlichsten Grenze des Reiches. Freilich waren nicht alle Herzöge ihrem Kaiser in gleicher Treue ergeben, einige erlagen zeitweilig den Versuchungen des französischen Goldes und des Pariser Hoflebens, die meisten aber blieben die treuen Markgrafen, zu denen sie bestellt waren. Nur die Ohnmacht und die innere Zerrissenheit des alten deutschen Reiches zwang sie, den französischen Räubern zu weichen. Tränenden Auges hatte Franz Stephan am 22. April 1736 in Wien der Abdankung zugestimmt und die Urkunde unterzeichnet, die das Land seiner Väter an Frankreich abtrat. Mit den alten Herzögen schwand auch das alte Lothringen; Stanislaus Lesczynski war nur der Platzhalter der französischen Könige, ein Schattenherzog über ein Schattenherzogtum, das bald eine Provinz Frankreichs wurde. Nicht einmal mehr der Name dieser Provinz erinnerte an das alte Lothringen. Nur die Herzogsgruft blieb in Nancy, und die wenigen alten Baudenkmäler. Aber auch das wäre zerfallen, wenn nicht die Nachkommen der lothringischen Herzöge für seine Erhaltung gesorgt hätten.

Bereits 1743 ließ Franz Stephan, der Gemahl Maria Theresias, die Rundkapelle ausschmücken, an den Wänden wurden die Marmorsäulen aufgestellt, die Steinsarkophage erhielten ihre Marmorbekleidung und goldenen Inschriften. Am 1. März 1762 besuchte er als deutscher Kaiser Franz I. seine ehemalige herzogliche Residenzstadt und ließ ein genaues Verzeichnis aller Grabdenkmäler anfertigen, da er mit Recht eine allmähliche Beseitigung dieser den französischen Machthabern so lästigen Erinnerungen an das einstige Herzogtum Lothringen befürchtete. Überdies übertrug er den Franziskanern die Obhut über die Ahnengruft und ordnete an,



daß täglich eine Seelenmesse für die Seelenruhe seiner Vorfahren gelesen wurde. Gleichzeitig errichtete er eine Stiftung von 25 800 Livres für die gewissenhafte Erhaltung und den Schutz der Kirche und der Rundkapelle. Am 5. März 1775 kam Erzherzog Maximilian Joseph nach Nancy, am 12. August 1777 Kaiser Joseph II.; beide knieten im Gebete an den Gräbern ihrer Vorfahren und sorgten in der Folge auch ihrerseis pietätvoll für die würdige Erhaltung und weitere Ausschmückung. Joseph II. ließ auch das Herz des tapferen kaiserlichen Feldherrn Prinz Karl von Lothringen 1780 in der Rundkapelle beisetzen.

Als im Jahre 1792 die Revolution alle Klöster aufhob, ging auch die Franziskanerkirche ihrer Schützer verlustig. Kurz vor der Vertreibung der Franziskaner hatte Kaiser Franz II. aus gelehrten und ergebenen Männern des alten Lothringen eine Kommission ernannt, die für den Schutz der Ahnengruft alle Vorkehrungen treffen, auch die Gebeine einiger Herzöge aus ihren Gräbern in anderen Kirchen der Stadt Nancy in die Rundkapelle schaffen sollten. Eine größere Summe für die Bestreitung aller entstehenden Kosten stellte die Wiener Hofkasse bereit. Schon waren die Särge nach der Kapelle gebracht und dort vorläufig aufgestellt worden, als die Revolutionshelden sich auch an der Ahnengruft vergriffen. Nur wenige Särge konnten noch in aller Eile rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden. Am 9. August 1793 beschloß der revolutionäre Gemeinderat von Nancy die Zertrümmerung der Wappen und der Marmorbekleidung an den Grabdenkmälern und zwar für den folgenden Tag, auf den das große Fest der „Fédération" festgesetzt war, der Wohlfahrtsausschuß aber gab Befehl, aus den Bleisärgen Kugeln zu gießen. Beschluß und Befehl wurden ausgeführt, doch war es einigen treuen Anhängern des alten Herrscherhauses gelungen, Asche und Gebeine zu sammeln und an heimlicher Stelle zu begraben und zu behüten. Kirche und Kapelle aber wurden von den Horden der Revolution greulich verwüstet und dann dem gänzlichen



Verfall preisgegeben. Die ehrwürdige Ahnengruft drohte für immer zu verschwinden, denn jede Bemühung des Wiener Hofes und getreuer Lothringer, zu retten, was noch zu retten war, wurde von der Revolutionsregierung und später auch von Napoleon vereitelt.

Da brachte der Abschluß des Konkordats wieder die Möglichkeit der Erhaltung und des Schutzes der Kirchen und damit auch die Möglichkeit, Kapelle und Kirche samt den Gräbern auszubessern und Asche und Gebeine aus dem Versteck wieder an ihren Bestimmungsort zu bringen. Freilich dauerte es wegen der Kriegswirren noch viele Jahre, ehe das alles geschehen konnte. Noch 1814, als Kaiser Franz I. von Österreich in Nancy weilte, waren Kirche und Kapelle Ruinen, nur durch ein Fensterloch konnte er in das ausgeplünderte, verbrannte und zerfallene Innere sehen. Erst unter der Restauration wurde an die Wiederherstellung der Herzogsgruft herangetreten. Ludwig XVIII. wollte sich dem österreichischen Kaiser dafür erkenntlich zeigen, daß dessen Minister, Fürst Metternich, Lothringen auf dem Wiener Kongreß gegen den Willen deutscher Patrioten bei Frankreich gelassen hatte. Er ernannte selbst eine Kommission für den Wiederaufbau der Kirche und der Rundkapelle und stellte sogar die Summe von 500 000 Franken zur Verfügung. Die Kapelle erhielt einen neuen Verputz und gleichzeitig wurde die Kirche (1818—1826) in ihrem alten Aussehen wieder hergestellt. Auch von Wien kamen reichliche Geldmittel. So erstand die Ahnengruft, nachdem auch die verborgenen Gebeine der Herzöge wieder zurückgebracht waren, wieder neu und würdig. Am 9. November 1826 wurden die sterblichen Überreste zur öffentlichen Verehrung ausgestellt, die Ehrenwache hielten Angehörige zahlreicher alter lothringischer Familien, als Vertreter des österreichischen Kaisers war Graf Merveldt erschienen.

Eine besondere Fürsorge widmete Kaiser Franz Joseph I. den Gräbern und der Grabkirche seiner lothringischen Vorfahren. Schon 1851 erneuerte er die Stiftung des letzten



Herzogs und späteren Kaisers Franz I., indem er einem von ihm besoldeten Priester die Obhut über die Kirche, die Rundkapelle und die Grabdenkmäler übertrug und täglich eine Totenmesse lesen ließ. Im Jahre 1867 kam er selbst nach Nancy und gab Anordnungen für die Verschönerung der Rundkapelle. In seiner Begleitung befanden sich seine beiden Brüder, die Erzherzöge Karl Ludwig und Ludwig Viktor, die ebenfalls eine große Verehrung für die Ahnengruft zeigten und ihre weitere Ausstattung unterstützten. So ist denn die Ruhestätte der lothringischen Herzöge heute zwar kein prunkvolles Mausoleum, wie solche so oft minder bedeutenden Fürsten errichtet worden sind, aber sie ist in ihrer Einfachheit und schlichten Größe würdig ihrer Toten, einfach und würdig wie die Gruft der kaiserlichen Nachkommen in der Wiener Kapuzinerkirche.

Leider befindet sich die lothringische Ahnengruft der österreichischen Herrscher auf französischem Boden. Wenn auch zweifellos alle kaiserlichen Nachkommen der lothringischen Herzöge seit Karl Stephan lieber die Hauptstadt des ältesten deutschen Herzogtums wieder in deutschem Besitz gesehen hätten, so hatten sich doch alle notgedrungen mit den einmal gegebenen Verhältnissen abgefunden. Heute ist nicht nur der südliche größere Teil Lothringens mit Nancy fester denn je in französischem Besitz, sondern auch der 1871 wieder deutsch gewordene Teil mit Metz. Zugleich hat der unglückliche Kriegsausgang die Habsburg-Lothringer vom österreichischen Kaiserthron gestürzt. Dennoch wird die alte Herzogsgruft in Nancy unserer ehrfurchtsvollen Erinnerung und Würdigung wert bleiben.

LXXII.

Die Wahrheit über die Scholastik und Thomas von Aquin.

Zu den vielgeschmähten Erscheinungen des Mittelalters gehörte lange Zeit die Scholastik mit ihrem feinsten und schärfsten Kopfe, dem heiligen Thomas von Aquin. „Thomas von Aquino ist ein seit mehreren Jahrhunderten verfaulter katholischer Heiliger“, so höhnte der sozialdemokratische Schriftsteller Dr. Lensch auf dem Parteitag (1908) in Nürnberg und gab mit diesem Ausspruch einer in weiten Kreisen herrschenden falschen Meinung allgemeinen Ausdruck. Aber die Wissenschaft hat längst die Ehrenrettung der Scholastik und des großen Denkers Thomas von Aquin vollzogen.

Noch für Kant war der Begriff Scholastik mit Trockenheit identisch. Dem Kirchenhistoriker Hauck dünkte sie ein Symbol der Verknöcherung. Aber die Urteile der Gelehrten haben sich immer mehr und mehr gehäuft, die nicht nur vor dem Mittelalter, sondern insbesondere vor der Scholastik und Thomas von Aquin in Bewunderung gerieten.

Manche Worte hervorragender Forscher der Gegenwart, schreibt Professor Dr. Verweyen in seiner Philosophie des Mittelalters (Berlin, Vereinig. wissenschaftl. Verleger 1921 S. 64) „zeugen von hoher Wertschätzung und relativer Anerkennung mittelalterlicher Geistesarbeit. Harnack bewundert an der Wissenschaft des Mittetalters ‚eine Kraftprobe des Denktriebes und eine Energie, alles Wirkliche und Wertvolle dem Gedanken zu unterwerfen, wie uns vielleicht kein zweites Zeitalter eine solche bietet‘. Von ihren Prämissen aus waren die Probleme der Scholastik ‚nicht künstlich, und daß man sie kühn verfolgte, war ein Beweis der wissenschaftlichen Energie‘. Seeberg rühmt der Scholastik nach, sie habe ‚die höchsten Ziele menschlicher Erkenntnis sicher ins Auge gefaßt‘ und sich ‚mit einem staunenswerten nie rastenden Scharfsinn und mit treuer Verwertung aller ihr zu Gebote stehenden Erkenntnismittel um die Erreichung jener Ziele bemüht‘. Fraglich erscheine, ob ‚man nach einem halben Jahrtausend so viele originelle Theo-



logen im 19. Jahrhundert werde auffinden können, als wir sie im 13. Jahrhundert wahrnehmen'. Paulsen, der Geschichtsschreiber des gelehrten Unterrichts auf den deutschen Schulen und Universitäten vom Ausgang des Mittelalters bis zur Gegenwart, sieht in der mittelalterlichen Methode der Disputation ‚ein vortreffliches Mittel zur Sicherung und Aneignung und zur Übung im Gebrauch des Wissens', ein Mittel, ‚die Präsenz des Wissens und die Fertigkeit im raschen und sicheren Auffassen fremder Gedanken und ihres Verhältnisses zu den eigenen zu steigern'. Man habe Grund zu der Annahme, ‚daß in beiden Stücken der mittelalterliche Gelehrte eine Virtuosität besaß, wie sie in der Gegenwart sich nicht leicht findet'".

Im Nachstehenden mögen einige Urteile aus alter und aus neuer Zeit aus dem Munde von nichtkatholischen Gelehrten dafür Zeugnis ablegen, daß einerseits die Anschauungen unserer Gelehrten eine gründliche Wandlung zugunsten des Mittelalters durchgemacht haben, sowie daß andererseits nicht nur auf theologisch-philosophischem Gebiete die Scholastik und ihre Vertreter nach Lehren und Erkenntnissen untersucht wurden, sondern daß auch die Naturwissenschaft und die moderne Wissenschaft der Nationalökonomie sich mit gutem Erfolg in die Systeme der Scholastik einarbeiteten und gleichsam Entdeckungen machten, die man dem solange als unfruchtbar und stumpfsinnig geschmähten Mittelalter niemals zugetraut hätte.

In der zweiten Auflage des zweiten Bandes seines Buches „Der Zweck im Recht" (Leipzig, Breitkopf und Härtel 1886, S. 161) kommt der berühmte Jurist Rudolph von Ihering auf die Besprechung seines Werkes im „Literarischen Handweiser für das katholische Deutschland" zu sprechen, wo (Jhrg. 23, Nr. 2) W. Hohoff ihn auf den Heiligen Thomas von Aquin aufmerksam machte. Durch diese Besprechung und durch sonstige Hinweise auf die katholische ethische Literatur und durch Zitate aus Thomas von Aquin gewann Ihering die Überzeugung, „daß dieser große Geist das realistisch-praktische und gesellschaftliche Moment des Sittlichen ebenso wie das historische bereits vollkommen richtig erkannt hatte. Den Vorwurf der Unkenntnis,



den (Hohoff) für mich daran knüpft, kann ich nicht von mir ablehnen, aber mit ungleich schwererem Gewicht als mich trifft er die modernen Philosophen und protestantischen Theologen, die es versäumt haben, sich die großartigen Gedanken dieses Mannes zu Nutze zu machen. Staunend frage ich mich, wie war es möglich, daß solche Wahrheiten, nachdem sie einmal ausgesprochen worden waren, bei unserer protestantischen Wissenschaft so gänzlich in Vergessenheit geraten konnten? Welche Irrwege hätte sie sich ersparen können, wenn sie dieselben beherzigt hätte! Ich hätte vielleicht mein ganzes Buch nicht geschrieben, wenn ich sie gekannt hätte. Denn die Grundgedanken, um die es mir zu tun war, finden sich schon bei jenem gewaltigen Denker in vollendeter Klarheit und prägnantester Fassung ausgesprochen".

„Die geschichtliche Würdigung des Thomas", schreibt der Philosoph Rudolf Eucken, „wird oft beirrt durch die Kämpfe der Gegenwart . . . Gewiß war dieser kein Denker ersten Ranges, aber er war darum weder ein unbedeutender Geist noch ein Fanatiker; er hat sich nicht weit über seine Zeit erhoben, aber er hat zusammengefaßt und verarbeitet, was diese irgendwie bot, er hat das mit großer Kraft und in milder Gesinnung getan. Daß er auf der Höhe damaliger Entwicklung stand, das erweist überzeugender als irgend etwas anderes der enge Anschluß des großen Dante an ihn. Schon das sollte alle kleinliche Krittelei verhindern. Thomas' Verdienst ist der Ausbau, die systematische Durchbildung einer allumfassenden christlichen Weltanschauung; er hat das Christentum zur Kultur und Wissenschaft in engere Beziehung gesetzt und bei voller Wahrung der Herrschaft der Religion auch den anderen Gebieten ein eigentümliches Recht zuerkannt."

„ . . . Es ist durchaus verständlich, daß Thomas der Hauptphilosoph des Mittelalters wurde, daß es ihn bald — wie auch Werke der Malerei zeigen — als den klassischen Interpreten der christlichen Wahrheit verehrte. Die Idee der Ordnung, welche das Mittelalter beherrscht, erlangt in ihm ihren angemessensten philosophischen Ausdruck; es entfaltet sich ein großes Lebenssystem, das alle Mannigfaltigkeit der Aufgaben zugleich



anerkennt und straff zusammenhält; der Horizont wird beträchtlich erweitert, in der Zuführung antiker Gedankenmassen vollzieht sich eine Art von Renaissance." (Die Lebensanschauungen der großen Denker. Leipzig, Veit u. Co. 1902, 4. Aufl., S. 250 und 253.)

Philosophen und Juristen haben sich mit Nutzen in die Gedankenwelt des heiligen Thomas von Aquin vertieft. Die Universalität dieses großen Denkers wird so recht klar, wenn wir sehen, daß auch nationalökonomische Forscher bei ihren Studien über das Problem des Kapitalismus auf Thomas von Aquin zurückgreifen und seine Bedeutung für diese weltbewegenden Fragen ins helle Licht rücken. Professor Werner Sombart schreibt in seinem Buche: Der Bourgeois, Zur Geistesgeschichte des modernen Wirtschaftsmenschen (Leipzig, Duncker u. Humblot 1913, S. 311 ff.):

„Wenn man aufmerksam die Schriften der Scholastiker durchliest, vor allem das wunderbare, in seiner Monumentalität nur von den Schöpfungen Dantes und Michelangelos erreichte Werk des ganz großen Thomas von Aquin, so empfängt man den Eindruck, als habe ihnen noch mehr als die Erziehung zur Bürgerlichkeit und Wohlanständigkeit ein anderes Erziehungswerk am Herzen gelegen: die Erziehung ihrer Zeitgenossen zu aufrechten, mutigen, klugen, tatkräftigen Männern. Worauf sie in ihrer Tugendlehre den größten Nachdruck legen, wozu sie immer und immer wieder ermahnen, ist die Durchdringung des ganzen Wesens mit Spannkraft und Frische. Nichts verdammen sie so sehr wie geistige und moralische ‚Schlappheit'. . . . Es liegt auf der Hand, welche überragend große Bedeutung diese Lehre von den geistigen Tugenden, diese Vorschriften, die ein geistiges Training zum Zwecke hatten, für den angehenden kapitalistischen Unternehmer haben mußten. Wenn auch gewiß die Kirchenlehrer nicht in erster Linie an diesen gedacht haben, so war er doch der erste, für den diese Tugenden der geistigen Energie auch einen praktischen Wert bekamen . . . Eine Preisaufgabe des Inhalts: ‚Wie erziehe ich den triebhaften und genußfrohen Seigneur einerseits, den stumpfsinnigen und schlappen



Handwerker anderseits zum kapitalistischen Unternehmer?' hätte keine bessere Lösung zutage fördern können, als sie schon in der Ethik der Thomisten enthalten war.

Der herrschenden Ansicht von der Stellung der Kirchenlehre zu den Anforderungen des emporkommenden Kapitalismus laufen die hier geäußerten Anschauungen stracks entgegen. Man hat bisher nicht nur diesen den kapitalistischen Geist fördernden Gehalt der thomistischen Ethik übersehen, man hat geglaubt, aus ihr eine Unmenge von Lehren und Vorschriften oder Verboten herauslesen zu sollen, die angeblich alle eine Totfeindschaft gegen die neuen Menschen des kapitalistischen Zeitalters und ihre Bestrebungen enthalten . . . Das Gegenteil von dem, was man bisher angenommen hat, und was ich selbst im Vertrauen auf die früheren Untersuchungen angenommen hatte, ist richtig: daß die Anschauungen der Scholastiker, vor allem natürlich der des Spätmittelalters, über Reichtum und Erwerb, insbesondere auch ihre Ansichten über die Statthaftigkeit oder Unstatthaftigkeit des Zinsnehmens, für die Entfaltung des kapitalistischen Geistes nicht nur kein Hindernis bedeuten, daß sie vielmehr wesentlich zur Stärkung und Beförderung dieses Geistes beitragen mußten.

Das ist im Grunde gar nicht so erstaunlich, wenn man sich die Männer näher ansieht, die wir vornehmlich als Scholastiker kennen. Wir haben uns sehr zu Unrecht daran gewöhnt, in ihnen weltfremde, abstruse Stubengelehrte zu erblicken, die in endlosen Wiederholungen und unerträglichen Weitschweifigkeiten unwirkliche Dinge traktierten. Das gilt gewiß von vielen der kleineren Kirchenlichter. Aber es gilt wahrhaftig nicht von den Großen. Von der Erhabenheit des Werkes des hl. Thomas selbst sprach ich schon . . . Nicht nur die Zeit, in der diese Männer lebten, auch ihre Persönlichkeiten (Antoninus von Florenz, Bernhard von Siena, Kardinal Cajetanus, Chrys. Javellus) sprechen dafür, daß sie weder weltfremd, noch weltfeindlich waren, daß sie insbesondere die wirtschaftliche Revolution, die sich vor ihren Augen vollzog, begriffen und nicht gewillt waren, dem rollenden Rade in die Speichen zu fallen. Sie stehen dem Kapitalismus mit unendlich viel größerer Sachkunde und mit

unendlich viel größerer Sympathie gegenüber als etwa im 17. Jahrhundert die zelotischen Verkünder des Puritanismus. Welche Fülle praktischen Wissens steckt in der Summa des Antoninus! Das ist das Werk eines der lebenskundigsten Männer seiner Zeit, der offenen Blicks durch die Straßen von Florenz ging, dem keiner von den Tausenden geschäftlicher Pfiffe und Kniffe seiner lieben Landsleute verborgen blieb, der im Transportversicherungswesen ebenso zuhause war, wie im Wechselgeschäft, in der Seidenindustrie ebenso wie im Tuchhandel."

Werner Sombart hat mit dieser Erkenntnis der Bedeutung des heiligen Thomas von Aquin und der Scholastik für die Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus und für die Volkswirtschaft keine neue Entdeckung gemacht. So hat bereits der berühmte Nationalökonom Roscher in der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft (1863 S. 305) eine Darstellung der politischen und volkswirtschaftlichen Grundsätze des Bischofs von Lisieux (gestorben 1382) Nikolaus Oresimus (Oresme) gegeben und die glückliche Regierung Karls V. von Frankreich auf seinen Einfluß zurückgeführt, da er dessen Erzieher gewesen war. Dieser Bischof entwickelte bereits „eine Münztheorie, welche nach den Einsichten des 19. Jahrhunderts durchweg korrekt ist, in einer Kürze, Klarheit, Bestimmtheit, Einfachheit der Sprache, die von der Meisterschaft des Verfassers zeugt. . . So glänzend übrigens Oresimus in seiner Priorität dasteht, so hat dieselbe doch bei näherer Betrachtung nichts eigentlich Wunderbares. Die Scholastiker, vor allem Scotus, sind auf dem Wege volkswirtschaftlicher Kenntnis viel weiter fortgeschritten, als man gewöhnlich glaubt; nur allerdings in sonderbaren Formen. Am liebsten ist derjenige Teil ihrer großen dogmatischen Folianten der Volkswirtschaftslehre gewidmet, der von den Sakramenten handelt, namentlich vom Sakramente der Beichte. Hier wird denn untersucht, welche Bedingungen der Absolution des reuigen Sünders vorausgehen müssen, wiefern er zur Wiedergutmachung seines Unrechtes verbunden sei usw., und das führt dann bei allen denjenigen Sünden, welche die Wirtschaft betreffen, zum Eingehen in die Natur der wirtschaftlichen Institute. Noch



Gabriel Biel, ein berühmter Tübinger Professor am Schlusse des 15. Jahrhunderts, den man den letzten Scholastiker genannt hat, ist Nationalökonom in dieser Weise".

„Unter den Kirchenschriftstellern und christlichen Sozialphilosophen des Mittelalters", schreibt Dr. Heinrich Contzen in seiner Geschichte der volkswirtschaftlichen Literatur im Mittelalter (Leipzig, M. G. Priber 1869 S. 7), „welche eine einigermaßen zusammenhängende ökonomische Doktrin in ihren Schriften uns hinterlassen haben, nimmt unstreitig der große Kirchengelehrte Thomas von Aquino, der zweite Augustin des Mittelalters, die hervorragendste Stelle ein. Als Verehrer und Commentator der aristotelischen Schriften, als vielseitiger Forscher im Gebiet fast aller Wissenszweige vertritt Thomas von Aquino im dreizehnten Jahrhundert in der mittelalterlichen Staats- und Gesellschaftsphilosophie Ansichten und Grundsätze, die auf einer Vermittlung antik-klassischer und mittelalterlich-kirchlicher Elemente und Anschauungen beruhen. Andererseits ist es unverkennbar, daß Thomas von Aquino bereits von dem machtvollen Einflusse der in seiner Zeit immer mehr in den Vordergrund tretenden Interessen influiert war, insofern als man bei ihm eine selbstbewußte Anerkennung der irdischen Lebenszwecke antrifft und die Beachtung der wirtschaftlichen Erscheinungen und ihrer Gesetze in seinen Werken eine ungleich größere Berücksichtigung findet als in den Werken aller seiner Vorgänger" (S. 8).

„Wir besitzen in ihm, wenigstens in vielen Punkten, einen bedeutenden Vertreter der mittelalterlichen Wirtschaftstheorie, der somit immerhin einen ehrenvollen Platz in der Geschichte unserer Wissenschaft einnimmt. . . . Da Thomas den großen Philosophen des Altertums, Aristoteles, mit Feuereifer studierte, so ist es natürlich, daß er auch manche in das Gebiet der Nationalökonomie einschlagende Gedanken demselben entlehnt und bearbeitet hat. Indes würde derjenige sehr im Irrtum sein, welcher glaubte, in den Schriften von Thomas Aquino sei nur Aristotelisches zu finden. Wir begegnen vielmehr bei ihm häufig auch selbständigen Erörterungen, welche seine eigene Anschauungsweise darstellen. Auch ist Vieles, was Aristoteles

angedeutet hat, von Thomas von Aquino umfassend erörtert und weitläufig entwickelt worden, wie z. B. seine Erörterungen über den Wucher. Es ist nicht bloß der Geist dieses oder jenes einzelnen großen Mannes, den Thomas lebendig in sich aufgenommen hat, es ist die Gedankenarbeit aller derjenigen, welche bis zu seiner Zeit gelebt und durch ihr Genie und ihren Fleiß das Feld der Wissenschaften mit glücklichem Erfolg bebaut, welche dem großen Manne in selbständiger Auffassung und Bearbeitung sich zu eigen gegeben haben. Er kennt demnach nicht bloß die Schriften des Philosophen von Stagira, sondern legt auch eine besonders zu seiner Zeit nicht gewöhnliche Vertrautheit mit der klassischen Literatur der Alten überhaupt an den Tag, mit den Schriften des Plato, Aristophanes, Horaz, Cäsar, Cicero, Ovid, Seneka, Sallust, Terenz, Livius usw. Außerdem begegnen wir bei ihm Zitaten aus den Schriften des Origenes, Hieronymus, Cassianus, mit dessen Schriften sich Thomas nach dem Zeugnisse seiner Biographen täglich zu beschäftigen pflegte, ferner Gregor des Großen, des Eusebius, Chrysostomus, Cyrillus, Beda, Basilius, Athanasius, Ambrosius, Augustinus usw. Wer auch nur in die Catena zu den vier Evangelien, welche der heilige Thomas in überaus kunstvoller Weise aus den Werken der angesehensten kirchlichen Schriftsteller zusammengefügt hat, einen Blick werfen will, der wird sich alsbald von einer Ansicht lossagen, welche den Gesichtskreis eines der größten theologischen und philosophischen Denker des Mittelalters auf ein Minimum zurückführen will." (S. 41 ff.)

„Im großen und ganzen", schreibt Contzen (Dozent der Staatswissenschaften an der Forstlehranstalt zu Eisenach) in einem anderen Büchlein: Zur Würdigung des Mittelalters mit besonderer Beziehung auf die Staatslehre des hl. Thomas von Aquin (Cassel, Luckhardt 1870, S. 25) „können wir die Thomistische Staatslehre als ein leuchtendes Bild, als einen mahnenden Spiegel der Gegenwart entgegenhalten. Sie enthält den Grundstock unserer geistigen Kapitale auf dem hochwichtigen Gebiete der Gesellschafts- und Staatswissenschaften, indem sie uns sehr bedeutsame Anhaltspunkte für die Kenntnis der Natur



der Gesellschaft, wie der Gesetze, welche dem Dasein und der Entwicklung derselben zu Grunde liegen, gewährt. Stellen wir uns daher nicht so hoch und sehen wir fortan auf die mittelalterliche Literatur, von deren Erbe wir immer noch zehren, nicht so verächtlich zurück, wie es so manchem Überschätzer der Gegenwart ergangen ist!"

„Es wäre eine lohnende Arbeit", führt Contzen an einer anderen Stelle (S. 21) aus, „die Staatslehre des Thomas von Aquino eingehender darzustellen, um so jene Schätze vollkommen zu heben, welche hier niedergelegt sind, und sie mehr, als bisher geschehen ist, zum Gemeingut unserer Zeit zu machen. Der reiche Schatz der Erkenntnis, welcher hier angehäuft ist, der lebendige Quell des Wissens, welcher hier sprudelt, läßt uns leicht die Schwierigkeiten überwinden, welche mit dem Studium der thomistischen Schriften verbunden sind. Sträubt sich auch noch die alte Richtung mit leidenschaftlicher Bitterkeit gegen die Anerkennung unseres Schriftstellers, indem sie ihn, mit der gefärbten Brille der Partei, ohne tiefer in das erquickende Studium seiner Werke eingedrungen zu sein, oberflächlich abzufertigen sucht: es kann ihr nichts nützen. Die einmal in Fluß gesetzte geistige Bewegung läßt sich nicht bannen, die Geister wollen vorwärts, sie wollen nicht mehr stehen bleiben auf dem abgelebten Standpunkte des Doktrinarismus."

Am Schlusse seiner Studie über das Mittelalter faßt Contzen sein Urteil dahin zusammen (S. 27 u. 28): „Möchten wir stets der Gaben gedenken, welche uns das Mittelalter durch eine Reihe von Männern gewährt hat, deren Riesengeist oft ein Gefühl der Wehmut in uns erweckt, ein Gefühl, welches Geibel so schön in folgenden Worten ausdrückt:

‚Die groß geschaut und groß gebaut, sie schlummern in den Särgen,
Auf ihren Gräbern kriechen wir als ein Geschlecht von Zwergen.'

Es ist wahrhaft staunenswert, wie in einem verhältnismäßig kurzen Leben Thomas von Aquino, Duns Scotus und viele andere Schriftsteller des Mittelalters jene umfangreichen Folianten, die noch heute unsere volle Aufmerksamkeit verdienen, zustande bringen konnten. Die geistige Kraft dieser



Männer muß riesenhaft, ihr Fleiß über alle Beschreibung groß gewesen sein."

„Die Auffassung", urteilt der Professor an der technischen Hochschule in München, Günther, in seiner Geschichte des mathematischen Unterrichts (Berlin, A. Hofmann 1887, S. 41), „welche sich verschiedene Kreise von dem wahren Wesen der Scholastik gebildet haben, ist, je nach der allgemeinen Parteistellung, die denkbar verschiedenste. Während auf der einen Seite behauptet wird, man habe durch logische und dialektische Haarspaltereien sich jeder Möglichkeit beraubt, die Wissenschaft reell zu fördern, wollen andere wieder in den scholastischen Systemen die Keime womöglich aller neueren Wissenszweige finden. Am besten tut man wohl, sich von jeder Übertreibung ferne zu halten, und es wird sich dann herausstellen, daß die geistvollen Männer, welchen die Kirchenlehre den Ehrentitel ‚Doktores' beigelegt hat, zwar durchweg auf dem Boden ihres Zeitalters standen, trotzdem aber neben ihrer Beschäftigung mit rein formalen Dingen noch Muße und Lust übrig behielten, um auch der Größen- und Naturlehre ihre Pflege angedeihen zu lassen. Und jene streng logische Schulung, welche uns — mag uns die Materie selbst auch noch so fremdartig ansprechen — aus den ‚Sententiae' des Petrus Lombardus, aus der ‚Summa' des heiligen Thomas und aus anderen ähnlichen Schriften entgegenleuchtet, gab wenigstens Gewähr dafür, daß der Sinn für richtiges Denken, diese erste und unerläßlichste Vorbedingung für erfolgreiches Betreiben mathematischer Studien, ein hochentwickelter gewesen sein muß. Es hält nicht schwer, Belege für die Behauptung beizubringen, daß auch nach der Ansicht der Scholastiker mathematischer und logischer Unterricht wechselseitig befruchtend auf einander einwirken mußten. Der hervorragendste Vertreter exakter Forschung unter den mittelalterlichen Aristotelikern ist zweifellos Albertus Magnus. In den verschiedensten Teilen der Physik bekundet Albert sich als selbstständiger Denker, Beobachter und Denker ... Für mathematische und physische Geographie hat Albert Großes geleistet, und als Botaniker ist er der erste, der über die Kräuter-



beschreibungen der späteren Griechen und Araber hinausgeht und den zu höheren Zielen führenden Spuren eines Aristoteles und Theophrast nachgeht." (S. 149 ff.)

Philosophen, Nationalökonomen, Naturwissenschaftler haben die Bedeutung der Scholastik für ihre Wissensgebiete einer Ehrenrettung unterzogen, sodaß künftig Schmähungen über die Scholastik des Mittelalters nur bei mangelndem Willen zur Objektivität und Gerechtigkeit möglich sind. Fügen wir unseren Zeugnissen noch das Urteil Heinrich Ritters bei, der in seiner Geschichte der Philosophie (VII, S. 274) über die scholastische Philosophie schreibt: „Noch ragen die Dome, welche unsere Vorfahren bauten, über unsere Häupter empor und legen uns die bedenkliche Frage vor, ob wir mit allen unseren bei weitem größeren Mitteln etwas leisten können, was an Kunstsinn, an Eigentümlichkeit der Erfindung und Gleichmäßigkeit der Durchführung ihnen gleichkäme. Diesen Domen könnte ich die scholastischen Systeme vergleichen. Sie sind nach einem kühnen Plane entworfen, sorgfältig mit emsigen Fleiße im einzelnen ausgearbeitet; über den scharfsinnigen Unterscheidungen, in welche sie sich werfen, verlieren sie doch die Wirkungen des Ganzen nicht außer Augen. Daß sie von einem reinen, vielseitig gebildeten Geschmack zeugen, den wir uns aneignen dürften, sage ich nicht, von den Einseitigkeiten, welche aus dem Streite der mittelalterlichen Bildungselemente hervorgehen mußten, haben sie sich nicht freimachen können, aber sie zeugen von einem großartigen Verstande, an dessen Erforschung, an dessen Beispiel wir uns bilden können."

Die Scholastik ist auch heute kein überwundenes System. Sogar die protestantische Theologie der Gegenwart hat sich von ihren Nachwirkungen noch nicht ganz lossagen können. „Es ist uns", sagt der freireligiöse protestantische Prediger Albert Kalthoff in seinem Buche über das Zeitalter der Reformation (Nachgelassene Predigten mit Vorwort von Friedrich Steudel; Jena, Eugen Diederichs 1917 S. 24 ff.) „die Kunde von der großen Zeit der mittelalterlichen Theologie ein unverstandenes Märchen geworden. . . . Die großen Theologen, die



einst mit ihrer Wissenschaft die geistige Welt beherrscht, sind unserem Volke, namentlich dem protestantischen Teile desselben, fast unbekannt. Und doch bleibt das Leben unserer Zeit, bleibt ihr innerstes Kämpfen und Ringen uns verschlossen, wenn wir nicht auch diese Seite der christlichen Vergangenheit zu verstehen imstande sind. . . . Um die Macht (der Theologie) zu kennen, müssen wir in das dreizehnte Jahrhundert, die Blüte der theologischen Wissenschaft, zurückgehen, vor allen Dingen zu dem Manne, den die Kirche als den „magister seraphicus", den engelsgleichen Meister gefeiert: Thomas von Aquino. Glaube doch niemand, daß wir heute schon mit dem Namen auch den Geist dieses Theologen losgeworden wären! . . . In diesem Thomas von Aquino, der im dreizehnten Jahrhundert die Blütezeit des kirchlichen Mittelalters in seiner Theologie vereinigt, ragt das Mittelalter noch hinein in unsere Zeit. Seine Bücher führen den Namen die Summen! Sie ziehen die Summe aus allem, was in der ganzen kirchlichen Entwicklung bis dahin als grundlegend zu betrachten sein soll. Sie fassen das ganze kirchliche Lehrgebäude in sich zusammen und bilden noch heute den Mittel- und Ausgangspunkt der ganzen katholischen Theologie. Wenn heute der unfehlbare Papst eine Lehrentscheidung trifft in Sachen des Glaubens, wenn er ein Rundschreiben erläßt, um seinen Hirten nnd seiner Herde eine kirchliche Weisung für ihr Verhalten in einer politischen oder sozialen Frage zu geben, so nimmt er seine Waffen aus dem Rüstzeug, das der heilige Thomas von Aquino geschmiedet. Hier ist in der Tat die Summe, die festgefügte Einheit des ganzen katholischen Kirchensystems geschaffen, wo alles und jedes, was im Menschenleben vorkommen kann, das Größte wie das Kleinste, in einen inneren Zusammenhang gebracht, in das Ganze des katholischen Kirchenglaubens eingefügt ist. . . . Wer etwas genauer mit der Geschichte der Kirche bekannt ist, der weiß, daß die protestantische Kirche in der Tat einige große Abstriche von der Lehre der katholischen Kirche, wie sie in ihrem berühmtesten und gefeiertsten Theologen Thomas von Aquino dargestellt ist, gemacht hat. . . . Aber was will es bedeuten, ob von einem Baume einzelne



Blüten und dürre Zweige abgeschlagen werden, wenn doch der Stamm mit seiner Wurzel unberührt bleibt? Und eben diesen Baum hat unsere protestantische Kirche doch stehen lassen, und sie mutet uns Heutigen noch zu, im Schatten seiner Zweige zu wohnen, uns von seinen geistigen Früchten zu nähren. Dieser Baum ist nicht eine einzelne Lehre, sondern eine umfassende Weltanschauung, ein bestimmtes theologisches System, die sogenannte Scholastik, die allseitige Ausbildung des Kirchenglaubens im Sinne des schulgerechten Denkens. Das ist das Eigentümliche dieser kirchlichen Theologie, die in Thomas von Aquino ihren größten Meister bewundert, daß alles, was die Kirche als Glaubensartikel aufgestellt und zu einem Glaubensgesetz gemacht hat, nun durch die Gedankenarbeit erklärt, begründet, der menschlichen Vernunft einleuchtend gemacht werden soll. . . . Ein flüchtiges Nachdenken genügt, um uns zu zeigen, daß unsere heutige, unsere protestantische Theologie noch ganz und gar an dem Seile zieht, das einst die Scholastik im Mittelalter gedreht. Alles, was wir heute offiziell mit dem Namen Christentum benennen, ist im Grunde nur eine besondere Art dieses dem Menschen mundgerecht gemachten katholischen Systems."

Es ist für die geistige und kulturelle Bedeutung der mittelalterlichen Scholastik kein geringes Zeugnis, daß ihr Einfluß bis in die Denkerstuben moderner nichtkatholischer Gelehrter aus einer längst vergangenen Kulturepoche herüberweht und heute eine Anerkennung gefunden hat, die auch nach weiteren Jahrhunderten unserer geistigen Entwicklung an Bedeutung nicht verblassen wird.

Westheim bei Augsburg. Dr. Hans Rost.

LXXIII.

Finanzwissenschaft und Reichsfinanzelend.

Besteht auch kein Zweifel darüber, daß eine der Hauptursachen unseres Elends in dem verlorenen Kriege zu suchen ist, so läßt sich doch ebensowenig leugnen, daß am Umfang dieses Elends und an der Aussichtslosigkeit unserer Lage das deutsche Volk selbst die Schuld trägt. Denn ein Volk, das in zwei feindliche Heerlager gespalten ist, bei dem die eine Hälfte stets auf der Lauer liegt und bereit ist, über die andere herzufallen und so die Sache der Feinde zu führen, darf sich nicht wundern, wenn es ihm noch schlechter ergeht, als es die Zustände bedingen; ein Volk, das weiter in einer Zeit, in der es sein ganzes Sinnen und Denken anspannen müßte, um sich aus der furchtbaren Lage, in der es sich befindet, herauszuarbeiten, nicht die Tüchtigsten und Besten zu Leitern beruft, sondern unfähige Parteimänner — ein solches Volk scheint in der Tat wert zu sein, daß es zugrunde geht.

Schauen wir doch hin auf unsere Reichsverwaltung, wie sie aus dem Hexenkessel der Volkssouveränität hervorgegangen, gewahren wir da auch nur einen einzigen hervorragenden Kopf? — Ich will ja von der auswärtigen Politik gar nicht reden, sondern nur von unserer Reichsfinanzwirtschaft. Da drängt sich doch das ganze Elend zusammen in den zwei Namen Erzberger und Wirth. Was Erzberger, unseligen Angedenkens, begonnen, sucht man in der Gegenwart zu vollenden; und beide Männer, wir dürfen es nicht verschweigen, waren und sind Angehörige derselben Partei, in der einst Sterne erster Größe leuchteten. — Doch nun aber zum eigentlichen Gegenstand unserer Betrachtung: Die Gründe für den traurigen Zustand unseres Geldwesens liegen 1) im Abgeflossensein alles Goldes nach dem Ausland; 2) in dem Umstand, daß das Gewaltdiktat von Versailles eine gesunde Handelsbilanz unmöglich macht, daß wir nicht mehr imstande sind, unsere



Einfuhr mit unserer Ausfuhr zu bezahlen, sondern unsere früher angesammelten Werte hingeben müssen. — Was wir bei elendestem Leben heute über unsere Bedürfnisse hinaus zu erzeugen vermögen, wird allein von den feindlichen Besatzungen verschlungen; 3) in der mit Hochdruck arbeitenden Notenpresse und 4) im Zusammenbruch unserer Finanzwirtschaft und unseres Steuerwesens, die unfähigen Dilletanten übertragen, nicht nach wissenschaftlichen Grundsätzen betrieben werden, sondern nur noch darauf eingestellt sind, den geringen Besitz, der dem deutschen Volke nach dem Zusammenbruche noch geblieben, so rasch und so gründlich wie möglich in die Hände der Feinde überzuleiten.

Die Werte, soweit sie in Staatspapieren und anderen Anleihen vorhanden waren, sind verflüchtigt: das Reich hat sie durch seine Finanzwirtschaft ihres Inhalts entleert, sodaß der Schaden, den es heute durch die immer weitergehende Vermögenswegnahme anrichtet, nicht einmal so hoch einzuschätzen ist, weil das, was es jetzt an sich zieht, eben schon lange keine Werte mehr sind, sondern wertlose Assignaten. Die vierprozentige Reichsanleihe, die seinerzeit 100 bis 105 Goldmark kostete, steht heute auf nicht viel mehr als 80 Pfennige in Gold. Badische Eisenbahnanleihe, sonst eines der besten Papiere, steht heute gleichfalls auf weniger als eine Goldmark. Die Besitzer haben also an einem auf 100 Mark lautenden Stück mehr als 100 Mark in Gold verloren. In Papiermark umgerechnet müßten diese auf 100 Goldmark lautenden Stücke 5 bis 6000 Mark kosten, oder 2 bis 300 Papiermark Zinsen bringen, während heute nur 4 Papiermark, d. h. etwa 5 Pfennige in Gold gezahlt werden. Hieraus erkennen wir auch, was die viel berufene Erfassung der Goldwerte in negativer Beziehung fürs Reich bedeuten würde: statt 5 Papiermark hätte es aufs Hundert deren 300 zu zahlen.

Hier tritt uns eine der traurigsten Wirkungen der gedankenlosen Reichseinheitswirtschaft entgegen. Die Anleihen der Einzelstaaten wurden zum weitaus größten Teile



durch den Besitz dieser Staaten: Eisenbahnen, Forsten, Bergwerke usw., gedeckt und waren deshalb sichere Anlagen. Heute sind sie in den großen Reichsbankrottopf mit hineingeworfen. Man jammert bei uns über die furchtbare Teuerung. Nichts aber hat eine solche Irreführung, eine solche Verwirrung in den Anschauungen unseres Volkes über unser Geldwesen herbeigeführt, wie dieses Wort: „Teuerung“.

Wenn man von unerschwinglichen Preisen redete, so ließe sich dagegen nichts sagen, denn für unseren Mittelstand und andere weite Volkskreise sind die Preise in der Tat unerschwinglich; aber von einer Teuerung zu reden in einer Zeit, in der uns das Ausland auskauft, weil wir, durch unser wertloses Papier verschuldete, viel zu niedrige Preise haben, ist doch geradezu widersinnig.

Man kann zwar selbst aus dem Munde volkswirtschaftlich Gebildeter hören, daß unsere niedrige Valuta doch einen Vorteil habe: sie befördere den Export. Was bedeutet dies aber? Doch wohl nur, daß wir heute noch in derselben Lage sind, in der wir uns in der Zeit des abscheulichen Dumpingsystems befunden haben: wir verkaufen ans Ausland viel billiger wie ans Inland; wir exportieren deutsche Waren und in diesen Waren — einen guten Teil deutscher unbezahlter Volkskraft, so daß wir auch hier das auf Vernichtung des deutschen Volkes hinzielende Streben der Franzosen aufs kräftigste unterstützen.

Wenn wir an die Engländer ein Fahrrad, das 100 Goldmark wert ist, zum Preise von 30 Goldmark verkaufen, so schenken wir 70 Goldmark weg, und wenn wir für 100 Millionen Waren ausgeführt haben, so sind wir um 70 Millionen ärmer. Das ist die Kehrseite der Exportförderung durch den niedrigen Stand unserer Papiermark. Die Lehre aber, die aus dieser Tatsache gezogen werden muß, lautet: Mag unsere Papiermark noch so niedrig stehen, die Preise müssen sich auch im Inlande den Weltmarktpreisen anpassen, soll unser Volk nicht völlig verarmen; d. h. also, wenn ein Gegenstand im Auslande eine Mark kostet, so muß er bei uns



50 bis 60 Papiermark kosten;[1]) was er weniger kostet, schenken wir beim Verkauf ans Ausland dem Ausländer.

Eine der allerschlimmsten Wirkungen unserer heutigen Reichsfinanzwirtschaft veranschaulicht der Niedergang unseres Wohnungswesens. Alle Mittel, die heute vorgeschlageu werden, um eine Besserung in diesem tieftraurigen, die körperliche und geistige Gesundheit des ganzen Volkes untergrabenden Zustande herbeizuführen, müssen nutzlos bleiben, so lange die Unehrlichkeit in unserer Geldwirtschaft nicht beseitigt ist. Diese Unehrlichkeit liegt aber nicht allein in der Gepflogenheit, im Grundbesitz und Wohnungswesen die Papiermark der Goldmark gleichzustellen, sondern sie liegt auch in der Verteuerung durch indirekte Steuern, insbesondere der Umsatzsteuer, die fast schou allein das Bauen unmöglich macht.

Umsatzsteuer. Wie unschuldig das klingt. Ich aber frage: wo steckt hier die S t e u e r?! Um eine ungerechtfertigte Verteuerung, um eine hinterlistige Wegnahme eines großen Teiles unseres Einkommens handelt es sich, aber beileibe nicht um eine S t e u e r, die in ihrem Wesen immer etwas gerechtes ist und sein soll: Man muß etwas kaufen, man muß sich eine Handreichung tun lassen, rasch greift das Reich zu und nimmt von den hin- und hergehenden Summen einen Teil an sich, verteuert auf diese Weise jede, auch die notwendigste zu des Leibes Notdurft und Nahrung gehörige Sache und läßt, was vielleicht noch schlimmer ist, eine gewaltige Menge unfruchtbarer Arbeit verrichten.

Man messe also nicht fernerhin mit zweierlei Maß, je nachdem es sich um Häuser, bezw. Wohnungen oder um andere Gebrauchsgegenstände handelt, und man beseitige die ungerechteste aller Abgaben, die Umsatzsteuer, und es wird in Zukunft nicht in höherem Maße an Wohnungen fehlen, als es heute au Brot, Kartoffeln und Fleisch fehlt.

1) Die Preise verschieben sich allerdings noch gewaltig nach oben durch die bleischwer 'ich auf alle Dinge legenden indirekten Steuern.

Es hat eine Zeit gegeben, in der man von einer Finanzwissenschaft und einer Steuerlehre reden konnte und in der man sich wenigstens bemühte, den Begriff der Steuer zur Geltung zu bringen. Diese Zeit gediegener deutscher Wissenschaftlichkeit ist vorüber, und mit dem Augenblicke, in dem den deutschen Gemeinden und Staaten durch die „glorreiche" Erzbergersche Einheitspolitik finanziell das Rückgrat gebrochen worden ist, ist auch alle Hoffnung geschwunden zu einer Wiederaufrichtung und Wiedergesundung. Hier heißt es, wie am Eingange zu Dantes Hölle: Lasciate ogni speranza!

Die gedankenlose Rednerei, die Übertragung der Finanzhoheit ans Reich wäre notwendig gewesen, um den ungeheuren Forderungen der Feinde gerecht zu werden, oder wie die Phrase lautet, „um den Friedensvertrag loyal erfüllen zu können", muß als eine sehr schlecht erfundene Ausrede zurückgewiesen werden, solange man nicht den Beweis dafür erbringen kann, daß das Reich Steuerquellen zu erschließen vermag, die außerhalb des Bereichs der Staaten und Gemeinden liegen, die also von diesen nicht ebensogut wie vom Reiche hätten erschlossen werden können.

Man könnte ja den Maßnahmen der Zentralisation einen Schein der Berechtigung zubilligen, wenn sie auch nur die Aussicht böten, uns einen Ausweg aus dem Elend von heute zu bahnen, so aber zeigen sie von Anfang bis zu Ende nur die Merkmale gewissenlosesten Raubbaues: ein Aussaugen des ganzen Volkes ohne Rücksicht auf die Zukunft, eine völlige Vernichtung des deutschen werbenden Volksvermögens.

Dieses unerhörte gewissenlose Wirtschaften von heute auf morgen ist aber eine hervorstechende Eigenschaft aller Zentralisation. Einen großartigen Beleg dafür bietet uns die französische Geschichte, wo das alles selbständige Leben im Volke vernichtende Sonnenkönigtum zum Schlusse verkünden durfte: L'état c'est moi, wo aber auch der furchtbare Zusammenbruch der großen Revolution am



Ende sein Siegel auf diesen aller natürlichen Entwicklung sich entgegenstemmenden Zustand drückte.

Wie die Verhältnisse seit dem Versailler Gewaltdiktat lagen, war es, ganz abgesehen von den Forderungen der föderalistischen Lebensgesetze Deutschlands, die einzig richtige Politik, das Finanz- und insbesondere das Steuerwesen soviel als möglich in die Hände der Staaten und Gemeinden zu legen; denn nur so vermochte man den Besitz des deutschen Volkes vor den räuberischen Eingriffen der Feinde zu schützen und andererseits auch jenes lebensfähig zu erhalten.[1]) Die Reichsfinanzpolitik aber, wie sie seit Erzberger und der „Nationalversammlung" sich durchgesetzt hat, stellt sich einfach in den Dienst der auf unsere Vernichtung hinarbeitenden Feinde, indem sie alles, was das deutsche Volk noch aus dem Zusammenbruch gerettet hat, in breitem Strom in die Hände der Entente leitet und gleichzeitig Staaten und Gemeinden in ihrer Selbständigkeit zerstört.

Das ist die gepriesene Erzberger-Wirth'sche „deutsche Einheit", wie sie die „Gelben Hefte" treffend durch folgende Sätze kennzeichnen:

„Die deutsche Einheit, welche Herr Wirth in warmen Worten feiert, ist nichts anderes als die Zusammenfassung der Deutschen zu einem Ausbeutungsprojekt von Paris und einem Versuchsobjekt von Moskau, unter der Internationale des Judentums, der Freimaurerei und des Sozialismus aller Schattierungen, welche in Berlin ihren Sitz aufgeschlagen hat und von dort aus das Reich unterdrückt. Wer demnach für diese Einheit schwärmt, äußert dadurch die Ansicht, daß die Unterjochung des deutschen Volkes ein erstrebenswerter und zu verewigender Zustand ist."

1) Das ist ja eine der schlimmsten Wirkungen der durch den Reichsfinanz-Zentralismus durchgeführten Enteignung von Staat und Gemeinde, daß die dringendsten Kulturaufgaben zurückgeschoben werden müssen und also auch in dieser Richtung unsere Staatsleiter die Ziele unserer Feinde fördern.



Gegenüber der Tatsache, daß die finanziellen Nöte in Staat und Gemeinde sich steigern und daß anderseits das Mühen und Herumtasten nach neuen und ergiebigen Steuern, weit entfernt uns aus dem Elend herauszuführen, uns nur um so tiefer hineinstößt, müssen wir als unerläßliche Voraussetzung einer der Gesundung entgegenführenden schöpferischen Steuerpolitik die Forderungen erheben: erstens nach Zurückeroberung des Rechtes der direkten Besteuerung durch Staaten und Gemeinden, zum anderen die Beseitigung aller vom Reiche erhobenen direkten Steuern auf notwendige Lebensbedürfnisse.

Die Mittel für das Reich sind, soweit sie durch die dem Reiche zustehenden indirekten Abgaben nicht gedeckt werden, auf dem Umweg über die Staaten aufzubringen. Und nur, indem wir solchergestalt die lebendigen Grundlagen des Föderalismus und eine auf wissenschaftliche Lehren — nicht parteipolitische Nützlichkeit — sich aufbauende Finanz- und Steuerwirtschaft zurückgewinnen, kann sich uns der Ausweg aus diesem Steuerelend öffnen. Doch wenn ich in der Einleitung zu diesen Darlegungen darauf hingewiesen habe, daß die Hauptursache unserer traurigen Lage im verlorenen Kriege, oder richtiger im Gewaltdiktat von Versailles zu suchen ist, so müssen wir uns auch darüber klar werden, daß beim Fortbestehen dieses Gewaltdiktats unsere Lage trostlos ist. Diese Warnung gilt besonders für diejenigen unserer Volksgenossen, die noch immer auf eine Änderung der feindlichen Politik zu unseren Gunsten rechnen, die auf die Zusammenkünfte und Beratungen die phantastischsten Hoffnungen setzten und jetzt wieder bei der Aussicht auf Genua auf den Gedanken kamen, die Feinde könnten nun auf einmal statt ihrer alten, auf die Erwürgung des deutschen Volkes hinzielenden Entente-Politik deutsche Politik treiben.

Was hilft da alles Jammern über die Notwendigkeit des Wiederaufbaues Europas: Zur Vernichtung Deutschlands



ist dieser Krieg[1]) in jahrzehntelanger Arbeit vorbereitet worden; sie zu erreichen hat das Frankreich von 1789 sich mit dem autokratischen Rußland verbunden und diesem viele Milliarden seines ersparten Geldes hineingeschüttet, — hat es ferner die jahrhundertalte Feindschaft mit den Briten vergessen und sich zum Sturmbock für englische Strebungen gebrauchen lassen, — und da sollte nun dieses selbe Frankreich in dem Augenblicke, da ihm die Morgenröte sicheren Erfolges zu schimmern beginnt, der schwer errungene Sieg ihm die Erfüllung des jahrtausendalten fränkisch-gallischen Traumes in Aussicht stellt, einer menschlichen Anwandlung unterliegen!?

Nein, so lange wir „ehrlos", weil „wehrlos" sind, wird uns keine Konferenz und kein Genua helfen. Und auch jene Maßnahmen, wie langfristige Auslandskredite können wohl das immer weitergehende Abwärtsgleiten verschleiern, nicht aber hindern. Das vermöchte nur eines: die Einigkeit des deutschen Volkes und die Beseitigung des Gewaltdiktates von Versailles. Und nur, wenn man sich diese Aufgabe stellt und mit Ernst und Nachdruck an ihre Lösung geht, wird auch die eine so tief in die Lebensverhältnisse aller Deutschen eingreifende Frage zu lösen sein, wie unser wertloses Papier wieder in Geld zu verwandeln ist.

Ottomar Schuchardt.

LXXIV.

Das Problem der Steuergerechtigkeit in der neuen Gesetzgebung.

Von A. Ecker, Essen.

Die Steuergerechtigkeit ist vielen ein schwankender Begriff. Jenachdem ihre Interpreten auf diesem oder jenem Boden stehen, suchen sie ihm diesen oder jenen Inhalt zu geben. Haltbar ist aber nur jener, der sich auf der sittlichen Ordnung aufbaut.

1) Einwandfrei nachgewiesen in des Verfassers Schrift: Die Schuldigen des Weltkrieges. Dresden 1921.



Nach dieser treten die Menschen zu den verschiedensten Gesellschaftsbildungen, zur Familie, zum Stamm, zur Gemeinde, zur Berufsgemeinschaft, zum Orden und letzten Endes auch zum Staate zusammen. Und in der Absicht und dem Willen dieser Gesellschaftsbildungen liegt es, daß jeder, der an der Bildung beteiligt ist, zu dem Zwecke, der mit ihr, die als Werk der Natur göttlicher Herkunft ist, verbunden ist, „beisteuere“.

Mag nun auch die Tatsache vorliegen, daß manche der an den Gesellschaftsbildungen beteiligten Personen bis zur Selbstpreisgabe (die Mutter!) zur Beisteuer bereit sind, so darf es anderseits doch auch als Axiom bezeichnet werden, daß diese Personen zu gewissen Beisteuern verpflichtet sind und die Gesellschaftsbildungen sie fordern können, nämlich dort, wo deren Zweck sonst illusorisch würde. Soweit das letztere vorliegt, kann man, wenn auch in weiterem Sinne, von Steuergerechtigkeit sprechen.

Im engeren Sinne des Wortes bezieht sich dieser Begriff natürlich nicht auf alle diese Gesellschaftsbildungen, sondern auf die Gemeinde und den Staat, das Reich.

Nach dem Vorhergesagten kommt es zunächst auf den Zweck von Gemeinde und Staat an. Denn soweit jener in Frage kommt, besteht das Recht auf Steuern und anderseits bei seinen Bestandteilen die Pflicht, Steuern zu zahlen. Zu dem Zwecke von Staat und Gemeinde dringen wir aber vor, wenn wir uns ihre Entstehung vor Augen halten. Sie geht von der Familie aus. Die Familien erweitern sich zu Stämmen, zur Gemeinde und diese allmählich zu den weiteren Verbänden. Die Oberhäupter der Stammfamilien treten dabei als die Häupter des ganzen Stammes auf, deren Befehlen man sich unterwirft, vor deren Tribunal aber die Streitigkeiten gebracht und die als die von der Natur gegebenen Richter und Rächer verletzter Rechte betrachtet werden. Wir sehen hierbei eine gewisse Abstufung in der Zuständigkeit, indem das Haupt des Stammes innerhalb dieses, das Haupt mehrerer Stämme mehr über Streitig-



keiten zu Gericht sitzt, die Angehörige mehrerer Stämme oder gar diese selbst berühren.

Tritt uns in dieser Terminologie auch erst die Urform des Staates, der Patriarchalstaat entgegen, so ist, wenn wir gleichzeitig die sonstigen Gesellschaftsbildungen, deren Bestand oft älter als der Staat ist und deren Recht daher diesem, wie in der Enzyklika Leo XIII. stark betont wird, vorangeht, berücksichtigen, doch auch dies wichtig, daß der eigentliche Zweck auch des modernen Staates die Aufrechterhaltung der Rechtsordnung ist.

„In Kraft dieses Rechtszweckes hat der Staat", wie der christliche Philosoph Stöckl[1]) sagt, „folgende Aufgaben zu lösen: a) Er hat die allgemeinen naturrechtlichen Normen auf alle besonderen Verhältnisse in der Sozietät anzuwenden auf dem Wege positiver Gesetzgebung. b) Er hat dem Rechte jenen äußeren Schutz zu gewähren, den es zu seiner Aufrechterhaltung in der Sozietät notwendig hat. c) Er hat endlich die Gerechtigkeit zu handhaben in allen jenen Fällen, in welchen das Recht in der Sozietät eine solche Handhabung der Gerechtigkeit fordert."

Diesem Zwecke des Staates dient der Anspruch des Staates auf Steuern, freilich nur dort, wo er ihrer bedarf. Und es wird die Steuergerechtigkeit nicht verletzt, wenn in solchen Fällen der Staat Steuern erhebt, und anderseits ist der Bürger nach der Steuergerechtigkeit verpflichtet, in solchen Fällen Steuern zu zahlen.

Wir wissen aber auch, daß wir hier an einen kritischen Punkt kommen, nämlich zu der Frage, ob der Staat lediglich und nur zur Verwirklichung der Rechtsordnung oder ob er nicht auch zu Wohlfahrtszwecken Steuern erheben könne.

Wir werden damit auf die Frage Rechts- oder Wohlfahrtsstaat verwiesen.

Es herrscht viel Unklarheit in dieser Frage. Zunächst wird allgemein, jedenfalls vielfach übersehen, daß der Staat

---

1) Lehrbuch der Philosophie, 5. Aufl. II S. 665.

dadurch, daß er Rechtsstaat ist, zugleich auch Wohlfahrtsstaat ist. Aber es wird auch das Wohlfahrtsgebiet selbst über-, das Rechtsgebiet unterschätzt. Sodann übersieht man, daß das für den Staat praktisch werdende Rechtsgebiet ganz von dem Verhalten der Bürger und der Gemeinschaftsbildungen abhängt. Wo z. B. die Familien oder andere Gesellschaftsbildungen ihre Rechtspflichten verletzen oder nur mangelhaft erfüllen, da muß der Staat die Rechtsverletzten schützen. In dem Maße also, in dem sich das sittliche Niveau der Bürger hebt oder senkt, fallen oder steigen die Rechtsaufgaben des Staates, und so ist sehr wohl denkbar, daß der Staat in dem einem Falle auf einem Gebiete eingreifen kann und eingreifen müßte, um verletzte Rechte zu schützen, während er dies in dem anderen auf eben dem gleichen Gebiete nicht darf, weil er hier sonst Rechte verletzen würde. Ein nahe liegender Fall ist der, daß Eltern ihre Erziehungspflichten gröblich verletzten. Hier darf, eventuell muß der Staat das Recht des Kindes dadurch schützen, daß er das Kind erzieht. Dagegen würde der Staat Schuld auf sich laden, wenn er auch da die Erziehung der Kinder beanspruchen wollte, wo die Eltern ihre Pflicht tun.

Mit der Beschränkung und dem Größerwerden der Rechtsaufgaben des Staates fällt und steigt natürlich auch das Recht des Staates und die Pflicht der Bürger, Steuern zu fordern und Steuern zu zahlen.

Aber die Frage ist noch nicht ganz ausgeschöpft. Es sind Wohlfahrtszwecke denkbar, die außerhalb des staatlichen Rechtsgebietes liegen. Freilich wird hier sehr oft eine reinliche Scheidung kaum möglich sein.

Hertling sagt mit vielem Recht[1]):

„Wird nun aber der Versuch wirklich gemacht, die Grenzen für die Wirksamkeit des Staates in diesem Sinne festzusetzen, so ergibt sich alsbald die Unmöglichkeit, Rechtsschutz und Wohlfahrtspflege reinlich und endgültig von einander zu scheiden.

1) Recht, Staat, Gesellschaft V S. 75.



Daß Brandstiftung mit schwerer Strafe bedroht werde, wird jeder Vertreter des Rechtsstaates verlangen, weil sonst der Schutz des Eigentums unvollständig bliebe. Aber im konkreten Falle kommt die Strafe zu spät, weil der Schaden schon angerichtet und ferner das Eigentum verletzt ist. So ist im Sinne jener Theorie (Rechtsstaatstheorie) nichts dagegen zn erinnern, daß von Staats wegen feuergefährliche Beschäftigungen möglichst eingeschränkt und feuergefährliche Bauart der Häuser ganz untersagt wird. Denn jedes brennende Haus bildet eine unmittelbare Gefahr für das Eigentum des Nachbarn. Aber soll man nun dabei stehen bleiben? Soll es dem Staate verwehrt sein, Vorkehrungen zur Löschung des Feuers zu treffen, weil dies kein Rechtsschutz mehr ist, sondern eine Wohlfahrtseinrichtung?"

Zum Schlusse wäre zu bemerken, daß „Vorkehrungen zur Löschung des Feuers" uns Handlungen zu sein scheinen, die das Interventionsrecht, das der Syllabus verteidigt, vorschreibt.

Man sieht, wie schwer es ist, die Kreise zu scheiden und wie stark die Geneigtheit besteht, Rechtsaufgaben als reine Wohlfahrtsaufgaben zu betrachten. Aber bleiben wir bei den Wohlfahrtszwecken, die außerhalb der Rechtssphäre liegen.

Wir stehen nicht an, dem Staat hier unbeschränkte Vollmachten zu geben. Und nur eines diktiert ihm die christliche Philosophie: er darf keine Rechte verletzen. Eine Verletzung der Rechte aber ist es, wenn in solchen Fällen, wo also reine Wohlfahrtszwecke, die außerhalb der Rechtssphäre liegen, gegeben sind, der Staat Steuern ausschreibt.

Das liegt so: Niemand im Staate hat ein Recht auf größere Wohlfahrt als die, welche allgemeine Rechtsordnung verwirklicht. In dieser Rechtsordnung wird die Person, das Eigentum, der gerechte Lohn, der gerechte Preis, das Recht der Gesellschaften in weitgehender Weise geschützt. Den in ihrer Existenz Bedrohten, die das Recht auf Existenz haben, springt, wenn nötig, der Staat im Armenrecht bei. Was darüber hinaus liegt, kann der Staat zwar aus Mitteln, die ihm sonstwie zufließen, gewähren, aber er

tut es dann ohne durch einen Titel hierzu verpflichtet zu sein. In einem solchen Falle kann natürlich auch keine Verpflichtung bestehen, durch Steuern beizutragen.

Aber noch aus einem anderen Gesichtspunkt kommen wir zu diesem Ergebnis. Der Staat hat genau wie jeder Einzelmensch das Recht auf Existenz. Besitzt der Einzelmensch die Existenzmittel nun nicht, so kann er sie bis zur Fristung der nackten Existenz unter Umständen aus fremdem Eigentum nehmen. Das Recht zur Entnahme endet aber nach Fristung der Existenz. Genau so beim Staat, der wenn er Steuern erhebt, fremdes Eigentum angreift. Er darf nicht weiter im Angriff auf dieses fremde Eigentum gehen, als es die nackte, durch das Rechtsnotwendige (!) bestimmte und umgrenzte Existenz fordert. Eine starke mittelbare Bestätigung dieser sich aus dem Naturrecht ergebenden Regel finden wir darin, daß die Gesetzgeber, mögen sie auch noch so sehr übers Ziel hinausschießen, sich fast ausnahmslos und immer sehr heftig dagegen gesträubt haben, Steuern auf Vorrat zu bewilligen.

Man kann nicht sagen, daß den vorstehend entwickelten und von Männern wie Windthorst, Hertling, Ketteler, Mallinckrodt und vor allem von den Päpsten Leo XIII., Pius X. u. a. hochgehaltenen Leitsätzen immer entsprochen wäre. In der Vergangenheit zwar sind die Fälle ihrer Nichtachtung geringer gewesen. Um so größer aber sind sie in der Gegenwart. Hierauf wird aber noch später zurückzukommen sein.

Wir haben im Vorstehenden den einen wichtigen Teil der Frage nach der Steuergerechtigkeit zu lösen versucht: wann dürfen Steuern erhoben werden? Fast noch wichtiger ist aber der, der ihm zur Seite steht: wie sollen Steuern erhoben werden? Denn Recht und Unrecht der Steuer kommen nicht nur in den Zwecken zum Ausdruck, für die sie erhoben wird; sie spiegeln sich auch wieder in der Art, wie der an sich vielleicht zur Steuer sehr wohl berechtigte Träger der Steuergewalt auftritt.



Und wo sinngemäß von Steuergerechtigkeit die Rede sein soll, da bezieht sie sich zwar zunächst auf die Ursache der Erhebung, sie bezieht sich wenigstens eben so sehr aber auch auf die Art der Erhebung. Und zwei Ungerechtigkeiten müßten besonders gemieden sein, die eine, die sich auf andere Träger der Steuergewalt bezieht und die andere, die die Steuerverpflichteten, nicht im Sinne der nackten Zahl, sondern in Bezug auf alle in Betracht kommenden Umstände ungleich belastet.

Was die erste der hier zuletzt angedeuteten, zu meidenden Ungerechtigkeiten anbelangt, so haben wir uns hier die historische Entwicklung zum Staate vor Augen zu halten. Mag der Grundzug dieser Entwicklung auch vielfach verwischt sein, er ist deshalb nicht minder vorhanden. Der moderne Staat steht darin nicht an erster Stelle. Er ist gewissermaßen ein späteres Glied in der Kette. Und anderseits haben frühere Glieder, die, wenn auch in anderer Form, gewissermaßen die gleiche Aufgabe hatten und haben, selbstverständlich auch die artlich gleichen Rechte.

Dies zusammen wird bestätigt durch zwei nicht wegzuleugnende Tatsachen: Die eine ist die, daß eine ganze Anzahl von Städten, wir nennen z. B. Köln, Essen, Trier, Lüneburg usw. älter sind als die Staaten, denen sie derzeit angehören oder während der letzten Jahrhunderte angehörten. Die andere aber spiegelt sich darin, daß es in der Vergangenheit eine in dem Volksgewissen tief wurzelnde, aber auch von der Gesetzgebung anerkannte Tatsache war, daß z. B. die Gemeinden ein selbständiges Steuerrecht haben. Schon dies deutet auf Rechte hin, die in der Steuergesetzgebung des Staates nicht verletzt werden dürfen.

Aber weit durchschlagender trifft die Berufung für das selbständige Steuerrecht der Gemeinden und aller Mittelglieder zwischen ihnen und dem Staat oder im Falle Deutschlands zwischen ihnen und dem Reich auf das Naturrecht das Entscheidende. Denn dieses gibt den Gemeinden und weiteren sozialen Verbänden einerseits im großen und ganzen



die gleichen Aufgaben, anderseits die gleichen Rechte, wie sie der Staat hat, und da diese mit gleichen Aufgaben und gleichen Rechten ausgestatteten Gemeinwesen in der Regel vor den Staaten sind, so ist ihr Steuerrecht mindestens so wertvoll als das der Staaten. Sinngemäß gilt das letzte im Hinblick auf das Reich für die Bundesstaaten. Und die Konsequenz ist, daß, wie die Staaten das selbständige Steuerrecht der Gemeinden achten müssen, so auch das Reich das selbständige Steuerrecht der Staaten und Gemeinden zu achten hat, soll die Gerechtigkeit, in diesem Falle die Steuergerechtigkeit, nicht ihr Haupt verhüllen.

Leider ist es in diesem Punkte derzeit in Deutschland anders, als es sein sollte. Der tiefe Sturz, den Deutschland durch das Kriegsende und die Revolution getan hat, hat Reich, Staat und Gemeinden in die größten Nöten gebracht. Wir müssen es dieser Not zu gute halten, die über das Reich gekommen ist, wenn dieses in allzu schroffer und eigensüchtiger Form in der Steuergesetzgebung nur sich sah und, ohne mit der Wimper zu zucken, Steuerquellen an sich riß, die solche der Staaten und solche der Gemeinden waren, und wenn dies Vorbild nach unten weiterwirkte, indem manche Bundesstaaten taten, was ihnen das Reich vormachte. Das eine hätte man jedenfalls erwarten können, daß das Reich mit der gleichen Sorgfalt, die es seinen Finanzen widmete, der Finanzen der Bundesstaaten und der Gemeinden achtete und daß die Staaten mit der gleichen Emsigkeit, mit der sie für sich die Brosamen aufpickten, die ihnen das Reich gelassen hatte, diese auch für die Gemeinden aufgepickt hätten.

Das andere, das, wenn die Steuergerechtigkeit gewahrt sein soll, gemieden sein muß, ist dies, daß die Steuerverpflichteten, seien es nun einzelne oder Familien, Gesellschaften oder ganze Berufe, nicht ungleich belastet sind. Wir sagen dies nicht im Sinne der nackten Zahl, sondern, wie schon angedeutet, im Hinblick auf den Gesamtstand der Verhältnisse.



Allerdings sind wir uns auch bewußt, hier einen unsichereren Boden zu betreten, als wir ihn bisher unter uns hatten. Denn aus den von Gott in die Natur hineingelegten Gesetzen entnehmen wir wohl, daß ungleiche und unbillige Verteilung der Steuerlast der Steuergerechtigkeit widerstreitet. Die Einzelheiten aus der sich hieraus ergebenden Konsequenz findet aber erst die menschliche Überlegung, und es ist klar, daß sie je nach dem Stande des allgemeinen sittlichen Niveaus hierbei zu einem gröberen oder feineren Ergebnis gelangen wird. Es kommt eben alles auf das schwächer oder stärker ausgebildete Rechtsempfinden an. Indes das eine oder andere an feststehenden Normen ergibt sich uns trotzdem nach reiflicherer Erwägung.

Das erste wäre dies, daß mit der Zunahme der Befähigung zum Steuerzahlen die Steuer anwachsen muß. Denn für den wenig Bemittelten bedeutet eine steuerliche Leistung etwas ganz anderes als für den Begüterten. Der erstere entnimmt sie aus wirtschaftlichen Quellen, die in der Nähe des Existenzminimums stehen, der letztere deckt sie aus einem gewissen Überfluß.

Stöckl[1]) hat Recht, wenn er zu dem Ergebnis kommt, die Gerechtigkeit erfordere, daß die Steuern nach der Norm der distributiven Gerechtigkeit, also gleichmäßig zwar auf alle Untertanen, aber immer nach dem Maße der Leistungsfähigkeit der Einzelnen verteilt werden.

Zu dem gleichen Ergebnis kommen wir aber auch aus dem Äquivalenzprinzip heraus. Zwar lehnen wir es ab, diesem Prinzip eine weitere Bedeutung zu geben als die, welche hier in Frage kommt. Aber ganz abweisen läßt sich der Gedanke wohl nicht, daß der Begüterte ein weit höheres Interesse an dem staatlichen Rechtsschutz hat als der Unbemittelte. Und ganz abweisen läßt sich darum wohl auch nicht, daß es zur gleichmäßigen Verteilung der Steuer gehöre, dem wenigstens teilweise durch eine auch relativ anwachsende Steuer Rechnung zu tragen. Wir kommen damit

1) A. a. O. II, S. 731.



zu einem ähnlichen Ergebnis wie es W. Huene[1]) in seinem Artikel „Besteuerung“ gewinnt.

Der Progression der Besteuerung, das heißt einer nicht nur absolut, sondern auch relativ wachsenden Besteuerung sind aber andererseits doch auch Grenzen gesetzt. Die Progression darf u. E. jedenfalls nicht so weit getrieben werden, daß sie zu einer rohen Enteignung wird, die den verschleierten Zweck verfolgt, die Besitzunterschiede nach und nach aufzuheben. Auch dürfte sehr zu beachten sein, daß die Progression nicht bei jeder Steuer am Platze ist.

(Schluß folgt.)

LXXV.

Genua.

Genua hätte ohne Frage einen Markstein in der Geschichte des Jahrhunderts darstellen können. Im Sinne von Lloyd George war es der Versuch zu einer internationalen Solidarität, zunächst auf dem Gebiete der Interessen, aber, was ungleich bedeutender ist, von dem hohen Gesichtspunkte aus der Einheit des öffentlichen Geistes in der Welt.

Was die Interessen angeht, so mag der in der letzten Phase aufgetretene, vor der Öffentlichkeit einigermaßen verschleierte Konflikt der Petroleum-Interessen als bezeichnend gelten. Angesichts der von Lloyd George in zweifellos edelster Absicht und in staatsmännischer Einsicht proklamierten hohen Ziele der Konferenz mag das beinahe als banal erscheinen. Nichts desto weniger ist die Sache ernst und mag beweisen, wie schwer es selbst den einflußreichsten Politikern fällt, den Widerstreit der Interessen zu überwinden.

In der hohen Politik, in der Diplomatie ist es eine unangefochtene Maxime, daß nicht die Worte, sondern die

1) Staatslexikon der Görresgesellschaft.

Taten gelten. Wie kann man, davon ausgehend, vertrauen, daß die Friedensbotschaften, die von den Hauptstädten ausgehen, in dem Sinne ernst gemeint sind, daß hinter den Worten der feste Wille steht, das Trennende zu unterdrücken und die Solidarität der Völker als oberste Richtschnur der Politik, d. h. der Taten walten zu lassen?

Der ehemalige französische Ministerpräsident Caillaux, den die chauvinistischen Kreise Frankreichs seit dem Beginn des Krieges in den Orkus gestoßen haben, hat die zutreffende Bemerkung gemacht, daß Europa in den letzten fünfzig Jahren Wesen und Geist gründlich geändert hat, daß man gezwungen ist, es mit einer Fabrik zu vergleichen, in deren Leitung und selbst in deren Organisation die Interessen, d. h. die materiellen Interessen entscheidend sind. Paul Cambon, der bis Ende des Krieges französischer Botschafter in London war, hat im Winter 1912 in einer Ansprache in der „Ecole libre des sciences politiques" in Paris bemerkt, daß ein Fünftel der gesamten diplomatischen Korrespondenz sich auf Geschäfte jeder Art beziehen. Man werfe, zum Überfluß, einen Blick in Montesquieu's „Esprit des lois", ein Buch, das heute sogar von den berufsmäßig dazu Angehaltenen nur flüchtig gelesen wird. Man beachte dort die einzelnen Kapitel über den Geist der Monarchie, den Geist der Aristokratie usw. Man braucht gewiß nicht das alles als Wahrheiten zu betrachten, aber man wird doch dabei genötigt zu einem Gedanken an den Wandel der Zeiten.

Mit welchen Pfeilen hat die liberale Publizistik in Deutschland durch das ganze vorige Jahrhundert den Wiener Kongreß überschüttet. Und dennoch ist auf dem Wiener Kongreß — wenigstens vorübergehend — eine Grundlage geschaffen worden zu der Wohlfahrt Europas und damit der ganzen übrigen Welt, die gleichmäßig und ruhig anhielt, bis die universelle Entwicklung der Industrie, der Demokratie, des „Kapitalismus" die alleinige Quelle politischer und diplomatischer Inspirationen wurde, also bis in die achtziger, bezw. neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, in welcher



Zeit eigentlich die Wurzeln der Aktionen gediehen, die zum Kriege geführt haben und die seit dem Waffenstillstande zum vollen und wachsenden Ausdrucke kamen.

Der Zwischenfall mit den Petroleumproblemen, der am Schlusse der Genueser Konferenz auftrat, ist unter diesem Gesichtswinkel besonders charakteristisch. Während von Völkerfrieden, von den Mitteln zum Wiederaufbau des Vertrauens, der Wohlfahrt die Rede ist, treten urplötzlich die Petroleuminteressen auf die Bühne. Wäre der Vorhang der Bühne nicht sogleich herabgelassen worden, die Welt hätte das wahre Gesicht der Politik, die heutzutage getrieben wird, erkannt.

Ohne Zweifel sind es große Interessen, die dabei in Frage kommen. Der Kohlenreichtum der Welt ist für die ungeheuren und wachsenden Erfordernisse der Industrie usw. knapp geworden. Kohle soll durch Öl ersetzt werden. Große und schnell wachsende Erfordernisse vieler Industrien, zu denen beständig neue kommen, erfordern Öl. Die Kriegsmarinen richten sich auf Ölverwendung ein. Amerika, England, Japan achten scharf darauf. Natürlich ergibt sich daraus ein internationaler Wettbewerb. Amerika richtet die Blicke in ernster Weise auf Mexiko, Japan auf Borneo, England auf Mesopotamien und Persien. Alle aber nehmen den Standpunkt ein, daß keiner irgendwo das Monopol erhalten soll. Frankreich hat sich in Galizien und Polen den maßgebenden Einfluß auf die dortigen Ölproduktion gesichert, desgleichen in Rumänien. Die russischen Ölgebiete Baku (Aserbeidschan), Trosny, Tiflis (Georgien) und andere, die noch nicht erschlossen sind, stellen deshalb Punkte dar, welche alle Interessenten anziehen.

Frankreich und England haben im April v. J. in Rapallo einen Vertrag unterzeichnet, in dem sich jeder der vertragschließenden Teile verpflichtet, sich keine Monopolstellung in Mesopotamien, Rußland usw. anzueignen und nicht die Hand zu bieten, daß die russischen Öllager, welche von der Revolution sequestiert wurden, in die Hände neuer Käufer oder Konzessionäre gelangen.

Man mag sich vorstellen, welchen Eindruck die Nachricht aus Genua machte, daß der Vertreter der Shell-Gesellschaft, die mit der Royal Dutch-Gesellschaft den mächtigsten Ölkonzern an der Seite der amerikanischen Standard Oil bildet, Colonel Doll, in Genua über einen Vertrag mit den Russen verhandle, welcher die wichtigsten russischen Ölquellen der Shell-Gesellschaft übertragen soll. Sofort sandten die Franzosen (die Regierung) ihren Sachverständigen Einac nach Genua und die Engländer, dem Beispiel folgend, schickten ihren Sachverständigen auf dem Gebiete der russischen Ölindustrie Urquhart. Daß die Sache keineswegs gleichgiltig war, mag daraus hervorgehen, daß Urquhart, kaum daß er nach London zurückgekehrt war, zum zweitenmal nach Genua berufen wurde. Der Bericht Urquhart's ist bekannt geworden. Er sagt darin, daß Rußland, selbst wenn es seine Ölindustrie wieder auf den Vorkriegsfuß stellen könnte, was eine Anlage von 20 Millionen Pfd. Sterling erfordere, doch vor fünf Jahren kein Öl ausführen könne, sondern alles selbst gebrauche. Der Bericht des französischen Experten ist nicht veröffentlicht worden. Inzwischen ist jedoch beachtet worden, daß die französischen und belgischen Interessenten sich zu gemeinsamem Vorgehen in Rußland geeinigt haben. Im englischen Parlament erklärte Staatssekretär Chamberlain, daß die Shell-Gesellschaft und die ihr angeschlossene Royal Dutsch und Persian Oil keinen Ölvertrag mit den Russen abgeschlossen haben, noch einen solchen Vertrag zu schließen beabsichtigen.

Soviel — oder so wenig — hat man von dem Auftreten der Petroleuminteressenten in Genua erfahren, bevor der Vorhang der Bühne herabgelassen war. Immerhin war es genug, um den „Times", welche Lloyd George und Genua bekämpfen, den Vorwand zu liefern, die Genueser Konferenz eine „Ölkonferenz" zu nennen. Über den Geschmack läßt sich nicht streiten.

Es ist kaum fraglich, daß der Zwischenfall dazu beigetragen hat, den Schluß der Konferenz zu beschleuniger,



da Amerika Anzeichen dafür gab, daß es langsam wieder in das von der französischen Politik ausgesuchte Fahrwasser geraten. Umsomehr als der französisch-belgische Standpunkt, daß über Rußland nicht verhandelt werden soll, ehe es das Privateigentum wiederhergestellt hat, den Amerikanern sympathisch ist.

Es ist sehr viel französischer Einfluß, Geld und anderes in Newyork und London tätig. Man sieht deutlich, wenn man einen Blick für die geheimen Laufziele der Politik hat, wie die französische Politik darauf ausgeht, in England und Amerika alles, was ihr im Wege steht, zu beseitigen. Oft hat man den Eindruck, daß die Zeiten Walpole's und Dubois wiedergekehrt sind, nur mit vertauschten Rollen. In der Presse ist sehr viel französischer Einfluß, den man zu hohem Betrag einschätzen muß, wirksam.

Genua schließt ab wie ein Schauspiel, wo die Menschheitsideen (um einen banalen Ausdruck zu wiederholen) von den Interessen überschattet werden. Man könnte daraus den Beweis lesen, daß Rathenau mit seinem Diktum „Wirtschaft ist Schicksal" recht habe. Noch aber ist das Schauspiel nicht zu Ende. Man wird den folgenden Akt abwarten müssen; warten, bis der Vorhang auf der Bühne in Haag in die Höhe geht. Also eine Atempause? Ohne Frage! Die französische Politik zieht unbeirrt den Weg weiter und alles hängt von der Entwicklung in England und Amerika und, nicht zu vergessen, in Japan ab. Der müßte Poincaré schlecht kennen, der glaubt, daß ihn irgendwelche Hindernisse zum Verzicht auf gewisse Pläne bewegen.

In England ist eine merkliche Abkühlung der Zuneigung für Frankreich entstanden, die vornehmlich aus der Wahrnehmung fließt, daß die französische Politik die Welt nicht zur Ruhe kommen läßt. Die Engländer wollen Industrie und Handel treiben, und darin stört sie die französische Politik. Man braucht sich nun nicht zu wundern, wenn Poincaré sich eines Tages anschickte, dieses Hindernis zu beseitigen z. B. durch einen Zoll- und Handelsvertrag mit



England, der den Engländern gefällt. Das war das Mittel, mit dem seinerzeit Napoleon III. Frankreich und England näherte. Der König von England hat in den letzten Wochen Belgien und Frankreich besucht. Der Dichter Rudyard Kipling, der in seinem Gefolge war, veröffentlichte in den „Times" ein Gedicht, in welchem er die lau werdende Freundschaft Englands für Frankreich als einen Verrat an den Gefallenen bezeichnet. Man mag schließen, wie wenig Gewicht dem Gerede von beginnender Trennung zwischen beiden heute zugemessen werden darf. Das ist auch bei Beurteilung der Stellung von Lloyd George zu beachten.

Dennoch geht die Entwicklung ihren Gang. Das Ziel Frankreichs ist die Hegemonie in Europa. Um sie zu erringen wird es den höchsten Preis an England, an Amerika und an Japan zahlen. Man wird aber in Paris auch nicht vor gewissen Risiken zurückschrecken. Am Schlusse der Konferenz in Genua steht Frankreich an der Spitze einer Staatengruppe, die von Danzig bis Fiume reicht, verfügt über eine gewaltige Militärmacht und hat einen Teil der einflußreichsten Kreise in Amerika, in minderem Maße auch in England, auf seiner Seite. Dieser Machtstellung gegenüber mögen Deutschland und Rußland als Schatten erscheinen, der nur dann zu Fleisch und Blut wird, wenn ihm aus England der Athem eingehaucht wird. Es gibt sicherlich nichts, was so absurd wäre, wie jener gefälschte „Militärvertrag" zwischen Deutschland und Rußland, den die „Daily Mail" erfunden hat. Für den Augenblick hängt alles von der Entwicklung in England ab. Das ist auch entscheidend für das, was Frankreich in Bezug auf den 31. Mai beschließen wird. Auch Poincaré wird sich bestreben, Überstürzungen zu vermeiden. M.

LXXVI.

Das Schicksal Palästinas.

Die heutige Welt ist weit entfernt vom Geist Peters von Amiens. Sein Denkmal neben der Kathedrale in Amiens blickt, wie das Denkmal Gottfrieds von Bouillon vor der Kirche Saint Jacques in Brüssel, stumm in die Welt. —

Vor einigen Tagen (Anfang Mai) hat der verehrungswürdige katholische Patriarch von Jerusalem in Rom einen Vortrag über die ernste Lage in Palästina gehalten: Palästina steht heute unter einer drückenden Herrschaft, tausendmal gewaltsamer als das türkische Regiment gewesen war. Im heiligen Land herrschen nur Korruption und Unsittlichkeit. Den Katholiken hat man das Privileg eigener Gerichte genommen. Die statt ihrer eingesetzten Gerichte sind parteiisch. Die gesamte zionistische Bewegung, die von einigen Fanatikern geleitet wird, ist gegen die Katholiken und gegen die Araber gerichtet. Der Patriarch schloß mit der ernsten Mahnung: „Nur eine starke diplomatische Aktion kann Palästina vor dem größten Unheil retten. Deshalb ermahne ich die Katholiken, einen neuen Kreuzzug zur Rettung ihrer Brüder in Palästina zu unterstützen."

Mitte Mai hat sich auch der Völkerbund in Genf mit Palästina beschäftigt. Lord Balfour gab eine wichtige Erklärung; er bedauerte, daß der Völkerbund in dieser Session die Angelegenheit des Mandats in Palästina nicht mehr erörtern könne. Das liege aber nicht an irgendwelcher Änderung in den Absichten und der Politik der alliierten und assoziierten Länder und des Völkerbundes, sondern lediglich daran, daß England in Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten steht. Die amerikanische Regierung ist mit den Grundlinien der Politik einverstanden; es blieben also noch einige Fragen technischer Art zu erledigen, mit welchen sich die Signatarmächte des Vertrags von Sèvres beschäftigen. Im übrigen, behauptet Balfour, sei kein Grund zur Beunruhigung vorhanden. Die sogenannte „Deklaration Balfour"



würde nicht geändert werden. Auch die religiösen Interessen seien nicht gefährdet, weil die Überweisung des Mandats in Palästina an Großbritannien die Übertragung der Oberhoheit von einer muselmannischen an eine christliche Macht bedeute. Dann verlangte Balfour dringend, daß diese Mandatfrage auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werde.

Seinen Ausführungen trat der Vertreter der französischen Regierung, Léon Bourgeois, in allen Teilen bei; er betonte, daß keine Änderung in der Politik der Mächte eingetreten sei und daß die Mandatfrage niemals zu einer Spaltung unter ihnen führen würde.

Die Erklärungen der beiden Redner fanden die Zustimmung der Vertreter der anderen Mächte, darunter des Vertreters Italiens, Marquis Imperiali. Es wurde beschlossen, daß die Angelegenheit des Mandates in Palästina auf der nächsten Tagung des Völkerbundes zur Verhandlung gelangen solle; also etwa um den 15. Juli in Paris.

In den letzten Tagen hat die Regierung der Vereinigten Staaten der Veröffentlichung ihres Abkommens mit England, betreffend das Mandat in Palästina, zugestimmt. Dieses Abkommen sieht den Abschluß eines Vertrages zwischen den beiden Mächten vor, der die Zustimmung der Vereinigten Staaten zu den Bestimmungen des britischen Mandats in Palästina ausdrücken soll. Amerikaner sollen danach in Palästina dieselbe Macht wie die Engländer erhalten, obgleich die Vereinigten Staaten dem Völkerbund nicht beigetreten sind. Die Gerichte, welche über Amerikaner und deren Angelegenheiten urteilen, sollen gemischt, aber mit englischer Majorität zusammengesetzt sein. Die von den Vereinigten Staaten verlangten Erleichterungen des Handels werden seitens Englands zugestanden. Bereits bestehende Rechte der Amerikaner in Palästina bleiben ihnen erhalten.

Inzwischen ist eine arabische Delegation in London eingetroffen (Mitte Mai), welche mit den englischen Staatsmännern Lloyd George und Churchill verhandeln und ihnen darlegen will, daß das Mandat in seiner heutigen Fassung



dem arabischen Volk in Palästina Unrecht und Schaden zufügen muß; daß ohne Änderung des Mandats Palästina Ruhe und Frieden nicht sehen wird.

Der wichtigste Teil in der „Deklaration Balfours" spricht von „der Errichtung einer nationalen Heimat (national home) für das jüdische Volk." Artikel 4 des Mandats (nach der letzten und giltigen Redaktion) enthält die Anerkennung der zionistischen Organisation: „solange diese Organisation und Konstitution, in der Meinung der Mandatare, als angebracht erscheint, geeignet, als öffentliche Körperschaft Rat und Beistand der Verwaltung Palästinas in Angelegenheiten zu erteilen, welche die Herstellung (effecting) einer nationalen Heimat und die Interessen der Juden Palästinas betreffen." In einer Darstellung, welche Philipp Graves in den „Times" gibt, meint er, daß die Fassung des Mandats und die Balfour-Deklaration der siegreichen Macht eine niemals dagewesene Politik zuweisen: die teilweise Besiedlung eines eroberten Landes mit Ansiedlern, welche weder dem siegreichen noch dem besiegten Volk angehören und zwar so, daß die politischen und anderen Rechte der eingeborenen Bevölkerung dadurch nicht geschädigt werden sollen.

Die Auslegung der Balfour-Deklaration und das Vorgehen der Zionisten haben im arabischen Volk die Furcht erweckt, daß dasselbe für eine baldige jüdische Herrschaft in Palästina arbeiten soll. Daraus hat sich eine starke nationale Bewegung unter den Arabern entwickelt. Dieselbe nimmt an Umfang und Intensität zu, wobei die Hoffnung obwaltet, entweder eine Änderung in der Fassung des Mandats zu erhalten, um eine günstigere Stellung gegenüber den Zionisten zu gewinnen, oder die Zionisten zum Entgegenkommen zu veranlassen.

Zu alledem kommt die Ungunst der wirtschaftlichen Lage im Land und die Härten der Abgaben, die zwar aus türkischer Zeit stammen, aber von der englischen Verwaltung schärfer eingetrieben werden, als es seitens der Türken geschah. Die Unzufriedenheit wird durch ausländische, den



Engländern feindliche Einflüsse genährt. Man denkt dabei an französische Wühlarbeit. Die Zionisten-Kommission und die dahinter stehende Organisation sind ungeeignet, um als Berater der englischen Verwaltung aufzutreten. Diese Organisation der Zionisten gilt als die mächtigste Vertretung in der heutigen Judenschaft; ihre Mitglieder sollen eine Million an Zahl sein. Jedoch wird behauptet, daß es in der Judenschaft geeignetere Elemente zur Beratung der englischen Regierung gibt. Die Mehrzahl der Juden in den westlichen Ländern Europas und in Amerika werden von den Zionisten nicht als ergebene Anhänger betrachtet; sie werden von den Zionisten mit dem Ausdruck „Assimilationisten" bezeichnet. Viele amerikanische Juden sind, obgleich sie den Zionisten die Unterstützung nicht verweigern, mit den Methoden und selbst mit den Zielen derselben nicht einverstanden. Einer derselben hat eine Hypothekenbank gegründet, welche nicht nur Juden sondern auch Araber unterstützen soll. Palästinische Juden, wie die Kaufleute Tell Avir und Kalvarisky, letzterer Vertreter des Barons Edmund Rothschild, sind bestrebt, gemeinsam mit den Arabern zu arbeiten. Ein anderer gemäßigter Vertreter des Judentums ist der Philosoph Achad Ha-am (Asher Ginzberg), der in der Tell Avir Vorstadt von Jafa lebt und bestrebt ist, Palästina zu einem Mittelpunkt des wahren Judentums zu machen.

Die Herstellung einer Herrschaft der Zionisten über die Araber ist ein unmögliches Unternehmen. Die arabische Bevölkerung, schon heute die größte Mehrheit, vermehrt sich jährlich um 10 vom Tausend. Der Plan der Zionisten, 50,000 Familien oder 200,000 Menschen in Palästina anzusiedeln, ist nicht zu verwirklichen. Er würde einen Aufwand von 60 Millionen Pfund Sterling erfordern. Selbst wenn er ausgeführt werden könnte, würde die jüdische Bevölkerung immer noch nicht einmal die Hälfte der Araber ausmachen.

Die Zionisten-Kommission ist im Frühjahr 1918 in Palästina eingetroffen. Nach der Auffassung der englischen Regierung war ihre Aufgabe:



1. ein Band zwischen den englischen Behörden und der jüdischen Bevölkerung herzustellen. 2. Mitwirkung beim Unterstützungswerk. Repatriierung der Juden. Herstellung und Entwicklung der Kolonien. Organisation der jüdischen Bevölkerung im allgemeinen. 3. Unterstützung der jüdischen Organisationen und Einrichtungen. 4. Mitwirkung zur Herstellung freundlicher Beziehungen zu den Arabern und anderen nichtjüdischen Gemeinschaften. 5. Sammlung von Informationen und Berichterstattung zur ferneren Entwicklung der jüdischen Niederlassungen und des Landes im allgemeinen. 6. Prüfung der Ausführung des Planes zur Errichtung einer jüdischen Universität.

Der Zionisten-Kommission wurde die Benützung der Militärtelephone und Drahtleitungen überwiesen. Ebenso wurden den Juden ausgedehntere Freiheiten zum Reisen im Land und zur Einfuhr ausländischer Waren auf den Militärbahnen gewährt als den Arabern.

Im Februar 1919 trat die erste Zionistenkonferenz seit dem Kriege in London zusammen, wobei auch die früher nicht vertretenen Länder, darunter Amerika und Rußland, anwesend waren. Es wurde beschlossen, die Zionistenkommission zu erweitern. Im Juni 1919 wurde Dr. Haim Weizmann, einer der Vorsitzenden der Konferenz, beauftragt, diesen Beschluß auszuführen. Im Herbst desselben Jahres sollten demzufolge sechs hervorragende Zionisten sich nach Palästina begeben. Seitdem ist eine Reihe von Personalveränderungen erfolgt und die Zionistenkommission bezeichnet sich selbst fortan als „Zionisten-Exekutive". Von den im Jahr 1919 ernannten Mitgliedern gehören heute noch vier. dieser Exekutive an: Dr. Eder, ein englischer Jude; Dr Ruppin, ein Deutscher, und Dr. Ussishkin, ein Russe. Professor Pick vertritt die orthodoxen Mizrahi Zionisten, deren Sympathie mit der Exekutive sind; Herr Sprenzah dagegen die gemäßigt jüdische Arbeiterpartei in Palästina (Poul Hatsair). Der Russe Ussishkin aus Odessa ist von der als „Kommission für größere Aktion" bezeichneten Abteilung der



Londoner Konferenz gewählt worden. Er hat sein ganzes Leben, er ist 60 Jahre alt, den Zionisten gewidmet. Er war einer der „Zion-Zionisten“ (Zioné-Zion), die sich dem Dr. Hertzl widersetzten, als derselbe im Jahr 1903 zur Annahme des englischen Angebots riet, eine jüdische Niederlassung in Ost-Afrika, als Eingangstor nach Palästina, zu errichten. Oft unter den Zaren und später von den Bolschewisten bedroht, war er im Jahr 1917 die einflußreichste Persönlichkeit unter den Zionisten Rußlands. Als er i. J. 1919 in Palästina eintraf, wurde sein Wille alsbald maßgebend. Er spricht nur russisch und hebräisch. Mit den Arabern nicht allein, sondern auch mit englischen Behörden und gemäßigten Juden kam er schnell in Konflikt.

Dem Erlaß der englischen Regierung im Jahr 1919, wonach den Bauern Darlehen zu 6½ Prozent Zins zu gewähren, wurde von der Zionisten-Exekutive widersprochen. Dieselbe verwendete gleichzeitig bedeutende Geldmittel zur „Subvention“ an englische Beamte in Palästina. Im Lauf der Untersuchung wegen der Unruhen in Jafa gab Dr. Eder zu, daß die Zionisten-Exekutive bis April 1920 zahlreiche englische Regierungsbeamte „subventioniert“ hat, namentlich Polizeibeamte. Die englischen Militärbehörden ließen das Gebahren zu, bis die englische Regierung einen Befehl dagegen erließ. Noch i. J. 1921 subventionierte die Zionisten-Exekutive Telephon- und Eisenbahnangestellte. Das Verfahren wurde der englischen Regierung als „Vorschüsse“ bezeichnet. Indessen bestätigte Dr. Eder, daß auf Rückzahlung nicht bestanden würde. Das Ergebnis war, daß selbst Telegramme der Militärbehörden langsamer befördert wurden als Mitteilungen der Zionisten und ihrer Freunde. Wenn ein Beamter mit Entlassung bedroht wurde, griff die Zionisten-Exekutive zu seinen Gunsten ein. Jüdische Arbeiter wurden mit Ausrüstungs- und Geldvorschüssen versehen. Schließlich erhob die Zionistenorganisation, die hinter der Exekutive steht, den Anspruch, daß der Oberkommissar, den die englische Regierung nach Palästina zur Regierung

des Landes schickt, aus einer von der Exekutive aufgestellten Liste gewählt oder daß Einwendungen der Exekutive gegen die Ernennung gehört werden sollen. Auf der Konferenz in Karlsbad soll Dr. Weizmann erklärt haben, daß der englische Oberkommissar in Palästina, Herbert Samuel, auf Verlangen der Zionisten-Exekutive ernannt worden sei. Vor der Untersuchungskommission in Jafa verlangte Dr. Eder, daß Palästina den Juden gehören muß und daß nur die Juden berechtigt sind, Waffen zu tragen. Diese Auffassung sprach auch Herr Jabotinsky aus, der, obgleich er i. J. 1920 Konflikt mit den englischen Behörden hatte, Mitglied der Zionisten-Exekutive ist.

In einigen jüdischen Kreisen tritt man gegen diese Art von Politik auf. Die größere Energie zeigt sich jedoch im Lager der Zionisten, welche mit allen Mitteln und mit schärfster Polemik ihre Widersacher bekämpfen, die sie u. a. als „Anhänger von Agudas Israel" bezeichnen. Das ist auch dem Dr. Eliefer Borowsky aus Cleveland (Ohio) zugestoßen, der in dem jüdischen Blatt „Hebrew Standard" in New-York sich über das Auftreten der Zionisten geäußert hatte. Er wird deshalb in der „Jewish World" scharf angegriffen.

Die im Jahre 1917 begründete „Liga Britischer Juden", deren Vorsitzender Lionel de Rothschild ist (Vizepräsidenten waren Lord Bearsted, Lord Swaythling, Sir Philip Magnus) nimmt eine Stellung zwischen den Parteien ein und tritt gelegentlich gegen die Politik der Zionisten auf. Da ihr Jahresbericht am 24. Mai erscheinen sollte, so wird man wohl bald näheres über ihre Stellung zu Palästina hören.

Der Oberkommissar Sir Samuel weilt zurzeit in London, wo gleichzeitig der englische Gouverneur von Jerusalem Storrs eingetroffen ist, der von den Zionisten neuerdings angegriffen wird.

Die oben erwähnte, in London angelangte arabische Deputation will versuchen, die englische Regierung von der Gerechtigkeit der Sache der Araber zu überzeugen. Die Deputation ist in einem Teil der englischen politischen Welt sympathisch



aufgenommen worden; unter anderem hatte die National Political League zu ihren Ehren einen Empfang im Claridge Hôtel veranstaltet, wobei W. Johnson-Hicks den Vorsitz hatte. Derselbe führte aus, daß die „Balfour Deklaration" das Werk der Zionisten sei; sie hat niemals dem Parlament vorgelegen und sei zustandegekommen nach Unterredungen zwischen Lord Rothschild und Balfour. Das Walten der Zionisten in Palästina wurde einer scharfen Kritik unterzogen: hohe Verwaltungsposten wurden Juden gegeben, nur weil sie Juden sind, und jeder den Arabern freundlich gesinnte Beamte wurde entfernt; in wenigstens 10 Fällen sei dieses Verfahren nachgewiesen. Die Versprechungen, welche Henry Mc Mahon i. J. 1915 den Arabern gegeben hat, sind vergessen; ebenso die Kriegshilfe der Araber, als England in bedrohter Lage war. Es wurde darauf hingewiesen, daß nach einer Äußerung Henry Wilsons nur die englischen Soldaten die Juden gegen die Araber schützen.

In derselben Versammlung äußerte ein Mitglied der arabischen Deputation: „Es ist vielleicht nicht klug, von der französischen Politik in Syrien zu reden — Syrien ist im Zustand der Gährung und der Revolte. Im Orient breiten sich die Nachrichten wie Windfeuer aus. Palästina ist noch nicht davon ergriffen. Es wird aber nicht lange dauern, bis es dazu kommt, und die Unterdrücker werden die ersten sein, die dem arabischen Zorn zum Opfer fallen. Nur wenn Gerechtigkeit hergestellt wird, wird Palästina der Entwicklung wie in Syrien entgehen."

Es ist noch zu bemerken, daß die Zionisten, jedenfalls bis zu einem gewissen, aber nicht geringen Grad die Unterstützung des Präsidenten der Vereinigten Staaten Harding haben. Mitte Mai schrieb derselbe einen Brief an den „Wiederherstellungsausschuß für Palästina" (Keren Hayesod) in New-York, daß er die Aufrichtung Palästinas als Heimstätte des jüdischen Volkes mit Sympathie und Zustimmung begleite und ihr Erfolg wünsche, sowohl aus praktischen Erwägungen, als aus Eingebungen des Gefühls.



Inzwischen setzen sich die Araber zur Wehr, so gut sie können. Der von den Engländern auf den Thron berufene König Faisul verlangt in London die Aufhebung des britischen Mandats in Mesopotamien; er lege zwar fortgesetzt Wert auf die materielle und moralische Unterstützung der Engländer, aber er begehre mit der Beseitigung des Mandats ein von dem früheren egyptischen verschiedenes System. Eine besondere Beschwerde gilt der Verwendung von Indiern, welche die arabische Sprache nicht verstehen, im englischen Heer. Des weiteren wird berichtet, daß Mesopotamien von nationalistischen syrischen Agitatoren überlaufen ist, welche das Volk in große Erregung versetzen. Die arabische Mehrheit in Palästina ist in einer Stimmung, welche ernste Befürchtungen hervorruft. In Syrien werden angeblich aus Caiffa kommende Aufrufe verteilt, hauptsächlich durch ehemalige Agenten Faisuls und des Königs Hussein, unter welchen vor anderen der Scheik Kamel und Habil Lutfalloh genannt werden. Sie rufen den Islam in Asien und Afrika zum Kampf auf.

Im Libanon gehen zur Zeit die Wahlen unter großer und erregter Teilnahme des Volkes vor sich. Der französische General Gourand gibt sich alle Mühe, die Bevölkerung durch Proklamationen und Versprechungen zu beruhigen. Dieses Ziel wird erschwert unter anderem durch die Einstellung der französischen Subventionen und die wachsende Steuerlast, die umso schwerer getragen wird, weil die wirtschaftliche Lage ungünstig ist. Eine weitere Erhöhung der Steuern,. die unvermeidlich scheint, würde zu ernsten politischen Folgen führen. Inzwischen dringen die Franzosen an den Euphrat vor. Das Abkommen von Angora vom 20. Oktober 1921 bestimmt als Grenze zwischen Syrien und der Türkei die Bagdadbahn auf der Strecke, welche von der letzten östlichen Station Nissibin nach Djezireh ibn Omar am Tigris führt. Dem Namen nach gehörte dieses Gebiet den Türken. Neuerdings haben dieselben das Land verlassen, das sofort von den Franzosen besetzt worden ist,



die dort syrische Beamte einsetzten. Ein französischer Militärposten steht in Tel Abiad, 80 Kilometer östlich vom Euphrat, an der Eisenbahn. Von Hassetihe, 150 Kilometer N. N. O. am Deir ez Zor sind die Franzosen nach Ras el Ain vorgedrungen. Die Bagdadbahn wird bald wieder in Betrieb gesetzt werden, wenn auch, für den Anfang, in beschränktem Umfang; vor allem ist der Wiederaufbau des gebrochenen Viadukts von Djerablus notwendig. Der Befehlshaber der französischen Truppen, Oberst de Grandrut, hat vor kurzem in Nissibin Anordnungen zu weiterem Vorgehen getroffen. Das Hauptquartier des „Militärkommandanten des Euphrat" befindet sich in Deir ez Zor.

Diese und andere Vorgänge sind unter einem bestimmten Gesichtspunkt trotz äußerlicher Unscheinbarkeit Etappen in dem Ringen um die Vorhand, das sich zwischen Frankreich und England vorbereitet.

Der Krieg in Kleinasien steht jetzt im dritten Jahr. Er begann mit der unter englischer Zustimmung erfolgten Landung griechischer Truppen in Smyrna. Italien blieb bei Seite. Anfangs waren die Erfolge der Griechen ansehnlich, weil die Türkei keine Truppen hatte. Die Kämpfe, namentlich die Schlacht bei Sakharia, waren verlustreich für alle Teile. Weite Strecken der Türkei sind verwüstet. In diesem Frühjahr entschloß sich die Entente zum Eingreifen. Infolge ihrer Beratungen in Paris am 26. März sandten die Regierungen von England, Italien, Frankreich Vorschläge nach Angora, Athen und Konstantinopel. Die dortigen Machthaber wurden eingeladen, Vertreter in eine zu vereinbarende Stadt zu schicken; ihren Beratungen sollten die Vertreter von England, Frankreich und Italien in Konstantinopel beiwohnen.

In der weiteren Entwicklung hat England seine auf den Friedensschluß gerichteten Forderungen an die Türkei bestimmter gefaßt, als sie in der Note vom 26. März zum Ausdruck gebracht waren. Am 22. April gab Angora den Wunsch zu erkennen, Unterhändler nach Ismid zu schicken.



Diesem Vorschlag trat die Türkei am 29. April bei. In Athen erfolgten mündliche Einladungen in Anlehnung an die Noten vom 26. März, ohne daß damit eine klare Stellungnahme erzielt wurde.

England richtete nun an die Türkei die Aufforderung, sich der Note zu fügen, vor Schluß eines Waffenstillstandes; ein Schritt, dem sich Frankreich und Italien nicht anschlossen. Gleichzeitig begann Lloyd George Verhandlungen mit Italien über ein Abkommen im Mittelmeer und im Orient.

Neuerdings hatte England eine Untersuchung an Ort und Stelle über Grausamkeiten der Türken an Griechen verlangt. Frankreich zögerte lang und schlug dann eine parallel gehende Untersuchung wegen Grausamkeiten der Griechen gegen Türken vor. Der französische Kommissar in Konstantinopel, General Pellé, ist in diesem Sinn am 20. April angewiesen worden.

Seitdem sind die Dinge nicht vom Fleck gekommen.

Das Spiel zwischen Frankreich und England geht im Orient wie in Europa und an anderen Orten weiter.

M.

LXXVII.

Kürzere Besprechungen.

1. Ludendorff: „Kriegführung und Politik.“ Berlin 1922. Verlag E. S. Mittler & Sohn.

Das vor einiger Zeit erschienene Buch hat in der politischen Welt keinen geringeren Anklang gefunden als die früheren Schriften des Verfassers. Man kann aber den Eindruck haben, daß ein Teil der Presse, der zahlreichere und verbreitetste, der demokratische und sozialistische, sich Mühe gibt, die erprobte

Praxis des „Totschweigens“ zu üben. Ganz verständlich. Denn fände das Buch die Verbreitung, die es verdient und sowie es dem deutschen Volke (auch und gar vor allem den Gebildeten und Halbgebildeten) zu Gesicht käme, wenn es von allen gelesen würde, dann wäre es mit den Männern und Kindern der Revolution schnell vorbei. Jedoch, Nacht muß es sein, wo dieser Leute Sterne strahlen, und so ist es Übung jener Publizistik geworden, von dem Buche möglichst leise und möglichst wenig zu reden, damit nur ja der Welt kein Licht aufgeht.

Beginnend mit einer kurzen Exposition, vielmehr Erinnerung an die Theorien von Clausewitz, enthüllt der Verfasser das erschütternde Bild der Ursacheu unserer Niederlage im Weltkrieg. Dramatisch gestaltet sich das Bild, wo die Waffenstillstandsverhandlungen erwähnt werdeu. Zuvor heißt es: „Der 8. August zeigte ein erschreckendes Nachlassen der kriegerischen Tugenden bei einzelnen Divisionen, das durchaus nicht mit einer Überspannung der Kräfte durch die Kriegführung erklärt werden kann, sondern lediglich in dem Nachlassen des Geistes der Heimat seine Ursache hatte. Es war eingetreten, was die unabhängig-sozialdemokratische Arbeit bezweckte; deutsche Soldaten warfen die Waffen weg, statt zu kämpfen . . .“ — „Gewiß waren die heutigen Verluste hoch, aber noch höher die Abgänge an Gefangenen, Fahnenflüchtigen und Drückebergern; Abgänge, deren erschreckende Höhe wesentlich der Geist der Heimat verschuldet hat. Wie der Geist der Heimat eingeschätzt wurde, geht daraus hervor, daß Divisionen, trotz ihrer zahlenmäßigen Schwäche, mit der Begründung auf Ersatz verzichteten, sein Geist sei verdorben, er nütze an der Front nichts uud schade nur der Truppe. . . .“

Von hohem Interesse sind die tatsächlichen Mitteilungen, beziehungsweise Feststellungen, die eine ganze Reihe durch die demokratisch-sozialistische Presse verbreiteter Irrtümer berichtigen und dem Verlauf der Dinge ein anderes Antlitz geben. Das gilt insbesondere von den Vorgängen bezüglich Rußlands, bezw. den Versuchen zum Frieden zu gelangen, der Entwicklung in Brest-Litowsk. Der Neigung des Zaren, dem Krieg ein Ende



zu machen, und der Ermordung des für den Frieden wirkenden Rasputin, ein Werk der Freunde des Ententekrieges, wird gedacht. Die Bemerkungen zu dem Frieden von Brest-Litowsk und dem von Bukarest sind von höchstem Wert. Daran knüpft sich eine Darlegung der mit dem Vorgehen im Baltikum, in Finnland, der Ukraine, Georgien verbundenen Ziele. Reichstag, Reichskanzler, Auswärtiges Amt verfallen düsterer Darstellung, wie ja bei Ludendorffs Denkweise nicht anders zu erwarten. Die Rolle Wilsons ist kaum jemals so klar, die „fides punica" so treffend bezeichnet worden als hier. „Die Frage drängt sich auf: Warum wandte sich Wilson nicht bereits am 22. Januar an den deutschen Botschafter? Auch hier ist der Geschichtsforschung noch ein weites Feld gegeben. . . ." In Hinsicht der amerikanischen Psychologie wird einer wichtigen Einzelheit gedacht: „Unser Geheimschrift-Verfahren war unvollkommen. Vergeblich wies die O. H. L. darauf hin. . . ."

2. Ein süddeutsches Deutschordenshaus in seinen äußeren und inneren Beziehungen folgerichtig dargestellt, ist ein bedeutsamer Beitrag zu Voigt sowohl, wie zu Holzapfels Geschichte des Deutschen Ordens. Im städtischen Archiv zu Ulm a. D. befinden sich, wie Hans Greiner dartut, noch sehr viele wichtige Ordens-Akten und Urkunden.[1]) Leider war es mehr denn ein halbes Dezennium nicht mehr leicht möglich, das Deutschordens-Zentralarchiv zu Wien zu besuchen. Umso eifriger wurden die Lokalarchive benützt, was keineswegs zum Nachteil war. Detailforschungen über die Ballei Franken und Ballei Elsaß und Burgund werden das Gesamtbild des Deutsch-Ordens von Oehler nicht unwesentlich retouchieren. Zu den diesbezüglichen Arbeiten Wolfs über das Deutschordenshaus bei Halle a. d. S., Schrötters für Nürnberg, Fuchs und Schönhuts über den deutschen Ritterorden in Franken kam nun als ebenbürtig die Geschichte des Deutschordenshauses Ulm: Eine frühe Gründung des Ritters Menloh in Söflingen im Jahre 1226. Also entstand das

1) Hans Greiner, Das Deutschordenshaus Ulm im Wandel der Jahrhunderte, Ulm 1922. Verlag der Süddeutschen Verlagsanstalt Ulm a. D. Preis gbd. 18 ℳ.



schwäbische Ritterhaus mit Kirche in demselben Jahre, wo der Gesamtorden unter Hermann v. Salza auf sein deutsches Hauptwerk hingelenkt wurde. Der Kolonisierungsarbeit war nur die Nähe der rasch aufstrebenden freien Reichsstadt hinderlich, vor deren Toren das Deutschordenshaus lag. So hatte hier der Orden immer einen schwierigen Standpunkt, seine wirtschaftliche Freiheit zu wahren. Noch schlimmer war es geworden, als religiöse Gegensätze zwischen Stadt und Orden entstanden, die so weit führten, daß im 18. Jahrhundert lange Zeit selbst um einen kleinen Kapellenbau in geraumer Entfernung von Ulm gerungen wurde. Von den Jurisdiktionsstreitigkeiten und den rabiaten Eingriffen der auf Herrschaft und Ausdehnung erpichten Stadt Ulm ganz zu schweigen, ist doch beachtenswert der Umstand, daß ein mittelalterliches Bürger- und Schutzrecht bald zu einem Bevormundungsrecht statuiert wurde. So gut der immer schwächer werdende deutsche Orden konnte, verteidigte er durch alle Jahrhunderte hindurch seine Unabhängigkeit und den katholischen Glauben dazu, wovon heute noch die Ortschaften um Ulm erzählen können, wo der Orden kulturell interessiert war und zum mindesten die niedere Gerichtsbarkeit hatte. Das 17. und das 19. Jahrhundert fügten den beiden Rivalen Ulm und dem Orden so schwere Schicksalsschläge zu, daß beider Freiheit und selbsteigene Kraft zusammen erlag. Das freie Ulm sah noch seinen herrlichen Münsterbau, viel später kam der Orden zu einem der schönsten Häuser, das noch im 18. Jahrhundert Sitz eines Landkomturs werden sollte, kurz vor dem Schicksalsjahre 1806. Greiners zwei Beilagen eben zum Deutschordenshaus Ulm sind sehr wertvoll für Veranschaulichung des Besitzstandes nach dem Stadtplane des 16. Jahrhunderts und nach einer Planzeichnung des 18. Jahrhunderts. Der „Erbe" des Ordens, der Staat Württemberg, zieht heute noch seinen bedeutenden Nutzen aus Haus und Gütern der Ordens-Kommende.

Dr. Aich, Deilingen.



LXXVIII.

König Ludwig I. von Bayern und die deutschen Katholiken in Nordamerika.

Von Wilhelm Winkler.

Bekannt sind die Verdienste König Ludwigs I. um die katholische Kirche in Bayern. Er hat, um nur zwei Beispiele herauszugreifen, dem durch die Säkularisation vertriebenen Benediktinerorden in seinem Lande neue Klöster gegründet und hat dem neuen Orden der Armen Schulschwestern in München mit der Gründung eines Mutterhauses das Dasein gesichert. Diese und andere Pflegestätten der Jugenderziehung gewannen außer ihrer Wirksamkeit in Bayern später eine besondere Bedeutung für die katholischen Missionen im Ausland, denen Ludwig I. ebenfalls reiche Förderung hat zu Teil werden lassen. Dabei zeigte er frühzeitig das Bestreben, die in seinem Lande gesammelten Geldmittel vorzüglich deutschen Missionsstationen zukommen zu lassen. Er brachte es dahin, daß im Jahre 1838 in Bayern ein eigener Verein zur Verbreitung des Glaubens gegründet wurde, der, nach dem König selbst Ludwig-Missionsverein genannt, zunächst noch seine Missionsalmosen durch den Allgemeinen Lyoner Verein verteilte, im Jahre 1844 aber sich ganz selbständig machte, als der König festgestellt hatte: „Der Ludwig-Missionsverein soll für unsere



gemeinsame katholische Kirche sein und nicht ein Werkzeug der französischen Politik abgeben." [1])

Schon damals mochte der König als geeignetes Arbeitsfeld für den Ludwig-Missionsverein die Vereinigten Staaten von Nordamerika im Auge gehabt haben. Dorthin wandten sich seit dem dritten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts breite Ströme von Auswanderern, die dort weder in nationaler Hinsicht noch, soweit sie katholischen Glaubens waren, in kirchlicher Beziehung eine gesicherte Entwicklungsmöglichkeit vorfanden, sondern in der Mehrzahl der religiösen Verwahrlosung und einer raschen Entdeutschung preisgegeben waren. Hier traf das Interesse König Ludwigs für die katholische Sache zusammen mit seinem lebhaften deutschen Nationalgefühl. Er wollte in Amerika seinen Bayern ihre Religion, den Deutschen ihr Deutschtum erhalten wissen.

Was König Ludwig noch während seiner Regierungszeit, besonders aber nach seiner Thronentsagung für die Deutschen getan, hat schon Sepp in seiner Lebensbeschreibung des „Ludwig Augustus" (1869) zum größten Teile aufgezählt und hat viele Namen und Orte in Amerika nennen können, die sich dem Bayernkönig zu Danke verpflichtet fühlten. Seitdem sind einige deutsche Veröffentlichungen erschienen, die erneut auf die Verdienste des Königs Ludwig in dieser Beziehung hingewiesen haben und durch die Wiedergabe von Briefen und Berichten amerikanischer Missionäre den Aufzählungen Sepps lebendigere Züge verleihen konnten. Dazu gehören vor allen Dingen die biographischen Arbeiten über den ersten Benediktiner in Nordamerika, P. Bonifaz Wimmer. [2]) Die Leistungen dieses

1) Über die Anfänge des L.M.V. siehe den Aufsatz von Joh. Neuhäusler in der Zeitschrift „Die kath. Missionen" Jahrg. 1920/21 Heft 11.

2) O. Moosmüller, „Bonifaz Wimmer, Erzabt von St. Vincent in Pennsylvanien". New-York, Benziger Brothers 1891. — B. Lesker. „Erzabt B. Wimmer" in Frankfurter zeitgem. Broschüren N.F. XII (1891).

ausgezeichneten Mannes für seine deutschen Landsleute in den Vereinigten Staaten werfen auch das schönste Licht auf seine treuen Helfer in Deutschland und besonders auf seinen mächtigsten Gönner und Beschützer, den König Ludwig von Bayern, den die amerikanischen Benediktiner mit Recht, so wie die bayerischen, als ihren Stifter und größten Wohltäter jederzeit öffentlich bezeichnet haben. Desgleichen haben dem König die Armen Schulschwestern, die zum Unterricht der weiblichen deutschen Jugend nach Amerika gegangen waren, in der Lebensbeschreibung ihrer Gründerin und ersten Generaloberin ein Denkmal des Dankes und der Anerkennung gewidmet.[1])

Zu diesen gedruckten Quellen fand sich nun im Nachlaß König Ludwigs I. die Ergänzung nach der persönlichen Seite hin, da der König (außer den über seine Stiftungen vorhandenen Kabinettsakten und Rechnungsbüchern)[2]) auch die zahlreichen Briefe nnd Berichte samt beiliegenden Abbildungen, Kartenskizzen und Zeitungen gesammelt hat, die ihm von nordamerikanischen Missionären, Klöstern, Bischöfen und Laien zugingen und lebhaftes Zeugnis ablegen für das Vertrauen, das man dem Könige persönlich in den Fragen der Mission entgegenbrachte, für die nie ermüdende Teilnahme, die er bis zu seinem Lebensende zeigte, und für die Dankesgefühle, die seine Fürsorge allenthalben hervorrief. Viele dieser Briefe sind es wert, wegen mancher charakteristischer Züge und als Quellen zur Geschichte des Katholizismus und des Deutschtums in den Vereinigten Staaten als Ganzes veröffentlicht zu werden, wie es Herr Pfarrer Schuhmann in Weilbach (Unterfranken) zu tun beabsichtigt.

1) F. Frieß, „Leben der ehrw. Mutter Maria Theresia v. J. Gerhardinger.“ München 1907.

2) Im Bayer. Hauptstaatsarchiv Abt. Geh. Hausarchiv. Aus dem Archiv des Ludwig-Missionsvereins hat Herr Zentralsekretär Joh. Neuhäusler in liebenswürdiger Weise Material zur Verfügung gestellt.

Hier und für heute mögen sie nur dazu dienen, die persönliche Einstellung des Königs Ludwigs I. zu den Fragen des Deutschtums und des Katholizismus in Nordamerika, die er in engster Verbindung miteinander sah, eingehend zu beleuchten.

Nachweislich zum ersten Male wandten sich amerikanische Katholiken deutscher Zunge an König Ludwig im Jahre 1841. Indem sie betonten, daß auch jenseits des Weltmeeres „die Gefühle der Deutschen für die erhabenen Tugenden Eurer Majestät nicht ohne höchste Bewunderung geblieben" seien, baten die bedrängten Vorsteher des deutschen katholischen Kirchenbaues in Detroit (Staat Michigan) um einen Beitrag zu ihrem Bau. Und der König hat in der Tat diese erste Anregung aufgenommen und sich zur Unterstützung bereit erklärt, verlangte aber wiederholt vorher von Bischof Karl August von Reisach eine Bestätigung der im obigen Schreiben gemachten Angaben.

Aufrufe und schriftliche Berichte sowie Studien- und Aufklärungsreisen hinüber und herüber brachten um die Mitte der vierziger Jahre nach Deutschland mehr Kenntnis von der kirchlichen Notlage der Deutschen in Amerika. Im September 1845 kam der Generalvikar der Diözese Chicago, August Brickwedde, aus dem Osnabrückischen stammend, in die alte Heimat, um milde Gaben zu sammeln und Geistliche für die amerikanische Mission zu gewinnen, und ging auch Ludwig I. um einen Beitrag an. Der König ließ ihm eröffnen, daß er beabsichtige, neben dem Ludwig-Missionsverein und der österreichischen Leopold-Missionsanstalt aus seiner Kabinettskasse einen Betrag zu stiften und daß ihm, wie er eigenhändig dazu schrieb, „dieser Gegenstand recht am Herzen läge". Vom 4. Mai 1846 liegt ein Dankschreiben Brickweddes aus Quincy (Illinois) vor für eine Gabe des Königs, die zum dortigen Kirchenbau und für andere dringende Bedürfnisse der deutschen Katholiken verwendet werde.

Um dieselbe Zeit hatte König Ludwig Gelegenheit, sein hohes Interesse an der deutschen Mission in Amerika auch



in anderer Weise zu zeigen. Ein Baron G. H. von Schröter, Mitgründer einer deutschen Kolonie zu St. Maria in Pennsylvanien,[1]) versuchte es, in Deutschland neue Ansiedler für dorthin zu gewinnen, gleichzeitig aber auch diese Kolonie zu heben durch eine Reihe von kulturellen Anstalten, die dort eingerichtet werden sollten und deren erste bereits in einer kleinen Niederlassung von Redemptoristen-Patres zur Verwaltung der Seelsorge bestand. In einer Denkschrift vom 13. Februar 1846 stellte er dem König eindringlich die günstigen Aussichten des deutschen Elementes sowohl wie der katholischen Kirche in Nordamerika vor, wenn es gelänge, die Deutschen möglichst zu einer geschlossenen Bevölkerung zu vereinigen und ihnen durch Errichtung von katholischen Kirchen und Schulen religiöse und kulturelle Stützpunkte zu geben. Zu diesem Zwecke empfahl er St. Maria als den geeignetsten Sammelplatz für die Deutschen und bat um erhöhte Unterstützung der dortigen Mission durch den Ludwigs-Verein. Das bald darauf gestellte Ansinnen, der König möchte von Amtswegen eine Mitteilung und Belehrung an die Auswanderer ergehen lassen, um sie auf die Kolonie St. Maria hinzuweisen, lehnte Ludwig I. mit dem Bemerken ab, er wolle nicht seine Untertanen zur Auswanderung aufmuntern. Das Bemühen v. Schröters ging außerdem dahin, von Rom die Ernennung eines deutschen Bischofs in Pennsylvanien zu erreichen, der womöglich in St. Maria ein Seminar zur Heranbildung einheimischer, deutschsprechender Priester errichten sollte. Die Ernennung deutscher Bischöfe in Amerika zur Erhaltung der deutschen Nationalität war nun wieder ganz im Sinne König Ludwigs. Hatte er doch schon einige Jahre vorher anläßlich eines Bittgesuches eines französischen Bischofs (Chabrat) seinem Befremden darüber Ausdruck gegeben, daß eine Diözese mit angeblich 10 000 deutschen Katholiken einen französischen Bischof habe. Er ließ also die dahinzielende Denkschrift Schröters der Kon-

1) Frieß, M. Th. Gerhardinger S. 161.



gregation de propaganda fide überreichen und durch seinen Gesandten bei diesem Institut sowie beim Heiligen Vater eindringlich und wiederholt befürworten, und gewiß ist die Ernennung des Redemptoristenpaters Neumann zum Bischof von Philadelphia im Jahre 1852 als eine Folge der damals von Rom gegebenen Zusagen anzusehen.

Wenngleich aus allen Vorschlägen des Baron v. Schröter eine sehr eigennützige Nebenabsicht, der materielle Vorteil seiner Kolonie, hervorleuchtet, so hat er doch jedenfalls das Verdienst, neben anderen durch seine Berichte der Fürsorge König Ludwigs für die nach Nordamerika auswandernden Deutschen neue Anregung und Betätigungsmöglichkeit gegeben zu haben.

So begrüßte der König aufs wärmste den Gedanken der Übersiedelung von Armen Schulschwestern nach den Vereinigten Staaten, der ebenfalls auf Schröter zurückzuführen ist. Einige Tage vor deren Abreise im Juni 1847 kam der König in das Angerkloster in München, ließ sich die Missionärinnen vorstellen und belobte sie wegen ihres Mutes und ihres Opfersinnes für Religion und Deutschtum. Zum Schlusse sagte er ihnen: „Ich vergesse Euch in Amerika nicht, aber bleibt deutsch, deutsch! Werdet nicht englisch!“ [1])

Dieser dringende Wunsch nach der Erhaltung des Deutschtums der Auswanderer kehrt oft in den Äußerungen Ludwigs wieder. Von der Oberin der Armen Schulschwestern, die alsbald unter den betrübendsten Eindrücken ihren Unterricht der deutschen Mädchen in St. Maria und in Baltimore aufgenommen hatten, erhielt der König Bericht über die dortige ärmliche Lage der Deutschen, da von den allgemeinen Missionsvereinen die Unterstützungen fast ausschließlich nur den englischen und französischen Anstalten zugewendet würden. [2])

In Erfüllung seines Versprechens sorgte der König für die Schulschwestern beim Ludwig-Missionsverein und stiftete

1) Frieß, M. Th. Gerharbinger S. 165.
Frieß, a. a. O. S. 181.



zum Ankauf eines Hauses mit Kirche und Garten für sie aus seiner Kabinettskasse 15 000 Gulden. Zur Stiftung schrieb er eigenhändig: „Ausschließend für Schulschwestern teutscher Sprache ist diese Schenkung; denn teutsch sollen die Teutschen und deren Nachkommen in Nordamerika bleiben.“[1]) Ebenso bemerkte er im Jahre 1850 eigenhändig zu einer Schenkung von 10 000 Gulden für den Bau eines Ursulinenklosters in St. Louis an die Oberin Magdalena Stehlin: „Viel, sehr viel liegt mir daran, daß nur Teutsche in das Ursulinerinnen Kloster in St. Louis kommen als Klosterfrauen und daß nur in teutscher Sprache der Unterricht erteilt werde, beydes immerwährend.“[2])

In dem die vorhin erwähnte Schenkung für die Armen Schulschwestern begleitenden Erlaß an den Staatsrat von Zu Rhein (12. Nov. 1847) wurde vom König ausführlich darauf hingewiesen, wie not es tue, „daß der deutschen Bevölkerung in jenem Lande für Festignng ihrer Ansiedlung uud daß ihr für solche ein sicherer Einigungspunkt werde, der hiefür diensame Schutz und Beihülfe nicht entstehe. Ich wiederhole das schon öfter Gesagte, eine sehr wichtige Sache ist dieses, und dahin zu trachten, daß dorten die (wie aus obigem Brief neuerlich hervorgeht) vielfach befeindete deutsche Bevölkerung nicht verkomme, und daß ihr namentlich auch hinsichtlich der Befriedigung des religiösen Bedürfnisses die möglichste Unterstützung werde“.[3])

Aus solchen Erwägungen heraus kam Ludwig I. zu einer gelegentlichen Verbindung seiner bayerischen Kirchenpolitik mit der amerikanischen Mission. Die Wirksamkeit der Redemptoristen, deren Verdienste um die Seelsorge in deutschen Gemeinden Nordamerikas er durch Zuwendung von Mitteln des Ludwigs-Missionsvereins sowie aus seiner Kabinettskasse

1) Frieß, a. a. O. S. 183. Entwurf im Geh. Hausarchiv.

2) Souvenir of the Golden Jubilee Celebration at the Ursuline Convent. St. Louis, Mo. 1899.

3) Geh. Hausarchiv. Akt Ludwigs-Missionsverein.



anerkannte, sah er in Bayern nicht gern. Als er deshalb das Altöttinger Redemptoristenrektorat 1848 auflöste, bewilligte er denjenigen Patres, die als Missionäre nach Nordamerika gehen wollten, von sich aus den dreifachen Tischtitel. „Hoffentlich“, fügte er selbst der Mitteilung dieses Zugeständnisses bei[1]), „werden fast alle davon Gebrauch machen und [wird] den Teutschen Unserer katholischen Religion in Nordamerika hiedurch großer Nutzen zugehen. — Daß Teutsch die Teutschen daselbst bleiben und ihre Nachkommen, ein teutsches Volk in Nordamerika lebe, ist von Mir ein lebhafter Wunsch“.

Die Teilnahme König Ludwigs an den Geschicken der Deutschen in Amerika unterscheidet sich sehr günstig von dem sonstigen damals in Deutschland herrschenden Interesse für die Auswanderer. Nachdem Friedrich List 1841 in der Literatur eine große systematische Auseinandersetzung über die Notwendigkeit deutscher Kolonien eröffnet hatte, machten die einen, wie der „Mainzer Adelsverein“, wirkliche Versuche mit der Gründung deutscher Kolonien in Texas, andere wie der „Nationalverein für deutsche Auswanderer und Ansiedler“ in Frankfurt a. M. und ähnliche Vereine bemühten sich, die deutsche Auswanderung für die heimische Schiffahrt und Handelstätigkeit nutzbar zu machen. Während derartige Unternehmungen nur die wirtschaftliche Seite ins Auge faßten und dabei für die Auswanderer selbst gar oft die verderblichen Folgen mißglückter Besiedelungsspekulation nach sich zogen, hielt König Ludwig sich ferne von aller Begünstigung der Auswanderung. Er war aber darauf bedacht, denjenigen Deutschen, die sich nun einmal nicht zurückhalten ließen, jenseits des Meeres die durch Kirche und Schule vermittelten Kulturgüter zu sichern, ihnen dadurch in ihrer neuen Heimat fortzuhelfen und gleichzeitig sie in Verbindung zu erhalten mit dem alten Vaterland. Freilich

1) an v. Schröter 1. III. 1848.



waren es zunächst tastende Versuche, wie die gelegentlichen Geschenke für deutsche Kirchenbauten 1841 in Detroit, 1842 in Evansville, 1844 in Pittsburg, 1845 in Chicago, oder die Altargemälde für Evansville (1844) und Sacprairie (1846), bis mit der Übersiedlung der deutschen Schulorden nach Nordamerika jener größere Zug in das deutsche Missionswerk kam, der sofort den Beifall und die tatkräftige Beteiligung des Königs fand.

Die Schwierigkeiten und Gefahren für die inmitten fremder Völker zerstreuten oder in noch gänzlich unbewohnten Landstrichen angesiedelten Deutschen lagen nicht so sehr in dem Fehlen von Kirchen- und Schulbauten als in dem großen Mangel an deutschen Seelsorgern und Lehrkräften, die unter ihren Landsleuten die geistigen Güter und besonders die heimische Sprache und Sitte hätten hüten und pflegen sollen. Das Mißverhältnis zwischen den wachsenden Scharen der deutschen Einwanderer und der Zahl der anwesenden oder nachfolgenden deutschen Geistlichen wurde immer größer, wie aus allen schriftlichen und mündlichen Berichten und dringenden Bitten aus Amerika gegen Mitte des 19. Jahrhunderts hervorging. Da faßte im Jahre 1846 der bayerische Benediktinerpater Bonifaz Wimmer den weitausschauenden Plan, die alte Kulturmission seines Ordens auf dem neuartigen Boden Nordamerikas zu erproben und zugleich seinen dortigen Landsleuten die so dringend benötigte Hilfe zu bringen. Er gedachte in einer von Deutschen besiedelten Gegend ein Benediktinerkloster zu gründen und diesem durch eigene Rodung und Feldbau eine feste wirtschaftliche Grundlage zu verschaffen, um darauf ein deutsches Knaben- und Priesterseminar zur Heranbildung eines einheimischen, deutschamerikanischen Priesterstandes errichten zu können.

Wie er diesen an sich schon bewundernswerten Plan, zunächst von nur vier Studenten und 18 Handwerkern und Bauern begleitet, in Angriff nahm und mit einem außerordentlichen Maß von Energie und Ausdauer zu weit



über das erste Ziel hinauswachsenden Erfolgen führte, gehört im einzelnen der amerikanischen Kirchengeschichte an. Trotz der treuen und regelmäßigen Unterstützung des Ludwigs-Missionsvereins hätte aber das Unternehmen des P. Bonifaz Wimmer wohl kaum den glücklichen, ja glänzenden Fortgang genommen ohne die nimmermüde Förderung von seiten König Ludwigs. Auch dem P. Wimmer hat der König in einer Abschiedsaudienz besonders empfohlen, deutsche Sprache, deutsche Gesittung und deutsches Leben zu erhalten und zu fördern und der katholischen Kirche fromme und gelehrte Diener heranzubilden, und hat dann im Januar 1851 durch eine Schenkung von 10 000 Gulden den Bestand des neuen Benediktinerklosters St. Vincent in Pennsylvanien gesichert. Im selben Jahre ließ er auf Bitten Wimmers durch seinen Gesandten, Grafen Spaur, in Rom die Erklärung von St. Vincent zur Abtei befürworten. Die Entscheidung darüber verzögerte sich lange wegen der Einwendungen des Bischofs von Pittsburg, der nicht nur an der Errichtung eines eigenen Bräuhauses durch die Benediktiner Anstoß nahm, sondern vor allem die Einrichtung eines paritätischen Seminars in St. Vincent mit gleicher Zahl von Freiplätzen für deutsche und englischsprechende Schüler verlangte. Dem widersetzte sich P. Wimmer entschieden; doch bot er an, soweit die deutschen Interessen nicht beeinträchtigt würden, englische Zöglinge gegen Bezahlung der Selbstkosten aufzunehmen. „Ist man damit nicht zufrieden", schrieb er am 29. Mai 1855 an König Ludwig, „so zerfällt die Sache wieder; denn weiter kann ich nicht gehen und werde jedenfalls nicht die deutschen Interessen um eine Inful verkaufen, wie man vorausgesetzt zu haben scheint." Selbst nach Rom zur Betreibung dieser Angelegenheit gekommen, bat er den ebenfalls anwesenden König Ludwig um Unterstützung an geeigneter Stelle, die der König ihm in der Tat und zwar durch persönliche Bemühungen angedeihen ließ. Der Erfolg blieb dieses Mal nicht aus, und Wimmer, nunmehr erster Abt von St. Vincent, konnte beim Dank für diese königliche

Handlung ohne Übertreibung sagen:[1]) „es ist dadurch die definitive Einführung und Begründung des Benediktinerordens in Amerika erzweckt worden, die für jenes Land in religiöser, scientivischer und artistischer Hinsicht von den größten Folgen sein wird, besonders aber dem deutschen Teile der Bevölkerung der Vereinigten Staaten auch noch einen nationalen Haltpunkt bietet.“

Auch fortan durfte sich Bonifaz Wimmer stets vertrauensvoll an Ludwig I. wenden. Zweifellos fand der König Gefallen an den eingehenden Berichten und an der Tätigkeit dieses ebenso frommen als tüchtigen Mannes, der mit glücklicher Berechnung und unter Anspannung aller Kräfte stetig seinen und seines Klosters Wirkungskreis erweiterte durch neue Länderkäufe, Verbesserung der alten und Errichtung neuer Bauten, Gründung neuer Missionsstationen und Übernahme neuer Aufgaben. Dabei wurde Wimmer vom König auch dann unterstützt, wenn er von seinen übrigen Freunden und Gönnern, in München z. B. dem Hofkaplan Jos. Ferd. Müller, dem Geschäftsführer des Missionsvereins, nur Bedenken und Warnungen hörte. Zu einer Zeit, als die Abtei St. Vincent, abgesehen von den vielen dort herangebildeten Weltpriestern, schon mehr als 43 Priester, ebensoviel Kleriker, Novizen und Scholastiker, dazu über 100 Laienbrüder zählte, ein vollständiges Gymnasium und Lyzeum mit einem Seminarium puerorum und einem weltlichen Knabenseminar, außerdem Stationen vom Ufer des Atlantischen Ozeans bis an den Mississipi und Missouri hatte, traf derselbe Hofkaplan Müller ganz das Richtige, indem er schrieb: „Was wäre der Benediktinerorden in Nordamerika ohne Ew. Majestät reichliche Hilfe! und was wäre aus dem Planmacher (so nannte man P. Bonifaz in seinem Kloster) geworden, wenn ihm nicht ein so weites Feld für seinen Unternehmungsgeist geboten

1) 19. VIII. 1855.



worden wäre? Eine Kraft wäre zu Grunde gegangen, die jetzt angewendet so Großes und Herrliches schafft." [1])

Durch viele Zahlungen und Geschenke an Büchern, Bildern, Zeichenmaterial und anderen Lehrmitteln und Kirchengeräten hat der König bis zuletzt der Tätigkeit des Abtes Wimmer und anderen Missionären zu immer neuen Erfolgen verholfen. Noch im Jahr 1866 ermöglichte er die Errichtung eines kleinen Kollegiums in Rom für jeweils 3—4 amerikanische Benediktiner zur Vertiefung ihrer Studien und erzeigte dem nun zum Erzabt erhobenen B. Wimmer seine Wertschätzung durch Überreichung seines Porträts für die Abtei St. Vincent. Seine Gaben waren, ganz abgesehen von der gewaltigen Summe, die sie allmählich erreichten, kein Almosen, keine gleichsam unpersönlichen Geschenke, sondern eine wohlbedachte Förderung einer großen, ihn lebhaft beschäftigenden Sache. Er wollte wissen, wem er seine Unterstützung angedeihen ließ, oder wer sie vermittelte. Deshalb empfing er, wo es eben anging, sei es in München, in Berchtesgaden oder in Rom, die nach Amerika abreisenden oder von dort zu Besuch kommenden Missionäre und Bischöfe, ließ sich von ihnen über die Verhältnisse der Deutschen jenseits des Meeres erzählen oder forderte sie auf, ihm von dort aus zu berichten. Diese Briefe und Berichte, [2]) die

---

1) An Ludwig I. am 17. Januar 1860.

2) Solche sind vorhanden außer den zahlreichen des P. Bonif. Wimmer von dem Prämonstratenser M. Gärtner 1846, von O. Moosmüller O. S. B. 1866, Generalvikar A. Brickwedde 1846, Joh. Martin Henni, Bischof von Milwaukee 1848, 1850, Bischof von Albany 1852, P. Archang. Gstir O. S. F. 1859—65, P. A. Ehrensberger S. J. 1851, Fr. Bonav. Keller O. F. M. 1853—54, Dr. Ph. Nicola O. F. M. 1859—60, P. Aug. Wirth O. S. B. 1859—60, P. Demetr. Marogna O. S. B. 1856, P. Fr. X. Weninger S. J. 1864, 1866, von dem Gründer eines Lehrerseminars in Milwaukee, Dr. Salzmann 1867, von Kirchengemeindevorstehern aus Evansville 1843, 1849, von den Vorständen des Kath. Instituts zu Cincinnati 1860, von den Dominikanerinnen M. Benedikta

oftmals Zeugnisse überströmenden Dankes nicht nur der Verfasser, sondern auch ihrer Gemeinden enthielten, las er genau durch und gab sie in besonders erfreulichen oder wichtigen Fällen seinem Berater in Missionsangelegenheiten, dem Hofkaplan Müller, zu lesen, forderte sie aber wieder zurück und hob sie schließlich alle sorgfältig auf. Die Übermittlung seiner Sendungen wurde regelmäßig vom Ludwig-Missionsverein übernommen; doch zeigte er meistens durch ein Handschreiben dem Betreffenden seine Gabe und deren näheren Zweck an, wobei er gar oft eigenhändig ein Wort der Ermunterung, der Freude oder des Dankes für treues Gedenken hinzufügte. Zudem las der König regelmäßig die Annalen des Glaubens, die Monatsblätter des Missionsvereins, sodaß er auf die mannigfachste Art über die katholischen Angelegenheiten wie über die Geschicke der Deutschen in Amerika unterrichtet wurde. So konnte er mit ihnen ihre Kirchen- und Schulnöte in den Städten des Ostens erleben, ihre schweren Anfänge in den Siedlungen des Westens, ihre Gefahren und Beschwerden im nördlichen Territorium Minnesota, wo der Präsident Buchanan 1858 den Benediktinern 5000 Acres Land schenkte bloß mit der Bedingung, dort mit der Zeit ein Kollegium zu errichten. In die Tatsachenberichte aus der neuen Welt mischten sich Stimmungen und Erinnerungen aus der alten Heimat. Ein Pfälzer schrieb für die Kirche in Evansville an den König und erwähnte dabei, wie er vor Jahren dem König Ludwig in Forst an der Hardt den Ehrenwein hatte reichen dürfen und hernach die königlichen Kinder auf seinen Armen zum Reisewagen hingetragen hatte. P. A. Ehrensberger, der seit drei Jahren in den Wäldern am Missouri bei etwa 230 deutschen Familien Gottesdienst und Schule hielt, ge-

Bauer 1862, 1863, 1866 und M. Josepha Witzlhofer 1855, von den Ursulinerinnen M. Magdalena Stehlin 1855, Salesia Reitmeier 1859, den Benediktinerinnen Maria Willibalda Scherbauer 1866, M. Benedikta Riepp 1853 und von manchen anderen.



dachte der Herrlichkeiten im fernen Bayern, der Kunstschöpfungen des Königs und bat um einen Heimatgruß in Gestalt eines Altarbildes für seine ärmliche Kirche. Dann wieder vernahm der König von den Anfeindungen, denen die Deutschen ausgesetzt waren, von ihrer fleißigen Tätigkeit im Frieden und im Kriege und von ihrer treuen Hingabe an ihren neuen Staat. Und er hörte nicht auf, ihnen Mittel schaffen zu helfen, welche die Kräfte der Einzelnen sowie die ihres Gemeinwesens stärkten.

Ihm und seinem Missionsverein schuldeten die religiösen Orden deutscher Abstammung mit ihren Schulen, Studienanstalten, Seminaren, Waisenhäusern ihr Dasein und ihr Wachstum in den Vereinigten Staaten, wie die Franziskaner in Cincinnati, die Minoriten in Texas und Pennsylvanien, die Prämonstratenser in Sauk City (Wiskonsin) und die vielen Niederlassungen der Redemptoristen, die Dominikanerinnen in Williamsburg (New York), Greenbay und Racine (Wiskonsin), die Ursulinerinnen in St. Louis, in Morrisania (New York), Alton und Louisville, sowie die Armen Schulschwestern in Baltimore, Milwaukee und Elgrove.

Schon 1851 hatte die katholische Kirchenzeitung in Baltimore, „Der Wahrheitsfreund", unter Aufzählung der Verdienste Ludwig I. sagen können:[1]) „König Ludwig steht in seinen Schöpfungen immer großartig da. Er spendet königlich, wo er das Gute erschaut", und „so vergißt dieser echt deutsche Fürst auch über dem Meere die Deutschen nicht." Noch weniger war es eine leere Schmeichelei, als die von der Schweiz ausgegangenen Benediktiner von St. Meinrad (Indiana) im Jahre 1864 dem König ihr erstes Buch[2])

---

1) Zitat Ehrensberger im Brief vom 5. Juni 1851 an Ludwig I.

2) „Die katholische Kirche in den Vereinigten Staaten von Nordamerika". Dargestellt von einheimischen Schriftstellern, deutsch von den Benediktinern zu St. Meinrad im Indiana-Staat. Regensburg 1864.



widmeten, und darin feierlich erklärten, es sei ihre Pflicht und jeder Katholik deutscher Zunge in den Vereinigten Staaten werde ihnen dafür Dank wissen, „wenn wir in dieser Zueignungsschrift unsere Brüder in allen Gauen des alten Vaterlandes mit der Tatsache bekannt machen, daß die Deutschen in diesem Lande ihre Seelsorger und Lehrer, ihre Kirchen und Schulen großenteils der wahrhaft väterlichen Fürsorge und Unterstützung Eurer Majestät verdanken".

Dem Benediktinerorden insbesondere hatte der König in Bayern wie in Amerika so vielfältig und wirksam durch Tat und Wort sein Wohlwollen erwiesen, daß Erzabt Wimmer nicht eher ruhte, bis er bei Papst Pius IX. und König Ludwig die Benennung der neuen Abtei in St. Cloud (Minnesota) als Abtei St. Ludwig durchgesetzt hatte.[1]) Es war das letzte Zeichen öffentlicher Dankbarkeit von Seiten der amerikanischen Benediktiner, das König Ludwig erlebte, und sein Dankschreiben vom 29. August 1867 schloß nach Wünschen besten Gedeihens für den gesamten Orden der Benediktiner in Amerika: „Mit aufrichtiger Wertschätzung bleibt Ihnen zugetan der Ihnen wohlgeneigte Ludwig I."

So war der Ausklang nach Amerika hinüber wohlwollend und freundlich, wie die ganzen langen Jahre hindurch die Taten des Königs gewesen sind. Diese Taten gingen hervor aus dem stark ausgeprägten deutschen Bewußtsein des Königs und entsprachen dem Zug der Zeit und den Verhältnissen in Amerika; sie waren außerdem getragen von einem entschiedenen und tiefen religiösen Gefühl, wodurch natürlich die Bemühungen Ludwigs in erster Linie seinen Glaubensgenossen zu Gute kamen. Von welchem Gesichtspunkte aus immer diese Haltung des Königs zu den amerikanischen Dingen betrachtet werden mag, immer zeugt

1) Die Benennung dieser Abtei, deren erster Abt, R. Seidenbusch, ein geborener Münchner war, wurde leider später aus Rücksicht auf den früher erworbenen Besitztitel in St. John's Abbey umgeändert.

sie von seiner hohen Auffassung, von Weitblick und Größe; sie hat die echten Züge seines Wesens.

Der Erfolg dieser königlichen Tätigkeit im Zusammenwirken mit gleichgerichteten Kräften war ganz gewiß ein bedeutender: ein lebensfähiges Kulturwerk, eine Pflanzung, die Wurzel schlug im neuen Erdreich und reiche Früchte trägt, weit über den ursprünglichen deutschen und katholischen Kreis hinaus. Schon um dieses Erfolges willen, wenn man nicht die Gesinnung würdigen will, hätte König Ludwig von der späteren Generation nicht vergessen werden dürfen, wie es wirklich in der amerikanischen Kirchen- und profanen Geschichtsschreibung geschehen ist.[1]) Und wenn die Katholiken Amerikas jetzt die Herausgabe eines Buches über die Verdienste der deutschen Katholiken um die Kultur und den Katholizismus in Nordamerika begonnen haben, worin auch des Königs Ludwig I. von Bayern in gebührender Weise gedacht sein wird, dann ist dies die endliche Einlösung einer alten Ehrenschuld.

---

1) Man sehe den Nachweis darüber durch G. Schuhmann in „Katholische Monatsbriefe" herausgegeben vom Arbeitsausschuß zur Verteidigung deutscher und katholischer Interessen im Weltkrieg. Nr. 17, April 1917. Auch das von A. B. Faust über das „Deutschtum in den Vereinigten Staaten", seine geschichtliche Entwicklung und seine Bedeutung für die amerikanische Kultur herausgegebene Werk (Übers. Leipzig 1912) weiß von all den obigen Leistungen kein Wort zu berichten.

LXXIX.

Der notwendigste kirchliche Verein.

1. Gott hat nur *eine* Sozietät und *einen* religiösen Verein gegründet: die menschliche Gesellschaft durch die Erschaffung des ersten Menschenpaares und die Kirche durch den an das erste Oberhaupt derselben gerichteten Auftrag. Viele der anderen Gesellschaften lagen im Willen und im Plane Gottes, aber sie sind nicht unmittelbar von ihm angeordnet und darum sekundärer Natur, wie einerseits die aus der menschlichen Gesellschaft hervorgegangenen Nationen und Staaten und anderseits die aus der Kirche hervorgesproßten kirchlichen Orden und Korporationen. Von letzteren ist die erste, älteste und wichtigste die *Kirchengemeinde*, von dem Stifter und unsichtbaren Oberhaupte der Kirche gewollt und von den Aposteln gegründet.

Kirchengemeinde und bischöflicher Sprengel fielen anfangs zusammen. Mit der Dezentralisation des letzteren: mit der Entstehung der *Pfarreien* begriff man unter diesen die eigentlichen Kirchengemeinden, während das Bistum oder die Diözese gleichsam die Znsammenfassung der Gemeinden unter autoritativer Oberaufsicht und Leitung darstellt. Die Pfarrgemeinde bildete so in der Folge den engeren natürlichen und historischen Zusammenhalt oder „Verein“ der Gläubigen; sie war nicht nur kirchlicher, sondern auch sozialer bezw. caritativer Natur. Sie glich einer großen Familie, in welcher der geistige Vater nicht nur formell, sondern in Wirklichkeit der Pfarrvorstand war. Die Mitglieder derselben kannten sich persönlich, sie fanden sich regelmäßig und pflichtgemäß in demselben Versammlungsraume: im Gotteshause ein; sie hörten dieselbe Lehre, sie knieten unterschiedslos an derselben Kommunionbank, sie vereinigten sich zu denselben kirchlichen Festen, Umzügen und Wallfahrten,





zu den Mysterien- und biblischen Spielen usw. Die Sorgen des einen Gliedes waren vielfach auch die Sorgen des anderen. Die Familien der Pfarrei unterstützten sich oft gegenseitig, sie vereinigten sich unter ihrem geistlichen Haupte zu gemeinnützigen Unternehmungen, sie standen mit ihm in steter, lebendiger Fühlung und teilten alle Freude und Leid. Dieser kirchlich-soziale Gemeingeist war das heute fehlende Band, welches die Gemeindeglieder auch außerhalb der Kirche und der kirchlichen Betätigung fest umschlang.

Die Pfarrgemeinde, in welche sich auch die gegründeten Bruderschaften, die Zünfte und Gilden usw. organisch einfügten, machte jeden anderen Verein überflüssig; sie genügte wie allen religiösen und kirchlichen Anforderungen so auch allen gesellschaftlichen und caritativen Bedürfnissen und Aufgaben der Zeit. Speziell war die Armenpflege eine der ersten Aufgaben und Sorgen der Kirchengemeinde, und wenn im Laufe der Zeit sich auch die sogenannte politische Gemeinde, insbesondere durch die Errichtung von Hospitälern und Armenhäusern, der Armenfürsorge annahm, so war diese Fürsorge eine zugleich kirchliche, da im Mittelalter und noch später politische Gemeinde und Kirchengemeinde zusammenfielen.

Auch in Städten, in denen mehrere Pfarrsprengel bestanden, gruppierten sich die Gläubigen um ihre Pfarrkirche, ihre Pfarrschule und um ihre Pfarrgeistlichkeit. Ein Hin- und Herfluten der Pfarrangehörigen aus einer Pfarrei in die andere war schon aus dem Grunde ausgeschlossen, weil die heutige Mietwohnung und damit das ständige Wechseln der Wohnungen noch nicht bekannt oder noch nicht in Übung war. Die Verbindung des Pfarrers und Pfarrklerus mit den Familien ihrer Pfarrei war vorab aus diesem Grunde sowie aus der engen Begrenzung der Pfarreien eine ungleich freiere und innigere als heute. Es dürften, unter normalen Verhältnissen, wenige Gemeindeglieder existiert haben, die dem Stadtklerus unbekannt waren. Der Pfarrer stand mit den Familien in persönlich-freundschaft-



lichem Verkehr, er tröstete, aber er tadelte und warnte auch in denselben: ein Verhältnis, wie es noch heute in manchen Landgemeinden besteht.

2. Die Kirchengemeinde als enge Fühlung der Gemeindeglieder unter sich und mit ihrem Seelsorger bestand in Deutschland bis zum neunzehnten Jahrhundert. Sie wurde gelockert durch die Einflüsse der Aufklärung, durch die staatliche Konfiszierung kirchlicher Gemeindeunternehmungen[1]) und durch die hereindrängende Flut moderner Ideen. Diese erfaßte namentlich in den Städten viele Gemeindeangehörige, schied die Gemeinde in einen kirchlichen und unkirchlichen Teil und machte hiedurch, im Bunde mit den staatlich-bureaukratischen Eingriffen, viele gemeinsame Aufgaben der Pfarrkinder unausführbar. Aber nicht nur kirchliche und unkirchliche Pfarrangehörige trennten, sondern die ersteren entfremdeten sich allmählich auch unter sich und zeigten als einziges äußeres Zeichen der Zusammengehörigkeit das Gehen in dieselbe Kirche.

Auf dem nichtindustrialisierten Lande blieb die Kirchengemeinde noch lange, nicht nur formell-rechtlich, sondern auch im Sinne des Zusammengehörigkeitsgefühles der Pfarrkinder bestehen. Kirchliche und politische Gemeinde deckten sich meist und viele Aufgaben karitativer und sozialer Natur wurden gemeinsam von den wenn auch nicht gesetzlich, so doch durch Herkommen vereinten beiden Gemeinden erfüllt. Der Pfarrer war gewöhnlich der erste Berater in den Aufgaben, Nöten und Sorgen, die an letztere und an die Familien herantraten; die sittliche Beaufsichtigung insbesondere der Jugend war eine geordnete und auch die Erwachsenen standen unter der Sittlichkeitskontrolle des meist auf einer religiös-ernsten Höhe sich bewegenden Gemeindegeistes. Diese „lästige" Sittlichkeitskontrolle war es, welche nach der gesetzlichen Verwirklichung der Freizügigkeit viele lockere Elemente

1) Wir erinnern hier nur an die Verstaatlichung bezw. Vergemeindlichung der alten Pfarrschule.

der Landgemeinden in die Großstädte trieb, aus denen sie nach einem verfehlten Leben vielfach wieder in die Heimatsgemeinden: in ihre Armenhäuser zurückkehrten.

Mit dem allgemein werdenden Mietwohnungssystem in den großen Städten, mit dem rapiden Wachstum derselben besonders seit Mitte des 19. Jahrhunderts, mit dem Zurückgehen der seßhaften Stadtbevölkerung und mit der Zunahme der konfessionellen Mischung verschwand das kirchliche Gemeinde- und Zusammengehörigkeitsbewußtsein fast vollständig. Und mit dem Gedanken der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Pfarrei verflüchtigte sich auch das Interesse für die Pfarrkirche und für deren Rector ecclesiae. Man besucht von nun an meist das zunächst gelegene Gotteshaus oder die Kirche mit dem „besten" Prediger; die Kirchengeher stellen nicht mehr eine Gemeinde, sondern ein religiöses Publikum dar. Tausende unter den Großstädtern haben keine Ahnung, in welchem Pfarrsprengel sie wohnen, und haben Mühe, bei Taufe, Trauung oder Todesfall die richtige Adresse zu finden.

So hatte die Kirchengemeinde in größeren Städten und in Industriebezirken nur mehr ihre rechtliche Form und territoriale Umgrenzung bewahrt; als Verein der Gläubigen war sie tot. Sie als solchen wieder herzustellen schien ein Ding der Unmöglichkeit zu sein. Man konnte nur nach einem Ersatzmittel für den zerrissenen Verband der Gemeindeglieder suchen, und dieses Ersatzmittel oder Surrogat fand man in den katholischen Vereinen.

3. Die katholischen Vereine, deren ältester, wenn wir von den Standesvereinen absehen,[1]) der im Jahre 1848 in Mainz gegründete Piusverein war, konnten aber nicht alle Angehörigen einer Pfarrei, am allerwenigsten deren indifferente Mitglieder sammeln. Die Vereine bildeten vor siebzig Jahren und sie bilden heute noch einen nur beschei-

1) Wir sehen hier auch von den notwendigsten Vereinen, den katholischen Jugendvereinen ab, die im Wesentlichen Erziehungsinstitute darstellen.



denen Prozentsatz in der Gesamtseelenzahl einer städtischen Pfarrei. Manche Katholiken, die gerne und oft ihr Gotteshaus betraten, konnten sich nicht entschließen, ihren Fuß über die Schwelle eines Vereinslokales zu setzen. Die katholischen Vereine konnten darum keinen wirklichen Ersatz für den einstigen Liebesbund der Gemeinde bilden und sie verschärften ungewollt die Trennung in der letzteren. „Die Trennung zwischen bloß kirchengehenden und zwischen einzig in Sondergenossenschaften noch liebestätigen Mitgliedern einer und derselben Gemeinde", schreibt Dr. Georg Ratzinger[1]) in Beziehung vorab auf die karitativen Vereine, „diese Ausscheidung ist eine der schwersten Wunden, an welcher das kirchliche Leben und Bewußtsein in unzähligen Menschen aller Orten krankt und nicht selten gänzlich verkommen ist." W. K. Reischl[2]) schließt sich diesem Urteile an und ist mit Ratzinger der Überzeugung, daß auch die karitativen Aufgaben der Zukunft richtig nur auf dem Boden der Kirchengemeinde gelöst werden können.

Für alle Männer oder für alle Familien einer Gemeinde berechnete katholische Vereine waren als vorübergehendes Heil- oder Ersatzmittel notwendig. Voraussetzung war und ist hiebei, daß die Vereine 1. als Pfarrvereine gegründet und organisiert und an einen bestehenden oder zu schaffenden Diözesanverband angegliedert werden; daß 2. der Pfarrer oder dessen bevollmächtigter Stellvertreter die Vorstands- oder Präsidentenstelle einnehme und daß 3. die Vereine das parteipolitische Gebiet ausschließen und sich auf das kirchliche und religiöse, pädagogische und soziale, geschichtliche usw. Feld beschränken. Allen durch den Pfarrvorstand an die Kirche angeschlossenen Vereinen muß klar sein, daß ihre erste Aufgabe nicht die Pflege der Unterhaltung und des Vergnügens ist, sondern, im Einklange mit bestehenden ober-

1) Geschichte der kirchlichen Armenpflege. 2. Aufl. Freiburg i. Br. 1884. S. 593.

2) Vgl. Histor.-polit. Blätter Bd. 64, S. 887.



hirtlichen Weisungen, die mittelbare oder unmittelbare Hinordnung der Vereinsarbeit auf das übernatürliche Ziel der Einzelnen wie der Gesellschaften. Diese Hinordnung ist aber nur durch eine autoritative Leitung und durch den engsten Anschluß an die Kirche, nicht durch eine halb demokratische Einrichtung und Führung erreichbar.

4. Die Riesensumme von Arbeit und finanziellen Mitteln, die wir seit mehr als sieben Jahrzehnten den katholischen Vereinen geopfert, haben uns ein — Riesendefizit gebracht. Wir haben uns, wie R. Mäder[1]) und andere Stimmen konstatieren, verrechnet, die Ausgaben waren größer als die Einnahmen. Aus diesem Defizit kann uns nur dann ein Rettungsplan erwachsen, wenn wir offen zu erkennen vermögen, daß die katholischen Vereine auch nicht annähernd einen Ersatz für die untergegangene alte Kirchengemeinde zu bieten vermochten, daß die neue und künstliche niemals die alte und natürliche Einrichtung, die von Gott gewollte nie die von Menschen geschaffene Ordnung zu ersetzen vermag.

Die übermäßige Pflege des freien, meist auf demokratischer Grundlage sich aufbauenden katholischen Vereinswesens, die Überschätzung der geistigen Macht der Organisation, die im allgemeinen mehr zur Veräußerlichung als zur Verinnerlichung führte, hat ein Fiasko erlebt. Die Überorganisation drückte die einzelnen Organisationen zur Bedeutungslosigkeit herab, die Verhundertfachung der Vereine ertötete das Interesse für die einzelnen Vereine. Eine fühlbare Stärkung des kirchlichen Lebens und der christlichen Liebe, eine religiöse Erneuerung brachten die Vereine nicht, und aus diesem Erfahrungsresultate heraus macht sich gegenwärtig eine starke Strömung bemerkbar, das kirchliche und religiöse Leben wieder viel mehr, als es in den letzten Jahren geschehen ist, mit der Pfarrgemeinde zu verbinden. „In diese Richtung", schreibt Dr. Theodor Brauer in der Schweizer

1) Vgl. Die Ganzen. Olten 1919, S. 84.



„Hochwacht", „drängt vornehmlich die liturgische Bewegung, die immer weitere Kreise zieht und alle (?) Schichten des Volkes zu erfassen beginnt." Dazu kommt, „daß manche der tiefsten Denker des deutschen Katholizismus das Sich-zurückziehen von dem früheren lauten Leben der katholischen Vereinsbetätigung in ihren Schriften empfehlen".

Daß wir augenblicklich die katholischen Vereine nicht entbehren können, ist klar. Ihre Beseitigung wäre ein folgenschwerer Schlag für das katholische Leben. Aber es muß ein Weg und ein Mittel gefunden werden, dieselben enger an die Kirchengemeinde und ihre Aufgaben heranzuziehen und sie im Laufe der Zeit organisch in die Gemeinde einzufügen. Die Pfarrgemeinde muß der eine große Verein werden und bleiben, der alle anderen umschließt. Die Aussichten hiefür sind zur Stunde vielleicht günstiger als vor Jahrzehnten; es ist heute nicht mehr, infolge der größeren Stabilität der Bevölkerung, unmöglich, die städtische und großstädtische Kirchengemeinde wieder aufzubauen.

Die seit Jahren herrschende und auf absehbare Zeit fortbestehende Wohnungsnot hat den ewigen Wechsel der Wohnungen beseitigt; aus einer fluktuierenden ist unter dem Zwang der Verhältnisse eine seßhafte Bevölkerung geworden. Wie sich die Bevölkerungsteile nun naturgemäß an die von ihnen täglich durchschrittenen Straßen und Plätze gewöhnen, wie ihnen ihr Stadtbezirk in der Folge förmlich zur Heimat wird, so sollte es auch nicht unausführbar sein, die noch einigermaßen kirchlich gesinnte Majorität oder Minorität der Einwohnerschaft des Bezirkes an die für sie bestimmte Pfarrkirche zu gewöhnen und das geschwundene Interesse für die Pfarrei selbst zu beleben. Eines der Mittel hiezu wäre der besonders in England übliche Hausbesuch des Klerus, der allerdings als Voraussetzung die vielerorts angestrebte Verkleinerung der Riesenpfarreien bedingen würde. Die Wiedererweckung des Gemeindegeistes wird gewiß vielfach auf turmhohe Hindernisse stoßen, aber unmöglich ist diese Neubelebung nicht.



Die Kirchengemeinde ist der von den Aposteln geschaffene Verein der Gläubigen. Sie darf nicht untergehen, sie muß bestehen bis zum Ende der Zeiten. Sie ist das Band, welches alle Glieder im einen Glauben und in der Liebe, welches sie im Gebet, im Opfer und im Genusse des eucharistischen Gottes vereint. Alle kirchlichen Laienvereinignngen, alle caritativen und religiös-sozialen Bildungen sollen aus dem Schoße der Pfarrgemeinde herauswachsen. Blühen die Kirchengemeinden, dann blüht das gesamte kirchliche Leben; dann ergibt sich der Rückschluß, daß auch das christliche Familienleben blüht und daß Gläubige, Hirte und Oberhirte in der von Gott ihnen bestimmten Ordnung und Harmonie ihre Aufgabe erfüllen. Die allgemeine Wiedererstehung der Kirchengemeinde wäre die verdienstvollste Tat und der größte Erfolg, welchen freiwillige und berufene, gottbegeisterte Gruppen und Einzelne sich zum itealen Ziele ihres Strebens gesetzt.

Rosenheim. F. X. Hoermann.

LXXX.

Das Problem der Steuergerechtigkeit in der neuen Gesetzgebung.

Von A. Ecker, Essen.

(Schluß.)

Ziehen wir die Steuerarten in Betracht, so können wir uns am ehesten befreunden mit der in gerechten Grenzen gehaltenen, progressiv gestalteten Einkommensteuer. Als Ergänzung dieser Steuer könnten wir, da es für die steuerliche Leistungsfähigkeit und nach dem von uns nur beschränkt herangezogenen Äquivalenzprinzip nicht gleichgültig ist, ob ein Einkommen fundiert ist oder nicht, die Gewerbesteuer,



die Kapitalrentensteuer und die Grundsteuer denken. Freilich können wir uns derartige mehr den Charakter der Ergänzung tragende Steuern nicht so denken, daß sie nun den Steuerpflichtigen zwingen, die Substanz anzugreifen. Auch solche Nebensteuern müssen aus dem Ertrag beglichen werden können. Mit der Anwendung des Progressionsprinzips muß hier vorsichtiger umgegangen werden. Mag es bei der Gewerbesteuer mit Vorsicht angewandt werden, auch bei der Kapitalrentensteuer entsprechend dem Anwachsen des Vomhundertsatzes der Kapitalrente noch zu vertreten sein, so liegt in der Grundsteuer ein Fall vor, der die Progression nicht verträgt. Das Haupterfordernis für die Gewerbe-, Grund- und Kapitalrentensteuer ist wohl aber dies, daß die Belastungen Reinertrags- nicht Rohertragssteuern sind.

Als eine weitere Ergänzung der Einkommensteuer können wir uns, aber erst in zweiter Linie, unter der gleichen Begründung, die für die Gewerbe-, Grund- und Kapitalrentensteuer spricht, mäßige Besitzsteuern denken, die aber auch möglichst so gestaltet sein müssen, daß die Substanz unangetastet bleibt, anderseits aber nur der reine Besitz getroffen wird. Ablehnen müssen wir aber den Ausbau der Besitzsteuern nach Art der Grundwertsteuer (als Ersatz der Grundsteuer vom Ertrag), denn in reinen Sachwertsteuern kann man niemals zur „Steuergerechtigkeit" kommen. Sie beachten weder die vorliegende Verschuldung, noch nehmen sie Rücksicht darauf, daß die Substanz möglichst nicht angegriffen wird.

Ebenso ablehnend müssen wir uns den Erbschaftssteuern gegenüber stellen. Sie können schon allein wegen der Zufälligkeit der Steuerfälle und der Ungleichheit der Lebensalter, die sie nicht berücksichtigen, Anspruch auf den Titel „gerecht" nicht erheben.

Das gleiche gilt in weitem Umfange von vielen indirekten Steuern. Mit welchem Anspruch erhebt man z. B. in der Umsatzsteuer, wenn auch nicht unmittelbar, so doch mittelbar von der Person, die um ihr Existenzminimum ringt, den

gleichen Betrag wie von der Person, die begütert ist? Wie glaubt man vom Standpunkte der Gerechtigkeit die Grunderwerbssteuer, die wahllos jeden Grundstückskauf trifft, sei er ein solcher aus Überfluß, sei er einer aus Not, rechtfertigen zu können?

Selbstverständlich gibt es, so wie es ungerechte Einkommensteuern gibt, auch gerechte indirekte Steuern. Anderseits kann auch der besondere Zweck, zu dem eine Steuer erhoben wird, die Art einer Steuer gerecht oder ungerecht machen. Und wenn wir hier grundsätzlich zu einzelnen Steuerarten Stellung nehmen, so tun wir dies keineswegs erschöpfend, sondern lediglich zu dem Zwecke, die von uns entwickelten Ansichten um so klarer in die Erscheinung treten zu lassen.

Betrachten wir unter diesen an dritter Stelle gewonnenen Ergebnissen die derzeitige Steuerpolitik, so können wir vom Standpunkte der Steuergerechtigkeit aus auch hier nur sagen, daß die entscheidenden Gesichtspunkte nicht erfüllt werden.

Aber die Steuerpolitik von heute, mag sie noch so ungerecht sein, nimmt für sich die Entschuldigung in Anspruch, daß sie sagen könne, nach dem Zusammenbruch habe es sich darum gehandelt, das wankende Gebäude zu stützen und vor weiteren Erschütterungen zu bewahren und in solchen Augenblicken könne auf die Wahl der Wege die Sorgfalt nicht gelegt werden, die man unter anderen Umständen auf sie zu legen habe. Man habe zugreifen müssen, wo sich etwas fand, um überhaupt aus der größten Not herauszukommen.

Wir wollen die Stichhaltigkeit eines solchen Standpunktes gewiß nicht zugeben. Es genügt aber wohl, wenn wir die Verteidiger dieses Standpunktes auf die Tatsache an sich hinweisen lassen.

Um so mehr scheint uns dann aber in diesen Monaten, nachdem wir bereits längere Zeit in eine Hochflut neuer Steuern geraten sind und gerade auch augenblicklich einen Steuerstrauß über uns sich aufrichten sehen, wie er wohl in der Geschichte der Völker und Staaten noch nicht da-

gewesen ist, der Augenblick gekommen zu sein, das gesamte Steuerwesen darauf hin zu prüfen, wo es nicht der Gerechtigkeit entspricht. Und die nächste große Finanzoperation darf u. E. nicht etwa im Zeichen der Frage der Neubeschaffung von Steuern oder der Ergiebigergestaltung von Steuern bestehen, sondern sie muß sich das große und schwerwiegende Ziel setzen, nach bestem Vermögen und Können die Steuergerechtigkeit herzustellen. Diese Herstellung der Steuergerechtigkeit hätte dann auch das zu beobachten, daß die Steuergesetze mit einer gewissen Stetigkeit ausgerüstet werden, so daß sie nicht alle halbe Jahre geändert zu werden brauchen. Denn nichts lähmt, wie schon Aristoteles in scharfen Worten ausgesprochen hat, die Kraft der Gesetze mehr als ihre immer wieder erfolgende Änderung. Die Lähmung ihrer Kraft hat bei Steuergesetzen in der Regel geringere Einnahmen zur Folge.

Wir müssen es uns natürlich versagen, die Einzelzüge einer solchen im Zeichen vor allem der Steuergerechtigkeit stehenden Finanzreform aufzuführen.

Auf besonders wichtige und als Beispiele zur Erkenntnis der zu beobachtenden Grundlinien hervorragend geeignete Einzelheiten dieser Finanzreform müssen wir aber doch eingehen.

An erster Stelle steht hier die Säuberung des staatlichen Steuerkontos von solchen staatlichen Lasten, die das Mandat zur Ausschreibung von Steuern gar nicht geben. Denn wie wir sahen, ist für die Steuergerechtigkeit auch die Zweckbestimmung der Steuerposten einer der entscheidenden Punkte. Wenn z. B. die Steuern herhalten müssen, daraus die Defizite von Post und Eisenbahn zu tragen, so scheint uns das dem Wesen einer gerechten Steuer zu widerstreiten. Kommen diese beiden Verkehrsinstitute auch einem allgemeinen Bedürfnisse zu Gute, so hat einen unmittelbaren Nutzen nur der, der ihre Leistungen in Anspruch nimmt. Und nach den Prinzipien des gerechten Preises hat er der Post und der Eisenbahn eine entsprechende Gegenleistung zu machen, die es u. E. unnötig macht, daß nun



auch noch von dritter Stelle, aus allgemeinen Steuern, zur Speisung von Post und Eisenbahn Mittel fließen.

Glücklicherweise, wenn auch weniger aus der Erkenntnis der Steuergerechtigkeit heraus, drängen entscheidende Kräfte auf die vollständige Aufhebung der Defizitwirtschaft bei Post und Eisenbahn hin. Wir können vom Standpunkt der Steuergerechtigkeit diese Vorgänge nur begrüßen. Aber besonders zu betonen hätten wir hierbei, daß es dabei nicht bleiben darf. Der Reichshaushaltplan, die Staatshaushaltpläne usw. enthalten noch eine ganze Reihe ähnlicher Fälle, die eine Inanspruchnahme der Steuern nicht rechtfertigen. Wir erinnern hier nur an den berühmt gewordenen Reichszuschuß zur Alters- und Invalidenversicherung, den Windthorst, Hertling und ihre Freunde gerade aus dem Gesichtspunkt der Steuergerechtigkeit bekämpft haben. In allen solchen und ähnlichen Fällen halten wir, wenn auch keine Eisenbartkur, so doch ein sich seines Zieles bewußtes Vorgehen im Sinne der Steuergerechtigkeit für unabweisbar.

Das an zweiter Stelle in Frage kommende Problem ist das der Teilung zwischen Reich, Staat und Gemeinde in die Steuerberechtigung. Es ist kein schöner Anblick, wenn das mit den stärkeren Armen ausgerüstete Reich rücksichtslos und in hohem Maße unter völliger Nichtachtung der kleineren Steuerberechtigten, wie Bundesstaaten und Gemeinden, von seinen Kräften Gebrauch macht. Was uns hier not tut, ist ein Gesetz über die Steuerhoheit, das jedem Steuerberechtigten, Reich, Staat und Gemeinden das ihm Gebührende zuweist. Gerade in den Tagen, in denen die Finanznot der Gemeinden einen Punkt erreicht hat, der da und dort fast bis zur Zahlungsunfähigkeit gediehen ist, wird diese Forderung verstanden werden. Und wir möchten daran den Gedanken knüpfen, daß man diesem Gesetz über die Steuerhoheit einen verfassungsähnlichen Charakter geben sollte, um so endlich einmal die historisch oft älteren, was Machtaufbietung aber anlangt, schwächeren Rechte der kleineren Steuerträger, besonders der Gemeinden, sicher zu stellen.

Wenden wir uns den einzelnen Steuerarten zu, so sieht es fast so aus, als ob die Abänderungsnotwendigkeiten kaum alle im Augenblick erfaßt werden könnten.

An erster Stelle muß es sich um eine angemessene Veredelung der Einkommensteuer handeln. Diese Steuer zeigt stark die Nachteile der uniformen Behandlung über das ganze Reich. Zwar sind die Sätze der Einkommensteuer einheitlich festgestellt. Diese Vereinheitlichung läßt jedoch ganz außer Betracht, daß das Geld, auch das heutige Papiergeld, ja dieses noch mehr als das frühere Goldgeld, in den einzelnen Teilen des Reiches einen ganz verschiedenen Wert hat. In Folge dessen muß die Vereinheitlichung der Einkommensteuersätze zu einem großen Unrecht führen. Ende des abgelaufenen Jahres (1921) war die Teuerungszahl nach der Teuerungsstatistik des statistischen Reichsamts z. B. für Königsberg 1455, für Erfurt dahingegen 1867, Bremen 1798, Waldenburg i. Schl. 1946 und Aachen 1740. Weit größer sind selbstverständlich die Unterschiede zwischen Stadt und Land. Die Folge einer solchen Verschiedengestaltung der Teuerung ist natürlich die, daß das gleiche Geldeinkommen in einem Gebiete mit niedriger Teuerungsziffer eine ganz andere Kaufkraft als in einem Gebiete mit hoher Ziffer hat und daß in ersterem Gebiete das Geldeinkommen eine weit bessere Lebenshaltung zuläßt. Dem Grundsatze der Steuergerechtigkeit entspricht es auf keinen Fall, wenn die Einkommenbesteuerung diesen Verhältnissen nicht gerecht wird, sondern unterschiedslos den gleichen Steuersatz erhebt. Dies führt dort, wo der reale Wert des Geldeinkommens ein höherer als derjenige anderer Gebiete ist, zu Bevorzugungen, die sich nicht rechtfertigen lassen.

Man könnte hier einen Ausgleich schaffen, indem in die Einkommensteuergesetzgebung — wenn auch in einer Art, durch die das Gesamterträgnis nicht geschmälert wird — sogenannte Teuerungsfreistellungen eingeführt werden, die an Hand der ja ohnehin zur Ermittlung gelangenden, aber



für diesen Fall zu verfeinernden Teuerungszahlen zu errechnen wären.

Natürlich ist dies nicht der einzige Punkt, der bei einer Reform der Einkommensteuergesetzgebung nach der Richtung auf die Steuergerechtigkeit hin zu beachten wäre. Er scheint uns aber von um so grundsätzlicherer Bedeutung zu sein.

Zu den rechtlich, wie wir schon andeuteten, unglücklichen Steuern zählt die Umsatzsteuer. Von demjenigen, der diese Steuer letzten Endes tragen muß, wird die Steuer zwar nicht direkt, sondern in den Kaufpreisen der Konsumtion bezahlt. Aber eben dies, daß jede Beziehung zur Person des eigentlichen Zahlenden gelöst ist und lediglich der Umsatz zum Steuermaßstab gemacht wird, der naturgemäß den wenig bemittelten Familienvater mit einer Reihe nnversorgter Kinder weit schwerer als eine alleinstehende begüterte Person trifft, macht die Umsatzsteuer so sehr bedenklich. Diese Steuer ist aber auch noch wegen der Tatsache bedenklich, weil sie die Vereinigung mehrerer Betriebsstufen in einer Hand außer Acht läßt und so den Betriebsinhaber, der in seinem Betriebe nur eine Betriebsstufe (z. B. Bäckerei) verkörpert, in der Konkurrenzfähigkeit weit schwerer trifft als einen solchen, der mehrere Betriebsstufen (z. B. Müllerei und Bäckerei) in seinem Betriebe vereinigt und doch nur nach dem Umsatz versteuert. Richtig wäre, diese Steuer ganz zu beseitigen. Jedenfalls aber wäre bei Aufrechterhaltung der Steuer zu einem gerechteren Umbau zu schreiteu. Rohe Anfänge hierzu wären entweder der weitere Ausbau der ja auch im Hinblick auf die Umsatzbesteuerung eingeführten Freistellungen bei der Einkommensteuer oder die Befreiung gewisser lebenswichtigster Waren, wie z. B. Brot, Kartoffeln usw., von jeder Umsatzbesteuerung. Zweckmäßig würden wir hierneben die Veredelung der Umsatzsteuer nach dem Vorschlag von Siemens halten. In den Drucksachen [1]) des Reichswirtschaftsrats heißt es hierüber:

1 Druckf. 1920/1 Nr. 200.



„Von Siemens will nicht, wie es die heutige Umsatzsteuer tut, den Bruttoumsatz versteuern, sondern lediglich die Werterhöhung, die das betreffende Produkt durch den jeweiligen Besitzer erfährt. Er stellt zu diesem Zwecke dem Bruttoumsatz einen sogenannten Vorumsatz gegenüber. Der Vorumsatz soll alles das enthalten, was zur Erzielung des Bruttoumsatzes angekauft werden mußte. Er enthält also nicht die aufgewandten Löhne und Gehälter und den im Bruttoumsatz steckenden Bruttogewinn."

„Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß durch den Siemens'schen Vorschlag, der sich als eine Besteuerung des Lohnes plus Besteuerung des Bruttogewinnes charakterisiert, erreicht wird, daß jedes Produkt in jedem Stadium des Zirkulationsprozesses mit dem gleichen Steuersatz, wie z. B. 10 v. H. seines Wertes, belastet ist. Durch diese gleichmäßige Belastung, die vom Produzenten bis zum Kleinhändler durchgeführt wird, würden die rohen und schädlichen Wirkungen der allgemeinen Umsatzsteuer vermieden. Die allgemeine Umsatzsteuer erfaßt jeden Umsatz mit seinem vollen Wert. Sie erfaßt also Produkte, die wegen des hohen Grades ihrer Veredelung oder aus anderen Gründen durch viele Hände gehen, sehr häufig und belastet infolgedessen das Endprodukt ganz ungleichmäßig."

„Diese Ungleichmäßigkeit der Belastung", die auch der Siemens'sche Plan verhindern würde, „wird besonders bedenklich, wenn es sich um Produkte handelt, die zum Teil von einem einzigen Erzeuger, der mehrere Fabrikationszweige in seinem Werke vereinigt, hergestellt werden, während sie zum anderen Teil durch verschiedene Betriebe hindurchgehen und dadurch mehrfach mit der Umsatzsteuer belastet werden. Es kann durch diese verschiedenartige Belastung desselben Produktes ein ganz unnatürlicher und volkswirtschaftlich ungesunder Anreiz zur Vereinigung verschiedener Betriebsstufen in einer Hand (sogen. vertikaler Aufbau) geschaffen werden."

Der v. Siemens'sche Vorschlag hat also nach der einen Richtung die besonders für die wenig begüterten Konsumenten ins Gewicht fallende Folge, daß die gleiche Ware nur ein-



mal mit Umsatzsteuer belastet ist, den Gewerbetreibenden aber stellt er seinem Konkurrenten gegenüber auch dann gleich, wenn letzterer etwa mehrere Betriebsstufen in seinem Betriebe vereinigen sollte.

Wir könnten die Liste der Punkte, die wir in die hoffentlich kommende große Finanzreform zur Erzielung möglichst großer Steuergerechtigkeit eingesetzt wissen möchten, noch längere Zeit fortspinnen. So könnten wir z. B. auf die Untunlichkeit der Gleichstellung von Goldmark und Papiermark in einzelnen besonderen Steuerfällen, z. B. bei der Wertzuwachssteuer, auf Mängel des Reichsnotopfers, der neuen Besitzsteuern u. dergl. hinweisen. Aber wir glauben, daß dies nicht nötig ist, weil das, was diese Zeilen eigentlich wollen, sicher bereits verstanden ist.

Es ist auf nicht mehr, aber auch nicht auf weniger als auf die Schärfung des Gewissens hinsichtlich dessen, was auf steuerlichem Gebiete gerecht, was ungerecht ist, abgestellt. In der Hochflut der neuen Probleme, die uns in den letzten Jahren gestellt waren, hat sich dieses an sich schon geschwächte Gewissen weiter abgestumpft. Und da kann dies Erinnerungsblatt, selbst wenn es hie und da zu etwas voreiligen Schlüssen gekommen sein sollte, was natürlich bewiesen werden müßte, sicher nicht zwecklos sein. Die hier gemachten Vorschläge aber mögen als geringe Beiträge zu jener größeren gewaltigen Arbeit, die sich vorsetzt, Steuergerechtigkeit zu bringen, aufgefaßt werden.

Diese Steuergerechtigkeit aber hätte eine mehrfache Bedeutung. Sie würde sicher eine soziale Tat sein. Sie würde aber mehr als dies ein Preis auf die ewigen Gesetze sein, die wir Menschen in die Natur hineingeschrieben finden. Nicht zuletzt aber würde sie das sicherste Unterpfand dafür sein, daß die Bürger willig ihrer Steuerpflicht genügen und die Steuern jene Ergiebigkeit erlangen, die man ihnen im Interesse unseres schwer darniederliegenden Vaterlandes nur wünschen kann.



LXXXI.

Föderalismus einst und jetzt.

Von Professor Dr. Hans Pfeiffer, Meßkirch (Baden).

Auf dem zweiten Reichsparteitag der deutschen Zentrumspartei Mitte Januar ds. Js. kam Reichskanzler Dr. Wirth in seiner Rede auch auf den Föderalismus zu sprechen. In seiner temperamentvollen Art äußerte er sich folgendermaßen über diese Frage:

„Es ist nicht gut, wo wir gerade in den Randgebieten sitzen, wenn in unseren Reihen das Schlagwort: hie Unitarismus, hie Föderalismus ausgekämpft werden soll. Das ist doch nur wieder erfunden, um neues Pulver in den Zentrumsturm zu legen. Gießen Sie eine Kanne Wasser über diese theoretische Streitfrage und Sie werden sehen, das Pulver ist ganz unschädlich geworden. Wir wollen hier die Praxis reden lassen, und es ist notwendig, das ist ganz klar, daß im Zeitalter der Katastrophe die Kräfte mehr zusammengefaßt werden müssen. Daß da die Länder auch Opfer bringen müssen, das ist ganz klar. Aber die Welt nur sehen zu wollen, sagen wir mal, vom Schwarzwälderstandpunkt aus, etwa, wie die Bierpreise in meiner Heimat sich gestalten, die Welt sehen zu wollen nach dem Standpunkt, ob etwa eine Stadt in ihren Einrichtungen kultureller Art nicht mehr so vorwärts gehen kann wie früher — von diesem engen lokalen Kirchturmsstandpunkt aus können wir in den Stunden der großen Not die Politik des Reiches nicht führen. Wehren Sie sich um das, was Ihnen lieb und wert ist, aber man muß dabei über die engen Grenzpfähle der Heimat hinaussehen. Neben Hessen, Sachsen, Baden, Bayern gibt es auch noch Thüringen, und daneben muß man auch noch Verständnis haben für die große Geschlossenheit des preußischen Staatswesens. Man kann nicht mit einem Kochlöffel in der ganzen Sache herumrühren und nur von einem Zipfel unserer heimatlichen Erde aus unsere Reichspolitik treiben wollen."

Die Frage Föderalismus—Unitarismus ist keine Frage auswärtiger Reichspolitik, hat natürlich mit Reparationen usw. unmittelbar nichts zu tun, sondern ist eine ausgesprochen innerpolitische, innerstaatliche Frage und zwar eine von grundlegender Bedeutung. Von diesem Gesichtspunkte aus ist die Frage zu behandeln und zu werten. Ich unterlasse es, näher auf die Ausführungen des Reichskanzlers einzugehen, aber daß es sich für den Föderalisten nicht um lokale Kirchturmspolitik handelt, dafür ist die Geschichte der deutschen Zentrumspartei ein einziger großer Beweis. Der Föderalismus war nämlich im alten Zentrum nie eine Frage untergeordneter Bedeutung, sondern bildete den wichtigsten Eckstein der innerstaatlichen Auffassung der Partei. Zum Beweis hiefür seien im folgenden die Programme der Partei seit ihrem Bestehen herangezogen:

Die katholische Fraktion im preußischen Landtag, später Fraktion des Zentrums (katholische Fraktion), hatte sich nach 15jährigem Bestehen im Jahre 1867 aufgelöst. Von 1867 bis 1870 gab es kein Zentrum mehr. Die Hetze gegen die Katholiken wurde immer größer. Die Wahlen zum preußischen Landtag, Herbst 1870, standen bevor. Der Wunsch nach einer Vertretung der preußischen Katholiken wurde im katholischen Volke angesichts der antikatholischen Strömung immer lebhafter. Da veröffentlichte der Abg. Peter Reichensperger in der Köln. Volkszeitung vom 11. Juni 1870 einen Artikel, der ein Wahlprogramm darstellte für die bevorstehenden Wahlen. In diesem Programm steht als Punkt 3:

„Bewahrung des im Bundesvertrag und in der Bundesverfassung festgestellten föderativen Charakters des Norddeutschen Bundes gegenüber allen auf Einführung eines zentralisierten Einheitsstaates gerichteten, mit der wahren Freiheit und der eigenartigen Entwickelung des großen deutschen Vaterlandes unverträglichen Parteibestrebungen."

Als Frucht des Aufrufes von Peter Reichensperger erschien am 28. Oktober 1870 das sogenannte „Soester Programm"; hierin steht als Punkt 5:



5. „Für das ganze deutsche Vaterland ein Bundesstaat, der im Notwendigen die Einheit schafft, in allem Übrigen aber die Unabhängigkeit, freie Selbstbestimmung der Bundesländer, sowie deren verfassungsmäßige Rechte unangetastet läßt."

Am 21. März 1871 erstand neben dem Zentrum des preußischen Landtags das Reichszentrum. In den Richtlinien, die die neue Partei herausgab im gleichen Frühjahr und die bis 1918 das Programm der deutschen Zentrumspartei waren, lautet der erste Punkt:

1. Der Grundcharakter des Reiches als eines Bundesstaates soll gewahrt, demgemäß den Bestrebungen, welche auf eine Änderung des föderativen Charakters der Reichsverfassung abzielen, entgegengewirkt, und von der Selbstbestimmung und Selbsttätigkeit der einzelnen Staaten und allen inneren Angelegenheiten nicht mehr geopfert werden, als die Interessen des Ganzen es unabweislich fordern."

Welch hohe Bedeutung die Zentrumsfraktion des deutschen Reichstags der Erhaltung des föderativen Charakters Deutschlands beimaß, ergibt sich schon daraus, daß dieser Punkt an die erste Stelle in den Richtlinien gesetzt wurde. Es ist nicht ohne Interesse, daran zu erinnern, daß jene Richtlinien unterschrieben wurden von: von Savigny, Dr. Windthorst, von Mallinckrodt, Probst, P. Reichensperger, Karl Fürst zu Löwenstein, Freytag.

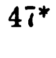
Festhaltend an den Richtlinien vom Frühjahr 1871 hat die Zentrumsfraktion des Reichstags keinen Wahlaufruf hinausgegeben, der nicht an diese erinnerte und sie unterstrich.

So heißt es im Reichstagswahlaufruf, 24. Juni 1873:

„Als Leitsterne unseres Handelns bezeichneten wir (Frühjahr 1871):

1. Die Bewahrung des verfassungsmäßigen Grundcharakters des Reiches als eines Bundesstaates — nur in dem Notwendigen die Einheit, in allem Übrigen die freie Selbstbestimmung der Einzelstaaten des Reiches."

Die Wahrung des föderativen Charakters Deutschlands





wird hier ausdrücklich als Leitstern der Zentrumspolitik bezeichnet.

Im Wahlaufruf Dezember 1876 für die Reichstagswahlen im Jahre 1877 ist zu lesen:

„Der falsche Liberalismus erhebt immer kühner sein Haupt und droht insbesondere den Grundcharakter des Reiches als eines Bundesstaates nach und nach zu untergraben.

Diesen Bestrebungen ist die Zentrumsfraktion, getreu ihrem Programm, stets mit aller Entschiedenheit entgegengetreten. . . . .

Die Bewahrung des verfassungsmäßigen Grundcharakters des Reiches als eines Bundesstaates bedingt nur im Notwendigen die Einheit, in allem Übrigen aber die freie Selbstbestimmung der Einzelstaaten. Bestrebungen, diese verbürgten Rechte zu verkürzen, müssen mit Entschiedenheit bekämpft werden.“

Es ist für heute nicht ohne Interesse, auch folgenden Passus aus dem Wahlaufruf für 1877 hier anzuführen:

„Es ist daher dem auch finanziell und wirtschaftlich nachteiligen Plane der Erwerbung der Eisenbahnen durch das Reich entgegenzutreten, ...“

Also in erster Linie aus dem föderalistischen Prinzip heraus wurde die Verreichlichung der Eisenbahnen abgelehnt, nicht nur damals, auch bis zum Kriege. Die Partei war sich zugleich aber auch darüber klar, daß eine Verreichlichung finanziell wie wirtschaftlich nachteilig sei. Hat die Partei nicht damals richtig gesehen? Die Gegenwart lehrt es uns, und die Zukunft wird diese Lehren nur erhärten, daß die getätigte Form der Verreichlichung der Eisenbahnen kein Segen für uns war.

Nach nur zwei Sessionen wurde der Reichstag aufgelöst, Neuwahlen wurden ausgeschrieben. Im Wahlaufruf, Juni 1878, ist zu lesen:

„Hiermit ist auch unsere Forderung auf die Bewahrung des verfassungsmäßigen Grundcharakters des deutschen Reiches als eines Bundesstaates,



sowie unser Einspruch gegen die Erwerbung der Eisenbahnen durch das Reich wiederholt zum Ausdrucke gebracht."

Im Wahlaufruf 1881 (Juni) wird, wie stets bisher, der föderalistische Charakter des Reiches besonders unterstrichen. Es heißt da:

„Dementsprechend haben wir unsere Forderung auf die Bewahrung des verfassungsmäßigen Grundcharakters des deutschen Reiches als eines Bundesstaates in der abgelaufenen Legislaturperiode, wo immer nötig und möglich, zur Geltung gebracht und werden auch ferner treu festhalten an diesem, dem Rechte, dem Charakter und dem Wohle des deutschen Volkes gleich sehr entsprechenden Grundsatz."

Der folgende Wahlaufruf, September 1884, enthält folgenden Satz:

„. . . . , und die Reinhaltung und Behauptung des geschichtlichen und verfassungsmäßigen Grundcharakters des Deutschen Reiches als eines Bundesstaates, werden auch künftig unsere wachsende Obsorge in Anspruch nehmen."

Infolge Auflösung des Reichstags wegen einer Heeresvorlage mußte die Zentrumsfraktion des Reichstags bereits Januar 1887 wieder ihre Anhänger zur Wahl aufrufen. In dem betreffenden Wahlaufruf, 14. Januar 1887, steht u. a. der Satz:

„Nicht minder wird die Aufrechterhaltung des geschichtlichen und verfassungsmäßigen Grundcharakters des Deutschen Reiches als eines Bundesstaates auch künftighin unsere ernsteste Sorge sein."

Das Jahr 1890 brachte wieder Neuwahlen. Der Wahlaufruf, Januar 1890, schreibt u. a.:

„Unter steter Wahrung des verfassungsmäßigen föderativen Grundcharakters des Deutschen Reiches werden wir . . . ."

Wiederum, wie 1887, wurde wegen einer Heeresvorlage der Reichstag aufgelöst und das Volk zur Urne gerufen. In

dem betreffenden Wahlaufruf, Mai 1893, der Reichstagszentrumsfraktion wird wie bisher stets der Föderalismus betont und zwar diesmal mit folgenden Worten:

„Demgemäß halten wir insbesondere unverbrüchlich fest an der Reinhaltung, Behauptung und vollen Auswirkung des geschichtlichen verfassungsmäßigen Grundcharakters des Deutschen Reiches als eines Bundesstaates. . . . . ."

Dieser Reichstag erlebte ein normales Ende, daher mußte erst wieder 1898 zu den Wahlen geschritten werden. Gemäß den Richtlinien der Partei unterstreicht auch dieser Wahlaufruf, 6. Mai 1898, den Föderalismus. Es heißt da:

„Wir wahren treu die Rechte des Kaisers, der verbündeten Fürsten und der Einzelstaaten. Ebenso unerschütterlich wahren wir . . . ."

Der folgende Wahlaufruf, 2. Mai 1903, enthält den Satz:

„Auf Grund des von glorreichen Vorgängern im Jahre 1871 entworfenen und in schweren Stürmen erprobten Programms treten wir mit gleicher Entschiedenheit ein für das Reich wie für die Einzelstaaten, für die Rechte des deutschen Volkes und seiner verschiedenen Stämme wie für die Rechte des Kaisers und der Bundesfürsten."

Wegen Ablehnung einer Mehrforderung der verbündeten Regierungen für die militärische Expedition im südwestafrikanischen Schutzgebiete im Betrage von 8'900,000 ℳ wurde 1906 der Reichstag aufgelöst und Neuwahlen wurden ausgeschrieben. Der Wahlaufruf der Zentrumsfraktion des deutschen Reichstags vom 15. Dezember 1906 ist auffallend kurz, beschäftigt sich fast nur mit den im Vordergrunde der Interessen stehenden Kolonialfragen, den Budgetrechten und Steuerfragen. Kirchenpolitische und sozialpolitische Fragen usw. werden gar nicht besonders angeführt. Es heißt nur gegen Schluß:

„Nach wie vor stehen wir auf dem Boden unseres Wahlprogramms vom Jahre 1903."

Die letzte Reichstagswahl vor dem Kriege fand Anfang 1912 statt. Der Wahlaufruf der Reichstagsfraktion des deutschen Zentrums (Dezember 1911) enthält u. a. den Satz:



„Die Zentrumspartei steht fest auf dem Boden der Reichsverfassung; unter Wahrung des föderativen Prinzips tritt sie jederzeit für die Rechte des Volkes und der Volksvertretung ein."

Wir sehen, seit ihrem Bestehen bis zum Weltkrieg hat die deutsche Zentrumspartei unverbrüchlich am Föderalismus festgehalten, festgehalten „gegenüber den Bestrebungen, welche auf eine Änderung des föderativen Charakters der Reichsverfassung abzielten", festgehalten gegenüber den zentralistischen Bestrebungen des Liberalismus, festgehalten als Leitstern innerstaatlicher Politik, festgehalten am Föderalismus, als an einem „dem Rechte, dem Charakter und dem Wohle des Volkes gleich sehr entsprechenden Grundsatz."

So großen Wert legte die Partei auf die „unverbrüchliche" Erhaltung und Wahrung des föderativen Charakters des Reiches, daß die Reichspartei keinen einzigen Wahlaufruf hinausgab, ohne für den Föderalismus eigens einzutreten, ihn als wesentliche Aufgabe der Partei besonders hervorzuheben. Nun stelle man dem gegenüber die tatsächlichen Vorgänge seit 1918 und die dabei eingenommene Haltung der Zentrumspartei, und eine offensichtliche Kursänderung tut sich auf. In dem Augenblick, da die Vertreter und Verfechter des Zentralismus zum Schlage ausholten, da ihnen die Zeit und die Umstände günstig erschienen, wo es also zur Machtprobe zwischen Zentralismus und Föderalismus kommen sollte, da unterlag das föderalistische Prinzip. Der Zentralismus, den das Zentrum durch etwa 50 Jahre hindurch bekämpft, und gegen den es sich aus rechtlichen und geschichtlichen Grundsätzen heraus mit Macht gestemmt, hielt seinen feierlichen Einzug im neuen Deutschland.

Das föderalistische Prinzip unterlag in erster Linie, weil seine bisherigen Verfechter ihre Position zu schwach verteidigten, noch mehr, weil in ihren eigenen Reihen und zwar in führender Stellung der Föderalismus über Bord geworfen wurde, ja man war teilweise in das Lager der Zentralisten selbst übergelaufen. Oder war nicht Erzberger entschiedener Zentralist geworden? Folgende Stelle aus der Rede des damaligen Reichsfinanz-



ministers Erzberger in der 52. Sitzung der Nationalversammlung vom 9. Juli 1919 gibt wohl eine ganz unzweideutige Antwort:

„Wenn vor 100 Jahren Napoleon glaubte, daß er durch Wegräumung unmittelbarer Reichsstädte und kleiner Fürstentümer sich selbst nützen würde, so ist er im Lichte der Geschichte mit ein Bahnbrecher dafür geworden, daß die deutsche Einheit 1871 geschaffen werden konnte. Er hat aufgeräumt mit vielem, was nicht mehr lebenskräftig war. Ich gebe mich keiner Täuschung hin und bin überzeugt, die Geschichte wird mich nicht Lügen strafen: die Durchführung dieses Friedensvertrages mit seinen kolossal harten Lasten in Deutschland wird der erfolgreichste Schritt zu dem gewünschten deutschen Einheits- und Nationalstaat werden. (Sehr gut links und bei den Demokraten). Es wird ein Ding der Unmöglichkeit sein, unter den gegebenen ungeheuren Lasten dieses Friedensvertrages alle die Einrichtungen in den Gliedstaaten aufrecht zu erhalten, die bei einem anderen Ausgang des Krieges vielleicht hätten aufrecht erhalten werden können. Es wird das auf die Gesetzgebung in den Einzelstaaten übergreifen und dort vereinfachte Formen schaffen; es wird übergreifen auf die Verwaltung, besonders auf die Steuerverwaltung, für die ich selbst verantwortlich bin. Ich bin überzeugt, daß in zwanzig bis dreißig Jahren — so lange wird der jetzige Frieden zwar unverändert nicht dauern, das ist auch meine Überzeugung — das Deutsche Reich in seiner inneren Struktur ganz anders dastehen wird, als es am 9. November 1918 oder am Tage der Unterzeichnung des Friedens dastand. Es wird dazu führen, daß alle Kräfte in unserem deutschen Vaterlande und Volke sich auslösen, ohne Hemmungen und Rücksichten auf Althergebrachtes, Altgewordenes, das vielleicht an die Monarchie oder an reine Zufälligkeiten geknüpft war. Es wird herauskommen die ursprüngliche Kraft unseres Volkes, sie wird manche Schranke entfernen und dazu führen, daß Deutschland als geschlossener deutscher Nationalstaat dastehen wird."

Ich habe mit Absicht die ganze Stelle angeführt, um klaren



Einblick zu geben in die staatspolitische Richtung Erzbergers. Sie heißt Zentralismus, Einheitsstaat als wünschenswertes Ziel, gleichzeitig ein fast mitleidiges Lächeln für Althergebrachtes, Altgewordenes, reine Zufälligkeiten.

Und nun lese man folgendes Zitat: „Der bundesstaatliche Charakter des Reiches bedarf gegenüber den zentralistischen Richtungen noch erhöhten Schutzes als früher, da das ganze Wirtschafts- und Rechtsleben heute ein einheitliches ist. Die Geschichte des deutschen Volkes aber beweist uns, daß die deutschen Stämme die französische oder englische Einheitsform nicht tragen wollen; je kräftiger die Glieder sind, desto stärker ist das ganze Reich."

Von wem stammt es? Vom Reichstagsabgeordneten Erzberger, zu lesen auf Seite 100 mit 101 des Buches: Das deutsche Zentrum von M. Erzberger, Verlag der „Internationale Verlagsbuchhandlung: Messis" Amsterdam, Nassaukade 122; verlegt im Jahre 1910.

Liegt hier nicht ein vollendeter Frontwechsel vor? Kurz vor dem Kriege: Aus Prinzip und mit Hinweis auf die Geschichte die Forderung nach erhöhtem Schutz gegen den Zentralismus, und 1919: aus Prinzip — wohlgemerkt nicht notgedrungen aus äußeren Verhältnissen — und ebenfalls mit Hinweis auf die Geschichte zielbewußtes Hinstreben nach dem Einheitsstaat. Hiebei ist wohl zu beachten, daß Reichsfinanzminister Erzberger durch sein Wissen, seine Tatkraft und Energie und einen bewundernswerten Instinkt für die Dinge des Tages eine beherrschende Stellung in der Partei gegen Kriegsende und besonders in der Revolutionszeit eingenommen hatte. Ferner ist nicht zu vergessen, daß bei den Revolutionswahlen 1919 von den Anhängern der Zentrumspartei der Föderalismus eine gewichtige Rolle spielte. Bei uns in Baden schlossen die Wahlreden fast durchweg mit dem Worte: „Baden den Badenern." Und dieses Wort zündete. Die Reichsverfassung zeigte aber nicht mehr viel von dem alten Föderalismus. Die Zeiten haben sich allerdings geändert, die Monarchien sind gestürzt, Deutschland ist republikanisch, unser Vaterland seufzt unter der Last von Versailles.



Aber all dies bedingte nicht wesentlich den Zentralismus, sondern diente den Zentralisten lediglich zum Vorwand, um ihr Staatsziel durchzusetzen. Denn es wird niemand u. a. behaupten wollen, daß der Föderalismus an die monarchische Staatsform wesenhaft geknüpft ist und daher nach Sturz der Monarchien keine Existenzberechtigung mehr habe.

Man wendet ein, durch die Neugestaltung sei die Vormacht Preußens gebrochen und daher habe der Föderalismus nicht mehr die Bedeutung wie früher. Auf dem Papier mag Preußens Vormacht nicht mehr existieren, aber in Wirklichkeit ist heute Preußen beherrschender denn je. In welchen Verwaltungszweig, der heute Reichssache ist, man auch hineinsehen mag, Muster und Vorbild ist Preußen. Gute bewährte Einrichtungen der Länder, besonders Süddeutschlands mußten Platz machen rückständigen preußischen Gewohnheiten. Ich erinnere hier nur an die Finanzverwaltung. Ich weise hier auf das neue Beamtenpensionsgesetz, das z. B. für Baden eine wesentliche Verschlechterung bedeutet, hin. Die alten, guten badischen Gesetze mußten der Reichsregelung weichen. Diese Reichsregelung ist aber nichts weiter als die preußische Kopie!

Ich erinnere an den letzten württembergischen Zentrumsparteitag, der energisch Front machte gegen den immer weiter um sich greifenden Zentralismus, an den scharfen Kampfartikel des Zentrumsmannes und hessischen Ministers von Brentano, an die scharfen Worte des badischen Zentrumsmannes und Finanzministers Köhler in der badischen Kammer gegen die Berlinerei, die immer rücksichtsloser über die Belange der Länder hinweggeht.

Schreibt nicht auch der badische Zentrumsführer Prälat Dr. Schofer in seiner Broschüre: „Politische Briefe über das alte und neue Zentrum“ (Druck u. Verlag Preßverein Freiburg i. B. 1922) auf S. 28. „Ich selbst ließ es an Warnung vor dem Zuviel (nämlich an Zentralismus) nicht fehlen;“ wenn aber Prälat Dr. Schofer die Haltung des Zentrums in dieser Frage durch Zitate des Bischofs Emanuel Freiherr von Ketteler zu rechtfertigen sucht, so scheint mir dieser Versuch nicht ge=



lungen zu sein, denn Ketteler schreibt ja, wie Prälat Dr. Schofer selbst zitiert:

„Der vollen und rückhaltlosen Anerkennung der Reichsgewalt steht daher zur Seite die volle, rückhaltlose und ehrliche Anerkennung der Selbständigkeit der einzelnen deutschen Länder in Gesetzgebung und Verwaltung, soweit sie die wesentlichen Rechte der Reichsgewalt nicht aufhebt. Ich sage der redlichen Anerkennung der Selbständigkeit der einzelnen Länder im Gegensatz zu jener zentralistischen Richtung, welche das Bestehen der einzelnen Länder nur zum Scheine anerkennt und dagegen mit allen Mitteln dahin strebt, sie baldmöglichst zu beseitigen."

Haben wir nicht heute diese zentralistische Richtung, die die Länder langsam aber sicher als selbständige Glieder im Rahmen des Reichsganzen beseitigen will und leider auch schon weitgehend beseitigt hat? Gegen diese Tendenz hat Ketteler Stellung genommen, vor ihren Folgen gewarnt. Allerdings hat Ketteler auch dringend gewarnt vor einer Wiederkehr jener Zustände, da die Reichsfürsten allzu selbständig regierten und dadurch die einheitliche Reichsgewalt unterhöhlten zum Schaden von Volk und Vaterland, und betont, daß diese Unterhöhlung der Reichsgewalt, wenn wieder „schwere und kritische Zeiten" kommen sollten, schwere Schädigungen zur Folge hätte. Diese Befürchtungen aber bestanden schon lange nicht mehr und drohten auch nicht 1918; der Kurs steuerte im anderen Extrem. Ketteler als Kronzeuge zur Rechtfertigung der Wandlung vom Föderalismus zum Zentralismus innerhalb der Zentrumspartei dürfte daher in der Tat nicht angebracht sein. An den am föderalistischen Prinzip festhaltenden Kreisen innerhalb der deutschen Zentrumspartei liegt es, mehr noch als bisher in zäher Ausdauer immer wieder ihre Stimmen zu erheben, bis schließlich der Föderalismus wieder ganz in seine Rechte eingesetzt ist und zwar ein Föderalismus, wie ihn der württembergische Zentrumsminister Graf in seiner Rede auf dem letzten schwäbischen Zentrumsparteitag zum Schlusse in die Worte zusammenfaßte:

„Wir geben dem Reiche gerne, was des Reiches, behalten aber auch — und fordern dazu — was der Länder ist.“

Diese Frage darf nicht von der Tagesordnung verschwinden, bis sie endgültig gelöst ist, denn von ihrer Lösung hängt die innerpolitische Entwicklung des Reiches, hängen Sein oder Nichtsein eines wirklich deutschen Staatswesens ab. Es handelt sich hier um eine Lebensfrage für das deutsche Volk, um die Zukunft der deutschen Kultur, um die Erhaltung und Entfaltung der besonders gelagerten süddeutsch-katholischen Kultur. Was einst Leitstern war, muß wieder Leitstern werden.

LXXXII.

Ketteler und der ständische Gedanke.

Der große deutsche Klassiker der christlichen Politik Bischof Emmanuel von Ketteler war ein ausgesprochener Anhänger der ständischen Verfassung. Er zog sie dem Konstitutionalismus deshalb vor, weil hier die bindende Kraft nur äußerlich und mechanisch wirkt, weil zwischen Gewählten und Wählern keine Verbindung besteht, weil der Gewählte nur eine Partei vertreten kann, die Wähler aber alle Parteien im Volke vertreten, weil das Volk seine Abgeordneten nur zu oft nicht versteht, wenn sie nicht gerade die Sprache der Leidenschaft reden oder es durch gemeine Interessen gewinnen, wodurch dann die Wahlumtriebe entstehen, weil der Gedanke der Volksvertretung nur dann berechtigt wäre, wenn die Wahl das Resultat einer ruhigen, besonnenen, grundsätzlichen Überlegung wäre, während sie in Wirklichkeit so oft das Resultat der Aufregung aller Leidenschaften im Volke, der Anwendung der unmoralischsten Mittel, des Mißbrauchs der Gewalt, des Eigennutzes ist.

Im Gegensatz dazu sieht Ketteler in der auf Stände und Korporationen gegründeten Verfassung die organische Form einer Volksvertretung, die wahre Selbstregierung, die wahre Interessenvertretung (statt Partei oder persönliche Interessenvertre-



tung). Er erkennt in dem Egoismus wohl die Gefahr der Ständevertretung, deren Entwickelung durch den fürstlichen Absolutismus drei Jahrhunderte hindurch unterbrochen wurde, weshalb jetzt freilich für eine ständische Verfassung ganz andere Formen als im Mittelalter nötig wären. Wie ganz anders würden nach seiner Ansicht die Interessen der einzelnen Stände zur Geltung kommen, wenn sie als große durchgebildete Korporationen sich selbst vertreten könnten als jetzt, wo jeder Abgeordnete eigentlich Alles in Allem vertreten muß.

Es kann kein Zweifel sein, daß die ständische Vertretung die Gefahr der Interessenvertretung weniger in sich birgt als der Konstitutionalismus und Parlamentarismus. Denn der Gedanken des Alle für Einen und Einer für Alle, d. h. der Solidarität der Stände kann doch in der ständischen Vertretung weit mehr herausgearbeitet werden. Denn, wollte ein Stand eine eigensüchtige Politik verfolgen, so müßte er dies als solcher tun und würde sofort mit dem Widerspruch der andern Stände zu rechnen haben. Es ergäbe sich also für ihn eine viel größere Gefahr der Bloßstellung als beim Konstitutionalismus, wo die egoistische Interessenpolitik viel leichter verschleiert werden kann und vielfach mangels Sachkenntnis oder wegen Fehlens berufener und befähigter Vertreter der gefährdeten Stände nicht so leicht verhindert werden kann.

Ketteler geht so weit, die Parlamentswahlen geradezu ein „Trugsystem" zu nennen, das der Liberalismus erfand, um dem Volk seine Souveränität vorzutäuschen, während es in Wirklichkeit nur eine willenlose, vom Staat geleitete, mißbrauchte Masse ist.

Bischof von Ketteler ist auch ein Gegner der Zentralisation, die eine Erfindung des Absolutismus ist. Diese Erfindung ist zugleich eine solche des Liberalismus, der ja an den Fürstenhöfen des Absolutismus großgezogen wurde und dann zur Revolution führte. Heute, in der Republik, sowohl in der französischen wie in der deutschen, ist die Zentralisation Trumpf. Zu ihr wurde besonders von Erzberger der Grund gelegt, der gewiß keinen klaren Blick für die Gefahren dieser Staatsorga-



nisation besaß. Die Zentralisation, sagt Ketteler, entzieht dem größten Teil der Bevölkerung jede wahre Einsicht in alle öffentlichen Angelegenheiten und Verhältnisse; im Gegensatz zur Selbstverwaltung, die eine durch alle Klassen verbreitete Schule für das öffentliche Leben ist. Ketteler beruft sich auf die Anschauung des hl. Thomas von Aquin (de regimine princip. Lib. I cap. 3). Wo die Schule des Lebens fehlt, können nur die allerverkehrtesten und irrigsten Ansichten Platz greifen und Unwissende und Unerfahrene werden dann das große Wort über die Staatsverhältnisse führen. An dieser Folge der Zentralisation, meint Ketteler, leiden wir in unserer Zeit im höchsten Grade. Die großen Wortführer in der Presse sind Parteimänner, die alle Fragen nach Parteiinteressen behandeln und der Schule des Lebens fernstehen. Das gilt auch von unseren politischen Versammlungen, wo nur zum kleinsten Teil Diejenigen versammelt sind, die selbst in den Verhältnissen leben, von denen in der Presse und in den Versammlungen gesprochen wird. Es entsteht so dieses oberflächliche Schwätzen, von dem die Welt wahrhaft erfüllt ist.

„In dieser Gliederung nach Ständen, sagt Ketteler, oder, weil der Begriff noch viel weiter geht, nach den aus der Natur der Sache aus dem gesamten Menschenleben sich von selbst ergebenden Verbänden, — zu ihnen gehören nämlich nicht nur die Stände, sondern auch die übrigen Verbände, Familie, Gemeinde, Provinz, Staat, Kirche — würde sich dann die wahre Selbstregierung, die wahre und echte Volksvertretung, die idealste und zugleich praktischste Teilnahme aller Volksklassen am öffentlichen Leben ergeben. Wir glauben nicht, daß es möglich ist, zu dieser organischen Gliederung des politisch-sozialen Lebens wie mit einem Sprunge zurückzukehren, und dafür sofort ein ein für allemal fertiges Gesetzbuch festzustellen; wir glauben aber, daß uns jene innere Politik dauernde staatliche Zustände begründen wird, die nach diesem Ziele hinstrebt und dazu erstens alle noch vorhandenen organischen Verbände stärkt, kräftigt, und zweitens für jene, die kein äußerliches Band mehr haben, ein solches anbahnt. Wir halten das nicht nur nicht für schwer,

sondern für leicht. Der Kaufmannsstand hat schon seinen Verband; man gebe ebenso dem Handwerkerstand, dem Arbeiterstand, dem Bauernstand, dem Adel, wenigstens als dem Großgrundbesitzer, Gelegenheit, für die gemeinschaftlichen Interessen sich eine Form zu bilden, und es würde sich dieselbe ohne Zweifel wenigstens in kräftigen Anfängen bald wieder finden. Wie sehr ein solches Bestreben, immer begleitet von sittlichen und religiösen Grundgedanken, das innere Leben der deutschen Staaten wieder befestigen würde, ist gar nicht abzusehen. Der ganze Geist der Revolution, der ja nur stark ist, weil er die Massen des Volkes so leicht irre führen kann, wäre an die Kette gelegt, und der Einfluß aller Volksverführer würde allmählich verschwinden. Der Staat würde wahrlich nicht gefährdet werden, wenn er in der Freiheit, die er diesen einzelnen Ständen einräumte, so weit als möglich ginge; wenn der so organisierte Arbeiterstand und Handwerkerstand auch in der Reichsversammlung seine volle Vertretung fände. Eine Versammlung, in welcher neben den höchsten Ständen auch die Arbeiter säßen, wäre ihm ersprießlicher als eine solche, wo einige Parteiführer und eine große Zahl blinder Genossen vereinigt sind. Im alten Deutschland saß der reichsunmittelbare Bürgermeister des kleinen Reichsstädtchens auf der Reichsbank wie die ersten Reichsstände. Das war deutsch; kehre man zu solchen Vorbildern wieder zurück. Das, was damals einigen Bauern zustand, gebe man in der Ordnung der betreffenden Verbände allen, und was damals nur den freien Männern gebührte, räume man jetzt wieder in der rechten organischen Gliederung allen ein, und es wird sich ein neues, deutsches, lebenskräftiges, inneres politisches Leben auf germanischer Grundlage entwickeln." Soweit Bischof von Ketteler.

Es wäre interessant, zu wissen, wie sich die heutigen Führer des Zentrums, die sich so gerne auf Ketteler berufen, zu diesen Anschauungen des großen Bischofs stellen. Aus Opportunitätsgründen haben sie es bisher nicht versucht, diese Ideen zu vertreten, deren Verwirklichung natürlich nur im Wege der Entwickelung, d. h. der Gesetzgebung herbeigeführt werden kann.



LXXXIII.

Das Kabinett Seipel.

Wien, 8. Juni.

Seit dem 31. Mai hat die demokratische Republik Österreich ein Kabinett Seipel.

Dr. Ignaz Seipel ist seit 1917 Professor der Moraltheologie an der Wiener Universität, ist päpstlicher Hausprälat und war im entscheidungsreichen Oktober 1918 als Minister für soziale Fürsorge Mitglied des Kabinetts Lammasch, des letzten Kabinetts, das der Ende April auf Madeira verschiedene Kaiser Karl von Österreich eingesetzt hat.

An der Spitze der jetzigen österreichischen Regierung steht also ein leibhaftiger päpstlicher Prälat und einer der letzten Minister des Kaisers Karl. Und seinem Kabinett gehören außer fünf anderen Christlichsozialen auch drei großdeutsche Parteimänner, ein Vertreter der Bauernpartei und ein Beamter an. Die 58 Sozialdemokraten der Nationalversammlung haben allerdings gegen Seipels Wahl zum Bundeskanzler gestimmt, aber in seiner Antrittsrede konnte Seipel selber ausdrücklich und ohne Widerspruch in launiger Weise hervorheben, daß gerade sie, die Sozialdemokraten, schon wiederholt und laut nach ihm gerufen hätten. Er hat aber sich allen Parteien dadurch empfohlen, daß er einerseits sichtlich von Anbeginn an als der immer gegenwärtige taktische Führer der Christlichsozialen sich erwiesen, anderseits aber in allen seinen Reden einer strengen, werbenden Sachlichkeit ohne alle verletzenden Spitzen sich beflissen hat. Seine ganze Tätigkeitsart mußte notwendig den Eindruck erwecken: wenn er schon von seiner Sache so vollständig eingenommen ist, so soll er auch Gelegenheit haben und nehmen, dieser Sache an der Spitze der Regierung zum Durchbruch zu verhelfen.

Bereits das Kabinett Schober, dem die nicht näher zu

qualifizierenden Großdeutschen den Vertrag von Lana nicht verzeihen mochten, war eigentlich Seipels Werk. Als dann Schober von den Großdeutschen wirklich gestürzt wurde, zögerte Seipel nicht, sofort mit einem in acht Punkte gefaßten Aktionsprogramm hervorzutreten, und jetzt zögerten auch die Großdeutschen nicht mit dem Bekenntnis, daß es nicht angehe, blos Minister zu stürzen und nichts an deren Stelle zu setzen, daß sie also die Mitwirkung an einer neuen Regierung nicht ablehnen könnten. So ist also unter Seipel eine christlichsozial-großdeutsche Arbeitsgemeinschaft zustande gekommen.

Dr. Seipel ist am 19. Juli 1876 geboren, wird also am nächsten 19. Juli seinen 47. Geburtstag begehen. Seine letzten Studienjahre fallen sonach in eine Zeit, wo in Österreich der aus dem Deutschliberalismus hervorgegangene Deutschnationalismus sich zum Nurdeutschtum steigerte und auch in die Reihen der früher rein altdemokratischen Lueger-Partei einzudringen begann, während in Deutschland der Wilhelmismus seine ersten Sprößlinge ansetzte. Es ist demnach fast selbstverständlich, daß auch in Seipels Programmrede vom 31. Mai die Eindrücke der damaligen Zeit sich wiederfinden. Vom Ende seiner Ministerschaft unter Kaiser Karl sprechend, sagte Seipel in dieser Rede beispielsweise: „Wenn auch der alte Staat nicht mehr bestand, so lebte doch unser Volk noch, und es mußte für dieses Volk ein neues Dach gezimmert werden.“

Und an einer anderen Stelle heißt es: „Mein Bekenntnis zur Republik hat daher den Sinn eines Bekenntnisses zur Arbeit für das Volk in der Republik.“

Man sieht in diesen Sätzen sofort, daß da zwischen Volk und Staat ein wesentlicher Unterschied gemacht werden soll, ein so großer Unterschied, als ob ein Volk ohne Staat und ein Staat ohne Volk möglich, wenigstens denkbar wäre.

Es ist hier nicht die passende Gelegenheit, auf dieses an sich allerdings ungemein tief greifende Thema näher einzugehen, es muß genügen zu sagen, daß das alte Öster-

reich gerade an dieser Unterscheidungstheorie zugrunde gegangen ist, respektive, da die mächtigst gewordenen Parteien beharrlich auf dieser Auffassung bestanden, zugrunde gehen mußte.

Welches ist nun aber das konkrete Aktionsprogramm, das Dr. Seipel alsbald nach dem Sturze Schobers am 26. Mai in der „Reichspost" veröffentlicht hat und das die eigentliche Grundlage der jetzigen christlichsozial-großdeutschen Arbeitsgemeinschaft bildet? Es ist im Grunde dasselbe Programm, das schon vor mehr als einem Jahre (9. Mai 1921) von den Delegierten (Avenol ꝛc.) der Finanzsektion des Völkerbundes mit dem damaligen Kabinet Mayr vereinbart und das damals ausdrücklich von allen Parteien, auch den Sozialdemokraten, approbiert worden ist. Dieses, wie gesagt, unter der Ägide des Völkerbundes stehende Programm hatte vor allem zur Voraussetzung, daß die österreichischen Parteien die Austragung ihrer eigentlichen Parteigegensätze — gemeint sind in erster Linie die Kämpfe um die sogenannten Kulturfragen — bis zur Herstellung einer wirtschaftlichen Ordnung im Staate verschieben und zurückstellen. Was dann diese wirtschaftliche Ordnung selbst betrifft, solle dieselbe ungefähr pari passu durch entsprechende finanzielle Reformen im Innern und durch ebenso entsprechende Kredite von außen erzielt werden, wobei wieder zur Voraussetzung gemacht wurde, daß — behufs Erleichterung der Auslandkredite — die Siegerstaaten auf das ihnen laut Vertrag von St. Germain zustehende Generalpfandrecht auf allen österreichischen Besitz für eine wieder entsprechend lange Zeit (20 bis 30 Jahre) zu verzichten hätten.

Dieses Programm ist, wiewohl seither schon über ein Jahr verstrichen ist, bislang nur zum kleinsten Teile durchgeführt worden. Wohl sind im Innern ganz enorme Erhöhungen aller Steuern und Abgaben ins Werk gesetzt worden. Weil aber die Rückstellung des Generalpfandrechtes selbst bis heute noch nicht endgiltig erfolgt und infolge dessen auch nur ein ganz kleiner Auslandskredit erlangt worden ist, so haben alle diese Abgabenerhöhungen nur neue Ver-



teuerungswellen und damit auch neuerliche Ausgaben-Erhöhungen über das Land gebracht, so daß das Budgetdefizit des heurigen Jahres auf die schwindelige Höhe von 300 Milliarden geschätzt wird. Das Programm des Dr. Seipel sieht nun eine noch energischere und umfassendere Fortsetzung der inneren finanziellen Sanierungs-, und natürlich gleichzeitig auch eine noch kräftigere Betreibung der äußeren Kreditaktion vor, und als eigentlich neuen (achten) Punkt enthält dieses Programm nur den: daß zur ungestörten Durchführung des ganzen Programmes eine Art Diktatur-Komitee eingesetzt und weitgehend bevollmächtigt werden soll.

Der Schwerpunkt der ganzen Aktion des neuen Seipel-Kabinetts wird also in die Schaffung und entsprechende Organisierung dieses Diktatur-Komitees zu liegen kommen. Und worin hier wieder das punctum saliens zu suchen sein wird, läßt sich leicht an einigen Beispielen klar machen. Gleich nach dem sogenannten Umsturz sind, und zwar mit Zustimmung aller Parteien, eine Menge Soldatenräte, Arbeiterräte, Betriebsräte und daneben außerdem noch allerlei wirkliche und auch nur angebliche gewerkschaftliche Verbände selbst bis zu den obersten Beamtenkategorien hinauf gebildet worden, und alle diese Räte und Verbände waren nur auf das eine Ziel bedacht und berechnet: möglichst wenig Arbeit und Disziplin, und möglichst hoher Lohn und Gehalt. Das alles und sogar auch eine Anzahl von — durchaus schmählich mißlungenen — Sozialisierungsversuchen wurde dann mit peinlichst vorteilhaft ausgearbeiteten Lohn- und Gehaltsschemen auch noch besonders in Gesetzen festgelegt. Eine dichte Welle von geistigem Bolschewismus hatte sich — zwischen Kurt Eisner in München und Bela Kun in Budapest — über das ganze Land gelegt.

Aber selbst das wäre vielleicht alles noch zu ertragen gewesen. Seinen Gipfelpunkt erreichte dieses wahnsinnige Treiben mit der prinzipiell allgemeinen — nur mit genauer Not wurde der landwirtschaftliche Betrieb ausgenommen — Einführung des Achtstundentages, aber mit Beibehaltung

44*



der aus der Kriegszeit überkommenen doppelt und dreifach bezahlten Überstunden. Dieses Überstundensystem ist schon zur Kriegszeit vielfach arg mißbraucht worden: der Achtstundentag wurde durch allerlei Kniffe dazu verwendet, die Notwendigkeit von Überstunden zu erweisen. Nach dem Kriege sodann wurde dieses System ganz allgemein. Die „Neue freie Presse" hat unlängst behauptet, selbst einzelne Minister hätten damit begonnen, sich Überstunden anzurechnen. Rein menschlich genommen war das ja ganz wohl begreiflich, denn der Geldwert ist den Leuten ja förmlich in den Händen zerronnen, tausend Kronen von heute waren morgen nur mehr neunhundert Kronen wert usw.; so suchte denn mit der Zeit jedermann sich irgendwie gegen die ständige Geldentwertung zu wehren. Aber politisch, finanzpolitisch war die angewandte Methode natürlich heller Wahnsinn, es war die Philosophie des Mannes, der, um dem Regen zu entgehen, ins Wasser sprang. Die große Masse der Arbeiter, und selbst ein großer Teil der Intelligenz hat eben von dem Wesen und den Zusammenhängen der Finanzwirtschaftsfragen kaum eine Ahnung.

Wie wird nun das Diktaturkomitee des Dr. Seipel, dessen Seele er natürlich selber sein wird, beispielsweise diesem Überstundenskandal beikommen? Durch bloße Überredung? Allerdings hat Dr. Seipel in seiner Programmrede ausdrücklich gesagt, die neue Regierung gedenke sehr viel zu reden, denn alles solle öffentlich, nichts geheim behandelt werden, und er schloß die ganze Rede mit den Worten: „Ich betrachte diesen (Regierungs-) Platz als eine Tribüne, von der aus ich zu den Abgeordneten und durch sie zum Volke zu reden habe." Nun, gerade ganz unmöglich ist es gewiß nicht, daß es dem Bundeskanzler Seipel gelingt, die erwähnten Lohn- und Gehaltsorganisationen zur finanzpolitischen Raison zu bringen. Aber wer glaubt wirklich an diesen Erfolg?

Wenn aber die Überredung nicht sofort wirken sollte, so bleibt nur die Gewalt. Bis jetzt ist die österreichische Regierung sowohl verfassungsrechtlich wie noch mehr tat-



sächlich vollständig gewalt- und wehrlos. Alle hier in Frage kommende Gewalt steht bei den Organisationen, bei den Arbeiter-, Betriebsräten usw. Woher soll da gerade dem Diktatur-Comité die erforderliche Gewalt kommen? Man übersieht auch gar zu leicht, daß Österreich zu einem guten Drittel aus der Großstadt Wien besteht. Dieses Wien aber kann keine drei Tage Eisenbahnstreik aushalten. Und gegen einen solchen Streik, wir wissen es auch schon aus bitterster Erfahrung, ist die Regierung total wehrlos.

Es ist gewiß nicht notwendig, diese Beispiele noch zu vermehren. Aber vielleicht hat Dr. Seipel Mittel, die bisher niemand kennt, vielleicht hat er Glück — jedermann wird und muß es aufrichtig wünschen. K. Inthal.

LXXXIV.

Aus Eichstätts Vergangenheit.

1. Nach langer Verzögerung ist die vierte Lieferung der Regesten der Bischöfe von Eichstätt aus der Feder Dr. Heidingsfelders erschienen: dieselbe umfaßt die Jahre 1254—1289.[1])

Von Bischof Heinrich IV. wird uns noch berichtet, daß er am 11. Juni 1256 mit dem Oberhirten Siboto von Augsburg unter größter Feierlichkeit die Gebeine des hl. Willibald aus der Krypta des Domes erhoben und in einem vergoldeten Sarkophage auf dem Hochaltare des Domes zur allgemeinen Verehrung den zahlreich herbeiströmenden Gläubigen ausgesetzt habe. Zur Erhöhung der Festesfeier, welche am 13. Oktober 1256 ihren Abschluß fand, waren auch die Gebeine der hl. Walburga aus Monheim, wohin der Bischof Erchanbald 893 einen kleinen Teil wenigstens hatte überbringen lassen, und jene des hl. Wunibald aus Heidenheim herbeigebracht worden. Aus dem reichen

1) Die Regesten der Bischöfe von Eichstätt. Bearbeitet von Franz Heidingsfelder. Vierte Lieferung (Bogen 31—40), Innsbruck, Verlag der Wagner'schen Universitäts-Buchdruckerei 1921. Vergl. diese Blätter Bd. 157, S. 815 und 163, S. 415.



Opfer zu 1404 Pfund Heller = 66 857 Mark wurde der Dom zum Teil mit Blei gedeckt, Fenster und Decken erneuert, zwei neue Glocken gekauft.

Kaum hatte Heinrich IV. sein Auge im Tode geschlossen, den 13. Mai 1259, als zwei Tage darnach das Domkapitel, dem die Wahl eines Nachfolgers auf dem Stuhle des hl. Willibald zustand, in elf Punkten die erste Wahlkapitulation aufstellte, welche der neu zu wählende Bischof zu beobachten hatte. Daß hiebei das Domkapitel seine eigenen Interessen in den Vordergrund schob, geht klar aus den einzelnen Artikeln hervor. So sollte der Bischof gegen die Burgleute und Hintersassen des Kapitels keine Zensur verhängen, sondern die Schuldigen vor dem Kapitel oder Kapitelältesten nach dem Rechte bestrafen. Ferner mußte sich der Bischof mit dem einfachen Kathedratikum begnügen und durfte keine ungehörigen Auflagen und Leistungen von den Kanonikern fordern. Er hatte den Kapiteln zu Eichstätt und Herrieden alle ihre Rechte und Privilegien, guten und anerkannten Gewohnheiten zu erhalten; er sollte fernerhin die Jurisdiktion der Prälaten des Kapitels und der Diözese nicht beeinträchtigen. Neubruchzehnten sollten fortan an Laien nicht mehr verliehen und die früheren eingelöst werden; diese Zehnten sollten bei den Pfarrkirchen belassen werden, bis das Grundstück vollkommen in Anbau genommen ist; hierauf sollen zwei Teile dem Bischofe und ein Teil der Pfarrkirche zufallen.

Inwieweit Engelhard, der schon vor seiner Wahl dem Eichstätter Domkapitel angehörte und die Wahlkapitulation beschworen hatte, dieselbe beobachtet hat, läßt sich bei der Kürze seiner Amtsführung nicht feststellen. Er starb schon anfangs Mai 1261 zu Mainz, wo er die Provinzialsynode besuchte, welche Erzbischof Wernher auf Befehl des Papstes Alexander IV. wegen der Tartarengefahr und anderer Bedrängnisse der Kirche berufen hatte.

Eine tiefeingreifende Wirksamkeit entfaltete Hildebrand von Moon bei Treuchtlingen während seiner siebzehnjährigen Regierungsdauer, 1261—1279. Unter ihm entstanden die Niederlassungen der Franziskaner in Ingolstadt, der Dominikaner in Eichstätt; mit dem Deutschorden stand er in freundschaftlichen



Beziehungen. Dagegen wurde er in heftige Fehden mit dem Grafen von Öttingen verwickelt, welcher die Vogtei über den Besitz der Eichstätter Kirche an der oberen Altmühl, über Ornbau und Herrieden samt den zugehörigen Dörfern und Weilern inne hatten. Dagegen hören wir nichts von Kämpfen mit den Grafen von Hirschberg, weder mit dem 1257 verstorbenen Grafen Gebhard, mit dem 1245 Bischof Friedrich II. eine Vereinbarung wegen der gegenseitigen Rechte getroffen hattte, noch mit dessen Söhnen Gerhard und Gebhard. Auch mit dem Herzog Ludwig dem Strengen von Bayern, dessen Schwester Sophie mit dem Grafen von Hirschberg verheiratet war, scheint Hildebrand keine Händel gehabt zu haben. Im Inneren der Diözese suchte er entfremdete Lehen wieder zu gewinnen, neue zu erwerben. Besondere Schwierigkeiten erwuchsen aus der Unzufriedenheit des Domkapitels mit der Güterverwaltung des Dompropstes; zweimal wurde dieselbe dem Propste ab- und vom Domkapitel selbst in die Hand genommen, das zweitemal, wie es scheint, für immer.

Glücklich vollendete Hildebrand den Bau des Willibaldschores an der Westseite des Eichstätter Domes, zu dem sein Vorgänger Bischof Engelhard den Grund gelegt hatte. Am 7. Juli 1269 übertrug er die Gebeine des hl. Willibald, des Gründers der Diözese, aus dem Schiffe der Domkirche in den neuen Chor und setzte sie auf der Rückseite des dem hl. Petrus geweihten Hauptaltares in einem Steinsarkophag bei, der die Form einer gotischen Kirche trägt und heute noch vorhanden ist. Als Eichstätt 1745 das tausendjährige Jubiläum seines Bestandes mit festlichem Gepräge feierte, ließ Fürstbischof Johann Anton II., Freiherr von Freiberg, einen neuen Rokokoaltar anfertigen und die Überreste des hl. Willibald in einer vergoldeten Urne beisetzen. In diesem Chore, welcher von dem ersten Bischofe den Namen trägt, wählte Hildebrand seine Grablege und bestellte 1276 zwei Kapläne, welche täglich daselbst die hl. Messe feiern und nach seiner Beisetzung wenigstens einmal in der Woche eine Totenmesse mit Vigil abhalten sollten; zugleich hatten sie den Bischof, der durch weltliche Geschäfte vielfach in Anspruch genommen war, im Chore beim kanonischen Stundengebete zu vertreten.



Im Jahr 1274 nahm Bischof Hildebrand auch teil an dem allgemeinen Konzil, welches Gregor X. nach Lyon ausgeschrieben hatte. Von da aus gewährte er Ablässe für alle diejenigen, welche zum Neubau der Domkirche in Meißen Almosen spenden, oder welche zur Restauration der durch Unwetter schwer beschädigten Kirche des hl. Johannes des Täufers und des hl. Laurentius zu Merseburg Beiträge leisten. In Verbindung mit dem Erzbischofe Heinrich von Trier und dem Bischofe Konrad von Straßburg verlieh Hildebrand am 1. Juli 1274 allen, welche die Kirche des Klosters der hl. Walburga zu Eichstätt, wo täglich aus deren Leib ein heilsames Öl durch einen überaus harten Stein fließt (ubi cotidie sacri olei liquor de ipsius corpore per sacrum durissimum ad diversorum infirmorum sanitates recuperandas manare non cessat) an den Festen dieser Heiligen (25. Februar und 1. Mai) besuchen und den Nonnen Liebesdienst erweisen, je 40 Tage Ablaß für die für schwere Sünden und je ein Jahr Ablaß für die für läßliche Sünden auferlegten Bußen nach reumütiger Beichte. Gewerbsmäßige Ablaßprediger sollten jedoch bei Strafe des Einzuges des Ablasses von diesem Briefe, der noch zu Lyon ausgestellt worden ist, keinen Gebrauch machen und ihn nicht herumtragen.

Am 26. März 1279 ward Hildebrand der Zeitlichkeit entrückt. Ihm folgte Reinboto 1279—1297 aus dem Geschlechte der Ministerialen von Milenhart (Meilenhart, eine abgegangene Burg bei Monheim), dem das Gundekarianum das Lob zuerkennt: flos cleri, decus orbis, regula veri. Er hielt mehrere Diözesansynoden ab; die Statuten einer derselben beleuchten das kirchliche und klerikale Leben des ausgehenden 13. Jahrhunderts in schärfster Weise. Unbekannte Priester sollen nicht aufgenommen, an den Hauptfesten nicht zur Aushilfe zugelassen werden; Pfarrverweser dürfen von den Kirchenvorständen nicht ohne bischöfliche Erlaubnis entlassen werden. Manche Pfründen haben so geringe Einkommen, daß der Kuhhirte (es ist schmählich zu sagen) an einzelnen Orten ein höheres Gehalt bezieht als der Seelenhirte! Solche Kirchherrn, welche in der Pfarrei nicht selbst Residenz halten können, haben die

Verpflichtung, ständige Vikare aufzustellen und sie so zu entlohnen, daß dieselben standesgemäß leben können. Auch muß alljährlich Bericht über das Leben und die Tauglichkeit dieser Verweser erstattet werden. Ungebildete Priester sind zu entfernen. Kein Geistlicher soll allein, ohne Schüler und Diener, die hl. Geheimnisse feiern. Über die Aufbewahrung der hl. Öle, über den Kirchenornat, über die Spendung der hl. Eucharistie, die Verwaltung des Bußsakramentes werden eingehende Verordnungen erlassen.

Besonders beklagt wird das weitverbreitete Laster des Konkubinats, das sich wie eine tötliche Krankheit unter den Geistlichen eingeschlichen hatte. Die Dekane werden unter Androhung der Enthebung von ihrem Amte aufgefordert, alle Mittel anzuwenden, um die Pfarrhäuser von dem Unwesen der Konkubinen zu reinigen. Auch der Wirtshausbesuch, das Würfelspiel werden den Geistlichen strengstens untersagt. Die Pfarrer dürfen Zehnten und Widdumsgüter nicht an Laien veräußern; im Todesfalle ist wenigstens die portio canonica der Kirche zuzuwenden. Da viele Erlasse des päpstlichen oder erzbischöflichen Stuhles gefälscht werden, so müssen alle derartigen Verfügungen durch den Diözesanbischof anerkannt sein. Schwere Strafen werden ausgesprochen gegen Geistliche und Laien, welche die kirchlichen Zensuren verachten, welche Wuchergeschäfte treiben, Ehebruch, Meineid und Wahrsagerei und andere gröbere Verfehlungen (crimina majora) sollen mit aller Sorgfalt ausgerottet werden. Klandestine Ehen werden strenge untersagt: vielmehr sind die Ehen öffentlich in facie ecclesiae oder wenigstens in Gegenwart von zwei oder drei Zeugen abzuschließen. Auf die Beginen ist scharf zu achten; solche, welche unter dem Scheine des klösterlichen Lebens der Unzucht und der Unenthaltsamkeit fröhnen, sollen öffentlich am „Schraiat“ (in loco communi qui vulgariter Schraiat dicitur) gestäupt werden. Eine wahre Landplage scheinen die fahrenden Schüler gewesen zu sein, welche durch ihren Lebenswandel und ihre schäbige Kleidung die Würde des geistlichen Standes verletzten und durch Schmähung und Gewalt gastliche Aufnahme in Pfarr-



häusern und Klöstern erzwangen. In Zukunft sollen solche Personen nicht mehr beherbergt werden.

Diese Synodalstatuten des Bischofes Reinboto wurden auch von seinen Nachfolgern wiederholt eingeschärft; ja auch der Bischof von Augsburg Friedrich I. 1309—1331 nahm sie großenteils in seine Erlasse auf. In welchem Ansehen Eichstätts Bischof Reinboto in Deutschland stand, dürfte auch daraus hervorgehen, daß er vom römischen Stuhle mit der Vertretung der Interessen des Dominikanerordens im Reiche betraut worden ist.

Diese kurzen Andeutungen mögen genügen, um die Bedeutung der jüngsten Veröffentlichung Dr. Heidingsfelders für die Geschichte der Diözese Eichstätt erkennen zu lassen. Wir wünschen nur, daß die Fortsetzung der Regesten, welche die folgenschwere Hirschbergsche Erbschaft enthalten werden, nicht allzulange hinausgeschoben werde. Deus bene vertat!

2. Im Jahre 1745 feierte die Diözese Eichstätt mit großem Gepränge das Jubelfest ihres tausendjährigen Bestandes; zwei Jahre vorher war der Gedanke ausgesprochen worden, das Kurfürstentum Bayern durch Einziehung geistlicher Güter, darunter war auch das Fürstbistum Eichstätt inbegriffen, zu einem Königreiche zu erheben.[1]) Im Schandfrieden von Basel, den Preußen am 5. April 1795 mit der Republik Frankreich schloß, war die Entschädigung der weltlichen Fürsten für die Verluste am linken Rheinufer „im Schooße des Reiches" schon zugestanden, sodaß der Friede von Luneville vom 9. Februar 1801 die vollständige Aufhebung aller geistlichen Fürstentümer in Artikel VII offen bekennen konnte. Zur Durchführung dieses Raubzuges, den man „Säkularisation", „Verstaatlichung" nannte, wurde am 2. Oktober 1801 eine außerordentliche Reichsdeputation, bestehend aus acht Mitgliedern des Regensburger Reichstages eingesetzt, welche mit deutscher Gründlichkeit die Kirchengüter an die zu entschädigenden Fürsten verteilen sollte. Schon am 24. Juli 1802 sicherte sich Bayern den Besitz von Eichstätt, welches am 30. August militärisch besetzt wurde. Der edle Fürstbischof Joseph I Graf von Stubenberg erhob zwar Einspruch, da noch kein Reichsgesetz vorliege, aber schon am 27. November 1802

1) Aufhebung und Wiedererrichtung des Domkapitels Eichstätt. Von Dr. Ludwig Bruggaier. Eichstätt 1922.



sah er sich gezwungen, von seiner Sommerresidenz Greding aus alle Untertanen und Beamten des Hofstaates des Eides der Treue zu entbinden. Am 29. November nahm Graf von Tassis Besitz vom Fürstentum Eichstätt, das 20 Quadratmeilen umfaßte, und ließ sämtliche Beamte, die Geistlichkeit, das Militär für Pfalzbayern vereidigen. Das Domkapitel zählte damals 15 Kapitular- und 13 Domizillarstellen, die sämtlich besetzt waren. Nur kurze Zeit erfreute sich Bayern des neuen Besitzes: schon am 25. Februar 1803 ging das Fürstentum Eichstätt an den Erzherzog Ferdinand von Toskana über, welcher die Klöster und andere Stifte fortbestehen ließ. Durch den Frieden von Preßburg am 26. Dezember 1805 fiel das Eichstätter Unterland wieder an Bayern, welches am 11. März 1806 durch den Grafen von Tassis abermals die feierliche Besitzergreifung vollziehen ließ. Am 23. November 1806 wurde das Domkapitel förmlich für aufgelöst erklärt: alle Besitzungen, alle Zehentrechte in 88 Ortschaften, die herrlichen Waldungen wurden als Eigentum des bayerischen Fiskus erklärt. Wie in einem eroberten Lande hausten die Beamten des neuen Landesherrn, welche fast ausnahmslos bereitwillige Werkzeuge des Illuminaten Montgelas waren, in Eichstätt: Kirchen und Klöster wurden mit ihren Einrichtungsgegenständen um Schacherpreise verschleudert; der Erlös verschwand vielfach in den Taschen der Aufhebungskommissäre. Die Freiheitskriege waren glücklich geschlagen; aber was das Schwert gewann, verdarb die Feder der Diplomaten. Das Sehnen der deutschen Stämme nach einem mächtigen starken Reiche ging nicht in Erfüllung; ein Reichskonkordat kam zur Regelung der völlig zerschlagenen kirchlichen Organisation nicht zustande, das bayerische Konkordat, das nach Überwindung vielfacher Hemmnisse am 5. Juni 1817 abgeschlossen worden war, wurde durch die II. Verfassungsbeilage vom 26. Mai 1818 größtenteils illusorisch; erst das Königswort von Tegernsee: 15. September 1821 beseitigte die Gewissensbedenken der Katholiken und ermöglichte den Vollzug des Konkordates. Auch für Eichstätt war ein Domkapitel vorgesehen, das aus 10 Präbenden bestehen sollte, und 6 Vikarstellen. Zum Unterhalte der Erzbischöfe und Bischöfe sowie der Domkapitel sollten liegende Güter und ständige Fonds seitens der bayerischen Staatsregierung angewiesen werden, welche der freien Verwaltung der Beteiligten unterstehen sollten. Aber



die Verhandlungen haben niemals ein greifbares Resultat gezeitigt; es blieb immer bei einem Provisorium. Leichter ließ sich die Wohnungsfrage lösen. Im Einverständnis mit dem Könige wurden durch den päpstlichen Nuntius die sämtlichen Stellen des zu errichtenden Domkapitels in Eichstätt besetzt. Als Dompropst war in Aussicht genommen Graf Felix von Stubenberg, der Bruder des letzten Fürstbischofes, der trotz Säkularisation und schmählicher Behandlung durch den Grafen Tassis den Stuhl des hl. Willibald nicht verlassen hatte, als Domdekan der hochverdiente bischöfliche Offizial Dr. Euchar Adam; zu Kanonikern wurden ernannt Dr. Karl Barth, Dr. Vitus Baumgartner, Ignaz Hagn, Dr. Joseph Cölestin Spaltmayer, Eberhard v. Clanner, Stadtpfarrer in Eichstätt, Johann Stöckl, Pfarrer in Allersberg, Johann Nep. Pöppel, Stadtpfarrer in Ornbau, der jedoch ablehnte; an seine Stelle trat Georg Ainmüller, Pfarrer in Stirn; Thomas David Popp, Stadtpfarrer von St. Moriz in Ingolstadt.

Am 1. Nov. 1821 stellte der päpstliche Nuntius Franz Sorra aus dem herzoglichen Hause Cassano in der Person des säkularisierten Kapitularherrn und Fürstabtes zu Murbach und Lüders, Benedikt Anton Friedrich Freiherrn von Andlau auf Homburg, einen Subdelegaten zur endgiltigen Ausführung der Neuerrichtung der Diözese Eichstätt und ihres Domkapitels, sowie zur Vornahme der Installation des letzteren auf. Am Sonntage den 25. November 1821 fand diese feierliche Handlung im Dome zu Eichstätt statt: Bistum und Domkapitel erfreuten sich wieder eines gesicherten Rechtsstandes. Seitdem sind hundert Jahre dahingegangen. 10 Dompröpste, 15 Domdekane, 66 Domkapitulare und 50 Domvikare gehörten innerhalb dieses Säkulums dem Domkapitel an. Mag auch der äußere Glanz des alten Domkapitels geschwunden, das Vorrecht der adeligen Abstammung der Domherren gefallen sein, an treuer Mitarbeit an der Bistumsverwaltung, an wissenschaftlicher Bedeutung überragt das neue Kapitel sicherlich das ehemalige reichdotierte Domstift. „Post nubila Phoebus, Deus det hoc in omni sensu!“ — dieser Segenswunsch, den der erste Dompropst des neuen Kathedralkapitels von Eichstätt diesem an seinem festlichen Installationsmorgen zurief, ist somit nicht wirkungslos verhallt:

„Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit,
Und neues Leben blüht aus den Ruinen“

Hilpoltstein. Hirschmann.



